

## GESAMT-INHALTSVERZEICHNIS

### 1811-1862

- 17.11.1811 Allgemeine bayerische Verordnung, das Armenwesen betreffend Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.1  
[Die politische Gemeinde, in der der Arme heimatberechtigt ist, ist zur Armenpflege verpflichtet; Grundsätze über Art, Maß und Voraussetzungen der öffentlichen Armenunterstützung sowie deren Finanzierung und Organisation]
- 09.03.1839 Regulativ über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken Abt. I, Bd.3, Anh. Nr.1  
[Verbot der Kinderarbeit in Fabriken vor dem neunten Lebensjahr; Fabrikarbeiter unter 16 Jahre dürfen höchstens 10 Stunden beschäftigt werden; Verbot der Nachtarbeit und der Arbeit an Sonn- und Feiertagen für jugendliche Arbeiter]
- 31.12.1842 Preußisches Gesetz über die Aufnahme neu anziehender Personen Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.2  
[Grundsätze der armenrechtlichen Niederlassungsfreiheit]
- 31.12.1842 Preußisches Gesetz über die Verpflichtung zur Armenpflege Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.3  
[An die Stelle der mit Geburt erworbenen Heimat tritt mit dem Tag der Wohnsitznahme der sog. Unterstützungswohnsitz als Grundlage der Verpflichtung zur Armenpflege]
- 31.12.1842 Preußisches Gesetz über die Erwerbung und den Verlust der Eigenschaft als preußischer Untertan sowie über den Eintritt in fremde Staatsdienste Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.4  
[Grundsätze des Staatsangehörigkeitsrechts kraft Abstammung]
- 17.01.1845 Allgemeine Gewerbeordnung für Preußen Abt. I, Bd.5, Anh.C, Nr.1  
[Die Beibehaltung und Neubildung gewerblicher Unterstützungskassen, auch für Fabrikarbeiter, wird gestattet; Gemeinden werden ermächtigt, durch Ortsstatut eine Beitrittspflicht zu derartigen Kassen für alle am Ort beschäftigten Gesellen und Gehilfen festzusetzen]
- 09.02.1849 Verordnung, betreffend die Errichtung von Gewerberäten und verschiedene Abänderungen der allgemeinen Gewerbeordnung Abt. I, Bd.5, Anh.C, Nr.2  
[Gemeinden sind befugt, auch die selbständigen Gewerbetreibenden eines Ortes zu Vereinigungen zur Unterstützung hilfsbedürftiger Gesellen und zur Entrichtung von Zuschüssen bis zur Hälfte der Gesellenbeiträge zu verpflichten, Ausdehnung der ortsstatutarischen Beitrittspflicht auf Fabrikarbeiter]
- 15.07.1851 Vertrag zwischen Preußen und mehreren anderen deutschen Regierungen wegen gegenseitiger Verpflichtung zur Übernahme der Auszuweisenden (Gothaer Konvention) Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.5  
[Das Recht der deutschen Staaten, jeden Ausländer auszuweisen, wird beschränkt bzw. an bestimmte Grundsätze gebunden; Festlegung von Regeln für eine Aufnahmepflicht, die an denen des Heimatrechts orientiert sind]
- 16.05.1853 Gesetz, betreffend einige Abänderungen des Regulativs vom 9. März 1839 über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Fabriken Abt. I, Bd.3, Anh. Nr.2  
[Veränderung des Regulativs vom 1839: Verbot regelmäßiger Fabrikarbeit für unter zwölfjährige Kinder; Beschränkung der Arbeitszeit für 12- bis 14jährige Fabrikarbeiter auf täglich 6 Stunden; Verschärfung des Verbots der Nachtarbeit; Einführung von Arbeitsbüchern für jugendliche Arbeiter; bedarfsweise Einführung der Fabrikinspektion]
- 11.07.1853 Übereinkunft zwischen Preußen und mehreren anderen deutschen Staaten wegen Verpflegung erkrankter und Beerdigung verstorbener Angehörigen eines anderen kontrahierenden Staates (Eisenacher Konvention) Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.6  
[Grundsätze für den Fall, daß die Angehörigen eines deutschen Staates in einem anderen Krankenhilfe in Anspruch nehmen müssen; diese soll wie bei Inländern erfolgen und das Aufenthaltsrecht der Kranken nicht verkürzen]
- 03.04.1854 Gesetz, betreffend die gewerblichen Unterstützungskassen Abt. I, Bd.5, Anh.C, Nr.3  
[Ortsstatutarischer Zwang ist auch für die Bildung neuer Kassen zulässig; auch die Bezirksregierungen sind berechtigt, im Bedürfnisfall den Kassenzwang einzuführen]
- 10.04.1854 Gesetz, betreffend die Vereinigungen der Berg-, Hütten-, Salinen- und Aufbereitungsarbeiter in Knappschaften für den ganzen Umfang der Monarchie Abt. I, Bd.6, Anh.C, Nr.1  
[Konzessionierte Knappschaftsvereine als obligatorische Unterstützungskassen für Berg-, Hütten-, Salinen- und Aufbereitungsarbeiter; für meistberechtigte Mitglieder haben sie auch Invalidenunterstützung zu gewähren]

- 12.05.1855 Preußisches Gesetz zur Ergänzung der Gesetze vom 31. Dezember 1842 über die Verpflichtung zur Armenpflege und die Aufnahme neu anziehender Personen Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.7  
[Die Verpflichtung zur Armenpflege entsteht bei Zuzugsgemeinden erst nach Verstreichen einer einjährigen Frist; zur Krankenhilfe für Gesinde, Gesellen etc. ist der Dienort verpflichtet]
- 16.08.1856 Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. II, Bd.6, Anh.B Nr.3  
[Bestimmungen über das Invalidengeld]
- 09.10.1857 Statut der Metallarbeiterkasse in Düsseldorf Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.1  
[Ortsstatutarische gewerbliche Unterstützungskasse für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter der Metallindustrie]
- 06.11.1858 Sächsisches Gesetz, die Errichtung einer Altersrentenbank betreffend Abt. I, Bd.6, Anh.C, Nr.2  
[Staatliche Altersrentenbank für alle sächsischen Staatsangehörigen; Renten sind vom 55. Lebensjahr ab möglich]
- 20.03.1862 Immediatschreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.1  
[Itzenplitz will nicht nach Theorien und Parteirücksichten handeln]

## 1863

- 06.02.1863 Denkschrift des Stadtrates a. D. Theodor Riedel für den Regierungsrat Karl Ludwig Zitelmann Abt. I, Bd.2, Teil 1, Anh.1  
[In Form eines Gesetzentwurfs wird eine staatliche Altersversorgungsanstalt für die preußischen Staatsbürger vorgeschlagen, der Arbeiter soll einen Rechtsanspruch auf eine Rente erwerben; gegen eine Privatversicherungsanstalt sprechen Spekulation und das Fehlen von Garantie, das Vertrauen der Arbeiter sowie die Vorteile für den Staat]
- 13.02.1863 Denkschrift des Justizrates Hermann Wagener für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.2  
[Kritische Anmerkungen zum Entwurf eines Gesetzes über eine Altersversorgungsanstalt für die preußischen Staatsbürger von Theodor Riedel]
- 00.03.1863 Der Arbeiterfreund. Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse der Berliner Maschinenbauer Abt. I, Bd.5, Nr.1  
[Bericht über die Entstehung und Verwaltung der Kranken-, Sterbe- und Invalidenkasse der Berliner Maschinenbauer]
- 01.03.1863 Ferdinand Lassalle: Offenes Antwortschreiben an das Zentralkomitee zur Berufung eines Allgemeinen Deutschen Arbeiterkongresses zu Leipzig Abt. I, Bd.8, Nr.1  
[Die Arbeiter als selbständige politische Partei und Kampf für das allgemeine Wahlrecht: Programm der (Arbeiter-)Assoziationen, die den Arbeiterstand emanzipieren, als Produzenten von der Herrschaft des „ehernen Lohngesetzes“ befreien sollen; soziale Selbsthilfe als Staatshilfe: Der Staat hat die Aufgabe, Mittel und Möglichkeiten für diese Produktivassoziationen zu verschaffen; Stiftung von Sparkassen, Invaliden- und Krankenkassen hat demgegenüber nur einen „kaum der Rede werten Nutzen“]
- 05.03.1863 Eingabe des Ausschusses der Patriotischen Vereinigung an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz mit beigefügter Denkschrift Abt. I, Bd.1, Nr.3  
[Ein sozialpolitisches Regierungsprogramm mit zünftlerischen, genossenschaftlichen und interventionistischen Elementen wird entwickelt]
- 18.03.1863 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.1, Nr.4  
[Die Regierung soll die Gründung von Altersversicherungsanstalten auf Provinz- und Kreisebene anregen]
- 18.03.1863 Volks-Zeitung Nr. 65. Arbeiter-Verein [Hermann Schulze-Delitzsch, 4. Vortrag] Abt. I, Bd.8, Nr.2  
[Die praktischen Mittel und Wege zur Hebung der arbeitenden Klassen: die wirtschaftlichen Mißstände in der Lage der arbeitenden Klassen, die Mittel zur Abhilfe, die Unterstützung aus öffentlichen und Privatmitteln, die Garantie der Existenz durch den Staat, einzelne soziale Formeln, die vernünftigen Anforderungen an den Staat]
- 22.03.1863 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Ausschuß der Patriotischen Vereinigung Abt. I, Bd.1, Nr.5  
[Itzenplitz begrüßt die Vorschläge der Denkschrift vom 5.3.1863, soweit sie auf ein Genossenschaftsgesetz gerichtet sind]

- 25.03.1863 Bemerkungen des Stadtrates a.D. Theodor Riedel zur Denkschrift des Ausschusses der Patriotischen Vereinigung Abt. I, Bd.1, Nr.6  
[Die Vorschläge der Patriotischen Vereinigung werden im wesentlichen unterstützt, günstige Auswirkungen auf die Arbeiterfrage werden von der Koalitionsfreiheit erhofft, Skepsis besteht gegenüber einer Einwirkung der Regierung auf das Genossenschaftswesen, die über die Schaffung eines gesetzlichen Rahmens hinausgeht]
- 25., 26. u. 27.03.1863 Volks-Zeitung Nr. 71 [Nr. 72 und Nr. 73]. Berliner Arbeiter-Verein [Hermann Schulze-Delitzsch, 5. Vortrag] Abt. I, Bd.8, Nr.3  
[Die praktischen Mittel und Wege zur Hebung der arbeitenden Klassen: Künstliche Eingriffe in die natürlichen Beziehungen des Verkehrs, der rechte Weg zum Ziel]
- 29.03.1863 Eingabe des Stadtrates a.D. Theodor Riedel an das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.7  
[Es wird vorgeschlagen, Ferdinand Lassalles „Offenes Antwortschreiben“, das Gründungsdokument der politischen Arbeiterbewegung auch auf Staatskosten zu verteilen]
- 30.03.1863 Eingabe des Redakteurs Ernst Zander an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck mit Denkschrift Abt. I, Bd.1, Nr.8  
[Die Regierung soll in der Arbeiterfrage politisch aktiv werden, um die Agitation des Nationalvereins und des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins aufzuspalten]
- 02., 08. u. 09.04.1863 Volks-Zeitung Nr. 78, Nr. 81 und Nr. 82. Berliner Arbeiter-Verein [Hermann Schulze-Delitzsch, 6. Vortrag] Abt. I, Bd.8, Nr.4  
[Die praktischen Mittel und Wege zur Hebung der arbeitenden Klassen: Die auf Selbsthilfe beruhende Arbeitergenossenschaft, die Genossenschaft mit Staatshilfe]
- 12.04.1863 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.9  
[Die Denkschrift der Patriotischen Vereinigung und die Eingabe Ernst Zanders werden übersandt; die Regierung soll die auf dem Gebiet der Arbeiterfrage gemachten Vorschläge auch aus politischen Gründen ernstlich prüfen]
- 30.04.1863 Schreiben des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.10  
[Die Einführung von Altersversorgungsanstalten für Arbeiter wird zurückhaltend beurteilt; es wird vorgeschlagen, die ausländischen Erfahrungen auf diesem Gebiet auszuwerten]
- 01.05.1863 Schreiben des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.11  
[recte:  
30.04.1863] [Das Handelsministerium wird gebeten, über den Stand der Altersversorgungsangelegenheiten in seinem Ressort zu berichten]
- 11.05.1863 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den Schriftsteller für das Arbeiterwesen Ferdinand Lassalle Abt. I, Bd.1, Nr.12  
[Bismarck wünscht Lassalles Ansichten über die Arbeiterfrage zu hören]
- 12.05.1863 Eingabe des Stadtrates a.D. Theodor Riedel an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck mit Denkschrift und Gesetzentwurf Abt. I, Bd.1, Nr.13  
[Die Aufhebung der in der preußischen Gewerbeordnung vom 17.1.1845 enthaltenen Strafbestimmungen gegen Koalitionen und Arbeitsniederlegungen wird empfohlen]
- 16.06.1863 Sitzungsprotokoll des preußischen Conseils Abt. I, Bd.1, Nr.14  
[Ein Gesetz zur Regelung der Arbeiterassoziationen soll vorbereitet und Sachverständige zur Arbeiterfrage sollen gehört werden]
- 24.06.1863 Immediatschreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen König Wilhelm I. mit Denkschrift Abt. I, Bd.1, Nr.15  
[Die Selbsthilfe wird als Mittel zur Lösung der sozialen Frage empfohlen, die entsprechenden Einrichtungen von Schulze-Delitzsch werden beschrieben]
- 16.08.1863 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Bezirksregierungen Abt. I, Bd.6, Nr.1  
[Anforderung statistischer Übersichten bestehender Invalidenkassen und Altersversorgungsanstalten für gewerbliche Arbeiter, um deren Entwicklung und Ausbreitung unter freiwilliger Mitwirkung von Arbeitern und Arbeitgebern fördern und dabei auftretende Hindernisse beseitigen zu können]

- 16.12.1863 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.16  
[Der Gesetzentwurf über die Koalitionsfreiheit wird angemahnt]

## 1864

- 00.00.1864 Gustav Schmoller: Die Arbeiterfrage Abt. I, Bd.8, Nr.5  
[Überblick über die liberalen wie staatsbezogenen Grundgedanken zur Arbeiterfrage mit einem gewissen Entgegenkommen gegenüber dem zeitgenössischen Liberalismus, sittliche Aufgaben der höheren Gesellschaftsklassen, insbesondere auch der Arbeitgeber, gehen mit ökonomischem Aufschwung und Vorteil einher, sittliche Hebung der Arbeiterklasse auch durch Politik und Staat als Programm sozialpolitischer Kulturarbeit]
- 07.01.1864 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Otto Graf zu Rantzau an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.17  
[Die auf Freiwilligkeit beruhenden Alterskassen im Königreich Sachsen werden von Arbeitern kaum benutzt]
- 09.02.1864 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.18  
[Für die Aufhebung der Koalitionsverbote in der preußischen Gewerbeordnung besteht kein Anlaß]
- 22.03.1864 Vorstellung des Scherers Florian Paul und sieben Deputierter gegenüber dem Textilfabrikanten Leonor Reichenheim in Wüstegiersdorf Abt. I, Bd.1, Nr.19  
[Die Weber fordern einen neuen Meister und eine Lohnerhöhung um 50 Prozent, eine Petition an den preußischen König wird angekündigt]
- 13.04.1864 Immediatvorstellung einer Weberdeputation aus Wüstegiersdorf Abt. I, Bd.1, Nr.20  
[Der König wird gebeten, eine Audienz zur Darstellung der beklagten Weibernot zu gewähren, Abhilfe wird durch ein Gesetz erhofft, das den Arbeitern gestattet, sich an der Festsetzung ihres Lohnes zu beteiligen]
- 06.05.1864 Aufzeichnung des Justizrates Hermann Wagener für das Geheime Zivilkabinett und die Zeidlerische Korrespondenz Abt. I, Bd.1, Nr.21  
[Der König stellt eine baldige gesetzliche Regelung zum Verfahren bei Lohnauseinandersetzungen in Aussicht]
- 11.05.1864 Erlaß des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den Landrat des Kreises Waldenburg, Arnold Freiherr von Rosenberg Abt. I, Bd.1, Nr.22  
[Die aufgrund ihrer Lohnforderung von Leonor Reichenheim entlassenen Weber sollen 120 Taler als Unterstützung erhalten]
- 12.05.1864 Order des preußischen Königs Wilhelm I. an das Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.23  
[Die Zustände der notleidenden Weber in Niederschlesien sollen untersucht und Maßnahmen zur Abhilfe vorgeschlagen werden]
- 19.05.1864 Eingabe der Weberdeputation an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.24  
[Die entlassenen Weber bitten um eine Unterstützung, die es ihnen ermöglicht, Leinwand selbständig herzustellen]
- 25.05.1864 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.6, Nr.2  
[Schilderung der entstehenden Einrichtungen zur Absicherung der Risiken Alter und Invalidität bei Bergleuten, Handwerksgelesen und Fabrikarbeitern; Aufzählung der Gründe für die unterschiedliche Ausbreitung; Schwierigkeiten einer weiteren Ausdehnung bei den gewerblichen Arbeitern; (gescheiterte) Planungen von Kreis- und Provinzialrentenanstalten]
- 26.05.1864 Bericht des Regierungsreferendars Karl Böhm an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.25  
[Die Dispositionsmittel sollen nicht an die entlassenen Weber, die Anstifter einer Aufwiegelung sind, verteilt werden, sondern – unter Beteiligung der Arbeitgeber – an andere bedürftige Weberfamilien]
- 31.05.1864 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.1, Nr.26  
[Auskunftsersuchen über den Regierungsreferendar Karl Böhm und Kritik an dessen Verhalten als Landratsverweser]

- 11.06.1864 Sitzungprotokoll einer Ministerialkonferenz Abt. I, Bd.1, Nr.27  
[Eine Kommission soll die Lage der schlesischen Weber untersuchen]
- 15.07.1864 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den Landrat Cäsar Olearius Abt. I, Bd.1, Nr.28  
[Dank und Bitte um weitere Leitung der Produktivassoziationen, die Erfahrungen über die „Anwendung“ des Prinzips genossenschaftlicher Produktion vermitteln soll]
- 01.08.1864 Schreiben des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.6, Nr.3  
[Von der Idee, Altersversorgungsanstalten unter staatlicher Garantie zu gründen und zu fördern, wird abgeraten; diese zählen als Versicherungsanstalten zu den gewagten Geschäften; das Interesse der arbeitenden Klassen daran sei zu gering; Detailausführungen zum Sparkassengeschäft]
- 07.08.1864 Handschreiben des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den Regierungsvizepräsidenten Alexander von Goetz Abt. I, Bd.1, Nr.29  
[Informationen zur Persönlichkeit des Regierungsreferendars Karl Böhm werden erbeten]
- 12.08.1864 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den Landrat Cäsar Olearius Abt. I, Bd.1, Nr.30  
[Die Gründung der Produktivassoziationen soll ein Modellversuch sein]
- 15.08.1864 Bericht des Regierungsvizepräsidenten Alexander von Goetz für den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.1, Nr.31  
[Regierungsreferendar Karl Böhm hat sich nur im Ton vergriffen]
- 06.11.1864 Denkschrift des Deutschen Handwerkerbundes für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.32  
[Ein Programm konservativer Arbeiterpolitik mit Koalitionsfreiheit, korporativen Assoziationen sowie staatlichen Fabrikinspektoren und Musteranstalten zur Feststellung des Arbeitsertrages als Grundelemente werden entwickelt]
- 17.12.1864 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.1, Nr.33  
[Bismarcks Entscheidung zum Koalitionsrecht steht mit der Weberbeschwerde in Beziehung]
- 21.12.1864 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.34  
[Die Koalitionsfreiheit soll im Staatsministerium beraten werden]
- 00.12.1864 John Prince-Smith: Die sogenannte Arbeiterfrage Abt. I, Bd.8, Nr.6  
[Die sogenannte Arbeiterfrage ist die falsch gestellte Frage; Argumentation gegen das eherne Lohngesetz; nicht durch Arbeitskämpfe etc., sondern nur durch Verbesserung der gesamten Volkswirtschaft kann die Situation der Arbeiter verbessert werden; die Arbeiterfrage ist nicht nur Lohn-, sondern auch Kultur- und Bildungsfrage]
- 27.12.1864 Rundschreiben der Firma Funcke & Hueck an Geschäftspartner Abt. I, Bd.8, Nr.7  
[Eine Verbesserung der Lage der Arbeiter ist durch industrielles Wachstum und Bildung zu erreichen; betrieblicher Wohnungsbau basiert auf Fürsorgegedanken, dient aber auch der Heranbildung einer Stamarbeiterschaft]

## 1865

- 10.01.1865 Denkschrift des Stadtrates a. D. Theodor Riedel für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.35  
[Die Koalitionsfreiheit betrifft vor allem die Fabrikarbeiter, bei Handwerksgelesen sind die Voraussetzungen zu einem Streik nur selten gegeben]
- 26.01.1865 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.36  
[Im Staatsministerium soll über die Aufhebung der Koalitionsverbote beraten werden]
- 26.01.1865 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.37  
[Die Koalitionsfreiheit wird mit Gesichtspunkten der Gleichheit und Gerechtigkeit für Arbeiter, deren Bildung sowie der Herstellung des wirtschaftlichen Gleichgewichts begründet]

- 00.02.1865 Jahresbericht der Handelskammer für Aachen und Burtscheid Abt. I, Bd.8, Nr.8  
[Die in der preußischen Gewerbeordnung enthaltenen Strafbestimmungen gegen das Erzwingen höherer Löhne durch Streiks sollen nicht ersatzlos gestrichen werden; um die Existenz der Arbeiter im Alter zu sichern, sollen Rentenkassen gegründet werden, finanziert durch Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Kommunen; zur besseren Verständigung zwischen Arbeitern und Unternehmern schlägt die Kammer paritätisch besetzte Schiedsgerichte vor]
- 00.02.1865 Gustav Schmoller: Die Arbeiterfrage (Fortsetzung und Schluß) Abt. I, Bd.8, Nr.9  
[Auseinandersetzung mit der Assoziationsidee in der Konkretisierung durch die von Schulze-Delitzsch entwickelten Genossenschaftsformen und Kritik an dem Lassalleschen „Sozialstaat“; Plädoyer für eine ethische Grundlage der Nationalökonomie]
- 09.02.1865 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. I, Bd.1, Nr.38  
[Bismarck ist für, der Kronprinz gegen Koalitionsfreiheit]
- 10.02.1865 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.1, Nr.39  
[Die Staatsregierung wird im Abgeordnetenhaus die Aufhebung der Koalitionsverbote befürworten]
- 11.02.1865 Erklärung des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz im preußischen Abgeordnetenhaus Abt. I, Bd.1, Nr.40  
[Grundsätzlich befürwortet die Staatsregierung die Aufhebung der Koalitionsverbote; sie will aber vor einer entsprechenden Gesetzesvorlage noch Sachverständige hören]
- 21.02.1865 Entwurf eines Immediatberichtes des Staatsministeriums an den preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.41  
[Unter den schlesischen Webern herrscht kein Notstand, ihre bedrängte Lage kann durch direkte Maßnahmen des Staates nicht verbessert werden; Auseinandersetzung mit anderen Vorschlägen zur Abhilfe der Webernot]
- 03.03.1865 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.6, Nr.4  
[Das bisherige System der Invalidenpensionen für Arbeiter ist nur als ein unzureichender Notbehelf anzusehen, der fester Prinzipien und einer sicheren Anspruchsgrundlage entbehrt; Stellungnahme gegen einen gesetzlichen Zwang zur Bildung von Versorgungskassen für Fabrikarbeiter; Invalidenpensionskassen sind kein erstrebenswertes Ziel, die korporativen Knappschaften kein adäquates Modell für „flottierende“ Fabrikarbeiter; Vorschlag einer Altersversorgung durch Kapital als reines Sparkassengeschäft]
- 04.03.1865 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Regierungen Abt. I, Bd.1, Nr.42  
[Die Regierungen sollen über die bisherige praktische Anwendung der Koalitionsverbote berichten und die Auswirkungen von deren beabsichtigter Aufhebung einschätzen]
- 12.03.1865 Anfrage des Berichterstatters der XI. Kommission des Herrenhauses, Oberpräsident a.D. Werner von Meding an die Mitglieder der XI. Kommission Abt. I, Bd.1, Nr.43  
[Für die Aufhebung der Koalitionsverbote besteht noch kein Bedürfnis, die materielle Lage der Arbeiter soll aber auf patriarchalischem Wege verbessert werden]
- 31.03.1865 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Bezirksregierungen Abt. I, Bd.5, Nr.2  
[Die Ministerialbürokratie will für administrative Zwecke die „notwendige Übersicht der Kasseneinrichtungen gewinnen“: Anforderung von aussagekräftigen Nachweisungen über gewerbliche Unterstützungskassen, u. a. auch über Arbeitgeberbeiträge]
- 15.06.1865 Vermerk des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.44  
[Richtlinien für die Durchführung der Sachverständigenkonferenz zur Koalitionsrechtsfrage]
- 24.06.1865 Allgemeines Berggesetz für die Preußischen Staaten Abt. I, Bd.6, Anh.C, Nr.3  
[Knappschaftsvereine als obligatorische Unterstützungskassen für Berg-, Aufbereitungs- und Salinenarbeiter, Invalidenunterstützung für vollberechtigte Mitglieder]
- 03.07.1865 Schreiben des Landrates Cäsar Olearius an den Oberpräsidenten Hans Eduard Freiherr von Schleinitz Abt. I, Bd.1, Nr.45  
[Schwierigkeiten, für die Sachverständigenkonferenz zur Koalitionsfrage geeignete Fabrikanten zu benennen, auf Arbeiterseite wird Florian Paul empfohlen]

- 28.07.1865 Bericht der Regierung Minden an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.3  
[Bericht über die Verbreitung und Ausgestaltung von gewerblichen Unterstützungskassen im Regierungsbezirk Minden, insbesondere zur Frage der Arbeitgeberbeiträge]
- 11.08.1865 Handschreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.46  
[Hermann Schulze-Delitzsch wird als Sachverständiger vorgeschlagen]
- 16.08.1865 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.47  
[Hermann Schulze-Delitzsch kann aus politischen Gründen nicht als Sachverständiger für Koalitionsfragen hinzugezogen werden]
- 20.08.1865 Fragenkatalog für die Verhandlungen der Kommission zur Beratung der Koalitionsfrage Abt. I, Bd.1, Nr.48  
[Auf das liberale Spektrum zur Lösung der Arbeiterfrage beschränkte Fragen: Mutmaßliche Voraussetzungen und Folgen der Koalitionsfreiheit sowie Förderung der Selbsthilfe (Arbeitergenossenschaften) und Wohnungsbau als Gegenstände der Beratung]
- 21.08.1865 Bericht über den Vereinstag der Zigarrenarbeiter Abt. I, Bd.5, Nr.4  
[Forderung nach Vereinigung der süddeutschen Unterstützungskassen]
- 24.08.1865 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz und den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg mit Notaten Abt. I, Bd.1, Nr.49  
[Kritik an dem Immediatbericht über die Lage der schlesischen Weber]
- 22.09.1865 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.1, Nr.50  
[§§ 181, 182 und 183 der preußischen Gewerbeordnung sind wohl aufzugeben, nicht aber § 184, außerdem müssen die arbeitswilligen Arbeiter geschützt werden]
- 10.11.1865 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Oberpräsidenten mit Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung Abt. I, Bd.1, Nr.51  
[Die persönlichen Ansichten über die beabsichtigte Reform des Koalitionsrechtes werden erbeten, die Aufhebung der Koalitionsverbote bedingt auch, daß die freie Wahl der Arbeitskräfte zugelassen wird, so daß die Handwerksprüfungen entwertet werden]
- 19.12.1865 Brief Prof. Dr. Victor Aimé Hubers an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.52  
[Die Koalitionsfreiheit wird als sinnvolles Arbeiterrecht begrüßt, sie kann mehr sein als ein Mittel zur Festsetzung des Arbeitslohnes; Kritik an der beibehaltenen Strafbarkeit des Koalitionszwanges und der fehlenden Rechtsverbindlichkeit von Koalitionsvereinbarungen. Ein besonderes Übel ist die schlechte Fachausbildung der Lehrlinge bzw. Gesellen]
- 20.11.1865 Rundschreiben des Büros des deutschen Protestantenvereins an die Vorstände der Ortsvereine Abt. I, Bd.8, Nr.10  
[Arbeiterpolitik durch Förderung der Bildung und gleiche Rechte]

## 1866

- 23.01.1866 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.1, Nr.53  
[Die Gesetzentwürfe betr. die Aufhebung der Koalitionsverbote in den Gewerbeetzen und die Aufhebung der Einzugsgelder werden angenommen, die Bestimmungen über die Meisterprüfungen im Handwerk werden beibehalten]
- 10.02.1866 Immediatbericht des Staatsministeriums an den preußischen König Wilhelm I. mit Gesetzentwurf und Begründung Abt. I, Bd.1, Nr.54  
[Das Gesetz, betreffend die Verabredungen von Arbeitseinstellungen wird vorgelegt und begründet]
- 03.06.1866 Eingabe des Vorstands der Kranken- und Sterbelade in Rheydt an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.5, Nr.5  
[Das Verhältnis der traditionellen Selbsthilfekassen zu den ortsstatutarischen Zwangskassen als Problem: Die freiwillige Mitgliedschaft in der Kranklade soll die Pflicht zur Versicherung in einer ortsstatutarischen (Fabrik-)Krankenkasse ersetzen, Argumentation gegen Doppelmitgliedschaft, Entwicklung des Ersatzkassengedankens]

- 20.06.1866 Erlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz und des Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.6, Nr.5  
[Die Initiative zu einer Altersversorgung durch Kapital als reines Sparkassengeschäft der Regierung Düsseldorf wird gewürdigt, deren Durchführbarkeit von Staats wegen aber bezweifelt; die Initiative dazu müsse von den Kommunen und Kreisen ausgehen]
- 10.07.1866 Revidiertes Statut für den Neunkircher Knappschaftsverein Abt. I, Bd.6, Anh.B Nr.1  
[Der Geltungsbereich umfaßt die Stummschen Hüttenwerke in Neunkirchen, Halberg und Fischbach; Regelungen über Einrichtungen, Leistungen, Verwaltung des Vereins sowie zum Mitgliederverhalten]
- 16.07.1866 Bericht des Landrats Ernst Otto Schubarth an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.5, Nr.6  
[Ablehnung des Ersatzkassengedankens und damit des Antrags des Vorstands der Krankenlade Rheydt: Die Förderung der meist erst auf staatliche Anordnung hin eingerichteten Fabrikkrankenkassen hat Vorrang, die der Handwerkstradition verpflichtete Krankenlade prosperiert (noch) und ist erst langfristig aufgrund der zunehmenden Verdrängung der Handweberei durch mechanische bzw. Fabrikwebereien in ihrem Bestand gefährdet]
- 08.08.1866 Bescheid der Regierung Düsseldorf an den Vorstand der Kranken- und Sterbelade in Rheydt Abt. I, Bd.5, Nr.7  
[Im Interesse der finanziellen Sicherung der ortsstatutarischen (Fabrik-)Krankenkassen wird der Antrag des Vorstands der Krankenlade Rheydt abgelehnt]
- 27.08.1866 Eingabe des Vorstands der Kranken- und Sterbelade in Rheydt an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Adolf von Pommer-Esche Abt. I, Bd.5, Nr.8  
[Beschwerde über die Ablehnung des Gesuchs zur Anerkennung als „Ersatzkasse“]
- 24.09.1866 Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Adolf von Pommer-Esche an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.5, Nr.9  
[Die Interessenkollision zwischen einer freiwilligen Kasse für Handwerker und einer Zwangskasse für Fabrikarbeiter im Rahmen des ortsstatutarischen Kassenzwangs ist nicht notwendig bzw. bedarf noch des empirischen Beweises; Vorschlag eines versuchsweisen Vorgehens mit dem „Ersatzkassenprinzip“, d. h. Zulassung der beschränkten Kassenwahl]
- 03.10.1866 Statut des allgemeinen deutschen Zigarrenarbeitervereins in Berlin Abt. I, Bd.5, Anh.B Nr.2  
[Freie Arbeitervereinskasse mit Absicherung der Risiken von Arbeitslosigkeit, Wanderschaft und Krankheit]
- 22.10.1866 Votum des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.55  
[Die Koalitionsfreiheit soll nicht durch eigenes Gesetz, sondern im Rahmen einer neuen Gewerbeordnung eingeführt werden]
- 27.10.1866 Bericht des Landrats Ernst Otto Schubarth an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.5, Nr.10  
[Im öffentlichen Interesse einer Prosperität der ortsstatutarischen Zwangskassen (gleichmäßige Risikoverteilung) und Ruhigstellung der „unermüdlichen Querulanten“ erneute Ablehnung des Ersatzkassenprinzips, auch eines versuchsweisen Vorgehens, das diesem Rechnung trägt]
- 03.12.1866 Referentenentwurf eines bayerischen Gesetzes über die öffentliche Armenpflege Abt. I, Bd.7, Nr.158  
[Erstfassung des Referentenentwurfs des Innenministeriums für ein Gesetz über die öffentliche Armenpflege; das Heimatprinzip als Grundlage der Armenpflege]
- 13.12.1866 Vermerk des Regierungsrates Hermann Wagener für den preußischen Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.56  
[Die erneute Einbringung des Koalitionsgesetzes wird angemahnt]
- 15.12.1866 Schreiben des Direktors im preußischen Handelsministerium Rudolf Delbrück an den Geheimen Rat bei der Regierung Liegnitz Ludwig Jacobi mit Anlage Abt. I, Bd.5, Nr.11  
[Anfrage, inwieweit die Bestimmungen über gewerbliche Unterstützungskassen in einer neuen Gewerbeordnung vereinheitlicht und verbessert werden können]
- 15.12.1866 Bemerkungen des bayerischen Innenministers Johann Nepomuk Freiherr von Pechmann zu dem Referentenentwurf eines Gesetzes über die öffentliche Armenpflege Abt. I, Bd.7, Nr.159  
[Kritische Anmerkungen des Innenministers zu der Ausarbeitung des Referenten Emil Riedel]
16. u. 17.12.1866 Stellungnahme des Ministerialassessors Emil Riedel zu den Bemerkungen des bayerischen Innenministers Johann Nepomuk Freiherr von Pechmann mit abschließender Verfügung Freiherr von Pechmanns Abt. I, Bd.7, Nr.160  
[Gegenvorstellung des Referenten zur Kritik des Innenministers vom 15.12.1866 und neuerliche Stellungnahme bzw. abschließende Verfügung von diesem selbst]



- 19.12.1866 Schreiben des Geheimen Rats bei der Regierung Liegnitz Ludwig Jacobi an den Direktor im preußischen Handelsministerium Rudolf Delbrück Abt. I, Bd.5, Nr.12  
[Gutachterliche Vorschläge zur Reform von Statistik und Gesetzgebung gewerblicher Hilfskassen in Preußen]
- 20.12.1866 Schreiben des bayerischen Innenministers Johann Nepomuk Freiherr von Pechmann an den Justizminister Eduard von Bomhard Abt. I, Bd.7, Nr.161  
[Bitte des Innenministers um Stellungnahme des Justizministers zum Gesetzentwurf zur Armenpflege]
- 28.12.1866 Votum des bayerischen Justizministers Eduard von Bomhard für den Innenminister Johann Nepomuk Freiherr von Pechmann Abt. I, Bd.7, Nr.162  
[Erbetene Stellungnahme des Justizministers zum Gesetzentwurf zur Armenpflege]

## 1867

- 00.01.1867 Erstfassung des Entwurfs des Titels VIII einer neuen Gewerbeordnung für Preußen Abt. I, Bd.5, Nr.13  
[Die bisher entwickelten Rechtsgrundsätze über Hilfskassen für gewerbliche Arbeiter (Befugnis zu ortsstatutarischer Verpflichtung, Arbeitgeberbeitrag) sollen weiterhin bzw. auch in den neuen Provinzen gelten]
- 02.01.1867 Immediatbericht des bayerischen Innenministers Johann Nepomuk Freiherr von Pechmann an König Ludwig II. Abt. I, Bd.7, Nr.163  
[Bitte des Innenministers an den König, den Entwurf eines Armenpflegegesetzes dem Staatsrat zur Beratung vorzulegen]
- 08.01.1867 Regierungsentwurf eines bayerischen Gesetzes über die Ansässigmachung und Verehelichung mit Motiven Abt. I, Bd.7, Nr.164  
[Entwurf einer Neuregelung der Ansässigmachung mit dem Ziel einer Erleichterung der Eheschließung und der wirtschaftlichen Selbständigkeit]
- 08.01.1867 Regierungsentwurf eines bayerischen Gesetzes über die Heimat und den Aufenthalt mit Motiven Abt. I, Bd.7, Nr.165  
[Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Zusammenhanges von Heimat als Voraussetzung der Armenunterstützung und Freizügigkeit]
- 10.01.1867 Sitzungsprotokoll des bayerischen Staatsrats Abt. I, Bd.7, Nr.166  
[Beratung über das Armenpflegegesetz nach Referat Freiherr v. Pechmanns]
- 19.01.1867 Regierungsentwurf eines bayerischen Gesetzes über die öffentliche Armenpflege mit Motiven Abt. I, Bd.7, Nr.167  
[Regierungsentwurf auf der Grundlage des Referentenentwurfs und der anschließenden innerministeriellen Beratungen; Regelung von Organisation und Durchführung der Armenpflege; für ihre Voraussetzungen wird auf das Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt verwiesen]
- 10.02.1867 Jahresbericht 1866 des Fabrikinspektors Heinrich Adolf Junkermann an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.1  
[Bericht über Schulbesuch und Fabrikarbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern]
- 00.04.1867 Zweitfassung des Entwurfs des Titels VIII einer neuen Gewerbeordnung für Preußen Abt. I, Bd.5, Nr.14  
[Die bisherigen Rechtsgrundsätze über Hilfskassen für gewerbliche Arbeiter, einschließlich der subsidiären Befugnis zu behördlicher Anordnung, sollen weiterhin bzw. auch in den neuen Provinzen gelten]
- 10.05.1867 Preußisches Handelsarchiv Nr. 19. Entwicklung der gewerblichen Unterstützungskassen in Preußen Abt. I, Bd.5, Nr.15  
[Abriß der Entwicklung der Rechtsgrundlagen für gewerbliche Unterstützungskassen seit 1845]
- 27.05.1867 Vereinbarung von Fabrikbesitzern des Bezirks der Handelskammer Mönchengladbach Abt. I, Bd.3, Nr.2  
[Normalarbeitstag von zwölf Stunden als Regel, jedoch weitreichende Ausnahmen]
- 08.06.1867 Vortrag des Abgeordneten Ludwig Fischer über die Gesetzentwürfe über Ansässigmachung und Verehelichung sowie über Heimat und Aufenthalt Abt. I, Bd.7, Nr.168  
[Kritische Auseinandersetzung des Referenten des Sozialgesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten Fischer mit dem Institut der Ansässigmachung; Vorschlag zu dessen Abschaffung und Zusammenfassung der bisherigen Entwürfe für ein Gesetz über Ansässigmachung und Verehelichung und ein Gesetz über Heimat und Aufenthalt zu einem einheitlichen Entwurf über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt]

- 24.06.1867 Karl Wächtler: Industrie und innere Mission Abt. I, Bd.8, Nr.11  
 [Die Industrialisierung führt zu mehr Wohlstand und beläßt dem Arbeiter seine persönliche Freiheit; um einzelne negative Begleiterscheinungen und die soziale Not zu bekämpfen, sind erforderlich: u. a. eine Förderung der Sittlichkeit (im Haushalt besonders eine Aufgabe der Frauen); Wahrnehmung erzieherisch-moralischer Aufgaben durch die Fabrikmeister; gemeinsam von Arbeitern und Unternehmern getragene Spar-, Kranken- und Pensionskassen; Unterstützung des Erwerbs von Grundstücken und Häusern durch Arbeiter; Achtung des arbeitsfreien Sonntags; die Innere Mission hat sich den Gegebenheiten des industriellen Zeitalters zu stellen]
- 27.06.1867 Statut des Saarbrücker Knappschaftsvereins Abt. I, Bd.6, Anh.B Nr.2  
 [Einrichtungen und Leistungen des Vereins für seine Mitglieder und deren Angehörige]
- 04.07.1867 Vortrag des Abgeordneten Ludwig Fischer über den Entwurf eines [bayerischen] Gesetzes über die öffentliche Armenpflege Abt. I, Bd.7, Nr.169  
 [Der Referent des Sozialgesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten stimmt mit den Grundprinzipien des Regierungsentwurfs überein, plädiert allerdings für eine stärkere Trennung von Kirche und öffentlicher Armenpflege; detaillierte Änderungsvorschläge insbesondere im Hinblick auf §§ 10, 19, 20 und 21]
- 08.07.1867 Sitzungsprotokoll des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten Abt. I, Bd.7, Nr.170  
 [Auseinandersetzung zwischen dem Referenten des Sozialgesetzgebungsausschusses Ludwig Fischer und dem Ministerialkommissär Emil Riedel über den Regierungsentwurf eines Gesetzes über Verhelichung, Heimat und Aufenthalt bzw. einen Alternativvorschlag des Referenten]
- 15.07.1867 Regierungsentwurf eines [bayerischen] Gesetzes über Heimat, Verhelichung und Aufenthalt (neue Redaktion) Abt. I, Bd.7, Nr.171  
 [Neuer Regierungsentwurf auf der Grundlage der Vorschläge des Abgeordneten Fischer]
- 26.07.1867 Verfassung des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.1  
 [Gemeinsames Indigenat für alle Bundesangehörigen, Zuständigkeit des Bundes für die Gesetzgebung zur Freizügigkeit und zum Armenwesen, Einrichtung von Bundesratsausschüssen]
- 28.07.1867 Schreiben der Regierung Minden an den Berliner Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb Abt. I, Bd.5, Nr.16  
 [Der Arbeiterverein als Versicherungsanstalt? Im Regierungsbezirk Minden ist die Gründung eines Zweigvereins des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins verboten worden; teilt der Berliner Polizeipräsident die Ansicht, daß der Zigarrenarbeiterverein als Versicherungsanstalt anzusehen und genehmigungspflichtig ist bzw. unter § 340 Nr. 6 des preußischen Strafgesetzbuchs fällt?]
- 06.08.1867 Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb an die Regierung Minden Abt. I, Bd.5, Nr.17  
 [Der Berliner Polizeipräsident teilt die Ansicht der Regierung Minden nicht: Der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein ist keine Versicherungsanstalt und fällt nicht unter § 340 Nr. 6 preußisches Strafgesetzbuch]
- 30.08.1867 Schreiben des Bundeskanzlers Otto Graf von Bismarck an den Bundesrat mit Entwurf eines Gesetzes über die Freizügigkeit im Gebiet des Norddeutschen Bundes (Präsidialentwurf) und Motiven Abt. I, Bd.7, Nr.2  
 [Bismarck legt den Entwurf eines Bundesgesetzes zur Regelung von Freizügigkeit vor]
- 18.09.1867 Sitzungsprotokoll des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.172  
 [Diskussion über Art und Umfang der Unterstützung, Art. 5 des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über die öffentliche Armenpflege]
- 20.09.1867 Sitzungsprotokoll des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.173  
 [Diskussion über die Probleme der Art. 8 und 10 des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über die öffentliche Armenpflege sowie über Art. 20 und 21]
- 20.09.1867 Beschlüsse des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armenpflege, 1. Lesung) Abt. I, Bd.7, Nr.174  
 [Beschlüsse im Anschluß an die 1. Lesung des Gesetzes über die öffentliche Armenpflege im Sozialgesetzgebungsausschuß]
- 23.09.1867 Sitzungsprotokoll des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.175  
 [Diskussion über Art. 18 des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über die öffentliche Armenpflege, der inzwischen zu Art. 19 geworden ist]

- 24.09.1867 Sitzungsprotokoll des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.176  
[Fortsetzung der Diskussion über Art. 19 des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über die öffentliche Armenpflege]
- 24.09.1867 Beschlüsse des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armenpflege, 1. Lesung) Abt. I, Bd.7, Nr.177  
[Beschlüsse des Ausschusses im Anschluß an die 1. Lesung des Gesetzes über die öffentliche Armenpflege im Sozialgesetzgebungsausschuß]
- 24.09.1867 Bericht des Ausschusses für Handel und Verkehr an den Bundesrat Abt. I, Bd.7, Nr.3  
[Debatte über die Freigabe der persönlichen Freizügigkeit, Betonung des Rechts auf freien Aufenthalt; die Normenbereiche Heimat-, Staatsbürger- und Gewerberecht bleiben zurückgestellt]
- 00.10.1867 Bericht des Ausschusses der Handels- und Gewerbekammer Leipzig Abt. I, Bd.5, Nr.18  
[Forderung nach selbstverwalteten Krankenkassen für Gesellen und Fabrikarbeiter mit einer versicherungsökonomisch angemessenen Mitgliederzahl, Befürwortung des Kassenzwangs]
- 02.10.1867 Sitzungsprotokoll des Bundesrats des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.4  
[Der Bundesrat nimmt den Entwurf eines Gesetzes über die Freizügigkeit in gegenüber der Ausschlußfassung leicht veränderter Form an]
- 03.10.1867 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den Reichstag des Norddeutschen Bundes mit Entwurf eines Gesetzes über die Freizügigkeit (Regierungsvorlage) und Motiven Abt. I, Bd.7, Nr.5  
[Delbrück legt dem Reichstag im Namen des Bundeskanzlers den vom Bundesrat modifizierten und beschlossenen Entwurf für ein Freizügigkeitsgesetz vor]
- 07.10.1867 Protokoll des vierten Vereinstags Deutscher Arbeitervereine Abt. I, Bd.3, Nr.3  
[Befürwortung von Frauenarbeit und Ablehnung der Kinderarbeit; Forderung nach Arbeitserziehung für Kinder]
- 08.10.1867 Entwurf des Reichstagsabgeordneten Dr. Johann Baptist von Schweitzer für ein Gesetz zum Schutz der Arbeit gegen das Kapital Abt. I, Bd.3, Nr.4  
[Einschränkung der Vertragsfreiheit im Hinblick auf: Verbot des Trucksystems; Normalarbeitstag von zehn Stunden in Fabriken und Werkstätten; Verbot der Arbeit am Sonntagnachmittag; Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter zwölf Jahren; Siebenstundentag für jugendliche Arbeiter. Errichtung einer Fabrikinspektion auf Bundesebene und einer Kommission für Arbeiterstatistik; Strafbestimmungen bei Zuwiderhandeln]
- 15.10.1867 Verordnung der Regierung Erfurt Abt. I, Bd.3, Nr.5  
[Maschinenarbeiter müssen enganliegende Kleidung tragen. Kinder dürfen sich nicht in Räumen aufhalten, in denen freiliegende Maschinenteile in Bewegung sind]
- 17.10.1867 Bericht der VI. Kommission an den Reichstag des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.6  
[Abschließender Bericht über die Arbeit der Kommission, in dem vor allem die kontroversen Positionen zur Problematik des Zusammenhangs von Freizügigkeit und Gewerbefreiheit sowie dessen gesetzlicher Regelung resümiert werden]
- 21.10.1867 Sitzungsprotokoll des Reichstags des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.7  
[Verabschiedung des Antrags Miquel-Planck für ein norddeutsches Heimatgesetz]
- 01.11.1867 [Bundes-]Gesetz über die Freizügigkeit Abt. I, Bd.7, Nr.8  
[Recht auf freien Aufenthalt und freie Niederlassung für Bundesangehörige; Beschränkung kommunaler Abweisungs- und Ausweisungsbefugnisse]
- 08.11.1867 Sitzungsprotokoll des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.178  
[Zweite Lesung des Regierungsentwurfs eines Gesetzes über die öffentliche Armen- und Krankenpflege, Art. 5, 9, 18, 19 und 21]
- 08.11.1867 Verordnung des Oberbergamts Bonn Abt. I, Bd.3, Nr.6  
[Verbot der Frauenarbeit unter Tage; Vorschrift enganliegender Kleidung zur Unfallverhütung für Maschinenarbeiter]

- 09.11.1867 Beschlüsse des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten Abt. I, Bd.7, Nr.179  
(Gesetzentwurf öffentliche Armen- und Krankenpflege, 2. Lesung)  
[Entwurf eines Gesetzes über öffentliche Armen- und Krankenpflege nach den in zweiter Lesung gefaßten Beschlüssen des Sozialgesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten]
- 11.11.1867 Beschlüsse des Sozialgesetzgebungsausschusses der [bayerischen] Kammer der Abgeordneten Abt. I, Bd.7, Nr.180  
(Gesetzentwurf über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt, 3. Lesung)  
[Entwurf eines Gesetzes über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt nach den in dritter Lesung gefaßten Beschlüssen des Sozialgesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten]
- 24.11.1867 Protokoll der sechsten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Abt. I, Bd.3, Nr.7  
[Forderung nach einem Normalarbeitstag von 10 Stunden; Einschränkung der Arbeit Jugendlicher; Verbot der Kinderarbeit in Großbetrieben; Verbot der Sonntagsarbeit]

## 1868

- 00.01.1868 Ludwig Bamberger: Die soziale Frage Abt. I, Bd.8, Nr.12  
[Die soziale Frage ist nur durch die Freiheit zu lösen, Staatsintervention ist denkbar und möglich, greift aber nicht grundsätzlich und vorstößt gegen ihr Prinzip]
- 12.01.1868 Jahresbericht des Fabrikinspektors Heinrich Adolf Junkermann an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.8  
[Rückgang der Fabrikarbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern; wenig Beaufsichtigung der Fabriken durch örtliche Behörden]
- 16.01.1868 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck an den Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück Abt. I, Bd.7, Nr.9  
[Anfrage, ob die Vorlage eines Heimat- bzw. Unterstützungswohnsitzgesetzes seitens des Bundes geplant ist]
- 21.01.1868 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.7, Nr.10  
[Das Bundeskanzleramt wird vorläufig kein dem Beschluß des Reichstags entsprechendes Heimatgesetz vorbereiten können]
- 02.02.1868 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.9  
[Der bestehende allgemeine Beamtenapparat ist unzulänglich. Die Staatsregierung bedarf besonderer Inspektoren und Kommissionen zur Reform und Kontrolle der wirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere von Börsen und gefährlichen Betrieben. England als Beispiel]
- 03.02.1868 Erstfassung des Entwurfs des Titels VIII einer Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund Abt. I, Bd.5, Nr.19  
[Die Grundsätze des preußischen Rechts der gewerblichen Hilfskassen gelten weiter bzw. werden für das Gebiet des Norddeutschen Bundes eingeführt]
- 05.02.1868 Schreiben des Bundeskanzlers Otto Graf von Bismarck an das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.5, Nr.20  
[Eine Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund ist aufgrund von Interpellationen im Reichstag im Bundeskanzleramt entworfen worden, in der Sache geht sie auf den Entwurf einer neuen Gewerbeordnung für Preußen zurück]
- 06.02.1868 Schreiben des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel an den Essener Bürgermeister Ernst Lindemann Abt. I, Bd.6, Nr.6  
[Empfehlung zur Gründung einer Altersrentenbank für die Provinzen Rheinland und Westfalen nach dem Muster der sächsischen Altersrentenbank]
- 14.02.1868 Sitzungsprotokoll der bayerischen Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf Heimat, Verehelichung und Aufenthalt) Abt. I, Bd.7, Nr.181  
[Schlußabstimmung des Entwurfs eines Gesetzes über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt in der Kammer der Abgeordneten; Übersendung des verabschiedeten Entwurfs an die Reichsrätekommer]
- 19.02.1868 Sitzungsprotokoll der bayerischen Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armen- und Krankenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.182  
[Schlußabstimmung über den im Sozialgesetzgebungsausschuß und im Plenum der Abgeordnetenkammer erarbeiteten Entwurf; Weiterleitung an die Reichsrätekommer]
- 28.02.1868 Vortrag des Reichsrats Karl Freiherr von Schrenck von Notzing über den Gesetzentwurf über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt Abt. I, Bd.7, Nr.183  
[Stellungnahme des Frhm. von Schrenck als Referent des Sozialgesetzgebungsausschusses der Reichsrätekommer zu dem Gesetzgebungsvorhaben der Staatsregierung, insbesondere der Beseitigung der Ansässigmachung]

- 14.03.1868 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.5, Nr.21  
[Der Gewerbeordnungsentwurf des Bundeskanzleramts wird nach Maßgabe der Abänderungsvorschläge der Ressortminister befürwortet]
- 20.03.1868 Bericht der Regierung Minden an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz und den Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.5, Nr.22  
[Der Allgemeine Deutsche Zigarrenarbeiterverein hat den Charakter einer Versicherungsanstalt; Gefahren durch die Finanzierung von Streiks durch die Unterstützungskasse des Vereins, Beschwerde über das „passive Verhalten des Berliner Polizeipräsidiums“, das die Strafverfolgung vereitelt; Anregung, dieses anzuweisen, „die Unternehmer des Allgemeinen Deutschen Zigarrenarbeitervereins zur Nachsuchung der Staatsgenehmigung anzuhalten“]
- 20.03.1868 Beschluß der bayerischen Kammer der Reichsräte (Gesetzentwurf über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt) Abt. I, Bd.7, Nr.184  
[Beschlüsse der Kammer der Reichsräte zu dem von der Kammer der Abgeordneten verabschiedeten Gesetzentwurf über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt]
- 22.03.1868 Brief des Regierungsassessors im preußischen Handelsministerium Dr. Gustav Stüve an den Osnabrücker Bürgermeister i. R. Johann Bertram Stüve Abt. I, Bd.1, Nr.57  
[Bericht über den Geschäftsgang im preußischen Handelsministerium]
- 24.03.1868 Antrag der Staatsregierungen beider Mecklenburg an den Bundesrat des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.11  
[Die unterschiedlichen Regelungen des Heimatrechts in den einzelnen Bundesstaaten führen angesichts der Freizügigkeit zu Schwierigkeiten, die durch einheitliche Bestimmungen über Erwerb und Verlust eines Unterstützungswohnsitzes durch Zeitablauf für den ganzen Bund behoben werden können. Die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes wird beantragt]
- 26.03.1868 Petition des Leipziger Ausschusses der nationalliberalen Partei (Prof. Dr. Karl Biedermann) an den Reichstag des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.2, Nr.1  
[Der Ausschuß plädiert für eine Reform des Haftungsrechts, die der zunehmenden Gefährdung von Menschen durch Unglücksfälle Rechnung trägt]
- 27.03.1868 Gesamtbeschluß der bayerischen Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten über den Gesetzentwurf über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt Abt. I, Bd.7, Nr.185  
[Übereinstimmung beider Kammern über den Entwurf der Regierung]
- 01.04.1868 Bericht des außerordentlichen Ausschusses des Bundesrats über den Entwurf einer Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund Abt. I, Bd.5, Nr.23  
[Der Titel VIII (Gewerbliche Hilfskassen) der Gewerbeordnungsvorlage des Bundeskanzleramts wird mit geringfügigen Abänderungen zur Annahme empfohlen]
- 07.04.1868 Endfassung des Entwurfs des Titels VIII einer Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund Abt. I, Bd.5, Nr.24  
[Die Grundsätze des preußischen Rechts der gewerblichen Hilfskassen als Zwangskassen werden, soweit sie unselbständige Gewerbetreibende betreffen, für den Norddeutschen Bund gelten]
- 16.04.1868 Sitzungsprotokoll des Reichstags des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.12  
[Annahme der Resolution der sog. Eheschließungskommission über Vorlage eines Heimatgesetzes]
- 16.04.1868 Bayerisches Gesetz über Heimat, Verehelichung und Aufenthalt Abt. I, Bd.7, Nr.186  
[Endgültige Fassung des neuen Gesetzes nach dem Gesamtbeschluß der Kammern und der Ausführung durch den König]
- 23.04.1868 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.10  
[Englische Fabrikinspektoren. Ein unmittelbares Bedürfnis zur Fabrikinspektion besteht nur in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Aachen. Es wird erwogen, in einigen Bezirken besondere Beamte mit entsprechender Sachkenntnis zur Dampfkesselrevision heranzuziehen. Für Bergwerke ist keine besondere Fabrikinspektion notwendig]
- 04.05.1868 Resolution des Berliner Arbeitervereins Abt. I, Bd.5, Nr.25  
[Ablehnung der Beitrittspflicht zu Hilfs- und Unterstützungskassen in der Regierungsvorlage der Gewerbeordnung]
- 04.05.1868 [Bundes]Gesetz über die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.8  
[Die Eheschließung von Bundesangehörigen darf nicht von Besitz, Gemeindeangehörigkeit und dergleichen abhängig gemacht werden]

- 05.05.1868 Rundsreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramts Dr. Rudolf Delbrück an die Staatsregierungen des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.2, Nr.2  
[Ersuchen um Stellungnahme zu einem Haftpflichtgesetz]
- 23.05.1868 Rundsreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an die Bundesregierungen Abt. I, Bd.7, Nr.13  
[Anforderung von landesgesetzlichen Vorschriften zum Heimatrecht zur Vorbereitung eines entsprechenden Bundesgesetzes]
- 27.05.1868 Schreiben des preußischen Justizministers Adolf Leonhardt an den Kanzler des Norddeutschen Bundes Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.3  
[Für die in der Petition von Karl Biedermann vorgeschlagene allgemeine Reform des Schadenersatzrechts gibt es kein Bedürfnis, allerdings sind bei einigen gewinnbringenden und gefährlichen Unternehmen besondere Haftungsregelungen zu erwägen]
- 28.05.1868 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Kanzler des Norddeutschen Bundes Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.4  
[Die Knappschaftskassen in Preußen sorgen ausreichend für verunglückte Bergleute, nur die Aufnahme der Gehilfenhaftung in das Bergrecht wird befürwortet]
- 28.05.1868 Verordnung des Oberbürgermeisters der Stadt Barmen Abt. I, Bd.3, Nr.11  
[Pausenregelung in Fabriken]
- 04.06.1868 Eingabe des Deputiertenvereins der Gesellenkrankenkassen zu Dresden an die sächsische Ständeversammlung Abt. I, Bd.5, Nr.26  
[Für die Gesellenkrankenkassen wird Selbstverwaltung bzw. Aufhebung des Mandats von 1810 gefordert, um die Abhängigkeit von den Innungen zu beenden]
- 17.06.1868 Immediatbericht des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.58  
[Die Bestrebungen zur Besserung der Lage der Weber sind weitgehend erfolglos geblieben]
- 23.06.1868 Sächsische Gewerbegesetznovelle Abt. I, Bd.5, Nr.27  
[Kranken- und Sterbekassenzwang für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter, soweit entsprechende freiwillige Kassen fehlen, hat der jeweilige Träger der Regierungsgewalt für eine flächendeckende Errichtung von Bezirkskassen zu sorgen; Aufhebung der sog. mandatsmäßigen Kassen bzw. Anerkennung des Grundsatzes der Selbstverwaltung in den entsprechenden freiwilligen Gesellenkassen]
- 08.07.1868 [Bundes-]Gesetz, betreffend den Betrieb der stehenden Gewerbe (Notgewerbegesetz) Abt. I, Bd.5, Nr.28  
[„Vorschaltgesetz“ mit Grundsätzen der Gewerbefreiheit gegenüber dem im übrigen fortbestehenden Gewerberecht der einzelnen Staaten des Norddeutschen Bundes: Aufhebung der den Zünften und kaufmännischen Korporationen zustehenden besonderen Vorrechte, damit aber auch Wegfall der bisherigen Grundlage der zunft- bzw. berufsbezogenen bzw. -begrenzten Kassen]
- 24.07.1868 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Kanzler des Norddeutschen Bundes Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.5  
[Eine Ausdehnung der preußischen Gesetzgebung über Entschädigungsansprüche beim Eisenbahnbetrieb auf den Norddeutschen Bund wird befürwortet, die Abdingbarkeit der Haftung soll aber gesetzlich ausgeschlossen werden]
- 25.07.1868 Verordnung der Regierung Bromberg Abt. I, Bd.3, Nr.12  
[Schutzvorrichtungen bei Dreschmaschinen]
- 00.08.1868 Rundsreiben an die Mitglieder der Krankenunterstützungs- und Begräbniskasse der Schuhmachergesellschaft in Dresden Abt. I, Bd.5, Nr.29  
[Auswirkungen der sächsischen Gewebenovelle vom 23.6.1868: Aufruf, die Selbstverwaltungsrechte auch wahrzunehmen, Vorschlag zu einem neu gestalteten Statut, das die bisherige „Almosenkasse“ in eine gut organisierte Krankenkasse umgestalten soll]
- 01.08.1868 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.14  
[Bitte um Mitteilung der Prinzipien, nach denen Preußen sein neues Armengesetz gestalten wird, das durch den Gebietserwerb von 1866 notwendig geworden ist]

- 03.08.1868 Votum des Vorstands des mecklenburg-schwerinschen Innenministeriums Dr. Georg Wilhelm Wetzell für das Staatsministerium Abt. I, Bd.7, Nr.15  
[Das Freizügigkeitsgesetz und die Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung haben den „weitreichenden Schutz“ der Armengemeinden gegen steigende Armenlasten beseitigt, infolgedessen ist eine Reform der Armengesetzgebung vorzubereiten, die die Rechte auf Armenversorgung einschränkt und leistungsfähige Träger der Armenlast schafft; Bezugnahme auf die preußische Gesetzgebung]
- 10.08.1868 Immediatbericht des bayerischen Ministers des Innern Winfried Hoermann von Hoerbach an König Ludwig II. Abt. I, Bd.5, Nr.30  
[Gesuch um Verleihung der Rechtsfähigkeit für einen Kranken-, Sterbe- und Sparverein]
- 24.08.1868 Protokoll der siebten Generalversammlung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Abt. I, Bd.3, Nr.13  
[Forderung nach einem Normalarbeitstag von 10 Stunden; Verbot der Sonntagsarbeit]
- 25.08.1868 Volks-Zeitung Nr. 198 Abt. I, Bd.5, Nr.31  
[Gesuch um Verleihung der Rechtsfähigkeit für einen Kranken-, Sterbe- und Sparverein]
- 27.08.1868 Aufruf des Präsidenten des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Dr. Johann Baptist von Schweitzer und dessen Vizepräsidenten Friedrich Wilhelm Fritzsche an die Arbeiter Deutschlands Abt. I, Bd.4, Nr.1  
[Vorschlag einer zentralen Gewerkschaftsorganisation: Die Arbeiter müssen sich auf die Streiks vorbereiten, die zu erwarten sind, sobald die Koalitionsfreiheit eingeführt ist]
- 28.08.1868 Schreiben des Abteilungsdirektors im preußischen Handelsministerium Eduard Moser an den Kanzler des Norddeutschen Bundes Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.6  
[Ein besonderes Haftungsrecht für Unglücksfälle in Fabriken wird abgelehnt]
- 02.09.1868 Protokoll des zehnten Kongresses Deutscher Volkswirte in Breslau Abt. I, Bd.5, Nr.32  
[Forderungen nach Reform der Krankenunterstützungskassen, u. a. durch Aufhebung der Beitrittsverpflichtung]
- 06.09.1868 Programm des Vereinstages der deutschen Arbeitervereine Abt. I, Bd.8, Nr.13  
[Forderung nach Emanzipation der arbeitenden Klassen; Anschluß an die Bestrebung der I. Internationalen]
- 15.09.1868 [Essener] Denkschrift: Zur Frage der Hebung des Arbeiterstandes Abt. I, Bd.6, Nr.7  
[Vorschlag für eine Altersversorgungskasse nach dem Muster der sächsischen Altersrentenbank mit Arbeitgeberbeitrag und Beitrittspflicht; Bevorzugung einer solchen gegenüber einer Invalidenkasse]
- 20.09.1868 Programm der Deutschen Volkspartei Abt. I, Bd.3, Nr.14  
[Forderung nach Verbot der Kinderarbeit in Fabriken; Verbot der Nacharbeit für Frauen; Wöchnerinnenschutz; Verbot der Sonntagsarbeit; Ausbau der Fabrikinspektion; zehnstündiger Normalarbeitstag durch internationale Vereinbarung]
- 30.09.1868 Volks-Zeitung Nr. 229 Abt. I, Bd.4, Nr.02  
[Bericht über die Arbeiterversammlung der Deutschen Fortschrittspartei, eine Gegeninitiative zum sozialdemokratischen Arbeiterkongreß: Gründung der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine]
- 00.10.1868 Erstfassung des Entwurfs eines [Bundes-]Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz Abt. I, Bd.7, Nr.16  
[Bundesgesetzlich einheitliche Regelung des Armenwesens in allen Bundesstaaten, Heimatbezirk als unterstützungspflichtiger Armenverband, Grundsätze über Erwerb und Verlust der Heimat, Gleichbehandlung aller Bundesangehörigen, Regelung des Verfahrens von Streitigkeiten zwischen verschiedenen Armenverbänden, Einrichtung eines Bundesratsausschusses für Heimatwesen, Vollzug seiner Entscheidungen]
- 00.10.1868 Stellungnahme des Geheimen Regierungsrats im preußischen Innenministerium und Bundesratsbevollmächtigten Botho Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.17  
[Bejahung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes gemäß Art. 3 und 4 der Verfassung des Norddeutschen Bundes auch für das Armenwesen. Widerspruch der §§ 49-51 zum Grundprinzip des Gesetzes, die Fürsorgepflicht bundesweit als Problem der Kommunen untereinander, nicht der Staaten, zu regeln]
- 22.10.1868 Brief des Regierungsassessors Dr. Gustav Stüve an den Osnabrücker Bürgermeister i.R. Johann Bertram Stüve Abt. I, Bd.1, Nr.59  
[Arbeiterangelegenheiten als Aufgabenbereich des Handelsministeriums]

- 31.10.1868 Demokratisches Wochenblatt Nr. 44 Abt. I, Bd.4, Nr.3  
[Rede Wilhelm Liebknechts auf einer Arbeiterversammlung in Leipzig. Die Gründung von Gewerkschaften nach dem Muster der Trade-Unions wird empfohlen, deren Aufgabe es ist, das Klassenbewußtsein der Arbeiter gegenüber dem Kapital zu wecken; Geburtsstunde der Internationalen Gewerksgenossenschaften]
- 31.10.1868 Musterstatuten der deutschen Gewerkvereine Abt. I, Bd.5, Nr.33  
[Schutz und Förderung der Interessen der Arbeiter soll hauptsächlich durch Gründung nationaler Gewerkvereinskassen erfolgen]
- 05.11.1868 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramts Dr. Rudolf Delbrück an den preußischen Justizminister Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.2, Nr.7  
[Im Hinblick auf die vom Handelsminister befürwortete Abänderung des Haftungsrechts im Bergbau und beim Eisenbahnbetrieb wird eine endgültige Stellungnahme erbeten]
- 12.11.1868 Schreiben des preußischen Justizministers Adolf Leonhardt an den Kanzler des Norddeutschen Bundes Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.8  
[Die vorgeschlagene Änderung des Haftungsrechts soll auf Eisenbahnbetrieb und Bergbau beschränkt werden]
- 13.11.1868 Protokoll der ersten außerordentlichen Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Zivilprozeßordnung für die Staaten des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.4, Nr.4  
[Diskussion über ein Gesetz betreffend die Beschlagnahme von Arbeits- und Dienstlöhnen, insbesondere über mögliche Ansatzpunkte eines Pfändungsverbots: Freilassung noch nicht verdienter Löhne und/oder des Existenzminimums]
- 16.11.1868 Brief des Regierungsassessors Dr. Gustav Stüve an den Osnabrücker Bürgermeister i.R. Johann Bertram Stüve Abt. I, Bd.1, Nr.60  
[Staatliches Eingreifen in die Arbeiterverhältnisse wird für sehr bedenklich gehalten]
- 16.11.1868 Protokoll der zweiten außerordentlichen Sitzung der Kommission zur Ausarbeitung des Entwurfs einer Zivilprozeßordnung für die Staaten des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.4, Nr.5  
[Fortsetzung der Diskussion über die möglichen Grenzen der Lohnbeschlagnahme, Auftrag zum Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Pfändbarkeit nicht verdienter Löhne]
- 00.12.1868 Jahresbericht der Handelskammer des Kreises Altena in Lüdenscheid Abt. I, Bd.6, Nr.8  
[Der Vorschlag einer obligatorischen Altersversorgungskasse wird abgelehnt, statt dessen wird Förderung der Ausbildung und des Sparwillens vorgeschlagen]
- 29.12.1868 Viertfassung des Entwurfs eines [Bundes-]Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz Abt. I, Bd.7, Nr.18  
[Einführung des Begriffs „Unterstützungswohnsitz“, jeder Bundesangehörige kann den Unterstützungswohnsitz im gesamten Bundesgebiet durch einen zweijährigen Aufenthalt erwerben und durch zweijährige Abwesenheit verlieren. Entgegenstehendes Landesrecht wird außer Kraft gesetzt. Die Regelung über Zuschritt und Einrichtung der lokalen und überlokalen Armenverbände bleibt dem Landesrecht vorbehalten. Ausschluß von Bekenntnisverbänden, Regelung der Rechte und Pflichten der Armenverbände untereinander]

**1869**

- 00.01.1869 Stellungnahme des Rats bei der Regierung Potsdam Theodor von Flottwell für den Geheimen Regierungsrat im Bundeskanzleramt Robert von Puttkamer Abt. I, Bd.7, Nr.19  
[Plädoyer für die Abschaffung des Heimatscheins]
- 09.01.1869 Statut der Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter in Berlin Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.3  
[Anerkannte Arbeiterunterstützungskasse mit Krankenreglement]
- 00.02.1869 Jahresbericht der Handelskammer Lüdenscheid Abt. I, Bd.8, Nr.14  
[Gewerkvereine der Arbeiter könnten Nutzen stiften; hauptsächlich sind Erfolge im Kampf gegen die Proletarisierung aber durch genossenschaftliche Selbsthilfe zu erwarten; empfohlen werden insbesondere kombinierte Spar- und Konsumgenossenschaften, basierend auf einer Kooperation von Arbeitern und Unternehmern]
- 04.02.1869 Schreiben des Bundeskanzlers Otto Graf von Bismarck an das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.7, Nr.20  
[Anschreiben zur Übersendung des Referentenentwurfs des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 06.02.1869 Vermerk des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für den Präsidenten des Bundeskanzleramts Rudolf Delbrück Abt. I, Bd.4, Nr.6  
[Ein Verbot der Beschlagnahme des Arbeitslohnes ist dringend erforderlich]



- 13.02.1869 Ersuchen des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck um Weisung Abt. I, Bd.7, Nr.21  
[Kirchenpauer erbittet Weisung für Argumentation und Abstimmung in bezug auf die bevorstehenden Verhandlungen des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz in Bundesrat und Ausschuß]
- 16.02.1869 Immediatbericht des Bundeskanzlers Otto Graf von Bismarck für den preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.7, Nr.22  
[Mitteilung über Anlaß, Aufbau und Grundsätze des Unterstützungswohnsitzgesetzentwurfs; Bitte um Genehmigung der Vorlage im Bundesrat]
- 19.02.1869 Schreiben des Bundeskanzlers Otto Graf von Bismarck an den Bundesrat mit Entwurf eines [Bundes-]Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz (Präsidentialentwurf I) und Motive Abt. I, Bd.7, Nr.23  
[Festhalten an den in der Viertfassung entwickelten Grundsätzen, Modifikation des Freizügigkeitsgesetzes, Ausschluß der ausdrücklichen Aufnahme als Grund des Erwerbs des Unterstützungswohnsitzes; Motive: Verwirklichung des in Art. 3 Abs. 1 der Verfassung vorgesehenen gemeinsamen Indigenats durch Einführung des in Preußen bereits 1842 eingeführten armenrechtlichen Grundsatzes des Unterstützungswohnsitzes in den Mitgliedstaaten, Abschaffung des vielfach noch bestehenden traditionellen Heimatprinzips, Beseitigung des Widerspruchs von an die lokale Gemeinde gebundener Heimat mit den Mobilitätsanforderungen eines modernen Territorialstaates, volle Verwirklichung von Freizügigkeit und allgemeiner Staatsbürgerschaft]
- 23.02.1869 Weisung des mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenministers Jasper von Oertzen an den Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow Abt. I, Bd.7, Nr.24  
[Kritik am Grundsatz des Präsidentialentwurfs I, die Staatsangehörigkeit als Anknüpfungspunkt für die Unterstützungspflicht gänzlich zu beseitigen und diese nur noch auf der Ebene der Kommunen zu verankern. Plädoyer für die Wiedereinführung der Aufnahme in den Gemeindeverband als zusätzlichen Tatbestand für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes; Kritik der gesetzlich vorgesehenen Möglichkeit, den Unterstützungswohnsitz durch Zeitablauf zu verlieren, auch ohne daß bereits ein neuer erworben wurde]
- 26.02.1869 Denkschrift des Hamburger Senators Dr. Hermann Goßler Abt. I, Bd.7, Nr.25  
[Kritik des Präsidentialentwurfs I vom 19.2.1869 für ein Unterstützungswohnsitzgesetz und seiner Motive, Weisung für den Bundesratsbevollmächtigten]
- 00.03.1869 Eingabe des Zollvereinsländischen Eisenhüttenvereins an den Reichstag des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.4, Nr.8  
[Kritik am Recht der Zwangsvollstreckung: Die herrschende Praxis der Lohnbeschlagnahme gefährdet die Herausbildung einer leistungsbereiten Industriearbeiterschaft; der dem Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf reicht zur Abhilfe nicht aus. Forderung eines Verbots der Lohnbeschlagnahme]
- 02.03.1869 Vortrag des Reichsrats Peter Karl Freiherr von Aretin über den Entwurf eines bayerischen Gesetzes über öffentliche Armen- und Krankenpflege Abt. I, Bd.7, Nr.187  
[Stellungnahme des Freiherrn v. Aretin als Referent des Sozialgesetzgebungsausschusses der Reichsratskammer zu dem Gesetzgebungsvorhaben der Staatsregierung im allgemeinen und den Änderungsvorschlägen der Kammer der Abgeordneten im besonderen]
- 02.03.1869 Bericht des Amtsverwalters von Ritzebüttel Dr. Charles Anthony Werner an die Landherrenschaft für Ritzebüttel Abt. I, Bd.7, Nr.26  
[Heftige Kritik an dem Präsidentialentwurf I für ein Unterstützungswohnsitzgesetz vom 19.2.1869]
- 04.03.1869 Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.27  
[Bericht über die Sitzung des Bundesratsausschusses am 3.3.1869; Darlegung der in der einführenden Generaldebatte geäußerten unterschiedlichen Positionen zum Präsidentialentwurf I für ein Unterstützungswohnsitzgesetz vom 19.2.1869]
- 04.03.1869 Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes mit Motiven Abt. I, Bd.4, Nr.7  
[Soweit der Arbeitslohn zum notdürftigen Unterhalt erforderlich ist, ist er nicht pfändbar]
- 04.03.1869 Erneuter Entwurf des Titels VIII einer Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund Abt. I, Bd.5, Nr.34  
[Die wesentlichen Bestimmungen der preußischen Gesetzgebung über Kassenpflicht und Zwangskassen sollen für unselbständige Gewerbetreibende weiterhin gelten und auf den Norddeutschen Bund ausgeweitet werden]
- 07.03.1869 Bericht des Bürgerausschusses der Hamburger Bürgerschaft über den Antrag Dr. Johann Karl Knauth und Genossen betr. den Bundesgesetzentwurf über den Unterstützungswohnsitz Abt. I, Bd.7, Nr.28  
[Der Bürgerausschuß teilt die ablehnende Haltung des Knauthschen Antrags gegenüber dem Präsidentialentwurf I v.19.2.1869 für ein Unterstützungswohnsitzgesetz nicht, insoweit auch andere Haltung als der Senat]

- 09.03.1869 Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.29  
[Bericht über die Sitzung des Bundesratsausschusses am 9.3.1869 zum Unterstützungswohnsitzgesetz; Fortgang der Abstimmung im Ausschuß]
- 09.03.1869 Bericht des Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenminister Jasper von Oertzen Abt. I, Bd.7, Nr.30  
[Zusammenfassender Bericht über die Sitzung des Bundesratsausschusses am 9.3.1869 zum Unterstützungswohnsitzgesetz, Darstellung der Abstimmung aus Mecklenburger Sicht; Resümee der grundsätzlichen Differenzen betreffend den vorliegenden Präsidialentwurf I; Darstellung von Diskussion und Abstimmung zentraler Einzelvorschriften, in der z.T. erhebliche Modifikationen des ursprünglichen Konzepts durchgesetzt wurden]
- 10.03.1869 Bericht des Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenminister Jasper von Oertzen Abt. I, Bd.7, Nr.31  
[Detaillierter Bericht über die Sitzung des Bundesratsausschusses am 10.3.1869 zum Unterstützungswohnsitzgesetz, Begründung seiner Zustimmung bei der Schlußabstimmung]
- 11.03.1869 Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.32  
[Bericht über die Sitzung des Bundesratsausschusses am 10.3.1869 zum Unterstützungswohnsitzgesetz; Bedeutungsverlust der Einzelstaaten bei Verwirklichung des Entwurfs; Abhängigkeit der mitteldeutschen Kleinstaaten von Preußen, daraus resultierende Stimmverhältnisse im Ausschuß; geplanter Gegenentwurf Hessens und Sachsens]
- 12.03.1869 Vortrag des Oberamtmanns Georg Seybel auf der Sitzung des Bezirksrates in Schopfheim (Baden) Abt. I, Bd.3, Nr.15  
[Auswirkungen der Fabrikarbeit von Frauen und Kindern auf die Lebensbedingungen der Arbeiterfamilien. Stellungnahme zu einem vom badischen Handelsministerium vorgelegten Gesetzentwurf zur Regelung der Fabrikarbeit von Kindern]
- 13.03.1869 Schreiben des Hamburger Senators Dr. Hermann Gößler an den Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer Abt. I, Bd.7, Nr.33  
[Neuerliche Zweifel an der Kompetenz des Bundes für die Armengesetzgebung; jedenfalls Erfordernis einer (verfassungsändernden) Zweidrittelmehrheit]
- 15.03.1869 Bericht des außerordentlichen Ausschusses an den Bundesrat Abt. I, Bd.7, Nr.34  
[Kontroverse zwischen Minorität und Majorität im Ausschuß. Minorität: Bejahung der Gesetzgebungskompetenz des Bundes für die Armengesetzgebung, Gesetz als Lösung des armenrechtlichen Interessenkonflikts zwischen industriellen Großstädten und ländlichen Städten und Gemeinden, Hinfalligkeit der Gothaer Konvention durch gesetzliches Gebot, alle Norddeutschen in jedem Mitgliedstaat als Inländer zu behandeln. Majorität: Übereinstimmung, daß Gesetz ohne sachliche Rechtfertigung in die bestehende Armenfürsorge der nichtpreußischen Mitglieder eingreift, im übrigen unterschiedliche Positionen: z. T. generelles Bestreiten der Gesetzgebungskompetenz des Bundes, z. T. Forderung nach einer Verknüpfung von Unterstützungswohnsitz und einzelstaatlicher Staatsangehörigkeit, z. T. Forderung der Beschränkung einer Neuregelung im preußischen Sinne auf Hilfsbedürftigkeit außerhalb des Heimatstaates. Schließlich allgemeine Diskussion und Problematisierung der Grundsätze von Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes]
- 20.03.1869 Beschluß (Rückäußerung) der bayerischen Kammer der Reichsräte (Gesetzentwurf öffentliche Armen- und Krankenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.188  
[Beschluß der Kammer der Reichsräte über den Gesetzentwurf, „die öffentliche Armen- und Krankenpflege betreffend“, wie er von der Kammer der Abgeordneten überreicht wurde]
- 21.03.1869 Volks-Zeitung Nr. 68, Beilage. Die Arbeiterpetition an den Reichstag Abt. I, Bd.5, Nr.35  
[Eine Arbeiterversammlung beschließt eine Eingabe gegen eine Reihe von Regelungen des Entwurfs der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund, insbesondere gegen die sog. Zwangskassen]
- 23.03.1869 Beschlüsse des Sozialgesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten über den Beschluß (Rückäußerung) der Kammer der Reichsräte (Gesetzentwurf öffentliche Armen- und Krankenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.189  
[Stellungnahme des Sozialgesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten zu den Beschlüssen der Reichsrätekommer vom 20.3.1869 (vgl. Nr. 188) bezüglich des Gesetzentwurfs, „die öffentliche Armen- und Krankenpflege betr.“]
- 01.04.1869 Beschluß (Rückäußerung) der bayerischen Kammer der Abgeordneten über den Beschluß (Rückäußerung) der Kammer der Reichsräte (Gesetzentwurf öffentliche Armen- und Krankenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.190  
[Stellungnahme der Abgeordnetenkommer zu der Rückäußerung der Reichsrätekommer vom 20.3.1869 aufgrund der Vorarbeiten des Sozialgesetzgebungsausschusses]

- 02.04.1869 Statut zur Nebenkasse der vereinigten Schuhmacher in Dresden Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.4  
[Freie Gesellenkrankenkasse, die als ergänzende Zuschußkrankenkasse konzipiert ist]
- 10.04.1869 Beschluß (Rückäußerung) der bayerischen Kammer der Reichsräte zum Beschluß (Rückäußerung) der Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armen- und Krankenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.191  
[Neuerliche Stellungnahme der Reichsrätekommission zum Beschluß der Kammer der Abgeordneten vom 1.4.1869; sukzessive Minimierung der Streitpunkte]
- 12.04.1869 Sitzungsprotokoll des Sozialgesetzgebungsausschusses der Kammer der Abgeordneten (Gesetzentwurf öffentliche Armen- und Krankenpflege) Abt. I, Bd.7, Nr.192  
[Abschließender Kompromiß des besonderen Ausschusses der Kammer der Abgeordneten; das Zustandekommen des Gesetzes, betr. die „öffentliche Armen- und Krankenpflege“ ist damit gesichert]
- 21.04.1869 Gesamtbeschluß der bayerischen Kammern der Reichsräte und der Abgeordneten über den Gesetzentwurf über öffentliche Armen- und Krankenpflege Abt. I, Bd.7, Nr.193  
[Übereinstimmung bei den Kammern über den in Details von ihnen abgeänderten Entwurf der Regierung]
- 23.04.1869 Abänderungsantrag des Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Stumm zu dem Entwurf einer Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund Abt. I, Bd.5, Nr.36; Abt. I, Bd.6, Nr.9  
[Vorschlag, für Fabrikarbeiter selbstverwaltete Zwangskassen mit Invaliden-, Witwen- und Waisenunterstützung (Fabrikassen) für vollberechtigte (!) Mitglieder nach dem Vorbild der Knappschaftsvereine bzw. -kassen einzurichten und die Fabrikarbeiter von der Beitrittspflicht zu den anderen gewerblichen Hilfskassen zu befreien]
- 23.04.1869 Sitzungsprotokoll des Bundesrats des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.35  
[Punktation der Streitfragen zum Unterstützungswohnsitzgesetz]
- 23.04.1869 Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.36  
[Bericht über die Bundesratssitzung vom 23.4.1869; Darstellung des Verlaufs aus der Sicht des Hamburger Bevollmächtigten]
- 24.04.1869 Bericht des Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenminister Jasper von Oertzen Abt. I, Bd.7, Nr.37  
[Kritischer Bericht über die Bundesratssitzung vom 23.4.1869 aus der Sicht des mecklenburgischen Bevollmächtigten, die Präsidialvorlage I soll zurückgezogen werden]
- 26.04.1869 Abänderungsantrag der Abgeordneten Hermann Schulze-Delitzsch, Reinhold Richter und Dr. Max Hirsch zu dem Entwurf einer Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund Abt. I, Bd.5, Nr.37  
[Einführung des sog. Ersatzkassenprinzips: Die (Pflicht-)Mitglieder von ortstatutarischen Kassen können Mitglieder einer sog. freien Kasse werden; nachträgliche Beseitigung von adäquaten Mindeststandards bei den jeweils wählbaren freien Kassen]
- 26.04.1869 Sitzungsprotokoll des Bundesrats des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.38  
[Protokoll der 17. Sitzung des Bundesrats am 26.4.1869; das Bundespräsidium zieht den Präsidialentwurf I zum Unterstützungswohnsitzgesetz zurück]
- 26.04.1869 Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.39  
[Bericht des Hamburger Bevollmächtigten über die Bundesratssitzung vom 26.4.1869; Kontroverse über die Reichweite der Bundeskompetenz]
- 26.04.1869 Bericht des Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenminister Jasper von Oertzen Abt. I, Bd.7, Nr.40  
[Bericht des Mecklenburger Bevollmächtigten über die Bundesratssitzung vom 26.4.1869; das Bundesratspräsidium hat den Präsidialentwurf I zum Unterstützungswohnsitzgesetz zurückgezogen]
- 29.04.1869 Bayerisches Gesetz über öffentliche Armen- und Krankenpflege Abt. I, Bd.7, Nr.194  
[Definition von Aufgaben, Trägern und Adressaten der öffentlichen Armenpflege; grundsätzliche Beibehaltung des Heimatprinzips; Ergänzung durch Unterstützungspflicht der Aufenthaltsgemeinde für Kranke, Dienstboten und gewerbliche Arbeiter; Einrichtung von Krankenkassen für und Erhebung von Krankenkassenbeiträgen von diesen; Organisation und Finanzierung der öffentlichen Armenpflege]

- 29.04.1869 Bayerisches Gesetz, die privatrechtliche Stellung von Vereinen betreffend Abt. I, Bd.4, Nr.9  
[Ideale Personenvereinigungen erhalten die Rechte einer juristischen Person (Korporation), sofern ihre Satzung bestimmten Normativbestimmungen entspricht, unmittelbar kraft Gesetz, nicht aufgrund besonderer staatlicher Verleihung]
- 00.05.1869 Normalstatut für Berliner Kranken- und Sterbekassen Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.5  
[Normalstatut für anerkannte Unterstützungskassen]
- 01.05.1869 Rede des Abgeordneten Hermann Schulze-Delitzsch im Reichstag des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.5, Nr.38;  
Abt. I, Bd.6, Nr.10  
[Kritik sowohl an der Regierungsvorlage zum Entwurf einer Gewerbeordnung im allgemeinen als auch an dem Antrag Stumms im besonderen; Zwang gegen die arbeitende Klasse ist nicht zu begründen; die Forderung nach Gleichberechtigung der sog. freien Kassen gegenüber den sog. Zwangskassen wird begründet; die Erfahrungen der Knappschaftskassen sind nicht auf die übrige Industrie zu übertragen]
- 04.05.1869 Erster Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Schulze-Delitzsch und Genossen an den Reichstag des Norddeutschen Bundes auf Beschlußnahme eines Gesetzes über die privatrechtliche Stellung von Vereinen mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.10  
[Ideale Personenvereinigungen sollen unmittelbar kraft Gesetz die Rechte eines „anerkannten Vereins“ bzw. einer juristischen Person (Korporation) erhalten, sofern sie die gesetzlichen Normativbedingungen erfüllen, einer ausdrücklichen Genehmigung bzw. Anerkennung seitens der Staatsgewalt bedarf diese Rechtssubjektivität nicht; Haftungsbeschränkung]
- 05.05.1869 Bericht der III. Kommission an den Reichstag des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.4, Nr.11  
[Bericht über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes; Diskussion, ob und inwieweit Lohnforderungen beschlagnahmt werden können, insbesondere auch vor Fälligkeit; Abkehr von der Regierungsvorlage]
- 10.06.1869 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an die Bundesregierungen Abt. I, Bd.5, Nr.39  
[Anforderung von Statistiken und Gesetzesmaterial zur Vorbereitung eines Hilfskassengesetzes]
- 14.06.1869 Bericht der XIV. Kommission an den Reichstag des Norddeutschen Bundes mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.12  
[Der gesetzlichen Anerkennung der idealen Personenvereinigungen als juristische Personen des privaten Rechts stehen zwei Hindernisse entgegen: das öffentliche Recht in Preußen im Hinblick auf die religiösen und politischen Vereine und die beabsichtigte Haftungsbegrenzung]
- 15.06.1869 Brief des Regierungsassessors Dr. Gustav Stüve an den Osnabrücker Bürgermeister i.R. Johann Bertram Stüve Abt. I, Bd.1, Nr.61  
[Kritik an der neuen Gewerbeordnung]
- 21.06.1869 [Bundes-]Gesetz, betreffend die Beschlagnahme des Arbeits- oder Dienstlohnes Abt. I, Bd.4, Nr.13  
[Verbot der Beschlagnahme (Pfändung) des Arbeitslohnes vor Fälligkeit, sofern kein Jahreseinkommen von über 400 Talern vorliegt]
- 21.06.1869 Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund Abt. I, Bd.3, Nr.16  
[Grundnormen des gewerblichen Arbeits- und Arbeitsschutzrechts; Regelungen der Arbeitsbeziehungen zwischen Gewerbetreibenden und gewerblichen Arbeitern, Koalitionsfreiheit; Aufhebung der Beitrittspflicht der selbständigen Gewerbetreibenden zu gewerblichen Hilfskassen; die Regelung des Hilfskassenwesens für gewerbliche Arbeitnehmer bleibt einem besonderen Gesetz vorbehalten; der bisherige (landesgesetzliche) Rechtszustand bleibt erhalten, jedoch ist die Beitrittspflicht („Kassenzwang“) zu einer bestimmten Kranken- bzw. Hilfskasse („Zwangskasse“) bei nachgewiesener Mitgliedschaft bei einer anderen Kasse aufgehoben] Abt. I, Bd.4, Nr.14  
Abt. I, Bd.5, Nr.40
- 27.06., 04. u. 11.07.1869 Der Gewerkverein Nr. 6, Nr. 7 u. Nr. 8. Die deutsche Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit Abt. I, Bd.6, Nr.11  
[Der Verband der deutschen Gewerkvereine eröffnet eine deutsche Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit ohne staatliche Hilfe als Versicherungsgesellschaft auf Gegenseitigkeit ohne Beteiligung der Arbeitgeber und mit vorläufigen Beiträgen]
- 07.07.1869 Bericht der Landvogtei Schönberg des Fürstentums Ratzeburg an die Staatsregierung von Mecklenburg-Strelitz Abt. I, Bd.5, Nr.41  
[Darstellung der Organisation, Leistung und Leistungserbringung einer Allgemeinen Gesellenkrankenkasse sowie einer traditionellen Vorform einer derartigen Kasse: zunftbestimmte Gesellenlade bzw. „Zunftkrankenkasse“ mit „Auflagegeld“ für Krankenpflege durch zunftbestimmte Gesellenbruderschaft; letztere ist als sog. Ersatzkasse gegenüber der Allgemeinen Gesellenkrankenkasse zugelassen; Plädoyer für Kassenpflicht]

- 11.07.1869 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Bezirksregierungen der alten Landesteile Abt. I, Bd.5, Nr.42  
[Anforderung von statistischem Material und gutachtlichen Äußerungen zur Vorbereitung eines Hilfskassengesetzes]
- 16.07.1869 Bericht des Magistrats der Stadt Neustrelitz an die Staatsregierung von Mecklenburg-Strelitz Abt. I, Bd.5, Nr.43  
[Ausführungen über die unterschiedlichen Rechtsgrundlagen (Statut, Observanz) und die Funktionsweise der berufs- und zunftbezogenen Kassen der Schneider-, Maurer-, Töpfer- und Stuhlmachergesellen, insgesamt wird ihre Verwaltung durch die Altgesellen und Ladenmeister für reformbedürftig erachtet]
- 25.07.1869 Wilhelm Emmanuel Freiherr von Ketteler: Die Arbeiterbewegung und ihr Streben im Verhältnis zu Religion und Sittlichkeit Abt. I, Bd.8, Nr.15  
[Die klassischen Freiheitsrechte sollen durch soziale Menschenrechte ergänzt werden; Kritik der liberalistisch-kapitalistischen Ordnung; Befürwortung von Gewerkschaften; Forderungen nach Arbeiterschutzgesetzen, insbesondere für Schulkinder und Frauen]
- 01.08.1869 Statuten des Gewerkvereins der deutschen Bergarbeiter für den Ortsverein zu Waldenburg Abt. I, Bd.4, Nr.15  
[Der Gewerkverein betreibt die Interessenvertretung der Bergarbeiter, dazu wird u.a. die Errichtung verschiedener eigener Unterstützungskassen und die Regelung des Verfahrens bei Arbeitskämpfen angestrebt]
- 07.08.1869 Bericht des Saarbrücker Landrats Franz von Gaertner an die Regierung Trier Abt. I, Bd.5, Nr.44  
[Bericht über die Entwicklung des Kassenwesens auf knappschaftlicher und gewerblicher Grundlage im industriereichen Kreis Saarbrücken: Die entscheidende Gründungsphase des gewerblichen Hilfskassenwesens im Saarkreis wurde durch das Gesetz vom 3.4.1854 mit der entsprechenden Anordnungsbefugnis der Behörden zum Kassenzwang bewirkt, der befürwortet wird. Ausführungen über den gewerblichen Unterstützungskassenverein für den Kreis Saarbrücken]
- 09.08.1869 Programm der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Abt. I, Bd.3, Nr.17,  
Abt. I, Bd.8, Nr.16  
[Normalarbeitstag; Einschränkung der Frauenarbeit; Verbot der Kinderarbeit. – Abschaffung der jetzigen Produktionsweise und Klassenherrschaft; Forderung nach liberalen Rechten, Arbeiterschule und Förderung der Produktivgenossenschaften durch Staatskredit]
- 19.08.1869 Bericht der Regierung Trier an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.45  
[Empirische Angaben und Meinungsäußerung: Krankenkassen hindern die Freizügigkeit nicht, Befürwortung des Kassenzwangs, für Beibehaltung des Konzessionssystems gegenüber Kassenvereinen]
- 22.08. u.  
12.09.1869 Der Gewerkverein Nr. 14 und Nr. 17. Noch einmal die Invalidenkasse! Abt. I, Bd.6, Nr.12  
[Die Statuten der „Deutschen Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit“ werden wesentlich verändert durch eine allgemeine Beitrittspflicht neuer Gewerkvereinsmitglieder ab 1870, von denen bei zweifelhafter Gesundheit ein ärztliches Attest verlangt werden kann, durch ein Beitrittsverbot für Personen höheren Alters ab 1871 und durch die Herabsetzung des Invalidengeldes]
- 28.08.1869 Bericht der Regierung Koblenz an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.46  
[Empirische Angaben und Meinungsäußerung: Krankenkassen hindern die Freizügigkeit nicht, Ablehnung des Kassenzwangs, Befürwortung der Anerkennung der Rechtsfähigkeit bei Vorliegen bestimmter Normativbedingungen]
- 03.09.1869 Bericht der Regierung Minden an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.47  
[Empirische Angaben und Meinungsäußerung: Krankenkassen hindern die Freizügigkeit nicht, Befürwortung des Kassenzwangs, für Beibehaltung des Konzessionssystems gegenüber Kassenvereinen, ausführliche Mitteilungen zu den Ausführungen der Handelskammern und Landräte des Bezirks, dabei jeweils Mitteilung der liberalen Argumentation des Sekretärs der Handelskammer Bielefeld Wolfgang Eras]
- 03.09.1869 Erwin Nasse: Der Anteil der Inneren Mission an der Lösung der Arbeiterfrage Abt. I, Bd.8, Nr.17  
[Die Verbreitung des Evangeliums unter der Arbeiterschaft ist nicht möglich, ohne daß „äußere Hindernisse wirtschaftlicher und sozialer Art“ weggeräumt werden; Plädoyer für genossenschaftliche Organisationen]
- 04.09.1869 Verhandlungen des Kongresses deutscher Volkswirte über die Reformbedürftigkeit des Haftungsrechts Abt. I, Bd.2, Nr.9  
[Für die Entschädigung von Unfällen im Bereich von Bergbau, Industrie und Eisenbahn muß ein entsprechendes Gesetz geschaffen werden, nicht zuletzt im Interesse der Unfallverhütung]

- 04.09.1869 Bericht der Regierung Potsdam an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.48  
[Empirische Angaben und Meinungsäußerung: Krankenkassen hindern die Freizügigkeit nicht, Ablehnung des Kassenzwangs, Verleihung von Korporationsrechten nur in besonderen Ausnahmen]
- 07., 08. u. 09.09.1869 Protokoll der 20. Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands Abt. I, Bd.8, Nr.18  
[Anerkennung der christlich-sozialen Bestrebungen im Hinblick auf die gewerbliche Arbeiterfrage; der Arbeiter ist berechtigt, seine Forderungen organisiert (in Vereinen und Koalitionen) zu vertreten; das schließt die Gründung von sozialen Genossenschaften nach Schulze-Delitzsch (so F. X. Schulte) und die Durchführung von Streiks (so E. Lieber) ein; im übrigen darf die Arbeiterfrage nicht nur unter ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet werden, in die Arbeiterherzen soll christlicher Sinn gesenkt werden; Frauen sollen keine Fabrikarbeit mehr leisten; die christlich-sozialen Vereine sollen die von Bischof Ketteler (vgl. Nr. 15) aufgestellten Grundsätze zur Lösung der Arbeiterfrage befolgen; Gründung einer ständigen Sektion für soziale Fragen, die die Bildung christlich-sozialer Vereine fördern soll]
- 17.09.1869 Votum des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.16  
[Alle Idealvereine, ausgenommen religiöse, sollen das Recht der juristischen Person kraft Gesetz erhalten können]
- 19.09.1869 Der Gewerkverein Nr. 18. Die Haftpflicht der Unternehmer für Leben und Gesundheit der Arbeiter Abt. I, Bd.2, Nr.10  
[Der Unternehmer soll im Unglücksfall den Arbeiter entschädigen, sofern diesen kein eigenes Verschulden trifft]
- 22.09.1869 Schreiben des mecklenburg-strelitzschen Staatsministeriums an den Bundeskanzler Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.5, Nr.49  
[Bericht über rechtliche Grundlagen der Gesellenkrankenkassen in Mecklenburg-Strelitz, Befürwortung der „Grundsätze und Bestimmungen“ des Titels VIII der Regierungsvorlage]
- 01.10.1869 Bekanntmachung der Waldenburger Grubenbesitzer an ihre Arbeiter Abt. I, Bd.4, Nr.17  
[Kampfansage und Drohung an die Bergleute und den Gewerkverein, um einen möglichen Streik zu verhindern]
- 03.10.1869 Eingabe des Waldenburger Bezirksvereins der deutschen Bergarbeiter an die Grubenbesitzer Abt. I, Bd.4, Nr.18  
[Der Bezirksverein der Bergarbeiter tritt als Verhandlungspartner gegenüber den Grubenbesitzern auf und fordert Arbeitszeitverkürzung und höhere Löhne]
- 07.10.1869 Bericht des Berghauptmanns Dr. Albert Serlo an den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien Eberhard Graf zu Stolberg-Wernigerode Abt. I, Bd.4, Nr.19  
[Bericht über Auseinandersetzungen zwischen Arbeitern (Gewerkverein) und Arbeitgebern (Gewerkschaften) um Arbeitslöhne und Werkwohnungen in Waldenburg]
- 18.10.1869 Rundverfügung der Regierung Düsseldorf an die Landräte des Bezirks Abt. I, Bd.3, Nr.18  
[Kinderarbeit in Fabriken; Fabrikschulen]
- 18.10.1869 Bericht des Berghauptmanns Dr. Albert Serlo an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.4, Nr.20  
[Serlo verteidigt seine Verhandlungen mit den Arbeitern (Gewerkverein), warnt vor Zwangsmitteln und verweist auf die unnachgiebige Haltung der Grubenbesitzer (Gewerkschaftsvertreter)]
- 30.10.1869 Rundschreiben des Landrates Ferdinand Freiherr von Zedlitz und Neukirch an die Grubenbesitzer und Bergwerksbehörden des Waldenburger Kreises Abt. I, Bd.4, Nr.21  
[Der Gewerkverein der Bergarbeiter wird als sozialistische Bewegung bezeichnet, der Austritt der Bergarbeiter als Vorbedingung für alle zu erwartenden Auseinandersetzungen verlangt]
- 07.11.1869 Gemeinsamer Erlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz und des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den Berliner Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb Abt. I, Bd.5, Nr.50  
[Die Krankenkasse eines Gewerkvereins ist eine genehmigungspflichtige Versicherungsanstalt, die Frage fehlender Gewinnabsicht bei Gegenseitigkeitskassen ist für die Konzessionierungspflicht nicht ausschlaggebend; grundlegender Bezugslerlaß zu dieser Frage]
- 13.11.1869 Bericht der Wirtschaftlichen Kommission der Ersten Kammer des badischen Landtags Abt. I, Bd.3, Nr.19  
[Die Kommission beantragt unter Hinweis auf die Gesetzgebung des Norddeutschen Bunds erhebliche Verbesserungen eines Regierungsentwurfs für ein Gesetz über Kinderarbeit in Fabriken]

- 23.11.1869 Brief an den Justizrat Lorenz Karsten Abt. I, Bd.4, Nr.22  
[Bericht über die aufgeregte Atmosphäre im Waldenburger Revier mit der Antwort der Grubenbesitzer auf die Denkschrift der Bergarbeiter]
- 03.12.1869 Bekanntmachung der Waldenburger Grubenbesitzer an ihre Arbeiter Abt. I, Bd.4, Nr.23  
[Ultimative Aufforderung der Grubenbesitzer an die seit 1. Dezember streikenden Bergarbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen; Androhung von Sanktionen]
- 06.12.1869 Statut des Oberschlesischen Knappschaftsvereins Abt. I, Bd.6, Anh.B Nr.3  
[Einrichtung, Leistungen und Verwaltung des Vereins]
- 10.12.1869 Bericht der Regierung Breslau an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.24  
[Im Hinblick auf die Waldenburger Bergarbeiterbewegung getroffene Maßnahmen]
- 13.12.1869 Immediatbericht des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an König Wilhelm I. Abt. I, Bd.4, Nr.25  
[Der Gewerkverein wird für den Streik verantwortlich gemacht, die Maßnahmen der Grubenbesitzer werden als gerechtfertigt bezeichnet und der Vermittlungsversuch der Regierungskommissare als erfolgreich dargestellt, so daß ein baldiges Ende des Streiks zu erwarten sei]
- 13.12.1869 Schreiben des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.51  
[Votum für Zwangshilfskassen im Rahmen des geplanten Hilfskassengesetzes, Resümee des Inhalts der Berichte der Bezirksregierungen, die zur Einsicht überlassen worden waren]
- 14.12.1869 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den Bundesrat des Norddeutschen Bundes mit Entwurf eines Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz (Präsidentialentwurf II) Abt. I, Bd.7, Nr.41  
[Das Bundeskanzleramt legt einen umgearbeiteten Präsidentialentwurf für ein Unterstützungswohnsitzgesetz vor, von dem es sich partiell selbst distanziert; inhaltlich sieht dieser vor: Kein Erwerb eines Unterstützungswohnsitzes aufgrund bundesgesetzlicher Regelung innerhalb des Heimatstaates; Nebeneinander von bundesgesetzlichem Unterstützungswohnsitz im Ausland und landesrechtlich verpflichtetem Armenverband im Heimatstaat; keine Ersatzansprüche des landesgesetzlich verpflichteten Armenverbandes gegenüber dem bundesrechtlich verpflichteten Unterstützungswohnsitzverband; Verlängerung der Erwerbs- und Verlustfrist auf drei Jahre]
- 17.12.1869 Sitzungsprotokoll des preußischen Abgeordnetenhauses Abt. I, Bd.4, Nr.26  
[Kern der Debatte ist die Frage nach der Parteilichkeit der Regierungskommissare und damit der staatlichen Neutralität im Arbeitskampf, angesichts der gesetzlich verbürgten Koalitionsfreiheit – die Glaubwürdigkeit der preußischen Regierung wird angezweifelt]
- 22.12.1869 Bericht des Bergmeisters Richard Schmidt an den Geheimen Bergrat Eduard Lindig Abt. I, Bd.4, Nr.27  
[Der Streik in Waldenburg dauert an, die Bergarbeiter hoffen auf auswärtige Hilfe; Lassalleaner und Fortschrittspartei in Breslau unterstützen die Forderungen der Bergarbeiter]
- 29.12.1869 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Dr. Rudolf Delbrück an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz und an den preußischen Justizminister Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.2, Nr.11  
[Es wird die Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Haftpflicht bei Personenschäden gewünscht]
- 1870**
- 07.01.1870 Votum des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für das Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.28  
[Bedenken gegen das vom Reichstag vorgeschlagene Vereinsgesetz, da gerade die Vereinstätigkeit auf sozialem Gebiet weiterhin staatlich beobachtet, geregelt und beeinflusst werden muß; außerdem verfassungsrechtliche Bedenken]
- 07.01.1870 Runderlaß des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an die Regierungen und Landdrosteien Abt. I, Bd.4, Nr.29  
[Berichtspflicht über Streikbewegungen und deren Verlauf]
- 07.01.1870 Beschluß des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg Abt. I, Bd.7, Nr.42  
[Stellungnahme der Stadt Hamburg zu dem überarbeiteten Entwurf für ein Gesetz über den Unterstützungswohnsitz (Präsidentialentwurf II)]

- 16.01.1870 Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Hamburger Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.43  
[Bericht über die Ausschußverhandlungen zum Präsidialentwurf II für ein Unterstützungswohnsitzgesetz und Kommentar dazu]
- 16.01.1870 Jahresbericht des Fabrikinspektors Adolf Heinrich Junkermann an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.20  
[Fabrikarbeit von Kindern und jugendlichen Arbeitern; vielfältige organisatorische Schwierigkeiten bei der Beaufsichtigung der Fabriken; Unsicherheiten infolge der Einführung der Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund]
- 17.01.1870 Bericht des außerordentlichen Ausschusses an den Bundesrat Abt. I, Bd.7, Nr.44  
[Beseitigung des Ausschlusses von Ansprüchen des landesgesetzlich verpflichteten Armenverbandes gegen den Verband des bundesgesetzlich erworbenen Unterstützungswohnsitzes im Ausschuß; Wirkung des bundesgesetzlichen Unterstützungswohnsitzes auch gegenüber dem Heimatstaat und seinen Armenverbänden; Verlängerung der Erwerbs- und Verlustfrist auf fünf Jahre, bei wirtschaftlich abhängigen Personen auf zehn Jahre]
- 17.01.1870 Sitzungsprotokoll des preußischen Abgeordnetenhauses Abt. I, Bd.4, Nr.30  
[Kontroverse Diskussion über die Rolle der Behörden bei der Ausgabe von Pässen und der Genehmigung von Versammlungen sowie zum neuen Individualarbeitsrecht der Bergarbeiter, ihrer gewerkschaftlichen Betätigung sowie der Knappschaftskasse]
- 18.01.1870 Bericht des Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenminister Henning Graf von Bassewitz Abt. I, Bd.7, Nr.45  
[Kritischer Bericht über die Ausschußverhandlungen über den Präsidialentwurf II für ein Unterstützungswohnsitzgesetz vom 14.12.1869 aus Mecklenburger Sicht]
- 21.01.1870 Bericht des Oberbergamts Breslau an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.4, Nr.31  
[Bergarbeiter wandern aus, der Streik flaut langsam ab]
- 22.01.1870 Offener Brief des Industriellen Friedrich Harkort an seine Wähler Abt. I, Bd.4, Nr.32  
[Der Streik als Kampfmittel wird abgelehnt, die Politik des Verbandes der Gewerkvereine scharf angegriffen; Mißstände sind nur auf gesetzlichem Wege auszuräumen]
- 24.01.1870 Beschluß des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg Abt. I, Bd.7, Nr.46  
[Stellungnahme zu dem Bericht des Bundesratsausschusses vom 17.1.1870 (Unterstützungswohnsitzgesetz) und Instruktionen für das Vorgehen Dr. Kirchenpauers im Bundesrat]
- 27.01.1870 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.7, Nr.47  
[Darstellung des bisherigen Gangs des Gesetzgebungsverfahrens zum Unterstützungswohnsitz, der Kompromißcharakter des derzeitigen Standes wird betont]
- 30.01.1870 Aufruf des Generalrats der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine an die Mitglieder des Waldenburger Bezirksvereins der deutschen Bergarbeiter Abt. I, Bd.4, Nr.33  
[Beendigung des Streiks, sofortige Arbeitsaufnahme oder Auswanderung werden empfohlen; Aufforderung, zur Deckung der Streikkosten weiterhin zu spenden]
- 31.01.1870 Immediatbericht des Gesandten Maximilian Joseph Freiherr Pergler von Perglas an den bayrischen König Ludwig II. Abt. I, Bd.7, Nr.48  
[Knappe Skizze der Konzeption des geplanten Gesetzes des Norddeutschen Bundes über den Unterstützungswohnsitz sowie der dagegen vorgetragenen Bedenken]
- 31.01.1870 Programm für eine Konferenz christlicher Arbeitgeber zur Arbeiterfrage Abt. I, Bd.8, Nr.19  
[Christliche Industrielle wollen über die berechtigten Ansprüche und Klagen der Arbeiter beraten und sich verständigen, als Einzelaufgaben werden genannt: Schutz des Familienlebens, Fürsorge für Krankheit und Alter, Förderung der genossenschaftlichen Selbsthilfe, Ermöglichung des Eigentumserwerbs, Sorge für die Hebung der Intelligenz und sittlichen Bildung]
- 01.02.1870 Zeitschrift für Gewerbe, Handel und Volkswirtschaft mit besonderer Berücksichtigung des Bergbaus und Hüttenwesens Abt. I, Bd.4, Nr.34  
[Programmatische Reflexionen über Arbeiterkoalitionen und Streiks nach dem Scheitern des Waldenburger Streiks vom Standpunkt der liberalen Doktrin zur theoretischen Rechtfertigung einer strikten Abwehrhaltung der Arbeitgeber gegenüber Forderungen streikender Arbeiter. Streiks widersprechen den natürlichen Gesetzen der Ökonomie, sie schaden dem einzelnen Arbeiter wie der Allgemeinheit, nur durch produktive Arbeit kann der Arbeiter seine Situation verbessern]



- 07.02.1870    Immediatbericht des Gesandten Maximilian Joseph Freiherr Pergler von Perglas an den bayerischen König Ludwig II.    Abt. I, Bd.7, Nr.49  
 [Ausführungen über das Gesetzgebungsverfahren zum Unterstützungswohnsitzgesetz, Darstellung der Grundsätze der verschiedenen Gesetzentwürfe mit beispielhaften Erläuterungen der jeweiligen Auswirkungen]
- 09.02.1870    Sitzungsprotokoll des Bundesrats des Norddeutschen Bundes    Abt. I, Bd.7, Nr.50  
 [Wiederholung der Einwände der Majorität im außerordentlichen Ausschuß vom Vorjahr (15.3.1869) zum Unterstützungswohnsitzgesetz, grundsätzliche Zweifel Hamburgs an der Sinnhaftigkeit des geplanten Gesetzes aufgrund neuester Volkszählungsergebnisse]
- 09.02.1870    Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck    Abt. I, Bd.7, Nr.51  
 [Bericht über die Bundesratssitzung vom 9.2.1870 (Unterstützungswohnsitzgesetz); Hamburg hat sich mit seinen Vorstellungen nicht durchsetzen können]
- 09.02.1870    Begleitschreiben des Geheimen Oberbergrats Dr. Heinrich Achenbach an den preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz mit beigefügtem Entwurf eines Haftpflichtgesetzes nebst Begründung    Abt. I, Bd.2, Nr.12  
 [Der mit dem Referenten des Justizministers gemeinsam ausgearbeitete Gesetzentwurf wird übersandt. In diesem wird für den Eisenbahnbetrieb die Gefährdungshaftung vorgeschlagen, für Bergwerk und Industrie die Verschuldenshaftung der Betreiber, ergänzt durch eine Gehilfenhaftung]
- 10.02.1870    Bericht des Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenminister Henning Graf von Bassewitz    Abt. I, Bd.7, Nr.52  
 [Bericht über die Bundesratssitzungen vom 9. und 10.2.1870 (Unterstützungswohnsitzgesetz); Mecklenburg ist mit seinen Anträgen bzw. Vorstellungen weitgehend unterlegen; das Plenum ist teils der Präsidialvorlage, teils den Beschlüssen des Ausschusses gefolgt]
- 13.02.1870    Statuten des christlichen Arbeitervereins in Essen    Abt. I, Bd.8, Nr.20  
 [Interkonfessioneller Arbeiterverein unter katholischer Leitung mit dem Zweck einer sittlichen und materiellen Hebung des Arbeiterstandes, letzteres unter anderem durch eine Sparkasse; Abgrenzung zur Sozialdemokratie]
- 14.02.1870    Regierungsvorlage des Entwurfs eines Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz mit Motiven    Abt. I, Bd.7, Nr.53  
 [Grundsätzliche Beibehaltung der Grundsätze der Ausschlußfassung, Streichung der verlängerten Erwerbs- und Verlustfrist für wirtschaftlich Abhängige; Motive: Verzicht der Bundesgesetzgebung auf Eingriff in die innerstaatliche Armengesetzgebung der Mitgliedstaaten, Beschränkung des Bundesgesetzes auf Einführung eines im ganzen Bundesgebiet wirksamen, einheitlichen Unterstützungswohnsitzes außerhalb des Heimatstaates]
- 19.02.1870    Votum des preußischen Ministerpräsidenten und Bundeskanzlers Otto Graf von Bismarck für das preußische Staatsministerium mit Gesetzentwurf    Abt. I, Bd.1, Nr.62  
 [Unternehmer und Arbeiter sollen ihre gemeinsamen Interessen mittels gewerblicher Genossenschaften fördern, die in dem Staat eingebunden sind; zur Durchführung des Gesetzes werden Staatsbeamte als Gewerbe(Fabrik-)Inspektoren bestellt]
- 19.02.1870    Protokoll einer Anhörung des Rechtsanwalts Karl Wilhelm Tölcke im Berliner Polizeipräsidium    Abt. I, Bd.5, Nr.52  
 [Bericht über Ansätze zur Gründung von Hilfskassen durch vier lassalleanische Gewerkschaften (Arbeiterschaften)]
- 22.02.1870    Elberfelder Zeitung Nr. 52. Der Gesetzentwurf über den Unterstützungswohnsitz    Abt. I, Bd.7, Nr.54  
 [Kritik der Bundesratsentscheidungen bzw. der Regierungsvorlage]
- 25.02.1870    Rede des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück im Reichstag des Norddeutschen Bundes    Abt. I, Bd.7, Nr.55  
 [Der Präsident des Bundeskanzleramtes skizziert zu Beginn der 1. Lesung die Notwendigkeit, die bisherige Entwicklung und die Grundstrukturen des vorgelegten Entwurfs über ein Unterstützungswohnsitzgesetz]
- 25.02.1870    Rede des Abgeordneten Dr. Rudolf Friedenthal im Reichstag des Norddeutschen Bundes    Abt. I, Bd.7, Nr.56  
 [Kritik des Partikularismus des vorgelegten Entwurfs für ein Unterstützungswohnsitzgesetz; Forderung einer einheitlichen Regelung für das gesamte Bundesgebiet; erstmalige Forderung eines bundeszentralen Verwaltungsgerichts für Armensachen]

- 26.02.1870 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.57  
[Die Regierungsvorlage für ein Unterstützungswohnsitzgesetz ist in der ersten Lesung des Reichstags nahezu einhellig kritisiert worden]
- 03.03.1870 Protokoll der ersten Sitzung der V. Kommission des Reichstags des Norddeutschen Bundes [zum Entwurf eines Unterstützungswohnsitzgesetzes] Abt. I, Bd.7, Nr.58  
[Kontroverse Diskussion von Grundprinzipien und Reichweite des geplanten Gesetzes; auf Betreiben des Referenten soll neben der Regierungsvorlage auch der Präsidialentwurf I in die Diskussion einbezogen werden]
- 07.03.1870 Protokoll der zweiten Sitzung der V. Kommission des Reichstags des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.59  
[Erste Lesung der Regelungen zur Gleichberechtigung der hilfsbedürftigen Norddeutschen und der Ortsarmenverbände als Träger der Unterstützung, §§ 1 und 2]
- 19.03.1870 Christlich-social Blätter Nr. 3. Die Versammlung der christlich-socialen Vereine Rheinlands und Westfalens in Elberfeld am 6., 7. und 8. März 1870 Abt. I, Bd.8, Nr.21  
[Soziale Frage als Thema der Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands; Formulierung von Grundsätzen für die christlich-sozialen Ortsvereine unter Beibehaltung ihrer lokalen Eigenarten; Mentalitätsbeschreibung der Bewohner des Wuppertals; Stellung des Adels zur sozialen Frage; Streben nach einem menschenwürdigen Diesseits; Auseinandersetzung mit den Thesen Lassalles; christliche Vereine können nur Not lindern, aber keine Änderung der Gesamtverhältnisse herbeiführen; ohne Miteinbezug des Christentums ist der soziale Bankrott der Gesellschaft zu erwarten]
- 02.04.1870 Bericht des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.60  
[Knappe Skizze der Grundstruktur des von der Kommission überarbeiteten Entwurfs für ein Unterstützungswohnsitzgesetz]
- 02.04.1870 Votum des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.63  
[Die Einrichtung rechtsfähiger gewerblicher Genossenschaften wird abgelehnt, die Anstellung von Fabrikinspektoren hingegen für erwägenswert gehalten]
- 04.04.1870 Antrag der V. Kommission an den Reichstag des Norddeutschen Bundes Abt. I, Bd.7, Nr.61  
[Von der Kommission grundlegend umgestalteter Entwurf eines Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz, der stark an die im Präsidialentwurf I bereits erarbeiteten Prinzipien anknüpft]
- 12.04.1870 Schreiben des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.62  
[Delbrück begrüßt die Einrichtung einer Bundesbehörde für Streitigkeiten in Armensachen, hält aber die Ausdehnung ihrer Zuständigkeit auch auf innerstaatliche Streitigkeiten im Bundesrat nicht für mehrheitsfähig]
- 16.04.1870 Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Bundeskanzler Otto Graf von Bismarck Abt. I, Bd.7, Nr.63  
[Stellungnahme zur Reichweite der Kompetenzen zum des geplanten Bundesamtes für Streitigkeiten in Armensachen]
- 16.04.1870 Note des Mecklenburg-Strelitzer Staatsministeriums an das mecklenburg-schwerinsche Staatsministerium Abt. I, Bd.7, Nr.64  
[Einwände gegen den Kommissionsentwurf zum Unterstützungswohnsitzgesetz aus Mecklenburger Sicht]
- 16.04.1870 Badisches Gesetz, die Beschäftigung von Kindern in Fabriken betreffend Abt. I, Bd.3, Nr.21  
[Verbot der Fabrikarbeit für Kinder unter zwölf Jahren; Möglichkeit des Verbots der Fabrikarbeit von Kindern und Jugendlichen in gefährdenden Fabriken; Zwölfstudententag für jugendliche Arbeiter; ehrenamtliche Fabrikinspektion]
- 20.04.1870 Handschreiben des preußischen Königs Wilhelm I. an den Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz und den Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.35  
[Angesichts der Gewerkschaftsbewegung unter den Arbeitern sollte das Koalitionsrecht „neu geordnet“ werden]
- 25.04.1870 Erlaß des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an die Regierung Potsdam Abt. I, Bd.7, Nr.65  
[Zur Krankenhilfeverpflichtung des Dienstortes]

- 26.04.1870 Erlaß des mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenministers Henning Graf von Bassewitz an den Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow [Der Bundesratsbevollmächtigte soll in Abstimmung mit anderen Bundesstaaten beim Bundeskanzler um Einspruch gegen den Kommissionsentwurf zum Unterstützungswohnsitzgesetz nachkommen] Abt. I, Bd.7, Nr.66
- 29.04.1870 Bericht des Hamburger Polizeiinspektors Georg Heinrich Dralle an den Senat [Ausführungen über „hiesige“ und „fremde“ uneheliche Kinder, Obdachlose und Verarmte, die der Hamburger Polizei bekannt wurden] Abt. I, Bd.7, Nr.67
- 02.05.1870 Bericht des Vorstands des Hamburger Statistischen Büros der Steuerdeputation Johann Christoph Friedrich Neßmann an den Senat [Die vom Senat befürchteten Mehrbelastungen durch das Unterstützungswohnsitzgesetz sind empirisch nicht nachweisbar, die Freizügigkeit hat insgesamt auch Vorteile für Hamburg] Abt. I, Bd.7, Nr.68
- 02.05.1870 Bericht der V. Kommission an den Reichstag des Norddeutschen Bundes [Zusammenfassender Bericht des Referenten über die 1. und 2. Lesung zu: Gleichberechtigung der Norddeutschen, Träger der öffentlichen Unterstützung, Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes, Rechte und Pflichten der Armenverbände sowie das Bundesamt für Heimatwesen als besonderes Bundesverwaltungsgericht (Spezialdiskussion)] Abt. I, Bd.7, Nr.69
- 06.05.1870 Note des mecklenburgischen Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den Bundeskanzler Otto Graf von Bismarck [Bitte um Intervention des Reichskanzlers gegen eine Annahme des Gesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz in der von der Kommission erarbeiteten Form im Reichstag] Abt. I, Bd.7, Nr.70
- 07.05.1870 Schreiben des Hamburger Senators Dr. Hermann Göbler an den Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer [Antwort auf die Bitte Kirchenpauers um statistisches Material zur Stützung von Argumenten gegen den Kommissionsentwurf zum Unterstützungswohnsitzgesetz] Abt. I, Bd.7, Nr.71
- 08.05.1870 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg und des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Berliner Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb [Die Anträge auf Konzessionierung von Krankenkassen sollen beschleunigt bearbeitet werden] Abt. I, Bd.5, Nr.53
- 10.05.1870 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg [Ablehnung des Anschlusses von gewerkschaftlichen Ortsvereinen mit Hilfskassen an zentrale Gewerkschaften, da dann die mit ihnen verbundenen „obrigkeitlich genehmigten gewerblichen Hilfskassen“ ihren Status als lokale Institute verlieren bzw. die Kommunalbehörden sie nicht mehr beaufsichtigen können] Abt. I, Bd.5, Nr.54
- 12.05.1870 Schreiben des Hamburger Bundesratsbevollmächtigten Dr. Gustav Heinrich Kirchenpauer an den Senator Dr. Hermann Göbler [Resignierte Antwort des Bundesratsbevollmächtigten zum Unterstützungswohnsitzgesetz] Abt. I, Bd.7, Nr.72
- 23.05.1870 Sitzungsprotokoll des Reichstags des Norddeutschen Bundes [Annahme des Unterstützungswohnsitzgesetzes im Reichstag] Abt. I, Bd.7, Nr.73
- 28.05.1870 Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Hamburger Syndikus Dr. Karl Hermann Merck [Bericht über die abschließende Sitzung des Bundesratsausschusses am 27.5.1870; das im Reichstag beschlossene Gesetz zum Unterstützungswohnsitzgesetz wird mit 3 zu 2 Stimmen abgelehnt] Abt. I, Bd.7, Nr.74
- 28.05.1870 Sitzungsprotokoll des Bundesrats des Norddeutschen Bundes [Neuerliche Artikulation der Bedenken gegen das Unterstützungswohnsitzgesetz in der vom Reichstag verabschiedeten Form durch Mecklenburg, Sachsen und Hessen; dennoch erfolgte Annahme mit klarer Mehrheit] Abt. I, Bd.7, Nr.75
- 28.05.1870 Bericht des Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Bernhard Ernst von Bülow an den mecklenburg-schwerinschen Ministerpräsidenten und Außenminister Henning Graf von Bassewitz [Darstellung des Verlaufs der abschließenden Sitzung des Bundesratsausschusses am 27.5.1870 und der Plenardebatte vom folgenden Tag aus Mecklenburger Sicht (Unterstützungswohnsitzgesetz)] Abt. I, Bd.7, Nr.76
- 01.06.1870 Bundesgesetz über die Erwerbung und den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit [Grundsätze der Bundes- bzw. Reichsangehörigkeit, die der Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat folgt] Abt. I, Bd.7, Anh. Nr.9

- 04.06.1870    Immediatbericht des Präsidenten des Bundeskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen König Wilhelm I.    Abt. I, Bd.7, Nr.77  
 [Abschließender Bericht über den Verlauf des Gesetzgebungsverfahrens zum Unterstützungswohnsitzgesetz und das Ergebnis der Schlußabstimmung im Bundesrat; Bitte um Ausfertigung des Gesetzes]
- 06.06.1870    Gesetz über den Unterstützungswohnsitz    Abt. I, Bd.7, Nr.78  
 [Bundeseinheitliche Regelungen über das Armenwesen entsprechend dem preußischen System des Unterstützungswohnsitzes; Bundesamt für Heimatwesen als Bundesverwaltungsgericht]
- 12.06.1870    Der Gewerkverein Nr. 24. Über die Notwendigkeit einer möglichst hohen Krankenunterstützung    Abt. I, Bd.5, Nr.55  
 [Kritik aus Arbeitersicht an der herrschenden Kassenpraxis niedriger Krankengeldzahlungen]
- 13.06.1870    Bericht der Regierung Liegnitz an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz mit Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Ludwig Jacobi    Abt. I, Bd.3, Nr.22  
 [Jacobi hält die englische Fabrikgesetzgebung für vorbildlich und nachahmenswert für die Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes. Forderung nach einer Statistik über Fabrikarbeit]
- 14.06.1870    Programmentwurf für die katholische Volkspartei    Abt. I, Bd.8, Nr.22  
 [Entwurf für das Programm der späteren Zentrumspartei; Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit sowie Zusammenwirken beider werden gefordert, außerdem Schutz des Familienlebens und der wirtschaftlichen Existenz der Arbeiter]
14. u.15.06.1870    Verhandlungen der Bonner Konferenz für die Arbeiterfrage    Abt. I, Bd.8, Nr.23  
 [Der Arbeiterstand kann durch Selbsthilfe allein nicht zu der an sich erstrebenswerten Aufwärtsentwicklung auf geistig-sittlichem und wirtschaftlichem Gebiet kommen, sondern bedarf dazu der „helfenden Hände der höheren Stände“; die Erziehungsarbeit der Arbeitgeber soll zur Selbständigkeit der Arbeiter führen; Gründung einer Wochenschrift zur Behandlung der Arbeiterfrage für Arbeitgeber wird beschlossen und ein Prospekt verteilt, der von der „Solidarität der gesellschaftlichen Gesamtheit“ ausgeht; Diskussion, Anteilszeichnungen für die „Concordia“]
- 15.06.1870    Die Verhandlungen der Bonner Konferenz für die Arbeiterfrage    Abt. I, Bd.6, Nr.13  
 [Vortrag und Diskussion über Ausdehnung der Grundsätze von Knappschaftsvereinen auf die gesamte Großindustrie auf der Grundlage von untereinander in einem Kartellverhältnis stehenden Vereinen]
- 17.06.1870    Immediatbericht des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz und des Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an König Wilhelm I.    Abt. I, Bd.4, Nr.36  
 [Ablehnung einer weiteren gesetzlichen Beschränkung der Koalitionsfreiheit – diese ist im Reichstag nicht durchzusetzen, sie ist aber auch nicht nötig, da die Arbeiter aufgrund der Hilfskassenbeiträge nicht inmstande sind, größere Geldmittel für Streikzwecke anzusparen, die Hilfskassenfonds aber staatlicherseits überwacht werden]
- 16.07.1870    Erlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Regierung Liegnitz    Abt. I, Bd.3, Nr.23  
 [Die Vorschläge der Regierung in Liegnitz vom 13.6.1890 werden abgelehnt. Ein Anlaß zu statistischen Erhebungen zu Arbeiterverhältnissen besteht nicht. Diese könnten dazu beitragen, die Arbeiter zu beunruhigen]
- 16.07.1870    Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Justizminister Dr. Adolf Leonhardt    Abt. I, Bd.7, Nr.79  
 [Aufnahme armenpolizeilicher Bestimmungen in das geplante Ausführungsgesetz zum Unterstützungswohnsitzgesetz; konkurrierendes Verhältnis der entsprechenden Regelungen des preußischen Rechts von 1855 zum Bundes- bzw. Reichsstrafgesetzbuch?]
- 22.09.1870    Urteil des Kreisgerichts in Stettin    Abt. I, Bd.5, Nr.56  
 [Die Kranken- und Begräbniskasse der Maschinenbau- und Metallarbeiter in Stettin ist nicht genehmigungspflichtig, sie ist keine Versicherungsanstalt im Sinne des § 340 Abs.6 PrStGB]
- 04.10.1870    Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Regierungen und Landdrosteien    Abt. I, Bd.4, Nr.37  
 [Die Regierungen werden ersucht, die Einrichtung von gewerblichen Schiedsgerichten zur Abwehr von Arbeitsniederlegungen zu fördern; ähnliche Einrichtungen im Rheinland haben sich bewährt]
- 04.11.1870    Urteil des Kammergerichts in Berlin    Abt. I, Bd.5, Nr.57  
 [Gewerkschaftliche Hilfs- bzw. Unterstützungskassen bedürfen keiner staatlichen Genehmigung, da sie nicht als Gewerbe betrieben werden bzw. nicht in der Absicht, Gewinn zu erzielen; die Mitbegründung einer derartigen Kasse ist straffrei, § 340 des preußischen Strafgesetzbuchs nicht anwendbar]

- 10.11.1870 Reskript des mecklenburg-schwerinschen Großherzogs Friedrich Franz II. an den engeren Ausschuß der Ritter- und Landschaft zu Rostock mit Entwurf einer Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 und Motive [Regelungen zur Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz] Abt. I, Bd.7, Nr.80
- 19.11.1870 Bekanntmachung des Magistrats der Stadt Berlin [Fortgeltung des preußischen Rechts zu Hilfs- und Unterstützungskassen: Verfahren und Haftung der Arbeitgeber bei der (Gesamt-)Beitragszahlung] Abt. I, Bd.5, Nr.58
- 21.12.1870 Eingabe des Zentralrats der deutschen Gewerkvereine an den Bundesrat des Norddeutschen Bundes [Forderung nach Ablösung der Konzessionierung durch Registrierung von Hilfskassen nach englischem Vorbild] Abt. I, Bd.5, Nr.59
- 27.11.1870 Immediatbericht des preußischen Staatsministeriums für König Wilhelm I. [Das Staatsministerium legt den Entwurf für ein Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 vor und faßt in dem begleitenden Immediatbericht die Grundsätze des Reichsgesetzes, die nun in Preußen umgesetzt werden sollen, noch einmal knapp zusammen] Abt. I, Bd.7, Nr.81
- 09.12.1870 Entwurf eines preußischen Gesetzes betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 mit Motiven [Der Entwurf unternimmt die Umsetzung der im Unterstützungswohnsitzgesetz entwickelten Grundsätze für das Armenwesen im Norddeutschen Bund für das gesamte Königreich Preußen; im Zentrum stehen dabei die flächendeckende Einrichtung von Orts- und Landarmenverbänden als Träger der öffentlichen Armenpflege, deren interne Organisation sowie die Aufhebung noch bestehender abweichender Armenverbände; zur Durchführung von Streitigkeiten zwischen preußischen Armenverbänden sollen Deputationen für das Heimatwesen eingerichtet werden] Abt. I, Bd.7, Nr.82
- 12.12.1870 Bericht der Kommitte zur Vorberatung der mecklenburgischen Verordnungsentwürfe zur Einführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 für den Malchiner Landtag [Grundsätzliches Einverständnis mit der Regierungsvorlage, Verknüpfung mit der neuen Landarbeitshausordnung] Abt. I, Bd.7, Nr.83

## 1871

- 20.02.1871 Mecklenburg-schwerinsche Ausführungsverordnung zum Bundesgesetz über den Unterstützungswohnsitz [Die Anforderungen des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz werden im Hinblick auf die mecklenburgischen Zustände umgesetzt] Abt. I, Bd.7, Nr.84
- 21.02.1871 Immediatbericht des Staatsministeriums für den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. [Bericht über die von den beiden Häusern des Landtags vorgenommenen Abänderungen des Regierungsentwurfs des Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz; dieser ist teils gestraft, teils ergänzt worden; die wesentlichste Abänderung betrifft die Deputation für das Heimatwesen; Genehmigung in der vorliegenden Fassung wird empfohlen] Abt. I, Bd.7, Nr.85
- 21.02.1871 Eingabe der Zigarrenfabrikbesitzer Friedrich Leonhardi und Wilhelm Noll an die Regierung Minden mit Statutenentwurf [Arbeitgeber wollen Beiträge zur Krankenversicherung einsparen: Antrag auf Genehmigung einer Fabrikkrankenkasse mit niedrigeren Beiträgen und Leistungen, die als Ersatzkasse zur ortstatutarischen Zigarrenarbeiterkasse dienen soll] Abt. I, Bd.5, Nr.60
- 27.02.1871 Christoph Moufang: Die soziale Frage [Der Mitarbeiter Bischof Kettelers übernimmt weitgehend dessen sozialpolitisches Programm, er schließt sich der Forderung nach gewerkschaftlichem Zusammenschluß der Arbeiter und staatlicher Gesetzgebung zur Ordnung der industriellen Arbeitswelt an, verlangt darüber hinaus aber auch staatliche Geldunterstützung von Produktivassoziationen und ähnlichen Unternehmungen] Abt. I, Bd.8, Nr.24
- 08.03.1871 Preußisches Gesetz betreffend die Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 [Regelung von Aufgaben, Trägern und Organisation der öffentlichen Armenpflege; einheitliche Umsetzung der Vorgaben des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz im gesamten preußischen Staatsgebiet; Regelung von Organisation und Verfahren in Streitigkeiten über Armensachen] Abt. I, Bd.7, Nr.86

- 00.04.1871 Jahresbericht der Handelskammer Lüdenscheid Abt. I, Bd.8, Nr.25  
[Sozialistisch-kommunistische Ideen drohen im demoralisierten Proletariat auf fruchtbaren Boden zu fallen; der Bürgerkrieg in Frankreich ist ein warnendes Beispiel; die Bonner Konferenz hat sinnvolle Vorschläge zur sozialen Frage unterbreitet; Streikbewegungen haben nachteilige Folgen gehabt; Freizügigkeit und bürgerliche Armenpflege haben sich bewährt, dürfen aber das Prinzip der Selbsthilfe nicht gefährden]
- 14.04.1871 Mitteilung des Hamburger Senats an die Bürgerschaft mit Entwurf einer Verordnung Abt. I, Bd.7, Nr.87  
[Der Senat übermittelt der Bürgerschaft den Entwurf für eine Ausführungsverordnung zum Unterstützungswohnsitzgesetz mit dem Ersuchen der Genehmigung derselben; Einteilung des Hamburger Staatsgebietes in Ortsarmenverbände und einen Landarmenverband; Regelung des Streitverfahrens]
- 18.04.1871 Zweiter Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Schulze-Delitzsch an den Reichstag auf Beschlußnahme eines Gesetzes über die privatrechtliche Stellung von Vereinen mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.38  
[Personenvereinigungen, die nicht auf Erwerb gerichtet sind, erhalten kraft Gesetz die Rechte eines anerkannten Vereins bzw. einer juristischen Person, sofern sie Normativbestimmungen entsprechen; Haftungsbeschränkung auf das Vereinsvermögen. Das öffentliche Vereinsrecht, insbesondere die sicherheitspolizeilichen Befugnisse gegenüber politischen und religiösen Vereinigungen werden dadurch nicht berührt]
- 25.04.1871 Bericht des Magistrats der Stadt Minden an die Regierung Minden Abt. I, Bd.5, Nr.61  
[Die Pockenepidemie hat zur Zahlungsunfähigkeit der ortsstatutarischen Zigarrenarbeiterkasse geführt; Antrag auf Beitragserhöhung zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit, da die Rückzahlung eines Vorschusses infolge des § 141 Abs. 2 Gewerbeordnung nicht gesichert ist und auch die Arbeitgeber nicht bürgen wollen]
- 05.05.1871 Protokoll der ersten Sitzung der V. Reichstagskommission [zum Entwurf eines Vereinsgesetzes] Abt. I, Bd.4, Nr.39  
[Generaldebatte zum Entwurf eines Vereinsgesetzes, in der die privatrechtliche Anerkennung der Vereine grundsätzlichen Bedenken begegnet, insbesondere im Hinblick auf Gewerkevereine und religiöse Vereine]
- 12.05.1871 Volks-Zeitung Nr. 111. Die Generalversammlung des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter am 9., 10. und 11. April Abt. I, Bd.5, Nr.62  
[Beratungen und Beschlüsse angesichts besonderer finanzieller Belastungen infolge von Mißbrauch und Pockenepidemie]
- 21.05.1871 Bericht des besonderen Ausschusses an die Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg Abt. I, Bd.7, Nr.88  
[Der Ausschuß der Bürgerschaft macht grundsätzliche Bedenken gegen die vom Senat vorgeschlagene Abgrenzung der Ortsarmenverbände der Landgebiete geltend und unterbreitet einen Alternativvorschlag]
- 30.05.1871 Bescheid der Regierung Minden an die Zigarrenfabrikbesitzer Friedrich Leonhardi und Wilhelm Noll Abt. I, Bd.5, Nr.63  
[Ablehnung des Antrags auf Anerkennung einer Fabrikkrankenkasse mit niedrigerem Beitrags- und Leistungsrahmen als Ersatzkasse]
- 31.05.1871 Mitteilung der Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg an den Senat Abt. I, Bd.7, Nr.89  
[Die Bürgerschaft macht sich die Auffassung des Ausschusses (21.5.1870) zu eigen und übermittelt dem Senat einen entsprechenden Gegenvorschlag]
- 07.06.1871 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den deutschen Gesandten in Wien Hans-Lothar von Schweinitz Abt. I, Bd.1, Nr.64  
[Angesichts der sozialistischen Bedrohungen, die sich bei der Pariser Kommune gezeigt haben, soll gemeinsam über Strafrechtsänderungen beraten werden]
- 07.06.1871 Gesetz, betreffend die Verbindlichkeit zum Schadensersatz für die bei dem Betrieb von Eisenbahnen, Bergwerken etc. herbeigeführten Tötungen und Körperverletzungen (Reichshaftpflichtgesetz) Abt. I, Bd.2, Nr.13  
[Unterschiedliche Haftung für Unfälle beim Betriebe gefährlicher Unternehmungen: Schuldvermutung bei Eisenbahnbetrieb, Haftung der Bergwerks- und Fabrikunternehmer auch für fremde Schuld, freie Beweiswürdigung]
- 11.06.1871 Bericht des deutschen Gesandten in Wien Hans-Lothar von Schweinitz an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.65  
[Die österreichisch-ungarische Regierung ist mit einer Besprechung über die Abwehr staatsfeindlicher Bestrebungen einverstanden]
- 16.06.1871 Mitteilung des Senats der Hansestadt Hamburg an die Bürgerschaft Abt. I, Bd.7, Nr.90  
[Der Senat widerspricht der Auffassung der Bürgerschaft (31.5.1871), ist aber zu einer Kompromißregelung bereit]

- 19.06.1871 Zweiter Bericht des besonderen Ausschusses an die Bürgerschaft der Hansestadt Hamburg Abt. I, Bd.7, Nr.91  
[Der Ausschuß der Bürgerschaft stimmt der Begründung des Senats (16.6.1871) nicht zu, empfiehlt aber im Ergebnis der Bürgerschaft, dem Kompromißvorschlag des Senats zuzustimmen]
- 21.06.1871 Brief des Regierungsrates im preußischen Handelsministerium Dr. Gustav Stüve an den Os- Abt. I, Bd.1, Nr.66  
nabrücker Bürgermeister i. R. Johann Bertram Stüve  
[Stüve hat sich mit seinem Aufgabenbereich und den Verhältnissen im preußischen Handelsministerium arrangiert]
- 23.06.1871 Hamburger Ausführungsverordnung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz Abt. I, Bd.7, Nr.92  
vom 6. Juni 1870  
[Die Verordnung enthält in § 1 und § 2 den zwischen Senat und Bürgerschaft ausgehandelten Kompromiß und übernimmt im übrigen die Regelungen des ursprünglichen Senatsentwurfs unverändert]
- 26.06.1871 Bericht des Bergrates Volkmar Meitzen an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf Abt. I, Bd.4, Nr.40  
von Itzenplitz  
[In Königshütte wird gestreikt, Anlaß ist die hier neu eingeführte Markenkontrolle vor Schichtbeginn]
- 26.06.1871 Erste Eingabe der Bergleute Johann Kaczmarek, Anton Gemballa und Genossen an den preu- Abt. I, Bd.4, Nr.41  
ßischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz  
[Kritik an Arbeitsbedingungen sowie an konfessioneller und kommunalpolitischer Diskriminierung in Königshütte]
- 27.06.1871 Immediatbericht des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an König Abt. I, Bd.4, Nr.42  
Wilhelm I.  
[Die Einführung der Markenkontrolle hat zu gewalttätigen Ausschreitungen von Bergarbeitern geführt, die militärische Hilfe erforderlich machte]
- 28.06.1871 Bericht der Regierung Oppeln an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Abt. I, Bd.4, Nr.43  
Eulenburg  
[Nach Einführung der Markenkontrolle auf der Königsgrube kam es zu schweren Ausschreitungen der Bergarbeiter, so daß der Belagerungszustand ausgerufen werden mußte]
- 29.06.1871 Erlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Berginspektion in Abt. I, Bd.4, Nr.44  
Königshütte  
[Auf den fiskalischen Gruben ist die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, die Bestrafung der Anführer durch Entlassung, Kündigung der Hausbauzuschüsse und der Wohnungen voranzutreiben]
- 29.06.1871 Bericht des Rittmeisters Franz Leberecht von Blücher an den Oberstleutnant Philipp Rode Abt. I, Bd.4, Nr.45  
[Hartes militärisches Eingreifen und Verhaftungen beruhigen die Lage in Königshütte]
- 01.07.1871 Bericht des Oberstaatsanwalts beim Appellationsgericht in Ratibor Konrad Hantelmann an Abt. I, Bd.4, Nr.46  
den preußischen Justizminister Dr. Adolf Leonhardt  
[Bericht über die ersten strafrechtlichen Ermittlungen gegen die verhafteten Bergleute]
- 02.07.1871 Schlesische Zeitung Nr. 303, Beilage Abt. I, Bd.4, Nr.47  
[Entstehung und Verschärfung des Streiks werden als Folge der besonderen konfessionellen und ethnischen Verhältnisse im Kreis Beuthen interpretiert]
- 04.07.1871 Germania Nr. 147 Abt. I, Bd.4, Nr.48  
[Im Anschluß an einen Bericht des „Katolik“ werden die Ausschreitungen in Königshütte als die Taten jugendlichen Übermuts interpretiert; Verweis auf die Petition und die loyale Haltung der polnischen Öffentlichkeit]
- 04.07.1871 Immediatbericht des preußischen Staatsministeriums an König Wilhelm I. Abt. I, Bd.4, Nr.49  
[Im Hinblick auf die Tumulte der Bergleute wird die Ausrufung des Belagerungszustandes als einzig richtige Maßnahme dem König vorgetragen, der sie billigt]
- 06.07.1871 Schlesische Volkszeitung Nr. 160 Abt. I, Bd.4, Nr.50  
[Die Streiks in Königshütte sind bedingt durch die in dieser Stadt bestehenden konfessionell-sozialen Gegensätze]
- 07.07.1871 Zweite Eingabe der Bergleute Johann Kaczmarek, Anton Gemballa und Genossen an den Abt. I, Bd.4, Nr.51  
preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz  
[Kritik an den Arbeitsbedingungen]

- 08.07.1871 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz und des Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den Justizminister Dr. Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.5, Nr.64  
[Beschwerde über das Kammergerichtsurteil vom 4.11.1870, dessen Interpretation des § 340 Nr. 6 PrStGB für rechtsirrig und sozialpolitisch destruktiv angesehen wird; eine höchstrichterliche Entscheidung soll herbeigeführt werden]
- 09.07.1871 Eingabe des Glashüttenbesitzers Friedrich Graf zu Solms-Baruth an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.24  
[Beschwerde über das Verbot von Kinderarbeit in der Glashütte zu Friedrichsthal]
- 16.07.1871 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Wirklichen Geheimen Legationsrat Heinrich Abeken Abt. I, Bd.4, Nr.52  
[Es wird ein Zusammenhang zwischen Pariser Kommune und den Ausschreitungen in Königshütte hergestellt und für die Politik gegenüber dem Papst nutzbar gemacht]
- 21.07.1871 Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an König Wilhelm I. Abt. I, Bd.4, Nr.53  
[Klerus und katholische Presse werden als Verursacher der Unruhen in Königshütte vermutet]
- 25.07.1871 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an die Regierung Oppeln Abt. I, Bd.4, Nr.54  
[Die Streiks und Unruhen werden dem Einfluß der katholischen Geistlichkeit und der Agitation des Gewerkevereins zugeschrieben]
- 26.07.1871 Bescheid des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Bergleute Johann Kaczmarek, Anton Gemballa und Genossen Abt. I, Bd.4, Nr.55  
[Alle Beschwerdepunkte werden zurückgewiesen und die staatliche Verwaltung der Königsgrube als arbeiterfreundlich dargestellt]
- 28.07.1871 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Geheimen Kabinettsrat Karl von Wilmowski Abt. I, Bd.4, Nr.56  
[Den Justizbehörden wird pflichtwidriges Verhalten vorgeworfen, dem unnachlässig nachgegangen werden muß]
- 31.07.1871 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Regierungen und Landdrosteien Abt. I, Bd.4, Nr.57  
[Die Förderung der gewerblichen Schiedsgerichte als bewährtes Mittel zur Erhaltung des sozialen Friedens wird empfohlen]
- 06.08.1871 Bericht des Bergrates Volkmar Meitzen an das Oberbergamt Breslau Abt. I, Bd.4, Nr.58  
[Da der Ausgang des Strafverfahrens gegen die verhafteten Bergleute noch offen ist, bestehen die Spannungen innerhalb der Arbeiterschaft fort; sie belasten die Arbeitsverhältnisse]
- 11.08.1871 Bescheid des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den Bergmann Johann Kaczmarek Abt. I, Bd.4, Nr.59  
[Die Eingabe (26.7.1871) wird abgewiesen, da die Wahlergebnisse von keiner Seite beeinflusst worden sind]
- 13.08.1871 Eingabe eines Komitees Berliner Bauunternehmer an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.4, Nr.60  
[Beschwerde, daß bislang der Fiskus, insbesondere der Regierungsbaumeister Möller, den Forderungen der streikenden Bauarbeiter nachgegeben hat; Bitte um zukünftige „wohlwollende Neutralität“ zugunsten der Bauunternehmer]
- 18.08.1871 Schreiben des Deutschen Kaisers Wilhelm I. an Papst Pius IX. Abt. I, Bd.4, Nr.61  
[Beschwerde über die katholische Arbeiteragitation; es wird ein Zusammenhang mit den Unruhen in Schlesien gesehen]
- 23.08.1871 Erlaß des Reichskanzlers und preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Otto Fürst von Bismarck an den a.o. Gesandten in Paris Harry Graf von Arnim Abt. I, Bd.1, Nr.67  
[Einverstanden mit Beratungen über ein gemeinsames Vorgehen der europäischen Regierungen gegen die Internationale]
- 23.08.1871 National-Zeitung Nr. 393 Abt. I, Bd.4, Nr.62  
[Plädoyer für eine Ausbreitung der gewerblichen Schiedsgerichte; Ausführungen über deren Kompetenzen]



- 26.08.1871 Rede des Schriftstellers Dr. Max Hirsch auf dem ersten Verbandstag der Deutschen Gewer- Abt. I, Bd.4, Nr.63  
vereine  
[Plädoyer für gewerbliche Schiedsgerichte und Einigungsämter nach englischem Vorbild; Entwurf einer entsprechenden Resolution]
- 29.08.1871 Protokoll des ersten ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine Abt. I, Bd.5, Nr.65  
[Die Gesetzgebung hat sich auf Normativbestimmungen zu beschränken, die polizeiliche Aufsicht ist völlig zu verwerfen]
- 00.09.1871 Statuten der Deutschen Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit nebst Geschäftsordnung Abt. I, Bd.6, Anh.B Nr.4  
für die Ortsvereine und Ortsverbände und ihre Beamten  
[Regelungen über Beiträge, Leistungen und Organisation der Invalidenkasse, Ausschluß richterlicher Nachprüfung des Bewilligungsverfahrens durch den Verband]
- 01.09.1871 Ordre des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm I. an den Reichskanzler und Abt. I, Bd.1, Nr.68  
preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck  
[Sofern das RStGB nicht ausreicht, um gegen sozialdemokratischen Tendenzen erfolgreich einzuschreiten, ist dessen Verschärfung zu erwägen]
- 05.09.1871 Bericht des Staatsanwaltes beim Stadt- und Kreisgericht in Magdeburg Hermann Tessendorf Abt. I, Bd.4, Nr.64  
an die Regierung Magdeburg  
[Plädoyer für ein systematisches Vorgehen des Staates „von Amts wegen“ gegenüber Streiks, die von sozialdemokratischen Agitatoren geleitet werden, genaue und rechtzeitige polizeiliche Observation als notwendige Voraussetzung erfolgreicher justitieller Repression, Darstellung eigener Erfolge bei der Streikbekämpfung]
- 06.09.1871 Denkschrift der österreichisch-ungarischen Regierung für den Reichskanzler Otto Fürst von Abt. I, Bd.1, Nr.69  
Bismarck  
[Die Arbeiterfrage erfordert eine Doppelstrategie: Repression gegen die sozialistische Internationale, soziale Maßnahmen für die Arbeiterschaft – Preußen soll vorangehen]
- 06.09.1871 Bericht des bayerischen und stellvertretenden preußischen Gesandten beim Vatikan Karl Graf Abt. I, Bd.4, Nr.65  
von Tauffkirchen an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck  
[Päpstliche Politik ist es nicht, in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten einzuwirken]
- 13.09.1871 Protokoll der 21. Generalversammlung der katholischen Vereine Deutschlands Abt. I, Bd.8, Nr.26  
[Liberaler Vorwurf an die Katholiken wegen ihres Einsatzes für die Lösung der sozialen Frage; Bericht über die Anträge der sozialen Sektion der Versammlung; Empfehlung zur Bildung christlich-sozialer Vereine; gesetzgeberische Maßnahmen zum Arbeitsrecht; Bau gesunder Arbeiter- und Handwerkerwohnungen]
- 16.09.1871 Weisung des österreichisch-ungarischen Reichskanzlers Friedrich Ferdinand Graf von Beust Abt. I, Bd.1, Nr.70  
an den Geschäftsträger der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Berlin, Legationsrat Joachim Eduard Freiherr von Münch  
[Bismarck schlug in Gastein eine gemeinsame Kommission zur Beratung repressiver Maßregeln gegen die Internationale vor, v. Beust hielt demgegenüber eine solche über präventive Maßnahmen für ratsamer]
- 26.09.1871 Bericht des sächsischen Gesandten in Berlin Hans Freiherr von Könneritz an den sächsischen Abt. I, Bd.1, Nr.71  
Minister des Äußeren Richard Reichsfreiherr von Friesen  
[Information über die geplante internationale Konferenz]
- 02.10.1871 Bericht des Geheimen Regierungsrates Dr. Wilhelm Stieber für den preußischen Ministerprä- Abt. I, Bd.1, Nr.72  
sidenten Otto Fürst von Bismarck  
[Mittel gegen die Internationale auf polizeilichem, gesetzgeberischem und volkswirtschaftlichem Gebiet werden vorgeschlagen]
- 08.10.1871 Immediatbericht des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg für den Deut- Abt. I, Bd.7, Nr.93  
schen Kaiser und preußischen König Wilhelm I.  
[Bericht über den Stand der neuen, einheitlichen Organisation des Armenwesens in Preußen, insbesondere in den neuen Provinzen als Folge des Unterstützungswohnsitzgesetzes und des Ausführungsgesetzes]
- 08.10.1871 Brief des Regierungsassessors im preußischen Handelsministerium Theodor Lohmann an den Abt. I, Bd.1, Nr.73  
Rat bei der Regierung in Köslin Rudolf Friedrichs  
[Bericht über seine Arbeit im Handelsministerium]

- 10.10.1871 Rundsreiben von Alfred Krupp an die Firma Fried. Krupp Abt. I, Bd.8, Nr.27  
[Arbeiter, die sich organisieren, um ihre Interessen gegenüber dem Arbeitgeber durchzusetzen, sollen entlassen werden; der Unternehmer soll hohe Löhne zahlen und umfassend für das Wohl seiner Beschäftigten und ihrer Familien sorgen]
- 12.10.1871 Johann Hinrich Wichern: Die Mitarbeit der evangelischen Kirche an den sozialen Aufgaben der Gegenwart Abt. I, Bd.8, Nr.28  
[Die soziale Frage ist universell und hätte schon früher auf die Tagesordnung der kirchlichen Diskussion gehört; Ablehnung der Internationalen und der Sozialdemokratie, hinter der Gottlosigkeit und Gottesfeindschaft stehen; aus dem Christentum erwächst nicht die sozialistische Gesellschaft, sondern die christliche Gemeinde; Lösung der sozialen Frage durch Appell an die Einsicht der herrschenden Klassen; umfassende Mission und Evangelisation des Volkes und Taten christlicher Nächstenliebe; Sechs-Punkte-Programm für die Kirche]
- 12.10.1871 Adolph Wagner: Die soziale Frage Abt. I, Bd.8, Nr.29  
[Analyse der wirtschaftlichen Verhältnisse, Nationalökonomie muß wieder mit ethischen Auffassungen verbunden werden; viele sozialistische Forderungen, insbesondere auf dem Steuergebiet, sind berechtigt, Kritik der Güter- bzw. Einkommensverteilung, daneben Entfaltung eines sozialen Reformprogramms; die Geistlichkeit hat die Aufgabe, den höheren Klassen das Entgegenkommen gegenüber berechtigten Forderungen der Arbeiter als christliche Pflicht zu predigen; Kritik an Kirche und vordergründiger und einseitiger Traktatliteratur]
- 18.10.1871 Aufruf einer Konferenz von Gewerkschaftsvertretern mit Statut des Berliner Arbeiterbundes Abt. I, Bd.4, Nr.66  
[Ein Arbeiterbund soll gegründet werden, um gewerkschaftliche Forderungen gemeinsam koordiniert durchzusetzen; der Arbeiterbund ist Träger einer Streikkasse, die bei Streiks, die als „gerechtfertigt und zeitgemäß anerkannt“ werden, Streikgelder an Mitglieder zahlt; das Statut regelt das Verfahren]
- 20.10.1871 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.74  
[Mitglieder der Internationale sollen gerichtlich bestraft und danach ausgewiesen werden]
- 21.10.1871 Schreiben des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.75  
[Der Handelsminister soll – zur Vorbereitung der preußisch-österreichischen Konferenz – Sachverständige über die Arbeiterfrage anhören]
- 24.10.1871 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den sächsischen Ministerpräsidenten und Minister des Äußeren Richard Reichsfreiherr von Friesen Abt. I, Bd.1, Nr.76  
[Bericht über arbeiterpolitische Maßnahmen in Preußen, verbunden mit der Bitte um entsprechende Mitteilungen über Sachsen und einer Stellungnahme von Friesens zu Arbeitseinstellungen und Schiedsgerichten]
- 24.10.1871 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.77  
[Itzenplitz benötigt zur Vorbereitung der preußisch-österreichischen Fachkonferenz noch Auskünfte aus Sachsen]
- 25.10.1871 Schreiben des sächsischen Ministers des Äußeren Richard Reichsfreiherr von Friesen an den sächsischen Minister des Innern Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. I, Bd.1, Nr.78  
[Nostitz-Wallwitz wird gebeten mitzuteilen, welche allgemeinen Maßnahmen seiner Ansicht nach gegenüber der Arbeiterbewegung erforderlich sind; die österreichische Denkschrift und die preußischen Runderrlässe über gewerbliche Schiedsgerichte werden distanziert beurteilt]
- 28.10.1871 Aufruf des Streikkomitees der Arbeiter der Chemnitzer Maschinenfabriken und Gießereien Abt. I, Bd.3, Nr.25  
[Forderung nach einem Normalarbeitstag von 10 Stunden]
- 31.10.1871 Schreiben des sächsischen Ministers des Innern Hermann von Nostitz-Wallwitz an den sächsischen Minister des Äußeren Richard Reichsfreiherr von Friesen Abt. I, Bd.1, Nr.79  
[Repressivmaßregeln gegenüber der Sozialdemokratie sind erforderlich. Dazu wird ein – unter Rückgriff auf das sächsische StGB von 1855 – verschärftes RStGB empfohlen; im übrigen erscheinen neben Ausbau des Arbeiterschutzes (Fabrikinspektoren, Normalarbeitstag), Bau von Arbeiterwohnungen, Ausbau der Eisenbahn für den Berufsverkehr vor allem Einwirkungen auf Arbeitgeber angebracht, die den entscheidenden Einfluß auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter haben]
- 31.10.1871 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Prinzenerzieher Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.1, Nr.80  
[Das von der Sache gebotene gründliche Arbeiten ist im preußischen Handelsministerium nicht möglich]

- 31.10.1871 Eingabe des Pastors Ernst Mühe an den Reichstag Abt. I, Bd.3, Nr.26  
[Forderung nach einem allgemeinen Verbot der Sonntagsarbeit]
02. u. 03.11.1871 Demokratische Zeitung Nr. 28 und Nr. 29 Abt. I, Bd.4, Nr.67  
[§ 153 der Gewerbeordnung richtet sich faktisch nur gegen koalierende Arbeiter; Ehrverletzungen, die von Streikbrechern ausgehen, ahndet er nicht]
- 03.11.1871 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.81  
[Die sozialen Maßnahmen und Einrichtungen für die Arbeiter in Preußen und im Reich sind vorbildlich, Erörterungen mit Sachverständigen über eine weitergehende Staatstätigkeit sind nicht notwendig]
- 03.11.1871 Bericht des Staatsanwalts beim Stadtgericht Berlin Wilhelm Henke an den Berliner Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb Abt. I, Bd.4, Nr.68  
[Erfahrungen mit der Rechtsprechung der Berliner Gerichte: Im Falle von Streiks ist in der Regel eine Strafverfolgung unter Berufung auf Hausfriedensbruch (§ 123 Abs. 3 StGB) aussichtsreicher als eine nach Koalitionszwang (§ 153 Gewerbeordnung)]
- 08.11.1871 Neuer Social-Demokrat Nr. 56 Abt. I, Bd.4, Nr.69  
[Abdruck der von Dr. Max Hirsch edierten „Musterstatuten“ mit polemischem Kommentar]
- 09.11.1871 Vermerk des Geheimen Oberregierungsrates Hermann Wagener für den Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat Otto Wehrmann im preußischen Staatsministerium mit Denkschrift Abt. I, Bd.1, Nr.82  
[Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie wird abgelehnt, hingegen allgemeine Verschärfung des Vereins- und Presserechts befürwortet]
- 12.11.1871 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei der Regierung in Köslin Rudolf Friedrichs Abt. I, Bd.1, Nr.83  
[Die Arbeiterfrage erfordert eine gründlichere Bearbeitung als diese im Handelsministerium möglich ist und läßt sich nicht auf dieses Ressort begrenzen]
- 13.11.1871 Schreiben des sächsischen Ministerpräsidenten Richard Reichsfreiherr von Friesen an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz nebst Denkschrift Abt. I, Bd.1, Nr.84  
[In allgemein gehaltener Form werden verschiedene Maßnahmen gegenüber der Arbeiterbewegung vorgeschlagen, Kritik wird an einigen seit 1866 von Preußen ausgegangenen Rechtsveränderungen (Wahlrecht, Strafrecht) geübt, die das alte sächsische Recht verdrängt haben]
- 13.11.1871 Bericht des Staatsanwalts beim Kreisgericht Beuthen Gustav von Makomaski an den Oberstaatsanwalt beim Appellationsgericht in Ratibor Konrad Hantelmann Abt. I, Bd.4, Nr.70  
[Die Markenkontrolle war Ursache für den Streik mit den anschließenden Tumulten in Königshütte, 22 Bergleute werden freigesprochen, 95 werden verurteilt zu Strafen zwischen einem Monat und einem Jahr und acht Monaten Gefängnis bzw. Zuchthaus]
- 14.11.1871 Bericht des Oberstaatsanwalts beim Appellationsgericht in Ratibor Konrad Hantelmann an den preußischen Justizminister Dr. Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.4, Nr.71  
[Als alleinige Ursache des Aufruhrs in Königshütte wird die Einführung der Markenkontrolle ermittelt, politische und religiöse Motive waren nicht festzustellen]
- 15.11.1871 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Lothar von Wurmb an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.72  
[Plädoyer für eine Abschaffung der Koalitionsfreiheit, um einer sozialen Revolution vorzubeugen]
- 17.11.1871 Schreiben des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.85  
[Die Staatsgewalt soll verwirklichen, was in den sozialistischen Forderungen berechtigt ist; auch außenpolitische Erwägungen sprechen dafür, eine Sachverständigenkonferenz einzuberufen]
- 17.11.1871 Gustav Schönberg: Arbeitsämter, eine Aufgabe des Deutschen Reiches Abt. I, Bd.8, Nr.30  
[Die Lösung der sozialen Frage als primäre Aufgabe des (nationalen) Kulturstaats; Gesamtkatalog von Mitteln zur sozialen Reform, die nach den Kategorien Selbst-, Gesellschafts- und Staatshilfe die bisherigen Vorschläge dazu aufgreift und systematisiert; Arbeitsämter, hier verstanden als die bezirklichen Dienststellen eines Reichsamts für Arbeitsstatistik, sollen eine verlässliche Grundlage für die Beziehungen zwischen Staat und Arbeitern schaffen]
- 19.11.1871 Neuer Social-Demokrat Nr. 61 Abt. I, Bd.4, Nr.73  
[Organisierte Streiks können den Arbeitern kurzfristig Vorteile bringen, sie können aber den politischen Kampf für Produktivassoziationen nicht ersetzen]

- 24.11.1871 Aufzeichnung des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.86  
[Im Hinblick auf die Arbeiterfrage hat der Staat Maßnahmen der Bildung und Belehrung, der Wohnungsbeschaffung und zum geordneten Ablauf von Arbeitsniederlegungen zu fördern, Angriffe auf die Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft und der Kultur aber ebenso zu hindern wie mißbräuchliche Fabrikarbeit von Kindern]
- 25.11.1871 Denkschrift des Regierungsrates Dr. Gustav Stüve Abt. I, Bd.1, Nr.87  
[Ablehnung eines Eingreifens des Staats in den Wirtschaftsprozeß, systematische Aufführung der in der öffentlichen Diskussion im Hinblick auf die soziale Frage außerdem für wirksam erachteten Mittel]
- 25.11.1871 Volksstaat Nr. 95 Abt. I, Bd.4, Nr.74  
[Auseinandersetzung der „Eisenacher“ Sozialdemokraten mit der liberalen „Volks-Zeitung“ und dem lassalleanischen „Neuen Social-Demokrat“]
- 26.11.1871 Protokoll einer Besprechung im preußischen Handelsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.88  
[Anhand der vorgegebenen Gliederungspunkte wird – unter mehrfacher Bezugnahme auf englische Verhältnisse – das Spektrum arbeiterpolitischer Maßnahmen erörtert]
- 07.12.1871 National-Zeitung Nr. 573. [Heinrich Bernhard Oppenheim:] Manchesterschule und Katheder- Sozialismus Abt. I, Bd.8, Nr.31  
[Knappe Kritiken der Rede Schönbergs und der Schriften von Schmoller und Roesler, Zweifel an der „Erspröchlichkeit der Projekte“ und Sorge um die Unverletzlichkeit der bestehenden Rechts- und Staatsordnung]
- 09.12.1871 Brief des Reichstagsabgeordneten Hermann Schulze-Delitzsch an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.89  
[Schulze-Delitzsch will dem Förderer des Genossenschaftswesens gern seine Ansichten zur Arbeiterfrage mitteilen]
- 15.12.1871 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Prinzenerzieher Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.1, Nr.90  
[Kritischer Bericht über die Besprechungen mit Sachverständigen zur Arbeiterfrage]
- 20.12.1871 Protokoll der Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Hermann Schulze-Delitzsch gegenüber dem preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.91  
[Plädoyer für eine liberale Arbeiterpolitik, insbesondere auch für Förderung der Gewerkschaften und deren Einrichtungen]
- 26.12.1871 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei der Regierung in Köslin Rudolf Friedrichs Abt. I, Bd.1, Nr.92  
[Bei den Besprechungen mit Sachverständigen hat Lohmann auf konkrete Vorschläge gedrängt]
- 26.12.1871 Rundschreiben von Alfred Krupp an die Firma Fried. Krupp Abt. I, Bd.8, Nr.32  
[Krupp entwickelt Ideen zu einer umfassenden Erweiterung der betrieblichen Sozialpolitik durch Schulen, Arbeitersiedlungen mit Viehzucht und die Herstellung von Kleidungsstücken; die Einrichtungen sollen sparsam und ohne Luxus ausgeführt werden; er hofft, die Moral der Beschäftigten zu heben und von möglichen Revolten der Arbeiter verschont zu bleiben]
- 31.12.1871 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.4, Nr.75  
[Vorschlag für eine Revision des § 108 Gewerbeordnung, um eine bessere gesetzliche Grundlage für die gewerblichen Schiedsgerichte zu schaffen]

## 1872

- 04.01.1872 Concordia – Zeitschrift für die Arbeiterfrage Nr. 1. Über das Arbeiterkassenwesen Abt. I, Bd.5, Nr.66  
[In einem „größeren deutschen Mittelstaat“ zeichnen sich die Fabrikkrankenkassen durch eine bunte Vielfalt aus, die systematisch-technisch schwer nachzuvollziehen ist]
- 11.01.1872 Hamburgischer Correspondent Nr. 9. Lujo Brentano: Abstracte und realistische Volkswirthe Abt. I, Bd.8, Nr.33  
[Auseinandersetzung mit dem Artikel von H. B. Oppenheim (7.12.1871): die meisten Dozenten der Volkswirtschaft an deutschen Universitäten studieren das „wirkliche Leben“ und berücksichtigen zu jeder ökonomisch-politischen Frage die „sittliche Natur des Staates“, sie sind die eigentlichen Urenkel von Adam Smith]
- 27.01.1872 Schreiben des Geheimen Oberregierungsrates Hermann Wagener an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.93  
[Mitteilungen über Untersuchungen des Handelsministeriums zur sozialen Frage werden angemahnt]

- 29.01.1872 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Hermann Wagener für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.94  
[Vor einer mit dem Kulturkampf einhergehenden Bekämpfung der Sozialdemokratie wird gewarnt, statt dessen soll versucht werden, die soziale Bewegung durch eine institutionalisierte Arbeiterpolitik für die Regierung zu gewinnen, die Arbeiter an das Reich zu binden]
- 01.02.1872 Bekanntmachung von Berliner Zimmermeistern an ihre Gesellen Abt. I, Bd.4, Nr.76  
[Mit einem Teil der Gesellen vereinbarte Arbeitsbedingungen werden für alle Zimmergesellen „mit Geschäftseintritt“ für verbindlich erklärt]
- 01.02.1872 Regulativ zur Ordnung des äußeren Geschäftsgangs bei den Deputationen für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.94  
[Regelung von Zuständigkeit und Verfahren der in §§ 40 ff. des preußischen Ausführungsgesetzes zum Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz vorgesehenen Deputation für das Armenwesen gem. § 43 Abs. 2 des Ausführungsgesetzes]
- 09.02.1872 Bericht des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Reichskanzler und Präsidenten des Staatsministeriums Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.95  
[Angesichts der ausstehenden Stellungnahme Eduard Laskers zur sozialen Frage will Itzenplitz sich noch nicht äußern, er erbittet weiteres Material über die Internationale]
- 15.02.1872 Concordia. Zeitschrift für die Arbeiterfrage Nr. 7. Ein gesetzliches Mittel gegen die Leiden der Arbeitnehmer. Von einem Arbeitgeber Abt. I, Bd.6, Nr.14  
[Vorschlag, die Arbeitgeber gesetzlich zu verpflichten, für ihre Arbeiter multifunktionale Zwangskassen nach Knappschaftsmuster (u. a. auch für Alter) und Arbeiterschutzmaßnahmen einzurichten]
- 20.02.1872 Eingabe des Pastors Wilhelm Quistorp an den Reichstag Abt. I, Bd.3, Nr.27  
[Forderung nach allgemeinem Verbot der Sonntagsarbeit; Forderung nach Verbot der Nachtarbeit und nach einem gesetzlichen Normalarbeitstag von 12 Stunden in Fabriken]
- 21.02.1872 Rede des Professors Dr. Rudolf Gneist auf der Generalversammlung des Zentralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen Abt. I, Bd.8, Nr.34  
[Vereinstätigkeit bringt die ökonomische und soziale Entwicklung voran; Setzerstreik verhindert leider auch das rechtzeitige Erscheinen auf das Arbeiterwohl gerichteter Zeitschriften]
- 01.03.1872 Rundschreiben der Berliner Bau- und Maurermeister Abt. I, Bd.4, Nr.77  
[Ein Arbeitgeberverband für das Baugewerbe soll gegründet werden, der Aussperrungen beschließen und ein Preiskartell begründen soll]
- 03.03.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schönberg Abt. I, Bd.8, Nr.35  
[Bericht über eigene Aktivitäten (landwirtschaftliche Kongresse, Berufungsfragen)]
- 13.03.1872 Sitzungsprotokoll des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins Abt. I, Bd.3, Nr.28  
[Der Fabrikbesitzer Fritz Kalle spricht sich für die Schaffung einer einheitlichen Fabrikaufsichtsbehörde mit akademisch ausgebildeten Beamten aus]
- 18.03.1872 Denkschrift des Regierungsrats Theodor Lohmann für den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.67  
[Der Staat muß auf dem Gebiet der Arbeiterfrage weiterhin aktiv werden, u. a. hat er das Krankenkassenwesen zu fördern; Kassenzwang und Arbeitgeberbeitrag werden grundsätzlich befürwortet]
- 19.03.1872 Christlich-soziale Blätter Nr. 6. Zur Arbeiterfrage Abt. I, Bd.8, Nr.36  
[Die gerechten Forderungen der Sozialisten sollten bewilligt werden, genannt werden Arbeiterschutz, Abkehr von indirekten Steuern, Kassen, Produktivgenossenschaften u. a.]
- 23.03.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.37  
[Kritik an der „Theorie der Sozialen Frage“ Hans v. Scheels; grundsätzliche Ausführungen über die soziale Frage]
- 30.03.1872 Eingabe des Zentralrats der deutschen Gewerkschaften an das preußische Handelsministerium Abt. I, Bd.5, Nr.68  
[Beschwerde über die fehlende Mitwirkung von Arbeitern bei der Konferenz zur Besprechung der sozialen Frage im Handelsministerium; Bitte um ein Gesetz, das den Berufsvereinen und genossenschaftlich organisierten Kassen die Rechtsfähigkeit verleiht, sofern sie bestimmte Normativvorschriften erfüllen]

- 30.03.1872 Die Gegenwart. Wochenschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben Nr. 10. H[einrich] B[ernhard] Oppenheim: Volkswirtschaftliche Verirrungen Abt. I, Bd.8, Nr.38  
[Polemische Auseinandersetzung mit Adolph Wagner, dessen „Rede über die sociale Frage“ (12.10.1871) alle Auffassungen enthält, die H. B. Oppenheim von seinem liberalen Standpunkt aus kritisiert; der ganze Staat wird bei Wagner nun „sozialistisches Versuchsfeld“]
- 04.04.1872 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.96  
[Der Arbeiterbewegung ist nicht vorrangig durch repressive Maßnahmen zu begegnen, sondern durch eine allmählich positiv wirkende Arbeiterpolitik, inwieweit das Strafrecht zur Abwehr eines möglichen gewaltsamen Angriffs ausreicht, wird mit dem Justizminister beraten]
- 05.04.1872 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Justizminister Dr. Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.4, Nr.78  
[Es besteht kein Anlaß, § 108 Gewerbeordnung zu konkretisieren bzw. zu reformieren]
- 08.04.1872 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Justizminister Dr. Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.4, Nr.79  
[Zum Verhältnis des Verbots der Nötigung zur Teilnahme an gewerblichen Koalitionen (Koalitionszwang, § 153 Gewerbeordnung) zum Tatbestand der strafrechtlichen Nötigung (§ 240 RStGB); Koalitionszwang als Officialdelikt]
- 09.04.1872 Weisung des Ministers des k. und k. Hauses und des Äußeren Graf Julius Andrassy an den österreichisch-ungarischen Botschafter Alois Graf Karolyi Abt. I, Bd.1, Nr.97  
[Graf Karolyi wird angewiesen, den Stand der preußischen Vorbereitungen zur gemeinsamen Bekämpfung der Internationale zu erkunden und eine Stellungnahme zu den von der österreichisch-ungarischen Regierung „angeregten Ideen“ eines polizeilich-repressiven Vorgehens einzuholen]
- 10.04.1872 Schreiben des Unterstaatssekretärs im preußischen Justizministerium Heinrich Friedrich Theodor de Rège an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.4, Nr.80  
[Die Strafbarkeit von Haus- und Landfriedensbruch wie des Koalitionszwangs sind als Repressionsmittel bei Arbeitseinstellungen ausreichend, eine Aufwertung der Nötigung zum Officialdelikt ist nicht erforderlich]
- 10.04.1872 Adolph Wagner: Offener Brief an Herrn H[einrich] B[ernhard] Oppenheim Abt. I, Bd.8, Nr.39  
[Heftige Polemik gegenüber H. B. Oppenheim, der als Dilettant und Schwindler abgefertigt wird; Manchester Schule und Katholizismus sind hinsichtlich der beanspruchten Unfehlbarkeit einander ähnlich]
- 11.04.1872 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.4, Nr.81  
[Beitritt des Fiskus zu Einigungsämtern wird befürwortet, das gilt auch für das von Schiffszimmerern in Danzig geplante, an dem der Staat als Eigentümer der Kaiserlichen Werft beteiligt werden soll; Bedenken gegenüber einer ausschlaggebenden Stimme des Vorsitzenden bei Stimmengleichheit nach dem englischen Modell von Kettle]
- 11.04.1872 Dritter Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Schulze-Delitzsch an den Reichstag auf Beschlußnahme eines Reichsgesetzes über die privatrechtliche Stellung von Vereinen mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.82  
[Vereinigungen von Personen erhalten kraft Gesetz die Rechte eines anerkannten Vereins bzw. einer juristischen Person, sofern sie Normativbestimmungen erfüllen; unberührt bleiben davon das öffentlich-rechtliche Vereins- und Versammlungsrecht sowie das kirchliche Vermögensrecht; Haftungsbeschränkung]
- 16.04.1872 Bericht des Oberstaatsanwalts beim Berliner Kammergericht Karl Wilhelm Adlung an den preußischen Justizminister Dr. Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.4, Nr.83  
[Im Hinblick auf die staatliche Ahndung von Streikvergehen ist vor allem eine unmittelbar einsetzende Strafverfolgung durch (vorläufige) Inhaftierung geboten; demgegenüber ist das spätere Strafmaß nachrangig bzw. von minderer Bedeutung]
- 17.04.1872 Sitzungsprotokoll des Reichstags Abt. I, Bd.4, Nr.84  
[Kontroverse Diskussion, inwieweit und in welchen Grenzen bzw. Rahmen der privatrechtliche Status der Vereinigungen, insbesondere der Gewerkvereine verbessert werden soll; Ansätze zur Verknüpfung mit einem geregelter schiedsgerichtlichen Verfahren]
- 19.04.1872 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den deutschen Botschafter in Wien Hans-Lothar von Schweinitz Abt. I, Bd.1, Nr.98  
[Bismarck ist nach wie vor an einer preußisch-österreichischen Fachkonferenz interessiert und bedauert, daß diese aus von ihm nicht zu vertretenden Gründen bisher nicht einberufen werden konnte]

- 20.04.1872 Aufzeichnung des Regierungsrates Theodor Lohmann Abt. I, Bd.1, Nr.99  
[Skizze des Programms einer versöhnenden Arbeiterpolitik, die über den von Itzenplitz und Stüve festgelegten Rahmen einer liberalen Arbeiterpolitik hinausgeht]
- 23.04.1872 Protokoll der ersten Sitzung der V. Reichstagskommission [zum Entwurf eines Vereinsgesetzes] Abt. I, Bd.4, Nr.85  
[Grundsatzdiskussion über die besondere Rolle der Gewerkvereine innerhalb der bestehenden Vereinigungen]
- 24.04.1872 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Hermann Wagener Abt. I, Bd.1, Nr.100  
[Mittel und Wege eines sozialen Reformprogramms der Regierung, das auch Eingriffe des Staats in die wirtschaftlichen Bedingungen von Produktion und Kapitalbildung (Einkommensverteilung und Staatsunternehmungen) vorsieht]
- 26.04.1872 Neuer Social-Demokrat Nr. 49. [Wilhelm Hasselmann:] Ein Professor auf dem Rückzuge Abt. I, Bd.8, Nr.40  
[Auseinandersetzung mit Adolph Wagners „Rede über die sociale Frage“, insbesondere seiner Haltung gegenüber dem großstädtischen Grund- und Wohnungseigentum]
- 27.04.1872 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.101  
[Mahnschreiben: Die Besprechungsergebnisse vom November 1871 sollen zusammengefaßt und Kommissare für die preußisch-österreichische Konferenz benannt werden]
- 27.04.1872 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Regierungen, Landdrosteien und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. I, Bd.3, Nr.29  
[Gefahrenschutz für Arbeiter]
- 27.04.1872 Runderlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Regierungen, Landdrosteien und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. I, Bd.3, Nr.30  
[Umfrage zur Frauenarbeit in Fabriken]
- 28.04.1872 Brief des Professors Dr. Johannes Conrad an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.41  
[Mitteilungen über die Ablehnung von Adolph Wagners Polemik und breite wissenschaftliche Interessen, Lehrstuhlbesetzung in Breslau]
- 29., 30.04. u. 01.05.1872 Sitzungsprotokoll der Verhandlungen der Berliner Konferenz ländlicher Arbeitgeber Abt. I, Bd.8, Nr.42  
[Besprechung der einschlägigen Fragen auf der Grundlage patriarchalischen Verhältnisses zwischen Dienstherrn und Arbeitnehmern, auf materiellem Gebiet Sorge für ausreichende Wohnungen, Arbeiterschutz, Einführung von Tantiemelöhnung, Möglichkeit für Grunderwerb der Arbeiter, Einführung der Akkordarbeit, Konsumvereine, Sparkassen und Arbeiterversicherung, Arbeitsämter usw.]
- 02.05.1872 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.102  
[Die von den angehörten Sachverständigen vorgeschlagenen sozialen Maßnahmen werden referiert, ausführlich vor allem die auch von Theodor Lohmann für richtig gehaltenen]
- 02.05.1872 Protokoll der zweiten Sitzung der V. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.86  
[Fortsetzung der Grundsatzdiskussion über Rolle und Status der Gewerkvereine vor dem Hintergrund der Streikproblematik]
- 06.05.1872 Erstfassung eines Erlasses des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den deutschen Botschafter in St. Petersburg Prinz Heinrich VII. (Reuß, jL) Abt. I, Bd.1, Nr.103  
[Für die preußisch-österreichische Konferenz ist die Erörterung verschiedener auf Gegenseitigkeit beruhender Repressivmaßnahmen gegen die Internationale vorgesehen; es ist zweifelhaft, ob und inwieweit Österreich daran ernstlich interessiert ist]
- 07.05.1872 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.1, Nr.104  
[Die preußischen Kommissare für die preußisch-österreichische Konferenz werden bestimmt]
- 07.05.1872 Protokoll der dritten Sitzung der V. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.87  
[Abänderungsanträge zu § 1 des Gesetzentwurfs (11.4.1872) und Mitteilung über deren Diskussion]
- 08.05.1872 Votum des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.105  
[Die Beratungen über die Internationale dürfen sich nicht auf Repressivmaßnahmen begrenzen, sondern müssen auch Maßregeln einer positiven Arbeiterpolitik einbeziehen]

09. u. 11.05. 1872 Schlesische Zeitung Nr. 214 und Nr. 216. [Eduard Graf von Bethusy-Huc:] Der Sozialismus auf den akademischen Lehrstühlen Abt. I, Bd.8, Nr.43  
[Kritische Auseinandersetzung mit der „jungen national-ökonomischen Schule“, insbesondere mit Gustav Schönberg und Adolph Wagner]
- 10.05.1872 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den deutschen Botschafter in St. Petersburg Prinz Heinrich VII. (Reuß, j.L.) Abt. I, Bd.1, Nr.106  
[Auf der preußisch-österreichischen Konferenz sollen Abwehrmaßnahmen gegen die Internationale beraten werden und die Bereitschaft Österreichs zu praktischem Vorgehen geprüft werden]
- 10.05.1872 Protokoll der vierten Sitzung der V. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.88  
[Die Abänderungsanträge Lasker-Bamberger zu § 1 des Gesetzentwurfs (11.4.1872) über eine Verknüpfung des Berufsvereinsrechts mit schiedsgerichtlichem Verfahrensrecht werden in der 1. Lesung abgelehnt]
- 11.05.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schönberg Abt. I, Bd.8, Nr.44  
[Ausführlicher Bericht über die überwiegend in der Tagespresse geführten Auseinandersetzungen zwischen „Manchesterleuten“ und „Kathedersozialisten“; Berufungsfragen]
- 12.05.1872 Bericht des Polizeileutnants Franz Alexander Hieronymus Horn über die Generalversammlung der Berliner Zimmerer Abt. I, Bd.4, Nr.89  
[Kritik an den Vereinbarungen des Meisterbundes mit dem provisorischen Hirsch-Dunckerschen Einigungsamt und dem Ortsverein der Zimmerer und Maurer (Gewerkverein), insbesondere Polemik gegen die Gewerksvereine und deren Anwalt Dr. Max Hirsch]
- 14.05.1872 Programm der „Monarchisch-nationalen Partei des Reichstags“ Abt. I, Bd.8, Nr.45  
[Forderung nach einer vom finanziell besser ausgestatteten Reich getragenen sozialen Politik, insbesondere auch eine stärkere Berücksichtigung der Interessen von Landwirtschaft und Arbeiterschaft, staatliche Unterstützung für korporative Bildungen und Schlichtungsstellen]
- 17.05.1872 Protokoll der fünften Sitzung der V. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.90  
[Geschäftsordnungs- bzw. Verfahrensdebatte, Diskussion von Abänderungsanträgen zum Gesetzentwurf vom 11.4.1872, Ausführungen zur möglichen Regulierung des Berufsvereinsrechts im Verhältnis zum Hilfskassenrecht]
- 19.05.1872 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Prinzenzieher Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.1, Nr.107  
[Itzenplitz und Eduard Moser haben Lohmanns Vorschläge für eine innovative Arbeiterpolitik „im etwas großartigen Stil“ – Ausbau der Fabrikinspektion, Arbeiterkammern, vorbildliche Arbeitsbedingungen beim Fiskus – als „abenteuerlich“ abgelehnt]
- 19.05.1872 Neuer Social-Demokrat Nr. 58 Abt. I, Bd.4, Nr.91  
[Auseinandersetzung mit den Forderungen der offiziellen Norddeutschen Allgemeinen Zeitung nach einer Kontraktbruchnovelle]
- 20.05.1872 Brief des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm I. an seine Gemahlin Abt. I, Bd.1, Nr.108  
[Der Internationale muß mit polizeilichen Maßregeln entgegengetreten werden]
- 20.05.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.46  
[Julius v. Eckardt, Redakteur des „Hamburgischen Correspondenten“, hat eine private Zusammenkunft der sog. Kathedersozialisten angeregt]
- 20.05.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.47  
[Kritik an Adolph Wagner; für die nicht-manchesterliche Richtung in der Ökonomie ist es sinnvoller, eine Zeitschrift zu gründen, als Kongresse abzuhalten]
- 23.05.1872 Schreiben des Direktors im Reichskanzleramt Paul Eck an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.4, Nr.92  
[Für eine Regelung des Verfahrens der gewerblichen Schiedsgerichte vor Verabschiedung der Reichsjustizgesetze liegt kein Anlaß vor, die landesgesetzlichen Vorschriften sind ausreichend dafür]
- 23.05.1872 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Lujo Brentano Abt. I, Bd.8, Nr.48  
[Mißbilligung der Agitationsweise Adolph Wagners; Ablehnung eines Kongresses von Gleichgesinnten und einer neu zu gründenden Zeitschrift]



- 25.05.1872 Verfügung der Regierung Arnberg Abt. I, Bd.3, Nr.31  
[Wiederbesetzung der seit 1860 unbesetzten Stelle eines Fabrikinspektors. Der Fabrikinspektor soll auch über das sittliche und körperliche Wohl erwachsener Arbeiter sowie über Arbeiterkoalitionen und Streiks berichten]
- 30.05.1872 Bericht der Handelskammer Barmen an den Oberbürgermeister der Stadt Barmen August Bredt Abt. I, Bd.3, Nr.32  
[Strikte Ablehnung einer gesetzlichen Regelung der Frauenarbeit in Fabriken]
- 02.06.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.49  
[Vorschläge zu einer kleineren Vorbesprechung in Halle (Saale) und einer größeren Tagung]
- 03.06.1872 Protokoll der sechsten Sitzung der V. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.93  
[Kassen der Gewerkvereine – nur Unterstützungskassen oder auch Streikkassen?]
- 05.06.1872 Protokoll der siebten Sitzung der V. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.94  
[Diskussion des Bambergerschen Antrags: Frage des Interventionsrechts der Verwaltung im Verfahren der Statutengenehmigung; zum Verhältnis von Vereins- und (Versicherungs-) Kassengeschäften]
- 05.06.1872 Bericht des Essener Landratsamtsverwesers Freiherr von Hoevel an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.4, Nr.95  
[Sozialistische und ultramontane Agitation bereiten gemeinsam einen Streik vor]
- 07.06.1872 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den badischen Handelsminister Gottfried Freiherr von Dusch Abt. I, Bd.3, Nr.33  
[Itzenplitz räumt die Möglichkeit unzureichender Kontrolle der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Kinder und jugendliche Fabrikarbeiter ein und kündigt eine außerordentliche Revision von Fabriken an]
- 08.06.1872 Schreiben des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Hermann von Thile an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.109  
[Anfrage, ob – wie innerhalb der österreichisch-ungarischen Regierung vermutet – im preußischen Handelsministerium bereits eine eingehende Denkschrift über die soziale und internationale Frage ausgearbeitet worden ist]
- 09.06.1872 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.96  
[Die gut informierte staatliche Verwaltung bereitet sich auf einen großen Streik vor; Absprachen mit der Industrie und Vorbereitungen für ein militärisches Eingreifen sind bereits getroffen]
- 11.06.1872 Bericht des Staatsanwalts beim Stadt- und Kreisgericht in Magdeburg Hermann Tessendorf an den preußischen Justizminister Dr. Adolf Leonhardt Abt. I, Bd.4, Nr.97  
[Tessendorf war erfolgreich gegenüber streikenden Bauarbeitern; Streiks sind politische Agitationsmittel der Sozialdemokratie; eine „schnelle und strenge Justiz“ kann dazu beitragen, der sozialen Bewegung einen „festen Damm“ entgegenzusetzen]
- 11.06.1872 Bericht der Regierung Stettin an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.5, Nr.69  
[Das Kreisgericht Stettin hat zwei Gewerkvereinsmitglieder, die in Bredow eine Kranken- und Invalidenkasse für Maschinenbau- und Metallarbeiter gegründet hatten, von der Anklage illegaler Kassengründung freigesprochen; Bitte um Instruktion über das weitere Vorgehen]
- 13.06.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.50  
[Reflexionen über mögliche Teilnehmer einer privaten Zusammenkunft]
- 14.06.1872 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.110  
[Eine Denkschrift über die soziale Frage und die Internationale ist im Handelsministerium nicht ausgearbeitet worden. Es wird anheimgestellt, dem österreichischen Botschafter Stüves Denkschrift und Lohmanns Ausarbeitung der Ergebnisse der Sachverständigenbesprechung in anonymisierter Form zur Kenntnis zu geben]
- 15.06.1872 Kommissionsfassung des Entwurfs eines Reichsgesetzes über die privatrechtliche Stellung von Vereinen Abt. I, Bd.4, Nr.98  
[Idealvereine sollen kraft Gesetzes nur anerkannt und somit rechtsfähig werden, sofern sie keine politischen oder religiösen Zwecke verfolgen, nicht auf Arbeitskampfbereitschaft abzielen und ihr Finanzgebaren einer öffentlichen Kontrolle unterziehen lassen; Unterstützungen]

- 15.06.1872 Schreiben des Geheimen Oberregierungsrates Hermann Wagener an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.99  
[Bismarck empfiehlt, statt eines Bataillons demonstrativ drei Bataillone in Marsch zu setzen, um die streikenden Essener Bergleute durch die Militärpräsenz einzuschüchtern; der katholische Einfluß bei den Geschehnissen ist auch in der regierungsfernen Presse herauszustellen]
- 20.06.1872 Bericht des Berghauptmanns August Prinz von Schönaich-Carolath an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Izenplitz Abt. I, Bd.4, Nr.100  
[Militärisches Eingreifen gegen die streikenden Essener Bergleute noch nicht erforderlich, abwartende Haltung der staatlichen Verwaltung, die Grubenbesitzer verzichten noch auf Zwangsmaßnahmen]
- 23.06.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schönberg Abt. I, Bd.8, Nr.51  
[Erwägungen zur verzögerten akademischen Karriere Schönbergs]
- 24.06.1872 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.101  
[Der bisher ruhig verlaufende Streik weitet sich aus, eine erste Kostenrechnung wird erstellt, das Verhalten der katholische Seite wird genau beobachtet]
- 24.06.1872 Aufruf des Industriellen Alfred Krupp an seine Arbeiter Abt. I, Bd.4, Nr.102  
[Krupp bilanziert seine ökonomische und soziale Leistung, insbesondere auch seine fürsorgliche Haltung gegenüber seiner Stammebelegschaft, von der er seinerseits nun Treue erwartet, anderenfalls empfiehlt er fristgemäße Kündigung, um einer Entlassung zuvorzukommen]
- 27.06.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.52  
[Vorschlag zu gemeinsamer wissenschaftlicher Arbeit; Beurteilung der Auswirkungen von Wagners „offenem Brief“ und der Pressereaktionen auf den nationalökonomischen Richtungsstreit]
- 29.06.1872 Schreiben des Unterstaatssekretärs im preußischen Justizministerium Heinrich Friedrich Theodor de Rège an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.103  
[Empfehlung eines Runderlasses an die Polizeibehörden über die systematische Observation von Arbeitseinstellungen nach den Gesichtspunkten des Magdeburger Staatsanwalts Hermann Tessendorf, dem dann das Justizministerium mit einem gleichgerichteten an die Staatsanwaltschaften folgen kann]
- 30.06.1872 Bericht des deutschen Botschafters in St. Petersburg, Prinz Heinrich VII. (Reuß, j.L.), an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.111  
[Der Augenblick zum repressiven Einschreiten gegen die Internationale scheint verpaßt zu sein; Sparkassen mit Altersversorgungsanspruch könnten ein Mittel gegen Streiks sein; Bismarck will Arbeitersparkassen fördern und erwägt auch Repressivmaßnahmen, will dabei aber nicht dilettantisch vorgehen]
- 03.07.1872 Urteil des Appellationsgerichts in Naumburg an der Saale Abt. I, Bd.5, Nr.70  
[Unterlassene Anmeldung zu einer ortsstatutarischen Krankenkasse ist im Fall anderweitiger Versicherung der Arbeiter straffrei; die Mitgliedschaft in der Unterstützungskasse des Gewerkevereins für deutsche Tischler befreit von der Pflicht zur Mitgliedschaft in einer ortsstatutarischen bzw. staatlich genehmigten Krankenunterstützungskasse; historische Auslegung des § 141 der Gewerbeordnung unter Rückgriff auf die Ausführungen von Hermann Schulze-Delitzsch im Reichstag]
- 04.07.1872 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.104  
[Der Bergarbeiterstreik flaut langsam ab; Verurteilungen nach § 153 Gewerbeordnung sind erfolgt; der streikbedingte Rückgang der Kohlenförderung hat zu Preissteigerungen geführt; die fiskalische Bergverwaltung im Saargebiet hilft mit Kohlelieferungen „zur Disposition“ der Düsseldorfer Regierung]
- 04.07.1872 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.53  
[Knapp soll behilflich sein, Adolph Wagner bei der Vorbesprechung in Halle (Saale) „untenzuhalten“]
- 07.07.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.54  
[Skizze eines möglichen Vorgehens, zu ergreifende Mittel (Enqueten, Kongresse)]
- 09.07.1872 Rede des Vorsitzenden Dr. Friedrich Hammacher auf der Generalversammlung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund Abt. I, Bd.4, Nr.105  
[Die Ursachen des Streiks werden in den besonderen lokalen Verhältnissen des Essen-Oberhausener Bezirks gesehen]

- 11.07.1872 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.4, Nr.106  
[Die Gewerbeberichte sind Behörden, von daher können die landesrechtlichen Vorschriften über Schiedsgerichte, die auf der Autonomie der streitenden Parteien bzw. deren freiwilliger Anerkennung eines Schiedsspruchs beruhen, nicht angewendet werden]
- 13.07.1872 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.112  
[Es wird empfohlen, den Termin für die preußisch-österreichische Konferenz auf Anfang Oktober festzusetzen]
- 15.07.1872 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.55  
[Rückblick auf die Vorbesprechung in Halle (Saale), die – wider Erwarten – erfolgreich war]
- 15.07.1872 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Wilhelm Roscher Abt. I, Bd.8, Nr.56  
[Bericht über den Verlauf der Vorbesprechung in Halle (Saale); Roscher hat die Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage vorgeschlagen]
- 16.07.1872 Schreiben des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Hermann von Thile an den preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.113  
[Die österreich-ungarischen Kommissare sind benannt, Wilhelm I. drängt auf das Zustandekommen der Konferenz]
- 16.07.1872 Schreiben des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Hermann von Thile an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.114  
[Die Vorarbeiten für die preußisch-österreichische Konferenz sollen beschleunigt werden]
- 18.07.1872 Bericht des Oberbürgermeisters der Stadt Barmen August Bredt an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.34  
[Unter Hinweis auf die englische Gesetzgebung und Ausführungen über „Das Kapital“ von Karl Marx spricht sich Bredt in Abgrenzung zu einem Gutachten der Handelskammer Barmen für eine gesetzliche Regelung der Frauenarbeit in Fabriken aus]
- 20.07.1872 Vermerk des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für den Geheimen Oberregierungsrat Dr. Rudolf Jacobi Abt. I, Bd.1, Nr.115  
[Itzenplitz sieht sich und Jacobi für die preußisch-österreichische Konferenz gerüstet]
- 21.07.1872 Neuer Social-Demokrat Nr. 83. [Wilhelm Hasselmann:] Die Kathedersozialisten Abt. I, Bd.8, Nr.57  
Druck  
[Kritik an der Meinung der Kathedersozialisten, das sog. eherne Lohngesetz sei aufhebbar]
- 22.07.1872 Bericht des Geheimen Oberregierungsrates Dr. Rudolf Jacobi für den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.116  
[Im Hinblick auf die preußisch-österreichische Konferenz ist vorerst nichts weiter zu veranlassen, diese ist auf Anfang Oktober „vertagt“, und Wilhelm I. soll entsprechend informiert werden]
23. u. 24.07.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schönberg Abt. I, Bd.8, Nr.58  
[Bedauern über die gescheiterte Berufung Schönbergs nach Straßburg; Verbitterung über das taktlose Vorgehen seiner Kollegen in Halle (Saale), die ihn vom neuen Komitee fernhielten]
- 27.07.1872 Brief des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.59  
[Mitteilungen über den Statistikerkongreß in St. Petersburg; Bericht über Zusagen eingeladener Teilnehmer zur Eisenacher Versammlung; Wagner „schmollt“]
- 30.07.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.60  
[Vorschläge zur Einladung und über Einzuladende zur Eisenacher Versammlung 1872]
- 31.07.1872 Gemeinsamer Erlaß des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz, des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg und des preußischen Kultusministers Dr. Adalbert Falk an den Berliner Polizeihauptmann Willibald Wolf von Wolffsburg Abt. I, Bd.3, Nr.35  
[Auftrag zur außerordentlichen Revision von Fabriken in Berlin sowie in den Provinzen Schlesien, Brandenburg und Sachsen]

- 03.08.1872 Brief des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.61  
[Mitteilungen über den Statistikkongreß in St. Petersburg, Aufstellung der Liste der Einladungsunterzeichner und Einzuladenden zur Eisenacher Versammlung; Ausführungen zu gemeinnützigem Wohnungsbau]
- 04.08.1872 Brief des Professors Dr. Adolf Held an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.62  
[Planungen zur Aufstellung der Liste der Einladungsunterzeichner zur Eisenacher Versammlung; das Material der preußisch-österreichischen Konferenz zur sozialen Frage könnte interessant sein]
- 04.08.1872 Brief des Professors Dr. Wilhelm Roscher an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.63  
[Bereitschaft zur Unterzeichnung der Einladung zur Eisenacher Versammlung, für die Roscher noch weitere Männer aus Sachsen vorschlägt – durchweg Regierungsbeamte]
- 08.08.1872 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.36  
[Eine gesetzliche Regelung der Frauenarbeit in Fabriken ist nicht notwendig]
- 08.08.1872 Brief des Rittergutsbesitzers Friedrich von Wedell-Malchow an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.64  
[Zusage zur Teilnahme an der Eisenacher Versammlung, Zustimmung zu den Programmpunkten der Einladung]
- 08.08.1872 Verzeichnis der Einzuladenden zur Eisenacher Versammlung von 1872 Abt. I, Bd.8, Nr.65  
[Zusammenstellung von Namen prominenter Gelehrter (Staatswissenschaftler), Redakteure, Parlamentarier und Beamter sowie von Männern aus dem „praktischen Leben“]
- 12.08.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.66  
[Wagner kritisiert unkollegiales Vorgehen bei der Vorzusammenkunft in Halle (Saale) bzw. seine „klammheimliche“ Ausbootung]
- 14.08.1872 Einladung zur Eisenacher Versammlung von 1872 Abt. I, Bd.8, Nr.67  
[Informationen über die Intentionen und das Programm der Eisenacher Versammlung]
- 15.08.1872 Rundbrief der Mitglieder des provisorischen Komitees an die Unterzeichner der Einladung zur Besprechung der sozialen Frage in Eisenach am 6. und 7. Oktober 1872 Abt. I, Bd.8, Nr.68  
[Hoffnung auf eine breite Beteiligung gesinnungsverwandter Politiker, Nationalökonomien und Redakteure]
- 19.08.1872 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.37  
[Befürwortung einer schrittweisen Einführung weitgehender gesetzlicher Maßnahmen zum Schutz der Frauenarbeit in Fabriken: Verbot der Nachtarbeit; drastische Verkürzung der Arbeitszeit; Verbot der Arbeit von Mädchen unter 16 Jahren in Fabriken]
- 19.08.1872 Brief des Schriftstellers Dr. Ludwig Bamberger an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.69  
[Begründung der Nichtteilnahme an der Eisenacher Versammlung; die deutsche Gewerkschaftsbewegung dient politischen Zwecken]
- 20.08.1872 Brief des Bankdirektors Johannes Miquel an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.70  
[Sympathie mit den Intentionen der „Kathedersozialisten“, aber Ablehnung der Einladungsunterzeichnung und der Teilnahme an der Eisenacher Versammlung]
- 22.08.1872 Brief des Rechtsanwalts Dr. Eduard Lasker an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.71  
[Zusage zur Teilnahme an der Eisenacher Versammlung, Ablehnung, die Einladung mitzuunterzeichnen]
- 24.08.1872 Bericht des Polizeileutnants Viktor Denzel an den Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai Abt. I, Bd.4, Nr.107  
[In der ehemaligen Pflugschen Maschinenfabrik hat ein Streik begonnen]
- 25.08.1872 Bericht der Regierung Aachen an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.38  
[Mit Ausnahme des Verbots der Nachtarbeit hält die Regierung eine gesetzliche Regelung der Frauenarbeit in Fabriken nicht für notwendig]

- 27.08.1872 Protokoll des 13. Kongresses Deutscher Volkswirte in Danzig Abt. I, Bd.5, Nr.71  
 [Debatte über die Regelungen des Hilfskassenwesens; anhand von Statistiken wird ausgeführt, daß die Zwangskassen für Arbeiter den intendierten Zweck verfehlen, die kommunale Armenlast zu mindern]
- 28.08.1872 Bericht des Berliner Polizeihauptmanns Willibald Wolf von Wolffsburg an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.39  
 [Eine außerordentliche Revision der Berliner Fabriken zeigt, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung zum Schutz von Kindern und jugendlichen Arbeitern vielfach nicht beachtet werden]
- 29.08.1872 Bericht des Danziger Polizeipräsidenten Friedrich Wilhelm von Clausewitz an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.4, Nr.108  
 [Bericht über den Streik der Danziger Werftarbeiter: Die Arbeitseinstellungen verlaufen ohne Ausschreitungen]
- 30.08.1872 Volks-Zeitung Nr. 202 Abt. I, Bd.4, Nr.109  
 [Aussperrung in der ehemaligen Pflugschen Maschinenfabrik: Die Arbeiter rufen zu Solidaritätsspenden auf, die Metallindustriellen gründen einen Arbeitgeberverein]
- 04.09.1872 Verordnung des sächsischen Ministers des Innern Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. I, Bd.3, Nr.40  
 [Im Königreich Sachsen wird die Fabrikinspektion mit der Dampfkesselinspektion verbunden. Hierfür werden vier hauptamtliche Inspektoren eingestellt]
- 04.09.1872 Aufruf des Komitees der Arbeiter der ehemaligen Pflugschen Maschinenfabrik an die Arbeiter Deutschlands Abt. I, Bd.4, Nr.110  
 [Darstellung der Beweggründe zum Streik; die Lohnforderungen der Arbeiter sind bei Halbierung der Dividende erfüllbar]
- 10.09.1872 Schreiben des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Hermann von Thile an den Legationsrat Lothar Bucher Abt. I, Bd.1, Nr.117  
 [Die österreichisch-ungarische Regierung drängt auf ein durchgreifendes Vorgehen gegen die Internationale und zweifelt an einer entsprechenden Bereitschaft Preußens]
- 11.09.1872 Runderlaß des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an die Regierungen, Landdrosteien und den Polizeipräsidenten von Berlin Abt. I, Bd.4, Nr.111  
 [Die Behörden sind verpflichtet, „jedem Mißbrauch des Koalitionsrechts energisch entgegenzutreten“, insbesondere durch „schleunige und energische Handhabung der strafrechtlichen Repressionsmittel“]
- 14.09.1872 Die Gegenwart. Wochenschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben Nr. 34. H[einrich] B[ernhard] Oppenheim: Über volkswirtschaftliche Kongresse Abt. I, Bd.8, Nr.72  
 [Ironische und von Erfahrung geprägte Polemik mit den Kathedersozialisten]
- 15.09.1872 Jahresbericht 1871 der Handels- und Gewerbekammer Plauen Abt. I, Bd.3, Nr.41  
 [Die Handels- und Gewerbekammer stellt eine weitgehende Nichtbeachtung der Schutzvorschriften für Kinder und Jugendliche in Fabriken fest und fordert Lockerungen von Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung]
14. u. 15.09.1872 Weser-Zeitung Nr. 9205 [und Nr. 9206]. Die „herrschende Richtung“ in der deutschen Nationalökonomie Abt. I, Bd.8, Nr.73  
 [Die tatsächlichen Unterschiede zwischen der klassischen Nationalökonomie und der jüngeren Schule der Kathedersozialisten sind eher gering, die Differenzen sind agitatorisch übertrieben]
- 16.09.1872 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.4, Nr.112  
 [Die Vereinsgesetzgebung soll Sache des Reichskanzleramts unter Mitarbeit aller Ministerien werden; bei Lohnstreiks auf Staatsbetrieben soll sich eine Einigung an die Abschlüsse der Privatbetriebe anlehnen]
- 20.09.1872 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Lujo Brentano Abt. I, Bd.8, Nr.74  
 [Überlegungen zum Ablauf und Inhalt der Eisenacher Versammlung; Bericht über eingegangene Antwortschreiben Eingeladener]
- 22.09.1872 Brief des Anwalts des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine Dr. Max Hirsch an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.75  
 [Nennung von Delegierten des Verbandes der Deutschen Gewerkvereine für die Eisenacher Versammlung]

- 22.09.1872 Brief des Rates bei der Regierung Stettin Rudolf Friedrichs an den Regierungsrat im preußischen Handelsministerium Theodor Lohmann Abt. I, Bd.3, Nr.42  
[Die bisherige Unzulänglichkeit der Fabrikrevisionen zeigt die Notwendigkeit sachverständiger Fabrikinspektoren]
- 23.09.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.76  
[Bericht über das geplante Vorgehen; Verhältnis von Referaten zu Resolutionen auf der Eisenacher Versammlung]
- 24.09.1872 Brief des Professors Dr. Adolf Held an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.77  
[Vorbereitung der Eisenacher Besprechung, Personalia]
- 25.09.1872 Brief des Professors Dr. Adolph Wagner an den Professor Dr. Gustav Schönberg Abt. I, Bd.8, Nr.78  
[Mitteilungen über den Stand der Vorbereitungen für die Eisenacher Versammlung]
- 26.09.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.79  
[Referatsvorbereitungen, Überlegungen zur Wahl des Begrüßungsredners auf der Eisenacher Versammlung]
- 03.10.1872 Brief des Anwalts der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Hermann Schulze-Delitzsch an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.80  
[Schroffe Absage gegenüber der Einladung: Zweifel am Erfolg der Eisenacher Versammlung, Kritik an der Zusammensetzung der Teilnehmer]
- 06.10.1872 National-Zeitung Nr. 468 Abt. I, Bd.8, Nr.81  
[Rückblick auf Gründungsmotive und Entwicklung der Eisenacher Versammlung, Beurteilung der gegnerischen Kritik]
- 06.10.1872 Professor Dr. Gustav Schmoller: Eröffnungsrede zur Eisenacher Versammlung zur Besprechung der sozialen Frage Abt. I, Bd.8, Nr.82  
[Vermittelnde Ausführungen zu stärkerem Einfluß von Öffentlichkeit und Staat auf die wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere die Arbeitsbedingungen durch Fabrikgesetzgebung usw.; Grund und Ziel der Reformen der Gegenwart ist es, „die unteren Klassen so weit zu heben, zu bilden, zu versöhnen, daß sie in Harmonie und Frieden sich in den Organismus der Gesellschaft und des Staats einfügen“]
- 06.10.1872 Referat des Professors Dr. Lujo Brentano auf der Gründungsversammlung des Vereins für Sozialpolitik Abt. I, Bd.3, Nr.43  
[Brentano fordert sowohl Lockerungen wie Verschärfungen verschiedener Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung]
- 06.10.1872 Beschlußantrag des Professors Dr. Gustav Schmoller auf der Gründungsversammlung des Vereins für Sozialpolitik Abt. I, Bd.4, Nr.113  
[Sozialreformerische Grundsatzklärung zu Arbeitseinstellungen und Gewerkvereinen: Die Bedeutung der Koalitionsfreiheit und des schiedsgerichtlichen Verfahrens für die Verbesserung der Lage der Arbeiter]
- 08.10.1872 [Augsburger] Allgemeine Zeitung Nr. 282, Beilage. Ludwig Bamberger: Zeitströmungen in der Wirtschaftslehre Abt. I, Bd.8, Nr.83  
[Ironisch-polemische Auseinandersetzung mit den Kathedersozialisten]
- 10.10.1872 Strafantrag der Arbeiter der ehemaligen Pflugschen Maschinenfabrik gegen den Fabrikantenbund Abt. I, Bd.4, Nr.114  
[Streikende Arbeiter erstatten Strafantrag gegen die Koalitionsabsprachen der Berliner Fabrikanten]
- 12.10.1872 Bericht des Berliner Polizeihauptmanns Willibald Wolf von Wolffsburg an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.44  
[Eine außerordentliche Revision von Fabriken in Schlesien, Brandenburg und Sachsen zeigt, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Fabrikarbeit von Kindern und Jugendlichen grob mißachtet werden]
- 12.10.1872 Bescheid des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an die Tuchmachergesellen Wilhelm Rohde und Adolph Pilz in Forst i. d. Lausitz Abt. I, Bd.5, Nr.72  
[Der Handelsminister hält – trotz anderer Gerichtsentscheidungen – an seiner Auslegung des § 141 Abs. 2 der Gewerbeordnung fest, wonach als frei zu wählende „Ersatzkasse“ nur eine legale bzw. konzessionierte Krankenkasse angesehen werden kann]

- 12.10.1872 Der Volksstaat Nr. 82 Abt. I, Bd.8, Nr.84  
[Polemik gegenüber den Kathedersozialisten, die „Bücherwürmer“ sind]
- 13.10.1872 Kladderadatsch Nr. 47. Die Katheder-Sozialisten Abt. I, Bd.8, Nr.85  
[Satire auf professorale Weltbeglückungstheoretiker]
- 14.10.1872 National-Zeitung Nr. 481 Abt. I, Bd.8, Nr.86  
[Zu den Stammvätern des Kathedersozialismus]
- 15.10.1872 National-Zeitung Nr. 483 Abt. I, Bd.8, Nr.87  
[Die Diskussion der Eisenacher Versammlung in der Öffentlichkeit]
- 15.10.1872 Hamburgischer Correspondent Nr. 244 Abt. I, Bd.8, Nr.88  
[Pressespiegel zur Eisenacher Versammlung]
- 19.10.1872 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den preußischen Minister des Abt. I, Bd.5, Nr.73  
Innern Friedrich Graf zu Eulenburg und den Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz  
[Die Gewerkvereine bezwecken eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten. Angesichts der Agitation der Sozialdemokratie ist es aber nicht opportun, sie als politische Vereine zu behandeln. Die Konzessionierung ihrer Unterstützungskassen wird so gehandhabt werden, daß sie eine gemeingefährliche Tätigkeit nicht entwickeln können]
- 19.10.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Alfred Boretius Abt. I, Bd.8, Nr.89  
[Grundsätzliche Ausführungen über Vorstellungen zur Entwicklung des Verhältnisses zwischen höheren und niederen Klassen im Kontext des Kulturfortschrittes und mögliche Maßregeln positiver Neuordnung bzw. Sozialreform]
- 28.10.1872 Schreiben der preußischen Regierung Düsseldorf an den badischen Handelsminister Ludwig Abt. I, Bd.3, Nr.45  
Turban  
[Anfrage über badische Fabrikinspektion aufgrund eines Redebeitrags auf der Gründungskonferenz des Vereins für Sozialpolitik]
02. u. 09.11. 1872 Die Gegenwart. Wochenschrift für Literatur, Kunst und öffentliches Leben Nr. 41 [und Abt. I, Bd.8, Nr.90  
Nr. 42]. H[einrich] B[ernhard] Oppenheim: Blumenlese auf der Eisenacher Social-Konferenz  
[Kritische Auseinandersetzung mit dem Referat Gustav Schmollers, wohlwollende mit dem Rudolf Gneists auf der Eisenacher Versammlung]
- 06.11.1872 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Alfred Boretius Abt. I, Bd.8, Nr.91  
[Die Vorwürfe an der Eisenacher Versammlung hinsichtlich eines Mangels breiterer Konsenssuche, arbeitgeberfeindlicher Referatsinhalte und einseitiger Zugrundelegung englischer Verhältnisse sind ungerechtfertigt]
06. u. 09.11. 1872 Volksstaat Nr. 89 und Nr. 90 Abt. I, Bd.4, Nr.115  
[Schiedsgerichte und Einigungsämter können bei persönlichen Auseinandersetzungen nützlich sein, nicht aber beim ökonomischen Kampf zwischen Arbeit und Kapital]
- 07., 08., 14., 16., 18. u. 21.11.1872 Protokoll der preußisch-österreichischen Konferenz über die soziale Frage Abt. I, Bd.1, Nr.118  
[Die Beratungen der Konferenz über Arbeiterbildung, Genossenschaften, Gewerkvereine, Schiedsgerichte, Einigungsämter, Kranken- und Altersversorgungskassen verdeutlichen die unterschiedlichen Standpunkte konservativer und liberaler Regierungsvertreter und informieren über die in Preußen und Österreich damit gemachten Erfahrungen] Abt. I, Bd.4, Nr.117  
Abt. I, Bd.5, Nr.75
- 08.11.1872 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.4, Nr.116  
[Plädoyer für gesetzliche Maßnahmen gegen die zunehmenden Arbeitseinstellungen ohne Kündigungsfrist („Kontraktbruch“); vorgeschlagen werden: Zulassung der Lohnbeschlagnahme bei Arbeitern und Schaffung eines Straftatbestandes „Einstellung von kontraktbrüchigen Arbeitern“ im Hinblick auf die Arbeitgeber]
- 11.11.1872 Antrag des Oberbürgermeisters der Stadt Koblenz Karl Lottner an die Regierung Koblenz Abt. I, Bd.5, Nr.74  
[Antrag auf Genehmigung von Beitragserhöhung und Ausschluß der freien Arztwahl angesichts ungünstiger Kassenentwicklung]
- 23.11.1872 Entwurf eines Schreibens des Präsidenten des Reichskanzleramtes Rudolf Delbrück an das Abt. I, Bd.1, Nr.119  
Kaiserliche Statistische Amt  
[Delbrück hält es nicht für angezeigt, ein Reichsarbeitsamt zu errichten, wohl aber hält er eine Arbeiterstatistik für sinnvoll]

- 29.11.1872 Neuer Social-Demokrat Nr. 139. Ungesetzliche Ausbeutung Abt. I, Bd.3, Nr.46  
[Stellung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins zum Arbeiterschutz mit Bericht von Arbeitern aus Iserlohn über eine Revision des Fabrikinspektors für den Regierungsbezirk Arnberg Gustav Nitschke]
- 30.11.1872 Eingabe des Hörder Bergwerks- und Hüttenvereins an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.3, Nr.47  
[Das Verbot der Nacharbeit jugendlicher Arbeiter soll aufgehoben werden]
- 10.12.1872 Statut des Oberschlesischen Knappschaftsvereins Abt. I, Bd.6, Anh.B Nr.5  
[Einrichtungen, Leistungen und Verwaltung des Vereins]
- 01.12.1872 Brief des Unternehmers Dr. Werner Siemens an die Firma Siemens Brothers in London Abt. I, Bd.6, Nr.15  
[Die Pensionskasse soll zur Lösung und Entschärfung der sozialen Frage beitragen, im wesentlichen dient sie aber der betrieblichen Bindung und Disziplinierung der Arbeiter im Interesse der Schaffung eines festen Arbeiterstamms]
- 06.12.1872 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.92  
[Vorschläge zur Ausrichtung, Sinn und Zweck des nächsten Kongresses der sog. Kathedersozialisten]
- 08.12.1872 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.93  
[Überlegungen zur Organisation, Terminierung und inhaltlichen Gestaltung des zweiten Kongresses der sogenannten Kathedersozialisten]
- 09.12.1872 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Rudolf Delbrück an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.4, Nr.118  
[Ablehnung der Bestrafung von Arbeitgebern; Befürwortung von Lohnbeschlagnahme im Fall von Kontraktbruch; Errichtung von einheitlich organisierten Schiedsgerichten bzw. Einigungsämtern nebst Verfahrensvorschriften gemäß § 108 Gewerbeordnung ist anzustreben]
- 15.12.1872 Promemoria über die preußisch-österreichische Konferenz zur sozialen Frage Abt. I, Bd.1, Nr.120  
[Die Konferenzberatungen zu Fragen der Arbeiterbildung, des Genossenschaftswesens, Freizügigkeit, Wohnungsnot, Aktienwesen, Kassenwesen, ländliche Arbeiter, Gewerkvereine, Arbeiterschutz, Arbeitsrecht sowie Vereins- und Versammlungswesen werden unter dem Gesichtspunkt einer Abwehr sozialistischer Bestrebungen in systematisierter Form und unter Hervorhebung konservativer Ansichten dargestellt]
- 17.12.1872 Schreiben des badischen Handelsministers Ludwig Turban an die preußische Regierung Abt. I, Bd.3, Nr.48  
Düsseldorf  
[Bericht über die badische Fabrikinspektion]
- 17.12.1872 Brief des Professors Dr. Adolf Held an den Professor Dr. Gustav Schönberg Abt. I, Bd.8, Nr.94  
[Der Plan einer „Deutschen Monatsschrift für soziale Politik“ im Verlag von Duncker & Humblot scheitert; Berliner Kooptationsvorschläge für den Eisenacher Ausschuß der Kathedersozialisten]
- 18.12.1872 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.95  
Die Kooptationsvorschläge der Berliner Ausschußmitglieder der Kathedersozialisten schaffen Ungleichgewicht zu Lasten der „älteren“ Ausschußmitglieder: Erwägung des Rückzugs aus der Ausschußarbeit]
- 21.12.1872 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.96  
[Reflexion über die geplanten Kooptationen des Ausschusses der Kathedersozialisten und eine eventuelle Redaktionsübernahme des „Arbeiterfreunds“ durch Viktor Böhmert]
- 23.12.1872 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.97  
[Skeptische Gedanken zur Zukunft der Kathedersozialisten]
- 25.12.1872 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.98  
[Abwiegende Haltung gegenüber der Skepsis Knapps, Ziele der aktiven Kathedersozialisten]

**1873**

- 02.01.1873 Denkschrift des Regierungsrates Theodor Lohmann für den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.3, Nr.49  
[Kritik des empirischen Gehalts der Berichte der Regierungen zur Frauenarbeit in Fabriken. Fabrikarbeit minderjähriger Frauen als zentrales Problem der Frauenarbeit. Vorschlag einer reichsweiten Enquete über Frauenarbeit in Fabriken. Ausbau der Aufgaben der Fabrikinspektoren im Hinblick Gefahrschutz und Prüfung der Fabrikkonzessionen, Subalternbeamte genügen dann nicht mehr]



- 03.01.1873 Hamburgischer Correspondent Nr. 3. Gustav Schmoller: Nochmals ein Wort über Manchester- und Kathedersozialismus Abt. I, Bd.8, Nr.99  
[Ausführungen über die Gegensätze der beiden volkswirtschaftlichen Richtungen]
- 06.01.1873 Bekanntmachung betreffend das Regulativ zur Ordnung des Geschäftsgangs bei dem Bundesamt für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.95  
[Regelung des Verfahrens vor dem Bundesamt für das Heimatwesen]
- 07.01.1873 Volks-Zeitung Nr. 5 Abt. I, Bd.8, Nr.100  
[Bericht über den Verlauf der Sitzung des Ausschusses der Eisenacher Versammlung vom 4.1.1873]
- 08.01.1873 Brief des Chefredakteurs des „Hamburgischen Correspondenten“ Julius von Eckardt an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.101  
[Rückblick auf die Personaldebatte in der Ausschußsitzung der Kathedersozialisten vom 4.1.1873]
- 09.01.1873 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Albrecht Graf von Roon an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.1, Nr.121  
[Auflistung der Punkte des Promemorias über die soziale Frage, die das Innenressort betreffen; Ersuchen um Rückäußerung]
- 18.01.1873 Statut der Krankenversicherungskasse der internationalen Metallarbeiterschaft mit Geschäftsordnung Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.6  
[Beispiel für eine Krankenkasse, die in enger (personeller) Verbindung mit den sozialdemokratischen („Eisenacher Richtung“) Gewerksgenossenschaften stand]
- 22.01.1873 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei dem Oberpräsidium in Stettin Rudolf Friedrichs Abt. I, Bd.1, Nr.122  
[Im Hinblick auf die Arbeiterfrage wird die Revision der Gewerbegesetzgebung diskutiert]
- 27.01.1873 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den deutschen Botschafter in Wien Hans-Lothar von Schweinitz Abt. I, Bd.1, Nr.123  
[Die Mobilisierung der katholischen Bevölkerung gegen den Kulturkampf wird mit der sozialistischen Agitation in Verbindung gebracht]
- 31.01.1873 Eingabe des bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstages an das Reichskanzleramt mit Entwurf eines Rundschreibens Abt. I, Bd.4, Nr.119  
[Über die industriellen Streiks soll eine systematische Erhebung veranstaltet werden, um daran „praktische Vorschläge für die Gesetzgebung und Verwaltung zu knüpfen“. Bitte um Förderung durch das Reichskanzleramt]
- 01.02.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.96  
[Unterstützungspflicht des Dienstortes; Bedingungen der Anwendbarkeit des § 29 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 01.02.1873 Brief des Professors Dr. Lujo Brentano an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.102  
[Über den Ausschuß, die Ausschußsitzung der Kathedersozialisten vom 4.1.1873, überwiegend theoretische Interessen bei Brentano selbst, die Nationalökonomie als (noch nicht) exakte Wissenschaft]
- 02.02.1873 Brief des Unterstaatssekretärs im preußischen Kultusministerium Dr. Heinrich Achenbach an seine Mutter Juliane Abt. I, Bd.1, Nr.124  
[Achenbach ist als Handelsminister im Gespräch]
- 03.02.1873 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Lujo Brentano Abt. I, Bd.8, Nr.103  
[Für Sozialreform sollte praktisch gerungen werden und damit in ein Speichenrad eingegriffen werden, das dem Abgrund entgegenrollt]
- 08.02.1873 Schreiben des Vorsitzenden der ständigen Deputation des Kongresses deutscher Volkswirte John Prince-Smith an den Professor Dr. Rudolf Gneist Abt. I, Bd.8, Nr.104  
[Einladungsschreiben zum Kongreß deutscher Volkswirte in Wien mit Tagesordnung]
- 15.02.1873 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Rudolf Delbrück an den bleibenden Ausschuß des Deutschen Handelstages Abt. I, Bd.4, Nr.120  
[Förderung der Streikenquete des Deutschen Handelstages wird zugesagt]

- 15.02.1873 Bescheid des Rates der Stadt Leipzig Abt. I, Bd.4, Nr.121  
[Verurteilung gemäß §§ 152 und 153 Gewerbeordnung wegen „Ehrverletzung“ und „Verrufserklärung“]
- 15.02.1873, Urteile des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.97  
17.02.1873 [Unterstützungspflicht des Dienstortes in Beziehung auf Gewerbegehilfen; § 29 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz]
- 17.02.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.98  
[Übernahmepflicht bzw. Überführungspflicht der Armenverbände; dauernde Hilfsbedürftigkeit; §§ 31, 32 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 19.02.1873 Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 15 Abt. I, Bd.4, Nr.122  
[Darstellung der Auseinandersetzungen zwischen Buchdruckergehilfen und Prinzipalen auf Verbands-ebene, die in Leipzig zu Streik und Aussperrung geführt haben; Forderung nach Anerkennung der Tarif-fähigkeit des Deutschen Buchdruckerverbandes]
- 23.02.1873 Volks-Zeitung Nr. 46 Abt. I, Bd.5, Nr.76  
[Tumultuarischer Verlauf der Generalversammlung der Berliner Maschinenbauerkrankenkasse, Anlaß ist die Kritik der sozialdemokratischen Mitglieder an der Kassenführung des Vorstands, dem nur liberale Arbeitnehmervertreter (Gewerkvereiner) angehören; Anfänge sozialdemokratischen Engagements in den öffentlichen (sozialpolitischen) Institutionen; Neuwahl sozialdemokratischer Verwaltungsmitglieder]
- 25.02.1873 Bericht des Verwaltungsrats der Berliner Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter Abt. I, Bd.5, Nr.77  
an den Magistrat der Stadt Berlin mit Anlagen  
[Jahresbericht und Protokoll der Generalversammlung der Maschinenbauerkrankenkasse]
- 09.03.1873 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Abt. I, Bd.1, Nr.125  
Ministerpräsidenten Albrecht Graf von Roon  
[Die Initiative in der sozialen Frage ist vor allem im Hinblick auf Fabrikgesetzgebung, Kassenwesen und Arbeitsverhältnis zu ergreifen, bei den übrigen von der Konferenz besprochenen Punkten besteht – wie im einzelnen ausgeführt wird – seitens des Handelsministeriums kein besonderer Handlungsbedarf]
- 12.03.1873 Votum des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für das preußische Abt. I, Bd.3, Nr.50  
Staatsministerium  
[Ausbau des Schutzes jugendlicher Arbeiter; Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf andere gewerbliche Betriebe und das Handwerk; Vorschlag einer Enquete über Frauenarbeit; Vorschläge zur Revision der Gewerbeordnung und zum Ausbau des Fabrikinspektorats]
- 12.03.1873 Votum des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für das Staatsmini- Abt. I, Bd.5, Nr.78  
sterium  
[Im Anschluß an die Vorschläge der preußisch-österreichischen Konferenz wird ein Gesetz befürwortet, das die freien Kassen bei Erfüllung adäquater Normativbedingungen anerkennt, damit dann aber zugleich ausschließt, daß die „für den weitaus größten Teil der Arbeiter für jetzt noch unentbehrliche Kassen“ mit Beitrittszwang untergraben werden]
- 16.03.1873 Volks-Zeitung Nr. 51 Abt. I, Bd.5, Nr.79  
[Ankündigung von „Massenprotesten“ gegen die Vorkommnisse bei der Generalversammlung der Berliner Maschinenbauerkrankenkasse]
- 17.03.1873 Schreiben des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den preußischen Abt. I, Bd.4, Nr.123  
Ministerpräsidenten Albrecht Graf von Roon  
[Maßnahmen zur Schlichtung der Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern; die Regelung des § 108 Gewerbeordnung ist reformbedürftig, da sie nicht berücksichtigt, daß Rechtsstreitigkeiten und Tarifstreitigkeiten wesensverschieden sind; die Rechtsstreitigkeiten – meist Bagatellsachen – sollen durch paritätisch besetzte Gewerbegerichte, hilfsweise durch ordentliche Gerichte entschieden werden, die Tarifstreitigkeiten durch Selbstverwaltungseinrichtungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer (Einigungs-ämter), für die aber in Deutschland die Zeit noch nicht reif ist; die bestehenden Strafbestimmungen im Hinblick auf Streiks sind – anders als die preußisch-österreichischen Kommissionsberatungen ergeben haben – weniger reformbedürftig, sie sollten aber effektiver gehandhabt werden; gegen Kontraktbruch soll nur zivilrechtlich vorgegangen werden; Vereinsbildung bei Arbeitern (und Arbeitgebern) ist durch gesetzliche Anerkennung (Rechtsfähigkeit) der Gewerkvereine zu fördern – die früher vertretene Ansicht in dieser Frage wird aufgegeben]
- 23.03.1873 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Prinzenenerzieher Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.1, Nr.126  
[In der Arbeiterfrage müssen neue Wege eingeschlagen werden, Dr. Heinrich Achenbachs Charakterfestigkeit gegenüber Bismarck wird angezweifelt]

- 24.03.1873 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg und den Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.5, Nr.80  
[Die Grundsätze des Ministeriums des Innern bei der Genehmigung von Kassenstatuten der Gewerkevereinskassen werden grundsätzlich beachtet, nicht aber „strenge“ bzw. mit Strafandrohung bewehrt]
- 24.03.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.97  
[Unterstützungspflicht des Dienstortes in Beziehung auf Gewerbegehilfen; § 29 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz]
- 25.03.1873 Germania Nr. 70. Auch ein sozialer Brief Abt. I, Bd.8, Nr.105  
[Das Problem auf sozialem Gebiet ist die Christianisierung der Gesellschaft. Die christlich-soziale Partei braucht kein Programm, wohl aber koordinierte Vereinsaktivitäten; die 1869 und 1871 erfolgten Ansätze dazu sind „eingeschlafen“ und müssen mindestens für das Rheinland und Westfalen wieder aktiviert werden]
- 29.03.1873 Brief des Professors Dr. Albert Schäffle an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.106  
[Sympathie mit den Bemühungen der Kathedersozialisten aus der Distanz; angesichts antisemitischer Stimmungen in der Bevölkerung ist der gegen die theoretische Ökonomie gerichtete praktische Kathedersozialismus ein Bedürfnis; insgesamt gibt Schäffle den Auseinandersetzungen zwischen „Kathedersozialisten“ und „Manchesterleuten“ eine ideologisch „tiefere“, letztere diskreditierende Dimension, ohne sich selbst öffentlich zu engagieren bzw. Partei zu ergreifen]
- 31.03.1873 Brief des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Dr. Heinrich Achenbach an seinen Bruder Adolf Abt. I, Bd.1, Nr.127  
[Achenbach ist als neuer Handelsminister vorgesehen]
- 07.04.1873 Eingabe des Verwaltungsrats der Berliner Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter an den Magistrat der Stadt Berlin Abt. I, Bd.5, Nr.81  
[Antrag, die neuen Verwaltungsmitglieder nicht zu bestätigen und zukünftige Wahlen nicht durch eine Generalversammlung, sondern durch Delegierte vorzunehmen]
- 09.04.1873 Votum des preußischen Finanzministers Otto Camphausen für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.51  
[Camphausen ist gegen Ausbau der Fabrikinspektion allein in Preußen. Die Fabrikinspektion soll vom Reich übernommen werden. Bis dahin soll in Preußen keine Änderung der Fabrikinspektion vorgenommen werden]
- 11.04.1873 Schreiben des preußischen Ministers der äußeren Angelegenheiten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Ministerpräsidenten Albrecht Graf von Roon Abt. I, Bd.1, Nr.128  
[Angesichts der konjunkturbedingten Arbeitskräfteknappheit sollen öffentliche Bauten zurückgestellt werden]
- 14.04.1873 Votum des preußischen Finanzministers Otto Camphausen für das Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.124  
[Weitgehende Zustimmung zu den in der zivilrechtlichen Sphäre gebliebenen Vorschlägen des Handelsministers, daneben aber „ohne Bedenken“ Befürwortung einer Grenzüberschreitung durch „strafrechtliche Verfolgung des zu frivolen Zwecken erfolgenden Kontraktbruchs“; Ablehnung eines Berufsvereinsrechts]
- 15.04.1873 Gesuch des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.129  
[Itzenplitz bittet, ihn von seinen Amtsgeschäften zu entbinden]
- 17.04.1873 Votum des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.125  
[Forderung nach Bestrafung des Kontraktbruchs entsprechend § 184 der preußischen Gewerbeordnung von 1845 und als „Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit“]
- 20.04.1873 Handschreiben Wilhelm I. an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.130  
[Für seinen Besuch bei Zar Alexander II wünscht Wilhelm I. Anregungen zur Bekämpfung der Internationale zu erhalten]
- 21.04.1873 Immediatbericht des preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.131  
[Die Beratungen über die soziale Frage sind durch den Rücktritt Hermann Wageners ins Stocken geraten, ein befähigter Nachfolger ist noch nicht gefunden]

- 21.04.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.99  
[Krankenhilfeverpflichtung des Dienstortes; Erstattungspflicht des Unterstützungswohnsitzverbandes; §§ 29, 30 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz]
- 22.04.1873 Votum des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.52  
Abt. I, Bd.4, Nr.126  
[Stellungnahme zur Abänderung und Ergänzung der Gewerbegesetzgebung: Delbrück stimmt den Vorschlägen des preußischen Handelsministers v. Itzenplitz vom 12.3.1873 nur teilweise zu und lehnt die Ausweitung der Schutzbestimmungen für Kinder und jugendliche Arbeiter auf nicht fabrikmäßiges Gewerbe und Handwerk ab; der Ausbau der Fabrikinspektion und die Durchführung einer Enquete zur Frauenarbeit in Fabriken wird befürwortet. Außerdem befürwortet Delbrück ein Gesetz zur Einführung gewerblicher Schiedsgerichte sowie einer Strafrechtsnovellierung mit dem Ziel, Hausfriedensbruch und Nötigung zu Offizialdelikten zu machen. Der zunehmenden Kontraktbrüchigkeit soll nicht nur – entsprechend dem Vorschlag des Handelsministers – zivilrechtlich begegnet werden, sondern auch – entsprechend dem Vorschlag des Finanzministers – strafrechtlich; Ablehnung eines regierungsseitigen Entgegenkommens gegenüber „den Bestrebungen der Gewerkvereine“]
- 25.04.1873 Votum des preußischen Handelsministers Heinrich Graf von Itzenplitz für das Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.127  
[Ablehnung einer Verschärfung des RStGB, Befürwortung einer Verschärfung des § 153 Gewerbeordnung; Strafbestimmungen gegen Arbeitsvertragsbruch entsprechen nicht den liberalen Prinzipien der Gewerbeordnung, gleichwohl Zustimmung zu einer Kontraktbruchnovelle, da die „Kontraktbrüchigkeit der Arbeiter einen gemeingefährlichen, die wichtigsten Interessen der bürgerlichen Gesellschaft gefährdenden Charakter angenommen hat“]
- 25.04.1873 Sitzungsprotokoll des Verwaltungsrats der Berliner Maschinenbauer-Kranken- und Sterbekasse Abt. I, Bd.5, Nr.82  
[Die Verwaltung der Maschinenbauer-Kranken- und Sterbekasse erhält eine Rechtsbelehrung im Hinblick auf das von ihr zukünftig gewünschte bzw. korrekte Verhalten]
- 29.04.1873 Brief des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Dr. Heinrich Achenbach an seine Mutter Juliane Abt. I, Bd.1, Nr.132  
[Dr. Heinrich Achenbach wird Handelsminister]
- 29.04.1873 Brief des Professors Dr. Gustav Schmoller an den Professor Dr. Georg Friedrich Knapp Abt. I, Bd.8, Nr.107  
[Planungen für die zweite Eisenacher Versammlung bzw. Vereinsgründung; zu Gneists und Meitzens Rolle]
- 30.04.1873 Antrag der Abgeordneten Hermann Schulze-Delitzsch und Dr. Theodor Wilhelm Lesse an den Reichstag Abt. I, Bd.5, Nr.83  
[Forderung nach einem Entwurf eines sog. Hilfskassengesetzes]
- 01.05.1873 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Albrecht Graf von Roon an den preußischen Handelsminister Heinrich Graf von Itzenplitz Abt. I, Bd.1, Nr.133  
Abt. I, Bd.4, Nr.128  
[Die Vorschläge des Handelsministers zur Arbeiterfrage bzw. Gewerbebotsreform sollen demnächst im Staatsministerium zur Beratung gestellt werden]
- 01.-05.05.1873 Bericht über die Verhandlungen für den Allgemeinen deutschen Buchdruckertarif Abt. I, Bd.4, Nr.129  
[Bericht über den Abschluß der Tarifverhandlungen; Errichtung von Einigungs- und Schiedsämtern]
- 02.05.1873 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.108  
[Nachrichten über Gelehrtenkollegen]
- 05.05.1873 Tarifvertrag für das Buchdruckergewerbe Abt. I, Bd.4, Nr.130  
[Anerkennung der Tarifpartner, „Alphabetrechnung“ als Grundlage des Tariflohnes, Zehnstundentag]
- 07.05.1873 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.109  
[Über Brentanos Aktivitäten; die Universität Leipzig hat Zustrom von „östlichen Zukunftsvölkern“]
- 08.05.1873 Einladung an die Mitglieder des ständigen Ausschusses für die Versammlungen zur Besprechung der sozialen Frage Abt. I, Bd.8, Nr.110  
[Planung einer Vereinsgründung]
- 11.05.1873 Statut der Arbeiter- und Beamtenpensions-, Witwen- und Waisenkasse von Siemens & Halske in Berlin Abt. I, Bd.6, Anh.B Nr.6  
[Bestimmungen über Begründung und Zweck der Kasse sowie Pensionszahlungen nach 3jähriger Dienstzeit (Altersrente ab 50. Lebensjahr) oder vorzeitiger Invalidität durch Unfall oder nach 10jähriger Dienstzeit]

- 13.05.1873 Bericht der Kommission über die Arbeiterfrage der Handels- und Gewerbekammer Dresden Abt. I, Bd.4, Nr.131  
[Vorschläge für eine Novellierung der Gewerbeordnung mit Arbeitsbüchern, Kontraktbruchbestrafung und Festsetzung einer Mindeststrafe für Koalitionszwang und Anstiftung dazu]
- 15.05.1873 Immediatbericht des preußischen Ministerpräsidenten Albrecht Graf von Roon an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.134  
[Bericht über geplante Maßnahmen zur Regelung der Arbeiterfrage im Anschluß an die Ergebnisse der preußisch-österreichischen Konferenz]
- 15.05.1873 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.53  
[Delbrück schlägt vor, eine vom preußischen Handelsministerium vorgeschlagene Enquete zur Frauenarbeit in Fabriken auf jugendliche Fabrikarbeiter auszudehnen]
- 15.05.1873 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.132  
[Gewerbestreitverfahren des VII. Titels sollen nicht mehr Sache der Gemeindebehörden, sondern staatlicher Gewerbegerichte sein: Der Staat kann Gewerbegerichte errichten, die von den administrativen Funktionen der Gemeinde getrennt sind. Gewerbestreitigkeiten sollen nicht durch ordentliche Gerichte, sondern durch besondere Gewerbegerichte entschieden werden, hilfsweise weiterhin durch Gemeindebehörden; die Bezirke der Gewerbegerichte werden durch die jeweiligen Zentralbehörden der Bundesstaaten festgelegt, sie sollen aus einem zum Richteramt befähigten Beamten bestehen; weitere Verfahrensregelungen; Bestrafung von Kontraktbruch; Zulassung der Lohnbeschlagnahme zum Schadensersatz und Verschärfung des Strafmaßes für Koalitionszwang von drei auf sechs Monate Haft]
- 19.05.1873 Bericht des sog. Büros der Generalversammlung der Generalkrankenkasse der Maschinenbau- und Metallarbeiter Berlins an den Magistrat der Stadt Berlin Abt. I, Bd.5, Nr.84  
[Bericht über Verlauf und Beschlüsse einer außerordentlichen Generalversammlung der Mitglieder der Maschinenbauer-Kranken- und Sterbekasse, die das (Informations-)Verhalten der Verwaltungsratsmitglieder als Machenschaften ablehnen; u.a. Antrag, Kommerzienrat Gustav Jüst aus der Kassenverwaltung zu entfernen]
- 23.05.1873 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Bezirksregierungen und Landdrosteien Abt. I, Bd.6, Nr.16  
[Auftrag zur Nachweisung gewerblicher Unterstützungskassen für Arbeitnehmer, insbesondere auch solcher, die zugleich oder ausschließlich der Invalidenunterstützung bzw. Altersversorgung dienen]
- 24.05.1873 Entwurf zum Aufruf zur Gründung eines Vereins für Verständigung über soziale Fragen Abt. I, Bd.8, Nr.111  
[Programmatik zugunsten staatlicher Fürsorge gegenüber sozialen Gefahren]
- 28./31.05.1873 Entwurf des Anwalts des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine Dr. Max Hirsch für einen Aufruf zur Gründung eines Vereins für gesellschaftliche Reformen Abt. I, Bd.8, Nr.112  
[Umgestaltung und Weiterentwicklung der Erwerbsgesellschaft durch Aufklärung und Förderung genossenschaftlicher Bildungen bei den Arbeitsmarktparteien, friedliche Reform als Ziel]
- 31.05.1873 Aufzeichnungen des Professors Dr. Rudolf Gneist Abt. I, Bd.8, Nr.113  
[Vorschläge zum Vereinsnamen mit den Abstimmungsergebnissen: Mehrheit von 9 Stimmen für „Verein für Sozialpolitik“]
- 00.06.1873 Tagesordnung für die Versammlung des Vereins für Sozialpolitik Abt. I, Bd.8, Nr.114  
[Plan eines Vereins für Sozialpolitik, Themen der Gutachten und Verhandlungen]
- 13.06.1873 Schreiben des Professors Dr. Rudolf Gneist an die Mitglieder des Ausschusses der Eisenacher Versammlung Abt. I, Bd.8, Nr.115  
[Bedenken Meitzens über einen Absatz des beschlossenen Aufrufs, Vorschlag zu einer „redaktionellen Abänderung“, Bitte um Zustimmung]
- 15.06.1873 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Prinzenenerzieher Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.4, Nr.133  
[Kritik an der inneren Politik des Reichs, insbesondere auch der starken Stellung Bismarcks sowie seiner eigenen Rolle bei der Kontraktbruchvorlage, abwartend-kritische Haltung gegenüber dem neuen Handelsminister Dr. Achenbach]
- 14.06.1873 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.116  
[Ablehnung, ein Referat in Eisenach zu halten bzw. Schmollers zu übernehmen]

- 18.06.1873 Sitzungprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.4, Nr.134  
[Die Gesetzesvorlage passiert den Bundesrat, lediglich im Hinblick auf Anfechtbarkeit der Entscheidungen der Gewerbegerichte, Lohnbeschlagnahme und Festsetzung des Strafmaßes bei Kontraktbruch werden mehr als redaktionelle Änderungen beschlossen]
- 18.06.1873 Brief des Anwalts der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Dr. Hermann Schulze-Delitzsch an den Professor Dr. Rudolf Gneist Abt. I, Bd.8, Nr.117  
[Ablehnung, den Aufruf zur Gründung eines Vereins für Sozialpolitik mitzuunterzeichnen]
- 20.06.1873 Urteil des Stadtgerichts in Königsberg i. Pr. Abt. I, Bd.5, Nr.85  
[Schlußtenor der Entscheidung: Die Königsberger Maurer- und Steinmetzgesellenkasse ist eine genehmigungspflichtige gewerbliche Hilfskasse]
- 21.06.1873 Der Gewerkverein Nr. 25 Abt. I, Bd.5, Nr.86  
[Beratung der liberalen Gewerkvereiner angesichts bevorstehender Neuwahlen bei der Maschinenbauer-Kranken- und Sterbekasse]
- 21.06.1873 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den preußischen Finanzminister Otto Camphausen Abt. I, Bd.3, Nr.54  
[Einstellung von Fabrikinspektoren für die Provinzen Schlesien und Sachsen aufgrund einer außerordentlichen Revision der dortigen Fabriken. Reisekosten und Gehalt der Fabrikinspektoren]
- 26.06.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.100  
[Unterstützungspflicht des Dienstortes; Gewerbegehilfen, Handlanger; § 29 des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz]
- 30.06.1873 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierungen, Landdrosteien und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. I, Bd.3, Nr.55  
[Informationen für eine befriedigendere Ausgestaltung des Arbeiterschutzes werden angefordert: erlassene Normativbedingungen für Gewerbe und Polizeiverordnungen, Jahresstatistiken der Arbeitsunfälle und Gewerbekrankheiten, bisherige Erfahrungen mit der Gewinnung qualifizierter bzw. sachverständiger Beamter bei der Durchführung der Gewerbeaufsicht]
- 05.07.1873 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.3, Nr.56  
[Der ehemalige Eisenbahningenieur Albert von Stülpnagel wird mit erweiterten Aufgaben als Fabrikinspektor für Berlin eingestellt]
- 05.07.1873 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.57  
[Antrag auf Durchführung einer Enquete zur Fabrikarbeit von Frauen und jugendlichen Arbeitern]
- 06.07.1873 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Oberpräsidenten Abt. I, Bd.6, Nr.17  
[Die Bezirksregierungen werden aufgefordert, anhand eines Fragenkatalogs detailliert zu Fragen der Pensions-, Altersversorgungs- und Invalidenkassen Stellung zu nehmen]
- 12.07.1873 Brief des Professors Dr. Georg Friedrich Knapp an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.118  
[Neumann soll das Schmoller zugeordnete Referat auf dem Kongress des Vereins für Sozialpolitik übernehmen; Kritik an Schönbergs Kompetenz und an Meitzens Verhalten; Quartanerweisheiten sollten von Gelehrten nicht geäußert werden]
- 14.07.1873 Brief des Geheimen Regierungsrats Dr. August Meitzen an den Professor Dr. Lujo Brentano Abt. I, Bd.8, Nr.119  
[Meitzen rechtfertigt sein Verhalten, das zur nachträglichen Abänderung des Aufrufs des Vereins für Sozialpolitik führte]
- 15.07.1873 Aufruf zur Gründung eines Vereins für Sozialpolitik Abt. I, Bd.8, Nr.120  
Die Erwerbsgesellschaft bedarf einer friedlichen Reform; staatliche Fürsorge muß gegenüber den Einzelinteressen vorrangig sein; ein „Verein für Sozialpolitik“ soll eine Grundlage zur Verständigung darüber zwischen verschiedenen Gruppen bilden]
- 15.07.1873 Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. II, Bd.6, Anh.B Nr.4  
[Bestimmungen über das Invalidengeld]
- 17.07.1873 Verfügung der Gewerbe-Deputation der Stadt Berlin an den Verwaltungsrat der Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter Abt. I, Bd.5, Nr.87  
[Aufgrund der erneut gescheiterten Neuwahl der Verwaltungsmitglieder bleiben die alten Mitglieder kommissarisch bis auf weiteres im Amt; Rüge der Verwaltung der Wertpapiere und Hypotheken]

- 30.07.1873 Brief des Regierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei dem Oberpräsidium in Stettin Abt. I, Bd.1, Nr.135  
Rudolf Friedrichs  
[Kritik an Dr. Heinrich Achenbach, Bericht über personelle Veränderungen in der Handelsabteilung]
- 31.07.1873 Denkschrift des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrates a.D. Hermann Wagener für den Abt. I, Bd.1, Nr.136  
Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck  
[Die arbeitenden Klassen müssen politisch und sozial gleichberechtigt werden, nur dann kann der „vierte Stand“ mit dem Staatsinteresse verbunden werden]
- 18.08.1873 Bericht des Fabrikinspektors Gustav Bielinski an die Regierung Aachen Abt. I, Bd.3, Nr.58  
[Antrag auf Einführung einer Uniform für Fabrikinspektoren zur besseren Durchführung des Dienstes. Bericht über tätliche Auseinandersetzungen mit Arbeitern und Bedrohung durch einen Fabrikbesitzer]
- 29.08.1873 Provinzialausschuß für die innere Mission in der Provinz Sachsen: Die Arbeiterfrage im Abt. I, Bd.8, Nr.121  
Lichte der inneren Mission  
[Die soziale Frage gefährdet die gesellschaftliche Ordnung]
- 31.08.1873 Kölnische Zeitung Nr. 241, Zweites Blatt. Versammlung des Vereins zur Wahrung der wirt- Abt. I, Bd.6, Nr.18  
schaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen  
[Die (liberalen) Mitglieder des Kreisvereins Hagen des sog. Langnamvereins lehnen eine gesetzliche Regelung des Pensionskassenwesens schroff ab; sie befürworten statt dessen eine Gesetzesinitiative gegen überhandnehmende Faulheit und Unbotmäßigkeit der Arbeiter]
- 05.09.1873 Neuer Social-Demokrat Nr. 102. Die Nimmersatten Abt. I, Bd.6, Nr.19  
[Kritik der Hagener Beschlüsse des Langnamvereins zu den Pensionskassen, die im übrigen für die Arbeiter unbedeutend sind gegenüber dem von Lassalle vorgeschlagenen Recht auf den vollen Arbeitsertrag und der Staatshilfe für Produktivassoziationen]
- 08.09.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.101  
[Umfang der Unterstützungspflicht der Armenverbände; § 1 des preußischen Ausführungsgesetzes]
- 17.09.1873 Neuer Social-Demokrat Nr. 107 Abt. I, Bd.5, Nr.88  
[Freispruch vom Vorwurf der Beleidigung im Hinblick auf eine Kritik des Verhaltens von Kassenbeamten auf der Generalversammlung Berliner Maschinenbauerkrankenkasse vom 20.2.1873]
- 26.09.1873 Concordia. Zeitschrift für die Arbeiterfrage Nr. 39. Zu den Rundfragen des preußischen Abt. I, Bd.6, Nr.20  
Handelsministeriums, Arbeiterpensionskassen betreffend  
[Positives Votum des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins für obligatorische Alterspensionskassen für alle gewerblichen Arbeiter]
- 02.10.1873 Brief des Geheimen Regierungsrats Dr. August Meitzen an den Professor Dr. Gustav Schmoller Abt. I, Bd.8, Nr.122  
[Meitzen resigniert und beabsichtigt, nicht an der Gründungsversammlung des Vereins für Sozialpolitik teilzunehmen]
- 09.10.1873 Bericht des Koblenzer Oberbürgermeisters Karl Lottner an die Regierung Koblenz Abt. I, Bd.6, Nr.21  
[Ein Bedürfnis nach Zwangspensionskassen, die leicht mißbraucht werden könnten und die voraussichtlich wenig leistungsfähig seien, ist nicht vorhanden; vielmehr solle das gewerbliche Unterstützungskassenwesen besser und unter staatlicher Beaufsichtigung geregelt werden]
- 09.10.1873 Erkenntnis des preußischen Obertribunals Abt. I, Bd.4, Nr.135  
[Bereits der Versuch, die Entschlüsse anderer zu Koalitionsabsprachen durch Ehrverletzung zu beeinflussen, ist nach § 153 Gewerbeordnung strafbar, und zwar auch dann, wenn es dabei noch nicht zu einem Einvernehmen über das einzusetzende Mittel – also einen evtl. Streik – gekommen ist]
- 10.10.1873 Gemeinsamer Erlaß des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg und Abt. I, Bd.3, Nr.59  
des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierung Aachen  
[Fabrikinspektoren sollen nicht staatliche Autorität demonstrieren, sondern Vertrauenspersonen sein; zur Ausübung ihres Dienstes bedürfen sie daher keiner Uniform]
- 12.10.1873 Eröffnungsansprache des Professors Dr. Rudolf Gneist zur ersten Sitzung des Vereins für Abt. I, Bd.8, Nr.123  
Sozialpolitik  
[Darstellung der Ausschußtätigkeit, Danksagungen an die Ausschußmitglieder und die Verfasser der Gutachten; Begründung erneuter Übernahme der Versammlungspräsidenschaft; weitere Personalien]

- 13.10.1873 Beschlüßantrag des Schriftstellers Dr. Max Hirsch auf der Jahresversammlung des Vereins für Sozialpolitik mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.136  
[Ein Reichsgesetz über Einigungsämter als notwendige Vorstufe für eine staatliche Anerkennung der Gewerkevereine bzw. Gewerkschaften, die (auch) als Ordnungsfaktor wirken sollen]
- 13.10.1873 Protokoll der dritten Sitzung des Vereins für Sozialpolitik Abt. I, Bd.8, Nr.124  
[Diskussion und Annahme der Vereinssatzung]
- 18.10.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.102  
[Krankenhilfeverpflichtung des Dienstortes: § 29 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 19.10.1873 Beschwerde des Mitglieds der Berliner Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter August Meyer an die Regierung Potsdam Abt. I, Bd.5, Nr.89  
[Darstellung und Kritik des Vorgehens der Verwaltung der Maschinenbauer-Kranken- und Sterbekasse und der Gewerbedeputation aus sozialdemokratischer Sicht]
- 24.10.1873 Bericht des Berliner Magistrats an die Regierung Potsdam Abt. I, Bd.6, Nr.22  
[Eine gesetzliche Regelung des Pensionskassenwesens für Arbeiter wird auf der Grundlage der Freiwilligkeit befürwortet; staatliche Normativbestimmungen zur Errichtung von Invalidenkassen dazu sind sinnvoll; abgelehnt wird das Vorbild der Knappschaftskassen]
- 00.11.1873 Eingabe der Arbeiterin Emilie Michael an den sächsischen König Abt. I, Bd.3, Nr.60  
[Die Arbeiterin lehnt Lockerungen der Arbeiterschutzbestimmungen ab]
- 20.11.1873 Bericht des Verwaltungsrats der Berliner Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter an den Magistrat der Stadt Berlin Abt. I, Bd.5, Nr.90  
[Gegendarstellung und Rechtfertigung der Verwaltung gegenüber der sozialdemokratischen Kritik]
- 26.11.1873 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.137  
[Vorschlag zur organisatorischen und qualifikatorisch-personellen Annäherung der Gewerbegerichte an die Judikative durch Abkoppelung von der kommunalen Selbstverwaltung (Gemeinden) einerseits und Anbindung an die ordentliche Gerichtsbarkeit andererseits; Bedenken gegen eine Verschärfung des § 153 Gewerbeordnung]
- 00.12.1873 Rundschreiben an die Mitglieder der Berliner Schneidergesellenkrankenkasse Abt. I, Bd.5, Nr.91  
[Aufruf zu „richtigem“ Wahlverhalten: Sozialdemokraten beabsichtigen, ihre Mitglieder in die Ämter der Schneidergesellenkrankenkasse wählen zu lassen]
- 01.12.1873 Eingabe des bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstages an das Reichskanzleramt Abt. I, Bd.4, Nr.138  
[Die „Ära der Streiks“ ist vorläufig beendet, die Schäden für die Industrie dauern aber fort, grundsätzliches Einverständnis mit der Regierungsvorlage zu Gewerbegerichten und Kontraktbruchbestrafung; einzelne Verbesserungsvorschläge und zusätzliche Begründungen „aus dem Kreise unserer Erfahrungen“]
- 01.12.1873 Mittheilungen für den Mittelrheinischen Fabrikanten-Verein Nr. 48. Die Generalversammlung des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ Abt. I, Bd.6, Nr.23  
[Die Frage der obligatorischen Invalidenkassen wird noch nicht für beschlußreif gehalten, eine Resolution daher nicht verabschiedet]
- 08.12.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.103  
[Erwerb des Unterstützungswohnsitzes; Nichtunterbrechung des Aufenthaltes durch vorübergehende Entfernung mit der Absicht, den Aufenthalt beizubehalten; §§ 13, 25 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 08.12.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.104  
[Erstattungspflicht der Landarmenverbände; Nachweis des Nichtvorhandenseins eines Unterstützungswohnsitzes; § 30 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 12.12.1873 Votum des Präsidenten des Reichskanzleramtes Rudolf Delbrück für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.139  
[Die Abänderungsvorschläge des Handelsministers zur organisatorischen Anbindung der Gewerbegerichte werden akzeptiert, die zum Entwurf der sog. Kontraktbruchnovelle hingegen überwiegend abgelehnt; es wird auf baldige Beschlußfassung des Staatsministeriums gedrängt]



- 13.12.1873 Wahlaufruf des Vorsitzenden des Deutschen Tabakarbeitervereins Friedrich Wilhelm Fritzsche mit Entwurf eines Arbeiterschutzesgesetzes Abt. I, Bd.3, Nr.61  
[Gesetzlicher Normalarbeitstag von 10 Stunden für erwachsene Männer und 8 Stunden für Frauen und jugendliche Arbeiter; Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 15 Jahren; Schutz bei der Verarbeitung giftiger Stoffe; Änderung des Haftpflichtgesetzes; Einstellung von Reichsarbeitsinspektoren]
- 13.12.1873 Verfügung des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den Fabrikinspektor Albert von Stülpnagel Abt. I, Bd.3, Nr.62  
[Dienstanweisung: Der Fabrikinspektor fungiert als Hilfsorgan der Polizeiverwaltung, er soll selbständig möglichst wenig Polizeiverfügungen und überhaupt keine Strafverfügungen erlassen. Jeder selbständige Schriftverkehr nach außen ist ihm untersagt]
- 13.12.1873 Bescheid des Magistrats der Stadt Berlin an das Mitglied der Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter August Meyer Abt. I, Bd.5, Nr.92  
[Die Beschwerdepunkte werden überwiegend zurückgewiesen, die Verwaltung hat im öffentlichen Interesse nach sachlichen Gesichtspunkten zu entscheiden]
- 15.12.1873 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.4, Nr.140  
[Verhandlungen von innenministeriell strittigen Punkten der Gewerbeordnungsnovelle, insbesondere der Bestrafung des Kontraktbruchs und der Verleitung dazu durch Arbeitgeber]
- 16.12.1873 Brief des Geheimen Regierungsrates Theodor Lohmann an den Prinzenenerzieher Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.4, Nr.141  
[Private Kritik an weisungsmäßig ausgearbeiteten Gesetzentwürfen ist als Artikelfolge für die „Deutschen Blätter“ ausgearbeitet]
- 22.12.1873 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.105  
[Hilfsbedürftigkeit im Sinne des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz; die Erstattungspflicht des Armenverbandes ist von dem Nachweis abhängig, daß die gewährten Leistungen im Interesse der Armenpflege notwendig waren; § 28 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]

## 1874

- 01.01.1874 Theodor Lohmann: Ein Wort über die Strafbestimmung gegen den Kontraktbruch Abt. I, Bd.4, Nr.142  
[Grundsätzliche Kritik an der Verwendung öffentlicher Strafgewalt zum Schutz von privatrechtlichen Ansprüchen und damit an der von ihm entworfenen sog. Kontraktbruchnovelle; Pflicht der Arbeitgeber zur sozialen Reform]
- 05.01.1874 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.106  
[Vorläufige Unterstützungspflicht des Ortsarmenverbandes, in dessen Bezirk die Hilfsbedürftigkeit hervortritt; Unzulässigkeit des „Abschiebens“; § 28 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 07.01.1874 Urteil des Appellationsgerichts in Naumburg a. d. Saale Abt. I, Bd.5, Nr.93  
[Abkehr von seiner bisherigen Rechtsprechung (3.7.1872) zu § 141 Abs. 2 GewO: Die Mitgliedschaft in einer sogenannten freien Gewerkvereinskasse, die nicht konzessioniert ist, befreit nicht von der Pflichtmitgliedschaft in einer ortsstatutarischen bzw. staatlich genehmigten Krankenunterstützungskasse]
- 19.01.1874 Schreiben des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.5, Nr.94  
[Darstellung der Entwicklung der strittigen Rechtsprechung zu § 141 GewO bzw. § 360 Nr. 9 RStGB; Hinweis auf politische Gesichtspunkte des bisherigen Vorgehens der Verwaltung, Bitte um mündliche Erörterung]
- 31.01.1874 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.63  
[Beschuß über die Durchführung einer Enquete über die Fabrikarbeit von Frauen und Minderjährigen]
- 31.01.1874 Eingabe der Handelskammer Mönchengladbach an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.64  
[Unter Hinweis auf die Verhältnisse in der Hausindustrie fordert die Handelskammer den Wegfall der Schutzbestimmungen für jugendliche Fabrikarbeiter]
- 31.01.1874 Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg Gustav Wilhelm von Jagow an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.6, Nr.24  
[Entschiedene Stellungnahme gegen Zwangskassen wie überhaupt gegen die Errichtung von Arbeiterpensions- oder Invalidenkassen durch den Staat]

- 00.02.1874 Ausarbeitung des Regierungsrats im preußischen Handelsministerium Theodor Lohmann Abt. I, Bd.5, Nr.95  
[Grundsätzliche Ausführungen über die Antinomien einer zweckmäßigen Regelung des Krankenkassenwesens, d. h. Absicherungsvorteile der Zwangskassen vs. Arbeiterbildungsvorteile der freien Kassen; Skizze einer gesetzlichen Regelung, die den (nur) subsidiären Charakter der Zwangskassen ausbaut bzw. je nach Kassentyp unterschiedliche Normativbedingungen formuliert]
- 01.02.1874 Theodor Lohmann: Bedenken zur Rechtspflege in gewerblichen Streitigkeiten Abt. I, Bd.4, Nr.143  
[Kritik an den Gewerbegerichten als gesonderte Gerichtsbarkeit: Gewerbestreitigkeiten gehören vor die ordentlichen Gerichte, Schiedsgerichtsregelungen müssen auf einer Initiative der Beteiligten, insbesondere der Arbeitgeber nicht einer des Staats beruhen, um funktionsfähig zu sein bzw. integrativ zu wirken – diese soziale Grundlage aber fehlt den geplanten Gewerbegerichten]
- 02.02.1874 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.104  
[Erstattungspflicht der Landarmenverbände; Nachweis des Nichtvorhandenseins eines Unterstützungswohnsitzes; § 30 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 02.02.1874 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.107  
[Hilfsbedürftigkeit i. S. des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz; die Erstattungspflicht des Armenverbandes ist von dem Nachweis abhängig, daß die gewährten Leistungen im Interesse der Armenpflege notwendig waren; § 28 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 04.02.1874 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den preußischen Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.5, Nr.96  
[Ablehnung des vom Innenministerium erwogenen schärferen Vorgehens gegen die freien Kassen und damit die Arbeiterbewegung überhaupt, Drängen auf eine gesetzliche Regelung des Krankenkassenwesens]
- 10.02.1874 Antrag des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Reichstag auf Beschlußnahme eines Gesetzes zur Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung Abt. I, Bd.4, Nr.144  
[Gewerbestreitigkeiten werden durch besondere Gewerbegerichte entschieden, hilfsweise weiterhin durch Gemeindebehörden (nicht durch die ordentlichen Gerichte); die Bezirke der Gewerbegerichte werden durch die jeweiligen Zentralbehörden der Bundesstaaten begrenzt; die Gerichte selbst sollen aus einem zum Richteramt befähigten Beamten und Beisitzern bestehen; Verbindung des Verfahrens in gewerblichen Streitigkeiten mit der ordentlichen Gerichtsbarkeit; auch für das Bergwesen können Gewerbegerichte errichtet werden, hier können auch Bergrevierbeamte zu Vorsitzenden bestellt werden; Angleichung der gesetzlichen Regelungen über Gewerbegehilfen, Gesellen im Handwerk und der über Fabrikarbeiter; Aufhebung des Verbots der Lohnbeschlagnahme bei Kontraktbruch, der außerdem strafbar ist]
- 16.02.1874 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.65  
[Stand der Gewerbeaufsicht; ortspolizeiliche Kontrolle der Fabriken ungenügend; der Ausbau der Fabrikinspektion mit für alle Fabrikationszweige zuständigen qualifizierten Fachkräften wird von der Mehrheit des Regierungskollegiums abgelehnt]
19. u. 20.02.1874 Sitzungsprotokoll des Reichstags Abt. I, Bd.4, Nr.145  
[Die Gewerbeordnungsnovelle ist – so der Abgeordnete Hasselmann – ein Ausnahmegesetz; sie wird – so der Abgeordnete Stumm – von der Großindustrie nicht gefordert, sie ist – so der Abgeordnete Lasker – dilettantisch und gefährdet Ausbau und Entwicklung einer geschlossenen bürgerlichen Rechtsordnung]
- 23.02.1874 Zusammenstellung des wesentlichsten Inhalts der von den Regierungen und Handelskammern über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung einiger Bestimmungen der Gewerbeordnung erstatteten Berichte Abt. I, Bd.4, Nr.146  
[Eine Abänderung bzw. Ergänzung des § 108 und Verschärfung des § 153 Gewerbeordnung ist erforderlich; der von der Regierungsvorlage eingeschlagene Weg wird weitgehend gebilligt, überwiegend wird auch die Bestrafung des Kontraktbruchs § 153 a Gewerbeordnung befürwortet, hier werden aber auch – teilweise entschieden – erhebliche Bedenken geäußert]
- 23.02.1874 Erlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierung Breslau Abt. I, Bd.5, Nr.97  
[Sog. freie Krankenkassen befreien von der Mitgliedschaft in einer sog. Zwangskasse nur, wenn sie staatlich genehmigt sind. Diesem Rechtsstandpunkt soll mit administrativen und strafrechtlichen Maßnahmen Geltung verschafft werden]
- 24.02.1874 Protokoll der zweiten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.147  
[Debatte über sachliche Zuständigkeit und Aufbau der Gewerbegerichte bzw. §§ 108-108 a des Gesetzesentwurfs]
- 26.02.1874 Protokoll der dritten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.148  
[Debatte zur sachlichen Zuständigkeit der Gewerbegerichte; Abänderungsanträge zu § 108 der Regierungsvorlage]

- 27.02.1874 Protokoll der vierten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.149  
[Fortsetzung der Debatte über die sachliche Zuständigkeit und Aufbau der Gewerbegerichte; Abänderungsanträge zu § 108 a der Regierungsvorlage]
- 28.02.1874 Protokoll der fünften Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.150  
[Debatte über eine Aufwandsentschädigung für Beisitzer und Wahlverfahren, Abänderungsanträge zu § 108 a – c; die bisherigen Erfahrungen sprechen nicht für ein erhebliches Interesse an Wahlen zu Gewerbegerichten]
- 10.03.1874 Protokoll der neunten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.151  
[Fortführung der Debatte über Aufwandsentschädigung für Beisitzer der Gewerbegerichte und deren Wahl; Abstimmung über Abänderungsanträge zu § 108 b und c]
- 10.03.1874 Eingabe der Delegiertenkonferenz der deutschen Gewerbe- und Handelskammern an den Reichstag Abt. I, Bd.4, Nr.152  
[Kritik an der vorgesehenen Verbindung des Gewerbegerichtsverfahrens mit dem der ordentlichen Gerichtsbarkeit; Zustimmung zu neuen Regelungen gegen Kontraktbruch; Forderung, die die Verhältnisse zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Lehrlingen betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung zu überprüfen]
- 17.03.1874 Bericht der VI. Kommission an den Reichstag Abt. I, Bd.4, Nr.153  
[Debatte über die Bestrafung des Kontraktbruchs bzw. § 153 a der Regierungsvorlage]
- 20.03.1874 Brief des Regierungsrats Theodor Lohmann an seine Familie Abt. I, Bd.6, Nr.25  
[Die Dringlichkeit der Ergreifung von Maßnahmen zur Lösung der sozialen Frage auch und gerade durch eine Alters- und Invaliditätsversicherung wird betont]
- 27.03.1874 Denkschrift des Landschaftsdirektors Albrecht Karl von Hagen für das preußische Landes-ökonomiekollegium Abt. I, Bd.7, Nr.108  
[Freizügigkeit und Zweijahresfristen beim Unterstützungswohnsitz widersprechen sich; eigene Prozeßerfahrungen; Unterstützungspflicht im Krankheitsfall]
- 01.04.1874 Bericht der Kommission über die Arbeiterverhältnisse der Handels- und Gewerbekammer Plauen Abt. I, Bd.4, Nr.154  
[Die Stellung zum Regierungsentwurf ist innerhalb der Kommission strittig; kaum ein Bedürfnis für Gewerbegerichte in Sachsen; Befürwortung der Lohnbeschlagnahme und der Bestrafung des Kontraktbruchs durch die Majorität; Auseinandersetzung mit in der Reichstagskommission vertretenen Ansichten]
- 03.04.1874 Volksstaat Nr. 39 Abt. I, Bd.4, Nr.155  
[Ablehnung der Gewerbeordnungsnovelle, insbesondere auch der Gewerbegerichte und der Bestrafung des Kontraktbruchs; Kritik des Abänderungsvertrages der interfraktionellen, sog. freien Kommission, Aufforderung zu Protestresolutionen]
- 03.04.1874 Der Gewerkverein Nr. 14. Bescheid des Handelsministers in bezug auf die freien Kassen Abt. I, Bd.5, Nr.98  
[Die freien Krankenkassen haben noch eine „Schonfrist“ bis zu einer eindeutigen gesetzlichen Regelung bzw. eindeutigen höchstrichterlichen Rechtsprechung]
- 06.04.1874 Brief des Geheimen Regierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei der Regierung Stettin Rudolf Friedrichs Abt. I, Bd.1, Nr.137  
Abt. I, Bd.4, Nr.156  
[Bericht über die Arbeit im Handelsministerium, insbesondere über Lohmanns Vorschläge und Vorstellungen, wie der Sozialdemokratie Einhalt geboten werden kann; die Gewerbeordnungsnovelle wird im Reichstag scheitern]
- 07.04.1874 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierungen, Landdrosteien und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. I, Bd.3, Nr.66  
[Zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sind einzelne Anordnungen, die im Hinblick auf eine konkrete Gefahr erlassen werden, in der Regel zweckmäßig, sie hindern den ökonomisch-technischen Fortschritt der gewerblichen Betriebe nicht. Als Anregung zu derartiger Prophylaxe wird ein Verzeichnis erlassener Polizeiverordnungen und Vorschläge zum Erlaß weiterer übersandt]
- 20.04.1874 Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Schulze-Delitzsch an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.5, Nr.99  
[Nachfrage nach dem ausstehenden Hilfskassengesetz, Wunsch nach Bestandsgarantie für die freien Kassen]

- 25.04.1874 Bescheid der Regierung von Mittelfranken an den Magistrat der Stadt Nürnberg Abt. I, Bd.5, Nr.100  
[Staatliche Anerkennung der Statuten einer freien Gewerkvereinskasse]
- 30.04.1874 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.67  
[Vorschlag, durch Änderung der Gewerbeordnung die Aufgaben der Fabrikinspektoren auf den Gefahrenschutz auszudehnen und ihre Dienststellung aufzuwerten]
- 30.04.1874 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.5, Nr.101  
[Dem Reichskanzleramt sind die Auseinandersetzungen um die kontroverse Auslegung des § 141 Abs. 2 GewO und § 360 Nr. 9 RStGB bislang entgangen, Bitte um baldige Information]
- 06.05.1874 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.5, Nr.102  
[Information über die Entwicklung der Rechtsprechung zum Kassenwahlrecht bei den gewerblichen Hilfskassen und die wohlereogene „Schonung“ der freien Kassen seitens der preußischen Staatsregierung, die gegenwärtig herrschende Tolerierung kann nicht durch Änderung der Verwaltungspraxis allein, sondern nur durch Gesetz geändert werden]
- 08.05.1874 Erlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierung Breslau Abt. I, Bd.5, Nr.103  
[Der Handelsminister hält an seinem Rechtsstandpunkt zu § 141 Abs. 2 GewO fest, empfiehlt den Behörden aber eine milde Praxis angesichts nun schon länger währender abweichender Verwaltungsübung; die Mitglieder der inzwischen bestehenden freien Kassen sollen nicht weiter behelligt werden]
- 30.05.1874 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.109  
[Erwerb des Unterstützungswohnsitzes; Unterbrechung des Aufenthaltes; §§ 13, 25 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 30.05.1874 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.110  
[Verlust des Unterstützungswohnsitzes durch zweijährige Abwesenheit. Die Frist läuft nicht während der Dauer der den hilfbedürftigen Angehörigen des Abwesenden gewährten öffentlichen Unterstützung; § 27 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 04.06.1874 Urteil des preußischen Obertribunals Abt. I, Bd.5, Nr.104  
[Keine neue Interpretation der materiellen Voraussetzungen des Kassenwahlrechts (§ 141 Abs. 2 GewO), nur Nebenaussage ohne Rechtskraft (obiter dictum) zugunsten „legaler“ Kassen; Abweisung der Beschwerde gegenüber verweigerter Freistellung von der Verpflichtung, einer lokalen Pflichtkasse beizutreten aus formalen Gründen: Die Tatsachen zum Sitz der gewählten freien (zentralen) Kasse sind nicht vollständig vorgebracht worden]
- 10.06.1874 Entwurf des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch zu einem Gesetz betreffend die gegenseitigen Hilfskassen Abt. I, Bd.5, Nr.105  
[Detaillierter Gesetzentwurf mit normativen Grundlagen für (gerichtlich) zu registrierende und als rechtsfähig anzuerkennende Hilfskassen]
- 02.06.1874 Statut der Kranken- und Unterstützungskasse für die Meister und Arbeiter der Firma Haniel & Lueg, Eisengießerei und Hammerwerk in Düsseldorf Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.7  
[Beispiel für eine Fabrikkasse, die als Sonderkasse („Ersatzkasse“ gegenüber der Metallarbeiterkasse, 9.10.1857) genehmigt war; 50 v. H. der Arbeitnehmerbeiträge werden vom Arbeitgeber zusätzlich gezahlt, Austritt aus der Firma beendet die Mitgliedschaft, Aufsicht der Kommunalbehörde, angeschlossen ist eine Unterstützungskasse für besondere Notfälle]
- 20.06.1874 Urteil des Bundesamtes für das Heimatwesen Abt. I, Bd.7, Nr.111  
[Erstattungspflicht der Landarmenverbände; Nachweis des Nichtvorhandenseins eines Unterstützungswohnsitzes; § 30 Reichsgesetz über den Unterstützungswohnsitz]
- 22.06.1874 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium mit Denkschrift Abt. I, Bd.5, Nr.106  
[Grundsätze für (Kommunal-)Bezirks-, Fabrik- und („gewerkschaftliche“) Vereinskassen, Funktionsbeschränkung auf Krankheit und Sterbefall. Die bisherigen ortsstatutarischen Zwangskassen müssen binnen zwei Jahren diesen Grundsätzen angepaßt bzw. entsprechend umgewandelt werden, Regelung des Kassenwahlrechts bzw. der Zulassungsvoraussetzungen der Vereinskassen als „Ersatzkassen“, Querverbindung zu den Reichstagskommissionsbeschlüssen über die Rechtsstellung der Berufsvereine bzw. Anerkennung der Gewerkschaften]

- 30.07.1874 Schreiben des Direktors im Reichskanzleramt Paul Eck an die Bundesregierungen mit zwei Gesetzentwürfen Abt. I, Bd.5, Nr.107  
Abt. I, Bd.6, Nr.26  
[Ankündigung und Begründung der Doppelgesetzgebung zu gewerblichen Hilfskassen für den Krankheits- und Sterbefall, Festsetzung gleicher Rahmen- bzw. Normativbestimmungen für deren Anerkennung, unabhängig vom Typ, d.h. ob sog. freie (vertragliche, d.h. gewerkschaftliche) oder zwangsweise (ortsstatutarische, d.h. Fabrik- und Gemeinde-) Hilfskasse; Aufhebung bzw. Befristung der Geltungsdauer der bisherigen ortsstatutarischen Kassenpflicht, Vorkehrungen gegen Ausnutzung zu gewerkschaftlichen Zwecken, Festsetzung einer Mindesthöhe der Unterstützungen, nicht der Beitragsrelation, Regelung des Kassenaustritts und insoweit des Kassenwahlrechts innerhalb anerkannter Hilfskassen; Grundlagen einer Kassenvereinigung zum Kassenverband. Ein unmittelbares Bedürfnis nach gesetzlicher Regelung der Altersversorgung und Invaliditätsversicherung sei nicht vorhanden, diese müßten vielmehr nach wie vor eingehend erörtert werden; dem Beitrittszwang zu derartigen Anstalten wird skeptisch begegnet]
- 30.07.1874 Verfügung des Oberpräsidenten der Provinz Schlesien Ferdinand Otto Freiherr von Nordenflicht an den Fabrikinspektor für die Provinz Schlesien Abt. I, Bd.3, Nr.68  
[Die Aufgaben des Fabrikinspektors werden auf die Konzessionsverfahren und den Gefahrenschutz in Fabriken ausgedehnt. Die Ziele sollen durch „gütliche Verhandlungen“ erreicht werden. Der Fabrikinspektor wird dem Oberpräsidenten unterstellt und zur engen Zusammenarbeit mit den Ortspolizeibehörden angehalten]
- 17.08.1874 Protokoll des 15. Kongresses Deutscher Volkswirte in Krefeld Abt. I, Bd.6, Nr.27  
[Kontroverse Diskussion der Pensionskassenfrage und des Versicherungszwangs für gewerbliche Arbeiter durch wirtschaftsliberale Praktiker]
- 31.08.1874 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium Abt. I, Bd.5, Nr.108  
[Die Gesetzentwürfe des Reichskanzleramts vom 30.7.1874 sind nicht geeignet, den angestrebten Zweck zu erreichen, sie tragen insbesondere auch der Problematik der freien Hilfskassen als Ersatzkassen nicht ausreichend Rechnung, bieten keine Gewähr gegenüber Mißbrauch zu kassenfremden Zwecken; Plädoyer für eine Berücksichtigung der eigenen Gesetzesvorschläge vom 22.6.1874]
- 04.09.1874 Schreiben des Vorstands des mecklenburg-schwerinschen Ministeriums des Auswärtigen Henning Graf von Bassewitz an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.5, Nr.109  
[Kritik der vorgelegten Gesetzentwürfe (30.7.1874) unter dem Gesichtspunkt schwieriger Handhabbarkeit; es wird vorgeschlagen, stärker an den Regierungsentwurf von 1869 anzuknüpfen]
- 10.09.1874 Sitzungsprotokoll der 15. Hauptversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure Abt. I, Bd.3, Nr.69  
[Forderung nach Prävention im Maschinenbau; Sicherheit der Arbeiter ist als ein Prinzip bereits bei der Konstruktion von Maschinen zu beachten]
- 21.09.1874 Bericht des Fabrikinspektors Friedrich Wilhelm Steinkopf an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.70  
[Der Fabrikinspektor spricht sich gegen den Erlaß einer Bezirkspolizeiverordnung zur Gewährung von Ruhepausen für Fabrikarbeiter aus]
- 21.09.1874 Schreiben des bayerischen Außenministers Adolf von Pfretzschner an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Denkschrift Abt. I, Bd.5, Nr.110  
[Grundsätzliches Einverständnis mit dem Vorhaben eines Reichsgesetzes über gewerbliche Hilfskassen und dessen Ausdehnung auf Bayern, sofern Art. 20 (Gemeindekrankenpflege) und Art. 21 (Fabrikkrankenstellen) des bayerischen Armenpflegegesetzes vom 29.4.1869 Geltung behalten; erhebliche Kritik an den beiden vorliegenden Gesetzentwürfen des Reichskanzleramts, bessere Abstimmung derselben untereinander ist notwendig]
- 28.09.1874 Schreiben des Kaplans Franz Eduard Cronenberg an Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.8, Nr.125  
[Bericht über seine Tätigkeit für katholische Arbeiter in Aachen: Paulusverein und Arbeiterbaugesellschaft; Bitte um Kapitalhilfe zur Überwindung der finanziellen Krise]
- 29.09.1874 Viktor Böhmert: Thesen über den Beruf der Kirche in der sozialen Frage Abt. I, Bd.8, Nr.126  
[Die soziale Frage kann nur durch Selbsthilfe gelöst werden; die Kirche bzw. Geistlichen haben eine erzieherische Aufgabe gegenüber den Arbeitern, so können sie die Volkswohlfahrt fördern]
- 13.10.1874 Verordnung der Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.71  
[Schutz von Fabrikarbeitern gegen Gefahren für Leben und Gesundheit; Hygienevorschriften für Fabriken; Trennung von Männern und Frauen bei der Arbeit; Pausenregelungen; Pausenräume]
- 24.10.1874 Votum des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium Abt. I, Bd.5, Nr.111  
[Kritik an den beiden Gesetzentwürfen des Reichskanzleramts (30.7.1874), insbesondere zur Beschränkung auf Kranken- und Sterbekassen, Genehmigungs- bzw. Anerkennungsverfahren für gewerbliche Hilfskassen; System der Ortskassen erschwert die Freizügigkeit, aus sozialpolitischen und politischen Erwägungen Befürwortung von Bezirks-, Provinzial- und staatsweiten Kassen]

- 29.10.1874 Bericht des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrats a.D. Hermann Wagener für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.6, Nr.28  
[Kritischer Bericht zur Debatte des Vereins für Sozialpolitik über eine reichsgesetzliche Regelung des Pensionskassenwesens als Form von Hilfskassen; Zwangskassen als Ausgangspunkt für eine staatliche Organisation der „Gewerke“ (Gewerkschaften)]
- 05.11.1874 Eingabe des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.72  
[Glasarbeiter sind keine Fabrikarbeiter; das Verbot der Nacharbeit für jugendliche Arbeiter verhindert die Ausbildung von Glasarbeitern; Konkurrenzschäden durch Arbeiterschutzvorschriften; Ausgleich durch Schutzzölle wird abgelehnt]
- 23.11.1874 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an das preußische Staatsministerium mit zwei Gesetzentwürfen Abt. I, Bd.5, Nr.112  
[Die Gesetzentwürfe sind nach kommissarischen Beratungen abgeändert worden, insbesondere ist nunmehr statt eines besonderen ein allgemeines (auf den gewerblichen Bereich beschränktes) Hilfskassengesetz vorgesehen. Mangels ausreichender Erfahrungen, Statistiken und Unterlagen ist eine Veröffentlichung vorgesehen, um eine Kritik der beteiligten bzw. sachverständigen Kreise vor der Fertigstellung der Regierungsvorlage gegenüber dem Reichstag berücksichtigen zu können]
- 25.11.1874 Anfrage des Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Schulze-Delitzsch an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.5, Nr.113  
[Anfrage zum Stand des Hilfskassengesetzes, Kritik an der preußischen Verwaltungspraxis gegenüber den freien Kassen]
- 05.12.1874 Gemeinsamer Erlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach, des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg und des preußischen Kultusministers Dr. Adalbert Falk an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.73  
[Die Minister halten die Fabrikinspektoren traditionellen Typs für die erweiterten Aufgaben der Fabrikinspektion nicht geeignet]
- 00.12.1874 Friedrich Harkort: Arbeiter-Spiegel Abt. I, Bd.8, Nr.127  
[Durch die Industrialisierung steigen Löhne und Wohlstand. Dem Tüchtigen ist der gesellschaftliche Aufstieg möglich. Soziales Elend resultiert in erster Linie aus Verschwendung, Luxus, Unzuverlässigkeit und Trunksucht. Harkort schildert die positiven Seiten von Fleiß, Ordnungssinn und Sparsamkeit. Insbesondere empfiehlt er den Arbeitern Bildungsanstrengungen sowie Assoziationen auf Grundlage des Selbsthilfepinzips]

## 1875

- 05.01.1875 Urteil des Kammergerichts in Berlin Abt. I, Bd.5, Nr.114  
[Der Zivilsenat des Kammergerichts weicht von der Rechtsprechung des Kriminalsenats (Maurer-Lange-Entscheidung vom 4.11.1870) ab: Das Kassenwahlrecht ist begrenzt auf staatlich genehmigte Hilfskassen, d. h. Befreiung von der Pflichtkassenmitgliedschaft ist nur durch Mitgliedschaft bei anerkannten bzw. genehmigten Hilfskassen zu erreichen]
- 12.01.1875 Schreiben des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrates a.D. Hermann Wagener an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Entwurf eines Gesetzes über Einführung eines Normalarbeitstags Abt. I, Bd.3, Nr.74  
[Verbot der Kinderarbeit; Beschränkung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter; Verbot gewerblicher Sonntagsarbeit; Verbot der Nacharbeit für Frauen und jugendliche Arbeiter unter 16 Jahren; Mutterschutz von sechs Wochen; maximale Wochenarbeitszeit von 56 ½ Stunden für alle Arbeiter; Überstundenzuschläge; Achtstundentag bei Dreischichtbetrieb; Zuschläge für notwendige Sonntagsarbeit; Achtstundentag für verantwortungsvolle Tätigkeiten]
- 22.01.1875 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an den Bundesrat mit zwei Gesetzentwürfen Abt. I, Bd.5, Nr.115  
[Abhilfe gegenüber dem durch den Reichstag (21.6.1869) geschaffenen Rechtszustand: Festsetzung der Voraussetzungen bzw. Bedingungen, unter denen von einer Gemeinde die Gründung einer Hilfskasse und der Pflichtbeitritt angeordnet werden können; gleiche Vorschriften über die Errichtung, die Verfassung, den Versicherungsgegenstand und die Aufbringung der Mittel von gegenseitigen Hilfskassen, unabhängig vom jeweiligen Typ – sowohl der freien wie der Pflichtkassen – im Interesse einer gleichen Kriterien folgenden Anerkennung bzw. Gleichstellung der gegenseitigen Hilfskassen untereinander im Hinblick auf das Kassenwahlrecht; Kassenverbände]
- 25.01.1875 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.75  
[Bericht über die Arbeit von Frauen und Jugendlichen in Fabriken]

- 00.02.1875 Alfred Krupp: Vorwort zum „Arbeiter-Spiegel“ Abt. I, Bd.8, Nr.129  
[Krupp empfiehlt die Broschüre zur Beherzigung und faßt zentrale Tugenden des Arbeiters zusammen: Fleiß, Treue, Mäßigkeit und Sittlichkeit. Diese Charaktereigenschaften fordert er für das berufliche wie für das private Leben. Abschließend verlangt er Eintracht zwischen den Konfessionen]
- 00.02.1875 Jahresbericht der Handelskammer für Aachen und Burtscheid Abt. I, Bd.8, Nr.130  
[Es droht eine Wirtschaftskrise mit Arbeitslosigkeit; gefährlich sind die Verheißungen der Sozialisten; Einschränkungen von Frauen- und Kinderarbeit sollen überprüft werden; statt der Fabrikschulen empfiehlt die Kammer Fortbildungsschulen ohne Schulzwang]
- 02.02.1875 Schreiben der „Prokura“ der Gußstahlfabrik Fried. Krupp an den Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai Abt. I, Bd.5, Nr.116  
[Bei Krupp haben sich Kassenvereine gebildet; es wird befürchtet, daß diese zu anderen Zwecken als der Krankenunterstützung dienen; Bitte um Auskunft über entsprechende Beobachtungen des Polizeipräsidentiums]
- 15.02.1875 Schreiben des Redakteurs Dr. Johann Baptist Kleser an den Professor Dr. Ludwig Aegidi Abt. I, Bd.8, Nr.128  
[Bericht über die Aktivitäten des Paulusvereins in Aachen und dessen Schwierigkeiten]
- 16.02.1875 Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.138  
Abt. I, Bd.4, Nr.157  
[Das preußische Vereins- und Versammlungsrecht bietet weniger Möglichkeiten zum Einschreiten gegen die Sozialdemokratie als das bayerische; Vorgehen von Polizei und Justiz gegen sozialdemokratische Arbeitervereine in Preußen]
- 18.02.1875 Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an die „Prokura“ der Gußstahlfabrik Fried. Krupp Abt. I, Bd.5, Nr.117  
[Gegenüber den Krankenkassenvereinen der Arbeiter nimmt die Berliner Polizei eine abwartende Haltung ein; Mißbrauch von Kassengeldern wird nicht befürchtet, polizeiliche Maßregeln gegen freie Kassen fördern die Sozialdemokratie]
- 23.02.1875 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an den Sekretär des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins Julius Schulze Abt. I, Bd.5, Nr.118  
[Zu dem Entwurf des Hilfskassengesetzes wird eine Stellungnahme erbeten, dabei werden einzelne Paragraphen erläutert bzw. hervorgehoben]
- 00.03.1875 Leserbrief des Kommerzienrats Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.14  
[Es widerspricht dem Rechtsbewußtsein, daß Arbeitgeber auch für nicht von ihnen verschuldete Unglücke haften sollen]
- 06.03.1875 Statut der Krankenversicherungskasse der Metallarbeiter (anerkannter Verein) in Nürnberg mit Geschäftsordnung Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.8  
[Anerkannte Kasse einer sozialdemokratischen Gewerkschaft, keine Karenzzeit bei Krankheitsbeginn, Leistungsausschluß bei selbstverschuldeter Krankheit]
- 06.03.1875 Concordia Nr. 10 Abt. I, Bd.8, Nr.131  
[Arbeitermangel der Großgrundbesitzer als „ländliche Arbeiterfrage“; Förderung des Genossenschaftswesens]
- 11.03.1875 Deutsche Versicherungs-Zeitung Nr. 19. Der Gesetzentwurf über die gewerblichen Hilfskassen Abt. I, Bd.5, Nr.119  
[Im Grundsatz positive Stellungnahme; Kritik: den Behörden fehlen Morbiditäts- und Mortalitätsstatistiken zur Abschätzung der kassenspezifischen Risiken und damit Kriterien zur sachgerechten Genehmigung]
- 22.03.1875 Schreiben des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.5, Nr.120  
[Detaillierte Mitteilungen über neuere Fälle verweigerter Zulassung der freien Gewerkvereinskassen als „Ersatzkassen“ durch Gerichte und Verwaltungen von Pflichtkassen]
- 25.03.1875 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Bezirksregierungen Abt. I, Bd.5, Nr.121  
[Strenges Vorgehen der Verwaltung gegenüber Mitgliedern freier Krankenkassen ist angesichts der bevorstehenden Neuregelung des Kassenwesens durch den Gesetzgeber unangebracht]

28. u. 29.03. 1875      Protokoll des dritten ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerksvereine      Abt. I, Bd.5, Nr.122  
 [Der Gesetzentwurf des Reichskanzleramts über gewerbliche Hilfskassen wird weitgehend abgelehnt. Im Hinblick auf die Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit werden aufgrund des versicherungsökonomischen Gutachtens werden restriktive Statutenänderungen durchgesetzt: Herabsetzung der Grenze für das Aufnahmearter (von 50 auf 45 Jahre), Erhöhung der Mitgliedsprämie um 50 % und Kürzung der Pensionsätze für – von der Karenzzeit ausgenommene – Unfallinvaliden um 24 %; Präzisierung des Begriffs des entschädigungspflichtigen Unfalls nach einem Vorschlag von Rudolf Virchow]      Abt. I, Bd.6, Nr.29
- 31.03.1875      Die Union Nr. 6. Zur Kennzeichnung der Fabrikkrankenkassen      Abt. I, Bd.5, Nr.123  
 [Kritik der Fabrikkrankenkassen anhand konkreter Vorfälle im Braunschweiger Walzwerk]
- 02.04.1875      Neuer Social-Demokrat Nr. 39. Der Bundesrat und die Hilfskassen      Abt. I, Bd.5, Nr.124  
 [Polemische Auseinandersetzung – grundsätzliche und im Detail – mit dem Gesetzentwurf des Reichskanzleramts aus lassalleianischer und demokratischer Sicht]
07. u. 09.04. 1875      Der Volksstaat Nr. 39 und Nr. 40. Bemerkungen zu dem Entwurf eines Gesetzes über gewerbliche Hilfskassen      Abt. I, Bd.5, Nr.125  
 [Detailkritik des Gesetzentwurfs des Reichskanzleramts aus marxistisch-sozialistischer Sicht: Produkt der Klassenherrschaft]
- 10.04.1875      Gutachten des Verbandsanwalts Dr. Max Hirsch für das Reichskanzleramt      Abt. I, Bd.5, Nr.126  
 [Die Regierungsentwürfe zu den Hilfskassen werden abgelehnt, von der Anlage und den Einzelvorschriften her hindern sie die Entwicklung der freien Kassen]
- 10.04.1875      Bericht des Geheimen Regierungsrates Theodor Lohmann an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach      Abt. I, Bd.3, Nr.76  
 [Stellungnahme mehrerer Regierungen zur beabsichtigten Einstellung von Fabrikinspektoren]
- 12.04.1875      Gutachten des Sanitätsrats Dr. Peter Adolf Reincke für das Reichskanzleramt      Abt. I, Bd.5, Nr.127  
 [Kritik des Hilfskassengesetzentwurfs aus versicherungstechnischer und gesundheitspolizeilicher Sicht]
- 14.04.1875      Gutachten des Professors Dr. Karl Heym für das Reichskanzleramt      Abt. I, Bd.5, Nr.128  
 [Kritik des Hilfskassengesetzentwurfs aus versicherungstechnischer und gesundheitspolizeilicher Sicht]
- 22.04.1875      Brief des anhaltischen Regierungsrats Dr. Adolf Lange an den Verbandsanwalt Dr. Max Hirsch      Abt. I, Bd.5, Nr.129  
 [Die Reichstagsfassung des § 141 Gewerbeordnung hat sich negativ auf das gewerbliche Hilfskassenwesen ausgewirkt]
- 23.04.1875      Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierungen in Danzig, Marienwerder, Köslin, Potsdam, Frankfurt/Oder, Breslau, Liegnitz, Oppeln, Posen, Schleswig, Kassel, Minden, Arnberg, Aachen, Köln, Trier und die Landdrosteien Hannover, Hildesheim und Stade      Abt. I, Bd.3, Nr.77  
 [Achenbach fordert die Regierungen zur Stellungnahme zu einer Eingabe des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands (5.11.1874) an den Bundesrat auf]
- 28.04.1875      Gutachten des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins für das Reichskanzleramt      Abt. I, Bd.5, Nr.130  
 [Kritik am Entwurf des Hilfskassengesetzes als Gesetz, das nur die Kranken- und Sterbekassen betrifft, keine Sicherstellung der Solvenz garantiert und in der Systematik Mängel hat; Kritik an der Regelung der Mitgliedschaft sowie der Höhe der Leistungen]
- 15.05.1875      Concordia Nr. 20. [Theodor von der Goltz:] Die gegenwärtige Haltung der Arbeitgeber zu der Arbeiterfrage      Abt. I, Bd.8, Nr.132  
 [Kritik an den sozialpolitischen Vorstellungen des Kongresses Deutscher Landwirte bzw. der dort vertretenen ländlichen Arbeitgeber]
- 25.05.1875      Programm der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands      Abt. I, Bd.3, Nr.78  
 [Forderung für einen demokratischen Rechtsstaat, progressive direkte Steuern, Koalitionsrecht und Arbeiterschutzgesetzgebung]      Abt. I, Bd.8 Nr.33
- 06.06.1875      Der Volksstaat Nr. 63. Bericht über die am 28. und 29. Mai in Gotha stattgehabte Gewerkschaftskonferenz      Abt. I, Bd.4, Nr.158  
 [Anerkennung der Rolle der Gewerkschaften durch die vereinigte Sozialdemokratie; Abkehr von Lokalverbänden zugunsten von zentralen Berufsverbänden]      Abt. I, Bd.5, Nr.131



- 00.08.1875 Die Einrichtungen zum Besten der Arbeiter auf den Bergwerken Preußens Abt. I, Bd.6, Nr.30  
[Darstellung des Leistungsspektrums der preußischen Knappschaftsvereine, insbesondere des Saarbrücker und der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet]
- 14.08.1875 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an den Bundesrat mit zwei Gesetzentwürfen nebst Motiven Abt. I, Bd.5, Nr.132  
[Regelungen zur Krankenversicherung für gewerbliche Arbeitnehmer auf der Grundlage des bedingten Versicherungszwangs, d. h. Kassenerrichtung und -pflicht als Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung und der höheren Verwaltungsbehörde. Gleiche Grundsätze (normative bzw. Standards) für gegenseitige Hilfskassen, unabhängig vom jeweiligen Typ (Gemeinde-, Fabrik-, Gewerkschaftskassen), im zweiten Gesetzentwurf: Die für die Rechtsfähigkeit und Gleichstellung (Kassenwahlrecht) konstitutiven Anforderungen beziehen sich auf Gegenstand, Verfassung, Aufsichtsbefugnisse und Aufbringung der Mittel; Kassenverbände]
- 19.08.1875 Der Volksstaat Nr. 97 Abt. I, Bd.5, Nr.133  
[Bericht über eine Arbeiterversammlung in Leipzig mit einer Rede August Bebels über den Hilfskassengesetzentwurf; Verabschiedung einer Resolution, die die volle Selbstverwaltung für die Kassen fordert]
- 15.09.1875 Der Arbeiterfreund. Der Reichsgesetzentwurf über die gegenseitigen Hilfskassen Abt. I, Bd.5, Nr.134  
[Grundsatzkritik; Zwangskassen und -beiträge der Arbeitgeber führen zu Konkurrenzschäden gegenüber dem Ausland, verhindern Arbeitsverhältnisse (Gelegenheitsarbeit); Gefahr von Staatsrentnern, der Staat wird zur „Allerweltsvorsehung“ gemacht und verliert, da diese Aufgabe nicht zu lösen ist, Respekt und Vertrauen]
- 19.09.1875 Entschließung der Sektion Staatsarzneikunde der 48. Versammlung Deutscher Naturforscher und Ärzte Abt. I, Bd.3, Nr.79  
[Forderung nach weitgehenden Schutzbestimmungen und achtstündigem Normalarbeitstag für Frauen und jugendliche Arbeiter; Verbot jeder gewerblichen Kinderarbeit; Mutterschutz von zwölf Wochen; ärztliche Untersuchungen von Frauen und jugendlichen Arbeitern vor Beginn von Fabrikarbeit; Fabrikinspektion durch „festangestellte Sanitätsorgane“; obligatorische Einrichtung von Fabrikkrankenkassen]
- 21.09.1875 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.4, Nr.159  
[Auswertung der Berichte der Bundesregierungen über das Ergebnis ihrer Ermittlungen über die Behörden zur Entscheidung von Streitigkeiten auf gewerblichem Gebiete]
- 22.09.1875 Bericht des Neubrandenburger Bürgermeisters Wilhelm Ahlers an die Staatsregierung von Mecklenburg-Strelitz Abt. I, Bd.5, Nr.135  
[Gewerbliche Hilfskassen zur Absicherung des Krankheitsrisikos sind im Hinblick auf die Neubrandenburger Verhältnisse nicht notwendig, es reicht die bestehende Armengeldpraxis, im übrigen greifen die Gesetzentwürfe des Reichskanzleramts nicht, da sie die Rechtswirklichkeit bzw. die für die (wandernden) Gesellen typische Tendenz zum Orts- und Stellenwechsel zu wenig berücksichtigen]
- 25.09.1875 Erlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierung Düsseldorf Abt. I, Bd.3, Nr.80  
[Für die erweiterten Aufgaben sollen nur noch qualifizierte Fabrikinspektoren eingestellt werden, denen Assistenten untergeordnet werden können]
- 00.10.1875 Aufruf prominenter Persönlichkeiten an die freien Hilfskassen im Deutschen Reich Abt. I, Bd.5, Nr.136  
[Material für eine statistische Übersicht sämtlicher freier Hilfskassen im Deutschen Reich wird erbeten]
- 01.10.1875 Verordnung der Regierung Aachen Abt. I, Bd.3, Nr.81  
[Schutz der Arbeiter in Fabriken vor Verletzungen durch Maschinen und Gasvergiftungen]
- 21.10.1875 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.5, Nr.137  
[Die Gesetzentwürfe zum Hilfskassenwesen sind angenommen; Vorbehalte zugunsten süddeutscher Sonderregelungen]
- 24.10.1875 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an die Bundesregierungen Abt. I, Bd.6, Nr.31  
[Bitte um Nachweisung bestehender Sterbe-, Invaliden- und Witwenkassen]
- 27.10.1875 Antrag des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Reichstag mit zwei Gesetzentwürfen Abt. I, Bd.5, Nr.138  
[Gewerbeordnungsnovelle: Regelungen zur Krankenversicherung für gewerbliche Arbeitnehmer auf der Grundlage des bedingten Versicherungszwangs, d. h. Kassenerrichtung und -zwang als ausschließliche Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung. Hilfskassengesetzentwurf: normative Standards für gegenseitige Hilfskassen. Die für die Rechtsfähigkeit und Gleichstellung konstitutiven Anforderungen beziehen sich auf Gegenstand, Verfassung, Aufsichtsbefugnisse und Aufbringung der Mittel; Kassenverbände]

- 31.10.1875 Vortrag des Bürovorstehers der Berliner Gewerbedeputation Robert Schüler Abt. I, Bd.5, Nr.139  
 [Prüfung der gegen das Prinzip ortsstatutarischer Pflichtkrankenkassen mit Arbeitgeberanteil vorgetragenen Kritikpunkte nach den langjährigen Erfahrungen der Berliner Gewerbedeputation bzw. Kassenaufsicht. Die Kassen erfüllen ihren Zweck und sind bei ihren Mitgliedern anerkannt; problematisch ist mitunter die geringe Qualifikation der Kassenrendanten bzw. Lademeister]
- 01.11.1875 Denkschrift des Wirklichen Geheimen Oberregierungsrates a.D. Hermann Wagener für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.139  
 [Der Staat muß vor allem die Verwertung der Arbeitskraft des Volkes sicherstellen]
- 05.11.1875 Neuer Social-Demokrat Nr. 131. Das rote Gespenst und die Krankenkassen Abt. I, Bd.5, Nr.140  
 [Kritik des Verbindungsverbots des Hilfskassengesetzes und der Sozialistenfurcht der Regierung]
- 09.11.1875 Bericht über die 1. Lesung der Gesetzentwürfe über das Hilfskassenwesen im Reichstag Abt. I, Bd.5, Nr.141  
 [Der Reichstag ist gewillt, das Hilfskassengesetz zu verabschieden; notwendige Verbesserungen der Regierungsvorlage im Interesse der Rechtsstaatlichkeit und der Selbstverwaltungsrechte der Arbeiter(bewegung) werden aufgeführt]
- 09.11.1875 Protokoll der zweiten Sitzung der IX. Reichstagskommission Abt. I, Bd.5, Nr.142  
 [Grundsatzdebatte, von der Regierung wird weiteres Material über Hilfskassen erbeten]
- 12.11.1875 Der Gewerkverein Nr. 46. Die allgemeine Mitgliederversammlung der Ortsgewerkvereine in Sachen der freien Hilfskassen Abt. I, Bd.5, Nr.143  
 [Beratung über die Regierungsvorlage mit liberalen Reichstagsabgeordneten]
- 14.11.1875 Der Volksstaat Nr. 132 Abt. I, Bd.5, Nr.144  
 [Querelen in der nationalliberalen Reichstagsfraktion um einen Sitz für August Bebel in der IX. Reichstagskommission unter Verzicht auf einen Kandidaten der eigenen Partei – zunächst erfolgt ein entsprechendes Angebot, dann ein Rückzug]
- 19., 21. u. Neuer Social-Demokrat Nr. 137, Nr. 138 und Nr. 139 Abt. I, Bd.5, Nr.145  
 24.11.1875 [Detailkritik an den Regierungsvorlagen zum Hilfskassenwesen mit Alternativvorschlägen samt Begründung]
- 20.11.1875 Protokoll der 8. Sitzung der IX. Reichstagskommission Abt. I, Bd.5, Nr.146  
 [Diskussion über Rechtsfähigkeit, Mitgliedschaft und Verbindungsverbot zwischen Gewerkschaften und Hilfskassen in erster Lesung]
- 20.11.1875 Tagebucheintragung des Reichstagsabgeordneten Cornelius Wilhelm Heyl Abt. I, Bd.5, Nr.147  
 [Persönliche Eindrücke von Abgeordnetenkollegen und Ministern]
- 20.11.1875 Protokoll der Kommissionssitzung des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. I, Bd.6, Nr.32  
 [Der Knappschaftsverein muß mit einem Defizit von 251000 M. rechnen, mittels Ausgabenkürzungen bzw. Leistungsbeschränkungen soll künftigen Unterbilanzen vorgebeugt werden]
- 02.12.1875 Bericht des bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Emil von Riedel an den Innenminister Sigmund Heinrich von Pfeufer Abt. I, Bd.5, Nr.148  
 [Die Beschlüsse der IX. Reichstagskommission gefährden das bayerische System der Gemeindekrankenkassen]
- 04.12.1875 Protokoll der 18. Sitzung der IX. Reichstagskommission Abt. I, Bd.5, Nr.149  
 [Diskussion über Rechtsfähigkeit der Hilfskassen, Mitgliedschaft und Verbindungsverbot der §§ 3 bis 6 der Regierungsvorlage in erster Lesung]
- 05.12.1875 Tagebucheintragung des Reichstagsabgeordneten Cornelius Wilhelm Heyl Abt. I, Bd.5, Nr.150  
 [Bericht über eine Sitzung der Reichstagskommission zum Hilfskassengesetz und eine parlamentarische Soiree]
- 07.12.1875 Protokoll der Vorstandssitzung des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. I, Bd.6, Nr.33  
 [Bericht über die Ergebnisse der „Kurrecherche“, die Vorschläge der Kommission vom 20.11.1875 zur Defizitbegrenzung werden beschlossen und sollen umgesetzt werden]
- 12.12.1875 Brief des Geheimen Regierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.5, Nr.151  
 [Bericht über seine Arbeit an einer Hilfskassenmonographie, Kritik der Regierungsvorlage, eine Gesellschaftsreform ist notwendig]

- 15.12.1875 Die unter staatlicher Aufsicht stehenden gewerblichen Hilfskassen für Arbeitnehmer im preußischen Staat  
[Überblick über die Vielfalt der inneren Verfassung bzw. der (Beteiligungs-)Formen der Selbstverwaltung – Statistiken über gewerbliche Unterstützungskassen von 1864-1874] Abt. I, Bd.5, Nr.152 und Anh. A Nr.9-11, Nr.17, Nr.18
- 19.12.1875 Bericht des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel an den Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg  
[Begleitschreiben zur Hilfskassenmonographie; Bericht über Zusammenarbeit mit dem Handelsministerium bei der Herstellung von Monographien, die dieser angeordnet hat] Abt. I, Bd.5, Nr.153
- 24.12.1875 Schreiben des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg an den Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach  
[Anfrage über Aufträge, die der Handelsminister dem beim Innenministerium ressortierenden Statistischen Büro erteilt hat] Abt. I, Bd.5, Nr.154

## 1876

- 06.01.1876 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Minister des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg  
[Mit der Anfertigung bzw. Zusammenstellung der Statistiken der Hilfskassenmonographie ist das Statistische Büro nicht dienstlich befaßt gewesen, sondern nur dessen Direktor mit einigen außerdienstlich tätigen Mitarbeitern wurden hier aushilfsweise herangezogen; Kontroverse über die Kompetenzen des Handelsministers] Abt. I, Bd.5, Nr.155
- 08.01.1876 Ministerielle Zusammenstellung von Berichten der Regierungspräsidenten über Arbeiterentlassungen  
[Bericht über die Auswirkungen der wirtschaftlichen Krise auf den Beschäftigungsstand in Westfalen und Rheinprovinz] Abt. I, Bd.1, Nr.140
- 15.01.1876 Bericht der IX. Kommission an den Reichstag  
[Darstellung der Intentionen des Hilfskassengesetzes; die Kommission hat versucht, dieses im Hinblick auf vorhandene strukturelle Antinomien ausgewogener zu gestalten als die Regierungsvorlage es vorsah; Festhalten an Vorkehrungen gegen Mißbrauch der „freien Kassen zu Parteizwecken“, gleichwohl Abänderung der entsprechenden Regelungen der Regierungsvorlage (§§ 6 und 15), die begründet werden] Abt. I, Bd.5, Nr.156
- 22.01.1876 Bericht der IX. Kommission an den Reichstag  
[Darstellung der Intentionen der Gewerbeordnungsnovelle; bewußte Ausweitung der Kassenwahl bzw. des sog. Ersatzkassenprinzips auch auf das süddeutsche Gemeindekassenmodell; Kontroversen mit den Regierungsvertretern] Abt. I, Bd.5, Nr.157
- 29.01.1876 Tagebucheintragung des Reichstagsabgeordneten Cornelius Wilhelm Heyl  
[Bericht über eine Fraktionssitzung der Nationalliberalen zum Hilfskassengesetz] Abt. I, Bd.5, Nr.158
- 30.01.1876 Bericht des Fabrikinspektors Franz Reichel an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach  
[Der Fabrikinspektor stimmt den Ausführungen des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands zur tatsächlichen Situation in den Glashütten weitgehend zu, nicht aber den daraus abgeleiteten Forderungen. Das Verbot der Nacharbeit jugendlicher Arbeiter führt zu unerwünschter Ausweitung der Frauenarbeit in der Glasindustrie] Abt. I, Bd.3, Nr.82
- 05.02.1876 Beilage zum Wochenbericht des bayerischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Maximilian Josef Freiherr Pergler von Perglas an den Außenminister Adolf von Pfretzschner  
[Für Bayern bzw. Süddeutschland konnte eine Abänderung des Kommissionsvorschlages zum Hilfskassengesetz erreicht werden, so daß die Beibehaltung der süddeutschen Form der Sicherung der Krankenpflege mittels Krankenhausbeitragspflicht der gewerblichen Arbeitnehmer aufrechterhalten werden kann. Dieses ist nicht zuletzt das Verdienst des bayerischen Bevollmächtigten Emil von Riedel] Abt. I, Bd.5, Nr.159
- 08.02.1876 Vierzehnter Bericht der Kommission für Petitionen des Deutschen Reichstags  
[Beschwerde von Ortsarmenverbänden über die großen Schwierigkeiten, die Landarmenqualität von Bedürftigen gem. § 30 Abs. 1 b Unterstützungswohnsitzgesetz nachzuweisen] Abt. I, Bd.7, Nr.112
- 12.02.1876 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Rudolf Delbrück an das preußische Staatsministerium  
[Prüfung der (Abänderungs-)Beschlüsse des Reichstags zum Hilfskassengesetz wird erbeten; das Reichskanzleramt hat sich bemüht, kein Präjudiz zu schaffen] Abt. I, Bd.5, Nr.160

- 12.02.1876 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium Abt. I, Bd.5, Nr.161  
[Der Reichstag hat in der Gewerbeordnungsnovelle u. a. die nach dem bisherigen preußischen Recht bestehenden Anordnungsbefugnisse der Regierungen aufgehoben und im Hilfskassengesetz die Garantien gegen Mißbrauch abgeschwächt; gleichwohl wird positiv votiert]
- 29.02.1876 Protokoll der Vorstandssitzung des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. I, Bd.6, Nr.34  
[Die Abänderung der Bewilligungspraxis und der Unterstützungssätze für Berginvaliden läßt eine Beseitigung der Unterbilanz erwarten]
- 08.03.1876 Votum des preußischen Ministers des Innern Friedrich Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium Abt. I, Bd.5, Nr.162  
[Ablehnung der Hilfskassengesetzgebung in der vom Reichstag beschlossenen Fassung, da sie keine ausreichenden Garantien gegen politische Instrumentalisierung bietet]
- 10.03.1876 Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Theodor Lohmann für den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.83  
[Vorschläge zur weiteren Ausgestaltung der Fabrikgesetzgebung. Darstellung der bisherigen Verhandlungen. Schutz der Arbeit von Kindern und Jugendlichen soll verschärft werden, jedoch sollen Ausnahmen möglich sein. Die Fabrikinspektion soll auf die gesamte Fabrikgesetzgebung ausgedehnt werden]
- 16.03.1876 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den preußischen Finanzminister Otto Camphausen Abt. I, Bd.3, Nr.84  
[Zu niedrige Diäten und Reisekostensätze verhindern die Einstellung qualifizierter Fabrikinspektoren]
- 26.03.1876 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.5, Nr.163  
[Aufgrund von Bismarcks Votum werden nach kontroverser Debatte der Gewerbeordnungsnovelle und dem Hilfskassengesetz in der vom Reichstag beschlossenen Fassung zugestimmt]
- 07.04.1876 Gesetz über die eingeschriebenen Hilfskassen Abt. I, Bd.5, Nr.164  
[Normalbestimmungen für selbständige und selbstverwaltete Krankenkassen jeder Kategorie bzw. jeden Typs, d. h. unabhängig von Gründungsakt bzw. -akteur (zwangsweise oder freiwillig und nicht begrenzt auf gewerbliche Arbeitnehmer)]
- 08.04.1876 Gesetz, betreffend die Abänderung des Titels VIII der Gewerbeordnung Abt. I, Bd.5, Nr.165  
[Regelungen zur Krankenversicherung für gewerbliche Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter auf der Grundlage des bedingten Versicherungszwangs, d. h. Kassenerrichtung und -zwang als ausschließliche Angelegenheit der kommunalen Selbstverwaltung; Gleichstellung ortsstatutarischer und freier eingeschriebener Hilfskassen (Ersatzkassenprinzip; Beitragspflicht für Fabrik- und Bergwerksbesitzer (nicht für Arbeitgeber generell) als Zuschuß; Konkurrenzklausele zugunsten süddeutscher Gemeindekrankenkassen und Frist zur Umwandlung bestehender Pflichtkassen bis 1884]
- 14.04.1876 Brief des Geheimen Regierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei der Regierung Stettin Rudolf Friedrichs Abt. I, Bd.3, Nr.85  
[Der preußische Handelsminister Achenbach drängt auf Ausarbeitung eines Fabrikgesetzes, um diesbezüglich dem Reichskanzleramt zuvorzukommen; Lohmann will dafür noch weitere empirische Grundlagen sammeln]
- 21.04.1876 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.86  
[Stellungnahme zur Eingabe des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands vom 5.11.1874. Die Bestimmungen der Gewerbeordnung für Kinder und jugendliche Fabrikarbeiter sollen modifiziert werden. Bei Nachweis ausreichender Schulbildung soll eine Entlassung aus der Volksschule bereits nach dem 12. Lebensjahr möglich sein]
- 21.04.1876 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal an den Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.113  
[Bericht über negative Erfahrungen bei der Anwendung verschiedener Vorschriften des Unterstützungswohnsitzgesetzes in der Praxis der Armenverbände]
- 27.04.1876 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.87  
[Die Bundesregierungen werden aufgefordert, Vorschläge zur Änderung der Bestimmungen über Frauen- und Kinderarbeit zu machen]
- 16.05.1876 Erlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien Adolf Graf von Arnim-Boitzenburg Abt. I, Bd.3, Nr.88  
[Der Oberpräsident wird aufgefordert, den Fabrikinspektor Alfred Frief Untersuchungen aufgrund der Eingabe des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands vom 5.11.1874 vornehmen zu lassen. Ankündigung einer Konferenz von Fabrikinspektoren]

- 07.06.1876      Gründungsaufruf der Deutsch-Konservativen Partei      Abt. I, Bd.8, Nr.134  
 [Die konservative Partei stellt sich auf den Boden des Deutschen Reichs und fordert Weiterbildung der Rechtsverhältnisse, Erhaltung und Stärkung der christlichen Kirchen, Konfessionsschulen, Revision der Maigesetze, Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Beschränkung der Gewerbefreiheit, positive Arbeitergesetzgebung]
- 19.06.1876      Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Bezirksregierungen und Landdrosteien      Abt. I, Bd.5, Nr.166  
 [Darstellung der Rechtsfolgen der Gewerbeordnungsnovelle für die aufgrund des preußischen Rechts von 1845/54 erlassenen Ortsstatute und die darauf gegründeten Krankenkassen. Die Regierungen sollen darauf hinwirken, daß die bestehenden ortstatutarischen Kassen möglichst bald in eingeschriebene Hilfskassen umgewandelt werden, die allein für Krankenunterstützung zuständig sind. Für Arbeiter sollen möglichst flächendeckend Krankenkassen vorhanden sein, aus eigener Initiative der Arbeiter begründete Hilfskassen sind erwünscht, ortstatutarische Kassengründungen sind nur dort ergänzend zu gründen, wo die freien Kassen den sozialpolitischen Bedürfnissen nicht genügen]
- 24.06.1876      Concordia Nr. 26. Abschied der „Concordia“      Abt. I, Bd.8, Nr.135  
 [Das öffentliche Interesse an der Lösung der Arbeiterfrage ist gesunken, vor allem innerhalb der Arbeiterschaft; Exzesse der Sozialdemokratie und bei Streiks trugen dazu bei]
- 30.06.1876      Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium mit Denkschrift und Gesetzentwurf      Abt. I, Bd.3, Nr.89  
 [Übersendung einer Denkschrift Theodor Lohmanns über die Abänderung der Gewerbeordnung: Verbesserung des Gefahrenschutzes; Modifizierung der Bestimmungen über die Fabrikarbeit von Kindern und Jugendlichen; Frauen sollen bis 18 Jahre wie Jugendliche behandelt werden; Verbot der Nacharbeit und der Sonntagsarbeit für Frauen; Frauen und Jugendliche sollen auf Beschluß des Bundesrats von bestimmten Beschäftigungen ganz ausgeschlossen werden können; obligatorische Fabrikinspektion]
- 00.07.1876      Das Hilfskassengesetz und seine praktische Anwendung für Gewerkschafts-Vereine      Abt. I, Bd.5, Nr.167  
 [Kritik an der Doppelgesetzgebung, die von dem Gedanken politischer Bevormundung und materieller „Bemutterung“ der Arbeiter(bewegung) getragen ist, gleichwohl Plädoyer für die Gründung bzw. Organisation nationaler (zentralisierter) Hilfskassen durch die Gewerkschaften. Der moralische Halt im Arbeiterstand („Selbstachtung der Arbeiter“) muß so gehoben werden, daß er als freier Arbeiter Kassen gründet, die bessere Leistungen, aber auch höhere Beiträge haben als Fabrik- und Gemeindezwangskassen; die Spielräume des Gesetzes müssen genutzt, hingegen seine Gefahren wie die des Vereinsrechts umgangen werden]
- 01.07.1876      Rundschreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann an die Bundesregierungen      Abt. I, Bd.7, Nr.114  
 [Stellungnahme zur Problematik des Nachweises der Landarmenqualität gemäß § 30 Abs. 1 b Unterstützungswohnsitzgesetz; Vorschlag einer Gesetzesnovellierung]
- 01.07.1876      Eingabe des Hauers Friedrich Homeier an das Oberbergamt Dortmund      Abt. I, Bd.6, Nr.35  
 [Beschwerde des Berginvaliden über Pensionsentzug und „Gesundschreiben“]
- 25.07.1876      Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Landwirtschaftsminister Dr. Rudolf Friedenthal      Abt. I, Bd.7, Nr.115  
 [Antwort auf das kritische Schreiben vom 21.4.1876; Bereitschaft zur Diskussion einer Revision einzelner Vorschriften des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
11. u. 16.08.1876      Der Volksstaat Nr. 93 und Nr. 95. Das Knappschaftskassenwesen      Abt. I, Bd.6, Nr.36  
 [Kritik des Knappschaftskassenwesens, insbesondere des Verlustes von Anwartschaften und der niedrigen Leistungen]
- 18.08.1876      Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Landwirtschaftsminister Dr. Rudolf Friedenthal      Abt. I, Bd.7, Nr.116  
 [Übermittlung des Schreibens des Reichskanzleramtes an das Ministerium des Innern vom 1.7.1876 betr. Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 15.09.1876      Schreiben des Legationssekretärs Herbert Graf von Bismarck an den Geheimen Regierungsrat im preußischen Staatsministerium Christoph Tiedemann      Abt. I, Bd.3, Nr.90  
 [Bismarck lehnt die Vorschläge des preußischen Handelsministeriums vom 30.6.1876 zum Arbeiterschutz für den Ausbau des Arbeiterschutzes ab]
- 20.09.1876      Schreiben des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Christoph Tiedemann an den Legationssekretär Herbert Graf von Bismarck      Abt. I, Bd.3, Nr.91  
 [Nach Einspruch Bismarcks wird die Denkschrift des preußischen Handelsministers vom 30.6.1876 nicht dem Reichskanzleramt unterbreitet. Tiedemann bittet um den Auftrag, ein Votum Bismarcks vorbereiten zu dürfen]

- 21.09.1876 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal an den Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg mit Entwurf eines Runderlasses  
[Vorschlag einer umfassenden Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes] Abt. I, Bd.7, Nr.117
- 22.09.1876 Protokoll einer Konferenz elsäß-lothringischer Industrieller  
[Die Industriellen lehnen die Vorschläge des preußischen Handelsministers vom 30.6.1876 zum Ausbau der Fabrikgesetzgebung ab] Abt. I, Bd.3, Nr.92
- 28.09.1876 Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann  
[Die Beantwortung des Schreibens vom 1.7.1876 zum Unterstützungswohnsitzgesetz verzögert sich] Abt. I, Bd.7, Nr.118
- 30.09.1876 Votum des preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck für das Staatsministerium  
[Bismarck ist strikt gegen jede die Leistungsfähigkeit der Industrie beeinträchtigende Abänderung der Gewerbeordnung, insbesondere gegen eine Verschärfung der Schutzbestimmungen bezüglich Frauen- und Kinderarbeit zum jetzigen Zeitpunkt; Beschränkungen der Arbeitszeit von Frauen sei ein Eingriff in die Erwerbsfreiheit] Abt. I, Bd.3, Nr.93
- 07.10.1876 Referat des Anklamer Beigeordneten Lange auf dem Pommerschen Städtetag „Über die Reform der Armenpflegegesetze“  
[Plädoyer für eine Beibehaltung der Altersgrenzen und Fristen des Unterstützungswohnsitzgesetzes] Abt. I, Bd.7, Nr.120
- 20.10.1876 Schreiben des Bürgermeisters der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. Karl Petersen an den Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann  
[Stellungnahme zur Problematik des § 30 Abs.1b Unterstützungswohnsitzgesetz aus der besonderen Perspektive der Hafenstadt Hamburg] Abt. I, Bd.7, Nr.119
- 20.10.1876 Protokoll einer Konferenz preußischer Fabrikinspektoren  
[Modifikation der Schutzbestimmungen für jugendliche Fabrikarbeiter in der Glasindustrie. Weitgehende Differenzen der Fabrikinspektoren, insbesondere zwischen westlichen und östlichen Provinzen] Abt. I, Bd.3, Nr.94
- 20.10.1876 Beschlußvorlage des Düsseldorfer Fabrikinspektors Dr. Gustav Wolff für die Konferenz preußischer Fabrikinspektoren mit Stellungnahme der Konferenz  
[Die Konferenz lehnt die Vorschläge Wolfs zur Änderung von Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Kinder und jugendliche Arbeiter für die Glasindustrie weitgehend ab] Abt. I, Bd.3, Nr.95
- 21.10.1876 Protokoll einer Konferenz preußischer Fabrikinspektoren  
[Die Fabrikinspektoren befürworten Auflockerung, aber auch Verschärfung von Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter in bestimmten Industriezweigen] Abt. I, Bd.3, Nr.96
- 31.10.1876 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierungen, Landdrosteien und den Berliner Polizeipräsidenten  
[Die Konferenz der Fabrikinspektoren vom 20./21.10.1876 hat Achenbach bestätigt, die Fabrikinspektion weiter auszubauen. Die neu eingestellten Fabrikinspektoren sollen zu den Sitzungen der Regierungen zugezogen werden; auf die Stellung der Fabrikinspektoren als Beamte des höheren Dienstes soll im Geschäftsverkehr geachtet werden] Abt. I, Bd.3, Nr.97
- 05.11.1876 Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Landwirtschaftsminister Dr. Rudolf Friedenthal  
[Zurückhaltende Stellungnahme des Innenministeriums zu dem Vorschlag des Ministeriums für landwirtschaftliche Angelegenheiten auf umfassende Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes] Abt. I, Bd.7, Nr.121
- 05.11.1876 Brief des Geheimen Regierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken  
[Lage der Fabrikgesetzgebung nach dem Einspruch Bismarcks vom 30.9.1876] Abt. I, Bd.3, Nr.98
- 09.11.1876 Bericht des Gesandten Hans Freiherr von Türckheim an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban  
[Der Präsident des Reichskanzleramtes Karl Hofmann teilt mit, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Änderungen der Fabrikgesetzgebung geplant seien] Abt. I, Bd.3, Nr.99
- 24.11.1876 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium  
[Eine Novelle der Gewerbeordnung hinsichtlich der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter ist dringend erforderlich und ohne Schädigung der Industrie durchführbar. Der in Preußen bereits erfolgte Ausbau der Fabrikinspektion erfordert eine Absicherung in der Gewerbeordnung] Abt. I, Bd.3, Nr.100

- 28.11.1876 Berliner Freie Presse Nr. 279 Abt. I, Bd.6, Nr.37  
[Kritik an der Ablehnung eines Antrags auf Invalidenrente durch die Hirsch-Dunckersche Maschinenbauer- und Metallarbeiterkasse]
- 05.12.1876 Statut der Kranken- und Begräbniskasse des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbauer- und Metallarbeiter (eingeschriebene Hilfskasse) Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.9  
[Zentrale bzw. nationale Krankenkasse mit örtlichen Stellen für die Mitglieder des entsprechenden Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, enge Anlehnung an das Hilfskassengesetz]
- 10.12.1876 Wahlaufruf der Zentrumsfraktion für die Reichstagswahl Abt. I, Bd.8, Nr.136  
[Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung, berechnigte Forderungen der Arbeiter sollen unterstützt werden]
- 13.12.1876 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal an den Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.122  
[Neuerliches Votum für eine umfassende Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes; Vorlage von Stellungnahmen landwirtschaftlicher Verbände, die das Bedürfnis nach einer gesetzlichen Reform aus der Perspektive der ländlichen Räume bzw. der dortigen Abwanderungen der Arbeiter betonen]
- 18.12.1876 Entwurf des Geheimen Regierungsrates Arnold Nieberding für ein Votum des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.101  
[Vorschlag einer Revision der Fabrikgesetzgebung unter weitgehender Berücksichtigung der Einwände Bismarcks vom 30.9.1876]

**1877**

- 13.01.1877 Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Landwirtschaftsminister Dr. Rudolf Friedenthal Abt. I, Bd.7, Nr.123  
[Teilweises Einschwenken des Innenministers auf die Reformvorschläge des Landwirtschaftsministers zum Unterstützungswohnsitzgesetz]
- 18.01.1877 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal an den Innenminister Friedrich Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.124  
[Einverständnis des Landwirtschaftsministers mit dem Kompromißangebot des Innenministers zum Unterstützungswohnsitzgesetz]
- 26.01.1877 Schreiben des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.7, Nr.125  
[Feststellung eines über die Novellierung des § 30 Unterstützungswohnsitzgesetz hinausgehenden Reformbedarfs; teilweise Übernahme der Position des Landwirtschaftsministers zur Reform des Unterstützungswohnsitzgesetz]
- 00.02.1877 Jahresbericht der Handelskammer Dortmund Abt. I, Bd.8, Nr.137  
[Trotz der Formierung eines vierten Standes besteht Hoffnung auf eine reformerische Entwicklung statt einer revolutionären. Auf die Industriellen kommen neue Aufgaben zu: Sie müssen öffentlich klar machen, daß Kapital und Arbeit zusammengehören. Einen untersten Stand der Gesellschaft wird es immer geben, für das Individuum besteht aber die Möglichkeit des sozialen Aufstiegs]
- 07.02.1877 Bericht des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.141  
[Staatliche Maßnahmen gegen saisonale und konjunkturelle Arbeitslosigkeit, insbesondere durch Arbeitsbeschaffung beim Eisenbahnbau, werden dargelegt]
- 11.02.1877 Rundschreiben von Alfred Krupp an die Firma Fried. Krupp Abt. I, Bd.8, Nr.138  
[Krupp warnt vor der Sozialdemokratie. Deren Machtübernahme hätte den Untergang der Fabrik und allgemeine Rechtlosigkeit zur Folge. Krupp blickt auf die Geschichte seines Unternehmens zurück und lobt die alten, treuen Arbeiter. Er verteidigt Privateigentum und Unternehmergewinn und gibt den Arbeitern Verhaltensmaßregeln]
- 15.02.1877 Verhandlungsprotokoll der Generalversammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer Abt. I, Bd.7, Nr.126  
[Debatte und Beschlüsse konservativer Agrarpolitiker zur Reform des Armenwesens, insbesondere des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 15.02.1877 Eingabe des Berliner Bezirksvereins Gesundbrunnen an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.142  
[Bitte um staatliche Maßnahmen zur Arbeitsbeschaffung angesichts der wirtschaftlichen Krise]

- 16.02.1877 Bericht des Geheimen Regierungsrates Dr. Wilhelm Stieber an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.143  
[Detaillierte Ausführungen über die Beschäftigungssituation in Berlin Mitte]
- 20.02.1877 Eingabe des Vorsitzenden des Deutschen Landwirtschaftsrats Friedrich von Wedell-Malchow an das Reichskanzleramt Abt. I, Bd.7, Nr.127  
[Resolution des Deutschen Landwirtschaftsrats zur Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 23.02.1877 Handschreiben Wilhelm I. an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.144  
[Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit werden angemahnt]
- 03.03.1877 Bericht des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.4, Nr.160  
[Mitteilung über beabsichtigte Reichstagsinitiativen der Konservativen zur Novellierung der Gewerbeordnung]
- 04.03.1877 Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Otto Theodor von Seydewitz und Genossen an den Reichstag mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.161  
[Einführung von obligatorischen Arbeitsbüchern für Gesellen und Gehilfen]
- 05.03.1877 Denkschrift des Staatsministeriums für den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.145  
[Als Maßnahme gegen die Krise bzw. Arbeitslosigkeit werden Staatsaufträge erteilt, ein Recht auf Arbeit ist nicht anzuerkennen]
- 06.03.1877 Immediatbericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido v. Madai an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.146  
[Branchenspezifische Übersicht über die Arbeitslosigkeit bei den Berliner Fabrikarbeitern]
- 06.03.1877 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium mit Denkschrift und Gesetzentwurf Abt. I, Bd.4, Nr.162  
[Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Regelung des Lehrlingswesens]
- 06.03.1877 Schreiben des sächsischen Außenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.4, Nr.163  
[Vorschläge Sachsens zur Abänderung der Gewerbeordnung: Einführung von Arbeitsbüchern für Gesellen, Gehilfen und Fabrikarbeiter; Bestrafung des Kontraktbruchs; Pflicht zur Erstellung von Fabrikordnungen]
- 09.03.1877 Der Gewerkverein Nr. 10. Praktische Winke für die eingeschriebenen Gewerkvereinshilfskassen Abt. I, Bd.5, Nr.168  
[Ratschläge, die darauf gerichtet sind, trotz formaler Trennung den inneren materiellen Zusammenhang einer Hilfskasse mit „ihrem“ Gewerkverein zu gewährleisten; Doppelmitgliedschaft; Personalunion bei der Ämterbesetzung etc.]
- 14.03.1877 Ordre des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm I. an das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.147  
[Wilhelm I. ist mit den getroffenen Maßnahmen der Staatsregierung zufrieden]
- 16.03.1877 Votum des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.7, Nr.128  
[Ausführliche Begründung der Notwendigkeit umfassender Reformen des Unterstützungswohnsitzgesetzes, insbesondere aus der Perspektive der Landwirtschaft; Antrag auf Abänderung einiger Bestimmungen des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 19.03.1877 Antrag des Reichstagsabgeordneten Ferdinand Graf von Galen und Genossen an den Reichstag Abt. I, Bd.3, Nr.102  
[Der Reichskanzler soll aufgefordert werden, eine Novelle zur Gewerbeordnung auszuarbeiten, die die Sonntagsruhe schützt, die Fabrikarbeit von Kindern verbietet und die Frauenarbeit in Fabriken einschränkt]
- 21.03.1877 Votum des preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck für das Staatsministerium Abt. I, Bd.4, Nr.164  
[Einführung eines Arbeitsbuchs als Legitimationszwang für gewerbliche Arbeiter wird befürwortet; Einführung der Bestrafung des Kontraktbruchs wird nicht ausgeschlossen]



- 24.03.1877 Antrag der Reichstagsabgeordneten Heinrich Rickert, Dr. Wilhelm Wehrenpfennig und Genossen an den Reichstag Abt. I, Bd.4, Nr.165  
[Für gewerbliche Schiedsgerichte sollen Ausführungsbestimmungen erlassen werden]
- 28.03.1877 Votum des preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck für das Staatsministerium Abt. I, Bd.7, Nr.129  
[Stellungnahme zu den Vorschlägen des Landwirtschaftsministers zum Unterstützungswohnsitzgesetz, weitgehendes Einverständnis]
- 01.04.1877 Schreiben des bayerischen Innenministers Sigmund Heinrich von Pfeufer an den bayerischen Außenminister Adolf von Pfretzschner Abt. I, Bd.4, Nr.166  
[Haltung Bayerns zu den im Reichstag gestellten Anträgen zur Abänderung der Gewerbeordnung: Einführung von Arbeitsbüchern wird abgelehnt; Maßnahmen gegen den Kontraktbruch werden befürwortet; die Einrichtung von Gewerbegerichten wird begrüßt]
- 02.04.1877 Erlaß des sächsischen Außenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den Gesandten und Bundesratsbevollmächtigten Oswald von Nostitz-Wallwitz Abt. I, Bd.4, Nr.167  
[Stellung Sachsens zu den im Reichstag eingebrachten Anträgen zur Abänderung der Gewerbeordnung]
- 03.04.1877 Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 Abt. I, Bd.7, Nr.130  
[Rahmenregelungen zur Herabsetzung von Altersgrenze und Frist für Erwerb des Unterstützungswohnsitzes; Verkürzung der Verlustfrist; Ausweitung der gem. § 29 Unterstützungswohnsitzgesetz leistungsberechtigten Gruppen; Verlängerung der entsprechenden Unterstützungsfrist; Vereinfachung des Nachweises der Landarmenqualität; Anordnung von Zwangsarbeit im Verwaltungsverfahren]
- 07.04.1877 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Ferdinand von Landgraf an den bayerischen Außenminister Adolf von Pfretzschner Abt. I, Bd.3, Nr.103  
Abt. I, Bd.4, Nr.168  
[Beratung im Bundesrat zu den im Reichstag eingebrachten Anträgen zur Abänderung der Gewerbeordnung; Ablehnende Haltung des Bundesrats zum Arbeiterschutzantrag des Zentrums]
- 11.04.1877 Antrag der Reichstagsabgeordneten Bebel, Friedrich Wilhelm Fritzsche und Genossen an den Reichstag mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.3, Nr.104;  
Abt. I, Bd.4, Nr.169  
[Gesetzentwurf der Sozialdemokraten zur Abänderung der Gewerbeordnung: Verbot der Sonntagsarbeit; Normalarbeitstag von zehn Stunden für erwachsene Männer; Normalarbeitstag von acht Stunden für Frauen und Jugendliche; Verbot der Nacharbeit; Arbeitsverbot für Schwangere und Wöchnerinnen; Verbot der Kinderarbeit; Einstellung von Reichsarbeitsinspektoren zur Kontrolle des Arbeiterschutzes; Gefahrenschutzkontrolle durch das Reichsgesundheitsamt. Gewerbekammern, Gewerbegerichte und Bestrafung der Arbeitgeber für Verleitung zum Koalitionsbruch]
- 14.04.1877 Antrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Max Hirsch und Genossen an den Reichstag Abt. I, Bd.4, Nr.170  
[Antrag auf Erlaß von Normativbestimmungen für gewerbliche Schiedsgerichte und eines Gesetzes, betreffend die privatrechtliche Stellung von Vereinen]
- 19.04.1877 Brief des Professors Dr. Ludwig Josef Brentano an den Reichstagsabgeordneten Dr. Eduard Lasker Abt. I, Bd.4, Nr.171  
[Einverständnis mit Laskers Ansichten zur Arbeiterfrage; Bestrafung des Kontraktbruchs ist eher zu akzeptieren als die Wiedereinführung der Arbeitsbücher]
- 21.04.1877 Schreiben des Geheimen Legationsrates im badischen Staatsministerium Dr. Friedrich Hardeck an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.4, Nr.172  
[Ablehnung obligatorischer Arbeitsbücher; Befürwortung von gewerblichen Schiedsgerichten]
- 24.04.1877 Erlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Regierung in Düsseldorf Abt. I, Bd.2, Nr.15  
[Es wird ein Bericht über die Auswirkungen des Haftpflichtgesetzes angefordert]
- 24.04.1877 Protokoll der zweiten Sitzung der IX. Kommission des Reichstags Abt. I, Bd.3, Nr.105  
[Anträge zur Änderung der Gewerbeordnung werden mit Ausnahme des Antrags der Zentrumsfraktion vom 19.3.1877 dem Reichskanzler überwiesen]
- 27.04.1877 Berliner Freie Presse Nr. 96. Maschinenbauer-Krankenkassenangelegenheiten Abt. I, Bd.5, Nr.169  
[„Postenschacher“ und „Staatsstreik“: Der Verwaltungsrat der Maschinenbauerkrankenkasse konterkariert mit einer Mehrheit von Arbeitgeber- und Gewerkvereinerstimmen die Beschlüsse der Delegiertenversammlung, die sozialdemokratischen Forderungen entsprachen]
- 28.04.1877 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.7, Nr.131  
[Zustimmung zum Gesetzentwurf zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes mit ergänzender Abänderung]

- 30.04.1877 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.106  
[Achenbach besteht auf einheitlicher Durchführung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für jugendliche Arbeiter im gesamten Reich]
- 30.04.1877 Erstfassung des Entwurfs eines Fabrikgesetzes Abt. I, Bd.3, Nr.107  
[Gefahrenschutz; Meldepflicht für Arbeitsunfälle; Verbot der Sonntagsarbeit; obligatorische Fabrikordnungen; Verbot der Arbeit von Kindern unter 12 Jahren; Regelung der Arbeitszeit der 12- bis 14jährigen; Möglichkeit des Verbots der Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen in bestimmten Industriezweigen durch den Bundesrat; Kontrolle des Gesetzes durch Fabrikinspektoren]
- 30.04.1877 Erstfassung des Entwurfs eines Gesetzes zur Abänderung der Gewerbeordnung Abt. I, Bd.4, Nr.173  
[Abänderung des VII. Titels der Gewerbeordnung. Für Arbeiter unter 18 Jahren wird bestimmt: Verbot der Sonntagsarbeit; Verbot der Beschäftigung durch Vorbestrafte; Pflicht zur Führung von Arbeitsbüchern]
- 02.05.1877 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann über Direktiven des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.108  
Abt. I, Bd.4, Nr.174  
[Anweisungen zu den weiteren Verhandlungen mit dem Reichskanzleramt über die Reform der Gewerbeordnung; ein besonderes Fabrikgesetz wird abgelehnt; Annahme minderjähriger Arbeiter ohne Arbeitsbuch soll strafbar sein; in die Arbeitsbücher sollen auch Arbeitszeugnisse eingetragen werden können]
- 22.05.1877 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.7, Nr.132  
[Begründung des Gesetzentwurfs für eine Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes; Bitte um Ermächtigung zur Vorlage desselben im Bundesrat]
- 23.05.1877 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den preußischen Finanzminister Otto Camphausen Abt. I, Bd.3, Nr.109  
[Der Ausbau der Fabrikinspektion muß finanziell abgesichert werden]
- 30.05.1877 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann an den Bundesrat mit Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 (Präsidentialentwurf) und Motive Abt. I, Bd.7, Nr.133  
[Herabsetzung von Altersgrenze und Frist für Erwerb des Unterstützungswohnsitzes; Verkürzung der Verlustfrist; Ausweitung der gem. § 29 Unterstützungswohnsitzgesetz leistungsberechtigten Gruppen; Verlängerung der entsprechenden Unterstützungsfrist; Vereinfachung des Nachweises der Landarmenqualität; Anordnung von Zwangsarbeit im Verwaltungsverfahren]
- 00.06.1877 Gutachten des Bürovorstehers der Berliner Gewerbe-Deputation Robert Schüler Abt. I, Bd.5, Nr.170  
[Kritik der Gewerbeordnungsnovelle und des Hilfskassengesetzes; Plädoyer, das Berliner Ortsstatut vom 5./7.4.1853 vor 1884 nicht aufzuheben bzw. an die Vorgaben des Hilfskassengesetzes anzupassen und so die („multifunktionalen“) Kassen, die der Absicherung verschiedener Risiken dienen, und Arbeitgeberbeiträge noch beizubehalten]
- 01.06.1877 Zweitfassung des Entwurfs eines Fabrikgesetzes Abt. I, Bd.3, Nr.110  
[Gefahrenschutz; Trennung der jugendlichen Arbeiter und unverheirateten Arbeiterinnen von männlichen Arbeitern; Meldepflicht für Arbeitsunfälle; Verbot der Sonntagsarbeit; obligatorische Fabrikordnungen; Verbot der Arbeit von Kindern unter 12 Jahren; Regelung der Arbeitszeit der 12- bis 14jährigen; Möglichkeit des Verbots der Beschäftigung von Kindern und Jugendlichen in bestimmten Industriezweigen durch den Bundesrat; Kontrolle des Gesetzes durch Fabrikinspektoren]
- 01.06.1877 Zweitfassung des Entwurfs eines Gesetzes, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung Abt. I, Bd.4, Nr.175  
[Abänderung des VII. Titels der Gewerbeordnung: Verbot der Sonntagsarbeit und Pflicht zur Führung von Arbeitsbüchern für Arbeiter unter 18 Jahren]
- 06.06.1877 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.4, Nr.176  
[Vorschlag für ein eigenständiges Gesetz über gewerbliche Schiedsgerichte bei den Gemeinden ohne Ausschluß der Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte. Abkehr von der subsidiären gewerbegerichtlichen Kompetenz der Gemeinden gemäß § 108 Abs. 2 Gewerbeordnung]
- 13.06.1877 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann Abt. I, Bd.4, Nr.177  
[Prinzipielles Einverständnis mit dem Plan des Reichskanzleramtes, ein Gesetz über gewerbliche Schiedsgerichte auszuarbeiten; Ablehnung der Möglichkeit für eine Partei, die ordentliche Gerichtsbarkeit anzurufen]

- 16.06.1877 Kölnische Zeitung Nr. 166. Das deutsche Grundrecht der Freizügigkeit und der Unterstützungswohnsitz Abt. I, Bd.7, Nr.134  
 [Die Regierungsvorlage zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes wird als Regelung zur gerechteren Verteilung der Unterstützungslast begrüßt]
- 20.06.1877 Eingabe der Handelskammer Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.111  
 [Die Arbeitsbeschränkungen für Kinder und Jugendliche sollen auf Werkstätten ausgedehnt werden; für 14- bis 16jährige sollen in bestimmten Industriezweigen Tagesarbeitszeiten von bis zu 11,5 Stunden möglich sein]
- 30.06.1877 Schreiben des preußischen Finanzministers Otto Camphausen an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.112  
 [Camphausen lehnt weitere Stellen für Fabrikinspektoren und eine Erhöhung der Bezahlung der bereits angestellten ab]
- 01.07.1877 Erstfassung eines Gesetzes, betreffend die Entscheidungen in gewerblichen Streitigkeiten Abt. I, Bd.4, Nr.178  
 [Ausdifferenzierung der Gewerbegerichtbarkeit aus der Gewerbeordnung: Die Gemeinden, hilfsweise der Staat, können Gewerbegerichte errichten, die in erster Instanz an die Stelle der ordentlichen Gerichtsbarkeit treten. Der vom Magistrat oder der Gemeindevertretung bestimmte Vorsitzende darf weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer sein und muß von der höheren Verwaltungsbehörde bestätigt werden. Beisitzer werden paritätisch von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gestellt]
- 06.07.1877 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Bezirksregierungen und den Berliner Polizeipräsidenten mit Anlagen Abt. I, Bd.5, Nr.171  
 [Zusendung von im Handelsministerium ausgearbeiteten Musterstatuten und eines Ortsstatuts zur Krankenkassenpflicht sowie eines Kassenstatuts einer gemeindlichen Fabrikarbeiterkrankenkasse]
- 24.07.1877 Schreiben des Fabrikinspektors für die Provinz Pommern Robert Hertel an den Papierfabrikanten Moritz Behrend Abt. I, Bd.3, Nr.113  
 [Der Fabrikinspektor beanstandet mangelnden Gefahrenschutz in der Papierfabrik „Hammermühle“ und „verfügt“ Abänderungen]
- 24.07.1877 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Regierungsassessor Friedrich von Kurowski Abt. I, Bd.3, Nr.114  
 [Hofmann berichtet über die Ausarbeitung von Entwürfen eines Gesetzes zur Abänderung des VII. Titels der Gewerbeordnung, eines Fabrikgesetzes und eines Gewerbegerichtsgesetzes]
- 26.07.1877 Schreiben des Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Fabrikinspektor für die Provinz Pommern Robert Hertel Abt. I, Bd.3, Nr.115  
 [Behrend nimmt zu Monita des Fabrikinspektors Hertel vom 24.7.1877 Stellung]
- 30.07.1877 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Regierungsassessor Friedrich von Kurowski mit drei Gesetzentwürfen und zwei Denkschriften Abt. I, Bd.3, Nr.116  
 Abt. I, Bd.4, Nr.179  
 [Übersendung eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gewerbeordnung, eines Entwurfs für ein Fabrikgesetz und eines Entwurfs eines Gewerbegerichtsgesetzes]
- 31.07.1877 Verhandlungen des Städtetags für Schleswig-Holstein-Lauenburg Abt. I, Bd.7, Nr.135  
 [Halbherzige Stellungnahme des Schleswig-Holsteiner Städtetages zur Notwendigkeit einer Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 31.07.1877 Schreiben des Fabrikinspektors für die Provinz Pommern Robert Hertel an den Papierfabrikanten Moritz Behrend Abt. I, Bd.3, Nr.117  
 [Der Fabrikinspektor sieht nach Einsichtnahme in die Konzessionspapiere von einem Einschreiten gegen die Papierfabrik „Hammermühle“ ab]
- 01.08.1877 Schreiben des Regierungsassessors Friedrich von Kurowski an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.3, Nr.118  
 [Bismarck untersagt die Weiterarbeit an dem vom Reichskanzleramt vorgelegten Entwurf eines Fabrikgesetzes]
- 02.08.1877 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.2, Nr.16  
 [Die unerwünschten Auswirkungen des Haftpflichtgesetzes werden dargestellt]

- 03.08.1877 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Regierungsassessor Friedrich von Kurowski mit Denkschrift  
[Hofmann rechtfertigt die Ausarbeitung der Entwürfe eines Fabrikgesetzes und eines Gewerbegerichtsgesetzes] Abt. I, Bd.3, Nr.119  
Abt. I, Bd.4, Nr.180
- 05.08.1877 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann  
[Bismarck hält die ohne sein Wissen erfolgte Ausarbeitung der Gesetzentwürfe zur Abänderung der Gewerbeordnung und eines Fabrikgesetzes für verfassungswidrig] Abt. I, Bd.3, Nr.120
- 10.08.1877 Schreiben des preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck an den Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach  
[Bismarck hat Zweifel an der politischen Opportunität und gesetzlichen Berechtigung der Fabrikinspektion. Kritik an der „diskretionären Machtvollkommenheit“ der Fabrikinspektoren. Vorlage der Entwürfe für ein Fabrikgesetz sei eine Kompetenzüberschreitung des Reichskanzleramts. Anstelle des Ausbaus des Arbeiterschutzes soll die Haftpflicht bei Unfällen und gesetzliche Regelungen der Invalidität treten] Abt. I, Bd.3, Nr.121
- 11.08.1877 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann  
[Bismarck moniert die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe zur Abänderung der Gewerbeordnung und eines Fabrikgesetzes] Abt. I, Bd.3, Nr.122
- 11.08.1877 Protokoll der Delegiertenversammlung der badischen Kreisausschüsse  
[Beratung und Beschlußfassung über die Anträge Wilhelm Höchstetters zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes] Abt. I, Bd.7, Nr.136
- 11.08.1877 Bericht des Lörracher Pfarrers Wilhelm Höchstetter für die Delegiertenversammlung der badischen Kreisausschüsse  
[Die Regierungsvorlage zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes wird im Grundsatz begrüßt; Abwehr von Gegenargumenten] Abt. I, Bd.7, Nr.137
- 17.08.1877 Bericht des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck  
[Hofmann berichtet, er habe die von Bismarck kritisierten Gesetzentwürfe (30.7.1877) den Bundesregierungen noch nicht mitgeteilt] Abt. I, Bd.3, Nr.123
- 19.08.1877 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach  
[Hofmann bittet Achenbach um Unterstützung bei der von Bismarck geforderten Darstellung des Zustandekommens der Entwürfe zur Abänderung der Gewerbeordnung] Abt. I, Bd.3, Nr.124
- 27.08.1877 Bericht des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck  
[Hofmann rechtfertigt erneut die Ausarbeitung der Gesetzentwürfe zur Revision der Gewerbeordnung und eines Fabrikgesetzes] Abt. I, Bd.3, Nr.125
- 12.09.1877 Gemeinsamer Runderlaß des preußischen Innenministers Friedrich Graf zu Eulenburg und des Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal an die Regierungen und Landdrosteien  
[Anforderung von Informationen über die finanziellen Auswirkungen des Unterstützungswohnsitzgesetzes] Abt. I, Bd.7, Nr.138
- 14.09.1877 Entwurf eines Erlasses des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann  
[Bismarck kritisiert erneut in scharfer Form das Vorgehen Hofmanns bei der Ausarbeitung der Gesetzentwürfe zur Abänderung der Gewerbeordnung, eines Fabrikgesetzes bzw. eines Gewerbegerichtsgesetzes] Abt. I, Bd.3, Nr.126
- 24.09.1877 Vermerk des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann  
[Bismarck ist gegen gesetzliche Regelungen, die den Fabrikbetrieb beschränken; auf ein besonderes Fabrikgesetz wird daher verzichtet] Abt. I, Bd.3, Nr.127
- 26.09.1877 Entschließung der fünften Versammlung des Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege  
[Die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung sollen auf Werkstätten und Hausindustrie ausgedehnt werden; Verbot der Kinderarbeit unter 14 Jahren; Verbot der Nachtarbeit von Frauen und Jugendlichen; Verbot der Sonntagsarbeit; Verbot der Arbeit von Frauen und Jugendlichen in bestimmten Industrien; Wöchnerinnenschutz; Ausdehnung der Konzessionspflicht; Kontrolle der Fabrikhygiene durch staatlich ausgebildete Beamte; Bildung von Fabrikkommissionen zur Gewerbeaufsicht] Abt. I, Bd.3, Nr.128

- 02.10.1877 Bericht des Staatssekretärs im Reichsjustizamt Heinrich Friedberg an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.129  
[Die Dienstanweisung der preußischen Fabrikinspektoren steht mit der Gewerbeordnung im Einklang]
- 09.10.1877 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.3, Nr.130  
[Rechtfertigung des Ausbaus der Fabrikinspektion; Hinweis auf deren Entwicklung seit 1853 unter Mitwirkung des preußischen Ministerpräsidenten bzw. Reichskanzlers Bismarck]
- 10.10.1877 Thesen des Professors Dr. Gustav Schmoller auf der fünften Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik Abt. I, Bd.3, Nr.131  
[Kinderarbeit in Fabriken und Werkstätten ist nach und nach zu verbieten; Zehnstudentag für jugendliche Arbeiter und Frauen; ein Normalarbeitstag für erwachsene Männer wird dagegen abgelehnt]
- 15.10.1877 Rundschreiben des Bürovorstehers der Berliner Gewerbe-Deputation Robert Schüler an Berliner Kassenvorstände Abt. I, Bd.5, Nr.172  
[Thesen zur Kritik der Gewerbeordnungsnovelle und des Hilfskassengesetzes; die damit verbundenen Schwierigkeiten sind so groß, daß ein neues Ortsstatut vor dem fernem Termin 1884 besser nicht zu erlassen ist]
- 20.10.1877 Votum des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann für das preußische Staatsministerium mit Gesetzentwurf Abt. I, Bd.3, Nr.132, Abt. I, Bd.4, Nr.181  
[Hofmann legt einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung und den Entwurf eines Gewerbe-gerichtsgesetzes vor]
- 22.10.1877 Runderlaß des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an die Oberpräsidenten in Königsberg, Stettin, Magdeburg, Hannover, Münster, Koblenz, die Regierungen in Frankfurt/Oder, Oppeln, Kassel, Wiesbaden, Düsseldorf und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. I, Bd.3, Nr.133  
[Die Fabrikinspektoren sollen angehalten werden, durch Überzeugungsarbeit auf die Gewerbetreibenden einzuwirken]
- 04.11.1877 Votum des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach für das Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.134  
[Stellungnahme Achenbachs zu dem vom Reichskanzleramt am 20.10.1877 vorgelegten umgearbeiteten Entwurf für eine Novelle zur Gewerbeordnung und eines Gewerbe-gerichtsgesetzes; Achenbach besteht auf der von ihm geforderten Befugnis des Bundesrats, in bestimmten Industriezweigen die Arbeit von Jugendlichen ganz verbieten zu können] Bd.4, Nr.182
- 06.11.1877 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Christoph Tiedemann an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.3, Nr.135  
[Bismarck ist mit der von Hofmann am 20.10.1877 vorgelegten Fassung der Entwürfe zur Novellierung der Gewerbeordnung einverstanden]
- 07.11.1877 Entschließung der siebten ordentlichen Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen Abt. I, Bd.3, Nr.136  
[Der Verein spricht sich strikt gegen den Ausbau des Arbeiterschutzes aus und fordert statt dessen den Abbau der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter; ein Wöchnerinnenschutz wird jedoch befürwortet]
- 20.11.1877 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Christoph Tiedemann an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.3, Nr.137  
[Stellungnahme Bismarcks zu Änderungsvorschlägen des Handelsministeriums vom 4.11.1877 zu dem vom Reichskanzleramt am 20.10.1877 vorgelegten Entwurf einer Gewerbeordnungsnovelle]
- 20.11.1877 Votum des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.138  
[Rückäußerung Hofmanns zu Stellungnahmen des preußischen Kultusministers und des Handelsministers zu seinen am 20.10.1877 vorgelegten Gesetzentwürfen] Abt. I, Bd.4, Nr.183
23. u. 30.11., 7. u. 14.12. 1877 Der Gewerkverein Nr. 47, Nr. 48, Nr. 49 und Nr. 50. Ein Zwangskassengutachten Abt. I, Bd.5, Nr.173  
[Kritische Darstellung des bestehenden Zwangskassenwesens in Berlin und damit Kritik der Schülerschen Thesen bzw. an dessen Plädoyer gegen das Hilfskassengesetz und die Gewerbeordnungsnovelle, darüber hinaus werden Schülers Ansichten als rechtsirrig gekennzeichnet]
- 29.11.1877 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.3, Nr.139, Abt. I, Bd.4, Nr.184  
[Beschlüßfassung zu dem vom Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann am 20.10.1877 vorgelegten Entwurf einer Novelle zur Gewerbeordnung; ein Beschluß über das Gewerbe-gerichtsgesetz wird vertagt]

- 00.12.1877 Rundschreiben des Vorstands des Zentralvereins für Sozialreform auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage Abt. I, Bd.8, Nr.140  
[Soziale Reformen müssen angebahnt werden, um eine Revolution des vierten Standes zu verhindern. Die evangelische Kirche hat heute Stellung zur Arbeiterfrage genommen, die Forderungen der Arbeiter sind teilweise berechtigt. Eine Wochenzeitschrift unter Mitwirkung von Nationalökonomern soll zur Aufklärung der Wohlgesinnten dienen, mit den Arbeitern soll ein öffentlicher Diskussionsprozeß begonnen werden, als organisatorische Grundlage ist ein Verein gegründet, aus dem eine Partei entachsen kann]
- 03.12.1877 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei der Regierung Stettin Rudolf Friedrichs Abt. I, Bd.3, Nr.140  
[Lohmann fordert Friedrichs auf, einen Artikel über die Jahresberichte der Fabrikinspektoren für die „Neue Preußische Zeitung“ zu verfassen und Mitglieder der konservativen Reichstagsfraktion für die Verankerung der Fabrikinspektion in der Gewerbeordnungsnovelle zu gewinnen]
- 05.12.1877 Statut des Zentralvereins für Sozialreform auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage Abt. I, Bd.8, Nr.139  
[Sozialreform als Hilfe für den Arbeiterstand durch Öffentlichkeitsarbeit („Agitation“); Geldfonds]
- 06.12.1877 Votum des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann für das preußische Staatsministerium mit zwei Gesetzentwürfen Abt. I, Bd.4, Nr.185  
[Vom preußischen Staatsministerium genehmigte Fassung des Gewerbegerichtsgesetzes und des Gesetzes zur Abänderung der Gewerbeordnung]
- 17.12.1877 Anzeige des Kassierers der Berliner Verwaltungsstelle der Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Zimmerer Wilhelm Ringmann an den Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai Abt. I, Bd.5, Nr.174  
[Antrag, einen Versammlungsschein zur Abhaltung einer öffentlichen Versammlung der Zentralkranken- und Sterbekasse der deutschen Zimmerleute auszustellen; Polizei und Staatsanwaltschaft verhindern dies]
- 21.12.1877 Rundverfügung der Regierung Düsseldorf an die Landräte ihres Bezirks Abt. I, Bd.3, Nr.141  
[Erlaß einer Polizeiverordnung, die die Fabrikbesitzer verpflichtet, die Konzessionsurkunden jederzeit vorlegen zu können. Fabriken müssen halbjährlich von den Polizeibehörden revidiert werden. Fabrikinspektoren sind über schwere Unfälle zu informieren]
- 25.12.1877 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.3, Nr.142  
[Positionen zur Diskussion über Fabrikinspektoren]
- 25.12.1877 Berliner Freie Presse Nr. 301, Beilage. Die Invalidenkasse der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine Abt. I, Bd.6, Nr.38  
[Bericht über die gerichtliche Auseinandersetzung zwischen Dr. August Zillmer und Dr. August Elsner und die negativen Expertengutachten über die Invalidenkasse]

## 1878

- 02.01.1878 Eingabe des Vorstands der Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Zimmerer August Kapell an das preußische Ministerium des Innern Abt. I, Bd.5, Nr.175  
[Beschwerde gegen das polizeiliche Verbot der Generalversammlung einer eingeschriebenen Hilfskasse, Zweifel an der Anwendbarkeit des preußischen Vereinsgesetzes]
- 13.01.1878 Bericht des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten Albert von Heß an den Minister für Auswärtige Angelegenheiten Hermann Mittnacht Abt. I, Bd.7, Nr.139  
[Diskussion des Gesetzentwurfs und der vorläufigen preußischen Statistik über die Auswirkungen des Unterstützungswohnsitzgesetzes, Vertagung der Beschlußfassung über Eintritt in die Spezialberatung]
- 25.01.1878 Rede des Hofpredigers Adolf Stoecker: Über den Programmentwurf für die christlich-sozialen Arbeiterpartei Abt. I, Bd.8, Nr.141  
[Kritik an Güterzusammenkauf und Produktionsgemeinschaft bzw. Sozialdemokratie; Darstellung der eigenen Forderungen zur Lösung der ökonomischen Aspekte der sozialen Fragen: Staatshilfe, Alterskassen, Arbeiterschutz, progressive Einkommens- und Erbschaftssteuer]
- 26.01.1878 Bericht des Darmstädter Oberbürgermeisters Albrecht Ohly an den hessischen Städtetag mit Entschliebung Abt. I, Bd.7, Nr.140  
[Vehementer Protest der hessischen Städte gegen die geplanten Änderungen des Unterstützungswohnsitzgesetzes]

- 29.01.1878 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den stellvertretenden preußischen Minister des Innern Dr. Rudolf Friedenthal Abt. I, Bd.5, Nr.176  
[Die eingeschriebenen Hilfskassen sind, sofern von Sozialdemokraten verwaltet, als Ersatzorganisationen für (verbotene) politische Vereine anzusehen, sie bilden – begünstigt durch das Hilfskassengesetz – eine gefährliche Macht, der „mit jeder nur möglichen Handhabe“ polizeilich entgegenzutreten ist]
- 30.01.1878 Vorwärts Nr. 12 und Nr. 13 Abt. I, Bd.4, Nr.186  
[Kritik an den Vorlagen des Reichskanzleramts für ein Gewerbegerichtsgesetz und eine Novelle zur Gewerbeordnung]
- 31.01.1878 Denkschrift zur Revision des Haftpflichtgesetzes vom 7. Juni 1871 mit drei alternativen Gesetzentwürfen für den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.2, Nr.17  
[Um die Mängel des geltenden Haftpflichtrechts zu überwinden, wird vorgeschlagen, dessen Geltungsbereich auszudehnen und die Haftung der Unternehmer auszuweiten]
- 01.02.1878 Programm der Christlich-Sozialen Arbeiterpartei Abt. I, Bd.3, Nr.143  
[Forderung nach staatlicher Sozialpolitik, Volksmission und Ablehnung der Sozialdemokratie und liberaler Genossenschaft, die Staatshilfe zurückweisen. – Verbot der Sonntagsarbeit wird gefordert; Abschaffung der Arbeit von Kindern und verheirateten Frauen in Fabriken; Normalarbeitstag; eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung soll angestrebt werden; Gesundheitsschutz] Abt. I, Bd.8, Nr.142
- 06.02.1878 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.7, Nr.141  
[Finanzielle Auswirkungen des Unterstützungswohnsitzgesetzes in preußischen Provinzen und Städten]
- 08.02.1878 Der Gewerkverein Nr. 6 Abt. I, Bd.4, Nr.187  
[Kritik an der Vorlage des Reichskanzleramts für ein Gewerbegerichtsgesetz]
- 09.02.1878 Eingabe des Vorstands des westfälischen Städtetages an die preußische Staatsregierung Abt. I, Bd.7, Nr.142  
[Der westfälische Städtetag sieht keinen akuten Bedarf zur Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes mit Ausnahme der Einführung des geplanten administrativen Arbeitszwanges]
- 11.02.1878 Immediatbericht des Bundesratsbevollmächtigten Gideon von Rudhart an den bayerischen König Ludwig II. Abt. I, Bd.4, Nr.188  
[Bericht über Ausschlußberatungen des Bundesrats über die Gesetzesvorlage zur Abänderung der Gewerbeordnung]
- 12.02.1878 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.18  
[Anfrage, ob eine Ausdehnung und Verschärfung der Haftpflicht im Sinne der Referentenentwürfe im Staatsministerium erörtert werden soll]
- 18.02.1878 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.4, Nr.189  
[Beschlußfassung zum Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung und zum Entwurf eines Gewerbegerichtsgesetzes]
- 21.02.1878 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den stellvertretenden preußischen Minister des Innern Dr. Rudolf Friedenthal Abt. I, Bd.8, Nr.143  
[Zum Verhältnis von „Zentralverein für soziale Reform“ und „Christlich-soziale Arbeiterpartei“]
- 23.02.1878 Antrag des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Reichstag mit zwei Gesetzentwürfen nebst Begründung Abt. I, Bd.4, Nr.190  
[Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gewerbeordnung und eines Gewerbegerichtsgesetzes]
- 03.03.1878 Schreiben des stellvertretenden preußischen Ministers des Innern Dr. Rudolf Friedenthal an den preußischen Handelsminister Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.5, Nr.177  
[Sofern – was für strittig angesehen wird – die Generalversammlungen von Hilfskassen nach dem preußischen Vereinsgesetz keiner polizeilichen Anmeldung bedürfen, sollte eine Gesetzesänderung in Aussicht genommen werden]
- 06.03.1878 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.3, Nr.144  
[Lohmann berichtet über eine beabsichtigte Einflußnahme auf den Zentrumsabgeordneten Dr. Georg Freiherr von Hertling zur Fabrikinspektion]

- 08.03.1878 Vorwärts Nr. 28 Abt. I, Bd.3, Nr.145  
[Bericht über die erste Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung im Reichstag]
- 15.03.1878 Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Hamburger Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.143  
[Spezialberatung der Bundesratsausschüsse über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 18.03.1878 Protokoll der neunten Sitzung der IX. Reichstagskommission Abt. I, Bd.4, Nr.191  
[Die Einführung fakultativer Arbeitsbücher für erwachsene Arbeiter wird abgelehnt]
- 19.03.1878 Schreiben des preußischen Handelsministers Dr. Heinrich Achenbach an den stellvertretenden preußischen Minister des Innern Dr. Rudolf Friedenthal Abt. I, Bd.5, Nr.178  
[Zum Verhältnis von Hilfskassenrecht und Vereinsrecht: Die reichs- bzw. landesweiten Hilfskassen fallen nicht unter das Vereinsrecht, ihre Versammlungen sind nicht polizeilich zu beaufsichtigen, im übrigen aber auch politisch nicht so gefährlich wie von seiten des Innenministers dargestellt, eine Gesetzesänderung ist weder opportun noch parlamentarisch durchsetzbar]
- 25.03.1878 Bericht der IX. Kommission an den Reichstag Abt. I, Bd.4, Nr.192  
[Die Kommission zur Beratung des Gewerbeberichtsgesetzes fordert Diäten für die Beisitzer der Gewerbeberichte und Wegfall der staatlichen Bestätigung des Vorsitzes]
- 25.03.1878 Rudolf Kögel: Die Aufgabe des evangelischen Geistlichen an der sozialen Frage Abt. I, Bd.8, Nr.144  
[Relativ unbestimmte Erwägungen darüber, was der evangelische Geistliche (in Abgrenzung zum Staat bzw. zu staatlichen Organen) zu tun hat: im wesentlichen für Arbeitsamkeit und gegen Mammon predigen]
- 00.04.1878 Gewerbliche Zeitschrift für Rheinland und Westfalen Nr. 1 (Beilage). Grundzüge für Altersrentenkassen für Arbeiter von Eduard Gustav Wittenstein Abt. I, Bd.6, Nr.39  
[Vorschlag einer Altersrentenkasse für Arbeiter, die durch freiwillige Einlagen Anspruch auf eine Rente erwerben können; neben dem Vorzug der Freiwilligkeit gegenüber der Verpflichtung zur regelmäßigen Einzahlung in Rentenkassen von Sparkassen oder großer Fabrikunternehmen soll die vorgeschlagene Altersrentenkasse dem Arbeiter vor allem den Vorteil größtmöglicher und weitestgehender Verfügbarkeit über seine Ersparnisse bieten]
- 01.04.1878 Eingabe des Vorstands der Berliner Kranken- und Sterbekasse der Maschinenbauarbeiter August Meyer an den Magistrat der Stadt Berlin Abt. I, Bd.5, Nr.179  
[Beschwerde über Repressionen und Verleumdungen der Arbeitgebervertreter gegenüber den sozialdemokratischen Arbeitnehmervertretern im Verwaltungsrat]
- 02.04.1878 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann an den preußischen Handelsminister Albert Maybach Abt. I, Bd.2, Nr.19  
[Bismarck hat entschieden, daß von seiten der Regierung kein Anlaß vorliegt, das Haftpflichtgesetz zu novellieren]
- 11.04.1878 Bericht der IX. Kommission an den Reichstag Abt. I, Bd.3, Nr.146  
[Die Kommission nimmt an der Regierungsvorlage zur Abänderung der Gewerbeordnung erhebliche Änderungen vor: Verbot der Sonntagsarbeit, Wöchnerinnenschutz, obligatorische Fabrikinspektion]
- 14.04.1878 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.3, Nr.147  
[Lohmann berichtet über die Tätigkeit der IX. Reichstagskommission zur Beratung des Gesetzentwurfs zur Änderung der Gewerbeordnung]
- 25.04.1878 Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. II, Bd.6, Anh.B Nr.5  
[Bestimmungen über das Invalidengeld]
- 01.05.1878 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den preußischen Minister des Innern Botho Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.8, Nr.145  
[Zum Verhältnis von Christlich-sozialer Arbeiterpartei und Zentralverein für Sozialreform auf religiöser und konstitutionell-monarchischer Grundlage, Charakteristik von Todt, den Stoecker mit der Parteibildung überrascht habe]
- 02.05.1878 Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Hamburger Syndikus Dr. Karl Hermann Merck Abt. I, Bd.7, Nr.144  
[Bericht über die abschließende Beratung der Bundesratsausschüsse über den Gesetzentwurf zur Abänderung des Unterstützungswohnsitzes]



- 07.05.1878 Brief des Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3; Nr.148  
[Behrend behauptet, das nach der zweiten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung vorgesehene Verbot der Sonntagsarbeit ruiniere die Papierfabrik Hammermühle]
- 08.05.1878 Vorwärts Nr. 53 Abt. I, Bd.4, Nr.193  
[Bericht von der zweiten Lesung des Gewerbeberichtsgesetzes im Reichstagsplenum: Nach anfänglicher Beschlußfähigkeit und Vertagung folgt der Reichstag den Vorschlägen der Kommission hinsichtlich Bezahlung von Diäten und dem Verzicht auf Bestätigung des Vorsitzenden]
- 10.05.1878 Der Gewerkverein Nr. 19. Die Sonntagsarbeit vor dem Reichstag Abt. I, Bd.3, Nr.149  
[Bericht über die zweite Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung im Reichstag]
- 11.05.1878 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Christoph Tiedemann an den Legationssekretär Herbert Graf von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.150  
[Tiedemann informiert Bismarck über die Beschlüsse des Reichstags bei der zweiten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung und das beabsichtigte Vorgehen der Nationalliberalen in der dritten Lesung]
- 13.05.1878 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.3, Nr.151  
[Beschlußfassung über die Haltung Preußens nach der zweiten Lesung der Gesetzentwürfe zur Abänderung der Gewerbeordnung und eines Gewerbeberichtsgesetzes im Reichstag] Abt. I, Bd.4, Nr.194
- 13.05.1878 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Josef Herrmann an den bayerischen Innenminister Sigmund Heinrich von Pfeufer Abt. I, Bd.4, Nr.195  
[Stellung der bayerischen Regierung zu den Beschlüssen des Reichstags zum Gewerbeberichtsgesetz]
- 15.05.1878 Vorwärts Nr. 56. Die GewerbeGesetznovelle im Reichstag Abt. I, Bd.3, Nr.152  
[Bericht von der zweiten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung]
- 15.05.1878 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.4, Nr.196  
[Stellung des Bundesrats zu den Beschlüssen des Reichstags bei der zweiten Lesung des Gewerbeberichtsgesetzes]
- 16.05.1878 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Christoph Tiedemann an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.3, Nr.153  
[Bismarck hält an der Regierungsvorlage zur Gewerbeordnungsnovelle fest]
- 20.05.1878 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Josef Herrmann an den bayerischen Außenminister Adolf von Pfretzschner Abt. I, Bd.4, Nr.197  
[Bericht über den Stand der dritten Lesung des Gewerbeberichtsgesetzes im Reichstag]
- 24.05.1878 Vorwärts Nr. 60 Abt. I, Bd.3, Nr.154  
[Bericht von der dritten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung]
- 24.05.1878 Der Gewerkverein Nr. 21. Die dritte Beratung der Gewerbeordnungsnovelle Abt. I, Bd.3, Nr.155  
[Standpunkt der Fortschrittspartei zur Sonntagsarbeit]
- 27.05.1878 Bericht des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.156  
[Die Novelle zur Gewerbeordnung soll in der durch den Reichstag in dritter Lesung angenommenen Fassung akzeptiert werden]
- 31.05.1878 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den preußischen Handelsminister Albert Maybach Abt. I, Bd.3, Nr.157  
[Bismarck wünscht zur Frage der Aufnahme der obligatorischen Fabrikinspektion in die Gewerbeordnungsnovelle eine Stellungnahme des preußischen Handelsministers]
- 31.05.1878 Vorwärts Nr. 63 Abt. I, Bd.4, Nr.198  
[Das Gewerbeberichtsgesetz ist gescheitert]
- 00.06.1878 Dr. Wilhelm Rintel, Der Gewerks-Kranken-Verein zu Berlin und das Hilfskassengesetz Abt. I, Bd.5, Nr.180  
[Analyse der Satzungen von zehn eingeschriebenen Hilfskassen, insbesondere von deren Leistungen und Leistungsvoraussetzungen unter medizinischen Gesichtspunkten mit dem Ergebnis, daß die nunmehr frei „abwählbaren“ Zwangskassen und der von ihnen getragene Gewerkskrankenverein bessere Leistungsvoraussetzungen und Leistungen boten; Gefahr einer Gefährdung der Gesundheitspflege der Arbeiter und der Finanzen der Berliner Armenkasse]

- 04.06.1878 Schreiben des preußischen Handelsministers Albert Maybach an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.3, Nr.158  
[Maybach ist für Zustimmung des Bundesrats zur Novelle der Gewerbeordnung und regt an, die Fabrikinspektoren sollten auch über sozialdemokratische Agitation berichten und zu deren Bekämpfung beitragen]
- 05.06.1878 Sitzungsprotokoll des Conseils Abt. I, Bd.1, Nr.148  
[Beratungen über ein angemessenes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie angesichts des Nobilingischen Attentats: Kriegszustand oder Reichstagsauflösung und Ausnahmegesetzgebung]
- 07.06.1878 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Geheimen Regierungsrat Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.3, Nr.159  
[Hofmann übersendet eine Stellungnahme des Handelsministers Maybach zur Frage der obligatorischen Fabrikinspektion in der Novelle zur Gewerbeordnung]
- 28.06.1878 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den Geheimen Regierungsrat Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.3, Nr.160  
[Bismarck will die vom Reichstag beschlossene Novelle zur Gewerbeordnung im Bundesrat passieren lassen]
- 00.07.1878 Jahresbericht der Handelskammer Lüdenscheid Abt. I, Bd.8, Nr.146  
[Gewerbliche Fortbildungsschulen müssen eingeführt werden; sie sollen der allgemeinen Volksbildung dienen, die männliche Jugend von Genußsucht und Ausschweifungen abhalten und sie auf Industrierufe vorbereiten; nur so erhält die Industrie qualifizierten Nachwuchs und ist auf den internationalen Märkten konkurrenzfähig]
- 00.07.1878 Jahresbericht der Handelskammer Dortmund Abt. I, Bd.8, Nr.147  
[Vor dem Hintergrund der politischen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie verlangt die Kammer schärfere gesetzliche Bestimmungen gegen Kontraktbruch und Streiks sowie Erleichterungen bei der Beschäftigung von Frauen, Jugendlichen und Kindern]
- 04.07.1878 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.161  
[Der Bundesrat genehmigt die Novelle zur Gewerbeordnung in der vom Reichstag beschlossenen Fassung. Für die Fabrikinspektoren sollen „Normen“ ausgearbeitet werden]
- 17.07.1878 Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung Abt. I, Bd.3, Nr.162, Abt. I, Bd.4, Nr.199  
[Änderungen des VII. Titels: Sonntagsarbeit ist nicht verboten; Arbeitsbücher für Arbeiter unter 21 Jahren; Gesundheitsschutz in Fabriken; Verbot der Kinderarbeit unter 12 Jahren in Fabriken; von den Arbeitsbeschränkungen für jugendliche Fabrikarbeiter kann der Bundesrat Ausnahmen gestatten; Wöchnerinnenschutz; Verbot der Nacharbeit von Kindern und Jugendlichen in Fabriken; die Arbeit von Frauen und Jugendlichen kann durch Beschluß des Bundesrats in bestimmten Industrien eingeschränkt bzw. verboten werden; obligatorische Fabrikinspektion; Verbot der Frauenarbeit unter Tage. Arbeitsbuchzwang für Minderjährige; Pflicht zur Zeugniserteilung; Ausdehnung des Truckverbots auf alle Gewerbetreibenden; Entschädigung für Verleitung zum Vertragsbruch]
- 24.07.1878 Eingabe des Gymnasialprofessors Dr. Richard Rühlmann an den Generalfeldmarschall Helmut Graf von Moltke Abt. I, Bd.6, Nr.40  
[Der Erfolg der Kaiser-Wilhelms-Spende soll die Grundlage einer nationalen Arbeiterpensions- und Invalidenkasse werden]
- 25.07.1878 Runderlaß des preußischen Ministers des Innern Botho Graf zu Eulenburg an die Bezirksregierungen und Landdrosteien Abt. I, Bd.5, Nr.181  
[Es ist geplant, ein Sozialistengesetz vorzulegen; um dessen Auswirkungen abzuschätzen, werden u. a. auch Angaben über „genossenschaftliche Kassen“ bzw. mit (sozialistischen) Vereinen verbundene Unterstützungskassen erbeten]
- 30.07.1878 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den preußischen Handelsminister Albert Maybach Abt. I, Bd.3, Nr.163  
[Das Reichskanzleramt will keine Anträge auf Ausnahmeregelungen bezüglich der Einschränkung von Frauen- und Kinderarbeit in Fabriken stellen]
- 00.08.1878 Fliegende Blätter aus dem Rauhen Hause zu Horn bei Hamburg Nr. 8. Noch einmal die christlich-soziale Arbeiterpartei Abt. I, Bd.8, Nr.149  
[Innere Mission wie evangelische Kirche dürfen nicht in die sozialen Parteikämpfe hineingezogen werden]

11. u. 14.08. 1878 Vorwärts Nr. 94 und Nr. 95. Die Wilhelmsspende und die Arbeiterpensions- und Invalidenkassen Abt. I, Bd.6, Nr.41  
[Vorschlag, aufgrund des Hilfskassengesetzes eine einzige Unterstützungskasse mit verschiedensten Zweigen für Personen mit einem Jahreseinkommen von unter 1 000 Talern zu errichten; sämtliche bestehenden Unterstützungskassen seien aufzulösen; ihre Kapitalien sollen wie die Gelder der Kaiser-Wilhelmsspende als finanzieller Grundstock einer solchen Kasse dienen]
12. u. 14.08. 1878 Tagebucheintragungen des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.149  
[Die Repression ist nur dann wirksam gegen die Sozialdemokratie, wenn sie durch positive gesetzgeberische Reformen ergänzt wird]
- 22.08.1878 Schreiben des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.150  
[Die preußische Staatsregierung strebt neben den repressiven Maßregeln positive und organische Reformen der Gesetzgebung an]
- 22.08.1878 Reinhold Stämmeler, Grundzüge zur Bildung einer Altersversorgungsanstalt für Arbeiter fundiert auf die Erträge der Wilhelmsspende Abt. I, Bd.6, Nr.42  
[Vorschlag für eine Altersrenten- und Kapitalversicherung, die Verwaltungskosten sollen aus den laufenden Erträgen der Wilhelmsspende gedeckt werden, daraus resultieren komparative Vorteile dieser Einrichtung]
- 22.08.1878 Deutsches Handelsblatt Nr. 34. Karl Julius Frühauf: Der Sozialismus und die deutsche Großindustrie Abt. I, Bd.8, Nr.148  
[Die Arbeitgeber müssen zu sozialen Maßnahmen greifen, wenn der Sozialdemokratie Einhalt geboten werden soll]
27. u. 29.08. 1878 Tagebucheintragungen des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.151  
[Graf Stolberg hat Robert Bosse beauftragt, ihm über mögliche positive Reformen Vortrag zu halten]
01. u. 04.09. 1878 Tagebucheintragungen des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.152  
[Positive Reformen sind erforderlich, Missionsinspektor Kratzenstein befürchtet eine blutige soziale Revolution]
- 03.09.1878 Eingabe des Eisenwerkbesitzers und Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Stumm an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.164  
[Stumm wünscht eine Ausnahmeregelung für Nacharbeit jugendlicher Arbeiter]
- 08.09.1878 Schreiben des preußischen Handelsministers Albert Maybach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.165  
[Vorlage eines ersten Entwurfs von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten sowie Walz- und Hammerwerken; die Entwürfe sollen von Sachverständigenkommissionen beraten werden]
- 09.09.1878 Entwurf eines Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie mit Motiven Abt. I, Bd.5, Nr.182  
[Verbot der Organisationen der Sozialdemokratie einschließlich der ihnen zuzurechnenden Hilfskassen]
- 11.09.1878 Votum des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode Abt. I, Bd.1, Nr.153  
[Es wird angeregt, die repressive Ausnahmegesetzgebung gegenüber der Sozialdemokratie durch eine präventive Reformgesetzgebung auf sozialem Gebiet zu ergänzen; nach dem Vorbild der von preußischer Seite angeregten Steuerreform soll in allen deutschen Staaten eine gemeinsame Sozialreform angebahnt werden]
- 11.09.1878 Schreiben des preußischen Handelsministers Albert Maybach an den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode Abt. I, Bd.3, Nr.166  
[Vorlage eines ersten Entwurfs von Dienstvorschriften für Fabrikinspektoren, die vom Bundesrat zu verabschieden sind]

- 12.09.1878 Tagebucheintragung des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.154  
[Seit Hermann Wageners Abgang gibt es in Preußen keinen Staatsmann mehr, der die soziale Frage gründlich kennt und versteht; Skepsis gegenüber einer möglichen Nachfolgerrolle Theodor Lohmanns in Bismarcks Beraterstab wegen dessen „selbständiger und ausgeprägter Persönlichkeit“]
- 12.09.1878 Eingabe der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs AG an das Reichskanzleramt Abt. I, Bd.2, Nr.20  
[Vorschlag, die Versicherung gegen die Folgen der gesetzlichen Haftpflicht zu verbieten]
- 13.09.1878 Der Gewerkverein Nr. 37. Verzeichnis der bis jetzt berechtigten und seitens der Verbands- Abt. I, Bd.6, Nr.43  
Invalidenkasse unterstützten Invaliden der Arbeit  
[Faksimilierter Abdruck des Verzeichnisses]
- 14.09.1878 Denkschrift des preußischen Handelsministeriums für den Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. I, Bd.1, Nr.155  
[Es wird vorgeschlagen, zur Bekämpfung sozialdemokratischer Tendenzen aus dem Zinsertrag der Wilhelmsspende eine besondere Invalidenkasse für Arbeiter zu begründen bzw. zu bezuschussen]
- 14.09.1878 Runderlaß des preußischen Ministers des Innern Botho Graf zu Eulenburg an die Bezirksregierungen und Landdrosteien Abt. I, Bd.5, Nr.183  
[Berichte werden angefordert, die Material zur Anwendung des Sozialistengesetzes bzw. zum Verbot von Vereinen und Kassen sowie Druckschriften mit sozialdemokratischer Tendenz liefern sollen]
- 14.-17.09.1878 Tagebucheintragungen des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.156  
[Eindrücke von der Reichstagsdebatte über das Sozialistengesetz]
- 17.09.1878 Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Deutschen Reichstag Abt. I, Bd.1, Nr.157  
[Bismarck will seine früheren Bestrebungen, das Los des Arbeiters zu verbessern, fortsetzen, sobald er dazu Zeit und Möglichkeit hat und die Ressortverhältnisse ihm das erlauben; Ausführungen über seine Stellung zur Arbeiterbewegung, insbesondere zu Ferdinand Lassalle, in der Zeit des Verfassungskonflikts und zur jetzigen Sozialdemokratie, Repression ist zum Schutz der Gesellschaft erforderlich]
- 18.09.1878 Immediateingabe des Pfarrers Rudolf Todt an Kronprinz Friedrich Wilhelm Abt. I, Bd.8, Nr.150  
[Kritik der Vorlage des Sozialistengesetzes, Empfehlung eines Programms der Sozialreform]
- 18.-25.09.1878 Tagebucheintragungen des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.158  
[Theodor Lohmann ist skeptisch gegenüber dem Erfolg der Bosse-Initiative bei Bismarck]
20. u. 27.09.1878 Der Gewerkverein Nr. 38 und Nr. 39. Die Leistungen der Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit Abt. I, Bd.6, Nr.44  
[Textliche Aufbereitung des Verzeichnisses der Invaliden vom 13.9.1878 mit ergänzenden und werbenden Hinweisen]
- 26.09.1878 Votum des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.167  
[Kritik an den vom Handelsministerium vorgelegten „Normen“ für die Fabrikinspektion. Qualifikation der Fabrikinspektoren. Fabrikinspektion in Betrieben der Bergverwaltung. Aufsicht der Fabrikinspektoren über Fabriken, die einer besonderen Genehmigung bedürfen]
- 01.10.1878 Rundschreiben der Allgemeinen Unfallversicherungsbank in Leipzig an ihre Mitglieder Abt. I, Bd.3, Nr.168  
[Unfallverhütung]
- 03.10.1878 Eingabe des Verbands der Glasindustriellen Deutschlands an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.169  
[Der Bundesrat soll Ausnahmeregelungen für die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter für die Glasindustrie erlassen]
- 03.10.1878 Schreiben des preußischen Handelsministers Albert Maybach und des Landwirtschaftsministers Dr. Rudolf Friedenthal an den Innenminister Botho Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.6, Nr.45  
[Die Erträge der Wilhelmsspende sollen dazu dienen, nicht eine Wohltätigkeitsanstalt, wohl aber eine auf eigenen Beitragsleistungen beruhende Kapital- und Rentenversicherungskasse zu begründen, die der preußischen Rentenversicherungsanstalt angegliedert ist; von der Beteiligung sozialdemokratischer Arbeiter werden positive, „erzieherische“ Wirkungen erhofft, von daher Ablehnung eines „präventiven“ Ausschlusses von Sozialdemokraten]

- 04.10.1878 Der Gewerkverein Nr. 40. Das Sozialistengesetz nach der ersten Kommissionsberatung Abt. I, Bd.5, Nr.184  
 [Kritik der konservativen Haltung Rudolf Gneists gegenüber der Ausnahmegesetzgebung, Anerkennung der durch Lasker – u. a. für die „genossenschaftlichen Kassen“ – erreichten Detailverbesserungen, Kritik der Sozialdemokratie]
- 04.10.1878 Der Gewerkverein Nr. 40. Der Plan der Errichtung einer Zwangs-Pensionskasse Abt. I, Bd.6, Nr.46  
 [Kritik der Stummschen Pläne in einer Gewerkvereinsversammlung; Resolution dagegen]
05. u. 20.10.1878 Tagebucheintragungen des Geheimen Regierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.159  
 [Bericht über den Verlauf einer Staatsministerialsitzung und seinen Eindruck von Bismarck]
- 09.10.1878 Verzeichnis der in Deutschland vorhandenen gewerblichen Zentralvereine mit sozialdemokratischer Tendenz Abt. I, Bd.5, Nr.185  
 [Zusammenstellung der Daten über Gewerkschaften aus gewerkschaftlichen und behördlichen Quellen]
- 11.10.1878 Der Gewerkverein Nr. 41. Die Maschinenbauer-Invalidenkasse Abt. I, Bd.6, Nr.47  
 [Textliche Darstellung der Statistik der Maschinenbauer- und Metallarbeiterkasse]
- 16.10.1878 Protokoll der interministeriellen Kommissionsverhandlungen über die Kaiser-Wilhelms-Spende Abt. I, Bd.6, Nr.48  
 [Der Referent im Reichskanzleramt Arnold Nieberding äußert Bedenken gegenüber einer Rentenkasse mit notwendig niedrigen Leistungen und befürwortet statt dessen die Förderung des Sparwillens, u. a. stärkt erstere eher das Klassenbewußtsein sozialdemokratischer Arbeiter als deren Integration in die bürgerliche Gesellschaft]
- 21.10.1878 Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie Abt. I, Bd.5, Nr.186  
 [Die zentralen Vorschriften über Verbot von Vereinen, Schließung und Kontrolle von Hilfskassen sowie Zuständigkeiten dazu gehen auf Reichstagsbeschlüsse zurück]
- 21.10.1878 Votum des preußischen Handelsministers Albert Maybach für das Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.160  
 [Positive Reformen gegenüber den sozialen Schäden des Volkslebens sind vom Handelsministerium auf verschiedenen Gebieten eingeleitet bzw. werden bereits vorbereitet. – Die Gesetzgebung zu Hilfskassen hat noch nicht zu dem gewünschten Aufschwung derselben geführt. Die weitere Entwicklung muß abgewartet werden, es gibt aber Anzeichen dafür, daß diese Gesetzgebung reformbedürftig ist] Abt. I, Bd.5, Nr.187
- 26.10.1878 Der Staats-Socialist Nr. 44. Der Stummsche Antrag bezüglich der Invalidenkassen Abt. I, Bd.6, Nr.49  
 [Positives Plädoyer für die Intentionen Stumms, verstärkt durch den Rückgriff auf preußische Traditionen]
- 00.11.1878 Georg Ferdinand Beutner: Vorschläge zur Aufbesserung des Loses der Arbeiter Abt. I, Bd.8, Nr.152  
 [Plädoyer für vom Staat ausgehende Arbeitsbeschaffungs- und Arbeitsnachweismaßnahmen als realisierbare Form des „Rechts auf Arbeit“, das als solches nicht einklagbar ist]
- 01.11.1878 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Botho Graf zu Eulenburg an den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Dr. Erasmus Robert Freiherr von Patow Abt. I, Bd.8, Nr.151  
 [Der Zentralverein für Sozialreform hat keine überregionale Organisationsstruktur, er kann und soll daher nicht verboten werden]
- 05.11.1878 Votum des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.161  
 [Die Reformen auf dem Gebiet des Gewerbewesens, die besonders bedeutsam dafür sind, die arbeitende Bevölkerung dem Einfluß der Sozialdemokratie zu entziehen, werden aufgeführt]
- 06.11.1878 Votum des preußischen Handelsministers Albert Maybach für das Staatsministerium Abt. I, Bd.3, Nr.170  
 [Maybach legt einen umgearbeiteten Entwurf der Normen der Fabrikinspektoren vor]
- 14.11.1878 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Albert Maybach mit Berichten des Fabrikinspektors Dr. Gustav Wolff und des Landrats Tonio Bödiker Abt. I, Bd.3, Nr.171  
 [Die Regierung befürwortet Ausnahmeregelungen der Beschränkung der Arbeitszeit jugendlicher Arbeiter in Spinnereien, die jedoch von Verbesserungen der Arbeitsbedingungen abhängig gemacht werden sollen]
- 18.11.1878 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann an den preußischen Innenminister Botho Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.7, Nr.145  
 [Bericht über den Verlauf der Ausschlußberatungen zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes]

- 18.11.1878 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Christoph Tiedemann an den Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann Abt. I, Bd.3, Nr.172  
[Bismarck legt die „Normen“ für die Dienstinstruktionen der Fabrikinspektoren dem Bundesrat vor]
- 23.11.1878 Schreiben des preußischen Innenministers Botho Graf zu Eulenburg an den Landwirtschaftsminister Dr. Rudolf Friedenthal Abt. I, Bd.7, Nr.146  
[Der neue Innenminister hält lediglich eine Reform der §§ 10, 22 und 30 für konsensfähig, äußert aber grundsätzliche Bedenken gegen die Dringlichkeit einer Reform des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 24.11.1878 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei der Regierung Stettin Rudolf Friedrichs Abt. I, Bd.3, Nr.173  
[Lohmann bemängelt die zu niedrige Bezahlung der Fabrikinspektoren. Die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten sollen höhere Bezahlung der Fabrikinspektoren fordern]
- 26.11.1878 Bericht des stellvertretenden preußischen Bundesratsbevollmächtigten Ministerialdirektor Eduard von Marcard über den Verlauf der Beratung der vereinigten Bundesratsausschüsse für Handel und Verkehr und für Justiz an den Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann Abt. I, Bd.7, Nr.147  
[Insgesamt ablehnende Haltung im Bundesrat gegenüber der geplanten Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 01.12.1878 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.1, Nr.162  
[Kritik am pomphaften Empfang des von den Folgen des Attentats genesenen Kaisers in Berlin]
- 02.12.1878 Eingabe sächsischer Spinnereibesitzer an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.174  
[Die Spinnereibesitzer fordern den Bundesrat auf, die von ihnen gesetzwidrig durchgeführte elfstündige Arbeitszeit für jugendliche Arbeiter künftig zu gestatten]
- 23.12.1878 Schreiben des preußischen Innenministers Botho Graf zu Eulenburg an den Landwirtschaftsminister Dr. Rudolf Friedenthal Abt. I, Bd.7, Nr.148  
[Angesichts der ablehnenden Haltung des Bundesrats soll die Gesetzesnovelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz preußischerseits „liegengelassen“ werden, befürwortet wird eine Einholung gutachtlicher Stellungnahmen der Provinzialbehörden]
- 1879**
- 02.01.1879 Sächsisches Gesetz, die veränderte Einrichtung der Altersrentenbank betreffend Abt. I, Bd.6, Anh.C, Nr.4  
[Staatliche Altersrentenbank für Staatsangehörige und Einwohner Sachsens; Rentenbeginn kann individuell festgelegt werden]
- 04.01.1879 Der Arbeitgeber Nr. 1131. Versicherungsgesellschaft contra Versicherung Abt. I, Bd.2, Nr.21  
[Der Vorschlag der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs AG (12.9.1878) wird von Arbeitgeberseite entschieden abgelehnt]
- 06.01.1879 Bericht der Handelskammer Bochum an den preußischen Handelsminister Abt. I, Bd.2, Nr.22  
[Die Bochumer Handelskammer lehnt den Antrag der Magdeburger Versicherungs AG (12.9.1878) ab, vorgeschlagen wird eine Abänderung des Haftpflichtgesetzes]
- 11.01.1879 Schreiben des preußischen Handelsministers Albert Maybach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.175  
[Im Vorgriff auf die geplante Modifizierung der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter in Walz- und Hammerwerken wird die von Stumm am 3.9.1878 beantragte Pausenregelung befürwortet]
- 20.01.1879 Votum des preußischen Innenministers Botho Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium Abt. I, Bd.7, Nr.149  
[Positive Reformvorhaben auf dem Gebiet der Armen- und Freizügigkeitsgesetzgebung insgesamt]
- 22.01.1879 Schreiben des preußischen Innenministers Botho Graf zu Eulenburg an den Landwirtschaftsminister Dr. Rudolf Friedenthal Abt. I, Bd.7, Nr.150  
[Erörterung über die Sinnhaftigkeit weiterer gutachtlicher Stellungnahmen zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes]
- 27.01.1879 Sitzungsprotokoll des Deutschen Landwirtschaftsrats Abt. I, Bd.6, Nr.50  
[Der Deutsche Landwirtschaftsrat befürwortet Hilfskassen für die landwirtschaftlichen Arbeiter und begrüßt die Wilhelmsspende]

- 28.01.1879 Brief des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode an seinen Cousin und Schwager Prinz Heinrich VII. (Reuß, j.L.) [Mitteilungen über Bismarcks Regierungsstil] Abt. I, Bd.1, Nr.163
- 00.02.1879 Jahresbericht der Handelskammer Minden [Eine Versammlung der Arbeitgeber im Kammerbezirk hat beschlossen, jene Arbeiter zu entlassen, die sozialdemokratische Ideen verbreiten, die Sozialdemokratie finanziell unterstützen oder sozialdemokratische Blätter halten oder lesen. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie muß jedoch weitergehen und auch die Gewerbegesetzgebung einbeziehen. Schrankenlose Gewerbefreiheit und Freizügigkeit sollen beseitigt werden, vor allem ist die Niederlassung als selbständiger Kleingewerbetreibender oder -händler an strengere Voraussetzungen zu knüpfen] Abt. I, Bd.8, Nr.153
- 06.02.1879 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums [Die Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes soll preußischerseits vorläufig nicht weiter verfolgt werden] Abt. I, Bd.7, Nr.151
- 09.02.1879 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Rat bei der Regierung Stettin Rudolf Friedrichs [Mitteilungen über die geschäftsmäßige Behandlung kontroverser Materien in den preußischen Ministerien, Bismarcks Einfluß auf den Geschäftsgang und Personalpolitik; Bericht über die Ausarbeitung der Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Walzwerken und Glashütten; Erkundigungen über einen Bewerber für eine Fabrikinspektorenstelle; für die Fabrikinspektoren wird ein neuer Titel gesucht] Abt. I, Bd.1, Nr.164  
Abt. I, Bd.3, Nr.176
- 11.02.1879 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann an den preußischen Handelsminister Albert Maybach [Das Reichskanzleramt legt die von Sachverständigenkommissionen überarbeiteten und vom Reichskanzleramt danach abgeänderten Entwürfe über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken sowie Glashütten vor] Abt. I, Bd.3, Nr.177
- 12.02.1879 Antrag des Abgeordneten Karl Ferdinand Stumm an den Reichstag [Ein Gesetz über obligatorische Altersversorgungs- und Invalidenkassen für Fabrikarbeiter wird gefordert] Abt. I, Bd.6, Nr.51
- 16.02.1879 Schreiben des preußischen Handelsministers Albert Maybach an den Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode mit Entwurf eines Unfallanzeigegesetzes nebst Begründung [Im Rahmen der gesetzgeberischen Reformen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie wird ein Unfallanzeigegesetz vorgeschlagen, das für Unfallverhütung und Haftpflichtrevision brauchbare statistische Grundlagen liefern soll] Abt. I, Bd.2, Nr.23
- 19.02.1879 Protokoll der Versammlung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins [Der Fabrikant Ludwig Beck betont den großen sozialen Wert der Versicherung gegen haftpflichtige Unfälle; die Vorwürfe der Magdeburger Gesellschaft weist er zurück] Abt. I, Bd.2, Nr.24
- 20.02.1879 Ansprache des preußischen Evangelischen Oberkirchenrats [Umfassende Erklärung über die Aufgaben der Kirche gegenüber Sozialismus und Sozialreformbestrebungen] Abt. I, Bd.8, Nr.154
- 24.02.1879 Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Bismarck berichtet Dr. Hermann Rentzsch über Anlaß und Vorbereitung des neuen wirtschaftspolitischen Kurses] Abt. I, Bd.1, Nr.165
- 25.02.1879 Brief des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode an seinen Cousin und Schwager Prinz Heinrich VII (Reuß, jL) [Mitteilung über Bismarcks Regierungsstil, insbesondere dessen „neuen Kurs“] Abt. I, Bd.1, Nr.166
- 28.02.1879 Runderlaß des preußischen Innenministers Botho Graf zu Eulenburg an die Oberpräsidenten und an die Regierung Sigmaringen [Einholung gutachtlicher Stellungnahmen zu den Vorschlägen zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes] Abt. I, Bd.7, Nr.152
- 00.03.1879 Cornelius Wilhelm Heyl, Die Arbeiter-Invalidenkasse vor dem Reichstage [Die Forderung nach Einführung obligatorischer, nach dem Muster der bergmännischen Knappschaftsvereine zu bildender Altersversorgungs- und Invalidenkassen für alle Fabrikarbeiter wird unterstützt; Versicherungen auf Gegenseitigkeit, wie die Invalidenkasse der Gewerkvereine, seien hilfreich, entbehren aber einer sicheren Grundlage; die Schwäche des Gesetzes über eingeschriebene Hilfskassen bestünde in dessen örtlicher Begrenztheit, dessen Stärke in dem Kassenzwang; unentbehrliche Grundlage für das Gedeihen von Arbeiterinvalidenkassen könne nur die zwangsweise herbeigeführte massenhafte Beteiligung der Arbeiterschaft sein] Abt. I, Bd.6, Nr.52

- 10.03.1879 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den preußischen Minister des Innern Botho Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.5, Nr.188  
[Aufstellung über die eingeschriebenen Hilfskassen und Kassenvereine mit Sitz in Berlin, die als sozialdemokratische galten und polizeilich gemäßregelt wurden]
- 10.03.1879 Jahresbericht des Fabrikinspektors Dr. Friedrich Adolf Bernoulli an die Regierung Oppeln Abt. I, Bd.5, Nr.189  
[Das Hilfskassengesetz bzw. die Gewerbeordnungsnovelle von 1876 wirken sich dysfunktional auf die Kassen der Schwerindustrie aus]
- 11.03.1879 Protokoll der ersten Sitzung der VIII. Reichstagskommission [zum Antrag Stumm] Abt. I, Bd.6, Nr.53  
[Generaldiskussion über die Anträge der Abgeordneten Stumm und Günther, die Notwendigkeit einer Alters- und Invalidenversorgung für Arbeiter, Kassenzwang und Zwangskassen, Beitragspflicht der Arbeitgeber, Gewährleistung der Freizügigkeit]
- 12.03.1879 Bericht des preußischen Gesandten in Weimar Friedrich Wilhelm Graf zu Limburg-Stirum an den Staatssekretär im Auswärtigen Amt Bernhard Ernst von Bülow Abt. I, Bd.1, Nr.167  
[Ausführungen über die Folgen der ausländischen Konkurrenz für die Industrie und Forstwirtschaft in den thüringischen Staaten]
- 13.03.1879 Vertraulicher Runderlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die preußischen Gesandten bei den deutschen Höfen Abt. I, Bd.1, Nr.168  
[Information über die geplante Finanz- und Zollreform, die verbündeten Regierungen sollen das Solidaritätssystem im Bundesrat ohne Ausschlußberatung unterstützen; die wirtschaftliche Reform ist nicht zu trennen vom Fortbestand der politischen Verfassung]
- 13.03.1879 Vertraulicher Runderlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die preußischen Gesandten bei den deutschen Höfen Abt. I, Bd.1, Nr.169  
[Der Weg wirtschaftlicher Reform wird als notwendige Ergänzung der Repressivmaßnahmen gegen die „drohende sozialistische Gefahr“ angesehen, die als Chiffre für sozialen Wandel und politische Veränderung überhaupt gebraucht wird]
- 14.03.1879 Der Gewerkverein Nr. 11 Abt. I, Bd.6, Nr.54  
[Stellungnahme und Petition der Deutschen Gewerkvereine gegen Zwangsinvaliden- und Altersversorgungskassen]
- 16.03.1879 Entwurf eines Votums zum Unfallanzeigengesetz für den Staatssekretär des Innern Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.25  
[Der Entwurf wird abgelehnt, er entspricht nicht den Interessen der Regierung und der Gewerbetreibenden, wohl aber denen der Sozialdemokraten]
- 17.03.1879 Antrag des Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Stumm an die VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.55  
[Vorschlag selbstverwalteter obligatorischer Fabrikpensionskassen unter staatlicher Aufsicht]
- 17.03.1879 Protokoll der zweiten Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.56  
[Generaldiskussion über den Antrag Stumm (17.3.1879)]
- 18.03.1879 Protokoll der dritten Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.57  
[Diskussion über den Zwangscharakter von Altersversorgungs- und Invalidenkassen]
- 18.03.1879 Erklärung des Geheimen Oberregierungsrats Arnold Nieberding in der VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.58  
[Detailkritik des Stummschen Antrags, grundlegende Unterschiede zwischen Bergbau- und Fabrikverhältnissen, negative Erfahrungen mit dem Knappschaftswesen; Kritik der Rentenkürzungen; finanztechnische Probleme; Kaiser-Wilhelms-Spende als geeignete Altersversicherung]
- 19.03.1879 Antrag des Reichstagsabgeordneten Karl Friedrich Melbeck an die VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.59  
[Auf Ortsstatut gegründete obligatorische Alters- und Invalidenkassen für in „geschlossenen Fabriken“ tätige Arbeiter nach einheitlichen Grundsätzen innerhalb von Landesteilen und verwandten Industriezweigen; Sicherung der Hinterbliebenenansprüche]
- 20.03.1879 Schreiben des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann an den stellvertretenden preußischen Handelsminister Albert Maybach Abt. I, Bd.2, Nr.26  
[Eine Stellungnahme zur Ausdehnung des Haftpflichtgesetzes auf das Baugewerbe wird erbeten]



- 20.03.1879 Bericht der Reichstagsabgeordneten Dr. Georg Freiherr von Hertling und Ferdinand Wöllmer für die VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.60  
[Statistische, wenngleich im Hinblick auf den rheinisch-westfälischen Industriebezirk, Berlin und Süddeutschland lückenhafte, Auswertung des Regierungsmaterials über Altersversorgungs- und Invalidenkassen sowie Beispiele von unterschiedlichen Formen entsprechender Kassen]
- 21.03.1879 Erlaß des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck, den preußischen Justizminister Dr. Adolf Leonhardt, den Innenminister Botho Graf zu Eulenburg und den Minister für Handel, Gewerbe und öffentliche Arbeiten Albert Maybach Abt. I, Bd.6, Nr.61  
[Die Kaiser-Wilhelms-Spende wird als Stiftung begründet, die eine Altersrenten- und Kapitalversicherungsanstalt tragen soll]
- 21.03.1879 Statut der Kaiser-Wilhelms-Spende. Allgemeine deutsche Stiftung für Altersrenten- und Kapitalversicherung Abt. I, Bd.6, Anh. Nr.7  
[Versicherung von Rente oder Kapital für die „gering bemittelten Klassen des deutschen Volks“, Detailvorschriften über Verwaltung und Leistungsmöglichkeiten einschließlich Rückgewähr]
- 27.03.1879 Antrag des Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Stumm an die VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.62  
[Forderung nach einem Gesetzentwurf für Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter inkl. Witwenunterstützung]
- 28.03.1879 Antrag der Reichstagsabgeordneten Dr. Karl Gareis, Dr. Sigmund Günther, Gerhard Struve und Ferdinand Wöllmer an die VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.63  
[Gesetzentwurf zur Altersversorgung nach dem Vorbild des Hilfskassengesetzes von 1876: Freiwilligkeit, Normativbestimmungen etc.]
- 31.03.1879 Erklärung des Geheimen Oberregierungsrats Arnold Nieberding in der VIII. Reichstagskommission Abt. I, Bd.6, Nr.64  
[Kritik der von Karl Ferdinand Stumm und weiteren Kommissionsmitgliedern vorgelegten Gesetzentwürfe zur Altersversorgung bzw. Anträge mit entsprechenden Grundsätzen]
- 07.04.1879 Entwurf eines Votums zum Unfallanzeigegesetz für den Staatssekretär des Innern Karl Hofmann (Zweitfassung) Abt. I, Bd.2, Nr.27  
[Für das Unfallanzeigegesetz besteht kein praktisches Bedürfnis, es entspricht nicht den vom Reichskanzler verfolgten politischen Absichten]
- 08.04.1879 Votum des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode für das Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.170  
[Das von Bosse-Stolberg angeregte Programm gesetzlicher Reformen wird bis auf weiteres vertagt]
- 10.04.1879 Schreiben des preußischen Ministers des Innern Botho Graf zu Eulenburg an den stellvertretenden preußischen Handelsminister Albert Maybach Abt. I, Bd.2, Nr.28  
[Anfrage, ob statt eines besonderen Unfallanzeigegesetzes nicht besser eine gesetzliche Grundlage für eine vollständige allgemeine Unfallstatistik geschaffen werden soll]
- 23.04.1879 Verordnung des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.178  
[Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken]
- 23.04.1879 Verordnung des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.179  
[Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glashütten]
- 01.05.1879 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Stumm an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.6, Nr.65  
[Beschwerde über das ablehnende Verhalten des Regierungskommissars Nieberding gegenüber dem Stummschen Antrag zur Altersversorgung]
- 02.05.1879 Schreiben des stellvertretenden preußischen Handelsministers Albert Maybach an den preußischen Minister des Innern Botho Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.2, Nr.29  
[Die wissenschaftlich begründeten Bestrebungen des Direktors des preußischen Statistischen Büros, eine zuverlässige allgemeine Unfallstatistik zu schaffen, werden abgelehnt, zur Vorbereitung praktischer Gesetzesvorhaben ist das Unfallanzeigegesetz ebenso ausreichend wie notwendig]

- 03.05.1879 Bericht des Präsidenten des Reichskanzleramts Karl Hofmann für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Anlage Abt. I, Bd.6, Nr.66  
[Regierungskommissar Nieberding weist den Vorwurf des Abgeordneten Stumm zurück, er bringe dem Stummschen Antrag zur Altersversorgung in den Kommissionsberatungen Widerstand entgegen]
- 05.05.1879 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.3, Nr.180  
[Änderung des Titels „Fabrikinspektor“ in „Gewerberat“]
- 20.05.1879 Verordnung des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.181  
[Bestimmungen über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in Spinnereien]
- 24.05.1879 Erlaß des stellvertretenden preußischen Handelsministers Albert Maybach Abt. I, Bd.3, Nr.182  
[Dienstanweisung für die Gewerberäte]
- 24.05.1879 Immediatbericht des stellvertretenden preußischen Handelsministers Albert Maybach an den preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.3, Nr.183  
[Vorschläge zur Ernennung von Gewerberäten mit biographischen Angaben]
- 30.05.1879 Votum des stellvertretenden preußischen Handelsministers und Ministers für öffentliche Arbeiten Albert Maybach für das Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.30  
[Antrag, über den Entwurf des Unfallanzeigegesetzes bald zu beschließen]
- 04.06.1879 Bericht des stellvertretenden preußischen Handelsministers und Ministers für öffentliche Arbeiten Albert Maybach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.31  
[Bericht über die negativen gutachtlichen Äußerungen amtlicher Stellen zum Antrag der Magdeburger Allgemeinen Versicherungs AG (12.9.1878)]
- 16.06.1879 Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. I, Bd.5, Nr.190  
[Das vom Berliner Polizeipräsidenten verfügte, vom Bezirksverwaltungsgericht aufgehobene Verbot der Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tabakarbeitervereins wird bestätigt, da die Kasse fremden Zwecken dienstbar gemacht wurde]
- 26.06.1879 Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. I, Bd.5, Nr.191  
[Das vom Berliner Polizeipräsident verfügte, bereits vom Bezirksverwaltungsgericht nicht bestätigte Verbot der Kranken- und Begräbniskasse der Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeiter Berlins wird endgültig aufgehoben; die Kasse dient nicht dazu, die verbotene Tätigkeit des Deutschen Bau-, Land-, Erd- und Fabrikarbeitervereins bzw. seiner Berliner Mitglieder fortzusetzen]
- 00.07.1879 Der Arbeiterfreund. Ernste Erfahrungen im Knappschaftswesen Abt. I, Bd.6, Nr.67  
[Die sächsischen Knappschaften, insbesondere im Zwickauer Steinkohlenrevier, stehen aufgrund des Umlageverfahrens und geringer Reserven vor einer Finanzierungs Krise]
- 16.07.1879 Rundschreiben des Magistrats der Stadt Berlin an die Vorstände der örtlichen Verwaltungsstellen der Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tabakarbeitervereins Abt. I, Bd.5, Nr.192  
[Aufforderung, alle Zahlungen einzustellen und die für die Liquidation notwendigen Unterlagen einzureichen]
- 16.07.1879 Schreiben des Magistrats der Stadt Berlin an die Ortspolizeibehörde in Hamburg-Hamm Abt. I, Bd.5, Nr.193  
[Ersuchen um Amtshilfe bei der Liquidation der verbotenen Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tabakarbeitervereins]
- 23.07.1879 Vernehmungsprotokoll des Zigarrenarbeiters Johann Karl Heinrich Hundertmark Abt. I, Bd.5, Nr.194  
[Der Zigarrenarbeiter Johann Hundertmark ist bereit, der Hamburger Polizei sämtliche Unterlagen der Ortsverwaltungsstelle Hamm und Horn der verbotenen Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tabakarbeitervereins auszuhändigen]
- 27.07.1879 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.2, Nr.32, Abt. I, Bd.6, Nr.68  
[Theodor Lohmann beabsichtigt, statt Zwangsinvalidenkassen eine Gefährdungshaftung der Unternehmer für Betriebsunfälle einzuführen]
- 30.07.1879 Verhandlung über das Kassenbuch des Ortsvereins der Zentral-Kranken- und Sterbekasse des deutschen Tabakarbeitervereins in Hamburg-Hamm Abt. I, Bd.5, Nr.195  
[Unregelmäßigkeiten der Kassenführung: Beanstandungen des Kassenprüfers und Stellungnahmen der verantwortlichen Zigarrenarbeiter]

- 05.08.1879 Rundsreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen Abt. I, Bd.6, Nr.69,  
[Anforderung eines Berichts über Erfahrungen mit den Altersversorgungskassen mit Versicherungszwang Abt. I, Bd.2, Nr.33  
und über Vorschläge zu deren reichsgesetzlichen Regelung; systematische Problemskizze]
- 16.08.1879 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann mit Abt. I, Bd.3, Nr.184  
Bericht des Gewerberates Dr. Gustav Wolff  
[Vorlage eines Entwurfs von Bestimmungen zum Gefahrenschutz in Fabriken]
- 27.08.1879 Runderlaß des preußischen Ministers des Innern Botho Graf zu Eulenburg an die Bezirks- Abt. I, Bd.5, Nr.196  
regierungen und den Berliner Polizeipräsidenten  
[Aufforderung, über Vereine der Sozialdemokratie, eingeschriebene Hilfskassen und Kassenvereine im nächsten Quartalsbericht zu berichten]
- 29.08.1879 Christlich-Sociale Blätter, 12. Jg. – Sozialpolitische Bestrebungen in der 1879 abgelaufenen Abt. I, Bd.2, Nr.34  
Reichstagsession  
[Die Haftpflicht des Unternehmers soll auch auf Gewerbekrankheiten erweitert und die Beweislastregelung geändert werden, Bericht über die Interpellation Georg Freiherr v. Hertlings]
- 15.09.1879 Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. I, Bd.5, Nr.197  
[In Fortführung der anlässlich des Verfahrens gegen die Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tabakarbeitervereins entwickelten Grundsätze wird das Verbot der Zentral-Kranken- und Sterbekasse des Deutschen Tapezierervereins durch den Berliner Polizeipräsidenten bestätigt]
- 19.09.1879 Runderlaß des preußischen Handelsministers Karl Hofmann an die Bezirksregierungen und Abt. I, Bd.6, Nr.70  
den Berliner Polizeipräsidenten  
[Stellungnahme zu Altersversorgungskassen und Kreis der einzubeziehenden Arbeiter und Betriebe wird erbeten, insbesondere durch Thematisierung der Bedürfnisfrage bzw. unfallbedingter Invalidität; indirekte kritische Akzentuierung]
- 22.09.1879 Beschluß der III. Generalversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. I, Bd.6, Nr.71  
[Anerkennung eines Bedürfnisses für eine reichsgesetzliche Regelung der Frage der Arbeiterinvalidenkassen, Einsetzung der Kommission]
- 11.10.1879 Runderlaß des preußischen Handelsministers Karl Hofmann an die Gewerberäte Abt. I, Bd.3, Nr.185  
[Die Gewerberäte sollen den vom Düsseldorfer Gewerberat Dr. Wolff erarbeiteten Entwurf von Bestimmungen zum Gefahrenschutz in Fabriken vom 16.8.1879 begutachten]
- 11.10.1879 Bericht des Beecker Bürgermeisters Philipp Klinge an den Mülheimer Landrat Paul Haniel Abt. I, Bd.6, Nr.72  
[Mitteilungen über die Situation von invaliden Arbeitern bzw. deren Hinterbliebenen; Befürwortung einer gesetzlichen Regelung der Altersversorgung]
- 14.10.1879 Bericht des Fabrikinspektors Dr. Friedrich Woerishoffer an den badischen Handelsminister Abt. I, Bd.3, Nr.186  
Ludwig Turban  
[Der neu eingestellte badische Fabrikinspektor berichtet über die durch eine Instruktionsreise nach Berlin gewonnenen Erkenntnisse über die Praxis der preußischen Fabrikinspektion]
- 15.10.1879 Bericht des Altendorfer Bürgermeisters Wilhelm Kerckhoff an den Essener Landrat August Abt. I, Bd.6, Nr.73  
Freiherr von Hövel  
[Staatliche Altersversorgungskassen werden befürwortet; Kritik an der Kruppschen Pensionskasse und den Knappschaftskassen, da letztere Tagelöhner ausschließen]
- 21.10.1879 Bericht des Mülheimer Landrats Paul Haniel an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten Abt. I, Bd.6, Nr.74  
Robert von Hagemeister  
[Die Situation invalider und alter Fabrikarbeiter und Bergleute; Befürwortung von Altersversorgungskassen für invalide Arbeiter; Unfallabsicherung genügt nicht]
- 22.10.1879 Bericht des Essener Landrats August Freiherr von Hövel an den Düsseldorfer Regierungsprä- Abt. I, Bd.6, Nr.75  
sidenten Robert von Hagemeister  
[Befürwortung von Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter]
- 24.10.1879 Bericht des Gräflich Stolberg-Wernigeröder Kammerdirektors Hermann von Hoff an den Abt. I, Bd.6, Nr.76  
Magdeburger Regierungspräsidenten Robert Freiherr von Patow  
[Ausführliche Darstellung über die Wernigeröder Knappschaftskasse und die Wernigeröder Arbeiterpensionskasse]

- 30.10.1879 Bericht des Essener Oberbürgermeisters Gustav Hache an den Düsseldorfer Regierungs-  
präsidenten Robert von Hagemeister Abt. I, Bd.6, Nr.77  
[Befürwortung obligatorischer Altersversorgungskassen für Fabrikarbeiter; weitere Fabrikpensionskassen  
allein könnten den Problemen nicht gerecht werden]
- 07.11.1879 Bericht der Handelskammer Halberstadt an den Magdeburger Regierungspräsidenten Robert  
Freiherr von Patow Abt. I, Bd.6, Nr.78  
[Plädoyer für obligatorische Altersversorgungskassen für Arbeiter nach dem Muster der Knappschaften  
aus politischen und sozialpolitischen Erwägungen heraus; Mindestrente und Mindestbeiträge werden  
erörtert]
- 17.11.1879 Votum des preußischen Handelsministers Karl Hofmann für das Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.35  
[Es wird vorgeschlagen, den am 16. Februar 1879 eingebrachten Entwurf eines Unfallanzeigesetzes  
abzuändern, die entsprechende Neufassung des Gesetzentwurfs mit Begründung wird als Anlage über-  
sandt]
- 19.11.1879 Bekanntmachung des Aufsichtsrats der Kaiser-Wilhelms-Spende Abt. I, Bd.6, Nr.79  
[Die Anstalt bietet günstige Tarife für eine Reichsversicherung minderbemittelter Kreise, sie soll zur  
Lösung der sozialen Frage beitragen]
- 24.11.1879 Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. II, Bd.6, Anh.B Nr.6  
[Bestimmungen über das Invalidengeld]
- 26.11.1879 Votum des preußischen Ministers für öffentliche Arbeiten Albert Maybach für das königliche  
Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.36  
[Grundsätzliches Einverständnis mit dem Entwurf eines Unfallanzeigesetzes]
- 26.11.1879 Antrag des Reichsstatthalters für Elsaß-Lothringen Generalfeldmarschall Edwin von Manteuf-  
fel an den Bundesrat mit Gesetzentwurf nebst Motiven Abt. I, Bd.4, Nr.200  
[Entwurf eines Gewerbeberichtigungsgesetzes für Elsaß-Lothringen]
- 27.11.1879 Sitzungsprotokoll der II. Kammer des sächsischen Landtags Abt. I, Bd.6, Nr.80  
[Diskussion der Interpellation des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Eduard Stephani zum Zustand der  
sächsischen Knappschaftskassen: Kritische Fragen zu Zwangskassen und Umlageverfahren sowie über  
die Aufgaben von Regierung, Unternehmen und Arbeitern zur Abhilfe der vorhandenen Krise; Kritik  
Wilhelm Liebknechts an den Zuständen im sächsischen Bergbau generell, Pflicht des Staates, „hier  
positiv einzugreifen“; Repliken darauf]
- 04.12.1879 Votum des preußischen Innenministers Botho Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium Abt. I, Bd.7, Nr.153  
[Vorläufiges Schlußgutachten zur Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes nach Auswertung  
der Berichte der Mittelbehörden und Verwaltungsgerichte]
- 12.12.1879 Votum des preußischen Handelsministers Karl Hofmann für das Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.37  
[Stellungnahme zum Votum des Ministers der öffentlichen Arbeiten über den Entwurf des Unfallanzeige-  
gesetzes]
- 19.12.1879 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.2, Nr.38  
[Beratung des Entwurfs eines Unfallanzeigesetzes]
- 27.12.1879 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.6, Nr.81  
[Antwort auf Runderlaß des Handelsministeriums vom 19.9.1879: unter Rückgriff auf die Argumente von  
Großindustrie und Handelskammern des Bezirks wird eine gesetzliche Regelung der Alters- und Invalidi-  
tätsversorgung für Fabrikarbeiter nach dem Muster der Knappschaftskassen abgelehnt, hingegen wird  
eine allgemeine Altersrenten- und Kapitalversicherung unter Staatsgarantie nach dem Vorbild der Kaiser-  
Wilhelms-Spende bzw. deren gesetzlicher Ausbau zu einer Reichsaltersrentenkasse nachdrücklich befür-  
wortet; argumentativer Rückgriff auf die Essener Denkschrift von 1868]
- 30.12.1879 Schreiben des preußischen Handelsministers Karl Hofmann an den Vizepräsidenten des preu-  
ßischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode Abt. I, Bd.2, Nr.39  
[Übersendung eines Entwurfes des Unfallanzeigesetzes nebst Begründung]
- 31.12.1879 Schreiben des Vizekanzlers Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode und der Ressortminister an  
den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.40  
[Der Entwurf des Unfallanzeigesetzes wird übersandt, Vorlage beim Bundesrat wird anheimgestellt]

**1880**

- 05.01.1880 Protokoll der Sitzung des Verwaltungsrats des Bochumer Vereins Abt. I, Bd.2, Nr.41  
[Beratung über die Versicherung sämtlicher Arbeiter der Gußstahlfabrik gegen Unfälle in der Fabrik]
- 06.01.1880 Schreiben des preußischen Handelsministers Karl Hofmann an den Vizepräsidenten des Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode mit Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit Abt. I, Bd.3, Nr.187  
[Vorlage eines Entwurfs einer Verordnung zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit]
- 07.01.1880 Dresdner Nachrichten Nr. 7. Knappschaftskassen Abt. I, Bd.6, Nr.82  
[Die Haftpflichtregelungen greifen nicht bei dem Zwickauer Grubenunglück, und die Knappschaftskasse ist materiell außerstande, ihren Verpflichtungen nachzukommen; Aufruf zu gesetzlicher Reform des Knappschaftswesens, stärkerer Heranziehung der Bergwerkseigner zu Beiträgen]
- 09.01.1880 Eingabe des Zentralhilfskomitees für die Hinterbliebenen der im II. Zwickauer Brückenbergschacht verunglückten Bergleute an den sächsischen Finanzminister Leonce Robert Freiherr von Könneritz Abt. I, Bd.6, Nr.83  
[Die eingegangenen Hilfsgelder sollen weitgehend zur Versicherung von Leibrenten für die Hinterbliebenen dienen; die Staatsregierung wird gebeten, diese bei der Sächsischen Altersrentenbank zu günstigen Bedingungen bei staatlicher Gewährleistung zu ermöglichen; Verknüpfung von Unfallfolgen mit Altersrentenberechnung]
- 11.01.1880 Bericht des Magdeburger Regierungspräsidenten Robert Freiherr von Patow an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.6, Nr.84  
[Befürwortung von obligatorischen Altersversorgungs- und Invalidenkassen für Fabrikarbeiter]
- 14.01.1880 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.5, Nr.198  
[Die Reichsgesetze vom 7. und 8.4.1876 sind gegenüber den vorhandenen gewerblichen Hilfskassen inadäquat, insbesondere den Fabrikkrankenkassen; sie hindern eine positive Entwicklung des Kassenwesens]
- 16.01.1880 Immediatbericht des Vizekanzlers Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode für den Deutschen Kaiser und König von Preußen Wilhelm I. Abt. I, Bd.2, Nr.42  
[Um Allerhöchste Ermächtigung zur Vorlage des Entwurfs des Unfallanzeigegesetzes beim Bundesrat wird ersucht]
- 17.01.1880 Ordre Wilhelm I an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.43  
[Ermächtigung zur Vorlage des Unfallanzeigegesetzes an den Bundesrat]
- 09.02.1880 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.188  
[Der Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vom 6.1.1880 soll veröffentlicht und von einer Sachverständigenkommission beraten werden]
- 10.02.1880 Brief des technischen Direktors Otto Helmholtz an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.44  
[Den im Dienste der Industrie Verunglückten muß von dieser eine Hilfe gewährt werden]
- 15.02.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an die Direktion der Allgemeinen Unfallversicherungsbank Leipzig Abt. I, Bd.2, Nr.45  
[Bericht über die Beratungen mit dem preußischen Handelsminister Karl Hofmann, eine Stellungnahme wird erbeten]
- 15.02.1880 Denkschrift des Fabrikbesitzers Eduard Gustav Wittenstein über die Kaiser-Wilhelms-Spende-Stiftung Abt. I, Bd.6, Nr.85  
[Kritik an der ungünstigen Beitrags-Leistungs-Relation und der geschäftlichen Organisation der Kaiser-Wilhelms-Spende, die so wenig zweckmäßig sind, daß der beabsichtigte positive Zweck vereitelt wird]
- 17.02.1880 Brief des Vorstandes der Allgemeinen Unfallversicherungsbank Leipzig an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.46  
[Die Ansichten Baares werden weitgehend geteilt, Ausführungen zu Rechtspraxis und Risikogestaltung]
- 17.02.1880 Denkschrift über die Regelung der Haftpflicht für den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.47  
[Der Unternehmer soll bei Betriebsunfällen grundsätzlich für jeden Personenschaden haften, aber auch die Gesamtheit der Arbeiter soll an der Schadensdeckung beteiligt werden; eine dadurch notwendig werdende Unfallgenossenschaft soll durch ihre organisatorischen Prinzipien zur Bildung dauerhafter, Arbeitgeber und Arbeitnehmer umfassender Berufsgemeinschaften, zur Entwicklung einer gewerblichen Selbstverwaltung führen, die staatliche Repressivmaßnahmen entbehrlich macht]

- 27.02.1880 Sitzungsprotokoll des Landesausschusses von Elsaß-Lothringen Abt. I, Bd.4, Nr.201  
[Zweite Lesung des Gewerbeberichtsgesetzes für Elsaß-Lothringen]
- 28.02.1880 Statistische Correspondenz Nr. 9. Die Invaliden des preußischen Bergbaus und Hütten betriebes Abt. I, Bd.6, Nr.86  
[Aus dem ungünstigen Verhältnis zwischen Aktiven und Invaliden der preußischen Knappschaften folgen Bedenken gegen eine den Prinzipien des Knappschaftswesens folgende gesetzliche Altersversorgung nach den Vorschlägen Stumms]
- 04.03.1880 Vorlage des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck nebst Bundesrats-Drucksache Nr. 36 Abt. I, Bd.2, Nr.48  
[Die Mitteilung über den Entwurf des Unfallanzeigegesetzes an den Reichstag wird zur Kontrasignatur vorgelegt]
- 08.03.1880 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Präsidenten des Reichskanzleramtes und preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.49  
[Entwürfe von Reichsgesetzen müssen vor Beschlußfassung des Bundesrats dem Reichskanzler und dem preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten amtlich und aktenmäßig zur Kenntnis gebracht werden; die preußische Stimme im Bundesrat darf nur in Übereinstimmung mit dem preußischen auswärtigen Minister bzw. nach dessen konstatierte Unterwerfung unter einen Staatsministerialbeschluß abgegeben werden. Der Entwurf des vom Bundesrat gebilligten Unfallanzeigegesetzes wird angehalten]
- 08.03.1880 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller Louis Schwartzkopff Abt. I, Bd.2, Nr.50  
[Bismarck ersucht Schwartzkopff um ein Gutachten über den Entwurf eines Unfallanzeigegesetzes]
- 09.03.1880 Rundverfügung des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.51  
[Erlaß des Reichskanzlers zum Geschäftsgang bei Gesetzentwürfen]
- 10.03.1880 Schreiben des Kommerzienrats Louis Schwartzkopff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.52  
[Sachverständigengutachten zum Unfallanzeigegesetz werden eingeholt]
- 15.03.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Staatssekretär des Innern und preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.53  
[Baare bittet um Rückgabe des Konzeptes seines Memorias zur Unfallversicherung (30.4.1880), da er dieses noch einmal überarbeiten will]
- 16.03.1880 Gutachten des Kommerzienrats Louis Baare für den Zentralverband deutscher Industrieller Abt. I, Bd.2, Nr.54  
[Im Hinblick auf die Anzeigepflicht bei „jeder im Betrieb einer Fabrik vorkommenden unerheblichen Verletzung“ bestehen Bedenken]
- 16.03.1880 Schreiben des Magistrats der Stadt Berlin an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg Dr. Heinrich Achenbach Abt. I, Bd.5, Nr.199  
[Das Hilfskassengesetz hat in Berlin nicht „gegriffen“; Bericht über Ergebnisse von zwei Beratungen der Kassenvorstände mit der Gewerbe-Deputation über die bedingenden Faktoren]
- 23.03.1880 Gesetz für Elsaß-Lothringen, betreffend die Gewerbegerichte Abt. I, Bd.4, Nr.202  
[Durch kaiserliche Verordnung können Gewerbegerichte eingesetzt werden. Der Vorsitzende wird vom Kaiser bestimmt; die Beisitzer werden je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gewählt]
- 26.03.1880 Bericht des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.55  
[Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über Anzeige der in Fabriken und ähnlichen Betrieben vorkommenden Unfälle]
- 01.04.1880 Schreiben des badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban an den Staatssekretär des Innern Karl Hofmann Abt. I, Bd.6, Nr.87  
[Förderung der Altersversorgung für Arbeiter ist sinnvoll, nicht aber durch Einrichtung eines vom Reich verantworteten Zwangskassennetzes; grundsätzliche und praktische Schwierigkeiten einer derartigen Regelung werden erörtert]
- 01.04.1880 Sitzungsprotokoll des Vereins zur Beförderung des Gewerbefleißes Abt. I, Bd.3, Nr.189  
[Der Verein diskutiert den Entwurf von Vorschriften zum Schutz von gewerblichen Arbeitern gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vom 6.1.1880; schroffe Gegensätze zwischen Dr. Rudolf Jacobi und Industriellen bzw. Ingenieuren]

- 04.04.1880 Schreiben des großherzoglich-hessischen Ministerpräsidenten Julius Rinck genannt Freiherr von Starck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.6, Nr.88  
[Ablehnung der Pläne für eine obligatorische Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter aus grundsätzlichen und organisatorischen Bedenken]
- 09.04.1880 Rundverfügung des Direktors der Sächsischen Altersrentenbank Karl Emminghard Schmaltz an die Agenturen Abt. I, Bd.6, Nr.89  
[Förderung der Inanspruchnahme der Altersrentenbank durch die Arbeiterbevölkerung, ihre Renten sind vorteilhafter als die der Kaiser-Wilhelms-Spende, da sie günstiger berechnet (nach den sog. Heymschen Tafeln) und vom Staat garantiert werden; Mitteilung einer entsprechenden Landtagsdrucksache]
- 10.04.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an die Direktion der Allgemeinen Unfallversicherungsbank Leipzig Abt. I, Bd.2, Nr.56  
[Bericht über das Promemoria (30.4.1880), weiterer Rat wird erbeten]
- 20.04.1880 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Minister des Innern Botho Graf zu Eulenburg Abt. I, Bd.1, Nr.171  
[Ausführungen über die gegenüber der Sozialdemokratie getroffenen Maßnahmen und Kritik am Stillstand der Arbeiterpolitik]
- 30.04.1880 Promemoria des Kommerzienrats Louis Baare für den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.57  
[Aufgrund der negativen Erfahrungen mit dem Haftpflichtgesetz soll dieses so geändert werden, daß eine unter staatlicher Aufsicht stehende Versicherung gegen alle Arbeitsunfälle eingeführt und die Haftung des Arbeitgebers auf grobes Verschulden beschränkt wird]
- 01.05.1880 Eingabe des Vereins für die berg- und hüttenmännischen Interessen im Aachener Bezirk Abt. I, Bd.3, Nr.190  
[Der Verein legt einen veränderten Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vor]
- 03.05.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.58  
[Baare wünscht noch einige Korrekturen an seinem Promemoria (30.4.1880) und rät, weitere Sachverständige zur Beratung dieser Frage heranzuziehen]
- 07.05.1880 Brief des Kommerzienrates Louis Baare an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.3, Nr.191  
[Kritische Stellungnahme zum Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vom 6.1.1880; detaillierte Kritik ohne konkrete Änderungsvorschläge]
- 20.05.1880 Statut des Verbandes katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde Abt. I, Bd.8, Nr.155  
[Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes als Vereinszweck]
- 21.05.1880 Entschließung der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Vereins Deutscher Ingenieure Abt. I, Bd.3, Nr.192  
[Die Versammlung lehnt den Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vom 6.1.1880 ab und schlägt statt dessen die Bildung freiwilliger Überwachungsvereine vor]
- 12.06.1880 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann anlässlich eines Vortrags bei dem preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.59  
[Einer Invaliditätsversicherung bzw. einer Einbeziehung von Berufskrankheiten in ein neues Haftungsrecht stehen ebenso unüberwindliche praktische Schwierigkeiten entgegen wie festen Minimalentschädigungen]
- 13.06.1880 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.2, Nr.60  
[Lohmann ist beauftragt, eine neue Regelung der Haftpflicht vorzubereiten, Kritik an Bismarck]
- 23.06.1880 Referentenentwurf für ein neues Haftpflichtgesetz Abt. I, Bd.2, Nr.61  
[Gefährdungshaftung und Ausdehnung der Haftpflicht auf das Baugewerbe werden vorgeschlagen]
- 23.06.1880 Bericht über das Hilfswerk für die Hinterbliebenen der am 1. Dezember 1879 im II. Zwickauer Brückenbergschacht Verunglückten Abt. I, Bd.6, Nr.90  
[Die Spendengelder für die Hinterbliebenen werden zu einer Witwen- und Waisenversicherung bei der sächsischen Altersrentenbank verwendet]

- 00.07.1880 Christlich-soziale Blätter. Der christliche Socialismus Abt. I, Bd.8, Nr.156  
[Plädoyer für soziales christliches Patronat der Arbeitgeber im Sinne des Vereins „Arbeiterwohl“, aber auch christliche Assoziationen der Arbeiter selbst (Genossenschaften)]
- 02.07.1880 Referentenentwurf eines Votums für den preußischen Handelsminister Karl Hofmann, Erstfassung Abt. I, Bd.2, Nr.62  
[Die angestrebte Reform des Haftpflichtgesetzes wird mit der Bekämpfung der Sozialdemokratie legitimiert, die mit dieser Reform verbundenen Abänderungen: Einbeziehung des Baugewerbes und Abkehr vom Verschuldensprinzip werden begründet]
- 03.07.1880 Entwurf des preußischen Handelsministers Karl Hofmann für ein neues Haftpflichtgesetz Abt. I, Bd.2, Nr.63  
[Ausgestaltung der Unternehmerhaftung nach dem Prinzip der Präsuntion]
- 08.07.1880 Entwurf des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann für ein Votum des preußischen Handelsministers Karl Hofmann für das Staatsministerium, Endfassung Abt. I, Bd.2, Nr.64, Abt. I, Bd.6, Nr.91  
[Bericht über die überwiegend ablehnende Haltung der preußischen Bezirksregierungen gegenüber dem Stummschen Antrag einer obligatorischen Altersversicherung für Arbeiter; Anerkennung eines vorhandenen Bedürfnisses zur Absicherung bei Erwerbsunfähigkeit, dem jedoch besser durch eine verbesserte Krankenversicherung und Haftpflichtrevision entsprochen werden kann; Vorschlag zur Ausdehnung der Haftpflicht und Abänderung ihrer Voraussetzungen (Präsuntion), verbunden mit einer privatrechtlichen Unfallversicherung, der auch die Arbeiter beitragspflichtig sind. Für die restlichen Fälle der (Alters-)Invalidität besteht die Kaiser-Wilhelms-Spende, außerdem sollen Gemeinden ermächtigt werden, obligatorische Kassen zu errichten mit Beiträgen der Arbeitgeber und gemeindlichen Zuschüssen; Arbeitnehmerbeiträge nur bei gleichzeitiger Absicherung der Hinterbliebenen (Waisen und Witwen) durch Renten; Ausklammerung des Freizügigkeitshindernisses: Anwartschaftsverlust bei Orts- und Stellenwechsel]
- 08.07.1880 Grundzüge eines Haftpflicht- und Unfallversicherungsgesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.65  
[Das Prinzip der Präsuntion, eines vermuteten Unternehmerschuldens bei Unfällen, wird mit einer haftungsbefreienden Unfallversicherung verbunden, zu der auch Arbeiter beitragspflichtig sind]
- 10.07.1880 Vermerk der Geheimen Kanzlei für den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.66  
[Die Herstellung der Metallographie erlaubt nicht, daß der Minister erneut Einsicht in das Konzept des Votums (8.7.1880) nimmt]
- 10.07.1880 Bericht des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern und preußischen Handelsministers Karl Hofmann an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.67  
[Anfrage, ob – statt eines Gesetzentwurfs über obligatorische Altersversorgungs- und Invalidenkassen – ein Votum zur Revision des Haftpflichtgesetzes genehm ist, das dessen Geltungsbereich ausdehnt und Unternehmerschulden präsumiert]
- 12.07.1880 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.68  
[Die Tendenzen des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Voraussetzungen der Unternehmerhaftung erscheinen Bismarck so verderblich, daß er sie mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bekämpfen will]
- 17.07.1880 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 329 Abt. I, Bd.2, Nr.69  
[Abdruck eines Artikels des liberalen Zwickauer Tageblatts zu Unglücksfällen in Bergwerken und Haftpflicht vom 14. Juli 1880]
- 18.07.1880 Eingabe der Handelskammer Barmen an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.193  
[Detaillierte kritische Stellungnahme zum Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vom 6.1.1880 mit Änderungsvorschlägen]
- 19.07.1880 Schreiben des Gerichtsassessors Wilhelm Graf von Bismarck an den Regierungsassessor Friedrich von Kurowski Abt. I, Bd.2, Nr.70  
[Auftrag, das Staatsministerium über den Gesetzentwurf zur Änderung der Haftpflicht zu befragen]
- 20.07.1880 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an das Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.71  
[Ersuchen um Mitteilung über Verhandlungen betreffs Änderung des Haftpflichtgesetzes im Staatsministerium]
- 20.07.1880 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.72  
[Bismarck vermutet, daß ein kritischer Zeitungsbericht über das Haftpflichtgesetz vom preußischen Handelsministerium veranlaßt wurde]



- 20.07.1880 Votum des preußischen Ministerpräsidenten und Ministers der auswärtigen Angelegenheiten, Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck für das Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.73  
[Der Reichskanzler und preußische Außenminister muß über alle Anträge, zu denen er amtlich Stellung nehmen soll, vorab informiert werden]
- 22.07.1880 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Handelsminister Karl Hofmann Abt. I, Bd.2, Nr.74  
[Hofmann wird zum Vortrag beordert]
- 22.07.1880 Bericht des Unterstaatssekretärs Gustav Homeyer an den preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.75  
[Eine Vorlage zur Abänderung des Haftpflichtgesetzes ist im Staatsministerium nicht beraten worden, wohl aber das darauf bezogene Unfallanzeigegesetz]
- 22.07.1880 Bericht des preußischen Handelsministers und Staatssekretärs des Innern Karl Hofmann an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.76  
[Gegendarstellung und Rechtfertigung Hofmanns gegenüber Bismarcks Beanstandungen seines Votums zur Innungsreform, Bezugnahme auf die Haftpflichtreform]
- 22.07.1880 Bericht des Präsidenten des Reichskanzleramtes Karl Hofmann an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.77  
[Gegendarstellung und Rechtfertigung Hofmanns gegenüber Bismarcks Beanstandungen seiner Anfrage zur Interpellation Stumm betr. Fürsorge für invalide Fabrikarbeiter und zur Reform des Haftpflichtgesetzes]
- 26.07.1880 Schreiben des württembergischen Ministerpräsidenten Hermann Mittnacht an den Staatssekretär des Innern Karl Hofmann Abt. I, Bd.6, Nr.92  
[Ein reichsgesetzliches Vorgehen entsprechend den Vorschlägen Stumms zur Altersversorgung ist nicht sinnvoll, insbesondere weil die empirischen statistischen Grundlagen unklar sind und die Fabrikindustrie zu sehr belastet wird; Erörterung von Detailproblemen eines Zwangskassensystems und der Schwierigkeiten von auf Kassenzwang oder Freiwilligkeit beruhenden Alternativsystemen]
- 07.08.1880 Verfügung des preußischen Handelsministers Karl Hofmann an die Geheime Kanzlei Abt. I, Bd.2, Nr.78  
[Aufgrund der ablehnenden Haltung Bismarcks gegenüber Hofmanns Vorstellungen sind sämtliche metallographierten Exemplare des Votums vom 8. Juli 1880 zu vernichten]
- 14.08.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Geheimen Rechnungsrat Fr. Schmitz Abt. I, Bd.2, Nr.79  
[Bedauern über die Versetzung Karl Hofmanns, Bitte um Korrektur des Promemorias 30.4.1880]
- 16.08.1880 Schreiben des sächsischen Außenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den Staatssekretär des Innern Karl Hofmann mit Denkschrift Abt. I, Bd.6, Nr.93  
[Reichsgesetzliche obligatorische Altersversorgungs- bzw. Pensionskassen mit Hinterbliebenenleistungen sind für Fabrikarbeiter wünschenswert; ausführliche Darlegungen zu den Ausführungsmodalitäten (Ablehnung von Anlehnung an Hilfskassen oder Knappschaftsregelungen, Vorkehrungen gegen Verlust von Anwartschaften etc.); als Anlage ausführliche Denkschrift mit gründlicher Erörterung der empirischen Daten und ordnungspolitischen Probleme]
- 18.08.1880 Brief des Geheimen Rechnungsrats Fr. Schmitz an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.80  
[Dem Korrekturwunsch am Promemoria vom 30.4.1880 ist entsprochen]
- 22.08.1880 Brief des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.81  
[Einladung zu einem Gespräch über Unfallversicherung]
- 27.08.1880 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.2, Nr.82  
[Stellungnahme zu Bismarcks politischem Vorgehen nach Kenntnisnahme der von Theodor Lohmann durchgearbeiteten Vorlagen; Geheimräte sind unkündbar]
- 28.08.1880 Sitzungsprotokoll des Staatsministeriums Abt. I, Bd.2, Nr.83  
[Bismarck gibt seine Absicht bekannt, im Reichsamt des Innern eine Abteilung für Handel und Gewerbe einzurichten, die entsprechenden Reichsgesetze sollen künftig dort, unter Hinzuziehung von Beamten des preußischen Handelsministerium vorbereitet werden. Das geltende Haftpflichtrecht soll geändert werden, jedoch nicht durch Unterstellung einer präsumtiven Verschuldung des Arbeitgebers, sondern durch eine staatliche Unfallversicherung]

- 30.08.1880 Brief des Geheimen Regierungsrates Robert Bosse an den Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein Karl Heinrich von Boetticher Abt. I, Bd.1, Nr.172  
[Reflexionen zu Bismarcks Plänen, zukünftig bei den arbeiter- und wirtschaftspolitischen Gesetzesvorhaben initiativ zu werden und dafür administrative Vorbedingungen zu schaffen sowie zur Ernennung v. Boettichers zum Staatssekretärs des Innern]
- 10.09.1880 Immediatbericht des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. I, Bd.1, Nr.173  
[Bismarck will definitiv preußischer Handelsminister werden, um sicherzustellen, daß die legislative Behandlung der Handels- und Gewerbeangelegenheiten in Preußen den gleichen Gesichtspunkten folgt wie im Reich, Ankündigung der Einberufung eines Volkswirtschaftsrats zur fachkundigen Vorprüfung der entsprechenden Gesetzesvorhaben]
- 17.09.1880 Denkschrift des Staatsministers a. D. Karl Gottlob Freiherr von Varnbüler für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.6, Nr.94  
[Befürwortung der Stummschen Altersversorgungspläne bei gleichzeitiger Ausweitung zu einer allgemeinen Staatsbürgerversicherung gegen Alter und Invalidität sowie für Hinterbliebene]
- 18.09.1880 Frankfurter Zeitung Nr. 261 Abt. I, Bd.1, Nr.174  
[Spekulationen über die politischen Absichten, die Bismarck bewogen haben könnten, das Amt des preußischen Handelsministers zu übernehmen]
- 18.09.1880 Notizen des Kommerzienrats Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.84  
[Aufzeichnung der Ergebnisse des Gesprächs mit Bismarck, Grundlage der Haftpflichtrevision soll eine vom Staat garantierte Unfallversicherung für alle gewerblichen Arbeiter bilden]
- 20.09.1880 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.85  
[Der König von Sachsen und industrielle Kreise Sachsens begrüßen die Übernahme des Handelsministeriums durch Bismarck]
- 20.09.1880 Referat des Regierungsassessors Dr. Gustav Koenigs auf der IV. Generalversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. I, Bd.5, Nr.200  
[Darstellung von Anlaß und Auswirkungen der Etappen der preußischen Hilfskassengesetzgebung seit 1845, Kritik der entsprechenden Doppelgesetzgebung von 1876 als von der Sache her verfehlt, die Entwicklung von Fabrikkrankenkassen wird behindert]
- 22.09.1880 Sitzungsprotokoll einer Bochumer Industriellenversammlung Abt. I, Bd.2, Nr.86  
[Das Vorgehen bei der Ausfertigung des Entwurfes eines Unfallversicherungsgesetzes wird beraten]
- 23.09.1880 Erstfassung des Entwurfs eines Gesetzes betr. die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betrieb sich ereignenden Unfälle Abt. I, Bd.2, Nr.87  
[In Bergwerken, Fabriken und ähnlichen Betrieben beschäftigte Arbeiter sind bei einer vom Reich zu errichtenden Anstalt gegen die Folgen von Betriebsunfällen zu versichern]
- 23.09.1880 Bericht des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Dr. Rudolf Jacobi an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.88  
[Der vorgelegte Referentenentwurf eines Unfallversicherungsgesetzes wird systematisch begründet, zu strittigen Fragen werden Entscheidungsvorschläge unterbreitet, eine der Reichsversicherungsanstalt „vorgeschaltete“ berufsgenossenschaftliche Unfallversicherung wird abgelehnt]
- 24.09.1880 Bericht des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Dr. Rudolf Jacobi an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit dem abgeänderten und neu gefaßten Entwurf eines Unfallanzeigegesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.89  
[Der entsprechend den Vorstellungen Bismarcks umgearbeitete Gesetzentwurf zur Unfallversicherung wird vorgelegt, auf die einzelnen Abänderungen wird hingewiesen]
- 27.09.1880 Schreiben des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Dr. Rudolf Jacobi an Prof. Dr. Karl Heym und Justizrat Reinhold Stämmeler Abt. I, Bd.2, Nr.90  
[Bitte um Begutachtung der finanziellen Auswirkungen des Referentenentwurfs des Unfallversicherungsgesetzes]
- 27.09.1880 Brief des Rittergutsbesitzers Ferdinand Knauer an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.91  
[Knauer wünscht, daß Bismarck auf seine modellhafte Landarbeiterfürsorge aufmerksam gemacht wird]

- 28.09.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George F. Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.92  
[Bericht über den im preußischen Handelsministerium fertiggestellten Referentenentwurf zum Unfallversicherungsgesetz]
- 29.09.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.93  
[Kritik an Bismarcks Verhalten]
- 30.09.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner Abt. I, Bd.2, Nr.94  
[Trotz des fertigen Referentenentwurfs soll weiter an dem Bochumer Entwurf für ein Unfallversicherungsgesetz gearbeitet werden]
- 30.09.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.95  
[Bismarck wird über Maßnahmen zur Anfertigung des gewünschten Gesetzentwurfes zur Unfallversicherung informiert]
- 00.10.1880 Karl Brämer, Der finanzielle Zustand der preußischen Knappschaftsvereine Abt. I, Bd.6, Nr.95  
[Mittels detaillierter Statistiken wird nachgewiesen, daß das Solidarprinzip bzw. Umlageverfahren der preußischen und sächsischen Knappschaftskassen unsolide bzw. an seine finanziellen Grenzen geraten ist: „völlige Unzulänglichkeit“ der Bilanzen]
- 01.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Rittergutsbesitzer Ferdinand Knauer Abt. I, Bd.2, Nr.96  
[Bismarck will von der Unfallversicherung landwirtschaftlicher Arbeiter noch nicht viel wissen]
- 01.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Redakteur der Kölnischen Zeitung Karl Heinrich Brüggemann Abt. I, Bd.2, Nr.97  
[Bericht über die Entstehung des Promemoria zur Unfallversicherung (30.4.1880)]
- 02.10.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.98  
[Die öffentliche Meinung ist für die Pläne der Industrie gewonnen, weitere Informationen über den Regierungsentwurf zur Unfallversicherung]
- 03.10.1880 Brief des Kommerzienrats Fritz Wolff an den Chef der Reichskanzlei Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.2, Nr.99  
[Bei der Ausarbeitung von sozialen und wirtschaftlichen Gesetzesvorlagen sollen auch Sachverständige, die die Interessen der Kleinbetriebe vertreten, gehört werden, neben berufsgenossenschaftlicher Selbstverwaltung bei der Unfallversicherung wird die Einrichtung von Arbeiter Ältestenkollegien empfohlen]
- 03.10.1880 Brief des Rittergutsbesitzers Ferdinand Knauer an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.100  
[Die Landarbeiter bedürfen einer eigenständigen sozialen Absicherung]
- 04.10.1880 Schreiben Graf des Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Chef der Reichskanzlei Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.2, Nr.101  
[Bismarck hat den Referentenentwurf des Unfallversicherungsgesetzes „sehr beifällig“ aufgenommen]
- 04.10.1880 Brief des Chefredakteurs der Elberfelder Zeitung Ernst Scherenberg an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.102  
[Angebot, eine Erwiderung auf die Kritik Karl Biedermanns an dem Promemoria zur Unfallversicherung (30.4.1880) zu schreiben]
- 04.10.1880 Schreiben des Gewerberats Bernhard Osthues an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.103  
[Osthues verwahrt sich dagegen, daß Baare die Fabrikinspektoren als Theoretiker bezeichnet hat]
- 05.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner Abt. I, Bd.2, Nr.104  
[Baare informiert über seine vielfältigen Aktivitäten]
- 05.10.1880 Elberfelder Zeitung Nr. 276. Haftpflichtgesetz und Unfallversicherung Abt. I, Bd.2, Nr.105  
[Kritik an dem Promemoria Baares zur Unfallversicherung (30.4.1880)]
- 06.10.1880 Brief des Rittergutsbesitzers Ferdinand Knauer an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.106  
[Kritik an dem Promemoria (30.4.1880)]

- 07.10.1880 Entwurf eines Briefes des Kommerzienrats Louis Baare an den Gewerberat Bernhard Osthues Abt. I, Bd.2, Nr.107  
[Die Kritik von Osthues (4.10.1880) wird zurückgewiesen]
- 07.10.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.108  
[Die Absichten der Regierung zur Unfallversicherung sollen vereitelt werden]
- 08.10.1880 Bericht des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Dr. Rudolf Jacobi an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.109  
[Kritische Stellungnahme zu den von Stumm vorgeschlagenen Zwangsinvalidenkassen, die Fragen Bismarcks zu dem Referentenentwurf des Unfallversicherungsgesetzes und dem Begleitbericht werden beantwortet]
- 08.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner Abt. I, Bd.2, Nr.110  
[Karl Biedermann soll in die Vorbereitungen des Gesetzentwurfs zur Unfallversicherung einbezogen werden]
- 10.10.1880 Elberfelder Zeitung Nr. 281. Haftpflichtgesetz und Unfallversicherung Abt. I, Bd.2, Nr.111  
[Louis Baare erwidert die Kritik Karl Biedermanns]
- 11.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Reichstagsabgeordneten Dr. Wilhelm Löwe Abt. I, Bd.2, Nr.112  
[Bericht über die Aktivitäten Baares zur Unfallversicherung]
- 11.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an Professor Dr. Karl Biedermann Abt. I, Bd.2, Nr.113  
[Einladung zur Teilnahme an den Beratungen über den Gesetzentwurf zur Unfallversicherung, Bericht über Entstehungsgeschichte und Weitergabe des Promemorias (30.4.1880)]
- 11.10.1880 Rundverfügung der Regierung Düsseldorf an die Landräte Abt. I, Bd.5, Nr.201  
[Rahmenvorschriften für Fabrikkrankenkassen, ihre Normalform wird die einer nicht eingeschriebenen Hilfskasse sein, da die Rechtsform einer eingeschriebenen Hilfskasse von ihren Voraussetzungen her zu schwierig bzw. bei Fabrikkrankenkassen inadäquat ist; die Mitgliedschaft auch bei nicht eingeschriebenen Fabrikkrankenkassen soll mittels entsprechend abgeänderter Ortsstatute befreiend gegenüber ortstatutarischen Pflichtkassen sein]
- 12.10.1880 Brief Professor Dr. Karl Biedermanns an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.114  
[Biedermann folgt Einladung Baares nicht und äußert Bedenken gegenüber dem Promemoria zur Unfallversicherung (30.4.1880)]
- 14.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an Prof. Dr. Karl Biedermann Abt. I, Bd.2, Nr.115  
[Erneute Einladung, an den Bochumer Beratungen zur Unfallversicherung teilzunehmen]
- 14.10.1880 Brief des Reichstagsabgeordneten Dr. Wilhelm Löwe an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.116  
[Stellungnahme zu Baares Plänen einer Unfallversicherung, hinter der Pressekampagne stehen der liberale Eugen Richter und die Sezessionisten]
- 15.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Fabrikanten Ludwig Kretzschmar Abt. I, Bd.2, Nr.117  
[Die Unfallversicherung ist für die Industrie lohnend]
- 18.10.1880 Aufzeichnung des Kommerzienrats Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.118  
[Auswirkungen des Haftpflichtgesetzes]
- 20.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Legationsrat Kuno Graf zu Rantzau Abt. I, Bd.2, Nr.119  
[Bericht über den bisherigen Verlauf der Beratungen zur Unfallversicherung in Bochum]
- 20.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.120  
[Bericht über den bisherigen Verlauf der Beratungen zur Unfallversicherung in Bochum]
- 20.10.1880 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Christoph Tiedemann an den Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium Dr. Rudolf Jacobi Abt. I, Bd.2, Nr.121  
[Bismarck erbittet Auskunft darüber, ob neben der geplanten Zwangsunfallversicherung auch noch eine freiwillige Zusatzversicherung für Arbeiter zugelassen werden kann]

- 22.10.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Rittergutsbesitzer Ferdinand Knauer Abt. I, Bd.2, Nr.122  
[Replik auf die Kritik Knauers, der gebeten wird, den Fortgang von Baares Bemühungen zur Unfallversicherung abzuwarten]
- 23.10.1880 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.2, Nr.123  
[Bericht über die Entstehung der ersten Fassung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes]
- 23.10.1880 Brief des Geschäftsführers Dr. Hermann Rentzsch an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.124  
[Bericht über kritische Stimmen zum Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung]
- 26.10.1880 Eingabe des Deutsch-Amerikaners Volkmar Dietrich an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.6, Nr.96  
[Eine Altersversorgungsanstalt, deren Grundzüge skizziert werden, soll zur Abwehr von Sozialismus und zur Schaffung zufriedener Staatsbürger gegründet werden]
- 28.10.1880 Brief des Chemnitzer Oberbürgermeisters Dr. Wilhelm André an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.125  
[Grundsätzliche Bedenken gegenüber eines Eingreifen des Staates in Fragen der Haftpflicht bzw. Unfallversicherung]
- 28.10.1880 Die Post Nr. 296, Beilage. [Hermann Freiherr von der Heyden-Rynsch:] Zur Frage wegen der Arbeiterversicherungskassen Abt. I, Bd.6, Nr.97  
[Offizielle Darstellung des (preußischen) Knappschaftswesens im Jahre 1878 mit Details aus amtlichen Materialien]
- 29.10.1880 Bemerkungen des Papierfabrikanten Moritz Behrend Abt. I, Bd.2, Nr.126  
[Vorschläge für eine Abänderung der Vorfassung des Bochumer Gesetzentwurfs zur Unfallversicherung (20.10.1880)]
- 30.10.1880 Rede des Kommerzienrats Louis Baare vor Aktionären des Bochumer Vereins Abt. I, Bd.2, Nr.127  
[Ausführungen über die Vorteile der Unfallversicherung]
- 01.11.1880 Zweitfassung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.128  
[Reichsversicherungsanstalt statt Unfallversicherungsanstalt, freiwillige Zusatzversicherung]
- 01.11.1880 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.129  
[Die Zweitfassung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes wird erläutert, Abänderungen und Ergänzungen gegenüber der ersten Fassung werden begründet]
- 01.11.1880 Brief des Hüttendirektors Josef Massenez an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.130  
[Die Pläne für eine Arbeiterunfallversicherungskasse werden generell abgelehnt, auf jeden Fall aber in der von Baare vorgeschlagenen Begrenzung auf gewerbliche Arbeiter]
- 03.11.1880 Bochumer Gesetzentwurf zur Errichtung einer Arbeiterunfallversicherungskasse Abt. I, Bd.2, Nr.131  
[Für das Deutsche Reich ist eine Arbeiterunfallversicherungskasse einzurichten, die im Falle eines Betriebsunfalles Jahresrenten bis zu 500 M. gewährt; §2 des Reichshaftpflichtgesetzes wird aufgehoben]
- 04.11.1880 Eingabe der Handelskammer Mönchengladbach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.194  
[Vorlage eines eigenen Entwurfs von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter vor Gefahren für Leben und Gesundheit]
- 06.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.132  
[Der fertiggestellte Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung wird übersandt, Baare möchte ihn auch in der Öffentlichkeit bekanntgeben]
- 06.11.1880 Statut der Allgemeinen Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (eingeschriebene Hilfskasse) Abt. I, Bd.5, Anh.B, Nr.10  
[Beispiel für eine zentrale freie eingeschriebene Hilfskasse, die von einer (sozialdemokratischen) Gewerkschaft getragen ist, formal aber nur eine beruflich-fachliche Mitgliedschaftsvoraussetzung aufweist; Zusammenspiel von örtlichen Verwaltungsstellen mit Mitgliederversammlungen und zentraler Generalversammlung als höchste Instanz der Kasse]

- 07.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller Emil Russell Abt. I, Bd.2, Nr.133  
[Die Veröffentlichung des Bochumer Entwurfs zur Unfallversicherung (3.11.1880) erfolgt notgedrungen, die Arbeiten daran wurden „fristgemäß“ durchgeführt]
- 08.11.1880 Brief des Reichstagsabgeordneten Dr. Wilhelm Löwe an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.134  
[Bericht über eine Unterredung mit Christoph Tiedemann, Stellungnahme zur Denkschrift zur Unfallversicherung (30.4.1880) von Wilhelm André]
- 09.11.1880 Schreiben des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Dr. Rudolf Jacobi an den Chef der Reichskanzlei Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.2, Nr.135  
[Karl Heyms Gutachten Über die Unfallversicherungsprämien ist noch unvollständig, er soll – unter Hinzuziehung weiterer Materialien – ein publikationsreifes Gutachten vorlegen, das für Sachverständige einsichtig ist]
- 09.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner Abt. I, Bd.2, Nr.136  
[Rückblick auf die Zusammenarbeit bei der Erstellung des Bochumer Entwurfs zur Unfallversicherung (3.11.1880), Rücksichtnahme auf den Lithographen bei der Verteilung der Motive des Entwurfs]
- 12.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner Abt. I, Bd.2, Nr.137  
[Die Verbreitung des Bochumer Gesetzentwurfs zur Unfallversicherung (3.11.1880) wird beraten, Enttäuschung über die ausgebliebene Reaktion Bismarcks]
- 12.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Industriellen und Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Stumm Abt. I, Bd.2, Nr.138  
[Baare wirbt für den Bochumer Entwurf (3.11.1880), die Belastung der Industrie aus einer Unfallversicherung scheint ihm vertretbar, die aus einer Arbeiterinvaliditätsversicherung nicht]
- 13.11.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.139  
[Auf Dank kann man bei Bismarck nicht rechnen]
- 14.11.1880 Zusammenstellung der eingegangenen Erklärungen der Bundesregierungen über die reichsgesetzliche Regelung der Verhältnisse der Arbeiterinvalidenkassen Abt. I, Bd.6, Nr.98  
[Informative Zusammenfassung der einzelnen Vorschläge, weitgehend ohne auf die Begründungen einzugehen. Die ablehnende Haltung überwiegt, dabei wird teilweise auf ein fehlendes Bedürfnis, teilweise auf praktische Probleme bei der Durchführung abgestellt; überwiegend skeptisch-kritische Angaben zur Hilfskassengesetzgebung von 1876]
- 15.11.1880 Brief des Industriellen und Reichstagsabgeordneten Karl Ferdinand Stumm an den Geheimen Kommerzienrat Franz Haniel Abt. I, Bd.2, Nr.140  
[Der Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung (3.11.1880) wird abgelehnt]
- 15.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an Prof. Dr. Karl Biedermann Abt. I, Bd.2, Nr.141  
[Der Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung (3.11.1880) wird zur Verbreitung und Stellungnahme übersandt]
- 16.11.1880 Tribüne Nr. 269 Abt. I, Bd.1, Nr.175  
[Ausführungen über negative Folgen der Schutzzollpolitik in rheinischen Industriegebieten, Kritik an Ausführungen des preußischen Finanzministers Karl Hermann Bitter]
- 16.11.1880 Stellungnahme des Chemnitzer Oberbürgermeisters Dr. Wilhelm André zu einem Unfallversicherungsgesetz Abt. I, Bd.2, Nr.142  
[Eine auf Zwang beruhende gesetzliche Unfallversicherung wird entschieden abgelehnt]
- 16.11.1880 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Chef der Reichskanzlei Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.2, Nr.143  
[Bismarck drängt auf rasche Fortführung der Arbeiten am Unfallversicherungsgesetz. Unter Beachtung seiner Randbemerkungen soll der amtliche Entwurf weiterhin Grundlage bleiben, der Baaresche Entwurf ergänzend herangezogen werden]
- 17.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Justizrat Dr. Sophus Goose Abt. I, Bd.2, Nr.144  
[Mitteilungen über die geplante Öffentlichkeitsarbeit]

- 17.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Regierungsassessor Dr. Gustav Königs Abt. I, Bd.2, Nr.145  
[Königs wird darauf hingewiesen, daß Josef Massenez Baares Pläne zur Unfallversicherung ablehnt]
- 18.11.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Reichstagsabgeordneten Dr. Wilhelm Löwe Abt. I, Bd.2, Nr.146  
[Befremden über Bismarcks Schweigen, Auseinandersetzung mit der liberalen Presse]
- 18.11.1880 Brief Professor Dr. Karl Biedermanns an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.147  
[Kritik an dem Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung (3.11.1880)]
- 19.11.1880 Brief des Verlegers Friedrich C. Glaser an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.148  
[Bericht über Aktivitäten, Kritik des Direktors des preußischen Statistischen Büros, Ernst Engel, am Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung (3.11.1880)]
- 20.11.1880 Brief des Reichstagsabgeordneten Dr. Wilhelm Löwe an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.149  
[Bericht über ein Gespräch mit Christoph Tiedemann, Einschätzung von Bismarcks Verhalten zur Unfallversicherung]
- 21.11.1880 Dritte und vierte Fassung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.150  
[Gesetz betreffend die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle]
- 21.11.1880 Begleitschreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.151  
[Der revidierte Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes mit Begleitbericht wird übersandt, weitere Anordnungen Bismarcks werden erbeten]
- 21.11.1880 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher zu der dritten Fassung des Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.152  
[Es wird dargelegt und begründet, inwieweit die Bemerkungen Bismarcks in der vorgelegten Fassung berücksichtigt wurden]
- 22.11.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.153  
[Bericht über die Aufnahme des Bochumer Entwurfs zur Unfallversicherung (3.11.1880) bei Bismarck]
- 26.11.1880 Schreiben des Landrates Tonio Bödiker an den preußischen Finanzminister Karl Hermann Bitter Abt. I, Bd.1, Nr.176  
[Tonio Bödiker freut sich, berichten zu können, daß die Angaben der „Tribüne“ über die Lage der Industrie in M. Gladbach und Barmen falsch bzw. übertrieben sind]
- 29.11.1880 Bericht des Direktors des preußischen Statistischen Büros Ernst Engel an den preußischen Handelsminister und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.154  
[Aufgrund fehlender Unterlagen ist eine zutreffende Prämienberechnung für die geplante Arbeiterunfallversicherung nicht möglich]
- 01.12.1880 Tribüne Nr. 284 Abt. I, Bd.1, Nr.177  
[Infolge des Frostes in den USA hat sich die Situation in der Gladbacher Industrie verbessert, die Lage in Barmen ist aber weiterhin schlecht]
- 02.12.1880 Brief des Rittergutsbesitzers Ferdinand Knauer an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.155  
[Beschwerde, daß er zum Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung (3.11.1880) nicht gehört wurde, Ankündigung einer polemischen Broschüre dagegen]
- 02.12.1880 Kölnische Zeitung Nr. 335. Zur Reform der Haftpflichtgesetzgebung Abt. I, Bd.2, Nr.156  
[Bericht und Kommentar über die Debatte zum Bochumer Gesetzentwurf zur Unfallversicherung (3.11.188) im preußischen Abgeordnetenhaus]
- 03.12.1880 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller George F. Beutner Abt. I, Bd.2, Nr.157  
[Sorge um Kritik aus Kreisen der Industriellen am Bochumer Entwurf zur Unfallversicherung (3.11.1880); George F. Beutner wird gebeten, Karl Biedermann und Ferdinand Knauer zu besuchen]
- 04.12.1880 Schreiben des Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Chef der Reichskanzlei Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.2, Nr.158  
[Bismarck läßt Baare über das „Kanzlerblatt“ seine Anerkennung sagen]

- 08.12.1880 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.159  
[Der sächsische Minister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten Hermann von Nostitz-Wallwitz begrüßt persönlich die Grundsätze des Gesetzentwurfs zur Unfallversicherung, seine gleichwohl dargelegten Bedenken werden mitgeteilt]
- 08.12.1880 Schreiben des Staatssekretärs im Ministerium für Elsaß-Lothringen Karl Hofmann an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.160  
[Karl Hofmann dankt und schweigt]
- 11.12.1880 Schreiben des Oberbürgermeisters von Barmen Friedrich Wilhelm Wegner an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Robert von Hagemeister Abt. I, Bd.1, Nr.178  
[Bericht über die Lage der Industrie und der Arbeiter in Barmen]
- 12.12.1880 Notizen des Chefs der Reichskanzlei Christoph Tiedemann über ein Gespräch mit dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.161  
[Gedanken Bismarcks zu Ausgestaltung und Auswirkungen der Arbeiterversicherung]
- 14.12.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.162  
[Bericht über ein Gespräch mit Ferdinand Knauer (Unfallversicherung)]
- 15.12.1880 Schreiben des Legationsrats Friedrich Wilhelm Graf zu Limburg-Stirum an den preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff zu dem Entwurf eines Reichsgesetzes über die Unfallversicherung der Arbeiter Abt. I, Bd.2, Nr.163  
[Bismarcks Randbemerkungen zum Gesandtschaftsbericht Graf Dönhoffs vom 8.12.1880 werden zu einem Antwortschreiben ausformuliert]
- 15.12.1880 Zweitfassung des Entwurfs eines Votums des preußischen Ministers des Innern Botho Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.164  
[Gegen den Gesetzentwurf zur Unfallversicherung werden erhebliche Bedenken geäußert]
- 15.12.1880 Brief von Kommerzienrat Louis Baare an den Geschäftsführer des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner Abt. I, Bd.2, Nr.165  
[Enttäuschung über Bismarcks Schweigen]
- 16.12.1880 Brief des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.166  
[Beutner konnte über den Regierungsentwurf zur Unfallversicherung nichts erfahren]
- 18.12.1880 Berichtsentwurf des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. I, Bd.1, Nr.179  
[Ein mäßiger vernünftiger Staatssozialismus kann die Gefahr des revolutionären Sozialismus beschwören: Tabakmonopol und Altersversorgungskasse]
- 18.12.1880 Schreiben von Prof. Dr. Karl Heym an den Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium Dr. Rudolf Jacobi mit Gutachten Abt. I, Bd.2, Nr.167  
[Ausführungen über die zu erwartende notwendige prozentuale Höhe der Versicherungsbeiträge bzw. -prämie zur Unfallversicherung]
- 18.12.1880 Beschluß der Sachverständigenkommission zur Prüfung des Entwurfs von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit Abt. I, Bd.3, Nr.195  
[Der vom Bundesrat vorgelegte Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vom 9.1.1880 wird von der Sachverständigenkommission weitgehend abgeschwächt]
- 20.12.1880 Schreiben des Mühlenbesitzers Hugo Woltersdorf an den Legationsrat Kuno Graf zu Rantzau mit beigefügtem Bericht Abt. I, Bd.2, Nr.168  
[Woltersdorf hat seine Arbeiter privat gegen die Folgen von Invalidität und Alter versichert und berichtet über seine bisherigen Erfahrungen]



- 21.12.1880 Votum des Vizepräsidenten des preußischen Staatsministeriums Otto Graf zu Stolberg-Wernigerode für das Staatsministerium Abt. I, Bd.2, Nr.169, Abt. I, Bd.6, Nr.99  
[Die vorgesehene Versicherung der Arbeiter gegen Unfälle sollte durch eine vom Reich ausgehende Organisation für Krankheits-, Invaliditäts- und Altersversorgung der Arbeiter sowie deren Hinterbliebene ersetzt werden. Der Fortschritt in dem Gesetzentwurf gegenüber dem Haftpflichtgesetz wird hervorgehoben, im Hinblick auf finanzielle Absicherung der Einrichtungen und Leistungen des Beitragsaufkommens werden Bedenken geäußert, Ausführungen zum Fehlen der Unfallstatistik und zur Überforderung der Armenverbände]
- 21.12.1880 Votum des preußischen Ministers des Innern, Botho Graf zu Eulenburg für das Staatsministerium und den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.170  
[Eulenburg äußert grundsätzliche Bedenken gegen die im Entwurf für ein Unfallversicherungsgesetz vorgesehene Verpflichtung der Ortsarmenverbände, ein Drittel der Prämie für gering verdienende Arbeiter ihres Bezirks aufzubringen, auch darüber hinaus werden Einwendungen vorgebracht]
- 23.12.1880 Entwurf der Motive des Unfallversicherungsgesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.171  
[Von der sozialen Begründung zur staatspolitischen Rechtfertigung der Unfallversicherung]
- 24.12.1880 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.196  
[Vorlage des von einer Sachverständigenkommission erheblich abgeänderten Entwurfs von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit]
- 25.12.1880 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.172  
[Der Reichskanzler möge bestimmen, welche Einwände Eulenburgs vor der Vorlage des Gesetzentwurfs für ein Unfallversicherungsgesetz beim Bundesrat noch berücksichtigt werden sollen]
- 31.12.1880 Votum des preußischen Justizministers Heinrich Friedberg für das Staatsministerium und den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.173  
[Vorgeschlagen werden meist gesetzestechnische Abänderungen am Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes, die gleich in die Form von Gesetzesparagrafen gebracht sind]
- 31.12.1880 Bericht des preußischen Gesandten in München, Georg Graf von Werthern-Beichlingen, an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Denkschrift der bayerischen Regierung Abt. I, Bd.2, Nr.174  
[Denkschrift der bayerischen Staatsregierung zum Unfallversicherungsgesetz wird übersandt, die darin geäußerten Bedenken gegen Verwaltungsstellen des Reiches in Bayern sind berechtigt, auch muß berücksichtigt werden, daß das traditionelle bayerische Armenrecht Ortsarmenverbände nicht kennt]

## 1881

- 04.01.1881 Schreiben von Wilhelm Graf von Bismarck an den preußischen Gesandten in München Georg Graf von Werthern-Beichlingen Abt. I, Bd.2, Nr.175  
[Die Randbemerkungen Bismarcks auf der bayerischen Denkschrift zum Unfallversicherungsgesetz (31.12.1880) sollen Grundlage eines Berichts an die bayerische Regierung sein]
- 07.01.1881 Fünfte Fassung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.176  
[Entwurf eines Gesetzes betreffend die Versicherung der in Bergwerken, Fabriken und anderen Betrieben beschäftigten Arbeiter gegen die Folgen der beim Betriebe sich ereignenden Unfälle]
- 07.01.1881 Begleitschreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit der (fünften) Fassung des Entwurfs eines Unfallversicherungsgesetzes Abt. I, Bd.2, Nr.177  
[Die fertiggestellte neue Fassung des Entwurfs des Unfallversicherungsgesetzes mit abgeänderter und ergänzter Begründung wird übersandt, auf Abänderungen wird hingewiesen]
- 09.01.1881 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.2, Nr.178 Abt. I, Bd.3, Nr.197  
[Bericht über den Besuch bei Bismarck in Friedrichsruh am 27./28. Dezember 1880 mit Äußerungen zur Arbeiterversicherung und Fabrikinspektion]
- 09.01.1881 Der Sozialdemokrat Nr. 2. [Eduard Bernstein:] Staatshilfe Abt. I, Bd.8, Nr.157  
[Kritik an der Staatshilfe für Arbeiter]

- 11.01.1881    Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für den Deutschen Kaiser und König von Preußen Kaiser Wilhelm I.    Abt. I, Bd.2, Nr.179  
 [Die Regelung der gesetzlichen Unfallversicherung ist geboten, um die Repressivmaßnahmen des Sozialistengesetzes positiv zu ergänzen. Der bestehende Staat muß den arbeitenden Klassen Vorteile und Rechte verbürgen, nur so kann ein positives Interesse an ihm geweckt werden]
- 12.01.1881    Denkschrift des Legationsrats Lothar Bucher für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck    Abt. I, Bd.2, Nr.180  
 [Bericht über das „Recht“ auf Armenunterstützung in Frankreich und England]
- 14.01.1881    Begleitschreiben des Reichskanzlers und preußischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Otto Fürst von Bismarck an das Staatsministerium    Abt. I, Bd.2, Nr.181  
 [Der Entwurf des Gesetzes über die Unfallversicherung gewerblicher Arbeiter wird übersandt, das weitere Beratungsverfahren erläutert]
- 15.01.1881    Bericht des Landrats Tonio Bödiker an die Regierung in Düsseldorf    Abt. I, Bd.2, Nr.182  
 [Statistische Aufstellungen zur Mehrbelastung der gemeindlichen Armenverwaltung durch die Unfallversicherung (nach Baares Entwurf) werden übersandt]
- 15.01.1881    Aufzeichnung des Kommerzienrats Louis Baare    Abt. I, Bd.2, Nr.183  
 [Erwägungen zum Regierungsentwurf des Unfallversicherungsgesetzes]
- 18.01.1881    Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken    Abt. I, Bd.2, Nr.184  
 [Bericht über den Verlauf einer Einladung Bismarcks für die Mitarbeiter des preußischen Handelsministeriums]
- 19.01.1881    Rundschreiben des Kommerzienrats Louis Baare an die Teilnehmer der Bochumer Novembertagung    Abt. I, Bd.2, Nr.185  
 [Baare informiert über Abweichungen des Regierungsentwurfs für ein Unfallversicherungsgesetz vom Bochumer Entwurf und schlägt eine nochmalige Beratung vor]
- 20.01.1881    Schreiben des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler und preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Otto Fürst von Bismarck    Abt. I, Bd.2, Nr.186  
 [Bericht über ein Gespräch mit dem König von Sachsen, der sich eher skeptisch über den Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes äußerte]
- 21.01.1881    Brief des Fabrikanten August Dollfus an den Kommerzienrat Louis Baare    Abt. I, Bd.2, Nr.187  
 [Die Elsässer Industriellen sind skeptisch gegenüber einer staatlichen Unfallversicherung]
- 21.01.1881    Aufzeichnung eines Gesprächs des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck mit dem Publizisten Moritz Busch    Abt. I, Bd.2, Nr.188, Abt. I, Bd.6, Nr.100  
 [Fürsorgestaat: staatspolitische Aufwertung und innovative Abänderung der Arbeiterversicherungsdebatte; die Altersversorgung der Arbeiter (Staatsrente, „Pension“) als Aufgabe des Reichs, Finanzierung aus Staatseinnahmen, Pensionsansprüche als Mittel gegenüber einer Revolution. Die besitzlosen Klassen müssen einsehen, daß der Staat auch ihnen nützlich ist]
- 22.01.1881    Brief des Fabrikanten Eduard Schwartz an den Kommerzienrat Louis Baare    Abt. I, Bd.2, Nr.189  
 [Von Kompromissen gegenüber dem Regierungsentwurf für ein Unfallversicherungsgesetz wird abgeraten]
- 24.01.1881    Frankfurter Zeitung Nr. 24. Zum Schutz der gewerblichen Arbeiter    Abt. I, Bd.3, Nr.198  
 [Scharfe Kritik am Beschluß der Sachverständigenkommission zu den Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit]
- 26.01.1881    Begleitschreiben der Regierung in Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck zu dem Bericht des Landrats Tonio Bödiker    Abt. I, Bd.2, Nr.190  
 [Der Baaresche Gesetzentwurf über die Unfallversicherung (3.11.1880) belastet durch die vorgesehene Form der Prämienaufbringung die ländliche Bevölkerung bzw. die Landarmenverbände erheblich]
- 27.01.1881    Tabellarische Übersicht über einige Einwendungen deutscher Bundesregierungen gegen die vierte Fassung des Entwurfs des Unfallversicherungsgesetzes    Abt. I, Bd.2, Nr.191  
 [Bemerkungen zum Unfallgesetz]

- 28.01.1881 Eingabe der Handelskammer Mönchengladbach an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.3, Nr.199  
[Trotz des weitgehend abgeschwächten Entwurfs der Sachverständigenkommission vom 18.12.1880 übt die Handelskammer weiterhin Kritik am Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit]
- 30.01.1881 Denkschrift des Deutschen Landwirtschaftsrats für das Reichsamt des Innern Abt. I, Bd.2, Nr.192  
[Die geplante Unfallversicherung für gewerbliche Arbeiter wird begrüßt, aber die Prämienzahlung durch Landarmenverbände wird als unbillig angesehen, im übrigen wird befürchtet, daß die Unfallversicherung weitere landwirtschaftliche Arbeiter zur Abwanderung bewegt, vorgeschlagen wird eine Ausdehnung auf die landwirtschaftlichen Arbeiter]
- 04.02.1881 Brief Louis Baares an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.193  
[Bitte um Audienz, da Widerstand gegen das Gesetz zur Unfallversicherung von industriellen Kreisen und partikularistischen Tendenzen zu erwarten ist]
- 04.02.1881 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann Abt. I, Bd.2, Nr.194  
[Abschätzung der Beitragsbelastung der Industrie durch das Unfallversicherungsgesetz nach dem Regierungsentwurf]
- 04.02.1881 Telegramm von Firma Fried. Krupp an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.195  
[Die Gesamtlohnkosten der Firma Fried. Krupp werden mitgeteilt]
- 04.02.1881 Telegramm der Bochumer Gußstahlfabrik an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.196  
[Mitteilung über Lohnkosten der einzelnen Unternehmensbereiche des Bochumer Vereins]
- 05.02.1881 Brief des Geheimen Kommerzienrats Alexander Heimendahl an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.197  
[Information über das Abstimmungsverhalten unterschiedlicher politischer Kräfte im preußischen Volkswirtschaftsrat zum Entwurf des Unfallversicherungsgesetzes]
- 05.02.1881 Telegramm des Kommerzienrats Louis Baare an Firma Fried. Krupp Abt. I, Bd.2, Nr.198  
[Bericht über den Antrag Heimendahl, als Replik wird die Veröffentlichung der Lohnquartile bei Krupp vorgeschlagen]
- 05.02.1881 Telegramm von Firma Fried. Krupp an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.199  
[Einverständnis mit öffentlicher Auswertung der Lohndaten]
- 06.02.1881 Vorlage des Lohnbuchhalters L. Prinz für den Generalsekretär Friedrich Baare Abt. I, Bd.2, Nr.200  
[Lohnkosten nach Verdienstklassen beim Bochumer Verein und deren Berechnung]
- 08.02.1881 Erstfassung des Entwurfs für eine Thronrede zur Eröffnung des Reichstags Abt. I, Bd.2, Nr.201  
[Der Gesetzentwurf zur gewerblichen Unfallversicherung bezweckt, eine berechtigte Forderung des Arbeiterstandes zu erledigen]
- 09.02.1881 Rundschreiben des Kommerzienrats Louis Baare an die Teilnehmer der Bochumer Konferenz Abt. I, Bd.2, Nr.202  
[Vorschläge zum weiteren Vorgehen der Industriellen bezüglich des Unfallversicherungsgesetzes nach den Abstimmungsniederlagen der Baareschen Anträge]
- 10.02.1881 Endfassung des Entwurfs für eine Thronrede zur Eröffnung des Reichstags Abt. I, Bd.2, Nr.203  
[Die Heilung sozialer Schäden soll nicht nur durch Repression erfolgen, sondern auch durch Förderung des Wohles der Arbeiter]
- 11.02.1881 Brief Professor Dr. Karl Biedermanns an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.204  
[Bericht über den Besuch Beutners, Kritik am Regierungsentwurf über die Unfallversicherung]
- 12.02.1881 Brief des Gerichtsassessors Wilhelm Graf von Bismarck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.205  
[Elsässische Industrielle möchten zum Gesetzentwurf über die Unfallversicherung gehört werden]
- 12.02.1881 Eingabe des Vereins süddeutscher Baumwollindustrieller an den Bundesrat Abt. I, Bd.2, Nr.206  
[Kritik am Regierungsentwurf über die Unfallversicherung, Abänderungsvorschläge werden unterbreitet]

- 14.02.1881 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Justizrat Dr. Sophus Goose Abt. I, Bd.2, Nr.207  
[Bericht über den Verlauf der Verhandlungen des Volkswirtschaftsrats zum Gesetzentwurf über die Unfallversicherung]
- 15.02.1881 Votum des preußischen Handelsministers und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für Abt. I, Bd.2, Nr.208  
das Staatsministerium  
[Stellungnahme zu den übersandten Abänderungsvorschlägen des Volkswirtschaftsrates, denen weitgehend zugestimmt wird; die Minister werden ersucht, dem entsprechend revidierten Gesetzentwurf über die Unfallversicherung für die Abstimmung im Bundesrat zuzustimmen]
- 15.02.1881 Brief des Dichters und Versicherungsagenten Emil Rittershaus an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.209  
Baare  
[Rittershaus begrüßt Baares Votum gegen den Gesetzentwurf über die Unfallversicherung]
- 16.02.1881 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Industriellen Wilhelm von Born Abt. I, Bd.2, Nr.210  
[Erwägungen über das weitere Verhalten gegenüber dem Gesetzentwurf über die Unfallversicherung]
- 19.02.1881 Eingabe des Vorstandes der „Concordia“ Fritz Kalle an den Reichskanzler Abt. I, Bd.2, Nr.211  
[Der Verein begrüßt den Gesetzentwurf über Unfallversicherung, Abänderungsvorschläge werden begründet]
- 19.02.1881 Schreiben des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Staatssekretär des Abt. I, Bd.2, Nr.212  
Innern Karl Heinrich von Boetticher  
[Die Instruktionen Bismarcks werden übermittelt, wonach bei der Ausschlußberatung im Bundesrat den Anträgen der nichtpreußischen Regierungen zum Gesetzentwurf über die Unfallversicherung weitgehend entgegengekommen werden soll]
- 20.02.1881 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.200  
[Bismarck legt mit ablehnenden Formulierungen den Entwurf der Sachverständigenkommission zum Erlaß von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter vor Gefahren für Leben und Gesundheit vom 18.12.1880 vor]
- 23.02.1881 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an den Justizrat Dr. Sophus Goose Abt. I, Bd.2, Nr.213  
[Krankheit hindert Baare daran, seine Intentionen zur Unfallversicherung selbst zu vertreten]
- 23.02.1881 Brief des Kommerzienrats Louis Baare an Prof. Dr. Karl Biedermann Abt. I, Bd.2, Nr.214  
[Baare will lieber ein verschärftes Haftpflichtgesetz als ein dem Regierungsentwurf entsprechendes Gesetz über Arbeiterunfallversicherung]
- 25.02.1881 Brief von Prof. Dr. Karl Biedermann an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.215  
[Biedermann hält die gesetzliche Unfallversicherung für ein äußerst bedenkliches Experiment]
- 04.03.1881 Sitzungsprotokoll des Staatsministeriums Abt. I, Bd.2, Nr.216  
[Die Staatsminister, die Bedenken gegen die gesetzliche Unfallversicherung geäußert hatten, stellen diese zurück; die preußische Stimme im Bundesrat kann für den Gesetzentwurf abgegeben werden]
- 06.03.1881 Freisinnige Korrespondenz Nr. 55. Die „Irrtümer“ des Herrn Baare. Abt. I, Bd.2, Nr.217  
[Polemische Kritik an Baares Aktivitäten zur Unfallversicherung]
- 06.03.1881 Der Sozialdemokrat Nr. 10. [Karl Kautsky:] Der Staatssozialismus und die Sozialdemokratie Abt. I, Bd.8, Nr.158  
[Polemik gegen Staatssozialismus, Revolutionshoffnung]
- 12.03.1881 Antrag Sachsens im Bundesrat Abt. I, Bd.4, Nr.203  
[Einführung von Arbeitsbüchern für alle Arbeiter; Ausdehnung der Zuständigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte auf die Hausindustrie]
- 16.03.1881 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Abt. I, Bd.2, Nr.218  
Wyneken  
[Bericht über Dienstgeschäfte und personelle Veränderungen]
- 17.03.1881 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an Abt. I, Bd.1, Nr.180  
den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim  
[Debatte über das Tabakmonopol im Reichstag]

- 17.03.1881 Eingabe des Zentralverbands Deutscher Industrieller an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.201  
[Der Zentralverband spricht sich gegen eine Verschärfung des von einer Sachverständigenkommission am 18.12.1880 vorgelegten Entwurfs von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit aus; eine schiedsrichterliche Instanz wird befürwortet]
- 21.03.1881 Eingabe einiger Privatversicherungen an den Deutschen Reichstag Abt. I, Bd.2, Nr.219  
[Die Privatversicherungen kritisieren den Regierungsentwurf über die Unfallversicherung und schlagen als Alternative eine Verschärfung der Haftpflicht (Gefährdungshaftung) und Pflicht zur Unfallanzeige vor]
- 23.03.1881 Bericht des Staatssekretärs im Reichsamt des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.4, Nr.204  
[Der Antrag Sachsens auf Einführung von Arbeitsbüchern für alle Arbeiter und der Ausdehnung der Zuständigkeit der gewerblichen Schiedsgerichte auf die Hausindustrie soll im Bundesrat abgelehnt werden]
- 02.04.1881 Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Deutschen Reichstag Abt. I, Bd.2, Nr.220  
[Apologie des Gesetzentwurfs über die Arbeiterunfallversicherung; Ausführungen zur Entstehung, Bismarcks Erwägungen und Rückgriff auf politisch legitimierende Metaphorik: Peculium, armer Mann, praktisches Christentum und Staatssozialismus]
- 02.04.1881 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. I, Bd.2, Nr.221  
[Kritische Stellungnahme zum Unfallversicherungsgesetz]
- 04.04.1881 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. I, Bd.2, Nr.222  
[Kritische Stellungnahme zum Unfallversicherungsgesetz]
- 04.04.1881 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann Abt. I, Bd.2, Nr.223  
[Strittige Prinzipien des Regierungsentwurfs für ein Unfallversicherungsgesetz werden erörtert]
- 10.04.1881 Eingabe des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.202  
[Grundsätzliche Zustimmung zum Beschluß der Sachverständigenkommission zum Entwurf von Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit vom 18.12.1880, jedoch Kritik an einzelnen Bestimmungen. Sachverständige sollen über die von Fabrikinspektoren angeordneten Sicherheitsvorschriften entscheiden]
- 21., 23., 25. u. 28.04. 1881 Tagebuchaufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrates im preußischen Staatsministerium Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.181  
[Bosse soll Direktor im Reichsamt des Innern werden]
- 25.04.1881 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.2, Nr.224  
[Anerkennung für August Bebel, Kritik an Bismarcks Auffassung über den Reichsbetrag in der Unfallversicherung]
- 00.05.1881 Lujo Brentano, Der Arbeiterversicherungszwang, seine Voraussetzungen und seine Folgen Abt. I, Bd.6, Nr.101  
[Die Regelungen der Knappschaftskassen, insbesondere der des Eisenwerks der Gebrüder Stumm in Neunkirchen, widersprechen dem Prinzip der Gewerbefreiheit, und umgekehrt, der darauf gegründete Arbeiterversicherungszwang gewährt nur unzureichenden Schutz]
- 04.05.1881 Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.225  
[Der Staat muß zugunsten der Armen intervenieren]
02. u. 05.05. 1881 Tagebuchaufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrates Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.182  
[Bosse wird Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern]
- 08.05.1881 Concordia – Zeitschrift des Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiter. Nr. 52 und Nr. 53 Abt. I, Bd.2, Nr.226  
[Eine auf Präsumtion beruhende Haftpflicht der Unternehmer wird als beleidigende Fiktion abgelehnt, der sozialpolitischen Grundidee einer staatlichen Unfallversicherung wird zugestimmt]
- 10.05.1881 Antrag des Abgeordneten Karl Gottlob Freiherr von Varnbüler und Genossen an den Deutschen Reichstag Abt. I, Bd.7, Nr.154  
[Antrag auf allgemeine Revision des Unterstützungswohnsitzgesetzes]

- 11.05.1881 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. I, Bd.2, Nr.227  
[Die Regierung hat mit dem Zentrum einen Kompromiß für ein Unfallversicherungsgesetz ausgehandelt]
- 12.05.1881 Eingabe der Handelskammer Bielefeld an den Bundesrat Abt. I, Bd.3, Nr.203  
[Die Handelskammer schlägt vor, die geplanten Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit nicht zu erlassen, sondern nur als Instruktion für die Fabrikinspektoren zu verwenden]
- 17.05.1881 Zweiter Jahresbericht der Kaiser-Wilhelms-Spende, Allgemeinen Deutschen Stiftung für Altersrenten und Kapitalversicherung Abt. I, Bd.6, Nr.102  
[Bericht über die (mäßige) Entwicklung; Abwehr von Kritik; nur etwa 20 Prozent der Mitglieder sind Arbeiter]
- 21.05.1881 Bericht der 13. Kommission des Reichstags über den Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung der Arbeiter Abt. I, Bd.2, Nr.228  
[Reichszuschuß und Festsetzung einer Lohngrenze werden abgelehnt: Die Versicherungsprämie soll zu zwei Dritteln von dem Betriebsunternehmer, zu einem Drittel von jedem versicherten Arbeiter aufgebracht werden]
- 21.05.1881 Antrag der XIII. Kommission an den Reichstag Abt. I, Bd.5, Nr.202  
[Angleichung der Hilfskassengesetzgebung an die Unfallversicherungsvorlage wird gewünscht]
- 23.05.1881 Aufzeichnung von Äußerungen des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck gegenüber Parlamentariern Abt. I, Bd.2, Nr.229  
[Der Staat muß sich der armen Arbeiter annehmen, diese dürfen durch die Unfallversicherung nicht belastet werden]
- 13.06.1881 Bericht des preußischen Gesandten in München Georg Graf von Werthern-Beichlingen an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.230  
[Die bayerische Regierung befürwortet eine Reichsanstalt als Träger der Unfallversicherung]
- 15.06.1881 Telegramm des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller George Ferdinand Beutner an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.231  
[„Kompromiß wegen Unfallversicherungsgesetz nicht zustande gekommen, dasselbe als beseitigt anzusehen“]
- 16.06.1881 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. I, Bd.2, Nr.232  
[Karl Heinrich von Bötticher hatte die Mitglieder des Bundesrats über das mit den Konservativen ausgehandelte Kompromißprojekt zum Unfallversicherungsgesetz unterrichtet, dieses ist aber an der veränderten Haltung des Zentrums gescheitert]
- 16.06.1881 Brief des Reichsabgeordneten Dr. Wilhelm Loewe an den Kommerzienrat Louis Baare Abt. I, Bd.2, Nr.233  
[Bericht über sein Abstimmungsverhalten beim Unfallversicherungsgesetz im Reichstag]
- 18.06.1881 Sitzungsprotokoll des Staatsministeriums Abt. I, Bd.2, Nr.234  
[Bismarck lehnt einen Arbeiterbeitrag bei der gesetzlichen Unfallversicherung ab]
- 18.06.1881 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.2, Nr.235  
[Die öffentlich-rechtliche Unfallversicherung ist ein verfehelter Versuch, eine zeitgemäße Aufgabe zu lösen]
- 20.06.1881 Denkschrift des Hilfsarbeiters im Reichsamt des Innern Julius Schulze betreffend Invaliden- und Altersversorgungskassen für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse, Teil I Abt. I, Bd.6, Nr.103  
[Darstellung und Analyse der bisherigen Erhebungen, Vorschläge und Entwürfe zur Arbeiterinvalidenversicherung im Regierungslager, Parlament und seitens verschiedener Praktiker]
- 23.06.1881 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. I, Bd.3, Nr.204  
[Der Bundesrat ersucht den Reichskanzler, eine Vorlage für Vorschriften zum Schutz gewerblicher Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit ausarbeiten zu lassen]

- 25.06.1881 Bericht über eine Rede des Gerichtsassessors Wilhelm Graf von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.183  
[Apologie der Regierungspolitik, Polemik gegen die Fortschrittspartei, insbesondere gegen die liberale Verwaltung Berlins]
- 25.06.1881 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. I, Bd.2, Nr.236  
[Die Bundesregierungen lehnen das Unfallversicherungsgesetz in der vom Reichstag abgeänderten und angenommenen Fassung ab]
- 26.06.1881 Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.2, Nr.237  
[Klage über die Fortschrittspartei, der Staatssozialismus hat Zukunft]
- 27.06.1881 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.1  
[Entwicklung einer Alternative zur ersten Unfallversicherungsvorlage bzw. zu Bismarcks Vorstellungen: Thematisierung des Problems, daß bei einer vierwöchigen Karenzzeit die weitaus überwiegende Anzahl der Unfälle nicht erfaßt wird. Diskussion möglicher Problemlösungen: Reichsgesetzlicher Krankenkassenzwang oder Wegfall der Karenzzeit sind ungeeignete Mittel, sofern die Reichsanstalt als Versicherungsträger, Staatszuschuß und direkter Versicherungszwang beibehalten werden. Befürwortung von Versicherungsgenossenschaften, an deren Stelle auch privatwirtschaftliche Versicherungsgesellschaften zugelassen werden können (Substitutivprinzip), Reichsanstalt nur als Anstalt zum Rentenkauf, eines Arbeiterbeitrags sowie indirekten Versicherungszwangs (Haftungsausschluß für Unternehmer nur bei Beitritt zur Unfallversicherung)]
- 01.07.1881 Der Gewerkverein Nr. 26. Die Beschlüsse des 7. Verbandstags bezüglich der Verbandsinvalidenkasse Abt. I, Bd.6, Nr.104  
[Bericht über einschneidende Satzungsänderungen, die zur Konsolidierung der Kasse beitragen sollen]
- 05.07.1881 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. I, Bd.5, Nr.203  
[Entwicklung des Grundmodells einer reichsgesetzlichen Krankenversicherung für (gewerbliche) Arbeiter: Abkehr vom Grundsatz der von kommunaler Initiative abhängigen und auf gewerbliche Arbeitnehmer beschränkten ortstatutarischen Regelung des Kassenwesens, Forderung nach einem flächendeckenden System mittels reichsgesetzlichem Krankenkassenzwang (Beitrittspflicht), Einführung von Regelleistungen, die die „Aufrechterhaltung des geordneten Haushalts“ im Krankheitsfall ermöglichen, Förderung der Selbstverwaltung, Spielräume für Fabrikkrankenkassen und eingeschriebene Hilfskassen der Arbeiter unter Beibehaltung des sog. Ersatzkassenprinzips]
- 06.07.1881 Schreiben des Legationssekretärs Herbert Graf von Bismarck an den Chef der Reichskanzlei Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.1, Nr.184  
[Die befreundete Presse soll jeden Tag scharfe Angriffe gegen Fortschritt und Freihandel bringen]
- 10.07.1881 Schreiben des Legationssekretärs Herbert Graf von Bismarck an den Chef der Reichskanzlei Christoph Tiedemann Abt. I, Bd.1, Nr.185  
[Beschwerde über Abschwächungen von Bismarcks Vorgaben für die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“; der Redakteur soll von seinem Verleger „rectifiziert“ werden]
- 11.07.1881 Rundschreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler und preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck sowie an die verbündeten Regierungen Abt. II, Bd.2.1, Nr.2  
[Die erneute Vorlage des Unfallversicherungsgesetzentwurfs gegenüber dem Reichstag erfordert eine tragfähige Unfallstatistik für die Prämienberechnung, eine entsprechende Erhebung auf Reichsebene wird vorbereitet]
- 18.07.1881 Gesetz, betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung Abt. I, Bd.4, Nr.205,  
Abt. I, Bd.5, Nr.204  
[Einführung von Innungskrankenkassen als Aufgabe der sogenannten neuen Innungen. Neue Innungen können auch Innungsschiedsgerichte errichten, die bei gewerblichen Streitigkeiten ihrer Mitglieder an die Stelle der in § 120 a Gewerbeordnung genannten Behörden treten und im Hinblick auf Lehrlinge auch gegenüber Nichtmitgliedern tätig werden können]
- 28.07.1881 Bericht des Generalsekretärs des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands Otto Wenzel an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.3  
[Die Arbeiterunfallstatistik für die letzten drei Jahre wird übersandt]
- 05.08.1881 Bericht des preußischen Ministers des Innern Robert von Puttkamer an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.4  
[Die Äußerung des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel über Unkenntnis der Reichsbehörden wird im Zusammenhang mit der Unfallstatistik kritisiert, disziplinarische Maßnahmen werden vorbereitet]

- 11.08.1881 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Minister des Innern Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.2.1, Nr.5  
[Der Artikel des Direktors des preuß. Statistischen Büros Dr. Ernst Engel schadet der Reichsregierung in ihrem Bemühen um ein Unfallversicherungsgesetz, disziplinarische Schritte werden befürwortet]
- 12.08.1881 Barmer Zeitung Nr. 186 Abt. I, Bd.1, Nr.186  
[Bericht über den Verlauf der Wahlrede Prof. Dr. Adolph Wagners in Barmen]
- 13.08.1881 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 374 Abt. I, Bd.1, Nr.187  
[Polemik gegen die sozialpolitische Einfallslosigkeit der Fortschrittspartei]
- 13.08.1881 Barmer Zeitung Nr. 187 Abt. I, Bd.1, Nr.188  
[Bericht über die Wahlrede Prof. Dr. Adolph Wagners in Elberfeld am 12.8.1881]
14. u. 15.08.1881 Elberfelder Zeitung Nr. 188 und Nr. 189 Abt. I, Bd.1, Nr.189  
[Wahlrede Prof. Dr. Adolph Wagners in Elberfeld am 12.8.1881]
- 15.08.1881 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. I, Bd.1, Nr.190  
[Die Altersversorgung voll Schwimmer für das Tabakmonopol sein]
- 17.08.1881 Brief Professor Dr. Adolph Wagners an den Legationsrat Herbert Graf von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.191  
[Bericht über den Verlauf der Wahlreden in Barmen und Elberfeld]
- 19.08.1881 Der Gewerkverein Nr. 33. Eine Abfertigung in Sachen der Invalidenkassen Abt. I, Bd.6, Nr.105  
[Polemische Auseinandersetzung mit Kritikern der beiden Gewerkvereinsinvalidenkassen, insbesondere im Einfluß- und Wirkungsbereich Karl Ferdinand Stumms]
- 20.08.1881 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Robert von Puttkamer an den Direktor des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel Abt. II, Bd.2.1, Nr.6  
[Verweis wegen öffentlicher Kritik der Unfallstatistik des Reichs]
- 22.08.1881 Votum des preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck für das preußische Staatsministerium Abt. I, Bd.1, Nr.192  
[Die Herstellung des Tabakmonopols ist gegenüber anderen Steuerplänen vorrangig, es soll die Kosten der wirtschaftlichen und sozialen Reformen decken]
- 23.08.1881 Brief des Landrates a.D. Otto von Helldorf-Bedra an den Legationsrat Herbert Graf von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.193  
[Vorschläge über Themen der Flugblätter der Konservativen für die Reichstagswahl]
- 23.08.1881 Berliner Tageblatt Nr. 391 Abt. I, Bd.1, Nr.194  
[Kritik an Bismarcks Plänen einer Arbeiterinvalidenversicherung unter Rückgriff auf Ausführungen Lujó Brentanos]
- 26.08.1881 Berliner Tageblatt Nr. 397 Abt. I, Bd.1, Nr.195  
[Kritik an der „Politik der Phrasen“ im Deutschen Reich]
- 27.08.1881 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 398 Abt. I, Bd.1, Nr.196  
[Auseinandersetzung mit der „Germania“ wegen deren öffentlicher Ablehnung des Arbeiterversicherungsprojekts]
- 01.09.1881 Brief des Legationsrates Herbert Graf von Bismarck an den Landrat a.D. Otto Heinrich von Helldorf-Bedra Abt. I, Bd.1, Nr.197  
[Beratung über konservative Wahlpropaganda]
- 03.09.1881 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann Abt. II, Bd.5, Nr.1  
[Grundelemente einer reichsgesetzlichen Krankenversicherung für gewerbliche Arbeiter mit Versicherungszwang (Pflichtversicherung): vier verschiedene Kassentypen mit Selbstverwaltung, subsidiäre Gemeindekrankenversicherung auf rechtlicher Grundlage mit sich daraus ergebenden Fragen, insbesondere zum Kreis der versicherungspflichtigen Mitglieder, Familienversicherung und Organisation der Gemeindekrankenversicherung]



- 05.09.1881 Referat des Generalsekretärs Franz Hitze auf der I. Generalversammlung des Verbandes „Arbeiterwohl“ in Bonn Abt. I, Bd.8, Nr.159  
[Ratgeberliteratur soll verbreitet und eine Zentralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen eingerichtet werden]
- 06.09.1881 National-Zeitung Nr. 417 Abt. I, Bd.1, Nr.198  
[Das „Patrimonium der Enterbten“ reicht gerade für eine wöchentliche Ration Schnupftabak]
- 13.09.1881 Denkschrift des Hilfsarbeiters im Reichsamt des Innern Julius Schulze betreffend Invaliden- und Altersversorgungskassen für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse, Teil II Abt. I, Bd.6, Nr.106  
[Darstellung und Analyse der bisherigen Kritiken, Vorschläge und Entwürfe zur Invaliden- und Altersversicherung seitens der Wissenschaft, insbesondere Brentanos, Poppers und Wagners, mit abschließender „Gesamtidee“ des Referenten, die auf durch Provinzen zu organisierende Kassen – mit zusätzlichen (Alters-)Versorgungsfunktionen mit Staatsunterstützung – abzielt]
- 14.09.1881 Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Dr. Moritz von Bardeleben an den preußischen Minister des Innern Robert von Puttkamer Abt. I, Bd.1, Nr.199  
[Bericht über Wahlaussichten in der Rheinprovinz, insbesondere in Elberfeld-Barmen]
- 18.09.1881 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. I, Bd.1, Nr.200  
[Bismarcks Pläne sind nicht durchführbar]
- 18.09.1881 Die Tribüne Nr. 423 Abt. I, Bd.1, Nr.201  
[Analyse von Bismarcks politischer Strategie bei „umwälzenden Projekten“]
- 19.09.1881 Denkschrift des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Eduard Magdeburg für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. I, Bd.7, Nr.155  
[Darstellung des Gangs der Gesetzgebung zum Prinzip des Unterstützungswohnsitzes in Preußen und seit 1842 im Reich, Erörterung der Kritik und Reformvorschläge]
- 26.09.1881 Protokoll der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Abt. I, Bd.8, Nr.160  
[Grundlegende Debatte über Unterstützung einer staatlichen Alters- und Invalidenversicherung; Rückblick auf Unfallversicherung]
- 01.10.1881 Berliner Börsen-Courier Nr. 473 Abt. I, Bd.1, Nr.202  
[Kritik an den Plänen und Vorstellungen, die den Staat als zukünftigen Volksbeglucker ansehen]
- 01.10.1881 Zirkular der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands für ihre Redner zur Reichstagswahl 1881 Abt. I, Bd.1, Nr.203  
[Die Sozialdemokratie lehnt die bürgerlichen Parteien ab und ist gegenüber dem Tabakmonopol feindlich, hingegen begrüßt sie eine ernsthafte Soziale Reform ohne neue Lasten für die Arbeiter]
- 02.10.1881 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 458 Abt. I, Bd.1, Nr.204  
[Die allgemeine Altersversorgung für Arbeiter soll eine verbesserte, zeitgemäße Form der Armenpflege sein]
- 06.10.1881 National-Zeitung Nr. 468 Abt. I, Bd.1, Nr.205  
[Das Projekt einer obligatorischen körperschaftlich organisierten Altersversicherung als eine neue Form des Zwangsstaates]
- 06.10.1881 Der Sozialdemokrat Nr. 41. [Eduard Bernstein:] Staatssozialismus und Klassenstaat Abt. I, Bd.8, Nr.161  
[Staatssozialismus im Klassenstaat kann es nicht geben, er ist Schwindel zur Bestechung der Arbeiterklasse]
05. u. 12.10. 1881 Provinzial-Correspondenz Nr. 40 und Nr. 41 Abt. I, Bd.1, Nr.206  
[Fürst Bismarck ist Sozialist aber kein Sozialdemokrat]
07. u. 08.10. 1881 [Augsburger] Allgemeine Zeitung Nr. 280 und Nr. 281 Abt. I, Bd.1, Nr.207  
[Plädoyer Dr. Albert Schäffles für eine körperschaftliche Gestaltung der zwangsweisen Arbeiterversicherung]
- 08.10.1881 Volkszeitung Nr. 238. Die Statistik und das Unfallversicherungsgesetz Abt. II, Bd.2.1, Nr.8  
[Die von der Regierung veranlaßte Erhebung einer Unfallstatistik wird als überstürzt und unzureichend kritisiert]

- 10.10.1881 Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.9  
[Vorschläge über Zwangsversicherung in der Unfallversicherung auf korporativer Grundlage mit jährlicher Umlage statt Kapitaldeckung werden zugesandt]
- 10.10.1881 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.10  
[Träger der Unfallversicherung sollen Zwangskorporationen (Berufsgenossenschaften) sein, die nach der Unfallgefahr der einzelnen Berufsarten gebildet werden sollen; Abkehr vom Gedanken einer Reichsanstalt als einzigem Versicherungsträger]
- 13.10.1881 Brief des Reichstagskandidaten Wilhelm Graf von Bismarck an seinen Vater Abt. I, Bd.1, Nr.208  
[Erörterung des Inhalts einer Wahlrede gegen den Fortschrittskandidaten Eduard Eberty]
- 13.10.1881 Hamburgischer Correspondent Nr. 284. Die absolutistischen Momente im Unfallversicherungsgesetz Abt. II, Bd.2.1, Nr.11  
[Informationen über die internen Abläufe bei der Gesetzesentwicklung im preußischen Handelsministerium, insbesondere über Theodor Lohmanns Ansichten]
- 16.10.1881 Brief des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a.D. Dr. Albert Schäffle Abt. II, Bd.2.1, Nr.12  
[Bismarck sieht seine Ansichten zur Unfallversicherung durch Schäffle bestätigt und lädt ihn zu „geschäftlicher Mitwirkung“ ein]
- 19.10.1881 Provinzial-Correspondenz Nr. 42 Abt. I, Bd.1, Nr.209  
[Die Arbeiter und Ärmern sollen mit den staatlichen Einrichtungen wieder befreundet, ihr Los verbessert werden]
- 21.10.1881 Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.13  
[Bereitschaft zu geschäftlicher Mitwirkung an Bismarcks Arbeiterversicherungsplänen]
- 23.10.1881 Aufzeichnung des Staatssekretärs im Auswärtigen Amt Chlodwig Fürst zu Hohenlohe Schillingenfürst über ein Gespräch mit Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.210  
[Die wirtschaftlichen Pläne Bismarcks müssen auf jeden Fall durchgeführt werden]
- 24.10.1881 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Nachschrift Abt. II, Bd.2.1, Nr.14  
[Änderungsvorschläge zur Ausdehnung der geplanten Unfallversicherung auf Baubetriebe, Grundzüge eines Krankenkassengesetzes (mit allgemeinem Versicherungszwang) sind ergänzend zur Unfallversicherungsvorlage entworfen worden, um die Probleme von Geschäftslast durch „kleine“ Unfälle und Simulation zu lösen, Vorschlag einer 13wöchigen statt 4wöchigen Karenzzeit (Ablehnung durch Bismarck, der statt dessen Korporationen mit Zentralstelle und „Hundertern von Lokalstellen“ befürwortet), Kritik an Reichszuschuß und Beitragsfreiheit für Arbeiter in der bisher vorgesehenen Form, Berechnung der Beitragsgrundlage, Organisation und Verwaltung der Unfallversicherungsgenossenschaften; Nachschrift: Plädoyer für freiwillig gebildete Korporationen, Argumentation gegen Bismarcks Vorstellungen von Zwangskorporationen als Versicherungsträger und Umlageverfahren]
- 24.10.1881 Schreiben des Geheimen Regierungsrats Dr. Franz von Rottenburg an den Geheimen Oberregierungsrat Theodor Lohmann Abt. II, Bd.2.1, Nr.15  
[Bismarck wünscht, daß Albert Schäffle und Adolph Wagner zu den Beratungen zur Unfallversicherung hinzugezogen werden]
- 26.10.1881 Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.16  
[Bismarcks Ansicht wird zugestimmt, Zusendung eines eigenen Zeitungsartikels zur politisch-theoretischen Begründung des Prinzips der Zwangskorporationen in der Unfallversicherungen]
- 29.10.1881 Brief des Legationsrates Herbert Graf von Bismarck an seinen Bruder Wilhelm Abt. I, Bd.1, Nr.211  
[Diskussion der schlechten Wahlergebnisse für die Konservativen]
- 29.10.1881 Brief des Legationsrates Herbert Graf von Bismarck an seinen Schwager Kuno Graf von Rantzau Abt. I, Bd.1, Nr.212  
[Bismarck erwägt eher eine politische Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten als mit den Fortschrittsliberalen]

- 30.10.1881 Brief des Legationsrates Kuno Graf von Rantzau an seinen Schwager Herbert Graf von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.213  
[Reflexion über den Ausgang der Reichstagswahlen]
- 30.10.1881 Brief des Vortragenden Rates im Auswärtigen Amt Dr. Rudolf Lindau an den Legationsrat Herbert Graf von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.214  
[Analyse des schlechten Wahlausgangs für die Konservativen]
- 30.10.1881 Brief des Legationsrates Herbert Graf von Bismarck an seinen Schwager Kuno Graf von Rantzau Abt. I, Bd.1, Nr.215  
[Klage über den Wahlsieg der Fortschrittliberalen]
- 30.10.1881 Brief des Legationsrates Herbert Graf von Bismarck an seinen Bruder Wilhelm Abt. I, Bd.1, Nr.216  
[Bismarck wünscht anlässlich der parlamentarischen Diskussion des Sozialistengesetzes angefallenes Material darüber, daß es Pflicht der Regierung sei, den berechtigten Kern der sozialistischen Ideen zu prüfen]
- 31.10.1881 Denkschrift des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.5, Nr.205  
[Begründung und Grundzüge für einen Gesetzentwurf über die Krankenversicherung der gewerblichen Arbeiter: allgemeine Versicherungspflicht durch Reichsgesetze, Mindestleistungen der Krankenhilfe, u. a. 13wöchiges Krankengeld, in der Höhe eines Drittels Beitragsanteil der Arbeitgeber]
- 01.11.1881 Bericht des Abteilungsdirektors im Reichsamt des Innern Robert Bosse an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Denkschrift Abt. I, Bd.7, Nr.156  
[Vorschläge für eine Reform der Armen- und Freizügigkeitsgesetzgebung entsprechend der Denkschrift Eduard Magdeburgs vom 19.9.1881]
- 04.11.1881 Geschäftsbericht der Sächsischen Altersrentenbank für die Jahre 1879 und 1880 Abt. I, Bd.6, Nr.107  
[Darstellung wissenswerter Geschäftsergebnisse der Sächsischen Altersrentenbank während der Jahre 1879 und 1880; die Altersrentenbank entwickelt sich positiv: die Anzahl der Rentenkonten ist gegenüber dem vorangegangenen Bestand um mehr als ein Drittel gestiegen]
- 07.11.1881 Tagebuchaufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrates Robert Bosse Abt. I, Bd.1, Nr.217  
[Wilhelm I. wird an der bisherigen Politik festhalten]
- 07.11.1881 Handschreiben des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm I. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.218  
[Ablehnung der politischen Absicht Bismarcks, das Sozialistengesetz von 1878 aufheben zu lassen]
- 07.11.1881 Entwurf des Abteilungsdirektors im Reichsamt des Innern Robert Bosse für eine Thronrede Wilhelm I. Abt. II, Bd.1, Nr.1  
[Erstfassung der Kaiserlichen Botschaft: Ankündigung von wirtschafts- und sozialpolitischen, Reformgesetzen, Aufhebung des Sozialistengesetzes als „sehnlichster Wunsch“ des Kaisers]
- 07.11.1881 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.2  
[Bericht über Vortrag bei Wilhelm I., dieser ist – entgegen der Absicht Bismarcks – für Beibehaltung des Sozialistengesetzes]
- 07.11.1881 Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.17  
[Einverständnis mit Ausdehnung der Unfallversicherung auf Baubetriebe und Einführung einer zwangsweisen Krankenversicherung im gleichen Gesetzgebungsverfahren mit der Unfallversicherung zur Absicherung einer 14tägigen Karenzzeit. Die Unfallversicherung ist auf der Grundlage von reichsweiten Zwangsgenossenschaften „gleichartiger Betriebe“ zu organisieren, Reichsversicherungsanstalt und Staatsbeitrag sind notwendig, insbesondere für Renten, Umlageverfahren mit vorschußweiser Deckung durch den Staat bei Beitragsfreiheit für Arbeiter (auch bei der Krankenversicherung), Ausführungen zum Instanzenweg bei Beschwerden]
- 08.-  
10.11.1881 Entwurf des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für eine Thronrede Kaiser Wilhelms I. Abt. II, Bd.1, Nr.6  
[Ankündigung der Arbeitergesetzgebung im Faksimile]
- 09.11.1881 Handschreiben des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm I. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.3  
[Ablehnung der politischen Absicht Bismarcks, das Sozialistengesetz von 1878 aufheben zu lassen]

- 09.11.1881 Brief des Legationsrats Herbert Graf von Bismarck an seinen Schwager Kuno Graf zu Rantzau Abt. II, Bd.1, Nr.4  
[Bismarck muß den Bosse-Boetticher-Entwurf der Thronrede redigieren, er befürwortet Wahlarrangement mit Berliner Sozialdemokraten]
- 10.11.1881 Brief des Legationsrats Herbert Graf von Bismarck an seinen Bruder Wilhelm Graf von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.5  
[Bismarck muß den Entwurf der Thronrede weiterhin redigieren]
- 11.11.1881 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. I, Bd.7, Nr.157  
[Die kritischen Randbemerkungen Bismarcks zur Denkschrift Magdeburgs vom 19.9.1881 werden als Text ausformuliert, Vorschläge zur sachlichen und örtlichen Zuständigkeit und Verpflichtungen anderer unterbreitet; das Prinzip des Unterstützungswohnsitzes wird zugunsten des tatsächlichen Aufenthalts als Anknüpfungspunkt der örtlichen Zuständigkeit abgelehnt]
- 11.11.1881 Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.18  
[Ein umfassender Gesetzentwurf zur sozialpolitischen Gestaltung mittels allgemeiner Hilfskassen ist fertiggestellt und wird übersandt]
- 12.11.1881 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 528 Abt. I, Bd.1, Nr.219  
[Die Reichsregierung beabsichtigt seit 1878 das repressive Sozialistengesetz durch positive Reformen zu ergänzen und dadurch der Sozialdemokratie den Boden zu entziehen]
- 14.11.1881 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.1, Nr.7  
[Bismarck berichtet über den Verlauf seines Vortrags bei Wilhelm I. zur neuen Reichstagsession]
- 14.11.1881 Tagebucheintragung des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Robert Lucius Abt. II, Bd.1, Nr.8  
[Bericht über Bismarcks politische Auslassungen in der Staatsministerialsitzung vom gleichen Tag]
- 15.11.1881 Brief des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a.D. Dr. Albert Schäffle Abt. II, Bd.2.1, Nr.19  
[Bismarck will seine sozialpolitischen Pläne nicht aufgeben]
- 15.11.1881 Reinhold Stämmeler, Prospekt der Kaiser-Wilhelms-Spende, Allgemeine deutsche Stiftung für Alters-, Renten- und Kapitalversicherung Abt. I, Bd.6, Nr.108  
[Darstellung der Grundzüge (Mitgliedschaft, Beiträge, Leistungen usw.) in populärer, werbender Form]
- 16.11.1881 Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. I, Bd.1, Nr.220  
[Reflexionen über den Ausgang der Reichstagswahl, politische Absichten: Andeutung einer Annäherung an das Zentrum]
- 16.11.1881 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.20  
[Reflexionen Bismarcks auf einem Diner über die oppositionellen Reichstagswahlen und ihre politischen Folgen: Spiel mit dem Gedanken eines parlamentarischen Vizekanzlers]
- 17.11.1881 Allerhöchste Botschaft Kaiser Wilhelm I. zur Eröffnung der I. Session des 5. Reichstags mit Bericht über die Eröffnung Abt. II, Bd.1, Nr.9  
[Die Kaiserliche Botschaft kündigt u.a. Fortführung und Ausbau der Arbeiterversicherung gegen die typischen Risiken der Arbeiterexistenz an]
- 17.11.1881 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.1, Nr.10  
[Kritische Stellungnahme zur Kaiserlichen Botschaft]
- 17.11.1881 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Karl Paul Edler von der Planitz an den sächsischen Außenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.1, Nr.11  
[Politische Ansichten und Absichten Bismarcks nach der Reichstagswahl]

- 17.11.1881 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.21  
[Bismarcks politische Taktik: Er will das Zentrum in positiven Handlungszwang gegenüber der Regierung bringen, es in Verzug setzen; angesichts der Stärke der liberalen Fraktionen ist das Zentrum in einer verzwickten Situation]
- 18.11.1881 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.1, Nr.12  
[Kritische Stellungnahme zum Inhalt der Kaiserlichen Botschaft]
- 18.11.1881 Eingabe der Breslauer Ortsgruppe des Vereins Deutscher Studenten an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.13  
[Die Jugend wird das Vermächtnis der Kaiserlichen Botschaft erfüllen]
- 18.11.1881 Volks-Zeitung Nr. 270, Zweites Blatt. Die Thronrede Abt. II, Bd.1, Nr.14  
[Kritik an Bismarcks innenpolitischen Vorhaben, insbesondere des sozialen Programms der Thronrede]
- 18.11.1881 Frankfurter Zeitung Nr. 322, Abendausgabe Abt. II, Bd.1, Nr.15  
[Kommentierung und Kritik der Kaiserlichen Botschaft]
- 18.11.1881 Frankfurter Zeitung Nr. 322, Abendausgabe Abt. II, Bd.1, Nr.16  
[Kommentierung und Kritik des Sozialprogramms der Kaiserlichen Botschaft]
- 18.11.1881 Germania Nr. 264. Das Regierungsprogramm Abt. II, Bd.1, Nr.17  
[Kommentierung und Kritik der Kaiserlichen Botschaft]
- 18.11.1881 Schreiben des Mönchengladbacher Textilindustriellen Martin May und des Rheydter Textilindustriellen August Zeime an die Handelskammer Mönchengladbach Abt. II, Bd.3, Nr.1  
[Ein Unfallverhütungsverein nach Vorbild der Mülhausener „Association pour prévenir les accidents de machines“ wird angeregt]
- 19.11.1881 Entwurf für ein Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a. D. Dr. Albert Schäffle Abt. II, Bd.2.1, Nr.22  
[Suggestivfragen mit detaillierten Erläuterungen zu Bismarcks Direktiven: Zwangskorporationen als Versicherungsträger der Unfallversicherung mit zwei verschiedenen Organisationsformen: Berufsgenossenschaften nach Industriezweigen und Verbänden nach politischen Verwaltungseinheiten, Kritik an Umlageverfahren („Knappschaftsprinzip“) und Reichszuschuß]
- 20.11.1881 National-Zeitung Nr. 546. Die kaiserliche Botschaft Abt. II, Bd.1, Nr.18  
[Die Kaiserliche Botschaft ist ein besonderes Ereignis, ihr Inhalt aber ein schwer zu verwirklichendes Programm; die Heilige Allianz von 1815 als analoges wie warnendes Beispiel]
- 21.11.1881 Königlich privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen Nr. 544, Abendausgabe. Thronrede und Botschaft Abt. II, Bd.1, Nr.19  
[Staatsrechtliche Analyse der Rolle des Kaisers bei der Reichstageröffnung, Kritik am politischen Programm der Kaiserlichen Botschaft, das dem mehrheitlichen Wählerwillen widerspricht]
- 22.11.1881 Tagebucheintragung des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Robert Lucius Abt. II, Bd.2.1, Nr.23  
[Mutmaßungen über Bismarcks politische Absichten]
- 23.11.1881 Volks-Zeitung Nr. 274, Zweites Blatt Abt. II, Bd.1, Nr.20  
[In den Parteien wird die Kaiserliche Botschaft diskutiert]
- 24.11.1881 Der Sozialdemokrat Nr. 48. Eine kaiserliche Botschaft und eine sozialdemokratische Antwort Abt. II, Bd.1, Nr.21  
[Ablehnung einer Bündnispolitik mit den Konservativen zugunsten einer sozialen Reformpolitik; Recht und Pflicht des Volkes zur Anwendung von Gewalt „im Notfall“ für seine Forderungen]
- 24.11.1881 Rede des Abgeordneten Eugen Richter im Reichstag Abt. II, Bd.1, Nr.22  
[Grundsatzkritik der Kaiserlichen Botschaft aus linksliberaler Sicht]
- 29.11.1881 Jahresbericht des Generalsekretärs Henry Axel Bueck für die 11. Generalversammlung des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen Abt. II, Bd.1, Nr.23  
[Die Arbeiter sind für die von Bismarck gewünschte Alters- und Invalidenversicherung noch nicht reif]

- 29.11.1881 Brief des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatsminister a.D. Dr. Albert Schäffle Abt. II, Bd.2.1, Nr.24  
[Bismarck will bei seinem sozialen Reformwerk schrittweise vorgehen, die Unfallversicherung auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage soll dabei der Ausgangspunkt sein]
- 02.12.1881 Rede des Reichstagsabgeordneten Adolf Stoecker Abt. II, Bd.1, Nr.24  
[Ausführliche Interpretation und Kommentierung der Kaiserlichen Botschaft]
- 02.12.1881 Aufzeichnung des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg Abt. II, Bd.5, Nr.2  
[Referat über das von Theodor Lohmann entworfene Modell einer reichsgesetzlichen Krankenversicherung]
- 03.12.1881 Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.25  
[Der Krankenkassenzwang wird als vordringlich dargestellt, im übrigen wird ein schrittweises Vorgehen bei der sozialen Gesetzgebung befürwortet]
- 04.12.1881 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.26  
[Bismarck besteht trotz Lohmanns Bedenken auf Zwangsgenossenschaften als Versicherungsträger]
- 05.12.1881 Erstfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage (sog. Urentwurf) Abt. II, Bd.2.1, Nr.27  
[14tägige Karenzzeit, Zwangsgenossenschaften nach Industriezweigen auf Bezirksebene nach näherer Bestimmung des Bundesrats, örtliche Genossenschaftsabteilungen als Versicherungsträger für Unfälle mit bis zu 13wöchiger Erwerbsunfähigkeit, Versicherungspflichtgrenze: 2000 M., Höchstjahresarbeitsverdienst: 1200 M., Reichszuschuß, Umlageverfahren]
- 06.12.1881 Protokoll der 23. Sitzung der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags Abt. II, Bd.7, Nr.2  
[Diskussion über das Landarmenwesen; Kritik am Unterstützungswohnsitzgesetz, das sozial zersetzend wirkt und die Armenlasten zwischen Stadt und Land ungerecht verteilt; das Landarmenwesen begünstigt unerwünschte soziale Zustände; Wilhelm Liebknecht will das Armenwesen primär als Sache des Staats bzw. des Reichs verstanden sehen]
- 06.12.1881 Sitzungsprotokoll der Esslinger Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.3  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 09.12.1881 Berliner Tageblatt Nr. 577. Die Grundzüge des liberalen Haftpflichtgesetzes Abt. II, Bd.2.1, Nr.28  
[Abgeordnete der liberalen Fraktionen bereiten den Entwurf eines neuen Haftpflichtgesetzes als Alternative zur Unfallversicherungsvorlage vor]
- 13.12.1881 Sitzungsprotokoll der Stuttgarter Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.4  
[Es bestehen Zweifel an dem Verfahren der Armenbehörde, Unterhaltssäumige zwangsweise zur Arbeit im Armenhaus einzuweisen; sollten die Bedenken von der Regierungsbehörde bestätigt werden, ist auf eine gesetzliche Ermöglichung des bisherigen Vorgehens zu drängen]
- 15.12.1881 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 584, Morgenausgabe Abt. II, Bd.2.1, Nr.29  
[Kritik der liberalen Vorschläge zur Haftpflichtrevision]
- 19.12.1881 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.1, Nr.25  
[Ablehnung der Bismarckschen Reformpläne, insbesondere der damit verbundenen Stärkung zentraler Instanzen zu Lasten der lokalen Selbstverwaltung]
- 28.12.1881 Rechenschaftsbericht des Vorstands des Allgemeinen Vereins gegen Verarmung und Bettelei in Darmstadt Abt. II, Bd.7, Nr.5  
[Die Armenpflegerkonferenz in Berlin hat sich u. a. mit der vagabundierenden Bettelei befaßt; die Arbeit des Vereins lehrt zwischen ehrbarer und moralisch verschuldeter Not zu unterscheiden; eine Pfennigspargasse wurde eingerichtet; der Verein ist offen für eine Zusammenarbeit mit der öffentlichen Armenpflege und mit anderen Vereinen]
- 29.12.1881 Gutachten Professor Dr. Adolph Wagners Abt. II, Bd.2.1, Nr.30  
[Gutachten zur Erstfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage. Die korporativen Verbände (Genossenschaften) erscheinen vom Apparat her etwas zu groß und schwerfällig, insgesamt aber zustimmende Kritik, Ergänzungsvorschläge und weiterführende Fragen]

- 29.12.1881 Eingabe des ehemaligen Bergarbeiters Peter Baltus an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.2  
[Die materielle Lage der Bergarbeiter hat sich nur aufgrund verlängerter Arbeitszeit verbessert; Forderung nach gesetzlicher Regelung der Arbeitszeit in einem Normalarbeitstag]
- 29.12.1881 Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.3  
[Stand der Vorarbeiten zu einem in Aussicht genommenen Verbot von Zündhölzern mit weißem Phosphor]
- 31.12.1881 Bericht des Breslauer Oberbürgermeisters Ferdinand Friedensburg für die Deutsche Gemeinde-Zeitung Abt. II, Bd.7, Nr.6  
[Die wirtschaftliche Notlage hat zu einer gestiegenen Belastung der Armenpflege geführt; Familienväter lassen ihre Familie immer häufiger der öffentlichen Unterstützung anheimfallen; die der Stadt hiergegen zur Verfügung stehenden Zwangsmittel sind ungenügend]
- 31.12.1881 Ausarbeitung des Legationsrates Edmund Freiherr von Heyking Abt. II, Bd.2.1, Nr.31  
[Die Einbeziehung landwirtschaftlicher Arbeiter in die Unfallversicherung wird erörtert. In Gebieten, in denen die Bildung von Berufsgenossenschaften nicht möglich ist, wird die Errichtung kommunaler Versicherungsanstalten vorgeschlagen, um Schadensersatz in jedem Falle zu leisten]
- 31.12.1881 Brief des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle an den ehem. österreichischen Ministerpräsidenten Karl Graf von Hohenwart Abt. II, Bd.2.1, Nr.32  
[Bericht über seine Einladung bei Bismarck, Kritik an der Politik Taaffes]
- 1882**
- 04.01.1882 Gutachten des Staatsministers a.D. Dr. Albert Schäffle Abt. II, Bd.2.1, Nr.33  
[Gutachten zur Erstfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage. Hauptgesichtspunkte: Genossenschaften tragen Kosten der Versicherung – Normierung der Beiträge für 5 Jahre zum Zwecke der Reservefondsbildung durch den Bundesrat – fehlende Prämienbeiträge sind durch Reichsmittel aufzubringen – Gruppierung der Betriebe nach Berufsverwandtschaft und Risiko – Mitheranziehung der Arbeiter in die sozialpolitischen und verwaltungsökonomischen Aufgaben der Genossenschaften]
- 05.01.1882 Brief des Staatsministers a.D. Albert Schäffle an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes Abt. II, Bd.2.1, Nr.34  
[Unfallhilfskassen mit Unterverbänden zur Absicherung von Krankheit (Unfallkrankenkasse) und Invalidität (Unfallinvalidenkasse), einwöchige Karenzzeit]
- 08.01.1882 Schreiben des Direktors des preußischen Statistischen Büros Dr. Ernst Engel an den preußischen Minister des Innern Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.2.1, Nr.35  
[Gesuch um Dienstentlassung mit Pension aus gesundheitlichen Gründen, um ein Disziplinarverfahren zu vermeiden]
- 08.01.1882 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.4  
[Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren sollen systematischer aufgebaut werden]
- 08.01.1882 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach Abt. II, Bd.3, Nr.5  
[Eine gesetzliche Regelung eines Normalarbeitstags kommt allenfalls für bestimmte Industriezweige in Frage]
- 09.01.1882 Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Reichstag Abt. II, Bd.2.1, Nr.36  
Abt. II, Bd.3, Nr.6  
[Angesichts der parlamentarischen Forderungen nach Arbeiterschutzgesetzgebung Reflexionen über seine (alternativen) Absichten bei der Unfallversicherungsgesetzgebung: Zwangskorporationen nach Gefahrenklassen als Träger der Unfallversicherung und evtl. auch der Fabrikinspektion, die „kollegialistisch“ (Unternehmer?) oder „unter öffentlicher Kontrolle arbeitender Korrektur“ eingebunden werden soll, Reflexionen über die Wahlniederlage und die preußische Reformtradition. – Antwort auf die Interpellation des Zentrumsabgeordneten Freiherr von Herling mit der ersten öffentlichen Äußerung Bismarcks zum Arbeiterschutz: Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich ist für Arbeiter existenzgefährdend; Arbeitszeitverkürzung mit Lohnausgleich schadet dagegen in unzumutbarer Weise der Industrie; Ausbau der Fabrikinspektion soll im Zusammenhang mit zu schaffenden Korporationen erfolgen]
- 10.01.1882 Entwurf eines Unfallentschädigungsgesetzes der Reichstagsmitglieder Dr. Franz Armand Buhl und Genossen Abt. II, Bd.2.1, Nr.37  
[Privatrechtliche Lösung mittels erweiterter Haftpflicht (Gefährdungshaftung dem Grunde nach bis zur Vorsatzgrenze, aber mit Haftungsbegrenzung der Höhe nach: Haftungsausschluß bei Vorsatz des (geschädigten) Arbeiters und Haftungserweiterung; Beibehaltung des Prinzips des vollen Schadenersatzes bei Vorsatz des Unternehmers), Zulassung von Privatversicherungsanstalten, Normativbestimmungen und Sicherheitsbestellung, d. h. in Aussicht gestellter Versicherungszwang]

- 12.01.1882 Schreiben des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach an den Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.7  
[Eine übermäßig lange Arbeitszeit im westfälisch-niederrheinischen Bergbau wird in Abrede gestellt; ein gesetzlicher Normalarbeitstag ist nicht notwendig]
- 12.01.1882 Protokoll der 38. Sitzung der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags Abt. II, Bd.6, Nr.1  
[Diskussion und weitgehender Konsens über den Antrag der Abgeordneten Streit und Stephani, daß ohne eigenes Verschulden entlassene Bergarbeiter von der Knappschaftskasse eine Kompensation für ihre erworbenen Ansprüche erhalten]
- 15.01.1882 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.38  
[Albert Schäffles Aufenthalt und dessen Ansichten, Stand der Vorbereitungen der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 17.01.1882 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 28 Abt. II, Bd.2.1, Nr.39  
[Ablehnung des liberalen Gesetzentwurfs zur Unfallentschädigung unter Berufung auf industrielle Kreise]
- 21.01.1882 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.7  
[Ortsarmenverbände sind zur Erstattung der Armenunterstützung an andere Armenverbände verpflichtet, wenn Personen trotz erkennbar bevorstehender Hilfsbedürftigkeit durch Gewährung des Reisegelds abgeschoben worden sind]
- 26.01.1882 Sitzungsprotokoll des Münchner Armenpflugschaftsrats Abt. II, Bd.7, Nr.8  
[Einführung in die Tätigkeit als Armenpflugschaftsrat: Ermittlung und Kontrolle der Verhältnisse der Gesuchsteller bilden die Grundlage der öffentlichen Armenpflege; diese ist durch das Armenstatut dezentralisiert worden; eine engere Abstimmung mit der privaten Wohltätigkeit ist nötig; erstrebenswert ist, den arbeitslosen und arbeitsfähigen Bedürftigen Arbeit zu vermitteln]
- 26.01.1882 Berliner Tageblatt Nr. 44. Die Knappschaftskassen Abt. II, Bd.6, Nr.2  
[Entgegen der Meinung des Reichstagsabgeordneten Leuschner handelt es sich bei den Knappschaftskassen um Versicherungsanstalten, die solider finanzieller Reserven bedürfen]
- 30.01.1882 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.1, Nr.26  
[Die schnelle Industrialisierung Deutschlands macht staatlichen Eingriff auf sozialem Gebiet notwendig]
- 01.02.1882 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.1, Nr.27  
[In der Arbeiterbewegung wachsen die Reformkräfte]
- 01.02.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.40  
[Bericht über die Unterredung mit Albert Schäffle und die liberale Initiative zur Haftpflichtrevision]
- 03.02.1882 Bericht des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main an die Bezirksregierung in Wiesbaden Abt. II, Bd.7, Nr.9  
[Die Organisation des städtischen Armenwesens ist nicht mehr zeitgemäß; um zu einer einheitlicheren, wirksameren, den Mißbrauch verhindernden Ordnung des Armenwesens unter bürgerschaftlicher Beteiligung zu gelangen, bedarf es einer gründlichen Reform; eine entsprechende Armenordnung wird zur Genehmigung vorgelegt]
- 04.02.1882 Urteil des Reichsgerichts Abt. II, Bd.6, Nr.3  
[Eine Revision des Märkischen Knappschaftsvereins wird zurückgewiesen: Die Knappschaft muß ihren Verpflichtungen zur Zahlung des Invalidengeldes an den Kläger in vollem Umfang nachkommen]
- 04.02.1882 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.10  
[Auch selbstverschuldeter Not muß von der Armenpflege insoweit abgeholfen werden, als es das dringende Bedürfnis erfordert]
- 05.02.1882 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.8  
[Eine vom Reichstag geforderte, jedoch vom Bundesrat abgelehnte Umfrage zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Hausindustrie wird vom Reichsamt des Innern „in auffälliger Weise“ durchgeführt]



- 11.02.1881 Denkschrift des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Johannes Miquel Abt. II, Bd.7, Nr.1  
[Die Armenpflege in Frankfurt beruht bisher in hohem Maße auf öffentlichen Stiftungen und privater Wohltätigkeit; die Ordnung des Armenwesens entspricht nicht mehr den veränderten gesetzlichen Voraussetzungen; das zersplitterte und uneinheitliche Armen- und Stiftungswesen soll unter dem Dach einer zentralen städtischen Armenbehörde zusammengeführt und in Anlehnung an das Elberfelder System reorganisiert werden; die Mitwirkung bürgerlicher Ehrenamtlicher hat an die Stelle der rein bürokratischen Amtsorganisation zu treten; die Aufgaben der wichtigsten öffentlichen milden Stiftungen werden neu bestimmt]
- 11.02.1882 Antrag der Abgeordneten Wilhelm Liebknecht und August Bebel an die Zweite Kammer des sächsischen Landtags Abt. II, Bd.6, Nr.4  
[Die Freizügigkeit der Bergarbeiter soll dadurch faktisch ermöglicht werden, daß sie bei Verlassen eines Werkes 1. freiwillig Mitglied der Knappschaftskasse bleiben können oder 2. eine Beitragsrückerstattung erhalten; für den Steinkohlenbergbau soll anstelle der bestehenden Knappschaften eine Allgemeine Knappschaftskasse gegründet werden]
- 14.02.1882 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.7, Nr.11  
[Der Entwurf eines Gesetzes, das das Unterstützungswohnsitzgesetz aufhebt, wird vorgelegt; welcher Verband für die Armenunterstützung aufzukommen hat, soll künftig die Landesgesetzgebung regeln; die Erstattung von Armenpflegekosten durch Armenverbände eines anderen Bundesstaates wird ausgeschlossen; innerhalb einer Frist von fünf Jahren kann, wer aus anderen Gründen als vorübergehender Arbeitsunfähigkeit unterstützungsbedürftig wird, von der Gemeinde ausgewiesen werden; Begründung des Gesetzentwurfs mit Kritik am Unterstützungsgesetz]
- 00.02.1882 Rechenschaftsbericht des Dresdener Vereins gegen Armennot und Bettelei Abt. II, Bd.7, Nr.12  
[Ausführungen zur Zentralstelle des Vereins, zu Art und Umfang der gewährten Hilfen, zur Organisation des Helferdienstes und zur Prüfung der Gesuche sowie zur Zusammenarbeit mit der amtlichen Armenpflege]
- 17.02.1882 Entwurf von Grundzügen für eine zweite Unfallversicherungsvorlage mit Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.41  
[Zwangsgenossenschaften, Reichszuschuß, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M., 8tägige Karenzzeit, Betriebsgenossenschaften nach Gefahrenklassen auf Bezirksebene, örtliche Genossenschaftsabteilungen für Leistungen von bis zu 13wöchiger Dauer]
- 27.02.1882 Schreiben des Legationsrates Edmund Freiherr von Heyking an den Geheimen Oberregierungsrat Theodor Lohmann Abt. II, Bd.2.1, Nr.42  
[Bismarck genehmigt die gleichzeitige Vorlage von Grundzügen für ein Krankenkassengesetz und eines Unfallversicherungsgesetzes mit 13wöchiger Karenzzeit]
- 27.02.1882 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.43  
[Der Staatssekretär des Innern, Karl Heinrich von Boetticher, hat vorgeschlagen, die zweite Unfallversicherungsvorlage zunächst in Form von „Grundzügen“ an den Volkswirtschaftsrat gelangen zu lassen]
- 27.02.1882 Schreiben des Legationsrats Edmund Freiherr von Heyking an den Geheimen Oberregierungsrat Theodor Lohmann Abt. II, Bd.5, Nr.3  
[Bismarck genehmigt die gleichzeitige Vorlage von Grundzügen für ein Krankenkassengesetz und ein Unfallversicherungsgesetz mit 13wöchiger Karenzzeit]
- 28.02.1882 Grundzüge für die zweite Unfallversicherungsvorlage Abt. II, Bd.2.1, Nr.44  
[Zwangsgenossenschaften, Reichszuschuß, Versicherungspflichtgrenze 2000 (1500) M., Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M., Beitragsfreiheit für Arbeiter, 13wöchige Karenzzeit, Betriebsgenossenschaften nach Gefahrenklassen auf Bezirksebene, Gegenüberstellung von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren, Unfallverhütung und deren Überwachung]
- 28.02.1882 Grundzüge eines Gesetzentwurfs, betreffend die reichsgesetzliche Regelung der Krankenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.5, Nr.4  
[Reichsgesetzlicher Versicherungszwang, Typen der Krankenkassen, Gegenstand der Versicherung, Beiträge, Verwaltung und Aufsicht]
- 28.02., 23.03. u. 04.04.1882 Zusammenstellung der „Grundzüge“ und der Regierungsvorlage des Gesetzentwurfs, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.5, Nr.5  
[Allgemein bedeutsame Paragraphen des Gesetzentwurfs zur Krankenversicherung der Arbeiter, Dokumentation der Entwicklung von den dem preußischen Volkswirtschaftsrat vorgelegten „Grundzügen“ bis zum Regierungsentwurf des Gesetzes in der Fassung vom 4. April 1882]

- 02.03.1882 Sächsisches Gesetz, ergänzende Bestimmungen zu § 84 und § 69 des allgemeinen Berggesetzes vom 16. Juni 1868 betreffend Abt. II, Bd.6, Nr.5  
[Die Novelle zum Berggesetz gewährt unfreiwillig scheidenden Bergarbeitern und Bergwerksangestellten Ansprüche an die Knappschaftskasse durch Beitragsrückerstattungen oder Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft bei Fortzahlung von Beiträgen]
- 03.03.1882 Sitzungsprotokoll des preußischen Volkswirtschaftsrats Abt. II, Bd.3, Nr.9  
[Beratung eines Gesetzentwurfs zur Regelung der Produktion von mit weißem Phosphor hergestellten Zündhölzern: Die Einschränkung der Verwendung von weißem Phosphor bei der Zündholzproduktion wird begrüßt; unter Hinweis auf Exportinteressen wird ein völliges Verbot jedoch mehrheitlich abgelehnt]
- 04.03.1882 Bericht des Oberbergamts Dortmund an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach Abt. II, Bd.6, Nr.6  
[Gerichtliche Entscheidungen zwingen dazu, Invalidengelder künftig auch nach Statutenänderungen unvermindert weiterzuzahlen; entsprechende Nachzahlungen werden geleistet]
- 06.03.1882 Protokoll der sechsten Sitzung des preußischen Volkswirtschaftsrats Abt. II, Bd.5, Nr.6  
[Generaldiskussion des Entwurfs für ein Krankenversicherungsgesetz, Erläuterung und Begründung der „Grundzüge“ durch Theodor Lohmann]
- 06.03.1882 Jahresbericht des Kirchlichen Armenvereins der protestantischen Gemeinde München Abt. II, Bd.7, Nr.13  
[Die leichte Möglichkeit des Verpfändens kleiner Besitztümer und die reichliche Privatwohlthätigkeit leisten dem Anwachsen der Verarmung Vorschub]
- 07.03.1882 Berliner Tageblatt Nr. 112, Abendausgabe Abt. II, Bd.5, Nr.7  
Das Füllhorn des Staates  
[Kritik an den sozialpolitischen Gesetzesvorhaben Bismarcks, bei der gesetzlichen Krankenversicherung, insbesondere am Arbeiteranteil an den Beiträgen; freie Vereinstätigkeit bei Hilfskassen ist ausreichend für „gute Risiken“]
- 10.03.1882 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 171 Abt. II, Bd.2.1, Nr.45  
[Kritik am Verfahren der privaten Unfallversicherungen im Schadensfall]
- 11.03.1882 Königlich Privilegierte Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen Nr. 119, Morgenausgabe Abt. II, Bd.2.1, Nr.46  
[Replik auf die offiziöse Kritik der privaten Unfallversicherungen]
- 19.03.1882 Denkschrift des Geheimen Regierungsrats Dr. Georg Hinzpeter für Prinzessin Auguste Viktoria Abt. II, Bd.1, Nr.28  
[Hinzpeter legt der Ehefrau des Thronfolgers Prinz Wilhelm soziales Engagement und beiden das Studium der Lage der Arbeiter und der Arbeiterbewegung nahe]
- 26.03.1882 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck mit Beschlußübersicht Abt. II, Bd.2.1, Nr.47  
[Die Vorschläge des Volkswirtschaftsrats zum Unfallversicherungsgesetz – vor allem zur Trennung von Risikoverteilung (Betriebsgefahrenklassen) und Verwaltung (Unfallversicherungsverbände) – sind zweckmäßig und werden befürwortet; der Volkswirtschaftsrat hat sich für das Umlageverfahren entschieden]
- 27.03.1882 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.48  
[Gegenüber den Beschlüssen des Volkswirtschaftsrats zum Unfallversicherungsgesetz bestehen keine Bedenken, vor allem wird allein das Umlageverfahren befürwortet: Der Staat und seine Einrichtungen werden „als permanent identische Persönlichkeiten“ gekennzeichnet. Auf baldige Vorlage des zweiten Entwurfs des Unfallversicherungsgesetzes beim Bundesrat und Reichstag wird gedrängt]
- 28.03.1882 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.49  
[Auskunft über Unfallgeschehen (Zahl, Folgen), Gefahrenverhältnisse in den Industriezweigen, Belastung der Unfallversicherung für Betriebe und Reich sowie der Krankenkassen bzw. Arbeiter, gesetzliche Unfallversicherung kann milder vorgehen als private Unfallversicherung, mitgeteilte Zahlen werden „die Opposition völlig entwaffnen“]
- 31.03.1882 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.50  
[Die Ergebnisse der Unfallstatistik sollen bereits zur Ausarbeitung der Motive für die Gesetzesvorlage beim Bundesrat genutzt werden. Die Gefährlichkeit der Betriebe ist weniger von den Produkten als von Produktionsprozeß und -technik abhängig; einige der mitgeteilten Ergebnisse sind nicht plausibel]

- 01.04.1882 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.51  
[Der Gesetzentwurf zur Unfallversicherung ist in Arbeit, dabei soll das Risiko zwischen lokalen Vereinigungen und reichsweiten Betriebsgefahrenklassen in einem prozentualen Verhältnis geteilt werden, die Arbeitsbelastung der Postverwaltung wird dadurch begrenzt sein, Informationen zur Entstehung des Konzepts der „Betriebsgefahrenklassen“]
- 03.04.1882 Verordnung der Landdrostei Hildesheim Abt. II, Bd.3, Nr.10  
[Detaillierte Bestimmungen zur Unfallverhütung an Holzkreissägen]
- 05.04.1882 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an Wilhelm Abt. II, Bd.5, Nr.8  
[Ausführungen über die Regelung des Krankenkassenwesens seit 1876, eine Reform wird als notwendig begründet, ihre geplanten Inhalte werden dargestellt]
08. u. 26./28. 04. 1882 Zusammenstellung der Bundesratsfassungen des Gesetzentwurfs, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.5, Nr.9  
[Vom Bundesrat beschlossene Änderungen des Regierungsentwurfs vom 8.4.1882]
11. u. 12.04. 1882 Kölnische Zeitung Nr. 100 und Nr. 101. Die Unfallversicherung im preußischen Volkswirtschaftsrat Abt. II, Bd.2.1, Nr.52  
[Information über den Verlauf der Verhandlungen und dabei aufgetretene Fraktionierungen; die Majorität im preußischen Volkswirtschaftsrat folgte dem falschen (öffentlich-rechtlichen) Rechtsprinzip, infolgedessen wird der Sozialdemokratie in die Hände gearbeitet, Darstellung weiterer Kontroversen]
- 18.04.1882 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.1, Nr.53  
[Darstellung der Abweichungen der zweiten Unfallversicherungsvorlage von der ersten und den Grundzügen, die dem Volkswirtschaftsrat vorgelegt wurden bzw. dessen Beschlüssen]
- 19.04.1882 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.7, Nr.14  
[Der Gesetzentwurf zur Aufhebung des Unterstützungswohnsitzgesetzes soll nach dem Wunsch Bismarcks vorläufig nicht weiter verfolgt werden; bei einer späteren Neuregelung sollen die Gemeinden, in denen die Bedürftigkeit eintritt, die Kosten bis zu einem bestimmten Betrag endgültig tragen; darüber hinausgehende Kosten sollen größere Verbände übernehmen]
- 21.04.1882 Der Gewerkverein Nr. 16. Liberalismus und Sozialpolitik Abt. II, Bd.1, Nr.29  
[Mit Hinweis auf liberale Politiker und Vordenker wird der Liberalismus als wahrhaft sozialpolitische Bewegung dargestellt]
- 21.04.1882 Der Gewerkverein Nr. 16. Die freien Hilfskassen in Gefahr! Abt. II, Bd.5, Nr.10  
[Eine Petition des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins soll dem Bundesrat übergeben werden, Kritik am Entwurf des Krankenversicherungsgesetzes]
- 27.04.1882 Rede des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der II. Session des 5. Reichstags Abt. II, Bd.1, Nr.30  
[Ankündigung der zweiten Unfallversicherungsvorlage und einer zwangsweisen Arbeiterkrankenversicherung auf Reichsebene]
- 28.04.1882 Armenordnung für die Stadt Frankfurt am Main Abt. II, Bd.7, Nr.15  
[Die Stadt Frankfurt erhält ein städtisches Armenamt; Bestimmungen zur Zusammensetzung des Armenamtes, den Aufgaben des städtischen Armenwesens, zur Ordnung der Tätigkeit der öffentlichen milden Stiftungen, zu den Zuständigkeiten und zum Geschäftsgang des Armenamtes, zu den Aufgaben der Distriktsversammlungen und zu den Mitteln der Armenverwaltung]
- 29.04.1882 Regierungsentwurf eines Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.5, Nr.11  
[Versicherungszwang kraft Gesetzes für Arbeiter in Industrie und Handwerk sowie für gering verdienende Angestellte; statutarische Erstreckung des Versicherungszwangs auf weitere Personengruppen, u.a. auf landwirtschaftliche Arbeiter; Krankenunterstützung in Form von freier ärztlicher Behandlung und Arznei sowie von Krankengeld; Orts-, Fabrik-, Bau- und Innungskrankenkassen als Träger der Krankenversicherung; subsidiäre Zuständigkeit der Gemeindekrankenversicherung; Versicherungsfreiheit für Mitglieder freier Hilfskassen; Finanzierung durch Beiträge der Arbeitnehmer (2/3) und der Arbeitgeber (1/3)]
- 30.04.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.54  
[Die Gesetzentwürfe des Kranken- und des Unfallversicherungsgesetzes sind fertig, es besteht die Gefahr, daß das letztere angenommen wird]

- 00.00.1882 Instruktion für die Armenvorsteher und Armenpfleger der Stadt Frankfurt am Main Abt. II, Bd.7, Nr.16  
[Anleitung für die Ausübung der ehrenamtlichen Armenpfleger-Tätigkeit: allgemeine Voraussetzungen hinsichtlich des Unterstützungswohnsitzes; Voraussetzungen und Grenzen des Anspruchs auf Unterstützung; Versorgung einzelner Gruppen von Hilfsbedürftigen; Zuständigkeiten, Aufgaben und Vorgehen der Armenpfleger bei der Prüfung der Gesuche; Formen, Grenzen und Austeilungsweise der Unterstützung; Rechnungsführung durch Armenpfleger und Armenvorsteher; Tätigkeit der Distriktsversammlungen]
- 03.05.1882 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.3, Nr.11  
[Vorlage des Gesetzentwurfs zur Regelung der Produktion von Zündhölzern aus weißem Phosphor mit Darstellung der Entstehungsgeschichte desselben; nicht eine Novelle zur Gewerbeordnung, sondern ein eigenständiges Gesetz ist erforderlich, da sich der Geltungsbereich auch auf die Hausindustrie und Elsaß-Lothringen erstrecken soll]
- 03.05.1882 Bericht des Stuttgarter Stadtdirektors Hermann Hoser an die Regierung des Neckarkreises Abt. II, Bd.7, Nr.17  
[In welchen Fällen Personen, die ihre Unterhaltspflicht verletzen, auch zwangsweise in Armenbeschäftigungsanstalten eingewiesen werden können, bedarf der Klärung]
- 05.05.1882 Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Joseph Herrmann an den bayerischen Minister des Innern Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.2.1, Nr.55  
[Bericht über seine Ausschubarbeit zum Unfallversicherungsgesetz im Bundesrat]
- 06.05.1882 Berliner Tageblatt Nr. 210 Abt. II, Bd.2.1, Nr.56  
[Im Unfallversicherungsgesetz ist eine Lücke: Die Gewerbekrankheiten sind nicht berücksichtigt]
- 08.05.1882 Endfassung der zweiten Unfallversicherungsvorlage Abt. II, Bd.2.1, Nr.57  
[Zwangsversicherung unter Haftungsausschluß bis zur Grenze groben Verschuldens, Risikoverteilung auf der Grundlage von Gefahrenklassen auf Reichsebene, denen Industriebetriebe zugeordnet werden, mit anschließender Gliederung in Betriebsgenossenschaften und Betriebsverbände auf territorialer bzw. bezirklicher Ebene, auch Versicherung der Bauarbeiter, Versicherungspflichtgrenze bei 2000 M., 13wöchige Karenzzeit, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M., Beiträge von Arbeitgebern mit Reichszuschuß in Höhe von 25 Prozent (Beitragsfreiheit für Arbeiter), Umlageprinzip, Unternehmensverwaltung mit Arbeiterausschuß, Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften durch die Genossenschaften]
- 11.05.1882 Die Tribüne Nr. 237 Abt. II, Bd.2.1, Nr.58  
[Kritik der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 13.05.1882 Bericht des Direktors Robert Bosse an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.1, Nr.31  
[Bosse berichtet über die bisherige Tätigkeit der sozialpolitischen Abteilung im Reichsamt des Innern und deren haupt- und nebenamtlichen Mitarbeiter; Betonung der Tätigkeit der hauptamtlichen Mitarbeiter; Vorschlag, die sozialpolitische Abteilung auf Kosten der Zentralabteilung zu stärken]
- 14.05.1882 Gutachten des Geheimen Bergrats Professor Dr. Rudolf Klostermann für das Oberbergamt Dortmund Abt. II, Bd.6, Nr.7  
[Die Rechte der Mitglieder im Knappschaftsverein beruhen nicht auf individuellen Verträgen, sondern auf statutarischen Festsetzungen und können daher jederzeit im Interesse der Versicherungsgemeinschaft geändert werden; eine Gleichbehandlung der aktiven und inaktiven Mitglieder ist dabei erforderlich]
- 15.05.1882 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.59; Abt. II, Bd.5, Nr.12  
[Der Ausgang der Verhandlungen über die Gesetzentwürfe zur Unfall- und Krankenversicherung ist ungewiß. Die Haltung der verschiedenen politischen Parteien in der laufenden Debatte offenbart geringe Zustimmung, aber mehr Ablehnung und Verzögerung. Boetticher drängt auf zügige Bearbeitung der Entwürfe]
- 17.05.1882 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.60  
[Die Gesetzesvorlagen über Tabakmonopol und Arbeiterversicherung dürfen im Reichstag nicht verschleppt werden, allerdings besteht wenig Hoffnung auf Verabschiedung in der laufenden Sitzungsperiode]
- 17.05.1882 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.61  
[Bericht über Grundtendenzen der Reichstagsdebatten zur Arbeiterversicherung]

- 22.05.1882 Brief des Staatsministers a. D. Dr. Albert Schäffle an den Regierungsrat Wilhelm Graf von Bismarck Abt. II, Bd.5, Nr.13  
[Kritik an der Krankenversicherungsvorlage, die freie Hilfskassen als Ersatzkassen zuläßt]
- 30.05.1882 Brief des Regierungsrats Wilhelm Graf von Bismarck an den Staatsminister a. D. Dr. Albert Schäffle Abt. II, Bd.5, Nr.14  
[Bismarck meint, daß die Regierungsvorlage für ein Krankenversicherungsgesetz den freien Hilfskassen zu großen Spielraum gibt, die Mängel lassen sich nur noch im parlamentarischen Verfahren abstellen]
- 01.06.1882 Protokoll der ersten Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.5, Nr.15  
[Allgemeine Debatte, u.a. über Gemeindekrankenversicherung, Hilfskassen und Verhältnis zur Unfallversicherung]
- 02.06.1882 Protokoll der zweiten Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.5, Nr.16  
[Fortsetzung der Generaldebatte zur Krankenversicherung, u.a. zu Hilfskassen]
- 03.06.1882 Protokoll der dritten Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.5, Nr.17  
[Spezialdebatte zu §§ 1-3 des Entwurf zur Krankenversicherung]
- 04.06.1882 Westfälische Volkszeitung Nr. 125. Der Beschluß des Vorstandes des Märkischen Knappschaftsvereins Abt. II, Bd.6, Nr.8  
[Die Bemühungen des Knappschaftsvereins, doch noch das Recht zur nachträglichen Kürzung von Invalidengeldern zu erstreiten, werden verurteilt]
- 05.06.1882 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 21 Abt. II, Bd.2.1, Nr.62  
[Analyse und Kritik von Organisation und Verfahren der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 12.06.1882 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 22 Abt. II, Bd.2.1, Nr.63  
[Analyse und Kritik der materiell-rechtlichen Vorschriften der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 15.06.1882 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.64;  
Abt. II, Bd.5, Nr.18  
[Der Reichstag soll vertagt, nicht aber geschlossen werden, um eine Unterbrechung der Kommissionsarbeit an den Arbeiterversicherungsentwürfen zu vermeiden]
- 15.06.1882 Sitzungsprotokoll der Bezirksversammlung des IV. Armenbezirks der Stadt Hagen in Westfalen Abt. II, Bd.7, Nr.18  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 19.06.1882 Schreiben des Stuttgarter Oberbürgermeisters Dr. Friedrich von Hack an den Wiesbadener Bürgermeister Wilhelm Coulin Abt. II, Bd.7, Nr.19  
[Um die Einwohnerschaft zu orientieren, welche Personen von der Armenpflege dauernd unterstützt werden, werden deren Namen jährlich in einem gedruckten Verzeichnis veröffentlicht]
- 21.06.1882 Bericht des Hamburger Polizeiinspektors Donat Livonius an den Senator Dr. Georg Ferdinand Kunhardt Abt. II, Bd.4, Nr.1  
[Die Gründung eines Fachvereins der Maurer zu genehmigen, ist nicht ratsam; den Arbeitgebern droht daraus schwerer Schaden; der zuständige Polizeisenator legt in einer Randbemerkung dar, daß nur wenig gesetzliche Handhabe besteht, die Gründung zu verhindern]
- 22.06.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.65;  
Abt. II, Bd.5, Nr.19  
[Fünfmonatige Vertagung des Reichstags, einvernehmliche Unterredung mit Freiherrn von Franckenstein, kritische Reflexionen über Bismarcks sozialpolitische Absichten]
- 23.06.1882 Brief des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse an den Pfarrer Friedrich Meyer Abt. II, Bd.5, Nr.20  
[Klagen über die Reichstagsarbeit, Selbstzweifel, Revolutionsfurcht]
- 25.06.1882 Eingabe des Zentralkomitees der vereinigten Gewerkschaften Berlins an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.12  
[Arbeiterschutzforderungen der Berliner Gewerkschaften mit über das Gothaer Programm der Sozialdemokratie hinausgehender Forderung nach Einschränkung der Frauenarbeit]
- 26.06.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an Professor Dr. Lorenz von Stein Abt. II, Bd.2.1, Nr.66  
[Wunsch, daß die sozialpolitischen Ideen Bismarcks durch Lorenz von Stein einer öffentlichen Besprechung unterzogen werden, interne Kritikpunkte werden aufgeführt]

- 00.07.1882 Bericht des Vorstands der Arbeiterkolonie Wilhelmsdorf Abt. II, Bd.7, Nr.20  
[Um die Landstreicherei zu unterbinden, sollen auf Kreisebene zu gründende Vereine zwei Wege beschreiten: einerseits die Errichtung von Herbergen mit Naturalverpflegung und Arbeitsnachweis, andererseits, wie bei Bielefeld geschehen, die Schaffung von Arbeiterkolonien, wo Wanderarme, die zeitweilig ohne Arbeit sind, ihre Kleidung und ihr Handwerkszeug verdienen können]
- 02.07.1882 Brief des Professors Dr. Lorenz von Stein an den Geheimen Oberregierungsrat Theodor Lohmann Abt. II, Bd.2.1, Nr.67  
[Ablehnung, von den internen Mitteilungen Theodor Lohmanns Gebrauch zu machen; wo individuelle Selbsthilfe möglich ist, darf der Staat nicht versorgend tätig werden]
- 14.07.1882 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Staatssekretär der Justiz Dr. Hermann von Schelling mit Gesetzentwurf und Begründung Abt. II, Bd.3, Nr.13  
[Entwurf eines Ausführungsgesetzes zu § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung: Verwaltungsverfahren bei Polizeiverfügungen; Regelung von Berufung und schiedsrichterlicher Entscheidung sowie zwangsweiser Durchsetzung]
- 15.07.1882 Die Tribüne Nr. 354. Die socialpolitische Reform Abt. II, Bd.1, Nr.32  
[Maßnahmen zur Milderung der Folgen der Risiken des Arbeitslebens sind notwendig; Zwangsversicherung ist kein geeignetes Mittel]
- 23.08.1882 Schreiben des Staatssekretärs der Justiz Dr. Hermann von Schelling an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.14  
[Stellungnahme zu dem vom Reichsamt des Innern vorgelegten Gesetzentwurf zur Handhabung des § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung: Ablehnung des schiedsgerichtlichen Verfahrens]
- 02.09.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an Professor Dr. Lorenz von Stein Abt. II, Bd.2.1, Nr.68  
[Angesichts der drohenden sozialen Revolution hat die Gesetzgebung eine pädagogische Aufgabe, die vorliegenden Gesetzentwürfe zur Kranken- und Unfallversicherung gehen aber von einer dilettantischen Auffassung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse aus]
- 07.09.1882 Sitzungsprotokoll der Bezirksversammlung des Armenbezirks Eilpe der Stadt Hagen in Westfalen Abt. II, Bd.7, Nr.21  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 11.09.1882 Rede des Generalsekretärs des Verbands Arbeiterwohl Franz Hitze auf der 29. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Abt. II, Bd.3, Nr.15  
[Katalog für eine Arbeiterschutzgesetzgebung, der über die traditionellen Forderungen des Verbots der Sonntagsarbeit hinausgeht; eine Arbeiterschutzgesetzgebung ist zum Schutz des Familienlebens notwendig; Forderung nach Verbot der Frauenarbeit; zum Schutz der Gesundheit ist ein (bisher von der Zentrumsfraktion nicht explizit geforderter) Normalarbeitstag notwendig]
- 18.09.1882 Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.1, Nr.33  
[Eine Gesetzgebung zur Kranken- und Unfallversicherung wird prinzipiell begrüßt; Versicherungszwang ist unentbehrlich; die Arbeiter sollen zu den Beiträgen herangezogen werden]
- 23.09.1882 Antrag des Mitglieds des Leipziger Armendirektoriums Gustav de Liagre an das Armen-direktorium Abt. II, Bd.7, Nr.22  
[Die Maximalsätze für die Armenunterstützung sind ungenügend, ihre Erhöhung ist notwendig, um eine gerechte und gleichmäßige Praxis des Almosenwesens zu gewährleisten]
- 24.09.1882 Beschluß der IV. Generalversammlung der Deutschen Volkspartei Abt. II, Bd.3, Nr.16  
[Arbeiterschutzforderungen unter Berufung auf in der Schweiz geltende Gesetze]
- 12.10.1882 Entwurf einer Stellungnahme des Zentralverbandes deutscher Industrieller zur zweiten Unfallversicherungsvorlage Abt. II, Bd.2.1, Nr.69  
[Detaillierte Stellungnahme zu den materiellen Bestimmungen der Unfallversicherungsvorlage, Kritik an der vorgeschlagenen Organisation und an selbständigen Arbeiterausschüssen, grundsätzliches Einverständnis mit dem Umlageverfahren zur Aufbringung der Kosten]
- 12.10.1882 Bericht der Regierung Arnberg an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.17  
[Lüdenscheider Fabrikbesitzer versuchen, durch Aufspaltung der gestatteten sechsständigen Kinderarbeit in mehrere Zeitblöcke, eine Kontrolle der Arbeitszeit zu erschweren]

- 15.10.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.70;  
Abt. II, Bd.5, Nr.21  
[Kritik an Bismarck: Dessen Sozialpolitik (Kaiserliche Botschaft) ist ein „totgeborenes Kind“; was Lohmann an brauchbaren politikfähigen Entwürfen (Krankenversicherung) geschaffen hat, wird von jenem verächtlich als „untergeschobenes Kind“ betrachtet, Referat der Auffassungen Lorenz von Steins]
- 18.10.1882 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.18  
[Nach einer Beschwerde der Berlin-Aachener Spiegelmanufaktur über ungleiche Produktionsbedingungen wird der Erlaß einheitlicher Vorschriften für alle Spiegelbeleganstalten Deutschlands geprüft]
- 19.10.1882 Bericht des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.3, Nr.19  
[Neu eingeführte Nachtarbeit von Arbeiterinnen in der Düsseldorfer Kammgarnspinnerei führt zu körperlichen und sittlichen Schädigungen]
- 19.10.1882 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.3, Nr.20  
[In Fabriken beschäftigte Lehrlinge sind „jugendliche Arbeiter“ im Sinn der Gewerbeordnung]
- 00.11.1882 Lokal-Wohltätigkeitsverein Stuttgart: Allgemeine Grundsätze für die Armenpflege Abt. II, Bd.7, Nr.27  
[Zweck der Unterstützung, Ausschluß von der Unterstützung, vorzunehmende Erkundigungen bei Gesuchen, Einteilung in Distrikte, geschäftliche Behandlung der Gesuche, Aufgaben der Distriktvorsteher]
- 02.11.1882 Instruktion für die Bezirksvorsteher und Armenpfleger der Stadt Krefeld Abt. II, Bd.7, Nr.23  
[Bestimmungen u. a. über die Bedingungen, das Maß und die Formen der Unterstützung, die Organe der Armenpflege und deren Pflichten, die Vorgehensweise bei der Untersuchung der einzelnen Fälle von Hilfesuchen und die dabei zu berücksichtigenden Gesichtspunkte und Rechtsregelungen, die Aufnahme in die Verpflegungs- und Krankenanstalten und die Armenpolizei]
- 05.11.1882 Bericht des Polizeioffizianten Friedrich Marx über eine Versammlung in Nürnberg Abt. II, Bd.5, Nr.22  
[Der Sozialdemokrat Karl Grillenberger berichtet über den Krankenkassengesetzentwurf, u. a. auch über eine ihn ablehnende Petition von Arbeitern aus Hamburg und Altona]
- 05.11.1882 Leipziger Zeitung Nr. 258. Zur Organisation der Armenpflege Abt. II, Bd.7, Nr.24  
[Um die Mißstände zu beseitigen, die aus dem vielfach zu kleinen Zuschnitt der Armenverbände erwachsen, muß auf dem Weg des Zusammenschlusses von Ortsarmenverbänden für hinreichend leistungsfähige Träger der Armenpflege gesorgt werden]
- 06.11.1882 Bericht der Polizeisektion der Stadt Frankfurt am Main an den Magistrat Abt. II, Bd.7, Nr.25  
[Um zu bestimmen, ab welcher Höhe des Einkommens eine Unterstützung durch die städtische Armenpflege ausgeschlossen sein soll, sind nach dem Vorbild des Elberfelder Armenwesens „Ausschlußsätze“ (Regelsätze) festzulegen, die zugleich als Richtmaß für die maximale Höhe der Unterstützungen zu dienen haben]
- 08.11.1882 Bericht des Sanitätsrats Dr. Ludwig Zimmermann und des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.3, Nr.21  
[Unter Hinweis auf bei einer Revision der Düsseldorfer Kammgarnspinnerei festgestellte Mißstände wird ein generelles Verbot der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen gefordert]
- 12.11.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.71  
[Lebensfähige Korporationen lassen sich nur durch indirekten Zwang durchführen, Beitragspflicht der Arbeiter (und daraus abgeleitete Beteiligungsrechte an der Verwaltung) ist geboten, die Arbeiterversicherungspolitik des Staates hat gegenüber einer sozialen Betriebsverfassung für die soziale Entwicklung nur einen sehr begrenzten Stellenwert]
- 13.11.1882 Protokoll einer Versammlung der Leipziger Armendistriktsvorsteher Abt. II, Bd.7, Nr.26  
[Die Meinungen über die Frage, ob eine Erhöhung der Höchstsätze für die Unterstützung vorgenommen werden soll, gehen stark auseinander; für die einen können die Armen mit den bestehenden Sätzen unmöglich existieren, die anderen verweisen auf versteckte Verdienstmöglichkeiten und fürchten von einer Erhöhung moralische Schäden]
- 16.11.1882 Erlaß des Dirigenten der Berliner Politischen Polizei Georg Keßler an die Exekutivbeamten Abt. II, Bd.4, Nr.2  
[Der Aufschwung der gewerkschaftlichen Vereine macht es erforderlich, daß die Politische Polizei ihnen die größte Aufmerksamkeit zuwendet und sie gegebenenfalls aufgrund des Sozialistengesetzes auflöst]
- 22.11.1882 Bericht über die geschäftliche Lage der Kaiser-Wilhelms-Spende Abt. II, Bd.6, Nr.9  
[Bei relativ günstiger finanzieller Entwicklung bleibt der Zulauf zur Anstalt mäßig; ein Trend zur stärkeren Beteiligung der Arbeiterschaft scheint sich abzuzeichnen]

- 25.11.1882 Eingabe des „Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saar-  
industrie“ an den Deutschen Reichstag Abt. II, Bd.2.1, Nr.72  
[Die Unfallversicherung ist weniger dringend als die Invalidenversicherung. Die Organisation der Unfall-  
versicherungsträger, das Umlageverfahren und der Reichszuschuß werden abgelehnt, hingegen wird ein  
Arbeiterbeitrag befürwortet]
- 25.11.1882 Eingabe des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saar-  
Industrie an den Reichstag Abt. II, Bd.6, Nr.10  
[Die Versorgung der alten und invaliden Arbeiter ist noch dringender als Kranken- und Unfallversicherung  
und hätte deshalb ebenfalls zu einem Gesetzentwurf führen müssen; die Industrie ist in der Lage, die entste-  
henden Lasten für alle drei Versicherungsarten zu tragen]
- 26.11.1882 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst  
Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.73  
[Lohmanns Facharbeiten sind von Prinzipien bestimmt, die aus geschichtsphilosophischen Auffassungen  
zur Rettung der Kultur vor einer sozialen Revolution herrühren, daraus folgen praktische Konsequenzen  
für die organisatorische Ausgestaltung der Unfallversicherungsvorlage]
- 27.11.1882 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck und des Innenministers  
Robert von Puttkamer an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.22  
[Bericht über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Hausindustrie; Restformen des Trucksystems  
werden festgestellt; zur Bekämpfung von Mißständen beim Zwischenhandel („Ausgeberwesen“) sind  
gesetzliche Maßnahmen notwendig]
- 00.12.1882 Eingabe des Zentralrats der Deutschen Gewerksvereine an den Reichstag Abt. II, Bd.4, Nr.4  
[Die Einführung obligatorischer Arbeitsbücher für alle gewerblichen Arbeiter wäre ein diskriminierender  
Akt der Klassengesetzgebung; Arbeitsbücher bieten sich zum Mißbrauch durch die Arbeitgeber an und  
stehen im Widerspruch zum freien Arbeitsvertrag]
- 00.00.1882 Verwaltungsbericht des Berliner Magistrats über die städtische Armenpflege 1881/1882 Abt. II, Bd.7, Nr.30  
[Vor allem wegen der wirtschaftlichen Lage ist die Belastung des städtischen Armenhaushalts gestiegen;  
nach dem vorliegenden statistischen Material erscheint eine Einschränkung der Freizügigkeit und Er-  
schwerung des Erwerbs des Unterstützungswohnsitzes nicht geboten; eine engere Zusammenarbeit von  
öffentlicher und privater Armenpflege ist erwünscht; eine konsequente Individualisierung nach dem  
Muster des Elberfelder Systems wird als nicht durchführbar angesehen]
- 02.12.1882 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.28  
[Arbeitslosigkeit begründet bei einer arbeitsfähigen Person nur einmalige Unterstützung, keine Dauer-  
unterstützung, sonst wird sich der Arbeitslose nicht nach neuer Arbeit umsehen]
- 12.12.1882 Antrag der Abgeordneten Karl Gustav Ackermann, Dr. Karl Alwin Hartmann und Hans Hugo  
von Kleist-Retzow in der VI. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.4, Nr.3  
[Das Führen eines Arbeitsbuchs für alle gewerblichen Arbeiter soll obligatorisch gemacht werden]
- 13.12.1882 Protokoll der 21. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.5, Nr.23  
[Die zweite Lesung des Krankenversicherungsgesetzes wird unmittelbar nach der ersten aufgenommen; die  
Beratung der Unfallversicherungsvorlage wird zurückgestellt]
- 15.12.1882 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an  
den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr  
von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.74  
[Bericht über die Unterbrechung der Arbeit der Reichstagskommissionen, die zweite Unfallversiche-  
rungsvorlage gilt als unbrauchbar]
- 25.12.1882 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Friedrichruher Oberför-  
ster Peter Lange Abt. II, Bd.7, Nr.29  
[Bismarck hat angeordnet, daß der vorläufige unterstützungspflichtige Armenverband im Falle eines  
aufgrund des Sozialistengesetzes von Friedrichsruh Ausgewiesenen mit seinen Ersatzansprüchen an den  
Staat verwiesen werden soll]
- 27.12.1882 Bericht des Berliner Polizeileutnants Fritz Heinrich an den Dirigenten der Politischen Polizei  
Georg Keßler Abt. II, Bd.4, Nr.5  
[Öffentliche Versammlung der Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereine in Berlin gegen die Einführung  
obligatorischer Arbeitsbücher]



- 29.12.1882 Der Gewerkverein Nr. 52. Zwangs-Arbeitsbücher Abt. II, Bd.4, Nr.6  
[Die beabsichtigte Einführung obligatorischer Arbeitsbücher dient dazu, politisch oder sozial mißliebige Arbeiter zu ächten; die Arbeiter werden in einer Petitionsflut dagegen protestieren]
- 1883**
- 09.01.1883 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.23  
[Unter Bezug auf Mißstände in der Düsseldorfer Kammgarnspinnerei wird ein Verbot der Einführung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen gefordert]
- 12.01.1883 Schreiben des Reichstagspräsidenten Albert von Levetzow an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.24  
[Der Bundesrat soll eine Gefahrenschutzverordnung vorlegen]
- 13.01.1883 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.75  
[Bismarck will das Krankenversicherungsgesetz akzeptieren]
- 19.01.1883 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Staatssekretär der Justiz Dr. Hermann von Schelling mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.3, Nr.25  
[Zweite Fassung des Gesetzentwurfs, betreffend die Handhabung des § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung: Stärkung der Stellung der höheren Verwaltungsbehörde im Vergleich zur ersten Fassung; Präzisierung des Verfahrens]
- 19.01.1883 Der Gewerkverein Nr. 3 Abt. II, Bd.4, Nr.7  
[Die Initiatoren des Antrags zur Einführung obligatorischer Arbeitsbücher geben auf; seine Ablehnung im Reichstag ist ziemlich sicher]
- 21.01.1883 Resolution der Mitgliederversammlung des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum Abt. II, Bd.6, Nr.11  
[Die Mitglieder wehren sich gegen weitere kostspielige Prozesse um gekürzte Invalidengelder und verlangen vom Vorstand ein Einlenken in dieser Frage]
- 26.01.1883 Der Gewerkverein Nr. 4. Wie die Oberschlesischen Arbeiter über die Knappschaftsvereine urteilen Abt. II, Bd.6, Nr.12  
[Das bisherige Knappschaftswesen leistet nicht genügend; es sollte daher in die geplanten Arbeiterversicherungsgesetze einbezogen werden]
- 27.01.1883 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.31  
[Es ist Sache der Armenverbände, unterstützte Personen durch die gesetzlichen Zwangsmittel zu einem geordneten Lebenswandel, insbesondere zur Arbeit, zurückzuführen]
- 29.01.1883 Urteil des Oberlandesgerichts Hamm Abt. II, Bd.6, Nr.13  
[Das Urteil erkennt das Recht des Knappschaftsvereins zur Anwendung statutenmäßiger Änderungen auf alle Mitglieder an; der Invalide hat keine besonderen gesellschaftlichen Rechte gegenüber dem Verein]
- 02.02.1883 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 55, Abendausgabe Abt. II, Bd.4, Nr.8  
[In Berlin spricht sich eine Versammlung des Allgemeinen Deutschen Handwerkerbunds für die Einführung der obligatorischen Arbeitsbücher aus]
- 04.02.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.76; Abt. II, Bd.5, Nr.24  
[Bismarcks „unsinnige“ Vorstellungen und sein Eigensinn verhindern wirksame sozialpolitische Reformen]
- 05.02. u.  
06.02.1883 Bericht über die 41. und 42. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.5, Nr.25  
[Debatte über § 75 des Krankenversicherungsgesetzes bzw. § 69 der Kommissionsfassung, insbesondere über die Definition des Lohnsatzes, der für das Krankengeld zugrunde zu legen ist]
- 10.02.1883 Bericht des Unterstaatssekretärs im Reichsamt des Innern Paul Eck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.26  
[Unter Hinweis auf entsprechende Bestrebungen in England werden Schutzbestimmungen für Arbeiter in Bleiweißfabriken vorgeschlagen. Bismarck in Randbemerkungen: prinzipielle Zustimmung]
- 17.02.1883 Schreiben des Lauterbacher Bürgermeisters Theodor List an den Ortsarmenverband Mainz Abt. II, Bd.7, Nr.32  
[Befragung einer Dienstmagd zur Feststellung ihres Unterstützungswohnsitzes]

- 00.03. u.  
31.05.1883 Zusammenstellung der Reichstagsfassungen des Gesetzentwurfs, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.5, Nr.26  
[Anhand ausgewählter Paragraphen aus den Bereichen Versicherungspflicht, Gemeindekrankenversicherung, Ortskrankenkassen und Hilfskassen wird der Verlauf der parlamentarischen Abänderungen verdeutlicht (§§ 1-7, 11, 13, 15-17, 38, 44-48, 52, 69 der Regierungsvorlage)]
- 07.03.1883 Sitzungsprotokoll des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins Abt. II, Bd.3, Nr.27  
[Die Fabrikinspektoren werden gegen Angriffe verteidigt; die berufliche Qualifikation der preußischen Fabrikinspektoren ist ihren Aufgaben angemessen; ein Ausbau der Fabrikinspektion wird gefordert]
- 01.04.1883 Entschließung des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in Kopenhagen Abt. II, Bd.1, Nr.34  
[Die „sogenannte Sozialreform“ ist ein Ablenkungsmanöver]
- 01.04.1883 Eingabe des Maschinenstickervereins für das Vogtland und das sächsische Erzgebirge an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.28  
[Unter Hinweis auf die Zustände in der Hausindustrie wird die Zulassung von zehnjährigen Kindern zur Fabrikarbeit in Maschinenstickereien gefordert]
- 05.04.1883 Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.29  
[Die Dampfkesselrevision soll von den Baubeamten auf besondere technisch gebildete Dampfkesselrevisoren übertragen werden. Bismarck in den Randbemerkungen: Baubeamte sind dafür ohnehin ungeeignet; die Dampfkesselrevision könnte auch mit der Unfallversicherung verbunden werden]
- 06.04.1883 Sitzungsprotokoll des Camberger Gemeinderats Abt. II, Bd.7, Nr.33  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 08.04.1883 Aufzeichnungen des Reichstagsabgeordneten Dr. Georg Freiherr von Hertling über ein Gespräch mit Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.35  
[Bismarck wirft dem Reichstag eine schleppende Behandlung der sozialpolitischen Vorlagen vor]
- 11.04.1883 Bericht über die erste Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.77  
[Das gegenüber der zweiten Unfallversicherungsvorlage einzuschlagende Verfahren]
- 14.04.1883 Botschaft Kaiser Wilhelm I. an den Reichstag Abt. II, Bd.1, Nr.36  
[Die Fortführung der Sozialreformen bzw. der Gesetzgebung zur Unfallversicherung wird angemahnt]
- 17.04.1883 Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Joseph Herrmann an das bayerische Ministerium des Innern Abt. II, Bd.2.1, Nr.78  
[Beratung zur Unfallversicherungsvorlage in der zweiten Sitzung der VIII. Reichstagskommission]
- 19.04.1883 Sitzungsprotokoll des Komitees der Friedrich-Wilhelm- und Viktoria-Stiftung Abt. II, Bd.1, Nr.37  
[Beratung und Beschlußfassung über die Verwendung der anlässlich der Silberhochzeit des Kronprinzenpaares gesammelten Spenden; Privatwohltätigkeit als Vorbild]
- 20.04.1883 Sitzungsprotokoll des Reichstags Abt. II, Bd.5, Nr.27  
[Darlegung und Begründung der Grundprinzipien des Gesetzentwurfs zur Krankenversicherung durch Theodor Lohmann: gesetzlicher Versicherungszwang unter Ausschluß der landwirtschaftlichen Arbeiter, Organisation der Krankenversicherung in Anknüpfung an die bestehenden örtlichen Kassen; Kritik durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Karl Grillenberger, der Ausweitung des Versicherungszwangs fordert sowie nationale Kassen auf berufsbezogener Grundlage nach dem Vorbild der zentralen Hilfskassen; außerdem Ablehnung des Arbeitgeberbeitrags zur Krankenversicherung]
- 25.04.1883 Bericht über die vierte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.79  
[Informatorische Beratung über die §§ 5 und 6 der zweiten Unfallversicherungsvorlage, Verhältnis der Krankenversicherung zur Unfallversicherung]
- 28.04.1883 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.34  
[Auch für eine im Armenhaus untergebrachte Frau mit zwei Kindern ist der vorläufig unterstützende Armenverband verpflichtet, sich um eine Arbeitsgelegenheit zu kümmern]
- 04.05.1883 Bericht über die fünfte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.80  
[Informatorische Beratung und Beschlußfassung über die §§ 5 und 7 der zweiten Unfallversicherungsvorlage: Vorteile und Nachteile der Karenzzeit bzw. Kostentragung der Unfallfolgen durch die Krankenkassen für die ersten 13 Wochen]

- 05.05.1883 Bericht über die sechste Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.81  
 [Beratung und Abstimmung über die §§ 5 und 7 der zweiten Unfallversicherungsvorlage, einstimmige Ablehnung des Reichszuschusses]
- 07.05.1883 Bericht über die siebte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.82  
 [Informatorische Beratung über die §§ 6 und 10 der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 08.05.1883 Bericht über die achte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.83  
 [Beratung über § 10 der zweiten Unfallversicherungsvorlage, Freiherr v. Hertling bringt seinen Präjudizialantrag ein, der andiskutiert wird]
- 25.05.1883 Bericht über die neunte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.84  
 [Beratung über die weitere Vorgehensweise, insbesondere mit dem Präjudizialantrag Hertling, positive Beschlußfassung über die §§ 1-4 der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 25.05.1883 Rede des stellvertretenden Reichskanzlers und preußischen Finanzministers Dr. Adolf von Scholz im Reichstag Abt. II, Bd.5, Nr.28  
 [Das eigenständige Krankenversicherungsgesetz, das der Reichstag vorrangig beraten hat, bietet weniger für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter als die Unfallversicherungsvorlage, die er zurückgestellt hat. Bismarck ist durch Krankheit gehindert, seine entsprechenden Bedenken selbst vorzutragen, er hat seinen Stellvertreter damit beauftragt. Das Krankenversicherungsgesetz soll gleichwohl auch die Zustimmung des Bundesrats erhalten, sofern die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter nicht – wie vom Reichstag in der Kommission und in zweiter Lesung beschlossen – versicherungspflichtig werden; Befürwortung des entsprechenden Abänderungsantrags von v. Hertling]
- 26.05.1883 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.35  
 [Sofern aufgrund Landesgesetz am Ort der erfolgten Unterstützung die Erziehung und Ausbildung der Kinder zu den Leistungen der öffentlichen Armenpflege gehört, ist der erstattungspflichtige Armenverband dort, wo Erziehung und Ausbildung landesgesetzlich hingegen nicht zu den Leistungen der öffentlichen Armenpflege gehören, auch für diese erstattungspflichtig]
- 27.05.1883 Rundschreiben des Armenamts Frankfurt am Main an die Distriktsversammlungen Abt. II, Bd.7, Nr.36  
 [Aufklärung hinsichtlich des Charakters der Ausschußsätze in der Armenpflege; sie bilden die äußerste Grenze der Unterstützung, das vorhandene Einkommen muß genau ermittelt und angerechnet werden]
- 27.05.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.85  
 [Bericht über Reichstag und Reichskanzler]
- 28.05.1883 Bericht über die zehnte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.86  
 [Beratung und Beschlußfassung über die §§ 5 und 6 der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 30.05.1883 Protokoll der elfte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.87  
 [Beratung über die §§ 7, 11 und 14 der zweiten Unfallversicherungsvorlage]
- 31.05.1883 Bericht über die zwölfte Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.88  
 [Beratung über die subsidiäre Zulassung von freiwilligen Betriebsgenossenschaften auf der Grundlage von Normativbestimmungen in der Unfallversicherung]
- 31.05.1883 Eingabe des Vorstands des Kongresses Deutscher Landwirte an das Reichsamt des Innern Abt. II, Bd.7, Nr.37  
 [Zur Bekämpfung von Bettelei und Landstreicherei wird gefordert, Arbeiterkolonien, Herbergen zur Heimat und Naturalverpflegungsstationen einzurichten]
- 05.06.1883 Bericht des Regierungsrates Wilhelm Graf von Bismarck für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.89  
 [Die Verhandlungsergebnisse der VIII. Reichstagskommission werden in Kernpassagen der zweiten Unfallversicherungsvorlage gegenübergestellt, Kritik am Verhalten der Regierungskommissare Bosse und Lohmann in der Auseinandersetzung mit liberalen Forderungen]
- 05.06.1883 Bericht des Geheimen Regierungsrates Dr. Franz von Rottenburg für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.90  
 [Darstellung der Entstehung des Krankenversicherungsgesetzes und seiner Regelungen: Anstoß aus der Unfallversicherungsproblematik und Verselbständigung des Gesetzgebungsprozesses]

- 05.06.1883 Schreiben des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Geheimen Regie- Abt. II, Bd.2.1, Nr.91  
rungsrat Dr. Franz von Rottenburg mit Denkschrift  
[Die Auffassungen der Nationalliberalen und Sezessionisten zur Unfallversicherung werden nach den Kriterien wie: Versicherungszwang, Bildung von Genossenschaften, Reichszuschuß, Umlageverfahren in Gegenüberstellung mit anderen politischen Parteien (Konservative und Zentrum) dargestellt. Lohmanns eigenen Vorstellungen nahestehende Auffassungen sind dabei hervorgehoben]
- 05.06.1883 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann für den Chef der Reichs- Abt. II, Bd.5, Nr.29  
kanzlei Dr. Franz Rottenburg  
[Bericht über die Haltung der liberalen Parteien zum Versicherungszwang und zu den wesentlichen Änderungen des Entwurfs zur Krankenversicherung durch den Reichstag, u. a. Zustimmung zur erweiterten Möglichkeit der Mitglieder von Zwangskassen, zu einer freien Hilfskasse zu wechseln]
- 07.06.1883 Bericht des preußischen Gesandten in Stuttgart Ludwig Graf von Wesdehlen an den Reichs- Abt. II, Bd.7, Nr.38  
kanzler Otto Fürst von Bismarck  
[In der württembergischen Kammer der Standesherren besteht Einigkeit, daß das Armenrecht revisionsbedürftig ist; wie eine von der Kammer eingesetzte Kommission wünscht auch Innenminister von Hölder eine Rückkehr zum Heimatrecht; strittig ist die Frage der Landarmenverbände]
- 07.06.1883 Der Sozialdemokrat Nr. 24 Abt. II, Bd.5, Nr.30  
[Die Sozialdemokratie lehnt die Arbeiterversicherungsgesetzgebung als Klassengesetzgebung ab; Begründung der Ablehnung im Reichstag]
- 08.06.1883 Bericht über die 16. Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.92  
[Beratung über das weitere geschäftliche Vorgehen zur Unfallversicherungsvorlage angesichts des bevorstehenden Endes der Legislaturperiode, Einsetzung einer Subkommission]
- 09.06.1883 Aufzeichnung eines Gesprächs mit dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.93  
[Bismarck meint, daß der Reichszuschuß in der Unfallversicherung durch eine Reichsgarantie ersetzt werden kann]
- 10.06.1883 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Wilhelm I. Abt. II, Bd.5, Nr.31  
[Die wesentlichen Abweichungen des verabschiedeten Krankenversicherungsgesetzes gegenüber der Regierungsvorlage werden aufgeführt, u. a. Beschränkungen der Befugnisse der höheren Verwaltungsbehörden; verbessert hat der Reichstag die Vorlage nur bei einer Regelung]
11. u. 12.06.1883 Bericht über die 17. und 18. Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.94  
[Der Reichstag lehnt die zweite Regierungsvorlage zur Unfallversicherung ab und wünscht eine dritte, für diese macht er bestimmte Vorgaben]
- 15.06.1883 Gesetz, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.5, Nr.32  
[Versicherungszwang kraft Gesetzes für Arbeiter in Industrie und Handwerk sowie für gering verdienende Angestellte; statutarische Erstreckung des Versicherungszwangs auf weitere Personengruppen, u. a. auf landwirtschaftliche Arbeiter; Krankenunterstützung in Form von freier ärztlicher Behandlung, Arznei und Heilmitteln sowie von Krankengeld; Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungskrankenkassen als Träger der Krankenversicherung; subsidiäre Zuständigkeit der Gemeindekrankenversicherung; Versicherungsfreiheit für Mitglieder „freier“ Hilfskassen; Finanzierung durch Beiträge der Arbeitnehmer (2/3) und Arbeitgeber (1/3)]
- 15.06.1883 Vermerk des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann für den Abteilungsdirektor im Abt. II, Bd.6, Nr.14  
Reichsamt des Innern Robert Bosse  
[Die Vorschläge des Versicherungsdirektors Gerkrath auf Einrichtung einer Invaliditätsversicherung für bestimmte Gruppen gewerblicher Arbeiter und ihre Organisation durch regionale Genossenschaften werden wegen der hohen Mobilität der Arbeiterschaft abgelehnt]
- 16.06.1883 Eingabe des Elberfelder Handlungsgehilfen Robert Hausmann an den preußischen Innen- Abt. II, Bd.7, Nr.39  
minister Robert von Puttkamer  
[Bitte um Befreiung von der armenrechtlichen Alimentationspflicht für die Schwiegermutter]
- 00.06.1883 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Abt. II, Bd.7, Nr.40  
Otto Fürst von Bismarck  
[Grundzüge einer künftigen Neuregelung der öffentlichen Armenpflege: Aufhebung des Unterstützungswohnsitzgesetzes; jedem Hilfsbedürftigen ist an dem Ort, wo die Hilfsbedürftigkeit hervortritt, die erforderliche Fürsorge zu gewähren; keine Erstattung von Unterstützungen durch Armenverbände verschiedener Bundesstaaten]

- 18.06.1883 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.95  
[Entwicklung einer Alternative zur zweiten Unfallversicherungsvorlage: Dezentrale Durchführung der Unfallversicherung mittels zwei Typen (Rechtsformen) von Versicherungsträgern: durch hoheitlichen Akt errichtete Betriebsverbände der versicherungspflichtigen Betriebe entsprechend der politischen Verwaltungseinheiten (Bezirke) als Grundsystem und durch private Initiative der Unternehmer geschaffene subsidiäre Betriebsgenossenschaften, die faktisch die vorrangigen gesetzlichen Träger werden sollen, keine Risikoträgerschaft nach Gefahrenklassen auf Reichsebene, nur Rentenanstalt unter Reichsgarantie]
- 25.06.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.96  
[Von Boetticher hat Bismarck mündlich über Lohmanns neuen Plan unterrichtet, Bismarck hat demgegenüber angeordnet, daß das Umlageverfahren in der Unfallversicherung beibehalten werden soll]
- 27.06.1883 Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Eduard Magdeburg für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.97  
[Reichsweite, nach Industriezweigen gegliederte Körperschaften von Unternehmern als Versicherungsträger der Unfallversicherung (Berufsgenossenschaften), Unfallverhütung, Arbeiterausschüsse, Selbstverwaltung]
- 27.06.1883 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann Abt. II, Bd.2.1, Nr.98  
[Ablehnung der Gefahrenklassenzugehörigkeit als ein Kriterium für die organisatorische Gliederung der Versicherungsträger, Vorschlag einer dezentralen Durchführung der Unfallversicherung mittels Betriebsgenossenschaften und (subsidiär) Betriebsverbänden, bei letzteren Gefahrenklassen als Maßstab der Mittelaufbringung bzw. Lastenverteilung, Rentenzahlung für die berechtigten Arbeiter durch das Reich mit entsprechendem Good-will-Effekt für das Reich, Kapitaldeckungsprinzip, Ablehnung des Umlageverfahrens, Aufstockung des Krankengeldes für die 5.-13. Woche der Arbeitsunfähigkeit auf die Höhe der Unfallrente]
- 30.06.1883 Rundschreiben des Armenamts Frankfurt am Main an die Vorsteher der Distriktsversammlungen Abt. II, Bd.7, Nr.41  
[Der hiesige Armenverein soll künftig nicht Hilfsbedürftige, die bereits in öffentlicher Armenpflege stehen, zusätzlich unterstützen, sondern – neben dem Kampf gegen Bettelei und Vagabondage – auf Gebieten tätig werden, die der öffentlichen Armenpflege verschlossen sind; er soll dabei vor allem vorbeugend tätig werden und Lücken der Armenpflege füllen]
- 00.07.1883 Monatsschrift für christliche Social-Reform Nr. 7. Eine sozialpolitische Debatte. Dargestellt von Frhr. v. Vogelsang Abt. II, Bd.1, Nr.38  
[Sozialpolitisches Programm („Haider Thesen“) katholischer Experten]
- 01.07.1883 Gewerbeordnung für das Deutsche Reich Abt. II, Bd.3, Nr.30  
[Noch nicht schulentlassene Jugendliche erhalten kein Arbeitsbuch, sondern die für Kinder vorgesehene Arbeitskarte]
- 01.07.1883 Fabrikordnung für die Bleiweiß- und Chemische Fabrik Moritz Müller & Söhne in Düsseldorf Abt. II, Bd.4, Nr.9  
[Bestimmungen zum Arbeitsverhältnis (Arbeitszeit, Verhalten bei der Arbeit, Strafen) und zum Arbeiterschutz]
- 04.07.1883 Sitzungsprotokoll des Camberger Gemeinderats Abt. II, Bd.7, Nr.42  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 05.07.1883 Entwurf für einen Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.99  
[Kritische Analyse einer gegliederten zentralen Organisation der Versicherungsträger der Unfallversicherung auf Reichsebene als Verstoß gegen das Genossenschaftsprinzip der Kaiserlichen Sozialbotschaft bzw. deren Ablehnung, Fortentwicklung des dezentralen Systems mittels Gesamtgenossenschaften und –verbänden und abgestufter Risikoverteilung als Alternative zu Bismarcks Direktive]
- 20.07.1883 Bericht des Leipziger Stadtrats Leo Friedrich Ludwig-Wolf an das Armendirektorium Abt. II, Bd.7, Nr.43  
[Ausführungen zur Organisation der Waisenpflege in anderen Großstädten; besonders die Dresdener Einrichtung ländlicher Waisenkolonien unter pastoraler Regie in umliegenden Dörfern verdient Beachtung; dazu werden Reformvorschläge gemacht]
- 22.07.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.100  
[Eine verständige Mitwirkung an Bismarcks Plänen zur Unfallversicherung ist dem Fachmann nicht möglich]
- 23.07.1883 Ausarbeitung des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann Abt. II, Bd.2.1, Nr.101  
[Ablehnung zentraler Zwangsgenossenschaften als Versicherungsträger der Unfallversicherung und abgestufter Risikoverteilung, Modifikation von Nr. 99]

- 27.07.1883 Der Gewerkverein Nr. 30. Die polizeiliche Maßnahme gegen die Verbandsinvalidenkasse Abt. II, Bd.6, Nr.15  
[Die polizeiliche Revision und Beschlagnahme von Unterlagen der Verbandsinvalidenkasse wird als ungerechtfertigt verurteilt; sie habe einen politischen, jedoch keinen sachlichen Hintergrund]
- 28.07.1883 Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Robert Eduard von Hagemeyer an den Abt. II, Bd.7, Nr.44  
preußischen Innenminister Robert von Puttkamer  
[Der Bitte um Befreiung von der armenrechtlichen Alimentationspflicht für die Schwiegermutter wird nicht stattgegeben]
- 03.08.1883 Der Gewerkverein Nr. 31. In Sachen der Verbandsinvalidenkasse der deutschen Gewerk- Abt. II, Bd.6, Nr.16  
vereine  
[Die vom Verbandstag beschlossenen Leistungsminderungen der Invalidenkasse sind rechens; weder das beschwerdeführende Mitglied Pampel noch Regierung und Polizei waren zu ihrer Vorgehensweise gegen die Kasse legitimiert]
- 18.08.1883 Brief des Legationsrates Kuno Graf zu Rantzau an seinen Schwager, den Legationsrat Herbert Abt. II, Bd.2.1, Nr.102  
Graf von Bismarck  
[Mitarbeiter Bismarcks haben diesem die „höchst unpraktischen Ideen“ Lohmanns zur Unfallversicherung nicht übermittelt]
- 01.09.1883 Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Direktor im Reichsamt des Abt. II, Bd.2.1, Nr.103  
Innern Robert Bosse  
[Darlegung, daß Bezirksgenossenschaften („Betriebsverbände“ innerhalb eines Regierungsbezirks) als einheitliches Organisationsprinzip für die geplante Unfallversicherung möglich und sinnvoll sind und auch den Vorstellungen der Großindustrie entsprechen, Auseinandersetzung mit Theodor Lohmann: „Marginalienscharmützel“]
- 01.09.1883 Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Direktor im Reichsamt des Abt. II, Bd.2.1, Nr.104  
Innern Robert Bosse  
[Ausgehend vom erforderlichen Deckungskapital werden die steigenden Bedarfssummen der Unfallversicherung nach dem Umlageprinzip und unter Berücksichtigung der verschiedenen Gefahrenklassen berechnet]
- 08.09.1883 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann mit Grundzügen für ein Abt. II, Bd.6, Nr.17  
Gesetz betr. Alters- und Invalidenversicherung für Arbeiter  
[Grundzüge einer gesetzlichen Regelung der Alters- und Invalidenversicherung auf der Basis des Versicherungszwangs; kritische Einwände gegen eine allgemeine Altersversorgung; individuelle Kontoführung soll das einzelne Versicherungsleben spiegeln; Beitragsleistung durch Marken; Beiträge von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Reich; zentrale Rentenanstalt; Altersrenten ab 65 Jahren; Beitragserstattungen an Witwen und Waisen; zusätzliche Reichszuschüsse für Übergangszeit]
- 09.09.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.105  
[Sofern Bismarck sich nicht „in ungewohnter Weise“ umstimmen läßt, wird auch die nächste Reichstags-session kein verabschiedetes Unfallversicherungsgesetz bringen]
- 11.09.1883 Bericht des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.3, Nr.31  
[Detaillierte Auflistung von Arbeiten in Fabriken, die notwendigerweise auch am Sonntag ausgeführt werden müssen]
- 21.09.1883 Ausarbeitung des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Direktor im Reichsamt Abt. II, Bd.2.1, Nr.106  
des Innern Robert Bosse  
[Die Aussagen in der Denkschrift vom 1.9.1883 über die Organisation der Unfallversicherung (Betriebsverbände) werden – in Abgrenzung zu Lohmanns Marginalbemerkungen – aufrechterhalten und begründet]
- 21.09.1883 Ausgefüllter Fragebogen der Leipziger städtischen Straf- und Versorganstalt zum Georgen- Abt. II, Bd.7, Nr.45  
haus für das sächsische Statistische Büro in Dresden  
[Angaben zur Nutzung der Anstalt und statistische Daten zu den Insassen]
- 24.09.1883 Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker für den Staatssekretär des Innern Abt. II, Bd.2.1, Nr.107  
Karl Heinrich von Boetticher  
[Grundzüge für eine Organisation der Unfallversicherung auf der Grundlage von Bezirksgenossenschaften und Berufsgenossenschaften als befristet zugelassene Alternative]

- 24.09.1883 Bericht des Legationssekretärs bei der bayerischen Gesandtschaft in Berlin Klemens Freiherr von Podewils-Dürnitz an den Staatsrat Franz Ritter von Pfistermeister Abt. II, Bd.2.1, Nr.108  
[Vertrauliche Mitteilungen Bödikers werden weitergegeben: Die in der zweiten Unfallversicherungsvorlage vorgesehene Organisationsstruktur zur Durchführung der Unfallversicherung soll abgeändert werden, auch Berufsgenossenschaften scheinen dazu nicht geeignet zu sein]
- 25.09.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.109  
[Bismarcks Ankunft wird in Berlin erwartet]
- 27.09.1883 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker an den Geheimen Regierungsrat Dr. Franz von Rottenburg Abt. II, Bd.2.1, Nr.110  
[Bödiker ist völlig überrascht von Bismarcks Plan, die Durchführung der Unfallversicherung auf Berufsgenossenschaften zu stützen, die offiziöse Pressemitteilung darüber hält er für Zeitungsplänkelei, die von Rottenburg aufhalten soll]
- 27.09.1883 Erstfassung der Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für eine dritte Unfallversicherungsvorlage Abt. II, Bd.2.1, Nr.111  
[Geltungsbereich von Unfallversicherungsgesetz und Haftpflichtgesetz müssen (zunächst) gleich sein, Umlageverfahren, reichsweite Berufsgenossenschaften (Körperschaften von Berufsklassen) mit regionalen Sektionen als Versicherungsträger, Versicherungszwang, Unfallverhütung, Reichszuschuß bzw. Reichsgarantie]
- 28.09.1883 Vermerk des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.1, Nr.112  
[Vorschläge, wie Bismarcks neuen Direktiven mit Berufsgenossenschaften, die nicht nur Grundlage der Unfallversicherung sein sollen, sondern weiteren politischen Zwecken dienen sollen, entsprochen werden könnte]
- 04.10.1883 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.1, Nr.113  
[Reflexionen über den Bruch zwischen Bismarck und Lohmann und die Folgen]
- 04.10.1883 Dr. Hermann Künne Über die Stellung der Ärzte zu den aufgrund des Gesetzes vom 15. Juni a. c. einzuführenden Krankenkassen Abt. II, Bd.5, Nr.33  
[Forderung nach ärztlichen und nach allgemeinen Minimaltaxen bzw. fixierten Honorarsätzen bei individueller Abweichung, Ausschluß vom kollegialen Umgang bzw. Vereinsleben]
- 05.10.1883 Flugblatt des Reichstagsabgeordneten Wilhelm Hasenclever Abt. II, Bd.5, Nr.34  
[Darstellung und Kritik des Krankenversicherungsgesetzes, Plädoyer für freie Hilfskassen]
- 05.10.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.114  
[Bericht über den „Bruch“ mit Bismarck und dessen politische Absichten mit der Organisation der Unfallversicherung]
- 10.10.1883 Ausarbeitung des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann Abt. II, Bd.2.1, Nr.115  
[Zwangsgenossenschaften können in der Unfallversicherung weder die ihnen zgedachten sozialpolitischen noch die allgemeinpolitischen Aufgaben erfüllen, sie sind nicht besser als die gegenwärtigen Wahlkreise]
- 19.10.1883 Gewerkverein Nr. 42. Zum Entwurfe des Unfallversicherungsgesetzes Abt. II, Bd.2.1, Nr.116  
[Kritik an einem Alternativentwurf für ein Unfallversicherungsgesetz, den der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Oechelhäuser publiziert hat]
- 22.10.1883 Brief des Reichstagsabgeordneten Dr. Ludwig Windthorst an den Theologieprofessor Peter Alexander Reuß Abt. II, Bd.1, Nr.39  
[Der sozialpolitische Kurs der „Haider Thesen“ soll nicht weiter verfolgt werden; zuerst muß der Kulturkampf beendet werden]
- 22.10.1883 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker an den Legationsrat Kuno Graf zu Rantzau mit Denkschrift Abt. II, Bd.2.1, Nr.117  
[Der Wert der Unfallstatistik wird für die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs für die Unfallversicherung der Arbeiter begründet und versucht, das Interesse des Kanzlers auf die wesentlichen Ergebnisse der Untersuchungen zu lenken]
- 22.10.1883 Kölnische Volkzeitung Nr. 290. Arbeiter-Versammlung in Sachen des Krankenversicherungsgesetzes in Köln Abt. II, Bd.5, Nr.35  
[Bericht über einen Vortrag August Bebels zum Krankenversicherungsgesetz von 1883 und zum Hilfskassengesetz von 1876; kritische Kommentierung seiner Ausführungen]

- 23.10.1883 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.5, Nr.36  
[Kritische Auseinandersetzung mit der Argumentation auf dem Flugblatt Wilhelm Hasenclevers vom 5.10.1883]
- 27.10.1883 Weser-Zeitung Abt. II, Bd.2.1, Nr.118  
[Bericht über die Ansichten und Aktivitäten Theodor Lohmanns, die denen des Reichskanzlers entgegengesetzt sind, durch diese Meinungsverschiedenheiten zwischen dem „genialen“ Kanzler und dem sachkundigen Referenten seien die sozialpolitischen Gesetzesvorlagen offensichtlich ins Stocken geraten]
- 28.10.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.119  
[Bismarcks Weisungen können für eine Unfallversicherung nicht tragfähig sein]
- 30.10.1883 Hagener Zeitung Nr. 253. Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Max Hirsch Abt. II, Bd.1, Nr.40  
[Die Arbeiterversicherung ist nur ein Teil der Arbeiterfrage; Zwangsversicherung ist Klassengesetzgebung; Kritik am Krankenversicherungsgesetz; Betonung der Leistungsfähigkeit der Hilfskassen der Gewerkvereine]
- 31.10.1883 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 508 Abt. II, Bd.2.1, Nr.120  
[Die Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und seinen Referenten hindern den Fortgang der sozialreformerischen Arbeiten nicht]
- 31.10.1883 Provinzial-Correspondenz Nr. 44 Abt. II, Bd.5, Nr.37  
Die Ausführung des Krankenversicherungsgesetzes  
[Die gesetzliche Krankenversicherung dient dem Arbeiterwohl; die sozialistischen Führer, vor allem Bebel, nutzen sie zu politischer Agitation in ihrem Sinne; die gesetzlichen Krankenkassen bieten mehr Vorteile als von Parteirednem dargestellt]
- 00.00.1883 Bericht des Vorsitzenden des Leipziger Armendirektoriums Leo Friedrich Ludwig-Wolf für die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. II, Bd.7, Nr.46  
[Es sind von privater oder öffentlicher Seite gut erkennbare Arbeitsnachweise zu errichten, Unterstützung für Wanderarme ist von Arbeitsleistungen abhängig zu machen; die öffentliche Armenpflege kann auch zwangsweise Arbeit in einer geschlossenen Anstalt als Gegenleistung beanspruchen]
- 01.11.1883 Aufruf des Zentralrats der deutschen Gewerkvereine Abt. II, Bd.5, Nr.38  
[Aufruf zum Beitritt in nationale Gewerkvereinskassen, Mitgliedschaft in den freien Kassen bietet den Arbeitern erhebliche Vorteile]
- 01.11.1883 Volks-Zeitung Nr. 258. Die Stellungnahme der freien Hilfskassen zum neuen Krankenversicherungsgesetz Abt. II, Bd.5, Nr.39  
[Kritik der Regelungen über Karenzzeit; Verbesserungsvorschläge]
- 02.11.1883 Hausordnung des Versorgungshauses des Bürgerspitals in Heilbronn Abt. II, Bd.7, Nr.47  
[Regelungen zu Eintritt und Austritt, Verhaltensregeln, Ordnung und Tagesablauf, Beschäftigung, Arbeitszeit und Verdienst, Verpflegung und Vergütung, Besuch und Ausgang, Gottesdienst sowie eventuelle Strafmaßnahmen]
- 03.11.1883 Bericht des Geheimen Regierungsrats Tonio Bödiker an den Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.6, Nr.18  
[Skizze einer Alters-, Invaliden- und Witwen-Zwangsversicherung für alle Arbeiter: feste Renten von 120 M. jährlich; Beiträge von Arbeitnehmern, Arbeitgebern und Reich im Umlageverfahren]
- 04.11.1883 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.122  
[Lohmann hat mit dem „Zeitungsklatsch absolut gar nichts zu tun“, zu „irgendeinem disziplinarischen Einschreiten“ will er keine Veranlassung geben]
- 04.11.1883 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.123  
[Bericht über die Arbeiten im Reichsamt des Innern an der dritten Unfallversicherungsvorlage und Bismarcks politische Absichten nach Informationen Karl Heinrich von Boettichers]
- 07.11.1883 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.2.1, Nr.124  
[Im Reichsamt des Innern wurde mit der Ausarbeitung der dritten Unfallversicherungsvorlage in Form eines Gesetzentwurfs begonnen, die Berufsgenossenschaften sollen Voraussetzung und Grundlage von Gewerbe- und Landwirtschaftskammern werden]



- 08.11.1883 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 522, Morgenausgabe. Fortschrittspartei und Arbeiter- Abt. II, Bd.5, Nr.40  
krankenkassen  
[Die freien Kassen, insbesondere die Hilfskassen der Gewerkvereine werden weder aus versicherungstechnischer noch aus rechtlicher Sicht ordnungsgemäß verwaltet]
- 08.11.1883 Der Sozialdemokrat Nr. 46. [Wilhelm Liebknecht:] Zur Sozialreform des Fürsten Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.41  
[Die Ablehnung der Bismarckschen Sozialreform ist grundlegender Bestandteil sozialdemokratischer Politik]
- 16.11.1883 Runderlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer an die Oberpräsidenten der Abt. II, Bd.4, Nr.10  
Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen  
[Angesichts wiederholter Klagen aus Kreisen der Arbeitgeber über den Schaden, der aufgrund Auswanderung von Dienstboten und ländlichen Arbeitern unter Kontraktbruch entsteht, wird eine Denkschrift des Justizministeriums vorgelegt, welche die Mittel der Behörden aufzeigt, dem entgegenzutreten]
- 20.11.1883 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Abt. II, Bd.2.1, Nr.125  
Otto Fürst von Bismarck mit zwei Entwürfen von Grundzügen für die dritte Unfallversicherungsvorlage  
[Entsprechend Bismarcks Anordnung sind konkurrierende Entwürfe von Gamp (A) und unter der Federführung Bödikers (B) für eine Unfallversicherung mit einheitlicher Trägerschaft auf berufsgenossenschaftlicher Grundlage und Umlageverfahren erarbeitet, diese werden – mit einer mehr positiven Stellungnahme zum Entwurf B – charakterisiert und übersandt, zu Zweifelsfragen wird eine Entscheidung erbeten]
- 23.11.1883 Dr. Ludwig Pfeiffer: Welchen Einfluß wird das Gesetz vom 15. Juni dieses Jahres über die Abt. II, Bd.5, Nr.41  
Krankenversicherung der Arbeiter auf die ärztlichen Erwerbsverhältnisse ausüben?  
[Aufforderung zu gemeinsamem Vorgehen der Ärzte gegenüber den Krankenkassen, Differenzierung der Honorarforderungen nach ökonomischer Leistungsfähigkeit der Regionen, Darstellung der jeweiligen Besonderheiten der einzelnen Kassenarten, mögliche unterschiedliche Folgen für die Ärzteschaft]
- 25.11.1883 Zweitfassung der Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck für die dritte Abt. II, Bd.2.1, Nr.126  
Unfallversicherungsvorlage  
[Die neue Unfallversicherungsvorlage ist nur der Anfang der entsprechenden Gesetzgebung, die Kriterien und Ziele der Gesetzesvorlage für die Ausarbeitung der Gesetzesvorlage werden genannt und begründet]
- 25.11.1883 Germania Nr. 271 Abt. II, Bd.2.1, Nr.127  
[Bericht über die sog. Lohmann-Krisis, Berufsgenossenschaften als organische Grundlage der Unfallversicherung werden als conditio sine qua non der parlamentarischen Verabschiedung des Gesetzentwurfs angesehen]
- 26.11.1883 Preußische Ausführungsverordnung zum Gesetz vom 15. Juni 1883, betreffend die Kranken- Abt. II, Bd.5, Nr.42  
versicherung der Arbeiter  
[Regelungen zur Durchführung der Organisation bzw. Schaffung der neuen Einrichtungen des Krankenversicherungsgesetzes in Preußen, Handlungsanweisungen vor allem für die Gemeinden]
- 26.11.1883 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an Abt. II, Bd.2.1, Nr.128  
den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim  
[Aufgrund der Pressemitteilungen über den Konflikt zwischen Bismarck und Lohmann ist letzterer nun endgültig persona non grata]
- 27.11.1883 Runderlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer an die Bezirksregierungen Abt. II, Bd.5, Nr.43  
und den Berliner Polizeipräsidenten  
[Zur Auflösung von sozialdemokratischen Versammlungen, in denen das Krankenversicherungsgesetz erörtert wird; genaue Berichterstattung über die Argumente der Redner ist erwünscht]
- 27.11.1883 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Legationsrat Abt. II, Bd.2.1, Nr.129  
Kuno Graf zu Rantzau  
[Boetticher meldet den Ankunftsstermin zur Friedrichsruher Beratung über die Grundsätze der Unfallversicherung mit den beiden Referenten Gamp und Bödiker]
- 29.11.1883 Mitteilung des Geheimen Regierungsrates Karl Gamp über Äußerungen des Reichskanzlers Abt. II, Bd.2.1, Nr.130  
Otto Fürst von Bismarck  
[Bericht über die Beratung zur Unfallversicherung in Friedrichsruh: Bei der Bildung der Berufsgenossenschaften darf nicht bürokratisch verfahren werden, Arbeiterausschüsse sind hilfreich, das sozialstaatliche Programm soll in die Zukunft stabilisierend wirken]

- 01.12.1883 Aufzeichnung des Geheimen Regierungsrats Tonio Bödiker über ein Gespräch mit Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.6, Nr.19  
[Eine Mindestversorgung für alte Industriearbeiter müßte in Anlehnung an die Unfallversicherung aufgebaut werden]
- 06.12.1883 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Deutschen Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.1, Nr.131  
[Mitteilung des internen Diskussionsstandes für eine dritte Unfallversicherungsvorlage („Grundzüge“) und Bitte um Ermächtigung zur Ausarbeitung eines neuen Gesetzentwurfes auf dieser Grundlage]
- 10.12.1883 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an Wilhelm I. Abt. II, Bd.5, Nr.44  
[Das Hilfskassengesetz enthält keine Regelungen, die die Selbständigkeit der örtlichen Verwaltungsstellen dieser Kasse ausschließen und den jeweiligen örtlichen Behörden die Aufsicht ermöglichen. Um die deshalb drohende Umgehung versammlungs- und vermögensrechtlicher Regelungen zu verhindern, muß das Hilfskassengesetz abgeändert werden]
- 10.12.1883 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.3, Nr.32  
[In einer Fabrik beschäftigte Kinder und Jugendliche sind unabhängig vom Einsatzort und der konkreten Tätigkeit als „Fabrikarbeiter“ im Sinn der Gewerbeordnung anzusehen]
- 15.12.1883 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.48  
[Zurückweisung eines Erstattungsanspruchs, weil die Unterstützung nur gewährt wurde, um den Ablauf einer unterstützungsfreien zweijährigen Anwesenheit und damit den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes am Ort zu verhindern]
- 15.12.1883 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.49  
[Zurückweisung eines Erstattungsanspruchs, weil die Unterstützte nicht hilfsbedürftig war und die Zuweisung einer Wohnung nur geschah, um den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes am Ort zu verhindern]
- 24.12.1883 Runderlaß der Regierung Düsseldorf an die Landräte der Stadt- und Landkreise Abt. II, Bd.5, Nr.45  
[Allgemeine Anweisung zur rechtzeitigen Errichtung organisierter Krankenkassen, insbesondere von Ortskrankenkassen; dabei ist auf die Akzeptanz durch die beteiligten Kreise besonderer Wert zu legen]
- 28.12.1883 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Senat der Freien und Hansestadt Hamburg Abt. II, Bd.5, Nr.46  
[Die Statuten einiger in Hamburg eingeschriebener Hilfskassen entsprechen in organisatorischer Hinsicht nicht den Vorschriften des Hilfskassengesetzes von 1876, insbesondere die der zentralen Hilfskassen der Gärtner, der Tischler, der Wagenbauer und der Zimmerer]
- 29.12.1883 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.132  
[Die Grundzüge des Gesetzentwurfes zur Unfallversicherung sind soweit bearbeitet, daß er Bundesrat und Presse übermittelt werden kann]
- 29.12.1883 Erstfassung der Grundzüge für die dritte Unfallversicherungsvorlage mit Begründung Abt. II, Bd.2.1, Nr.133  
[Zwangsversicherung mit Haftungsausschluß bis zur Vorsatzgrenze, Versicherungspflichtgrenze 2000 M., 13wöchige Karenzzeit, Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M., Berufsgenossenschaften auf Reichsebene, Umlageverfahren, Reichsgarantie, Arbeiterausschüsse, Reichsversicherungsamt]
- 31.12.1883 August Bebel: Wie verhalten sich die Arbeiter gegenüber dem neuen Kranken-Versicherungsgesetz? Abt. II, Bd.5, Nr.47  
[Beitritt zu den freien Hilfskassen, die die Arbeiter selbst verwalten, wird empfohlen]

**1884**

- 00.00.1884 Bericht des Darmstädter Oberbürgermeisters Albrecht Ohly für die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. II, Bd.7, Nr.56  
[Die entgrenzte Freiheit hat die Verwahrlosung der Kinder und Jugendlichen anschwellen lassen; Waisenkinder sind statt in Anstaltspflege tunlichst in sorgsam ausgewählten und mit hinreichendem Pflegegeld ausgestatteten Familien unterzubringen; die Fürsorge für verwahrloste Kinder darf sich nicht auf bereits straffällige Minderjährige beschränken, in ihrem Fall ist auch eher eine Erziehung in Anstalten geboten, für die der Staat zu sorgen hat]

- 00.00.1884 Bericht des Merseburger Landesrats Levin Freiherr von Wintzingeroda-Knorr für die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. II, Bd.7, Nr.57  
 [Die Regelungen in den Arbeitshäusern über die Behandlung und Beschäftigung der Korrigenden sind sich weitgehend ähnlich; ein strenges Strafregiment macht die Korrigenden gefügig; in Hinblick auf eine moralische Besserung sind die Erfolge eher gering; in den Arbeitshäusern muß deshalb mehr individualisiert und mehr Wert auf die Erziehungsarbeit gelegt werden; die Armenbehörden müssen mit mehr Interrierungsrechten gegenüber Arbeitsscheuen ausgestattet werden; die Freizügigkeit der Korrigenden bei der Entlassung muß aufgehoben werden]
- 00.00.1884 Bericht des Meininger Landrats Rudolf Ziller für die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. II, Bd.7, Nr.58  
 [Die Mehrzahl der ländlichen Ortsarmenverbände kann mangels Leistungsfähigkeit den gesetzlichen Ansprüchen an die Armenpflege auf Dauer nicht genügen; sie sind versucht, die Armen zum Vagabundieren zu bewegen, um sich der Unterstützungspflicht zu entziehen; als Lösung bietet sich an, die Zuständigkeit für bestimmte Armenkategorien auf größere Verbände (Landarmenverbände) zu übertragen]
- 03.01.1884 Schreiben des Geheimen Regierungsrates Dr. Franz von Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher mit Direktiven des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.134  
 [Die Bemerkungen Bismarcks zu den Grundzügen für den Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes werden v. Boetticher in Form eines Promemorias mitgeteilt]
- 08.01.1884 Sitzungsprotokoll der Esslinger Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.50  
 [Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 08.01.1884 Eingabe des Landwirtschaftlichen Vereins zu Neumarkt in Schlesien an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.7, Nr.51  
 [Die Überbürdung kleiner ländlicher Gemeinden und Gutsbezirke durch die Armenlasten kann dadurch vermieden werden, daß der Staat oder die Provinz den über ein bestimmtes Maximum hinausgehenden Betrag übernimmt; überdies ist die gesetzliche Frist für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes zu verkürzen]
- 10.01.1884 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.135  
 [Die Tageszeitungen – mit Ausnahme der linksliberalen – nehmen die Grundzüge wohlwollend auf, so daß der neue Entwurf Chancen hat, gebilligt zu werden]
- 15.01.1884 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.1, Nr.136  
 [Hoffnung auf ein mögliches Gelingen des Unfallversicherungsgesetzes, Kritik an der Anhörung außerparlamentarischer Gremien]
- 18.01.1884 Runderlaß des badischen Innenministers Dr. Ludwig Turban an die Bezirksämter Abt. II, Bd.5, Nr.48  
 [Allgemeine Arbeitsanweisung für die Bezirksämter bei der Einführung der gesetzlichen Krankenversicherung, detaillierte Vorgaben für die Planung]
- 18.01.1884 Denkschrift des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker mit Berechnungen des Geheimen Sekretärs und Kalkulators Gustav Behm Abt. II, Bd.6, Nr.20  
 [Verschiedene Kostenmodelle für eine gesetzliche Alters- und Invaliditätsversicherung, auch unter Einschluß einer Hinterbliebenenversicherung, werden aufgezeigt, die je nach Umfang und Höhe der Leistungen variieren; Organisation durch Berufsgenossenschaften]
- 23.01.1884 Protokoll der 33. Sitzung der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags Abt. II, Bd.4, Nr.11  
 [Georg von Vollmar begründet für die sozialdemokratische Fraktion den Antrag auf Aufhebung der sächsischen Gesindeordnung von 1835 und stellt zu diesem Zweck deren Bestimmungen den arbeitsrechtlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung gegenüber]
- 25.01.1884 Der Gewerkverein Nr. 4. Die neueste Unfallvorlage und die Arbeiter Abt. II, Bd.2.1, Nr.137  
 [Kritik an dem materiellen Gehalt der „Grundzüge“]
- 26.01.1884 Verordnung des sächsischen Ministers des Innern Abt. II, Bd.3, Nr.33  
 [Fahrstühle zur Warenbeförderung sind anzumelden; Fahrstühle zur Personenbeförderung müssen von den Fabrikinspektoren genehmigt und kontrolliert werden]
- 29.01.1884 Bericht des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Wilhelm Becker an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.5, Nr.49  
 [Darstellung der Verwaltungsmaßnahmen zur Durchführung des Krankenversicherungsgesetzes]

- 00.02.1884 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 3. Die Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter in den Versicherungszwang Abt. II, Bd.5, Nr.50  
[Gründe für die fehlende Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter in das Krankenversicherungsgesetz, zu möglichen Ortsstatuten und möglicher Kassenorganisationen]
- 01.02.1884 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.138  
[Die Abänderungsvorschläge des Volkswirtschaftsrates werden dargestellt und kommentiert, ihnen soll überwiegend bei der dritten Unfallversicherungsvorlage entsprochen werden, nicht jedoch im Hinblick auf Baugewerbe und Arbeiterausschüsse]
- 05.02.1884 Sitzungsprotokoll des Zentralausschusses für die Innere Mission der deutschen evangelischen Kirche Abt. II, Bd.1, Nr.42  
[Eine Stellungnahme wird vorbereitet, in der die christliche Weltanschauung in den Kontext der sozialen Frage so eingebracht werden soll, daß daraus ein fruchtbarer Impuls zur Bekämpfung der Sozialdemokratie entstehen kann]
- 06.02.1884 Urteil des Reichsgerichts Abt. II, Bd.6, Nr.21  
[Der Märkische Knappschaftsverein darf Unterstützungsleistungen nur gleichmäßig für alle Mitglieder kürzen – nicht nur im Einzelfall; die Revisionsklage des Berginvaliden wird deshalb teilweise anerkannt]
- 10.02.1884 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.1, Nr.139  
[Hetzerei bei der Fertigstellung der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 11.02.1884 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für den Deutschen Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.1, Nr.140  
[Die Bundesregierungen und der Volkswirtschaftsrat haben den Grundzügen für den Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes weitgehend zugestimmt, sozialpolitisch nicht vertretbar erscheint, daß der letztere die selbständigen Arbeiterausschüsse abgelehnt hat. Bitte um Ermächtigung zur Vorlage eines aufgrund der Grundzüge auszuarbeitenden Gesetzentwurfs im Bundesrat]
- 11.02.1884 Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Bezirksregierungen Abt. II, Bd.5, Nr.51  
[Eine durch Beschluß der Kassenvertretung intendierte „Umwandlung“ einer älteren Zwangskasse, die nunmehr eine Ortskrankenkasse mit Beitrittspflicht geworden ist, in eine eingeschriebene Hilfskasse ohne Beitrittspflicht ist unzulässig, da Beitrittspflicht nur durch Behörden eingeführt und dementsprechend wieder beseitigt werden kann]
- 16.02.1884 Sitzungsprotokoll einer Konferenz elsäß-lothringischer Industrieller Abt. II, Bd.2.1, Nr.141  
[Kritik an den „Grundzügen“ für den Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes: Das Gesetz ist für elsäß-lothringische Fabrikanten lästig und gefährlich, vor allem Einwände gegen den Geschäftsbetrieb reichsweiter Berufsgenossenschaften und die Arbeiterausschüsse]
- 16.02.1884 Eingabe des Zentralverbandes deutscher Industrieller an den Bundesrat Abt. II, Bd.2.1, Nr.142  
[Kritik an zentralen Punkten der „Grundzüge“ für den Entwurf eines Unfallversicherungsgesetzes: reichsweiten Berufsgenossenschaften, entfallenem Reichszuschuß, fehlendem Arbeiterbeitrag, Arbeiterausschüssen und Abkehr vom Verschuldensprinzip]
- 21.02.1884 Berliner Presse Nr. 44 Abt. II, Bd.5, Nr.52  
Zur Ausführung des Krankenkassengesetzes  
[Das Krankenversicherungsgesetz hat zu einer erneuten politischen Bewegung unter den Arbeitern beigetragen, die die Sozialdemokratie festigt]
- 25.02.1884 Bericht des Direktors des Leipziger Georgenhauses Karl Robert Schiller an das Armenamt Abt. II, Bd.7, Nr.52  
[Frequentierung, Unterbringung, ärztliche Versorgung, Seelsorge, Beköstigung und Bekleidung, Frist zur Wohnungssuche und Ausgang sowie Disziplinarmaßnahmen des Leipziger Obdachlosenhauses]
- 28.02.1884 Erlaß des Regierungspräsidenten der Pfalz Paul Ritter von Braun an den Bezirksamtmann in Frankenthal Theodor Geib Abt. II, Bd.4, Nr.12  
[Verbot des Fachvereins der Schreiner in Frankenthal (Pfalz) aufgrund des Sozialistengesetzes, da der Verein Streiks veranstalte und unterstütze, die Arbeiterschaft von der Beschäftigung in bestreikten Betrieben abzuhalten suche und an der Spitze einen Sozialdemokraten stehen habe]
- 28.02.1884 Der Sozialdemokrat Nr. 9. Der Sturm auf die Hilfskassen Abt. II, Bd.5, Nr.53  
[Die Arbeiter nutzen das Krankenversicherungsgesetz als Waffe, indem sie sich in freien Hilfskassen organisieren, deshalb wollen die Besitzenden die Hilfskassen durch ergänzende Gesetze vernichten]

- 00.02.1884 Bericht des Leiters der Leipziger Ziehkinderanstalt Dr. Max Taube an den Stadtrat Leo Friedrich Ludwig-Wolf Abt. II, Bd.7, Nr.53  
[Das Leipziger Ziehkindersystem ist vergleichsweise erfolgreich, Ziehkinderarzt und besoldete Pflegerin sind aber überlastet, Vorschläge für eine weitere Verbesserung des Ziehkinderwesens]
- 01.03.1884 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.1, Nr.143  
[Die Bildung von Arbeiterausschüssen wird als Organ der Arbeitervertretung und Mitwirkung bei der Unfallversicherungsgesetzgebung begründet und anhand der bisherigen praktischen Erfahrungen befürwortet]
- 00.03.1884 Bericht des Hannoveraner Professors für Gewerbliche Gesundheitslehre Dr. Julius Post an den preußischen Kultusminister Dr. Gustav von Goßler Abt. II, Bd.1, Nr.43  
[Bericht über eine Besichtigungsreise von betrieblichen Wohlfahrtseinrichtungen: Es gibt nur wenig vorbildliche Einrichtungen; Plädoyer für paternalistische Betriebsführung; Wohlfahrtseinrichtungen und insbesondere „Ältestenkollegien“ sind im Interesse der Unternehmer]
- 03.03.1884 Bericht des Geheimen Regierungsrates Tonio Bödiker an den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.1, Nr.144  
[Gesetzlich festgelegte Arbeiterausschüsse bieten den Arbeitern geordnete und sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten und sind damit eine positive Alternative zu dem „gesetzwidrigen Treiben latent organisierter Arbeiterassoziationen“]
- 05.03.1884 Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen vom 7. April 1876 Abt. II, Bd.5, Nr.54  
[Organisatorischer Regelungsrahmen für die eingeschriebenen Hilfskassen, einige materielle Bestimmungen]
- 06.03.1884 Rede des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der IV. Session des 5. Reichstags Abt. II, Bd.1, Nr.44  
[Ausführungen zur Fortführung der sozialpolitischen Gesetzgebung]
- 06.03.1884 Endfassung der dritten Unfallversicherungsvorlage Abt. II, Bd.2.1, Nr.145  
[Zwangsvversicherung mit Haftungsausschluß bis zur Vorsatzgrenze, Berufsgenossenschaften auf Reichsebene, 13wöchige Karenzzeit, Versicherungspflichtgrenze bei 2000 M., Höchstjahresarbeitsverdienst 1200 M., Umlageverfahren mit fakultativem Reservefonds, Reichsgarantie, Arbeiterausschüsse, Reichsversicherungsamt]
- 06.03.1884 Urteil des preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. II, Bd.6, Nr.22  
[Die Klage der Verbandinvalidenkasse wegen der polizeilichen Revision ihrer Unterlagen wird zurückgewiesen, weil der Berliner Polizeipräsident hier als staatliche Aufsichtsbehörde über Versicherungsgesellschaften rechtmäßig handelte]
- 08.03.1884 Entwurf eines Gesetzes betr. die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des sog. Sozialistengesetzes mit Begründung Abt. II, Bd.2.1, Nr.146  
[Das Gesetz soll um zwei Jahre verlängert werden, durch die Sozialgesetze wird es nicht sofort, sondern erst langfristig überflüssig werden]
- 09.03.1884 Ausarbeitung des Geheimen expedierenden Sekretärs und Kalkulators Gustav Behm für den Geheimen Regierungsrat Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.1, Nr.147  
[Innerhalb einer Zeitspanne von 75 Jahren ist die von der Industrie für die Aufbringung der Unfalllast zu bezahlende Summe der Leistungen (Gesamtwert) in der Unfallversicherung ungefähr gleich – unabhängig von Umlageverfahren oder Kapitaldeckungsverfahren; zu Anfang aber ist – je nach der Gestaltung des Reservefonds – das „Opfer, welches die Industrie zu tragen hat, nach dem Umlageverfahren erheblich geringer als nach dem Anlageverfahren“, ersteres erfordert zunächst nur 5-10 v.H. des letzteren, sofern man den Reservefonds nicht berücksichtigt bzw. entsprechend niedrig hält]
- 15.03.1884 Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Deutschen Reichstag Abt. II, Bd.2.1, Nr.148  
[Reflexionen zum sukzessiven Vorgehen, Auseinandersetzung mit dem Substitutivprinzip zugunsten privatwirtschaftlicher bzw. genossenschaftlicher Unfallversicherungen]
- 17.03.1884 Bericht über die erste Lesung der dritten Unfallversicherungsvorlage im Deutschen Reichstag Abt. II, Bd.2.1, Nr.149  
[Darstellung der Grundpositionen der einzelnen Fraktionen]
- 18.03.1884 Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Joseph Herrmann an den bayerischen Minister des Innern Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.2.1, Nr.150  
[Feststellung einer grundsätzlich positiven Haltung von Konservativen, Zentrum und Nationalliberalen zum Regierungsentwurf zur Unfallversicherung, allerdings wird eine Stärkung unitarisch-zentralistischer Tendenzen im Verlauf der Kommissionsberatungen befürchtet]

- 20.03.1884 Protokoll der 1. ordentlichen Generalversammlung des Mönchengladbacher Unfallverhütungsvereins Abt. II, Bd.3, Nr.34  
 [Der nach dem Vorbild der Mülhausener „Association pour prévenir les accidents de machines“ gegründete Unfallverhütungsverein berichtet über seine Tätigkeit; der angestellte Ingenieur berichtet detailliert über die vorgekommenen Unfälle; eine Schutzvorrichtung gegen Arbeitsunfälle an mechanischen Webstühlen wurde neu entwickelt]
- 21.03.1884 Der Gewerkverein Nr. 12. Die Novelle zum Hilfskassengesetz im Reichstage Abt. II, Bd.5, Nr.55  
 [Einige Bestimmungen im Entwurf der Novelle zum Hilfskassengesetz zielen darauf ab, den freien Hilfskassen „den Daumen aufs Auge zu drücken“; dies gilt besonders für die Bestimmung, die den Kassenvorständen eine Geldstrafe von bis zu 300 Mark androht, wenn sie die Erörterung öffentlicher Angelegenheiten in den Kassenversammlungen zulassen (Art. 12 § 34)]
- 23.03.1884 Erklärung süddeutscher Nationalliberaler (sog. Heidelberger Programm) Abt. II, Bd.2.1, Nr.151  
 [Die Politik der Reichsregierung wird gebilligt und unterstützt]
- 28.03.1884 Bericht über die erste Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.152  
 [Generaldiskussion über die dritte Unfallversicherungsvorlage]
- 29.03.1884 Bericht über die zweite Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.153  
 [Beratung über § 1 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 31.03.1884 Eingabe der Handelskammer Bochum an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.154  
 [Kritik an der dritten Unfallversicherungsvorlage, Forderungen nach Reichszuschuß bzw. anderer öffentlicher Subvention sowie Arbeiterbeitrag, Ablehnung der Arbeiterausschüsse und undifferenzierter Entschädigung schuldhaft herbeigeführter Unfälle; es wird empfohlen, Pläne für ein Kapitaldeckungsverfahren durch einen Reservefonds abzuwehren]
- 31.03.1884 Bericht des Straßburger Bergmeisters Ferdinand Berg an das Ministerium für Elsaß-Lothringen Abt. II, Bd.3, Nr.35  
 [Bericht über die Verbreitung der Fabrikarbeit von Kindern und Jugendlichen, über Frauenarbeit und Gefahrenschutz in Elsaß-Lothringen; Forderung nach Einführung des Titel VII der Gewerbeordnung in Elsaß-Lothringen]
- 01.04.1884 Bericht über die dritte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.155  
 [Beratung über die §§ 2-5 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 02.04.1884 Bericht über die vierte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.156  
 [Beratung über die §§ 5-8 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 03.04.1884 Bericht über die fünfte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.157  
 [Beginn der Beratung über § 9 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 03.04.1884 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.36  
 [Die Bundesregierungen werden ersucht, über die Verbreitung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen zu berichten und sich zu einem eventuellen Verbot zu äußern]
- 04.04.1884 Bericht über die sechste Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.158  
 [Fortsetzung der Beratung über § 9 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 04.04.1884 Der Gewerkverein Nr. 14. Die Hilfskassen-Novelle nach den Kommissionsbeschlüssen Abt. II, Bd.5, Nr.56  
 [Bei der zweiten Lesung der Novelle zum Hilfskassengesetz in der Reichstagskommission wurden einige Verbesserungen beschlossen; vor allem ist die drakonische Strafbedrohung gegenüber den Leitern von General- oder Mitgliederversammlungen entfallen, die Erörterungen öffentlicher Angelegenheiten zulassen]
- 09.04.1884 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 169. Die Unfallvorlage in der Reichstagskommission Abt. II, Bd.2.1, Nr.159  
 [Offizielle Stellungnahme zum Ergebnis der Kommissionsberatungen; Kritik an den Abänderungsvorschlägen der Freisinnigen, Anerkennung der Bestrebung der Nationalliberalen und des Zentrums]
- 09.04.1884 Sitzungsprotokoll des Ältestenkollegiums der Marienhütte bei Kotzenau Abt. II, Bd.4, Nr.13  
 [Sitzung des neugewählten Ältestenkollegiums als Vertretung der Arbeiterschaft des Werks; die Freisprechung von Lehrlingen und Sparkassenfragen stehen auf der Tagesordnung]

- 14.04.1884 Denkschrift des Vorsitzenden des Vereins zur Überwachung von Dampfkesseln in Pommern Dr. Hugo Delbrück für den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.37  
[Die Absicht der preußischen Regierung, anstelle der Baubeamten besondere technische Beamte mit der Überwachung der Dampfkessel zu betrauen, wird abgelehnt; stattdessen soll die Überwachung vollständig an die Dampfkesselrevisionsvereine übertragen werden]
- 25.04.1884 Bericht über die siebte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.160  
[Beratung über § 10 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 28.04.1884 Bericht über die achte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.161  
[Fortführung der Beratung über § 10 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 28.04.1884 Protokoll einer Konferenz unter Leitung des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Hans Freiherr von Berlepsch mit Industriellen des Bezirks Abt. II, Bd.3, Nr.38  
[Diskussion über einheitliche Ausnahmeregelungen vom allgemeinen Verbot der Sonntagsarbeit in Fabriken im Regierungsbezirk Düsseldorf; Debatte einer konkreten Auflistung notwendiger Sonntagsarbeiten des Gewerberats Dr. Gustav Wolff; wieviele Stunden hat ein Sonntag?]
- 29.04.1884 Bericht über die neunte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.162  
[Abstimmung über die §§ 9 und 10, Beratung über die §§ 11 und 12 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 30.04.1884 Bericht über die zehnte Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.163  
[Beratung über die §§ 12-19 der dritten Unfallversicherungsvorlage, insbesondere über das Verhältnis der Höhe des Reservefonds zum Deckungskapital]
- 01.05.1884 Bemerkungen des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.5, Nr.57  
[Die Regelungen des Krankenversicherungsgesetzes zur ärztlichen Behandlung (Sachleistungsprinzip) passen nicht für ländliche Verhältnisse]
- 06.05.1884 Bericht über die 13. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.164  
[Ablehnung des § 41 der dritten Unfallversicherungsvorlage (Arbeiterrausschüsse)]
- 07.05.1884 Bericht des Oberbergamts Dortmund an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach Abt. II, Bd.6, Nr.23  
[Der Märkische Knappschaftsverein zahlt Pensionen nach, wo es nach dem Reichsgerichtsurteil vom 6.2.1884 notwendig ist; eine entsprechende Änderung der Knappschaftsstatuten wird anerkannt]
- 09.05.1884 Bericht über die 14. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.165  
[Beratung über den Wahlmodus für die Arbeitervvertreter im Genossenschaftsvorstand nach dem abgeänderten § 42 der dritten Unfallversicherungsvorlage]
- 09.05.1884 Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Deutschen Reichstag Abt. II, Bd.2.1, Nr.166  
[Anmahnung einer zügigen Bearbeitung der Unfallversicherungsvorlage, Verknüpfung von Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung]
- 10.05.1884 „Bismarck und Windthorst“ – Bericht Adolph Wagners über eine parlamentarische Soirée bei dem Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.167  
[Windthorst erklärt, daß er die Ziele der Sozialreform Bismarcks billigt und seinerseits die Verabschiedung des Unfallversicherungsgesetzes „als nächste Aufgabe“ ansieht, d.h. die Zustimmung des Zentrums wird signalisiert]
- 12.05.1884 Bericht des Mainzer Armenpflegers Leonhard Finck an die Bezirksversammlung des 6. Bezirks der städtischen Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.54  
[Ablehnung des Unterstützungsgesuchs einer alleinerziehenden Tagelöhnerin unter Hinweis auf deren Arbeitsfähigkeit]
- 13.05.1884 Gesetz, betreffend die Anfertigung und Verzollung von Zündhölzern Abt. II, Bd.3, Nr.39  
[Die Herstellung von Zündhölzern mit weißem Phosphor darf nur in speziellen Produktionsanlagen erfolgen; Aufenthaltsverbote für Jugendliche und Kinder in den Produktionsräumen]
- 14.05.1884 Denkschrift des Gymnasialprofessors Emil Witte Abt. II, Bd.6, Nr.24  
[Entwurf einer Alters- und Invaliditätsversicherung mit Zwangs- und freiwilligen Mitgliedern: Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen, öffentlichen Zuschüssen und Verheiraturabgaben; abgestufte Alters- und Invalidenrenten nach Höhe der abgeschlossenen Versicherungssumme und Beitragsdauer; Umlageverfahren und Reichszuschüsse ermöglichen sofortige Einbeziehung der aktiven Generation; die Versicherung soll eine Erziehungsanstalt für das Volk sein; in nachträglicher Abänderung wird die Verheiraturabgabe fakultativ]

- 15.05.1884 Bericht über die 18. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.168  
[Beratung über die Aufgaben der Reichspost als „Zahlstelle“ der gesetzlichen Unfallversicherung]
- 15.05.1884 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.1, Nr.169  
[Selbstzweifel trotz positiver Aussichten auf Verabschiedung der Unfallversicherungsvorlage]
- 15.05.1884 Brief des Generaldirektors Johann Friedrich Jencke an den Staatssekretär des Innern Karl Abt. II, Bd.2.1, Nr.170  
Heinrich von Boetticher  
[Bedenken zur Bildung von Berufsgenossenschaften in der Unfallversicherung bestehen, wenn Betriebs-eigentümer ihre Interessen nicht durch Bevollmächtigte ihrer Wahl in der Genossenschaft vertreten können]
- 16.05.1884 Bericht über die 19. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.171  
[Diskussion über Unfallverhütung im Rahmen der Unfallversicherung, Überwachung der Betriebe durch die Genossenschaft und Reichsversicherungsamt]
- 17.05.1884 Bericht über die 20. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.172  
[Beendigung der ersten Lesung, u. a. zur Haftpflichtbefreiung der Unternehmer]
- 17.05.1884 Beschlüsse der VII. Reichstagskommission in erster Lesung der dritten Unfallversicherungs- Abt. II, Bd.2.1, Nr.173  
vorlage  
[Zwangsvversicherung mit Haftungsausschluß bis zur Vorsatzgrenze, Ausdehnung auf das Baugewerbe und Explosivstoffbetriebe, Einbeziehung von Beamten, vierwöchige Karenzzeit (in dieser Entschädi-gungspflicht des Unternehmers bei nicht bestehender Krankenversicherung), Versicherungspflichtgrenze bis 2000 M., Mindestjahres-, aber kein Höchstjahresarbeitsverdienst, Berufsgenossenschaften auf Bezirks-ebene als Versicherungsträger, Umlageverfahren mit obligatorischem Reservefonds in Höhe von 22855 Mio. Mark, fakultative Rückversicherung bei Privatversicherungsgesellschaften, Garantie der Gesamtheit der Genossenschaften, Arbeitervertreter im Genossenschaftsvorstand, Reichsversicherungsamt]
- 18.05.1884 Bericht des bayerischen Gesandten in Berlin Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an Abt. II, Bd.2.1, Nr.174  
den bayerischen Staatsminister des königlichen Hauses und Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim  
[Die parteipolitischen Entwicklungen bei Nationalliberalen und Zentrum sprechen dafür, daß das Unfall-versicherungsgesetz verabschiedet wird]
- 19.05.1884 Bescheid des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck und des Ministers der Abt. II, Bd.3, Nr.40  
öffentlichen Arbeiten Albert Maybach an den Direktor des Magdeburger Vereins für Dampf-kesselbetrieb Rudolf Weinlig  
[Eine Erweiterung der Befugnisse der Dampfkesselrevisionsvereine wird in Aussicht gestellt; dazu ist jedoch die Gründung eines preußischen Zentralvereins notwendig]
- 20.05.1884 Bericht des badischen Gesandten in Berlin Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den Abt. II, Bd.2.1, Nr.175  
badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban  
[Bericht über die vertraulichen Beratungen zwischen Reichsregierung, Zentrum und Konservativen über einen gemeinsamen Abänderungsantrag von Zentrum und Konservativen für die zweite Lesung in der Unfallversicherungskommission]
- 20.05.1884 Gemeinsame Abänderungsanträge der Fraktionsmitglieder von Zentrum, Deutschkonservati- Abt. II, Bd.2.1, Nr.176  
ver Partei und Reichspartei zur zweiten Lesung der dritten Unfallversicherungsvorlage in der VII. Reichstagskommission (sog. klerikal-konservativer Kompromiß)  
[Zwangsvversicherung, Ausdehnung auf enumerativ festgelegte Bau- und Explosivstoffbetriebe, Aus-schluß von Beamten 13wöchige Karenzzeit (in dieser Entschädigungspflicht des Unternehmers bei nicht bestehender Krankenversicherung), Versicherungspflichtgrenze bis 2000 M., Mindestjahresarbeitsver-dienst und unterproportionale – ein Drittel – Steigerungsbeträge der Rente ab 2000 M. Jahresarbeitsver-dienst, Berufsgenossenschaften auf Bezirksebene als Versicherungsträger, Umlageverfahren mit obligato-rischem Reservefonds in Höhe des letzten Jahresbedarfs, Reichsgarantie, enumerativ festgelegte Aufga-ben der Arbeitervertreter, Reichsversicherungsamt und – fakultative – Landesversicherungssämer]
- 21.05.1884 Bericht über die 21. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.177  
[Beratung über §§ 1-5 der Unfallversicherungsvorlage auf der Grundlage des sog. klerikal-konservativen Kompromißantrags]
- 21.05.1884 Entscheidung der Reichskommission Abt. II, Bd.4, Nr.14  
[Das Verbot des Fachvereins der Schreiner in Frankenthal (Pfalz) auf der Grundlage des Sozialistengeset-zes wird aufgehoben; nicht jede Arbeiterkoalition und Arbeitseinstellung sei schlechtweg als ein Anzei-chen unerlaubter sozialdemokratischer Bestrebung zu werten]



- 23.05.1884 Bericht über die 22. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.178  
[Beratung über die §§ 9-67 der Unfallversicherungsvorlage in zweiter Lesung, Eingeständnis der Regierungsmitwirkung beim sog. klerikal-konservativen Kompromiß]
- 24.05.1884 Bericht über die 23. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.1, Nr.179  
[Abschlußberatung der zweiten Lesung der Unfallversicherungsvorlage, insbesondere zu § 18 (Reservefonds durch sinkende Zuschläge zum Jahresbedarf: 26,796 Mio M.), §§ 74 bis 91 unter Einführung der §§ 91 a-d zu fakultativen Landesversicherungsämtern, Protokollerklärung der Deutsch-Freisinnigen gegen den klerikal-konservativen Kompromiß]
- 28.05.1884 Bericht des badischen Gesandten in Berlin Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.1, Nr.180  
[Die Auswirkungen des sog. klerikal-konservativen Kompromisses zur Unfallversicherungsvorlage und Analyse der politischen Rahmenbedingungen seines Zustandekommens]
- 31.05.1884 Eingabe des Direktoriums des Zentralverbandes deutscher Industrieller an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.1, Nr.181  
[Grundsätzliche Zustimmung zur dritten Unfallversicherungsvorlage, aber massive Kritik an der Beitragsfreiheit für Arbeiter, Wegfall des Reichszuschusses sowie an der Bildung von Arbeiterausschüssen und Rechten für Arbeiter im Genossenschaftsvorstand]
- 00.06.1884 Dr. Otto Brähler: Über den Wert von Krankenkassen für Ärzte Abt. II, Bd.5, Nr.60  
[Analyse der Stellung des Arztes im Krankenversicherungsgesetz, die Vorteile für die Ärzte werden betont]
- 00.06.1884 Friedrich Oskar Kunze: Die Organisation der Privatwohlthätigkeit und deren Verbindung mit der amtlichen Armenpflege Abt. II, Bd.7, Nr.55  
[In Dresden haben sich die privaten Wohltätigkeitsorganisationen mit dem Armenamt auf eine bei diesem vorzunehmende Vorprüfung der Unterstützungsgesuche geeinigt; Einrichtung einer entsprechenden Zentralstelle]
- 01.06.1884 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.1, Nr.45  
[Bericht über die Denkschrift der Inneren Mission]
- 06.06.1884 Gewerkverein Nr. 23 (Beilage). Berufsgenossenschaften und Umlageverfahren in der deutschen Unfallversicherung Abt. II, Bd.2.1, Nr.182  
[Die öffentlich-rechtliche Zwangsorganisation der Berufsgenossenschaften und das Umlageverfahren sind sachlich nicht gerechtfertigt, sie dienen nur dazu, im politischen Interesse Bismarcks eine Ständeordnung im Deutschen Reich einzuführen]
- 10.06.1884 Bericht des Stadtrats Dr. Stephan Alexander Matti an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Abt. II, Bd.5, Nr.61  
[Ausführungen zugunsten der Gründung von Orts- und Fabrikkrankenkassen, Abschätzung der Anzahl der versicherungspflichtigen Personen anhand der amtlichen preußischen Gewerbe- und Berufszählungen]
- 12.06.1884 Abänderungsanträge der Reichstagsmitglieder August Bebel und Genossen zur dritten Unfallversicherungsvorlage Abt. II, Bd.2.1, Nr.183  
[Vorschläge zur Verbesserung der materiellrechtlichen Vorschriften der Unfallversicherungsvorlage]
- 20.06.1884 Verfügung der Regierung Wiesbaden an den Vorstand der Krankenunterstützungskasse der Tapezierer und verwandter Berufsgenossen in Frankfurt am Main Abt. II, Bd.5, Nr.59  
[Aufforderung, die Statuten zu ändern, sofern der Ersatzkassenstatus gewünscht wird, genaue Vorgaben dazu]
- 21.06.1884 Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure Nr. 25. Zentralverband preußischer Dampfkesselüberwachungsvereine Abt. II, Bd.3, Nr.41  
[Bericht über die Gründungsversammlung des Zentralvereins der preußischen Dampfkesselrevisionsvereine]
- 24.06.1884 Die Aufgabe der Kirche und ihrer inneren Mission gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kämpfen der Gegenwart Abt. II, Bd.1, Nr.46  
[Der sittliche Wert jedes Menschen und das Sittengesetz müssen in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung zur Geltung kommen, dabei haben die Arbeitgeber eine besondere Aufgabe und Verantwortung, die Innere Mission befürwortet daher Arbeitervereine und Arbeiterschutzgesetze, die allein aber keine „Lösung der sozialen Frage“ bringen können, hierzu bedarf es vielmehr noch der allgemeinen Durchsetzung mit christlicher Weltanschauung]

- 24.06.1884 Anweisung der Regierung Düsseldorf an die Ortspolizeibehörden Abt. II, Bd.3, Nr.42  
[Den Ortspolizeibehörden werden konkrete Anweisungen zur gleichmäßigen Regelung der Sonntagsarbeit in Fabriken und gewerblichen Anlagen gegeben]
- 01.07.1884 Brief des Geheimen Oberregierungsrates Theodor Lohmann an den Schuldirektor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.1, Nr.184  
[Kritik an dem verabschiedeten Unfallversicherungsgesetz, an der Rolle seiner Vorgesetzten und Kollegen dabei sowie der Nationalliberalen: „eine Frucht des meisterhaften Schachspiels des Fürsten“, die den Interessen der Großindustrie dient; das Umlageverfahren verhindert eine Verbesserung des Gesetzes]
- 05.07.1884 Immediatbericht des preußischen Ministerpräsidenten und Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.1, Nr.185  
[Information über die vom Reichstag vorgenommenen Abänderungen der Regierungsvorlage des Unfallversicherungsgesetzes]
- 05.07.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Oswald von Nostitz-Wallwitz an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.2.2, Nr.188  
[Tonio Bödiker wird Präsident des Reichsversicherungsamts; Bestimmung von nichtständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamts durch den Bundesrat]
- 06.07.1884 Unfallversicherungsgesetz Abt. II, Bd.2.1, Nr.186  
[Zwangsversicherung mit Haftungsausschluß der Unternehmer bis zur Vorsatzgrenze, Ausdehnung auf enumerativ festgelegte Bau- und Explosivstoffbetriebe, Versicherungspflichtgrenze 2000 M., Mindestjahresarbeitsverdienst und unterproportionale Rentensteigerungsbeträge ab 1200 M. Jahresarbeitsverdienst, Berufsgenossenschaften auf Bezirksebene als Versicherungsträger, Umlageverfahren mit obligatorischer Reichsgarantie, enumerativ festgelegte Aufgaben der Arbeitervertreter, Reichsversicherungsamt und – fakultative – Landesversicherungsämter]
- 07.07.1884 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Geheimen Regierungsrat im preußischen Staatsministerium Wilhelm Graf von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.189  
[Die Gesetzentwürfe zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf weitere Arbeiterkreise sollen im Reichsversicherungsamt ausgearbeitet werden]
- 07.07.1884 Vermerk des Geheimen Regierungsrats Tonio Bödiker mit Direktiven des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.25  
[Auf Bödikers Vortrag entscheidet v. Boetticher, daß die Hinterbliebenenversicherung ausgeklammert bleibt und eine beitragsgedeckte Zwangsversicherung vorzusehen ist, bei der die Vollrente 120 M. im Jahr betragen soll und Übergangsregelungen für die sofortige Wirksamkeit getroffen werden sollen]
- 10., 20. u. 31.07.1884 Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 19–21. Das Unfallversicherungsgesetz Abt. II, Bd.1, Nr.47  
[Kritik an der Gesetzgebung zur Arbeiterversicherung aus sozialdemokratischer Sicht]
- 11.07.1884 Verordnung des Bundesrats Abt. II, Bd.3, Nr.43  
[Detaillierte Vorschriften für Fabriken, in denen Zündhölzer mit weißem Phosphor hergestellt werden: Bauvorschriften; Schutzkleidung; gesonderte Pausenräume; regelmäßige ärztliche Untersuchungen der Arbeiter; Verbot der Beschäftigung von an Phosphornekrose erkrankten Arbeitern]
- 12.07.1884 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.190  
[Das Reichsversicherungsamt wird angewiesen, Gesetzentwürfe zur Ausdehnung der Unfallversicherung auszuarbeiten]
- 14.07.1884 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.1, Nr.187  
[Freude über Belohnungen für die Mitwirkung Bosses und v. Boettichers am Zustandekommen des Unfallversicherungsgesetzes, Urlaubsreise in den Südharz]
- 14.07.1884 Bekanntmachung des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.191  
[Konstituierung des Reichsversicherungsamts]
- 14.07.1884 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.2.2, Nr.192  
[Die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe erfolgt bei den unteren Verwaltungsbehörden; Anleitung zum Verfahren]
- 15.07.1884 Neues ABC-Buch für freisinnige Wähler. Ein Lexikon parlamentarischer Zeit- und Streitfragen Abt. II, Bd.1, Nr.48  
[Ausführungen zu den Grundthemen Altersversorgung, Arbeiter, Freizügigkeit, Normalarbeitstag, Staatssozialismus]

- 15.07.1884 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 325 Abt. II, Bd.2.2, Nr.193  
[Das Reichsversicherungsamt hat sich konstituiert; durch das Unfallversicherungsgesetz wird sich die Lage der Arbeiter verbessern]
- 26.07.1884 Die Nation Nr. 26. Die Lösung der sozialen Frage Abt. II, Bd.1, Nr.49  
[Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung ist kontraproduktiv; eine Lösung der sozialen Frage kann nur durch die aus dem Freihandel folgende Erhöhung des Lebensstandards der Arbeiter erreicht werden; dies stärkt Selbsthilfkräfte]
- 02.08.1884 Denkschrift des Geheimen Sekretärs und Kalkulators Gustav Behm für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.26  
[Darlegung der versicherungstechnischen und rechnerischen Voraussetzungen für die Beitragserhebung und Rentenleistungen der geplanten Alters- und Invalidenversicherung]
- 17.08.1884 Bericht des Regierungsrats im Reichsversicherungsamt Dr. Paul Kayser an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.194  
[Unter aktiver Teilnahme des Reichsversicherungsamts beraten Bauunternehmer über die Bildung von Berufsgenossenschaften]
- 29.08.1884 Vorlage des Mannheimer Stadtrats für den Bürgerausschuß Abt. II, Bd.5, Nr.62  
[Vorschlag, eine Gemeindekrankenkasse zu gründen, eine Kommission für Krankenversicherung einzurichten und die Versicherungspflicht auszuweiten]
- 29.08.1884 Bericht des geschäftsleitenden Stadtverordnetenvorstands der Stadt Mannheim für den Bürgerausschuß Abt. II, Bd.5, Nr.63  
[Kritik am Vorschlag des Stadtrates, eine Gemeindekrankenkasse zu gründen; Argumentation für Ortskrankenkassengründung]
- 00.09.1884 Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zur Wahl des 6. Reichstags (Erstfassung) Abt. II, Bd.1, Nr.50  
[Wirksame Sozialreform kann nicht durch die Arbeiterversicherungsgesetzgebung erreicht werden, sondern nur durch Einführung der sozialistischen Produktionsweise; Notwendigkeit eines Normalarbeitstags]
- 00.09.1884 Aufruf der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten zur Wahl des 6. Reichstags (Zweitfassung) Abt. II, Bd.1, Nr.51  
[Sozialreform ist nichts als Sozialdemagogie; Kern der sozialen Frage ist die Verteilung des Reichtums; Notwendigkeit eines Normalarbeitstags; die Sozialdemokratie ist die wahre Partei der Sozialreform]
- 05.09.1884 Bericht des Landrats Karl Schreiber über eine Rede des Schuhmachers Friedrich Brühne auf einer Versammlung der Zentralkrankenkasse der Schuhmacher in Marburg/Lahn Abt. II, Bd.1, Nr.52  
[Die Gesetzgebung zur Sozialversicherung wird grundsätzlich begrüßt; Kritik am eingeschränkten persönlichen Geltungsbereich; Notwendigkeit eines Normalarbeitstags; Betonung des Werts von Zentralkrankenkassen]
05. u. 12.09. 1884 Der Gewerkverein Nr. 36 [und Nr. 37]. „Central-Krankenkasse“ und „Gewerkverein“ Abt. II, Bd.5, Nr.64  
[Auseinandersetzung mit der sozialdemokratisch geführten Hamburger Zentralkrankenkasse der Tischler zu Fragen risikoadäquater Beiträge]
- 13., 20. u. 27.09.1884 Die Nation Nr. 50–52. Karl Schrader: Die Stellung der politischen Parteien zur Sozialreform und zu der Arbeiterfrage Abt. II, Bd.1, Nr.53  
[Grundlegende Kritik der sozialpolitischen Vorstellungen des Zentrums, der Sozialdemokraten, der Konservativen, der Nationalliberalen sowie der Reichsregierung aus linksliberaler Sicht; Kritik des entmündigenden „Staatssozialismus“; Plädoyer für liberale Selbsthilfepolitik und Konsumentenbegünstigung durch Freihandel]
- 13.09.1884 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Geheimen Sekretär und Kalkulator Gustav Behm Abt. II, Bd.6, Nr.27  
[Auch Mitglieder, die die Wartezeit der Alters- und Invalidenversicherung noch nicht erfüllt haben, sollen schon Teilrenten erhalten]
- 13.09.1884 Protokoll der Verhandlungen des XII. deutschen Ärztetages in Eisenach Abt. II, Bd.5, Nr.65  
[Referat über die bisherigen Abhandlungen zum Krankenversicherungsgesetz und insbesondere die Stellung der Ärzte zu den gesetzlichen Krankenkassen; Hilfskassenprobleme werden ausgeklammert, drei Thesen des Referenten Dr. Karl Dörfler, die diskutiert werden; Anträge, Diskussion (auch über freie Hilfskassen) und Abstimmung]

- 15.09.1884 Eingabe des Vorstands der Konferenz für innere Mission im altsächsischen Kurkreis an den Reichstag Abt. II, Bd.7, Nr.59  
[Die Bekämpfung des Bettler- und Landstreicherproblems ist bislang wirkungslos; gefordert wird u. a. die Rückkehr zum alten Heimatrecht, die Einführung der Gesellenprüfung und obligatorischer Wanderbücher sowie die Errichtung von staatlichen Zwangsarbeiterkolonien]
- 16.09.1884 Erstfassung des Entwurfs für ein Gesetz, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Abt. II, Bd.2.2, Nr.195  
[Die Unfallversicherung wird auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Einbeziehung der Familienangehörigen; Berechnungsgrundlage ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften]
- 18.09.1884 Erstfassung des Entwurfs für ein Gesetz, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf den Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsbetrieb sowie einige andere Betriebszweige Abt. II, Bd.2.2, Nr.196  
[Die Unfallversicherung wird auf weitere Tätigkeiten ausgedehnt: den Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsbetrieb, den Speditions-, Speicherer- und Kellereibetrieb und verschiedene Tiefbauarbeiten]
- 18.09.1884 Protokoll einer Versammlung von Eisen- und Stahlindustriellen aus Rheinland und Westfalen Abt. II, Bd.2.2, Nr.197  
[Die Nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller betreibt die Antragstellung für eine regional begrenzte Berufsgenossenschaft der Eisen- und Stahlindustrie im Rheinland und in Westfalen; der Verein Deutscher Eisengießereien wünscht eine reichsweite Eisengießerei-Berufsgenossenschaft; Kleineisenindustrielle betreiben die Gründung regional engbegrenzter Berufsgenossenschaften]
- 26.09.1884 Protokoll der 5. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.198  
[Beginn der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf den Eisenbahn- und Binnenschiffahrtsbetrieb; Einbeziehung des Fuhrwerkbetriebs]
- 26.09.1884 Statut der Ortskrankenkasse X für die polygraphischen Gewerbe und die künstlerischen Betriebe zu gewerblichen Zwecken in Frankfurt am Main Abt. II, Bd.5, Nr.66  
[Bestimmungen über den Personenkreis der Mitglieder, Art und Umfang der Kassenleistungen, die Höhe der Beiträge, Bildung und Zusammensetzung der Selbstverwaltungsorgane]
- 27.09.1884 Protokoll der 6. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.199  
[Beginn der ersten Lesung des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; Vorschlag, die Angelegenheit weitgehend der Landesgesetzgebung zu überlassen]
- 27., 28. u. 29.09.1884 Protokoll des zweiten außerordentlichen Verbandstages der deutschen Gewerkevereine Abt. II, Bd.6, Nr.28  
[Als Konsequenz aus dem durch das Preußische Oberverwaltungsgericht bestätigten polizeilichen Vorgehen gegen die Verbandsinvalidenkasse und aufgrund der schlechten Kassenlage werden Satzungsänderungen beschlossen: neben Renten- auch Kapitalversicherung möglich; die Beiträge werden erhöht; das Invalidengeld auf 2,25 M. normiert. Weitergehende Beschlüsse wie die Dezentralisation der Kasse oder die obligatorische Beitrittsverpflichtung für Gewerkevereinsmitglieder werden abgelehnt]
- 28.09.1884 Entwurf für ein Gesetz, betreffend die Ausdehnung der Unfallversicherung auf den Gewerbebetrieb, welcher sich auf die Ausführung von Eisenbahn-, Kanal-, Wege-, Strom-, Deich-, Festungs- und anderen Erd- oder Wasserbauten erstreckt Abt. II, Bd.2.2, Nr.200  
[Die Unfallversicherung wird auf bisher nicht erfaßte Tiefbauarbeiten ausgedehnt]
- 30.09.1884 Statut der Deutschen Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit Abt. II, Bd.6, Anh.B Nr.1  
[Regelungen über Mitgliedschaft, Beiträge, Leistungen und Organisation der Invalidenkasse: Renten- oder Kapitalversicherung kann gewählt werden; die Kasse hat eigene Leitungsorgane; die Beiträge sind abgestuft; die Rente auf 2,25 M. wöchentlich normiert]
- 00.10.1884 [Friedrich Oldenberg:] 26. Bericht des Centralausschusses für die innere Mission der deutschen evangelischen Kirche Abt. II, Bd.1, Nr.54  
[Die Denkschrift zur sozialen Frage wird knapp referiert, sie soll einen Damm gegenüber den Irrtümern der Zeit bilden und möglichst weit verbreitet werden]
- 31.09. u. 10.11.1884 Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 30 [und Nr. 31]. Versammlung der freien Hilfskassen Deutschlands in Berlin Abt. II, Bd.5, Nr.67  
[Die turbulente Versammlung ist geprägt vom Konflikt zwischen zentralen Hilfskassen und Gewerkevereinskassen; es wird eine Kommission gewählt, die die Gründung eines Verbands der deutschen Krankenkassen vorbereiten soll]

- 02.10.1884 Protokoll der 9. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.201  
[Erste Lesung des von Tonio Bödiker umgearbeiteten Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; die vom Bundesrat gewählten Mitglieder sprechen sich – ohne eigene Vorschläge zu machen – gegen den vorgelegten Entwurf aus]
- 02.10.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.202  
[Zusammenfassender Bericht über die bisherige Tätigkeit des Reichsversicherungsamts, insbesondere über die Beratung der Gesetzentwürfe des Reichsversicherungsamts zur Ausdehnung der Unfallversicherung]
- 03.10.1884 Der Gewerkverein Nr. 40. „Das soziale Königthum“ Abt. II, Bd.1, Nr.55  
[Nicht die neue Kranken- und Unfallversicherung, sondern alte gewerberechtliche Regelungen haben die Lage der Arbeiter verbessert; Forderung nach Arbeiterschutzgesetzgebung]
03. u. 10.10. 1884 Der Regulator Nr. 3 – 4. Sozialreform und Arbeiterfrage Abt. II, Bd.1, Nr.56  
[Die Sozialreform hält die Arbeiter auf der untersten Stufe der Gesellschaft; Zwangsversicherung bevorzugen die Arbeiter; der eingeschlagene Weg führt in die Katastrophe]
- 04.10.1884 Rede des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.2.2, Nr.203  
[Hinweise zur Position des Reichsversicherungsamts zur freiwilligen Bildung von Berufsgenossenschaften; regional engbegrenzte bzw. sehr spezialisierte Berufsgenossenschaften werden als nicht leistungsfähig abgelehnt; Erläuterung des Verfahrens zur Gründung von Berufsgenossenschaften]
- 06.10.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.204  
[In den Bundesratsausschüssen wird die Resolution des Reichstags zur Entschädigung von Beschäftigten der privaten Unfallversicherungsgesellschaften zurückgewiesen]
- 08.10.1884 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.205  
[Vorlage der im Reichsversicherungsamt ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zur Ausdehnung der Unfallversicherung; die Vorlage des Gesetzentwurfs „Land- und Forstwirtschaft“ erfolgt entgegen der Mehrheit des Reichsversicherungsamts]
- 10.10.1884 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.206  
[Vorlage des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transport- und Verkehrsgewerbe; Staatseisenbahnbetriebe sollen nicht berufs-genossenschaftlich organisiert werden. Bismarck in den Randbemerkungen: Prinzipielle Zustimmung; die neu erfaßten Arbeiter sollen auch in die Krankenversicherung einbezogen werden]
- 10.10.1884 Bericht des Regierungsassessors Walter von Tzschoppe an den Direktor des preußischen Statistischen Büros Emil Blenck Abt. II, Bd.7, Nr.60  
[Die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit hat sich insbesondere mit den Fragen der Individualarmenstatistik, der Kinderfürsorge und Zwangserziehung, der Arbeitshäuser und der Reform der ländlichen Armenpflege befaßt]
- 11.10.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.207  
[Bericht über die Bearbeitung des Gesetzentwurfs „Unfallversicherung Transport- und Verkehrsgewerbe“ und des Gesetzentwurfs „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“ im Reichsamt des Innern]
- 12.-16.10.1884 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.2, Nr.208  
[Bosse ist mit von Boetticher bei Bismarck auf dessen Landsitz Friedrichsruh, um die beiden Ausdehnungsgesetze zur Unfallversicherung zu beraten]
- 16.10.1884 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.2, Nr.209  
[Der Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transport- und Verkehrsgewerbe soll dem preußischen Staatsrat und dem Bundesrat vorgelegt werden]
- 17.10.1884 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.2, Nr.210  
[Der Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft soll dem preußischen Staatsrat und dem Bundesrat vorgelegt werden]
- 17.10.1884 Der Gewerkverein Nr. 42. Kapital oder Rente? Abt. II, Bd.6, Nr.29  
[Die Möglichkeit der Kapitalversicherung bei der Verbandsinvalidenkasse ist ein Fortschritt]

- 18.10.1884 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.61  
[Die Gewährung von Mitteln, mit deren Hilfe ein Exmittierter seine Mietschuld bezahlen und so wieder in Besitz seiner Wohnung gelangen kann, ist zulässig und angemessen]
- 18.10.1884 Schreiben des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Karl Richter an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.211  
[Der Verein berichtet über seine Beschluslage zur Bildung von regionalen Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie; die konkrete Antragstellung ist bereits im Gang; Sonderbestrebungen der Eisengießereien werden bekämpft]
- 21.10.1884 Präsidialentwurf für ein Gesetz über die Ausdehnung der Kranken- und Unfallversicherung auf Transportgewerbe und andere Betriebszweige Abt. II, Bd.2.2, Nr.212  
[Das im Reichsversicherungsamt ausgearbeitete Gesetz wird in überarbeiteter Form dem Bundesrat vorgelegt: Ausdehnung der Unfallversicherung auf Post- und Telegrafverwaltung, Eisenbahn- und Straßenbahnbetrieb, auf den gewerbsmäßigen Fuhrwerks-, Binnenschiffahrts- und Flößereibetrieb und verschiedene Transportarbeitertätigkeiten; Aufnahme der betroffenen Personen in die gesetzliche Krankenversicherung; keine Berufsgenossenschaften bei Post und Bahn]
- 21.10.1884 Präsidialentwurf für ein Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen mit Begründung Abt. II, Bd.2.2, Nr.213  
[Der vom Reichsversicherungsamt ausgearbeitete Gesetzentwurf wird in überarbeiteter Form dem Bundesrat vorgelegt: Durch ein eigenständiges Gesetz (mit Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers und Einbeziehung der Familienangehörigen per Genossenschaftsstatut möglich; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen in den ersten dreizehn Wochen vorschubweise von den Gemeinden getragen werden (Erstattung durch die Berufsgenossenschaften); Berechnungsgrundlage für die Renten ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften; territoriale Abgrenzung im Anschluß an die Verwaltungsorganisation der Bundesstaaten]
- 24.10.1884 Eingabe von Beschäftigten der Magdeburger Allgemeinen Versicherungsaktiengesellschaft an Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.2, Nr.214  
[Die aufgrund des Unfallversicherungsgesetzes stellunglos werdenden Beschäftigten wünschen Anstellung im Staatsdienst oder eine Entschädigung]
- 27.10.1884 Schreiben Lüdenscheider Arbeitgeber an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.215  
[Lüdenscheider Arbeitgeber beantragen eine auf ihre Stadt begrenzte „Berufsgenossenschaft“ für sämtliche Gewerbe]
- 01.11.1884 Schreiben des Frankfurter Maurermeisters Franz Brofft und des Kasseler Maurermeisters Louis Hochapfel an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.216  
[Antrag auf Einberufung einer Generalversammlung zur Bildung einer Berufsgenossenschaft für das Baugewerbe in der Provinz Hessen-Nassau]
- 06.11.1884 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.2, Nr.217  
[Kritik an der Gesetzgebung zur Unfallversicherung, mit der Lohmann in den Bundesratsausschüssen weiterhin befaßt ist]
- 07.11.1884 Der Gewerkverein Nr. 45. Das Fiasko der modernen Sozialgesetzgebung Abt. II, Bd.1, Nr.57  
[Die Sozialpolitik der Regierung fördert den Aufstieg der Sozialdemokratie]
- 09.11.1884 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.44  
[Nachtarbeit von Arbeiterinnen hat in Preußen nur geringen Umfang; sie ist bisher hauptsächlich in der Rübezuckerindustrie üblich; eine allgemeine Ausbreitung wird jedoch befürchtet; bevor gesundheitliche und sittliche Schäden entstehen, soll Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen gesetzlich verboten werden; Ausnahmeregelungen sollen möglich bleiben]
- 10.11.1884 Revidiertes Statut der Krankenunterstützungskasse der Tapezierer und verwandter Berufsgenossen in Frankfurt am Main Abt. II, Bd.5, Nr.68  
[Revision entsprechend den Vorgaben der Regierung Wiesbaden]

- 14.11.1884 Sitzungprotokoll des preußischen Staatsrats Abt. II, Bd.2.2, Nr.218  
[Abschließende Plenumsberatung über den Gesetzentwurf „Unfallversicherung Transport- und Verkehrsgewerbe“; Ablehnung eines Antrags des preußischen Kriegsministers mit dem Ziel der Absonderung der Betriebe der Heeresverwaltungen]
- 19.11.1884 Erlaß des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an das preußische Staatsministerium mit Gutachten des Staatsrats Abt. II, Bd.2.2, Nr.219  
[Die zuständigen Staatsratsabteilungen haben den Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft in abgeänderter Form angenommen]
- 19.11.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.220  
[Erste Lesung des Gesetzentwurfs „Unfallversicherung Transport- und Verkehrsgewerbe“ im IV. und VI. Ausschuß des Bundesrats]
- 20.11.1884 Antrag der Abgeordneten Dr. Georg Freiherr von Hertling, Dr. Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst und Dr. Ernst Lieber an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.45  
[Der Bundesrat soll aufgefordert werden, einen Gesetzentwurf zum Ausbau des Arbeiterschutzes vorzulegen; erster Antrag der Zentrumsfraktion mit der Forderung nach einem Maximalarbeitstag]
- 21.11.1884 Protokoll der 22. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.221  
[Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 soll innerhalb eines Jahrs in Kraft treten]
- 22.11.1884 Sitzungprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.2.2, Nr.222  
[Das Staatsministerium stimmt den beiden Gesetzentwürfen zur Ausdehnung der Unfallversicherung in den vom preußischen Staatsrat beschlossenen Fassungen zu; beim Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“ sollen Abänderungen über die Bildung eines Reservefonds der Berufsgenossenschaften und zur Berechnungsgrundlage der Renten rückgängig gemacht werden]
- 22.11.1884 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.62  
[Armenverbände sind in geeigneten Fällen, sofern Gelegenheit vorhanden, verpflichtet, Unterstützung mittels Anweisung von Arbeit zu gewähren, andernfalls besteht kein Erstattungsanspruch]
- 22.11.1884 Antrag der Abgeordneten Karl Grillenberger und Max Kayser an den Reichstag Abt. II, Bd.5, Nr.69  
[Termin für das Inkrafttreten des Krankenversicherungsgesetzes soll verschoben werden]
- 23.11.1884 Schreiben des Regierungspräsidenten von Oberbayern Sigmund Heinrich Freiherr von Pfeufer an den Münchner Polizeidirektor Wilhelm Freiherr von Pechmann Abt. II, Bd.4, Nr.15  
[Die sozialdemokratische Agitationstätigkeit in den geschlossenen Versammlungen der Fachvereine wirft die Frage auf, ob Nichtmitgliedern die Teilnahme untersagt werden soll und ob die Fachvereine zu politischen Vereinen im Sinn des bayerischen Vereinsgesetzes erklärt werden sollen]
- 24.11.1884 Erlaß des Kronprinzen Friedrich Wilhelm an das preußische Staatsministerium mit Gutachten des Staatsrats Abt. II, Bd.2.2, Nr.223  
[Der preußische Staatsrat stimmt dem Gesetzentwurf „Unfallversicherung Transport- und Verkehrsgewerbe“ mit einigen Änderungsvorschlägen zu; keine Einbeziehung von Staatsbeamten]
- 26.11.1884 Protokoll der ersten Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.70  
[Anmietung eines Büros, Anstellung eines Kassenführers]
- 29.11.1884 Protokoll der zweiten Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.71  
[Anstellung eines Kassenarztes und eines Kassendieners]
- 29.11.1884 Protokoll der Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse der Handlungsgehilfen in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.72  
[Anmietung eines Büros, Einstellung eines Geschäftsführers und eines Kassendieners; Arzt- und Apothekerfragen]
- 01.12.1884 Vertrag zwischen der medizinischen Poliklinik der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg und den Ortskrankenkassen in Heidelberg Abt. II, Bd.5, Nr.73  
[Die allgemeine Poliklinik übernimmt für einen Pauschalbetrag von 2,50 M. die kassenärztliche Versorgung der Mitglieder der drei Ortskrankenkassen]
- 04.12.1884 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.224  
[Das Reichsversicherungsamt darf direkten Schriftverkehr mit den Bundesregierungen nur hinsichtlich des Vollzugs des Unfallversicherungsgesetzes führen, nicht jedoch hinsichtlich künftiger Gesetzgebung]

- 05.12.1884 Denkschrift des Dülkener Textilindustriellen Dr. Eduard Jansen für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.46  
[Forderung nach Verbot der Kinderarbeit; dagegen sollen die gesetzlichen Bestimmungen für jugendliche Fabrikarbeiter beibehalten werden; ein eventueller Normalarbeitstag für Männer darf 12 Stunden nicht unterschreiten; keine Einwände gegen Beschränkungen der Nacht- und Sonntagsarbeit]
- 07.12.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.225  
[In den Ausschusssitzungen des Bundesrats werden zum Gesetzentwurf „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“ prinzipielle Bedenken geäußert]
- 10.12.1884 Antrag des Abgeordneten Arnold Lohren an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.47  
[Forderung nach Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Fabrikarbeiterinnen]
- 11.12.1884 Runderlaß der Regierung Düsseldorf an die Handelskammern in Barmen, Elberfeld, Lennep, Solingen, Düsseldorf, Krefeld und Mönchengladbach Abt. II, Bd.5, Nr.74  
[Fabrikanten weigern sich, die Krankenversicherungspflicht der Hausweber entsprechend der Statutenänderung zu akzeptieren, Handelskammern sollen auf das richtige Verhalten hinweisen]
- 13.12.1884 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.226  
[Das Reichsversicherungsamt befürwortet eine durch Bundesratsbeschluß mögliche Ausdehnung des Unfallversicherungsgesetzes auf Tüncher, Verputzer, Gipsler etc.; diesbezüglicher Schriftverkehr des Reichsversicherungsamts mit den Bundesregierungen liege innerhalb der Kompetenzen des Reichsversicherungsamts]
- 16.12.1884 Antrag der Abgeordneten Karl Gustav Ackermann, Georg Biehl, Josef Geiger, Hans Hugo von Kleist-Retzow, Dr. Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.48  
[Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung: Verbot der Sonntagsarbeit in Fabriken und auf Bauten; zwölfstündige Sonntagsruhe im Betrieb bei 24stündiger Ruhezeit für jeden Arbeiter am Wochenschluß; Ausnahmeregelungen; Befugnis für Bundesrat und Ortspolizeibehörden zu weiteren Ausnahmeregelungen]
- 17.12.1884 Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung mit Begründung Abt. II, Bd.2.2, Nr.227  
[Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transportgewerbe und das Verkehrswesen, die Post-, Telegraf- und Eisenbahnverwaltungen sowie Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen; keine Berufsgenossenschaften in Staatsbetrieben; Krankenversicherung der neu einbezogenen Arbeiter]
- 19.12.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.228  
[In den Ausschüssen des Bundesrats hat die zweite Lesung des Gesetzentwurfs „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“ stattgefunden; Abstimmungsniederlage Preußens in der Frage der Kostenübernahme der Heilkosten in den ersten dreizehn Wochen durch die Berufsgenossenschaften; diese Kosten sollen endgültig von den Gemeinden getragen werden]
- 20.12.1884 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Oswald von Nostitz-Wallwitz an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.2.2, Nr.229  
[Beschlußfassung des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“: Bestätigung der Ausschlußbeschlüsse; Abstimmungsniederlage Württembergs in der Frage der Einbeziehung der unentgeltlich beschäftigten Familienangehörigen]
- 20.12.1884 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.230  
[Die Anmeldung unfallversicherungspflichtiger Betriebe ist mit Ausnahme des Baugewerbes erfolgreich verlaufen]
- 21.12.1884 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.2, Nr.231  
[Als stellvertretender Bundesratsbevollmächtigter Preußens ist Lohmann in den Bundesratsausschüssen weiterhin mit den Beratungen der Unfallversicherungsgesetzgebung befaßt]
- 22.12.1884 Vorlage des Generalsekretärs Franz Hitze für die 8. Vorstandssitzung des Verbands katholischer Industrieller und Arbeiterfreunde Abt. II, Bd.1, Nr.58  
[In Fabriken sollen Arbeiterausschüsse mit beratender Funktion, Krankenkassen und ergänzende Arbeiterunterstützungskassen eingerichtet werden; die Arbeitgeber bzw. die Arbeiterausschüsse sollen auch in die Privatsphäre der Arbeiter eingreifen, z.B. durch obligatorische Entlassung minderjähriger und unverheirateter weiblicher Arbeiter, die nicht bei ihren Eltern wohnen; Bekämpfung des Alkoholkonsums]



- 30.12.1884 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.232  
[Von Boetticher bekräftigt seine Position, daß das Reichsversicherungsamt direkten Schriftverkehr mit den Bundesregierungen nur hinsichtlich des Vollzugs des Unfallversicherungsgesetzes führen darf]
- 30.12.1884 Schreiben des Münchner Polizeidirektors Wilhelm Freiherr von Pechmann an den Regierungspräsidenten von Oberbayern Sigmund Heinrich Freiherr von Pfeufer Abt. II, Bd.4, Nr.16  
[An sich liegen hinreichend Gründe vor, die Fachvereine den beschränkenden Bestimmungen zu unterwerfen, die das Vereinsrecht für politische Vereine vorsieht; erfolversprechend wäre dies aber nur, wenn zugleich ihre Schließung verfügt werden könnte; es dürfte ratsam sein, hierin eine abwartende Haltung einzunehmen]
- 31.12.1884 Annalen des gesammten Versicherungswesens Nr. 52. Die Controlle in der Arbeiter-Krankenversicherung Abt. II, Bd.5, Nr.75  
[Das Krankenversicherungsgesetz wird den Beruf des Kassenarztes wegen des sicheren und beträchtlichen Einkommen zu einem attraktiven machen; wegen der Notwendigkeit, Simulation und Patientenungehorsam zu bekämpfen, wird das Gesetz für die Versicherten Beschränkungen der persönlichen Freiheit in Form einer wirksamen Krankenkontrolle bringen]
- 1885**
- 03.01.1885 Regierungsentwurf eines Gesetzes betreffend die Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen Abt. II, Bd.2.2, Nr.233  
[Durch ein eigenständiges Gesetz (mit Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers und Einbeziehung der Familienangehörigen per Genossenschaftsstatut möglich; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen in den ersten dreizehn Wochen (endgültig) von den Gemeinden getragen werden; Berechnungsgrundlage für die Renten ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften; territoriale Abgrenzung im Anschluß an die Verwaltungsorganisation der Bundesstaaten; keine Berufsgenossenschaften in Staatsforstbetrieben]
- 06.01.1885 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.49  
[Die Regierung Düsseldorf spricht sich für einen gesetzlichen Normalarbeitstag von zwölf Stunden aus, dabei verweist sie auf entsprechende Bestrebungen innerhalb der Handelskammer Mönchengladbach]
- 12.01.1885 Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Wilhelm Kropatscheck, August Freiherr Göler von Ravensburg und Hans Hugo von Kleist-Retzow an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.50  
[Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung: Verbot der Kinderarbeit in Fabriken bei durch den Bundesrat zu genehmigenden Ausnahmen. Für verheiratete Fabrikarbeiterinnen: Verbot der Nacht- und der Sonntagsarbeit; verlängerte Mittagspausen und verkürzte Samstagsarbeit]
- 15.01.1885 Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.51  
[Rede im Rahmen der ersten Beratung der Arbeiterschutzanträge: Ein Normalarbeitstag ist aufgrund der mit ihm verbundenen Lohnkürzungen nicht möglich; Bismarck fordert die Zentrumsparthei auf, einen Gesetzentwurf zur Abänderung der Gewerbeordnung vorzulegen]
- 15.01.1885 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann Abt. II, Bd.3, Nr.52  
[Nicht gehaltene Rede Lohmanns für die erste Beratung der Arbeiterschutzanträge im Reichstag: Eine positive Stellung des Bundesrats zum Ausbau des Arbeiterschutzes kann nicht in Aussicht gestellt werden; ein Normalarbeitstag wird abgelehnt, ebenso eine gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit; auch zur Einschränkung der Kinderarbeit und der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen ausweichende bzw. ablehnende Stellungnahme]
- 16.01.1885 Bericht des Leiters des Armenamts Frankfurt am Main Dr. Karl Flesch an den Magistrat Abt. II, Bd.7, Nr.63  
[Die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten für Unterstützungsempfänger ermöglicht es, deren Arbeitswilligkeit zu prüfen; durch solche Arbeiten kann bei nur zeitweiligen Notlagen das Eingreifen der Armenpflege häufig ganz vermieden werden; die Steuerungsmöglichkeiten gegenüber dem Armenverein als Träger dieser Arbeitsmaßnahmen sollen verbessert werden; eine Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten wird erwogen]
- 18.01.1885 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 29 Abt. II, Bd.2.2, Nr.234  
[Bericht über die bisher durchgeführten Generalversammlungen zur freiwilligen Bildung von Berufsgenossenschaften]

- 21.01.1885 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Wirklichen Geheimen Legationsrat im Auswärtigen Amt Otto Hellwig Abt. II, Bd.3, Nr.53  
[Ein gesetzlicher Normalarbeitstag kann nur gemeinsam von den Industriestaaten eingeführt werden; Auftrag für ein Schreiben an die Botschafter und Gesandten, die die Stellung fremder Regierungen zu einer Konferenz über den Normalarbeitstag ermitteln sollen]
- 23.01.1885 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Wilhelm I. Abt. II, Bd.5, Nr.76  
[Vorlage der Ausfertigung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter, unter Darlegung des Gesetzeszweckes]
- 23.01.1885 Eingabe Berliner Frauen an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.54  
[Frauen sind mündige Staatsbürger; der Reichstag soll Anträge auf Einschränkung der Frauenarbeit ablehnen; solche Ausnahmegesetze gegen Arbeiterinnen verdammen diese zu „Hunger und Schande“]
- 25.01.1885 Entwurf für einen Runderlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die deutschen Botschafter Abt. II, Bd.3, Nr.55  
[Bei den europäischen Industriestaaten und den Vereinigten Staaten von Amerika soll die Haltung zu einer eventuellen Einführung eines gesetzlichen Normalarbeitstags eruiert werden]
- 25.01.1885 Entschließung des Ausschusses des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.3, Nr.56  
[Änderungen der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung sollen erst nach umfassenden Untersuchungen vorgenommen werden; eine gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit männlicher erwachsener Arbeiter wird abgelehnt]
- 26.01.1885 Antrag der Abgeordneten Dr. Ernst Lieber, Ferdinand Graf von Galen und Genossen in der X. Kommission des Reichstags mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.3, Nr.57  
[Abgeordnete der Zentrumsfraktion legen in der X. Reichstagskommission erstmals einen ausformulierten Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz vor: Verbot der Sonntagsarbeit im gesamten Gewerbe; Normalarbeitstag von 11 Stunden für Fabrikarbeiter; Verbot der Nachtarbeit in Fabriken; Verbot der Kinderarbeit in Fabriken; Verbot der Frauenarbeit in bestimmten Industriezweigen; Sechsstundentag für verheiratete Fabrikarbeiterinnen; achtwöchiger Mutterschutz; weitgehende Kompetenzen für den Bundesrat hinsichtlich weiterer Arbeitsbeschränkungen und der Ausnahmeregelungen]
- 28.01.1885 Gesetz, betreffend die Abänderung des Gesetzes vom 15. Juni 1883 über die Krankenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.5, Nr.77  
[Befristete Gestattung des Austritts aus gesetzlichen Krankenkassen ohne Kündigung zugunsten von eingeschriebenen Hilfskassen]
- 29.01.1885 Antrag der Abgeordneten Karl Grillenberger, August Bebel und Genossen an den Reichstag mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.3, Nr.58  
[Entwurf für eine Arbeiterschutznovelle mit Geltungsbereich für das gesamte Gewerbe: Normalarbeitstag von 10 Stunden für Männer und Frauen; Achtstundentag für Jugendliche, Schichtarbeiter und bei Arbeit unter Tage; Verbot der Sonntagsarbeit; Verbot der Nachtarbeit; Mutterschutz von acht Wochen, weitere Arbeitsbeschränkungen können durch ein paritätisch besetztes Reichsarbeitsamt beschlossen werden; die (gegebenenfalls auch weibliche) Fabrik- und Betriebsinspektion untersteht dem Reichsarbeitsamt]
- 01.02.1885 Entschließung der Mitgliederversammlung der Ortsvereine Berlin und Umgebung der Deutschen Gewerkvereine Abt. II, Bd.3, Nr.59  
[Forderung nach Ausbau des Arbeiterschutzes: Verbot der gewerblichen Kinderarbeit; achtwöchiger Mutterschutz; Einschränkung der Sonntags- und Nachtarbeit; ein Zehnstundentag soll durch tarifliche Vereinbarung erreicht werden; Verbesserung des Gefahrenschutzes; Ausbau der Fabrikinspektion]
- 01.02.1885 Neue Bahnen. Organ des allgemeinen deutschen Frauenvereins Nr. 2. Louise Otto: Frauenarbeit in Fabriken Abt. II, Bd.3, Nr.60  
[Gegen Einschränkungen der Frauenarbeit; Verbot der Kinderarbeit wird begrüßt, jedoch eine Übertragung der für Kinder geltenden Schutzbestimmungen auf Frauen abgelehnt; Forderung nach Fabrikinspektion durch „ehrsame und gebildete Frauen“]
- 04.02.1885 Berliner Volksblatt Nr. 29 Abt. II, Bd.3, Nr.61  
[Eine Arbeiterinnenversammlung in Berlin beschließt – unter Zurückweisung gegenteiliger Positionen der Referentin Gertrud Guillaume-Schack – eine Resolution für eine Begrenzung der Frauenarbeit aus Konkurrenzrücksichten]
- 04.02.1885 Beilage zum Berliner Volksblatt Nr. 29. Die Beschränkung der Frauenarbeit von dem Standpunkte der Frau aus betrachtet. Von G. Guillaume-Schack Abt. II, Bd.3, Nr.62  
[Eine Beschränkung der Frauenarbeit verbessert die ökonomische Lage der Arbeiterfamilien nicht; Arbeitsbeschränkungen treiben Frauen in die Prostitution. Antwort der Redaktion: Frauenarbeit drückt Männerlöhne]

- 06.02.1885 Beschluß der XIII. Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrats Abt. II, Bd.2.2, Nr.235  
[Positive Stellungnahme zum Regierungsentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft]
- 07.02.1885 Sitzungsprotokoll der Generalversammlung zur Bildung einer Hessen-Nassauischen Bau- Abt. II, Bd.2.2, Nr.236  
gewerks-Berufsgenossenschaft  
[Die Versammlung beschließt die Gründung einer Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft]
- 10.02.1885 Sitzungsprotokoll der Generalversammlung zur Bildung einer Stahl- und Eisen-Berufsgenos- Abt. II, Bd.2.2, Nr.237  
senschaft in Rheinland und Westfalen  
[Der Antrag von Mitgliedern der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zur Bildung einer Stahl- und Eisen-Berufsgenossenschaft für das Rheinland und Westfalen scheitert; nach Annahme mehrerer Anträge zur Bildung regional bzw. branchenmäßig engbegrenzter Genossenschaften wird ein (Ersatz-)Antrag zur Bildung einer Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft angenommen]
- 11.02.1885 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann Abt. II, Bd.3, Nr.63  
[Rede Lohmanns in der X. Reichstagskommission: Die Kompetenz des Reichstags zur Sonntagsarbeit beschränkt sich auf eine Abänderung der entsprechenden Bestimmungen der Reichsgewerbeordnung; landesrechtliche Regelungen zum Schutz der religiösen Sonntagsruhe bleiben unberührt]
- 14.02.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregie- Abt. II, Bd.3, Nr.64  
rungen  
[Die Bundesregierungen werden aufgefordert, bestehende gesetzliche Bestimmungen und Polizeiverordnungen zur Sonntagsruhe mitzuteilen]
- 15.02.1885 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.3, Nr.65  
[Die Beratungen der X. Reichstagskommission (Gewerbeordnung) kommen aufgrund mangelnder Kompetenz der Abgeordneten nicht voran]
- 16.02.1885 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 7. Unfallversicherung der Arbeiter im Transport- Abt. II, Bd.2.2, Nr.238  
gewerbe  
[Zusammenfassender Bericht über die erste Lesung des Gesetzentwurfs „Transport- und Verkehrsgewerbe“ in der XIII. Reichstagskommission (Unfallversicherung)]
- 20.02.1885 Protokoll der 7. Sitzung der XIII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.2, Nr.239  
[Kontroverse Generaldebatte über den Regierungsentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft]
- 16.03.1885 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 11. Unfallversicherung der Arbeiter der Land- und Abt. II, Bd.2.2, Nr.240  
Forstwirtschaft  
[Eine Subkommission der XIII. Reichstagskommission beschließt ausführliche Bestimmungen zur Regelung der Krankenversicherung im Gesetzentwurf „Land- und Forstwirtschaft“]
- 19.03.1885 Berliner Volksblatt Nr. 66. Das Armenunterstützungswesen Abt. II, Bd.7, Nr.64  
[Bedingt durch das unkoordinierte Nebeneinander der öffentlichen und privaten Unterstützungstätigkeit tut sich der gewieft Vagabund leichter, Unterstützung zu erlangen, als dies dem stolzen, aber schuldlosen Armen gelingt; zwischen den Gemeinden ist die Armenlast überdies ungerecht verteilt]
- 23.03.1885 Protokoll der fünften Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.78  
[Ein größeres Geschäftslokal wird gemietet]
- 30.03.1885 Eingabe der Stuttgarter Ortsarmenbehörde an den württembergischen Innenminister Julius Abt. II, Bd.7, Nr.65  
von Hölder  
[Den Armenbehörden ist durch Gesetz das Recht einzuräumen, unterhaltssäumige Personen, deren Angehörigen öffentliche Unterstützung gewährt werden muß, auf dem Verwaltungsweg zur Arbeit innerhalb oder außerhalb einer Anstalt zu zwingen; die bestehenden Gesetze reichen nicht aus]
- 04.04.1885 Eingabe des Pastors Friedrich von Bodelschwingh an den Reichskanzler Otto Fürst von Bis- Abt. II, Bd.1, Nr.59  
marck  
[Von Bodelschwingh sieht sich zu Unrecht als Lieferant von Streikbrechern denunziert; er beschuldigt seinerseits streikende Arbeiter als Brandstifter von Gebäuden seiner Anstalt; eine Hebung des sittlichen Niveaus der Arbeiterschaft sei nur durch eigenen Hausbesitz zu erreichen; Gründung eines Vereins hierzu; Bitte um Geldunterstützung]

- 10.04.1885 Erlaß des Münchner Polizeidirektors Wilhelm Freiherr von Pechmann Abt. II, Bd.4, Nr.17  
[Der Fachverein der Schreiner Münchens wird zum politischen Verein erklärt und muß deshalb seine Verbindung zum Zentralverband der Tischler lösen, andernfalls droht ihm die Schließung]
- 12.04.1885 Protokoll der sechsten Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.79  
[Revision der Kasse]
- 13.04.1885 Schreiben des Frankfurter Polizeipräsidenten August von Hergenhausen an den Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai Abt. II, Bd.4, Nr.18  
[Von Fachvereinen erörterte Themen wie Normalarbeitstag, Normallohn, Frauen- und Kinderarbeit sind eminent politische Fragen und rechtfertigen die Unterwerfung der Fachvereine unter die für politische Vereine geltenden Bestimmungen des preußischen Vereinsgesetzes]
- 13.04.1885 Grundzüge des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Erich von Woedtke für einen Gesetzentwurf betreffend die Alters- und Invalidenversorgung der Arbeiter Abt. II, Bd.6, Nr.30  
[Zwangsversicherung für die Arbeitnehmer von unfallversicherten Betrieben; freiwillige Versicherung für Beamte und höher verdienende Angestellte; abgestufte Invalidenrenten ohne Wartezeiten bis zu einem Höchstsatz von 120 M. im Jahr; Altersrenten in gleicher Höhe ab dem 70. Lebensjahr bei Invalidität oder mindestens fünfjähriger Beitragszeit; Organisation durch selbstverwaltete Versicherungsanstalten mit paritätischer Arbeitnehmervertretung in den berufsgenossenschaftlichen Bezirken; Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge (zusammen 2 Pf. pro Arbeitstag) decken im Umlageverfahren 2/3 der Kosten, das Reich 1/3; zusätzliche Beiträge zur Kostendeckung möglich; Quittungsbücher; Versicherungsanstalten können Gesundheitsprävention in den Betrieben veranlassen]
- 20.04.1885 Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 11. Der polizeiliche Feldzug gegen die Fachvereine Abt. II, Bd.4, Nr.19  
[Die Polizei unterbindet vielerorts einen Anschluß der Fachvereine an die Zentralverbände; die Fachvereine und -verbände gefährden indes nicht den sozialen Frieden, sie begünstigen ihn; der Staat sollte sie fördern, statt sie zu behindern, und ihnen die Rechte einer juristischen Person zuerkennen]
- 21.04.1885 Thesen der Thüringer Kirchlichen Konferenz Abt. II, Bd.1, Nr.60  
[Die Thesen Friedrich Salomo Oldenbergs zur Denkschrift der Inneren Mission werden beraten und einstimmig angenommen]
- 24.04.1885 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.6, Nr.31  
[Die Organisationsfragen für die geplante Alters- und Invaliditätsversicherung bereiten Schwierigkeiten; die Vorschläge v. Woedtkes erscheinen unannehmbar]
- 27.04.1885 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 16. Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Abt. II, Bd.2.2, Nr.241  
[Zusammenfassender Bericht über die bisherigen Beschlüsse der XIII. Reichstagskommission bei der Beratung des Gesetzentwurfs „Land- und Forstwirtschaft“]
- 27.04.1885 Schreiben des Varziner Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.66  
[Der Pächter der Bismarckschen „Hammermühle“ befürchtet Verluste bei Verbot der Sonntagsarbeit]
- 29.04.1885 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher mit Denkschrift Abt. II, Bd.2.2, Nr.242  
[Die Generalversammlungen zur Bildung von Berufsgenossenschaften haben stattgefunden; nun kann der Bundesrat über die einzurichtenden Berufsgenossenschaften beschließen]
- 00.05.1885 Strikes-Reglement des Verbandes deutscher Zimmerleute Abt. II, Bd.4, Nr.22  
[Grundsätze, nach denen zwischen dem lokalem Fachverein und der Verbandszentrale Streiks beschlossen, die materielle Unterstützung der Streikenden organisiert und die Streiks durchgeführt werden sollen]
- 01.05.1885 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.1, Nr.61  
[Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung hat hinsichtlich der Sozialdemokratie nichts Positives bewirkt, eher das Gegenteil]
- 05.05.1885 Runderlaß der Regierung Düsseldorf an die Oberbürgermeister und Landräte Abt. II, Bd.5, Nr.80  
[Ärzte und Apotheker sollen erhöhte Forderungen stellen, Berichte werden eingefordert]
- 06.05.1885 Bericht der X. Kommission an den Reichstag mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.3, Nr.67  
[Die X. Reichstagskommission legt einen Gesetzentwurf zum Verbot der Sonntagsarbeit in Fabriken, Werkstätten und auf Bauten vor; Gehilfen und Lehrlinge von Verkaufsstellen dürfen sonntags nur fünf Stunden beschäftigt werden; Ausnahmeregelungen durch den Bundesrat und Ortspolizeibehörden]

- 11.05.1885 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.3, Nr.68  
[Fehlendes Engagement und Uneinigkeit der Reichstagsparteien verhindert Fortschritt beim Arbeiterschutz]
- 12.05.1885 Tagebucheintragung des Kronprinzen Friedrich Wilhelm Abt. II, Bd.3, Nr.69  
[Vor einem Ausbau des Arbeiterschutzes müssen die sozialen Zustände untersucht werden]
- 12.05.1885 Erlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer an den Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai Abt. II, Bd.4, Nr.20  
[Es bestehen keine Bedenken dagegen, Fachvereine, welche die Erörterung politischer Gegenstände bezwecken, aufgrund des vereinsgesetzlichen Verbindungsverbotes für „politische“ Vereine zu schließen]
- 12.05.1885 Schreiben des Vorsitzenden der Elberfelder Armenverwaltung Franz Ernst an den Vorsitzenden der Krefelder Armendeputation Ludwig Friedrich Seyffardt Abt. II, Bd.7, Nr.66  
[In Zeiten erhöhter Arbeitslosigkeit sind von der Armenpflege besondere Arbeitsgelegenheiten zu schaffen]
- 13.05.1885 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Pastor Friedrich von Bodelschwingh Abt. II, Bd.1, Nr.62  
[Ablehnung des Gesuchs von Bodelschwinghs um Geldunterstützung für den Verein „Arbeiterheim“; Arbeiter mit Hausbesitz könnten zum Nachteil der Arbeitgeber den Arbeitsmarkt beherrschen]
- 17.05.1885 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.3, Nr.70  
[Bismarck wünscht eine Enquete zur Feststellung der Verbreitung der Sonntagsarbeit; die Kosten sollen aus dem Dispositionsfonds des Reichskanzlers bestritten werden]
- 18.05.1885 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 19. Unfall-Versicherung der landwirtschaftlichen Arbeiter Abt. II, Bd.2.2, Nr.243  
[Durch Sessionsschluß des Reichstags scheidet der Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft noch vor Abschluß der Kommissionsberatungen]
18. u. 19.05.1885 Aufzeichnungen des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker über Sitzungen der vereinigten Ausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen des Bundesrats Abt. II, Bd.2.2, Nr.244  
[Die Ausschüsse des Bundesrats billigen die Vorschläge des Reichsversicherungsamts zur Bildung von Berufsgenossenschaften mit geringen Modifikationen]
- 19.05.1885 Bericht des Geheimen Regierungsrats Erich von Woedtke an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.245  
[Bericht von den Beratungen der Bundesratsausschüsse über die Bildung von Berufsgenossenschaften]
- 19.05.1885 Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den Frankfurter Polizeipräsidenten August von Hergenhausen Abt. II, Bd.4, Nr.21  
[Der preußische Innenminister hält es für unbedenklich, Fachvereine, welche die Erörterung politischer Gegenstände bezwecken und mit anderen solchen Vereinen in Verbindung treten, gegebenenfalls aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes zu schließen]
- 21.05.1885 Aufzeichnungen des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker über eine Sitzung des Bundesrats Abt. II, Bd.2.2, Nr.246  
[Die Vorschläge des Reichsversicherungsamts zur Bildung von Berufsgenossenschaften werden mit geringen Abänderungen genehmigt]
- 28.05.1885 Gesetz über die Ausdehnung der Unfall- und Krankenversicherung Abt. II, Bd.2.2, Nr.247  
[Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Transportgewerbe und das Verkehrswesen, die Post-, Telegraf- und Eisenbahnverwaltungen sowie Betriebe der Marine- und Heeresverwaltungen; keine Berufsgenossenschaften in Staatsbetrieben; Krankenversicherung der neu einbezogenen Arbeiter]
- 01.06.1885 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 20. Deutsche Unfall-Versicherungs-Genossenschaft in Leipzig Abt. II, Bd.2.2, Nr.248  
[Die private Unfallversicherungsgesellschaft hat ihre Liquidation beschlossen]
- 07.06.1885 Schreiben des Vorsitzenden der Hamburger Behörde für Krankenversicherung Dr. Johann Heinrich Burchard an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.5, Nr.81  
[Arbeitgeber verpflichten ihre Arbeiter, einer freien Hilfskasse beizutreten, um ihren Beitragsanteil zu sparen]
- 09.06.1885 Sitzungsprotokoll des Camberger Gemeinderats Abt. II, Bd.7, Nr.67  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]

- 10.06.1885 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 23. Georg Hiller: Das Unfallversicherungsgesetz Abt. II, Bd.2.2, Nr.249  
[Das Reichsversicherungsamt hat bei der Bildung der Berufsgenossenschaften gute Arbeit geleistet]
- 12.06.1885 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Adjutanten des Kronprinzen Oberst Gustav von Sommerfeld Abt. II, Bd.1, Nr.63  
[Die Bestrebungen des Bielefelder Vereins „Arbeiterheim“ sollen nicht unterstützt werden; nicht Privatinitiative, sondern nur der Staat kann die soziale Frage lösen]
- 11.06.1885 Bericht des Düsseldorfer Oberbürgermeisters Wilhelm Becker an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.5, Nr.82  
[Das Sachleistungsprinzip der Krankenversicherung führt zu überhöhten Forderungen der Ärzte und Apotheker]
- 12.06.1885 Protokoll der konstituierenden Sitzung der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.250  
[Wahl eines provisorischen Genossenschaftsvorstands; Verabschiedung des Statuts]
- 12.06.1885 Kölnische Zeitung Nr. 161 Abt. II, Bd.2.2, Nr.251  
[Kritik am Vorgehen des Reichsversicherungsamts bei der Bildung der Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie in Rheinland und Westfalen]
- 13.06.1885 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.68  
[Wer 14 Jahre alt ist, kann seinen Lebensunterhalt selbständig verdienen; der Erhalt von freiem Unterricht auf einer höheren Schule kann armenrechtlich als Hinderungsgrund nicht berücksichtigt werden]
- 16.06.1885 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Bochumer Bergmann Wilhelm Meinke Abt. II, Bd.3, Nr.71  
[Zur Ermittlung der Ansichten der Arbeiter zur Sonntagsarbeit wird eine Enquete durchgeführt]
- 16.06.1885 Schreiben der Regierung Düsseldorf an die Hamburger Behörde für Krankenversicherung Abt. II, Bd.5, Nr.83  
[Maßnahmen der Regierung gegen fehlende Bereitschaft der Arbeitgeber, die Versicherungspflicht von Weibern bei den Ortskrankenkassen durchzuführen bzw. gesetzlich Versicherte zu beschäftigen]
- 16.06.1885 Protokoll der konstituierenden Sitzung der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.252  
[Beschluß über das Statut; Wahl eines provisorischen Genossenschaftsvorstands]
- 16.06.1885 Sitzungsprotokoll des Camberger Gemeinderats Abt. II, Bd.7, Nr.69  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 20.06.1885 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.253  
[In einer Stellungnahme zu dem Artikel der „Kölnischen Zeitung“ vom 12.6.1885 schildert Bödiker die konfliktreiche Bildung der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft und der Rheinisch-Westfälischen Maschinenbau- und Kleineisenindustrie-Berufsgenossenschaft]
- 26.06.1885 Protokollnotiz des Hamburger Senators Dr. Johann Heinrich Burchard Abt. II, Bd.5, Nr.84  
[Der Senat lehnt es ab, das Fehlverhalten von Arbeitgebern in Sachen Krankenversicherung öffentlich anzuprangern]
- 30.06.1885 Schreiben des Hamburger Senators Dr. Johann Heinrich Burchard an den Senator Johannes Georg Andreas Versmann Abt. II, Bd.5, Nr.85  
[„Geeignetenorts“ in Berlin soll darauf hingewiesen werden, daß Arbeitgeber versuchen, sich ihrer Beitrags- und Meldepflicht in der Krankenversicherung zu entziehen]
- 30.06.1885 Augsburger Postzeitung Nr. 145. Fürst Bismarck und die Socialreform Abt. II, Bd.1, Nr.64  
[Die Bismarcksche Sozialgesetzgebung dient der Eindämmung des „Judenliberalismus“; Angriffe auf Bismarck wegen dessen Haltung zum Verbot der Sonntagsarbeit]
- 04.07.1885 Schreiben des Hamburger Senators Johannes Georg Andreas Versmann an den Senator Dr. Johann Heinrich Burchard Abt. II, Bd.5, Nr.86  
[Resultat einer Unterredung mit Theodor Lohmann: Die gesetzlichen Bestimmungen gegenüber den freien Kassen sollen schärfer als bisher angewendet werden, um Mißstände abzustellen]
- 05.07.1885 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.72  
[Die Enquete zur Ermittlung der Verbreitung der Sonntagsarbeit wird eingeleitet]

- 05.07.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.73  
[Die Jahresberichte der Fabrikinspektoren sollen erheblich knapper und systematischer abgefaßt werden; ein Berichtsschwerpunkt wird alljährlich vom Reichsamt des Innern vorgegeben werden]
- 07.07.1885 Entwurf für einen Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.74  
[Regelmäßige Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen ist bisher nur wenig verbreitet; sie kommt als Saisonarbeit hauptsächlich in der Zuckerindustrie vor; durch Überstunden verursachte unregelmäßige Nachtarbeit ist in erster Linie in der Textilindustrie festzustellen, eine Zunahme der Nachtarbeit ist zu befürchten, ein gesetzliches Verbot soll dies verhindern; die Bundesregierungen nehmen zu einem eventuellen Verbot der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen unterschiedliche Positionen ein]
- 08.07.1885 Schreiben der Handels- und Gewerbekammer Dresden an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.3, Nr.75  
[Stellungnahme zu den im Reichstag eingebrachten Arbeiterschutzanträgen: Ein Normalarbeitstag von unter zwölf Stunden wird abgelehnt; eine weitere Einschränkung der Fabrikarbeit von Kindern und Jugendlichen wird abgelehnt; einer Einschränkung der Frauennachtarbeit und der Sonntagsarbeit kann dagegen zugestimmt werden]
- 08.07.1885 Bericht des Gewerberats Karl Ecker an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover Adolf Hilmar von Leipziger Abt. II, Bd.3, Nr.76  
[Stellungnahme zu einer Eingabe von Tabakarbeitern über gesundheitsgefährdende Zigarrenfabriken; Schilderung von Schwierigkeiten bei Absprachen mit Fabrikinspektoren angrenzender Gebiete]
- 09.07.1885 Germania Nr. 152. Versammlung katholischer Sozialpolitiker Abt. II, Bd.1, Nr.65  
[Die Sonntagsruhe soll auf gesetzlichem Weg durchgesetzt werden; der Staat hat das Recht, Zwangsversicherungen einzuführen, die jedoch der Selbstverwaltung unterstehen sollen; Arbeiterschutzbestimmungen sollen durch internationale Verträge gesichert werden]
- 12.07.1885 Protokoll der 1. Versammlung der III. Sektion der Hessen-Naussauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.254  
[Konstituierende Versammlung der Sektion: Vorstandswahl, Delegiertenwahl, Wahl der Beisitzer zum Schiedsgericht]
- 13.07.1885 Bericht des Mainzer Armenpflegers Richard Piez an die Bezirksversammlung des 5. Bezirks der städtischen Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.70  
[Bericht über die Verhältnisse eines Hilfesuchenden, der Familienvater zeigt wenig Lust zur Arbeit]
- 23.07.1885 Gemeinsamer Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck und des Innenministers Robert von Puttkamer an die Bezirksregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.77  
[Anweisung zur Durchführung der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit; die Ermittlungen sollen das gesamte Gewerbe umfassen; Arbeiter und Arbeitgeber sollen gleichermaßen befragt werden; die Bezirksregierungen sollen die Ergebnisse bis zum 1.10.1885 vorlegen]
- 26.07.1885 Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.78  
[Eine gesetzliche Regelung der Sonntagsarbeit ist notwendig. Hierfür wird die Anwendbarkeit von Bestimmungen der 2. österreichischen Gewerbeordnungsnovelle geprüft: Ein völliges Verbot der Sonntagsarbeit empfehle sich nicht, stattdessen sollen die Arbeiter abwechselnd jeden zweiten Sonntag nicht beschäftigt werden dürfen; die Einführung von Arbeitsbüchern ist nicht sinnvoll; Fabrikordnungen sollen obligatorisch werden; ein gesetzlicher Normalarbeitstag wird abgelehnt; Arbeitszeitregelungen sollen den Berufsgenossenschaften überlassen bleiben]
- 30.07.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei Landrat Paul von Rheinbaben Abt. II, Bd.3, Nr.79  
[Vor Einflußnahme des Zentrums auf die Aussagen katholischer Arbeiter bei der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit wird gewarnt]
- 31.07.1885 Bericht des Reutlinger Regierungsdirektors Karl von Luz an den württembergischen Innenminister Julius von Hölder Abt. II, Bd.7, Nr.71  
[In der Frage eines armenrechtlichen Arbeitszwangs für Personen, die ihre Angehörigen der Versorgung durch die öffentliche Armenpflege überlassen, haben die Oberämter auf die fehlenden Einrichtungen und Beschäftigungsmöglichkeiten vor Ort hingewiesen; zunächst wäre einmal dafür zu sorgen, daß die schon bestehenden strafrechtlichen Sanktionsmöglichkeiten tatsächlich auch genutzt werden, eventuell auch auf deren Erweiterung hinzuwirken]

- 02.08.1885 Protokoll der 1. Vorstandssitzung der III. Sektion der Hessen-Naussauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.255  
[Konstituierende Sitzung des Vorstands der Sektion; Bestimmung der Vertrauensmänner]
- 04.08.1885 Allgemeine Zeitung Nr. 214. Einigungsämter und Arbeiterkammern Abt. II, Bd.4, Nr.23  
[Der große Berliner Maurerstreik zeigt, daß es, um derartigen Arbeitseinstellungen vorzubeugen und gleichwohl einer stetigen, maßvollen Steigerung der Kaufkraft den Weg zu bahnen, ähnlicher Einrichtung wie der englischen Einigungsämter bedarf]
- 05.08.1885 Kaiserliche Verordnung Abt. II, Bd.2.2, Nr.256  
[Das Reichsversicherungsamt ist eine kollegiale Behörde; Regelung des Rekursverfahrens: öffentliche Verhandlung, Kostenfreiheit, Vertretung durch Rechtsbeistände möglich]
- 07.08.1885 Bericht des bayerischen Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an das badische Staatsministerium Abt. II, Bd.3, Nr.80  
[Bismarck läßt die Staatsregierungen von Baden, Bayern und Württemberg vor Einflußnahme von katholischer Seite auf die Enquete über die Verbreitung von Sonntagsarbeit warnen]
- 07.08.1885 Protokoll einer gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Armendeputation und der Bezirksvorsteher von Krefeld Abt. II, Bd.7, Nr.72  
[Die Ausgaben der offenen Armenpflege sind weit überproportional zur Zunahme der Bevölkerung gestiegen; ungeachtet der wirtschaftlichen Krise, die das städtische Wirtschaftsleben erfaßt hat, ist, um einer weiteren Erhöhung des Armenbudgets entgegenzuwirken, auf die Einhaltung der 14tägigen Armenbesuche zu achten; angesichts der trüben Aussichten auf dem Arbeitsmarkt wird gegebenenfalls die Durchführung von öffentlichen Arbeiten zu erwägen sein]
- 11.08.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an das preußische Staatsministerium Abt. II, Bd.3, Nr.81  
[Bestrebungen von katholischer Seite, die Ergebnisse der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit zu beeinflussen, soll entgegengetreten werden]
- 15.08.1885 Neue Preußische Zeitung Nr. 189. Der Maurer-Strike Abt. II, Bd.4, Nr.24  
[Für die meisten Betroffenen und Beteiligten hat der große Berliner Maurerstreik nur Elend und Bedrängnis gebracht, die Gesetzgebung muß gegen die Auswüchse des Streikwesens wie gegen die Anmaßungen der Gesellen einschreiten, die Autorität des Staates muß, ausgleichend wie einschreitend, gestärkt werden]
- 19.08.1885 Erlaß des badischen Landeskommissärs Heinrich Albert Frech für die Kreise Mannheim, Heidelberg und Mosbach Abt. II, Bd.4, Nr.25  
[Verbot der Vereinigung der Metallarbeiter Deutschlands aufgrund des Sozialistengesetzes; die Bestrebungen der Vereinigung zielen auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung]
- 21.08.1885 Magdeburgische Zeitung Nr. 387. Die Streiks Abt. II, Bd.4, Nr.26  
[Die einzige Möglichkeit, die schädlichen Folgen von Arbeitseinstellungen, wie sie der große Berliner Maurerstreik erneut gezeigt hat, zu verhüten, ist die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte]
- 22.08.1885 Berliner Volksblatt Nr. 195. Das Koalitionsrecht Abt. II, Bd.4, Nr.27  
[Reaktion auf Forderungen in der „Kreuzzeitung“, gesetzgeberisch gegen die Auswüchse des Streikwesens vorzugehen; das Koalitionsrecht sei eingeschränkt genug, man könne den Arbeitern nicht auch noch die verbliebenen Reste nehmen, Vereinigungen und öffentliche Versammlungen seien notwendig]
23. u. 24.08.1885 Protokoll der Verhandlungen einer Ortskrankenkassenkonferenz in Dresden Abt. II, Bd.5, Nr.87  
[Grundsatzreferat des Meldestellenleiters Dr. Paul Klien über die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Krankenversicherung: Sofern die eingeschriebenen Hilfskassen ungenügende Leistungen haben, müssen die Mitglieder zur Pflichtversicherung bei den Ortskrankenkassen herangezogen werden; Thesen des Bürovorstehers A. Hartmann zur Krankenbehandlung, zu Pflichten und Honorierung der Ärzte sowie zur Rabattpflicht der Apotheken]
- 26.08.1885 Schreiben des Varziner Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.82  
[Bericht über Sonntagsarbeit in den Bismarckschen Papierfabriken „Hammermühle“ und „Kampmühle“]
- 27.08.1885 Eingabe der Konferenz der Lutheraner innerhalb der Landeskirche an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.83  
[Einschränkung der Sonntagsarbeit ist aus religiös-sittlichen Erwägungen notwendig]



- 28.08.1885 Rundsreiben des Vorstands des Verbandes der Dresdener Ortskrankenkassen Robert Putscher an Fabrikanten und größere Arbeitgeber Abt. II, Bd.5, Nr.88  
[Die Statuten einiger zentralisierter Hilfskassen sind gesetzeswidrig; Ersuchen, die Mitglieder bei den Ortskrankenkassen anzumelden]
- 29.08.1885 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Kösliner Regierungspräsidenten Maximilian Graf Clairon d’Haussonville Abt. II, Bd.3, Nr.84  
[Bismarck wünscht Auskunft über die seines Erachtens zu kurzen Fristen bei der Durchführung der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]
- 29.08.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.85  
[Bismarck wünscht eine Verlängerung der Fristen bei der Durchführung der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]
- 29.08.1885 Protokoll einer Anhörung im Kreisamt Einbeck Abt. II, Bd.3, Nr.86  
[Im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit werden Arbeitgeber und Arbeiter angehört]
- 31.08.1885 Rede des Reichstagsabgeordneten Dr. Burghard Freiherr von Schorlemer-Alst auf der 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Abt. II, Bd.1, Nr.66  
[Die soziale Frage ist auch eine Seelenfrage; Defizite bestehen in der Arbeiterschutzgesetzgebung und dort insbesondere in der Frage des Verbots der Sonntagsarbeit]
- 31.08.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.87  
[Zur gründlichen Durchführung der Enquete über die Verbreitung von Sonntagsarbeit können die Bundesregierungen die festgelegten Fristen überschreiten]
- 01.09.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.88  
[Den Bundesregierungen soll der 15.1.1886 als Frist zum Abschluß der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit genannt werden]
- 01.09.1885 Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Ernst von Möller an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.89  
[Eine von Lokalbehörden verfügte Teilbetriebsstillegung der Pulverfabrik Düneberg aufgrund ungenehmigter Neubauten wird auf Anweisung Bismarcks aufgehoben]
- 02.09.1885 Entschließung der 32. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Abt. II, Bd.3, Nr.90  
[Arbeiterschutzforderungen des Katholikentags: Gesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit; gesetzlicher Normalarbeitstag; Einschränkung bzw. Verbot der Frauen- und Kinderarbeit]
- 02.09.1885 Hausordnung für die städtische Arbeitsanstalt in Dresden Abt. II, Bd.7, Nr.73  
[Einteilung der Insassen in drei Disziplinarklassen, Pflichten und Verhaltensregeln der Insassen, Ausschluß des Ausgangs, Besuchsbestimmungen, Tagesablauf, Arbeitsregelungen, Strafen]
- 03.09.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Hilfsarbeiter in der Reichskanzlei Landrat Paul von Rheinbaben Abt. II, Bd.3, Nr.91  
[Instruktionen Bismarcks zur Vernehmung von Arbeitern im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]
- 04.09.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.92  
[Die Bundesregierungen sollen die Ergebnisse der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit erst zum 15.1.1886 einreichen]
- 05.09.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg Abt. II, Bd.3, Nr.93  
[Bismarck wünscht, im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit die Zahl der sonntags nicht beschäftigten Arbeiter feststellen zu lassen]
- 09.09.1885 Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Bezirksregierungen und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. II, Bd.3, Nr.94  
[Über jede Untersagung des Betriebs einer konzessionspflichtigen gewerblichen Anlage muß dem Handelsminister unverzüglich berichtet werden]

- 09.09.1885 Satzung für die öffentliche Armenpflege in München Abt. II, Bd.7, Nr.74  
 [Aufgabe der öffentlichen Armenpflege, Grundsätze für die Unterstützung (dauernde Unterstützung, einmalige Unterstützung, Ersatzansprüche, armenpolizeiliche Bestimmungen), Einnahmequellen der Armenpflege, Organe der Armenpflege, Armenanstalten]
- 11.09.1885 Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten Guido von Madai an den Kasseler Regierungspräsidenten Botho Graf zu Eulenburg Abt. II, Bd.4, Nr.28  
 [Das Vorgehen gegen die Fachvereine auf der Grundlage des Sozialistengesetzes und des Vereinsgesetzes hat sich bisher als schwierig erwiesen; ein einheitliches Vorgehen gegen die Fachvereine mit Hilfe des Vereinsgesetzes ist erwünscht]
- 16.09.1885 Bekanntmachung des Vorstands des Verbandes der Dresdener Ortskrankenkassen Robert Putscher Abt. II, Bd.5, Nr.89  
 [Prüfung der Statuten einiger Hilfskassen, bei ungenügenden Leistungen ist zu Recht eine Versicherungspflicht ihrer Mitglieder bei einer Ortskrankenkasse angeordnet worden; die Bescheinigung einer Verwaltungsbehörde über die Anerkennung einer Hilfskasse als Ersatzkasse kann durch eine Ortskrankenkasse überprüft und revidiert werden]
- 18.09.1885 Der Gewerkverein Nr. 38. Konferenz über die Sonntagsfrage im königlichen Polizeipräsidium zu Berlin Abt. II, Bd.3, Nr.95  
 [Bericht über eine Anhörung von Handwerkern der Bekleidungsindustrie im Berliner Polizeipräsidium im Rahmen der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit]
- 24.09.1885 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.96  
 [Übersendung des Berichts des Papierfabrikanten Moritz Behrend über Sonntagsarbeit in der „Hammermühle“ und der „Kampmühle“. Mitteilung einer Äußerung Bismarcks: Die in der Industrie verbreitete Sonntagsarbeit entzieht der Landwirtschaft benötigte Arbeitskräfte]
- 25.09.1885 Kaiserliche Verordnung Abt. II, Bd.2.2, Nr.257  
 [Das Unfallversicherungsgesetz und das Ausdehnungsgesetz wird in Kraft gesetzt]
- 26.09. u. 03.10.1885 Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 31 [und Nr. 32] Abt. II, Bd.5, Nr.90  
 [Der Ortskassenverband in Dresden betrachtet statutarische Bestimmungen für freie Hilfskassen als gesetzeswidrig und verfügt die Erhebung von Beiträgen für die Dresdener Mitglieder dieser Kassen zugunsten der Ortskrankenkassen; diese Praxis wird auf einer Versammlung heftig kritisiert]
- 30.09.1885 Bekanntmachung des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.258  
 [Verfahrensregeln zum Differenzbetrag zwischen den Leistungen der Krankenversicherung und der Unfallversicherung, der von der fünften bis zur dreizehnten Woche nach einem Unfall von den Unternehmern zu tragend ist]
- 03.10.1885 Volkszeitung Nr. 231. Sozialreform Abt. II, Bd.2.2, Nr.259  
 [Aus Anlaß des Inkrafttretens des Unfallversicherungsgesetzes: Weder das Unfallversicherungsgesetz noch der allgemeine Stand der Sozialgesetzgebung genügen den Anforderungen der Sozialreform]
- 03., 10. u. 17.10.1885 Deutsche Metallarbeiter-Zeitung Nr. 32-34. Zur Einführung des Unfallversicherungsgesetzes Abt. II, Bd.2.2, Nr.260  
 [Aus Anlaß des Inkrafttretens des Unfallversicherungsgesetzes wird das Gesetz aus sozialdemokratischer Sicht kritisiert]
- 06.10.1885 Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.3, Nr.97  
 [Eine allgemeine gesetzliche Einschränkung der Sonntagsarbeit wird abgelehnt; Sonntagsarbeit zur bloßen Vermehrung der Produktion ist unzulässig; alle Ausnahmeregelungen sollen von den unteren Verwaltungsbehörden getroffen werden; Begrenzung der Sonntagsruhe auf 12 Stunden]
- 20.10.1885 Protokoll der 2. ordentlichen Generalsynode der evangelischen Landeskirche Preußens Abt. II, Bd.3, Nr.98  
 [Nach Reden von Adolf Stoecker, Karl Ferdinand Stumm und Hans Hugo von Kleist-Retzow beschließt die Generalsynode eine Resolution für eine einheitliche gesetzliche Regelung der Sonntagsruhe]
- 22.10.1885 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg Abt. II, Bd.3, Nr.99  
 [Anweisungen Bismarcks für einen Zeitungsartikel gegen Äußerungen Stumms und Stoeckers zur Sonntagsruhe auf der preußischen Generalsynode]
- 25.10.1885 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 499 Abt. II, Bd.3, Nr.100  
 [Stumm und Stoecker werden aufgrund ihrer Äußerungen zur Sonntagsarbeit auf der preußischen Generalsynode angegriffen]

- 27.10.1885 Schreiben des Neunkirchener Industriellen Karl Ferdinand Stumm an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.101  
[Beschwerde über den von Bismarck initiierten Artikel in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ über Stumms Äußerungen auf der preußischen Generalsynode]
- 28.10.1885 Schreiben des Chefs der Reichskanzlei Dr. Franz Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.102  
[Der Streit mit Stumm wegen dessen Äußerungen zur Sonntagsarbeit auf der preußischen Generalsynode soll beendet werden]
- 01.11.1885 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.2, Nr.261  
[Der wegen Sessionsschluß des Reichstags gescheiterte Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft soll in modifizierter Form erneut in den Reichstag eingebracht werden]
- 02.11.1885 Kaiserliche Verordnung Abt. II, Bd.2.2, Nr.262  
[Schiedsgerichtsverfahren in der Unfallversicherung: schriftliche Berufung, öffentliches Verfahren, Rechtsvertretung möglich, Beweiserhebung auch durch Behörden möglich]
- 02.11.1885 Elberfelder Zeitung Nr. 303 Abt. II, Bd.3, Nr.103  
[Die Versammlung selbständiger Weber, auf der auch Fabrikbesitzer und Reichstagsabgeordnete des Zentrums und der Sozialdemokratie auftreten, fordert Minimallohnsätze, Arbeitszeitverkürzungen und den Ausbau des Arbeiterschutzes]
- 02.11.1885 Bericht des Bleichenbacher Bürgermeisters Johann Konrad Bickel an das Armenamt Mainz Abt. II, Bd.7, Nr.75  
[Die Eignung einer verwitweten Tagelöhnerin als Pflegemutter wird verneint]
- 10.11.1885 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.7, Nr.76  
[Ergebnisse einer statistischen Erhebung: Die Zahl der wegen Bettelns und Landstreicherei Bestraften hat abgenommen, die Zahl der davon in korrektionelle Nachhaft überwiesenen zugenommen; ebenso ist die Zahl der Plätze in den Arbeitsanstalten gestiegen]
- 13.11.1885 Schreiben der Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik Dr. Heinrich Brunck und Dr. Karl Glaser an den pfälzischen Fabrikinspektor Emil Heuser Abt. II, Bd.3, Nr.104  
[Beschwerde über Ausführungen des Fabrikinspektors in dessen Jahresbericht; eine Gefährdung der Arbeiter der BASF durch giftige Stoffe wird verneint; festgestellte Verfärbungen der Haut der Arbeiter sind äußerlich]
- 14.11.1885 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.105  
[Bericht über die Arbeiterschutzforderungen der Weberversammlung vom 1.11.1885 in Elberfeld; die Regierung Düsseldorf nimmt die Forderungen ihrerseits zum Anlaß, den Ausbau der Gesetzgebung zum Arbeiterschutz zu fordern]
- 16.11.1885 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.3, Nr.106  
[Fortwährendes Eingreifen Bismarcks macht den empirischen Wert der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit fraglich]
- 16.11.1885 Eingabe von Vorständen zentralisierter eingeschriebener Hilfskassen an die Reichsregierung Abt. II, Bd.5, Nr.91  
[Beschwerde der Vorstände zentralisierter Hilfskassen über die Praxis einiger Ortskrankenkassen, insbesondere in Dresden, wegen Gesetzeswidrigkeit der Hilfskassenstatute von Mitgliedern dieser Kassen Beiträge zu Ortskrankenkassen zu erheben; Gemeindebehörden und Kassen seien nicht zur Prüfung der Statuten von Hilfskassen befugt, deren Gesetzeskonformität die Verwaltungsbehörde am Sitz der zentralen Kasse bescheinigt habe; die Erhebung von Beiträgen bei anderweit verrichteten Arbeiten sei jedenfalls bis zur endgültigen gerichtlichen Klärung der Streitfrage unzulässig]
- 18.11.1885 Eingabe des Zentralrats der Deutschen Gewerkvereine an den Reichstag mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.4, Nr.29  
[Sofern sie sich als „eingeschriebene Berufsvereine“ gesetzlich vorgegebenen Normativbestimmungen unterstellen, sollen die Berufsvereine der Arbeiter gesetzliche Anerkennung und Rechtsfähigkeit erlangen; zu diesem Zweck wird ein an das Hilfskassengesetz von 1876 ausgerichteter Gesetzentwurf unterbreitet]
- 19.11.1885 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.2.2, Nr.263  
[Für die eröffnete Reichstagssession sind im Reichsamt des Innern zwei Gesetzentwürfe zur Unfallversicherung bzw. Unfallfürsorge vorbereitet worden]

- 22.11.1885 Protokoll der 2. Vorstandssitzung der III. Sektion der Hessen-Naussauiischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.264  
[Der Sektionsvorstand behandelt erstmals Entschädigungsfälle]
- 22.11.1885 Protokoll der 2. Versammlung der III. Sektion der Hessen-Naussauiischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.265  
[Die Sektionsversammlung wählt stellvertretende Beisitzer zum Schiedsgericht und debattiert über den Gefahrentarif]
- 26.11.1885 Bericht des Geschäftsführers Henry Axel Bueck an die Generalversammlung der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Abt. II, Bd.2.2, Nr.266  
[Rückblickende Darstellung und Bewertung der Konflikte bei der Bildung von Berufsgenossenschaften der Eisen- und Stahlindustrie im Rheinland und in Westfalen]
- 30.11.1885 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.107  
[Übersicht über erlassene bzw. geplante Bundesratsverordnungen zum Gefahrenschutz gemäß § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung und über bestehende Bundesratsverordnungen zum Schutz von Frauen, Kindern und Jugendlichen gemäß § 139 a der Gewerbeordnung]
- 00.12.1885 Referat des Ratsadjunkten Ernst Heindl über die Errichtung von Ortskrankenkassen in München Abt. II, Bd.5, Nr.93  
[Der Magistrat initiiert die Bildung von berufsbezogenen Ortskrankenkassen, da die bisherige Gemeindekrankenversicherung sich nicht bewährt hat bzw. zu kostspielig ist]
- 00.12.1885 Schreiben des Leiters des Armenamts Frankfurt am Main Dr. Karl Flesch an das Israelitische Gemeinde-Hospital Abt. II, Bd.7, Nr.77  
[Einladung zu einer Besprechung über die Errichtung einer gemeinsamen Auskunftsstelle von öffentlicher Armenpflege und privater Wohltätigkeit, um sich gegenseitig über die unterstützten Personen zu unterrichten]
- 00.12.1885 Armenamt der Stadt Frankfurt: Entwurf des Statuts einer Auskunftsstelle Abt. II, Bd.7, Nr.78  
[Ordnung für die zu errichtende gemeinsame Auskunftsstelle der öffentlichen Armenpflege und privaten Wohltätigkeitsvereine und Stiftungen mit dem Zweck, das Betteln einzuschränken, Mehrfachunterstützungen zu verhindern und den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes durch hilfsbedürftige Personen zu vereiteln]
- 02.12.1885 Protokoll der achten Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.92  
[Der Kassenführer hat sich privat aus der Kasse „bedient“]
- 08.12.1885 Bericht des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main an die Stadtverordnetenversammlung Abt. II, Bd.4, Nr.30  
[Es soll ein gewerbliches Schiedsgericht errichtet werden, das paritätisch aus direkt gewählten Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gebildet wird und von einem rechtskundigen Vorsitzenden geleitet wird, es fungiert auch als Einigungsamt]
- 14.12.1885 Protokoll der zweiten Sitzung der X. Reichstagskommission Abt. II, Bd.4, Nr.31  
[Die X. Kommission erörtert einen sozialdemokratischen Antrag zur Änderung der Gewerbeordnung, der neben Regelungen zum Arbeiterschutz, zum Verhältnis von Arbeitern und Arbeitgebern und zum Lehrlingswesen ein System von Arbeitsämtern, paritätisch besetzten Arbeitskammern und Schiedsgerichten vorsieht]
- 15.12.1885 Protokoll der dritten Sitzung der X. Reichstagskommission Abt. II, Bd.4, Nr.32  
[Fortsetzung der Debatte über einen sozialdemokratischen Antrag zur Änderung der Gewerbeordnung]
- 16.12.1885 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.267  
[Ausschußberatungen des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“: Baden, Bayern und Württemberg setzen gegen den Widerstand Preußens eine Einschränkung der Einbeziehung von Familienangehörigen durch; weitgehende Abänderungen der Präsidialvorlage]
- 16.12.1885 Schreiben des pfälzischen Fabrikinspektors Emil Heuser an die Direktoren der Badischen Anilin- und Sodafabrik Dr. Heinrich Brunck und Dr. Karl Glaser Abt. II, Bd.3, Nr.108  
[Antwort auf die Beschwerde der BASF vom 13.11.1885; Teerfarbenfabrikation ist extrem gesundheitsschädlich und führt ohne Vorsichtsmaßnahmen zu Vergiftungen; die Bemühungen der BASF zur Verhütung von Vergiftungen werden anerkannt]

- 16.12.1885 Protokoll der vierten Sitzung der X. Reichstagskommission Abt. II, Bd.4, Nr.33  
[Abschluß der Generaldebatte über einen sozialdemokratischen Antrag zur Änderung der Gewerbeordnung]
- 19.12.1885 Sitzungsprotokoll des Bundesrats Abt. II, Bd.2.2, Nr.268  
[Beschluß über den Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; Abstimmungsniederlage Preußens in der Frage der Einbeziehung von Familienangehörigen]
- 19.12.1885 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.269  
[Bericht über die Plenumsberatungen des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“]
- 20.12.1885 Bericht des Stadtrats Dr. Stephan Alexander Matti an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Abt. II, Bd.5, Nr.94  
[Geplante Änderungen der Statuten der Ortskrankenkassen: Die Leistungen sollen ausgedehnt bzw. erweitert werden, vor allem im Hinblick auf ihre Dauer und fakultativ mögliche Familienhilfe; Vorschriften zur Krankenkontrolle; für die Leistungsverbesserungen sind das Interesse der Mitglieder wie die Rücksicht auf die Konkurrenzsituation zu den freien Hilfskassen ausschlaggebend gewesen]
- 22.12.1885 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.2.2, Nr.270  
[Bericht über die Plenumsberatungen des Bundesrats zum Gesetzentwurf „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“; von Boetticher droht, den vom Bundesrat abgeänderten Entwurf im Reichstag nicht zu vertreten]
- 28.12.1885 Verordnung des sächsischen Ministers des Innern Hermann von Nostitz-Wallwitz an die Kreishauptmannschaft Dresden Abt. II, Bd.5, Nr.95  
[Stellungnahme u. a. zum Umgang mit ungeklärter Mitgliedschaft bei eingeschriebenen Hilfskassen]
- 30.12.1885 Protokoll der Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.96  
[Die Generalversammlung entfällt mangels Mitgliederbeteiligung]
- 30.12.1885 Bericht über das Protokoll einer Versammlung höherer Verwaltungsbeamter in Halle an der Saale Abt. II, Bd.5, Nr.97  
[Erfahrungsaustausch und Erörterung offener Fragen zur Krankenversicherung mit Ministerialbeamten, als Mittel gegen übermäßige Forderungen der Ärzte wird die Ausschreibung der Arztstellen empfohlen]
- 31.12.1885 Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für die Jahre 1884 und 1885 Abt. II, Bd.2.2, Nr.271  
[Erster Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts über seine Tätigkeiten bei der Umsetzung des Unfallversicherungsgesetzes]

**1886**

- 00.00.1886 Bericht des Stettiner Landesdirektors Dr. Rüdiger Freiherr von der Goltz an den Vorsitzenden einer Kommission des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Friedrich Freiherr von Reitzenstein Abt. II, Bd.7, Nr.89  
[Zu den Mängeln der ländlichen Armenpflege zählt die absichtliche Herbeiführung des Landarmenstatus, am häufigsten dadurch, daß Gemeinden oder Gutsbesitzer Personen nicht bis zum Ablauf der für den Erwerb eines Unterstützungswohnsitzes erforderlichen zweijährigen Frist dulden]
- 00.00.1886 Bericht des Posener Rechtsanwalts Jaroslaw Herse an den Vorsitzenden einer Kommission des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Friedrich Freiherr von Reitzenstein Abt. II, Bd.7, Nr.90  
[Auf dem Land sind die Abschiebung Hilfsbedürftiger und die systematische Abwälzung der Armenversorgungspflicht gang und gäbe; Ortsarmenverbände müssen die Kosten für Angehörige in den Westen oder nach Amerika gezogener Arbeiter tragen; es fehlt an Willen und Befähigung, die notwendigen Ermittlungen zum Unterstützungswohnsitz und zur Erstattungspflicht vorzunehmen]
- 00.00.1886 Bericht des Schwäbisch-Haller Oberamtmanns Karl von Huzel an den Vorsitzenden einer Kommission des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Friedrich Freiherr von Reitzenstein Abt. II, Bd.7, Nr.91  
[Viele Ortsarmenverbände sind zu klein und durch die Aufgaben der Armenpflege überlastet; die Folge sind verschiedenste Manipulationsversuche der Gemeinden, um den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes zu verhindern; für verschiedene Kategorien von Hilfebedürftigen besteht ein Mangel an Einrichtungen, defizitär ist insbesondere die Fürsorge für arbeitsfähige Arme]

- 05.01.1886 Entscheidung des Landgerichts Dresden Abt. II, Bd.5, Nr.98  
[Die Bescheinigungen der höheren Verwaltungsbehörde in Hamburg über die Statuten nach § 4 des Hilfskassengesetzes sind für die gesetzlichen Krankenkassen auch in anderen Orten bindend; die Kläger sind während ihrer Mitgliedschaft bei der Zentralkranken- und Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter in Hamburg nicht verpflichtet, der beklagten Ortskrankenkasse beizutreten]
- 07.01.1886 Erneuter Regierungsentwurf eines Gesetzes betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen Abt. II, Bd.2.2, Nr.272  
[Durch ein eigenständiges Gesetz (ohne Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers möglich, jedoch keine Einbeziehung der Familienangehörigen; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen innerhalb der ersten dreizehn Wochen (endgültig) von den Gemeinden getragen werden; Berechnungsgrundlage für die Renten ist nicht der tatsächliche Lohn, sondern der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften, deren Verwaltung an Organe der Selbstverwaltung übertragen werden kann; keine Berufsgenossenschaften in Staatsforstbetrieben; Regelungen zur Krankenversicherung]
- 09.01.1886 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.79  
[Ein unter Berufung auf den Ortsgebrauch erhobener Ersatzanspruch für Kleidungsstücke, die von einem Armenverband aus Anlaß der Beendigung der Lehrzeit gewährt wurden, wird zurückgewiesen]
- 09.01.1886 Schreiben des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.109  
[Vorlage der sächsischen Ergebnisse der Sonntagsenquete: Forderung nach reichseinheitlicher Regelung der Sonntagsarbeit nach sächsischem Vorbild]
- 09.01.1886 Vorlage des Berliner Magistrats für die Stadtverordnetenversammlung Abt. II, Bd.7, Nr.80  
[Es besteht das Bedürfnis zur Errichtung einer städtischen Erziehungsanstalt für verwahrloste Knaben, die aufgrund des preußischen Zwangserziehungsgesetzes in gesteigerter Zahl überwiesen werden; die Grundzüge im Hinblick auf die Aufgaben der Anstalt, die Anstaltsleitung, die Erziehungsmethoden, die Abteilungsgliederung sowie den Personal- und Raumbedarf werden vorgestellt]
- 09.01.1886 Aktenvermerk des Ministerialassessors im württembergischen Innenministerium Karl Fleischhauer Abt. II, Bd.7, Nr.81  
[Es empfiehlt sich, im Zusammenhang mit der in Vorbereitung befindlichen Revision des württembergischen Ausführungsgesetzes zum Unterstützungswohnsitzgesetz auch den armenrechtlichen Arbeitszwang gesetzlich zu verankern]
- 10.01.1886 Bericht des Mainzer Armenpflegers Leonhard Finck an die Bezirksversammlung des 6. Bezirks der städtischen Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.82  
[Bericht über die Verhältnisse einer Gesuchstellerin, die Unterstützung wird befürwortet]
- 10.01.1886 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.2.2, Nr.273  
[Langwierige Beratungen im Bundesrat über den Gesetzentwurf zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung]
- 12.01.1886 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.3, Nr.110  
[Die erstmals für das Berichtsjahr 1884 beabsichtigte Zusammenfassung der Jahresberichte der Fabrikinspektoren ist gescheitert]
- 13.01.1886 Bericht über die Verhandlungen zwischen Vertretern des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und Mitgliedern ärztlicher Vereine Abt. II, Bd.5, Nr.99  
[Freie Arztwahl, Honorierung, Simulation, Apothekenrabatte]
- 13.01.1886 Allgemeine Zeitung (München) Nr. 13 Abt. II, Bd.2.2, Nr.274  
[Zur erneuten Vorlage des Gesetzentwurfs zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft an den Reichstag]
- 14.01.1886 Eingabe des Zentralrats der Deutschen Gewerkevereine an den Reichstag Abt. II, Bd.4, Nr.34  
[Nachtrag zur Eingabe vom 18.11.1885: Öffentlich-rechtliche wie privatrechtliche Gründe sprechen für den dort vorgelegten Gesetzentwurf zu den eingeschriebenen Berufsvereinen]
- 19.01.1886 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.275  
[Der Aufbau der Berufsgenossenschaften kommt gut voran; die Kosten der Unfallversicherung werden sich in Grenzen halten; um Abgrenzungsprobleme zwischen landwirtschaftlicher und gewerblicher Unfallversicherung klären zu können, ist eine gemeinsame oberste Entscheidungsinstanz notwendig]

- 21.01.1886 Vermerk des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.111  
[Die Ergebnisse der Ermittlungen zur Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen können der X. Reichstagskommission mitgeteilt werden; Bismarck wünscht keine Einschränkung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen]
- 29.01.1886 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.112  
[Vorlage der Ergebnisse der Sonntagsenquete für den Regierungsbezirk Düsseldorf: Die Regelung der Sonntagsarbeit im Regierungsbezirk hat sich hinsichtlich der Fabrikarbeit bewährt, ist jedoch ergänzungsbedürftig; ein flexibel handhabbares reichsgesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit wird dringend gefordert; die Mehrheit der Arbeiter wünscht Einschränkung der Sonntagsarbeit]
- 02.02.1886 Vermerk des Regierungsassessors der Berliner Politischen Polizei Dr. Ludwig Christ Abt. II, Bd.4, Nr.35  
[Der polizeilichen Genehmigungspflicht unterliegen auch Unterstützungskassen, die ihre Unterstützungsleistungen in das Ermessen im voraus bestimmter Vereinsorgane legen]
- 03.02.1886 Verordnung des Bundesrats Abt. II, Bd.3, Nr.113  
[Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Drahtziehereien mit Wasserbetrieb: generelles Arbeitsverbot für Frauen und Kinder; Einschränkung der Schutzbestimmungen für jugendliche Arbeiter]
- 04.02.1886 Vossische Zeitung Nr. 57, Morgenausgabe. Die erste Lesung des „großen“ Unfallversicherungsgesetzes Abt. II, Bd.2.2, Nr.276  
[Bericht aus linksliberaler Sicht über die erste Lesung der Regierungsvorlage zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft im Reichstag]
- 05.02.1886 Berliner Volksblatt Nr. 30 Abt. II, Bd.3, Nr.114  
[Die X. Kommission des Reichstags legt einen „Ersten Bericht“ vor; Theodor Lohmann teilt der Kommission die Ergebnisse der Umfrage des Reichsamts des Innern zur Verbreitung der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen mit]
- 06.02.1886 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.277  
[Anlässlich der Reichstagsverhandlungen zur landwirtschaftlichen Unfallversicherung besteht Bödiker auf Kompetenzen des Reichsversicherungsamts als oberster Instanz]
- 12.02.1886 Protokoll einer Sitzung des Magistrats der Stadt München Abt. II, Bd.5, Nr.100  
[Gründe für die Einführung von Ortskrankenkassen in München als zu bevorzugende Alternative gegenüber der Gemeindekrankenversicherung]
- 12.02.1886 Protokoll einer Besprechung von Vertretern der Stadt Frankfurt am Main und Vertretern der privaten Wohltätigkeitsvereine und -stiftungen Abt. II, Bd.7, Nr.83  
[Verhandlungen über die zu errichtende gemeinsame Auskunftsstelle; die Selbständigkeit der Vereine soll nicht eingeschränkt werden; wünschenswert wäre es, wenn die würdigen Armen von der privaten Wohltätigkeit unterstützt würden und das Armenamt sich auf die Aufgaben der Armenpolizei konzentrieren könne; neben Zustimmung seitens der Vereinsvertreter werden auch einige Bedenken laut]
- 20.02.1886 Protokoll der 5. Sitzung der VI. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.2.2, Nr.278  
[In der zur Vorberatung des Gesetzentwurfs „Unfallversicherung Land- und Forstwirtschaft“ eingesetzten Reichstagskommission werden weitgehende Kompetenzen der Landesgesetzgebung beraten]
- 21.02.1886 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.2.2, Nr.279  
[Bestrebungen innerhalb der VI. Reichstagskommission, die Organisation der landwirtschaftlichen Unfallversicherung weitgehend der Landesgesetzgebung zu überlassen, können akzeptiert werden]
- 21.02.1886 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.115  
[Berichte über schlechte Lüftung und bedenkliche Abhängigkeitsverhältnisse in Zigarrenfabriken lassen eine Bundesratsverordnung gemäß § 120 der Gewerbeordnung notwendig erscheinen; Umfrage zu den Arbeitsbedingungen in Zigarrenfabriken]
- 22.02.1886 Schreiben des bayerischen Außenministers Krafft Freiherr von Crailsheim an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.116  
[Vorlage der Ergebnisse der Sonntagsenquete: gegen generelles Verbot der Sonntagsarbeit; Sonntagsarbeit in Fabriken soll eingeschränkt, für Arbeiterinnen soll sie ganz verboten werden]

- 24.02.1886 Entscheidung des Oberlandesgerichts Dresden Abt. II, Bd.5, Nr.101  
[Die Novelle zum Hilfskassengesetz vom 1.6.1884 greift nicht in Bestimmungen des Krankenversicherungsgesetzes vom 15.6.1883 ein, die Kassenorganisation ist öffentlich-rechtlich, die Beziehungen zwischen Kassen und Versicherten dagegen privatrechtlich geregelt. Das Statut der zentralen Tischlerkrankenkasse entspricht nicht den Minimalanforderungen des § 75 des Krankenversicherungsgesetzes, die diese zu einer Ersatzkasse qualifizieren]
- 24.02.1886 Das Recht auf Arbeit Nr. 92. Zur Sozialreform Abt. II, Bd.1, Nr.68  
[Die in der Kaiserlichen Sozialbotschaft angekündigte „Hebung“ der sozialen Lage der Arbeiter hat nicht stattgefunden; ein „Sozialreformstaat“ im Sinne der Arbeiter ist notwendig]
- 25.02.1886 Denkschrift des Geschäftsausschusses des Deutschen Ärztevereinsbundes für den Reichstag Abt. II, Bd.5, Nr.102  
[Zu kritischen Äußerungen v. Boettichers im Reichstag zu möglichen Gefahren für die wirtschaftliche Situation der Ärzte und ihre Standesehre durch die gesetzliche Krankenversicherung; der deutsche Ärztebund hat die Probleme mehrfach gründlich erörtert und lediglich Empfehlungen verabschiedet; konkret zur Honorar- und Organisationsfrage anhand von Beispielen aus dem Krefelder Bezirk]
- 27.02.1886 Entschließung des Ausschusses des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.3, Nr.117  
[Ablehnung der im Reichstag eingebrachten Anträge zum Ausbau des Arbeiterschutzes; Zugeständnisse sind beim Verbot der Nachtarbeit von Arbeiterinnen in der Textilindustrie möglich]
- 28.02.1886 Berliner Volksblatt Nr. 50 Abt. II, Bd.3, Nr.118  
[Bericht über die bisherige Tätigkeit der X. Reichstagskommission: uneinheitliches Auftreten der freisinnigen Abgeordneten; Beschluß zum Verbot entlohnter Kinderarbeit unter 12 Jahren und der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren]
- 01.03.1886 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.280  
[Bericht über die Beratungen der VI. Kommission des Reichstags zum Gesetzentwurf zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft]
- 02.03.1886 Protokoll der Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Metallarbeiter in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.103  
[Informationen über Kassenangestellte, insbesondere deren Gehälter]
- 15.03.1886 Gesetz, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes infolge von Betriebsunfällen Abt. II, Bd.2.2, Nr.281  
[Entschädigungsregelung für Beamte der Reichszivilverwaltung, des Reichsheers, der kaiserlichen Marine und Soldaten bei Betriebsunfällen]
- 16.03.1886 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Ludwig Turban Abt. II, Bd.2.2, Nr.282  
[Bericht über den Abschluß der Beratungen der VI. Kommission des Reichstags zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft; Verständigung zwischen dem Reichsamt des Innern und Abgeordneten der Konservativen, der Nationalliberalen bzw. des Zentrums]
- 20.03.1886 Entscheidung des Amtsgerichts Altona Abt. II, Bd.4, Nr.36  
[Schließung des Fachvereins der Maurer Altonas und Verurteilung seines Vorsitzenden wegen Verstoßes gegen das Verbindungsverbot für politische Vereine nach dem preußischen Vereinsgesetz]
- 31.03.1886 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.119  
[Forderung nach Abänderung der Gewerbeordnung: Die Arbeiterschutzbestimmungen sollen nicht nur in Fabriken gelten, sondern in allen Werkstätten, die mit elementarer Kraft betrieben werden]
- 02.04.1886 Erlaß des bayerischen Innenministers Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch an die Regierungspräsidenten Abt. II, Bd.4, Nr.37  
[Angesichts der schweren Unruhen in Belgien und zu erwartender Arbeitseinstellungen auch in Bayern wird zur Instruktion der Behörden auf die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten hingewiesen, gegen die Agitation unter den Arbeitern vorzugehen]
- 09.04.1886 Beschlüsse der X. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.3, Nr.120  
[Beschlußlage der X. Kommission nach der ersten Kommissionslesung der Anträge zur Frauen- und Kinderarbeit: Verbot der Lohnarbeit von Kindern unter 12 Jahren; Verbot der Kinderarbeit in Fabriken; Normalarbeitstag von 9 Stunden für Fabrikarbeiterinnen mit eigenem Haushalt; Verbot der Nachtarbeit und verkürzte Samstagarbeit für Fabrikarbeiterinnen]



- 10.04.1886 Magdeburgische Zeitung Nr. 169, Morgenausgabe. Die obligatorische Einführung von Gewerbegerichten Abt. II, Bd.4, Nr.38  
[Das Bedürfnis für eine obligatorische Einführung von Gewerbegerichten ist nicht erwiesen; neben praktischen Schwierigkeiten ist bedenklich, daß bei direkter, gleicher und geheimer Wahl die Sozialdemokraten bestrebt sein könnten, die Gewerbegerichte als „Organe für den Klassenstreit“ zu mißbrauchen]
- 11.04.1886 Runderlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer an die Bezirksregierungen und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. II, Bd.4, Nr.39  
[„Puttkamerscher Streikerlaß“: Die Polizei hat bei Arbeitseinstellungen über den Schutz der Arbeitswilligen hinaus die Bestimmungen des Sozialistengesetzes zur Anwendung zu bringen, sobald sozialdemokratische Bestrebungen zutage treten]
- 12.04.1886 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 15. Unfallversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter Abt. II, Bd.2.2, Nr.283  
[Bericht über die zweite und dritte Lesung der Regierungsvorlage zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft im Reichstag; nur geringe Abänderungen des Reichstagsplenums an den Beschlüssen der VI. Kommission]
- 12.04.1886 Verordnung des Bundesrats Abt. II, Bd.3, Nr.121  
[Gesundheitsmaßregeln für Bleifarben- und Bleizuckerfabriken: Vermeidung von Bleistaub und Bleidämpfen; Schutz der Arbeiter vor Bleivergiftungen durch bauliche Vorschriften; Schutzkleidung und individuelle Maßregeln; Zwölfstundentag für Bleiarbeiter; Arbeitsverbot für Frauen und jugendliche Arbeiter; monatliche ärztliche Untersuchungen; Arbeitsverbot für erkrankte Arbeiter]
- 13.04.1886 Bericht des Kölner Regierungspräsidenten Chlodwig von Sydow an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.122  
[Eine ausgedehnte Gutachterfähigkeit des Gewerberats Otto Theobald macht die Anstellung eines Assistenten für diesen notwendig; detaillierte Aufstellung der im Jahr 1885 erstatteten Gutachten]
- 15.04.1886 Bericht des Mainzer Armenpflegers Josef Wigand an die Bezirksversammlung des 12. Bezirks der städtischen Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.84  
[Bericht über die Verhältnisse eines Hilfesuchenden; die Unterstützung wird befürwortet]
- 19.04.1886 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.284  
[Die Berufsgenossenschaften sollen Unfallverhütungsvorschriften ausarbeiten; bei Beratung derselben müssen Arbeitervertreter anwesend sein]
- 20.04.1886 Volks-Zeitung Nr. 93, Erstes Blatt. Der letzte Schlag Abt. II, Bd.4, Nr.40  
[Kommentar zum Streikerlaß von Puttkamers; der Erlaß richtet sich gegen das Koalitionsrecht als solches; bei der Ausdehnung, den die sozialdemokratischen Grundsätze in der Arbeiterklasse gefunden haben, ist kein Streik denkbar, gegen den der Erlaß nicht die volle Schärfe des Sozialistengesetzes kehre]
- 20.04.1886 National-Zeitung Nr. 263, Abendausgabe. Strikes und Sozialistengesetz Abt. II, Bd.4, Nr.41  
[Der Streikerlaß des preußischen Innenministers wird sich erst im Licht seiner Anwendung beurteilen lassen; er ist an sich nicht unberechtigt, darf aber nicht dazu führen, daß die Arbeiter den Eindruck gewinnen, im Lohnkampf ihrer gleichberechtigten Stellung beraubt zu werden]
- 21.04.1886 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.123  
[Spinnereibesitzer im Handelskammerbezirk Mönchengladbach haben eine Vereinbarung über einen zwölfstündigen Normalarbeitstag beschlossen]
- 21.04.1886 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 188, Abendausgabe Abt. II, Bd.4, Nr.42  
[Anders als in England werden die Strikes in Deutschland, wie das Beispiel der Berliner Maurer zeige, unter dem Einfluß sozialdemokratischer Streikführer überwiegend zu Agitationszwecken unternommen]
- 22.04.1886 Hannoverscher Courier Nr. 13935, Morgenausgabe. Arbeitseinstellungen Abt. II, Bd.4, Nr.43  
[Die sich häufenden Arbeitseinstellungen, besonders unter den Bauhandwerkern, schaffen ungesunde, auf Dauer unerträgliche Zustände; wer den Streikführern das Recht abspreche, die übrigen Gesellschaftsklassen zu terrorisieren, sehe den Streikerlaß von Puttkamers deshalb mit Befriedigung]
- 22.04.1886 Frankfurter Zeitung Nr. 112, Abendblatt Abt. II, Bd.4, Nr.44  
[Scharfe Kritik an der Artikelfolge in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zu den Streikbewegungen und zum Streikerlaß von Puttkamers; dieser besorge letztlich nur die Geschäfte der sozialdemokratischen Agitatoren]

- 22.04.1886 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 190, Abendausgabe Abt. II, Bd.4, Nr.45  
[Der Puttkamersche Streikerlaß richtet sich nicht gegen das Koalitionsrecht, sondern gegen dessen politischen Mißbrauch seitens der Sozialdemokraten; er bietet damit den Arbeitern Schutz vor einer Ausbeutung zu bloßen Agitationszwecken]
- 23.04.1886 Berliner Volksblatt Nr. 96. Die Streikverfügung des Ministers des Innern Abt. II, Bd.4, Nr.46  
[Da heute bei Arbeitskämpfen sozialdemokratische Elemente allgegenwärtig sind, wird es den Behörden aufgrund des Puttkamerschen Streikerlasses ein leichtes sein, gegen Streiks vorzugehen; die Ausschreitungen, die der Erlaß eigentlich verhindern will, wird er erst hervorrufen, da es gerade die Sozialdemokraten waren, die disziplinierend auf die Arbeiter gewirkt haben]
- 24.04.1886 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.2.2, Nr.285  
[Der Bundesrat hat das Gesetz zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft in der vom Reichstag beschlossenen Fassung akzeptiert]
29. u. 30.04.1886 Berliner Volksblatt Nr. 99 [und Nr. 100], Beilage. Die neueste Leistung auf dem Gebiete der Sozialreform Abt. II, Bd.2.2, Nr.286  
[Stellungnahme zum Gesetz zur Ausdehnung der Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft aus sozialdemokratischer Sicht]
- 05.05.1886 Gesetz, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen Abt. II, Bd.2.2, Nr.287;  
Abt. II, Bd.5, Nr.104  
[Durch ein eigenständiges Gesetz (ohne Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884) wird die Unfallversicherung auf die Land- und Forstwirtschaft und ihre Nebenbetriebe ausgedehnt; Selbstversicherung des Betriebsunternehmers und Einbeziehung der Familienangehörigen bleiben der Landesgesetzgebung überlassen; Kosten des Heilverfahrens müssen bei nicht krankenversicherten Personen in den ersten dreizehn Wochen (endgültig) von den Gemeinden getragen werden; Berechnungsgrundlage für die Renten ist der ortsübliche Tagelohn; der Jahresarbeitsverdienst entspricht dem dreihundertfachen ortsüblichen Tagelohn; Bildung landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften, deren Verwaltung an Organe der Selbstverwaltung übertragen werden kann; keine Berufsgenossenschaften in Staatsbetrieben; weitgehende landesrechtliche Kompetenzen]
- 08.05.1886 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.4, Nr.47  
[Um der Agitation zugunsten von Arbeitseinstellungen entgegenzutreten, soll ein Ministerialerlaß Versammlungen in Berlin von der vorherigen Genehmigung durch die Polizeibehörde abhängig machen; ferner drängt der Ministerpräsident darauf, ähnlich wie beim Vorgehen gegen die Fachvereine der Maurer das Verbindungsverbot für politische Vereine zur Geltung zu bringen]
- 10.05.1886 Runderlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer an die Bezirksregierungen und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. II, Bd.4, Nr.48  
[Aufgrund des preußischen Vereinsgesetzes ist die polizeiliche und gerichtliche Schließung der Fachvereine zu veranlassen, sofern diese „politische“ Gegenstände behandeln oder mit anderen Vereinen gleicher Art in Verbindung treten]
- 14.05.1886 Schreiben des Direktors des Kaiserlichen Gesundheitsamts Karl Köhler an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.5, Nr.105  
[Gibt es Abhilfe gegen eine mit hohen Kosten verbundene Verordnung von Rotwein als Arznei?]
- 18.05.1886 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.124  
[Bericht über die bisherigen Beschlüsse der X. Reichstagskommission: Die Kommissionsbeschlüsse zur Einschränkung der Kinderarbeit sollen abgelehnt werden, allenfalls kann der Geltungsbereich bestehender Bestimmungen ausgedehnt werden; dagegen soll das geforderte Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit von Arbeiterinnen (bei Ausnahmeregelungen) akzeptiert werden; Randbemerkungen Bismarcks mit Ablehnung auch der vorgeschlagenen Zugeständnisse]
- 22.05.1886 National-Zeitung Nr. 326, Morgenausgabe. Der Reichstag und das Koalitionsrecht Abt. II, Bd.4, Nr.49  
[Bericht über die Verhandlungen des Reichstags über eine sozialdemokratische Interpellation zum Streikerlaß des preußischen Innenministers von Puttkamer; Kritik an den Einschränkungen des Versammlungsrechts in Berlin und an von Puttkamers Wahrnehmung von Koalitionsrecht und Lohnbewegungen]
- 22.05.1886 Denkschrift des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Erich von Woedtker für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.6, Nr.32  
[Zwangsvversicherung am zweckmäßigsten (zunächst) für die Arbeitnehmer der unfallversicherten Betriebe; Vollrenten für Alter und Invalidität 240 M. im Jahr; nach Beitragsjahren abgestufte Invalidenrenten ohne Wartezeiten; Kapitaldeckung durch gleiche Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge; Reich steuert 1/3 über jährliche Umlage bei; Organisation ist an die Berufsgenossenschaften anzuschließen und durch paritätische Arbeiterbeteiligung zu ergänzen; Organisation über einzelstaatliche Behörden ist nur „Notbehelf“]

- 23.05.1886 Schreiben des Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen an den Ersten Staatsanwalt am Landgericht Berlin I Geheimen Justizrat Hermann Angern Abt. II, Bd.4, Nr.50  
[Antrag auf Einleitung eines Verfahrens gegen die Fachvereinsorganisation der Maurer Deutschlands, insbesondere deren Berliner „Preßkommission“, sowie gegen den „Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer“ wegen Verstoßes gegen das Vereinsgesetz, einschließlich strafrechtlicher Verfolgung der verantwortlichen Personen]
- 24.05.1886 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen an den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.4, Nr.51  
[Bericht über die neuerdings ergriffenen Maßnahmen gegen die Fachvereine, insbesondere die vorläufige Schließung des Fachvereins der Maurer; die angestrebte endgültige Schließung durch Gerichtsentscheid soll ein Beispiel für weitere Schließungen geben]
- 01.06.1886 Bericht der Regierung Düsseldorf an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Dr. Moritz von Bardeleben Abt. II, Bd.3, Nr.125  
[Fehlende Schulpflicht für Kinder ausländischer Saisonarbeiter begünstigt Kinderarbeit in nicht als Fabriken definierten Feldziegeleien]
- 05.06.1886 Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung Nr. 23. Allgemeine Bedeutung, Aufgaben und Ziele der Arbeiter-Organisation Abt. II, Bd.4, Nr.52  
[An sich ist die Aushebelung des reichsgesetzlich gewährten Koalitionsrechts auf dem Weg über die landesgesetzlichen Vereins- und Versammlungsgesetze rechtlich fragwürdig; nach Lage der Dinge ist jedoch zu empfehlen, sich auf die örtliche und fachgewerbliche Organisation der Arbeiterfachvereine zu beschränken, die von einer gemeinsamen Idee durchdrungen sein müssen]
- 20.06.1886 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Fritz Kalle an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.126  
[Die Regierung soll in der Arbeiterschutzfrage initiativ werden; Vorschlag einer Enquete]
- 22.06.1886 Berliner Volksblatt Nr. 142, Beilage Abt. II, Bd.2.2, Nr.288  
[Aufruf zur Wahl von Sozialdemokraten als Arbeitervertreter für das Reichsversicherungsamt]
- 00.07.1886 Aufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Abt. II, Bd.1, Nr.69  
[Die Sozialreform der Regierung findet bei den Arbeitern keinen Anklang, weil sie nur auf arbeitsunfähige Arbeiter abzielt; die Forderungen der Arbeiterbewegung werden nicht aufgenommen]
- 05.07.1886 Rundschreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.5, Nr.106  
[Anfrage über abzuändernde Bestimmungen bzw. reformbedürftige Regelungen des Krankenversicherungsgesetzes]
- 08.07.1886 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Geschäftsaus-schuß des Deutschen Ärztevereinsbundes Abt. II, Bd.5, Nr.107  
[Der Staatssekretär des Innern hat vor allem das öffentliche Interesse zu vertreten und so dafür zu sorgen, daß die gesetzlichen Krankenkassen (Pflichtmitgliedschaft) ihre Aufgaben erfüllen können, vor allem bei der Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Kassenmitglieder; Hoffnung auf gedeihliches Zusammenwirken von Ärzten und Krankenkassen]
- 12.07.1886 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 318 Abt. II, Bd.2.2, Nr.289  
[Die ständigen und nichtständigen Mitglieder des Reichsversicherungsamts stehen nun fest; erste Rekursentscheidungen des Reichsversicherungsamts]
- 15.07.1886 Der Kompaß Nr. 7/8. Verhandlungen des Schiedsgerichts für die II. Sektion der Knapp-schafts-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.290  
[Zusammenfassender Bericht über die ersten vier Sitzungen des Schiedsgerichts; die Berufungen der Arbeiter werden in 33 von 40 entschiedenen Fällen zurückgewiesen]
- 00.08.1886 Eingabe Dresdener Tabakarbeiter an den Reichstag Abt. II, Bd.4, Nr.54  
[Das gemeinsame Vorgehen der Arbeiter mit Hilfe von Vereinen ist das wichtigste Mittel der Arbeiter, um ihre Lebensverhältnisse zu verbessern; durch den Puttkamerschen Streikerlaß und die einzelstaatliche Vereinsgesetzgebung ist es stark gefährdet; dem § 152 der Gewerbeordnung soll eine Fassung gegeben werden, die den Arbeitern und Arbeiterinnen das Recht zugesteht, auch überörtliche Vereine zu gründen]
- 10.08.1886 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck und des Innenministers Robert von Puttkamer an die Regierung Wiesbaden Abt. II, Bd.5, Nr.108  
[Die Überwachung von Generalversammlungen eingeschriebener Hilfskassen ist nicht zulässig und nur möglich bei Verdacht des Verstoßes gegen das Vereinsgesetz vom 11.3.1850]

- 14.08.1886      Arbeitsordnung für das Steinkohlen-Bergwerk „König Ludwig“      Abt. II, Bd.4, Nr.53  
[Bestimmungen zum Arbeitsverhältnis mit dem Charakter wesentlicher Teile eines Arbeitsvertrags]
- 16.08.1886      Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck      Abt. II, Bd.5, Nr.109  
[Antwort auf den Runderlaß des preußischen Handelsministers an die Bezirksregierungen vom 14.7.1886; Fragen der Krankenversicherungspflicht, insbesondere in der Hausindustrie, Abgrenzungsfolgen der Selbständigkeit, Verhältnis der gesetzlichen Krankenkassen zu den Hilfskassen]
- 22.09.1886      Hamburgischer Correspondent Nr. 263, Mittagsblatt. Das Unfall-Versicherungsgesetz in der Praxis. Stimmen deutscher Handelskammern      Abt. II, Bd.2.2, Nr.292  
[In den Jahresberichten der Handelskammern werden die ersten Erfahrungen mit dem Unfallversicherungsgesetz positiv eingeschätzt]
- 22.09.1886      Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts      Abt. II, Bd.2.2, Nr.293  
[Erste grundsätzliche Entscheidung des Reichsversicherungsamts zum Unfallbegriff, der weit zu fassen ist]
- 23.09.1886      Entscheidung des Berliner Kammergerichts      Abt. II, Bd.4, Nr.55  
[Eine Revision des zweitinstanzlichen Urteils gegen den Maurer Stammer wegen Vergehens gegen das preußische Vereinsgesetz wird als unbegründet zurückgewiesen; das gegen die Schließung des Fachvereins der Maurer Altonas angebrachte Argument, es sei dem § 152 der Gewerbeordnung vom Vorderrichter keine angemessene Beachtung geschenkt worden, wird verworfen]
- 27.09.1886      Entscheidung des Reichsgerichts      Abt. II, Bd.5, Nr.110  
[Sind nach § 58 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15.6.1883 die Gerichte berufen, über die Verpflichtung der Mitglieder freier Hilfskassen, einer Ortskrankenkasse beizutreten, zu entscheiden? Haben Sie insbesondere auch über die Frage zu entscheiden, ob die Statuten der betreffenden Hilfskasse den Anforderungen der §§ 75 bzw. 6 des Krankenversicherungsgesetzes entsprechen, und zwar auch dann, wenn die höhere Verwaltungsbehörde nach Art. 3 der Novelle zum Hilfskassengesetz vom 1.6.1884 (= § 4 Abs. 5 des Hilfskassengesetzes in der neuen Fassung vom 1.6.1884) bescheinigt hat, daß jene Statuten den gedachten Anforderungen entsprechen? Welche Gesichtspunkte sind für jene Prüfung maßgebend?]
- 28.09.1886      Gemeinsamer Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck, des Innenministers Robert von Puttkamer und des Finanzministers Adolf von Scholz an die Bezirksregierungen      Abt. II, Bd.3, Nr.127  
[Die Gewerberäte sollen nicht mit der Bearbeitung allgemeiner wirtschaftlicher und sozialpolitischer Angelegenheiten beauftragt werden; dies ist Aufgabe der Gewerbereferenten der Bezirksregierungen]
- 00.10.1886      Wilhelm Oechelhäuser: Die Arbeiterfrage. Ein sociales Programm      Abt. II, Bd.4, Nr.56  
[Vorgeschlagen wird die Errichtung paritätischer Arbeitskammern mit gutachtlichem Auftrag; der § 152 der Gewerbeordnung soll nicht eingeschränkt, die Arbeitgeber jedoch sollen stärker gegen den Kontraktbruch geschützt werden]
- 00.10.1886      Die Grenzboten. [Georg Zacher:] Die moderne Arbeiterbewegung      Abt. II, Bd.4, Nr.59  
[Übersicht über Stand und Entwicklung der Fachvereinsbewegung und der Arbeiterbewegung insgesamt; repressive Maßnahmen allein können bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie nicht genügen, der bisherige Gang der Sozialreform hat aber unter den Arbeitern eher Enttäuschung hervorgerufen; der „Ausartung“ des Koalitionsrechts kann der Staat nur dann durch die notwendige „Einschränkung“ begegnen, wenn man den Arbeitern zum Ersatz obligatorische Schiedsgerichte und Einigungsämter zugestehet und ihnen eine eigene, reichsgesetzlich zu regelnde Organisationsgrundlage konzidiert, wie sie die Arbeitgeber in Gestalt von Innungen, Berufsgenossenschaften und Handelskammern bereits besitzen]
- 03.10.1886      Bericht des Stadtrats Dr. Stephan Alexander Matti an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main      Abt. II, Bd.5, Nr.111  
[Die Ortskrankenkassen sind bislang noch nicht in der wünschenswerten Weise bei der Arbeiterbevölkerung anerkannt, Vorschläge zu deren „Befestigung“, Vorteile der zentralisierten Hilfskassen]
- 07.10.1886      Beschwerde des Duisburger Walzwerksdirektors Karl Küpper an den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer      Abt. II, Bd.3, Nr.128  
[Äußerungen des Gewerberats Dr. Gustav Wolff über mangelnde Sicherheitsvorkehrungen schädigen die Autorität des Beschwerdeführers als Betriebsleiter]
- 18.10.1886      Entscheidung des Reichsgerichts      Abt. II, Bd.3, Nr.129  
[Nicht die tatsächliche Gefährdung, sondern nur die Fabrikeigenschaft eines Betriebs ist für die Frage entscheidend, ob die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für Kinder und Jugendliche anzuwenden sind; Kriterien für den Fabrikbegriff]

- 19.10.1886 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.4, Nr.57  
[Nach § 153 der Gewerbeordnung ist jede Drohung widerrechtlich, mittels derer die Teilnahme an einer Koalition zur Erlangung günstiger Lohnverhältnisse erzwungen oder die Freiheit des Rücktrittes beschränkt werden soll, ungeachtet dessen, ob das angedrohte Übel selbst widerrechtlich ist]
- 22.10.1886 Statut des gewerblichen Schiedsgerichts Frankfurt am Main Abt. II, Bd.4, Nr.58  
[Bestimmungen insbesondere zur Zusammensetzung, zur Wahl und Beteiligung der Beisitzer, zur Ordnung des Verfahrens und zum Zusammentreten als Einigungsamt]
- 27.10.1886 Schreiben des badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban an das Reichsamt des Innern Abt. II, Bd.5, Nr.112  
[Vorschläge zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes]
- 31.10.1886 Referat des Rittergutsbesitzers Erdmann Graf von Pückler für das preußische Landesökonomiekollegium Abt. II, Bd.5, Nr.113  
[Die Ausdehnung der gesetzlichen Krankenversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter in Preußen wird befürwortet]
- 02.11.1886 Bamberger Journal Nr. 257 Abt. II, Bd.2.2, Nr.294  
[Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Karl Grillenberger spricht vor Handwerkern über das Unfallversicherungsgesetz]
- 06.11.1886 Frankfurter Zeitung Nr. 310, Morgenblatt Abt. II, Bd.4, Nr.60  
[Die Deutsche Volkspartei tritt für paritätisch zusammengesetzte und aus direkter Wahl hervorgehende Einigungsämter ein, die für die Regelung von Lohnstreitigkeiten zuständig sein sollen, aber auch auf eine gleichartige Lohnhöhe für einzelne Industriezweige eines Bezirks hinwirken können]
- 08.11.1886 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.295  
[Allmählich entstehende Schwielen an der Hand sind nicht als Arbeitsunfall anzusehen; zwischen Betriebsunfall und krankhafter Disposition ist zu unterscheiden]
- 09.-11.11.1886 Protokoll der Verhandlungen des preußischen Landesökonomiekollegiums Abt. II, Bd.5, Nr.114  
[Die obligatorische Krankenversicherung für land- und forstwirtschaftliche Arbeiter in Preußen wird weitgehend befürwortet]
- 11.11.1886 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.130  
[Die Regierung Düsseldorf beantragt, mit Hilfe der Berufsgenossenschaften die im Handelskammerbezirk Mönchengladbach vereinbarte Arbeitszeitregelung in Spinnereien auf das gesamte Reich auszudehnen; Bismarck im Kopfvermerk: Ablehnung]
- 13.11.1886 Bericht des Gewerberats Dr. Gustav Wolff an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.3, Nr.131  
[Stellungnahme zu der Beschwerde des Duisburger Walzwerkdirektors Karl Küpper vom 7.10.1886: Die jahrelange Mißachtung der Anordnungen des Gewerberats wird durch Vorlage der Revisionsprotokolle belegt]
- 14.11.1886 Das Recht auf Arbeit Nr. 129. Gewerbliche Schiedsgerichte Abt. II, Bd.4, Nr.61  
[Die Errichtung von Einigungsämtern muß daran scheitern, daß sie die Existenz großer Arbeiterorganisationen zur Voraussetzung haben; das Beispiel der englischen Einigungsämter zeigt überdies, daß die Hoffnung, sie schafften die Streiks aus der Welt, unbegründet ist; die Arbeiter fordern die Errichtung gewerblicher Schiedsgerichte]
- 14.11.1886 Antrag des Leiters des Armenamts Frankfurt am Main Dr. Karl Flesch an den Magistrat Abt. II, Bd.7, Nr.85  
[Die Ausschlußsätze der städtischen Armenpflege sind zu hoch angesetzt und sollen reduziert werden]
- 26.11.1886 Sitzungsprotokoll des 42. Armenpflegervereins in Dresden Abt. II, Bd.7, Nr.86  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 30.11.1886 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.296  
[Vor Erlaß behördlicher Schutzvorschriften für Fabriken sollen die Berufsgenossenschaften gehört werden]
- 03.12.1886 Der Gewerkverein Nr. 49. „Es muß etwas geschehen!“ Abt. II, Bd.1, Nr.70  
[Zehn Jahre sozialpolitischer Debatten und fünf Jahre „Sozialreform“ haben keine Verbesserung der Lage der Arbeiter gebracht]

- 07.12.1886 Bericht des Mainzer Armenpflegers Ludwig Künstler an die Bezirksversammlung des 8. Bezirks der städtischen Armendeputation Abt. II, Bd.7, Nr.87  
[Bericht über die Verhältnisse eines Hilfesuchenden; statt einer materiellen Unterstützung empfiehlt die Bezirksversammlung die Einweisung in das städtische Krankenhaus]
- 08.12.1886 Schreiben des Leipziger Armendistriktsvorstehers Albert Bernhard Penndorf an den Stadtrat Leo Friedrich Ludwig-Wolf Abt. II, Bd.7, Nr.88  
[Je mehr Almosen gegeben werden, desto mehr verlangen die Armen und um so unzufriedener werden sie; deshalb ist die Schulgeldbefreiung abzulehnen]
- 10.12.1886 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 578 Abt. II, Bd.2.2, Nr.297  
[Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Max Kayser stimmt in der Budgetkommission dem Etat des Reichsversicherungsamts zu]
- 10.12.1886 Volks-Zeitung Nr. 290, Erstes Blatt. Zur Arbeiterinnenbewegung Abt. II, Bd.4, Nr.62  
[Ironisch-kritischer Bericht über den Prozeß gegen die Vorstandsmitglieder des Berliner Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen, der zur Schließung des Vereins führte]
- 13.12.1886 Bericht des Abteilungsdirektors Robert Bosse an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.132  
[Vor der für März 1887 angestrebten Vorlage der Ergebnisse der Enquete über die Verbreitung der Sonntagsarbeit empfehlen sich keine Regierungsvorlagen zu Fragen der Arbeiterschutzgesetzgebung]
- 18.12.1886 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.298  
[Für die konkrete Unfallverhütung sind Fabrikrevisionen durch Beauftragte der Berufsgenossenschaften unerlässlich; die Berufsgenossenschaften können auch gemeinsame Beauftragte bestimmen; die Berufsgenossenschaften müssen ihre Beauftragten dem Reichsversicherungsamt mitteilen]
- 25.12.1886 Die Nation Nr. 13. Karl Schrader: Die rechtliche Stellung der Arbeitervereinigungen Abt. II, Bd.4, Nr.63  
[Behörden und Gerichte legen das Vereins- und Versammlungsrecht zunehmend so aus, als gelte es nicht lediglich dessen Mißbrauch, sondern überhaupt dessen Gebrauch zu verhindern; die sozialdemokratische Initiative zur Sicherung des Koalitionsrechts im Reichstag könnte daher als begründet erscheinen; die Lösung muß jedoch in dem von den Gewerkvereinen vorgeschlagenen Gesetz zur Sicherung der Rechtsstellung der Berufsvereine gesucht werden]

**1887**

- 00.00.1887 Verwaltungsbericht des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main 1886/1887 Abt. II, Bd.7, Nr.100  
[Der Anstieg der Kosten der offenen Armenpflege ist zu wesentlichen Teilen auf die im Verhältnis zum Taglohn zu hohen Ausschlußsätze zurückzuführen; die Unterstützungen sind dadurch vielfach zu einem Lohnzusatz geworden; die Ausschlußsätze sind deshalb gekürzt worden]
- 00.00.1887 Bericht des Leiters der Leipziger Ziehkinderanstalt Dr. Max Taube an den Stadtrat Leo Friedrich Ludwig-Wolf Abt. II, Bd.7, Nr.101  
[Das neue System der Ziehkinderaufsicht hat sich bewährt; eine wichtige Neuerung liegt in der Übertragung der Generalvormundschaft für von der Ziehkinderanstalt überwachte uneheliche Kinder auf den Vorstand des städtischen Armenamts; die Unterhaltspflicht der Väter unehelicher Kinder muß verschärft werden, die Generalvormundschaft wäre im ganzen Land einzuführen]
- 01.01.1887 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.5, Nr.115  
[Bemerkungen zu den von den Bezirksregierungen unterbreiteten Abänderungsvorschlägen des Krankenversicherungsgesetzes]
- 01.01.1887 Vorschläge der preußischen Bezirksregierungen zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, zusammengestellt im preußischen Handelsministerium Abt. II, Bd.5, Nr.116  
[Zusammenfassung der auf den Runderlaß des preußischen Handelsministers vom 14.7.1886 eingegangenen Vorschläge]
- 02.01.1887 Bescheid des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Duisburger Walzwerkdirektor Karl Küpper Abt. II, Bd.3, Nr.133  
[Die Beschwerde des Duisburger Walzwerkdirektors Karl Küpper über den Gewerberat Dr. Gustav Wolff wird zurückgewiesen; das Vorgehen des Gewerberats war korrekt und in der Sache notwendig]

- 09.01.1887 Bericht des Direktors des preußischen Statistischen Büros Emil Blenck an den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.7, Nr.92  
[Die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit im September 1886 hat sich insbesondere mit der Reform der ländlichen Armenpflege und der Behandlung von Armenstiftungen befaßt]
- 09.01.1887 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 9, Erstes Morgenblatt Abt. II, Bd.6, Nr.33  
[Die Reichsleitung wird dazu aufgefordert, die angekündigte Alters- und Invalidenversicherung in Angriff zu nehmen]
- 09.01.1887 Denkschrift des Direktors des preußischen Statistischen Büros Emil Blenck für den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.7, Nr.93  
[Der Deutsche Verein für Armenpflege und Wohltätigkeit hat Vorschläge für eine Reform der ländlichen Armenpflege beschlossen; kritisiert werden die unzureichende Leistungsfähigkeit vieler kleiner Armenverbände und die Ungleichverteilung der Lasten zwischen diesen Verbänden sowie die Engherzigkeit der offenen und das Ungenügen der geschlossenen Armenpflege; vorgeschlagen wird, gesetzlich die Verlagerung von Aufgaben auf größere Verbände erzwingbar zu machen; von einer solchen Gesetzesrevision ist einstweilen jedoch abzuraten]
- 10.01.1887 Protokoll der zweiten Sitzung der VIII. Reichstagskommission Abt. II, Bd.4, Nr.64  
[Diskussion über einen von den Sozialdemokraten im Reichstag eingebrachten Antrag zur Änderung der Gewerbeordnung, durch den das Koalitionsrecht abgesichert werden soll; die Diskussion wird allerdings in erster Linie über die Einschränkungen geführt, die dem Koalitionsrecht aus dem einzelstaatlichen Vereinsrecht entstehen]
- 17.01.1887 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.34  
[Bosse ist treibende Kraft bei der Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs zur Alters- und Invalidenversicherung; vorgesehene Regelungen: Versicherung zunächst nur für Industriearbeiter, Altersrenten bei einem Alter von 60 Jahren, Invaliditätsrenten bei Arbeitsunfähigkeit, Rentenhöhe ca. 120 Mark im Jahr, Staffe- lung nach Ortsklassen, Kosten in Höhe von 27 Mio. Mark pro Jahr werden zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Reich gedrittelt, Versorgungsanstalten bei den Berufsgenossenschaften als Träger, Beteiligung der Arbeiter an der Verwaltung]
- 29.01.1887 Protokoll der 1. Sitzung der X. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses Abt. II, Bd.3, Nr.134  
[Diskussion über die Fabrikinspektion: Ein weiterer Ausbau wird von den Abgeordneten des Zentrums und konservativer Seite gefordert, von den nationalliberalen Kommissionsmitgliedern dagegen nicht für notwendig erachtet; unterschiedliche Auffassungen über das Verhältnis der Fabrikinspektion zu den Berufsgenossenschaften]
- 04.02.1887 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.299  
[Auch Arbeitsunfälle, die durch grobe Fahrlässigkeit (hier: Turnen an einer Transmissionsstange) verursacht wurden, müssen entschädigt werden; Leichtsinn ist kein vorsätzliches Verhalten]
- 04.02.1887 Protokoll der 2. Sitzung der X. Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses Abt. II, Bd.3, Nr.135  
[Die Kommission nimmt einen von Zentrumsabgeordneten eingebrachten Antrag zum Ausbau der Fabrik- inspektion an; Ablehnung nur durch den nationalliberalen Abgeordneten Dr. Max Dürre]
- 07.02.1887 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.300  
[Das Reichsversicherungsamt wird aufgefordert, dem Handelsministerium Unfallverhütungsvorschriften und Beauftragte der Berufsgenossenschaften fortlaufend mitzuteilen]
- 12.02.1887 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.2.2, Nr.301  
[Die Berufsgenossenschaften sollen vor Erlaß behördlicher Vorschriften zur Verhütung von Arbeiter- krankheiten gehört werden]
- 12.02.1887 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayeri- schen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.35  
[Die Vorlage eines Gesetzentwurfs zur Invaliditäts- und Altersversicherung verzögert sich; er soll einer- seits auf die Versorgung invalider Arbeiter beschränkt werden, andererseits aber auch landwirtschaftliche Arbeiter erfassen]
- 18.02.1887 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.4, Nr.65  
[Die Schließung des Berliner Vereins zur Vertretung der Interessen der Arbeiterinnen aufgrund Verstoßes gegen das preußische Vereinsrecht ist zurecht erfolgt]

- 19.02.1887 Plakataufruf des Dortmunder Gewerberats Bernhard Osthues Abt. II, Bd.1, Nr.71  
[Zur Sicherung des äußeren und inneren Friedens und zur Weiterführung der Arbeitergesetzgebung empfiehlt Osthues die Wahl des nationalliberalen Reichstagskandidaten Eduard Kleine]
- 22.02.1887 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen an den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.4, Nr.66  
[Staatsanwaltschaften und Gerichte sind zu zurückhaltend bei der Anwendung von Vereinsverboten]
- 28.02.1887 Vorschläge der Bundesregierungen zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes, zusammengestellt im Reichsamt des Innern Abt. II, Bd.5, Nr.117  
[Zusammenfassung der auf das Rundschreiben des Reichsamt des Innern vom 5.7.1886 (Nr. 106) eingegangenen Abänderungsvorschläge der Bundesregierungen mit Begründung]
- 11.03.1887 Schreiben des Regierungspräsidenten von Oberbayern Sigmund Heinrich Freiherr von Pfeufer an den Vorstand des Fachvereins der Metallarbeiter Münchens Thomas Weindl Abt. II, Bd.4, Nr.67  
[Verbot des Vereins der Metallarbeiter Münchens aufgrund des Sozialistengesetzes]
- 11.03.1887 Immediatbericht des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher, des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer, des Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach und des Justizministers Dr. Heinrich Friedberg an Kaiser Wilhelm I. Abt. II, Bd.6, Nr.36  
[Die Zwecke der Stiftung „Kaiser-Wilhelms-Spende“ sollen im Hinblick auf eine Förderung von Wohltätigkeitseinrichtungen der Arbeiterschaft ausgedehnt und diese damit stärker einbezogen werden; entsprechende Statutänderungen werden vorgeschlagen]
- 19.03.1887 Bericht der Regierung Düsseldorf an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.302  
[Zum Verhältnis zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Fabrikaufsicht: Unterschiedliche Erfolge bei der Absprache von Unfallverhütungsvorschriften; eine oberste Instanz muß geschaffen werden; Befürchtungen der Berufsgenossenschaften, ihre Unfallverhütungsvorschriften könnten die strafrechtliche Verfolgung bei Unfällen erleichtern]
- 19.03.1887 Protokoll der 1. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.3, Nr.136  
[Diskussion über einen Antrag des Zentrumsabgeordneten Franz Hitze über die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf alle Betriebe, die „elementare Kraft“ benutzen]
- 23.03.1887 Protokoll der 2. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.3, Nr.137  
[Fortsetzung der Diskussion über den Antrag des Abgeordneten Franz Hitze über die Ausdehnung des Geltungsbereichs der Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung. Ab welcher Arbeiterzahl soll ein Gewerbebetrieb einer Fabrik gleichgestellt werden? Ablehnung des Antrags Hitze in erster Kommissionslesung]
- 30.03.1887 Erlaß des Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen an den Polizeisekretär Otto Atzrott und die Exekutivbeamten Abt. II, Bd.4, Nr.68  
[Eine wirksame Kontrolle der Lohnkommissionen und damit des Streikwesens wird sich am ehesten erreichen lassen, wenn sie als staatlicher Aufsicht unterworfenen Gesellschaften im Sinne des Landrechts oder besser noch als Versicherungsanstalten im Sinne des Reichsstrafgesetzbuchs und preußischen Versicherungsgesetzes betrachtet werden]
- 31.03.1887 Statut der Kaiser-Wilhelms-Spende. Allgemeine deutsche Stiftung für Altersrenten- und Kapitalversicherung Abt. II, Bd.6, Anh.B Nr.2  
[Versicherung von Rente oder Kapital für die „gering bemittelten Klassen des deutschen Volkes“, Detailvorschriften über Verwaltung und Leistungsmöglichkeiten einschließlich Rückgewähr]
- 01.04.1887 Sitzungsprotokoll des Gewerbegerichts Elberfeld Abt. II, Bd.4, Nr.69  
[Entscheidungen über Streitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern]
- 01.04.1887 Sitzungsprotokoll des 42. Armenpflegervereins in Dresden Abt. II, Bd.7, Nr.94  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 04.04.1887 Fränkische Tagespost Nr. 79. Zur Unfallversicherung Abt. II, Bd.2.2, Nr.303  
[Anhand eines konkreten Beispiels werden schleppende Verfahren vor dem Nürnberger Schiedsgericht und unzureichende Entschädigungen kritisiert]
- 16.04.1887 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.304  
[Zum Verhältnis zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Fabrikaufsicht: Die Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften sollen den Fabrikinspektoren und Ortspolizeibehörden mitgeteilt werden; beim Erlaß der Unfallverhütungsvorschriften soll mit den Fabrikinspektoren zusammengearbeitet werden]



- 16.04.1887 Schreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.2.2, Nr.305  
[Tätigkeit bzw. Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften und der staatlichen Gewerbeaufsicht müssen aufeinander abgestimmt werden]
- 21.04.1887 Protokoll der 3. Sitzung der VII. Kommission des Reichstags Abt. II, Bd.3, Nr.138  
[Nationalliberale Kommissionsmitglieder bringen einen Antrag auf Ausdehnung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung auf Betriebe mit durch elementare Kraft bewegten Triebwerken ein; Debatte über Mißstände in der Hausindustrie; Annahme des Antrags der Nationalliberalen]
- 27.04.1887 Bericht des Polizeiamts Mainz an das Armenamt Abt. II, Bd.7, Nr.95  
[Die Eignung eines Tagelöhners und seiner Frau als Pflegeeltern wird bestätigt]
- 30.04.1887 Denkschrift des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.3, Nr.139  
[Prinzipielle Stellungnahme des Zentralverbands zum Ausbau des Arbeiterschutzes und den diesbezüglichen Anträgen im Reichstag: Ein Normalarbeitstag wird abgelehnt; eine verkürzte Samstagarbeit und die partielle Einschränkung der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen kann hingenommen werden; die Regelungen zur Kinderfabrikarbeit dürfen nicht verändert werden; auch die gesetzlichen Bestimmungen für die Fabrikarbeit Jugendlicher genügen]
- 30.04.1887 Vertrag zwischen dem Barmer Ärzteverein und der Allgemeinen Ortskrankenkasse Barmen Abt. II, Bd.5, Nr.118  
[Pflichten und Rechte der Ärzte, Honorarfestsetzung, weitgehende Rechte des Kassenvorstands]
- 01.05.1887 Vossische Zeitung Nr. 201, Morgenausgabe. Gewerbliche Schiedsgerichte Abt. II, Bd.4, Nr.70  
[Die Einführung gewerblicher Schiedsgerichte stärkt das Selbst- und Staatsgefühl der Arbeiter; als Einigungsamt verhindert es Arbeitseinstellungen]
- 02.05.1887 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.306  
[Phosphorhämorrhagie ist kein Arbeitsunfall, sondern eine nicht entschädigungsfähige Berufskrankheit; ein Arbeitsunfall ist nur bei einem zeitlich abgrenzbaren Vorfall gegeben]
- 06.05.1887 Schreiben des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller an den Vorsitzenden der Handelskammer Bochum Louis Baare Abt. II, Bd.3, Nr.140  
[Die Handelskammer wird aufgefordert, Protest gegen die bereits bekanntgewordenen Beschlüsse der VII. Reichstagskommission zum Arbeiterschutz einzulegen]
- 09.05.1887 Bericht der VII. Kommission an den Reichstag mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.3, Nr.141  
[Antrag auf Abänderung der Gewerbeordnung: Schulpflichtige Kinder dürfen nicht in Fabriken arbeiten; Verlängerung des Mutterschutzes auf vier Wochen nach der Niederkunft; Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Fabrikarbeiterinnen; Zehnstundentag für Fabrikarbeiterinnen mit eigenem Haushalt; Ausdehnung des Geltungsbereichs der Fabrikgesetzgebung: Werkstätten, die Maschinen mit elementarer Kraft antreiben, werden hinsichtlich des Arbeiterschutzes wie Fabriken behandelt; Verbot der Kinderarbeit unter Tage]
- 10.05.1887 Sitzungsprotokoll des Gewerbegerichts Elberfeld Abt. II, Bd.4, Nr.71  
[Die Vergleichskammer des Gewerbegerichts verhandelt Streitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern]
- 12.05.1887 Eingabe der Handels- und Gewerbekammer Plauen an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.142  
[Zunahme der Kinderarbeit in Maschinenstickereien; gegen die erhebliche Kinderarbeit in nicht als Fabriken angesehenen kleineren Betrieben ist „extensive“ Ausdehnung der Schutzbestimmungen nötig; weitere gesetzliche „intensive“ Einschränkung der Kinderarbeit wird abgelehnt]
- 14.05.1887 Denkschrift des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.3, Nr.143  
[Stellungnahme zum Bericht der VII. Kommission des Reichstags: Die dort gemachten Anträge zur Frauen- und Kinderarbeit werden abgelehnt; Zugeständnisse sind nur denkbar bei der Ausdehnung des Wöchnerinnenschutzes, beim Verbot der Nachtarbeit von Arbeiterinnen und bei verkürzter Samstagarbeit von Frauen und Jugendlichen]
- 20.05.1887 Schreiben des Ausschusses der Berufsgenossenschaftsvorstände an die Berufsgenossenschaftsvorstände Abt. II, Bd.2.2, Nr.307  
[Einladung zur Gründung eines „Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften“]

- 20.05.1887 Gesetz, betreffend die Abgrenzung und Organisation der Berufsgenossenschaften aufgrund des § 110 des Reichsgesetzes über die Kranken- und Unfallversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen Abt. II, Bd.2.2, Nr.308  
[Preußisches Ausführungsgesetz zum Reichsgesetz über die Kranken- und Unfallversicherung in der Land- und Forstwirtschaft: In jeder Provinz wird eine landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft gebildet, deren Verwaltung an die Organe der Selbstverwaltung übertragen werden kann]
- 21.05.1887 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Außenminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.309  
[Kompetenzklärung: Das Reichsversicherungsamt soll nicht direkt an die Regierungen der Bundesstaaten herantreten. Verhältnis zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Fabrikaufsicht: Den Berufsgenossenschaften sollen behördliche Gefahrenschutzverordnungen mitgeteilt werden; die Tätigkeit der Beauftragten der Berufsgenossenschaften hat bereits zu Widersprüchen zu Anordnungen von Fabrikinspektoren geführt]
- 25.05.1887 Eingabe des Vorsitzenden des Vereins Deutscher Juteindustrieller Julius Spiegelberg an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.144  
[Weitere Einschränkung der Kinderarbeit schädigt die Industrie; die Positionen des Zentralverbands Deutscher Industrieller werden unterstützt; die Textilindustrie benötigt Kinderarbeit zur Ausbildung fähiger Arbeiter]
- 25.05.1887 Eingabe der Handelskammer Dortmund an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.145  
[Der dem Reichstag zur Beschlußfassung vorliegende Arbeiterschutzantrag der Zentrumsfraktion wird abgelehnt; Handlungsbedarf beim Ausbau des Arbeiterschutzes für Frauen und Kinder besteht nicht in den Fabriken, sondern in erster Linie in der Hausindustrie]
- 00.06.1887 Eingabe von Berliner Maurergesellen an den Reichstag Abt. II, Bd.4, Nr.73  
[Die Berliner Maurer sind ihres Rechts auf Versammlung und Vereinigung und damit auch des Koalitionsrechts beraubt worden]
- 03.06.1887 Bericht des Fabrikinspektors David Steinert an den Hamburger Senator Dr. Gerhard Hachmann Abt. II, Bd.2.2, Nr.310  
[Der Fabrikinspektor berichtete über Erfahrungen bei der Zusammenarbeit zwischen Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften; eine solche Zusammenarbeit ist grundsätzlich notwendig; Einschränkungen der Befugnisse der Gewerbeaufsicht sollen vermieden werden]
- 04.06.1887 Erlaß des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen Abt. II, Bd.3, Nr.146  
[Die Anträge der VII. Reichstagskommission zur Einschränkung der Kinderarbeit werden mit Hinweis auf entsprechende Stellungnahmen sächsischer Handels- und Gewerbekammern abgelehnt]
- 08.06.1887 Unfallverhütungsvorschriften der Hessen-Nassauischen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.311  
[Detaillierte Sicherheitsvorschriften für Unternehmer und Arbeiter mit Strafbestimmungen]
- 09.06.1887 Votum des badischen Innenministers Dr. Ludwig Turban für das Staatsministerium Abt. II, Bd.3, Nr.147  
[Der Ausbau des Schutzes von Arbeiterinnen und Kindern in Fabriken ist möglich; die Altersgrenze für Kinderfabrikarbeit soll reichseinheitlich geregelt werden; ein Arbeitsverbot für Arbeiterinnen in Steinschleifereien ist nicht notwendig; für Saisonarbeiterinnen soll Nachtarbeit auch weiterhin zulässig sein; gesonderte Wasch- und Umkleieräume für Männer und Frauen sind in der Regel überflüssig]
- 09.06.1887 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Geheimrat im sächsischen Außenministerium Werner von Watzdorf Abt. II, Bd.3, Nr.148  
[Bericht vom ersten Tag der zweiten Lesung der Arbeiterschutzanträge im Reichstag; die Kinderarbeit in Sachsen bestimmt die Debatte; nahezu einstimmige Annahme der Kommissionsanträge zur Kinderarbeit]
- 10.06.1887 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Unterstaatssekretär im preußischen Handelsministerium Eduard Magdeburg Abt. II, Bd.3, Nr.149  
[Ausbau der Fabrikinspektion wird gefordert: Die Dampfkesselrevision soll Aufgabe der Fabrikinspektoren werden, deren Bezahlung muß erheblich verbessert und die Zahl der Beamten um die Hälfte erhöht werden. Von Boetticher in der Randbemerkung: Mitteilung über Vortrag bei Bismarck; nur bei unabweisbarem Bedürfnis können neue Stellen geschaffen werden; Verbesserung der Bezahlung kann erfolgen]
- 12.06.1887 Protokoll der Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Abt. II, Bd.3, Nr.150  
[Aktivitäten zur Verhinderung des Ausbaus der Arbeiterschutzgesetzgebung]
- 13.06.1887 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichstag Abt. II, Bd.3, Nr.151  
[Vorlage der „Ergebnisse der Erhebungen über die Beschäftigung gewerblicher Arbeiter an Sonn- und Festtagen“; ein ergänzender „Generalbericht“ wird in Aussicht gestellt]

- 17.06.1887 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Geheimrat im sächsischen Außenministerium Werner von Watzdorf Abt. II, Bd.3, Nr.152  
[Der Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher regt informell an, Sachsen solle hinsichtlich des Ausbaus des Arbeiterschutzes initiativ werden; dies könne Bismarck vielleicht von seiner Ablehnung abbringen]
- 17.06.1887 Beschluß des Reichstags Abt. II, Bd.3, Nr.153  
[Abänderung der Gewerbeordnung: Schulpflichtige Kinder dürfen nicht in Fabriken arbeiten; Verlängerung des Mutterschutzes auf vier Wochen nach der Niederkunft; Arbeitsverbote für Frauen für bestimmte Tätigkeiten; Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Fabrikarbeiterinnen; Zehnstudentag für verheiratete Fabrikarbeiterinnen; Verbot der Kinderarbeit unter Tage. Resolutionen: Der Bundesrat wird aufgefordert, dem Reichstag einen Gesetzentwurf zur Regelung der Kinderarbeit außerhalb von Fabriken vorzulegen; außerdem soll eine Enquete zur Arbeitszeit erwachsener Fabrikarbeiter durchgeführt werden]
- 19.06.1887 Brief des Hannoveraner Professors für Gewerbliche Gesundheitslehre Dr. Julius Post an den Straßburger Professor für Nationalökonomie Dr. Lujo Brentano Abt. II, Bd.1, Nr.72  
[Positiver Bericht über betriebliche Sozialpolitik einzelner Unternehmer]
- 23.06.1887 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.312  
[Ein „Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften“ soll gegründet werden. Bismarck in den Randbemerkungen: Zustimmung]
- 23.06.1887 Bericht des badischen Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.3, Nr.154  
[In der Arbeiterschutzfrage sind positive Vorschläge seitens des Bundesrats notwendig; ein ausschließlich negatives Verhalten stärkt die Opposition]
- 24.06.1887 Sitzungsprotokoll des Gewerbegerichts Elberfeld Abt. II, Bd.4, Nr.72  
[Entscheidungen über Streitigkeiten zwischen Gewerbetreibenden und Arbeitnehmern]
- 25.06.1887 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.313  
[Bödiker versucht seinen unmittelbaren Schriftverkehr mit Landeszentralbehörden zu rechtfertigen; dieser sei zur Klärung des Verhältnisses zwischen Berufsgenossenschaften und staatlicher Gewerbeaufsicht notwendig]
27. u. 28.06.1887 Frankfurter Zeitung Nr. 178 [und Nr. 179]. Erste Versammlung deutscher Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.314  
[Bericht über den ersten Berufsgenossenschaftstag]
- 27.06.1887 Protokoll des I. ordentlichen Verbandstags der deutschen Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.315  
[Zum Verhältnis von staatlicher Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften beim Erlass von Unfallverhütungsvorschriften]
- 04.07.1887 Bericht des Beauftragten Ernst Krumbhorn für die III. Versammlung der VI. Sektion der Rheinisch-Westfälischen Textil-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.316  
[Der Beauftragte berichtet über seine Betriebsüberwachungen]
- 05.07.1887 Erlass des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen Abt. II, Bd.3, Nr.155  
[Den vom Reichstag beschlossenen Arbeiterschutzbestimmungen kann im Bundesrat mit Ausnahme derjenigen über besondere Arbeitszeiten für verheiratete Fabrikarbeiterinnen und der Anhebung des Schutzesalters für Kinderfabrikarbeit zugestimmt werden, falls dies von anderen Bundesstaaten beantragt werden sollte]
- 06.07.1887 Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung mit Denkschrift Abt. II, Bd.6, Nr.37  
[Versicherungszwang für Arbeiter und für Angestellte bis zu einem Jahreseinkommen von 2000 M.; Renten bei einem Alter von 70 Jahren und dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit; je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragene Beiträge, Kapitaldeckung, Reichszuschuß in Höhe von einem Drittel der Renten; Altersrenten betragen 60 M., Invalidenrenten zwischen 120 und 250 M. jährlich für Männer (für Frauen nur 2/3; zusätzliche Kapital- und Rentenanwartschaften möglich; Berufsgenossenschaften als Versicherungsträger; Arbeitervertreter, Vertrauensmänner und Schiedsgerichte als weitere Organe; Beitragserhebung mit Hilfe von Quittungsbüchern. Denkschrift mit Begründung der Grundzüge: keine Witwen- und Waisenfürsorge; Notwendigkeit, alle Arbeiter zu versichern; Versicherungsanstalten der Berufsgenossenschaften sollen ein Risikokartell bilden; Einheitsrenten erscheinen zweckmäßiger als Abstufung nach Individual- oder Durchschnittsverdiensten; Beitragsbemessung nach Gefahrenklassen; Renten sollen nur für notdürftigen Lebensunterhalt an billigem Ort reichen; Wartezeiten sind nötig, jedoch Ausnahmen möglich; jährliche Gesamtkosten ca. 156 Mio. M.; Kapitaldeckung belastet die Zukunft weniger]

09. u. 16.07. 1887 Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung Nr. 28 [und Nr. 29]. Otto Stolten: Fingerzeige für die Anwendung der die Arbeitsverhältnisse betreffenden Bestimmungen der Gewerbeordnung [Aufklärung darüber, was unter „freier Übereinkunft“ zu verstehen ist, welche Bedeutung die Kenntnis der Fabrikordnung für die Arbeiter hat, und darüber, welche rechtlichen Voraussetzungen für die Kündigung bestehen] Abt. II, Bd.4, Nr.74
- 10.07.1887 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Legationsrat Dr. Georg von Schwartzkoppen [Bismarck hat die Privilegierung der freien (Hilfs-)Kassen gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen beanstandet und drängt auf Abänderung] Abt. II, Bd.5, Nr.119
- 11.07.1887 Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der bei den Bauten beschäftigten Personen [Durch ein eigenständiges Gesetz werden durch die bisherigen Unfallversicherungsgesetze noch nicht erfaßte Bauarbeiter versicherungspflichtig; Mittelaufbringung durch Kapitaldeckungsverfahren, Sonderregelungen für Regiebauten; Einrichtung einer Unfallversicherungsanstalt] Abt. II, Bd.2.2, Nr.317
- 12.07.1887 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker [Bei der Zusammenarbeit von staatlicher Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften müssen die Bundesregierungen das Reichsversicherungsamt nicht einbeziehen] Abt. II, Bd.2.2, Nr.318
- 12.07.1887 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck [Moderate Vorschläge zur Stärkung der Position der Ortskrankenkassen gegenüber den freien Hilfskassen im Rahmen einer Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes] Abt. II, Bd.5, Nr.120
- 12.07.1887 Zusammenstellung des Reichsversicherungsamts aus den Jahresberichten der Schiedsgerichtsvorsitzenden [Verschiedene Schiedsgerichtsvorsitzende berichten über Mängel des Unfallversicherungsgesetzes bzw. des Verfahrens vor den Schiedsgerichten] Abt. II, Bd.2.2, Nr.319
- 13.07.1887 Gesetz, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute und anderer bei der Seeschifffahrt beteiligter Personen [Durch ein eigenständiges Gesetz (ohne Bezugnahme auf das Unfallversicherungsgesetz vom 6.7.1884) wird die Unfallversicherung auf Schiffsbesatzungen und weitere Beschäftigte der Seeschifffahrt ausgedehnt; Einbeziehung von Unfällen infolge von „Elementarereignissen“] Abt. II, Bd.2.2, Nr.320
- 27.07.1887 Votum des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Robert Lucius für das Staatsministerium [Aufbau der neuen Versicherungsorganisation der Alters- und Invalidenversicherung sollte noch hinausgezögert werden; eine Überlastung der landwirtschaftlichen Arbeitgeber ist zu befürchten] Abt. II, Bd.6, Nr.38
- 29.07.1887 Eingabe des Vorstands des Fachvereins der Tischler an den Hamburger Senat [Beschwerde gegen die Auflösung des Fachvereins der Tischler wegen Versuchs, die Tischlerinnung zu sprengen; nicht dies, sondern die Wahrnehmung des § 152 der Gewerbeordnung habe in der Absicht des Fachvereins gelegen; die Innung sei eine rein fakultative, durch private Interessen bestimmte Institution, nicht aber ein Glied der staatlichen Ordnung] Abt. II, Bd.4, Nr.75
- 04.08.1887 Eingabe des Geschäftsführers des Zentralverbands Deutscher Industrieller Georg Ferdinand Beutner an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher [Bitte um ein Exemplar der Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung vom 6.7.1887 zur Vorbereitung im Zentralverband; eine starke Opposition zum Projekt innerhalb der Industrie wird befürchtet] Abt. II, Bd.6, Nr.39
- 05.08.1887 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen [Die Unfallstatistik soll weiterhin vom Reichsversicherungsamt zusammengestellt werden] Abt. II, Bd.2.2, Nr.321
- 17.08.1887 Statut des Märkischen Knappschaftsvereins Bochum [Bestimmungen über das Invalidengeld] Abt. II, Bd.6, Anh.B Nr.7
- 19.08.1887 Bescheid des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg [Die Beschwerde gegen das Verbot des Fachvereins der Tischler wird abgewiesen; der Fachverein zielt darauf ab, die Existenz und Lebensfähigkeit der Tischlerinnung zu untergraben, obwohl dieser an sich staatliche Aufgabe übertragen sind] Abt. II, Bd.4, Nr.76

- 21.08.1887 Votum des preußischen Finanzministers Dr. Adolf von Scholz für das Staatsministerium Abt. II, Bd.6, Nr.40  
[Für den neuen Versicherungstyp der Alters- und Invalidenversicherung empfiehlt sich schrittweises Vorgehen; Unzufriedenheit mit unzulänglichen Renten und zu hoher Beitragsbelastung ist zu befürchten; der bürokratische Aufwand ist zu hoch; der Reichszuschuß muß aus volkswirtschaftlichen Gründen über Umlage aufgebracht werden]
- 24.08.1887 Votum des preußischen Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert Maybach für das Staatsministerium Abt. II, Bd.6, Nr.41  
[Auf freiwillige und zusätzliche Versicherung sollte verzichtet werden; eine eigene Altersversicherung sollte gar nicht oder mit wesentlich besseren Leistungen eingeführt werden; die Karenzzeiten sind zu hoch; auch selbstverschuldete Invalidität sollte versichert sein; weitere Einwände gegen Organisation und Verfahren]
- 29.08.1887 Rede des Reichstagsabgeordneten Franz Hitze auf der 34. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Abt. II, Bd.3, Nr.156  
[Der deutsche Arbeiterschutz ist im europäischen Vergleich rückständig; Sonntagsarbeit bzw. Frauen- und Kinderarbeit zerstört das Familienleben; Arbeiterschutz als Notwendigkeit von Menschenwürde und christlicher Kultur]
- 30.08.1887 Schreiben des Legationsrats in der Reichskanzlei Dr. Georg von Schwartzkoppen an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.5, Nr.121  
[Vorteile der freien Hilfskassen gegenüber den Ortskrankenkassen]
- 31.08.1887 Schreiben des Legationsrats in der Reichskanzlei Dr. Georg von Schwartzkoppen an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.5, Nr.122  
[Bismarcks Bedenken gegen die besonderen Rechte der Hilfskassen, diese widersprechen dem Gesetzeszweck]
- 00.09.1887 Erhebung des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller: 86 Arbeiter-Pensionskassen der deutschen Eisenindustrie Abt. II, Bd.6, Anh.C Nr.1  
[Der Verein hat unter seinen Mitgliedern eine Erhebung über das Vorhandensein und die Funktion von Arbeiterpensionskassen durchgeführt; die Ergebnisse wurden für 72 Hüttenwerkskassen und 14 Kassen der Maschinenbauindustrie ausgewertet]
- 03.09.1887 Schreiben des Armenamts Leipzig an das Armenamt Mainz Abt. II, Bd.7, Nr.96  
[Erstattungsgesuch des Armenamts Leipzig für Hilfsbedürftige mit Unterstützungswohnsitz in Mainz; das Armenamt sistiert das Ausweisungsverfahren]
- 08.09.1887 Schreiben des Legationsrats Dr. Georg von Schwartzkoppen an den Unterstaatssekretär im preußischen Staatsministerium Gustav Homeyer mit Denkschrift Abt. II, Bd.6, Nr.42  
[Direktiven Bismarcks für ein Votum betreffend die Alters- und Invalidenversicherung: Arbeiterversorgung sollte als nationales Bedürfnis aus Steuermitteln des Reiches bezahlt werden; es ist zu erwägen, ob die Einrichtung und Finanzierung der Versicherung zunächst bei den Stadtgemeinden beginnen soll]
- 11.09.1887 Votum des preußischen Ministerpräsidenten Otto Fürst von Bismarck für das Staatsministerium Abt. II, Bd.6, Nr.43  
[Alters- und Invalidenversicherung sollte als nationales Bedürfnis aus Steuermitteln des Reiches bezahlt werden; es ist zu erwägen, ob die Einrichtung der Versicherung zunächst bei den großen Städten und Fabrikbezirken beginnen soll]
- 19.09.1887 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Bezirksregierungen Abt. II, Bd.2.2, Nr.322  
[Verhältnis der Berufsgenossenschaften und staatlicher Gewerbeaufsicht: Den Berufsgenossenschaften sollen staatliche Gefahrenschutzverordnungen mitgeteilt werden; widersprechende Anordnungen sollen erst nach Genehmigung durch das Handelsministerium erlassen werden]
- 19.09.1887 Erlaß des preußischen Justizministers Dr. Heinrich Friedberg an die Oberstaatsanwälte in Berlin, Breslau, Celle, Hamm, Köln, Königsberg, Marienwerder, Naumburg a. S., Posen und Stettin Abt. II, Bd.5, Nr.123  
[Die von zentralen Hilfskassen gegründeten Medizinalvereine sind Versicherungsunternehmungen; Errichter und Leiter machen sich nach § 360 Nr. 9 RStGB strafbar, sofern jene nicht staatlich genehmigt sind; Aufforderung zur Strafverfolgung, die sich faktisch gegen Sozialdemokraten richtet]
- 22.09.1887 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.6, Nr.44  
[Die Arbeiterversicherungsgesetzgebung steckt in einer Sackgasse, der Staat wird zu stark belastet; eine Umkehr ist jedoch aufgrund des „Gedankenbanns“, unter dem die Verantwortlichen stehen, unwahrscheinlich]

- 27.09.1887 Schreiben des badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.45  
[Anstelle von Renten sollte auch Kapitalzahlung möglich sein; berufsgenossenschaftliche Organisation ist zu zersplittert und als Versicherungsträger ungeeignet; statt dessen sollten staatliche Anstalten errichtet werden; Beiträge sollten einheitlich bemessen werden]
- 29.09.1887 Schreiben des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.46  
[Eigenständige Altersversicherung sollte wegfallen; statt Berufsgenossenschaften sollten territoriale Anstalten Versicherungsträger werden]
- 04.10.1887 Entschließung des Parteitags der deutschen Sozialdemokratie in St. Gallen Abt. II, Bd.1, Nr.73  
[Das System der indirekten Steuern ist gegen die nichtbesitzende Bevölkerung gerichtet; Ablehnung der Arbeiterschutzvorschläge der Sozialdemokraten bezeugen den fehlenden Willen zu einer Verbesserung der Lage der Arbeitenden]
- 05.10.1887 Frankfurter Zeitung Nr. 278, Erstes Morgenblatt Abt. II, Bd.7, Nr.97  
[Auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit ist eine Kommission zur Prüfung der Reformbedürftigkeit des Landarmenwesens eingesetzt worden; behandelt wurde auch die Schaffung von Arbeitsnachweisen und die Beschäftigung Arbeitsloser als Mittel vorbeugender Armenpflege]
- 10.10.1887 Schreiben des württembergischen Außenministers Dr. Hermann Freiherr von Mittnacht an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.47  
[Der Versichertenkreis der Alters- und Invalidenversicherung soll auf die Industriearbeiter eingeschränkt werden; eine prozentuale Bemessung der Renten nach dem Lebensarbeitsverdienst ist zu erwägen; die Versicherten sollten stärker an der Verwaltung beteiligt werden]
- 13.10.1887 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.6, Nr.48  
[Haupteinwände gegen die Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung vom 6.7.1887 werden referiert und kritisiert, teilweise aber als berechtigt anerkannt; Bismarck votiert erneut für eine gesetzliche Altersversorgung]
- 14.10.1887 Volkszeitung Nr. 240 Abt. II, Bd.3, Nr.157  
[Äußerungen des Aachener Gewerberats Dr. Friedrich Adolf Bernoulli über mangelnde Kontrolle der Kinderarbeit in Deutschland durch die Polizeibehörden auf dem VI. Internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie werden in der Polemik gegen die offiziöse „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ verwendet]
- 15.10.1887 Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung. Der Fabrikinspektor, wie er sein soll Abt. II, Bd.1, Nr.74  
[Programmatik effizienter und arbeiterfreundlicher Fabrikinspektion]
- 18.10.1887 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.3, Nr.158, Abt. II, Bd.6, Nr.49  
[Mitteilung einer Äußerung Bismarcks gegen die Reichstagsbeschlüsse zum Ausbau des Schutzes von Frauen und Kindern in Fabriken. – Bismarck will an den Berufsgenossenschaften als Versicherungsträger festhalten; Marschall schlägt die Zusammenfassung von mehreren Berufsgenossenschaften zu einer Versicherungsanstalt vor]
- 19.10.1887 Schreiben der Mitglieder der Prokura der Essener Gußstahlwerke Fried. Krupp Ludwig Klüpfel und Johann Friedrich Jencke an den Düsseldorfer Regierungsrat Dr. Gustav Koenigs Abt. II, Bd.3, Nr.159  
[Bei Krupp wurde ein jugendlicher Arbeiter am Sonntag unzulässig beschäftigt; Krupp droht mit der Entlassung sämtlicher jugendlicher Arbeiter und kündigt eine Initiative zur Abänderung der Gewerbeordnung hinsichtlich der Verantwortlichkeit der Betriebsbesitzer bei Verstößen an]
- 22.10.1887 Eingabe des Innungsverbandes Deutscher Baugewerksmeister an den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.4, Nr.77  
[Der Innungsverband wendet sich gegen die nicht hinreichend konsequente Anwendung der bestehenden Gesetze im Fall von Arbeitseinstellungen seitens der Verwaltungsbehörden; die preußische Regierung wird ersucht, entsprechende Anweisungen an die Behörden ergehen zu lassen]
- 25.10.1887 Schreiben des bayerischen Ministers des Königlichen Hauses und Außenministers Krafft Freiherr von Crailsheim an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.50  
[Eigenständige Altersversicherung sollte wegfallen; der Versichertenkreis ist wie bei der Unfallversicherung einzuschränken; anstelle von Berufsgenossenschaften sollten territoriale Versicherungsanstalten Träger werden]

- 27.10.1887 Schreiben des Armenamts Frankfurt am Main an den Armenverein Abt. II, Bd.7, Nr.98  
[Vorschlag für eine Regelung der Beschäftigung von Arbeitslosen, die das Armenamt nicht unterstützen will oder die durch Zuweisung von Arbeit unterstützt werden sollen, durch den Armenverein]
- 28.10.1887 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.324  
[Die Berufsgenossenschaften werden zur Mitarbeit an einer geplanten Unfallverhütungsausstellung aufgefordert]
- 09.11.1887 Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter mit Denkschrift Abt. II, Bd.6, Nr.51  
[Versicherungszwang für alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Angestellten über 2000 M. Jahreseinkommen und der Beamten; Altersrenten bei einem Alter von 70 Jahren, Invalidenrenten bei dauernder völliger Erwerbsunfähigkeit; Kapitaldeckung durch je zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragene Beiträge, Reichszuschuß in Höhe von einem Drittel der Renten; Altersrenten betragen 120 M., Invalidenrenten zwischen 120 und 250 M. jährlich für Männer (für Frauen nur 2/3); Berufsgenossenschaften als Versicherungsträger; Arbeitervertreter, Vertrauensmänner und Schiedsgerichte als weitere Organe; Quittungsbücher. Denkschrift mit Begründung der Grundzüge: keine Witwen- und Waisenfürsorge; Ausbau der Berufsgenossenschaften zu zentralen sozialpolitischen Organen; wegen hoher Berufsmobilität sollen alle Arbeiter erfaßt werden; Einheitsrenten erscheinen zweckmäßiger als Abstufung nach Individual- oder Durchschnittsverdiensten; Beitragsbemessung nach Gefahrenklassen; Renten sollen nur für notdürftigen Lebensunterhalt an billigem Ort reichen; Wartezeiten sind nötig, jedoch Ausnahmen möglich; jährliche Gesamtkosten ca. 156 Millionen Mark; Prämiendeckung bei den Beiträgen belastet die Zukunft weniger; Reichszuschuß über Umlage der tatsächlichen jährlichen Kosten]
- 10.11.1887 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.4, Nr.78  
[Die Revision eines Urteils auf Verbot des Fachvereins der Tischler in Altona wird verworfen; die Beschränkungen des Vereinsrechts werden durch das Koalitionsrecht nicht aufgehoben; sobald gewerbliche Koalitionen zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen und Löhne das gewerbliche Gebiet verlassen und auf das staatliche Gebiet herübergreifen, werden sie zu politischen Vereinen]
- 10.11.1887 Vermerk der Hamburger Senatsverwaltung Abt. II, Bd.6, Nr.52  
[Die wichtigsten inhaltlichen Abänderungen der Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung vom 9.11.1887 gegenüber denen vom 6.7.1887 werden aufgeführt]
- 15.11.1887 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.325  
[Bei vorhandener konstitutioneller Anlage zu einem Leistenbruch ist das Auftreten eines Bruchschadens nicht als Arbeitsunfall anzusehen]
- 16.11.1887 Schreiben des Vorstands der Knappschafts-Berufsgenossenschaft an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.326  
[Trotz erfolgten Rekursentscheids des Reichsversicherungsamts läßt die Knappschafts-Berufsgenossenschaft ein weiteres ärztliches Gutachten über einen „Simulanten“ anfertigen und beantragt die Einstellung der Rentenzahlungen an den „Betrüger“]
- 21.11.1887 Eingabe der Handelskammer Lennep an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.3, Nr.160  
[Für völliges Verbot der Kinderarbeit auch außerhalb von Fabriken; auch in der Textilindustrie ist keine Kinderarbeit notwendig; der Ausbau des Schutzes für Fabrikarbeiterinnen wird befürwortet: Verbot der Nacharbeit, Normalarbeitstag von 10 Stunden für verheiratete Arbeiterinnen, verkürzte Samstagsarbeit]
- 22.-26.11.1887 Protokoll einer Beratung im Reichsamt des Innern, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes Abt. II, Bd.5, Nr.124  
[Sachverständigenberatung über Reformnotwendigkeiten der Krankenversicherung, hier insbesondere über § 75, Abstimmung über die Abänderungsvorschläge]
- 23.11.1887 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Aachener Regierungspräsidenten Otto von Hoffmann Abt. II, Bd.3, Nr.161  
[Der Aachener Gewerberat Dr. Friedrich Adolf Bernoulli erhält aufgrund von Äußerungen auf dem VI. Internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie in Wien einen scharfen Verweis; weiteres Auftreten auf Kongressen wird ihm untersagt]
- 23.11.1887 Sitzungsprotokoll des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.6, Nr.53  
[Nach Diskussionen über den Umfang der Alters- und Invalidenversicherung, die Ausdehnung auf Witwen und Waisen, das Kapitaldeckungs- oder Umlageverfahren und die Organisation der Versicherung erklärt sich der Ausschuß für die Beibehaltung der Vorlage unter Einführung des Umlageverfahrens; die vorgesehene Trägerschaft der Berufsgenossenschaften wird befürwortet]

- 23.11.1887 Referat des Geheimen Finanzrats a. D. Johann Friedrich Jencke in einer Ausschußsitzung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.6, Nr.54  
[Bei grundsätzlicher Zustimmung zu den Grundzüge zur Alters- und Invalidenversicherung vom 9.11.1887 wird die Übertragung der Organisation an die Berufsgenossenschaften kritisiert und vorgeschlagen, statt dessen die Kommunalverbände einzusetzen]
- 24.11.1887 Rede des stellvertretenden Reichskanzlers Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der II. Session des 7. Reichstags Abt. II, Bd.1, Nr.75  
[Ankündigung von Gesetzentwürfen zur Alters- und Invalidenversicherung, zur Ausdehnung der Unfallversicherung und zur Novellierung des Genossenschaftsgesetzes]
- 26.11.1887 Votum des bayerischen Innenministers Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch für das Ministerium des königlichen Hauses und das Außenministerium Abt. II, Bd.3, Nr.162  
[Die Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit sollen im Bundesrat abgelehnt werden; Mißstände bei der Frauen- und Kinderarbeit sind in Bayern nicht festgestellt worden]
- 27.11.1887 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.327  
[Zum Abbau von Rückständen ist eine Neuorganisation der Spruchsitzen des Reichsversicherungsamts notwendig; die zeitintensive Zuziehung der Arbeitnehmervertreter erzeugt Schwierigkeiten mit deren Arbeitgebern]
- 28.11.1887 Resolution einer Mitgliederversammlung der Ortsvereine Berlin und Umgebung der Deutschen Gewerksvereine Abt. II, Bd.6, Nr.55  
[Gegen die geplante Zwangsversicherung (Alters- und Invalidenversicherung) und für die Einrichtung freier, selbstverwalteter Versorgungskassen]
- 29.11.1887 Denkschrift des Kalkulators im Reichsamt des Innern Dr. Adolf Beckmann für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.56  
[Herleitung und Diskussion der Methoden zur Berechnung der Belastung durch die Alters- und Invaliditätsversicherung: Die jährliche Gesamtbelastung durch Alters- und Invalidenrenten liegt demnach bei 132 Millionen Mark + 11 Millionen Mark Verwaltungskosten; pro Arbeitstag eines männlichen Arbeiters ist ein Gesamtbeitrag von 5 Pf. erforderlich]
- 30.11.1887 Gutachten des Industriellen Karl Ferdinand Stumm für den Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen der Saar-Industrie Abt. II, Bd.6, Nr.57  
[Träger der Alters- und Invaliditätsversicherung soll der Staat sein; nicht für Berufsgenossenschaften der Industrie; gegen unbedingte Altersrente vom 70. Lebensjahr ab und gegen „Billigkeitsrente“]
- 08.12.1887 Protokoll der dritten Sitzung des permanenten Ausschusses des preußischen Volkswirtschaftsrats Abt. II, Bd.6, Nr.58  
[Generaldebatte über die Organisation der Alters- und Invaliditätsversicherung: Berufsgenossenschaften, Reichsversicherungsanstalt oder weitere Kommunalverbände als mögliche Träger]
- 09.12.1887 Protokoll der vierten Sitzung des permanenten Ausschusses des preußischen Volkswirtschaftsrats Abt. II, Bd.6, Nr.59  
[Fortsetzung der Generaldebatte über die Organisation der Alters- und Invaliditätsversicherung unter Einbeziehung territorialer Anstalten als möglicher Träger; Debatte über Kapitaldeckung oder Umlage]
- 13.12.1887 Erlaß des preußischen Innenministers Robert von Puttkamer an den Hannoverschen Regierungspräsidenten Adolf Lucas von Cranach Abt. II, Bd.4, Nr.79  
[Fachvereine, die in bestimmten Fällen Unterstützungen gewähren, sind nach dem Maß der Verbindlichkeit zu unterscheiden, mit dem die Leistungen gewährt werden; unter bestimmten Voraussetzungen sind sie dabei als Versicherungsanstalten zu betrachten; als solche bedürfen sie staatlicher Genehmigung und unterstehen staatlicher Aufsicht]
- 14.12.1887 Entscheidung des Landgerichts Freiburg im Breisgau Abt. II, Bd.5, Nr.125  
[Rotwein gilt als Arznei, sofern er als solche von einem Kassenarzt verordnet wurde; die Krankenkasse muß die Kosten tragen, auch wenn der Wein von einem Gastwirt geliefert wird]
- 15.12.1887 Eingabe rheinischer Hohlglasfabrikanten an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.163  
[Die von den Hohlglasfabrikanten bereits eingehaltene Sonntagsruhe soll reichsweit durchgesetzt werden]
- 15.12.1887 Gutachten des Direktors der Hannoverschen Lebensversicherungsgesellschaft Dr. Theodor Wittstein für den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.6, Nr.60  
[Aus wissenschaftlicher Sicht erscheinen die rechnerischen Grundlagen für die Alters- und Invalidenversicherung ungenügend]



- 16.12.1887 Protokoll einer gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Armendeputation und der Armenbezirksvorsteher von Krefeld Abt. II, Bd.7, Nr.99  
[Die allgemeine Revision der Unterstützungsfälle im letzten Winter hat gezeigt, daß die in der Bürgerschaft hervorgetretene Vermutung einer zu laxen Praxis der Armenunterstützung unbegründet war; der Anstieg der Armenlasten in den letzten Jahren liegt in der Verschlechterung der Verdienstverhältnisse und im Zuzug aus dem ländlichen Umland begründet]
- 17.12.1887 Sitzungsprotokoll des Ehrenkomitees der Deutschen Allgemeinen Ausstellung für Unfallverhütung Abt. II, Bd.2.2, Nr.328  
[Die geplante Unfallverhütungsausstellung wird innerhalb der Berufsgenossenschaften breit unterstützt; aktive Mitarbeit des Mitglieds des Reichsversicherungsamts Franz Reichel]
- 19.12.1887 Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. II, Bd.5, Nr.126  
[Zum Begriff der Heilmittel im Sinne des § 6 des Krankenversicherungsgesetzes, zum Verhältnis der Leistungspflicht einer Ortskrankenkasse zu der eines Ortsarmenverbandes]
- 20.12.1887 Eingabe des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.164  
[Nicht die Unternehmer, sondern deren Vertreter vor Ort sollen bei Verstößen gegen Arbeiterschutzbestimmungen der Gewerbeordnung bestraft werden]
- 20.12.1887 Hannoverscher Courier Nr. 14957, Morgenausgabe. Die Berufsgenossenschaften und die Altersversicherung Abt. II, Bd.6, Nr.61  
[Der Berufsgenossenschaftstag hat mehrheitlich für die Trägerschaft der Alters- und Invalidenversicherung durch die Berufsgenossenschaften gestimmt; die Bedenken der Berufsgenossenschaften und anderer Körperschaften gegen das Kapitaldeckungsverfahren sollten gehört werden]
- 20.12.1887 Schreiben des Mitglieds im preußischen Volkswirtschaftsrat Fritz Kalle an den Abteilungsdirektor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.6, Nr.62  
[Die Reichsleitung möge die Ausarbeitung des Gesetzentwurfs zur Alters- und Invalidenversicherung angesichts der im Volkswirtschaftsrat und bei den Berufsgenossenschaften geäußerten Zweifel nicht überstürzen und in der Organisationsfrage noch einmal die Berufsgenossenschaften selbst befragen]
- 21.12.1887 Schreiben des preußischen Prinzen Wilhelm an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.76  
[Rechtfertigung seiner Beteiligung an der sogenannten Waldersee-Versammlung]
- 21.12.1887 Unfallverhütungsvorschriften der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.329  
[Allgemeine und detaillierte Sicherheitsvorschriften mit Strafbestimmungen für Unternehmer und Arbeiter]
- 22.12.1887 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.330  
[Bödiker nimmt den Ehrenvorsitz der Unfallverhütungsausstellung an]
- 23.12.1887 Schreiben des Abteilungsdirektors im Reichsamt des Innern Robert Bosse an das Mitglied im preußischen Volkswirtschaftsrat Fritz Kalle Abt. II, Bd.6, Nr.63  
[Der Regierungsentwurf zur Alters- und Invalidenversicherung wird unter Berücksichtigung der bisherigen Diskussion fertiggestellt]
- 23.12.1887 Vermerk des Kalkulators im Reichsamt des Innern Dr. Adolf Beckmann Abt. II, Bd.6, Nr.64  
[Wittsteins Argumente werden zurückgewiesen; die Denkschrift vom 15.12.1887 ist nicht für ein reines Fachpublikum]
- 25.12.1887 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.6, Nr.65  
[Einbeziehung des preußischen Staatsrats in die Beratung der Alters- und Invalidenversicherung ist unnötig]
- 27.12.1887 Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Hans Freiherr von Berlepsch an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck und den Innenminister Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.4, Nr.80  
[Bericht über die paritätisch zusammengesetzten „Vergleichskammern“ als Einigungsorgane zwischen Arbeitgebern und -nehmern in der Solinger Scherenindustrie und dem Remscheider Feilenhauergewerbe]

- 29.12.1887 Bericht des Unterstaatssekretärs Eduard Magdeburg an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.165  
[Forderungen der Handelskammer Lennep: Kinderarbeit soll im gesamten Gewerbe verboten werden; Verbot der Nacharbeit von Arbeiterinnen; Zehnstundentag für verheiratete Arbeiterinnen; verkürzte Samstagsarbeit für Arbeiterinnen. Bismarck in einer Randbemerkung: Schon die bestehenden Arbeitszeitbeschränkungen der jugendlichen Arbeiter wirken schädlich]
- 1888**
01. u. 08.01.1888 Der Neue Bauhandwerker Nr. 27 [und Nr. 28]. Der § 153 der Reichsgewerbeordnung in seiner praktischen Anwendung Abt. II, Bd.4, Nr.81  
[Arbeitgeber verstoßen durch „schwarze Listen“ gegen den § 153 der Gewerbeordnung, werden dafür aber im Unterschied zu den Arbeitnehmern nicht zur Verantwortung gezogen; Schütte widerspricht in einer Randerlaß dieser Sichtweise und will durchsetzen, daß auch das Verhängen von „Sperren“ über eine Arbeitsstelle gerichtlich verfolgt wird]
- 04.01.1888 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.331  
[Tonio Bödiker übernimmt den Ehreuvorsitz der von den Berufsgenossenschaften initiierten Unfallverhütungsausstellung]
- 06.01.1888 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Prinzen Wilhelm Abt. II, Bd.1, Nr.77  
[Mahnende Ausführungen für den Thronfolger: Die Monarchie muß über den Parteien stehen, der „christliche Gedanke“ ist als Waffe der Krone gegen „Sozial- und andere Demokraten“ ungeeignet, der Thronfolger muß sich von der Inneren Mission fernhalten, in der meist Redner, Geistliche und Damen die Richtung angeben; dauerhafte Reformprozesse können nur durch den König bzw. die Gesetzgebung des Staates getragen werden, nicht durch freie Vereinigung, das Mißlingen von „Unternehmungen“ der Inneren Mission ist für einen Thronfolger, der sie protegirt, gefährlich]
- 11.01.1888 Erlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.3, Nr.166  
[Jede weitere Beschränkung der Arbeitszeit wird abgelehnt; der Regierung Düsseldorf wird untersagt, den diesbezüglichen Bericht der Handelskammer Lennep anderen Handelskammern mitzuteilen]
- 18.01.1888 Denkschrift des Geschäftsausschusses des Deutschen Ärztevereinsbundes für das Reichsamt des Innern und den Reichstag Abt. II, Bd.5, Nr.127  
[Abwehr der Zulassung und Bezahlung von Kurpfuschern zur Krankenbehandlung]
- 30.01.1888 Brief des Brauereidirektors Richard Roesicke an Professor Dr. Lujo Brentano Abt. II, Bd.6, Nr.66  
[Im Gegensatz zu Brentano meint Roesicke, daß die Beiträge für die geplante Alters- und Invaliditätsversicherung allein durch die Arbeitgeber aufgebracht werden könnten]
- 00.02.1888 Verwaltungsbericht des Rates der Stadt Leipzig für das Jahr 1886 Abt. II, Bd.4, Nr.82  
[Statistische Übersicht über die Tätigkeit des Leipziger Gewerbeschiedsgerichts]
- 12.02.1888 Denkschrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.332  
[Explosionen von Dampfkesseln kommen selten vor, andere Bereiche der Unfallverhütung haben Nachholbedarf; eine spezielle Dampfkesselrevision außerhalb der berufsgenossenschaftlichen Betriebsüberwachung ist nicht mehr notwendig]
- 19.02.1888 Schreiben des Varziner Papierfabrikanten Moritz Behrend an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.333  
[Mit den bestehenden Dampfkesselrevisionsvereinen als Kern sollen besondere Unfallverhütungsvereine gebildet werden, die die gesamte berufsgenossenschaftliche Unfallverhütung übernehmen sollen]
- 27.02.1888 Bericht der XV. Kommission an den Reichstag mit Gesetzentwurf Abt. II, Bd.3, Nr.167  
[Die Kommission legt einen von Theodor Lohmann informell erarbeiteten Gesetzentwurf zur Einschränkung der Sonntagsarbeit mit detaillierten Ausnahmeregelungen vor. Randbemerkungen Bismarcks mit ablehnender Tendenz]
- 28.02.1888 Protokoll der 2. Sitzung einer Kommission des Hamburger Armenkollegiums Abt. II, Bd.7, Nr.102  
[Die Organisation des Hamburger Armenwesens soll nach dem Vorbild des Elberfelder Systems umgestaltet werden; strittig ist, wie viele zusätzliche Armenpfleger und -vorsteher benötigt werden]
- 00.03.1888 [Ludwig Weber]. Die Behandlung der sozialen Frage auf evangelischer Seite Abt. II, Bd.1, Nr.78  
[Bericht über die Entwicklung evangelisch-sozialer Reformbestrebungen seit 1871]

- 01.03.1888 Rundsreiben des Vorsitzenden der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerks-Berufsgenossenschaft Johann Friedrich Jencke an die Genossenschaftsmitglieder Abt. II, Bd.2.2, Nr.334  
[Alkoholiker und Epileptiker sollen entlassen werden; Arbeiter mit Bruchschäden sollen nicht eingestellt werden]
- 02.03.1888 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.3, Nr.168  
[Die Annahme des Kommissionsbeschlusses zur Einschränkung der Sonntagsarbeit ist im Reichstag zu erwarten; der Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher und der konservative Reichstagsabgeordnete Hans Hugo von Kleist-Retzow ersuchen die sächsische Staatsregierung, in der Frage der Sonntagsarbeit die Initiative zu ergreifen]
- 02.03.1888 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen an den preußischen Innenminister Robert von Puttkamer Abt. II, Bd.4, Nr.83  
[Seit Mai 1886 ist den Mauern mit einer Ausnahme keine öffentliche Versammlung in Berlin mehr gestattet worden, weil der Verdacht bestand, daß diese zu sozialdemokratischer Agitation mißbraucht werden würden]
- 06.03.1888 Hamburger Fremdenblatt Nr. 56, Dritte Beilage: Regelung des Wohlthuns der Vereine Abt. II, Bd.7, Nr.103  
[Die „Wohltätigkeitsduselei“ der Hamburger Privatwohltätigkeit züchtet eine „gewisse Klasse Scheinbedürftiger“ heran, zwischen wirklich Bedürftigen und notorischen Bettlern wird kaum geschieden; eine Zentralisation der privaten Wohltätigkeit ist vonnöten]
- 08.03.1888 Schreiben des sächsischen Innenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.3, Nr.169  
[Den Reichstagsbeschlüssen zur Einschränkung der Sonntagsarbeit kann im Bundesrat prinzipiell zugestimmt werden; zuvor müssen allerdings die Ausnahmeregelungen geprüft werden]
- 12.03.1888 Erlaß Kaiser Friedrich III. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.79  
[Der neue Kaiser legt dem Reichskanzler anläßlich seines Regierungsantritts die Grundzüge seiner Politik dar]
- 16.03.1888 Gustav Schmoller: Erfahrungen und Stimmen über das Krankenkassengesetz Abt. II, Bd.5, Nr.128  
[Positive Einschätzung des Krankenversicherungsgesetzes anhand vorliegender Veröffentlichungen, Plädoyer für Einstellung von festen Kassenärzten, Pauschalhonorare, traditionelle Bedeutung der freien Hilfskassen für den Arbeiterstand; weitere Erfahrungen müssen gesammelt werden]
- 00.04.1888 Rundsreiben des Armenamts Frankfurt am Main an die privaten Wohltätigkeitsanstalten und Stiftungen Abt. II, Bd.7, Nr.105  
[Es liegt im Interesse der Stadt zu verhindern, daß Personen nach zwei Jahren ihren Unterstützungswohnsitz in Frankfurt erwerben können, obwohl sie zwischenzeitig unterstützungsbedürftig geworden sind; die Stiftungen werden deshalb gebeten, entsprechende Fälle dem Armenamt zu melden, das die Kosten übernehmen wird]
- 04.04.1888 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser Friedrich III. Abt. II, Bd.6, Nr.67  
[Vorlage des ersten Gesetzentwurfs mit Begründung zur Alters- und Invaliditätsversicherung; Erläuterung der wesentlichen Abänderungen gegenüber den Grundzügen]
- 11.04.1888 Protokoll der 260. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.335  
[Im Widerspruch zu einem Erlaß des Reichsamts des Innern hält das Reichsversicherungsamt die direkte Anforderung von Gutachten der preußischen Medizinalkollegien für in seiner Kompetenz liegend]
- 15.04.1888 Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.6, Anh.A Nr.1  
[Arbeiter und kleine Angestellte werden gegen die Folgen von alters- oder krankheitsbedingter Erwerbsunfähigkeit zwangsversichert; als Träger werden Versicherungsanstalten bei den Berufsgenossenschaften eingerichtet]
- 15.04., 13.06., Zusammenstellung der Bundesratsfassungen des Gesetzentwurfs, betr. die Alters- und Inva- Abt. II, Bd.6, Nr.68  
03.07. u. 06.11. lidenversicherung der Arbeiter  
1888 [Die Veränderungen am Regierungsentwurf vom 15. April 1888 durch den Bundesrat werden dokumentiert]
- 19.04.1888 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.2.2, Nr.336  
[Da das Reichsversicherungsamt ohnehin nur für den Vollzug des Unfallversicherungsgesetzes zuständig ist, wird ihm nur Schriftverkehr mit den zuständigen Spezialbehörden der Bundesstaaten gestattet werden können; die Bundesregierungen sollen diese dem Reichsamt des Innern mitteilen]

- 20.04.1888 Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele Abt. II, Bd.6, Nr.69  
[Die Arbeit am Gesetzentwurf zur Alters- und Invalidenversicherung beginnt im Bundesrat]
- 21.04.1888 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.104  
[Private Unterstützungsleistungen können bei der Prüfung der Notwendigkeit öffentlicher Unterstützung durch die Armenpflege nicht in Betracht kommen, wenn sie unter dem Vorbehalt gewährt wurden, nicht auf die öffentliche Unterstützung angerechnet zu werden]
- 22.04.1888 Volkswohl Nr. 16. Das soziale Programm von Kaiser Friedrich Abt. II, Bd.1, Nr.80  
[Positive Stellungnahme zu sozialpolitischen Positionen und Aktivitäten des Kaiserpaars]
- 30.04.1888 Hausordnung für das städtische Armenhaus in Dresden Abt. II, Bd.7, Nr.106  
[Das städtische Versorgungshaus (Armenhaus) ist eine geschlossene Anstalt; die Geschlechter sind getrennt, allerdings gibt es gemeinschaftliche Zimmer für Ehepaare; die Insassen werden je nach Würdigkeit und Dauer des Aufenthalts in zwei Klassen mit unterschiedlichen Regelungen hinsichtlich Ausgang, Verköstigung und Tabakkonsum eingeteilt; arbeitsfähige Insassen werden mitbeschäftigt, von dem Verdienst dürfen sie einen Bruchteil behalten; Strafbestimmungen]
- 00.05.1888 Eingabe des Vorstandes des Hamburger Innungsausschusses an den Senat der Stadt Hamburg Abt. II, Bd.4, Nr.84  
[Die Fachvereine sind bestrebt, den Gegensatz zwischen Meistern und Gesellen immer mehr zu verschärfen, aus nichtigen Gründen Streiks zu provozieren, die Gesellenausschüsse der Innungen zu torpedieren und die zufriedenen Arbeiter einzuschüchtern; sie treiben den Handwerkerstand in den Ruin; es muß ihnen energischer entgegengetreten werden]
- 05., 07., 10. u. Allgemeine Zeitung (München) Nr. 125 [Nr. 127, Nr. 130 und Nr. 132]. Dr. Albert Schäffle: Abt. II, Bd.6, Nr.70  
12.05.1888 Die geplante Alters- und Invalidenversicherung  
[Kritik der Grundzüge: Vor allem die niedrige Nivellierung der Renten, die Schlechterstellung der Altersversicherten gegenüber den Unfallversicherten, das Kapitaldeckungsverfahren und die geplante Organisation werden abgelehnt; die Krankenkassen sollten zu „Elementarverbänden“ der gesamten Arbeiterversicherung werden]
- 07.05.1888 Protokoll des II. ordentlichen Verbandtags der Deutschen Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.337  
[Der Berufsgenossenschaftstag berät über die Bekämpfung der Simulation]
- 09.05.1888 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 129, Nachmittagsausgabe. Verbandstag der Deutschen Berufsgenossenschaften zu Köln Abt. II, Bd.2.2, Nr.338  
[Bericht über den zweiten Berufsgenossenschaftstag]
- 09.05.1888 Verordnung des Bundesrats Abt. II, Bd.3, Nr.170  
[Detaillierte Vorschriften für Arbeitsräume der Zigarrenfabriken; jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen dürfen in Zigarrenfabriken mit mehr als zehn Arbeitern nur unmittelbar vom Betriebsbesitzer beschäftigt werden]
- 18.05.1888 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 139, Erstes Morgenblatt Abt. II, Bd.6, Nr.71  
[Außer Brentano und Schäffle, dessen Kritik der Grundzüge ausführlich referiert wird, haben sich die Koryphäen der deutschen Sozialwissenschaft bisher kaum mit der geplanten Alters- und Invaliditätsversicherung befaßt]
- 18.05.1888 Antrag des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann für die Ausschußberatungen im Bundesrat Abt. II, Bd.6, Nr.72  
[Vorschläge zur Organisation der Alters- und Invalidenversicherung: Kommunalverbände bzw. Bundesstaaten als Träger; Durchführung mit Hilfe von Versicherungsanstalten; Landesgesetzgebung bestimmt weitere Organisationsfragen]
- 24.05.1888 Schreiben des Hamburger Polizeisenators Dr. Gerhard Hachmann an den Präses der Aufsichtsbehörde für die Innungen Dr. Friedrich Alfred Lappenberg Abt. II, Bd.4, Nr.85  
[Die bestehenden Gesetze reichen zur Bekämpfung etwaiger gemeinschädlicher Bestrebungen der Fachvereine aus; wo diese zum Kampf gegen die Innungen, insbesondere die Bildung von Gesellenausschüssen übergehen, werde die Grenze des Erlaubten überschritten]
- 24.05.1888 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.6, Nr.73  
[Generaldebatte über den Regierungsentwurf zur Alters- und Invalidenversicherung in den Bundesausschüssen: ausführliche Diskussion über die Organisationsprinzipien der Versicherung]

- 26.05.1888 Eingabe des Ottweiler Schlossers Karl Presser an Kaiser Friedrich III. Abt. II, Bd.2.2, Nr.339  
[Der im Stummschen Hüttenwerk verunglückte Schlosser fühlt sich durch einen Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts beschwert]
- 28.05.1888 Antrag Sachsens im Bundesrat Abt. II, Bd.3, Nr.171  
[Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter sollen in Präservativfabriken nicht beschäftigt werden dürfen]
- 29.05.1888 Bericht der Hamburger Gewerbekammer an den Vorstand der Verwaltungsabteilung für Handel und Gewerbe Senator William Henry O'Swald Abt. II, Bd.4, Nr.86  
[Die Gesellenausschüsse der Innungen werden von den Gesellen boykottiert, dahinter stehen die mittelstandsfeindlichen, sozialdemokratisch dominierten Fachvereine; die Arbeitsnachweise sollten bei den Innungen monopolisiert werden; das Koalitionsrecht wird mißbraucht, der 153 der Gewerbeordnung bedarf einer Verschärfung; die Errichtung von Einigungsämtern sollte gesetzlich zur Pflicht gemacht werden]
- 31.05.1888 Antrag der Subkommission des Bundesrats an das Plenum Abt. II, Bd.6, Nr.74  
[Vorschläge zur Organisation der Alters- und Invalidenversicherung durch Versicherungsanstalten, die gebietsweise und nicht nach Branchen unterschieden sind; Versicherungsanstalten haben als selbständige juristische Persönlichkeiten eigene Verantwortung für Rechnungsführung, Vermögen und Verbindlichkeiten; Verwaltung durch beamtete Vorstände; Versichertenvertreter in Generalversammlung und Ausschuß; Verwaltungsorganisation wird durch ein vom Reichsversicherungsamt zu genehmigendes Statut geregelt; Reichsinteressen werden durch Reichskommissare in jedem Anstaltsbezirk gewahrt; Errichtung eigener Schiedsgerichte]
- 01.06.1888 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.6, Nr.75  
[Nachdem sich eine Mehrheit in den Bundesratsausschüssen für die territoriale Organisation der Alters- und Invalidenversicherung ausgesprochen hat, ist auch eine Blockadepolitik Preußens kaum zu befürchten]
- 10.06.1888 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.6, Nr.76  
[Preußen ist bereit, in der Alters- und Invalidenversicherung Versicherungsanstalten mit territorialen Geltungsbereichen zu akzeptieren; die Anstalten werden als selbständige juristische Personen mit subsidiärer Staatshaftung konzipiert; ihre Errichtung soll unter Vorbehalt des Bundesrats stehen]
- 25.06.1888 Rede Kaiser Wilhelm II. zur Eröffnung der III. Session des 7. Reichstags Abt. II, Bd.1, Nr.81  
[Antrittsrede Wilhelm II.; an den Zielen der Kaiserlichen Botschaft vom 17.11.1881 wird festgehalten]
- 16.06.1888 Protokoll der Generalversammlung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. II, Bd.5, Nr.129  
[Die städtische Aufsichtsbehörde muß weiter kommissarisch tätig sein]
- 30.06.1888 Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Bremer Senator Dr. Otto Gildemeister Abt. II, Bd.6, Nr.77  
[Wichtige Ergebnisse der zweiten Lesung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes in den Bundesratsausschüssen werden referiert; die sächsische und württembergische Initiative gegen die im Entwurf vorgesehenen Rentenkürzungen blieb ergebnislos]
- 00.07.1888 Denkschrift des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.5, Nr.130  
[Erörterung einiger wesentlicher Vorschläge der Bundesregierungen zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes betreffend den Kreis der versicherungspflichtigen Personen, den Anspruch auf freie ärztliche Behandlung, die dreitägige Karenzzeit sowie die Stellung der freien Hilfskassen als Ersatzkassen; moderate eigene Reform- bzw. Abänderungsvorschläge, u. a. Sorge um die alten und kränklichen Arbeiter, die durch die Krankenversicherung, nicht die Armenfürsorge, unterstützt werden sollen]
- 00.07.1888 Aufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Abt. II, Bd.1, Nr.82  
[Plädoyer für eine organisatorische Zusammenfassung aller Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung; die Berufsgenossenschaften sind eine konzeptionelle Fehlkonstruktion]
- 03.07.1888 Bericht des Opperlner Regierungspräsidenten Traugott Graf von Baudissin an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.172  
[Den lokalen Behörden ist die Verbreitung von Kinderarbeit in der Hausindustrie oberschlesischer Dörfer bekannt; Maßnahmen dagegen werden nicht ergriffen]
- 03.07.1888 Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Alters- und Invalidenversicherung der Arbeiter Abt. II, Bd.6, Anh.A Nr.2  
[Arbeiter und kleine Angestellte werden gegen die Folgen von alters- oder krankheitsbedingter Erwerbsunfähigkeit zwangsversichert; als Träger werden territorial gegliederte Versicherungsanstalten eingerichtet]

- 04.07.1888 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.78  
[Aus staatspolitischen Erwägungen votiert Preußen für die Beibehaltung der Altersrente im Entwurf des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes; Bayern verzichtet auf weiteren Widerstand dagegen]
- 06.07.1888 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.2.2, Nr.340  
[Eine Gewerbekrankheit (hier: Bleivergiftung) ist kein Unfall im Sinn des Unfallversicherungsgesetzes; allerdings kann ein Geschädigter eine Zivilklage gegen den Arbeitgeber wegen Verstoß gegen den Arbeitsvertrag erheben]
- 07.07.1888 Sitzungsprotokoll des Ältestenkollegiums der Marienhütte bei Kotzenau Abt. II, Bd.4, Nr.87  
[Beratung über den ersuchten Heiratskonsens eines Arbeiters durch die Arbeitervertretung des Werks]
- 07.07.1888 Vermerk des Bremer Senators Dr. Albert Wilhelm Gröning für den Senator Friedrich August Schultz Abt. II, Bd.6, Nr.79  
[Eine negative Haltung zum Entwurf des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes im Bundesrat zu demonstrieren, erscheint zwecklos]
- 11.07.1888 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 193, Erstes Morgenblatt Abt. II, Bd.6, Nr.80  
[Die Bundesratsausschüsse haben die berechtigte öffentliche Kritik an den Grundzügen für ein Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes ignoriert und lediglich der Großindustrie Gehör geschenkt]
- 07.08.1888 Bericht des Polizeileutnants Max Encke an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen Abt. II, Bd.6, Nr.81  
[Eine (sozialdemokratische) Arbeiterversammlung in Berlin lehnt den Gesetzentwurf für das Alters- und Invalidenversicherungsgesetz der Bundesratsausschüsse vor allem wegen der niedrigen Renten, der hohen Altersgrenze und der bürokratischen Organisation ab]
- 12.08.1888 Berliner Volksblatt Nr. 188. Der Geist des Herrn von Puttkamer Abt. II, Bd.4, Nr.88  
[Die staatliche Unterdrückungspolitik aus dem „Geiste Puttkamers“ sucht alle Organisationsbestrebungen der Arbeiterschaft zu unterbinden, mit dem Ziel, das Koalitionsrecht faktisch unwirksam werden zu lassen]
- 16.08.1888 Vermerk des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse und den Geheimen Oberregierungsrat im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Abt. II, Bd.5, Nr.131  
[Bismarcks Entscheidungen zu den vorgeschlagenen Änderungen des Krankenversicherungsgesetzes, teilweise – hinsichtlich des Anspruchs auf freie ärztliche Behandlung und hinsichtlich der Hilfskassen – abweichend von den wohl vorgetragenen Vorschlägen des Reichsamts des Innern]
- 20.08.1888 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.341  
[Der direkte Schriftverkehr des Reichsversicherungsamts mit Zentralbehörden der Bundesstaaten wird eingeschränkt]
- 26.08.1888 Schreiben des Varziner Oberförsters Ernst Westphal an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.342  
[Am Beispiel eines tödlichen Arbeitsunfalls auf Bismarcks Besitz werden die dabei entstehenden Schreibarbeiten für die Amtsvorsteher geschildert]
- 29.08.1888 Schreiben des Legationsrats Dr. Georg von Schwartzkoppen an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.343  
[Bismarck ist mit Hinweis auf den Bericht seines Oberförsters Westphal über die große Schreiblast unterer Verwaltungsbehörden im Zusammenhang mit der Unfallversicherung besorgt]
- 05.09.1888 Rede des Reichstagsabgeordneten Franz Hitze auf der 35. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Abt. II, Bd.1, Nr.83  
[Positive Arbeiterpolitik ist ein Mittel gegen die Entsittlichung der Arbeiter]
- 10.-13.09.1888 Protokoll der Verhandlungen des 25. Kongresses für Innere Mission in Kassel Abt. II, Bd.1, Nr.84  
[Der von Theodor Lohmann in der Denkschrift des Zentralausschusses von 1884 vorgeschlagene Weg einer „Pflege der Beziehungen zu den Arbeitgebern“, „freiwilliger sozialer Wirksamkeit auf dem Grunde des Evangeliums“ und „Pflege von Arbeitervereinigungen“ zur Abwehr der „sozialistischen Irrtümer“ werden in Referaten begründet und in Resolutionspunkten gefordert]

- 15.09.1888 Deutsche Metall-Arbeiter-Zeitung Nr. 37. Ein wahres Wort Abt. II, Bd.2.2, Nr.344  
[Kritik an der Praxis des Unfallversicherungsgesetzes aus sozialdemokratischer Sicht: Die Unfallversicherung hat die frühere Notwendigkeit, langwierige Haftpflichtprozesse zu führen, nunmehr auf langwierige Rekursverfahren verlagert; die Berufsgenossenschaften sind kostspielige „Kapitalistenzünfte“; ironischer Vorschlag, das tendenziell arbeiterfreundliche Reichsversicherungsamt aufgrund des Sozialistengesetzes zu unterdrücken]
- 29.09.1888 Protokoll einer Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. II, Bd.6, Nr.82  
[Der Zentralverband Deutscher Industrieller tritt bei der Alters- und Invalidenversicherung für eine Reichsversicherungsanstalt ein, akzeptiert die territoriale Organisation aber als zweitbeste Lösung; in Anlehnung an Bismarck werden die Vorteile des Umlageverfahrens betont; Reichszuschuß ist unabdingbar; entsprechende Resolutionen werden verabschiedet]
- 01.10.1888 Eingabe des Kasseler Schlossers Heinrich Eckhardt und Genossen an Kaiser Wilhelm II. Abt. II, Bd.2.2, Nr.345  
[Die Arbeiter fühlen sich durch die lange Dauer des Beschwerde- bzw. Rekursverfahrens beschwert]
- 06.10.1888 Bericht des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Erich von Woedtke an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher mit Denkschrift Abt. II, Bd.6, Nr.83  
[Woedtke entwickelt den Gedanken einer Abstufung der Renten und Beiträge nach Ortsklassen, die sich an den ortsüblichen Tagelöhnen orientieren]
- 17.10.1888 Eingabe des Deutschen Ärztevereinsbundes an den Bundesrat Abt. II, Bd.5, Nr.132  
[Die freiwillige Mitgliedschaft bei gesetzlichen Kassen soll begrenzt werden, freie ärztliche Behandlung nur durch approbierte Ärzte, Abänderung von Leistungen der Gemeindekrankenversicherung und der Hilfskassen]
- 19.10.1888 Sitzungsprotokoll des Camberger Gemeinderats Abt. II, Bd.7, Nr.107  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 21.10.1888 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.5, Nr.133  
[Der Entwurf eines abgeänderten Krankenversicherungsgesetzes ist fertig; die dort vorgesehenen Änderungen zur Stellung der freien Hilfskassen entsprechen den Vorgaben Bismarcks, nicht aber den Vorstellungen Theodor Lohmanns]
- 23.10.1888 Erstfassung eines abgeänderten Krankenversicherungsgesetzes Abt. II, Bd.5, Nr.134  
[Auswahl der neu gefaßten Bestimmungen über das Verhältnis der gesetzlichen Krankenkassen zueinander und zu den Hilfskassen]
- 27.10.1888 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.84  
[Die Abstufung der Beiträge und Renten nach Ortsklassen in der Alters- und Invalidenversicherung erscheint kompliziert; Landmann arbeitet weiter an der Beseitigung des „Reichskommissars“ in der Verwaltung der Versicherung]
- 30.10.1888 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.173  
[Anfrage, wie mit den Beschlüssen des Reichstags zur Abänderung der Gewerbeordnung verfahren werden soll. Bismarck im Kopfvermerk: Dem Bundesrat vorlegen, aber dort ablehnen]
- 01.11.1888 Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele Abt. II, Bd.6, Nr.85  
[Bayern vertritt zu sehr partikularistische Positionen im Bundesrat]
- 02.11.1888 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.4, Nr.89  
[Auch die „lose“ Vereinigung der Maurerbewegung durch eine „Kontroll-“ bzw. „Agitationskommission“ fällt unter die vereinsrechtlichen Bestimmungen für politische Vereine und damit unter das Verbindungsverbot]
- 09.11.1888 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.6, Nr.86  
[Bericht über die von der Subkommission beschlossenen Änderungen am Entwurf des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes der Bundesratsausschüsse]
- 12.11.1888 Immediatbericht des Präsidenten des Aufsichtsrats der Kaiser-Wilhelms-Spende Otto von Wentzel an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm II. Abt. II, Bd.1, Nr.85  
[Fondszinsen der Kaiser-Wilhelms-Spende werden zur Unterstützung von Arbeiterkolonien verwendet]

- 16.11.1888 Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele Abt. II, Bd.6, Nr.87  
[Lesung des Alters- und Invalidenversicherungsgesetzes im Bundesrat ist beendet; die Begründung des Entwurfs wird von Landmann revidiert]
- 17.11.1888 Schreiben des Direktors der II. Bezirksschule Leipzig Dr. Johann Adolf Griesmann an das Armenamt Leipzig Abt. II, Bd.7, Nr.108  
[Der Sohn einer alleinerziehenden Mutter versäumt mit deren Wissen häufig die Schule, weil er in einer Bierhalle als Kegelaufsetzer Geld verdient; es wird beantragt, ihn der Mutter zu entziehen und im Waisenhaus unterzubringen]
- 19.11.1888 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.3, Nr.174  
[Bericht über die gegen die Stimmen des Großherzogtums Hessen erfolgte Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit vom 17. Juni 1887 durch den Bundesrat; Karl Heinrich von Boetticher regt erneut informell an, Sachsen solle in der Frage des Arbeiterschutzes initiativ werden]
- 19.11.1888 Bericht des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.3, Nr.175  
[Bericht über die gegen die Stimmen Sachsens erfolgte Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zum Verbot der Sonntagsarbeit vom 7. März 1888 durch den Bundesrat]
- 19.11.1888 Eingabe des Vorstands des Landwirtschaftlichen Vereins Bernburg an das herzoglich anhaltische Staatsministerium in Dessau Abt. II, Bd.4, Nr.90  
[Nach Lage der Gesetzgebung ist es den Arbeitgebern nicht möglich, kontraktbrüchige freie Landarbeiter (Wanderarbeiter) zur Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu zwingen; es muß eine rechtliche Handhabe geschaffen werden, um durch Zwangsrückführung, Lohnbeschlagnahme etc. die entstandenen Übelstände beseitigen zu können]
- 20.11.1888 Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie Abt. II, Bd.6, Nr.88  
[Unzufriedenheit mit der Politik der Reichstagsparteien; Franckenstein befürchtet große Differenzen in der Reichstagskommission zum Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz, deren Vorsitz er übernehmen soll]
- 21.11.1888 Bericht des württembergischen Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm von Stieglitz an das Staatsministerium Abt. II, Bd.3, Nr.176  
[Bericht über die Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit bzw. zur Sonntagsarbeit durch den Bundesrat]
- 21.11.1888 Bericht des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den Innenminister Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.3, Nr.177  
[Bericht über die Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zur Frauen- und Kinderarbeit durch den Bundesrat]
- 22.11.1888 Eingabe des fünften Kongresses der Maurer Deutschlands an den Reichstag und das Reichsamt des Innern Abt. II, Bd.4, Nr.91  
[Geschildert werden die faktischen Einschränkungen des Koalitionsrechts, besonders durch das Vereinsrecht; gefordert wird, daß die Fachvereine untereinander in Verbindung treten dürfen und sich in wirtschaftlichen und sozialen Fragen an den Gesetzgeber wenden können]
- 22.11.1888, 20.02., 01.03., 05., 06. u. 08.03., 22.03. u. 11.05.1889 Zusammenstellung der Reichstagsfassungen des Gesetzentwurfs, betr. die Alters- und Invaliditätsversicherung Abt. II, Bd.6, Nr.89  
[Die Veränderungen am Bundesratsentwurf vom 22. November 1888 durch den Reichstag werden dokumentiert]
- 30.11.1888 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.346  
[Ein Kulturtechniker wünscht, von der Tiefbau-Berufsgenossenschaft in die zuständige landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft überzutreten]
- 30.11.1888 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.3, Nr.178  
[Übersendung eines Entwurfs von Vorschriften für Spiegelbeleganstalten]
- 30.11.1888 Aufzeichnung des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Abt. II, Bd.6, Nr.90  
[Die neue Alters- und Invaliditätsversicherung trägt nicht zur Aussöhnung der Arbeiter mit dem Staat bei, sondern schafft aufgrund ihrer schwerfälligen und bürokratischen Organisation und der vorhersehbaren Schwierigkeiten ihrer Anwendungspraxis neue Unzufriedenheit]



- 01.12.1888 Bericht des Polizeileutnants Maximilian Schmidt an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen Abt. II, Bd.6, Nr.91  
[Der Sozialdemokrat Paul Singer agitiert auf einer Berliner Versammlung gegen das Gesetzesprojekt der Alters- und Invaliditätsversicherung: Es handele sich nicht um eine echte Sozialreform, sondern nur um eine Armenpflegereform; das Gesetz werde die Lage der Arbeiter nicht verbessern, sondern sie in noch stärkere Abhängigkeit von Arbeitgebern und Staat bringen]
- 03.12.1888 Bericht des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.179  
[Nach Ablehnung der Reichstagsbeschlüsse zum Arbeiterschutz durch den Bundesrat ist im Reichstag mit heftigen Angriffen gegen den Bundesrat zu rechnen; von Boetticher hält es für angemessen, bei künftigen Arbeiterschutzdebatten dem Reichstag fernzubleiben; dies ist nicht zuletzt aufgrund der uneinheitlichen Haltung der Bundesregierungen notwendig]
- 04.12.1888 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.3, Nr.180  
[Antwort auf den Bericht von Boettichers vom 3. Dezember 1888: Das verfassungsmäßige Verhältnis zwischen Bundesrat und Reichstag ist für das Auftreten der Bundesratsvertreter im Reichstag maßgebend; die verbündeten Regierungen brauchen sich an Reichstagsdebatten nicht zu beteiligen; sie müssen sich erst nach endgültiger Beschlußfassung durch den Reichstag äußern; Bismarck bekräftigt seine ablehnende Position zur Einschränkung der Sonntagsarbeit]
- 04.12.1888 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.92  
[Die nationalliberale Reichstagsfraktion tritt bei der Alters- und Invaliditätsversicherung mehrheitlich für eine Reichsanstalt ein]
- 05.12.1888 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.347  
[Grundsätzliche Äußerungen aus Anlaß der Eingabe des Kulturtechnikers Wistinghausen (30.11.1888): Festgestellte Unstimmigkeiten in der Unfallversicherung müssen schnell beseitigt werden, um die Glaubwürdigkeit der Sozialgesetzgebung zu erhalten]
- 05.12.1888 Vermerk des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann Abt. II, Bd.4, Nr.92  
[Seit dem Scheitern des Entwurfs zu einem Gewerbegerichtsgesetz von 1878 sind für eine Reihe von Teilgebieten auf gesetzlicher Grundlage Schiedsgerichte neu entstanden (oder sind im Entstehen begriffen); um ihre innere Zusammenhangslosigkeit zu beseitigen, wäre die Zusammenführung nach einem einheitlichen System zu erwägen]
- 06.12.1888 Brief des stellvertretenden bayerischen Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an seine Frau Gabriele Abt. II, Bd.6, Nr.93  
[Bericht über den Beginn der Reichstagsdebatte zum Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz und die Rede des bayerischen Sozialdemokraten Grillenberger]
- 12.12.1888 Schreiben des preußischen Justizministers Dr. Heinrich von Friedberg an den Landwirtschaftsminister Dr. Robert Freiherr von Lucius von Ballhausen Abt. II, Bd.3, Nr.181  
[Beim Betrieb landwirtschaftlicher Maschinen – insbesondere bei Dreschmaschinen – wird häufig fahrlässig gehandelt; Wilhelm II. übt bei Begnadigungen verurteilter Unternehmer Zurückhaltung; die Maßregeln zur Verhütung von Arbeitsunfällen mit landwirtschaftlichen Maschinen müssen besser kontrolliert werden]
- 16.12.1888 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.6, Nr.94  
[Trotz großer Widerstände gegen den Entwurf des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes werde der Reichstag ihm letztlich wohl zustimmen]
- 29.12.1888 Entscheidung des Amtsgerichts Dresden Abt. II, Bd.5, Nr.135  
[Beleidigung eines Krankenkontrolleurs, Verfolgung von Amts wegen]
- 1889**
- 00.01.1889 Denkschrift des badischen Ministeriums des Innern zur Durchführung der Krankenversicherung in Baden Abt. II, Bd.5, Nr.136  
[Zusammenstellung von wichtigen Gesichtspunkten, die sich bei der Durchführung der Krankenversicherung bisher ergeben haben und diskussions- bzw. ergänzungsbedürftig sind]
- 04.01.1889 Eingabe der Vorstandsmitglieder der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Emil Blum und Julius Moeller an das Reichsamt des Innern mit Denkschrift des Vertrauensarztes Dr. August Plessner Abt. II, Bd.5, Nr.137  
[Frühzeitiges Eingreifen der Berufsgenossenschaft in das Heilverfahren ist sinnvoll und wünschenswert]

- 11.01.1889 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Bundesregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.182  
[Der Brandschutz in Fabriken soll auf Grundlage des § 120 der Gewerbeordnung verbessert werden]
- 11.01.1889 Protokoll der ersten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.95  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Generaldebatte über Organisation, Umfang und Verfahren der Versicherung: geeignete Träger, Kreis der Leistungsempfänger, Abstufung und Erhebung der Beiträge]
- 14.01.1889 Protokoll der zweiten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.96  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Beratung über § 1 (Versicherungspflicht) und insbesondere die Einbeziehung von Dienstboten, Hausgewerbetreibenden und Handlungsgehilfen in das Gesetz; Vorschläge zur Ausdehnung auf Hinterbliebene; Diskussion über Eintrittsalter]
- 14.01.1889 Eingabe des Ostpreußischen Landwirtschaftlichen Zentralvereins an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.7, Nr.109  
[Das Unterstützungswohnsitzgesetz ist dahin zu ändern, daß nach der gesetzlichen Frist bereits nach dem 16. Lebensjahr ein neuer Unterstützungswohnsitz erworben wird; die jugendliche Landbevölkerung zieht bereits in diesem Alter fort, belastet aber weiterhin die ländlichen Ortsarmenverbände des Ostens]
- 15.01.1889 Protokoll der dritten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.97  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Fortsetzung der Beratung und Abstimmung über § 1 des Entwurfs]
- 16.01.1889 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.6, Nr.98  
[Die ersten Sitzungen der Reichstagskommission zeigen die Schwierigkeit der Materie]
- 18.01.1889 Protokoll der sechsten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.99  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Beratung über § 7 des Entwurfs: Diskussion um die Altersrente, Senkung der Altersgrenze auf 65 Jahre]
- 19.01.1889 Die Post Nr. 18. Die ausgleichende Tendenz der Sozialreform Abt. II, Bd.1, Nr.86  
[Der Beitragszwang der gesetzlichen Sozialversicherung ist notwendig]
- 19.01.1889 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.2.2, Nr.348  
[Stellungnahme zur Eingabe des Fabrikschlossers Heinrich Eckhardt und Genossen vom 1.10.1888 an Kaiser Wilhelm II.]
- 19.01.1889 Sitzungsprotokoll des Ältestenkollegiums der Marienhütte bei Kotzenau Abt. II, Bd.4, Nr.93  
[Beratung über Disziplinverstöße durch die Arbeitervertretung des Werks]
- 19.01.1889 Berliner Volks-Tribüne Nr. 3. § 153 der Reichsgewerbeordnung Abt. II, Bd.4, Nr.94  
[Aufklärung über die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung, deren Janusköpfigkeit darin liegt, daß sie restriktiv für die Arbeiter, aber milde für die Unternehmer ausgelegt werden]
- 19.01.1889 Protokoll der siebten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.100  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Fortsetzung der Beratung über § 7 des Entwurfs: Definition von Erwerbsunfähigkeit, „Halbinvalidität“ als Grenzfall]
- 21.01.1889 Protokoll der achten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.101  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Fortsetzung der Beratung über § 7 des Entwurfs und die „Halbinvalidität“]
- 22.01.1889 Protokoll der neunten Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.102  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Fortsetzung der Beratung und Abstimmung über § 7 des Entwurfs: Abgrenzung von der Krankenversicherung]
- 22.01.1889 Denkschrift eines Referenten im Reichsamt des Innern Abt. II, Bd.6, Nr.103  
[Das vorgesehene Prämienverfahren kann ohne Gefahr zugunsten eines periodenweisen Kapitaldeckungsverfahrens aufgegeben werden; Rentenkürzungen können dann entfallen]

- 24.01.1889 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.6, Nr.104  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die schwierigen Kommissionsdebatten der ersten Lesung über die Altersgrenze und die Definition der Invalidität sind abgeschlossen: Die „Halbinvalidität“ bleibt als Versicherungsfall ausgeschlossen; die Altersgrenze wurde auf 65 Jahre gesenkt]
- 31.01.1889 Rundschreiben des Vorstands des Linksrheinischen Vereins für Gemeinwohl an die Mitglieder Abt. II, Bd.4, Nr.95  
[Normalstatut für die Errichtung eines Ältestenrats in den Fabriken; Ältestenkollegien sind geeignet, dem sittlichen Niedergang der Fabrikarbeiter entgegenzuwirken; sie helfen, ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herzustellen; die Vereinsmitglieder werden aufgefordert, solche Vertretungen zu schaffen]
- 02.02.1889 Sitzungsprotokoll des 42. Armenpflegervereins in Dresden Abt. II, Bd.7, Nr.110  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 03.02.1889 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.3, Nr.183  
[Die dienstlich erzwungenen Erklärungen im Reichstag zur Stellung des Bundesrats zur Sonntagsarbeit sind Lohmann widerwärtig. – Das Gesetzesprojekt betr. die Alters- und Invaliditätsversicherung birgt Gefahren für die Entwicklung von Staat und Gesellschaft] Abt. II, Bd.6, Nr.105
- 03.02.1889 Eingabe des Ofenfabrikanten Max Müller an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.96  
[Klage über die Folgen des § 152 der Reichsgewerbeordnung; das Töpfergewerbe sei besonders schlimm von der Bewegung der Gesellen betroffen, die Meister gerieten in Abhängigkeit von den Gesellen]
- 06.02.1889 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.349  
[Die hohen Zahlen der in der landwirtschaftlichen Unfallversicherung erfaßten Arbeitsunfälle beweisen die Notwendigkeit des Erlasses von Unfallverhütungsvorschriften durch die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften]
- 06.02.1889 Bericht des Berliner Brauereidirektors Richard Roesicke über eine Audienz bei Kaiser Wilhelm II. Abt. II, Bd.2.2, Nr.350  
[Wilhelm II. läßt sich über den Stand der Vorbereitungsarbeiten zur Unfallverhütungsausstellung informieren; grundsätzliche positive Äußerungen des Kaisers zum Ausbau von Unfallverhütung und Arbeiterschutz]
- 06.02.1889 Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt Nr. 36, Erstes Blatt (Morgenausgabe). Eine ernste Entscheidung Abt. II, Bd.6, Nr.106  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Der Reichszuschuß verkörpert die staatssozialistische Tendenz des neuen Gesetzes und darf von der Zentrumsfraktion auf keinen Fall akzeptiert werden]
- 07.02.1889 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.6, Nr.107  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Reichstagskommission hat wichtige Änderungen am Entwurf vorgenommen: periodenweise Kapitaldeckung statt Prämienverfahren, Rentenkürzungen entfallen, Lohnklassen statt Ortsklassen]
- 09.02.1889 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.108  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Reichstagskommission hat in erster Lesung das territoriale Organisationsprinzip des Bundesratsentwurfs angenommen]
- 13.02.1889 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.109  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Reichstagskommission hat Staatskommissare in der Verwaltung der Versicherung akzeptiert]
- 14.02.1889 Kölnische Volkszeitung und Handelsblatt Nr. 44, Erstes Blatt (Morgenausgabe). Nochmals der Reichszuschuß Abt. II, Bd.6, Nr.110  
[Appell an die Mitglieder des Zentrums, das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz geschlossen abzulehnen]
- 19.02.1889 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.6, Nr.111  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Reichstagskommission hat beschlossen, Quittungskarten anstelle der Quittungsbücher zu setzen und Alterssparkassen für freiwillige Sparleistungen der Versicherten einzurichten]

- 20.02.1889 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Eduard Theodor Böttcher an den sächsischen Innenminister Hermann von Nostitz-Wallwitz Abt. II, Bd.6, Nr.112  
 [Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die erste Lesung in der Reichstagskommission ist beendet; einige sozialpolitisch günstigere Bestimmungen wurden beschlossen]
- 20.02.1889 Schreiben des sächsischen Innenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den württembergischen Innenminister Karl Josef von Schmid Abt. II, Bd.7, Nr.111  
 [In Sachsen sind die Polizei- und Armenbehörden aufgrund der Armenordnung von 1840 befugt, arbeits-scheue Personen zur Zwangsarbeit in Anstalten einzuweisen, wenn sie oder ihre Familienmitglieder der Armenpflege zur Last fallen]
- 22.02.1889 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.6, Nr.113  
 [Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Staatsminister v. Boetticher steht absolut loyal zum Bundesratsentwurf zur territorialen Organisation]
- 23.02.1889 Protokoll einer Besprechung von Regierungsbeamten und Gemeindevertretern in Heidelberg über die Durchführung der Krankenversicherung Abt. II, Bd.5, Nr.138  
 [Berichte und Diskussionsbeiträge über Erfahrungen mit der Krankenversicherung in Mannheim, Heidelberg, Mosbach u. a.]
- 26.02.1889 Deutsche volkswirtschaftliche Korrespondenz Nr. 16, Abendausgabe. Der Antrag Oechelhäuser – Ein Beitrag zur Alters- und Invalidenversicherung Abt. II, Bd.6, Nr.114  
 [Der Antrag auf Einrichtung von Alterssparkassen bringt eine unnötige Komplizierung]
- 00.03.1889 Jahresbericht des badischen Fabrikinspektors Dr. Friedrich Wörishoffer für das Jahr 1888 Abt. II, Bd.5, Nr.139  
 [Klagen der Arbeiter über Ortskrankenkassen und Gemeindekrankenversicherung, hingegen lobende Äußerungen über Hilfskassen und Fabrikkrankenkassen. Mit dem Beitritt zu den Hilfskassen beabsichtigen die Arbeiter nicht, die Sozialdemokratie zu unterstützen]
- 01.03.1889 Jahresbericht des kommissarischen Fabrikinspektors Karl Grünewald an die Regierung Düsseldorf Abt. II, Bd.2.2, Nr.351  
 [Positive und negative Erfahrungen mit der Unfallverhütung seitens der Berufsgenossenschaften; eine Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften ist notwendig]
- 07.03.1889 Protokoll der 32. Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.115  
 [Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die zweite Beratung über § 1 des Entwurfs führt zum Ausschluß der Apothekergehilfen und -lehrlinge]
- 07.03.1889 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.116  
 [Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die „freie Kommission“ hat ihre Abänderungsanträge zu den Beschlüssen der Reichstagskommission in erster Lesung beschlossen]
- 07.03.1889 Sitzungsprotokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung Abt. II, Bd.7, Nr.112  
 [Debatte über den Armenetat: Von linksliberaler Seite wird angeregt, die Frauen stärker zur Armenpflege heranzuziehen und die Kontrolle der Armen nach dem Vorbild des Elberfelder Systems zu verstärken; von sozialdemokratischer Seite wird die Armenpflege als Kettenglied des kapitalistischen Systems gebrandmarkt]
- 08.03.1889 Protokoll der 33. Sitzung der VI. Reichstagskommission Abt. II, Bd.6, Nr.117  
 [Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Zweite Beratung über die §§7, 7a und 7 b: Die Altersgrenze wird wieder auf 70 Jahre festgesetzt und die Erwerbsunfähigkeit restriktiver definiert]
- 10.03.1889 Schreiben des Vorsitzenden des Verbands der Deutschen Baugewerks-Berufsgenossenschaften Bernhard Felisch an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker Abt. II, Bd.2.2, Nr.352  
 [Zur Kontrolle der Lohnnachweise der Betriebsunternehmer ist für die Berufsgenossenschaften Einsicht in Krankenkassenbücher notwendig]
- 12.03.1889 Vermerk des Dirigenten der Berliner Politischen Polizei Dr. Ernst Wilhelm Schütte Abt. II, Bd.4, Nr.97  
 [Klage über die Folgen des §152 der Reichsgewerbeordnung; das Töpfergewerbe sei besonders schlimm von der Bewegung der Gesellen betroffen, die Meister gerieten in Abhängigkeit von den Gesellen]

- 15.03.1889 Begründung eines württembergischen Gesetzentwurfs betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 17. April 1873 zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungswohnsitz Abt. II, Bd.7, Nr.113  
[Die Errichtung von Landarmenverbänden auf der Ebene der Kreise statt der dafür zu kleinen Oberamtsbezirke soll die zufällige und ungerechte Verteilung der Landarmen korrigieren und die Errichtung von Anstalten für die Landarmen erleichtern; die Befugnisse der Armenbehörden zur Verhängung des Arbeitszwanges sollen erweitert werden]
- 24.03.1889 Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie Abt. II, Bd.6, Nr.118  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Franckenstein ist nicht bereit, zugunsten der „Doktrinäre“ seiner Fraktion seine Zustimmung zum Gesetz aufzugeben]
- 26.03.1889 Bericht der Zentralwerkstätte Nürnberg an die Generaldirektion der bayerischen Staatseisenbahnen Abt. II, Bd.6, Nr.119  
[Die Alters- und Invalidenversorgung der Eisenbahnarbeiter hat positive Auswirkungen auf „Geist und Gesinnung“ der Arbeiter]
- 27.03.1889 Erlaß des preußischen Innenministers Ernst Ludwig Herrfurth an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen Abt. II, Bd.4, Nr.98  
[Ob Vereine von Gewerbetreibenden, welche die Unterstützung ihrer Mitglieder bezwecken, als Versicherungsanstalten anzusehen sind und damit der staatlichen Genehmigung bedürfen, hängt davon ab, ob den Mitgliedern statutarisch ein Rechtsanspruch eingeräumt wird oder nicht; in Zweifelsfällen ist von polizeilichen Zwangsmaßnahmen abzusehen und die Entscheidung den ordentlichen Gerichten zu überlassen]
- 28.03.1889 Resolution des Deutschen Landwirtschaftsrats mit Begründung Abt. II, Bd.6, Nr.120  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Zustimmung zum Gesetzentwurf bei gleichzeitigem Wunsch nach Einbeziehung der Kleinbauern und Rückkehr zum System der Ortsklassen]
- 29.03.1889 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.121  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Zu Beginn der zweiten Lesung im Reichstagsplenum ist unklar, ob das Gesetz eine Mehrheit bekommen wird]
- 30.03.1889 Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie Abt. II, Bd.6, Nr.122  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Reichstagsdebatte über § 1 bringt die tiefen Konflikte im Zentrum ans Licht]
- 01.04.1889 Eingabe Geislinger Metallarbeiter an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.6, Nr.123  
[Den Arbeitern ist vor allem die Witwen- und Waisenversorgung ein dringendes Bedürfnis]
- 02.04.1889 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.124  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Reichstagsdebatte über die Altersrente führt zur Beibehaltung der Altersgrenze von 70 Jahren]
- 03.04.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Julius Graf von Mirbach an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Abt. II, Bd.6, Nr.125  
[Das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz schadet den Regierungsparteien; die Zustimmung der Konservativen ist nur zu erlangen, wenn man sich auf die Einheitsrente einigt]
- 06.04.1889 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.114  
[Ein über 60jähriger, in seiner Arbeitsfähigkeit beschränkter Mann, dessen Ehefrau krank ist und im eigenen Hausstand vier Kinder zu versorgen hat, ist nicht unter allen Umständen imstande, seine zahlreiche Familie durch eigene Tätigkeit zu unterhalten]
- 06.04.1889 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.6, Nr.126  
[Der Gegensatz zwischen Windthorst und Franckenstein ist durch das Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz schärfer als je zuvor; die Zentrumsfraktion wird sich aber wohl um eine Versöhnung mit Franckenstein bemühen]
- 11.04.1889 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert Landmann an den bayerischen Innenminister Max Freiherr von Feilitzsch Abt. II, Bd.6, Nr.127  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Reichstagsdebatte über das Organisationsprinzip führt zur Beibehaltung der Landesversicherungsanstalten]

- 13.04.1889 Posener Zeitung Nr. 262, Morgenausgabe. Eine Aufgabe für die Parlamentsferien Abt. II, Bd.6, Nr.128  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Der Gesetzentwurf ist von zentraler gesellschaftlicher Bedeutung, erfreut sich aber weder im Reichstag noch in der Öffentlichkeit großer Unterstützung und sollte daher vertagt werden]
- 15.04.1889 Satzung des Bundes der Arbeitgeber für Maurer- und Zimmergesellen in Halle (Saale) Abt. II, Bd.4, Nr.99  
[Die Arbeitgeber schließen sich zusammen mit dem Ziel, Gesellen nur noch unter den vom Bund gesetzten Bedingungen einzustellen und die Einstellung von Gesellen, die ohne Zustimmung des Arbeitgebers die Arbeit verlassen haben, zu verhindern]
- 22.04.1889 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.6, Nr.129  
[Die Arbeiterversicherungspolitik dient der Erhaltung der politischen Macht der besitzenden Klassen durch materielle Zugeständnisse an die Arbeiterklasse, der die politische Gleichberechtigung verweigert wird]
- 22.04.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Abt. II, Bd.6, Nr.130  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Graf Mirbach mobilisiert die ostpreußische Landwirtschaft gegen das Gesetz; es muß versucht werden, das zu verhindern]
- 24.04.1889 Resolution des ostpreußischen landwirtschaftlichen Zentralvereins Abt. II, Bd.6, Nr.131  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Der ostpreußische Interessenverband lehnt den Gesetzentwurf in seiner jetzigen Form ab und verlangt zumindest die Einheitsrente]
- 24.04.1889 Resolution des Zentralvereins westpreußischer Landwirte Abt. II, Bd.6, Nr.132  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die westpreußischen Landwirte lehnen das Gesetz ab, weil es in der Region keinen positiven sozialpolitischen Nutzen hat, die Landwirte dagegen finanziell zu stark belastet]
- 25.05.1889 Entscheidung des Bundesamts für das Heimatwesen Abt. II, Bd.7, Nr.115  
[Reihumverpflegung bei den Hausbesitzern der Gemeinde ist, auch wenn von dem Betroffenen kleine häusliche Dienste geleistet werden, als öffentliche Armenunterstützung anzusehen]
- 25.04.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Abt. II, Bd.6, Nr.133  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die ostpreußischen Landwirte sind für die Agitation v. Mirbachs leicht zu gewinnen, weil sie unzufrieden mit der Steuer- und Wirtschaftspolitik sind]
- 26.04.1889 Protokoll der Beratung des Ärztlichen Ausschusses in Baden über die Krankenversicherung Abt. II, Bd.5, Nr.140  
[Diskussion über Probleme der kassenärztlichen Versorgung, u.a. freie Arztwahl, Einzelvergütung oder Pauschale; Beispiele über die Praxis in einzelnen Städten und Bezirken, u.a. Mannheim]
- 26., 29.04. u. 20.05.1889 Fränkische Tagespost Nr. 97 [Nr. 99 und Nr. 117]. Sitzung des Schiedsgerichts der II. Sektion der Süddeutschen Stahl- und Eisen-Berufsgenossenschaft Abt. II, Bd.2.2, Nr.354  
[Bericht über eine Schiedsgerichtssitzung mit Einzelfallschilderungen]
- 27.04.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Abt. II, Bd.6, Nr.134  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Graf Mirbach wird sich an der nächsten Reichstagsdebatte über das Gesetz beteiligen]
- 30.04.1889 Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 103 Abt. II, Bd.2.2, Nr.353  
[Bericht über die Eröffnung der Unfallverhütungsausstellung durch Kaiser Wilhelm II.]
- 30.04.1889 Sitzungsprotokoll des Kronrats Abt. II, Bd.3, Nr.184  
[Bismarck spricht sich gegen die geltenden Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für jugendliche Arbeiter aus; Ablehnung einer für alle gültigen zwangsweisen Beschränkung der Beschäftigung]
- 30.04.1889 Bericht des Gesandten Ferdinand Graf von Zeppelin an den württembergischen Außenminister Dr. Hermann Freiherr von Mittnacht Abt. II, Bd.6, Nr.135  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Der Kaiser legt großen Wert auf das Zustandekommen des Gesetzes]
- 30.04.1889 Bericht des preußischen Gesandten in München Kuno Graf zu Rantzau an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.6, Nr.136  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Der Widerstand gegen das Gesetz ist in Bayern nicht groß]

- 30.04.1889 Allgemeine Zeitung Nr. 119 (München), Abendblatt. Die Agitation gegen die Alters- und Invaliditätsversicherung Abt. II, Bd.6, Nr.137  
[Der Gesetzentwurf ist in der Öffentlichkeit, im Reichstag und in der Kommission ausführlich erörtert worden und kann daher in dieser Session entschieden werden]
- 02.05.1889 Ordre des Großherzogs von Baden Friedrich I. an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.3, Nr.185  
[Zur Durchsetzung der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz sollen sich Baden, Bayern, Sachsen und Württemberg gegen Preußen verständigen]
- 03.05.1889 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.6, Nr.138  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die sächsischen „Ordnungsparteien“ unterstützen den Gesetzentwurf]
- 04.05.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Julius Graf von Mirbach an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Abt. II, Bd.6, Nr.139  
[Die Alters- und Invaliditätsversicherung schädigt die östlichen Provinzen sowohl wirtschaftlich wie auch politisch durch Überforderung der Selbstverwaltung]
- 06.05.1889 Bericht des badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban an Großherzog Friedrich I. Abt. II, Bd.3, Nr.186  
[Die Teilnahme Deutschlands an der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz ist durch die Verhaftung des deutschen Polizeinspektors Wohlgemuth in der Schweiz gefährdet]
- 07.05.1889 Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Robert von Hagemeister an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.100  
[Der im Gebiet des Ruhrkohlenbergbaus ausgebrochene Streik nimmt immer größere Dimensionen an, bei längerer Dauer sind ernste Folgen für die gesamte Industrie zu befürchten]
- 09.05.1889 Schreiben des Reichstagsabgeordneten Julius Graf von Mirbach an den Chef der Reichskanzlei Dr. Franz von Rottenburg Abt. II, Bd.6, Nr.140  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Graf Mirbach wird in der dritten Lesung des Gesetzes nicht mehr hervortreten]
- 11.05.1889 Sitzungsprotokoll einer Konferenz mehrerer landwirtschaftlicher Berufsgenossenschaften im Reichsversicherungsamt Abt. II, Bd.2.2, Nr.355  
[Die Vertreter der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften halten den Erlaß von Unfallverhütungsvorschriften in der Landwirtschaft für verfrüht]
- 11.05.1889 Vossische Zeitung Nr. 220, Abendausgabe. Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter Abt. II, Bd.4, Nr.101  
[Das Gros der Arbeitgeber ist nicht bereit, Arbeiter als gleichberechtigte Bürger anzusehen und zuzugestehen, daß der Macht des Kapitals ebenbürtig die Macht der Arbeit gegenübersteht; das Koalitionsrecht der Arbeiter ist wesentlich beschränkt worden]
- 12.05.1889 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.4, Nr.102  
[Beratungen über den Streik der Bergarbeiter im Ruhrgebiet: Bismarck wünscht sich eine zurückhaltend-vermittelnde Haltung des Staates, es sei auch politisch nützlich, wenn der Streik nicht so „glatt“ beigelegt werde; Wilhelm II. hingegen will die Arbeitgeber dazu zwingen, höhere Löhne zu gewähren, die Staatsregierung fungiere als „Oberschiedsgericht“]
- 12.05.1889 Bericht des hanseatischen Ministerresidenten Dr. Daniel Christian Friedrich Krüger an den Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Dr. Karl Friedrich Petersen Abt. II, Bd.6, Nr.141  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Bericht über den Abschluß der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs im Reichstag]
- 16.05.1889 Brief des Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der bayerischen Kammer der Reichsräte Georg Freiherr von und zu Franckenstein an seine Frau Marie Abt. II, Bd.6, Nr.142  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Gräben in der Zentrumsfraktion im Streit um das Gesetz sind tief; Franckenstein wurde aber als Vorsitzender bestätigt]
- 18.05.1889 Runderlaß des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an die Bezirksregierungen Abt. II, Bd.3, Nr.187  
[Vorschriften für die Produktion von Quecksilberspiegeln: Detaillierte Vorgaben über Arbeitsräume; Begrenzung der Arbeit mit Quecksilber auf täglich acht Stunden im Winter bzw. sechs Stunden im Sommer; ärztliche Untersuchungen der Arbeiter alle vierzehn Tage; Schutzkleidung; Speiseräume; Waschräume]

- 18.05.1889 Rede des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck im Reichstag Abt. II, Bd.6, Nr.143  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: In seiner letzten Reichstagsrede ermahnt Bismarck die regierungstreuen Parteien, das Versicherungsprojekt im nationalen Interesse zu unterstützen]
- 24.05.1889 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach und den Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth Abt. II, Bd.4, Nr.103  
[Die Frage soll geprüft werden, ob dem Hervortreten von jugendlichen bzw. nicht einheimischen Arbeitern bei Streiks dadurch entgegengewirkt werden könne, daß im einen Fall die Eltern stärker zur Verantwortung gezogen würden, im anderen die Möglichkeit der Ausweisung geschaffen werde]
- 24.05.1889 Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 144, Abendausgabe. Politische Übersicht Abt. II, Bd.6, Nr.144  
[Das Zustandekommen des Altersversicherungsgesetzes ist ein Erfolg für die Kartellpolitik; das Gesetz ist ein Schritt auf dem Weg zu umfassenderen Sozialreformen]
- 24.05.1889 Gedicht von Robert Bosse Abt. II, Bd.6, Nr.145  
[Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz: Die Mitglieder der VI. Reichstagskommission werden in scherzhafter Weise charakterisiert und ihre spezifischen Leistungen für das Gesetz hervorgehoben]
- 27.05.1889 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Karl Gamp an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.104  
[Vorschläge zur Verhinderung und Bekämpfung von Streiks im Kohlebergbau: Arbeiterausschüsse, Einigungsämter, Beschränkung der Beschäftigung jugendlicher Arbeiter, schneller strafrechtliche Bestrafung von Ausschreitungen]
- 29.05.1889 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm II. Abt. II, Bd.6, Nr.146  
[Die am Zustandekommen des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetz hauptsächlich beteiligten Beamten im Reichsamt des Innern und Bundesratsbevollmächtigten werden für Ordensauszeichnungen vorgeschlagen]
- 31.05.1889 Bericht des Stettiner Regierungspräsidenten Hugo Sommerfeld an den preußischen Landwirtschaftsminister Dr. Robert Freiherr Lucius von Ballhausen Abt. II, Bd.4, Nr.105  
[Die Anwendung polizeilichen Zwangs zur Rückführung kontraktbrüchiger Landarbeiter erscheint ebensowenig ratsam wie eine Erleichterung der Lohnbeschlagnahme oder eine Ausweitung der Schadenersatzpflicht für jene Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Landarbeiter beschäftigen]
- 00.06.1889 Lohntarif des Fachvereins der Maurer Hamburgs Abt. II, Bd.4, Nr.106  
[Lohntarif für das Hamburger Maurergewerbe mit Bestimmungen zu Arbeitszeit und Arbeitslohn, Lohnauszahlung und Arbeiterschutz, Überstunden und Nachtarbeit]
- 00.06.1889 Eingabe des Vorstands des Vereins der Bauinteressenten von Berlin und Umgegend an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen Abt. II, Bd.4, Nr.112  
[Bitte um Schutz für Arbeiter, die anlässlich eines Streiks der Maurer von auswärts herbeigeholt worden sind]
- 05.06.1889 Münchener Post. Die Krönung des Gebäudes Abt. II, Bd.1, Nr.87  
[Positives Bild der Gesetzgebung zur Sozialversicherung, bei der noch die Witwen- und Waisenversorgung fehlt; Defizite in den Bereichen Arbeiterschutz und Arbeiterrecht]
- 06.06.1889 Bericht des badischen Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.3, Nr.188  
[Eine Zusage Deutschlands zu der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz ist nicht zu erwarten]
- 07.06.1889 Bericht des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Herbert Graf von Bismarck an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.189  
[Eine Teilnahme Deutschlands an der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern wird kaum zu umgehen sein; die Affäre des in der Schweiz verhafteten Polizisten Wohlgemuth wird als mögliche Begründung für eine eventuelle Nichtteilnahme genannt; Bismarck in Randbemerkungen: Ablehnung der Teilnahme; die Affäre Wohlgemuth soll hierfür als Vorwand benutzt werden]
- 12.06.1889 Bericht des badischen Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.3, Nr.190  
[Der Gesandte berichtet über das Schreiben des Auswärtigen Amts vom 7. Juni 1889 und den negativen Reaktionen Bismarcks: Die Reichsregierung nimmt eine ablehnende Haltung gegenüber der von der Schweiz vorgeschlagenen internationalen Arbeiterschutzkonferenz ein]



- 13.06.1889 Eingabe der Handelskammer Dortmund an den preußischen Handelsminister und Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.107  
 [Der Bergarbeiterstreik ist als ein international geplantes, von der ultramontanen Presse angestacheltes, von den Sozialdemokraten ausgenutztes Unternehmen zu verstehen; er ist ungerechtfertigt und volkswirtschaftlich schädlich; seine letzte Ursache liegt nicht in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen, sondern in den kommenden Reichstagswahlen; der Staat muß etwas gegen den Kontraktbruch und die „Hetzereien“ in der Presse unternehmen]
- 14., 15., 17. u. Conservative Correspondenz Nr. 117–120. Sozialpolitische Zeit- und Streitfragen Abt. II, Bd.1, Nr.88  
 19.06.1889 [Allgemeine Ausführungen zur gewerbe- und sozialpolitischen Gesetzgebung aus konservativer Sicht unter dem Eindruck des Bergarbeiterstreiks; der Staat hat das Recht, in wirtschaftliche Angelegenheiten einzugreifen; die Sozialdemokratie muß niedergehalten werden; eine behutsame Sozialreform ist notwendig; Handlungsbedarf besteht insbesondere hinsichtlich des Arbeiterschutzes und der Einrichtung von Einigungsämtern]
- 14.06.1889 Danziger Zeitung, Morgenausgabe. Der Mangel an ländlichen Arbeitern Abt. II, Bd.4, Nr.108  
 [Schilderung des ländlichen Arbeitskräftemangels; gerade die unverheirateten Arbeitskräfte ziehen weg und fehlen als Knechte, Mägde oder Scharwerker; auch ohne neue gesetzliche Maßregeln bestehen Möglichkeiten, gegen den Kontraktbruch vorzugehen]
- 15.06.1889 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Kaiser Wilhelm II. Abt. II, Bd.6, Nr.147  
 [Die wichtigsten Veränderungen am Entwurf des Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetzes durch den Reichstag werden skizziert: freiwillige Versicherung; periodenweises Kapitaldeckungsverfahren; Lohnklassensystem; einheitlicher Reichszuschuß von 50 Mark pro Rente; Beitragserstattungen an ausscheidende Frauen und Hinterbliebene; Quittungskarten; Übergangsbestimmungen auch für Invalidenrenten]
- 17.06.1889 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. II, Bd.2.2, Nr.356  
 [Als Folge eines Arbeitsunfalls ist das Krankheitsbild der „traumatischen Neurose“ entschädigungsfähig]
- 17.06.1889 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen an den preußischen Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth Abt. II, Bd.4, Nr.109  
 [Überblick über die Entwicklung der Fachvereine und -verbände sowie die Tendenzen im Streikwesen]
- 18.06.1889 Schreiben des preußischen Innenministers Ernst Ludwig Herrfurth und des Ministers der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach an den Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.110  
 [Zu erwägen ist, ob den Bergbehörden durch die Prüfung und Bestätigung von Arbeitsordnungen gesetzlich eine stärkere Stellung gegeben werden soll, und weiter, ob Schiedsgerichte und Einigungsämter zur Beseitigung von gewerblichen Streitigkeiten zu errichten sind]
- 18.06.1889 Denkschrift des Reichstagsabgeordneten Dr. Friedrich Hammacher Abt. II, Bd.4, Nr.111  
 [Als Schlußfolgerung aus dem Bergarbeiterstreik soll den Unternehmen gesetzlich die Einbehaltung des rückständigen Lohns im Fall des Kontraktbruchs ermöglicht werden, den Gerichten die strafrechtliche Verfolgung der öffentlichen Aufforderung zur Niederlegung der Arbeit unter Kontraktbruch]
- 20.06.1889 Aufruf von Glasarbeitern des Großherzogtums Oldenburg Abt. II, Bd.3, Nr.191  
 [Zur Anbahnung einer internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung soll der Glasarbeiterführer Georg Horn als Delegierter zum internationalen Arbeiterkongreß nach Paris entsandt werden]
- 22.06.1889 Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung Abt. II, Bd.6, Nr.148  
 [Versicherungszwang für alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der Angestellten über 2000 M. Jahreseinkommen und der Beamten; Altersrenten bei einem Alter von 70 Jahren, Invalidenrenten bei dauernder Erwerbsunfähigkeit, die nicht von der Unfallversicherung gedeckt ist; periodenweise Kapitaldeckung durch die zur Hälfte von Arbeitgebern und Arbeitnehmern getragenen Beiträge, der Reichszuschuß beträgt 50 M. jährlich pro Rente; Lohnklassen staffeln Renten und Beiträge; Versicherungsanstalten sind als Länderbehörden Versicherungsträger; Ausschüsse mit paritätischer Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbesetzung und Schiedsgerichte sind weitere Organe; Beitragsverfahren durch Marken und Quittungskarten; Möglichkeiten zur freiwilligen (Weiter-)Versicherung]
- 26.06.1889 Bericht des Unterstaatssekretärs Eduard Magdeburg an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.113  
 [Die legislativen Vorarbeiten zu einem Gesetz über gewerbliche Schiedsgerichte sind im Bundesrat bereits im Gang; eine gesetzliche Regelung der Arbeitsordnungen läßt sich kaum auf den Bergbau beschränken; hier wäre es zweckmäßig, die eingeforderten Gutachten der Oberbergämter abzuwarten]
- 27.06.1889 Vossische Zeitung Nr. 294/295. Deutscher Berufsgenossenschaftstag Abt. II, Bd.2.2, Nr.357  
 [Bericht über den III. Berufsgenossenschaftstag]

- 02.07.1889 Württembergisches Gesetz betreffend die Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 17. April 1873 zur Ausführung des Reichsgesetzes vom 6. Juni 1870 über den Unterstützungswohnsitz Abt. II, Bd.7, Nr.116  
[Errichtung von Landarmenverbänden auf der Ebene der Kreise, Zusammensetzung und Wahl der Mitglieder der Landarmenbehörde, Aufgaben und Pflichten der Landarmenbehörde, Einnahmen und Finanzmittel der Landarmenverbände, armenrechtlicher Arbeitszwang]
- 03.07.1889 Bericht der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen an den preußischen Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten Dr. Gustav von Goßler Abt. II, Bd.3, Nr.192  
[Die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen beantragt, auf ihrer nächsten Sitzung sanitäts-polizeiliche Maßregeln zum Schutz der Frauenarbeit zu erörtern]
- 03.07.1889 Schreiben des preußischen Innenministers Ernst Ludwig Herrfurth an den Handelsminister Otto Fürst von Bismarck und den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach Abt. II, Bd.4, Nr.114  
[Zustimmung zu den Vorschlägen Hammachers, der Auszahlung rückständiger Löhne im Fall von kontraktbrüchigen Arbeitseinstellungen auf gesetzlichem Weg entgegenzutreten]
- 06.07.1889 Bericht des Oberberggrats Siegfried von Ammon an den Dortmunder Berghauptmann Karl Friedrich Eilert Abt. II, Bd.4, Nr.115  
[Viele Arbeitsordnungen der Kohlenzechen in den Revieren des Oberbergamts Dortmund enthalten ungerechte und ungesetzliche Bestimmungen oder doch solche, welche die Interessen der Arbeiter spürbar verletzen und Streitigkeiten herausfordern]
- 10.07.1889 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach und den Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth Abt. II, Bd.4, Nr.116  
[Die Einführung von besonderen Schiedsgerichten bzw. Einigungsämtern im Bergbau ist auf dem Weg der Landesgesetzgebung anzustreben; die Einführung obligatorischer Arbeitsordnungen in den Bergwerken und deren staatliche Genehmigung und Prüfung erscheint bedenklich]
- 13.07.1889 Neue Preußische Zeitung Nr. 321, Morgenausgabe. Adolph Wagner: Sozialpolitische Glossen zur jüngsten Arbeiterbewegung. VII. Die Bürgschaften des inneren Friedens Abt. II, Bd.1, Nr.89  
[An den in den Motiven zur ersten Unfallversicherungsvorlage und in der Kaiserlichen Sozialbotschaft geäußerten Zielen muß festgehalten werden, auch wenn eine Versöhnung der Arbeiter mit dem Staat bisher gescheitert ist]
- 17.07.1889 Brief des Abteilungsdirektors im Reichsamt des Innern Robert Bosse an den Pfarrer Friedrich Meyer Abt. II, Bd.6, Nr.149  
[Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz ist in mancher Hinsicht mangelhaft, vor allem durch die Abänderungen des Reichstags; langfristig wird es aber positive sozialpolitische Auswirkungen zeigen]
- 18.07.1889 Neue Preußische Zeitung Nr. 329, Morgenausgabe. Adolph Wagner: Sozialpolitische Glossen zur jüngsten Arbeiterbewegung. VIII. Die Mittel und Wege zur Herstellung inneren sozialen Friedens Abt. II, Bd.1, Nr.90  
[Die Gesetzgebung zum Arbeiterschutz ist unvollkommen; der Ausbau des Arbeiterschutzes kann den sozialen Frieden sichern; Ausführungen zur Sonntagsruhe mit antisemitischer Tendenz]
- 19.07.1889 Protokoll des Internationalen Arbeiterkongresses in Paris Abt. II, Bd.3, Nr.193  
[Rede des Delegierten Georg Horn: Bericht über die Verhältnisse in der deutschen Glasindustrie, Forderung nach einem Normalarbeitstag von acht Stunden, Verbot der Sonntagsarbeit, Verbot der Kinderarbeit und hygienischen Schutzvorkehrungen; Rede der Delegierten Klara Zetkin: gegen Beschränkung der Frauenarbeit; besondere Forderungen zum Frauenarbeiterschutz sollen nur hinsichtlich schwangerer Frauen gestellt werden; von Zetkins Position abweichender Beschluß des Kongresses zum Ausbau des Arbeiterschutzes]
- 21.07.1889 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 335, Morgenausgabe Abt. II, Bd.4, Nr.117  
[Die „Streikepidemie“ geht auf den Einfluß der Sozialdemokraten zurück; diese geben den Streiks zunehmend eine Form und Zielrichtung, die mit der Verbesserung der Arbeitsbedingungen nichts mehr zu tun hat, vielmehr zu einem Angriff auf die Gesellschaftsordnung auswächst]
- 24.07.1889 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an Wilhelm II. Abt. II, Bd.5, Nr.141  
[Zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes: Die grundlegenden Änderungen betreffen den von der Versicherungspflicht erfaßten Personenkreis (Anpassung an das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz) und das Verhältnis der gesetzlichen Krankenkassen untereinander sowie insbesondere zu den Hilfskassen; Voraussetzungen für deren Funktion als Ersatzkassen]

- 24.07.1889 Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.3, Nr.194  
[Anfrage, ob der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen gestattet werden soll, über sanitätspolizeiliche Maßregeln zum Schutz von Arbeiterinnen zu beraten; Bismarck in der Randbemerkung: Ablehnung]
- 26.07.1889 Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Gewerbegerichte Abt. II, Bd.4, Nr.118  
[Von einer Subkommission der Bundesratsausschüsse für Handel und Verkehr und für Justizwesen erarbeiteter Entwurf eines Gewerbegerichtsgesetzes in Anlehnung an einen Regierungsentwurf von 1878]
- 01.08.1889 Vermerk des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann für den Direktor im Reichsamt des Innern Robert Bosse Abt. II, Bd.5, Nr.142  
[Zur Revision des Krankenversicherungsgesetzes: Aufstellung zu vorhandenen, seit Sommer 1888 in der II. Abteilung des Reichsamts des Innern entstandenen Gesetzesmaterialien]
- 26.08.1889 Rede des Reichstagsabgeordneten Ferdinand Graf von Galen auf der 36. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Abt. II, Bd.1, Nr.91  
[Über Grundlagen christlicher Ethik; Plädoyer für Durchführung ständestaatlicher Politikelemente; Bericht über die sozialpolitische Tätigkeit der Zentrumsfraktion im Reichstag]
- 29.08.1889 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. II, Bd.2.2, Nr.358  
[Es kann nicht hingegenommen werden, daß Unternehmer sich mit Hinweis auf die Unfallverhütungsvorschriften ihrer Berufsgenossenschaft den Anweisungen der Fabrikinspektoren widersetzen]
- 02.09.1889 Eingabe von Arbeitern der Firma Fried. Krupp an den Düsseldorfer Fabrikinspektor Gustav Bielinski Abt. II, Bd.3, Nr.195  
[Beschwerde über ungesetzliche Sonntagsarbeit und überlange Arbeitszeiten bei Krupp]
- 03.09.1889 Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Hans Freiherr von Berlepsch an den preußischen Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth, den Handelsminister Otto Fürst von Bismarck und den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach Abt. II, Bd.4, Nr.119  
[Um im Bergbau künftig den Ausbruch von Streiks verhindern oder ausgebrochene Streiks beilegen zu können, werden drei Einrichtungen empfohlen: betriebliche Ältestenräte (zunächst auf den fiskalischen Gruben des Saarreviers), Schiedsgerichte (im Saargebiet auch als Einigungsämter) und paritätische Bergbaugewerbekammern]
- 06.09.1889 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Dr. Robert Freiherr Lucius von Ballhausen an den Justizminister Dr. Hermann von Schelling Abt. II, Bd.4, Nr.120  
[Auch wenn die Berichte der Regierungen mehrheitlich wirksamere Maßnahmen zum Schutz gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter nahelegen, wird man sich von Repressivmaßnahmen gegen die kontraktbrüchigen Landarbeiter nicht sehr viel versprechen dürfen; geraten erscheint eher ein schärferes Vorgehen gegen solche Arbeitgeber, die wissentlich kontraktbrüchige Arbeiter beschäftigen]
- 16.09.1889 Zeitschrift für Versicherungswesen Nr. 36. Deutsche Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit Abt. II, Bd.6, Nr.150  
[Die Verbandskasse für die Invaliden der Arbeit wird wegen Zahlungsunfähigkeit aufgelöst]
- 17.09.1889 Bericht der Handelskammer Neuss an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.2.2, Nr.359  
[Kritik an zu geringen Leistungen und zu hohen Verwaltungskosten der Berufsgenossenschaften]
- 00.10.1889 Denkschrift des Geheimen Oberregierungsrats Karl Gamp für den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.92  
[Regierungsseitige Aufarbeitung des Bergarbeiterstreiks: die Ausstände lassen sich nur bedingt mit der materiellen Lage der Arbeiter erklären; zur Problematik der Kohlenvorräte; Gefahr der Wiederaufnahme der Streiks. Im wesentlichen konservative Vorschläge zur Pazifizierung, die von Bismarck nur teilweise akzeptiert werden; im einzelnen: der Staat soll Bergwerke ankaufen; jugendliche Arbeiter sollen durch Lohnzahlung an die Eltern diszipliniert werden; erwachsene Arbeiter sollen durch Schaffung von Haus- und Grundbesitz von Streiks abgehalten werden; Förderung von Konsumvereinen; Einrichtung von Arbeiterausschüssen wird befürwortet; Forderung nach verschärfter strafrechtlicher Verfolgung Streikender und unterstützender Journalisten; Einsatz von Strafgefangenen in Bergwerken zur Sicherung der Produktion; Verbesserung der Ausbildung der Bergarbeiter]
- 01.10.1889 Bericht des Polizeileutnants Gustav Manegold an den Berliner Polizeipräsidenten Bernhard Freiherr von Richthofen Abt. II, Bd.4, Nr.121  
[Arthur Stadthagen berichtet über die Einschränkungen des Koalitionsrechts, es liegt in der Absicht der herrschenden Kräfte, die Gewichte zwischen Kapital und Arbeit zuungunsten der letzteren zu verschieben; eine Resolution fordert vom Gesetzgeber, alle Beschränkungen des Koalitionsrechts aufzuheben und alle diejenigen mit Strafe zu bedrohen, die den Arbeiter hindern, vom Koalitionsrecht Gebrauch zu machen]

- 07.10.1889 Sitzungsprotokoll des Camberger Gemeinderats Abt. II, Bd.7, Nr.117  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 10.10.1889 Entscheidung des Preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. II, Bd.5, Nr.143  
[Zur begrifflichen Unterscheidung zwischen fortbestehender und neuer Krankheit]
- 00.11.1889 Aufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Abt. II, Bd.1, Nr.93  
[Grundlegende Kritik der Bismarckschen Arbeiterpolitik; eine Hebung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Stellung der Arbeiter ist notwendig; die bisherige Gesetzgebung ist zur Aussöhnung der Arbeiterschaft nicht geeignet]
- 02.11.1889 Die Gegenwart Nr. 44. Moritz de Jonge: Ein Gesetz gegen den Mißbrauch der Coalitionsfreiheit Abt. II, Bd.4, Nr.122  
[Ein „Gesetz gegen den Mißbrauch des Koalitionsrechts“ soll die „gewöhnheitsmäßige, geschäftsmäßige oder gewerbsmäßige“ Aufforderung zur Arbeitseinstellung unter Strafe stellen und die überlokale Ausdehnung von Streiks mit analogen Bestimmungen zum Vereinsrecht verhindern helfen]
- 05.11.1889 Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.123  
[Um dem anlässlich der Arbeitseinstellungen der letzten Zeit zutage getretenen Mangel an vermittelnden Organen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern abzuwehren, wird vorgeschlagen, dem im Bundesrat vorbereiteten Gesetzentwurf über die Gewerbegerichte einen Abschnitt einzufügen, der deren Tätigkeit als Einigungsamt regelt]
- 06.11.1889 Protokoll einer Kommission der Gewerbekammer für den Regierungsbezirk Merseburg in Halle (Saale) Abt. II, Bd.4, Nr.124  
[Beratungen über die Frage der Verhinderung des Kontraktbruchs und über mögliche Einrichtungen zur Verhütung von Arbeiterstreiks; gegen Personen, die zum kollektiven Kontraktbruch aufreizen, muß strafrechtlich vorgegangen werden; zur Verhütung von Streiks sollen auf gesetzlicher Basis Einigungsämter geschaffen werden, deren Schiedssprüche zu mißfachten strafbar sein würde; §153 der Gewerbeordnung soll verschärft werden]
- 15.11.1889 Antrag Preußens im Bundesrat Abt. II, Bd.4, Nr.125  
[In den vom Bundesrat vorbereiteten Entwurf für ein Gewerbegerichtsgesetz sollen Bestimmungen über die Tätigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt eingefügt werden]
- 21.11.1889 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 33. Die Wahl eines Kassenarztes in Bonn Abt. II, Bd.5, Nr.144  
[Konflikt über die Einbeziehung der Poliklinik in die kassenärztliche Versorgung bzw. der erkrankten Ortskrankenkassenmitglieder in die universitären Aufgaben der Lehre und Forschung]
- 21.11.1889 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 33 Abt. II, Bd.5, Nr.145  
Heimstätten für Genesende im sächsischen Erzgebirge  
[Bericht über eine Besichtigung der Genesungsheime der Leipziger Ortskrankenkasse im Erzgebirge]
- 29.11.1889 Sitzungsprotokoll des 42. Armenpflegervereins in Dresden Abt. II, Bd.7, Nr.118  
[Entscheidungen über Einzelfälle der örtlichen Armenpflege]
- 30.11.1889 Eingabe des Vorstands des Bergischen Vereins für Gemeinwohl an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.126  
[Um Streiks beizulegen oder zu verhindern, werden Maßnahmen auf der Ebene der freiwilligen Selbsthilfe (Ältestenkollegien, Einigungsämter), der kommunalen Verwaltung (Bildung besonderer Verwaltungsdeputationen) und der Gesetzgebung (reichsgesetzliche Einführung von Gewerbegerichten) vorgeschlagen]
- 00.12.1889 Denkschrift des Geheimen Regierungsrats Dr. Georg Hinzpeter für Kaiser Wilhelm II. Abt. II, Bd.1, Nr.94  
[Populärhistorische Ausführungen über die Entstehung der Arbeiterbewegung in Deutschland; Schlußplädoyer für eine organisierte Arbeiterbewegung]
- 03.12.1889 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. II, Bd.4, Nr.127  
[Die öffentliche Aufforderung zur Arbeitseinstellung unter Kontraktbruch fällt unter § 110 des Strafgesetzbuchs; eine solche Aufforderung, zivilrechtlich bestehenden Pflichten nicht zu genügen, erfüllt den Tatbestand des Aufrufs zum Ungehorsam gegen die Gesetze]
- 11.12.1889 Erlaß des preußischen Innenministers Ernst Ludwig Herrfurth an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Konrad Studt Abt. II, Bd.4, Nr.128  
[Die Entscheidung des Reichsgerichts, daß die öffentliche Aufforderung zum Kontraktbruch unter § 110 des Strafgesetzbuchs fällt, rechtfertigt nicht die Auflösung einer öffentlichen Versammlung, wenn ein Redner eine solche Straftat begeht; der Rechtsgrundsatz, der jener Entscheidung zugrunde liegt, ist durch öffentliche Bekanntmachung zu verbreiten]

- 11.12.1889 Vorlage des Hamburger Armenkollegiums für den Senat Abt. II, Bd.7, Nr.119  
[Vorschläge zur Reorganisation des Hamburger Armenwesens: Vermehrung der Armenpfleger, Bildung eines einheitlichen Ortsarmenverbands, Armenkreise als neue Mittelinstanz, Maximalsätze für die Barunterstützung, Verkürzung der Unterstützungsdauer, Ausbau des gesonderten Fonds für ergänzende und vorbeugende Wohltätigkeit aus den der Stadt von privaten Wohltätern vermachten Kapitalien]
- 13.12.1889 Schreiben des preußischen Handelsministers Otto Fürst von Bismarck an den Innenminister Ernst Ludwig Herrfurth Abt. II, Bd.4, Nr.129  
[Die Grubenbesitzer haben das Recht, untereinander Vereinbarungen über die Annahme und Entlassung von Arbeitern zu treffen, „Lock-outs“ zu organisieren oder fremde Arbeiter anzustellen, wenn die eigenen die Arbeit niederlegen; die Regierung darf nicht auf die Bahn der Nachgiebigkeit gegenüber den agitatorischen Bestrebungen der Arbeitern geraten]
- 13.12.1889 Protokoll einer gemeinschaftlichen Sitzung der städtischen Armendeputation und der Bezirksvorsteher von Krefeld Abt. II, Bd.7, Nr.120  
[Bei der Prüfung der Bedürfnisse der Armen wird, wie auch Kontrolluntersuchungen einzelner Fälle gezeigt haben, nicht immer mit der nötigen Sorgfalt vorgegangen; allerdings haben sich auch die Unterstützungsmaximalsätze im zwischenstädtischen Vergleich als sehr niedrig und deshalb eventuell als revisionsbedürftig erwiesen; über sie wird deshalb nicht mehr nur in Ausnahmefällen hinausgegangen]
- 14.12.1889 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten Abt. II, Bd.4, Nr.130  
[Vorbesprechung über die Gegenstände der anberaumten kommissarischen Beratungen über die Untersuchungen der Arbeits- und Betriebsverhältnisse im Steinkohlenbergbau]
- 16.12.1889 Bericht des Unterstaatssekretärs Eduard Magdeburg an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.131  
[Für eine Haftbarmachung der Eltern minderjähriger Arbeiter für die bei Ausständen begangenen Ausschreitungen besteht keine hinreichende Veranlassung]
- 19.12.1889 Schreiben des Geheimen Legationsrats Kuno Graf zu Rantzau an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.4, Nr.132  
[Bitte um Immediatbericht an den Kaiser: Das Streben der Arbeiter nach höherem Lohn und geringerer Arbeitszeit kennt keine „abgeschlossene Grenze“; Heilung wird dann nur durch „Vergewaltigung“ der Arbeiter möglich sein; die Regierung darf den Arbeitern nicht nachlaufen und sich von ihnen leiten lassen]
- 19.12.1889 Volkswohl Nr. 51. Was haben die Arbeiter schon jetzt zur Sicherung der Invaliden- und Altersrente zu tun? Abt. II, Bd.6, Nr.151  
[Die Übergangsbestimmungen des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ermöglichen den Rentenbezug auch für Arbeiter, die schon bald nach Inkrafttreten des Gesetzes invalide werden oder die Altersgrenze erreichen; es wird geraten, sich rechtzeitig um die Beschäftigungsnachweise und Bescheinigungen für Ausfallzeiten zu kümmern, da sie Voraussetzung für den Bezug der Rente sind]
- 21.12.1889 Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Eberhard Freiherr von der Recke von der Horst an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.133  
[Positive Stellungnahme zu der Eingabe des „Bergischen Vereins für Gemeinwohl“ vom 30.11.1889: Die Einrichtung von Ältestenräten, die Vermittlerrolle der Gemeindebehörden bei Lohnkämpfen und die reichsgesetzliche Regelung der Gewerbeberichte ist anzustreben]
- 21.12.1889 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten [Fortsetzung] Abt. II, Bd.4, Nr.134  
[Beratung über die Frage einer obligatorischen Einführung von Arbeitsordnungen im Bergbau und über die darin aufzunehmenden inhaltlichen Bestimmungen]
- 22.12.1889 Neue Tischler-Zeitung Nr. 51. Ein neuer Streik-Erlaß Abt. II, Bd.4, Nr.135  
[Die Arbeiter haben sich darauf einzustellen, daß die Reichsgerichtsentscheidung vom 3.12.1889 die Auslegung des Rechts weiter zuungunsten der Arbeiter verschieben wird; sie tun dies am besten, indem sie künftig davon absehen, zu einer „sofortigen“ Arbeitseinstellung aufzurufen]
- 29.12.1889 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. II, Bd.4, Nr.136  
[Bei den kommissarischen Beratungen über die Streikenquete will kein Ministerium die Initiative ergreifen; unter den Ministern herrscht Ratlosigkeit; Bismarck hält am patriarchalischen Standpunkt der rheinisch-westfälischen Großindustriellen fest; nötig wäre, durch die Möglichkeit der freien Vereinigung und Interessenwahrnehmung die Rechtsgleichheit der Arbeiter praktisch anzuerkennen]

**1890**

- 02.01.1890 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten [Fortsetzung] Abt. II, Bd.4, Nr.137  
[Beratung über fakultative Arbeiterausschüsse und Arbeitsordnungen]
- 05.01.1890 Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.95  
[Wilhelm II. will den preußischen Landtag nur dann persönlich eröffnen, wenn er ein Arbeiterschutzgesetz ankündigen kann]
- 07.01.1890 Schreiben des Wirklichen Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein an den Staatssekretär des Innern Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.1, Nr.96  
[Argumentationshilfe für den bevorstehenden Besuch von Boettichers bei Bismarck: Eine Rede Bismarcks im laufenden Wahlkampf könne diesem nur schaden; ein Entgegenkommen in der Arbeiterschutzfrage gäbe dem Reichskanzler Handlungsfreiheit]
- 08.01.1890 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten [Fortsetzung] Abt. II, Bd.4, Nr.138  
[Beratung über Nutzen und Zweck fakultativer Arbeiterausschüsse; es bestehen unterschiedliche Auffassungen darüber, ob diese vor dem Erlaß von Arbeitsordnungen zu hören sind]
- 09.01.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.97  
[Wilhelm II. favorisiert eine Arbeiterschutzgesetzgebung; Ablehnung derselben durch Bismarck mit Rücktrittsdrohung]
- 10.01.1890 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten [Fortsetzung] Abt. II, Bd.4, Nr.139  
[Beratung über eine Verschärfung der strafrechtlichen Bestimmungen in Fragen des Koalitionszwangs und Kontraktbruchs]
- 13.01.1890 Bericht des Gesandten Ferdinand Graf von Zeppelin an den württembergischen Außenminister Dr. Hermann Freiherr von Mittnacht Abt. II, Bd.1, Nr.98  
[Wilhelm II. wünscht ein Arbeiterschutzgesetz auch gegen den Widerstand Bismarcks]
- 15.01.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.99  
[Auf Initiative Wilhelm II. will Sachsen einen eigenen Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz in den Bundesrat einbringen, was noch vor den Reichstagswahlen geschehen soll; von Boetticher will hierfür Materialien aus dem Reichsamt des Innern zur Verfügung stellen]
- 15.01.1890 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Außenminister Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.1, Nr.100  
[Sachsen will im Bundesrat einen eigenen Gesetzentwurf zum Arbeiterschutz einbringen]
- 15.01.1890 Rede des Staatssekretärs des Innern Karl Heinrich von Boetticher zur Eröffnung der II. Session der 17. Legislaturperiode des preußischen Landtags Abt. II, Bd.1, Nr.101  
[Nur unkonkrete Ausführungen zur Arbeiterpolitik]
- 15.01.1890 Brief des Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Dr. Paul Kayser an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld Abt. II, Bd.1, Nr.102  
[Kayser übermittelt eine sozialpolitische Denkschrift mit Vorschlägen zum Ausbau des Arbeiterschutzes und der Einrichtung von Arbeiterausschüssen; in den staatlichen Bergwerken sollen langjährige Arbeiter Beamtenstatus erhalten]
- 15.01.1890 Brief des Wirklichen Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Friedrich von Holstein an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld Abt. II, Bd.1, Nr.103  
[Von Holstein kennt die sozialpolitischen „Vorschläge“ Paul Kayzers und ist über den geplanten sächsischen Arbeiterschutzantrag informiert]
- 16.01.1890 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.1, Nr.104  
[Bericht über Differenzen zwischen Wilhelm II. und Bismarck; der geplante sächsische Arbeiterschutzantrag ist von Wilhelm II. initiiert]

- 16.01.1890 Geschäftsbericht der Sächsischen Altersrentenbank für die Jahre 1887 und 1888 Abt. II, Bd.6, Nr.152  
[Die Einlagen bei der Altersrentenbank sind weiter gestiegen; auch immer mehr Renten kommen zur Auszahlung]
- 19.01.1890 Brief des Geheimen Legationsrats Dr. Paul Kayser an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld Abt. II, Bd.1, Nr.105  
[Um eine Wiederaufnahme der Arbeiterstreiks zu verhindern, schlägt Kayser einen Erlaß Wilhelm II. an das Staatsministerium auf Grundlage seiner sozialpolitischen „Vorschläge“ vor]
- 19.01.1890 Satzung des Vereins der Metall-Industriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete Abt. II, Bd.4, Nr.140  
[Satzung eines Anti-Streikvereins; es sollen „schwarze Listen“ von Streikenden geführt werden, die bei keinem anderen Vereinsmitglied Beschäftigung finden dürfen]
- 20.01.1890 Brief des Legationsrats Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld an den deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm II. Abt. II, Bd.1, Nr.106  
[Graf zu Eulenburg und Hertefeld leitet Wilhelm II. die „Vorschläge“ Paul Kaisers vom 15.1.1890 und dessen Brief vom 19.1.1890 zu]
- 20.01.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.107  
[Sachsen kann sich bei der Ausarbeitung seines Arbeiterschutzantrags nicht auf Materialien aus dem Reichsamt des Innern stützen, die Karl Hofmann beseitigt hat; der Großherzog von Sachsen-Weimar-Eisenach will den sächsischen Antrag unterstützen]
- 20.01.1890 Erlaß des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen Abt. II, Bd.1, Nr.108  
[Der sächsische Arbeiterschutzantrag wird nicht vor den Reichstagswahlen fertiggestellt werden können; auf Hinzuziehung von Materialien aus dem Reichsamt des Innern wird verzichtet, um Bismarck nicht zu desavouieren]
- 21.01.1890 Denkschrift Kaiser Wilhelm II. Abt. II, Bd.1, Nr.109  
[Wilhelm II. legt seine sozialpolitischen Anschauungen dar; dabei nennt er seine Ratgeber; ein Erlaß an das Staatsministerium mit einem sozialpolitischen Programm soll ihm vorgelegt werden; die Denkschrift folgt weitgehend den Ausführungen Paul Kaisers]
- 23.01.1890 Schreiben des sächsischen Innenministers Hermann von Nostitz-Wallwitz an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.110  
[Die Reichsbehörden können nunmehr offiziell über die Absicht eines sächsischen Arbeiterschutzantrags informiert werden]
- 23.01.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.111  
[Herbert Graf von Bismarck wurde über die Absicht Sachsens unterrichtet, einen Arbeiterschutzantrag in den Bundesrat einzubringen]
- 24.01.1890 Schreiben des Korrespondenten der Kölnischen Zeitung Dr. Franz Fischer an seinen Verleger Dr. Josef Neven DuMont Abt. II, Bd.1, Nr.112  
[Bericht über die Konflikte zwischen Wilhelm II. und Bismarck, die als vorübergehend eingeschätzt werden]
- 24.01.1890 Sitzungsprotokoll des preußischen Kronrats Abt. II, Bd.1, Nr.113  
[Wilhelm II. äußert sich über die Arbeiterfrage; eine Wiederaufnahme der Streiks ist zu befürchten; ein umfassender sozialpolitischer Erlaß an das Staatsministerium soll ausgearbeitet werden; Gegenrede Bismarcks; kontroverse Debatte bezüglich der Haltung der Regierung in der dritten Lesung der Verlängerung des Sozialistengesetzes]
- 24.01.1890 Beschluß des Reichstags Abt. II, Bd.3, Nr.196  
[Der Bundesrat wird aufgefordert, ein Arbeiterschutzgesetz vorzulegen]
- 24.01.1890 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten [Fortsetzung] Abt. II, Bd.4, Nr.141  
[Beratung über die Einrichtung von Vertretungsorganen der Arbeiter entweder als fakultative Arbeiterausschüsse oder, wenn dies nicht durchsetzbar, zumindest als „Wirtschaftliche Konferenzen“]
- 24.01.1890 Bericht des Unterstaatssekretärs Eduard Magdeburg an den preußischen Handelsminister Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.4, Nr.142  
[Bericht über die Ergebnisse der kommissarischen Beratungen über Maßnahmen zur Verhütung von Arbeitseinstellungen im Bergbau]

- 25.01.1890 Rede Kaiser Wilhelm II. zum Schluß des 7. Reichstags Abt. II, Bd.1, Nr.114  
[Wilhelm II. sieht es als seine Aufgabe an, die von seinem Großvater begonnene Arbeiterversicherungsgesetzgebung gemeinsam mit dem Reichstag fortzuführen]
- 26.01.1890 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.1, Nr.115  
[Der von Wilhelm II. in der Kronratssitzung vom 24.1.1890 geforderte sozialpolitische Erlaß an das Staatsministerium soll von Karl Heinrich von Boetticher ausgearbeitet werden]
- 26.01.1890 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.4, Nr.143  
[Bericht über die Verhandlungen über den Entwurf eines Gewerbeberichtsgesetzes in den behandelnden Ausschüssen des Bundesrats]
- 27.01.1890 Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Deutschen Kaiser und preußischen König Wilhelm II. Abt. II, Bd.1, Nr.116  
[Rücktritt Bismarcks vom Amt des preußischen Handelsministers; Hans Freiherr von Berlepsch wird Nachfolger]
- 27.01.1890 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach Abt. II, Bd.1, Nr.117  
[Bismarck informiert von Maybach über seinen Rücktritt als preußischer Handelsminister]
- 28.01.1890 Schreiben des sächsischen Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.1, Nr.118  
[Das Reichsamt des Innern wird nun offiziell von der Absicht Sachsens unterrichtet, einen Entwurf für ein Arbeiterschutzgesetz in den Bundesrat einzubringen]
- 28.01.1890 Denkschrift von Friedrich Alfred Krupp Abt. II, Bd.4, Nr.144  
[Die Errichtung von Arbeiterausschüssen wird die nötige Disziplin und das Autoritätsgefüge im Betrieb gefährden; solche Ausschüsse werden in der Fabrik eine Nebenregierung bilden, die den Gegensatz zwischen Arbeitgebern und -nehmern verschärft; in unruhigen Zeiten werden sie ein gefährliches Instrument für Agitatoren darstellen]
- 28.01.1890 Gesetzentwurf, betreffend die Gewerbegerichte Abt. II, Bd.4, Nr.145  
[Von den Bundesratsausschüssen für Justizwesen und für Handel und Verkehr erstellter Entwurf für ein Gewerbeberichtsgesetz]
- 29.01.1890 Geschäftsbericht des Reichsversicherungsamts für das Jahr 1889 Abt. II, Bd.2.2, Nr.360  
[Jahresbericht des Reichsversicherungsamts über seine Tätigkeiten]
- 30.01.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.119  
[Bericht über eine Unterredung mit Bismarck: Der Reichskanzler informiert den Gesandten über den Konflikt mit Wilhelm II., seinen Rücktritt als Handelsminister und über weitere Rückzugspläne]
- 30.01.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.120  
[Angesichts des Konflikts zwischen Bismarck und Wilhelm II. um den Erlaß an das Staatsministerium ist eine dilatorische Behandlung des sächsischen Arbeiterschutzantrags erwägenswert]
- 30.01.1890 Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen Abt. II, Bd.1, Nr.121  
[Bismarck fordert die sächsische Regierung auf, ihren Arbeiterschutzantrag erst nach den Reichstagswahlen in den Bundesrat einzubringen]
- 30.01.1890 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.1, Nr.122  
[Lagebericht über die Kanzlerkrise; Bericht über eine Unterredung mit Bismarck, der für den Fall der Einbringung des sächsischen Arbeiterschutzantrags mit Rücktritt droht]
- 31.01.1890 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff Abt. II, Bd.1, Nr.123  
[Bismarck wünscht Hintergrundinformationen zum geplanten sächsischen Arbeiterschutzantrag]



- 31.01.1890 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Außenminister Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.1, Nr.124  
[Lagebericht zum Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm II.]
- 31.01.1890 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.1, Nr.125  
[Prinzipielle Ausführungen zum Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm II.; ein Rücktritt Bismarcks ist nicht zu erwarten]
- 31.01.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.126  
[Wilhelm II. drängt auf Vorlage des sächsischen Arbeiterschutzantrags; Wilhelm II. sucht den Konflikt mit Bismarck in der Arbeiterschutzfrage]
- 31.01.1890 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. II, Bd.1, Nr.127  
[Bismarck teilt dem Staatsministerium seinen Rücktritt als preußischer Handelsminister mit; Beratung eines Erlasses zum Arbeiterschutz, den von Boetticher vorlegt; Bismarck schlägt eine Aufteilung des Erlasses in eine äußere, an den Reichskanzler gerichtete Seite und eine innere, an die preußischen Ressortminister gerichtete Seite vor; Zustimmung des mittlerweile erschienenen Kaisers zu diesem Vorgehen; der sächsische Arbeiterschutzantrag soll erst nach den Reichstagswahlen behandelt werden]
- 01.02.1890 Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach und den Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch Abt. II, Bd.1, Nr.128 (Erstfassung)  
[Erstfassung des nunmehr zweigeteilten Erlasses (Teil für die preußischen Ressortminister): Die Arbeiterversicherungs- und Arbeiterschutzgesetzgebung soll ausgebaut werden; das Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern soll geregelt werden; zur Beratung hierüber soll eine Kommission eingesetzt werden]
- 01.02.1890 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.129  
[Die sächsische Regierung hat mit dem Verbot der Sonntagsarbeit gute Erfahrungen gemacht, wünscht aber gleiche Konkurrenzbedingungen]
- 01.02.1890 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. II, Bd.1, Nr.130  
[Bericht über die Staatsministerialratssitzung vom 31.1.1890; mit Rücksicht auf Bismarck sollen die geplanten Erlasse den Begriff „Arbeiterschutz“ nicht enthalten]
- 01.02.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. II, Bd.1, Nr.131  
[Lagebericht zum Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm II.; Bismarck soll die Zusage gegeben werden, daß der sächsische Arbeiterschutzantrag erst nach den Wahlen eingebracht wird; der Konflikt ist nicht überbrückbar; Bericht über die Staatsministerialsitzung vom Vortag]
- 01.02.1890 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Außenminister Dr. Ludwig Turban Abt. II, Bd.1, Nr.132  
[Bericht über die Staatsministerialratssitzung vom Vortag; die geplanten Erlasse werden bereits ausgearbeitet]
- 01.02.1890 Brief des Geheimen Legationsrats im Auswärtigen Amt Dr. Paul Kayser an den Legationsrat Dr. Philipp Graf zu Eulenburg und Hertefeld Abt. II, Bd.1, Nr.133  
[Bericht über das Ergebnis der Staatsministerialratssitzung vom Vortag; Kayser sieht seine Vorschläge verwirklicht]
- 02.02.1890 Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck (Erstfassung) Abt. II, Bd.1, Nr.134  
[Erstfassung des nunmehr zweigeteilten Erlasses (Teil für den Reichskanzler): Eine internationale Konferenz zu Arbeiterschutzfragen soll nach Berlin einberufen werden]
- 02.02.1890 Schreiben des sächsischen Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. II, Bd.1, Nr.135  
[Das Reichsamt des Innern wird offiziell darüber informiert, daß der Arbeiterschutzantrag Sachsens erst nach den Reichstagswahlen eingebracht werden wird]

- 02.02.1890 Schreiben des Direktors des sächsischen Statistischen Büros in Dresden Professor Dr. Victor Böhmer an den Hamburger Bürgermeister Dr. Johannes Versmann Abt. II, Bd.7, Nr.121  
[Stellungnahme zu den Vorhaben des Hamburger Armenkollegiums für die Reform des städtischen Armenwesens; angeregt wird eine Einbeziehung der Geistlichkeit in die Organisation und Ausübung der städtischen Armenpflege und die Heranziehung von Frauen zur Armenpflege; ein Zusammenwirken von städtischer und privater Armenpflege muß herbeigeführt werden; die Gründung eines Antibettelvereins nach dem Dresdener Vorbild ist empfohlen]
- 03.02.1890 Tagebucheintragung des Chefs des preußischen Generalstabs Alfred Graf von Waldersee Abt. II, Bd.1, Nr.136  
[Nachgeben in der Arbeiterfrage weckt nur Begehrlichkeiten]
- 04.02.1890 Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. II, Bd.1, Nr.137  
[Eine internationale Arbeiterschutzkonferenz soll nach Berlin einberufen werden]
- 04.02.1890 Erlaß des Deutschen Kaisers und preußischen Königs Wilhelm II. an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch und den preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Albert von Maybach Abt. II, Bd.1, Nr.138  
[Die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Verhältnisse der Fabrikarbeiter sollen überprüft werden; Errichtung von Arbeitervertretungen; staatliche Bergwerke als Musteranstalten; der erweiterte Staatsrat soll darüber beraten]
- 06.02.1890 Neue Preußische Zeitung Nr. 61, Abendausgabe. Die Allerhöchsten Kundgebungen Abt. III, Bd.1, Nr.1  
[Schilderung des Inhalts und positive Bewertung der „Februarerlasse“ Wilhelms II.; ein Dissens zwischen Wilhelm II. und Bismarck wird nicht gesehen]
- 06.02.1890 Vossische Zeitung Nr. 61, Morgenausgabe. Die Erlasse über die Arbeiterfrage Abt. III, Bd.1, Nr.2  
[Die „Februarerlasse“ bedeuten vor allem in der Frage des internationalen Arbeiterschutzes einen scharfen Richtungswechsel, der sich gegen Reichskanzler Bismarck richtet]
- 06.02.1890 Germania Nr. 30, Zweites Blatt. Kaiser Wilhelm, der Arbeiterfreund Abt. III, Bd.1, Nr.3  
[Die „Februarerlasse“ werden uneingeschränkt begrüßt; die Blockade der Arbeiterschutzinitiativen des Zentrums durch die Regierung wird nun beendet]
- 06.02.1890 Kölnische Zeitung Nr. 37, Zweites Blatt. Die kaiserlichen Kundgebungen über den Arbeiterschutz Abt. III, Bd.1, Nr.4  
[Einzelheiten der in den „Februarerlassen“ angekündigten Reformen, insbesondere zur Vertretung der Arbeiter, werden abzuwarten sein; Presseschau]
- 06.02.1890 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. III, Bd.1, Nr.5  
[Bewertung der „Februarerlasse“, ihrer Genese und der daraus entstandenen aktuellen Situation]
- 07.02.1890 Frankfurter Zeitung Nr. 38, Erstes Morgenblatt Abt. III, Bd.1, Nr.6  
[Die Süddeutsche Volkspartei begrüßt die „Februarerlasse“ als Erfüllung alter Forderungen; Würdigung der Schweizer Initiativen für eine internationale Arbeiterschutzkonferenz]
- 07.02.1890 Berliner Volksblatt Nr. 32. Die kaiserlichen Erlasse Abt. III, Bd.1, Nr.7  
[Die „Februarerlasse“ sind ein moralischer Sieg der Sozialdemokratie und eine Niederlage Bismarcks; Aufruf zur Wahl von Sozialdemokraten bei den anstehenden Reichstagswahlen]
- 07.02.1890 Schreiben des Schweizer Gesandten Dr. Arnold Roth an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts Herbert Graf von Bismarck Abt. III, Bd.1, Nr.8  
[Die Veröffentlichung der „Februarerlasse“ hat sich mit einer Einladung der Schweiz zu einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz überschritten]
- 07.02.1890 Immediatbericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Großherzog Friedrich I. Abt. III, Bd.1, Nr.9  
[Zur Umsetzung der „Februarerlasse“ Wilhelms II. ist die geplante Einberufung des preußischen Staatsrats ein ungeeignetes Mittel, das die Gefahr des Mißerfolgs in sich trägt; angemessen ist die Einberufung einer kleinen Kommission]
- 07.02.1890 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.1, Nr.10  
[Vorbereitung der Einberufung des preußischen Staatsrats; Robert Bosse soll Staatssekretär des Staatsrats werden; personelle Vorschläge für Sachverständige]

- 08.02.1890 Theodor Barth: Die sozialpolitischen Erlasse des Kaisers Abt. III, Bd.1, Nr.11  
[Die Freisinnige Partei begrüßt die „Februarerlasse“, die dort anvisierten internationalen Regelungen des Arbeiterschutzes werden nur schwierig zu erreichen sein; das Sozialistengesetz und die Getreidezölle müssen beseitigt werden]
- 08.02.1890 Erlaß des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an die Botschafter in europäischen Staaten Abt. III, Bd.1, Nr.12  
[Die Botschafter sollen die prinzipielle Bereitschaft der Regierungen für eine internationale Arbeiterschutzkonferenz ermitteln]
- 09.02.1890 Bericht des Gesandten Dr. Arnold Roth an den Schweizer Außenminister Numa Droz Abt. III, Bd.1, Nr.13  
[Bericht über ein Gespräch mit Wilhelm II.; aus der parallelen Einladung der Schweiz zu einer internationalen Arbeiterschutzkonferenz sind keine diplomatischen Verwicklungen zu befürchten]
- 09.02.1890 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. III, Bd.1, Nr.14  
[Skeptische Einschätzung der durch die „Februarerlasse“ geschaffenen innerministeriellen Lage; die dadurch entstandene hektische Arbeitsatmosphäre wird zu Fehlern führen; die wichtige Frage der Rechtsstellung von Arbeitervereinigungen wird nicht angegangen]
- 10.02.1890 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. III, Bd.1, Nr.15  
[Bericht über ein Gespräch mit Bismarck: zur Entstehung der „Februarerlasse“; die Sozialpolitik Wilhelms II. ist populistisch und utopisch; Rücktrittsgedanken Bismarcks]
- 10.02.1890 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. III, Bd.1, Nr.16  
[Bericht über ein Gespräch mit König Albert über den sächsischen Arbeiterschutzantrag]
- 11.02.1890 Bericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban Abt. III, Bd.1, Nr.17  
[Bericht über Rücktrittsgedanken Bismarcks; Vorbereitungen der Staatsratssitzung; Haltung der Schweiz und Österreichs zur internationalen Arbeiterschutzkonferenz]
- 12.02.1890 Brief des badischen Großherzogs Friedrich I. an Wilhelm II. mit Denkschrift Abt. III, Bd.1, Nr.18  
[Die „Februarerlasse“ Wilhelms II. sind ein großes Ereignis; der preußische Staatsrat ist für die Erörterung sozialpolitischer Fragen ungeeignet; statt dessen soll eine kleine Kommission eingesetzt werden]
- 14.02.1890 Der Gewerkverein Nr. 7. Die kaiserlichen Erlasse für Arbeiterschutz und Arbeitervertretung Abt. III, Bd.1, Nr.19  
[Die „Februarerlasse“ eröffnen die Aussicht auf weitgehende Reformen; endlich wird nicht nur die Arbeiterversicherung vorangetrieben, sondern auch Arbeiterschutz und Arbeitervertretung; Kritik an der Beschränkung auf Fabrikarbeiter; an den anstehenden Beratungen müssen auch Arbeitervertreter beteiligt werden]
- 14.02.1890 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsrats Abt. III, Bd.1, Nr.20  
[Wilhelm II. eröffnet die Beratungen des preußischen Staatsrats mit einer Rede: Der gesetzliche Arbeiterschutz muß verbessert werden, dabei ist eine einseitige Belastung der Industrie zu vermeiden; auch die Frage der Arbeitervertretung bedarf einer Regelung]
- 14.02.1890 Fragenkatalog für den preußischen Staatsrat Abt. III, Bd.1, Nr.21  
[Der Staatsrat soll zu aus dem Inhalt des „Februarerlasses“ an den preußischen Handelsminister bzw. den Minister der öffentlichen Arbeiten entwickelten detaillierten Haupt- und Unterfragen Stellung nehmen]
- 15.02.1890 Der Sozialdemokrat Nr. 7. Vor dem Siegeswagen der Sozialdemokratie Abt. III, Bd.1, Nr.22  
[Die „Februarerlasse“ sind ein „weltgeschichtliches Ereignis“; nichtsdestotrotz sind sie ein Wahlkampfmanöver; Wilhelm II. macht sich die Forderungen der Sozialdemokratie zu eigen]
- 16.02.1890 Brief des Staatssekretärs des Staatsrats Dr. Robert Bosse an den Pfarrer Friedrich Meyer Abt. III, Bd.1, Nr.23  
[Die Ernennung zum Staatssekretär des Staatsrats bringt für Bosse nur unerwünschte Arbeitsbelastung; Wilhelm II. hat sich in die Arbeiterschutzmaterie eingearbeitet; das Klima der Intrigen ist beängstigend]
- 17.02.1890 Antrag des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den Bundesrat Abt. III, Bd.6, Nr.1  
[Antrag auf Errichtung von 31 Versicherungsanstalten der Invaliditäts- und Altersversicherung mit Übersicht über die Zahl der in den einzelnen Versicherungsanstalten versicherungspflichtigen Personen]

- 18.02.1890    Immediatbericht des Gesandten Adolf Freiherr Marschall von Bieberstein an den badischen Großherzog Friedrich I.    Abt. III, Bd.1, Nr.24  
[Bericht über ein Gespräch mit Wilhelm II.: Auf die Beratungen des preußischen Staatsrats sollen bald Gesetzesvorlagen zum Arbeiterschutz und zu Gewerbegerichten bzw. Einigungsämtern folgen; die Frage der Arbeitervertretung soll später geklärt werden; bei der internationalen Arbeiterschutzkonferenz wird nichts herauskommen]
- 18.02.1890    Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice    Abt. III, Bd.1, Nr.25  
[Angesichts der anstehenden Beratungen des preußischen Staatsrats und der Gesetzgebungsarbeiten im preußischen Handelsministerium soll Sachsen seine geplanten Anträge zum Arbeiterschutz zunächst zurückstellen]
- 18.02.1890    Entwurf des sächsischen Gesamtministeriums für ein Gesetz betreffend Abänderung und Ergänzung der Gewerbeordnung    Abt. III, Bd.1, Nr.26  
[Sächsischer Arbeiterschutzantrag: Verbot der Sonntagsarbeit in Gewerbebetrieben mit Ausnahmeregelungen; Verbot von Frauenarbeit in bestimmten Betrieben; Verbot der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen; Verbot der Untertagearbeit für Frauen und Kinder; keine Erhöhung des Schutzesalters bei der Kinderarbeit in Fabriken]
- 18.02.1890    Rede des Reichstagskandidaten Richard Roesicke vor Arbeitern in Dessau    Abt. III, Bd.1, Nr.27  
[Auseinandersetzung mit der sozialen Programmatik der Sozialdemokratie; eine Verbesserung der Arbeitsversicherung ist notwendig, insbesondere muß eine Arbeitslosenversicherung eingeführt werden; die Arbeiterpolitik Wilhelms II. wird begrüßt; Ausbau des Arbeiterschutzes ist notwendig; die Arbeiter müssen gleichberechtigt behandelt werden]
- 20.02.1890    Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck    Abt. III, Bd.1, Nr.28  
[Entwurf eines Beratungsprogramms für die internationale Arbeiterschutzkonferenz mit Leitlinien für die deutschen Delegierten]
- 21.02.1890    Schreiben des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch    Abt. III, Bd.1, Nr.29  
[Bismarck beklagt sich, daß ihm die Vorlagen für die internationale Arbeiterschutzkonferenz nicht mitgeteilt wurden, bevor sie Wilhelm II. vorgelegt wurden]
- 24.02.1890    Leitfaden zur Sitzungsleitung des Staatssekretärs des preußischen Staatsrats Dr. Robert Bosse für Wilhelm II.    Abt. III, Bd.1, Nr.30  
[Vorformulierungen für die Leitung der Staatsratssitzung]
- 25.02.1890    Denkschrift des Regierungsrats im Reichsversicherungsamt Franz Reichel    Abt. III, Bd.1, Nr.31  
[Zur Förderung von Arbeiterschutzmaßnahmen und Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen soll in Berlin ein Museum errichtet werden, das zugleich als Zentralstelle für Arbeiterschutzfragen dienen soll]
- 26.02.1890    Immediatbericht des Reichskanzlers Otto Fürst von Bismarck an Wilhelm II.    Abt. III, Bd.3, Nr.1  
[Die Vorlage der aufgrund der Februarerlasse auszuarbeitenden Novelle zur Gewerbeordnung wird sich noch einige Wochen hinziehen; Wilhelm II. in Randbemerkungen: Aufforderung zur Beschleunigung]
- 26.02.1890    Schreiben des sächsischen Königs Albert an Wilhelm II.    Abt. III, Bd.1, Nr.32  
[Albert übermittelt Wilhelm II. den sächsischen Arbeiterschutzantrag]
- 26.02.1890    Sitzungsprotokoll der Abteilungen V und VII des preußischen Staatsrats    Abt. III, Bd.1, Nr.33  
[Nach Referat von Johannes Miquel und Korreferat von Hanns Jencke zur Einschränkung der Sonntags- und der Kinderarbeit werden nach nur in Einzelfragen kontroverser Debatte die Anträge Miquels angenommen]
- 26.02.1890    Rede des Superintendenten Dr. Karl Sell vor Mitgliedern der hessischen Landessynode    Abt. III, Bd.1, Nr.34  
[Der Staat muß die soziale Frage lösen, die Kirche kann dabei nur Mitarbeiter sein; die kirchliche Gemeindearmenpflege muß verstärkt und das Vereinswesen ausgebaut werden; diese innere Missionsarbeit muß bei den Stadtmissionen gebündelt werden]
- 27.02.1890    Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsrats    Abt. III, Bd.4, Nr.1  
[Befürwortung einer obligatorischen Einführung von Arbeitsordnungen; die Frage, ob vor deren Erlaß ein Arbeiterausschuß gehört werden soll, bleibt strittig; die Mehrheit spricht sich gegen die Stimmen einiger Schwerindustrieller für die freiwillige Errichtung von Arbeiterausschüssen aus]

- 28.02.1890 Sitzungprotokoll des preußischen Staatsrats Abt. III, Bd.4, Nr.2  
[Es wird mehrheitlich befürwortet, im Anschluß an die Gewerbeberichte paritätische Organe zur Interessenwahrnehmung und gemeinsamen Interessenvertretung von Arbeitgebern und Arbeitern zu schaffen]
- 01.03.1890 Schreiben des Rechtsanwalts Dr. Franz Fischer an den Verleger der Kölnischen Zeitung Dr. Josef Neven DuMont Abt. III, Bd.1, Nr.35  
[Bericht über die Abteilungssitzungen des preußischen Staatsrats, vor allem über den zweiten und dritten Tag: Gegen die Stimmen einiger Schwerindustrieller wird die Einführung freiwilliger Arbeiterausschüsse gewünscht; Wilhelm II. tritt gegen Hanns Jencke auf]
- 04.03.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice Abt. III, Bd.1, Nr.36  
[Bericht über ein Gespräch mit Bismarck: Der Reichskanzler wünscht Auskunft über den verfassungsrechtlichen Charakter des sächsischen Arbeiterschutzantrags; der Gesandte spricht sich für eine offizielle Einbringung des Antrags aus]
- 04.03.1890 Vermerk des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts Herbert Graf von Bismarck für den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. III, Bd.1, Nr.37  
[Vorschlag zur Auswahl der deutschen Delegierten für die internationale Arbeiterschutzkonferenz; der Reichskanzler streicht den Vorschlag, die Professoren Lujo Brentano oder Gustav Schmoller einzubeziehen]
- 05.03.1890 Erlaß des sächsischen Außenministers Alfred Graf von Fabrice an den Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen Abt. III, Bd.1, Nr.38  
[Auf Wunsch Wilhelms II. soll der sächsische Arbeiterschutzantrag derzeit nicht weiter betrieben werden]
- 05.03.1890 Schreiben des Chefs des Geheimen Zivilkabinetts Dr. Hermann von Lucanus an den Reichskanzler Otto Fürst von Bismarck Abt. III, Bd.1, Nr.39  
[Bismarck erhält nun von Wilhelm II. den sächsischen Arbeiterschutzantrag; Wilhelm II. hat den König von Sachsen gebeten, den Antrag nicht in den Bundesrat einzubringen]
- 05.03.1890 Beschlüsse der Abteilungen V und VII des preußischen Staatsrats Abt. III, Bd.1, Nr.40  
[Die Sonntagsarbeit soll eingeschränkt werden; Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder soll verboten werden; gewünscht werden einschränkende Regelungen zur Frauenarbeit, ferner obligatorische Arbeitsordnungen und verbesserter Gefahrenschutz in Fabriken; Errichtung von Arbeiterausschüssen nur fakultativ; die Zahl der Fabrikinspektoren soll erhöht werden]
- 08.03.1890 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher mit Gesetzentwurf Abt. III, Bd.3, Nr.2  
[Das preußische Handelsministerium legt einen ersten Rohentwurf zur Novelle der Gewerbeordnung vor: Ausweitung des betrieblichen Gefahrenschutzes, Möglichkeit des sanitären Normalarbeitstags durch Bundesratsverordnung, Verbot der Sonntagsarbeit mit Ausnahmeregelungen, obligatorische Arbeitsbücher für minderjährige Arbeiter, Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder; Elfstundentag für Fabrikarbeiterinnen, Verbot der Nachtarbeit von Fabrikarbeiterinnen]
- 15.03.1890 Rede des Anwalts der Gewerkvereine und Reichstagsabgeordneten Dr. Max Hirsch vor dem Berliner Ortsverein II der Klempner und Metallarbeiter Abt. III, Bd.1, Nr.41  
[Die „Februarerlasse“ werden begrüßt; die regierungsseitige Blockade bei Ausbau des Arbeiterschutzes ist nun aufgehoben; die neue Arbeiterpolitik Wilhelms II. entspricht alten Forderungen der Gewerkvereine; notwendig ist eine freie reichsweite Organisation der Arbeiter]
- 15.03.1890 Protokoll der internationalen Arbeiterschutzkonferenz Abt. III, Bd.1, Nr.42  
[Handelsminister Freiherr von Berlepsch eröffnet die Konferenz mit einer Rede, in der auch die vorausgegangenen Aktivitäten der Schweiz erwähnt werden]
- 20.03.1890 Erlaß des preußischen Kultusministers Dr. Gustav von Goßler an die Konsistorien der Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau Abt. III, Bd.1, Nr.43  
[Die evangelische Kirche soll in sozialen Angelegenheiten umfassend aktiv werden; geeignet hierfür sind soziale Vereinstätigkeit und die Errichtung von Wohlfahrtsanstalten]
- 28.04.1890 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.3  
[Die Novelle zur Gewerbeordnung wird dem preußischen Staatsministerium vorgelegt]
- 28, 29. u. 31.03.1890 Deutscher Reichsanzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 80-82. Sozialpolitik, Sozialreform und Sozialismus Abt. III, Bd.1, Nr.44  
[Eine offiziöse Artikelserie ordnet die aktuellen sozialpolitischen Aktivitäten in langfristige staatliche Politik zur sozialen Frage ein]

- 29.03.1890    Schlußprotokoll der internationalen Arbeiterschutzkonferenz    Abt. III, Bd.1, Nr.45  
[„Wünschenswerte“ Beschlüsse zu Schutzregelungen in Bergwerken, zur Sonntagsarbeit, zur Arbeit von Kindern, Jugendlichen und Frauen; die Schutzmaßnahmen sollen von besonderen Beamten kontrolliert werden; statistische Erhebungen]
- 01.04.1890    Sitzungprotokoll des preußischen Staatsministeriums    Abt. III, Bd.3, Nr.4  
Abt. III, Bd.4, Nr.3  
[Der Entwurf des Handelsministeriums für eine Novelle zur Gewerbeordnung wird hinsichtlich der Arbeiterschutzbestimmungen mit geringfügigen Abänderungen akzeptiert. Der Entwurf soll durch eine Verschärfung der Strafbestimmungen gegen den Koalitionszwang ergänzt werden]
- 03.04.1890    Schreiben Wilhelms II. an den österreichischen Kaiser Franz Joseph    Abt. III, Bd.1, Nr.46  
[Rückblickender Bericht über die Entstehung der „Februarerlasse“ und den Ablauf der Entlassungskrise Bismarcks seit Oktober 1889]
- 03.04.1890    Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Ministerpräsidenten Leo von Caprivi und die Staatsminister    Abt. III, Bd.4, Nr.4  
[Aufgrund Beschlusses des preußischen Staatsministeriums wird der vom Handelsministerium vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Gewerbeordnung durch eine verschärfte Fassung des § 153 ergänzt]
- 08.04.1890    Immediatbericht des preußischen Staatsministeriums für Wilhelm II.    Abt. III, Bd.3, Nr.5  
[Vorlage der Novelle zu Gewerbeordnung]
- 08.04.1890    Erlaß des bayerischen Innenministers Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch an den Regierungspräsidenten von Oberbayern Sigmund Heinrich Freiherr von Pfeufer    Abt. III, Bd.4, Nr.5  
[Die Behörden haben bei Streiks dafür zu sorgen, daß Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werden und die Sicherheit der Arbeitgeber sowie der Schutz der Arbeitswilligen gewährleistet sind]
- 11.04.1890    Bericht des Fürstbischofs von Breslau Dr. Georg Kopp an Papst Leo XIII.    Abt. III, Bd.1, Nr.47  
[Schilderung der Thematik der internationalen Arbeiterschutzkonferenz, deren Ergebnisse positiv eingeschätzt werden; trotz ihrer inhaltlichen Beschränkung werden die Beschlüsse der Konferenz eine segensreiche Wirkung nicht zuletzt für den Frieden in Europa haben]
- 12.04.1890    Entwurf eines Gesetzes betreffend Abänderung der Gewerbeordnung    Abt. III, Bd.4, Nr.6  
[Gesetzentwurf in der Fassung des preußischen Antrags im Bundesrat: Abänderungen zum Arbeitsbuch, zur Arbeitsordnung und zum Koalitionszwang]
- 12.04.1890    Antrag Preußens im Bundesrat    Abt. III, Bd.3, Nr.6  
[Vorlage der Novelle zur Gewerbeordnung: Verbot der Sonntagsarbeit mit Ausnahmeregelungen, obligatorische Arbeitsbücher für minderjährige Arbeiter, Ausbau des betrieblichen Gefahrenschutzes, Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder; Elfstundentag für Fabrikarbeiterinnen, Verbot der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen, Möglichkeit der Ausdehnung des Geltungsbereichs durch kaiserliche Verordnung; die Bestimmungen zur Sonntagsarbeit treten erst durch kaiserliche Verordnung in Kraft]
- 17.04.1890    Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium    Abt. III, Bd.4, Nr.7  
[Neben einer Verschärfung des § 153 ist bei der Abänderung der Gewerbeordnung für Fälle von Kontraktbruch die Möglichkeit zu eröffnen, daß der Beschädigte anstelle des zivilrechtlichen Entschädigungsanspruchs eine Geldbuße fordert]
- 17.04.1890    Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Außenminister Alfred Graf von Fabrice    Abt. III, Bd.3, Nr.7  
[Die Bundesratsverhandlungen zur Novelle der Gewerbeordnung sollen zügig erfolgen]
- 18.04.1890    Erlaß des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats der altpreußischen Union Dr. Ottonmar Hermes an die Konsistorien    Abt. III, Bd.1, Nr.48  
[Erlaß an die Geistlichen vom 17.4.1890: Die Sozialdemokratie zersetzt die sittlichen Grundlagen der Gesellschaft; die Verkündigung des Glaubens erhält in dieser Situation besondere Bedeutung; das kirchliche Vereinsleben und die Publikationstätigkeit müssen gestärkt werden. Hirtenbrief: Soziale Erschütterungen und Glaubenslosigkeit gehen Hand in Hand; Gegensätze zwischen Arbeitern und Arbeitgebern zerreißen das Volk; die Gemeindeglieder sollen die Geistlichen bei ihren sozialen Tätigkeiten unterstützen]
- 20.04.1890    Schreiben des Papstes Leo XIII. an den Kölner Erzbischof Philipp Krementz    Abt. III, Bd.1, Nr.49  
[Die Aufgaben der Kirche bei der Lösung der sozialen Frage sind bedeutender als diejenigen des Staats; im Mittelpunkt steht die Verkündigung der christlichen Lehre, auf die alle kirchliche Tätigkeit auf sozialem Gebiet auszurichten ist; Ausführungen zur Missionstätigkeit in Afrika; distanzierende Randbemerkungen Wilhelms II.]

- 22.04.1890 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.8  
[Die Ausweitung der Aufgaben der Gewerbeaufsichtsbeamten durch die Novelle zur Gewerbeordnung macht eine Erhöhung der Zahl der Aufsichtsbeamten notwendig]
- 25.04.1890 Antrag Preußens im Bundesrat Abt. III, Bd.4, Nr.8  
[Abänderungsvorschlag zu § 153: Bestrafung des Koalitionszwangs und Schutz der Arbeitswilligen]
- 25.04.1890 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Gustav Adolf Vodel an den Geheimen Abt. III, Bd.3, Nr.9  
Regierungsrat im sächsischen Innenministerium Eduard Theodor Böttcher  
[Bericht über den Beginn der Ausschlußberatungen des Bundesrats zur Novelle der Gewerbeordnung]
- 26.04.1890 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.3, Nr.10  
[Grundsätzliche Zustimmung zu Absicht des Handelsministeriums, die Zahl der Gewerbeaufsichtsbeamten zu erhöhen]
- 26.04.1890 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Gustav Adolf Vodel an den Geheimen Abt. III, Bd.3, Nr.11  
Regierungsrat im sächsischen Innenministerium Eduard Theodor Böttcher  
[Bericht über die Ausschlußberatungen des Bundesrats zur Novelle der Gewerbeordnung; Sachsen wünscht die Beibehaltung der bisherigen Bestimmungen zur Kinderarbeit und stimmt daher in dieser Frage gegen den Entwurf]
- 29.04.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Abt. III, Bd.3, Nr.12  
Außenminister Alfred Graf von Fabrice  
[Bericht über den Abschluß der Ausschlußberatungen zur Novelle der Gewerbeordnung; Vorschlag, in der Frage der Kinderarbeit im Plenum des Bundesrats keinen Antrag zu stellen]
- 29.04.1890 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm von Stieglitz an das württembergische Abt. III, Bd.3, Nr.13  
Staatsministerium  
[Detaillierter Bericht über den Abschluß der Ausschlußberatungen des Bundesrats zur Novelle der Gewerbeordnung]
- 00.05.1890 Aufzeichnungen des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Abt. III, Bd.1, Nr.51  
[Rückblickende Darstellung der Tätigkeit Lohmanns während der Ausarbeitung der „Februarerlasse“, der Verhandlungen des preußischen Staatsrats und der internationalen Arbeiterschuttkonferenz]
- 03.05.1890 Bericht des Gesandten Dr. Wilhelm Graf von Hohenthal und Bergen an den sächsischen Abt. III, Bd.3, Nr.14  
Außenminister Alfred Graf von Fabrice  
[Der Antrag Preußens zur Abänderung der Gewerbeordnung bzw. die Vorschläge der Bundesratsausschüsse hierzu erfahren im Bundesratsplenum nur geringe Abänderungen; Sachsen stimmt gegen die neuen Bestimmungen zur Kinderarbeit]
- 04.05.1890 Brief des Geheimen Oberregierungsrats Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. III, Bd.1, Nr.50  
[Der Konflikt zwischen Bismarck und Wilhelm II. war abzusehen, trotzdem war der konkrete Ablauf der Ereignisse überraschend; Lohmanns Arbeiten für die internationale Arbeiterschuttkonferenz und an der Novelle zur Gewerbeordnung erfolgten in großer Eile]
- 04.05.1890 Berliner Volksblatt Nr. 102. Adolf Wagner und der Achtstundentag Abt. III, Bd.3, Nr.15  
[Wohlwollende Bewertung einer Äußerung Adolph Wagners zur Beschränkung der Arbeitszeit erwachsener Arbeiter]
- 06.05.1890 Entwurf eines Gesetzes, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung Abt. III, Bd.4, Nr.9;  
Abt. III, Bd.3, Nr.17  
[Verbot der Sonntagsarbeit mit Ausnahmeregelungen, obligatorische Arbeitsbücher für minderjährige Arbeiter, Ausbau des betrieblichen Gefahrenschutzes, Möglichkeit des sanitären Normalarbeitstags durch Bundesratsverordnung, Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder; Elfstundentag für Fabrikarbeiterinnen, Verbot der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen, Möglichkeit der Ausdehnung des Geltungsbereichs durch kaiserliche Verordnung; die Bestimmungen zur Sonntagsarbeit treten erst durch kaiserliche Verordnung in Kraft; Abänderungen zum Arbeitsbuch, zum Truckverbot, zum Kontraktbruch, zu den Arbeitsordnungen und zum Koalitionszwang]
- 06.05.1890 Rede Wilhelms II. zur Eröffnung der I. Session des 8. Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.16  
[Der Ausbau der Arbeiterschutzesetzgebung ist notwendig]
- 07.05.1890 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.18  
[Im Rahmen der geplanten Volkszählung sollen auch gewerbestatistische Erhebungen stattfinden]
- 08.05.1890 Berliner Tageblatt Nr. 229, Morgenausgabe. Das Arbeiterschutzesetz Abt. III, Bd.3, Nr.19  
[Weitgehend positive Einschätzung der Arbeiterschutzesbestimmungen in der Novelle zur Gewerbeordnung]

- 08.05.1890 Berliner Volksblatt Nr. 105. Zur neuen Sozialpolitik Abt. III, Bd.3, Nr.20  
 [Verhalten positive Einschätzung der Novelle zur Gewerbeordnung; hinsichtlich des Arbeiterschutzes fehlt eine Regelung zum Normalarbeitstag; die arbeiterrechtlichen Bestimmungen sind nichts als Repression]
- 08.05.1890 Kölnische Zeitung Nr. 127, Zweite Morgenausgabe. Die Novelle zur Gewerbeordnung Abt. III, Bd.3, Nr.21  
 [Positive Einschätzung der Novelle zur Gewerbeordnung]
- 09.05.1890 Vossische Zeitung Nr. 213, Morgenausgabe. Die Sonntagsruhe in der Sozialreform Abt. III, Bd.3, Nr.22  
 [Positive Einschätzung der Novelle zur Gewerbeordnung; die Bestimmungen zur Sonntagsarbeit werden begrüßt]
- 09.05.1890 Neue Preußische Zeitung Nr. 213, Morgenausgabe. Die Novelle zur Gewerbe-Ordnung Abt. III, Bd.3, Nr.23  
 [Positive Einschätzung der Novelle zur Gewerbeordnung]
- 14.05.1890 Germania Nr. 109, Zweites Blatt. Die Arbeiterschutz-Vorlage Abt. III, Bd.3, Nr.24  
 [Presseschau zur Novelle der Gewerbeordnung]
- 18.05.1890 Berliner Tageblatt Nr. 246, Morgenausgabe. Die Arbeiterschutznovelle im Reichstage Abt. III, Bd.3, Nr.25  
 [Bericht vom Beginn der ersten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung aus linksliberaler Sicht]
- 20.05.1890 Berliner Tageblatt Nr. 249, Morgenausgabe. Die Arbeiterschutznovelle im Reichstage Abt. III, Bd.3, Nr.26  
 [Bericht vom zweiten Tag der ersten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung aus linksliberaler Sicht]
- 21.05.1890 Protokoll der Ausschußsitzung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.4, Nr.10  
 [Stellungnahme zum Entwurf eines Gewerbeberichtsgesetzes: statt der fakultativen obligatorische Errichtung von Gewerbeberichten; die direkte Wahl der Beisitzer wird abgelehnt; Beisitzer sollen zu allen Terminen hinzugezogen werden; die Vertreter beider Parteien vor dem Einigungsamt müssen gegenseitig anerkannt sein; keine Ausnahme für die Staatsbetriebe]
- 21.05.1890 Berliner Tageblatt Nr. 251, Morgenausgabe. Der Arbeiterschutz im Reichstage Abt. III, Bd.3, Nr.27  
 [Bericht vom letzten Tag der ersten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung aus linksliberaler Sicht]
- 22.05.1890 Protokoll der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.4, Nr.11  
 [Erörterung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gewerbeordnung: Kontroverse Debatte darüber, wie sich der Zentralverband dazu stellen soll, daß Bestimmungen über den Inhalt der Arbeitsordnungen in die Gewerbeordnung aufgenommen und die Arbeiter vor dem Erlaß der Arbeitsordnung gehört werden sollen]
- 27.05.1890 Schreiben des Reichskanzlers Leo von Caprivi an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch Abt. III, Bd.3, Nr.28  
 [Um die vollständige Verabschiedung der Novelle zur Gewerbeordnung zu sichern, befürwortet Wilhelm II. eine Vertagung des Reichstags]
- 27.05.1890 Kieler Zeitung Nr. 13692, Abendausgabe. Die Gewerbeberichte in der Kommission des Reichstages Abt. III, Bd.4, Nr.12  
 [Die erste Lesung des Entwurfs eines Gewerbeberichtsgesetzes in der VI. Kommission des Reichstags ist abgeschlossen; die Kommission hat einige Änderungen an der Regierungsvorlage vorgenommen]
- 27.05.1890 Denkschrift des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.3, Nr.29  
 [Stellungnahme zur Novelle zur Gewerbeordnung: das Verbot der Sonntagsarbeit wird akzeptiert, bei Feiertagen werden mildere Regelungen gewünscht; Polizeibehörden sollen keine Verordnungen zum betrieblichen Gefahrenschutz erlassen dürfen; die Einschränkungen der Arbeitszeit von Fabrikarbeiterinnen werden bis auf die Bestimmungen über eine verlängerte Mittagspause akzeptiert]
- 27.-28.05.1890 Protokoll des Ersten Evangelisch-sozialen Kongresses Abt. III, Bd.1, Nr.52  
 [Darstellung der Vorgeschichte durch Adolf Stoecker; eine „vertrauliche Vorbesprechung“ ist von der Frage bestimmt, ob alle kirchlichen Strömungen hinreichend einbezogen sind; Konstituierung des Kongresses; Resolutionen]
- 29.05.1890 Musterstatut des Reichsamts des Innern für die Versicherungsanstalten Abt. III, Bd.6, Anh. Nr.1
- 03.06.1890 Protokoll des IV. ordentlichen Berufsgenossenschaftstags Abt. III, Bd.2, Nr.1  
 [Die Errichtung von Krankenhäusern in Trägerschaft der Berufsgenossenschaften wird befürwortet; die Berufsgenossenschaften sollen früh und aktiv in die Krankenbehandlung eingreifen]



- 04.06.1890 Berliner Volksblatt Nr. 126. 1. Sitzung der Arbeiterschutz-Kommission Abt. III, Bd.3, Nr.30  
[Gegenüber der Regierungsvorlage beschließt die VIII. Reichstagskommission in erster Lesung eine Ausweitung der Sonntagsruhe im Gewerbe]
- 05.06.1890 Berliner Volksblatt Nr. 127. 2. Sitzung der Arbeiterschutz-Kommission Abt. III, Bd.3, Nr.31  
[Debatte und Beschlußfassung über die Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handel]
- 07.06.1890 Eingabe der Handelskammern der Rheinprovinz an den Reichstag Abt. III, Bd.3, Nr.32  
[Stellungnahme zur Novelle zur Gewerbeordnung: das Verbot der Sonntagsarbeit wird akzeptiert, bei Feiertagen werden mildere Regelungen gewünscht; Forderungen nach weitgehenden Anhörungsrechten für Handelskammern und Berufsgenossenschaften; der Gefahrenschutz soll den Berufsgenossenschaften übertragen werden; die Einschränkungen der Arbeitszeit von Fabrikarbeiterinnen werden beim Samstagfrüh-schluß, bei den Bestimmungen über eine verlängerte Mittagspause und beim verbesserten Mutterschutz nicht akzeptiert]
- 08.06.1890 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Leo von Caprivi Abt. III, Bd.3, Nr.33  
[Um das Zustandekommen der Gewerbeordnungsnovelle zu sichern, soll der Reichstag vertagt werden]
- 09.06.1890 Rundschreiben des Leiters des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch an die Distriktvorsteher Abt. III, Bd.7, Nr.1  
[Die Armenpfleger vernachlässigen ihre Pflicht, die Armen regelmäßig in ihren Wohnungen zu besuchen]
- 14.06.1890 Protokoll der 10. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.34  
[Debatte über Verbot der Kinderarbeit; ein Antrag von Max Hirsch, die untere Altersgrenze auf 14 Jahre anzuheben, scheidet knapp]
- 16.06.1890 Protokoll der 11. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.35  
[Die Kommission streicht die Möglichkeit, durch Bundesratsermächtigung in bestimmten Industriezweigen schulentlassene Dreizehnjährige wie jugendliche Arbeiter über 14 Jahre beschäftigen zu können; ein Antrag des Abgeordneten Hirsch, den Schutz jugendlicher Arbeiter auf 18 Jahre auszudehnen, scheidet; Beginn der Debatte über den Normalarbeitstag]
- 17.06.1890 Protokoll der 12. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.36  
[Kontroverse Debatte über den Normalarbeitstag]
- 18.06.1890 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.2  
[Welche Abänderungen der Unfallversicherungsgesetze sind notwendig?]
- 18.06.1890 Protokoll der 13. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.37  
[Fortsetzung der Debatte über den Normalarbeitstag; ein Antrag des Zentrums für einen elfstündigen Normalarbeitstag für erwachsene Fabrikarbeiter findet keine Mehrheit]
- 19.06.1890 Germania Nr. 137, Erstes Blatt. Aus der Arbeiterschutzkommission Abt. III, Bd.3, Nr.38  
[Bericht über die Debatte über den Normalarbeitstag in der VIII. Reichstagskommission]
- 21.06.1890 Kölnische Zeitung Nr. 170, Erste Morgenausgabe. Arbeiterschutz-Commission Abt. III, Bd.3, Nr.39  
[Die Reichstagskommission beschließt in erster Lesung den Zehnstudentag für verheiratete Fabrikarbeiterinnen; der Wöchnerinnenschutz soll auf sechs Wochen ausgedehnt werden]
- 22.06.1890 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Finanzminister Dr. Adolf von Scholz Abt. III, Bd.1, Nr.53  
[Es sollen Etatmittel für eine „Zentralstelle für Wohlfahrtseinrichtungen“ bereitgestellt werden; diese soll als halbamtliche Institution die betriebliche Sozialpolitik koordinieren, entsprechende Initiativen bekanntmachen und weitere anregen]
- 25.06.1890 Protokoll der 351. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.3  
[Dringlicher als eine Abänderung der Unfallversicherungsgesetze ist eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk und Handel]
- 30.06.1890 Sitzungsprotokoll einer Konferenz des Reichsversicherungsamts mit preußischen Landesdirektoren Abt. III, Bd.6, Nr.2  
[Nach Fragen der Organisation und Kompetenzverteilung werden Fragen über den Kreis der versicherungspflichtigen Personen der Invaliditäts- und Altersversicherung erörtert; Differenzen insbesondere über ohne Lohn beschäftigte „Hauskinder“]

- 04.07.1890 Rundsreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.4  
[Die Berufsgenossenschaften sollen sich zu eventuellen Abänderungen der Unfallversicherungsgesetze äußern; Vorlage eines detaillierten Fragebogens]
- 05.07.1890 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Ministerpräsidenten Leo von Caprivi mit Denkschrift Abt. III, Bd.3, Nr.40  
[Übersendung einer Denkschrift zur Neuorganisation der Gewerbeinspektion: Die Fabrikinspektion soll zur Gewerbeaufsicht ausgebaut werden; den Gewerberäten werden Gewerbeinspektoren unterstellt; die Dampfkesselerevision wird der Gewerbeaufsicht übertragen; detaillierter Plan zum schrittweisen Ausbau der Gewerbeaufsicht]
- 07.07.1890 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats Erich von Woedtke an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.5  
[Eine Arbeitsüberlastung des Reichsversicherungsamts ist nicht zu erkennen; die Fluktuation der ständigen Mitglieder hält sich in Grenzen; die Gehälter können nicht erhöht werden; eine „Hinaufschraubung“ des Reichsversicherungsamts ist abzulehnen]
- 07.07.1890 Erlaß des Reichskanzlers Leo von Caprivi an den Geheimen Oberregierungsrat im preußischen Staatsministerium Friedrich von Kurowsky Abt. III, Bd.3, Nr.41  
[Caprivi wünscht behutsames Vorgehen beim Ausbau der Gewerbeaufsicht]
- 11.07.1890 Immediatbericht des Reichskanzlers Leo von Caprivi an Wilhelm II. Abt. III, Bd.4, Nr.13  
[Das Gewerbegerichtsgesetz unterscheidet sich in der vom Reichstag verabschiedeten und vom Bundesrat angenommenen Fassung vom Regierungsentwurf besonders durch die direkte und geheime Wahl der Beisitzer, den Ausschluß von Rechtsanwältinnen, die Beschränkung der Berufung hinsichtlich des Streitwerts sowie die gutachtlichen Aufgaben der Gewerbegerichte]
- 29.07.1890 Gesetz, betreffend die Gewerbegerichte Abt. III, Bd.4, Nr.14  
[Bestimmungen über die Errichtung und Zusammensetzung der Gewerbegerichte, das dortige Verfahren, die Tätigkeit des Gewerbegerichts als Einigungsamt, das Verfahren vor dem Gemeindevorsteher bei nicht vorhandenem Gewerbegericht]
- 02.08.1890 Bericht über die VIII. Hauptversammlung des Preußischen Medizinalbeamtenvereins Abt. III, Bd.3, Nr.42  
[Stellungnahme zur Novelle der Gewerbeordnung: Forderung nach stärkerer Einbeziehung der Ärzte in den Arbeiterschutz; die in der Regierungsvorlage vorgesehenen Schutzbestimmungen für Frauen und Kinder genügen nicht; ein elfstündiger Maximalarbeitstag ist „diskutabel“]
- 15.08.1890 Freisinnige Zeitung Nr. 189. Ausschußwahlen für die Invaliditätsversicherung Abt. III, Bd.6, Nr.3  
[Die Vertreter der Arbeiter und der Arbeitgeber des Ausschusses der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin werden in einem komplizierten Verfahren von den Krankenkassenvorständen gewählt]
- 20.08.1890 Bericht der Kommission für Handels- und Gewerbegesetzgebung an die Handels- und Gewerbekammer Chemnitz Abt. III, Bd.3, Nr.43  
[Stellungnahme zur Novelle zur Gewerbeordnung: das Verbot der Sonntagsarbeit wird akzeptiert, in Detailfragen werden mildere Regelungen gewünscht; die Strafbarkeit bei Verstößen gegen den betrieblichen Arbeiterschutz sollen auch auf Arbeitnehmer ausgedehnt werden; Kinderarbeit soll in Fabriken nur bis zum 13. Lebensjahr verboten werden, danach soll eine zehnstündige Arbeitszeit möglich sein; die Neuregelungen beim Mutterschutz bzw. verlängerte Pausen und Samstagfrühschluß bei Fabrikarbeiterinnen werden abgelehnt; die Gewerbeinspektoren sollen die Kompetenzen der Polizeibehörden übertragen bekommen]
- 21.08.1890 Stadt-Anzeiger zu Nr. 231 der Kölnischen Zeitung (Morgenausgabe). Zum Capitel der Sonntagsruhe Abt. III, Bd.3, Nr.44  
[Bericht über eine stürmische Versammlung zu der in der Novelle zur Gewerbeordnung vorgesehenen Einschränkung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe]
- 03.09.1890 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.45  
[Stellungnahme zu verschiedenen Einwänden der Ressortminister gegen die Denkschrift zur Neuorganisation der Gewerbeaufsicht vom 5.7.1890]
- 12.09.1890 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an Wilhelm II. Abt. III, Bd.5, Nr.1  
[Das Krankenversicherungsgesetz hat sich im Grundsatz bewährt; eine bereits 1888 anvisierte Novelle wurde bis zur Verabschiedung der Invaliditäts- und Altersversicherung ausgesetzt und soll nun angegangen werden]
- 27.09.1890 Protokoll der 357. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.6  
[Das Plenum des Reichsversicherungsamts diskutiert die von den Vorständen der Berufsgenossenschaften und den Schiedsgerichtsvorsitzenden eingereichten Änderungsvorschläge zu den Unfallversicherungsgesetzen]

- 29.09.1890 Entwurf eines Gesetzes über die Abänderung des Gesetzes, betreffend die Krankenversicherung der Arbeiter, vom 15. Juni 1883 Abt. III, Bd.5, Nr.2  
[Das Krankenversicherungsgesetz hat sich bewährt, bedarf jedoch Abänderungen im Detail; insbesondere muß die Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse besser geregelt werden; bei der Berechnung des ortsüblichen Tagelohns soll der Beschäftigungsort maßgebend sein; die freien Hilfskassen dürfen die freie medizinische Behandlung künftig nicht mehr durch erhöhtes Krankengeld abgelden]
- 29.09.1890 Eingabe der Handelskammer Bielefeld an den Bundesrat Abt. III, Bd.6, Nr.4  
[Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz erfaßt „alle Teile des gesamten Volkskörpers“; die Folgen des Gesetzes sind nicht abzusehen; zur Überprüfung und Verbesserung offensichtlicher Mängel sollte das Inkrafttreten des Gesetzes hinausgeschoben werden; die Versicherten sind bisher völlig teilnahmslos gegenüber dem Gesetz]
- 06.10.1890 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. III, Bd.4, Nr.15  
[Bei dem Bestreben, mittels Arbeitseinstellung oder Platzsperre günstige Arbeitsbedingungen zu erlangen, ist zu unterscheiden zwischen dem Paktieren unter Wahrung der Vertragsfreiheit und der Ausübung eines Zwangs durch Drohung; im letzteren Fall handelt es sich um Erpressung nach § 253 des Strafgesetzbuchs]
- 06.10.1890 Sitzungsprotokoll einer Konferenz des Reichsversicherungsamts mit Vertretern von Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Abt. III, Bd.6, Nr.5  
[Kontroverse Debatte über den Kreis der versicherungspflichtigen Personen, insbesondere bei „Hauskindern“, Betriebsbeamten und vorübergehend Beschäftigten; zum Begriff des Arbeitgebers]
- 13.10.1890 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.3, Nr.46  
[Beschlußfassung zur Neuorganisation der Gewerbeinspektion; die Positionen des Handelsministeriums werden durchweg bestätigt]
- 22.10.1890 Protokoll der 360. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.7  
[Fortsetzung der Beratung vom 27.9.1890: Das Plenum des Reichsversicherungsamts diskutiert mögliche Abänderungen der Unfallversicherungsgesetze]
- 22.10.1890 Kölnische Zeitung Nr. 293, Abendausgabe. Zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes Abt. III, Bd.5, Nr.3  
[Inhaltsangabe des Entwurfs der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die im wesentlichen begrüßt wird; Kritik an den einschränkenden Vorschriften für die freien Hilfskassen]
- 24.10.1890 Der Gewerkverein Nr. 43. Die freien Gewerkvereins-Hilfskassen und die Krankenversicherungs-Novelle Abt. III, Bd.5, Nr.4  
[Inhaltsangabe des Entwurfs der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, die im wesentlichen begrüßt wird; Kritik an den einschränkenden Vorschriften für die freien Hilfskassen]
- 26.10.1890 Tagebucheintragung des Direktors im Reichsamt des Innern Dr. Robert Bosse Abt. III, Bd.2, Nr.8  
[Bericht über eine Aussprache mit Reichskanzler von Caprivi über den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Tonio Bödiker]
- 27.10.1890 Statut der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Hessen-Nassau Abt. III, Bd.6, Anh. Nr.2
- 31.10.1890 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.9  
[Zusammenfassender Bericht über eine Befragung der Berufsgenossenschaften und Schiedsgerichtsvorsitzenden zu gewünschten Abänderungen der Unfallversicherungsgesetze; in erster Linie ist eine Ausdehnung der Unfallversicherung notwendig, eine allgemeine Revision noch verfrüht; dennoch Vorschläge im Detail]
- 31.10.1890 Deutsche volkswirtschaftliche Correspondenz Nr. 86. In Sachen der Arbeiterschutzkommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.47  
[Die Regierungsvorlage zur Novelle der Gewerbeordnung ist das Maximum des Erträglichen; weitergehende Beschlüsse der VIII. Kommission des Reichstags müssen wieder beseitigt werden]
- 02.11.1890 Immediatbericht des Reichskanzlers und preußischen Ministerpräsidenten Leo von Caprivi für Wilhelm II. Abt. III, Bd.7, Nr.2  
[Da die Kosten der Anstaltspflege für die „Geisteskranken“ etc. die Ortsarmenverbände häufig überfordern, sollen die Landarmenverbände gesetzlich verpflichtet werden, entsprechende Anstalten zu errichten und zu unterhalten]

- 03.11.1890 Beschlüsse des außerordentlichen Berufsgenossenschaftstags Abt. III, Bd.2, Nr.10  
[Derzeit sind keine grundlegenden Abänderungen der Unfallversicherungsgesetze notwendig; dagegen wird eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf kleine Betriebe, Handwerk, Hausindustrie und Handel gewünscht; Abänderungsvorschläge im Detail]
- 05.11.1890 Freisinnige Zeitung Nr. 259. Zum Beginn der Reichstagsarbeiten Abt. III, Bd.3, Nr.48  
[Bilanz der bisherigen Beschlüsse der VIII. Reichstagskommission zur Novelle der Gewerbeordnung aus linksliberaler Sicht]
- 05.11.1890 Frankfurter Zeitung Nr. 309, 1. Morgenblatt Abt. III, Bd.3, Nr.49  
[Die bisherigen Beschlüsse der VIII. Kommission zur Novelle der Gewerbeordnung sind maßvoll und verbessern die unzureichende Regierungsvorlage nur wenig]
- 08.11.1890 Kölnische Zeitung Nr. 310, Zweite Morgenausgabe. Sitzung der Arbeiterschutz-Commission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.50  
[Die gegenüber der geltenden Gewerbeordnung erheblich erweiterten Bestimmungen der Regierungsvorlage zum betrieblichen Gefahrenschutz werden ohne wesentliche Abänderungen angenommen]
- 09.11.1890 Berliner Volksblatt Nr. 262. Arbeiterschutz-Kommission Abt. III, Bd.3, Nr.51  
[Debatte um Kompetenzen der Berufsgenossenschaften und der Fabriksinspektion beim betrieblichen Gefahrenschutz; einstimmige Annahme des sanitären Normalarbeitstags]
- 13.11.1890 Protokoll der 25. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.4, Nr.16  
[Debatte und Beschluß über die Bestimmung des Entwurfs der Gewerbeordnungsnovelle, nach der vor dem Erlaß einer Fabrikordnung die Arbeiter angehört werden mußten, gegebenenfalls durch einen ständigen Arbeiterausschuß]
- 14.11.1890 Der Gewerkverein Nr. 46. Die Arbeiterschutzkommission Abt. III, Bd.3, Nr.52  
[Die erheblich erweiterten Bestimmungen der Regierungsvorlage zum betrieblichen Gefahrenschutz und zum sanitären Normalarbeitstag werden ohne wesentliche Abänderungen angenommen]
- 15.11.1890 Berliner Volksblatt Nr. 267. Arbeiterschutz-Kommission Abt. III, Bd.4, Nr.17  
[Debatte in der VIII. Reichstagskommission über die Frage, ob die Prüfung und Genehmigung der Arbeitsordnungen durch die Gewerbeberichte erfolgen soll; ablehnender Beschluß; des weiteren Debatte darüber, ob die Arbeiterausschüsse obligatorisch sein und aus geheimer Wahl hervorgehen sollen; beides findet keine Mehrheit]
- 18.11.1890 Bericht des Polizeisergeanten August Ferdinand Hille an den Hamburger Senator Dr. Gerhard Hachmann Abt. III, Bd.5, Nr.5  
[Protestversammlung gegen die Krankenversicherungsnovelle; Referat Karl Deisingers]
- 19.11.1890 Protokoll der 30. Sitzung der VIII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.4, Nr.18  
[Debatte über die vorgesehene Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung; August Bebel sieht viel eher Anlaß zu einer Milderung des Paragraphen]
- 20.11.1890 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an Wilhelm II. Abt. III, Bd.6, Nr.6  
[Die organisatorischen Vorbereitungen zur Durchführung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes sind abgeschlossen; das Gesetz kann zum 1.1.1891 vollständig in Kraft treten]
- 21.11.1890 Berliner Volksblatt Nr. 272. Arbeiterschutz-Kommission Abt. III, Bd.4, Nr.19  
[Debatte in der VIII. Reichstagskommission über die beabsichtigte Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung; die Regierungsvorlage wird abgelehnt]
- 22.11.1890 Bericht des Saarbrücker Oberbergrats Rudolph Nasse an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch Abt. III, Bd.4, Nr.20  
[Die Wahl der Vertrauensmänner auf den staatlichen Steinkohlengruben hat in die Arbeiterausschüsse der Bergleute unruhige Vertreter gebracht; eine Änderung der Bestimmungen ist dennoch nicht geraten; es besteht Hoffnung, daß die Ausschüsse künftig fruchtbringend wirken]
- 22.11.1890 Aufruf des Vorstands des Volksvereins für das katholische Deutschland Abt. III, Bd.1, Nr.54  
[Zur Abwehr von „Irrtümern und Umsturzbestrebungen auf sozialem Gebiet“ wird ein Verein mit niedrigem Mitgliedsbeitrag gebildet, der vor allem mit Vorträgen und „guten Druckschriften“ wirken will]
- 23.11.1890 Karlsruher Zeitung Nr. 321 Abt. III, Bd.6, Nr.7  
[Bericht über die konstituierende Sitzung des Ausschusses der Versicherungsanstalt Baden]

- 24.11.1890    Immediatbericht des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an Wilhelm II.    Abt. III, Bd.3, Nr.53  
[Bericht über die erste Lesung der VIII. Kommission zur Novelle der Gewerbeordnung; hinsichtlich der den Arbeiterschutz betreffenden Bestimmungen wird ein positives Bild gezeichnet; vertrauliche Besprechungen unter Ausschluß der Sozialdemokraten sollen die zweite Kommissionslesung vorbereiten]
- 24.11.1890    Immediatbericht des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an Wilhelm II.    Abt. III, Bd.4, Nr.21  
[Die erste Lesung der Gewerbeordnungsnovelle in der VIII. Reichstagskommission ist abgeschlossen; eine Übereinstimmung bei den Bestimmungen zum Kontraktbruch und Koalitionszwang herbeizuführen, erweist sich als schwieriger als bei den Arbeiterschutzbestimmungen]
- 24.11.1890    Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller    Abt. III, Bd.3, Nr.54  
[Gegenüber den Beschlüssen der VIII. Reichstagskommission zur Novelle zur Gewerbeordnung wird eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage gefordert]
- 26.11.1890    Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Gustav Scherer an den badischen    Abt. III, Bd.3, Nr.55  
Ministerpräsidenten Dr. Ludwig Turban  
[Im preußischen Handelsministerium beraten die Bundesratsvertreter in der VIII. Kommission des Reichstags (Novelle der Gewerbeordnung) über das weitere Vorgehen in der zweiten Lesung der Kommission]
- 00.12.1890    Eingabe des Geschäftsausschusses des Deutschen Ärztevereinsbundes an den Bundesrat    Abt. III, Bd.5, Nr.6  
[Forderung nach ärztlicher Mitwirkung bei der Krankenkassenverwaltung; Einführung einer Versicherungspflichtgrenze; ausschließliche Zulassung approbierter Ärzte als Kassenärzte]
- 00.12.1890    Gutachten der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen beim preußischen    Abt. III, Bd.3, Nr.61  
Ministerium der geistlichen, Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten  
[Gutachten zur Novelle der Gewerbeordnung: die Einschränkungen der Kinderarbeit in Fabriken werden begrüßt; bei jugendlichen Arbeitern sind weitere Verbesserungen notwendig; ein Schutz von schwangeren Arbeiterinnen ist notwendig; die Beschlüsse der Reichstagskommission nach sechswöchigem Wöchnerinnenschutz werden unterstützt]
- 02.12.1890    Kölnische Zeitung Nr. 334, Abendausgabe. Arbeiterschutz-Commission des Reichstags    Abt. III, Bd.3, Nr.56  
[Interfraktionelle Vereinbarungen haben für die zweite Lesung in der VIII. Kommission eine neue Grundlage geschaffen]
- 05.12.1890    Germania Nr. 334, Zweites Blatt. Parlamentarisches    Abt. III, Bd.3, Nr.57  
[In der zweiten Lesung der VIII. Kommission werden bei der Kinder- und der Frauenarbeit die Bestimmungen der Regierungsvorlage bestätigt; der besondere Zehnstundentag für verheiratete Fabrikarbeiterinnen wird gegenüber der ersten Lesung wieder zurückgenommen, beim Wöchnerinnenschutz bleibt die Verlängerung auf sechs Wochen nach der Geburt modifiziert bestehen]
- 05.12.1890    Deutsche volkswirtschaftliche Correspondenz Nr. 96. Zur Arbeiterschutzvorlage    Abt. III, Bd.3, Nr.58  
[Die Beschlüsse der zweiten Lesung VIII. Kommission zur Novelle der Gewerbeordnung werden begrüßt; ursächlich hierfür ist die Abwesenheit der sozialdemokratischen Mitglieder, die harte Haltung der Regierung und ein Eingreifen des Zentrumsführers Windthorst]
- 08.12.1890    Eingabe des Zigarrenarbeiters C. Schröder an den Bundesrat    Abt. III, Bd.6, Nr.8  
[Die Hausgewerbetreibenden der Zigarrenindustrie, die nur formal selbständig sind, sollen in die Versicherungspflicht der Invaliditäts- und Altersversicherung einbezogen werden]
- 08.12.1890    Protokoll eines Kongresses eingeschriebener Hilfskassen    Abt. III, Bd.5, Nr.7  
[Protest gegen die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, Referat Deisingers mit Detailkritik der Regierungsvorlage, Korreferat Gramms]
- 12.12.1890    Eingabe von Innungsverbänden an den Reichskanzler Leo von Caprivi    Abt. III, Bd.2, Nr.11  
[Eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk wird erwartet; die Innungsverbände sollen als Berufsgenossenschaften fungieren]
- 12.12.1890    Schreiben des Reichskanzlers Leo von Caprivi an die Bundesregierungen    Abt. III, Bd.3, Nr.59  
[Die Beschlüsse der VIII. Kommission des Reichstags zur Novelle der Gewerbeordnung werden den Bundesregierungen mitgeteilt]
- 13.12.1890    Protokoll über die Gründungssitzung eines Komitees zur Förderung des internationalen    Abt. III, Bd.3, Nr.60  
Arbeiterschutzes  
[Unter Führung von Gustav Schmoller wird ein Komitee zur Förderung des internationalen Arbeiterschutzes gebildet, das jedoch vorläufig nicht öffentlich auftreten will]

- Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Leo von Caprivi Abt. III, Bd.3, Nr.62  
 [Detaillierter Bericht über die endgültigen Kommissionsbeschlüsse zur Novelle der Gewerbeordnung nach zweiter Lesung; konkrete Vorschläge, wie Abänderungen der Regierungsvorlage durch die Kommission im weiteren Gesetzgebungsverfahren behandelt werden sollen]
- 24.12.1890 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Leo von Caprivi Abt. III, Bd.4, Nr.22  
 [Bericht über die Fassung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gewerbeordnung nach den Beratungen in der Reichstagskommission; Bewertung der vorgenommenen Änderungen]

## 1891

- 00.00.1891 [Nathan Jacob:] Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz Abt. III, Bd.6, Nr.9  
 [Gereimter Ratgeber zu Versicherungspflicht, Beiträgen und Ansprüchen]
- 02.01.1891 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.3, Nr.63  
 [Das Staatsministerium schließt sich den Positionen des Handelsministeriums zum Auftreten im weiteren Gesetzgebungsverfahren der Novelle zur Gewerbeordnung an]
- 06.01.1891 Sitzungsprotokoll des 24. Hannoverschen Provinziallandtags Abt. III, Bd.6, Nr.10  
 [Bestellung der beamteten Vorstandsmitglieder der Versicherungsanstalt Hannover, Festsetzung der Gehälter; Kritik an der späten Einberufung des Provinziallandtags; zur Aufnahme des Gesetzes in der Bevölkerung]
- 06.01.1891 Verfügung des Reichspostamts Abt. III, Bd.6, Nr.11  
 [Für die Auszahlungen und die Verrechnung der Invaliden- und Altersrenten durch die Post wird das für die Unfallversicherung eingeführte Verfahren verwendet]
- 14.01.1891 Vossische Zeitung Nr. 22, Abendausgabe Abt. III, Bd.5, Nr.8  
 [Die zur Beratung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz eingesetzte Reichstagskommission beginnt unmittelbar mit der Spezialdiskussion; Debatte über den persönlichen Geltungsbereich des Gesetzes; Beschluß über Einbeziehung von Diensthilfs- und landwirtschaftlichen Arbeitern per Ortsstatut]
- 18.01.1891 Vossische Zeitung Nr. 29, Morgenausgabe Abt. III, Bd.5, Nr.9  
 [Fortsetzung der ersten Lesung der XII. Kommission des Reichstags (Novelle des Krankenversicherungsgesetzes); Beschluß über die Streichung der Ausnahmebestimmungen für uneheliche Wöchnerinnen]
- 22.01.1891 Bericht des Gesandten Rudolf Moser von Filseck an den württembergischen Ministerpräsidenten Hermann Freiherr von Mittnacht Abt. III, Bd.3, Nr.64  
 [Beratung und Beschlußfassung des Bundesrats zu den Beschlüssen der VIII. Reichstagskommission zur Novelle der Gewerbeordnung]
- 29.01.1891 Protokoll der 11. Sitzung der XII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.5, Nr.10  
 [Fortsetzung der ersten Lesung: Debatte und Beschluß über die Stellung der freien Hilfskassen; die Regierungsvorlage wird geringfügig verändert angenommen]
- 00.02.1891 Eingabe des Deutschen Bundes der Vereine für Gesundheitspflege und arzneilose Heilweise an den Reichstag Abt. III, Bd.5, Nr.11  
 [Die nichtapprobierten Naturheilkundigen sollen weiterhin zur Behandlung nach dem Krankenversicherungsgesetz zugelassen werden können]
- 09.02.1891 Zusammenstellung des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher für den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch Abt. III, Bd.4, Nr.23  
 [Aufgrund einer Rundfrage bei den Bundesregierungen wird eine Zusammenstellung vorgelegt über erfolgte Bestrafungen von Vergehen bei Arbeitskämpfen, beobachtete Mißstände im gleichen Zusammenhang und erforderliche gesetzliche Gegenmaßnahmen]
- 12.02.1891 Flugblatt des Arztes Dr. Max Goetz Abt. III, Bd.5, Nr.12  
 [Die Leipziger Ärzte lehnen eine Betätigung von Kurpfuschern im Rahmen der Leipziger Ortskrankenkasse kategorisch ab]
- 15.02.1891 Stellungnahme des Vorsitzenden der Leipziger Ortskrankenkasse Dr. Albert Brockhaus Abt. III, Bd.5, Nr.13  
 [Die Anstellung bzw. Zulassung von Naturheilkundigen bei der Leipziger Ortskrankenkasse erfolgte nach einem Beschluß der Generalversammlung, entspricht also den Regelungen des Krankenversicherungsgesetzes]

- 25.02.1891 Berliner Neueste Nachrichten Nr. 101 Abt. III, Bd.2, Nr.12  
[Meinungsverschiedenheiten zwischen Bödiker und von Boetticher werden bestritten; an der Stellung des Reichsversicherungsamts kann nichts geändert werden]
- 26.02.1891 Germania Nr. 46 Abt. III, Bd.5, Nr.14  
[Abschluß der zweiten Lesung der XII. Kommission; bezüglich der Pflichtleistungen der freien Hilfskassen wird die Regierungsvorlage modifiziert angenommen]
- 01.03.1891 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Chef der Reichskanzlei Karl Goering Abt. III, Bd.2, Nr.13  
[Presseberichte zu Konflikten zwischen dem Reichsamt des Innern und Reichsversicherungsamt beruhen auf Erörterungen im Plenum des Reichsversicherungsamts; Bödiker beruft sich auf vielfältige Unterstützung]
- 00.04.1891 Geschäftsbericht des Vorsitzenden der Sektion II der Knappschafts-Berufsgenossenschaft Hermann Piper für das Jahr 1890 Abt. III, Bd.2, Nr.14  
[Erste Erfahrungen des berufsgenossenschaftlichen Krankenhauses „Bergmannsheil“ in Bochum; Abneigung der Arbeiter mußte überwunden werden; absolute Simulation ist selten]
- 03.04.1891 Kölnische Zeitung Nr. 271, Zweite Morgenausgabe. § 134 d der Gewerbeordnungsnovelle im Lichte der gegenwärtigen Bergarbeiterbewegung Abt. III, Bd.4, Nr.24  
[Die Anhörung von Arbeiterausschüssen vor Erlaß der Arbeitsordnung wird abgelehnt: Sie würde auf einer zufälligen, schon bald nicht mehr repräsentativen Auswahl der im Betrieb gerade Beschäftigten beruhen und böte der Sozialdemokratie Gelegenheit zur Agitation; die obligatorische Einrichtung von Arbeiterausschüssen wird ebenfalls abgelehnt]
- 18.04.1891 Sitzungsprotokoll der Landarmenbehörde für den Jagstkreis Abt. III, Bd.7, Nr.3  
[Schilderung der Geschäftstätigkeit der Landarmenbehörde; Bestrebungen von seiten der Ortsarmenverbände, Armenlasten unbegründet auf die Landarmenpflege abzuwälzen, wurde entgegengetreten]
- 27.04.1891 Erlaß Wilhelms II. an das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.65  
[Organisation der Gewerbeinspektion]
- 30.04.1891 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Dr. Wilhelm von Stieglitz an das württembergische Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.66  
[Beratung und Beschlußfassung des Bundesrats zur bevorstehenden dritten Lesung der Novelle zur Gewerbeordnung im Reichstag]
- 15.05.1891 Der Gewerkverein Nr. 20. Max Hirsch: Der Abschluß der Gewerbenovelle Abt. III, Bd.3, Nr.67  
[Abschließende Einschätzung der Novelle zur Gewerbeordnung aus linksliberaler Sicht]
- 19.05.1891 Beschluß der 29. Allgemeinen deutschen Lehrerversammlung Abt. III, Bd.3, Nr.68  
[Das Verbot der Arbeit schulpflichtiger Kinder in Fabriken wird begrüßt; eine Ausdehnung über die Fabriken hinaus ist erforderlich]
- 22.05.1891 Germania Nr. 113, Erstes Blatt. Papst Leos Encyclica De conditione opificum über die Aufgabe der Staatsgewalt bei der Arbeiterfrage Abt. III, Bd.1, Nr.55  
[Die Enzyklika „Rerum Novarum“ bestätigt den sozialpolitischen Kurs der Zentrumspartei seit 1877; sie bildet eine Leitlinie bei der Abgrenzung der Staatsaufgaben auf sozialem Gebiet]
- 23.05.1891 Immediatbericht des Reichskanzlers Leo von Caprivi an Wilhelm II. Abt. III, Bd.3, Nr.69; Abt. III, Bd.4, Nr.25  
[Die Novelle zur Gewerbeordnung wird dem Kaiser zur Unterzeichnung vorgelegt; Zusammenfassung der vom Reichstag beschlossenen Abänderungen]
- 26.-28.05. u. Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 119-121 und Nr. 125-126. Die Enzyklika des Papstes Abt. III, Bd.1, Nr.56  
02.-03.06.1891 [Die Enzyklika „Rerum Novarum“ rechtfertigt das Privateigentum; der Papst will die bestehenden Verhältnisse erhalten; seine Vorschläge sind unzureichend und können die soziale Frage nicht lösen]
- 01.06.1891 Gesetz, betreffend Abänderung der Gewerbeordnung Abt. III, Bd.3, Nr.70; Abt. III, Bd.4, Nr.26  
[Verbot der Sonntagsarbeit mit Ausnahmeregelungen, obligatorische Arbeitsbücher für minderjährige Arbeiter, Ausbau des betrieblichen Gefahrenschutzes, Möglichkeit des sanitären Normalarbeitstags durch Bundesratsverordnung, Verbot der Fabrikarbeit schulpflichtiger Kinder; Elfstundentag für Fabrikarbeiterinnen, Verbot der Nacharbeit von Fabrikarbeiterinnen, Möglichkeit der Ausdehnung des Geltungsbereichs durch kaiserliche Verordnung; die Bestimmungen zur Sonntagsarbeit treten erst durch kaiserliche Verordnung in Kraft; Bestimmungen über Arbeitsbücher und Beschäftigungszeugnisse, die Art der Lohnzahlung, Kündigungsfristen und Vertragsauflösung, den Kontraktbruch, den Erlaß obligatorischer Arbeitsordnungen, die Anhörung der Arbeiter vor Erlaß oder Veränderung von Arbeitsordnungen sowie über ständige Arbeiterausschüsse]

- 11.06.1891 Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 135 Abt. III, Bd.6, Nr.12  
[Das Reichsversicherungsamt hält mit seiner neu gebildeten Abteilung für Invaliditäts- und Altersversicherung seine erste Sitzung als Revisionsinstanz ab, die durch eine Ansprache des Präsidenten Bödiker eingeleitet]
- 11.06.1891 Revisionsentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.6, Nr.13  
[Ein im Auftrag einer Gesellschaft tätiger Bibelverkäufer ist kein selbständiger Gewerbetreibender und daher in der Invaliditäts- und Altersversicherung versicherungspflichtig]
- 02.07.1891 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.27  
[Auch wenn sich ein Arbeiter langsames und schlechtes Arbeiten und verschiedentliche Nachlässigkeiten zuschulden hat kommen lassen, berechtigt dies den Arbeitgeber noch nicht zur kündigungswirksamen Entlassung; ein beklagter Tünchermeister wird deshalb zur Entrichtung einer Entschädigungssumme verurteilt]
- 10.07.1891 Die Berufsgenossenschaft Nr. 13. Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.15  
[Kurzbericht über den V. Berufsgenossenschaftstag: Erste Hilfe, Unfallkrankenhäuser, Unfallverhütung, ärztliche Obergutachten]
- 11.07.1891 Preußisches Gesetz betreffend Abänderung der §§ 31, 65 und 68 des Gesetzes zur Ausführung des Bundesgesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 8. März 1871 Abt. III, Bd.7, Nr.4  
[Die Landarmenverbände sind verpflichtet, die Anstaltsfürsorge für bestimmte Armengruppen zu übernehmen]
- 16.07.1891 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.28  
[Kläger ist gegen Stücklohn als Heimarbeiter beschäftigt; es gilt die stillschweigende Vereinbarung bzw. der örtliche Gebrauch, daß eine Kündigung nicht zu erfolgen hat; die Klage auf Entschädigung wegen kündigungswirksamer Entlassung wird deshalb abgewiesen]
- 24.07.1891 Jahresbericht der Handels- und Gewerbekammer Dresden Abt. III, Bd.6, Nr.14  
[Klagen über Kompliziertheit der Anwendung des Gesetzes und mangelnde Akzeptanz in der Arbeiterschaft]
- 30.07.1891 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 31. Konferenz der Vorstände westdeutscher Versicherungsanstalten zu Düsseldorf vom 30. Juli 1891 Abt. III, Bd.6, Nr.15  
[Auf einer selbständigen Konferenz von Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten werden erste Erfahrungen diskutiert]
- 00.08.1891 Aufzeichnungen des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Theodor Lohmann Abt. III, Bd.1, Nr.57  
[Überblick über die Aufgaben, die sich aus der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1.6.1891 ergeben und zur Revision der Arbeiterversicherungsgesetze]
- 13.08.1891 Erlaß des preußischen Innenministers Ernst Ludwig Herrfurth und des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Oberpräsidenten der Provinz Hannover Dr. Rudolf von Bennigsen, den Oberpräsidenten der Provinz Schlesien Dr. Otto Theodor von Seydewitz und den Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Albert Reinhold von Pommer-Esche mit Anlage Abt. III, Bd.4, Nr.29  
[Als Mittel zur Bekämpfung des Streikpostenstehens wird der Erlaß von Polizeiverordnungen nahegelegt, welche den unbefugten Aufenthalt in der Nähe von Betriebsstätten untersagen]
- 15.09.1891 Runderlaß des preußischen Innenministers Ludwig Herrfurth an die Oberpräsidenten und den Sigmaringer Regierungspräsidenten Adolf Freiherr Frank von Fürstenwerth Abt. III, Bd.7, Nr.5  
[Die Landarmenverbände haben dafür zu sorgen, daß in den Fällen der Anstaltspflege, die ihnen gesetzlich zur Pflicht gemacht werden, die zur Durchführung nötigen Einrichtungen zur Verfügung stehen]
- 24.09.1891 Protokoll der 12. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.6  
[Referate über die Grenzen der privaten Wohltätigkeit und den Stellenwert des Kriteriums der Würdigkeit in deren Arbeit]
- 30.09.1891 Revisionsentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.6, Nr.16  
[Eine Person, die mehreren Künstlern Modell steht, gilt als selbständig und ist daher in der Invaliditäts- und Altersversicherung grundsätzlich nicht versicherungspflichtig; anders ist es, wenn das Modell in einem festen Dienstverhältnis steht]
- 02.10.1891 Der Gewerkverein Nr. 40. Internationaler Kongreß für Arbeiterunfälle Abt. III, Bd.2, Nr.16  
[Bericht über den zweiten internationalen Arbeiterversicherungskongreß in Bern]



- 21.10.1891 Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Abt. III, Bd.3, Nr.71  
[Forderung nach Achtstundentag; Verbot der Erwerbsarbeit von Kindern; Verbot der Nacharbeit; Errichtung von Arbeitsämtern; Übernahme der Arbeiterversicherung durch das Reich]
- 06.11.1891 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 260. Die Novelle zum Gesetze, betr. die Krankenversicherung der Arbeiter Abt. III, Bd.5, Nr.15  
[Die Novelle ist ein Angriff auf die freien Hilfskassen; deren Existenz ist ein Beweis, daß die arbeitenden Klassen ihre Angelegenheiten selbst regeln können]
- 11.11.1891 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.7, Nr.7  
[Die Klagen über das Unterstützungswohnsitzgesetz werden aufgrund der neuen Arbeiterversicherungsgesetze zurückgehen; eine grundsätzliche Reform des Gesetzes ist deshalb einstweilen auszusetzen; die Abänderung einzelner Bestimmungen kann aber erwogen werden]
- 11.11.1891 Denkschrift des Regierungsrats im Reichsamt des Innern Dr. Egon Kelch für den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.7, Nr.8  
[Eine Rückkehr zum Heimatrecht könne nicht bewirken, daß die fluktuierenden Bevölkerungsteile eine neue, ethisch verstandene Heimatbindung entwickeln; zu erwägen ist hingegen, die Altersgrenze für den Erwerb und Verlust des Unterstützungswohnsitzes herabzusetzen; empfohlen wird ferner, die Frist für den Erwerb des Unterstützungswohnsitzes auf fünf Jahre zu verlängern, die Frist für dessen Verlust hingegen auf ein Jahr herabzusetzen und damit die Landarmenverbände einen höheren Teil der Lasten tragen zu lassen]
- 16.11.1891 Concordia Nr. 278–279. Zentralstelle für Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen Abt. III, Bd.1, Nr.58  
[Gründung der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, die zunächst sieben Vereine als Mitglieder hat; Vorstandswahl; Satzung mit Festlegung der Aufgaben]
- 18.11.1891 Neue Preußische Zeitung Nr. 539, Morgenausgabe. Zum Gedächtniß des 17. November 1881 Abt. III, Bd.1, Nr.59  
[Zum 10. Jahrestag der Kaiserlichen Sozialbotschaft aus konservativer Sicht]
- 18.11.1891 Germania Nr. 265, Drittes Blatt. Heute, am 17. November, ist der zehnjährige Gedenktag der kaiserlichen Botschaft Abt. III, Bd.1, Nr.60  
[Die Kaiserliche Sozialbotschaft war ein „epochemachendes Ereignis“; ihre Schwäche liegt in der Vernachlässigung des Arbeiterschutzes]
- 21.11.1891 Germania Nr. 268 Abt. III, Bd.5, Nr.16  
[In der zweiten Plenarlesung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz wird die Möglichkeit der Einbeziehung der Dienstboten durch Ortsstatut abgelehnt]
- 26.11.1891 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.30  
[Ein Schriftsetzer wird verurteilt, seinen Arbeitgeber dafür zu entschädigen, daß er die Arbeit ohne Kündigung verlassen hat; auch wenn man annimmt, daß der Kläger nicht exakt in der Position beschäftigt wurde, für die er eingestellt worden war, liegt noch kein hinreichender Grund zum kündigunglosen Verlassen der Arbeit vor]
- 28.11.1891 Eingabe des Vorstandsmitglieds des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins Mathilde Weber an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.5, Nr.17  
[Bedauern über die fehlende Thematisierung der Arbeiterinneninteressen bei der Beratung der Krankenversicherungsnovelle im Reichstag, es sollten Möglichkeiten der freien Arztwahl und der Konsultation von Ärztinnen geschaffen werden]
- 01.12.1891 Eingabe des landwirtschaftlichen Vereins Neustadt/Westpreußen an den Reichstag Abt. III, Bd.6, Nr.17  
[Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz trägt Unruhe in die ländlichen Verhältnisse; die Kosten des bürokratischen Apparates sind immens, die politischen Auswirkungen kontraproduktiv; das Gesetz bedarf einer baldigen Revision]
- 01.12.1891 Concordia. Zeitschrift des Vereins zur Förderung des Wohles der Arbeiter Nr. 280/281. Die Altersversicherung in ihrer praktischen Handhabung Abt. III, Bd.6, Nr.18  
[Umfassender Bericht über die ersten Erfahrungen mit der Rentenversicherung, deren Unbeliebtheit vor allem auf Unkenntnis des Gesetzes hinsichtlich der Invalidenrenten beruht; mit der Praxis des Gesetzes steigt dessen Akzeptanz]
- 05.12.1891 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.72  
[Für gewerbestatistische Erhebungen soll eine „Kommission für Arbeiterstatistik“ eingerichtet werden]

- 28.12.1891 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.7, Nr.9  
[Aus den Voten der preußischen Staatsminister geht die übereinstimmende Auffassung hervor, daß von einer grundlegenden Umgestaltung der Armengesetzgebung vorerst abzusehen ist und sich eine Gesetzesrevision auf einige dringliche Detailfragen zu beschränken haben wird]
- 28.12.1891 Entwurf eines Gesetzes betreffend die Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz vom 6. Juni 1870 Abt. III, Bd.7, Nr.10  
[Herabsetzung der Unterstützungsmündigkeit; Ausdehnung der Krankenhilfeverpflichtung des Dienstortes; Stärkung des Erstattungsanspruchs von Ortsarmenverbänden gegenüber Landarmenverbänden]
- 30.12.1891 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.3, Nr.73, Abt. III, Bd.7, Nr.11  
[Beschlussfassung über die Einrichtung der Kommission für Arbeiterstatistik; diese soll nur begrenzte Aufgaben haben und nicht aus Berufsstatistikern bestehen]  
[Besprechung des Gesetzentwurfs zur Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes; statt einer grundlegenden Umgestaltung sind Detailkorrekturen vorgesehen wie die Herabsetzung des Alters der Unterstützungsmündigkeit]
- 30.12.1891 Antrag des Senats der Stadt Hamburg an die Bürgerschaft Abt. III, Bd.7, Nr.12  
[Die in Hamburg bestehenden Ortsarmenverbände sollen zusammengefaßt werden, die erheblich vermehrten Armenpfleger sollen für jeweils fünf Arme zuständig sein, die dezentralisierte Armenpflege in den Bezirksversammlungen soll sich an im einzelnen genauer spezifizierten Maximalsätzen ausrichten]
- 1892**
- 00.01.1892 Flugblatt Abt. III, Bd.6, Nr. 21  
[Das „Klebegesetz“ soll aufgehoben werden; Selbständige und Frauen verlieren ihre Anwartschaften ohne Gegenleistung; die Alterssicherung und die Versorgung von Witwen und Waisen soll freiwilligen Kassen überlassen bleiben; Aufforderung zur Unterzeichnung der Masseneingabe gegen das Gesetz]
- 10.01.1892 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.4, Nr.31  
[Nachdem die Novellierung der Gewerbeordnung erfolgt ist, kann nun auch das preußische Allgemeine Berggesetz unter dem Gesichtspunkt abgeändert werden, den Erlaß von Arbeitsordnungen und die vertraglichen Beziehungen zwischen Bergunternehmern und Bergarbeitern näher zu regeln]
- 11.01.1892 Schreiben des Leiters des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch an den stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Dr. Friedrich Freiherr von Reitzenstein Abt. III, Bd.7, Nr.13  
[Gesichtspunkte für die Arbeit einer Kommission zur Überprüfung des Einflusses der Sozialversicherung auf die Armenpflege]
- 12.01.1892 Fränkischer Kurier Nr. 20 Abt. III, Bd.6, Nr. 19  
[Auftakt für eine Petitionskampagne der Freisinnigen Partei in Bayern; das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz soll wiederaufgehoben werden]
- 12.01.1892 Fränkische Tagespost Nr. 9 Abt. III, Bd.6, Nr. 20  
[Der Grundgedanke des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes ist sozialistisch; trotz aller Mängel ist es nicht abzuschaffen, sondern zu verbessern; gegen freisinnige Angriffe ist das Gesetz zu verteidigen]
- 13.01.1892 Protokoll der 388. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.17  
[Divergierende Ansichten über die Ursachen für die Zunahme der gemeldeten Unfälle; die Etablierung der Unfallversicherung und die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamts ist eine Ursache unter anderen]
- 26.01.1892 Protokoll der zweiten Sitzung der XVIII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.4, Nr.32  
[Generaldiskussion über den Nutzen eines Gesetzes betreffend die eingetragenen Berufsvereine, insbesondere darüber, ob es die Sozialdemokraten stärken werde]
- 03.02.1892 Brief des Direktors des kaiserlichen Statistischen Amts Dr. Hans von Scheel an den Professor Dr. Gustav von Schönberg Abt. III, Bd.3, Nr.74  
[Bericht über den Stand der Beschlussfassung über eine Kommission für Arbeiterstatistik]
- 21.02.1892 Protokoll einer Konferenz von Vertretern des Deutschen Ärztevereinsbunds und Vertretern des Verbands der Deutschen Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.18  
[Beratung über Fragen des Verhältnisses von Ärzteschaft und Berufsgenossenschaften, insbesondere bezüglich ärztlicher Obergutachten einschließlich der Honorarfrage, berufsgenossenschaftliche Krankenhäuser, Stellung der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte; Dissens bei der Frage der prozentualen Feststellung der Erwerbsunfähigkeit]

25. u. 26.02. 1892 Der Sozialist Nr. 10-17. Die Bewegung der Berliner Arbeitslosen Abt. III, Bd.1, Nr.61  
 [Eine Straßendemonstration arbeitsloser Bauhandwerker im Zentrum Berlins endet in dreitägigen gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei und mit Plünderungen; Wilhelm II. gerät bei einem Ausritt zwischen demonstrierende Arbeitslose]
- 26.02.1892 Aufruf der sozialdemokratischen Stadtverordneten Berlins Abt. III, Bd.1, Nr.62  
 [Die Arbeitslosenunruhen schaden der Arbeiterbewegung; der Berliner Magistrat wird aufgefordert, Notstandsarbeiten durchzuführen]
- 28.02.1892 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.1, Nr.63  
 [Aus Anlaß von Arbeitslosenunruhen in Berlin wird über das Ausmaß der Arbeitslosigkeit diskutiert; Verschickung von Arbeitslosen aufs Land als mögliche Gegenmaßnahme]
- 07.03.1892 Sozialpolitisches Centralblatt Nr. 10. Heinrich Herkner: Arbeitslosigkeit Abt. III, Bd.1, Nr.64  
 [Arbeitslosigkeit ist weitverbreitet; eine entsprechende Statistik fehlt jedoch; die Fürsorge für Arbeitslose ist eine Staatsaufgabe; die gegenwärtige Armenfürsorge ist ungenügend; Forderung nach Errichtung von Arbeitsnachweisen und Durchführung von Notstandsarbeiten]
- 15.03.1892 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 63 Abt. III, Bd.5, Nr.18  
 [Generaldebatte der dritten Plenarlesung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz]
- 19.03.1892 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi Abt. III, Bd.7, Nr.14  
 [Die sächsische Regierung wünscht, daß der Armengesetzgebung nicht das Prinzip des Unterstützungswohnsitzes, sondern das Heimatprinzip zugrunde gelegt wird]
- 23.03.1892 Erlaß des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch Abt. III, Bd.3, Nr.75  
 [Dienstanweisung für die Gewerbeaufsichtsbeamten: zu den sich aus der Gewerbeordnung ergebenden Aufgaben kommt die Aufsicht über die Dampfkessel; den Gewerberäten werden Gewerbeinspektoren unterstellt; die Gewerbeaufsichtsbeamten sollen selbständig keine Strafverfügungen erlassen]
- 28.03.1892 Verordnung Wilhelms II. Abt. III, Bd.3, Nr.76  
 [Inkraftsetzung eines Teils der Bestimmungen zum Verbot der Sonntagsarbeit der Novelle zur Gewerbeordnung von 1891]
- 28.03.1892 Sozialpolitisches Centralblatt Nr. 13. Max Quarck: Die Abänderung des deutschen Krankenversicherungsgesetzes Abt. III, Bd.5, Nr.19  
 [Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz bringt für die Arbeiter fast ausschließlich Verschlechterungen; unter den neuen Bedingungen können die freien Hilfskassen allenfalls als Zuschußkassen weiterexistieren]
- 00.04.1892 Geschäftsbericht des Vorsitzenden der Sektion II der Knappschafts-Berufsgenossenschaft Hermann Piper für das Jahr 1891 Abt. III, Bd.2, Nr.19  
 [Bericht über Schwierigkeiten bei der Behandlung verletzter Bergleute; die Behandlungen im berufsgenossenschaftlichen Krankenhaus erfolgen zu spät, die Arbeiter befürchten Rentenkürzungen; Simulation ist nur wenig verbreitet]
- 01.04.1892 Regulativ für die Errichtung einer Kommission für Arbeiterstatistik Abt. III, Bd.3, Nr.77  
 [Zur „Vornahme statistischer Erhebungen“ wird eine Kommission für Arbeiterstatistik errichtet, deren Mitglieder vom Reichstag, dem Bundesrat bzw. dem Reichskanzler ernannt werden]
- 03.04.1892 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an Wilhelm II. Abt. III, Bd.5, Nr.20  
 [Die Abänderungen des Reichstags an der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz können akzeptiert werden]
- 05.04.1892 Schreiben des Direktors der Dresdener städtischen Arbeitsanstalt Dr. Karl Hermann Raabe an den Direktor des Hamburger Werk- und Armenhauses Ludwig Ferdinand Viktor Moraht Abt. III, Bd.7, Nr.15  
 [Beantwortung einer Anfrage zum Personenkreis der eingewiesenen Personen und den Gründen der Einweisung in das städtische Arbeitshaus]
- 10.04.1892 Krankenversicherungsgesetz Abt. III, Bd.5, Nr.21  
 [Wesentliche Neuerungen: Ausdehnung des Versicherungszwangs; Verlängerung der Wöchnerinnenunterstützung; Erweiterung der durch Statut möglichen Mehrleistungen; auch die freien Hilfskassen müssen ärztliche Behandlung und Medikamente als Sachleistung gewähren; die Berufsgenossenschaften können die Heilbehandlung auch vor Ablauf der Karenzzeit übernehmen]

- 02.04.1892 Sitzungsprotokoll der bayerischen Kammer der Reichsräte Abt. III, Bd.1, Nr.65  
[Heftiger Angriff auf die Gesetzgebung zum Arbeiterschutz und zur Arbeiterversicherung durch den Glashüttenbesitzer Georg Benedikt von Poschinger; Gegenreden des Innenministers Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch und des Reichsrats Georg von Hertling]
- 07.05.1892 Neue Tischlerzeitung Nr. 19. Krankenkassen-Konferenz in Hamburg Abt. III, Bd.5, Nr.22  
[Uneinigkeit der freien Hilfskassen über das weitere Vorgehen nach der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz]
- 16.05.1892 Gesetz, betreffend die Abänderung des §87 des Unfallversicherungsgesetzes, vom 6. Juli 1884 und des §95 des Gesetzes, betreffend die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen, vom 5. Mai 1886 Abt. III, Bd.2, Nr.20  
[Die Zahl der Vertreter nichtständiger Mitglieder des Reichsversicherungsamts kann bei Bedarf erhöht werden]
- 18.05.1892 Hamburger Gesetz betreffend das Armenwesen Abt. III, Bd.7, Nr.16  
[Bildung des Ortsarmenverbands Hamburg; Organisation der Armenverwaltung in drei Ebenen; Rolle und Stellung der Armenpfleger; Grundsätze der Unterstützung; Wirkungskreis der Organe (Armenkollegium, Armenkreisversammlungen, Armenbezirksversammlungen)]
- 00.06.1892 [Georg Danzer:] Der rothe Doctor Quacksalber. Wider die Socialdemokraten. Vierte Flugschrift des Volksvereins für das katholische Deutschland Abt. III, Bd.1, Nr.66  
[Die Sozialdemokratie ist eine gottlose Revolutionspartei, die auf den Ruin des Mittelstands spekuliert, um ihre Ideen durchsetzen zu können; fehlender Glaube führt zum Niedergang der Gesellschaft; Revolutionen bringen nur Elend; die Sozialpolitik des Zentrums ist auf aktuelle Verbesserung der Lage von Handwerkern, Bauern und Arbeitern ausgerichtet]
- 01.06.1892 Protokoll der 396. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.21  
[Grundsätzliche Ausführungen zum Verhältnis des Reichsamts des Innern zum Reichsversicherungsamt anlässlich der Nachwahl von nichtständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamts]
- 08.06.1892 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an die Mitglieder der Kommission für Arbeiterstatistik mit Denkschrift Abt. III, Bd.3, Nr.78  
[Die Kommission für Arbeiterstatistik wird zu ihrer ersten Sitzung einberufen: Um Material für Arbeitszeitbeschränkungen in bestimmten Gewerben zu bekommen, sollen Befragungen vorgenommen werden; in Frage kommen hierfür zunächst das Bäckerei- und das Konditoreigewerbe, die Getreidemüllerei und das Handelsgewerbe]
- 08.06.1892 Hamburger Echo Nr. 132. XII. ordentliche Generalversammlung der Zentral-Krankenkasse der Tischler und anderer gewerblicher Hilfsarbeiter Abt. III, Bd.5, Nr.23  
[Nach kontroverser Debatte spricht sich eine knappe Mehrheit für einen Fortbestand der Kasse als eingeschriebene Hilfskasse aus]
- 11.06.1892 Vossische Zeitung Nr. 268, Erste Beilage. Der 6. deutsche Berufsgenossenschaftstag in Hamburg Abt. III, Bd.2, Nr.22  
[Kurzbericht über den VI. Berufsgenossenschaftstag: Unfallkrankenhäuser, Unfallverhütung, ärztliche Obergutachten, öffentlich-rechtliche Stellung der Berufsgenossenschaften, Regiebauarbeiten]
- 16.06.1892 Münchener Post Nr. 136. Max Schippel: Noch ein Wort zur Krankenkassenfrage Abt. III, Bd.5, Nr.24  
[Der Ausschluß der freien Hilfskassen von den Arbeitervertreterwahlen der Arbeiterversicherung ist ein schwerwiegender Nachteil; die Hilfskassen haben jetzt mehr Nachteile als Vorteile und sollen aufgegeben werden; nun sollen Positionen in den „Zwangskassen“ besetzt werden]
23. u. 24.06.1892 Protokoll über die Verhandlungen der Kommission für Arbeiterstatistik Abt. III, Bd.3, Nr.79  
[Konstituierende Sitzung der Kommission für Arbeiterstatistik; Einleitung einer Enquete über die Arbeitszeiten in Bäckereien und Konditoreien mit Beratung und Beschlußfassung über den Fragebogen]
- 24.06.1892 Gesetz, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes, vom 24. Juni 1865 Abt. III, Bd.4, Nr.33  
[Bestimmungen zu den obligatorischen Arbeitsordnungen, zur Kündigung, Entlassung und Abkehr, zum Abkehrschein und Zeugnis, zum obligatorischen Arbeitsbuch für Minderjährige und zur Verleitung zum Kontraktbruch]
- 05.07.1892 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.23  
[Am bisherigen Rekursverfahren der Unfallversicherung soll festgehalten werden]

- 08.07.1892 Erlaß des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.24  
[Der Reichskanzler rügt Bödiker „ernstlich“; dieser habe durch die Führung der Plenarsitzungen des Reichsversicherungsamts Beschwerden der nichtständigen Mitglieder regelrecht provoziert bzw. für eigene Interessen genutzt]
- 08.07.1892 Erlaß des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.25  
[Die inneren Verhältnisse des Reichsversicherungsamts sind „wenig erfreulich“; für das Reichsversicherungsamt soll eine „Instruktion“ ausgearbeitet werden]
- 09.07.1892 Schreiben des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.5, Nr.25  
[Aufgrund der Novellierung des Krankenversicherungsgesetzes sind Änderungen der Statuten der eingeschriebenen Hilfskassen notwendig]
- 18.07.1892 Sozialpolitisches Centralblatt Nr. 17. Die eingeschriebenen Hilfskassen und die Krankenkassennovelle Abt. III, Bd.5, Nr.26  
[Zusammenstellung der Reaktionen einiger freien Hilfskassen auf die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz]
- 22.07.1892 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an Kaiser Wilhelm II. mit Grundzügen zur Ausdehnung der Unfallversicherung Abt. III, Bd.2, Nr.26  
[Vorlage von „Grundzügen“ zur Weiterentwicklung der Unfallversicherung, auf deren Grundlage Gesetzentwürfe zur Ausdehnung bzw. Abänderung der Unfallversicherung ausgearbeitet werden sollen]
- 24.07.1892 Hamburger Echo Nr. 172 Abt. III, Bd.5, Nr.27  
[Beratung der Vorstände der freien Hilfskassen über die Möglichkeiten einer gemeinsamen Beschaffung von Naturalleistungen durch Vermittlung des Sanitätsvereins]
- 04.08.1892 Hamburger Fremdenblatt Nr. 181 Abt. III, Bd.5, Nr.28  
[Bericht über eine Versammlung zur Frage einer Verschmelzung aller lokalen Kranken- und Sterbekassen]
- 20.10.1892 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi Abt. III, Bd.2, Nr.27  
[Der Entwurf des Reichsamts des Innern für eine Geschäftsanweisung für das Reichsversicherungsamt wird abgelehnt; Betonung der Eigenständigkeit des Reichsversicherungsamts; für die Entwicklung der Rechtsprechung und die Praxis der Verwaltung ist der Entwurf kontraproduktiv]
- 25.10.1892 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.28  
[Den Berufsgenossenschaften wird empfohlen, von der durch die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz nunmehr möglichen Übernahme des Heilverfahrens in den ersten 13 Wochen Gebrauch zu machen]
- 29.10.1892 Flugblatt des provisorischen Komitees des Frankfurter Hauspflegevereins Abt. III, Bd.7, Nr.17  
[Der Hauspflegeverein will armen Familien helfen, deren Haushalt wegen Krankheit oder Niederkunft der Frauen zu verfallen droht, und so eine Lücke in der Armenpflege schließen]
- 00.11.1892 Denkschrift des Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Hannover Dr. Wilhelm Liebrecht für den Provinziallandtag Abt. III, Bd.6, Nr. 22  
[Detailreiche Darstellung von Entwicklung und Stand der Förderung des Baus von Arbeiterwohnungen durch die Versicherungsanstalten der Invaliditäts- und Altersversicherung insbesondere in der Provinz Hannover; Schilderung unterschiedlicher Genossenschaftstypen]
- 09.11.1892 Hamburger Echo Nr. 264 Abt. III, Bd.5, Nr.29  
[Plädoyer für eine Vereinigung sämtlicher freien Hilfskassen von Hamburg, Altona und Umgegend]
- 15.11.1892 Vertrag zwischen der Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter und Handwerker und Apothekern in Remscheid Abt. III, Bd.5, Nr.30  
[Vereinbarung zwischen Ortskrankenkasse und Apothekern]
- 17.11.1892 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi Abt. III, Bd.5, Nr.31  
[Das Inkrafttreten der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz soll verschoben werden, weil sich die Änderung der Statuten der eingeschriebenen Hilfskassen verzögert]

- 24.11.1892 Bericht des Vorsitzenden der Sektion IV der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft Wilhelm Zervas Abt. III, Bd.2, Nr.29  
[Die ersten Erfahrungen mit dem berufsgenossenschaftlichen Krankenhaus in Bonn sind positiv]
- 29.11.1892 Protokoll einer Versammlung der Leipziger Armendistriktsvorsteher Abt. III, Bd.7, Nr.18  
[Erörterung von Fragen zu den einmaligen Unterstützungen, zur Unterbringung im Armen- bzw. Arbeitshaus und zur Unterstützung von Arbeitslosen]
- 01.12.1892 Protokoll einer Besprechung des Leipziger Armendezernenten Karl Otto Hentschel mit Vertretern privater Wohltätigkeitsvereine Abt. III, Bd.7, Nr.19  
[Die privaten Wohltätigkeitsvereine sollen vor der Gewährung von Unterstützung dem Armenamt Gelegenheit zur Prüfung der Gesuche geben; der Erwerb des Unterstützungswohnsitzes durch verarmte Personen soll verhindert werden]
- 08.12.1892 Programm der Deutsch-Konservativen Partei Abt. III, Bd.1, Nr.67  
[Für Vereinfachung der Arbeiterversicherung; Stärkung des Mittelstands und der Bauernschaft; Schutzzölle für Industrie und Landwirtschaft; Stärkung der Handwerkerinnungen; Börsenaufsicht; Bekämpfung der Sozialdemokratie und des Anarchismus]
- 1893**
- 18.02.1893 Bericht des Oberstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Hamm Hermann Irgahn an den preußischen Justizminister Dr. Hermann von Schelling Abt. III, Bd.4, Nr.34  
[Auf Betreiben des Oberstaatsanwalts hat das Landgericht Dortmund einen Bergarbeiter wegen indirekter öffentlicher Aufforderung zum Streik zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt]
- 18.02.1893 Bericht des Beraters der Hamburger Armenverwaltung Dr. Emil Münsterberg an das Armenkollegium Abt. III, Bd.7, Nr.20  
[Überblick über die Unterstützungssätze in anderen Großstädten; Unterschiedlichkeit der Bestimmungen; Lohnabstandsgebot und oft vorhandene andere Hilfsquellen sind zu berücksichtigen; Vorschläge für neue Höchstsätze]
- 24.02.1893 Eingabe des Zentralverbands Deutscher Industrieller an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi Abt. III, Bd.4, Nr.35  
[Die bestehenden gesetzlichen Regelungen reichen nicht aus, die Arbeiter von Arbeitseinstellungen unter Kontraktbruch abzuhalten, Arbeitwillige vor dem Zwang zum Mitstreiken zu schützen und die gewerbsmäßige Agitation für Streiks einzudämmen; die Delegiertenversammlung des Zentralverbands drängt auf Wiederaufnahme der 1891 im Reichstag gescheiterten Vorschläge zur Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung]
- 00.03.1893 Tonio Bödiker: Reichs-Versicherungsamt Abt. III, Bd.2, Nr.30  
[Umfassende Darstellung von Aufgaben, Organisation und staatsrechtlicher Stellung des Reichsversicherungsamts für das Handwörterbuch der Staatswissenschaften mit Betonung der Unabhängigkeit des Amts]
- 03.03.1893 Berliner Tageblatt Nr. 114, Morgenausgabe. Unterstützungswohnsitz und Arbeitshaus Abt. III, Bd.7, Nr.21  
[Hinter dem Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung des Unterstützungswohnsitzgesetzes stehen die materiellen Interessen der Agrarier]
- 04.03.1893 Erlaß des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.31  
[Es wird keine allgemeine Geschäftsanweisung für das Reichsversicherungsamt erlassen; ein Erlaß des Reichskanzlers soll das Verhältnis zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichsversicherungsamt regeln]
- 04.03.1893 Erlaß des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.32  
[Das Reichsversicherungsamt untersteht dem Reichsamt des Innern sowohl hinsichtlich des Geschäftsgangs wie auch hinsichtlich der Geschäftsführung; das Reichsamt des Innern ist Aufsichtsbehörde]
- 10.03.1893 Erklärung von Amtsvorstehern der Provinz Ostpreußen Abt. III, Bd.6, Nr. 23  
[Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz überfordert die ehrenamtlichen Amtsvorsteher; das Markensystem soll aufgehoben und die Renten ausschließlich aus Steuermitteln bezahlt werden]
- 26.03.1893 Dresdensia. Wochenzeitschrift für Kritik, Chronik, Satire und Humor Nr. 13. Emil Muschik-Droonberg: Ein Besuch in der städtischen Arbeitsanstalt Abt. III, Bd.7, Nr.22  
[Beschreibung des strengen Anstaltsregimes mit Schweigesystem und dragonischem Strafregiment]

- 27.03.1893 Sitzungsprotokoll einer Konferenz des Reichsversicherungsamts mit Vertretern von Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Abt. III, Bd.6, Nr. 24  
[Diskussion, ob das Wochenbett eine Krankheit ist; Heilverfahren durch Versicherungsanstalten; Bau von Arbeiterwohnungen aus Mitteln der Versicherungsanstalten]
- 05.04.1893 Erlaß des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.33  
[Anläßlich der Vorlage von zwei Aufsätzen erteilt der Reichskanzler Bödiker erneut eine Rüge; die Unzufriedenheit von Beamten des Reichsversicherungsamts ist durch dessen Präsidenten verursacht; der Dienstweg über das Reichsamt des Innern ist künftig einzuhalten]
- 17.04.1893 Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. III, Bd.5, Nr.32  
[Durchsetzung und Durchführung von (Ersatz-)Wahlen durch die Krankenkassenkommission, Bildung der Wahlkommission]
- 17.04.1893 Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. III, Bd.5, Nr.33  
[Durchführung von Ersatzwahlen für 11 Arbeitgebervertreter]
- 18.04.1893 Protokoll der Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. III, Bd.5, Nr.34  
[Beschlüsse und Mitteilungen des Vorstandes in Einzelfällen]
- 27.04.1893 Verordnung des Bundesrats Abt. III, Bd.3, Nr.80  
[Verbot bestimmter Arbeiten in Ziegeleien für Arbeiterinnen und jugendliche Arbeiter; Lockerung der Schutzbestimmung der Gewerbeordnung in Saisonbetrieben]
- 29.04.1893 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi Abt. III, Bd.2, Nr.34  
[Bödiker wehrt sich gegen den Vorwurf, er habe die Unzufriedenheit seiner Mitarbeiter selbst provoziert; Stellung zur Gutachtertätigkeit der Medizinalkollegien]
- 00.05.1893 Friedrich Freiherr von Reitzenstein: Zur internationalen Behandlung der Armenfragen Abt. III, Bd.7, Nr.23  
[Organisation und Inhalt der öffentlichen Armenpflege in Frankreich und Italien, in England und Amerika, in Deutschland, Österreich und der Schweiz; das Elberfelder System und seine Übertragbarkeit]
- 08.05.1893 Statuten-Entwurf für eine Allgemeine Hamburg-Altonaer Krankenkasse Abt. III, Bd.5, Nr.35  
[Freie Hilfskasse mit günstigen Aufnahmebedingungen und Sachleistungen, die eine Funktion als Ersatzkasse zulassen; ergänzend zur Mitgliedschaft in einer anderen Hilfskasse sind Geldleistungen ab der 13. Woche vorgesehen sowie Sachleistungen wie Arztbehandlung etc. vom Beginn der Erkrankung an; Selbstverwaltung]
- 10.05.1893 Hamburger Echo Nr. 109 Abt. III, Bd.5, Nr.36  
[Beratung des Statutenentwurfs für eine Allgemeine Hamburg-Altonaer Krankenkasse]
- 19.05.1893 Der Gewerkverein Nr. 20. Zur Frage des Achtstundentages Abt. III, Bd.3, Nr.81  
[Forderung nach Verkürzung der täglichen Arbeitszeit mit Hinweisen auf bestehende Praxis einzelner Betriebe]
- 10.07.1893 Die Berufsgenossenschaft Nr. 13. Aus den Verhandlungen des VII. ordentlichen Berufsgenossenschaftstages Abt. III, Bd.2, Nr.35  
[Kurzbericht über den VII. Berufsgenossenschaftstag: Unfallverhütung, Übernahme des Heilverfahrens, Erste Hilfe, Arbeitsvermittlung invalider Arbeiter, Novelle zum Unfallversicherungsgesetz]
- 21.07.1893 Entwurf zu einem katholisch-socialen Programm Abt. III, Bd.1, Nr.68  
[Ablehnung liberalistischer und sozialistischer Wirtschaftspolitik; Stärkung der Berufsstände auf christlicher Grundlage; Schutzregelungen für die Landwirtschaft; Handwerkerinnungen; Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung; Einschränkung der Handelsfreiheit; Regelung der Börse; Sonntagsruhe; Progressivsteuer; Mindestlohn in Staatsbetrieben]
- 11.08.1893 Bericht des Stettiner Volksschulrektors Wilhelm Backhaus an die Rektorenkonferenz Abt. III, Bd.3, Nr.82  
[Empirische Untersuchung über die Verbreitung der gewerblichen Kinderarbeit]
- 15.09.1893 Frankfurter Zeitung Nr. 256, Erstes Morgenblatt Abt. III, Bd.1, Nr.69  
[Eine Zusammenlegung der drei Zweige der Arbeiterversicherung ist unumgänglich; notwendig ist eine Witwen- und Waisenversicherung bzw. eine Versicherung gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit; die Berufsgenossenschaften müssen beseitigt werden]

- 20.09.1893 Die Gleichheit. Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterin Nr. 19 Abt. III, Bd.3, Nr.83  
[Kontroverse grundlegende Debatte über den Arbeiterinnenschutz vor dem Hintergrund unterschiedlicher Positionen in der Frauenfrage]
- 30.09.1893 Verordnung des Kasseler Polizeipräsidenten Felix Graf von Königsdorff Abt. III, Bd.3, Nr.84  
[Einschränkung von Hilfsdiensten schulpflichtiger Kinder auf Grundlage von Verwaltungsgesetzen]
- 27.10.1893 Erlaß des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Trierer Regierungspräsidenten Adolf von Heppe Abt. III, Bd.4, Nr.36  
[Durch besonderen Vertrag mit dem einzelnen Arbeiter können Abweichungen von den gesetzlichen oder den in der Arbeitsordnung festgesetzten Kündigungsfristen vereinbart werden]
- 30.10.1893 Protokoll über die Verhandlungen einer Kommission des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main mit Vertretern des Frankfurter Gewerkschaftskartells Abt. III, Bd.7, Nr.24  
[Es besteht Uneinigkeit, ob der Errichtung eines paritätischen Arbeitsamts eine statistische Erhebung des Standes der Arbeitslosigkeit vorausgehen solle; die Vertreter der Gewerkschaften fordern eine solche Erhebung, die Vertreter der Stadt halten sie für überflüssig]
- 11.11.1893 Denkschrift des Vorstehers des Statistischen Amts Dr. Heinrich Bleicher für den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Abt. III, Bd.7, Nr.25  
[Es besteht insbesondere für ungelernete Arbeiter ein Bedürfnis nach einem städtischen Arbeitsnachweis]
- 16.11.1893 Entschließung der XXIV. Generalversammlung des ostpreußischen landwirtschaftlichen Zentralvereins Abt. III, Bd.6, Nr. 25  
[Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz soll grundlegend abgeändert werden; die Mittel sollen über eine „Rentensteuer“ aufgebracht werden; allgemeine Versicherungspflicht aller Personen bis zu einer Einkommenshöchstgrenze]
- 20.11.1893 Bericht einer Kommission des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main an den Magistrat Abt. III, Bd.7, Nr.26  
[Ein paritätisch organisierter städtischer Arbeitsnachweis ist für ungelernete Arbeiter ein Bedürfnis; strittig ist vor allem die Unentgeltlichkeit, für die sich eine Mehrheit ausspricht]
- 21.11.1893 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Innenminister Botho Graf zu Eulenburg Abt. III, Bd.4, Nr.37  
[Ein ähnlicher Versuch zur Verschärfung des § 153 der Gewerbeordnung wie 1890 unternommen, hätte im Reichstag keine Aussicht auf Zustimmung; die bestehenden Strafbestimmungen reichen aus]
- 24.11.1893 Schreiben des Nürnberger Ersten Bürgermeisters Dr. Georg von Schuh an den Stuttgarter Oberbürgermeister Emil von Rümelin Abt. III, Bd.7, Nr.27  
[Beschreibung der Armenhäuser und des Obdachlosenasyls in Nürnberg]
- 30.11.1893 Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. III, Bd.5, Nr.37  
[Die Ortskrankenkassen dürfen ihre Bekanntmachungen im „Vorwärts“ veröffentlichen]
- 08.12.1893 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.36  
[Eine Novellierung der Unfallversicherungsgesetzgebung ist gegenwärtig ungünstig; die beabsichtigte Ausdehnung des Kreises der Versicherten geht zu weit]
- 18.12.1893 Protokoll einer Konferenz von Vertretern der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften und der Landesversicherungsämtler im Reichsversicherungsamt Abt. III, Bd.2, Nr.37  
[Kontroverse Debatte über Unfallverhütung in der Landwirtschaft bzw. ob diese besser durch berufsgenossenschaftliche Unfallverhütungsvorschriften oder durch polizeiliche Vorschriften erfolgen soll]
- 23.12.1893 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.2, Nr.38  
[Vorlage von drei Gesetzentwürfen zur Abänderung bzw. Erweiterung der Unfallversicherung]
- 23.12.1893 Bericht des stellvertretenden Bundesratsbevollmächtigten Robert von Landmann an den bayerischen Innenminister Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch Abt. III, Bd.2, Nr.39  
[Zu den vom Reichsamt des Innern vorgelegten Gesetzentwürfen zur Unfallversicherung: Mitteilung von Bedenken des preußischen Handelsministers gegen die geplante Ausdehnung des Geltungsbereichs der Unfallversicherung, Überlegungen zur Vereinfachung der Rechtsprechung, Neuorganisation der Berufsgenossenschaften und der Schiedsgerichte]



**1894**

- 00.01.1894 Satzung der Armendiakonie der Inneren Mission in Leipzig Abt. III, Bd.7, Nr.30  
[Die Armendiakonie dient als Auskunftsstelle, um würdige von unwürdigen Armen zu unterscheiden; die Verhältnisse der Armen werden mit Hilfe von beruflichen Armenpflegern untersucht]
- 10.01.1894 Votum des preußischen Finanzministers Dr. Johannes Miquel für das Staatsministerium Abt. III, Bd.2, Nr.40  
[Die vorgelegten Gesetzentwürfe werden abgelehnt; die neue Organisation der Unfallversicherungsgenossenschaften verkompliziert die Unfallversicherung]
- 17.01.1894 Eingabe einer Versammlung von Arbeitslosen an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main Abt. III, Bd.7, Nr.28  
[Forderung nach Errichtung von Wärmehallen, öffentliche Speisung der Arbeitslosen, Schaffung eines Asyls für Arbeitslose und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen]
- 20.01.1894 Vossische Zeitung Nr. 32. Zur Frage nach einer Ausdehnung der staatlich angeordneten Zwangserziehung Abt. III, Bd.7, Nr.29  
[Um der wachsenden Jugendkriminalität vorzubeugen, muß in Preußen die Zwangserziehung auch auf Jugendliche ausgedehnt werden, die sittlich verwahrlost sind, ohne jedoch eine Straftat begangen zu haben]
- 26.01.1894 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.2, Nr.41  
[Die Ablehnung der vorliegenden Gesetzentwürfe zur Unfallversicherung wird bekräftigt; am Prinzip der berufsgenossenschaftlichen Organisation soll festgehalten werden; die Schiedsgerichte der Unfallversicherung sollen territorial gegliedert und mit denen der Invaliditäts- und Altersversicherung zusammengelegt werden]
- 02.03.1894 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 7. Dr. Friedrich Landmann: Aufruf an die preußischen Krankenkassen Abt. III, Bd.5, Nr.38  
[Entwurf für eine Petition an den preußischen Kultusminister zur Neubearbeitung bzw. Ermäßigung der preußischen Arzntaxe sowie der administrativen Regelung der geschäftlichen Beziehungen zwischen Krankenkassen und Apotheken]
- 06.03.1894 Bericht des Vertrauensarztes Dr. August Plessner an den Vorstand der Sektion I der Nordöstlichen Eisen- und Stahl-Berufsgenossenschaft Abt. III, Bd.2, Nr.42  
[Die Erfahrungen mit der seit 1893 möglichen Übernahme der Heilbehandlung durch die Berufsgenossenschaften von Beginn an sind hervorragend; die Heilung gelingt besser und die Genesung erfolgt schneller; Simulanten werden erkannt]
- 08.03.1894 Verhandlungen der 22. Versammlung des deutschen Landwirtschaftsrats Abt. III, Bd.6, Nr. 26  
[Darstellung der ostpreußischen Anträge auf tiefgreifende Abänderungen in der Invaliditäts- und Altersversicherung; ihnen wird im konkreten Beschluß nur begrenzt gefolgt]
- 12.03.1894 Gesetz betreffend die Änderung des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und die Ergänzung des Strafgesetzbuchs Abt. III, Bd.7, Nr.31  
[Herabsetzung der Unterstützungsmündigkeit; Ausdehnung der Krankenhilfeverpflichtung des Dienstortes; Stärkung des Erstattungsanspruchs von Ortsarmenverbänden gegenüber Landarmenverbänden; Haftstrafen bei Nährpflichtverletzung]
- 15.03.1894 Aerztliches Vereinsblatt Nr. 275. Die Beziehungen der Ärzte zu den Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.43  
[Zusammenstellung von bisherigen Entschließungen der Ärztagung und von beruflichen Standesorganisationen zur Tätigkeit von Ärzten im Zusammenhang mit der gesetzlichen Unfallversicherung]
- 01.04.1894 Bericht des Klinikleiters Dr. Oskar Witzel über das berufsgenossenschaftliche Krankenhaus in Bonn Abt. III, Bd.2, Nr.44  
[Bericht über die Erfahrungen der ersten drei Jahre unter eingehender Schilderung der Behandlungsmethoden]
- 13.04.1894 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an die in Berlin ansässigen Sektionen der Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.45  
[Die Einrichtung von Unfallstationen wird begrüßt]
- 20.04.1894 Votum des Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.1, Nr.70  
[Eine staatliche Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit wird in absehbarer Zeit nicht möglich sein; es empfiehlt sich der Ausbau von kommunalen Arbeitsnachweisen, die auf freiwilliger Basis errichtet werden sollen; öffentliche Arbeiten sollen in die Zeiten von Arbeitslosigkeit verschoben werden]

- 29.04.1894 Schreiben des Reichskanzlers Leo Graf von Caprivi an den preußischen Innenminister Botho Graf zu Eulenburg und den Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch Abt. III, Bd.7, Nr.32  
[Eine neue armenstatistische Erhebung, wie sie 1885 durchgeführt worden ist, wäre zwar grundsätzlich wünschenswert, erscheint aber wegen des damit verbundenen Aufwands und einer ganzen Anzahl von methodischen Unsicherheiten dennoch nicht geraten]
- 11.05.1894 Geschäftsbericht des Vorsitzenden der Sektion IV der Steinbruchs-Berufsgenossenschaft Wilhelm Zervas für das Jahr 1893 Abt. III, Bd.2, Nr.46  
[Umfassende Darstellung der Tätigkeit der Sektion bezüglich Entschädigungen, Unfallverhütungsmaßnahmen und Unfallstatistik; die Behandlungen im Bonner berufsgenossenschaftlichen Krankenhaus bewirken Einsparungen; die Steigerung der Unfallzahlen wird mit der wirtschaftlichen Lage begründet]
- 16.05.1894 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.2, Nr.47  
[Die vorgesehene Ausdehnung der Unfallversicherung auf Handwerk und Kleingewerbe wird gegen Einwände der Ressortminister verteidigt]
- 19.05.1894 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.1, Nr.71  
[Von Boetticher lehnt eine Arbeitslosenversicherung ab; kommunale Arbeitsnachweise sollen in kleineren Städten ohne Beteiligung von Arbeitern und Arbeitgebern errichtet werden]
- 28.05.1894 Frankfurter Zeitung Nr. 146, Morgenausgabe. Zur Reform und Ausdehnung der Unfallversicherung Abt. III, Bd.2, Nr.48  
[Die „Frankfurter Zeitung“ referiert den Inhalt der drei bisher in der Öffentlichkeit nicht bekannten Gesetzentwürfe zur Unfallversicherung]
- 05.06.1894 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 127. Zur Reform des Unfallversicherungs-Gesetzes Abt. III, Bd.2, Nr.49  
[Kritische Stellungnahme zu den Entwürfen für eine Revision der Unfallversicherungsgesetze aus sozialdemokratischer Sicht]
- 10.06.1894 Die Berufsgenossenschaft Nr. 11. Bericht über den VIII. ordentlichen Berufsgenossenschaftstag in Dresden Abt. III, Bd.2, Nr.50  
[Kurzbericht über den VIII. Berufsgenossenschaftstag: Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen, Unfallverhütung, Erste Hilfe, Berliner Unfallstationen, Vermeidung von Doppelzahlungen]
- 11.06.1894 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.1, Nr.72; Abt. III, Bd.2, Nr.51  
[Eine Arbeitslosenversicherung soll nicht eingeführt werden; statt dessen sollen kommunale Arbeitsnachweise errichtet werden; Debatte über deren konkrete Ausgestaltung; Zustimmung zu den Gesetzentwürfen betreffend Abänderung und Ausweitung der Unfallversicherung; auch der Gesetzentwurf über die Ausdehnung der Unfallversicherung für Strafgefangene kann in den Bundesrat eingebracht werden; da bei diesem Entwurf jedoch noch Beratungsbedarf besteht, soll er vorläufig nicht veröffentlicht werden]
- 15.06.1894 Hamburgischer Correspondent Nr. 415, Abendausgabe. Die Gewerbegerichtswahlen und die Socialdemokratie Abt. III, Bd.4, Nr.38  
[Die Sozialdemokraten gewinnen bei den Wahlen für die Beisitzer der Gewerbegerichte immer mehr die Oberhand]
- 21.06.1894 Sitzungsprotokoll einer Kommission der Stuttgarter gemeinderätlichen Bauabteilung und der städtischen Armendeputation Abt. III, Bd.7, Nr.33  
[Planungen für einen Komplex an Einrichtungen der geschlossenen Armenfürsorge]
- 23.06.1894 Freisinnige Zeitung Nr. 144. Ausdehnung der Unfallversicherung Abt. III, Bd.2, Nr.52  
[Eine weitere Ausdehnung der Unfallversicherung wird abgelehnt; die geplanten Unfallversicherungsgenossenschaften sind ungeeignet; Plädoyer für das Kapitaldeckungsverfahren und Privatversicherung]
- 27.06.1894 Bericht der Kommission für Arbeiterstatistik mit Entwurf von Bestimmungen Abt. III, Bd.3, Nr.85  
[Die Kommission hält eine gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien für notwendig; die Arbeitszeit soll auf täglich 12 Stunden beschränkt werden; kürzere Arbeitszeiten für Lehrlinge; detaillierte Ausnahmeregelungen]
- 30.06.1894 Entschließung des 22. Deutschen Ärztetags Abt. III, Bd.2, Nr.53  
[Angesichts des Abbruchs der Verhandlungen mit dem Verband der Deutschen Berufsgenossenschaften bekräftigt der Ärztetag seine früheren Beschlüsse; zum Verhältnis der behandelnden Ärzte zu den Vertrauensärzten der Berufsgenossenschaften; in allen Organen der Unfallversicherung sollen Ärzte Sitz und Stimme erhalten]

- 30.06.1894 Generalversammlung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. III, Bd.5, Nr.39  
[Zur Problematik von Melde- bzw. Verwaltungsstellen, Beitragseinzug, Simulation, hohem Arzneimittelverbrauch, Rabatt]
- 02.07.1894 Erlaß des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch und des Innenministers Botho Graf zu Eulenburg an die Vorsitzenden der Bezirksausschüsse Abt. III, Bd.5, Nr.40  
[Es soll, obwohl nach der geltenden Rechtslage grundsätzlich statthaft, verhindert werden, daß Bekanntmachungen der Krankenkassen in sozialdemokratischen Zeitungen publiziert werden]
- 03.07.1894 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 151. Die „bewährten Grundsätze“ der Unfallversicherungs-Novellen Abt. III, Bd.2, Nr.54  
[Kritische Stellungnahme zu den beiden Entwürfen zur Erweiterung und zur Abänderung der Unfallversicherungsgesetze; Kernproblematik der Unfallversicherung ist die berufsgenossenschaftliche Organisation, von der die Arbeiter ausgeschlossen sind; Plädoyer für eine Zusammenlegung der Unfallversicherung mit der Krankenversicherung]
- 06.07.1894 Kölnische Zeitung Nr. 556. Zehnjähriges Bestehen des Unfallversicherungsgesetzes Abt. III, Bd.2, Nr.55  
[Positive Bilanz der Gesetzgebung und Praxis der Unfallversicherung seit 1884]
- 29.07.1894 Denkschrift des bayerischen Innenministers Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch Abt. III, Bd.2, Nr.56  
[Behutsame Ausdehnung der Unfallversicherung, Rentenkürzung bei grober Fahrlässigkeit, Abschaffung kleiner Renten, Ruhen der Rentenzahlungen bei Inhaftierung, keine Rentenzahlungen an Kinder unter 12 Jahren, Einführung von Renten für Witwer, Abschaffung der Tiefbau-Berufsgenossenschaft, Vereinfachung der Wahl der Arbeitervereiner, Verkürzung der Verjährungsfrist, Straffung des Verfahrens, Zusammenfassung der Gesetze]
- 31.07.1894 Runderlaß des preußischen Innenministers Botho Graf zu Eulenburg und des Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an die Regierungspräsidenten Abt. III, Bd.1, Nr.73  
[Größere Kommunen sollen mittels Arbeitsnachweisen die Arbeitsvermittlung organisieren; Arbeitslosigkeit soll durch frühzeitig geplante Notstandsarbeiten bekämpft werden]
- 31.07.1894 Eingabe von Krankenkassenvorständen an den Reichstag Abt. III, Bd.2, Nr.57  
[Die Berufsgenossenschaften sollen vom ersten Tag an für alle Arbeitsunfälle zuständig werden]
04. u. 05.08. 1894 Der Reichsbote Nr. 180 und Nr. 181. Die bisherige Entwicklung der deutschen Gesetzgebung über den Unterstützungswohnsitz im Vergleiche mit außerdeutschen Staaten Abt. III, Bd.7, Nr.34  
[Um die nationale Einheit zu befestigen, wurde im Zuge der Reichsgründung das Prinzip der Freizügigkeit und Niederlassungsfreiheit gesetzlich gesichert; ihm entspricht das Unterstützungswohnsitzgesetz, das aber in seinen Konsequenzen umstritten geblieben ist; die jüngste Novelle zu dem Gesetz versucht, an einzelnen Punkten Verbesserungen anzubringen]
- 07.08.1894 Denkschrift des bayerischen Innenministers Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch Abt. III, Bd.6, Nr. 27  
[Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz hat sich bewährt; die bisherigen Erfahrungen mit dem Gesetz zeigen, daß begrenzte Abänderungen sinnvoll sind]
- 25.08. u. 10.09. 1894 Die Berufsgenossenschaft Nr. 16 und 17. Der Gesetzentwurf, betreffend die Revision der Unfallversicherungsgesetzgebung Abt. III, Bd.2, Nr.58  
[Detaillierte Darstellung des Innovationen der beiden Gesetzentwürfe zur Revision der Unfallversicherung; kritische Detailbewertung aus Sicht der Berufsgenossenschaften]
- 30.08.1894 Protokoll der Ersten Hauptversammlung des Vereins Deutscher Revisionsingenieure Abt. III, Bd.2, Nr.59  
[Erste reguläre Versammlung des Vereins; Kontroverse um den Nutzen von Unfallverhütungsvorschriften]
- 30.08.1894 Entschließung der 41. Generalversammlung der Katholiken Deutschlands Abt. III, Bd.1, Nr.74  
[Sozialpolitische Aufgaben sind Stärkung der Sonntagsruhe, Berufsvereinsrecht, Bildung der christlichen Arbeiter, Regelungen zur Arbeitslosigkeit, Zuschußkassen in der Arbeiterversicherung, Wohnungsbau, Organisation der Landwirtschaft und des Handwerks, Wettbewerbsrecht, Errichtung von Arbeiterausschüssen]
- 31.08.1894 Immediatbericht des preußischen Staatsministeriums für Wilhelm II. Abt. III, Bd.1, Nr.75  
[Eine Arbeitslosenversicherung empfiehlt sich aufgrund technischer Schwierigkeiten und der Belastung der Industrie nicht; statt dessen sollen kommunale Arbeitsnachweise errichtet werden; für Zeiten der Arbeitslosigkeit sollen Notstandsarbeiten geplant werden]

- 03.09.1894 Rede des Arztes Dr. Ignaz Zadek auf dem 8. internationalen Kongreß für Hygiene und Demographie Abt. III, Bd.1, Nr.76  
[Kritische Darstellung der deutschen Arbeiterversicherung: Der Gesundheitszustand der Arbeiter verschlechtert sich; Plädoyer für Zwangsversicherung; eine Arbeitslosenversicherung muß geschaffen werden; Neuorganisation der Arbeiterversicherung als einheitliche und steuerfinanzierte Reichsinstitution unter Selbstverwaltung der Arbeiter und unter Mitwirkung der Ärzte]
- 24.09.1894 Protokoll der 423. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.60  
[Würdigung der Leistungen des Reichsversicherungsamts durch den Staatssekretär des Innern aus Anlaß der Einweihung des neuen Dienstgebäudes]
- 24.09.1894 Fränkische Tagespost Nr. 223. Arbeitersekretariat Abt. III, Bd.1, Nr.77  
[Nach gescheiterten Verhandlungen mit dem Magistrat wird in Nürnberg ein unabhängiges „Arbeitersekretariat“ zur Rechtsberatung geschaffen; dieses untersteht einer auf einer öffentlichen Versammlung gewählten Kommission]
- 26.09.1894 Rede des Berliner Magistratsassessors Willi Cuno auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.35  
[Geldunterstützung verdient den Vorzug vor Naturalunterstützung; Skepsis gegenüber einer besonderen Mietunterstützung; Erörterung der Schwierigkeiten bei der Aufstellung und Handhabung eines Unterstützungstarifs auf der Grundlage des Existenzminimums]
- 01.10.1894 Rede des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker auf dem dritten internationalen Arbeiterversicherungskongreß Abt. III, Bd.2, Nr.61  
[Darstellung der durch die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz geschaffenen Möglichkeiten frühzeitiger Heilbehandlung durch die Berufsgenossenschaften; Würdigung der berufsgenossenschaftlichen Krankenhäuser und der Berliner Unfallstationen]
- 03.10.1894 Bericht über Beratungen von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern Abt. III, Bd.4, Nr.39  
[Die bestehenden Gesetzesregelungen reichen nicht aus, um die Schäden abzuwenden, die durch das Boykottieren von Waren, Unternehmen und Geschäften entstehen; von mehreren Vorschlägen für eine neue gesetzliche Regelung findet einer, der Gefängnisstrafe bis zu einem Jahr, bei Störung des öffentlichen Friedens bis zu drei Jahren androht, die Mehrheit]
- 08.10.1894 Bericht des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Dr. Egon Kelch an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.7, Nr.36  
[Eine Umfrage des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit bei den Armenverwaltungen hat ergeben, daß die Arbeiterversicherung im allgemeinen zwar nicht zu einem Rückgang der Armenlasten geführt hat, gleichwohl aber dadurch, daß weiteren Kostensteigerungen vorgebeugt wurde, entlastend gewirkt hat]
- 15.10.1894 Aerztliches Vereinsblatt für Deutschland Nr. 289. Die Krankencassen und die Socialdemokratie Abt. III, Bd.5, Nr.41  
[Möglichkeiten der Sozialdemokraten zur Machtausübung gegenüber Ärzten und Krankenkassenmitgliedern]
- 00.11.1894 Eingabe des Bundes Deutscher Frauenvereine an die Handelsministerien der Bundesstaaten Abt. III, Bd.3, Nr.86  
[Forderung nach Einsetzung weiblicher Fabrikinspektoren nach dem Vorbild der USA, Englands und Frankreichs]
- 00.11.1894 Grundzüge des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für ein Reichsgesetz über gewerbliche Berufsvereine Abt. III, Bd.4, Nr.43  
[Gewerbliche Berufsvereine sollen durch Eintragung in das Berufsvereinsregister Rechtsfähigkeit erlangen können; dafür werden Vereinszwecke, Mitgliedschaftsbedingungen und Regeln innerer Vereinsführung umrissen sowie die staatlichen Einspruchs-, Zwangs- und Aufsichtsrechte benannt]
- 13.11.1894 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsjustizamt Abt. III, Bd.4, Nr.40  
[Diskussion der Frage, ob das Recht der gewerblichen Berufsvereine in einem eigenen Reichsgesetz geregelt werden soll, eventuell in Verbindung mit den im Entwurf zum BGB vorgesehenen Bestimmungen zum Privatrecht der Vereine]
- 20.11.1894 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsjustizamt [Fortsetzung] Abt. III, Bd.4, Nr.41  
[Fortsetzung der Diskussion über die Frage, ob das Recht der gewerblichen Berufsvereine in einem eigenen Reichsgesetz geregelt werden soll, eventuell in Verbindung mit dem privatrechtlichen Vereinsrecht; das preußische Handelsministerium legt Grundzüge für ein Gesetz über die Berufsvereine vor]
- 22.11.1894 Pädagogische Zeitung Nr. 47. Konrad Agahd: Die gewerbliche Nebenbeschäftigung schulpflichtiger Kinder Abt. III, Bd.3, Nr.87  
[Eine von dem Volksschullehrer Konrad Agahd in Rixdorf durchgeführte Untersuchung über gewerbliche Nebenbeschäftigung von Schulkindern weist hohe außerschulische Belastungen der Kinder nach]

- 23.11.1894 Eingabe des Vorsitzenden des Zentralausschusses der Vereinigten Innungsverbände Wilhelm Faster an den Reichstag Abt. III, Bd.2, Nr.62  
[Eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf „ungefährliche“ Handwerksbetriebe wird abgelehnt; als Träger der Unfallversicherung des Handwerks schlagen die Innungsverbände sich selbst vor; eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk soll erst nach der anstehenden Regelung der Organisation des Handwerks stattfinden]
- 25.11.1894 Protokoll der Gründungsversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche Abt. III, Bd.5, Nr.42  
[Die Gründung eines allgemeinen Spitzenverbandes von Krankenkassenvereinigungen im Deutschen Reich, zu der eingeladen wurde, findet nicht statt, statt dessen wird – auf Vorschlag und Betreiben der sächsischen Vertreter – ein Ortskrankenkassenverband gegründet; Bericht über vorangegangene, aber fehlgeschlagene Planungen in Sachsen, Verabschiedung von Verbandsstatuten und einer Resolution zur Novellierung des Unfallversicherungsgesetzes, Öffentlichkeitsarbeit]
- 25.11.1894 Satzung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche Abt. III, Bd.5, Nr.43  
[Für die Förderung der gemeinsamen Angelegenheiten der Krankenkassen wird ein überregionaler Verband der Ortskrankenkassen gegründet]
- 25.11.1894 Berliner Neueste Nachrichten Nr. 597. Berliner Armenpflege Abt. III, Bd.7, Nr.37  
[Um dem Mangel an ehrenamtlichen Armenpflegern abzuhelpfen, wird vorgeschlagen, besoldete Armenkommissionsvorsteher einzustellen und dieses Amt nach Möglichkeit mit dem des Armenarztes zu verbinden]
- 27.11.1894 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsjustizamt [Schluß] Abt. III, Bd.4, Nr.42  
[Ende der Beratungen über die Frage, ob das Recht der gewerblichen Berufsvereine in einem eigenen Reichsgesetz geregelt werden sollt; die vom preußischen Handelsministerium vorgelegten Grundzüge für ein Gesetz über die Berufsvereine werden nicht näher besprochen]
- 13.12.1894 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Leo Graf von Caprivi Abt. III, Bd.5, Nr.44  
[Freiwillige Gewährung ärztlicher Behandlung durch Naturheilkundige]
- 14.12.1894 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer Abt. III, Bd.6, Nr. 28  
[Im Reichsamt des Innern haben Vorbereitungen für eine Novelle des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes begonnen; die anvisierten Abänderungen sind vorwiegend technisch-administrativ; im Reichsversicherungsamt ist eine Stellungnahme in Arbeit]
- 18.12.1894 Denkschrift des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.4, Nr.44  
[Bitte, im Staatsministerium eine Beratung der Grundzüge eines Reichsgesetzes über die gewerblichen Berufsvereine herbeizuführen; eine bessere rechtliche Absicherung wird die Interessenorganisationen der Arbeiter mehr auf praktische Aufgaben lenken und möglicherweise die innersozialdemokratischen Gegensätze verstärken]

## 1895

- 05.01.1895 Bericht einer Kommission des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main an den Magistrat Abt. III, Bd.7, Nr.38  
[Bei größerem Umfang und längerer Dauer der Arbeitslosigkeit ist es ratsam, städtische Notstandsarbeiten durchzuführen; beschäftigt werden sollen nur Arbeiter, die schon länger in Frankfurt ihren Wohnsitz haben; die Arbeiten sollen nur im Winter durchgeführt werden; die Vergütung soll unter dem ortsüblichen Tagelohn liegen]
- 07.01.1895 Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. III, Bd.5, Nr.45  
[Kein Rechtsschutz gegen die Aufsichtsverfügung des Oberbürgermeisters der Stadt Barmen, der die Schließung des Kassenlokals am 1. Mai untersagt hat]
- 12.01.1895 Bericht des Kreisschulinspektors für den Landkreis Berlin-Teltow Hermann Kob an die Regierung Potsdam Abt. III, Bd.3, Nr.88  
[Empirische Untersuchung über die gewerbliche Nebenbeschäftigung schulpflichtiger Kinder in Berliner Vororten mit Vorschlägen zur Einschränkung der Kinderarbeit; die Ergebnisse der Untersuchung des Volksschullehrers Agahd werden bestritten]
- 25.01.1895 Erlaß des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.3, Nr.89  
[Ausnahmen vom Verbot der Sonntagsarbeit]

- 02.02.1895 Sitzungprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.4, Nr.45  
[Strittige Debatte darüber, ob ein Gesetzentwurf über die gewerblichen Berufsvereine vorgelegt werden soll; unterschiedliche Auffassungen bestehen auch in der Frage, ob für die Arbeiter bessere Formen der Interessenvertretung zu schaffen sind; im Mittelpunkt stehen dabei die Auswirkungen auf die Sozialdemokratie]
- 04.02.1895 Verordnung Wilhelms II. Abt. III, Bd.3, Nr.90  
[Endgültige Inkraftsetzung sämtlicher Bestimmungen zum Verbot der Sonntagsarbeit gemäß der Novelle zur Gewerbeordnung von 1891]
- 05.02.1895 Verordnung des Bundesrats Abt. III, Bd.3, Nr.91  
[Ausnahmeregelungen vom Verbot der Sonntagsarbeit in gewerblichen Betrieben]
- 09.02.1895 Sitzungprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.3, Nr.92  
[Nach kontroverser Diskussion beschließt das Staatsministerium, die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien durch ein eigenständiges Gesetz zu beschränken]
- 11.02.1895 Rundschreiben des Vorsitzenden der Versicherungsanstalt Baden Anton Rasina an die Bezirksämter Abt. III, Bd.6, Nr. 29  
[Gegenüber Bestrebungen, unständig Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft von der Beitragspflicht in der Invaliditäts- und Altersversicherung auszunehmen, erinnert die Versicherungsanstalt an die Versicherungspflicht auch dieser Personen; auch geringfügige Dienstleistungen sind nur dann von der Versicherungspflicht befreit, wenn sie nur gelegentlich oder nebenher verrichtet werden]
- 17.02.1895 Bericht des Vorstands des bayerischen Statistischen Büros Karl Rasp an den Innenminister Maximilian Freiherr von Feilitzsch Abt. III, Bd.7, Nr.39  
[Überblick über die Einrichtungen der Kinder- und Jugendfürsorge in Bayern: Kleinkinderfürsorge, Fürsorge für verlassene, verwahrloste und verwaiste Kinder und Jugendliche im schulpflichtigen Alter, Einrichtungen für Kinder mit besonderen Beeinträchtigungen]
- 23.02.1895 Sitzungprotokoll des 20. Deutschen Handelstags Abt. III, Bd.2, Nr.63  
[Der Deutsche Handelstag lehnt eine Einbeziehung der Handlungsgehilfen in die gesetzliche Unfallversicherung ab]
- 07.03.1895 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.64  
[Die Berufsgenossenschaften nutzen die Möglichkeit zur Übernahme des Heilverfahrens in den ersten 13 Wochen in unterschiedlichem Maß; Betonung der Erfolge]
- 16.03.1895 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher und des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.93  
[Der Staatssekretär des Innern und der Handelsminister legen dem Staatsministerium einen überarbeiteten Entwurf eines Gesetzes zur Beschränkung der Arbeitszeit in Bäckereien vor]
- 27.03.1895 Rede des Oberlehrers Dr. Adolf Mannheimer auf einer Armenpflegerversammlung in Frankfurt am Main Abt. III, Bd.7, Nr.40  
[Viele Minderbemittelte geraten durch die überhöhten Mietpreise in Not und müssen die Armenpflege in Anspruch nehmen; behoben werden kann die Wohnungsnot nur durch den Bau von preiswerten Zweizimmerwohnungen durch eine von der Stadt unterstützte Wohnungsbaugesellschaft]
- 03.04.1895 Sitzungprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.3, Nr.94  
[Erneute kontroverse Diskussion über die Beschränkung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien; der Gesetzentwurf wird gegen die Stimmen des Innenministers und des Landwirtschaftsministers beschlossen]
- 08.04.1895 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Ernst Freiherr von Hammerstein-Loxten an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.1, Nr.78  
[Die Verwaltungskosten der Arbeiterversicherungen sollen gesenkt werden; als unterste Instanz sollen „Versicherungsämter“ errichtet werden]
- 15.04.1895 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.5, Nr.46  
[Wichtiger als die Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in die Rentenversicherung ist eine Einbeziehung in die Krankenversicherung]
- 17.04.1895 Ansprache des Reichskanzlers a. D. Otto Fürst von Bismarck an Innungsvertreter Abt. III, Bd.6, Nr. 30  
[Das Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz entspricht nicht den ursprünglichen Plänen Bismarcks, für seine mangelhafte Ausführung lehnt er jede Verantwortung ab]

- 21.04.1895      Ansprache des Reichskanzlers a. D. Otto Fürst von Bismarck an eine Abordnung aus Anhalt      Abt. III, Bd.6, Nr. 31  
[Bismarck war gegen Arbeiterbeiträge in der Altersversicherung; das Gesetz ist ein parlamentarisch-geheimrätlicher Wechselbalg]
- 23.04.1895      Hamburger Nachrichten Nr. 95, Morgenausgabe. Fürst Bismarck und das Klebegesetz      Abt. III, Bd.6, Nr. 32  
[Für die konkrete Fassung des Rentenversicherungsgesetzes ist die Ministerialbürokratie verantwortlich, nicht Bismarck]
- 25.04.1895      Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Chef der Reichskanzlei Kurt Freiherr von Wilmowski      Abt. III, Bd.6, Nr. 33  
[Bismarcks Äußerungen zum „Klebegesetz“ schaden dem Ansehen der Arbeiterversicherung; eine Reform ist möglich und soll in die Hände des Reichsversicherungsamts gelegt werden, das über die notwendige Sachkunde verfügt]
- 29.04.1895      Vermerk des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamt des Innern Dr. Erich von Woedtke      Abt. III, Bd.6, Nr. 34  
[Reichskanzler Bismarck war in die Entstehung der Entwurfsfassungen der Gesetzesvorlage zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz von 1887 durchgängig einbezogen; er hat Kritik geübt, aber nicht explizit am Markensystem, das schon in frühen Entwürfen enthalten war]
- 06.05.1895      Schreiben des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den preußischen Landwirtschaftsminister Ernst Freiherr von Hammerstein-Loxten      Abt. III, Bd.1, Nr.79  
[Eine tiefgreifende Umgestaltung der Organisation der Arbeiterversicherung empfiehlt sich derzeit nicht; in der Land- und Forstwirtschaft besteht schon eine weitgehende Vereinheitlichung der Verwaltung der Unfall- und der Rentenversicherung; Klagen über zu hohe Beiträge und Verwaltungskosten sind übertrieben]
- 12.05.1895      Aufzeichnung des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst über einen Immediatvortrag bei Wilhelm II.      Abt. III, Bd.3, Nr.95  
[Dem Kaiser wird geraten, das Bäckereigesetz nicht zu genehmigen]
- 15.05.1895      Immediatbericht des preußischen Staatsministeriums an Wilhelm II.      Abt. III, Bd.3, Nr.96  
[Das Gesetz zur Beschränkung der Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien wird vorgelegt]
- 15.05.1895      Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst      Abt. III, Bd.3, Nr.97  
[Von Berlepsch kündigt seinen Rücktritt an]
- 20.05.1895      Bericht des Magistratskommissars für das Krankenkassenwesen Dr. Stephan Alexander Matti an den Magistrat der Stadt Frankfurt am Main      Abt. III, Bd.5, Nr.47  
[Kritik der Abänderung der Statuten der hiesigen Allgemeinen Ortskrankenkasse durch die Generalversammlung auf Vorschlag der neuen sozialdemokratischen Krankenkassenvertreter, u.a. Abänderungen beim Krankengeld (Erhöhung für die ersten 13 Wochen), Einführung der freien Arztwahl, deren soziale und finanzielle Konsequenzen befürchtet werden]
- 29.05.1895      Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst      Abt. III, Bd.3, Nr.98  
[Unter Bezugnahme auf die kaiserlichen Erlasse vom Februar 1890 werden die seitdem umgesetzten Maßnahmen dargestellt und ein Programm zur Weiterführung derselben entworfen]
- 30.05.1895      Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Eberhard Freiherr von der Recke von der Horst an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch und den Innenminister Ernst von Köller      Abt. III, Bd.5, Nr.48  
[Bericht über sozialdemokratische Aktivitäten in Barmen, Elberfeld, Remscheid, Ronsdorf und anderen Städten des Regierungsbezirks Düsseldorf]
- 06.06.1895      Immediatbericht des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an Wilhelm II.      Abt. III, Bd.3, Nr.99  
[Von Berlepsch reicht seinen Rücktritt ein: Zur Bekämpfung der Sozialdemokratie ist eine Fortführung der Sozialreform notwendig; dies ist insbesondere der Ausbau des Arbeiterschutzes und eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse der Berufsvereine; Wilhelm II. lehnt das Rücktrittsgesuch ab]
- 08.06.1895      Aufzeichnung des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst      Abt. III, Bd.3, Nr.100  
[Wilhelm II. lehnt eine Entlassung von Berlepschs ab; an der Richtung der Sozialpolitik soll festgehalten werden]

- 11.06.1895 Bericht des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Franz Adickes an den Wiesbadener Regierungspräsidenten Viktor von Tepper-Laski Abt. III, Bd.7, Nr.41  
[Seitens der Stadt Frankfurt a.M. getroffene Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit: Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises und Notstandsarbeiten]
- 14.06.1895 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.3, Nr.101  
[Der Handelsminister macht sein Verbleiben im Amt von der Zustimmung Wilhelms II. zum Bäckereigesetz abhängig]
- 25.06.1895 Die Berufsgenossenschaft Nr. 12. Der IX. ordentliche Berufsgenossenschaftstag Abt. III, Bd.2, Nr.65  
[Kurzbericht über den IX. Berufsgenossenschaftstag: Erste Hilfe, Novelle zu den Unfallversicherungsgesetzen, das Reichsversicherungsamt soll als Rekursinstanz erhalten bleiben]
- 26.06.1895 Denkschrift des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.2, Nr.66  
[Die vorgelegten Gesetzentwürfe zur Unfallversicherung werden abgelehnt, eine Ausdehnung der Unfallversicherung ist nur in wenigen Bereichen notwendig; die wichtigsten Forderungen der Industrie zur Abänderung des geltenden Rechts wie Fortfall der Entschädigung bei grobem Verschulden seitens der Arbeiter und eine bessere Bekämpfung der Simulation sind nicht erfüllt; die sozialpolitische Gesetzgebung benötigt eine „Zeit der Sammlung und der Ruhe“]
- 28.06.1895 Aufzeichnung des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.3, Nr.102  
[Personaltaktische Überlegungen über die preußischen Minister im Zusammenhang mit dem Rücktrittsgesuch von Berlepschs]
- 28.06.1895 Vorlage des Beigeordneten Dr. Georg Schmidt für die Mainzer Stadtverordnetenversammlung Abt. III, Bd.7, Nr.42  
[Im Zuge der anstehenden Neuordnung der Mainzer Armenpflege sollen erstmals auch die Unterstützungssätze („Ausschlußsätze“) genauer festgelegt, systematisiert und vereinheitlicht werden]
- 30.06.1895 Rundschreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an die Vorstände der land- und forstwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.67  
[Zur Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften werden Normal-Unfallverhütungsvorschriften für die Land- und Forstwirtschaft vorgelegt]
- 10.07.1895 Schreiben des preußischen Kultusministers Dr. Robert Bosse an den Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch Abt. III, Bd.3, Nr.103  
[Das Ausmaß der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder macht ein Einschreiten dringend erforderlich]
- 19.07.1895 Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Berthold Nasse an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch und den Innenminister Ernst von Köller Abt. III, Bd.7, Nr.43  
[Überblick über die Einrichtungen der gewerblichen und nicht-gewerblichen Arbeitsvermittlung in der Rheinprovinz und die bei diesen beobachteten Mißstände; die städtischen Arbeitsnachweise verdienen weiter ausgebaut zu werden]
- 25.07.1895 Erlaß des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.1, Nr.80  
[Die positiven Wirkungen der drei Zweige der Arbeiterversicherung müssen durch Novellierung der Gesetzgebung gesichert werden; das Reichsamt des Innern soll ein entsprechendes Arbeitsprogramm vorlegen]
- 27.07.1895 Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Dr. Konrad Studt an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch und den Innenminister Ernst von Köller Abt. III, Bd.7, Nr.44  
[Das Bedürfnis nach Arbeitsnachweisen ist regional ungleich; Mißstände dürften öfter auftreten als den Behörden bekannt wird; bei Bedarf ist die Zentralisierung in einem städtischen Arbeitsnachweis anzustreben, gegebenenfalls auch gegen den Willen der kommunalen Vertretungen]
- 27.07.1895 Bericht des Vorsitzenden der Hanseatischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung Herman Gebhard an den Ausschuß Abt. III, Bd.6, Nr. 35  
[Bericht über die Übernahme des Heilverfahrens bei Lungenkranken durch Vereinbarungen mit den Krankenkassen; Schilderung des Einweisungsverfahrens; Nutzung verschiedener Einrichtungen]
- 28.07.1895 Bericht des Vorsitzenden der Hanseatischen Versicherungsanstalt für Invaliditäts- und Altersversicherung Herman Gebhard an den Ausschuß Abt. III, Bd.6, Nr. 36  
[Schilderung des Planungsprozesses der Lungenheilstätte; Schwierigkeiten, ein geeignetes Gelände zu finden; Ängste der ortsansässigen Bevölkerung vor Ansteckung durch die Tuberkulosepatienten]



- 31.07.1895 Erlaß Wilhelms II. an den preußischen Handelsminister Hans Freiherr von Berlepsch Abt. III, Bd.3, Nr.104  
[Der Kaiser lehnt unter Hinweis auf die Kontinuität der Sozialpolitik eine Entlassung von Berlepschs ab; ein langsames Vorgehen in sozialpolitischen Fragen ist notwendig]
- 00.08.1895 Bericht des Referenten der Aufsichtsbehörde über die Berliner Ortskrankenkassen Abt. III, Bd.5, Nr.49  
[Mögliche und tatsächliche Vorteile einer gewerkschaftlich geführten Krankenkasse für die Sozialdemokratie, Bericht über einzelne Berliner Ortskrankenkassen]
- 08.08.1895 Immediatbericht des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an Wilhelm II. Abt. III, Bd.3, Nr.105  
[Von Berlepsch fordert eine konsequente Umsetzung der Novelle zur Gewerbeordnung von 1891 und die Einbringung des von der Kommission für Arbeiterstatistik initiierten Bäckereigesetzes]
- 11.08.1895 Aufzeichnung des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.3, Nr.106  
[Das geplante Bäckereigesetz schadet den kleinen Bäckereien]
- 14.08.1895 Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.1, Nr.81  
[Eine baldige Zusammenlegung der drei Arbeiterversicherungen ist nicht möglich; bezüglich der Unfall- und der Invaliditäts- und Altersversicherung sind Novellierungsarbeiten im Gang, die jedoch die Grundzüge der Gesetze nicht berühren; bei radikalen Neuerungen ist mit erheblichem Widerstand der Beteiligten zu rechnen; bestehende Mängel können ohne grundlegende Umgestaltung beseitigt werden]
- 14.08.1895 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Kultusminister Dr. Robert Bosse Abt. III, Bd.3, Nr.107  
[Eine Einschränkung der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder auf Grundlage der bestehenden Gewerbeordnung bzw. durch Polizeiverordnungen ist nur bei bestimmten Tätigkeiten möglich]
- 22.08.1895 Erlaß des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Aachener Regierungspräsidenten Julian von Hartmann Abt. III, Bd.4, Nr.46  
[Die überprüften Arbeitsordnungen von neun Aachener Tuchfabriken enthalten eine Reihe gesetzwidriger Bestimmungen, deren Beseitigung erforderlich ist]
- 04.09.1895 Bericht des Unterstaatssekretärs Dr. Franz von Rottenburg an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.6, Nr. 37  
[Der Entwurf einer Novelle des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes soll einer Expertenkommission vorgelegt werden]
- 17.09.1895 Erlaß des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.1, Nr.82  
[Der Reichskanzler hält den Weg der Einzelrevision der Versicherungsgesetze für richtig; eine Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz kann dem Bundesrat vorgelegt werden; hierfür anzusetzende Besprechungen sollen auch weiter gehende Erwägungen umfassen]
- 17.09.1895 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.3, Nr.108  
[Unsicherheiten, weil Wilhelm II. sich nicht zum vorgelegten Bäckereigesetz äußert]
- 18.09.1895 Schreiben des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an die Bundesregierungen mit Gesetzentwurf Abt. III, Bd.6, Nr. 38  
[Zur Vorberatung eines Gesetzentwurfs zur Novellierung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes wird eine Expertenkonferenz einberufen; Übermittlung des Gesetzentwurfs, der vertraulich zu behandeln ist; wesentliche Abänderungen des Gesetzentwurfs: 50-%-Grenze bei Erwerbsunfähigkeit, Verkürzung der Wartezeiten, Finanzausgleich zwischen den Versicherungsanstalten, Erleichterungen bei den Beitragsmarken, Ersetzung der Quittungskarten durch Quittungsbücher]
- 18.09.1895 Arbeitsordnung der Tuchfabrik Arnold & Schüll in Aachen Abt. III, Bd.4, Nr.47  
[Arbeitsordnung mit Bestimmungen zur Annahme der Arbeiter und zu den Kündigungsfristen, zur Arbeitszeit, zur Lohnzahlung, zum Verhältnis zu den Vorgesetzten, zur Beendigung der Beschäftigung sowie mit allgemeinen Verhaltens-, Ordnungs- und Strafvorschriften]
- 23.09.1895 Eingabe des Zentralverbands von Ortskrankenkassen an den Bundesrat Abt. III, Bd.2, Nr.68  
[Zur Novelle der Unfallversicherungsgesetze: Die Berufsgenossenschaften sollen die Kosten für Unfallfolgen vom ersten Tag an übernehmen; Detailvorschläge zur Regelung der Verhältnisse zwischen Krankenkassen und Berufsgenossenschaften]

- 01.10.1895 Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts Nr. 10. Rückblick auf die bisherige Entwicklung der sozialpolitischen Versicherungsgesetzgebung [Positive Bilanz der Gesetzgebung und Praxis der Unfallversicherung] Abt. III, Bd.2, Nr.69
- 01.10.1895 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 229, Beiblatt [Bericht über die erste Jahresversammlung des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reich in Leipzig] Abt. III, Bd.5, Nr.50
- 04.10.1895 Schreiben des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an die Bundesregierungen [Die Bundesregierungen sollen Teilnehmer für eine Konferenz zur Beratung der Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz bzw. zur Frage der Verschmelzung der Arbeiterversicherungen benennen] Abt. III, Bd.1, Nr.83
- 07.10.1895 Schreiben des Vorsitzenden des Tuchfabrikantenvereins Aachen-Burtscheid Gustav Ritter an den Aachener Landrat Dr. Franz Freiherr von Coels von der Brügghe [Nur eine Minderheit der ansässigen Tuchfabrikanten hat Arbeiterausschüsse eingerichtet; es wurden mit diesen Ausschüssen häufig negative Erfahrungen gemacht] Abt. III, Bd.4, Nr.48
- 08.10.1895 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums [Wilhelm II. hat mitteilen lassen, daß er das Bäckereigesetz ablehnen wird; ein definitiver Erlaß des Kaisers liegt jedoch noch nicht vor] Abt. III, Bd.3, Nr.109
- 14.10.1895 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch, des Innenministers Ernst von Köller und des Finanzministers Dr. Johannes Miquel an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst [Berichte der Oberpräsidenten über teilweise unverhältnismäßig aufwendige Dienstgebäude und Dienstwohnungen der Versicherungsanstalten] Abt. III, Bd.6, Nr. 39
- 15.10.1895 Allgemeine Arbeitsordnung für das Neunkircher Eisenwerk der Gebrüder Stumm KG [Regelungen zu Arbeitszeit, Lohnzahlung, Kündigung und kündigungslosen Beendigung des Arbeitsverhältnisses sowie zur Disziplinarordnung] Abt. III, Bd.4, Nr.49
- 30.10.1895 Schreiben des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst [Erneute Überlegungen zu einem für unabweislich eingeschätzten Rücktritt aufgrund mangelnder Fortführung der Sozialreform] Abt. III, Bd.3, Nr.110
- 31.10.1895 Denkschrift des Vorsitzenden der Versicherungsanstalt Berlin Dr. Richard Freund [Die Krankenversicherung soll von den Organen der Rentenversicherung durchgeführt werden; Anpassung des Kreises der Versicherten; lokale Versicherungsämter für die gesamte Arbeiterversicherung] Abt. III, Bd.1, Nr.84
- 01.11.1895 Denkschrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker [Die Unfallversicherung und die Invaliditäts- und Altersversicherung sollen vereinigt werden; Finanzierung durch ein Umlageverfahren ohne Beitragsmarken; Einführung einer Grundrente; einheitliche Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung] Abt. III, Bd.1, Nr.85
- 04.-09.11.1895 Protokoll einer Expertenkonferenz im Reichsamt des Innern [In der sog. „Novemberkonferenz“ diskutiert eine große Zahl von Experten über die weitere Ausgestaltung der Arbeiterversicherung bzw. deren Vereinfachung; detaillierte Vorschläge Richard Freunds und Tonio Bödikers werden kontrovers diskutiert; keine Beschlußfassung; Diskussion eines vertraulich vorlegten Entwurfs des Reichsamts des Innern für eine Novelle zur Invaliditäts- und Altersversicherung; kontroverse Debatte insbesondere über Lastenverteilung und das Markensystem] Abt. III, Bd.1, Nr.86; Abt. III, Bd.6, Nr. 40
- 07.11.1895 Sitzungsprotokoll des Münchner Armenpflugschaftsrats [Die Armenpflege wird durch die Arbeiterversicherung entlastet] Abt. III, Bd.7, Nr.45
- 10.11.1895 Die Berufsgenossenschaft Nr. 21. Die Reform der Arbeiterversicherung [Unter Nennung der Teilnehmer wird umfassend über die „Novemberkonferenz“ berichtet; Darstellung der Vorschläge Richard Freunds und Tonio Bödikers; letztere werden aus der Sicht der Berufsgenossenschaften begrüßt; Darstellung der Debatten zum Markensystem] Abt. III, Bd.1, Nr.87
- 11.11.1895 Erlaß Wilhelms II. an das preußische Staatsministerium [Der Kaiser weigert sich, das Bäckereigesetz zu unterzeichnen; statt dessen soll eine Bundesratsverordnung erlassen werden] Abt. III, Bd.3, Nr.111

- 14.11.1895 Kölnische Volkszeitung Nr. 738. Hr. v. Bötticher und Dr. Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.70  
[Hinsichtlich des Dauerkonflikts zwischen dem Reichsamt des Innern und dem Reichsversicherungsamt wird ein unabhängiges Reichsversicherungsamt empfohlen]
- 15.11.1895 Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger Nr. 274 Abt. III, Bd.1, Nr.88  
[Angesichts der nicht gewünschten Zeitungsberichte über die „Novemberkonferenz“ erscheint eine offiziöse Darstellung über diese]
- 23.11.1895 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.3, Nr.112  
[Nach Ablehnung des Bäckereigesetzes durch Wilhelm II. legt der Handelsminister einen Entwurf für eine inhaltlich abgeschwächte Bundesratsverordnung vor]
- 23.11.1895 Denkschrift des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.1, Nr.89  
[Bödiker ergänzt seine für die „Novemberkonferenz“ vorgelegten Vorschläge zur Vereinfachung der Arbeiterversicherungen]
- 01.12.1895 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.1, Nr.90;  
Abt. III, Bd.6, Nr. 41  
[Stellungnahme zu den Ergebnissen der „Novemberkonferenz“: Dringlicher als eine Zusammenlegung der Arbeiterversicherungen ist eine Revision der Einzelgesetze; Kritik der Vorschläge Richard Freunds und Tonio Bödikers; ein gemeinsamer Unterbau der Arbeiterversicherungen wird angeregt; Eine Revision des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes soll insbesondere die unterschiedliche Belastung der Versicherungsanstalten ausgleichen; eine landesweite Versicherungsanstalt wird erwogen, Plädoyer für Kapitaldeckungsverfahren und Markensystem]
04. u. 05.12.1895 Protokoll einer Besprechung des Evangelischen Oberkirchenrats der altpreußischen Union mit Konsistorialpräsidenten und Generalsuperintendenten Abt. III, Bd.1, Nr.91  
[Der sozialpolitischen Agitation von Geistlichen soll entgegengetreten werden; unterschiedliche Erfahrungen in den Provinzen; Benennung und Bewertung einzelner „Agitatoren“; die Geistlichen sollen sich von sozialpolitischen Versammlungen, Kongressen und Schulungskursen fernhalten; der Oberkirchenrat wird einen entsprechenden Erlaß herausgeben]
- 05.12.1895 Erlaß des Potsdamer Regierungspräsidenten Robert Graf Hue de Grais an die Landräte Abt. III, Bd.3, Nr.113  
[Gegen Auswüchse bei der Nebenbeschäftigung schulpflichtiger Kinder soll mit allen gesetzlichen Mitteln vorgegangen werden]
- 15.12.1895 Brief des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. III, Bd.3, Nr.114  
[Überlegungen zur Position von Berlepschs nach dem Rücktritt des Innenministers von Köller]
- 16.12.1895 Erlaß des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats der altpreußischen Union Dr. Wilhelm Barkhausen an die Konsistorialpräsidenten und Generalsuperintendenten Abt. III, Bd.1, Nr.92  
[Die Geistlichen sollen sich jeder sozialpolitischen Agitation enthalten; von politischen Versammlungen haben sie sich fernzuhalten; Aufgabe der Kirche ist die Verkündigung des Glaubens, nicht sozialpolitische Parteinahme]
- 16.12.1895 Immediatbericht des Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats der altpreußischen Union Dr. Wilhelm Barkhausen an Wilhelm II. Abt. III, Bd.1, Nr.93  
[Bedenkliche sozialpolitische „Treibereien“ von Geistlichen sind seit langem festzustellen; diese treten jedoch insgesamt nur vereinzelt und vor allem bei jüngeren Geistlichen auf, haben aber Rückhalt bei einflußreichen Kreisen der Kirche; der Erlaß vom 16.12.1895 soll dem entgegenhalten]
16. u. 17.12.1895 Sitzungsprotokoll der 22. und 23. Sitzung der Zweiten Kammer des badischen Landtags Abt. III, Bd.1, Nr.94  
[Anlässlich einer Interpellation zur Frage der Zusammenlegung der Arbeiterversicherungen debattiert der Landtag breit über die sozialpolitische Gesetzgebung]

**1896**

- 12.01.1896 Rede des Wolfacher Arztes Dr. Ernst Kürz vor dem Landesauschuß der badischen Gewerbevereine Abt. III, Bd.1, Nr.95  
[Die Ausdifferenzierung der Arbeiterversicherung nach Krankheiten, Unfallfolgen und Invalidität ist künstlich und lebensfremd; Vorschlag für eine einheitliche Bürgerversicherung gegen alle Formen der Erwerbsunfähigkeit mit einer Einheitsrente]
- 22.01.1896 Erlaß des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an die Bezirksregierungen Abt. III, Bd.3, Nr.115  
[Die Gewerbeaufsichtsbeamten dürfen nicht mit den sozialdemokratischen Beschwerdekommisionen zusammenarbeiten]

- 30.01.1896 Eingabe des Direktoriums des Zentralverbands Deutscher Industrieller an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.2, Nr.71  
[Das Funktionieren der Unfallversicherung beruht auf der ehrenamtlichen Mitarbeit Tausender Arbeitgeber; dies sollte durch Vergabe von Auszeichnungen gewürdigt werden]
- 00.02.1896 Blätter für das Hamburgische Armenwesen Nr. 1 und Nr. 2. Der Einfluß der Armenunterstützung auf das öffentliche Wahlrecht Abt. III, Bd.7, Nr.46  
[Wer öffentliche Armenunterstützung bezieht oder im letzten Jahr vor der Wahl bezogen hat, verliert sein Wahlrecht; dies gilt jedoch nicht für alle Arten von Unterstützung; der wesentliche Grund für den Wahlrechtsentzug ist die Gefahr, daß der Empfänger seine Unabhängigkeit verliert und sein Wahlrecht nicht mehr unbeeinflusst ausüben kann]
- 00.02.1896 Blätter für das Hamburgische Armenwesen Nr. 1 und Nr. 2. Pflegerbericht Abt. III, Bd.7, Nr.47  
[Von der Gewährung eines Mietunterstützungsgesuchs wird abgeraten, da die Gesuchstellerin nicht zu haushalten verstehe und eine Unterstützung nicht verdiene]
- 17.02.1896 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer Abt. III, Bd.3, Nr.116  
[Bericht über eine Ausschußsitzung des Bundesrats zur Bäckereiverordnung; Änderungswünsche süddeutscher Staaten]
- 25.02.1896 Bericht des Geheimen Bergrats Konrad Heusler an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz Berthold Nasse Abt. III, Bd.4, Nr.50  
[In die Arbeiterausschüsse der fiskalischen Gruben des Saarreviers sind besonnene Vertrauensmänner gewählt worden; die dort gestellten Anträge betreffen hauptsächlich Lohnfragen]
- 28.02.1896 Telegramm Wilhelms II. an den Geheimen Oberregierungsrat Dr. Georg Hinzpeter Abt. III, Bd.1, Nr.96  
[Pastoren sollen sich von der Politik fernhalten]
- 02.03.1896 Votum des preußischen Landwirtschaftsministers Ernst Freiherr von Hammerstein-Loxten für das Staatsministerium Abt. III, Bd.1, Nr.97  
[Die von Richard Freund und Tonio Bödiker auf der „Novemberkonferenz“ gemachten Vorschläge sind abzulehnen; eine Verschmelzung der Zweige der Arbeiterversicherung ist ein Ziel, aber aktuell sind die bestehenden Einzelgesetze abzuändern bzw. zu vereinfachen]
- 04.03.1896 Verordnung des Bundesrats Abt. III, Bd.3, Nr.117  
[Mittels Bundesratsverordnung wird in Bäckereien und Konditoreien die tägliche Arbeitszeit auf zwölf Stunden beschränkt; detaillierte Ausnahmeregelungen]
- 06.03.1896 Hamburger Nachrichten Nr. 56, Morgenausgabe. Stadt und Land Abt. III, Bd.7, Nr.48  
[Der Ort, wo die Hilfsbedürftigkeit entsteht, soll auch endgültig die Kosten dafür tragen]
- 12.03.1896 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 61. Aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch Abt. III, Bd.4, Nr.51  
[Statt die arbeitsrechtlichen Regelungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs wie vorgesehen auf die römisch-rechtliche Rechtsfigur des „Dienstvertrags“ zu gründen, sollte versucht werden, von den Eigenheiten des modernen „Arbeitsvertrags“ auszugehen; die sozialdemokratischen Änderungsvorschläge werden in der Kommission abgelehnt]
- 15.03.1896 Holzarbeiter-Zeitung Nr. 11. Rentenquetschen Abt. III, Bd.2, Nr.72  
[Im Berufsgenossenschafts Krankenhaus Neu-Rahnsdorf werden Arbeiter durch Heilgymnastik gefoltert, bis sie ihre Simulation gestehen]
- 18.03.1896 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 66. Aus der Kommission für das Bürgerliche Gesetzbuch Abt. III, Bd.4, Nr.52  
[Beratung der Kündigungsregelungen beim Dienstvertrag]
- 18.03.1896 Schreiben des Klinikleiters Dr. Robert Deutz an den Vorsitzenden der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft Hermann Simon Abt. III, Bd.2, Nr.73  
[Stellungnahme zu den Äußerungen Hermann Molkenbuhrs und Arthur Stadthagens im Reichstag über das berufsgenossenschaftliche Krankenhaus Neu-Rahnsdorf]
- 24.03.1896 Votum des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für das Staatsministerium Abt. III, Bd.1, Nr.98; Abt. III, Bd.6, Nr. 42  
[Die auf der „Novemberkonferenz“ gemachten Vorschläge zur Vereinfachung der Arbeiterversicherung gehen weit auseinander und sind nicht brauchbar; gleichwohl soll das Ziel einer Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung aktuell weiterverfolgt werden; hierfür soll eine Kommission eingesetzt werden; in der Invaliditäts- und Altersversicherung ist Erhöhung der Leistungen besser als Herabsetzung des Beitrags; Befürwortung der Krankenfürsorge durch Versicherungsanstalten; der Staatseinfluß soll verstärkt werden; Reorganisation der Schiedsgerichte]

- 26.03.1896 Schreiben des Arbeiters Reinhold Nowotny an den Vorsitzenden der Norddeutschen Holz-Berufsgenossenschaft Hermann Simon Abt. III, Bd.2, Nr.74  
[Der Arbeiter beschwert sich über die Zustände im berufsgenossenschaftlichen Krankenhaus Neu-Rahnsdorf]
- 30.03.1896 Vortrag des Beraters der Hamburger Armenverwaltung Dr. Emil Münsterberg vor Vertretern der Armenverwaltung und des Senats Abt. III, Bd.7, Nr.49  
[Bericht über die Tätigkeit der Armenverwaltung und ihre weiteren Aufgaben; Frauen sollen an der öffentlichen Armenpflege mitwirken können]
- 00.04.1896 Zweiter Jahresbericht des Nürnberger Arbeitersekretärs Martin Segitz Abt. III, Bd.2, Nr.76  
[Schilderung der Tätigkeit der Rechtsberatung in Unfallsachen anhand von Einzelbeispielen; Kritik an der Überweisung von Unfallopfern in „sogenannte Heilanstalten“]
- 01.04.1896 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 10. Dr. Friedrich Landmann: Zur Verminderung der Arzneykosten bei den Krankenkassen Abt. III, Bd.5, Nr.51  
[Kostensenkende Ergebnisse von Rezeptrevisionen bei den Ortskrankenkassen Barmen und Remscheid]
- 20.04.1896 Bericht des Regierungsrats Dr. Otto Vogts und des Arztes Dr. Otto Stirl an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.75  
[Bei einer Besichtigung des berufsgenossenschaftlichen Krankenhauses Neu-Rahnsdorf werden nur kleinere Mängel festgestellt]
- 00.05.1896 Sozialpolitisches Flugblatt Nr. 3 des Volksvereins für das katholische Deutschland Abt. III, Bd.1, Nr.99  
[Die Zentrumsparterie wird – insbesondere im Bereich des gesetzlichen Arbeiterschutzes – als treibende Kraft der Arbeitergesetzgebung dargestellt]
- 00.05.1896 Bericht des Stadtrats Franz Tourbié an den Berliner Oberbürgermeister Robert Zelle Abt. III, Bd.7, Nr.51  
[Eine erhebliche Zunahme der Armenausgaben hat stattgefunden; Eltern, die zu ihren Kindern nach Berlin ziehen, erhöhen die Armenzahlen; eine Kommission wurde eingesetzt mit dem Ziel, einen Unterstützungstarif aufzustellen; gegen die Einführung des Elberfelder Systems spricht u. a. die hohe innerstädtische Mobilität der Armenbevölkerung; die Wohlhabenden haben oft wenig Neigung, sich an der Armenpflege zu beteiligen; an der Praxis der Armenkommissionen ist einiges bedenklich]
- 03.05.1896 Hamburger Nachrichten Nr. 104, Morgenausgabe. Inkonsequenzen Abt. III, Bd.4, Nr.53  
[Trotz der anarchischen Zustände im Streikwesen ist der preußische Handelsminister von Berlepsch auf seine 1890 im Reichstag gemachte Ankündigung, den § 153 der Gewerbeordnung zu verschärfen, nicht zurückgekommen, dafür sei er aber unermüdlich um den oft zweifelhaften Ausbau des Arbeiterschutzes bemüht]
- 08.05.1896 Schreiben des Leiters des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch an den Hauspflegeverein Abt. III, Bd.7, Nr.50  
[Die Frauen des Vereins sollen bei ihren Bewilligungen nicht zu weit gehen; ein Zuviel der Hilfe, von dem verschiedene Distriktsvorsteher berichten, kann schädlich sein]
- 13.05.1896 Erklärung des Zentralausschusses für Innere Mission Abt. III, Bd.1, Nr.100  
[Nachwort zur Denkschrift des Zentralausschusses vom 24.6.1884: Die Aussagen der Denkschrift werden bekräftigt; gegen die soziale Not hat in erster Linie die Amtskirche einzugreifen; die Tätigkeit der Inneren Mission ist unterstützend, jedoch an keine Beschränkungen gebunden; zentral bleibt die Verkündigung des Evangeliums zur Wiedergewinnung der „Abgefallenen“; nichtsdestotrotz ist die Beseitigung sozialer Schäden eine Aufgabe]
- 15.05.1896 Leitlinien des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch für die staatlichen Betriebe Abt. III, Bd.1, Nr.101  
[Staatsbetriebe sollen Musteranstalten sein; sie sollen Arbeitsordnungen und Arbeitervertretungen haben; besondere Aufsicht für jugendliche Arbeiter; anarchistische und sozialdemokratische Arbeiter sind zu entlassen; Regeln zu Arbeitszeiten, Löhnen und Frauenarbeit; Gesundheitsvorschriften; Vorschriften für Betriebswohnungen; Errichtung von Konsum- und Sparvereinen; die Betriebskrankenkassen sollen mehr als die gesetzlichen Mindestleistungen bieten]
- 24.05.1896 Immediatbericht des preußischen Handelsministers Hans Freiherr von Berlepsch an Wilhelm II. Abt. III, Bd.3, Nr.118  
[Von Berlepsch bittet erneut um Entlassung; Annahme des Rücktritts durch Wilhelm II.]
- 25.05.1896 Aufzeichnung des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.3, Nr.119  
[Die Entlassung von Berlepschs soll erst nach Schluß der Reichstagssession erfolgen]

- 28.05.1896 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.77  
[Das Reichsversicherungsamt war an der Ausarbeitung der Novelle zur Unfallversicherung nicht beteiligt; für eine Ausschusssitzung des Bundesrats wird ein Mitglied des Reichsversicherungsamts geladen]
- 31.05.1896 Brief des Unterstaatssekretärs im preußischen Handelsministerium Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. III, Bd.3, Nr.120  
[Überlegungen zur politischen und persönlichen Lage nach dem Rücktritt von Berlepschs]
- 01.06.1896 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer Abt. III, Bd.2, Nr.78  
[Die Bundesratsausschüsse lehnen das Erweiterungsgesetz zur Unfallversicherung ab]
- 05.06.1906 Bericht des Geheimen Regierungsrats Dr. Georg Zacher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.79  
[Beteiligung von Mitgliedern des Reichsversicherungsamts an Bundesratsberatungen zur Novelle der Unfallversicherung; Instruktionen Bödikers zum Auftreten in einer Randverfügung]
- 10.06.1896 Jahresbericht des Gewerbegerichts Köln für das Geschäftsjahr vom 1. April 1895 bis Ende März 1896 Abt. III, Bd.4, Nr.54  
[Das Gewerbegericht findet wachsenden Anklang in Arbeiterkreisen; der Großteil der Klagen kann ohne Urteil erledigt werden; Fabrikbetriebe sind nur zu einem kleinen Anteil betroffen, eine große Zahl von Fällen betrifft Entlassungen ohne fristgerechte Kündigung]
- 15.06.1896 Rekursentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.80  
[Der Suizid eines Arbeiters begründet einen Entschädigungsanspruch der Witwe, wenn er die Folge eines Unfalls ist]
- 19.06.1896 Verwaltungsbericht des Vorsitzenden der Hessen-Nassauischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft Hubert Arnold Hilf Abt. III, Bd.2, Nr.81  
[Unfallverhütungsvorschriften auf Grundlage der Normal-Unfallverhütungsvorschriften des Reichsversicherungsamts werden abgelehnt]
- 26.06.1896 Normal-Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.82  
[Zur Vereinheitlichung der Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften werden Normal-Unfallverhütungsvorschriften beschlossen; Vorschriften für Arbeitgeber, Vorschriften für Arbeitnehmer]
- 02.07.1896 Ignaz Jastrow: Das Ministerium Berlepsch Abt. III, Bd.1, Nr.102  
[Gesamteinschätzung der Tätigkeit Hans Freiherr von Berlepschs als preußischer Handelsminister anlässlich dessen Rücktritts]
- 03.07.1896 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.1, Nr.103; Abt. III, Bd.6, Nr. 43  
[Von Boetticher will weiterhin nur die einzelnen Versicherungsgesetze reformieren; die Einsetzung einer Kommission zur Beratung der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ist nicht sinnvoll; Widerspruch des Handelsministers Brefeld; Beschlußfassung im Sinne von Boettichers; Beschlußfassung über die Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz; Detailberatung unter Mitwirkung von Beamten des Handelsministeriums und des Reichsamts des Innern; die Stellung des Staatskommissars soll gestärkt werden; die gemeinsame Last des Finanzausgleichs zwischen den Versicherungsanstalten wird auf 75 % erhöht]
- 01.08.1896 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an Wilhelm II. Abt. III, Bd.6, Nr. 44  
[Die Invaliditäts- und Altersversicherung hat sich bewährt; sinnvoll sind jedoch Abänderungen in Einzelfragen, die auch wesentliche Verbesserungen bringen sollen; Vermögensausgleich zwischen den Versicherungsanstalten; Neufassung des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit; Befugnisse der Versicherungsanstalten für Bewilligung von Heilverfahren; Anlage des Vermögens in Wohlfahrtseinrichtungen wird erleichtert]
- 18.08.1896 Bürgerliches Gesetzbuch Abt. III, Bd.4, Nr.55  
[Bestimmungen zum Vereinsrecht, zum Dienst- und zum Werkvertrag]
- 04.09.1896 Freisinnige Zeitung Nr. 208. Kommunismus in der Versicherung Abt. III, Bd.6, Nr. 45  
[Der im Reichsanzeiger veröffentlichte Gesetzentwurf zur Novellierung der Invaliditäts- und Altersversicherung hat nur eine wesentliche Neuerung: den Finanzausgleich zwischen den Versicherungsanstalten]

- 17.09.1896 Denkschrift des Direktors des kaiserlichen Statistischen Amtes Dr. Hans von Scheel für den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.7, Nr.52  
[Eine Befragung von Armenverbänden hat ergeben, daß ohne die Versicherungsgesetze eine noch stärkere Zunahme der unterstützten Personen und des nötigen Aufwands eingetreten wäre, als derzeit zu beobachten; die erhöhten Leistungen der Armenpflege gehen auch auf die gestiegenen Ansprüche der Unterstützungsbedürftigen zurück]
22. u. 23.09.1896 Franz Hitze: Ist keine Zusammenlegung der drei Arbeiterversicherungen möglich? Abt. III, Bd.1, Nr.104  
[Eine Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungen ist nicht zweckmäßig; die Trennung der Versicherungszweige ist sachlich begründet; der jeweils einbezogene Personenkreis ist sehr unterschiedlich; der bisherige getrennte Aufbau hat sich im wesentlichen bewährt; die Berufsgenossenschaften könnten die Invalidenversicherung übernehmen]
- 30.09.1896 Entschließung einer Konferenz von Vertretern der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Abt. III, Bd.6, Nr. 46  
[Stellungnahme zum Entwurf der Gesetzesnovelle: Eine Ausweitung der Aufsicht über die Versicherungsanstalten wird abgelehnt; der Staatskommissar soll abgeschafft werden; die im Gesetzentwurf vorgesehene Neuregelung der Verteilung der Rentenlast wird verworfen; Vorschläge hierzu]
- 02.10.1896 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.83  
[Eine Verkleinerung der Spruchkammern des Reichsversicherungsamts bringt keine Verbesserung hinsichtlich der Arbeitsbelastung]
- 00.11.1896 Eingabe des Bundes der Industriellen an den Bundesrat Abt. III, Bd.6, Nr. 47  
[Dem Gesetzentwurf zur Invaliditäts- und Altersversicherung wird im wesentlichen zugestimmt; das Markenkleben belastet die Industrie nicht, eine Beitragsabführung über die Krankenkassen bzw. Hebestellen brächte keine Erleichterung; eine verstärkte Staatsaufsicht wird abgelehnt; nicht Finanzausgleich, sondern bessere Kontrolle der Versicherungspflicht ist notwendig; der Kreis der Versicherten der Zweige der Arbeiterversicherung soll vereinheitlicht werden]
- 24.11.1896 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 551, Morgenausgabe. Zur Revision der Unfallversicherung Abt. III, Bd.2, Nr.84  
[Die Novelle zur Unfallversicherung liegt jetzt dem Reichstag vor; eine Zusammenlegung der verschiedenen Zweige der Arbeiterversicherung ist nicht praktikabel; an der Systematik der Unfallversicherungsgesetze soll festgehalten werden; eine weite Ausdehnung des Kreises der Versicherten empfiehlt sich gegenwärtig nicht]
- 25.11.1896 Bericht des Geheimen Regierungsrats Dr. Paul Kaufmann an den Direktor im Reichsamt des Innern Dr. Erich von Woedtke Abt. III, Bd.6, Nr. 48  
[Zeitschriftenschau zum Entwurf der Novelle des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes mit die Kritik widerlegenden Stellungnahmen]
- 26.11.1896 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 277. Die Novelle zum Unfallversicherungs-Gesetz Abt. III, Bd.2, Nr.85  
[Kritik der Novelle aus sozialdemokratischer Sicht: Das Rekursrecht soll beibehalten werden; die Unfallversicherung soll auf alle Arbeiter ausgedehnt werden]
- 27.11.1896 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.3, Nr.121  
[Unter dem früheren Vorsitzenden Franz von Rottenburg hat die Kommission für Arbeiterstatistik ihren Aufgabenbereich zu weit gefaßt; Suche nach einem Nachfolger für Theodor Lohmann als Vorsitzenden]
- 03.12.1896 Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik Nr. 10. Deutsche Unfall-Novelle Abt. III, Bd.2, Nr.86  
[Konzise Darstellung des Inhalts der Novellen zur Unfallversicherungsgesetzgebung]
- 15.12.1896 Eingabe von Armenkommissionsvorstehern an die Berliner Stadtverordnetenversammlung Abt. III, Bd.7, Nr.53  
[Protest gegen die beabsichtigte Hinzuziehung von Frauen als ehrenamtliche Armenpflegerinnen]
- 16.12.1896 Dr. Albert Levy: Die Frauen in der öffentlichen Armenpflege Abt. III, Bd.7, Nr.54  
[Die Heranziehung der Frauen in der Armenpflege hat mit der Frage der Emanzipation nichts zu tun; Frauen und Männer können sich in der Ausübung der armenpflegerischen Tätigkeit sehr gut ergänzen; eine entsprechende Initiative der Berliner Stadtverordneten ist zu begrüßen]
- 21.12.1896 Hamburger Gesetz betreffend die Beaufsichtigung des Kostkinderwesens Abt. III, Bd.7, Nr.55  
[Die Aufnahme von Kostkindern (Pflegekindern) gegen Entgelt ist genehmigungspflichtig; das Waisenhauskollegium übt durch seine Organe die Aufsicht über die Pflege der Kostkinder aus]
- 30.12.1896 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Staatssekretär des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher Abt. III, Bd.2, Nr.87  
[Das Reichsversicherungsamt war an der Ausarbeitung der Unfallversicherungsnovellen nicht beteiligt; aus Sicht des Amtes sind wesentliche Teile der Novelle abzulehnen]

**1897**

- 21.01. u.  
12.02.1897 Karl von Mangoldt: Armenpflege und Wohlthätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.56  
[Es ist die Frage zu stellen, ob die Armenpflege unter rassenhygienischen Gesichtspunkten nicht schädlich wirkt; zu beachten ist dabei indes auch, daß sie zugleich rassenverbessernd wirkt; die Armenpflege stiftet insgesamt mehr Nutzen, als sie Schaden anrichtet]
- 28.01.1897 Sitzungsprotokoll der Esslinger Armendeputation Abt. III, Bd.7, Nr.57  
[Entscheidungen über einzelne Unterstützungsgesuche und -fälle]
- 29.01.1897 Protokoll der 446. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.88  
[Entgegen der Darstellung von Bundesratsvertretern im Reichstag war das Reichsversicherungsamt an der Ausarbeitung der Novelle zur Unfallversicherung nicht beteiligt; Bödiker betont die Unabhängigkeit des Reichsversicherungsamts unter Darstellung von Konflikten mit dem Reichsamt des Innern]
- 03.02.1897 Rede des Vorsitzenden der Prokura bei Krupp Hanns Jencke auf der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.1, Nr.105  
[Eine Verschmelzung der Arbeiterversicherungen wird abgelehnt; einzelne Fehler können bei Beibehaltung der bestehenden Aufgliederung beseitigt werden; die Klagen von Arbeitgebern über bürokratische Belastungen sind übertrieben; insbesondere die Berufsgenossenschaften haben sich als Versicherungsträger bewährt; Betonung des Werts ehrenamtlichen Engagements; vermögensrechtliche Erwägungen sprechen gegen Verschmelzung]
- 04.02.1897 Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik Nr. 19. Die Unfall-Novelle im Reichstag Abt. III, Bd.2, Nr.89  
[Bericht über die erste Lesung der Unfallversicherungsnovellen]
- 04.02.1897 Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.6, Nr. 49  
[Eine Zusammenlegung der Zweige der Arbeiterversicherung darf nicht erfolgen; das Markensystem der Invaliditäts- und Altersversicherung soll beibehalten werden; ein Finanzausgleich zwischen den Versicherungsanstalten und eine erweiterte Aufsicht über diese wird abgelehnt]
- 22.02.1897 Dr. Edmund Friedemann: Die Reform des Armenwesens Abt. III, Bd.7, Nr.58  
[Wie in anderen Städten geschehen, muß auch das Berliner Armenwesen im Sinne einer individualisierenden Armenpflege neu geordnet werden; dafür sind auch die Frauen zur Mitarbeit heranzuziehen]
- 01.03.1897 Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts Nr. 3. Zum Gedächtniß an Kaiser Wilhelm den Großen Abt. III, Bd.2, Nr.90  
[Positive Bilanz der Unfallversicherung, die Wilhelm I. zugeschrieben wird]
- 06.03.1897 Protokoll der außerordentlichen Generalversammlung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. III, Bd.5, Nr.52  
[Errichtung eines Ambulatoriums der Ortskrankenkasse]
- 13.03.1897 Beschluß des Hamburger Armenkollegiums Abt. III, Bd.7, Nr.59  
[Grundsätze, in welchen Fällen die Gewährung öffentlicher Unterstützung den Verlust des Wahlrechts des Familienhaupts nach sich zieht]
- 18.03.1897 Protokoll der 26. Sitzung der XVII. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.2, Nr.91  
[Reduell zwischen Richard Roesicke und Dr. Karl Heinrich von Boetticher über die staatsrechtliche Stellung des Reichsversicherungsamts]
- 22.03.1897 Erlaß des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld an die Bezirksregierungen und den Berliner Polizeipräsidenten Abt. III, Bd.3, Nr.122  
[Die Dampfkesselrevision wird in bestimmten Randbereichen von den Gewerbeaufsichtsbeamten auf Dampfkesselrevisionsvereine übertragen]
- 04.04.1897 Die Post Nr. 93. Politische Tagesübersicht Abt. III, Bd.2, Nr.92  
[„Vertrauliche Besprechungen“ des Reichsamts des Innern mit Mitgliedern der XVII. Kommission des Reichstags über den Fortgang der Unfallversicherungsnovelle]
- 07.04.1897 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer Abt. III, Bd.2, Nr.93  
[Erich von Woedtker regt in den „vertraulichen Besprechungen“ zur Unfallversicherungsnovelle territoriale Schiedsgerichte an; von Jagemann plädiert für eine Zwischeninstanz unterhalb des Reichsversicherungsamts]



- 18.04.1897 (Nicht abgeschickter) Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst  
[Nicht abgeschicktes Rücktrittsgesuch Bödikers: Die ständigen Konflikte mit dem Reichsamt des Innern machen ein Verbleiben im Amt unmöglich] Abt. III, Bd.2, Nr.94
- 27.04.1897 Leipziger Volkszeitung Nr. 95. Der gegenwärtige Stand der Unfallversicherungs-Gesetzgebung  
[Verhalten positive Bewertung der Arbeit der XVII. Reichstagskommission aus sozialdemokratischer Sicht; scharfe Kritik an den Ergebnissen der „vertraulichen Besprechungen“, die ohne die sozialdemokratischen Abgeordneten getroffen wurden] Abt. III, Bd.2, Nr.95
- 01.05.1897 Frankfurter Zeitung Nr. 120, Abendblatt  
[Bericht von der ersten (und letzten) Lesung der Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz im Reichstag; der Gesetzentwurf des Bundes der Landwirte widerspricht dem Versicherungsprinzip; ein Antrag Roesickes auf Verabschiedung konsensfähiger Einzelpunkte wird befürwortet; der Zentrumsantrag auf Einschränkung der Versicherungspflicht ist reaktionär] Abt. III, Bd.6, Nr. 50
- 05.05.1897 Rede des Professors Dr. Heinrich Rosin bei Antritt des Prorektorats der Universität Freiburg im Breisgau  
[Die deutsche Arbeiterversicherung ist vorbildlich, jedoch in ihrer Uneinheitlichkeit problematisch; die Leistungen sind beträchtlich; für die Rechtswissenschaft ist sie eine Herausforderung, insbesondere in der Frage der Kausalität bei Arbeitsunfällen; eine Versorgung von Witwen und Waisen und eine Arbeitslosenversicherung ist notwendig] Abt. III, Bd.1, Nr.106
- 06.05.1897 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums  
[Beschluss über eine Prüfungsordnung der Gewerbeinspektoren] Abt. III, Bd.3, Nr.123
- 11.05.1897 Die Post Nr. 128, Erste Beilage. Zur Unfallversicherung  
[Scharfe Kritik an den Beschlüssen der XVII. Reichstagskommission, die als kontraproduktiv eingeschätzt werden; die Gesetzesvorlage soll scheitern] Abt. III, Bd.2, Nr.96
- 13.05.1897 Dienstordnung für die Schulärzte an den städtischen Elementar- und Mittelschulen zu Wiesbaden  
[Anweisungen zur Überwachung des Gesundheitszustandes der Schüler] Abt. III, Bd.7, Nr.60
- 17.05.1897 Kölnische Zeitung Nr. 455. Territoriale Schiedsgerichte  
[Die Entscheidung der XVII. Reichstagskommission zur Einführung gebietsbezogener Schiedsgerichte in der Unfallversicherung wird begrüßt] Abt. III, Bd.2, Nr.97
- 19.05.1897 Erlaß des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts Dr. Hermann von Lucanus  
[Dem Rücktrittsgesuch Bödikers soll stattgegeben werden; sein Wunsch nach einer eigenständigen Behörde ist unerfüllbar] Abt. III, Bd.2, Nr.98
- 19.05.1897 Immediatbericht des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an Kaiser Wilhelm II  
[Dem mit angegriffener Gesundheit begründeten Rücktrittsgesuch Bödikers soll stattgegeben werden] Abt. III, Bd.2, Nr.99
- 22.05.1897 Protokoll der Generalversammlung der Ortskrankenkasse I in Mannheim  
[Beschluss zur Errichtung eines Ambulatoriums wird rückgängig gemacht] Abt. III, Bd.5, Nr.53
- 28.05.1897 Max Hirsch: Die Sozialpolitik und die Deutschen Gewerkvereine  
[Die Selbsthilfe der Arbeiterorganisationen ist wahre Sozialpolitik; Bildung als deren Fundament; Staatshilfe ist ergänzend vor allem beim Arbeiterschutz für Minderjährige und Frauen notwendig; für Stärkung der Rechte der Arbeiter; Ablehnung der Zwangsversicherung; eine Anerkennung der Arbeiterberufsvereine wäre die Krönung der Sozialpolitik] Abt. III, Bd.1, Nr.107
- 01.06.1897 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 125  
[Rücktrittsgerüchte um Bödiker, dem „guten Geist“ des Reichsversicherungsamts; dieser hat sich „herausragend gemacht“; Otto Gaebel ist kein geeigneter Nachfolger] Abt. III, Bd.2, Nr.100
- 11.06.1897 Schreiben des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Chef des Geheimen Zivilkabinetts Dr. Hermann von Lucanus  
[Die Entlassung des Staatssekretärs des Innern von Boetticher bringt Bödiker nicht von seinen Rücktrittsabsichten ab] Abt. III, Bd.2, Nr.101

- 11.06.1897 Eingabe des Gewerbegerichts Berlin an den Reichstag Abt. III, Bd.4, Nr.56  
 [Gegenüber Innungsschiedsgerichten zeichnen sich Gewerbegerichte durch ihre Unparteilichkeit und durch die Schnelligkeit des Verfahrens aus; wo Gewerbegerichte bestehen, soll es keine Innungsschiedsgerichte geben dürfen]
- 15.06.1897 Protokoll des XI. ordentlichen Berufsgenossenschaftstags Abt. III, Bd.2, Nr.102  
 [Ein Rücktritt Bödikers wäre ein schwerer Verlust; aufgrund des absehbaren Scheiterns der Novellen zur Unfallversicherung werden nur einige prinzipielle Punkte beraten und keine Beschlüsse gefaßt]
- 17.06.1897 Erlaß des Staatssekretärs des Innern Dr. Karl Heinrich von Boetticher an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.103  
 [Entlassungsschreiben für Bödiker; der scheidende Präsident des Reichsversicherungsamts erhält eine Pension und den Wilhelm-Orden]
- 18.06.1897 Kölnische Zeitung Nr. 562, Erste Morgenausgabe. Der Rücktritt des Präsidenten Dr. Bödiker Abt. III, Bd.2, Nr.104  
 [Würdigung der Leistungen Bödikers]
- 19.06.1897 Protokoll der 448. Sitzung des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.2, Nr.105  
 [Bödiker gibt vor dem Plenum des Reichsversicherungsamts seinen Rücktritt bekannt; Dankesworte von ständigen und nichtständigen Mitgliedern des Reichsversicherungsamts, auch seitens eines Arbeitervertreters]
- 22.06.1897 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Dr. Tonio Bödiker an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.2, Nr.106  
 [Eine Ernennung eines Beamten des Reichsamts des Innern zum Präsidenten des Reichsversicherungsamts wäre eine grobe Desavouierung dieses Amts; Bödiker schlägt den Abteilungsleiter Otto Gaebel als Nachfolger vor]
- 30.06.1897 Vertrag zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und Kassenärzten in Barmen Abt. III, Bd.5, Nr.54  
 [Regelung der kassenärztlichen Pflichten, Kassenarzthonorar, Streiterledigung]
- 01.07.1897 Bekanntmachung des Rats der Stadt Dresden Abt. III, Bd.7, Nr.61  
 [Bedingungen für die Aufnahme eines Ziehkindes und Pflichten der Ziehmutter]
- 03.07.1897 Rundschreiben des Vorsitzenden der Charlottenburger Armendirektion Hans Samter an die Armenpfleger Abt. III, Bd.7, Nr.62  
 [Um die Bekämpfung der Tuberkulose zu verstärken, sollen alle Fälle beginnender Lungentuberkulose mitgeteilt werden, damit eine Heilstättenbehandlung eingeleitet werden kann]
- 16.07.1897 Verordnung des Hamburger Senats Abt. III, Bd.3, Nr.124  
 [Polizeiverordnung zur Einschränkung des Austragens von Zeitungen, Brot und Milch durch Kinder]
- 30.08.1897 Entscheidung des Oberlandesgerichts Breslau Abt. III, Bd.4, Nr.57  
 [Das Aufstellen von Streikposten erfüllt den Tatbestand des „groben Unfugs“]
- 01.09.1897 Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Georg Freiherr von Rheinbaben an den preußischen Handelsminister Ludwig Brefeld und den Kultusminister Dr. Robert Bosse Abt. III, Bd.3, Nr.125  
 [Gegen Mißstände bei der Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in der Hausindustrie wird der Erlaß einer Polizeiverordnung angeregt]
- 23.09.1897 Rede des Professors Dr. Gustav Schmoller zur Eröffnung der 14. Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik Abt. III, Bd.1, Nr.108  
 [Rückblick auf 25 Jahre Vereinsgeschichte: Der Verein steht über Parteien und Klasseninteressen; er wirkt nicht über Beschlüsse und Gesetzentwürfe, sondern durch Debatten und Schriften; der gegenwärtige Stillstand beim Ausbau der sozialen Gesetzgebung wird vorübergehend sein]
- 30.09.1897 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer Abt. III, Bd.1, Nr.109  
 [Der neue Staatssekretär des Innern Arthur Graf von Posadowsky-Wehner will mit Regierungsvorlagen auf sozialpolitischem Gebiet behutsam vorgehen; Ziel ist eine Vereinfachung und Verschmelzung der Arbeiterversicherung bei Errichtung eines behördlichen Unterbaus; die Berufsgenossenschaften haben die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllt]
- 03., 10. u. 17.09.1897 Der Gewerkverein Nr. 36 – 38. Internationaler Arbeiterschuttkongreß Abt. III, Bd.3, Nr.126  
 [Bericht über die Verhandlungen des internationalen Arbeiterschuttkongresses in Zürich mit abschließender Bewertung aus Sicht der liberalen Gewerkvereine]

- 07.09.1897 Erlaß des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld Abt. III, Bd.3, Nr.127  
[Die Einstellungsvoraussetzungen und der Vorbereitungsdienst der Gewerberäte werden erstmals geregelt]
- 08.09.1897 Bericht des Kriminalkommissars Karl von Raumer an den Berliner Polizeipräsidenten Ludwig Abt. III, Bd.3, Nr.128  
von Windheim  
[Abschließender Bericht eines preußischen Polizeispitzels über den Internationalen Arbeiterschuttkongreß in Zürich]
- 12.09.1897 Neues Saarbrücker Gewerbeblatt Nr. 37. Wichtige Fragen der Novelle zum Unfallversicherungsgesetze Abt. III, Bd.2, Nr.107  
[Die Beschlüsse der XVII. Reichstagskommission dürfen nicht zur Grundlage des weiteren Gesetzgebungsverfahrens gemacht werden]
- 21.09.1897 Bericht des Vorstandsvorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Ostpreußen Abt. III, Bd.6, Nr. 51  
Landeshauptmann Rudolf von Brandt an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner  
[Diskussion der möglichen Faktoren, die die hohen Versicherungslasten in Ostpreußen bedingen, u. a. fehlende Beitragserhebung und demographische Faktoren; Kritik an früheren Geschäftsberichten]
- 30.09.1897 Sitzungsprotokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung Abt. III, Bd.3, Nr.129  
[Debatte über eine Anfrage der sozialdemokratischen Stadtverordneten wegen Beschäftigung von Kindern auf den städtischen Rieselfeldern]
- 01.10.1897 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.6, Nr. 52  
[Der Staatssekretär des Innern Graf von Posadowsky-Wehner lehnt eine zentralisierte Versicherungsanstalt für die Invaliditäts- und Altersversicherung ab; er präferiert die gesetzliche Regelung einer teilweisen Gemeinlast der Versicherungsanstalten]
- 12.10.1897 Vossische Zeitung Nr. 479. Das Reichsversicherungsamt Abt. III, Bd.2, Nr.108  
[Rückblick auf die Rolle Bödikers bei der Entstehung des Unfallversicherungsgesetzes und dessen Praxis; die Ernennung Otto Gaebels zu seinem Nachfolger wird begrüßt]
- 13.10.1897 Eingabe des Innungsverbands Deutscher Baugewerksmeister an den Bundesrat Abt. III, Bd.4, Nr.58  
[Die mit dem wirtschaftlich überaus schädlichen Streikwesen verbundenen Übel, insbesondere das Streikpostenstehen, müssen mit Hilfe strengerer gesetzlicher Bestimmungen zum Schutz der Arbeitswilligen bekämpft werden; die Behörden müssen die bestehenden gesetzlichen Möglichkeiten schärfer gegen Streikagitatoren nutzen]
- 16.10.1897 Schreiben des preußischen Innenministers Eberhard Freiherr von der Recke von der Horst an Abt. III, Bd.4, Nr.59  
den Justizminister Karl Heinrich Schönstedt und den Handelsminister Ludwig Brefeld  
[Ein im Entwurf beigefügter Erlaß an die Regierungspräsidenten soll den Behörden den nachdrücklichen Gebrauch der bestehenden gesetzlichen Befugnisse gegen Streikausschreitungen einschärfen, insbesondere auch zum Schutz der Arbeitswilligen]
- 18.10.1897 Vorlage des Direktors des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl für das Abt. III, Bd.7, Nr.63  
Armenkollegium  
[Hamburg gehört zu den wenigen Städten, welche die Frauen nicht zur Tätigkeit in der Armenpflege heranziehen; eine gleichberechtigte Beteiligung als Armenpflegerin würde auf zu große Widerstände stoßen; die ergänzende Heranziehung von Armenpflegerinnen soll in das Ermessen der Bezirke gestellt werden; Erörterung der geeigneten Tätigkeitsbereiche]
- 00.11.1897 Denkschrift des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.2, Nr.109  
[Der Verzicht auf die Ausdehnung der Unfallversicherung auf das Handwerk wird begrüßt; am bisherigen Rechtsprechungsverfahren soll festgehalten werden; heftige Angriffe auf die Beschlüsse der XVII. Reichstagskommission]
- 02.11.1897 Protokoll der 73. Sitzung des Hamburger Armenkollegiums Abt. III, Bd.7, Nr.64  
[Frauen sollen ergänzend zur Tätigkeit der männlichen Armenpfleger hinzugezogen werden; bisher sind vor allem Frauen aus den gehobenen Schichten gewonnen worden]
- 03.11.1897 Entwurf eines Vertrages zwischen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und Apothekern in Abt. III, Bd.5, Nr.55  
Remscheid  
[Vereinbarung zwischen Ortskrankenkasse und Apothekern]

- 15.11.1897 Schreiben des Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Wilhelm Engelberth an den Remscheider Apothekerverein Abt. III, Bd.5, Nr.56  
[Gegenvorschlag zu den vom Apothekerverein mitgeteilten Vertragsänderungen]
- 19.11.1897 Schreiben des Remscheider Apothekervereins an die Allgemeine Ortskrankenkasse Abt. III, Bd.5, Nr.57  
[Die Abänderungsvorschläge der Allgemeinen Ortskrankenkasse werden abgelehnt]
- 30.11.1897 Schreiben der Frauenrechtlerin Lida Heymann an den Direktor des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl Abt. III, Bd.7, Nr.65  
[Scharfe Ablehnung des von Buehl entworfenen Modells weiblicher Mitarbeit]
- 01.12.1897 Protokoll einer Besprechung von Berliner Armenkommissionsvorstehern mit Vertretern der Armendirektion Abt. III, Bd.7, Nr.66  
[Diskussion über die Zweckmäßigkeit einer Einführung von einheitlichen Tarifen für die Barunterstützung, die Vorsteher sprechen sich dagegen aus]
- 04.12.1897 Eingabe des Vorsitzenden der Allgemeinen Ortskrankenkasse Remscheid Wilhelm Engelberth an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten Georg Freiherr von Rheinbaben Abt. III, Bd.5, Nr.58  
[Anlässlich eines drohenden Apothekerstreiks wird um staatliche Gegenmaßnahmen gebeten]
- 09.12.1897 Schreiben des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.3, Nr.130  
[Zur Ermittlung des Ausmaßes der gewerblichen Beschäftigung schulpflichtiger Kinder außerhalb von Fabriken wird eine reichsweite Untersuchung eingeleitet; zur Erhebung der Daten sollen die Kommission für Arbeiterstatistik und die Volksschullehrer herangezogen werden]
- 11.12.1897 Rundschreiben des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.4, Nr.60  
[Besteht das Bedürfnis, den § 153 der Gewerbeordnung zu verschärfen und den Schutz der Arbeitswilligen zu verstärken?]
- 23.12.1897 Schreiben des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld an den Kultusminister Dr. Robert Bosse Abt. III, Bd.3, Nr.131  
[Die Untersuchung über die gewerbliche Beschäftigung schulpflichtiger Kinder soll sich auch auf die Dauer der Arbeitszeit erstrecken; die Daten sollen von den Volksschullehrern erhoben werden]

## 1898

- 06.01.1898 Sitzungsprotokoll der III. Deutschen Lehrerversammlung Abt. III, Bd.3, Nr.132  
[Weitgehende Forderungen nach Einschränkung der Erwerbstätigkeit von schulpflichtigen Kindern]
- 06.01.1898 Bericht des Kriminalpolizeioffizianten Friedrich Zufall an den Leiter der Hamburger Kriminal- und politischen Polizei Dr. Gustav Theodor Roscher Abt. III, Bd.7, Nr.67  
[Auf einer Gewerkschaftsversammlung in Hamburg ist strittig, ob die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise bei von der Armenverwaltung überwiesenen Arbeitsuchenden, wie von städtischer Seite erbeten, Mitteilung über den Erfolg der Vermittlung machen sollen]
- 10.01.1898 Eingabe der Vorsitzenden der Hamburger Ortsgruppe des Allgemeinen Deutschen Frauenvereins Helene Bonfort an den Direktor des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl Abt. III, Bd.7, Nr.68  
[Bitte um Einrichtungen zur Unterweisung der Frauen in die Armenpflege und um Zulassung der Armenpflegerinnen zu den Bezirksarmenversammlungen]
- 17.01.1898 Bericht des Vorsitzenden der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Ostpreußen Landeshauptmann Rudolf von Brandt an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.6, Nr. 53  
[Die niedrigen Arbeiterlöhne in Ostpreußen reichen zur Bestreitung des Lebensunterhalts; saisonale und dauerhafte überregionale Arbeitswanderungen führen zu Diskrepanzen zwischen Beitragseinnahmen und Rentenausgaben]
- 17.01.1898 Bericht des Remscheider Oberbürgermeisters Ludwig von Bohlen an den Düsseldorfer Regierungspräsidenten Georg Freiherr von Rheinbaben Abt. III, Bd.5, Nr.59  
[Überreichung einer Beschwerde von Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Remscheid über den Bezug von Arzneien aus einer einzigen Apotheke, der Vorschlag der Ausweitung auf alle Remscheider Apotheken wird befürwortet]

- 17.01.1898 Frankfurter Zeitung Nr. 16 Abt. III, Bd.4, Nr.61  
[Einflußreiche Unternehmerkreise wirken auf eine Beschränkung des Koalitionsrechts hin; das vom „Vorwärts“ veröffentlichte vertrauliche Rundschreiben kommt deshalb nicht unerwartet, mit einem entsprechenden Gesetzentwurf muß gerechnet werden]
- 18.01.1898 Schlesische Zeitung Nr. 40, Morgenblatt. Strikterrorismus Abt. III, Bd.4, Nr.62  
[Der Erlaß des Grafen von Posadowsky greift mit dem Schutz gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit ein dringendes Problem auf; er ist deshalb sehr zu begrüßen]
- 21.01.1898 Sitzungsprotokoll der Berliner Armenkommissionsvorsteherversammlung Abt. III, Bd.7, Nr.69  
[Zur Koordination der Tätigkeit der privaten Wohltätigkeitsvereine werden auf Bezirksebene regelmäßige Konferenzen durchgeführt, zu denen auch die Armenkommissionsvorsteher hinzugezogen werden]
- 08.03.1898 Runderlaß des preußischen Innenministers Eberhard Freiherr von der Recke von der Horst und des Handelsministers Ludwig Brefeld an die Regierungspräsidenten Abt. III, Bd.7, Nr.70  
[Der Zusammenschluß von Arbeitsnachweisen zu Verbänden ist sinnvoll; viele der kommunalen Arbeitsnachweise in den kleineren Gemeinden genügen nicht den Anforderungen; in den größeren Städten wird meist noch eine paritätische Verfassung des Arbeitsnachweises abgelehnt; die Bedenken gegen solche Arbeitsnachweise lassen sich entkräften; auch unter den freien Gewerkschaften finden sich Befürworter]
- 17.03.1898 Sitzungsprotokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung Abt. III, Bd.7, Nr.71  
[Debatte, ob und in welchem Maß die Alters- und Invalidenrenten auf die Armenunterstützung angerechnet werden sollen, ferner, wie bei der Heranziehung der Frauen zur Armenpflege zu verfahren und wie die Praxis der Armenkommissionen zu bewerten ist]
- 29.03.1898 Vermerk des Geheimen Regierungsrats im Reichsversicherungsamt Dr. Georg Zacher Abt. III, Bd.1, Nr.110  
[Die verwickelte Organisation der Arbeiterversicherung führt zu Klagen aus Arbeiterkreisen; notwendig ist eine Vereinheitlichung der Organisation]
- 24.04.1898 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner für das preußische Staatsministerium Abt. III, Bd.6, Nr. 54  
[Die Rentenversicherung ist als „gleichmäßige Reichseinrichtung“ gedacht, die unterschiedliche Finanzlage der einzelnen Versicherungsanstalten gefährdet dies; Diskussion von Abänderungsmöglichkeiten: Eine gemeinsame Reichsversicherungsanstalt ist nicht durchsetzbar, auch eine begrenzte Zusammenlegung von Versicherungsanstalten ist aus Kostengründen nicht sinnvoll; der Weg des Finanzausgleichs soll in veränderter Form weiterverfolgt werden; ein lokaler Unterbau der Rentenversicherung soll geschaffen und später auch für die Unfallversicherung zuständig werden; die Schiedsgerichte der Renten- und der Unfallversicherung sollen zusammengelegt, ihre Zahl erheblich reduziert werden]
- 03.05.1898 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 13. Der Vermögensausgleich unter den Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Abt. III, Bd.6, Nr. 55  
[Darlegung und abwägende Analyse der unterschiedlichen Vermögens- und Finanzierungsverhältnisse bei einzelnen Versicherungsanstalten; Diskussion möglicher Abhilfe; Plädoyer für eine Reichsanstalt]
- 17.05.1898 Schreiben des württembergischen Außenministers Hermann Freiherr von Mittnacht an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.4, Nr.63  
[Ein Bedürfnis, die Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit zu erweitern und zu verschärfen, besteht nicht; Streiks in Württemberg sind selten mit Kontraktbruch verbunden]
- 18.05.1898 Runderlaß des preußischen Kultusministers Dr. Robert Bosse an die Regierungspräsidenten Abt. III, Bd.7, Nr.72  
[Das in Wiesbaden praktizierte System der schulärztlichen Untersuchungen hat sich bewährt und wird den anderen Städten zur Nachahmung empfohlen]
21. u. 22.05. 1898 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 117 [und Nr. 118]. Konferenz im Reichs-Versicherungsamt Abt. III, Bd.6, Nr. 56  
[Beratungen u. a. über die Ausweitung des Kreises der Versicherten in der Invaliditäts- und Altersversicherung, Rentenbewilligung, Beitragserhebung, Heilverfahren, Auftreten auf der Weltausstellung]
- 17.06.1898 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.6, Nr. 57  
[Ausführungen des Staatssekretärs des Innern Graf von Posadowsky-Wehner, daß die Reform der Arbeiterversicherung zunächst auf die Invaliditäts- und Altersversicherung beschränkt bleiben soll; Regelungen zur Aufhebung der Vermögensungleichheit der Versicherungsanstalten; Verbindung organisatorischer mit finanzieller Reform; mit den Rentenstellen soll ein lokaler Unterbau geschaffen werden, der später auch auf die Unfallversicherung ausgedehnt werden soll]
- 28.06.1898 Schreiben des Direktors des preußischen Statistischen Büros Emil Blenck an den Handelsminister Ludwig Brefeld, den Innenminister Eberhard Freiherr von der Recke von der Horst und den Kultusminister Dr. Robert Bosse Abt. III, Bd.3, Nr.133  
[Vorlage der preußischen Ergebnisse der Erhebungen zur Kinderarbeit]

- 00.08.1898 Leitfaden für Wohnungspfleger der Hamburger Behörde für Wohnungspflege Abt. III, Bd.7, Nr.73  
[Zusammenstellung der Grundsätze der Wohnungspflege für die ehrenamtlichen Wohnungspfleger unter gesundheitlichen Gesichtspunkten, insbesondere hinsichtlich der Zufuhr von Licht und Luft, der Abhilfe bei Feuchtigkeit, der Vermeidung von Überfüllung und der Verhinderung von Schmutz und Unordnung]
- 05., 06. u. Frankfurter Zeitung, Morgenblatt, Nr. 214 [Nr. 215 und Nr. 216]. Medizin und Politik Abt. III, Bd.5, Nr.60  
07.08.1898 [Darstellung der Konflikte der Barmer Ortskrankenkasse mit ihren Apothekern und Ärzten]
- 07.08.1898 Schreiben des bayerischen Außenministers Krafft Freiherr von Crailsheim an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.4, Nr.64  
[Die Strafbestimmungen gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit zu erweitern und zu verschärfen, erscheint nicht notwendig; wohl aber besteht ein Bedürfnis nach besserem Schutz der Arbeitswilligen]
- 12.08.1898 Obergutachten des Cottbuser Sanitätsrats Dr. Karl Thiem für das Reichsversicherungsamt Abt. III, Bd.2, Nr.110  
[Obergutachten zur Frage unfallbedingter Nervenerkrankungen mit ausführlicher Schilderung der familiären und sozialen Lage der begutachteten Textilarbeiterin]
- 06.09.1898 Gustav Schmoller: Briefe über Bismarcks volkswirtschaftliche und sozialpolitische Stellung und Bedeutung Abt. III, Bd.1, Nr.111  
[Die deutsche Arbeiterversicherung ist epochemachend; Bismarcks persönliches Engagement war entscheidend für ihre Durchsetzung]
- 06.10.1898 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.6, Nr. 58  
[Das Staatsministerium stimmt der erneuten Vorlage einer Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz zu]
- 07.10.1898 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an Wilhelm II. Abt. III, Bd.6, Nr. 59  
[Die Finanzlage der Versicherungsanstalten entwickelt sich sehr unterschiedlich; die vorgelegte Gesetzesnovelle zur Invaliditäts- und Altersversicherung enthält einen anderen Finanzausgleich als die 1897 gescheiterte Novelle; es sollen lokale Rentenstellen geschaffen werden]
- 07.10.1898 Sitzungsprotokoll des preußischen Kronrats Abt. III, Bd.4, Nr.65  
[Von Posadowky schildert den Stand der Überlegungen im Staatsministerium zu dem geplanten Gesetz zum Schutz der Arbeitswilligen und warnt aus politischen Gründen vor zu strengen Regelungen; der Kaiser betont, daß den Sozialdemokraten energisch entgegengetreten werden müsse, andernfalls verliere die Regierung ihre Autorität; notfalls werde er sich auf die Bajonetten stützen]
- 22.10.1898 Entscheidung des preußischen Oberverwaltungsgerichts Abt. III, Bd.5, Nr.61  
[Sofern das Statut einer Hilfskasse Behandlung und Erwerbsunfähigkeitsbescheinigungen von Naturheilkundigen zuläßt, ist das rechtens]
- 24.10.1898 Schreiben des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld, des Justizministers Karl Heinrich Schönstedt und des Innenministers Eberhard Freiherr von der Recke von der Horst an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.4, Nr.66  
[Die preußischen Regierungspräsidenten, die zur Berichterstattung über die Frage eines verstärkten gesetzlichen Schutzes gegen den Mißbrauch der Koalitionsfreiheit aufgefordert worden sind, haben in der Mehrheit die Auffassung vertreten, daß die Notwendigkeit hierzu gegeben sei; im einzelnen bestehen unterschiedliche Auffassungen]
- 10.11.1898 Immediatbericht des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an Wilhelm II. Abt. III, Bd.4, Nr.67  
[Die Ausschreitungen bei den Lohn- und Arbeitskämpfen haben ein Maß angenommen, das den Gesetzgeber verpflichtet, die Freiheit der Arbeitswilligen gegen den Terrorismus der Streikenden zu sichern; der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses wird erläutert; es wird gebeten, die Einbringung im Reichstag zu gestatten]
- 10.11.1898 Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses Abt. III, Bd.4, Nr.68  
[Gesetzesentwurf mit das Strafmaß vielfach verschärfenden Randbemerkungen Wilhelms II.]
- 26.11.1898 Sitzungsprotokoll der Hamburger Kommission zur Beratung eines Gesetzesentwurfs über die öffentliche Wohltätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.74  
[Der Armenverwaltung soll es ermöglicht werden, unterhaltspflichtige Personen, deren Angehörige unterstützt werden müssen, auf dem Verwaltungsweg in Zwangsarbeitsanstalten zu überweisen; es handelt sich um eine armenpolizeiliche, keine strafrechtliche Maßnahme; Diskussion über die Zusammensetzung der zur Entscheidung befugten Kommission]

- 12.12.1898 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.6, Nr. 60  
[Ausführungen über Rentenstellen; über diese neue Lokalinstanz sollen die Landräte mit der arbeitenden Bevölkerung in nähere Fühlung kommen]
- 19.12.1898 Bericht des Bundesratsbevollmächtigten Dr. Karl Peter Klügmann an den Hamburger Senator Dr. Johannes Versmann Abt. III, Bd.6, Nr. 61  
[Im Bundesrat sind die lokalen Rentenstellen umstritten, diese sollen ein erster Schritt zur Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung sein und die Partizipation der Versicherten am Verfahren verbessern]
- 21.12.1898 Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Georg Freiherr von Rheinbaben an den preußischen Handelsminister Ludwig Brefeld Abt. III, Bd.5, Nr.62  
[Darstellung der Streitigkeiten der Ortskrankenkassen zu Remscheid und Barmen mit den dortigen Apothekern und Kassenärzten inkl. Ärztestreiks, die Anstellung von Ärztinnen, dem Bau eigener Krankenhäuser, Polikliniken und Verwaltungshäuser, unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung der Ortskrankenkassen zu Barmen und Remscheid, Velbert und Düsseldorf; die Ereignisse werden nicht als unabhängige Vorgänge angesehen, sondern als ein breit angelegtes einheitliches Vorgehen der Sozialdemokraten; Vorschläge zur Abwehr sozialdemokratischer Bestrebungen]
- 21.12.1898 Eingabe des Berliner Arbeitervereins an den Reichstag Abt. III, Bd.3, Nr.134  
[Erwerbsmäßige Kinderarbeit soll verboten werden]
- 31.12.1898 Kölnische Zeitung Nr. 1229, Zweite Morgenausgabe. Die staatliche Förderung der Socialdemokratie Abt. III, Bd.5, Nr.63  
[Kritik der Betätigungsmöglichkeiten für sozialdemokratische Arbeiter in Ortskrankenkassen]

## 1899

- 09.01.1899 Denkschrift des Regierungsrats im Reichsamt des Innern Wilhelm Koch Abt. III, Bd.3, Nr.135  
[Aus den Ergebnissen der Enquete über die Kinderarbeit ergibt sich Handlungsbedarf, der jedoch für die verschiedenen Beschäftigungsarten unterschiedlich ist; eine Regelung soll auf Grundlage der bestehenden Gesetzgebung erfolgen]
24. u. 28.01.1899 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 20 [und Nr. 24]. Die Novelle zum Invalidenversicherungsgesetz Abt. III, Bd.6, Nr. 62  
[Die Regierung hat in ihrer Vorlage für ein Invalidenversicherungsgesetz reaktionären Bestrebungen standgehalten; Detailkritik]
- 30.01.1899 Eingabe des Arbeiters August Clemens Schmieder an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.3, Nr.136  
[Materielle Not macht die Kinderarbeit in der sächsischen Spielzeugwarenindustrie notwendig]
- 02.02.1899 Schreiben des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.5, Nr.64  
[Zur Frage der Anstellung im Deutschen Reich nichtapprobierter Ärztinnen durch Krankenkassen]
- 07.02.1899 Entschließung einer Konferenz von Vertretern der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalten Abt. III, Bd.6, Nr. 63  
[Die im Entwurf für ein Invalidenversicherungsgesetz vorgesehene Aufteilung der Lasten der Versicherungsanstalten in Gemein- und Sonderlast wird begrüßt, sie muß jedoch modifiziert werden; die Rentenstellen werden abgelehnt, da sie das Rentenbewilligungsverfahren verzögern; die Selbstverwaltung der Versicherungsanstalten darf nicht eingeschränkt werden; weitere Kritikpunkte]
- 07.02.1899 Protokoll einer Besprechung von Vertretern des Hamburger Armenkollegiums mit Vertretern der privaten Wohltätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.75  
[Eine vorbereitende Sitzung hat den Beschluß gefaßt, nach dem Vorbild des Frankfurter Vereins einen Hauspflegeverein zu gründen, um in Familien aus unbemittelten Kreisen während des Wochenbetts für die Führung des Haushalts Sorge zu tragen]
- 09.02.1899 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. III, Bd.4, Nr.69  
[Die Drohung von seiten der Arbeiter, über den Arbeitsplatz eine „Sperre“ zu verhängen, um bessere Löhne zu erzielen, kann als Erpressungsversuch angesehen werden; aufgrund der angewandten Mittel ist das gesetzliche Tatbestandsmerkmal eines rechtswidrigen Vermögensvorteils gegeben]
- 28.02.1899 Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.6, Nr. 64  
[Die im Entwurf für ein Invalidenversicherungsgesetz vorgesehenen Rentenstellen werden abgelehnt, sie fördern sozialdemokratische Agitation; der Finanzausgleich zwischen den Versicherungsanstalten ist „sozialistische Aufteilung des Kapitals“; eine Erhöhung des Grundbetrags widerspricht dem Leistungsgedanken]

- 02.03.1899 Ernst Francke: Ein deutsches Museum für Soziale Praxis Abt. III, Bd.1, Nr.112  
[Schilderung der Geschichte des Museumsvorhabens seit 1889; angesichts positiver Äußerungen Graf von Posadowskys ist eine Verwirklichung nunmehr möglich]
- 13.03.1899 Schreiben des Leiters des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch an das Mitglied des Haus- Abt. III, Bd.7, Nr.76  
pflegevereins Meta Hammerschlag  
[Der zu gründende Stadtbund der Frankfurter Vereine für Armenpflege und Wohltätigkeit sollte vor allem die Aufgabe übernehmen, die Tätigkeit der Vereine zu koordinieren und aufeinander abzustimmen; er hat sich insbesondere die Frage zu stellen, für welche Kategorien von Armen noch Lücken der Vereinstätigkeit bestehen]
- 18.03.1899 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 66. Reform der städtischen Armenverwaltung Abt. III, Bd.7, Nr.77  
[Die Unterstützungssätze der Berliner Armenpflege sind unzulänglich; der Anstieg der Unterstützungszahlen ist nicht die Folge größerer Liberalität in der Bewilligung, sondern die Folge wachsender Armut]
- 07.04.1899 Schreiben des Leipziger Armendezernenten Karl Otto Hentschel an den Direktor des Ham- Abt. III, Bd.7, Nr.78  
burger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl  
[Bericht über Arbeitseinrichtungen in der Armenpflege]
- 07.04.1899 Sitzungsprotokoll des Vertrauensmännerausschusses der fiskalischen Steinkohlengruben bei Abt. III, Bd.4, Nr.70  
Ibbenbüren  
[Die Anträge der Bergleute werden vom Bergwerksdirektor abgewiesen; die Vertrauensmänner der Arbeiterschaft weigern sich zunächst, das Protokoll zu unterzeichnen]
- 22.04.1899 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.6, Nr. 65  
[Vorstände einzelner Versicherungsanstalten agitieren gegen die Novelle für ein Invalidenversicherungsgesetz; Disziplinarverfahren werden angekündigt, sie liegen aber nicht in der Kompetenz innerer Staatsverwaltung]
- 25.04.1899 Erklärung des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner in der Abt. III, Bd.6, Nr. 66  
IX. Kommission des Reichstags  
[Die Einführung einer Witwen- und Waisenversicherung kommt derzeit nicht in Frage; eine Beschränkung auf Fabrikarbeiter wird abgelehnt]
- 29.04.1899 Schreiben des Vorstands der Stuttgarter Ortsarmenbehörde Eugen Stockmayer an den Direk- Abt. III, Bd.7, Nr.79  
tor des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl  
[Durchführung des Arbeitszwangs in der städtischen Armenbeschäftigungsanstalt]
- 00.05.1899 Bericht des Beauftragten Georg Nottebohm an den Vorstand der Südwestdeutschen Eisen- Abt. III, Bd.2, Nr.111  
Berufsgenossenschaft  
[Umfassender Jahresbericht über die Tätigkeit des Sicherheitsbeauftragten der Berufsgenossenschaft]
- 03.05.1899 Schreiben des sächsischen Außenministers Georg von Metzsch-Reichenbach an den Staatsse- Abt. III, Bd.5, Nr.65  
kretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner  
[Zur Zulassung in Deutschland nichtapprobierter Ärzte als Kassenärzte]
- 04.05.1899 Bericht des Kriminalkommissars Siegbert Wynen an den Berliner Polizeipräsidenten Ludwig Abt. III, Bd.3, Nr.137  
von Windheim  
[Bericht eines Polizeispitzels über die Gründungskonferenz der deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz“]
- 05.05.1899 Berliner Neueste Nachrichten Nr. 209. Internationaler Arbeiterschutz Abt. III, Bd.3, Nr.138  
[Bericht über die Gründungskonferenz der deutschen Sektion der „Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz“]
- 11.05.1899 Die Post Nr. 129. Das Invalidenversicherungsgesetz im Reichstage Abt. III, Bd.6, Nr. 67  
[Die eingesetzte Reichstagskommission modifiziert den Finanzausgleich zwischen den Versicherungsanstalten; die neuen Rentenstellen sollten nur fakultativ sein; Gefahr einer ausufernden Bürokratisierung in Preußen]
- 26.05.1899 Entwurf eines Gesetzes zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses mit Begründung Abt. III, Bd.4, Nr.71  
[Der Koalitionszwang wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft; die Strafdrohung umschließt auch Aussperrungen oder Streikpostenstehen; unter das gleiche Strafmaß wird die Bedrohung und Verrufserklärung von Arbeitswilligen gestellt; bei Gefährdung der staatlichen Sicherheit kann gegen Rädelführer eine Zuchthausstrafe von bis zu fünf Jahren verhängt werden]



- 30.05.1899 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 123, Erste Beilage. Kongreß der Krankenkassen Deutschlands  
[Aufruf zu einer Krankenkassenbewegung als eine weitere organisierte Form der Arbeiterbewegung; Ausdehnung der Krankenversicherung auf landwirtschaftliche Arbeiter und Gesinde; Kassenarztfragen] Abt. III, Bd.5, Nr.66
- 02.06.1899 Frankfurter Zeitung Nr. 151, Erstes Morgenblatt. Die Zuchthausvorlage  
[Der Gesetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses bedeutet eine schwere Gefährdung des Koalitionsrechts; die ganze Arbeiterbewegung droht durch das Gesetz lahmgelegt zu werden] Abt. III, Bd.4, Nr.72
- 04.06.1899 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 128. Vom Attentat auf das Koalitionsrecht  
[Der Entwurf eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zielt auf die Vernichtung des Koalitionsrechts, das Gesetz stellt die gesamte Arbeiterklasse unter Ausnahmerecht] Abt. III, Bd.4, Nr.73
- 08.06.1899 Germania Nr. 128, Erstes Blatt. Der Gesetzentwurf zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses  
[Ein Fortschreiten der Sozialreform kann nur in einer Weiterentwicklung, nicht einer Schmälerung der Koalitionsfreiheit bestehen; Streiks zu verhindern, ist wichtiger, als Streiks zu bestrafen; dafür bedarf es der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und der Errichtung von Arbeitskammern und Einigungsämtern; erst nach Schaffung dieser positiven Hilfsmittel kann an neue Repressivmaßregeln gedacht werden] Abt. III, Bd.4, Nr.74
- 15.06.1899 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer  
[Der Reichstag hat das Invalidenversicherungsgesetz angenommen; kritische Stellungnahme zu den politischen Vorgängen um die Einführung fakultativer lokaler Rentenstellen] Abt. III, Bd.6, Nr. 68
- 17.06.1899 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an den preußischen Handelsminister Ludwig Brefeld  
[Das Reichsamt des Innern legt „Grundzüge“ zur Einschränkung der Kinderarbeit außerhalb der Fabriken vor; die Einschränkungen sollen durch Verordnungen auf Grundlage der bestehenden Gesetzgebung erreicht werden] Abt. III, Bd.3, Nr.139
- 25.06.1899 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 146. Die Berliner Maurer vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt  
[Vertreter der Berliner Bauarbeiterorganisationen und der Arbeitgeber verständigen sich vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt auf einen Tarifvertrag; die Löhne werden stufenweise erhöht, eine paritätische Kommission beider Seiten soll die Arbeitsverhältnisse regeln und Streitigkeiten schlichten] Abt. III, Bd.4, Nr.75
- 28.06.1899 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an Wilhelm II.  
[Der Reichstag hat das Invalidenversicherungsgesetz verabschiedet; die wesentlichen Abänderungen gegenüber der Gesetzesvorlage werden aufgeführt; die neuen Rentenstellen sind nur fakultativ] Abt. III, Bd.6, Nr. 69
- 30.06.1899 Schreiben des Geheimen Rats im großherzoglich sächsischen Staatsministerium Hans Lutze von Wurmb an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer  
[Bericht über (negative) Erfahrungen mit Assistentinnen der Gewerbeaufsicht] Abt. III, Bd.3, Nr.140
- 03.07.1899 Vermerk des Geheimen Regierungsrats im Reichsversicherungsamt Dr. Georg Zacher  
[Ständige Mitglieder des Reichsversicherungsamts beraten über die Beschränkung des Rekursrechts in der Unfallversicherung] Abt. III, Bd.2, Nr.112
- 08.07.1899 Der Grundstein Nr. 27. Der Friedensschluß im Berliner Baugewerbe, seine Bedeutung und der Bund der Unternehmer  
[Der im Zuge des aktuellen Arbeitskampfs zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern getroffene Vergleich ist ein großer Fortschritt; eine paritätische Kommission zur Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse und zur Schlichtung von Streitigkeiten wird eingesetzt] Abt. III, Bd.4, Nr.76
- 13.07.1899 Invalidenversicherungsgesetz  
[Wesentliche Neuerungen: Erweiterung des Kreises der Versicherten; Einführung einer fünften Lohnklasse; Änderungen bei der Berechnung der Renten, den Beiträgen und hinsichtlich des Erlöschens von Anwartschaften; andere Definition von Invalidität; Invalidität wird nach 26 Wochen Krankheit angenommen; Heilverfahren; Übergang vom Kapitaldeckungs- zum Prämierendurchschnittsverfahren; Finanzausgleich zwischen den Versicherungsanstalten; (fakultative) örtliche Rentenstellen; Vereinfachung von Übergangsbestimmungen] Abt. III, Bd.6, Nr. 70
- 26.07.1899 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner für das preußische Staatsministerium  
[Aufbauend auf den Beschlüssen der XVII. Reichstagskommission aus dem Jahr 1897 werden sechs Gesetzentwürfe zur Revision der Unfallversicherungsgesetze vorgelegt] Abt. III, Bd.2, Nr.113

- 25.08.1899 Denkschrift des Ausschusses der preußischen Ärztekammern für den preußischen Kultusminister Dr. Robert Bosse  
[Historisch-systematische Analyse, Vorschläge zur Verbesserung der Stellung der Ärzte, u.a. durch Einführung der freien Arztwahl] Abt. III, Bd.5, Nr.67
- 02.09.1899 Vermerk des Expedienten des Leipziger Armenamts Walther Rost  
[Warnung vor einem Unterstützungsschwindler] Abt. III, Bd.7, Nr.80
- 07.09.1899 Schreiben des preußischen Außenministers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an den Innenminister Georg Freiherr von Rheinbaben und den Handelsminister Ludwig Brefeld  
[Bestrebungen der Schweizer Regierung für ein internationales Arbeiterschutzamt sollen nicht unterstützt werden] Abt. III, Bd.3, Nr.141
- 22.09.1899 Protokoll der 462. Sitzung des Reichsversicherungsamts  
[Das Plenum des Reichsversicherungsamts berät über mögliche Beschränkungen des Rekursrechts in der Unfallversicherung, das jedoch beibehalten werden soll] Abt. III, Bd.2, Nr.114
- 03.10.1899 Rede des Professors Dr. Lujo Brentano auf dem 4. Delegiertentag des Nationalsozialen Vereins in Göttingen  
[Die Regeln der kollektiven Interessenorganisation und des kollektiven Interessenausgleichs müssen neu geordnet werden durch Abschaffung des Verbindungsverbots für politische Vereine, durch neue Schieds- und Einigungsverfahren nach englischem Muster, durch die Anerkennung korporativer Interessenvertretungen im Arbeitsrecht und durch die Abschaffung des § 153 Gewerbeordnung] Abt. III, Bd.4, Nr.77
- 10.10.1899 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an den preußischen Handelsminister Ludwig Brefeld mit Denkschrift  
[Ein „Museum für Arbeiterwohlfahrt“ soll als Institution des Reichs errichtet werden; Preußen soll sich an den Kosten beteiligen; die Ausstellung soll die „gesamte Gewerbewohlfahrt“ thematisieren] Abt. III, Bd.1, Nr.113
- 11.10.1899 Aufzeichnung des Hilfsarbeiters im preußischen Kultusministerium Dr. Oskar Aschenborn  
[Krankenkassen dürfen weibliche Ärzte wegen fehlender Approbation nicht anstellen] Abt. III, Bd.5, Nr.68
- 13.10.1899 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums  
[Zustimmung zu den Gesetzentwürfen zur Revision der Unfallversicherungsgesetze; längere Debatte über die Unfallfürsorge für Gefangene] Abt. III, Bd.2, Nr.115
- 14.10.1899 Entschließung des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands  
[Forderung nach weiterem Ausbau des gesetzlichen Arbeiterschutzes] Abt. III, Bd.3, Nr.142
- 16.10.1899 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an Kaiser Wilhelm II.  
[Die Gesetzentwürfe zur Revision der Unfallversicherungsgesetze werden dem Kaiser zur Genehmigung vorgelegt] Abt. III, Bd.2, Nr.116
26. u. 27.10.1899 Vossische Zeitung Nr. 503 und Nr. 505. Die Reform der Unfallversicherung  
[Die erwarteten Regierungsvorlagen zur Novelle der Unfallversicherungsgesetze werden sich eng an die Kommissionsbeschlüsse des Jahrs 1897 anlehnen; Streitpunkte werden die Verkürzung der Karenzzeit und die Kompetenzen des Reichsversicherungsamts sein] Abt. III, Bd.2, Nr.117
- 27.10.1899 Vermerk des Geheimen Regierungsrats im Geheimen Zivilkabinett Rudolf von Valentini  
[Konzise Darstellung des Inhalts der vorgelegten Gesetzentwürfe zur Revision der Unfallversicherungsgesetze] Abt. III, Bd.2, Nr.118
- 09.11.1899 Soziale Praxis Nr. 6. Gewerbeaufsicht und Dampfkessel-Revision in Preußen  
[In Preußen wird die Dampfkesselrevision endgültig den Dampfkesselüberwachungsvereinen übertragen] Abt. III, Bd.3, Nr.143
- 14.11.1899 Aufzeichnung des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner  
[Der Kaiser hat dem Vorschlag des Reichskanzlers zugestimmt, dem Reichstag die Aufhebung des Verbindungsverbots für politische Vereine und die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine in Aussicht zu stellen; damit wird beabsichtigt, die Chancen eines Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses zu erhöhen] Abt. III, Bd.4, Nr.78

- 15.11.1899 Frankfurter Zeitung Nr. 317 Abt. III, Bd.2, Nr.119  
[Rückblick auf das bisherige Gesetzgebungsverfahren zur Novelle der Unfallversicherungsgesetze; die erwartete Regierungsvorlage wird hinter das in der Reichstagskommission von 1897 Erreichte zurückfallen; Plädoyer für die Herabsetzung der Karenzzeit]
- 28.11.1899 Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an den Reichskanzler Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst Abt. III, Bd.4, Nr.79  
[Der Entwurf des Gesetzes zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses ist nicht wegen seines ursprünglichen materiellen Gehalts, sondern wegen einer Kette widriger äußerer Umstände gescheitert: der Entscheidung für ein Spezialgesetz statt einer Ergänzung des Strafgesetzbuches, der Verschärfung durch den Kaiser, der ungünstigen zeitlichen Plazierung, der Überlagerung mit der Flottenvorlage und der Erwartung einer Auflösung des Reichstags]
- 15.12.1899 Protokoll einer Konferenz im Reichsversicherungsamt Abt. III, Bd.2, Nr.120  
[Die doppelte Zuständigkeit von Gewerbeaufsicht und Berufsgenossenschaften bei der Unfallverhütung führt zu Mißständen; die Aktivitäten der Berufsgenossenschaften zur Unfallverhütung sind unzulänglich; eine Unterstellung der berufsgenossenschaftlichen Sicherheitsbeauftragten unter die Gewerbeaufsicht wird von den Berufsgenossenschaften abgelehnt; Streitigkeiten sollen durch eine Oberinstanz entschieden werden]
- 1900**
- 00.00.1900 Tätigkeitsbericht des Frankfurter Stadtbunds der Vereine für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.86  
[Der Zusammenschluß dient dem Zweck, die Arbeit der Frankfurter Wohltätigkeitsvereine zu koordinieren; im ersten Jahr der Vereinstätigkeit wurde eine Auskunftsstelle eingerichtet und zahlreiche neue Helferinnen für die Vereine gewonnen; Frauen erstatten den Armen Hausbesuche und erteilen bedürftigen Kindern Nachhilfeunterricht]
- 00.00.1900 Jahresbericht des Berliner Asylvereins für Obdachlose Abt. III, Bd.7, Nr.87  
[Der Verein hält daran fest, daß in seinem Asyl das Prinzip der Anonymität gilt und die Aufnahme nicht von zu leistender Arbeit abhängig gemacht wird]
- 00.01.1900 Vorlage des Vorsitzenden der Berliner Armendirektion Dr. Emil Münsterberg für den Magistrat Abt. III, Bd.7, Nr.81  
[Reformvorschläge für die Armenverwaltung: die Dezentralisierung durch Schaffung einer Mittelinstanz soll über ehrenamtlich besetzte Armenkreise statt über berufsmäßige Armenämter erfolgen; Heranziehung von Frauen als Armenpflegerinnen]
- 19.01.1900 Kölnische Volkszeitung Nr. 54, Morgenausgabe. Ein Gedanke zur Witwen- und Waisenversicherung der Arbeiter Abt. III, Bd.6, Nr. 71  
[Die Witwen- und Waisenversicherung soll aus den Einnahmen der geplanten Getreidezölle finanziert werden]
- 26.01.1900 Deutsche Volkswirtschaftliche Correspondenz Nr. 8. Die Unfallversicherungsnovelle Abt. III, Bd.2, Nr.121  
[Die Bedenken der Industrie sind in den vorgelegten Novellen zur Unfallversicherungsgesetzgebung nicht berücksichtigt; Kritik an Richard Roesicke]
- 29.01.1900, 30.01. u. 02.02.1900 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern Abt. III, Bd.3, Nr.144  
[Auf Grundlage der vom Reichsamt des Innern vorgelegten „Grundzüge“ wird über die Einschränkung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb von Fabriken beraten]
- 01.02.1900 Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik Nr. 18. Die Novellen zu den Unfallversicherungsgesetzen in der ersten Lesung des Reichstags Abt. III, Bd.2, Nr.122  
[Bericht über die erste Lesung: weitgehende Zustimmung zu den Regierungsvorlagen; Kritik nur von seiten der Sozialdemokraten]
- 09.02.1900 Schreiben des Reichskanzlers Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.5, Nr.69  
[Eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz wird vorbereitet; diese soll insbesondere eine Erweiterung der Bezugsdauer des Krankengelds auf 26 Wochen beinhalten]
- 13.02.1900 Entschließung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.2, Nr.123  
[Ablehnende Stellungnahme zu den Novellen der Unfallversicherungsgesetze, die „überhastet“ ausgearbeitet wurden; an der 13wöchigen Karenzzeit, der Organisation der Schiedsgerichte und dem Umlageverfahren soll festgehalten werden]

- 15.02.1900 Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik Nr. 20. Die Stellung der Berufsgenossenschaften zur Unfallversicherungsnovelle Abt. III, Bd.2, Nr.124  
[Bericht über den außerordentlichen Berufsgenossenschaftstag: an der 13wöchigen Karenzzeit und den berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichten soll festgehalten werden; keine Änderung der Kompetenzen des Reichsversicherungsamts; das Umlageverfahren soll beibehalten werden]
- 22.02.1900 Hamburger Echo Nr. 44 Abt. III, Bd.5, Nr.70  
[Die Krankenkassenvorstände Hamburgs befürworten die Gründung eines allgemeinen, zentralen Krankenkassenverbandes, Anschluß an die allgemeine Krankenkassenbewegung; Diskussion der Arztfrage]
- 08.03.1900 Hamburger Ärzte-Correspondenz Nr. 12. Die Versammlung der Vorstände der Krankenkassen in Tütges Etablissement am 19. Februar Abt. III, Bd.5, Nr.71  
[Bericht eines Arztes über eine Krankenkassenversammlung]
13. u. 16.03.1900 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern Abt. III, Bd.3, Nr.145  
[Eine „Unterkommission“ beschließt, daß bei der geplanten Regelung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb von Fabriken zwischen fremden und eigenen Kindern unterschieden werden soll]
- 21.04. u. 05.05.1900 Preußisches Verwaltungsblatt Nr. 29 [und Nr. 31]. Dr. Franz Hoffmann: Die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes Abt. III, Bd.5, Nr.72  
[Analyse der Reformnotwendigkeit und Vorschläge aus konservativer Sicht, u.a. größere Kassen, Abschaffung der Gemeindekrankenversicherung, Aufhebung der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen (Angliederung an Gemeinde), zum Kassenarzt- und Apothekenrecht]
- 01.05.1900 Das Gewerbegericht Nr. 8. Aus der Praxis der Einigungsämter Abt. III, Bd.4, Nr.80  
[Die Gewerbegerichte verzeichnen in ihrer streikschildernden wie auch streikverhindernden Funktion als Einigungsämter zunehmend Erfolge, die einigungsamtliche Tätigkeit führt die Unfertigkeit der Entwicklung des Arbeitsrechts ins Bewußtsein]
- 06.05.1900 Bericht des Leiters der Leipziger Ziehkinderanstalt Dr. Max Taube an den Rat der Stadt Abt. III, Bd.7, Nr.82  
[Die Generalvormundschaft des Armenamtsleiters, die zunächst für die in fremder Pflege untergebrachten unehelichen Kinder gegolten hatte, ist auf alle unehelichen Kinder von Geburt an ausgedehnt worden; auf der neuen Rechtsgrundlage des Bürgerlichen Gesetzbuchs hat ein Stadtrat die Vormundschaft für zahlreiche Waisen übernommen; besoldete Pflegerinnen überwachen nun nicht mehr nur die Ziehkinder, sondern auch die Waisenkinder]
- 14.05.1900 Schreiben des preußischen Kultusministers Dr. Konrad Studt an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.5, Nr.73  
[Nur approbierte Ärzte sollen zugelassen werden; für freie Arztwahl; die Bestimmungen hinsichtlich der Geschlechtskrankheiten müssen beseitigt werden]
15. u. 16.05.1900 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern Abt. III, Bd.3, Nr.146  
[Wie sollen die Bestimmungen zur Einschränkung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb von Fabriken kontrolliert werden?]
- 17.05.1900 Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik Nr. 33. Die Unfallversicherung in zweiter Lesung vor dem Reichstage Abt. III, Bd.2, Nr.125  
[Bericht über die zweite Lesung: Sozialdemokratische Anträge verzögern den Fortgang der Beratungen]
- 22.05.1900 Entschließung einer Versammlung der gewerblichen Berufsgenossenschaften Abt. III, Bd.2, Nr.126  
[Protest gegen die in den Unfallversicherungsnovellen beabsichtigte Erhöhung des Reservefonds der Berufsgenossenschaften und die Aufhebung der berufsgenossenschaftlichen Schiedsgerichte]
- 25.05.1900 Runderlaß des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld, des Innenministers Georg Freiherr von Rheinbaben und des Kultusministers Dr. Konrad Studt an die Bezirksregierungen Abt. III, Bd.5, Nr.74  
[Die Bezirksregierungen werden aufgefordert, sich zur bevorstehenden Novellierung des Krankenversicherungsgesetzes zu äußern; Fragebogen hierzu; auch soll über den „Mißbrauch“ von Krankenkassen durch die Sozialdemokratie berichtet werden]
27. u. 29.05.1900 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 121 und Nr. 122. Die Reform der Unfallversicherung Abt. III, Bd.2, Nr.127  
[Der Inhalt der Novellen zu den Unfallversicherungsgesetzen wird detailliert dargestellt; die Verbesserungen gehen nicht weit genug und müssen der Beginn weiterer Reformen sein]
- 31.05.1900 Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik Nr. 35. Endgültige Annahme der Novellen zur Unfallversicherung im Reichstage Abt. III, Bd.2, Nr.128  
[Der Reichstag nimmt die Novellen zur Unfallversicherungsgesetzgebung einstimmig an]

- 10.06.1900 Bericht der Stadtkölnischen Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter Abt. III, Bd.7, Nr.83  
[Die Kasse wird nur mäßig in Anspruch genommen; jedoch stieg aufgrund der erschwerten Erwerbsverhältnisse infolge des frostigen Winters die Zahl der Anmeldungen; durch das Zusammenwirken mit der Arbeitsnachweisanstalt wird angestrebt, den Arbeitslosen Arbeit zuzuweisen]
- 18.06.1900 Bericht des Magistrats von Straubing an den bayerischen Innenminister Maximilian Alexander Freiherr von Feilitzsch Abt. III, Bd.4, Nr.81  
[Gewerbestreitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern werden durch einen dazu ermächtigten Stellvertreter des Gemeindevorstehers geregelt; Klagen gegen die Entscheidungen von seiten der Arbeiter sind nicht bekannt; ein Teil der Streitigkeiten wird durch Innungsschiedsgerichte erledigt; Gewerbegerichtswahlen würden Gelegenheit zur Agitation bieten]
- 19.06.1900 Eingabe des Vorsitzenden der Nordöstlichen Baugewerks-Berufsgenossenschaft Bernhard Felisch an den Bundesrat Abt. III, Bd.2, Nr.129  
[Die Bestimmungen des Gewerbe-Unfallversicherungsgesetzes sind für die Bau-Berufsgenossenschaften nicht tragbar; an der Beschlußfassung im Reichstag nahmen nur sehr wenige Abgeordnete teil]
- 21.06.1900 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an Kaiser Wilhelm II. Abt. III, Bd.2, Nr.130  
[Vorlage der von Reichstag und Bundesrat beschlossenen Unfallversicherungsgesetze; Darstellung der Abänderungen des Reichstags an der Regierungsvorlage, die als unwesentlich eingeschätzt werden]
- 23.06.1900 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an Wilhelm II. Abt. III, Bd.5, Nr.75  
[Der Reichstag hat eine Novelle zum Krankenversicherungsgesetz beschlossen, die eine Einbeziehung der Hausgewerbetreibenden in den Versicherungszwang per Bundesratsbeschluß ermöglicht]
- 30.06.1900 Unfallversicherungsgesetze Abt. III, Bd.2, Nr.131  
[Systematische Änderung zum bisherigen Aufbau der Gesetze: Unter einem Mantelgesetz gibt es vier branchenspezifische Spezialgesetze. Wesentliche inhaltliche Änderungen zur bisherigen Gesetzgebung: Ausdehnung auf einige Handwerksberufe, auf Werkmeister und Techniker; häusliche Dienste sind versichert; Unfallrenten ggf. auch vor Ablauf der Karenzzeit; Möglichkeit der Erhöhung von Renten bei Arbeitslosigkeit bzw. Hilflosigkeit; Verbesserungen bei der Rentengewährung für Hinterbliebene; Erhöhung des Reservefonds der Berufsgenossenschaften; Errichtung territorialer Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung; Möglichkeit der Kapitalabfindung für kleine Renten; Erschwerung der Neufestsetzung laufender Renten]
- 30.06.1900 Krankenversicherungsgesetz in der Fassung des Gesetzes, betreffend die Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes Abt. III, Bd.5, Nr.76  
[Durch Bundesratsbeschluß kann die Versicherungspflicht auf selbständige Hausgewerbetreibende ausgedehnt werden]
- 09.07.1900 Verordnung Wilhelms II. Abt. III, Bd.3, Nr.147  
[Inkraftsetzung von § 154 Absatz 3 der Gewerbeordnung]
- 13.07.1900 Verordnung des Bundesrats Abt. III, Bd.3, Nr.148  
[Inkraftsetzen von § 154 Abs. 3 der Novelle zur Gewerbeordnung vom 1.6.1891: Ausdehnung der Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen auf Werkstätten mit Motorenbetrieb]
- 25.07.1900 Aerztliches Vereinsblatt für Deutschland Nr. 429. Dr. Hermann Hartmann: Offener Brief an Herrn Dr. Warmiensis Abt. III, Bd.5, Nr.77  
[Aufruf zur Gründung einer wirtschaftlichen Organisation der deutschen Ärzte]
- 00.08.1900 Sozialistische Monatshefte Nr. 8. Robert Schmidt: Die Reform unseres Krankenversicherungsgesetzes Abt. III, Bd.5, Nr.78  
[Kritik der Reformvorschläge Dr. Franz Hoffmanns zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes: u. a. größere Kassen, Abschaffung der Gemeindekrankenversicherung, Aufhebung der Selbstverwaltung der Ortskrankenassen]
- 13.08.1900 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 32. Der internationale Arbeiterschuttkongreß Abt. III, Bd.3, Nr.149  
[Negative Einschätzung des Pariser Arbeiterschuttkongresses]
- 31.08.1900 Der Gewerkverein Nr. 35. Was hat der internationale Arbeiterschuttkongreß zu Paris genutzt? Abt. III, Bd.3, Nr.150  
[Positive Einschätzung des Pariser Arbeiterschuttkongresses]

- 04.09.1900 Protokoll der Generalversammlung des Volksvereins für das katholische Deutschland Abt. III, Bd.1, Nr.114  
[Jahresbericht über die Tätigkeit des Volksvereins für das katholische Deutschland]
- 13.09.1900 Dr. Hermann Hartmann: Aufruf zur Gründungsversammlung eines Verbandes der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen Abt. III, Bd.5, Nr.79  
[Eine feste reichsweite Organisation zur energischen Interessenvertretung soll gegründet werden]
- 16.09.1900 Bericht über die erste sozialdemokratische Frauenkonferenz Abt. III, Bd.3, Nr.151  
[Der gesetzliche Wöchnerinnenschutz muß ausgeweitet werden; für die Agitation soll amtliches Material herangezogen werden]
- 25.09.1900 Schreiben des badischen Innenministers Dr. Karl Schenkel an den Minister des großherzoglichen Hauses und Außenminister Dr. Arthur von Brauer Abt. III, Bd.5, Nr.80  
[Die Ausdehnung der Krankengeldzahlungen auf 26 Wochen wird begrüßt; mit Rücksicht auf die Land- und Forstwirtschaft soll die Gemeindekrankenversicherung beibehalten werden; trotzdem soll eine einheitliche Krankenkasse pro Gemeinde angestrebt werden]
- 18.10.1900 Schreiben des Reichskanzlers Bernhard Graf von Bülow an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.3, Nr.152  
[Den Bundesregierungen werden die Ergebnisse der Enquete über die Kinderarbeit übermittelt und Vorschläge über die Regelung der gewerblichen Kinderarbeit außerhalb von Fabriken vorgelegt]
- 19.10.1900 Kaiserliche Verordnung Abt. III, Bd.2, Nr.132  
[Das Reichsversicherungsamt ist eine kollegiale Behörde mit zwei Abteilungen unter einem Präsidenten; Regelung des Behördenaufbaus; Regelung des Rekursverfahrens in den Senaten]
- 31.10.1900 Revisionsentscheid des Reichsversicherungsamts Abt. III, Bd.6, Nr. 72  
[Die bisherige Fassung des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit im Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetz war mit einer verwickelten Berechnung der Lohngrenzen verbunden; die neue Fassung des Invalidenversicherungsgesetzes ist formal einfacher und inhaltlich verbessert; eine gewisse Annäherung an den Begriff der Berufsunfähigkeit ist auch gegeben]
- 03.11.1900 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.7, Nr.84  
[Von einer Novellierung des Unterstützungswohnsitzgesetzes, um die ländlichen Heimatgemeinden zu entlasten, ist einstweilen abzusehen; die Gefahr, die Industrie zu verärgern, soll vermieden werden, um das Einvernehmen von Landwirtschaft und Industrie in der Zolltariffrage nicht zu gefährden]
- 09.11.1900 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. III, Bd.4, Nr.82  
[Wer die Arbeit kündigungsgelos verläßt, um die Fertigstellung des Auftrags eines anderen, bestreikten Betriebs zu verhindern, haftet für den dem Arbeitgeber entstandenen Schaden; bei gemeinschaftlichem Vorgehen liegt, wenn die Betroffenen in bewußtem und gewollten Zusammenwirken handeln, der Tatbestand arglistiger Vermögensschädigung vor, hier ist zivilrechtlich die Solidarhaftung begründet]
- 19.11.1900 Antrag des Abgeordneten Karl Trimborn an den Reichstag Abt. III, Bd.4, Nr.83  
[Gewerbegerichte sind für Gemeinden ab 20000 Einwohnern obligatorisch einzurichten; Erweiterung der sachlichen Zuständigkeit; Aufstellung von Wählerlisten; Stärkung der Befugnisse als Einigungsamt]
- 00.12.1900 Blätter für das Hamburgische Armenwesen Nr. 12. Die Bedeutung der Hausbesuche des Armenpflegers Abt. III, Bd.7, Nr.85  
[Hausbesuche bei den Armen sind regelmäßig durchzuführen, sie sind die wichtigste Aufgabe der Armenpfleger, deren bedeutendste Informationsquelle und beste Gelegenheit zum Erteilen von Ratschlägen]
- 1901**
- 00.00.1901 Eduard Gräf: Ein Musterfall nach dem neuen Unfallversicherungs-Gesetz Abt. III, Bd.2, Nr.133  
[Exemplarische Schilderung des Frankfurter Arbeitersekretärs über den zeitlichen Verlauf der Durchsetzung des Entschädigungsanspruchs anhand eines anonymisierten Einzelfalls]
- 05.01.1901 Rundschreiben des Reichskanzlers Bernhard Graf von Bülow an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.4, Nr.84  
[Bitte um Stellungnahme zu dem Antrag des Abgeordneten Trimborn betreffend Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes; vom Reichsamt des Innern werden keine schwerwiegenden Bedenken geäußert]
- 10.01.1901 Rundschreiben des Reichskanzlers Bernhard Graf von Bülow an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.4, Nr.85  
[Eine Prüfung der vom Zentrum aufgeworfenen Frage, ob die Gewerbegerichte zu Organen gemeinsamer Fühlungnahme von Arbeitern und Arbeitgebern bzw. Mitsprache und Interessenvertretung der Arbeiter in ihren Angelegenheiten auszugestalten seien, führt zu ernstern Zweifeln; Bitte um Stellungnahme]

- 10.01.1901 Soziale Praxis. Centralblatt für Sozialpolitik Nr. 15. Die Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform  
[Bericht über die Gründungsversammlung: Eröffnungsrede von Hans Freiherr von Berlepsch; Verabschiedung der Satzung; Wahl des Ausschusses und des Vorstands] Abt. III, Bd.1, Nr.115
- 06.02.1901 Schreiben des sächsischen Außenministers Georg von Metzsch-Reichenbach an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner  
[Stellungnahme zu den Vorschlägen des Reichsamts des Innern zur Regelung der gewerblichen Kinderarbeit; eine Einschränkung der Kinderarbeit in der Hausindustrie wird abgelehnt] Abt. III, Bd.3, Nr.153
- 22.02.1901 Runderlaß des preußischen Innenministers Georg Freiherr von Rheinbaben an die Oberpräsidenten  
[Die Landräte haben bei der Durchführung des neuen preußischen Fürsorgeerziehungsgesetzes eine hervorgehobene Rolle zu spielen; zur Erörterung der mit dem Gesetz verbundenen Maßnahmen sind auf der Ebene der Regierungsbezirke Beratungen mit den Landräten und anderen beteiligten Behörden abzuhalten] Abt. III, Bd.7, Nr.88
- 22.02.1901 Protokoll einer Besprechung von Mitgliedern der Firmenleitung der Siemens & Halske AG  
[Die Werke sollen Arbeiterausschüsse bilden, die sich aus den für die Verwaltungskommission der Pensionskassen gewählten Arbeitervertretern und einigen der gewählten Arbeitervertreter für die Kommission der Krankenkasse zusammensetzen] Abt. III, Bd.4, Nr.86
- 02.03.1901 Schreiben des Leiters des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch an den Schriftführer des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Dr. Emil Münsterberg  
[Abstimmung über ein Referat Fleschs über die soziale Ausgestaltung der Armenpflege auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins] Abt. III, Bd.7, Nr.89
- 13.03.1901 Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Direktoriums der Siemens & Halske AG  
[Beschluß über die Zusammensetzung der zu bildenden Arbeiterausschüsse aus den Arbeitermitgliedern der Kommissionen für die Pensions- und die Krankenkasse] Abt. III, Bd.4, Nr.87
- 14.03.1901 Sitzungsprotokoll einer Versammlung von Landräten und Behördenvertretern des Regierungsbezirks Wiesbaden  
[Beratung über die Umsetzung des preußischen Fürsorgeerziehungsgesetzes: Feststellung der in Frage kommenden Fälle von Minderjährigen; Ermittlung geeigneter Familien für die Unterbringung; Bestellung von Fürsorgern und Fürsorgerinnen als lokale Überwachungsorgane der Bezirksverwaltung; Kapazitäten der bestehenden Erziehungsanstalten] Abt. III, Bd.7, Nr.90
- 19.03.1901 Votum des preußischen Landwirtschaftsministers Ernst Freiherr von Hammerstein-Loxten, des Justizministers Dr. Karl Heinrich Schönstedt und des Innenministers Georg Freiherr von Rheinbaben für das Staatsministerium  
[Es scheint geboten, dem wiederholt geäußerten Wunsch des Abgeordnetenhauses und landwirtschaftlicher Interessenvertretungen nachzukommen, durch gesetzliche Maßnahmen den Kontraktbruch landwirtschaftlicher Arbeiter zu erschweren; ein entsprechender Gesetzentwurf wird vorgelegt; er richtet sich gegen die Arbeitgeber, nicht die Arbeiter] Abt. III, Bd.4, Nr.88
- 19.03.1901 Runderlaß des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld, des Kultusministers Dr. Konrad Studt und des Innenministers Georg Freiherr von Rheinbaben an die Regierungspräsidenten  
[Zur Beseitigung der Mißstände im Wohnungswesen sollen von den Gemeinden Maßnahmen zur Förderung des Baus von kleinen und billigen Wohnungen ergriffen werden; geeignete Möglichkeiten bestehen im Bau von Wohnungen für städtische Arbeiter und Beamte, in der Förderung gemeinnütziger und genossenschaftlicher Bauträger, in der Erleichterung des Pendelverkehrs mit den großstädtischen Außenbezirken und im Erwerb von Grundstücken und deren Nutzbarmachung für den Wohnungsbau] Abt. III, Bd.7, Nr.91
- 21.03.1901 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz  
[Kurzfristiges Verlassen der Arbeit, Drohworte gegen anderes Personal und Trunkenheit rechtfertigen nicht die kündigungslöse Entlassung eines Hausburschen; der Beklagte wird zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt] Abt. III, Bd.4, Nr.89
- 21.03.1901 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz  
[Die Weigerung eines zu spät zur Arbeit erschienenen Bäckergehilfen, die Vergütung eines ersatzweise beschäftigten Aushelfers zu tragen, kann nicht als Grund für eine kündigungslöse Entlassung dienen; der Arbeitgeber wird zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt; seine Widerklage auf Schadensersatz wird abgewiesen] Abt. III, Bd.4, Nr.90

- 22.03.1901 Bericht des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Frankfurt am Main Dr. Karl Flesch an den Wiesbadener Regierungspräsidenten Dr. Richard Wentzel Abt. III, Bd.4, Nr.91  
[Eine Erscheinungspflicht vor dem Gewerbegericht als Einigungsamt wäre sehr zweckmäßig, das bisherige Verfahren krankt daran, daß sich die Streitparteien, um nicht den Eindruck der Schwäche zu erzeugen, der unmittelbaren Gegenüberstellung entziehen]
- 26.03.1901 Bericht des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Stettin Paul Laubünger an den Stettiner Regierungspräsidenten Heinrich Guenther Abt. III, Bd.4, Nr.92  
[Eine Erscheinungspflicht vor dem Einigungsamt wäre zweckmäßig; das Stettiner Gewerbegericht genießt das Vertrauen der Arbeitnehmer, aber auch die Arbeitgeber stehen ihm nicht feindlich gegenüber; als Einigungsamt wird es jedoch selten angerufen und ist es auch nur sehr selten erfolgreich; eine gesetzliche Regelung der Tarifverträge wäre erwünscht]
- 28.03.1901 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.93  
[Ein Maschinenmeister, der sich zur Arbeit bei einer Kunstdruckanstalt verpflichtet hatte, die Stelle aber nicht antrat, wird zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt; persönliche Nachteile, die befürchtet wurden, da zwischen dem Fachverein der Lithographen und dem Arbeitgeber Differenzen bestanden, können den Nichtantritt der Arbeit nicht begründen]
- 29.03.1901 Bericht des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Hans Dietrich von Holleuffer an den preußischen Handelsminister Ludwig Brefeld Abt. III, Bd.3, Nr.154  
[Eine Einschränkung der Kinderarbeit soll über das vom Reichsamt des Innern vorgeschlagene Maß hinausgehen; konkrete Vorschläge hierzu]
- 04.04.1901 Protokoll der Verhandlung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.94  
[Verhandlung über die Entlassung eines Grundarbeiters, der bestreitet, daß Kündigung in seinem Fall ausgeschlossen worden sei, und Entschädigungs- und Lohnforderungen geltend macht; es wird ein Vergleich erzielt]
- 05.04.1901 Votum des preußischen Handelsministers Ludwig Brefeld für das Staatsministerium Abt. III, Bd.5, Nr.81  
[Die Ergebnisse einer Umfrage bei den Provinzialbehörden zur Krankenversicherung werden vorgelegt; eine Novelle des Krankenversicherungsgesetzes muß auch die Organisationsfrage der Krankenkassen berühren]
- 22.04.1901 Bericht des Berliner Polizeipräsidenten Ludwig von Windheim an den preußischen Handelsminister Ludwig Brefeld Abt. III, Bd.3, Nr.155  
[Eine Einschränkung der Kinderarbeit soll – trotz teilweiser gegenteiliger Ansicht der angehörten Behörden – über das vom Reichsamt des Innern vorgeschlagene Maß hinausgehen; konkrete Vorschläge hierzu]
- 24.04.1901 Schreiben des Leiters des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch an den Kieler Stadtrat Dr. Friedrich Soetbeer Abt. III, Bd.7, Nr.92  
[Sozialpolitik und Armenpflege beruhen auf entgegengesetzten Voraussetzungen – hier Prüfung des Einzelfalls, dort allgemeine Normen, hier individuelle, dort soziale Ursachen der Not]
- 04.05.1901 Vertrag zwischen der Ortskrankenkasse Leipzig und Kassenärzten Abt. III, Bd.5, Nr.82  
[Vereinbarungen zur Einrichtung einer Vertrauenskommission und eines Schiedsgerichtes, Verfahren bei Anstellung eines Kassenarztes u. a.]
- 08.05.1901 Schreiben des Kieler Stadtrats Dr. Friedrich Soetbeer an den Leiter des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch Abt. III, Bd.7, Nr.93  
[Die Armenpflege muß zwischen verschuldeter und unverschuldeter Armut unterscheiden und im letzteren Fall nicht nur das Existenzminimum, sondern einen auskömmlichen Lebensunterhalt gewähren]
- 13.05.1901 Runderlaß des preußischen Innenministers Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten und des Handelsministers Theodor Möller an die Oberpräsidenten Abt. III, Bd.7, Nr.94  
[Die Arbeitsnachweise in den Industriegebieten sollen Kontakt mit den landwirtschaftlichen Nachweisen aufnehmen, um frei werdende Arbeitskräfte wieder dem Land zuzuführen; die Arbeiterkolonien sind auszubauen]
- 15.05.1901 Denkschrift des Direktors des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl für das Armenkollegium Abt. III, Bd.7, Nr.95  
[Die Tätigkeit der Frauen als Hilfsarmenpflegerinnen wird nach einer Umfrage bei den Armenbezirken mehrheitlich positiv bewertet; an die Stelle der bisherigen untergeordneten Stellung der Frauen in der öffentlichen Armenpflege sollte eine gleichberechtigte Stellung treten; eine ganze Reihe von Städten hat damit gute Erfahrungen gemacht; jedoch sollten nicht mehr als ein Drittel der Armenpfleger in einem Bezirk Frauen sein]



- 22.05.1901 Eingabe des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Bundesrat Abt. III, Bd.4, Nr.95  
[Der Bundesrat sollte der Novelle zum Gewerbegerichtsgesetz seine Zustimmung versagen: Die Gewerbegerichte stärken schon jetzt den Einfluß der Sozialdemokraten, die Wahlen wirken vergiftend; die vorgesehene obligatorische Einführung der Gewerbegerichte ist überflüssig, der Erscheinungszwang vor Einigungsämtern stellt einen unerhörten Eingriff dar]
- 24.05.1901 Schreiben des Leiters des Frankfurter Armenamts Dr. Karl Flesch an den Leipziger Stadtrat Leo Friedrich Ludwig-Wolf Abt. III, Bd.7, Nr.96  
[Armenpflege muß dort eintreten, wo Arbeitsvertrag und Familie ihre soziale Funktion nicht erfüllen; wo dies unverschuldet der Fall ist, hat sie reichlicher zu geben als dort, wo dies durch Verschulden der Beteiligten geschieht]
- 18.06.1901 Schreiben des stellvertretenden Geschäftsführers des Zentralverbands Deutscher Industrieller Dr. Alexander Tille an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.4, Nr.96  
[Die Industrie bedauert die Ausdehnung der Gewerbegerichte; die Erweiterung der Zuständigkeit des Einigungsamts auf Arbeitsstreitigkeiten jeglicher Art wird das Gegenteil des Beabsichtigten bewirken und betriebsinterne Ausgleichsmöglichkeiten beseitigen]
- 19.06.1901 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Viktor von Podbielski an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.5, Nr.83  
[Das Gesinde und die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter sollen nicht in die gesetzliche Krankenversicherung einbezogen werden; die Bestimmungen der Gesindeordnung und des BGB genügen]
- 20.06.1901 Bericht des Geheimen Oberregierungsrats im Reichsamts des Innern Dr. Leopold Wilhelmi an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.4, Nr.97  
[Die vom stellvertretenden Geschäftsführer des Zentralverbands Deutscher Industrieller gehegte Befürchtung einer Ausweitung der sachlichen Zuständigkeit des Einigungsamts beruht auf unzutreffenden Annahmen; die Gewerbegerichtsnovelle wird anders, als von jenem erwartet, eher zum Aus- statt zum Abbau außereinigungsamtlicher Verständigungswege führen]
- 22.06.1901 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.4, Nr.98  
[Gegen eine Minderheit wird beschlossen, dem Reichstagsentwurf zur Abänderung des Gewerbegerichtsgesetzes im Bundesrat die Zustimmung zu erteilen, auch wenn im einzelnen Bedenken gegen die vorgeschlagenen Regelungen bestehen; die politischen und taktischen Rücksichten auf den Reichstag wiegen schwerer]
- 27.06.1901 Bericht des Gesandten Hugo Graf von und zu Lerchenfeld-Koefering an den bayerischen Außenminister Dr. Krafft Freiherr von Crailsheim Abt. III, Bd.4, Nr.99  
[Der Bundesrat erteilt dem vom Reichstag beschlossenen Abänderungsgesetz zum Gewerbegerichtsgesetz seine Zustimmung, Sachsen und Hamburg melden starke Bedenken an; Preußen hält mit Rücksicht auf das Zentrum eine Zustimmung für notwendig]
- 29.06.1901 Immediatbericht des Reichskanzlers Dr. Bernhard Graf von Bülow an Wilhelm II. Abt. III, Bd.4, Nr.100  
[Bei dem zu vollziehenden Gewerbegerichtsgesetz sind von grundsätzlicher Bedeutung die Änderungen hinsichtlich der obligatorischen Errichtung, der Einführung der Verhältniswahl, des Verfahrens und der Zusammensetzung der Einigungsämter sowie der gutachtlichen Tätigkeit der Gewerbegerichte]
- 03.07.1901 Schreiben des preußischen Handelsministers Theodor Möller an den Innenminister Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten und den Kultusminister Dr. Konrad Studt Abt. III, Bd.3, Nr.156  
[Zusammenfassung der Stellungnahmen der Bezirksregierungen zu den Vorschlägen zur Regelung der gewerblichen Kinderarbeit; allgemeine Zustimmung bei Änderungswünschen im Detail]
- 25.07.1901 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.101  
[Die Einbehaltung eines Lohnanteils bei einem Akkordarbeiter, dessen Arbeitsleistung sehr viel höher liegt als während seiner Beschäftigung gegen Stundenlohn, und zwar mit der Begründung des Arbeitgebers, er sei über die erforderliche Arbeitszeit getäuscht worden, ist nicht zulässig]
- 27.08.1901 Bericht des Leiters der Leipziger Ziehkinderanstalt Dr. Max Taube an den Stadtrat Dr. Johannes Karl Weber Abt. III, Bd.7, Nr.97  
[Auch die ehelichen Kinder, die in fremder Pflege untergebracht sind, sollen bis zum sechsten Lebensjahr von der Ziehkinderanstalt beaufsichtigt werden]
- 10.09.1901 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 27. Jahresversammlung des Zentralverbandes von Orts-Krankenkassen im Deutschen Reich Abt. III, Bd.5, Nr.84  
[Bericht, u. a. über den Vortrag von Raphael Friedeberg]

- 12.09.1901 Protokoll der 21. Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.98  
[Diskussion über die Frage, ob die Unterscheidung zwischen verschuldeter und unverschuldeter Armut für die Ausgestaltung des Armenwesens maßgeblich zu sein hat]
- 13.09.1901 Schreiben des preußischen Handelsministers Theodor Möller an den Staatssekretär des Innern Abt. III, Bd.5, Nr.85  
Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner  
[Kommissarische Beratungen für eine Novelle des Krankenversicherungsgesetzes können beginnen; Vorlage eines Fragebogens hierzu]
- 26.09.1901 Schreiben des preußischen Außenministers Bernhard Graf von Bülow an den Innenminister Abt. III, Bd.3, Nr.157  
Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten und den Handelsminister Theodor Möller  
[Zur konstituierenden Versammlung der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz soll kein amtlicher Vertreter entsandt werden]
- 29.09.1901 Gewerbegerichtsgesetz Abt. III, Bd.4, Nr.102  
[Gewerbegerichte sind ab einer bestimmten Gemeindegröße obligatorisch einzurichten; Zulässigkeit der Verhältniswahl; Erscheinungszwang vor dem Einigungsamt; Beisitzer des Einigungsamts können durch Vertrauensmänner ersetzt werden; Gewerbegerichte können Anträge an die gesetzgebenden Körperschaften stellen]
- 00.10.1901 Bericht des Geheimen Regierungsrats im Reichsversicherungsamt Walter Spielhagen an den Abt. III, Bd.6, Nr. 73  
Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner  
[Mitteilungen über das Verfahren bei der Bereisung der Versicherungsanstalten West- und Ostpreußen durch eine Regierungskommission; Darstellung der festgestellten Mängel bei der Bewilligung von Invalidenrenten]
- 00.10.1901 Blätter für das Hamburgische Armenwesen Nr. 10. Die Ergebnisse der am 1. December 1900 Abt. III, Bd.7, Nr.99  
aufgenommenen Statistik über die dauernd Unterstützten und deren Wohnungsverhältnisse  
[Ergebnisse einer statistischen Erhebung zur Zusammensetzung und zu den Wohnverhältnissen der Unterstützungsempfänger in der öffentlichen Armenpflege]
- 07., 09. u. 10.10. 1901 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Handelsmini- Abt. III, Bd.5, Nr.86  
sterium  
[Beginn der kommissarischen Beratungen zur Abänderung des Krankenversicherungsgesetzes: Die Aufsicht über die Krankenkassen soll verstärkt werden; freie Arztwahl soll nicht ermöglicht werden; nichtapprobierte Ärzte sollen nur ausnahmsweise zugelassen werden; Einführung von Arzneimitteltaxen für die Krankenkassen; keine Ausdehnung des Versicherungszwangs auf Gesinde und landwirtschaftliche Arbeiter; Schaffung zentralisierter Ortskrankenkassen; diese sollen durch Kommunalbedienstete geleitet werden; verschärfte Bestimmungen für die freien Hilfskassen]
- 30.10.1901 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern Abt. III, Bd.3, Nr.158  
[An der geplanten Einschränkung der Kinderarbeit in der Hausindustrie soll – bei Unterscheidung in fremde und eigene Kinder – festgehalten werden]
- 30.10.1901 [Erster] Entwurf eines Gesetzes, betreffend gewerbliche Kinderarbeit Abt. III, Bd.3, Nr.159  
[Einschränkung der Kinderarbeit außerhalb von Fabriken: Unterscheidung zwischen fremden und eigenen Kindern; Verbot bzw. zeitliche Begrenzung der Kinderarbeit in konkret bezeichneten Beschäftigungsarten; unterschiedliche Altersgrenzen]
- 09.11.1901 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im preußischen Handelsmini- Abt. III, Bd.5, Nr.87  
sterium  
[Differenzen zwischen dem Reichsamt des Innern und dem preußischen Handelsministerium über den Inhalt der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz, über Vorberatungen mit Parteiführern und über die Anhörung von Sachverständigen führen zum Abbruch der kommissarischen Beratungen]
- 21.11.1901 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur Abt. III, Bd.5, Nr.88  
von Brauer  
[Bericht über die kommissarischen Beratungen zur Vorbereitung einer Novelle zum Krankenversicherungsgesetz; das Reichsamt des Innern will im Gegensatz zum preußischen Handelsministerium die Krankenkassenorganisation nicht verändern]
- 27.11.1901 Vortrag des Klinikleiters Professor Dr. Georg Ledderhose Abt. III, Bd.2, Nr.134  
[Festvortrag aus Anlaß der Einweihung des Straßburger Unfallkrankenhauses: Krankenbehandlung Unfallverletzter aus ärztlicher Sicht; positive Einschätzung der bisherigen Erfahrungen; Betonung der psychischen Komponenten der Behandlung; Simulation kommt wenig vor]

- 00.12.1901 Tätigkeitsbericht der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen Abt. III, Bd.1, Nr.116  
[Die Mitgliedschaft hat sich seit der Gründung erweitert; umfassende Darstellung der Tätigkeit, insbesondere der breitgefächerten Publikationstätigkeit; ein Verband deutscher Wohlfahrtsvereine wurde geschaffen; Hilfestellung für Wohnungsbaugenossenschaften; Bildung von Fachausschüssen]
- 01.12.1891 Volksstimme Nr. 328. Wie hat sich die weibliche Fabrikinspektion in der Praxis bewährt? Abt. III, Bd.3, Nr.160  
[Elisabeth Freiin von Richthofen und Cäcilie Dose berichten über ihre Tätigkeit in der badischen und sächsischen Gewerbeaufsicht]
- 04.12.1901 Eingabe des preußischen Handelsministers a.D. Hans Freiherr von Berlepsch und des Präsidenten der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz Kantonsrat Heinrich Scherrer an den Reichskanzler Bernhard Graf von Bülow Abt. III, Bd.3, Nr.161  
[Die nunmehr gegründete Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz soll unterstützt werden]
- 17.12.1901 Sitzungsprotokoll der Hamburger Behörde für Wohnungspflege Abt. III, Bd.7, Nr.100  
[Beschlussfassung über als mangelhaft angesehene Wohnungen]
- 30.12.1901 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an den Staatssekretär des Auswärtigen Amts Oswald Freiherr von Richthofen Abt. III, Bd.3, Nr.162  
[Abwartende Haltung gegenüber der Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz]
- 30.12.1901 Schreiben des preußischen Handelsministers Theodor Möller an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.3, Nr.163  
[Das preußische Handelsministerium wünscht weitergehende Ausnahmebestimmungen im geplanten Kinderschutzgesetz]
- 1902**
- 02.01.1902 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an Wilhelm II. Abt. III, Bd.3, Nr.164  
[Das Gesetz über gewerbliche Kinderarbeit wird vorgelegt]
- 24.01.1902 Bericht des Leiters des Frankfurter Waisen- und Armenamts Dr. Karl Flesch an den Wiesbadener Regierungspräsidenten Dr. Richard Wentzel Abt. III, Bd.7, Nr.101  
[Von den städtischen Behörden ergriffene Maßnahmen gegen die Wohnungsnot: Wohnungsbau für städtische Bedienstete und Förderung des gemeinnützigen und genossenschaftlichen Wohnungsbaus unter Nutzung des Erbbaurechts]
- 08.02.1902 Eingabe des Bundes Deutscher Frauenvereine an den Reichstag Abt. III, Bd.3, Nr.165  
[Das Gesetz zur Einschränkung der Kinderarbeit außerhalb von Fabriken ist notwendig; mit der Kontrolle sollen weibliche Hilfskräfte der Gewerbeaufsicht beauftragt werden; eine gesetzliche Einschränkung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist notwendig]
- 10.02.1902 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.6, Nr.74  
[Kontroverse Debatte über ein von der Zentrumsfraktion vorgeschlagenes Junktim von Zolltarif und der Einführung einer Witwen- und Waisenversorgung, deren konkrete Ausgestaltung umstritten ist]
- 20.02.1902 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.103  
[Ein in Akkordarbeit beschäftigter Schreiner Geselle, der – ohne die Kündigungsfrist einzuhalten und ohne die übernommene Arbeit fertigzustellen – die Arbeit verlassen hat, klagt auf Auszahlung der Restansprüche; die Klage wird abgewiesen; der Geselle wird aufgrund einer Widerklage verurteilt, wegen mangelhafter Arbeit eine Entschädigung zu zahlen]
- 22.03.1902 Denkschrift des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.4, Nr.104  
[Das vielfach vorgetragene Bedürfnis, Einrichtungen zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Handlungsgehilfen und Prinzipalen zu schaffen, ist anzuerkennen; über die Frage der Organisation und Zuständigkeit dieser Einrichtungen bestehen unterschiedliche Auffassungen; favorisiert wird eine Angliederung an die Amtsgerichte und eine Ausdehnung auf alle Arbeits- und Dienstverhältnisse]
- 03.04.1902 Vortrag des Direktors des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl auf der Jahresversammlung der Organe der Armenverwaltung Abt. III, Bd.7, Nr.102  
[Überblick über das erweiterte Aufgabenfeld der Armenpflege in Hamburg: Armenpflege und Sozialpolitik sind verschiedener Natur; Armenpflege ist aber ebenfalls zunehmend vom sozialen Gedanken der Vorbeugung von Armut und Beseitigung der Verarmungsursachen geprägt; wichtige neue Tätigkeitsfelder z.B.: Arbeitsvermittlung, hauswirtschaftliche Unterweisung der Frauen, Wohnungsfürsorge, Krankenfürsorge, Kinderfürsorge; aber auch: Prüfung der Arbeitswilligkeit, Bekämpfung wachsenden Unterhaltssäumigkeit, Trunksucht]

- 10.04.1902 Schreiben des Vorsitzenden der Zentrale für private Fürsorge Wilhelm Merton an den Leiter des Frankfurter Waisen- und Armenamts Dr. Karl Flesch Abt. III, Bd.7, Nr.103  
[Die Zentrale für private Fürsorge will eine Sammelvormundschaft für uneheliche Kinder einrichten]
- 28.04.1902 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.105  
[Ein Tagelöhner wird wegen Kontraktbruchs zur Zahlung einer Entschädigung nach § 124 b der Gewerbeordnung verurteilt]
- 29.04.1902 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an den preußischen Handelsminister Theodor Möller mit Gesetzentwurf und Denkschrift Abt. III, Bd.5, Nr.89  
[Der „vorläufige“ Entwurf einer Novelle zum Krankenversicherungsgesetz wird vorab mitgeteilt: Von einem Eingreifen in das Selbstverwaltungsrecht der Krankenkassen wird abgesehen; die Dauer der Krankengeldzahlungen soll auf bis zu 26 Wochen ausgedehnt werden; Beseitigung der Sonderbestimmungen für Geschlechtskranke; Denkschrift mit Berechnungen zu etwaigen Beitragserhöhungen]
- 19.05.1902 Rede des Rixdorfer Volksschullehrers Konrad Agahd auf der V. Deutschen Lehrerversammlung Abt. III, Bd.3, Nr.166  
[Eine Einschränkung der Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist notwendig]
- 02.06.1902 Schreiben des Reichskanzlers Bernhard Graf von Bülow an die Bundesregierungen Abt. III, Bd.3, Nr.167  
[Die abwartende Haltung gegenüber einer Mitarbeit bei der Internationalen Vereinigung für Arbeiterschutz wird etwas zurückgenommen]
- 06.06.1902 Bericht des Vorsitzenden der Ziegelei-Berufsgenossenschaft Wilhelm Jahn an den Präsidenten des Reichsversicherungsamts Otto Gaebel Abt. III, Bd.2, Nr.135  
[Bericht über die Tätigkeit der technischen Aufsichtsbeamten]
- 11.06.1902 Votum des preußischen Handelsministers Theodor Möller für das Staatsministerium mit Denkschrift Abt. III, Bd.5, Nr.90  
[Die Gemeindekrankenversicherung soll abgeschafft werden; Errichtung gemeinsamer Ortskrankenkassen; deren Selbstverwaltung soll eingeschränkt werden; keine Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter; Beibehaltung der freien Hilfskassen]
- 20.06.1902 Beschluß des 4. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands Abt. III, Bd.1, Nr.117  
[Eine Arbeitslosenversicherung ohne die Diskriminierungen des Armenrechts muß geschaffen werden; diese soll in freier Selbstverwaltung der Arbeiter organisiert werden; Finanzierung durch das Reich und die Arbeitgeber; mit dem Auf- bzw. Ausbau der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung soll sofort begonnen werden]
- 04.07.1902 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner für das preußische Staatsministerium mit Gesetzentwurf Abt. III, Bd.5, Nr.91  
[Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz wird auf die dringendsten Punkte beschränkt; diese sind eine Ausdehnung der Krankengeldzahlungen auf 26 Wochen und eine Beseitigung der Einschränkungen von Leistungen bei Geschlechtskrankheiten; eine vorige Verständigung mit Parteiführern des Reichstags ist entbehrlich]
04. u. 05.07.1902 Flugschrift: Die Stellung der Aerzte bei den Krankenkassen Abt. III, Bd.5, Nr.92  
[Auflistung von einzelnen Fällen des Verhältnisses von Krankenkassen zu Ärzten, Förderungen zur Abhilfe und deren Begründung]
- 30.07.1902 Votum des preußischen Innenministers Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten für das Staatsministerium Abt. III, Bd.5, Nr.93  
[Der Einfluß der Sozialdemokratie in den Krankenkassen muß bekämpft werden; hierfür kann das Statut der Allgemeinen Ortskrankenkasse Altona Vorbild sein, das die Kassenverwaltung in eine (gesetzeswidrige) Abhängigkeit vom Magistrat bringt]
- 31.07.1902 Bericht des Schleswiger Regierungspräsidenten Oskar von Dolega-Kozierowski an den preußischen Handelsminister Theodor Möller Abt. III, Bd.4, Nr.106  
[Die Kieler Maurer und Zimmerer haben sich mit der Bauinnung nach einem Arbeitskampf auf einen Tarifvertrag verständigt, dessen Abschluß die Arbeitgeber verlangt hatten]
- 21.08.1902 Entscheidung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.107  
[Ein Bäckermeister, der einen Teil des Lohns eines seiner Gesellen als Sicherheit einbehalten hatte, wird zur Zahlung des rückständigen Lohns verurteilt; der Geselle war berechtigt, die Arbeit kündigungsgelos zu verlassen]

- 00.09.1902 Paul Kampffmeyer: Die Arbeiterversicherung und die Socialdemokratie Abt. III, Bd.1, Nr.118  
[Die Leistungen der Arbeiterversicherung haben die Arbeiterklasse physisch gestärkt und sind für ihren Emanzipationskampf nützlich; notwendig ist eine einheitliche Versicherung für alle Staatsangehörigen; die Sozialdemokratie muß die Selbstverwaltungsorgane nutzen; die Arbeiterversicherung soll sich auch um Gesundheitsprophylaxe kümmern]
- 01.09.1902 Die Arbeiter-Versorgung Nr. 25. Eine deutsche Schiedsgerichtssitzung in ausländischer Beleuchtung Abt. III, Bd.6, Nr. 75  
[Detaillierter, wohlwollender Bericht über den Verlauf einer Schiedsgerichtssitzung]
- 13.09.1902 Bericht über die zweite sozialdemokratische Frauenkonferenz Abt. III, Bd.3, Nr.168  
[Beratungen zu Frauenarbeit, Kinderarbeit und Hausindustrie mit Verabschiedung von Resolutionen]
- 18.09.1902 Protokoll des Parteitags der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands Abt. III, Bd.1, Nr.119  
[Hermann Molkenbuhr begründet eine umfassende Resolution zur Arbeiterversicherung; deren Entstehung geht nur teilweise auf Bismarck zurück; eine Vereinheitlichung ist notwendig, ebenso volle Selbstverwaltung durch die Arbeiter; eine Arbeitslosen- und eine Waisen- und Witwenversicherung muß geschaffen werden]
- 06.10.1902 Votum des preußischen Handelsministers Theodor Möller für das Staatsministerium Abt. III, Bd.5, Nr.94  
[Die Berechnungen des Reichsamts des Innern zur Krankenversicherung werden angezweifelt; Plädoyer für allgemeine Ortskrankenkassen; eine obligatorische Ausdehnung der Krankengeldzahlungen auf 26 Wochen ist nicht notwendig]
- 11.10.1902 Votum des preußischen Handelsministers Theodor Möller für das Staatsministerium Abt. III, Bd.5, Nr.95  
[Mißstände durch sozialdemokratischen Einfluß auf die Ortskrankenkassen sind nur in sehr begrenztem Maß nachgewiesen; sozialdemokratischer Einfluß könnte eingedämmt werden, wenn die Leitung der Krankenkassen Gemeindebeamten übertragen wird; durch die Errichtung großer Krankenkassen könnte dies sachlich begründet werden]
- 23.10.1902 Protokoll der 3. Sitzung der XIX. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.169  
[Beginn der inhaltlichen Beratungen des Entwurfs des „Kinderschutzgesetzes“; der Reichskanzler wird aufgefordert, eine Erhebung über Kinderarbeit in der Landwirtschaft einzuleiten]
- 28.10.1902 Protokoll der 5. Sitzung der XIX. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.170  
[Beratung über verbotene Beschäftigungsarten für fremde Kinder]
- 29.10.1902 Protokoll der 6. Sitzung der XIX. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.171  
[Beratung und Beschlußfassung über verbotene Beschäftigungsarten für fremde Kinder]
- 30.10.1902 Protokoll der 7. Sitzung der XIX. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.172  
[Beratung und Beschlußfassung über verbotene Beschäftigungsarten für fremde Kinder]
- 30.10.1902 Protokoll einer Besprechung von Vertretern der Stadtverwaltungen südwest- und mitteldeutscher Städte in Frankfurt am Main Abt. III, Bd.7, Nr.104  
[Erfahrungsaustausch über städtische Notstandsarbeiten für Arbeitslose]
- 31.10.1902 Schreiben des preußischen Handelsministers Theodor Möller an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.5, Nr.96  
[Ermittlungen über eine finanzielle Schädigung von Ortskrankenkassen durch Sozialdemokraten führten bisher nur zu dürftigen Ergebnissen]
- 06.11.1902 Protokoll der Verhandlung des Gewerbegerichts Mainz Abt. III, Bd.4, Nr.108  
[Vergleich in einer Streitigkeit über ausstehende Lohnforderungen eines Lackierergesellen]
- 07.11.1902 Bericht des Geheimen Regierungsrats Dr. Georg von Eucken-Addenhausen an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.5, Nr.97  
[Ein Junktim von Verlängerung der Unterstützungsdauer und Eingriff in die Selbstverwaltung der Krankenkassen ist taktisch und politisch nicht geboten; bei einer Zusammenlegung der Arbeiterversicherungen wird der staatliche Einfluß gestärkt werden können]
- 11.11.1902 Protokoll der 10. Sitzung der XIX. Kommission des Reichstags Abt. III, Bd.3, Nr.173  
[Spezialdebatte über die Aufnahme der hausindustriellen Weberei in die für Kinder verbotenen Beschäftigungen; Ablehnung aller Anträge]

- 14.11.1902 Bericht des Frankfurter Oberbürgermeisters Dr. Franz Adickes an die Stadtverordnetenversammlung  
[Umfang und Organisation der winterlichen Notstandsarbeiten] Abt. III, Bd.7, Nr.105
- 15.11.1902 Bericht des zweiten Vorsitzenden der Armendeputation Fritz de Greiff an den Krefelder Oberbürgermeister Ernst Küper  
[Ein Bedürfnis, Frauen als Armenpflegerinnen einzusetzen, besteht nicht, die Folge würden noch höhere finanzielle Aufwendungen sein] Abt. III, Bd.7, Nr.106
- 18.11.1902 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums  
[Erhebliche Kontroversen um Inhalt und Zeitpunkt der Einbringung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz zwischen den preußischen Ministern einerseits und dem Staatssekretär des Innern Graf von Posadowsky bzw. Reichskanzler Graf von Bülow andererseits; Beschluß über eine Einbringung des Entwurfs in der laufenden Session; erneute kommissarische Beratungen] Abt. III, Bd.5, Nr.98
- 18.11.1902 Runderlaß des preußischen Innenministers Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten und des Handelsministers Theodor Möller an die Regierungspräsidenten  
[Die kommunalen und paritätischen Arbeitsnachweise müssen auch auf die mittleren Städte ausgedehnt werden; sie sollen mit den übrigen Nachweisen in engere Fühlung treten; insbesondere die Facharbeiternachweise sind den allgemeinen Nachweisen anzugliedern] Abt. III, Bd.7, Nr.107
- 04.12.1902 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern  
[Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz soll rasch in das Gesetzgebungsverfahren eingebracht werden; die Arzt- und Apothekerfrage sowie die Frage der Zentralisation der Krankenkassen soll in einer späteren Novelle behandelt werden] Abt. III, Bd.5, Nr.99
- 23.12.1902 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums  
[Trotz weiter bestehender Einwände der Ressortminister wird der Entwurf der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz beschlossen] Abt. III, Bd.5, Nr.100

## 1903

- 06.01.1903 Immediatbericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an Wilhelm II.  
[Vorlage der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz] Abt. III, Bd.5, Nr.101
- 07.01.1903 Votum des preußischen Landwirtschaftsministers Viktor von Podbielski, des Justizministers Dr. Karl Heinrich Schönstedt und des Innenministers Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten für das Staatsministerium  
[Er erscheint geboten, den Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes einzubringen; der Entwurf richtet sich lediglich gegen Arbeitgeber, die kontraktbrüchige Arbeiter annehmen; die maßgeblichen Parteien haben vor zwei Jahren vertraulich ihre Unterstützung zugesichert] Abt. III, Bd.4, Nr.109
- 19.01.1903 Schreiben des preußischen Kultusministers Konrad Studt an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner  
[Die Wissenschaftliche Deputation für das Medizinalwesen begrüßt den Regierungsentwurf zur Einschränkung der Kinderarbeit] Abt. III, Bd.3, Nr.174
- 00.02.1903 Eingabe des Deutschen Vereins für Frauenstimmrecht an den Bundesrat  
[Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz beseitigt das passive Wahlrecht von Frauen in den Krankenkassen; dies ist als „Rechtsberaubung“ abzulehnen] Abt. III, Bd.5, Nr.102
- 00.02.1903 Sozialpolitisches Flugblatt Nr. 8 des Volksvereins für das katholische Deutschland  
[Die Novellierung der Gesetzgebung zur Arbeiterversicherung brachte wesentliche Fortschritte, die detailliert dargestellt werden; die gemäßigten Vorschläge des Zentrums brachten für die Arbeiter mehr als die aussichtslosen der Sozialdemokratie; aufgrund der Aktivitäten des Zentrums steht eine Versicherung für Witwen und Waisen in Aussicht] Abt. III, Bd.1, Nr.120
- 01.02.1903 Dr. Karl Böhme: Die Ergebnisse der Arbeitslosen-Zählung in Frankfurt a. M. vom 1. Februar 1903  
[Charakter der modernen, industriellen Arbeitslosigkeit; die Ergebnisse der Erhebung nach den Kriterien Geschlecht, Familienstand, Alter, Ansässigkeit, Dauer der Arbeitslosigkeit, Beruf und Beschäftigung] Abt. III, Bd.7, Nr.118
- 02.02.1903 Aktennotiz des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Dr. Georg von Eucken-Addenhausen  
[Abwartende Haltung gegenüber einer gesetzlichen Regelung des Kassenarztes] Abt. III, Bd.5, Nr.103

- 03.02.1903 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 28. Die Reform der Krankenversicherung Abt. III, Bd.5, Nr.104  
[Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz bringt hinsichtlich des Kreises der Versicherten keinen Fortschritt; die Zersplitterung der Krankenkassen bleibt bestehen; die beabsichtigte Abschaffung des passiven Wahlrechts der Frauen in den Krankenkassen kann nicht hingenommen werden]
- 27.02.1903 Entscheidung des Landgerichts I Berlin Abt. III, Bd.4, Nr.110  
[Verurteilung eines Berliner Drehers zu zwei Wochen Gefängnis für eine drohende Äußerung gegenüber Streikbrechern anlässlich eines Streiks bei Borsig]
- 01.03.1903 Brief des Unterstaatssekretärs Theodor Lohmann an den Pastor Dr. Ernst Wyneken Abt. III, Bd.1, Nr.121  
[Lohmann hätte nicht geglaubt, daß Bismarck seine „staatssozialistischen Pläne“ durchsetzen könne; die Sozialreform wurde falsch angegangen und habe nur „Begehrlichkeiten“ geweckt]
- 03.03.1903 Aktennotiz des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Dr. Georg von Eucken- Abt. III, Bd.5, Nr.105  
Addenhausen  
[Der dem Reichstag zugegangene Entwurf für eine Novellierung des Krankenversicherungsgesetzes enthält Voraussetzungen für eine Erhöhung der ärztlichen Honorare]
- 30.04.1903 Beschluß des Reichstags Abt. III, Bd.1, Nr.122  
[Der Bundesrat wird aufgefordert, ein einheitliches Arbeiterversicherungsgesetz auszuarbeiten]
- 05.03.1903 Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik Nr. 23. Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz Abt. III, Bd.5, Nr.106  
[Erste Lesung der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz im Reichstag]
- 05.03.1903 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 54. Die Krankenversicherung in der Kommission Abt. III, Bd.5, Nr.107  
[Beginn der Beratungen der XXII. Kommission des Reichstags]
- 07.03.1903 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 10 Abt. III, Bd.5, Nr.108  
[Die Einschränkung des Wahlrechts weiblicher Kassenmitglieder ist aus der Regierungsvorlage der Novelle des Krankenversicherungsgesetzes entfernt worden; Kritik am moderaten Auftreten Hermann Molkenbuhrs im Reichstag]
- 07.03.1903 Aerztliches Vereinsblatt für Deutschland Nr. 493. Der ausserordentliche Deutsche Aertztetag Abt. III, Bd.5, Nr.109  
[Da der Entwurf der Krankenversicherungsnovelle keine Regelung der Kassenarztfrage enthält, wird der Weg der Selbsthilfe empfohlen]
- 15.03.1903 Protokoll des zweiten Allgemeinen Kongresses der Krankenkassen Deutschlands Abt. III, Bd.5, Nr.110  
[Nach Referaten von Dr. Raphael Friedeberg und Eduard Gräf erklärt der Kongreß die Regierungsvorlage der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz für „unannehmbar“; nach Referat von Albert Kohn Annahme einer Resolution gegen Forderungen der Ärzteschaft, insbesondere nach freier Arztwahl]
- 17.03.1903 Entschliebung der Delegiertenversammlung des Zentralverbands Deutscher Industrieller Abt. III, Bd.5, Nr.111  
[Die Ausdehnung der Unterstützungsdauer in der Krankenversicherung wird begrüßt; kritisiert wird die fehlende Bekämpfung des sozialdemokratischen Einflusses in den Krankenkassen]
- 19.03.1903 Immediatbericht des preußischen Innenministers Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten und Abt. III, Bd.4, Nr.111  
des Handelsministers Theodor Möller an Wilhelm II.  
[Die Bitten einer Immediateingabe der Berliner Tischlerinnung, den § 153 zu verschärfen und Streikposten stehen unter Strafe zu stellen, besitzen derzeit im Reichstag keine Aussicht; auch die Forderung, die Veröffentlichung von „Sperrern“ als Verrufserklärung zu bestrafen, findet beim Kammergericht derzeit kein Gehör]
- 21.03.1903 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 12. Die Abt. III, Bd.5, Nr.112  
Krankenversicherungsnovelle in der Reichstagskommission  
[Bericht über die ersten sechs Sitzungen der XXII. Kommission]
- 26.03.1903 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. III, Bd.4, Nr.112  
[Zugunsten von zwei Unternehmen in Hamburg, die für die Folgen einer Aussperrung von Arbeitern auf Schadensersatz verklagt worden waren, wird erklärt, daß es Bestandteil des Koalitionsrechts sei, wenn Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in einem Arbeitskampf aus nur mittelbar eigenem Interesse eine der streitenden Partei unterstützen]
- 28.03.1903 Frankfurter Zeitung Nr. 87 Abt. III, Bd.5, Nr.113  
[Die XXII. Kommission des Reichstags hat die Beratungen zur Novelle des Krankenversicherungsgesetzes beendet]

- 30.03.1903 Gesetz, betreffend Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben Abt. III, Bd.3, Nr.175  
[Einschränkung der Kinderarbeit außerhalb von Fabriken: Unterscheidung zwischen fremden und eigenen Kindern; Verbot bzw. zeitliche Begrenzung der Kinderarbeit in konkret bezeichneten Beschäftigungsarten; unterschiedliche Altersgrenzen]
- 00.04.1903 Ausgefüllter Fragebogen des Leipziger Armendezernenten Dr. Johannes Karl Weber für den Direktor des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl Abt. III, Bd.7, Nr.108  
[Informationen zum Armenhaus Leipzig-Connewitz]
- 00.04.1903 Ausgefüllter Fragebogen des Leipziger Armendezernenten Dr. Johannes Karl Weber für den Direktor des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl Abt. III, Bd.7, Nr.109  
[Informationen zum Armenhaus Leipzig-Eutritzsch]
- 30.04.1903 Entscheidung des Reichsgerichts Abt. III, Bd.4, Nr.113  
[In dem Verhängen einer Arbeitssperre kann ein strafbares Vergehen nach § 153 der Gewerbeordnung liegen: Der Schutz gegen den Koalitionszwang erstreckt sich auch auf Fälle, bei denen Arbeitnehmer einen Zwang auf Arbeitgeber auszuüben suchen]
- 02.05.1903 Votum des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner für das Staatsministerium Abt. III, Bd.5, Nr.114  
[Änderungen des Reichstags an der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz können akzeptiert werden]
- 07.05.1903 Soziale Praxis. Zentralblatt für Sozialpolitik Nr. 32. Dr. Georg Sydow: Die Novelle zum Krankenversicherungsgesetz Abt. III, Bd.5, Nr.115  
[Einschätzung der Novelle mit Schilderung und Bewertung der Abänderungen des Reichstags]
- 10.05.1903 Gesetz, betreffend Phosphorzündwaren Abt. III, Bd.3, Nr.176  
[Verbot der Herstellung und des Verkaufs von Zündhölzern, die aus weißem oder gelbem Phosphor hergestellt werden]
- 12.05.1903 Bericht des Gesandten Dr. Eugen von Jagemann an den badischen Außenminister Dr. Arthur von Brauer Abt. III, Bd.5, Nr.116  
[Die Druckfassung der vom Reichstag beschlossenen Novelle zum Krankenversicherungsgesetz enthält einen schwerwiegenden Fehler, der unter der Hand beseitigt wurde]
- 15.05.1903 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamts Otto Gaebel an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.6, Nr. 76  
[Für die selbständigen Konferenzen der Versicherungsanstalten ist kein Bedarf]
- 25.05.1903 Krankenversicherungsgesetz in der Fassung des Gesetzes, betreffend weitere Abänderungen des Krankenversicherungsgesetzes Abt. III, Bd.5, Nr.117  
[Wesentliche Neuerungen: Verlängerung der Krankengeldzahlungen auf 26 Wochen; Wöchnerinnenkrankengeld von 6 Wochen; Streichung der Ausnahmebestimmungen für Geschlechtskranke; Versicherungspflicht der Handlungsgehilfen]
- 06.07.1903 Bericht des Armenpflegers Oskar Hugo Erich an die Hamburger Allgemeine Armenanstalt Abt. III, Bd.7, Nr.110  
[Einblicke in das Haushaltsbudget einer Armenfamilie, deren Wohnung wegen Mietrückstände gekündigt worden ist]
- 14.07.1903 Tarifvertrag für das Kölner Baugewerbe Abt. III, Bd.4, Nr.114  
[Kollektiver Arbeitsvertrag für das Kölner Baugewerbe mit Bestimmungen über den Arbeitslohn, die Arbeitszeit, die Beendigung des Arbeitsverhältnisses und die Schlichtung von Streitigkeiten aus den vereinbarten Arbeitsbedingungen]
- 00.08.1903 Schreiben des Industriellen Karl Lueg an den Industriellen Wilhelm von Siemens Abt. III, Bd.4, Nr.118  
[Stellungnahme zu der Absicht, Arbeiterausschüsse einzurichten: In der rheinisch-westfälischen Großindustrie hat man die Errichtung von Arbeiterausschüssen vermieden, die dabei maßgeblichen Gründe müssen jedoch nicht auch für die Siemens-Werke gelten]
- 13.08.1903 Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Vorstands der Siemens & Halske AG Abt. III, Bd.4, Nr.115  
[Es werden Grundbestimmungen für die Bildung von Arbeiterausschüssen in den einzelnen Werken beschlossen]
- 21.08.1903 Entscheidung des Gewerbegerichts Berlin Abt. III, Bd.4, Nr.116  
[Arbeitsvertragliche Sonderabsprachen zwischen Arbeitern und ihren Arbeitgebern sind nicht deshalb ungültig, weil sie einem Tarifvertrag widersprechen]



- 24.08.1903 Schreiben des Industriellen Wilhelm von Siemens an den Bankdirektor Karl Mommsen Abt. III, Bd.4, Nr.117  
[Angesichts der „Gärung“ unter den Arbeitern der Siemens & Halske AG soll auf deren Wunsch, Arbeiterausschüsse bei den einzelnen Werken einzurichten, eingegangen werden; Bitte um Stellungnahme]
- 31.08.1903 Schreiben des Mitglieds der Berliner Armendirektion Oskar Heller an den Münchner Armenpfllegschaftsrat Abt. III, Bd.7, Nr.111  
[Unterrichtung über die Grundsätze und Höhe der Berliner Armenunterstützungen]
- 08.09.1903 Tarifvertrag für die deutschen Chemigraphen und Kupferdrucker Abt. III, Bd.4, Nr.119  
[Kollektiver Arbeitsvertrag für das graphische Kunstgewerbe in Deutschland mit Bestimmungen über die Arbeitszeit, den Arbeitslohn, die Kündigung, das Lehrlingswesen, die Arbeitsordnung sowie gemeinsame Organe zur Festsetzung bzw. Durchführung des Tarifs und zur Schlichtung von Streitigkeiten]
- 11.09.1903 Schreiben des Vorstehers des Stuttgarter Armenamts Jakob Müller an den Münchner Armenpfllegschaftsrat Abt. III, Bd.7, Nr.112  
[Bericht über die in Stuttgart herrschenden Regelungen bei der Bemessung der Unterstützung]
- 15.09.1903 Schreiben des Vorsitzenden des Dresdener Armenamts Richard August Kuhn an den Münchner Armenpfllegschaftsrat Abt. III, Bd.7, Nr.113  
[Bericht über die in Dresden herrschenden Unterstützungsregeln]
- 18.09.1903 Rede des Vorsitzenden der Gesellschaft für Soziale Reform Hans Freiherr von Berlepsch vor der Hamburger Ortsgruppe der Gesellschaft Abt. III, Bd.1, Nr.123  
[Trotz Steigerung der Löhne ist die materielle Lage der Arbeiterschaft ungenügend; eine verlässliche Lohnstatistik fehlt; für die Arbeiterjugend wird zu wenig getan; der gesetzliche Jugendarbeitsschutz ist unzureichend; das Koalitions- und Vereinsrecht muß verbessert werden; polizeiliche Unterdrückung stärkt die Sozialdemokratie, anstatt sie zu schwächen]
- 25.09.1903 Rede des Direktors des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.114  
[Gestaltung der geschlossenen Armenpflege: Das englische Arbeitshausprinzip wird abgelehnt; die Anstaltsfürsorge ist gleichwohl unentbehrlich; ein Übelstand sind die ländlichen Armenhäuser; die Anstaltsfürsorge ist auf größere Verbände zu verlagern; die Differenzierung der Anstaltsarten ist oft noch nicht weit gediehen; die Zwangsfürsorge in Anstalten ist notwendig; auch innerhalb der Anstalten muß das Individualisierungsprinzip zur Geltung kommen; die Beschäftigung der Insassen mit Arbeit gehört zu den wesentlichen Grundsätzen]
- 26.09.1903 Statut des Arbeiterausschusses der Siemens & Halske AG Abt. III, Bd.4, Nr.120  
[Regelungen zu den Rechten und Pflichten, zur Zusammensetzung und zur Wahl des Arbeiterausschusses bei der Siemens & Halske AG]
- 28.09.1903 Entscheidung des Berliner Kammergerichts Abt. III, Bd.4, Nr.121  
[Die Verurteilung zweier Streikposten in Berlin wegen Übertretung der Berliner Straßenordnung ist zu Recht erfolgt]
- 31.10.1903 Hamburger Echo Nr. 255 Abt. III, Bd.5, Nr.118  
[Versammlung von Krankenkassenmitgliedern: Sollen Arbeiter Ortskrankenkassen oder Hilfskassen bevorzugen?]
- 05.11.1903 Aufzeichnung des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Walter Spielhagen für den Abteilungsdirektor Franz Caspar Abt. III, Bd.5, Nr.119  
Über die Stellung der Ärzte und Apotheker zu den Krankenkassen soll weiter Material gesammelt werden, die Angelegenheit ist für den Gesetzgeber noch nicht entscheidungsreif, obwohl sich die tatsächliche Situation verschärft hat]
- 06.11.1903 Entscheidung des Gewerbegerichts Berlin Abt. III, Bd.4, Nr.122  
[Der Tarifvertrag der Maurer gilt so lange auch für Nicht-Mitglieder der Organisationen, die ihn geschlossen haben, wie nicht bei der Arbeitsaufnahme ausdrücklich andere Arbeitsbedingungen abgeprochen worden sind]
- 13.11.1903 Aufzeichnung des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Walter Spielhagen an den Abteilungsleiter Franz Caspar Abt. III, Bd.5, Nr.120  
[Überlegungen zur weiteren Ausgestaltung der Krankenversicherung nach Inkrafttreten der Novelle zum Krankenversicherungsgesetz]

- 10.12.1903 Schreiben des anhaltischen Ministerpräsidenten Johann von Dallwitz an den Reichskanzler Dr. Bernhard Graf von Bülow Abt. III, Bd.7, Nr.115  
[Es ist beabsichtigt, gesetzlich die Möglichkeit zu schaffen, Personen, die durch Trunksucht, Müßiggang oder Arbeitsscheu die Hilfsbedürftigkeit ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen verursacht haben, auf dem Verwaltungsweg zwangsweise in ein Armenhaus einzuweisen]
- 16.12.1903 Rundschreiben des Vorsitzenden der Kölner Armendeputation Beigeordneten Philipp Brugger an die Armenbezirksvorsteher, Armenpfleger und Armenpflegerinnen Abt. III, Bd.7, Nr.116  
[Lungenkranke Personen, die hilflosbedürftig sind, sollen, wenn sie ortsangehörig sind, auf Kosten von Stiftungen in Heilstätten untergebracht werden, wenn dies das einzig erfolgversprechende Mittel ist; bei Fällen, wo eine solche Maßnahme keinen Heilerfolg mehr verspricht, soll die Armenpflege gewährleisten, daß sie innerhalb der Familien möglichst isoliert werden]
- 28.12.1903 Runderlaß des preußischen Kultusministers Dr. Konrad Studt an die Regierungspräsidenten und den Berliner Polizeipräsidenten Dr. Georg von Borries Abt. III, Bd.7, Nr.117  
[Es wäre wünschenswert, ähnlich den französischen und belgischen Dispensaires auch in den geeigneten preußischen Städten „Wohlfahrtsstellen für Lungenkranke“ zu errichten]

## 1904

- 00.00.1904 Jahresbericht der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt am Main Abt. III, Bd.7, Nr.139  
[Überblick über die Tätigkeit: Schulungs- und Ausbildungsveranstaltungen; wissenschaftliche Arbeiten, Prüfung von Unterstützungsgesuchen, Übertragung der Kinderfürsorge auf den Verein Kinderschutz, Ausbau der Sammelvormundschaft, Kostkinderaufsicht, Fürsorge für „minderwertige“ Kinder, Ferienwanderungen]
- 12.01.1904 Schreiben des Staatssekretärs der Justiz Dr. Rudolf Arnold Nieberding an den Staatssekretär des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner Abt. III, Bd.7, Nr.119  
[Die von der anhaltischen Regierung beabsichtigte Einführung der gesetzlichen Möglichkeit, Personen, die durch Trunksucht, Müßiggang oder Arbeitsscheu die Hilfsbedürftigkeit ihrer unterhaltsberechtigten Angehörigen verursacht haben, auf dem Verwaltungsweg zwangsweise in ein Armenhaus einzuweisen, stößt auf gewisse Bedenken; bei einer geringfügig veränderten Fassung entfielen diese Bedenken jedoch]
- 15.01.1904 Schreiben des preußischen Handelsministers a. D. Hans Freiherr von Berlepsch an den Reichskanzler Bernhard Graf von Bülow mit Denkschrift Abt. III, Bd.3, Nr.177  
[Anregung einer internationalen Regierungskonferenz zum Arbeiterschutz; Bericht über den Stand der Vorarbeiten]
- 15.01.1904 Aerztliches Vereinsblatt für Deutschland Nr. 515. Dr. Hugo Dippe: Zum Kampfe der Leipziger Ortskrankenkasse mit den Aerzten Abt. III, Bd.5, Nr.121  
[Forderung nach freier Arztwahl; fast alle Leipziger Kassenärzte haben zum 1.4.1904 gekündigt, besondere Bedeutung von „Leipzig“ für die deutsche Ärzteschaft]
- 19.01.1904 Bericht des Vorsitzenden des Gewerbegerichts Hagen Hermann Westermann an den Arnberger Regierungspräsidenten Dr. Franz Freiherr von Coels von der Brügghe Abt. III, Bd.4, Nr.123  
[Die neuen Wahlvorschriften zum Gewerbegericht, die auf der Verhältnismahl beruhen, haben sich bewährt; wurden auf der Arbeitnehmerseite früher nur Sozialdemokraten gewählt, sind nun auch Vertreter der christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften zum Beisitzer gewählt worden]
- 25.01.1904 Protokoll über die Verhandlungen des dritten Allgemeinen Kongresses der Krankenkassen Deutschlands Abt. III, Bd.5, Nr.122  
[Referat des Berliner Kassenrendanten Albert Kohn sowie Diskussionsbeiträge zu Fragen des Verhältnisses zwischen Krankenkassen und Ärzten, insbesondere zur freien Arztwahl, Arzthonoraren und zur finanziellen Lage der Krankenkasse]
- 26.01.1904 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.4, Nr.124  
[Beratung über die Beantwortung einer Interpellation des Zentrums durch die Reichsleitung; Vorschläge des preußischen Innenministers und des Staatssekretärs des Innern für eine entgegenkommende Haltung hinsichtlich der Rechtsstellung der Berufsvereine und der Arbeitskammern werden unterschiedlich aufgenommen; die Beantwortung der Interpellation soll in einer sehr allgemeinen Weise erfolgen]
- 27.01.1904 Schreiben des Vorsitzenden der Leipziger Ortskrankenkasse Dr. Willmar Schwabe an das Krankenversicherungsamt der Stadt Leipzig Abt. III, Bd.5, Nr.123  
[Beschwerde über das Vorgehen der Leipziger Ärzte, Bitte um Abhilfe]
- 00.02.1904 Bericht des Direktors des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl an das Armenkollegium Abt. III, Bd.7, Nr.121  
[Schätzung der Zahl körperbehinderter Menschen in Hamburg; Überblick über die Einrichtungen der „Krüppelfürsorge“ in Deutschland; Tätigkeit der „Krüppelanstalten“; in Hamburg besteht kein Bedarf an staatlichen „Krüppelheimen“; diese bereitzustellen soll der privaten Initiative vorbehalten bleiben]

- 02.02.1904 Sitzungsprotokoll des preußischen Staatsministeriums Abt. III, Bd.5, Nr.124  
[Eine Einbeziehung der landwirtschaftlichen Arbeiter, der Dienstboten und des Gesindes in die Krankenversicherung ist nur über eine Spezialgesetzgebung möglich; Erhebungen über diese Frage]
- 09.02.1904 Denkschrift des Leipziger Kreishauptmanns Georg Otto von Ehrenstein Abt. III, Bd.5, Nr.125  
[Darstellung der Entstehung des Leipziger Konflikts zwischen Krankenkassen und Ärzten über die freie Arztwahl]
- 12.02.1904 Rede des Präsidenten des Reichsversicherungsamts a.D. Dr. Tonio Bödiker vor der Vereinigung für staatswissenschaftliche Fortbildung Abt. III, Bd.1, Nr.124  
[Umfassende Darstellung des Systems der Arbeiterversicherung und ihrer Entstehung; die Novellierungen haben die Gesetze durchweg verbessert; der Kreis der Versicherten muß erweitert werden; die in Aussicht genommene Witwen- und Waisenversicherung ist notwendig]
- 12.02.1904 Bericht des Kölner Regierungspräsidenten Max von Balan an den preußischen Handelsminister Theodor Möller Abt. III, Bd.5, Nr.126  
[Rechtfertigender Bericht über den Verlauf des Kölner Ärztestreiks im Januar und Februar 1904, Eingreifen des Regierungspräsidenten als Aufsichtsbehörde nach § 56 a KVG]
- 24.02.1904 Schreiben des Kreishauptmanns Georg Otto von Ehrenstein an den Vorsitzenden der ärztlichen Vertrauenskommission Dr. Paul Streffer und den Vorstand der Leipziger Ortskrankenkasse Dr. Willmar Schwabe Abt. III, Bd.5, Nr.127  
[Allgemeine Analyse der kassenärztlichen Versorgungssysteme „Distriktsarzt“ – „freie Arztwahl“, Entwurf einer Regelung des Kassenarztrechts durch einen Honorar und Kassenzulassung steuernden Vertrag, Ausschluß der Anwerbung auswärtiger Ärzte durch die Kasse, Aufteilung des Kassenbezirkes mit unterschiedlicher kassenärztlicher Versorgung]
- 24.02.1904 Bericht des Leiters der Leipziger Ziehkinderanstalt Dr. Max Taube an den Rat der Stadt Abt. III, Bd.7, Nr.120  
[Leipziger System der Ziehkinderaufsicht: Die Aufsicht der Ziehkinderanstalt erstreckt sich auf alle unehelichen Kinder bis 14 Jahre, die Generalvormundschaft des Amtes erfaßt einen Großteil der beaufsichtigten Kinder; Bericht über die Mortalität der beaufsichtigten unehelichen Kinder; in späteren Jahren tritt neben die Gesundheitsfürsorge die Aufsicht über die Erziehung; die Ziehkinderanstalt beaufsichtigt auch die Waisenkinder]
- 25.02.1904 Schreiben des preußischen Landwirtschaftsministers Viktor von Podbielski an den Justizminister Dr. Karl Heinrich Schönstedt Abt. III, Bd.4, Nr.125  
[Der einzubringende Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch ländlicher Arbeiter und des Gesindes entspricht weitgehend den Wünschen des Abgeordnetenhauses]
- 02.04.1904 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den preußischen Außenminister Bernhard Graf von Bülow Abt. III, Bd.5, Nr.128  
[Zum Leipziger Ärztestreik]
- 05.04.1904 Schreiben des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an den preußischen Kultusminister Dr. Konrad Studt und den Innenminister Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten Abt. III, Bd.7, Nr.122  
[Die Unterbringung in Lungenheilstätten scheidet bisweilen, weil die öffentliche Armenpflege aufgrund ihrer abschreckenden Wirkung nicht in Anspruch genommen wird; um dies zu vermeiden, können Stiftungsmittel oder besondere Fonds genutzt werden]
- 06.04.1904 Protokoll einer Besprechung im sächsischen Ministerium des Innern Abt. III, Bd.5, Nr.129  
[Beratung über das Vorgehen im Leipziger Ärztestreik, vor allem dessen Behandlungen im sächsischen Landtag und im Reichstag]
- 08.04.1904 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den preußischen Außenminister Bernhard Graf von Bülow Abt. III, Bd.5, Nr.130  
[Zum Leipziger Ärztestreik, Konferenz im sächsischen Innenministerium, Debatte im Landtag]
- 12.04.1904 Satzungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Abt. III, Bd.4, Nr.126  
[Zweck des Arbeitgeberdachverbands ist der Schutz vor ungerechtfertigten Forderungen der Arbeitnehmer, der Arbeitswilligenschutz, die Ausdehnung der Arbeiternachweise der Arbeitgeber und die Durchsetzung der Streikklausel; als Instrumente dienen die Gewährung von Geldmitteln bei Arbeitskämpfen und die Nichtannahme streikender, ausgesperrter oder widerrechtlich ausgetretener Arbeiter]

- 22.04.1904 Sitzungsprotokoll der Stettiner Gesundheitshauptkommission Abt. III, Bd.7, Nr.123  
[In Stettin wird in der Tuberkulosefürsorge von Vereinen Ähnliches geleistet wie durch die französischen und belgischen Dispensaires]
- 06.05.1904 Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Erschwerung des Vertragsbruches landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes Abt. III, Bd.4, Nr.127  
[Strafbar macht sich, wer Dienstboten oder landwirtschaftliche Arbeiter, die einem anderen Arbeitgeber verpflichtet sind, wider besseres Wissen in Dienst nimmt, solche Arbeitskräfte in gewinnstüchtige Absicht vermittelt oder sie verleitet, widerrechtlich den Dienst nicht anzutreten oder zu verlassen]
- 07.05.1904 Erlaß des Kreishauptmanns Georg Otto von Ehrenstein an den Vorsitzenden der Leipziger Ortskrankenkasse Dr. Willmar Schwabe Abt. III, Bd.5, Nr.131  
[Die Kreishauptmannschaft hat gemäß § 56 a Krankenversicherungsgesetz namens der Ortskrankenkasse Leipzig einen Vertrag mit den Leipziger ärztlichen Bezirksvereinen zur Sicherstellung der ärztlichen Versorgung der Leipziger Kassenmitglieder abgeschlossen, der die freie Arztwahl einführt, die ärztlichen Beratungsstellen der Ortskrankenkasse werden aber noch geduldet]
- 08.05.1904 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den preußischen Außenminister Bernhard Graf von Bülow Abt. III, Bd.5, Nr.132  
[Der Leipziger Ärztestreik ist durch das Eingreifen des Kreishauptmanns beendet worden, die freie Arztwahl ist vertraglich eingeführt, nicht aber die freie ärztliche Behandlung der Familienangehörigen]
- 16.05.1904 Vortrag des Vorstandsmitglieds des Frankfurter Hauspflegevereins Elise Hochstädter auf einem Ausbildungskurs der Zentrale für private Fürsorge Abt. III, Bd.7, Nr.124  
[In die Haushalte von Unbemittelten, in denen die Frau krankheitsbedingt die Hausarbeit nicht erledigen kann, werden als Hilfen Frauen aus Arbeiterkreisen geschickt; die bezahlten Pflegerinnen werden von Inspektionsdamen überwacht; der Verein war der erste seiner Art in Deutschland und hat in anderen Städten als Vorbild für ähnliche Gründungen gedient]
- 17.05.1904 Immediatbericht des Reichskanzlers Dr. Bernhard Graf von Bülow an Wilhelm II. Abt. III, Bd.4, Nr.128  
[Die Schaffung der „Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände“ ist nicht unbedenklich; sie kann sich negativ auf den sozialen Frieden auswirken]
- 18.05.1904 Schreiben des Leiters des Frankfurter Waisen- und Armenamts Dr. Karl Flesch an die Bremer Deputation wegen Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises Abt. III, Bd.7, Nr.125  
[Die Erwartung, der städtische paritätische Arbeitsnachweis werde zu einer Zentralisation der Arbeitsvermittlung führen, hat sich nicht erfüllt; die durchweg sozialdemokratischen Arbeitervertreter haben ihre Verwaltungstätigkeit nicht als Kampfmittel mißbraucht]
- 25.05.1904 Entwurf eines Runderlasses des preußischen Kultusministers Dr. Konrad Studt an die Bezirksregierungen Abt. III, Bd.5, Nr.133  
[Grundsätzliche Befürwortung der freien Arztwahl]
- 25.05.1904 Entwurf von Grundzügen für eine Regelung des Verhältnisses zwischen Ärzten und Krankenkassen Abt. III, Bd.5, Nr.134  
[Mustervertragliche Regelung der beschränkt freien Arztwahl mit der Möglichkeit einer nachträglichen Honorarabsenkung bei zu niedrigem Beitragsaufkommen]
- 29.05.1904 Schreiben des preußischen Kultusministers Dr. Konrad Studt an den Handelsminister Theodor Möller Abt. III, Bd.5, Nr.135  
[Preußen sollte angesichts des Fehlens einer reichsgesetzlichen Regelung Vorschläge für einen finanzierbaren Interessenausgleich zwischen Krankenkassen und Ärzten entwickeln]
- 30.05.1904 Bericht des Potsdamer Regierungspräsidenten Rudolf von der Schulenburg an den preußischen Kultusminister Dr. Konrad Studt Abt. III, Bd.5, Nr.136  
[Die Angelegenheiten der AOK Charlottenburg bestimmt der Geschäftsführer Eugen Schirbel, nicht der Vorstandsvorsitzende Herrmann Scheel]
- 31.05.1904 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern Abt. III, Bd.5, Nr.137  
[Diskussion über freie Arztwahl und Arzthonorare]
- 00.06.1904 Eingabe von Mitgliedern der Leipziger Ortskrankenkasse an den Reichstag Abt. III, Bd.5, Nr.138  
[Protest gegen die behördliche Vernichtung des Selbstverwaltungsrechts der Ortskrankenkasse für Leipzig und Umgegend]

- 00.06.1904 Vortrag des wissenschaftlichen Mitarbeiters Dr. Othmar Spann auf einem Ausbildungskurs der Zentrale für private Fürsorge in Frankfurt am Main Abt. III, Bd.7, Nr.129  
[Die berufsmäßige Generalvormundschaft hat viele Vorzüge gegenüber der mit zahlreichen Mängeln behafteten Einzelvormundschaft; sie sollte bis zur Volljährigkeit fortgeführt werden; die allein bei ihrer Mutter aufwachsenden unehelichen Kinder weisen große körperliche, berufliche und moralische Defizite auf]
- 03.06.1904 Rundschreiben des Vorsitzenden der Stettiner Armendirektion Bürgermeister Friedrich Roth an die Armenkommissionen Abt. III, Bd.7, Nr.126  
[Die Armenverwaltungen haben ihre Tätigkeit auf dem Gebiet der Fürsorge für Lungenkranke zu vertiefen, die Heilstättenbehandlung allein genügt nicht; die vorbeugende und kontrollierende Tätigkeit wird in Zusammenarbeit mit einem privaten Träger der Tuberkulosefürsorge auf eine neue Grundlage gestellt]
- 10.06.1904 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden Karl Graf von Dönhoff an den preußischen Außenminister Bernhard Graf von Bülow Abt. III, Bd.5, Nr.139  
[Zum Leipziger Ärztestreik]
- 15.06.1904 Antrag des Senats der Stadt Hamburg an die Bürgerschaft Abt. III, Bd.7, Nr.127  
[Um die Aufsicht der in Pflegefamilien untergebrachten Kostkinder zu verbessern, sind berufliche Waisenpflegerinnen anzustellen]
- 21.06.1904 Bericht des Königsberger Regierungspräsidenten Nikolaus von Werder an den preußischen Innenminister Hans Freiherr von Hammerstein-Loxten und den Kultusminister Dr. Konrad Studt Abt. III, Bd.7, Nr.128  
[Mangels hygienischer Kenntnisse werden die ehrenamtlichen Waisenpflegerinnen der Aufgabe der Überwachung der Pflegekinder nicht vollauf gerecht; die Anstellung von vier beruflichen Aufsichtsdamen ist erforderlich, die vom Staat besoldet werden sollten]
- 24.06.1904 Bericht des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner an den Reichskanzler Dr. Bernhard Graf von Bülow Abt. III, Bd.4, Nr.129  
[Grundzüge für den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Berufsvereine, werden vorgelegt]
- 06.07.1904 Gesetz, betreffend Kaufmannsgerichte Abt. III, Bd.4, Nr.130  
[Bestimmungen über die Errichtung und Zusammensetzung der Kaufmannsgerichte, der dortigen Verfahren, die Erstellung von Gutachten und Anträgen, das etwaige Verfahren vor dem Gemeindevorsteher]
- 00.07.1904 Denkschrift des Nürnberger Referenten für Armenpflege Wilhelm Fleischmann für den Armenpflegerschaftsrat Abt. III, Bd.7, Nr.131  
[Die Organisation der Nürnberger Armenpflege ist hinter den Ansprüchen der Armenpflege zurückgeblieben; das zeigt der Vergleich mit der Elberfelder Armenpflege; zum Zweck der Individualisierung der Armenpflege muß die Zahl der Armenpfleger drastisch erhöht werden; ebenso sollen Tarifsätze eingeführt werden]
- 09.07.1904 Sitzungsprotokoll des Arbeitsausschusses der Auskunfts- und Fürsorgestellen für Lungenkranke in Berlin Abt. III, Bd.7, Nr.130  
[Es sollen fünf Fürsorgestellen für Tuberkulosekranke eingerichtet werden; die Grundsätze für deren Tätigkeit werden umrissen, insbesondere hinsichtlich des Verhältnisses zu den behandelnden Ärzten]
- 15.07.1904 Amtliche Nachrichten des Reichs-Versicherungsamts Nr. 7. Rückblick auf die bisherige Entwicklung des Reichs-Versicherungsamts in der Zeit vom 14. Juli 1884 bis zum 14. Juli 1904 Abt. III, Bd.2, Nr.136  
[Entwicklung des Amts seit 1884 und dessen personeller Ausbau; aktuelle Zusammensetzung]
- 25.08.1904 Rede des Vorsitzenden der Charlottenburger Armendirektion Hans Samter auf der Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohlthätigkeit Abt. III, Bd.7, Nr.132  
[Unter den großen Volkskrankheiten ist es vor allem die Tuberkulose, die zu bekämpfen sich die Armenpflege zur Aufgabe machen muß; besonders geeignet dazu sind die Fürsorgestellen für Lungenkranke, wichtig ist neben der Fürsorge in den Wohnungen auch die Heilstättenbehandlung; die Armenpflege soll diese ermöglichen, wenn die Kosten der Heilstättenbehandlung für die Unterstützten nicht erschwinglich sind; die Fürsorge für Lungenkranke ist nicht als Armenunterstützung im Sinne der Wahlgesetze zu verstehen]
- 25.08.1904 Schreiben des Leiters des Frankfurter Waisen- und Armenamts Dr. Karl Flesch an den Stadtarzt Dr. Albert König Abt. III, Bd.7, Nr.133  
[In der Frage nach Hilfen für Lungenkranke außerhalb von Heilstätten ist eine zu enge Anbindung an das Armenamt nicht zu empfehlen, eher ist an Fürsorgeeinrichtungen in Anlehnung an die Spitäler zu denken, die mit den Vereinen zusammenarbeiten]

- 09.09.1904 Stellungnahme des Nürnberger Ersten Bürgermeisters Dr. Georg von Schuh zu einer Denkschrift des Referenten für Armenpflege Wilhelm Fleischmann Abt. III, Bd.7, Nr.134  
[Der kritischen Beschreibung des Ist-Zustands der Nürnberger Armenpflege in der Denkschrift wird widersprochen; der Einstellung von weiteren Armenpflegern wird zugestimmt, unter Vorbehalt auch der Aufstellung von Unterstützungstarifen]
17. u. 18.09.1904 Bericht über die dritte sozialdemokratische Frauenkonferenz Abt. III, Bd.3, Nr.178  
[Kritik am Kinderschutzgesetz, weil dieses nicht jede Kinderarbeit verbietet; Forderung nach dem Zehn-studententag für Arbeiter und Arbeiterinnen]
- 23.09.1904 Rede des Berliner Armendezernenten Dr. Emil Münsterberg auf dem International Congress of Arts and Science in St. Louis Abt. III, Bd.7, Nr.135  
[Kategorien wie individuelle und allgemeine Armutsursachen oder verschuldete und unverschuldete Armut verwischen sich oft; die Armenpflege setzt bei den Symptomen der Not an, für die Bekämpfung der Ursachen bedarf es anderer Maßnahmen; sie schwankt zwischen den beiden Übeln des Zuviels und des Zuwenigs ihrer Gaben; deshalb ist ihre angemessene Organisation ein Zentralthema; hier bestehen Divergenzen zwischen den nationalen Systemen im Gewicht der ehrenamtlichen und beruflichen Ausübung, der offenen und der geschlossenen Armenpflege; die Unterschiede zwischen den nationalen Armenpflegesystemen sind jedoch in der Praxis geringer als bei einer theoretischen Betrachtung; die Armenpflege erweitert ihr Selbstverständnis zur sozialen und vorbeugenden Armenpflege]
- 01.10.1904 Vorwärts. Berliner Volksblatt Nr. 231, 2. Beilage. Die Wahl der Arbeitervertreter zu den unteren Verwaltungsbehörden Abt. III, Bd.6, Nr. 77  
[Zur Bedeutung der Wahlen von Beisitzern in der Rentenversicherung; Aufruf zur Wahlbeteiligung]
- 13.10.1904 Sitzungsprotokoll des Hamburger Armenkollegiums Abt. III, Bd.7, Nr.136  
[Diskussion darüber, ob die Armenpflege mit der beabsichtigten Erweiterung ihrer Tätigkeit auf dem Feld der Tuberkulosebekämpfung den ihr gesetzlich gezogenen Rahmen verlasse; die alte Zwangsarmenpflege entwickle sich weiter zu einer sozialen Fürsorge in vorbeugender Absicht]
- 00.11.1904 Resolution des Vorstands des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands Abt. III, Bd.4, Nr.132  
[Das Verhängen der „Sperr“ über eine Arbeitsstelle und der Aufruf zum Boykott von Geschäften müssen unter Strafe gestellt werden; der Schutz der Arbeitswilligen muß gesetzlich gesichert, das Streikposten stehen unterbunden werden; der Kontraktbruch ist strafrechtlich zu sanktionieren; soll den Berufsvereinen die Rechtsfähigkeit zugestanden werden, müssen sie bei Streiks zur Schadenshaftung herangezogen werden können]
- 04.11.1904 Protokoll einer Besprechung von Regierungskommissaren im Reichsamt des Innern Abt. III, Bd.4, Nr.131  
[Beratung über die Grundzüge eines Gesetzesentwurfs über die gewerblichen Berufsvereine; Bedenken im Hinblick auf Folgen und Wirkungen eines solchen Gesetzes werden vor allem vom preußischen Innenministerium vorgetragen; erörtert wird auch die Frage, ob Vereinen, die ihren Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf Unterstützung gewähren, nicht eine bessere Stellung gewährt werden solle]
- 15.11.1904 Aufzeichnung des Geheimen Regierungsrats im Reichsamt des Innern Walter Spielhagen Abt. III, Bd.5, Nr.140  
[Die bisherige abwartende Haltung der Reichsverwaltung gegenüber einer gesetzlichen Regelung des Verhältnisses der Ärzte und Apotheker zu den Krankenkassen wird als richtig angesehen]
- 07.12.1904 Protokoll der Generalversammlung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. III, Bd.5, Nr.141  
[Zur Entschädigung von Vorstandsmitgliedern, Besuch von Ausstellungen auf Kassenkosten]
- 22.12.1904 Sitzungsprotokoll der Berliner Stadtverordnetenversammlung Abt. III, Bd.7, Nr.137  
[Es ist beabsichtigt, mehrere Fürsorgestellen zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit zu errichten; Debatte über die entsprechende Magistratsvorlage; strittig ist, ob dort auch Unterstützungen für stillende Mütter vergeben werden sollen und die Fürsorge auf Schwangere und Wöchnerinnen ausgedehnt werden soll]
- 29.12.1904 Bericht des Merseburger Regierungspräsidenten Eberhard Freiherr von der Recke an den preußischen Kultusminister Dr. Konrad Studt Abt. III, Bd.7, Nr.138  
[Die Funktionen einer Wohlfahrtsstelle für Lungenkranke werden im Regierungsbezirk Merseburg auf Vereinsbasis in Angriff genommen; insbesondere in der Stadt Halle (Saale) sind die entsprechenden Bestrebungen bereits seit 1899 weit entwickelt]
- 30.12.1904 Protokoll der Vorstandssitzung der Ortskrankenkasse I in Mannheim Abt. III, Bd.5, Nr.142  
[Entschädigung von Vorstandsmitgliedern]

**1905**

03.01.1905	Aushang der Verwaltung der Zeche „Bruchstraße“ in Bochum Langendreer [Keine Änderung der Seilfahrtzeit]	Abt. IV, Bd.1, Nr.1
06.01.1905	Resolution der Belegschaftsversammlung von Zeche „Bruchstraße“ [Forderungen an die Unternehmer]	Abt. IV, Bd.1, Nr.2
06.01.1905	Bericht der „Bergarbeiter-Zeitung“ Nr. 2 vom 14. Januar über die Belegschaftsversammlung auf Zeche „Bruchstraße“ [Solidarität der Gewerkschaftsverbände; Ermahnung zur Disziplin]	Abt. IV, Bd.1, Nr.3
06.01.1905	Resolution der Belegschaft der Zeche „Bruchstraße“ [Protest gegen die Behandlung der Verhandlungskommission durch die Arbeitgeber]	Abt. IV, Bd.1, Nr.4
06.01.1905	Mitteilung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 3 [Kartellvertrag zwischen der „Hauptstelle“ und dem „Verein deutscher Arbeitgeberverbände“]	Abt. IV, Bd.1, Nr.5
07.01.1905	Erklärung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund [Zur Frage der Deputatkohle]	Abt. IV, Bd.1, Nr.6
07.01.1905	Bergarbeiter-Zeitung. Das Verhältnis der Unterbeamten zu den Arbeitern. Brief eines Reviersteigers. [Steiger unter dem Druck der Betriebsleitung]	Abt. IV, Bd.1, Nr.7
08.01.1905	Resolution des Bergarbeiterverbandes zum Streik auf der Zeche „Bruchstraße“ [Forderung nach ausreichenden Arbeiterschutzvorschriften]	Abt. IV, Bd.1, Nr.8
08.01.1905	Die Hilfe Nr. 1. Neue Männer in der deutschen Gewerkschaftsbewegung [Ziele und Bestrebungen der sogenannten „Düsseldorfer Richtung“ in den Gewerkvereinen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.9
08.01.1905	Vorwärts Nr. 7. Der Krieg im Ruhrrevier [Gärung auf einzelnen Ruhrzechen; erste Forderungen der Bergarbeiter]	Abt. IV, Bd.1, Nr.10
08.01.1905	Vorwärts Nr. 7. Zechenlöhne und Zechenprofite [Lohn- und Preisbewegungen im Ruhrbergbau; Gewinnspannen der Unternehmer aus der Sicht der Arbeitnehmer]	Abt. IV, Bd.1, Nr.11
08. u. 15.01.1905	Die Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 2 und Nr. 3. Zur Frage der Streikversicherung [Streikversicherungsgesellschaften nur innerhalb eines Berufszweiges]	Abt. IV, Bd.1, Nr.12
09.01.1905	Schreiben des Königlichen Oberbergamtes an Hugo Stinnes [Oberbergamt als Einigungsamt]	Abt. IV, Bd.1, Nr.13
09.01.1905	Telegramm von Hugo Stinnes an das Königliche Oberbergamt Dortmund – Berghauptmann Bauer [Information über Streitpunkte]	Abt. IV, Bd.1, Nr.14
09.01.1905	Telegramm von Hugo Stinnes an „Louise Tiefbau“ in Barop [Keine Antwort an das Oberbergamt]	Abt. IV, Bd.1, Nr.15
10.01.1905	Telegramm des Königlichen Oberbergamts Dortmund an Hugo Stinnes [Streitpunkt Seilfahrt]	Abt. IV, Bd.1, Nr.16
10.01.1905	Frankfurter Zeitung Nr. 10. Die Lage im Ruhrrevier I [Der Standpunkt der Arbeitgeber]	Abt. IV, Bd.1, Nr.17
10.01.1905	Großenhainer Tageblatt. Christentum und Vaterlandsliebe [Scharfe Entgegnung zu Äußerungen Pfarrer Liebsters, Leipzig]	Abt. IV, Bd.1, Nr.18
10.01.1905	Aufruf der Vorstände des Bergarbeiterverbandes, des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter, des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins der Bergleute und der polnischen Berufsvereini- gung: „An die Bergleute im Ruhrgebiet!“ [Disziplin und Verweigerung aller Überschichten]	Abt. IV, Bd.1, Nr.19

- 11.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.20  
[Ausmaß des Bergarbeiterstreiks]
- 11.01.1905 Rundschreiben des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund an die Vereinszechen nebst Anlagen Abt. IV, Bd.1, Nr.21  
[Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet]
- 12.01.1905 Eingabe der Direktion der Zeche „Rhein-Elbe“ zu Gelsenkirchen an das Oberbergamt in Dortmund Abt. IV, Bd.1, Nr.22  
[Ablehnung der Arbeitnehmervertreter]
- 12.01.1905 Frankfurter Zeitung Nr. 12. Die Lage im Ruhrrevier II Abt. IV, Bd.1, Nr.23  
[Die Beschwerden der Arbeiter]
- 12.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Trier an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz Abt. IV, Bd.1, Nr.24  
[Ausweitungsgefahr des Bergarbeiterstreiks]
- 12.01.1905 Schreiben Hugo Stinnes‘ an das Berggewerbegericht in Dortmund Abt. IV, Bd.1, Nr.25  
[Berggewerbegericht als Einigungsamt abgelehnt]
- 12.01.1905 Allgemeine Bezirkskonferenz des Ruhrreviers Abt. IV, Bd.1, Nr.26  
[Erörterung der Durchführung und Beendigung des Streiks]
- 13.01.1905 Eingabe der Siebenerkommission an das Oberbergamt in Dortmund Abt. IV, Bd.1, Nr.27  
[Berggewerbegericht als Einigungsamt]
- 13.01.1905 Anlage zur Eingabe der Siebenerkommission an das Oberbergamt Dortmund Abt. IV, Bd.1, Nr.28  
[Berggewerbegericht als Einigungsamt]
- 13.01.1905 Telegramm des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.29  
[Einflußnahme des Handelsministers auf Bergbauverein erbeten]
- 13.01.1905 Schreiben des Bergwerksdirektors der Zeche „Hamburg und Franziska“ in Witten, Berg-assessor Kleine, an die Gelsenkirchener Bergwerksaktiengesellschaft Abt. IV, Bd.1, Nr.30  
[Streikbewegung auf der genannten Zeche]
- 14.01.1905 Schreiben des Oberbergamtes Dortmund an das Mitglied der Siebenerkommission Johann Effert Abt. IV, Bd.1, Nr.31  
[Antwort auf die Eingabe der Arbeiter]
- 14.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Münster an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.32  
[Ausdehnung des Streiks; Forderung nach Schutz der Arbeitswilligen]
- 14.01.1905 Schreiben des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund an das Mitglied der Siebenerkommission Johann Effert Abt. IV, Bd.1, Nr.33  
[Ablehnung der Forderungen der Arbeiter]
- 14.01.1905 Protokoll der Verhandlung zwischen dem Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund und Vertretern der preußischen Regierung Abt. IV, Bd.1, Nr.34  
[Keine Annahme der Arbeiterforderung; Anregung einer Enquête]
- 14.01.1905 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 2. Achtung Kameraden! Aufruf des Vorstandes des Verbandes deutscher Bergarbeiter Abt. IV, Bd.1, Nr.35  
[Warnungen vor dem Beginn von wilden Streiks]
- 14.01.1905 Deutsche Tageszeitung. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrkohlenbezirk Abt. IV, Bd.1, Nr.36  
[Folgen des möglichen Generalstreiks]
- 14.01.1905 Bekanntmachung der Gewerkschaft der Steinkohlenzeche „Mont Cenis“ Abt. IV, Bd.1, Nr.37  
[Entlassungsdrohung]
- 15.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.38  
[Ausdehnung des Streiks; vorläufige Ablehnung militärischer Hilfe]



15.01.1905	Resolution des Gesamtverbandes evangelischer Arbeitervereine [Forderung zur Besserung der Arbeiterverhältnisse]	Abt. IV, Bd.1, Nr.39
16.01.1905	Beschluß der Siebenerkommission zur Aufnahme des Streiks [Aufforderung zur Einigkeit und Disziplin]	Abt. IV, Bd.1, Nr.40
16.01.1905	Frankfurter Zeitung [Stellungnahme zum Generalstreik]	Abt. IV, Bd.1, Nr.41
16.01.1905	Bericht des Oberbürgermeisters in Essen an den Minister des Innern [Verleumdungsversuch der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“]	Abt. IV, Bd.1, Nr.42
16.01.1905	Rundschreiben des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund an die Vereinszechen [Volle Auszahlung der Dezember-Löhne]	Abt. IV, Bd.1, Nr.43
16.01.1905	Bericht des Oberbergamtes in Dortmund an den Minister für Handel und Gewerbe [Keine Entlassung von Arbeitswilligen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.44
17.01.1905	Telegramm des Oberpräsidenten in Münster an den Minister des Innern [Ausdehnung des Bergarbeiterstreiks]	Abt. IV, Bd.1, Nr.45
17.01.1905	Protokoll der Verhandlung des Oberberghauptmanns von Velsen mit den Vertretern der Berg- arbeiterverbände im Sitzungssaale des Oberbergamtes Dortmund	Abt. IV, Bd.1, Nr.46
17.01.1905	Urteil der 4. Strafkammer des Königlichen Landgerichts I in Berlin [Verurteilung angeklagter Arbeiter in idealer Gesetzeskonkurrenz wegen versuchter Erpressung und Vergehens gegen § 153 Gewerbeordnung]	Abt. IV, Bd.1, Nr.47
18.01.1905	Telegramm des Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz an den Minister des Innern [Verstärkung der Polizeikräfte erbeten]	Abt. IV, Bd.1, Nr.48
18.01.1905	Erlaß des preußischen Ministers des Innern an die Oberpräsidenten in Münster und Koblenz [Nur in Notfällen Militäreinsatz]	Abt. IV, Bd.1, Nr.49
18.01.1905	Bericht des Regierungspräsidenten in Münster an den Minister des Innern [Ausdehnung des Streiks; Ablehnung militärischer Hilfe]	Abt. IV, Bd.1, Nr.49a
18.01.1905	Erlaß des preußischen Justizministers an den Oberstaatsanwalt in Hamm [Schnelle Bestrafung bei Ausschreitungen gegen Arbeitswillige]	Abt. IV, Bd.1, Nr.50
18.01.1905	Telegramm des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den Minister des Innern [Ausdehnung des Streiks; Hoffnung, ohne militärische Hilfe Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten zu können]	Abt. IV, Bd.1, Nr.51
18.01.1905	Telegramm des Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz an das General-Kommando in Münster [Trotz Ausdehnung des Streiks Ablehnung militärischer Hilfe]	Abt. IV, Bd.1, Nr.52
18.01.1905	Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz an den Minister des Innern [Bedenken gegenüber den von der Presse und den Zechenverwaltungen gemeldeten Ausschreitungen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.53
19.01.1905	Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg an den Minister des Innern [Betriebsbeschränkungen als Streikfolgen – keine Ausschreitungen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.54
20.01.1905	Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg an den Minister des Innern [Forderung nach Verstärkung der Polizeikräfte]	Abt. IV, Bd.1, Nr.55
20.01.1905	Bericht des Landrats in Ruhrort an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf [Von Zechenverwaltungen gefordertes Eingreifen des Militärs nicht notwendig]	Abt. IV, Bd.1, Nr.56

- 20.01.1905 Schreiben des Schriftführers des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Dr. Emil Münsterberg an den Direktor des Hamburger öffentlichen Armenwesens Dr. Adolf Buehl Abt. III, Bd.7, Nr.140  
[Erläuterungen zu einem von Buehl übernommenen Bericht für die Jahresversammlung des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit 1905; Ausführungen zu den modernen Entwicklungstendenzen in der Armenpflege beispielsweise hin zu prophylaktischen, hygienischen und sozialen Gesichtspunkten]
- 20.01.1905 Der Gewerkverein Nr. 3. Der Generalstreik der Bergarbeiter Abt. IV, Bd.1, Nr.57  
[Aufforderung zu diszipliniertem Verhalten im Generalstreik und zur Unterstützung des Streiks]
- 20.01.1905 Tarifvertrag zwischen den Vertretern der Arbeitgeber und den Arbeitern im Berliner Holzgewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.58  
[Einführung von Schlichtungskommissionen bei Lohnstreitigkeiten]
- 21.01.1905 Eingabe der Gewerkschaft der Zeche König-Ludwig in Recklinghausen an den Regierungspräsidenten in Münster Abt. IV, Bd.1, Nr.59  
[Kein ausreichender Schutz der Arbeitswilligen gewährleistet]
- 21.01.1905 Bericht des Polizeikommissars in Recklinghausen an den Regierungspräsidenten in Münster Abt. IV, Bd.1, Nr.60  
[Zurückweisung der von der Gewerkschaft König-Ludwig erhobenen Vorwürfe und gemeldeten Ausschreitungen]
- 21.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnshagen an den Minister des Innern und den Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.61  
[Verhalten der Streikenden; Einsatz der Polizeikräfte zum Schutze der Arbeitswilligen]
- 21.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Münster an die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.62  
[Vertrauen der Bergarbeiter zu den Behörden]
- 22.01.1905 Notiz des preußischen Ministers des Innern an den Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten Abt. IV, Bd.1, Nr.63  
[Androhung der Ausweisung ausländischer Arbeitskräfte]
- 22.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.64  
[Auch bei eventueller Verschärfung der Lage im Streikgebiet kein Militäreinsatz]
- 23.01.1905 Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen in Münster an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.65  
[Möglichkeiten zum Schutz der Arbeitswilligen; Ablehnung von militärischer Hilfe]
- 24.01.1905 Schreiben des Verlegers Rudolf Mosse an den Verbandskassierer der Deutschen Gewerkschaften Berlin Abt. IV, Bd.1, Nr.66  
[Spenden zur Linderung der Not unter den Arbeitern]
- 24.01.1905 Brief Gottfried Traubs an die „Christliche Welt“ Abt. IV, Bd.1, Nr.67  
[Motive des Streiks, Anerkennung der Organisation der Arbeiter]
- 24.01.1905 Aufruf von Professor Dr. Böhmert, Dresden, an die Unternehmer und Arbeiter im Ruhrgebiet Abt. IV, Bd.1, Nr.68  
[Arbeitsstreitigkeiten sollten durch Gewerbegerichte geschlichtet werden]
- 24.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.69  
[Lage im Streikgebiet ruhig – Kündigung von Zechenwohnungen]
- 25.01.1905 Die Christliche Welt. Erklärung der Dortmunder Pfarrkonferenz Abt. IV, Bd.1, Nr.70  
[Mahnung zur sozialen Gerechtigkeit]
- 26.01.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an die Minister des Innern und für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.71  
[Verschärfung der Lage bei Fortdauer des Streiks möglich]
- 27.01.1905 Immediat-Bericht des preußischen Ministers des Innern an den König von Preußen Abt. IV, Bd.1, Nr.72  
[Neutrale Haltung des Staates bei Arbeitskonflikten]
- 27.01.1905 Der Gewerkverein Nr. 4. Der Generalstreik der Bergarbeiter Abt. IV, Bd.1, Nr.73  
[Einmütigkeit der streikenden Arbeiter; parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkvereine]

28.01.1905	Bergarbeiter-Zeitung Nr. 4. Streikende Bergarbeiter! [Aufruf zum Generalstreik; Mahnung zur Disziplin]	Abt. IV, Bd.1, Nr.74
28.01.1905	Erlaß des Justizministers an den Oberlandesgerichtspräsidenten in Hamm [Staatliche Unterstützung bei Räumung von Kolonie-Wohnungen liegt nicht in öffentlichem Interesse]	Abt. IV, Bd.1, Nr.75
28.01.1905	Bericht des Oberbergamtes Dortmund an das Ministerium des Innern [Zusammensetzung und Arbeitsweise der Untersuchungskommission]	Abt. IV, Bd.1, Nr.76
29.01.1905	Die Hilfe Nr. 4. [Friedrich Naumann:] Aufruf für die Angehörigen der Streikenden! [Aufruf zur Unterstützung der Familien der streikenden Bergleute]	Abt. IV, Bd.1, Nr.77
29.01.1905	Die Hilfe Nr. 4. [Eugen Katz:] Wo stehen wir im Streik der Bergleute? [Stellungnahme für die streikenden Bergleute mit Forderung nach staatlich geschützten Arbeiterausschüssen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.78
29.01.1905	Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 5. Generalstreik [Generalstreik als taktisches Prinzip im Klassenkampf]	Abt. IV, Bd.1, Nr.79
29.01.1905	Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 5. Wirren und Gegenwirren [Wirksamkeit der Streikentschädigungsgesellschaften]	Abt. IV, Bd.1, Nr.80
31.01.1905	Der Gewerkverein Nr. 5. Wochenschau [Versammlung in Berlin: Stellungnahme zum Bergarbeiterstreik. Resolution und Aufruf zur Unterstützung der Streikenden]	Abt. IV, Bd.1, Nr.81
00.01/02.1905	Evangelisch-sozial: An unsere Mitglieder und Freunde [Aufruf zu Spenden für die Streikenden]	Abt. IV, Bd.1, Nr.82
00.01/02.1905	Evangelisch-sozial Nr. 1/2. [W. Schneemelcher:] Der Kongreß und der Bergarbeiterstreik [Praktische Konsequenzen der Kongreßarbeit]	Abt. IV, Bd.1, Nr.83
00.01/02.1905	Evangelisch-sozial Nr. 1/2. Spendenquittung [Quittung über die bis zum 6. Februar eingegangenen Gaben für die streikenden Arbeiter]	Abt. IV, Bd.1, Nr.84
00.02.1905	[Anonym:] Ein brennender Punkt beim vertragsbrüchigen Streik [Härteres Vorgehen der Arbeitgeber gegen vertragsbrüchige Streiks]	Abt. IV, Bd.1, Nr.85
02.02.1905	Bericht des Regierungspräsidenten in Münster an den Minister des Innern [Stärkung der Gewerkschaftsorganisationen durch den Streik]	Abt. IV, Bd.1, Nr.86
03.02.1905	Bericht des Regierungspräsidenten in Münster an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe [Auswirkungen des Bergarbeiterstreiks auf die Industrie im Regierungsbezirk Münster]	Abt. IV, Bd.1, Nr.87
03.02.1905	Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 12: Vom Bergarbeiterstreik [Disziplin der Streikenden und die Pflicht des Staates]	Abt. IV, Bd.1, Nr.88
03.02.1905	Der Gewerkverein Nr. 5: Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier [Der Streik – eine wirtschaftliche, aber keine politische Auseinandersetzung]	Abt. IV, Bd.1, Nr.89
03.02.1905	Deutsche Industriezeitung Nr. 5. [H. A. Bueck:] Der Ausstand der Kohlenarbeiter und die Novelle zum Berggesetz [Ordnungspolitische Folgen staatlichen Eingreifens]	Abt. IV, Bd.1, Nr.90
04.02.1905	Beschluß der Gesellschaft für Soziale Reform zur Bergarbeiterbewegung im Ruhrrevier [Forderung nach einem Reichsberggesetz, Zustimmung zur Initiative der preußischen Regierung]	Abt. IV, Bd.1, Nr.91
04.02.1905	Konferenz des Internationalen Bergarbeiterkomitees in Dover: Internationale Solidarität [Internationale Unterstützung für die Streikenden]	Abt. IV, Bd.1, Nr.92
04.02.1905	Resolution des Internationalen Bergarbeiterkomitees [Sympathiekundgebung für die deutschen Bergleute]	Abt. IV, Bd.1, Nr.93

- 04.02.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 5. [H. Sachse:] An unsere Streikbureaus und Vertrauensleute [Bildung von Belegschaftskommissionen] Abt. IV, Bd.1, Nr.94
- 04.02.1905 Glückauf Nr. 5: Zur Lebenshaltung der Bergarbeiter im Ruhrrevier [Reallohnerhöhungen] Abt. IV, Bd.1, Nr.95
- 05.02.1905 Korrespondentenbericht des „Vorwärts“ Nr. 32 vom 7. Februar 1905 über eine Bergarbeiter-versammlung in Bochum [Verhandlungen mit dem Bergbauverein angeboten] Abt. IV, Bd.1, Nr.96
- 05.02.1905 Telegramm der Siebenerkommission an den Verein für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund [Bitte um erneute Verhandlungen] Abt. IV, Bd.1, Nr.97
- 05.02.1905 Telegramm der Siebenerkommission an den Reichskanzler Grafen Bülow [Information über erneute Verhandlungen] Abt. IV, Bd.1, Nr.98
- 05.02.1905 Telegramm des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund an die Siebenerkommission [Ablehnung der Verhandlungen] Abt. IV, Bd.1, Nr.99
- 05.02.1905 Telegramm des Reichskanzlers Grafen Bülow an die Siebenerkommission [Forderung nach Wiederaufnahme der Arbeit vor Verhandlungsbeginn] Abt. IV, Bd.1, Nr.100
- 05.02.1905 Telegramm der Siebenerkommission an das Königliche Oberbergamt Dortmund [Verfahren der Untersuchungskommissionen] Abt. IV, Bd.1, Nr.101
- 05.02.1905 Die Hilfe Nr. 5. [H. v. Gerlach:] Der Kohlenarbeiterstreik und die Gesetzgebung [Initiativantrag Gothein im Reichstag zur Abänderung der Gewerbeordnung] Abt. IV, Bd.1, Nr.102
- 05.02.1905 Bericht über eine Belegschaftsversammlung der Belegschaft von Schacht II der Zeche „Deutscher Kaiser“, Hamborn [Situation der Streikenden gegenüber Werksleitung und Öffentlichkeit] Abt. IV, Bd.1, Nr.103
- [nach 05.02.] Bericht der Verwaltung der „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“ an den Vorstand 1905 [Streikausbruch und Streikverlauf bei Schacht III] Abt. IV, Bd.1, Nr.104
- [nach 05.02.] Zusammenstellung der „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“ über gestrichene Kohlenförderung 1905 [Ergebnisse des „Wagennullens“] Abt. IV, Bd.1, Nr.105a
- [nach 05.02.] Betriebsstrafen im Jahre 1904 auf Zeche „Deutscher Kaiser“ 1905 Abt. IV, Bd.1, Nr.105b
- [nach 05.02.] Bericht der Verwaltung der „Gewerkschaft Deutscher Kaiser“ an den Vorstand 1905 [Streikausbruch und Streikverlauf bei Schacht IV] Abt. IV, Bd.1, Nr.106
- 06.02.1905 Aufruf Bonner Professoren zur Unterstützung der Streikenden im Ruhrrevier [Nur Unterstützung der Notleidenden] Abt. IV, Bd.1, Nr.107
- 06.02.1905 Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 13: Vom Bergarbeiterstreik [Unberechtigte Forderungen der Siebenerkommission] Abt. IV, Bd.1, Nr.108
- 07.02.1905 Kölnische Volkszeitung Nr. 110: Der gegenwärtige Stand des Bergarbeiterausstandes [Verhandlungen mit der Siebenerkommission vom Bergbaulichen Verein abgelehnt] Abt. IV, Bd.1, Nr.109
- 07.02.1905 Erklärung der Siebenerkommission [Einigkeit unter den Bergarbeiterverbänden] Abt. IV, Bd.1, Nr.110
- 07.02.1905 Kölnische Volkszeitung Nr. 110: Scharfmacher und Sozialdemokraten [Parteipolitik der SPD während des Ausstandes] Abt. IV, Bd.1, Nr.111
- 08.02.1905 Hamburger Nachrichten Nr. 98: Der Bergarbeiterausstand – Korrespondenzbericht aus Essen [Uneinigkeit im Streiklager] Abt. IV, Bd.1, Nr.112

08.02.1905	Hamburger Nachrichten Nr. 98: Das Not-Berggesetz [Zweifel am richtigen Zeitpunkt]	Abt. IV, Bd.1, Nr.113
08.02.1905	Aufruf des Evangelischen Arbeiterbundes [Wiederaufnahme der Arbeit empfohlen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.114
08.02.1905	Frankfurter Zeitung und Handelsblatt Nr. 39. Korrespondentenbericht [Delegiertenversammlung der Ruhrbergleute]	Abt. IV, Bd.1, Nr.115
08.02.1905	Eingabe der Siebenerkommission an den Reichskanzler Grafen Bülow [Forderungen zum Berggesetz]	Abt. IV, Bd.1, Nr.116
09.02.1905	Rede Efferts vor der Revierkonferenz [Streik durch die leeren Verbandskassen beendet]	Abt. IV, Bd.1, Nr.117
09.02.1905	Resolution der Revierkonferenz [Beendigung des Streiks]	Abt. IV, Bd.1, Nr.118
09.02.1905	Rede Hues nach Annahme der Resolution durch die Revierkonferenz	Abt. IV, Bd.1, Nr.119
09.02.1905	Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 14: Vom Bergarbeiterstreik [Zu schnelles Nachgeben der preußischen Staatsregierung]	Abt. IV, Bd.1, Nr.120
09.02.1905	Berichterstattung über die Tätigkeit der Siebenerkommission von der Revierkonferenz	Abt. IV, Bd.1, Nr.121
[nach 09.]02. 1905	Erklärung des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund [Entlassungen keine Folge des Streiks]	Abt. IV, Bd.1, Nr.122
10.02.1905	Telegramm der Siebenerkommission an die Regierungspräsidenten von Arnberg, Münster und Düsseldorf [Protest gegen Massenentlassungen als Streikfolge]	Abt. IV, Bd.1, Nr.123
12.02.1905	Protokoll der staatlichen Untersuchungskommission über die Mißstände auf der Zeche „Bruchstraße“ [Keine schwerwiegenden Mißstände]	Abt. IV, Bd.1, Nr.124
13.02.1905	Telegramm der Siebenerkommission an den Reichskanzler Grafen Bülow [Arbeitgeber zu weiteren Verhandlungen geneigt machen!]	Abt. IV, Bd.1, Nr.125
17.02.1905	Der Gewerkverein Nr. 7: Das Ende des Generalstreiks der Bergarbeiter [Forderung nach gesetzlicher Regelung der Beschwerden]	Abt. IV, Bd.1, Nr.126
17.02.1905	Der Gewerkverein Nr. 7: Wochenschau [Zusammenstoß zwischen Kirdorf und dem preußischen Minister des Innern Freiherrn von Hammerstein]	Abt. IV, Bd.1, Nr.127
18.02.1905	Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 7: Nach der Konferenz [Unruhe über den Streikabbruch]	Abt. IV, Bd.1, Nr.128
18.02.1905	Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands Nr. 7: Das Ende des Bergarbeiterkampfes im Ruhrrevier [Ergebnisse des Streiks. Abschließende Betrachtung]	Abt. IV, Bd.1, Nr.129
19.02.1905	Die Hilfe Nr. 7: Die Bilanz im Kohlenstreik [Mobilisierung der öffentlichen Meinung]	Abt. IV, Bd.1, Nr.130
21.02.1905	Aufruf des Generalrates der Bergarbeiter (Hirsch-Duncker) [Fortsetzung der Unterstützung nach Streikende]	Abt. IV, Bd.1, Nr.131
22.02.1905	Brief Gottfried Traubs an die „Christliche Welt“ [Über Folgen des Streiks: Stärkung des Organisationsgedankens, Recht zum Kontraktbruch]	Abt. IV, Bd.1, Nr.132
24.02.1905	Der Gewerkverein Nr. 8: Ein Nachwort zum Generalstreik der Bergarbeiter [Warnung vor Hetze von links und rechts]	Abt. IV, Bd.1, Nr.133

- 25.02.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 8: Streiknachklänge. Wie Erregung gemacht wurde [Widerstand gegen Beschlüsse der Organisation] Abt. IV, Bd.1, Nr.134
- 01.03.1905 Genehmigte Arbeitsordnung für die Fabrik von Henkel & Co., Holthausen bei Düsseldorf Abt. IV, Bd.1, Nr.135
- 03.03.1905 Der Gewerkverein Nr. 9: Wochenschau [Nachwort zum Streik von Dr. v. Rottenburg] Abt. IV, Bd.1, Nr.136
- 04.03.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 9: Höhere Beiträge [Scheitern des Streiks wegen Geldmangel] Abt. IV, Bd.1, Nr.137
- 10.03.1905 Der Gewerkverein Nr. 10: Der korporative Arbeitsvertrag [Mahnung zur Zusammenarbeit der Arbeiterorganisationen] Abt. IV, Bd.1, Nr.139
- 11.03.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 10: Die Saarbergleute und das angekündigte Berggesetz [Unwirksamkeit der Grubenkontrolle] Abt. IV, Bd.1, Nr.138
- 11.03.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 10: Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung I [Recht auf Benutzung öffentlicher Straßen und Plätze] Abt. IV, Bd.1, Nr.140
- 11.03.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 10. Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Versicherung II [Schwarze Listen sind strafbar. Sittenwidrige Schädigung nach § 826 BGB] Abt. IV, Bd.1, Nr.141
- 12.03.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 11. Zur Theorie der Streikversicherung [Streikfonds und Streikversicherungen] Abt. IV, Bd.1, Nr.142
- 17.03.1905 Der Gewerkverein Nr. 11: Die Bergarbeiter-Novelle [Ein guter Anfang] Abt. IV, Bd.1, Nr.143
- 18.03.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 11: Bergarbeiterschutz und Regierungsvorlage [Unzureichender Entwurf] Abt. IV, Bd.1, Nr.144
- 19.03.1905 Die Hilfe Nr. 11: Der Streiklohn der Bergarbeiter [Bergesetznovelle. Konstitutionalisierung der Bergbaubetriebe] Abt. IV, Bd.1, Nr.145
- 24.03.1905 Der Gewerkverein Nr. 12: Der bergbauliche Verein und die Bergesetznovelle [Gegen Verbandsegoismus der bergbaulichen Vereine] Abt. IV, Bd.1, Nr.146
- 25.03.1905 Evangelisch-sozial Nr. 3/4: Quittung über die vom 7. Februar bis 12. März eingegangenen Gaben für die notleidenden Bergleute im Ruhrgebiet [Spendenquittung] Abt. IV, Bd.1, Nr.147
- 25.03.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 12: Betrachtungen über die Streikbewegung. Der Streit um die Taktik [Gegenstandslose Gerüchte über Gegensätze zwischen Streikleitung und Partei] Abt. IV, Bd.1, Nr.147a
- 27.03.1905 Mitteilungen der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 15: Zuschrift an die Mitglieder [Zweck der Streikversicherung: Schutz eines allgemeinen Interesses] Abt. IV, Bd.1, Nr.148
- 28.03.1905 Resolutionen des Delegiertentages der preußischen Bergarbeiter in Berlin [Resolution Hammacher (Gewerkverein der Bergarbeiter [Hirsch-Duncker]) über Wagennullen und Wiegekontrolleure] Abt. IV, Bd.1, Nr.149
- 28.03.1905 Resolutionen des Delegiertentages der preußischen Bergarbeiter in Berlin [Resolution Effert (Gewerkverein christlicher Bergarbeiter) zu den obligatorischen Arbeiterausschüssen] Abt. IV, Bd.1, Nr.150
- 00.04.1905 Schreiben des Christlichen Metallarbeiterverbandes an die Direktion der Lokomotivfabrik Krauss & Co. AG München [Verbesserungsvorschläge für Arbeitsbedingungen, Befürwortung von Tarifverträgen] Abt. IV, Bd.1, Nr.151
- 01.04.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Merseburg an die preußischen Minister für Handel und Gewerbe und des Innern [Verlauf des Schuhmacherstreiks in Weißenfels] Abt. IV, Bd.1, Nr.152

02.04.1905	Die Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 14: Die Berggesetznovelle [Versuch zur Einflußnahme auf die Verhandlungen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.153
07.04.1905	Petition des Vereins deutscher Kaufleute, Berlin, an das Reichsamt des Innern [Frage der Sonntagsruhe]	Abt. IV, Bd.1, Nr.154
09.04.1905	Die Hilfe Nr. 14: Die Einheitlichkeit der deutschen Gewerkschaftsbewegung [Forderung nach einer Organisation]	Abt. IV, Bd.1, Nr.155
10.04.1905	Bericht der Betriebsleitung des Werner-Werkes der Siemens & Halske AG in Berlin-Westend an die Konzernleitung [Streikverlauf in einer Abteilung des Werkes]	Abt. IV, Bd.1, Nr.156
10.04.1905	Protokoll der 10. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemens & Halske AG in Berlin [Betriebliche Lohnpolitik und Arbeitskämpfe]	Abt. IV, Bd.1, Nr.157
10.04.1905	Bericht des Regierungspräsidenten in Osnabrück an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe [Streik im Maurergewerbe]	Abt. IV, Bd.1, Nr.158
14.04.1905	Zeitungsbericht des Regierungspräsidenten in Arnberg an den König [Allgemeine Wirtschaftslage; wirtschaftliche Folgen des Bergarbeiterstreiks]	Abt. IV, Bd.1, Nr.159
16.04.1905	Die Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 16: Die wirtschaftliche und sozialpolitische Bedeutung der Organisation des deutschen Handwerks [Förderung des selbständigen Mittelstandes]	Abt. IV, Bd.1, Nr.160
21.04.1905	Der Gewerkverein Nr. 16: Der Bergarbeiterschutz in der Kommission [Zu viele Streichungen an der Vorlage]	Abt. IV, Bd.1, Nr.161
22.04.1905	Erlaß des bayerischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Äußeren an den Vorsitzen- den des Verbandes bayerischer Metallindustrieller [Abschluß von Tarifverträgen unter Mitwirkung der Gewerbeaufsichtsbeamten]	Abt. IV, Bd.1, Nr.162
25.04.1905	Rundschreiben der Vertrauenskommission des Verbandes Berliner Metallindustrieller an die Mitglieder [Behandlung der an den Maifeiern beteiligten Arbeiter]	Abt. IV, Bd.1, Nr.163
25.04.1905	Schreiben des Sekretariats der Siemens & Halske AG an Wilhelm v. Siemens, z. Zt. Meran [Flexible Haltung der Unternehmensleitung bei drohendem Streik empfohlen]	Abt. IV, Bd.1, Nr.164
27.04.1905	Brief Dr. Piepers (Mönchen-Gladbach) an Lujo Brentano [Kollektiver Arbeitsvertrag verfrüht]	Abt. IV, Bd.1, Nr.165
27.04.1905	Eingabe des Vorsitzenden des Verbandes bayerischer Metallindustrieller an den bayerischen Minister des Kgl. Hauses und des Äußeren [Tarifverträge und Unternehmerstandpunkt]	Abt. IV, Bd.1, Nr.166
28.04.1905	Der Gewerkverein Nr. 17: Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen [Forderung nach ausnahmsloser Durchführung des 10-Stunden-Tages]	Abt. IV, Bd.1, Nr.167
30.04.1905	Bericht des Regierungspräsidenten in Merseburg an die preußischen Minister für Handel und Gewerbe und des Innern [Beendigung des Schuhmacherstreiks in Weißenfels]	Abt. IV, Bd.1, Nr.168
30.04.1905	Erlaß des bayerischen Staatsministeriums des Kgl. Hauses und des Äußeren an den Vorsitzen- den des Verbandes bayerischer Metallindustrieller [Empfang von Verbandsmitgliedern]	Abt. IV, Bd.1, Nr.169
04.05.1905	Sitzung des Ausschusses der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände [Keine Parität]	Abt. IV, Bd.1, Nr.170

- 05.05.1905 Protokoll der 12. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemens & Halske AG in Berlin [Gesetzliche Regelung der Lohnpolitik] Abt. IV, Bd.1, Nr.171
- 05.05.1905 Bericht des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Industrieller an die Delegiertenversammlung [Ausstand im Ruhrgebiet und Berggesetznovelle] Abt. IV, Bd.1, Nr.172
- 05.05.1905 Beschluß der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller [zum Bergarbeiterstreik] [Gegen Staatseingriffe] Abt. IV, Bd.1, Nr.173
- 05.05.1905 Beschluß der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes Deutscher Industrieller [gegen Tarifverträge] [Einschränkung der Freiheit des Unternehmers] Abt. IV, Bd.1, Nr.174
- 05.05.1905 Bericht des Generalsekretärs des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Bueck, an die Delegiertenversammlung [Agrarpolitik und Sozialpolitik] Abt. IV, Bd.1, Nr.175
- 06.05.1905 Bericht des preußischen Gesandten in Braunschweig an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten [Unterstützung der Arbeitersekretariate durch die Gemeinden] Abt. IV, Bd.1, Nr.176
- 06.05.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Osnabrück an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe [Streik im Maurergewerbe] Abt. IV, Bd.1, Nr.177
- 09.05.1905 Beschluß des Landeskonsistoriums betr. Stimmrecht der Almosenempfänger [Mangelnde Unbescholtenheit nach hergebrachter Rechtsauffassung] Abt. IV, Bd.1, Nr.178
- 19/20.05.1905 Schreiben Reinhold Riehns an Lujo Brentano [Situation der Konsumvereinsbewegung unter sozialdemokratischer Führung] Abt. IV, Bd.1, Nr.179
- 21.05.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 21: Arbeitgeberpolitik und Bergarbeiterschutznovelle [Berggesetzgebung nicht in den Reichstag!] Abt. IV, Bd.1, Nr.180
- 23.05.1905 Der Reichsbote: Die Berggesetznovelle [Angst vor Mißbrauch durch die „staatsfeindliche“ Sozialdemokratie] Abt. IV, Bd.1, Nr.181
- 25.05.1905 Resolution der Hauptversammlung des Verbandes von Arbeitgebern im bergischen Industriegebiet [Solidarität der Arbeitgeber] Abt. IV, Bd.1, Nr.182
- 27.05.1905 Protokoll der 13. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemens & Halske AG in Berlin [Gesetzliche Regelung der Lohnpolitik] Abt. IV, Bd.1, Nr.183
- 01.06.1905 Kirchlich-Soziale Blätter Nr. 6: Geschäftsbericht [über die Tätigkeit der Kirchlich-sozialen Konferenz] [Arbeit auf dem Gebiet der Arbeiterbewegung] Abt. IV, Bd.1, Nr.184
- 01.06.1905 Kirchlich-soziale Blätter Nr. 6: Die christlichen Gewerkschaften 1904/1905 [Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung] Abt. IV, Bd.1, Nr.185
- 02.06.1905 Der Gewerkverein Nr. 22: Die internationale Arbeiterschutzkonferenz in Bern [Phosphorverbot und Beseitigung der Frauennachtarbeit] Abt. IV, Bd.1, Nr.186
- 02.06.1905 Schreiben des Vorsitzenden des Verbandes bayerischer Metallindustrieller an Wilhelm von Siemens [Keine Verhandlungen mit Arbeiterorganisationen über Tarifverträge] Abt. IV, Bd.1, Nr.187
- 04.06.1905 Die Hilfe Nr. 22. [Eugen Katz:] Die Gewerkschaften in Köln [Schwieriges Verhältnis von Sozialdemokratie und Gewerkschaft] Abt. IV, Bd.1, Nr.188



- 04.06.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 23: Der Gewerkschaftskongreß zu Köln [Vorsicht in der Frage des Generalstreiks, nur Taktik] Abt. IV, Bd.1, Nr.189
- 04.06.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 23: Die Berggesetzvorlage [Neutrales Abgeordnetenhaus gegen arbeiterfreundlichen Reichstag] Abt. IV, Bd.1, Nr.190
- 06.06.1905 Schreiben des Rats des Hamburger Armenkollegiums Rudolf Flemming an den Straßburger Ersten Beigeordneten Dr. Rudolf Schwander [In der Armenpflege hat nicht die praktische Entwicklung den bestehenden Rechtszustand überholt, sondern umgekehrt die Praxis die ihr gesetzlich zustehenden Möglichkeiten noch keineswegs voll ausgenutzt] Abt. III, Bd.7, Nr.141
- 06.06.1905 Schreiben Wilhelm von Siemens an Direktor Nerz in Nürnberg [Wertlosigkeit einer von der Arbeiterschaft erzwungenen Erklärung gegen ihre Gewerkschaften] Abt. IV, Bd.1, Nr.191
- 08.06.1905 Die Christliche Welt Nr. 23. [Gottfried Traub:] Zur Berggesetznovelle [Ein nicht vollständig gehaltenes Versprechen] Abt. IV, Bd.1, Nr.192
- 09.06.1905 Der Gewerkverein Nr. 23: Das Berggesetz im Herrenhause [An eine Kommission verwiesen, teilweise heftige Ablehnung] Abt. IV, Bd.1, Nr.193
- 09.06.1905 Der Gewerkverein Nr. 23: Vom fünften Gewerkschaftskongreß II [Unnötiger Gegensatz von Gewerkschaften und Genossenschaften] Abt. IV, Bd.1, Nr.194
- 10.06.1905 Die Bergarbeiter-Zeitung Nr. 23: Vor einem Schutthaufen I [Unzuverlässigkeit des Zentrums] Abt. IV, Bd.1, Nr.195
- 11.06.1905 Die Hilfe Nr. 23: Gewerkschaftliche Wandlungen [Ende der gewerkschaftlichen Neutralität] Abt. IV, Bd.1, Nr.196
- 13.06.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Koblenz an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe [Ausstand der Maurer in Wetzlar] Abt. IV, Bd.1, Nr.197
- 16.06.1905 Der Gewerkverein Nr. 24: Ein Kampf in der Metallindustrie Bayerns [Unternehmer lehnen Teilnahme an Einigungsverhandlungen ab] Abt. IV, Bd.1, Nr.198
- 16.06.1905 Der Gewerkverein Nr., 24: Vom fünften Gewerkschaftskongreß III [Heftiges Für und Wider die Arbeits- oder Arbeiterkammern; Stellung zum Generalstreik] Abt. IV, Bd.1, Nr.199
- 16.06.1905 16. Generalversammlung des Verbandes Deutscher Bergarbeiter. Resolution [Taktik beim Bergarbeiterstreik 1905] Abt. IV, Bd.1, Nr.200
- 17.06.1905 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 24: Nachklänge zum Kölner Gewerkschaftskongreß I [Fälschlich hochgespielte Differenzen zwischen Partei und Gewerkschaft über die Maifeier] Abt. IV, Bd.1, Nr.201
- 18.06.1905 Die Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 25: Warum organisieren wir uns? [Zurückdrängung der Sozialdemokratie im politischen Kampf] Abt. IV, Bd.1, Nr.202
- 19.06.1905 Verfügung des Staatssekretärs des Innern Dr. Arthur Graf von Posadowsky-Wehner [Unter der Leitung des Regierungsrats Spielhagen soll mit der Ausarbeitung eines „Arbeiterversicherungsgesetzes“ (der späteren Reichsversicherungsordnung) begonnen werden; Zuteilung der Zuständigkeiten] Abt. III, Bd.1, Nr.125
- 20.06.1905 Telegramm der Direktoren Nerz und Zickermann der Siemens-Schuckert-Werke Nürnberg an Direktor Dihlmann der Siemens & Halske AG in Berlin [Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.203
- 23.06.1905 Verfassung der Gustav und Rudolf Dyckerhoff-Stiftung 1904 zu Amöneburg [Unterstützungsleistungen für Betriebsangehörige] Abt. IV, Bd.1, Nr.204
- 25.06.1905 Die Hilfe Nr. 25. [Friedrich Naumann:] Der evangelisch-soziale Kongreß [Bericht über die Referate] Abt. IV, Bd.1, Nr.205

- 25.06.1905 Die Hilfe Nr. 26. [Friedrich Weinhausen:] Gewerkschaften und Genossenschaften im Jahre 1904 Abt. IV, Bd.1, Nr.206  
[Erfreuliches Wachstum ihres politischen Gewichts bei beiden Organisationsformen]
- 26.06.1905 Protokoll der 14. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns in Berlin Abt. IV, Bd.1, Nr.207  
[Betriebliche Lohnpolitik; Vereinheitlichung von Arbeitsordnungen]
- 09.07.1905 Die Hilfe Nr. 27. [Max Prager:] Die Tarifbewegung in der bayerischen Metallindustrie Abt. IV, Bd.1, Nr.208  
[Starre Haltung und mangelnde Einsicht bei den Unternehmern]
- 10.07.1905 Schreiben des Hamburger Senatssekretärs Dr. Adolf Buehl an den Schriftführer des Deutschen Vereins für Armenpflege und Wohltätigkeit Dr. Emil Münsterberg Abt. III, Bd.7, Nr.142  
[Bei größerem Umfang und längerer Dauer der Arbeitslosigkeit ist es ratsam, städtische Notstandsarbeiten durchzuführen; beschäftigt werden sollen nur Arbeiter, die schon länger in Frankfurt ihren Wohnsitz haben; die Arbeiten sollen nur im Winter durchgeführt werden; die Vergütung soll unter dem ortsüblichen Tagelohn liegen]
- 25.07.1905 Rheinisch-westfälische Arbeitgeberzeitung, Beilage zu Nr. 12: Koalitionsfreiheit Abt. IV, Bd.1, Nr.210  
[Klage über Zwangsherrschaft der organisierten Arbeiter]
- 28.07.1905 Der Gewerkverein Nr. 30: Kritisches über den Gewerkschaftskongreß in Köln Abt. IV, Bd.1, Nr.211  
[Diskrepanz in Zielen und Methoden der Gewerkschaftsbewegung und der Partei]
- 06.08.1905 Die Hilfe Nr. 31: Das Programm der evangelischen Arbeitervereine Abt. IV, Bd.1, Nr.212  
[Distanz zum Programm der Sozialdemokratie]
- 11.08.1905 Der Gewerkverein Nr. 32: Das zweite Crimmitschau Abt. IV, Bd.1, Nr.213  
[Aussperrungen in sächsisch-thüringischen Webereien]
- 11.08.1905 Der Gewerkverein Nr. 32: Wochenschau. Die deutschen Gewerkvereine und die evangelischen Arbeitervereine Abt. IV, Bd.1, Nr.214  
[Annäherung der beiden Organisationen]
- 13.08.1905 Die Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 33: Die Anerkennung der Arbeiterorganisationen Abt. IV, Bd.1, Nr.215  
[Änderung der Arbeitgebertaktik]
- 13.08.1905 Die Deutsche Arbeitgeberzeitung (Parlamentsausgabe): Die Anerkennung der Arbeiterorganisationen Abt. IV, Bd.1, Nr.216  
[Anerkennung der Arbeiterorganisationen als Verhandlungspartner durch die Unternehmer]
- 30.08.1905 Schreiben der Fa. Siemens & Halske AG an die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-AG Abt. IV, Bd.1, Nr.217  
[Urlaubsregelung für Angestellte]
- 00.09.1905 Sozialistische Monatshefte, Heft 9. [Hugo Lindemann:] Soziale Kommunalpolitik Abt. IV, Bd.1, Nr.218  
[Arbeitslosenfürsorge]
- 11.09.1905 Bericht Dr. Frankes vom Wernerwerk [Siemens & Halske] an Wilhelm von Siemens Abt. IV, Bd.1, Nr.219  
[Keine Verhärtung der Verhandlungen]
- 11.09.1905 Protokoll über die Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns in Berlin Abt. IV, Bd.1, Nr.220  
[Betriebliche Lohnpolitik und Arbeitskämpfe]
- 12.09.1905 Schreiben Dr. Wilhelm von Siemens' an Dr. Franke, Werner-Werk Abt. IV, Bd.1, Nr.221  
[Zur Vermeidung von Streiks Disziplinarstrafen nutzen]
- 15.09.1905 Protokoll über die Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns Berlin Abt. IV, Bd.1, Nr.222  
[Arbeitskämpfe]
- 17.09.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 38. [v. Reiswitz:] Taktische Fragen Abt. IV, Bd.1, Nr.223  
[Einheit der Arbeitgeber gegen Einheit der Arbeiterorganisationen]
- 18.09.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Breslau an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.224  
[Ausbruch eines Streiks in der mechanischen Weberei „Cohn Gebrüder“ in Reichenbach i/Schlesien]

- 20.09.1905 Schreiben der Siemens & Halske AG an den Arbeiterausschuß der Firma [Ablehnung der Forderung der Arbeiter, Drohung mit Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.225
- 20.09.1905 Bekanntmachung der AEG [Aussperrungsdrohung] Abt. IV, Bd.1, Nr.226
- 21.09.1905 Bekanntmachung des Wernerwerks der Siemens & Halske AG [Erklärung der Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.227
- 21.09.1905 Protokoll der 1. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Aussperrung in einem Teil der Betriebe der AEG, der Siemens und Halske AG und der Siemens-Schuckert GmbH] Abt. IV, Bd.1, Nr.228
- 21.09.1905 Berliner Morgenpost: Großer Lohnkampf in der Elektrizitätsindustrie in Sicht [Aussperrungsdrohung wegen Streiks für eine Lohnerhöhung] Abt. IV, Bd.1, Nr.229
- 22.09.1905 Berliner Lokalanzeiger (Abendausgabe): Zum Lohnkampf in der Elektrizitätsindustrie [Aussperrung; bisher keine Ausgleichsverhandlungen] Abt. IV, Bd.1, Nr.230
- 23.09.1905 Solidarität: Unerhörte Forderungen [Einstellungssperre des Verbandes der Berliner Metallindustriellen für ausgesperrte Arbeiter] Abt. IV, Bd.1, Nr.231
- 23.09.1905 Protokoll der 2. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Verhandlungsbereitschaft der Unternehmen] Abt. IV, Bd.1, Nr.232
- 23.09.1905 Protokoll der Besprechung der von Siemens & Halske AG, den Siemens-Schuckert-Werken und der AEG eingesetzten Kommission mit den Vertretern der Arbeiterausschüsse [Versuche zur Vermeidung der Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.233
- 23.09.1905 Protokoll der 3. Sitzung der Kommission der Berliner Elektroindustrie für Arbeiterfragen [Einigungsvorschlag der Unternehmen] Abt. IV, Bd.1, Nr.234
- 23.09.1905 Protokoll der Besprechung der Kommission der Berliner Elektroindustrie mit Vertretern der Arbeiterausschüsse [Ende der Aussperrung möglich?] Abt. IV, Bd.1, Nr.235
- 23.09.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Breslau an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe [Streik der Webereiarbeiter in Reichenbach i/Schlesien] Abt. IV, Bd.1, Nr.236
- 25.09.1905 Protokoll der 4. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Schwieriger werdende Streiklage] Abt. IV, Bd.1, Nr.237
- 26.09.1905 Protokoll der 5. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Erneute Verhandlungsbereitschaft der Unternehmen] Abt. IV, Bd.1, Nr.238
- 26.09.1905 Bekanntmachung der Firmen AEG, Siemens & Halske AG, Siemens-Schuckert-Werke GmbH [Aussperrung in Schwerpunktbetrieben] Abt. IV, Bd.1, Nr.239
- 26.09.1905 Anschlag an den von der Aussperrung betroffenen Werken der Firmen AEG, Siemens & Halske AG, Siemens-Schuckert-Werke GmbH [Lohnzahlung bei Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.240
- 27.09.1905 Schreiben Dr. Berliners an die Mitglieder des Aufsichtsrats der Siemens & Halske AG und Siemens-Schuckert-Werke GmbH [Aussperrung als Gegenmaßnahme gegen Streik] Abt. IV, Bd.1, Nr.241
- 29.09.1905 Rundschreiben des Verbandes Berliner Metallindustrieller an seine Mitglieder [Beschluß zur Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.242
- 29.09.1905 Protokoll der 7. Sitzung der Kommission für Arbeiterragen der Berliner Elektroindustrie [Keine Anrufung des Einigungsamtes] Abt. IV, Bd.1, Nr.243

- 29.09.1905 Der Tag: Lohnbewegungen in der Elektrizitätsbranche [Aussperrung bei Siemens und AEG] Abt. IV, Bd.1, Nr.244
- 30.09.1905 Protokoll der 8. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Verhandlungsbereitschaft der Arbeitnehmer] Abt. IV, Bd.1, Nr.245
- 01.10.1905 Berliner Morgenpost: Massenaussperrung und Einigungsverhandlungen – Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie [Kritik an der Aussperrung; Aufruf des Zentralstreikkomitees zum Generalstreik] Abt. IV, Bd.1, Nr.246
- 01.10.1905 Besprechung der Vertreter der Siemens & Halske AG, der Siemens-Schuckertwerke und der AEG mit Vertretern der Arbeiterschaft [Einigungsversuche] Abt. IV, Bd.1, Nr.247
- 01.10.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 40: Nachlese. Betrachtungen zum Parteitag der SPD in Jena [Befürchtung um zunehmenden politischen Radikalismus der Arbeiterbewegung] Abt. IV, Bd.1, Nr.248
- 02.10.1905 Protokoll der 9. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Gemeinsame Position in den Verhandlungen mit den Arbeitnehmervertretern] Abt. IV, Bd.1, Nr.249
- 02.10.1905 Besprechung der Vertreter der Berliner Elektroindustrie mit den Arbeitnehmervertretern [Scheitern des Einigungsversuchs] Abt. IV, Bd.1, Nr.250
- 02.10.1905 Protokoll der 10. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Erwägung einer allgemeinen Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.251
- 02.10.1905 Volks-Zeitung, Abendausgabe: Keine Einigung in der Elektrizitätsindustrie [Scheitern der Einigungsverhandlungen; Notdienst der Feuerwehrmannschaft] Abt. IV, Bd.1, Nr.252
- 04.10.1905 Augsburger Abendzeitung: Der Lohnkampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie [Stärkung der Arbeitgeberposition durch Arbeitgeberzusammenschlüsse; Kritik an der Sozialdemokratie] Abt. IV, Bd.1, Nr.253
- 04.10.1905 Anschlag des Verbandes Berliner Metallindustrieller in den Mitgliedsfirmen [Aussperrungsbeschluß] Abt. IV, Bd.1, Nr.254
- 05.10.1905 Protokoll der 11. Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie [Erfolgschancen für Schlichtungskommissionen?] Abt. IV, Bd.1, Nr.255
- 05.10.1905 Rundschreiben der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände an die Mitglieder [Darstellung des Streiks in der Elektrizitätsindustrie aus der Sicht der Arbeitgeberverbände] Abt. IV, Bd.1, Nr.256
- 05.10.1905 Berliner Morgenpost: Der Elektrizitätskrieg – Generalaussperrung in der Metallindustrie [Aussperrungsdrohung des Verbandes Berliner Metallindustrieller] Abt. IV, Bd.1, Nr.257
- 06.10.1905 Deutsche Tageszeitung Nr. 469: Die „volle Kompottschüssel“ [Das Wort des Kaisers über die Verlangsamung der Sozialgesetzgebung] Abt. IV, Bd.1, Nr.258
- 07.10.1905 Aufzeichnung Wilhelm von Siemens' [Gründe für Streik und Aussperrung in der Elektroindustrie] Abt. IV, Bd.1, Nr.259
- 08.10.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 41. [Gustav Stresemann:] Gesellschaften zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen [Streikversicherungen als Instrument des sozialen Friedens] Abt. IV, Bd.1, Nr.260
- 08.10.1905 Entwurf einer Verfahrensordnung einer für die Berliner Elektroindustrie zu bildenden Schiedskommission [Paritätisch besetzte Kommission zur Regelung von Arbeitsstreitigkeiten] Abt. IV, Bd.1, Nr.261
- 08.10.1905 Die Hilfe Nr. 40. [F. Weinhausen:] Soziale Bewegung [Der Kampf in der Berliner Elektroindustrie] Abt. IV, Bd.1, Nr.262

- 09.10.1905 Flugblatt der Siemens & Halske AG, der Siemens-Schuckert-Werke und der AEG. Die Gegenwartige Bewegung in unseren Fabriken  
[Die Streiksituation aus Unternehmersicht] Abt. IV, Bd.1, Nr.263
- 09.10.1905 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 36: Aus der deutschen Arbeiterbewegung: „Anarcho-Sozialismus“  
[Ungehorsam den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses gegenüber] Abt. IV, Bd.1, Nr.264
- 10.10.1905 Protokoll der [12.] Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie  
[Erneute Verhandlungsbereitschaft bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern] Abt. IV, Bd.1, Nr.265
- 10.10.1905 Volks-Zeitung: Zum Kampf in der Elektrizitätsindustrie  
[Beschluß des Verbandes Berliner Metallindustrieller auf Ausweitung der Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.266
- 10.10.1905 Berliner Morgenpost: Der Elektrizitätskrieg  
[Hoffnung auf eine Einigung; Sympathiekundgebungen für die Ausgesperrten] Abt. IV, Bd.1, Nr.267
- 10.10.1905 Abendausgabe des Lokal-Anzeigers über die Friedensaussichten in der Elektroindustrie  
[Mangelnde Solidarität der Unternehmer; Unterstützung der Streikenden durch die SPD-Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung] Abt. IV, Bd.1, Nr.268
- 11.10.1905 Berliner Morgenpost. Der Elektrizitätskrieg – Magistratsrat v. Schulz als Vermittler  
[Aussichten auf Einigungserfolg; Zwangsmaßnahme der Unternehmer] Abt. IV, Bd.1, Nr.269
- 12.10.1905 Volks-Zeitung (Abendausgabe): Zum Kampfe in der Berliner Elektrizitätsindustrie  
[AEG gegen Tarifverträge] Abt. IV, Bd.1, Nr.270
- 12.10.1905 Berliner Morgenpost: Das Ultimatum der Arbeitgeber  
[Zugeständnisse der Arbeitgeber] Abt. IV, Bd.1, Nr.271
- 13.10.1905 Volks-Zeitung: Der Friede in Sicht  
[Empfehlung der Vertreter der ausgesperrten Arbeiter zur Arbeitsaufnahme] Abt. IV, Bd.1, Nr.272
- 13.10.1905 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden an den preußischen Außenminister  
[Streik in der Webereiindustrie in Gera] Abt. IV, Bd.1, Nr.273
- 13.10.1905 Der Gewerkverein Nr. 41: Wochenschau  
[Streiks und Aussperrungen in der Berliner Elektroindustrie] Abt. IV, Bd.1, Nr.274
- 15.10.1905 Bericht des preußischen Gesandten in Dresden an den preußischen Außenminister  
[Beantwortung des Streiks seitens der Arbeitgeber durch Aussperrung weiterer Arbeiter] Abt. IV, Bd.1, Nr.275
- 15.10.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 42. [Dr. Grabenstedt:] Streiks und Aussperrungen  
[Verbesserung des Aussperrungssystems] Abt. IV, Bd.1, Nr.276
- 15.10.1905 Volks-Zeitung. Das Ende des Kampfes  
[Ergebnis des Streiks; Befürwortung von Tarifverträgen] Abt. IV, Bd.1, Nr.277
- 16.10.1905 Welt am Montag: Nach dem Streik-Kampf  
[Mitgliederzuwachs des Deutschen Metall-Arbeiterverbandes als Folge der Lohnbewegung] Abt. IV, Bd.1, Nr.278
- 17./19.10.1905 Resolution und Eingabe der Sächsischen Ev.-sozialen Vereinigung an das Landeskonsistorium  
betreffs Kirchenvorstandswahlen  
[Beschränkung des Wahlrechts] Abt. IV, Bd.1, Nr.279
- 17.10.1905 Berliner Morgenpost: Nach dem Friedensschluß – Austritt der AEG aus dem Metallindustriellenverband  
[Zwang zur Aussperrung als Austrittsgrund] Abt. IV, Bd.1, Nr.280
- 18.10.1905 Protokoll der [13.] Sitzung der Kommission für Arbeiterfragen der Berliner Elektroindustrie  
[Übergangsschwierigkeiten nach Ende der Aussperrung] Abt. IV, Bd.1, Nr.281
- 22.10.1905 Die Hilfe Nr. 42: Der Streik in der Berliner Elektrizitätsindustrie  
[Scheinbar erfolgloses Ende] Abt. IV, Bd.1, Nr.282

- 23.10.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Breslau an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.283  
[Beendigung des Webereiarbeiterstreiks in Reichenbach i/Schlesien]
- 24.10.1905 Das Landeskonsistorium an die Sächsische Ev.-soziale Vereinigung Abt. IV, Bd.1, Nr.284  
[Ablehnung des Stimmrechts für Almosenempfänger]
- 25.10.1905 Germania Nr. 246: Die Arbeitssperre im Ruhrgebiet Abt. IV, Bd.1, Nr.285  
[Gegen einseitige Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch die Unternehmer]
- 26.10.1905 Die Neue Zeit Nr. 5. [Paul John:] Der Kampf in der Berliner Elektrizitätsindustrie. Ein Musterbeispiel angewandter Scharfmachertheorie Abt. IV, Bd.1, Nr.286  
[Taktik der Unternehmer im Arbeitskampf]
- 27.10.1905 Germania Nr. 248: Ein unhaltbarer Zustand Abt. IV, Bd.1, Nr.287  
[Verlust der Knappschaftskassenrechte durch Arbeitsplatzwechsel wegen Aussperrung]
- 27.10.1905 Der Gewerkverein Nr. 43: Die Lehren des Kampfes in der Elektro-Industrie Abt. IV, Bd.1, Nr.288  
[Uneinigkeit und Schwäche der Organisationen]
- 27.10.1905 Der Gewerkverein Nr. 43: Friede in der Elektrizitätsindustrie Abt. IV, Bd.1, Nr.289  
[Forderung nach Einschaltung des Einigungsamts]
- 01.11.1905 Protokoll der 19. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns in Berlin Abt. IV, Bd.1, Nr.290  
[Betriebliche Lohnpolitik und Arbeitgeberverbände]
- 10.11.1905 Der Gewerkverein Nr. 45: Neue Gärung im Ruhrrevier Abt. IV, Bd.1, Nr.291  
[Beschneidung der Freizügigkeit durch die Zechenbesitzer]
- 12.11.1905 Die Hilfe Nr. 45: Soziale Bewegung Abt. IV, Bd.1, Nr.292  
[Ein Verein der Nichtorganisierten]
- 17.11.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.293  
[Erneute Unruhe unter der Bergarbeiterschaft]
- 17.11.1905 Der Gewerkverein Nr. 46: Zur Anerkennung der Berufsvereine Abt. IV, Bd.1, Nr.294  
[Ansichten über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine]
- 17.11.1905 Der Gewerkverein Nr. 46: Die sozialdemokratische Partei und die Gewerkschaften Abt. IV, Bd.1, Nr.295  
[Tendenzen zur Trennung von Freien Gewerkschaften und Sozialdemokratie]
- 19.11.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 47: die paritätischen Arbeitsnachweise Abt. IV, Bd.1, Nr.296  
[Erfolglosigkeit der Arbeit des Verbandes der paritätischen Arbeitsnachweise]
- 26.11.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 48: Die Streikklausel in Lieferungsverträgen Abt. IV, Bd.1, Nr.297  
[Einführung einer Streikklausel durch den Magistrat von Recklinghausen]
- 27.11.1905 Protokoll der Sitzung des Aktionskomitees und des weiteren Ausschusses des Evangelisch-sozialen Kongresses Abt. IV, Bd.1, Nr.298  
[Stellung zu den christlichen Gewerkschaften]
- 00.12.1905 Denkschrift der Handelskammern Bremen, Hamburg und Lübeck betr. die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in Kontoren an den Reichskanzler Abt. IV, Bd.1, Nr.299  
[Bedenken der Handelskammern wegen Gefährdung der Konkurrenzfähigkeit durch sozialpolitische Lasten]
- 01.12.1905 Der Gewerkverein Nr. 48: Der Wunsch nach einer neuen Zuchthausvorlage Abt. IV, Bd.1, Nr.300  
[Unnötige Besorgnis vor dem Generalstreik]
- 01.12.1905 Der Gewerkverein Nr. 48: Die Korruption im deutschen Metallarbeiterverband Abt. IV, Bd.1, Nr.301  
[Falsche Taktik im Berliner Arbeitskampf in der Elektrizitäts-Industrie]

- 10.12.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 50: Kautschuk Abt. IV, Bd.1, Nr.302  
[Unscharfe Vorstellungen über die Grenzen des Koalitionsrechts weit verbreitet, Forderung nach gesetzlichen Maßnahmen gegen Generalstreik]
- 14.12.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Aurich an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.1, Nr.303  
[Arbeitskampf im Emdener Hafengebiet]
- 22.12.1905 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg an den preußischen Minister des Innern Abt. IV, Bd.1, Nr.304  
[Arbeiterbewegung im Regierungsbezirk]
- 25.12.1905 Verhandlungen, Mitteilungen und Berichte des Zentralverbandes deutscher Industrieller Nr. 102. Abt. IV, Bd.1, Nr.305  
[Henry Axel Bueck:] Betrachtungen über die sozialpolitischen Vorgänge im ablaufenden Jahr  
[Scharfer Angriff gegen die Sozialdemokratie und das Reichsamt des Innern]
- 31.12.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 53: Zur Verhandlungsfrage Abt. IV, Bd.1, Nr.306  
[Verhandlungen mit Organisationen oder mit einzelnen Arbeitern]
- 31.12.1905 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 53: Die Organisation der Arbeitgeber im Jahre 1905 Abt. IV, Bd.1, Nr.307  
[Schlagkräftige Zusammenarbeit der Arbeitgeberorganisationen]
- 1906**
- 00.01.1906 Gebührenpetition der Sächs. Evangelisch-sozialen Vereinigung an die Synode der sächsischen Landeskirche Abt. IV, Bd.2, Nr.11  
[Reform des kirchlichen Gebührenwesens]
- 05.01.1906 Tägliche Rundschau Nr. 6. Die Taktik der Arbeitgeber Abt. IV, Bd.2, Nr.1  
[Verhandlungsfrage und Aussperrung als taktische Kampfmittel]
- 06.01.1906 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 1. Wird endlich eine Reform der Knappschaftskassen kommen? Abt. IV, Bd.2, Nr.2  
[Diskussion des Regierungsentwurfs zur Knappschaftskassenreform]
- 08.01.1906 Bericht des Oberbürgermeisters von Krefeld an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.3  
[Arbeitskampf der Seidendrucker]
- 12.01.1906 Der Gewerkverein Nr. 2. Die Berliner Handelskammer über die Lohnkämpfe Abt. IV, Bd.2, Nr.4  
[Stellungnahme zum Jahresbericht der Handelskammer]
- 17.01.1906 Bericht des Oberbürgermeisters von Krefeld an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.5  
[Ultimatum der Arbeitgeber im Arbeitskampf der Seidendrucker]
- 17.01.1906 Die Neue Zeit Nr. 17. Die Wirksamkeit des Kinderschutzgesetzes. Luise Zietz Abt. IV, Bd.2, Nr.6  
[Diskussion nach den Berichten der Fabrikinspektoren]
- 22.01.1906 Protokoll der 21. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns in Berlin Abt. IV, Bd.2, Nr.7  
[Erörterung sozialpolitischer Maßnahmen]
- 26.01.1906 Bericht des Oberbürgermeisters von Krefeld an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.8  
[Ende des Arbeitskampfes der Seidendrucker]
- 27.01.1906 Protokoll der Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns in Berlin im Charlottenburger Werk Abt. IV, Bd.2, Nr.9  
[Überstundenverweigerung im Wernerwerk]
- 27.01.1906 Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands Nr. 4. Abt. IV, Bd.2, Nr.10  
Das preußische Dreiklassenwahlrecht und die Gewerkschaften  
[Fortdauernde Benachteiligung der Arbeiterschaft durch das preußische Wahlrecht]
- 12.02.1906 Bericht der Handelskammer für die Kreise Lörrach und Waldshut zu Schopfheim an das Bezirksamt in Säckingen Abt. IV, Bd.2, Nr.12  
[Frauenarbeit in der Textilindustrie]
- 12.02.1906 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 131 + 132. Die preußische Bergarbeiterkonferenz Abt. IV, Bd.2, Nr.13  
[Bericht über die Stellung der Bergarbeiterschaft zum Knappschaftsgesetz-Entwurf]

- 16.02.1906 Der Gewerkverein Nr. 7. Ein mannhaftes Wort  
[Stellungnahme zur Rede Posadowskys über die nicht-sozialistische Arbeiterbewegung] Abt. IV, Bd.2, Nr.14
- 18.02.1906 Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 7. Auf dem Rückzug  
[Kritik der Reichstagsrede Posadowskys anlässlich eines sozialdemokratischen Antrages auf Wahlrechtsänderung in Preußen] Abt. IV, Bd.2, Nr.15
- 27.02.1906 Schreiben der Bezirksleitung des deutschen Metallarbeiterverbandes an die Direktion der Maschinen-Bauanstalt Breslau  
[Vorschläge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen] Abt. IV, Bd.2, Nr.16
- 09.03.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Hannover an den Minister für Handel und Gewerbe  
[Streiks in den Werken der Continental-Kautschuk und Guttapercha-Compagnie] Abt. IV, Bd.2, Nr.17
- 09.03.1906 Referat von Dr. Guggenheimer in der Ausschusssitzung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller. Verkürzung der Arbeitszeit in den Staatswerkstätten  
[Vorgehen des Staates gefährdet die Konkurrenzfähigkeit der Privatindustrie] Abt. IV, Bd.2, Nr.18
- 09.03.1906 Der Gewerkverein Nr. 10. Durch Schaden wird man klug  
[Volkswirtschaftliche Folgen der Arbeitskämpfe] Abt. IV, Bd.2, Nr.19
- 15.03.1906 Arbeitsordnung der Tuchfabrik Lörrach Abt. IV, Bd.2, Nr.20
- 15.03.1906 Erlaß des Ministers des Innern an den Oberpräsidenten der Rheinprovinz  
[Verstärkung der örtlichen Polizei bei Bergarbeiterstreiks] Abt. IV, Bd.2, Nr.21
- 16.03.1906 Der Gewerkverein Nr. 11. Sozialdemokratische Kampfesweise  
[Agitationsform der freien Gewerkschaften bei den Howaldtswerken in Kiel] Abt. IV, Bd.2, Nr.22
- 18.03.1906 Resolution der Knappschaftsältesten im Ausschußbezirk Bochum-Herne  
[Forderung nach einem Reichsknappschaftsgesetz] Abt. IV, Bd.2, Nr.23
- 19.03.1906 Eingabe des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, der Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen und des Bundes der Industriellen an den Reichstag, den Entwurf eines Gesetzes über die Hilfskassen betreffend  
[Keine Politisierung der Hilfskassen durch die Sozialdemokratie] Abt. IV, Bd.2, Nr.24
- 30.03.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Hannover an den Minister für Handel und Gewerbe  
[Verlauf der Streikbewegung in Hannover und Linden] Abt. IV, Bd.2, Nr.25
- 31.03.1906 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 13. Die Zerstörer an der Arbeit!  
[Beratung des preußischen Gesetzentwurfs zur Knappschaftsreform im Landtag] Abt. IV, Bd.2, Nr.26
- 31.03.1906 Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 13. Rechtsfähigkeit der Arbeitgeberverbände  
[Beschwerde des Breslauer Arbeitgeberverbandes für das Kleingewerbe gegen einen Bescheid des Amtsgerichts Breslau] Abt. IV, Bd.2, Nr.27
- 06.04.1906 Bekanntmachung des Verbandes schlesischer Metallindustrieller, Breslau  
[Maßnahmen gegen ausständige Arbeiter] Abt. IV, Bd.2, Nr.28
- 06.04.1906 Revers des Verbandes schlesischer Metallindustrieller für die in den Mitgliedsfirmen beschäftigte Arbeiterschaft  
[Feststellung von Verbandsmitgliedschaften unter den Arbeitern] Abt. IV, Bd.2, Nr.29
- 08.04.1906 Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Verstärkung der Gendarmerie im Falle eines Bergarbeiterstreiks durch Personal aus anderen preußischen Provinzen] Abt. IV, Bd.2, Nr.30
- 10.04.1906 Schreiben des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an das badische Bezirksamt Säckingen  
[Frauenarbeit in der Textilindustrie] Abt. IV, Bd.2, Nr.31
- 11.04.1906 Resolution des Gesamtvorstandes des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter zum Knappschaftsgesetzentwurf  
[Aufforderung an das preußische Abgeordnetenhaus, die Regierungsvorlage wiederherzustellen] Abt. IV, Bd.2, Nr.32



12.04.1906	Bericht des Regierungspräsidenten in Magdeburg an den Minister für Handel und Gewerbe [Streikpläne der sozialdemokratischen Metallarbeiter]	Abt. IV, Bd.2, Nr.33
15.04.1906	Die Hilfe Nr. 15. Neuere Streikerfahrungen [Ziele und Taktiken der Sozialpartner]	Abt. IV, Bd.2, Nr.34
24.04.1906	Verwaltungsbericht des Regierungspräsidenten in Trier an den König für das erste Quartal 1906 [Politische Stimmungslage]	Abt. IV, Bd.2, Nr.35
26.04.1906	Schreiben des Vorsitzenden des Deutschen Werkmeister-Verbandes, Dr. Heinz Potthoff, an den Geheimen Hofrat Professor Dr. Lujjo Brentano in München [Ausweitung der „Arbeiterfrage“ zur „Arbeitnehmerfrage“]	Abt. IV, Bd.2, Nr.36
26.04.1906	Runderlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an die Oberbürgermeister und Landräte des Regierungsbezirks [Überwachung von Maifeiern]	Abt. IV, Bd.2, Nr.37
28.04.1906	Verwaltungsbericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den König [Zur sozialen und wirtschaftlichen Lage im Regierungsbezirk Düsseldorf]	Abt. IV, Bd.2, Nr.38
28.04.1906	Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an die Landräte und Oberbürgermeister [Einsatz der Polizei zu den Maifeiern]	Abt. IV, Bd.2, Nr.39
28.04.1906	Bergarbeiter-Zeitung Nr. 17. Der Arbeitsnachweis im Ruhrgebiet kommt! [Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Arbeitgeber]	Abt. IV, Bd.2, Nr.40
29.04.1906	Petition der dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter angehörenden Knappschaftsältesten an das preußische Abgeordnetenhaus zum Knappschaftsgesetzentwurf [Wiederherstellung der Regierungsvorlage zum Wahlrecht der Knappschaftsmitglieder]	Abt. IV, Bd.2, Nr.41
30.04.1906	Bericht des Bürgermeisters von Heerdt, Krs. Neuss, an den Landrat in Neuss [Arbeitskampf in der Metallindustrie als Schwerpunkstreik]	Abt. IV, Bd.2, Nr.42
00.05.1906	Eingabe des Zentralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine an den Reichstag [Rechtsstellung der Angestellten im Krankheitsfall]	Abt. IV, Bd.2, Nr.43
01.05.1906	Bericht des Regierungspräsidenten in Breslau an den Minister für Handel und Gewerbe [Aussichten auf schnelle Beilegung des Arbeitskampfes in der Breslauer Metallindustrie gering]	Abt. IV, Bd.2, Nr.44
03.05.1906	Urteil des Kammergerichts in Berlin [Handhabung der Bestimmung des § 153 Reichsgewerbeordnung über Koalitionszwang]	Abt. IV, Bd.2, Nr.45
03.05.1906	Bericht des Bezirks-Polizeikommissars in Essen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf [Versammlungen der Vorstände der Bergarbeiterverbände und der Knappschaftsältesten zur Beratung des Knappschaftsgesetzentwurfs]	Abt. IV, Bd.2, Nr.46
05.05.1906	Bericht des Gewerbeinspektors in Essen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf [Gewerkschaftliche Agitation und Beschwerden der Arbeiter über einzelne Arbeitsbedingungen in der Firma Krupp]	Abt. IV, Bd.2, Nr.47
05.05.1906	Rundschreiben des Verbandes Berliner Metallindustrieller an die Mitgliedsfirmen [Wiedereinstellung von Arbeitern nach Streiks]	Abt. IV, Bd.2, Nr.48
12.05.1906	Bericht des Landrats in Neuss an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf [Arbeitskampf in der Metallindustrie]	Abt. IV, Bd.2, Nr.49
14.05.1906	Protokoll der außerordentlichen Ausschußsitzung des Gesamtverbandes Deutscher Metall- industrieller in Berlin [Verhandlungen mit den streikenden Arbeitern, nicht mit Gewerkschaftsvertretern]	Abt. IV, Bd.2, Nr.50
18.05.1906	Der Gewerkverein Nr. 20. Der Kampf in der deutschen Metallindustrie [Keine blinde Solidarität mit den Freien Gewerkschaften]	Abt. IV, Bd.2, Nr.51

- 25.05.1906 Bericht des Gewerbeinspektors in Neuss an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.52  
[Arbeitskampf in der Metallindustrie des Raumes Oberkassel]
- 26.05.1906 Resolution des Verbandes Deutscher Eisenwarenhändler zur Ausdehnung der Unfallversicherung Abt. IV, Bd.2, Nr.53  
[Forderung einer Reichsberufsgenossenschaft]
- 30.05.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns in Berlin im Charlottenburger Werk Abt. IV, Bd.2, Nr.54  
[Kampfmaßnahmen im Streik bei Arbeitern und Unternehmern]
- 05.06.1906 Bericht des Bürgermeisters von Essen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.55  
[Agitation der drei Metallarbeiterverbände in den Kruppschen Werken]
- 06.06.1906 Bericht des Oberbürgermeisters von Krefeld an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.56  
[Aussperrung im Druckereigewerbe]
- 06.06.1906 Leitsätze zum Referat von Bernhard Harms auf dem 17. Evangelisch-sozialen Kongreß in Jena Abt. IV, Bd.2, Nr.57  
[Maximalarbeitstag in volkswirtschaftlich vertretbarem Rahmen]
- 06.-09.06.1906 Entschließungen des Ausschusses des Deutschen Handlungsgehilftentages Abt. IV, Bd.2, Nr.58  
[Arbeitsbedingungen der Angestellten im Handelsgewerbe]
- 07.06.1906 Leitsätze zum Referat von Gertrud Bäumer auf dem 17. Evangelisch-sozialen Kongreß in Jena Abt. IV, Bd.2, Nr.59  
[Zur Lage der berufstätigen Frau]
- 08.06.1906 Bericht des Landrats in Saarbrücken an den Regierungspräsidenten in Trier Abt. IV, Bd.2, Nr.60  
[Anerkennung des christlichen Metallarbeiterverbandes durch die Unternehmer]
- 09.06.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Trier an den Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.2, Nr.61  
[Ausstand in den Burbacher Hüttenwerken aufgrund starker Agitation des christlichen Metallarbeiterverbandes]
- 09.06.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Trier an den Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.2, Nr.62  
[Streikbeteiligung auf der Burbacher Eisenhütte fast 100 %]
- 12.06.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Trier an den Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.2, Nr.63  
[Maßnahmen der Unternehmer nach Beendigung des Streiks: Nachteile für die Streikenden, Beförderung der nicht am Streik Beteiligten]
- 15.06.1906 Protokoll einer Verhandlung zwischen der Firma Robert Bosch in Stuttgart und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband Abt. IV, Bd.2, Nr.64  
[Regelung der Berechnung von Akkordarbeit]
- 15.06.1906 Der Gewerkverein Nr. 24. Die noch ungelöste Heimarbeiterfrage Abt. IV, Bd.2, Nr.65  
[Die soziale Lage in der Hausindustrie]
- 17.06.1906 Die Hilfe Nr. 24. Die Metallarbeiterbewegung im Frühjahr 1906. Wilhelm Waltz Abt. IV, Bd.2, Nr.66  
[Der Arbeitskampf der Former im Reichsgebiet]
- 24.06.1906 Runderlaß des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten Abt. IV, Bd.2, Nr.67  
[Urteil des Kammergerichts in Berlin betr. Handhabung der Bestimmung des § 153 Reichsgewerbeordnung über Koalitionszwang]
- 24.06.1906 Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 25. Graf Posadowsky Abt. IV, Bd.2, Nr.68  
[Zur Korrektur seiner „Fehler“ ist sein Verbleib als Staatssekretär erwünscht]
- 00.07.1906 Satzungen des „Unterstützungsvereins von Arbeitern und Arbeiterinnen der Siemens-Schuckertwerke GmbH und der Siemens & Halske AG“ Abt. IV, Bd.2, Nr.86
- 02.07.1906 Protokoll einer Besprechung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern der Textilindustrie Abt. IV, Bd.2, Nr.69  
in Forst  
[Erläuterung einer neuen Arbeitsordnung]

- 05.07.1906 Randbericht des Landrats m Neuss zum Bericht des dortigen Gewerbeinspektors an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Fortdauer des Arbeitskampfes in der Metallindustrie des Raumes Oberkassel] Abt. IV, Bd.2, Nr.70
- 06.07.1906 Der Gewerkverein Nr. 27. Wie die Großindustriellen denken  
[Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller] Abt. IV, Bd.2, Nr.71
- 07.07.1906 Protokoll der Verhandlungen zwischen streikenden Metallarbeitern und Vertretern des Stahlwerkes Krieger in Heerdt/Oberkassel  
[Einigung im Arbeitskampf und neue Arbeitsbedingungen] Abt. IV, Bd.2, Nr.72
- 09.07.1906 Verfügung der württembergischen Regierung des Neckarkreises an die Firma Robert Bosch in Stuttgart  
[Ausnahmeregelung zur Pausenordnung für jugendliche Arbeiter] Abt. IV, Bd.2, Nr.73
- 10.07.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns  
[Besprechung von Arbeitsangelegenheiten] Abt. IV, Bd.2, Nr.74
- 12.07.1906 Urteil des VI. Zivilsenats des Reichsgerichts  
[Boykottmaßnahmen während eines Arbeitskonfliktes und Verbot des Koalitionszwanges] Abt. IV, Bd.2, Nr.75
- 13.07.1906 Der Gewerkverein Nr. 28. Der politische Massenstreik  
[Auseinandersetzung zwischen SPD und Freien Gewerkschaften] Abt. IV, Bd.2, Nr.76
- 14.07.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Hannover an den Minister für Handel und Gewerbe  
[Ursachen der Streiks im Regierungsbezirk Hannover] Abt. IV, Bd.2, Nr.77
- 16.07.1906 Arbeitsordnung der Firma Robert Bosch, Stuttgart  
[Regelung von Arbeitszeit und Lohnzahlungen; keine Strafbestimmungen] Abt. IV, Bd.2, Nr.78
- 16.07.1906 Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Bestimmungen über den Dienstweg bei inneren Unruhen] Abt. IV, Bd.2, Nr.79
- 20.07.1906 Der Gewerkverein Nr. 29. Eine neue Verirrung in der Arbeiterbewegung  
[Zur Gründung der „gelben“ Arbeiterorganisationen] Abt. IV, Bd.2, Nr.80
- 26.07.1906 Bericht der Polizeiverwaltung in Barmen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Unterliegen Werkstattversammlungen dem Vereins- und Versammlungsrecht?] Abt. IV, Bd.2, Nr.81
- 26.07.1906 Satzung des Verbandes Berliner Metallindustrieller  
[Verfahren bei Streitigkeiten mit den Arbeitnehmern] Abt. IV, Bd.2, Nr.82
- 28.07.1906 Bergarbeiter-Zeitung. Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1905  
[Organisation, Tätigkeit und Finanzlage] Abt. IV, Bd.2, Nr.83
- 28.07.1906 Bericht des Landrats in Grevenbroich an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Gleichstellung der Werkstattversammlungen mit allgemeinen Versammlungen] Abt. IV, Bd.2, Nr.84
- 28.07.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns  
[Arbeitszeit und Entlohnung] Abt. IV, Bd.2, Nr.85
- 02.08.1906 Bericht des Düsseldorfer Oberbürgermeisters an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Stellungnahme zur Behandlung von Werkstattversammlungen] Abt. IV, Bd.2, Nr.87
- 07.08.1906 Bericht der Polizeiverwaltung der Stadt Oberhausen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Sozialdemokratische Werkstattversammlungen unterliegen der Anmeldepflicht und werden überwacht] Abt. IV, Bd.2, Nr.88
- 10.08.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns in Berlin  
[Einführung einer neuen Arbeitsordnung; Lohnfragen] Abt. IV, Bd.2, Nr.89
- 11.08.1906 Bericht des Oberbürgermeisters von Remscheid an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf  
[Arbeitskampf im Baugewerbe] Abt. IV, Bd.2, Nr.90

- 12.08.1906 Die Hilfe Nr. 32. [Fr. Weinhausen:] Die christlichen und die anderen Gewerkschaften. Abt. IV, Bd.2, Nr.91  
[6. Verbandstag der Christlichen Gewerkschaften in Breslau]
- 24.08.1906 Bericht über den Verlauf der Versammlung aller bei dem Siemens-Konzern beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen Abt. IV, Bd.2, Nr.92  
[Die neue Arbeitsordnung und die Stellungnahme der Beschäftigten]
- 24.08.1906 Der Gewerkverein Nr. 34. Erholungsurlaub für Arbeiter Abt. IV, Bd.2, Nr.93  
[Urlaub kein Privileg für Beamte und Angestellte]
- 31.08.1906 Der Gewerkverein Nr. 35. Die Tarifbewegung im Buchdruckgewerbe Abt. IV, Bd.2, Nr.94  
[Gegen Einführung eines Koalitionszwangs]
- 03.09.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg an den Oberpräsidenten in Münster Abt. IV, Bd.2, Nr.95  
[Hintergründe des Streiks der Former und Gießereiarbeiter]
- 16.09.1906 Die Hilfe Nr. 37. [Georg Hohmann:] Das sozialpolitische Erbe Ernst Abbes Abt. IV, Bd.2, Nr.96  
[Förderung des Selbstbewußtseins der Arbeiter durch sozialpolitische Maßnahmen im Betrieb]
- 22.09.1906 Erlaß der badischen Fabrikinspektion an das Bezirksamt in Lörrach Abt. IV, Bd.2, Nr.97  
[Forderung nach Änderung der Arbeitsordnung der Tuchfabrik Lörrach]
- 26.09.1906 Bericht des Bezirkspolizeiinspektors in Essen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.98  
[Vorbereitung und Erfolgsaussichten einer Lohnbewegung unter den Bergarbeitern]
- 26.09.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns Abt. IV, Bd.2, Nr.99  
[Betriebsinterne sozialpolitische Maßnahmen]
- 00.10.1906 Sozialistische Monatshefte, 10. Heft. Parteitag in Mannheim Abt. IV, Bd.2, Nr.100  
[Konflikt zwischen Partei und Gewerkschaft beigelegt]
- 00.10.1906 Lieder der streikenden Arbeiter der Siemens-Halske-Schuckertwerke anläßlich des Streiks im Abt. IV, Bd.2, Nr.112  
Jahre 1906
- 09.10.1906 Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.101  
[Abordnung auswärtiger Gendarmerie- und Polizeikräfte in den Regierungsbezirk bei Streiks]
- 10.10.1906 Aktennotiz zur Einführung der neuen Arbeitsordnung im Automobilwerk des Siemens- Abt. IV, Bd.2, Nr.102  
Konzerns in Berlin  
[Auseinandersetzungen zwischen Unternehmensleitung und Arbeiterschaft über die Überstundenregelung]
- 10.10.1906 Schreiben der Organisationen der Bergarbeiter an die Unternehmer Abt. IV, Bd.2, Nr.103  
[Forderung nach Lohnerhöhung und Aufhebung der Sperre]
- 11.10.1906 Berliner Tageblatt und Handelszeitung Nr. 518. Die Bergarbeiterbewegung Abt. IV, Bd.2, Nr.104  
[Anerkennung der Siebenerkommission als Tarifpartner von Unternehmern abgelehnt]
- 16.10.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns in Berlin Abt. IV, Bd.2, Nr.105  
[Reaktion der Arbeiter auf die neue Arbeitsordnung]
- 20.10.1906 Der Gewerkverein Nr. 45. 60 Arbeitsstunden in der Woche Abt. IV, Bd.2, Nr.106  
[Möglichkeiten der Arbeitszeitverkürzung in der Textilindustrie]
- 22.10.1906 Schreiben des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund an Abt. IV, Bd.2, Nr.107  
den Vorsitzenden des Gewerkvereins deutscher Bergarbeiter (H.-D.)  
[Ablehnung jeglicher Verhandlung zwischen den Organisationen]
- 24.10.1906 Verwaltungsbericht des Regierungspräsidenten in Trier Abt. IV, Bd.2, Nr.108  
[Zur sozialen und wirtschaftlichen Lage im Regierungsbezirk Trier]
- 24.10.1906 Votum des preußischen Innenministers für den Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.2, Nr.109  
[Einsatz von Militärpersonen als Ersatz für streikende Arbeiter]

- 24.10.1906 Soziales Programm der Arbeitervereine Deutschlands Abt. IV, Bd.2, Nr.110  
[Ordnungspolitisches Ziel und kurzfristige Forderungen]
- 27.10.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns in Berlin Abt. IV, Bd.2, Nr.111  
[Widerstand der Arbeiter gegen die Arbeitszeitregelung der neuen Arbeitsordnung]
- 29.10.1906 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern und preußischen Staatsministers an Abt. IV, Bd.2, Nr.113  
den preußischen Minister für Handel und Gewerbe  
[Einrichtung von Arbeitervertretungen]
- 29.10.1906 Grundzüge für ein Gesetz über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.2, Nr.114  
[Entwurf des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern und preußischen Staatsministers für das Staatsministerium]
- 00.11.1906 Sozialistische Monatshefte, Heft 11. Konzentration der Gewerkschaften Abt. IV, Bd.2, Nr.115  
[Konzentration als Folge der wirtschaftlichen Entwicklung]
- 02.11.1906 Empfehlungen des Beirats für Arbeiterstatistik beim Kaiserlichen Statistischen Amt an die Abt. IV, Bd.2, Nr.116  
Reichsleitung  
[Arbeitsbedingungen für Angestellte im Handelsgewerbe]
- 02.11.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Breslau an den Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.2, Nr.117  
[Rechtsfähigkeit der Arbeitgeberverbände im Bau- und Klempnergewerbe]
- 02.11.1906 Aktennotiz des Direktors Dihlmann vom Siemens-Konzern in Berlin Abt. IV, Bd.2, Nr.118  
[Gespräch mit Walther Rathenau über den Verlauf des Streiks bei Siemens]
- 03.11.1906 Schreiben des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an den Minister des Innern Abt. IV, Bd.2, Nr.119  
[Verhalten der Staatsregierung und ihrer Organe bei Arbeitskämpfen]
- 10.11.1906 Aktennotiz des Direktors Dihlmann vom Siemens-Konzern in Berlin Abt. IV, Bd.2, Nr.120  
[Reaktionen des Unternehmens auf den Streik der Arbeiter]
13. u. 30.11.1906 Revisionsurteil des 4. Strafsenats des Reichsgerichts Abt. IV, Bd.2, Nr.121  
[Versuchte Erpressung und Beleidigung]
- 19.11.1906 Aufruf des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses an die Korporationen der christlichen Abt. IV, Bd.2, Nr.122  
und nationalen Arbeitnehmer Deutschlands  
[Einladung zu einem erneuten Kongreß]
- 20.11.1906 Correspondenzblatt Nr. 47. Ein Anti-Gewerkschaftsgesetz Abt. IV, Bd.2, Nr.123  
[Nachteile der Gesetzesvorlage über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine]
- 29.11.1906 Bestimmungen über Wohlfahrtseinrichtungen für die Angehörigen der Arbeiter des Siemens- Abt. IV, Bd.2, Nr.124  
Konzerns
- 30.11.1906 Bericht des Landrats in Duisburg-Ruhrort an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.2, Nr.125  
[Nach Beobachtungen der Behörden kein Streik im Bergbau]
- 04.12.1906 Verhandlungen der Verbandsversammlung der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände. Abt. IV, Bd.2, Nr.126  
Die Angriffswise der Arbeiterorganisation und ihre Taktik während der wichtigsten Ausstände der letzten Jahre  
[Stärkung der Arbeitgeberorganisation als Gegenmittel gegen erstarkende Arbeiterorganisationen und ihre differenziertere Taktik]
- 08.12.1906 Protokoll der Betriebsausschuß-Sitzung des Siemens-Konzerns in Berlin Abt. IV, Bd.2, Nr.127  
[Arbeiterbewegung, Regelung der Akkordverdienste]
- 08.12.1906 Votum des preußischen Finanzministers an sämtliche Staatsminister Abt. IV, Bd.2, Nr.128  
[Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen]
- 09.12.1906 Die Hilfe Nr. 49. Sozialpolitik und Menschenbildung Abt. IV, Bd.2, Nr.129  
[Die Stufen der Sozialpolitik und das zugehörige Bildungsideal]

- 10.12.1906 Schreiben der Zahlstelle des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands, Spandau, an eine Arbeiterin  
[Maßnahmen gegenüber Streikbrechern] Abt. IV, Bd.2, Nr.130
- 10.12.1906 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg an den Minister des Innern  
[Stand der Arbeiter-, insbesondere der sozialdemokratischen, anarchistischen und polnischen Bewegung] Abt. IV, Bd.2, Nr.131
- 22.12.1906 Correspondenzblatt Nr. 51. Der Reichstagswahlkampf und die Gewerkschaften  
[Votum für Sozialdemokratie als einzige echte Vertreterin der Arbeiterinteressen im Reichstag] Abt. IV, Bd.2, Nr.132

**1907**

- 02.01.1907 Der Gewerkverein Nr. 1. Zum neuen Jahr  
[Einschätzung der konjunkturellen Lage; Wirkungen der Handelsvertragspolitik] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.1
- 02.01.1907 Der Gewerkverein Nr. 1. Entwurf zu einem Programm der Gewerkschaften  
[Soziale Gesetzgebung im Innern; Freiheit des internationalen Handels] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.2
- 05.01.1907 Eingabe des Inhabers der Kabelfabrik Landsberg a. W. Kommerzienrat Schröder an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück  
[Beschwerde gegen Anordnungen der Gewerbeinspektion zum Arbeiterschutz] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.3
- 07.01.1907 Protokoll der 33. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk  
[Beendigung des Streiks aus dem Vorjahr; betriebsinterne sozialpolitische Angelegenheiten] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.4
- 08.01.1907 Eingabe der Gutehoffnungshütte in Sterkrade an den Landrat des Kreises Ruhrort von Wülfring  
[Errichtung von Arbeiterwohnungen] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.5
- 11.01.1907 Satzung der Ruhegeld-, Witwen- und Waisenkasse für die Fabrikarbeiter der Gutehoffnungshütte in Oberhausen  
[Betriebliche Altersversorgung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.6
- 19.01.1907 Kölnische Zeitung, Abendausgabe, Nr. 69. Die Löhne der Ruhrbergarbeiter in den Monaten Oktober und November 1906  
[Lohnentwicklung im Ruhrbergbau] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.7
- 21.01.1907 Protokoll der 34. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk  
[Sozialpolitische Angelegenheiten] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.8
- 21.01.1907 Bescheid des Landrates des Kreises Ruhrort von Willfring an den Vorstand des Gutehoffnungshütte in Sterkrade  
[Errichtung von Arbeiterwohnungen in Sterkrade] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.9
- 22.01.1907 Schreiben des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns an die Vorstände der Siemens & Halske AG und der Siemens-Schuckert-Werke GmbH  
[Wohlfahrtseinrichtungen für die Angehörigen der Arbeiter im Siemens-Konzern] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.10
- 29.01.1907 Bericht des Regierungspräsidenten in Frankfurt (Oder) von Valentini an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück  
[Beschwerde gegen die Errichtung einer Entstaubungsanlage in einer Bindfadenfabrik] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.11
- 00.02.1907 Sozialistische Monatshefte, Heft 2. Gewerkschaftsbewegung: Reichstagswahlen  
[Die politische Stellungnahme der Gewerkschaften zu den Reichstagswahlen] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.12
- 06.02.1907 Der Gewerkverein Nr. 11. Eine ernste Pflicht  
[Forderungen der Gewerkschaften an den neugewählten Reichstag] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.13
- 16.02.1907 Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands Nr. 7. Präsident Dr. Bödiker gestorben  
[Die Bedeutung Bödikers für die Entwicklung des deutschen Versicherungswesens] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.14

- 21.02.1907 Vertrag zwischen der Vereinigung Berliner Metallwarenfabrikanten und dem Gewerkverein der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Abt. IV, Bd.3.1, Nr.15  
[Schiedsvertrag in der Berliner Metallindustrie]
- 23.02.1907 Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands Nr. 8. Abt. IV, Bd.3.1, Nr.16  
Eröffnung des Reichstages  
[Die Thronrede als sozialpolitisches Regierungsprogramm]
- 06.03.1907 Der Gewerkverein Nr. 19. Der sozialpolitische Kurs im Reichstage Abt. IV, Bd.3.1, Nr.17  
[Sozialpolitische Gesetzesvorlagen als künftige Aufgaben des Reichstages]
- 06.03.1907 Der Gewerkverein Nr. 19. Erste deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinnen- Abt. IV, Bd.3.1, Nr.18  
Interessen  
[Sozialpolitische Forderungen für Arbeiterinnen]
- 07.03.1907 Bescheid des Landrates des Kreises Ruhrort von Wülfring an den Vorstand der Gutehoff- Abt. IV, Bd.3.1, Nr.19  
nungshütte in Sterkrade  
[Errichtung von Arbeiterwohnungen in Sterkrade]
- 08.03.1907 Geschäftsbericht an die 33. Vollversammlung des Deutschen Handelstages Abt. IV, Bd.3.1, Nr.20  
[Erklärung der sozialpolitischen Kommission des Deutschen Handelstags zum Gesetzentwurf über Berufsvereine]
- 15.03.1907 Neue Bahnen Nr. 6. Die drei Resolutionen der ersten deutschen Konferenz zur Förderung der Abt. IV, Bd.3.1, Nr.21  
Arbeiterinnen-Interessen  
[Sozial- und wirtschaftspolitische Verbesserungen für Arbeiterinnen]
- 17.03.1907 Die Hilfe Nr. 11. Die Sozialpolitik des Grafen Posadowsky Abt. IV, Bd.3.1, Nr.22  
[Staatssozialismus genügt als Sozialpolitik nicht]
- 19.03.1907 Eingabe des Vorstandes der Halleschen Maschinenfabrik Eisengießerei AG, Halle/Saale, vorm. Abt. IV, Bd.3.1, Nr.23  
R. Riedel & Kemnitz, an den Regierungspräsidenten in Merseburg  
[Betriebliche Sonderzuwendungen und Gewinnbeteiligung der Arbeiter]
- 22.03.1907 Protokoll der 36. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Abt. IV, Bd.3.1, Nr.24  
Werk  
[Angelegenheiten des Unterstützungsvereins; Lohnfragen]
- 00.04.1907 Sozialistische Monatshefte, Heft 4. Invalidenversicherung Abt. IV, Bd.3.1, Nr.25  
[Statistische Auswertung der gewährten Invalidenrente in Berlin]
- 00.04.1907 Sozialistische Monatshefte, Heft 4. Christliche Gewerkschaften Abt. IV, Bd.3.1, Nr.26  
[Organisationsgrad der christlichen Gewerkschaften]
- 05.04.1907 Bericht der Königlichen Technischen Deputation an den preußischen Minister für Handel und Abt. IV, Bd.3.1, Nr.27  
Gewerbe Klemens Delbrück  
[Bericht zur Beschwerde der Kabelfabrik Landsberg a. W. über Anordnungen der Gewerbeinspektion zum Arbeiterschutz]
- 06.04.1907 Der Gewerkverein Nr. 27. Unverbesserliche Scharfmacher Abt. IV, Bd.3.1, Nr.28  
[Arbeitszeit- und Lohnforderungen der Arbeiter aus Arbeitgebersicht]
- 10.04.1907 Der Gewerkverein Nr. 28. Ein Mittel zum friedlichen Ausgleich Abt. IV, Bd.3.1, Nr.29  
[Vorschlag des Vorstandes des Gesamtverbandes deutscher Metallindustriellen, zur Sicherung des Arbeitsfriedens Verhandlungskommissionen aus Arbeitgebern und Arbeitern zu bilden]
- 12.04.1907 Bericht der städtischen Verwaltungsstelle Duisburg-Meiderich an die Zentralverwaltung der Abt. IV, Bd.3.1, Nr.30  
Stadt Duisburg  
[Errichtung von Arbeiterwohnungen]
- 16.04.1907 Beratungsprotokoll zum Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Reichsgewerbeordnung Abt. IV, Bd.3.1, Nr.31  
[Arbeitsbedingungen in der Hausindustrie; Verhalten der Staatsbehörden bei Auftragsvergabe]
- 24.04.1907 Bericht der Polizeidirektion Dresden an das sächsische Innenministerium Abt. IV, Bd.3.1, Nr.32  
[Boycott und Nötigung nicht-sozialdemokratischer Kleinhändler und Arbeiter]

- 24.04.1907 Aufruf der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands an die Vorstände der ihr angeschlossenen Zentralverbände  
[Verhalten gegenüber den gelben Gewerkschaften] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.33
- 24.04.1907 Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin an den preußischen Minister des Innern Theobald von Bethmann Hollweg  
[Entwicklung der gelben Gewerkschaften und deren Förderung durch die Arbeitgeber] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.34
- 29.04.1907 Runderlaß des sächsischen Innenministers Grafen von Hohenthal und Bergen an alle Kreis- hauptmannschaften  
[Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.35
- 30.04.1907 Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück  
[Neue Verhandlungen über den Abschluß eines Tarifs für das Berliner Baugewerbe, um einen Arbeitskampf zu vermeiden] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.36
- 05.05.1907 Die Hilfe Nr. 18. Die Konkurrenzklausel.  
[Beschränkung der freien Wahl des Arbeitsplatzes durch die Konkurrenzklausel] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.37
- 07.05.1907 Ein Generalarbeitsvertrag auf den deutschen Schiffswerften  
[Tarifvertragliche Vereinbarungen in der Werftindustrie] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.38
- 11.05.1907 Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück  
[Ausbruch des Arbeitskampfes im Berliner Baugewerbe] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.39
- 11.05.1907 Votum des preußischen Staatsministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Grafen Posadowsky  
[Vorschläge zur Beratung der Vorlage eines Arbeitskammergesetzes] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 a
- 14.05.1907 Schreiben des Bezirksleiters des VII. Bezirks des Deutschen Metallarbeiterverbandes Karl Spiegel, Düsseldorf, an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Artur Grafen von Posadowsky-Wehner  
[Streikposten] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.41
- 18.05.1907 Eingabe des Centralausschusses Berliner kaufmännischer, gewerblicher und industrieller Vereine an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück  
[Gescheiterter Einigungsversuch im Lohnkampf des Berliner Baugewerbes] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.42
- 18.05.1907 Schreiben der Firma Boswau & Knauer GmbH, Berlin, an den Vorstand des Verbandes der Baugeschäfte von Berlin und den Vororten  
[Risiken eines Arbeitskampfes im Berliner Baugewerbe] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.43
- 21.05.1907 Eingabe der Firma Boswau & Knauer GmbH, Berlin, an den Geheimen Regierungsrat Scheffer im Reichskanzleramt  
[Ersuchen um Einigungsbemühungen der Regierung im Streik des Berliner Baugewerbes] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.44
- 23.05.1907 Protokoll der 37. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk  
[Einrichtung einer Betriebskrankenkasse; Überstundenbezahlung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.45
- 25.05.1907 Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück  
[Vollzug der Aussperrung im Berliner Baugewerbe] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.46
- 00.06.1907 Eingabe des Vorsitzenden der Vereinigung der Mitglieder (Kaufleute) des Kaufmannsgerichts zu Berlin Carl Grunewaldt an das Reichsamt des Innern  
[Verbot von Verabredungen, schwarzen Listen oder anderer Einrichtungen der Kaufleute durch die §§ 152 und 153 der Gewerbeordnung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.47
- 04.06.1907 Votum des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück für den preußischen Ministerpräsidenten Bernhard Fürsten von Bülow  
[Ablehnung einer Vermittlung der Regierung im Arbeitskampf des Berliner Baugewerbes] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.48



- 05.06.1907 Vortragsnotiz des Regierungsrats im Reichsamt des Innern Hans Follmann Abt. IV, Bd.3.1, Nr.49  
[Erhöhung der Beitragspflichtgrenze für die Invalidenversicherung; Beibehaltung der bisherigen Altersgrenze]
- 06.06.1907 Bericht des Rates der Stadt Leipzig an die Kreishauptmannschaft Leipzig Abt. IV, Bd.3.1, Nr.50  
[Fortbildungsmöglichkeiten für die Arbeiterschaft]
- 08.06.1907 Protokoll über die kommissarische Beratung der Grundzüge für ein Gesetz über Arbeits- Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40b  
kammern  
[Beratung des Votums des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe]
- 12.06.1907 Der Gewerkverein Nr. 46. Die preußische Steuergesetzgebung Abt. IV, Bd.3.1, Nr.51  
[Konsequenzen des preußischen Einkommensteuergesetzes von 1906 für Arbeiter]
- 16.06.1907 Die Hilfe Nr. 24. [Friedrich Weinhausen:] Die gelbe Gewerkschaftsgefahr Abt. IV, Bd.3.1, Nr.52  
[Kritik an den gelben Gewerkschaften sowie am Bund vaterländischer Arbeitervereine]
- 16.06.1907 Die Hilfe Nr. 24. [Heinz Potthoff:] Falsche Vorbilder für die Privatbeamtenversorgung Abt. IV, Bd.3.1, Nr.53  
[Ergänzung des Sozialversicherungssystems durch eine staatliche Rentenversicherung für Angestellte]
- 17.06.1907 Protokoll der 1. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns Abt. IV, Bd.3.1, Nr.54  
im Charlottenburger Werk  
[Errichtung einer Betriebskrankenkasse; Urlaub für Arbeiter]
- 21.06.1907 Protokoll über die kommissarische Beratung der Grundzüge für ein Gesetzentwurf über Ar- Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 c  
beitskammern  
[Diskussion der ersten Gesetzentwürfs zwischen den Kommissaren der beteiligten Ressorts des Reiches  
und Preußens]
- 23.06.1907 Resolutionen des Gewerkvereins der Deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Abt. IV, Bd.3.1, Nr.55  
[Regelung der Arbeitszeit; Wohlfahrtseinrichtungen]
- 24.06.1907 Bericht des sächsischen Gesandten zum Bundesrat Christoph Grafen Vitzthum von Eckstädt Abt. IV, Bd.3.1, Nr.56  
an den sächsischen Außenminister Wilhelm Grafen von Hohenthal und Bergen  
[Verhältnis der Reichsleitung zu Reichstag und Bundesrat]
- 26.06.1907 Schreiben des Sekretärs des Deutschen Metallarbeiterverbandes Otto Hosenthien, Verwal- Abt. IV, Bd.3.1, Nr.57  
tungsstelle Stuttgart-Cannstadt, an die Firma Robert Bosch  
[Resolution einer Arbeiterversammlung zum freien Samstagnachmittag]
- 26.06.1907 Protokoll der 2. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns Abt. IV, Bd.3.1, Nr.58  
im Charlottenburger Werk  
[Unterstützungsverein und Gewerkschaften]
- 29.06.1907 Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands Nr. 26. Abt. IV, Bd.3.1, Nr.59  
Posadowskys Rücktritt  
[Kein befriedigendes Ergebnis der Sozialpolitik Posadowskys]
- 29.06.1907 Petition des Deutschen Brennmeisterbundes e.V. an den Reichstag Abt. IV, Bd.3.1, Nr.60  
[Ausbau des Sozialversicherungssystems]
- 00.07.1907 Flugblatt des Gewerkvereins der deutschen Maschinenbau- und Metallarbeiter Abt. IV, Bd.3.1, Nr.61  
[Streik, Aussperrung und tarifvertragliche Vereinbarungen]
- 04.07.1907 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 d  
den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück  
[Errichtung von Arbeitskammern]
- 04.07.1907 Grundzüge für ein Gesetz über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 e  
[Aufgaben und Organisation der Arbeitskammern]
- 07.07.1907 Die Hilfe Nr. 27. [Friedrich Naumann:] Posadowskys Entlassung Abt. IV, Bd.3.1, Nr.62  
[Reichstag und Personalpolitik der Reichsleitung]

- 12.07.1907 Vorschläge des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück zu dem Gesetzentwurf über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 f  
[Änderungsvorschläge des Kommissars des preußischen Handelsministeriums Neumann zu den Grundzügen des Reichsamts des Innern]
- 16.07.1907 Protokoll über die kommissarische Beratung der Grundzüge für ein Gesetz über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 g  
[Umfang der Geschäftsbefugnis und des Geschäftsbereichs der Arbeitskammern]
- 23.07.1907 Antrag des Geheimen Oberregierungsrats Neumann zu dem Entwurf eines Gesetzes über Arbeits- und Kaufmannskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 h  
[Aufgaben der Arbeitskammern]
- 27.07.1907 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 30. Knappschaftsmitglieder, was steht auf dem Spiele? Abt. IV, Bd.3.1, Nr.63  
[Die Knappschaftsversicherung nach dem Änderungsgesetz über das Knappschaftswesen]
- 30.07.1907 Protokoll über die kommissarische Beratung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 i  
[Zuständigkeit und Wahlrecht der Arbeitskammern]
- 10.08.1907 Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.3.1, Nr.64  
[Ende und Ergebnis des Arbeitskampfes im Berliner Baugewerbe]
- 20.08.1907 Protokoll der 4. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk Abt. IV, Bd.3.1, Nr.65  
[Errichtung einer Betriebskrankenkasse; Gewährung von Urlaub]
- 20.08.1907 Jahresbericht des Präses des Ausschusses des Westfälischen Verbandes für Wanderarbeitsstätten Friedrich von Bodelschwingh Abt. IV, Bd.3.1, Nr.66  
[Sozialpolitische Maßnahmen für Wanderarbeiter]
- 22.08.1907 Bericht des Landrats des Kreises Elbing an den Regierungspräsidenten in Danzig Abt. IV, Bd.3.1, Nr.67  
[Streikbewegung in den Haffufer-Ziegeleien]
- 23.08.1907 Bericht des Polizeipräsidenten von Dresden Koettig an das sächsische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.68  
[Überwachung von Arbeiterturnvereinen]
- 29.08.1907 Eingabe des Bäckermeisters Lazarus Alex Kaufmann an das Polizeiamt Krefeld Abt. IV, Bd.3.1, Nr.69  
[Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 08.09.1907 Flugblatt des Unterstützungsvereins der Siemenswerke Abt. IV, Bd.3.1, Nr.70  
[Errichtung einer Betriebskrankenkasse]
- 11.09.1907 Memorandum des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an alle preußischen Staatsminister Abt. IV, Bd.3.1, Nr.71  
[Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes]
- 13.09.1907 Protokoll der 38. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk Abt. IV, Bd.3.1, Nr.72  
[Errichtung einer Betriebskrankenkasse; Verpachtung von Gärten an Arbeiter]
- 20.09.1907 Votum des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück zu dem Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes Abt. IV, Bd.3.1, Nr.73  
[Zustimmung zum Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes]
- 23.09.1907 Bericht der Amtshauptmannschaft Zwickau an die dortige Kreishauptmannschaft Abt. IV, Bd.3.1, Nr.74  
[Einrichtung öffentlicher Arbeitsnachweise]
- 26.09.1907 Notiz des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg für den Geheimen Oberregierungsrat Koch Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 j  
[Formulierungsvorschläge zum Gesetzentwurf über Arbeitskammern]
- 28.09.1907 Der Gewerkverein Nr. 77. Das Koalitionsrecht der Landarbeiter Abt. IV, Bd.3.1, Nr.75  
[Forderung nach einer politisch neutralen Organisation der Landarbeiter]

- 00.10.1907 Die Abhängigkeit der Zukunft Deutschlands von dem Fortschritt der sozialen Reform und von der Anbahnung des inneren Friedens Abt. IV, Bd.3.1, Nr.76  
[Flugblatt zur Agitation inner- und außerhalb der evangelischen Arbeitervereine]
- 05.10.1907 Vertrag zwischen der Firma Siemens & Halske AG und Herrn Dr. med. Böttcher Abt. IV, Bd.3.1, Nr.77  
[Einrichtung eines betriebsärztlichen Dienstes]
- 08.10.1907 Protokoll über die kommissarische Beratung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 k  
[Rechte und Pflichten von Arbeitskammern; organisatorischer Zusammenhang mit den Berufsgenossenschaften]
- 16.10.1907 Protokoll einer Besprechung von Arbeiterreferenten süddeutscher Städte in Frankfurt am Main Abt. IV, Bd.3.1, Nr.78  
[Dienstverhältnisse der städtischen Arbeiter]
- 19.10.1907 Der Gewerkverein Nr. 83. Ein konservativ-antisemitisch-ultramontaner Arbeiterkongreß Abt. IV, Bd.3.1, Nr.79  
[Versuch, eine einheitliche Arbeitervereinigung auf nationaler Grundlage zu schaffen]
- 20.10.1907 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Friedrich von Moltke an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Arthur Schreiber Abt. IV, Bd.3.1, Nr.80  
[Beschäftigung schwer vermittelbarer Arbeitsloser]
- 20.10.1907 Rede des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg zur Eröffnung des zweiten deutschen Arbeiterkongresses in Berlin Abt. IV, Bd.3.1, Nr.81  
[Bereitschaft zum Kompromiß zwischen allen Interessengruppen; sozialpolitische Gesichtspunkte: Schutz bei Frauen- und Heimarbeit, Arbeitskammern]
- 22.10.1907 Überwachungsbericht der Polizei an den Oberbürgermeister der Stadt Krefeld Adalbert Oehler Abt. IV, Bd.3.1, Nr.82  
[Öffentliche Versammlung des sozialdemokratischen Gewerkschaftskartells der Stadt Krefeld]
- 23.10.1907 Protokoll über die kommissarische Beratung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 l  
[Aktives und passives Wahlrecht zur Besetzung von Arbeitskammern; Rechtsfähigkeit]
- 28.10.1907 Rede des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg vor dem Zentralverband deutscher Industrieller Abt. IV, Bd.3.1, Nr.83  
[Bereitschaft zum Interessenausgleich zwischen Unternehmertum und Arbeiterschaft]
- 28.10.1907 Erklärung der Delegierten des Zentralverbandes deutscher Industrieller Abt. IV, Bd.3.1, Nr.84  
[Stellungnahme zu sozialpolitischen Fragen]
- 28.10.1907 Verwaltungsbericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den König von Preußen Abt. IV, Bd.3.1, Nr.85  
[Politische Stimmung und wirtschaftliche Lage im Regierungsbezirk]
- 30.10.1907 Protokoll über die kommissarische Beratung der Vorlage eines Gesetzes über die Errichtung von Kaufmannskammern Abt. IV, Bd.3.1, Nr.86  
[Beratung des Gesetzentwurfs]
- 00.11.1907 Gegen Fleisch- und Brotwucher. Flugblatt der sozialdemokratischen Partei Abt. IV, Bd.3.1, Nr.87  
[Belastung der Arbeiter durch die Interessenpolitik der Agrarier]
- 06.11.1907 Protokoll der 39. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk Abt. IV, Bd.3.1, Nr.88  
[Errichtung einer Betriebskrankenkasse; Bezahlung von Überstunden; Unterstützungsverein]
- 10.11.1907 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 m  
[Ausbau der Arbeiterausschüsse zu Wahlgremien für die Arbeitskammern]
- 10.11.1907 Anlage zum Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern an den preußischen Handelsminister Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 n  
[Ausbau der Arbeiterausschüsse]
- 15.11.1907 Neue Bahnen Nr. 22. Konkurrenzkampf im Handelsgewerbe Abt. IV, Bd.3.1, Nr.89  
[Resolution gegen Frauenarbeit]

- 16.11.1907 Der Gewerkverein Nr. 91. Die Heilbehandlung in der Invalidenversicherung  
[Finanzielle Aufwendungen von Landesversicherungsanstalten für die Heilbehandlungen der Versicherten] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.90
- 26.11.1907 Erklärung der Handelskammer Oppeln  
[Errichtung von Arbeitskammern] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 o
- 27.11.1907 Der Gewerkverein Nr. 94. Aus der Praxis der Arbeiterversicherung  
[Die Bedeutung der sozialen Wahlen] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.91
- 28.11.1907 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Friedrich von Schwerin an den preußischen Minister des Innern Friedrich von Moltke  
[Bericht über die Arbeiterschaft, insbesondere über die sozialdemokratische, anarchistische und polnische Bewegung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.92
- 30.11.1907 Bericht der Amtshauptmannschaft Zwickau an die Kreishauptmannschaft Zwickau  
[Betriebskontrollen der örtlichen Gewerbeaufsichtsbehörde] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.93
- 07.12.1907 Der Gewerkverein Nr. 97. Die neue sozialpolitische Ära  
[Sozialpolitische Gesetzesvorhaben Bethmann Hollwegs] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.94
- 07.12.1907 Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands Nr. 49. Ein Reichsvereinsgesetz  
[Beurteilung der Regierungsvorlage zum Reichsvereinsgesetz aus der Sicht der freien Gewerkschaften] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.95
- 13.12.1907 Protokoll der Referentenbesprechung im Reichsamt des Innern  
[Organisationsreform der Arbeiterversicherung, Einführung einer Hinterbliebenenversicherung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.96
- 14.12.1907 Correspondenzblatt der Generalkommission der freien Gewerkschaften Deutschlands Nr. 50. Die Gewerbeordnungsnovelle  
[Vor- und Nachteile in den Regelungen über die Arbeitszeit und die Heimarbeit] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.97
- 19.12.1907 Votum des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück für das Königliche Staatsministerium  
[Änderungsvorschläge zum Arbeitskammergesetzentwurf] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 p
- 24.12.1907 Notiz des Oberbürgermeisters der Stadt Krefeld Adalbert Oehler  
[Besprechung mit Vertretern der Krefelder Textilarbeiterschaft während eines Arbeitskampfes] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.98
- 26.12.1907 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an den preußischen Landwirtschaftsminister Bernd von Arnim-Criewen  
[Einbeziehung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter und des Gesindes in die Krankenversicherung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.99
- 28.12.1907 Bericht des Oberbürgermeisters von Düsseldorf Wilhelm Marx und des Beigeordneten der Stadt Essen Otto Wiedfeldt an den Staatssekretär im Reichsamt des Innern Theobald von Bethmann Hollweg  
[Vorschläge zur Reform der Arbeiterversicherung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.100

## 1908

- 03.01.1908 Protokoll der Generalversammlung des Arbeitgeberverbandes der rheinischen Seidenindustrie in Krefeld  
[Beendigung der Aussperrung in der Seidenweberei] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.1
- 04.01.1908 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 1. Rückblick auf das Jahr 1907  
[Lage am Arbeitsmarkt; Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation und des Unterstützungswesens] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.2
- 04.01.1908 Der Gewerkverein Nr. 1. Der Kampf um das Knappschaftsstatut  
[Änderung des Statuts der Knappschaftskassen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.3
- 04.01.1908 Rundschreiben des Zentralverbandes deutscher industrieller an seine Mitglieder betr. den Tarifvertrag im Buchdruckgewerbe  
[Stellungnahme gegen die Einführung des Koalitionszwangs im Buchdruckergewerbe] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.4

- 05.01.1908 Entschließung der vereinigten Arbeiterausschüsse der Krefelder Stoffwebereien [Vorwürfe an die Gewerkschaften] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.5
- 05.01.1908 Eingabe des Zentralverbandes der Maurer, Zweigverein Duisburg, an den Oberbürgermeister der Stadt Duisburg Karl Lehr [Beschäftigung arbeitsloser Bauarbeiter] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.6
- 06.01.1908 Resolution der Mitglieder des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter in Krefeld [Zustimmung zur Verbandsführung; Forderung nach Verbandsdisziplin] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.7
- 08.01.1908 Satzung des Unterstützungsvereins der Siemenswerke [Innerbetriebliche Vereinigung mit sozialpolitischem Zweck] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.8
- 09.01.1908 Einigungsvertrag für das Schneidergewerbe [Vertrag zwischen dem Allgemeinen deutschen Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe und dem Gewerkverein der Deutschen Schneider und verwandten Berufsgenossen (Hirsch-Duncker)] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.9
- 09.01.1908 Eingabe der Gesellschaft für Soziale Reform an den Bundesrat und an den Reichstag [Kritik am Entwurf des Reichsvereinsgesetzes] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.10
- 10.01.1908 Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Oberbürgermeister von Krefeld Adalbert Oehler [Anerkennung der tätigen Vermittlung zwischen den Arbeitskämpfparteien] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.11
- 11.01.1908 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 2. Die Novelle zum Handelsgesetz (H. Lehmann) [Schutz der Handlungsgehilfen in Krankheitsfällen § 63 Handelsgesetzbuch] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.12
- 12.01.1908 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 2. Wie weit geht der Rechtszwang, den Arbeitgeberverbände ihren Mitgliedern gegenüber ausüben können? [Konventionalstrafe bei Nichterfüllung von Mitgliederpflichten] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.13
- 13.01.1908 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 1. Soziale Gesetzgebung. Die Landarbeiter und das Vereinsgesetz [Für die Einbeziehung der Landarbeiter in den Geltungsbereich des Vereinsgesetzes] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.14
- 17.01.1908 Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 23 [Ablehnung selbständiger Streikentschädigungsgesellschaften] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.15
- 17.01.1908 Immediatbericht des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an den Deutschen Kaiser Wilhelm II. [Aufgaben und Organisation der Arbeitskammern] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 a
- 19.01.1908 Die Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 3. Unbedingte Vereinsmündigkeit? [Zulassung Minderjähriger bei politischen Vereinen und Versammlungen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.17
- 25.01.1908 Bekanntmachung des Siemens-Konzerns zur Wahl des Arbeiterausschusses [Wahlmodalitäten] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.18
- 27.01.1908 Eingabe der Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann-Hollweg [Kein Bedarf an Handlungsgehilfen- bzw. Kaufmannskammern] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.19
- 27.01.1908 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 2. Zur Rechtsstellung unserer Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Dr. Fanny Imle) [Vorschläge zur Kodifizierung des Tarifrrechts] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.20
- 27.01.1908 Runderlaß des badischen Innenministers Heinrich Freiherr von und zu Bodman an sämtliche Landeskommissäre des Großherzogtums [Die Lage des Arbeitsmarktes im Großherzogtum Baden] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.21
- 31.01.1908 Verwaltungsbericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den König von Preußen [Politische Stimmung und wirtschaftliche Lage im Regierungsbezirk] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.22

- 31.01.1908 Schreiben des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück an den Reichskanzler Fürsten Bernhard von Bülow für das Reichsamt des Innern  
[Reform der Arbeiterversicherung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 a
- 00.02.1908 Sozialistische Monatshefte, Heft 2. Arbeitskammern  
[Kritik des Regierungsentwurfs, besonders an der paritätischen Besetzung, an der Zuordnung zu Berufsgenossenschaften und am Wahlmodus] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 b
- 01.02.1908 Entwurf eines Gesetzes über Arbeitskammern  
[Das Gesetz über Arbeitskammern und seine Begründung] Abt. IV, Bd.3.1, Nr.40 q
- 02.02.1908 Bericht des sächsischen Gesandten zum Bundesrat Christoph Grafen Vitzthum von Eckstädt an den sächsischen Außenminister Wilhelm Grafen von Hohenthal und Bergen  
[Veröffentlichung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 d
- 11.02.1908 Resolution der Versammlung der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) zum Gesetzentwurf über die Arbeitskammern  
[Grundsätzliche Zustimmung; Ablehnung des vorgeschlagenen Wahlverfahrens; Forderung, auch für die Landwirtschaft und den Handel paritätische Arbeitskammern einzurichten] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 e
- 12.02.1908 Eingabe des Feuerversicherungsinspektors Julius Viehweger an den sächsischen Minister des Innern Wilhelm Grafen von Hohenthal und Bergen  
[Zusammenschluß nationaler Arbeitervereine in Dresden] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.24
- 13.02.1908 Bericht des badischen Landeskommissärs für die Kreise Freiburg, Lörrach und Offenburg an das badische Ministerium des Innern  
[Die Lage des Arbeitsmarktes in Südwestbaden] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.25
- 15.02.1908 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 7. Der Gesetzentwurf über die Arbeitskammern  
[Kritik besonders am Wahlmodus und an der paritätischen Besetzung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 f
- 16.02.1908 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 7. Staatliche Regelung der Arbeitsvermittlung  
[Ablehnung staatlicher Arbeitsvermittlung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.26
- 18.02.1908 Schreiben des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Bernhard von Amim-Criewen an den Reichskanzler Fürsten Bernhard von Bülow für das Reichsamt des Innern  
[Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 b
- 18.02.1908 Berichte der Oberpräsidenten über die Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter  
[Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 c
- 20.02.1908 Bericht des badischen Bezirksamtes Donaueschingen an das badische Landeskommissariat in Konstanz  
[Lage des Arbeitsmarktes im Bezirk] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.27
- 22.02.1908 Bericht des Gendarmerie-Brigadiers Gustav Brade aus Crimmitschau an die Amtshauptmannschaft Zwickau  
[Arbeitslosigkeit in der Textilindustrie] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.28
- 23.02.1908 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 8. Zum Reichsvereinsgesetz  
[Eingabe des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände an Bundesrat und Reichstag gegen die unbeschränkte Zulassung Jugendlicher zu politischen Vereinen und Versammlungen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.29
- 27.02.1908 Bericht des Magistrats der Stadt Königsberg i.Pr. an den preußischen Minister des Innern Friedrich von Moltke  
[Armenunterstützung und Reichstagswahlrecht] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.30
- 28.02.1908 Eingabe des Vereins Deutscher Schiffswerften an den Reichskanzler Fürsten Bernhard von Bülow  
[Protest gegen die Resolution des Reichstages vom 1. Februar 1908, Arbeiten für die Marineverwaltung nur an solche Firmen zu vergeben, welche die gesetzlichen oder tarifvertraglichen Bestimmungen hinsichtlich der Arbeitsbedingungen einhalten] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.31

- 00.03.1908 Denkschrift des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Abt. IV, Bd.3.2, Nr.32  
[Relevanz eines korporativen Arbeitsvertrages im Baugewerbe]
- 02.03.1908 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 d  
[Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht bei der Versicherungsreform]
- 04.03.1908 Protokoll einer Besprechung im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.3.2, Nr.33  
[Keine staatliche Vermittlung bei Ausbruch eines Streiks im Baugewerbe]
- 04.03.1908 Protokoll der 5. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 g  
im Werk am Askanischen Platz  
[Beratung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern]
- 05.03.1908 Schreiben des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann-Hollweg an das badische Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 e  
Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten  
[Die Reform der Arbeiterversicherung]
- 05.03.1908 Eingabe des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände an den Bundesrat Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 h  
[Ablehnung paritätisch besetzter Arbeitskammern, da sie soziale Konflikte verschärfen würden]
- 06.03.1908 Bericht der Polizeidirektion Dresden an das sächsische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.34  
[Zusammenschluß nationaler Arbeitervereine in Dresden]
- 06.03.1908 Eingabe des Deutschen Handwerks- und Gewerbevereins an den Bundesrat Abt. IV, Bd.3.2, Nr.35  
[Kritik am Entwurf des Reichsvereinsgesetzes; Beschränkung des Vereinsrechtes für jugendliche Personen]
- 07.03.1908 Protokoll einer Besprechung des Geheimen Oberregierungsrates Wilhelm Neumann aus dem Abt. IV, Bd.3.2, Nr.36  
preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe mit Vertretern des Baugewerbes  
[Vorschläge der Arbeitgeber für tarifvertragliche Vereinbarungen im Baugewerbe; Streikgefahr]
- 11.03.1908 Schreiben des württembergischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an das Abt. IV, Bd.3.2, Nr.37  
Reichsamt des Innern  
[Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 12.03.1908 Eingabe der Firma Boswau & Knauer an den Unterstaatssekretär im preußischen Ministerium Abt. IV, Bd.3.2, Nr.38  
für Handel und Gewerbe Max Richter  
[Erläuterungen zum Normaltarif für das Baugewerbe und zu den Maßnahmen der Arbeitgeberverbände;  
Entwurf eines Tarifvertrages]
- 13.03.1908 Aktennotiz des Geheimen Oberregierungsrates August Beckmann im Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 f  
[Pensionsversicherung für Angestellte]
- 13.03.1908 Beschluß der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher Industrieller zum Abt. IV, Bd.3.2, Nr.39  
Entwurf eines Gesetzes betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung  
[Bedenken gegen zu weitgehende soziale Vorschriften]
- 13.03.1908 Bericht des badischen Bezirksamtes Heidelberg an das badische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.40  
[Zur Arbeitslosigkeit im Baugewerbe]
- 13.03.1908 Beschluß der Delegiertenversammlung des Zentralverbandes deutscher industrieller zum Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 i  
Entwurf eines Gesetzes Ober Arbeitskammern  
[Ablehnung paritätisch besetzter Arbeitskammern]
- 14.03.1908 Protokoll einer Besprechung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen im Baugewerbe in Koblenz Abt. IV, Bd.3.2, Nr.41  
[Diskussion über strittige Punkte des von der Arbeitgeberseite entworfenen Tarifvertrages für das Baugewerbe]
- 14.03.1908 Bericht des badischen Bezirksamtes Mannheim an das badische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.42  
[Zur Arbeitslosigkeit im Baugewerbe]
- 16.03.1908 Protokoll einer Besprechung im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe über die Abt. IV, Bd.3.2, Nr.43  
Tarifverhandlungen für das Baugewerbe  
[Verhandlungen zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden des Baugewerbes über den neuen Tarifvertrag]

- 20.03.1908 Bericht des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Main Franz Adickes an den preußischen Minister des Innern Friedrich von Moltke Abt. IV, Bd.3.2, Nr.44  
[Armenunterstützung und Reichstagswahlrecht]
- 28.03.1908 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 13. Das Reichsvereinsgesetz Abt. IV, Bd.3.2, Nr.45  
[Protest gegen den Entwurf des Gesetzes]
- 29.03.1908 Eingabe der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände an den Reichskanzler für das Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 j  
[Ablehnung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern]
- 30.03.1908 Vorschlag des Referenten der Ausschüsse für Handel und Gewerbe und für Justizwesen beim Bundesrat, Dr. Fischer, zur Beratung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 k  
[Leitsätze zur Arbeitskammervorlage]
- 30.03.1908 Eingabe des Vorsitzenden des Einigungsamtes für das Baugewerbe in Essen Otto Wiedfeldt an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.3.2, Nr.46  
[Einigung über Normaltarifverträge im Baugewerbe]
- 11.04.1908 Rundschreiben des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände an seine Mitglieder Abt. IV, Bd.3.2, Nr.47  
[Maifeier]
- 18.04.1908 Aktennotiz des Siemens-Konzerns über eine Konferenz zur Vorbereitung des Kongresses vaterländischer und gelber Arbeitervereine in Kiel Abt. IV, Bd.3.2, Nr.48  
[Gründung eines Zentralverbandes vaterländischer und gelber Arbeitervereine]
- 01.05.1908 Bekanntmachung des Vorstandes der Industrie- und Handarbeitsschule der Gutehoffnungshütte in Oberhausen Abt. IV, Bd.3.2, Nr.49  
[Einrichtung einer Fortbildungsschule für Mädchen]
- 07.05.1908 Stellungnahme des sächsischen Ministers des Innern Wilhelm Grafen von Hohenthal und Bergen für das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 l  
[Vorschläge Sachsens zur Beratung der Arbeitskammervorlage]
- 07.05.1908 Runderlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an sämtliche Landräte und Oberbürgermeister des Bezirks sowie an die Bürgermeister der Städte Rheydt und Oberhausen Abt. IV, Bd.3.2, Nr.50  
[Förderung des Arbeiterwohnungswesens durch großzügige Handhabung baupolizeilicher Vorschriften]
- 20.05.1908 Protokoll der 40. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk Abt. IV, Bd.3.2, Nr.51  
[Positive Entwicklung der Betriebskrankenkasse; gelbe Arbeiterbewegung; Unterstützungsverein der Siemenswerke]
- 21.05.1908 Vermerk des Oberregierungsrates Max Paehler im Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 g  
[Krankenversicherung der unständigen Arbeiter]
- 21.05.1908 Protokoll über die kommissarische Beratung des Gesetzentwurfs zur Abänderung der Gewerbeordnung Abt. IV, Bd.3.2, Nr.52  
[Schutz jugendlicher Arbeiter; Beschäftigung von Wöchnerinnen nach der Entbindung]
- 23.05.1908 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 21. Ein Geheimbund von Terroristen! Abt. IV, Bd.3.2, Nr.53  
[Satzung des Zechenverbandes; Anklage gegen den Verband wegen Führung schwarzer Listen]
- 23.05.1908 Niederschrift des Wirklichen Geheimen Rats Fischer über die Ausschlußberatung zur Arbeitskammervorlage Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 m  
[Beratung der Leitsätze zur Arbeitskammervorlage]
- 25.05.1908 Bericht des statistischen Amtes der Stadt Düsseldorf Abt. IV, Bd.3.2, Nr.54  
[Beschäftigung von Arbeitslosen im Winter 1907/08]
- 27.05.1908 Schreiben der Hamburgischen Senatskommission für die Reichs- und auswärtigen Angelegenheiten an den Reichskanzler für das Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.3.2, Nr.55  
[Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]



- 30.05.1908 Der Gewerkverein Nr. 42. Scharfmacher und Sozialpolitik Abt. IV, Bd.3.2, Nr.56  
[Plädoyer für weitergehende soziale Reformen]
- 05.06.1908 Bericht der Amtshauptmannschaft Leipzig an die Kreishauptmannschaft Leipzig Abt. IV, Bd.3.2, Nr.57  
[Maifeier]
- 13.06.1908 Eingabe des Vereins selbständiger Gärtner Krefelds und Umgegend an das Oberbürger- Abt. IV, Bd.3.2, Nr.58  
meisteramt in Krefeld  
[Gesuch um eine Ausnahmeregelung zur Sonntagsruhe]
- 18.06.1908 Votum des sächsischen Ministeriums des Innern für das sächsische Ministerium des auswär- Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 h  
tigen Angelegenheiten  
[Änderungsvorschläge Sachsens zur geplanten Reform der Arbeiterversicherung]
- 20.06.1908 Eingabe des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften an das badische Staatsministerium Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 i  
[Protest gegen eine Einschränkung der Rechte in Versicherungsangelegenheiten]
- 20.06.1908 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 25. Der 19. Internationale Bergarbeiterkongreß in Paris Abt. IV, Bd.3.2, Nr.59  
[Kritik am Gewerkverein christlicher Bergarbeiter]
- 22.06.1908 Votum des badischen Ministeriums des Innern für das badische Ministerium des Großherzog- Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 j  
lichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten  
[Änderungsvorschläge Badens zur geplanten Reform der Arbeiterversicherung]
- 22.06.1908 Memorandum des Staatsministers Theobald von Bethmann Hollweg für sämtliche preußische Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 n  
Minister  
[Organisation der Arbeitskammern; Leitsätze zu ihrer Errichtung; Aufbringung der Kosten]
- 23.06.1908 Schreiben der Lübischen Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten an Abt. IV, Bd.3.2, Nr.60  
den Reichskanzler für das Reichsamt des Innern  
[Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 27.06.1908 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 k  
das badische Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten  
[Beratung über die Frage der freien Arzt- und Apothekerwahl in der Krankenversicherung]
- 29.06.1908 Protokoll der 6. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns Abt. IV, Bd.3.2, Nr.61  
im Werk am Askanischen Platz  
[Gewährung von Urlaub; Spareinrichtungen für Arbeiter]
- [nach 08.07.1908] Referentenentwurf des Reichsamts des Innern zu einem Gesetz über die Einwirkungen der Abt. IV, Bd.3.2, Nr.62  
Armenunterstützung auf öffentlich-rechtliche Belange  
[Armenunterstützung und Wahlrecht]
- 15.07.1908 Arbeitsordnung der Textilfabrik Lindner & Erler aus Reuth/Sachsen Abt. IV, Bd.3.2, Nr.63  
[Innerbetriebliche Regelung der Arbeitsbedingungen auf der Grundlage der Gewerbeordnung]
- 21.07.1908 Aufzeichnung über eine Referentenbesprechung zum Gesetzentwurf über die Einwirkung der Abt. IV, Bd.3.2, Nr.64  
Armenunterstützung auf öffentlich-rechtliche Belange  
[Armenunterstützung und politische Diskriminierung]
- 21.07.1908 Bericht des Regierungspräsidenten in Stettin an den preußischen Minister für Handel und Abt. IV, Bd.3.2, Nr.65  
Gewerbe Klemens Delbrück  
[Aussperrung sämtlicher Arbeiter auf der Vulkan-Werft in Stettin]
- 22.07.1908 Schreiben des bayerischen Staatsministeriums des Königlichen Hauses und des Äußeren an Abt. IV, Bd.3.2, Nr.66  
das Reichsamt des Innern  
[Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 24.07.1908 Sitzungsprotokoll der Finanzkommission der Stadt Krefeld Abt. IV, Bd.3.2, Nr.67  
[Beschäftigung von Arbeitslosen]

- 29.07.1908 Schreiben der Bremischen Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten an den Reichskanzler für das Reichsamt des Innern [Sonntagsruhe im Handelsgewerbe] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.68
- 05.08.1908 Bestimmungen über die Bildung von Arbeitervertretungen in städtischen Betrieben Krefelds [Satzung der Arbeiterausschüsse] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.69
- 03.09.1908 Eingabe des Ernst Ludwig Ebisch aus Crossen Mulde an die Amtshauptmannschaft Zwickau [Rentenberechnung einer Fabrikpensionskasse] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.70
- 04.09.1908 Vortrag von Johannes Schellwien über Gelbe Verbände, gehalten auf der Arbeitsnachweiskonferenz zu München [Entstehung und Aufgaben der gelben Gewerkschaften und ihr Bestreben, als Arbeitsnachweistellen zu wirken] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.71
- 20.09.1908 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 38. Die Gründung von Arbeitgeber-Arbeitsnachweisen eine patriotische Pflicht [Auswahl von Arbeitern nach qualitativen Kriterien] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.72
- 23.09.1908 Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des preußischen Staatsministeriums [Wahlrecht und Armenunterstützung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.73
- 25.09.1908 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an die Verbündeten Regierungen [Errichtung von Arbeitskammern] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.16 o
- 27.09.1908 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 39. Zur bevorstehenden Reform der Krankenkassen [Stärkere Beteiligung der Arbeitgeber an der Kassenverwaltung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 I
- 05.10.1908 Schreiben des Mitgliedes des geschäftsführenden Ausschusses des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine, Anton Erkelenz, an den Generalsekretär des Evangelisch-Sozialen Kongresses [Vorschlag zur Gründung eines Vereins zur Förderung der nationalen Arbeiterbewegung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.74
- 06.10.1908 Rundschreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an die Regierungen der Bundesstaaten [Leitsätze zur Reform der Arbeiterversicherung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 m
- 15.10.1908 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Friedrich von Moltke [Arbeiterbewegung im Regierungsbezirk] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.75
- 19.10.1908 Eingabe des Vorstandes der polnischen Berufsvereinigung an den Reichstag [Aufhebung des § 12 des Reichsvereinsgesetzes für öffentliche Gewerkschaftsversammlungen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.76
- 20.10.1908 Protokoll über die Besprechung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Rathaus zu Köln [Einrichtung von Notstandsarbeiten; Eingrenzung des Kreises der Berechtigten; Lohnhöhe] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.77
- 26.10.1908 Auszug aus den Berichten der preußischen Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten über die Neuregelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe [Stellungnahme der preußischen Provinzialverwaltungen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.78
- 29.10.1908 Beschluß des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände über ein allgemeines sozialpolitisches Programm [Beibehaltung des bisherigen Versicherungswesens; Ablehnung von Arbeitskammern, Tarifverträgen und paritätischen oder öffentlichen Arbeitsnachweisen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.79
- 02.11.1908 Protokoll der 41. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk [Arbeitsnachweise; Auskünfte über entlassene Arbeiter] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.80
- 06.11.1908 Resolution zur Reform der Krankenversicherung seitens des Verbandes zur Wahrung der Interessen der deutschen Betriebskrankenkassen [Vorschläge zur Organisation der Krankenversicherung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 n

- 07.11.1908 Eingabe des christlichen Gewerkschaftskartells in Krefeld an den Oberbürgermeister Adalbert Oehler  
[Bekämpfung der Arbeitslosigkeit] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.81
- 09.11.1908 Schreiben der Handelskammer für den Kreis Freiburg an das badische Landeskommissariat in Freiburg  
[Die Lage des Arbeitsmarktes im Handelskammerbezirk] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.82
- 11.11.1908 Der Gewerkverein Nr. 88. Schutzvorschriften für Arbeiterinnen und Jugendliche  
[Bericht über die Beschlüsse der Reichstagskommission zum Entwurf der Gewerbeordnungs-Novelle] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.83
- 11.11.1908 Bericht des badischen Bezirksamtes Schopfheim an das badische Landeskommissariat in Freiburg  
[Arbeitslosigkeit im Amtsbezirk Schopfheim] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.84
- 12.11.1908 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Friedrich von Moltke und des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück an sämtliche Oberpräsidenten der Provinzen  
[Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.85
- 15.11.1908 Mitteilungen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände Nr. 26. Das „Antragsrecht“ der Kaufmannsgerichte (Dr. Tänzler)  
[Protest gegen das Vorgehen der Kaufmannsgerichte im Konflikt des Verbandes bayerischer Metallindustrieller mit Angestelltenorganisationen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.86
- 15.11.1908 Die Hilfe Nr. 46. Von der stillgelegten Sozialpolitik (Anton Erkelenz)  
[Die liberalen Parteien werden aufgefordert, die Initiative auf dem Gebiet der Sozialpolitik zu ergreifen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.87
- 15.11.1908 Die Hilfe Nr. 46. Arbeitslosigkeit und Gesellschaft (Chr. Tischendörfer)  
[Vorschläge zu einer Arbeitslosenversicherung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.88
- 15.11.1908 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 46. Staatliche Arbeitslosenversicherung in Bayern?  
[Ablehnung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.89
- 16.11.1908 Vereinbarung zwischen der Firma Robert Bosch, Elektrotechnische Fabrik in Stuttgart, und dem Deutschen Metallarbeiterverband, Verwaltungsstelle Stuttgart  
[Festlegung von Lohnstufen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.90
- 28.11.1908 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 48. Die Katastrophe von Zeche Radbod  
[Anklagen gegen Grubenverwaltung, Bergbehörde und Regie; Resolution der Bergarbeiter; Beileidbekundungen ausländischer Bergarbeiterverbände] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.91
- 29.11.1908 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 48. V. Deutscher Arbeitsnachweiskongreß in Leipzig  
[Kongreßbericht] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.92
- 30.11.1908 Eingabe mehrerer Arbeiter an das Stadtverordnetenkollegium in Duisburg  
[Erhöhung des im Rahmen von Notstandsarbeiten gewährten Lohnes] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.93
- 30.11.1908 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 24. Gewerkschaftsaufgaben während der Wirtschaftskrise I  
[Arbeitslosenunterstützung; Festigung der inneren Organisation; Vertiefung des Tarifgedankens] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.94
- 02.12.1908 Bericht des Landeskulturrates für das Königreich Sachsen an das sächsische Ministerium des Innern, Abteilung für Ackerbau, Gewerbe und Handel  
[Angebliche Unterernährung im Königreich Sachsen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.95
- 02.12.1908 Rundschreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann-Hollweg an sämtliche preußische Staatsminister  
[Entwurf der Reichsversicherungsordnung] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 o
- 04.12.1908 Auszug aus dem Protokoll über die Sitzung der sozialen Kommission der Stadt Duisburg  
[Beschäftigung von Arbeitslosen] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.96
- 06.12.1908 Runderlaß des sächsischen Innenministers Wilhelm Grafen von Hohenthal und Bergen an alle Kreishauptmannschaften  
[Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit] Abt. IV, Bd.3.2, Nr.97

06.12.1908	Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 49. Zur Gewerbeordnungs-novelle [Abänderungsvorschläge der Handelskammer zu Landshut]	Abt. IV, Bd.3.2, Nr.98
12.12.1908	Der Gewerkverein Nr. 97. Die Neuregelung der Frauenarbeit in Deutschland [Erläuterung der vom Reichstag verabschiedeten Teile der Novelle zur Reichsgewerbeordnung]	Abt. IV, Bd.3.2, Nr.99
13.12.1908	Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 50. Die Fürsorge für die Hinterbliebenen der auf Zeche Radbod verunglückten Bergleute [Höhe der Hinterbliebenenrenten; Art der Berechnung]	Abt. IV, Bd.3.2, Nr.100
15.12.1908	Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an das badische Ministerium des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten [Entwurf der Reichsversicherungsordnung; Vorschläge für die Hinterbliebenenversicherung]	Abt. IV, Bd.3.2, Nr.23 p
18.12.1908	Protokoll der vom Gewerbehygieneausschuß im Reichsgesundheitsrat abgehaltenen Beratung [Meldepflicht für Vergiftungen bei gewerblicher Arbeit; Beteiligung von Ärzten an der Gewerbeaufsicht]	Abt. IV, Bd.3.2, Nr.101
19.12.1908	Der Gewerkverein Nr. 99. Das Programm der Scharfmacher [Kritik am sozialpolitischen Programm des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände]	Abt. IV, Bd.3.2, Nr.102
23.12.1908	Der Gewerkverein Nr. 100. Wirkliche oder bedingte Zurücknahme? [Zum Konflikt des Verbandes bayerischer Metallindustrieller mit Angestelltenorganisationen]	Abt. IV, Bd.3.2, Nr.103

## 1909

00.00.1909	Bericht über die Beschäftigung von Arbeitslosen im Rechnungsjahr 1908 in der Stadt Krefeld [Kriterien für die Beschäftigung von Arbeitslosen; Finanzierung aus öffentlichen Mitteln]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.1
00.00.1909	Statutenentwurf für eine kommunale Arbeitslosenversicherung [Vorschlag für eine Versicherung gegen das Risiko der Arbeitslosigkeit auf kommunaler Basis]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.2
00.00.1909	Stellenlosenversicherung für weibliche Angestellte [Arbeitslosenversicherung auf Verbandsebene]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.3
03.01.1909	Regulativ gewerkschaftlich organisierter Arbeiter auf den deutschen Seeschiffswerften [Gründung einer Zentralkommission der Werftarbeiter]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.4
08.01.1909	Bericht des Reichsversicherungsamtes an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg [Vermögensanlagen der Versicherungsanstalten zu gemeinnützigen Zwecken]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.5
11.01.1909	Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 1. Das Jahr 1908 [Zur Lage am Arbeitsmarkt; Rückblick auf die sozialpolitische Gesetzgebung]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.6
13.01.1909	Eingabe des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg [Schwarze Listen für kontraktbrüchige Arbeiter im Bergbau]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.7
15.01.1909	Gewährung von Land als Armenunterstützung [Bereitstellung von landwirtschaftlicher Nutzfläche als besondere Form der Unterstützung für mittellose Arme]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.8
16.01.1909	Der Gewerkverein Nr. 5. Radbod [Nachklänge zum Grubenunglück auf der Zeche Radbod im November 1908; Verteilung der Spendengelder]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.9
20.01.1909	Runderlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Arthur Schreiber an die Landräte sowie an die Oberbürgermeister und Bürgermeister der Stadtkreise im Regierungsbezirk [Koordination von Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.10
20.01.1909	Denkschrift des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -gehilfinnen Deutschlands für das badische Ministerium des Innern [Arbeitslosenunterstützung aus öffentlichen Mitteln; positive Erfahrungen der Stadt Straßburg i.E. mit einer kommunalen Arbeitslosenversicherung]	Abt. IV, Bd.3.3, Nr.11

- 20.01.1909 Der Gewerkverein Nr. 6. Der Arbeitskammergesetzentwurf vor dem Reichstage Abt. IV, Bd.3.3, Nr.12  
[Bericht über die Reichstagssitzung zum Gesetzentwurf; Plädoyer für paritätisch besetzte Arbeitskammern]
- 22.01.1909 Aufruf des Gewerkschaftskartells in Crimmitschau Abt. IV, Bd.3.3, Nr.13  
[Gründung eines Gewerbegerichtes für die Amtshauptmannschaft Zwickau]
- 22.01.1909 Runderlaß des sächsischen Ministeriums des Innern an sämtliche Kreishauptmannschaften Abt. IV, Bd.3.3, Nr.14  
[Mangelhafte Ernährung der ländlichen Bevölkerung]
- 23.01.1909 Bericht des Gemeinderates in Neukirchen/Pleiße an die Amtshauptmannschaft Zwickau Abt. IV, Bd.3.3, Nr.15  
[Errichtung eines Gewerbegerichtes]
- 00.02.1909 Denkschrift über die Errichtung eines städtischen Jugendamtes in Duisburg Abt. IV, Bd.3.3, Nr.16  
[Die Effizienz der Jugendfürsorge wird durch die Einrichtung eines Jugendamtes gesteigert]
- 00.02.1909 Petition des Vereins der deutschen Zuckerindustrie an den Reichstag Abt. IV, Bd.3.3, Nr.17  
[Ablehnung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern]
- 02.02.1909 Protokoll interministerieller Verhandlungen im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.3.3, Nr.18  
[Verhandlungen über Interpellationen im Reichstag und im preußischen Landtag zur herrschenden Arbeitslosigkeit]
- 06.02.1909 Der Gewerkverein Nr. 11. Ein Fortschritt in der Gewerbeaufsicht Abt. IV, Bd.3.3, Nr.19  
[Beteiligung von Medizinern an der Gewerbeinspektion im Königreich Bayern]
- 10.02.1909 Der Gewerkverein Nr. 12. Ein sozialpolitisches Programm Abt. IV, Bd.3.3, Nr.20  
[Sozialpolitische Initiativen der Reichsleitung]
- 16.02.1909 Petition der Gesellschaft für Soziale Reform an den Bundesrat und an den Reichstag Abt. IV, Bd.3.3, Nr.21  
[Änderungsvorschläge zum Gesetzentwurf über Arbeitskammern]
- 17.02.1909 Stahl und Eisen Nr. 7. Tarifverträge und Großindustrie Abt. IV, Bd.3.3, Nr.22  
[Ablehnung von Tarifverträgen]
- 22.02.1909 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 4. Tabaksteuerfrage und Arbeiterschaft Abt. IV, Bd.3.3, Nr.23  
[Negative Konsequenzen des Tabaksteuergesetzes für den Arbeitsmarkt]
- 05.03.1909 Bericht des Oberbürgermeisters von Krefeld Adalbert Oehler an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.3.3, Nr.24  
[Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in Krefeld]
- 09.03.1909 Kartellvertrag zwischen der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände und dem Verein deutscher Arbeitgeberverbände Abt. IV, Bd.3.3, Nr.25  
[Zusammenschluß von Arbeitgeberverbänden]
- 15.03.1909 Der Arbeitsmarkt Nr. 6. Arbeitsnachweis eines Arbeitgeberverbandes oder paritätischer Arbeitsnachweis Abt. IV, Bd.3.3, Nr.26  
[Tätigkeitsbericht der Arbeitsnachweisanstalt Kiel; Plädoyer für den paritätischen Arbeitsnachweis]
- 17.03.1909 Immediatbericht des Staatssekretärs des Reichsschatzamt Reinhold Sydow an den Deutschen Kaiser Wilhelm II. Abt. IV, Bd.3.3, Nr.27  
[Finanzielle Unterstützung des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise]
- 22.03.1909 Erlaß des Deutschen Kaisers Wilhelm II. an den Reichskanzler Bernhard von Bülow für das Reichsschatzamt Abt. IV, Bd.3.3, Nr.28  
[Finanzielle Unterstützung des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise]
- 23.03.1909 Leitsätze für eine Arbeitslosenversicherung aus öffentlichen Mitteln Abt. IV, Bd.3.3, Nr.29  
[Einführung der kommunalen Arbeitslosenversicherung im Großherzogtum Baden nach dem Genter System; Ergänzung dieses Systems durch Kassen für nichtorganisierte Arbeiter]

- 31.03.1909 Der Gewerkverein Nr. 26. Das Verfahren vor den unteren Verwaltungsbehörden der Invalidenversicherung in Preußen Abt. IV, Bd.3.3, Nr.30  
[Zur Kontrolle des Rentenanspruchs von Versicherten durch preußische Behörden]
- 31.03.1909 Der Gewerkverein Nr. 26. Gegen die Maifeier Abt. IV, Bd.3.3, Nr.31  
[Maßnahmen der Unternehmer gegen feiernde Arbeiter]
- 08.04.1909 Rundschreiben des Zechenverbandes an seine Mitglieder Abt. IV, Bd.3.3, Nr.32  
[Auslegung und Handhabung der Verbandssatzungen]
- 13.04.1909 Stellungnahme des sächsischen Ministers des Innern Wilhelm Grafen von Hohenthal und Bergen für das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abt. IV, Bd.3.3, Nr.33  
[Beurteilung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern]
- 15.04.1909 Der erste deutsche Jugendgerichtstag Abt. IV, Bd.3.3, Nr.34  
[Bericht über die Aufgaben der ersten deutschen Jugendgerichte]
- 22.04.1909 Petition des Bezirksarbeitgeberverbandes für das Baugewerbe im Königreich Sachsen an das sächsische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.3, Nr.35  
[Ablehnung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterschaft]
- 23.04.1909 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Theobald von Bethmann Hollweg an das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abt. IV, Bd.3.3, Nr.36  
[Bedenken gegen Modifizierungen des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern]
- 23.04.1909 Niederschrift des Wirklichen Geheimen Rates Otto Fischer über die Sitzung der Bundesausschüsse für Handel und Verkehr Abt. IV, Bd.3.3, Nr.37  
[Zur Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterschaft]
- 24.04.1909 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.3.3, Nr.38  
[Aussperrungen im Schreinergerwerbe]
- [vor 26.]04.1909 Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei Abt. IV, Bd.3.3, Nr.39  
[Steuerpolitik zu Lasten der Arbeiter]
- 03.05.1909 Votum des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück an den Reichskanzler für das Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.3.3, Nr.40  
[Stellungnahme zum Entwurf eines Arbeitskammergesetzes; Ablehnung von Beschlüssen der Reichstagskommission]
- 06.05.1909 Bericht des Direktors der Baupolizeibehörde der Freien und Hansestadt Hamburg Julius Classen an den dortigen Senat Abt. IV, Bd.3.3, Nr.41  
[Keine Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterschaft]
- 10.05.1909 Bericht des hanseatischen Gesandten zum Bundesrat Karl Klügmann an den Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Johann Heinrich Burchard Abt. IV, Bd.3.3, Nr.42  
[Beratung im Bundesrat über die Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterschaft]
- 17.05.1909 Leitsätze zur Organisation des Arbeitsmarktes Abt. IV, Bd.3.3, Nr.43  
[Verbesserung des Arbeitsnachweissystems]
- 21.05.1909 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.3.3, Nr.44  
[Aussperrungen im Schreinergerwerbe]
- 21.05.1909 Petition des Bundes der industriellen an den Bundesrat und an den Reichstag Abt. IV, Bd.3.3, Nr.45  
[Ablehnung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern und der Novelle zur Gewerbeordnung]
- 03.06.1909 Stellungnahme des sächsischen Ministers des Innern Wilhelm Grafen von Hohenthal und Bergen für das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abt. IV, Bd.3.3, Nr.46  
[Beurteilung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern]

- 14.06.1909 Petition des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an den Reichstag [Ablehnung des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.47
- 17.06.1909 Erlaß des bayerischen Staatsministers des Innern Friedrich Maximilian von Brettreich an die Stadtmagistrate München, Hof, Fürth, Nürnberg, Erlangen, Würzburg und Augsburg sowie an die Bürgermeisterämter Kaiserslautern und Ludwigshafen [Entwurf einer Satzung für kommunale Arbeitslosenfürsorgeanstalten im Königreich Bayern] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.48
- 21.06.1909 Verfügung des Polizeipräsidenten in Schöneberg an den Fabrikanten Eugène Latour [Verbot des weiteren Betriebes einer Waffelbäckerei] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.49
- 01.07.1909 Geschäftsbericht des städtischen Wohnungsnachweisamtes zu Essen für die Zeit vom 1. April 1908 bis 31. März 1909 [Vermittlung von Wohnraum] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.50
- 07.07.1909 Bericht des Gendarmerie-Brigadiers Gustav Brade aus Crimmitschau an die Amtshauptmannschaft Zwickau [Zielsetzung des nationalen Arbeiterbundes] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.51
- 14.07.1909 Votum des preußischen Ministers des Innern Friedrich von Moltke an den preußischen Staatsminister und Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück [Armenunterstützung und Wahlrecht] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.52
- 24.07.1909 Bericht der Handelskammer für den Kreis Offenburg mit Amtsbezirk Ettenheim in Lahr an das badische Ministerium des Innern [Stellungnahme zur projektierten kommunalen Arbeitslosenversicherung im Großherzogtum Baden] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.53
- 28.07.1909 Schreiben des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg an das preußische Staatsministerium [Entwurf und Begründung des Stellenvermittlergesetzes] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.54
- 29.07.1909 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes Adolf Wermuth an das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten [Genehmigung von Überstundenarbeit für Tabakarbeiter] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.55
- 09.08.1909 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 16. Zum Stand der sozialen Gesetzgebung [Konsequenzen der Schließung des Reichstages für sozialpolitische Gesetzesvorlagen] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.56
- 10.08.1909 Grundzüge für die Einrichtung einer gemeindlichen Arbeitslosenversicherungskasse mit Versicherungszwang in Düsseldorf [Entwurf von Statuten für eine Arbeitslosenversicherungskasse] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.57
- 14.08.1909 Bericht des Staatssekretärs des Reichsschatzamtes Adolf Wermuth an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg [Entschädigungsanspruch für arbeitslos gewordene Tabakarbeiter] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.58
- 18.08.1909 Bericht des badischen Bezirksamtes Säckingen an das badische Ministerium des Innern [Ausschreitungen anläßlich des Streiks in den Aluminiumwerken in Badisch-Rheinfelden; Zerstörungen von Firmeneigentum durch Arbeiter; moderate Haltung der badischen Behörden] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.59
- 18.08.1909 Bericht des Großherzoglich Badischen Landeskommissärs für die Kreise Konstanz, Villingen und Waldshut an das badische Ministerium des Innern [Ausschreitungen anläßlich des Streiks in den Aluminiumwerken in Badisch-Rheinfelden; Schlichtungsversuche durch badische Behörden] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.60
- 23.08.1909 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 17. Die erste Million Rentner [Wirksamkeit der Sozialversicherung] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.61
- 28.08.1909 Verfügung des Polizeipräsidenten in Schöneberg an den Fabrikanten Eugène Latour [Partielles Verbot des Betriebes einer Waffelbäckerei] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.62
- 01.09.1909 Eingabe der elektrotechnischen Werke Gebrüder Siemens & Co. an den Polizeipräsidenten von Berlin [Ausnahmegenehmigung zum Verbot der Sonntagsarbeit] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.63

- 01.09.1909 Schreiben des württembergischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an den sächsischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister Freiherrn von Friesen in München  
[Anstellung von Baukontrolleuren aus der Arbeiterschaft] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.64
- 04.09.1909 Bescheid des Polizeipräsidenten von Berlin an die elektrotechnischen Werke Gebrüder Siemens & Co.  
[Ausnahmegenehmigung zum Verbot der Sonntagsarbeit] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.65
- 04.09.1909 Protokoll über die Besprechung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im Rathaus zu Köln  
[Leitsätze für eine kommunale Arbeitslosenversicherung; Bereitstellung von Notstandsarbeiten] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.66
- 06.09.1909 Ausführungsbestimmungen des Bundesrates zum Artikel IIa des Tabaksteuergesetzes  
[Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.67
- 10.09.1909 Bericht des badischen Landeskommissärs für die Kreise Konstanz, Villingen und Waldshut an das badische Ministerium des Innern  
[Nachklänge zum Streik in der Aluminiumindustrie in Badisch-Rheinfelden; unrichtige Interpretation der Vereinbarung zur Beendigung des Ausstandes seitens des christlichen Metallarbeiterverbandes] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.68
- 15.09.1909 Der Arbeitsmarkt Nr. 12. [Max Koslowski:] Arbeitsnachweis als Jugendfürsorge  
[Berufsberatung für Schulabgänger durch die Arbeitsnachweisämter] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.69
- 16.09.1909 Eingabe des Verbandes der mittleren Städte Badens an das badische Ministerium des Innern  
[Ablehnende Stellungnahme zur badischen Denkschrift über die Errichtung von Arbeitslosenversicherungskassen] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.70
- 23.09.1909 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsschatzamt Adolf Wermuth an den preußischen Staats- und Finanzminister Georg Freiherr von Rheinbaben  
[Staatliche Unterstützung für arbeitslose Tabakarbeiter] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.71
- 03.10.1909 Votum des preußischen Staatsministers ohne Geschäftsbereich Klemens Delbrück an den Präsidenten des preußischen Staatsministeriums Theobald von Bethmann Hollweg  
[Unterstützung arbeitsloser Tabakarbeiter] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.72
- 10.10.1909 Votum des preußischen Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Bernhard von Arnim-Criewen an sämtliche preußische Staatsminister  
[Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Angestellten] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.73
- 16.10.1909 Petition des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise an das preußische Staatsministerium  
[Finanzielle Unterstützung der Arbeitsnachweisverbände durch Preußen] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.74
- 18.10.1909 Korrespondenz Wedekind Nr. 534  
[Bergarbeiterprotest gegen den Zechenverband] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.75
- 19.10.1909 Aktenvermerk des Generaldirektors der Maschinenbauaktiengesellschaft Augsburg-Nürnberg Anton Rieppel über ein Gespräch mit dem Arbeiterausschuß  
[Änderung der Arbeitszeit in den Werkstätten] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.76
- 19.10.1909 Petition der deutschen Bergarbeiterverbände an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow  
[Ablehnung des Arbeitsnachweises des Zechenverbandes für den Ruhrbergbau] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.77
- 24.10.1909 Petition des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Knappenvereine an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg  
[Ablehnung der sogenannten Schwarzen Listen im Bergbau; Wählbarkeit von Gewerkschaftssekretären zu den Gremien der Arbeitskammern] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.78
- 24.10.1909 Bericht des Oberbergamtes Dortmund an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow  
[Stellungnahme zum Arbeitsnachweis des Zechenverbandes im Ruhrbergbau] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.79



- 25.10.1909 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Friedrich von Moltke Abt. IV, Bd.3.3, Nr.80  
[Zur Arbeiterbewegung im Regierungsbezirk]
- 28.10.1909 Protokoll über eine Besprechung von Vertretern der christlichen Gewerkschaften mit dem Vorstand der badischen Fabrikinspektion Karl Bittmann Abt. IV, Bd.3.3, Nr.81  
[Abberufung eines Gewerkschaftssekretärs aus seinem Tätigkeitsgebiet]
- 30.10.1909 Der Gewerkverein Nr. 87. Wetterwolken Abt. IV, Bd.3.3, Nr.82  
[Streiks im deutschen Bergbau um Respektierung des Koalitionsrechtes]
- 30.10.1909 Der Gewerkverein Nr. 87. Aus der Praxis der Arbeiterversicherung Abt. IV, Bd.3.3, Nr.83  
[Schiedsverfahren über den Bezug einer Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung]
- 11.11.1909 Bericht des Oberbürgermeisters von Dortmund Karl Wilhelm Schmieding an den Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake Abt. IV, Bd.3.3, Nr.84  
[Stimmung der Bergarbeiter im Ruhrkohlenbezirk]
- 15.11.1909 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 23. Nachklänge zum Metallarbeiterstreik in Badisch-Rheinfelden Abt. IV, Bd.3.3, Nr.85  
[Kontroverse zwischen dem christlichen und dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband über den Erfolg des Streiks in der Aluminiumindustrie in Badisch-Rheinfelden]
- 15.11.1909 Bericht der Amtshauptmannschaft Zwickau an die Kreishauptmannschaft Zwickau Abt. IV, Bd.3.3, Nr.86  
[Betriebskontrollen der örtlichen Gewerbeaufsichtsbehörde]
- 17.11.1909 Der Gewerkverein Nr. 92. Konferenz über die Arbeitslosenversicherung in Baden Abt. IV, Bd.3.3, Nr.87  
[Bundesstaatliche Regelung der Arbeitslosenversicherung]
- 20.11.1909 Der Gewerkverein Nr. 93. Der Tarifvertrag im Malergewerbe Abt. IV, Bd.3.3, Nr.88  
[Vorläufige Einigung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen über einen Tarifvertrag]
- 22.11.1909 Schreiben der bremischen Senatskommission für Reichs- und auswärtige Angelegenheiten an das sächsische Ministerium für auswärtige Angelegenheiten Abt. IV, Bd.3.3, Nr.89  
[Anstellung von Arbeiterkontrolleuren im Baugewerbe]
- 22.11.1909 Schreiben des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Abt. IV, Bd.3.3, Nr.90  
[Bestimmungen des Zechenverbandes zum Arbeitsnachweis im Bergbau]
- 26.11.1909 Stellungnahme des sächsischen Ministeriums des Innern für das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abt. IV, Bd.3.3, Nr.91  
[Überwachung von Gewerbebetrieben durch weibliche Aufsichtsbeamte im Königreich Sachsen]
- 26.11.1909 Bericht des Hamburgischen Bevollmächtigten zum Bundesrat Friedrich Sthamer an den Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg Johann Heinrich Burchard Abt. IV, Bd.3.3, Nr.92  
[Beratung über Entschädigungsansprüche für arbeitslose Tabakarbeiter]
- 27.11.1909 Bescheid des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den Vorsitzenden des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands Hermann Sachse Abt. IV, Bd.3.3, Nr.93  
[Stellungnahme des preußischen Ministers zu einer Petition der deutschen Bergarbeiterverbände]
- 29.11.1909 Aufruf des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften an die christlich-nationale Arbeiterschaft Deutschlands Abt. IV, Bd.3.3, Nr.94  
[Ablehnung von Arbeitsnachweisanstalten der Arbeitgeberverbände]
- 29.11.1909 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 24. Aus der Geheimpraxis eines Unternehmer- Arbeitsnachweises Abt. IV, Bd.3.3, Nr.95  
[Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der Arbeitsvermittlung]
- 00.12.1909 Referentenentwurf des Geheimen Regierungsrates im Reichsamt des Innern Landmann für den Staatssekretär Klemens Delbrück zur Antwort auf Interpellationen über Arbeitsnachweise im Ruhrkohlenbergbau Abt. IV, Bd.3.3, Nr.96  
[Stellungnahme zu den geplanten Arbeitsnachweisen des Zechenverbandes]

- 01.12.1909 Eingabe des Eisenhüttenwerkes Marienhütte Aktiengesellschaft, Kottenu/Schlesien, an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow [Beschwerde gegen das Verbot von Frauenarbeit für bestimmte Tätigkeiten] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.97
- 08.12.1909 Der Gewerkverein Nr. 98. Steine statt Brot [Protest gegen die Verschiebung der zum 1. Januar 1910 geplanten Witwen- und Waisenversicherung] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.98
- 08.12.1909 Der Gewerkverein Nr. 98. Mißstände im Arbeitsnachweiswesen und ihre Beseitigung [Verfahren eines Arbeitsnachweises der Arbeitgeber bei der Stellenvermittlung] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.99
- 08.12.1909 Schreiben des Direktors der Deutschen Bank Carl Klönne an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück [Zweck des Arbeitsnachweises des Zechenverbandes] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.100
- 15.12.1909 Jugendfürsorge und Reichsversicherungsordnung [Leitsätze der Deutschen Zentrale für Jugendfürsorge] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.101
- 24.12.1909 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten [Zur Funktion des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.102
- 24.12.1909 Schreiben des Direktors der Maschinenbauaktiengesellschaft Augsburg-Nürnberg Anton Rieppel an die Direktion des Zweigwerkes in Gustavsburg [Arbeitszeitregelung für das Zweigwerk Gustavsburg] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.103
- 28.12.1909 Aufruf des Vorstandes des Unterstützungsvereins Siemens-Schuckert'scher Arbeiter und Arbeiterinnen, Nürnberg [Kontroverse mit den freien Gewerkschaften] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.104
- 31.12.1909 Immediatbericht des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Deutschen Kaiser Wilhelm II. [Wiedervorlage des Gesetzentwurfes über Arbeitskammern] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.105
- 31.12.1909 Erlaß des sächsischen Ministers des Innern Christoph Johann Vitzthum von Eckstädt an die Kreishauptmannschaft Zwickau [Gründung eines Landesverbandes der gemeinnützigen öffentlichen Arbeitsnachweise im Königreich Sachsen] Abt. IV, Bd.3.3, Nr.106

## 1910

- 00.00.1910 Die Neuorganisation des Dresdner Arbeitsnachweises [Die ablehnende Haltung der Stadtverwaltung Dresden zum Zentralarbeitsnachweis hemmt dessen Erfolgsaussichten] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.1
- 03.01.1910 Bescheid des Polizeipräsidenten von Berlin an die elektrotechnischen Werke Gebr. Siemens & Co. [Regelung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.2
- 04.01.1910 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel an den Direktor des Zweigwerkes Augsburg Kommerzienrat Heinrich von Buz [Verkürzung der Arbeitszeit] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.3
- 04.01.1910 Eingabe des Arbeitgeberverbandes in Köln an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück [Forderung nach Verbot des Streikpostenstehens] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.4
- 05.01.1910 Votum des preußischen Ministers der geistlichen., Unterrichts- und Medizinalangelegenheiten August von Trott zu Solz für den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück [Wirtschaftliche Sicherung zum Erhalt des Bestandes an leistungsfähigen Apotheken] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.5
- 07.01.1910 Schreiben des Direktors des Zweigwerkes Augsburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Kommerzienrat Heinrich von Buz an den Generaldirektor Anton von Rieppel [Verkürzung der Arbeitszeit] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.6

- 08.01.1910 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel an den Direktor des Zweigwerkes Augsburg Kommerzienrat Heinrich von Buz [Verkürzung der Arbeitszeit] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.7
- 12.01.1910 Der Gewerkverein Nr. 4. Tarifverhandlungen im Maler- und Anstreichergewerbe [Ergebnisse des Schiedsgerichtsverfahrens im Tarifstreit] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.8
- 14.01.1910 Flugblatt des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Berlin [Zur Wahl des Arbeiterausschusses im Dynamowerk und im Großmaschinenbau der Siemens-Schuckert-Werke] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.9
- 17.01.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Liegnitz Günther Freiherrn von Seherr-Thoß an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow [Verstöße gegen Arbeiterschutzbestimmungen in der Eisenindustrie des Bezirks] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.10
- 18.01.1910 Eingabe des Zentralrats der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) an den Bundesrat [Beseitigung von Mißständen im Arbeitsnachweiswesen; Forderung nach paritätisch besetzten Arbeitsnachweisen; Zustimmung zum Gesetzentwurf betr. Stellenvermittlung] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.11
- 23.01.1910 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow [Die Abschaffung der freien Apothekenwahl wird nicht unterstützt] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.12
- 08.02.1910 Niederschrift des sächsischen stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat Geheimen Rates Anton Johann Hallbauer für das sächsische Ministerium des Innern über die Beratungen zum Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes [Änderungen des Bundesrates am Entwurf der Reichsleitung für ein Hausarbeitsgesetz] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.13
- 16.02.1910 Erlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz in Koblenz Clemens August Freiherrn von Schorlemer-Lieser an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse [Bereitstellung von Ackerland als Armenunterstützung] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.14
- 23.02.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Königsberg Grafen Robert von Keyserlingk an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow [Paritätischer Arbeitsnachweis im Baugewerbe; Rechte und Pflichten der Arbeitgeber und Arbeitssuchenden] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.15
- 24.02.1910 Schreiben des sächsischen Ministeriums des Innern an das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten [Angestelltenausschüsse bei den Handelskammern] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.16
- 24.02.1910 Petition des Zentralrats der Deutschen Gewerkvereine (Hirsch-Duncker) an den Bundesrat [Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen in Staatsbetrieben] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.17
- 02.03.1910 Stellungnahme des Mitgliedes der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns Richard Fellingner zur Frage der Einbeziehung der gewerblichen Angestellten in die Arbeitskammern [Eine Vertretung der Angestellten in den Arbeitskammern ist abzulehnen] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.18
- 05.03.1910 Eingabe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller an den Bundesrat [Ablehnung öffentlich-rechtlicher paritätischer Arbeitsnachweise, da sie den Interessen der Arbeitgeber zuwiderlaufen] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.19
- 05.03.1910 Der Gewerkverein Nr. 19. Die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen [Bedeutung der Frauenarbeit für die Volkswirtschaft] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.20
- 07.03.1910 Arbeitsordnung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG [Regelung der Arbeitsbedingungen, der Arbeitszeit und des Urlaubsanspruchs] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.21
- 08.03.1910 Leistungsnorm für das Maler- und Anstreichergewerbe in Rheinland und Westfalen [Festlegung der Arbeitsnorm] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.22
- 15.03.1910 Neue Bahnen Nr. 6. Resolution der zweiten deutschen Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen [Sozialpolitische Forderungen für Arbeiterinnen] Abt. IV, Bd.3.4, Nr.23

- 16.03.1910 Petition des Deutschen Werkmeisterverbandes an den Reichstag Abt. IV, Bd.3.4, Nr.24  
[Berücksichtigung der technischen Angestellten im Arbeitskammergesetz]
- 18.03.1910 Protokoll einer kommissarischen Besprechung im preußischen Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten Abt. IV, Bd.3.4, Nr.25  
[Ausdehnung einzelner Paragraphen der Reichsgewerbeordnung auf Arbeitsverhältnisse in der Landwirtschaft]
- 22.03.1910 Runderlaß des preußischen Ministers für öffentliche Arbeiten Paul von Breitenbach, des preußischen Ministers des Innern Friedrich von Moltke und des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an die Regierungspräsidenten Abt. IV, Bd.3.4, Nr.26  
[Effektivere Überwachung der Arbeiterschutzbestimmungen auf Bauten durch die Gemeinden erforderlich]
- [vor 24.]03.1910 Rundschreiben des Vorstandes des Unterstützungsvereins der Siemenswerke an seine Mitglieder Abt. IV, Bd.3.4, Nr.27  
[Aufgaben und Erfolge des Unterstützungsvereins]
- 24.03.1910 Soziale Praxis Nr. 25. Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung Abt. IV, Bd.3.4, Nr.28  
[Leitsätze für eine fakultative Arbeitslosenversicherung auf kommunaler Basis]
- 30.03.1910 Vermerk des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe über den Arbeitsnachweis des Zechenverbandes im Ruhrbergbau Abt. IV, Bd.3.4, Nr.29  
[Bericht über eine Besichtigung des seit dem 1. Januar 1910 bestehenden Arbeitsnachweises durch Beamte des genannten Ministeriums]
- 01.04.1910 Blätter für Soziale Arbeit Nr. 4. Die zweite deutsche Konferenz zur Förderung der Arbeiterinneninteressen Abt. IV, Bd.3.4, Nr.30  
[Bericht über die Ergebnisse der Konferenz sowie über die Ziele der Arbeiterinnenbewegung]
- 05.04.1910 Bericht des sächsischen stellvertretenden Bevollmächtigten zum Bundesrat Geheimen Rates Anton Johann Hallbauer an den sächsischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Christoph Grafen Vitzthum von Eckstädt Abt. IV, Bd.3.4, Nr.31  
[Kritik seitens der Arbeitgeber am Entwurf des Hausarbeitsgesetzes]
- 06.04.1910 Resolutionen der Zentralverbände der Arbeitnehmer im Baugewerbe Abt. IV, Bd.3.4, Nr.32  
[Forderungen der Arbeitnehmer in den bevorstehenden Tarifverhandlungen]
- 08.04.1910 Protokoll über eine Besprechung zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern des Baugewerbes Abt. IV, Bd.3.4, Nr.33  
[Vermittlungsversuch des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe und des Reichsamts des Innern im Tarifstreit des Baugewerbes]
- 08.04.1910 Bericht des Geheimen Regierungsrates Otto Wiedfeldt an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.34  
[Die Einigungsverhandlungen im Tarifstreit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Baugewerbes sind vorläufig gescheitert]
- 08.04.1910 Stellungnahme des Mitgliedes der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns Richard Fellingner zum Gesetzentwurf über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.35  
[Der Gesetzentwurf zu den Arbeitskammern ist überflüssig, da ihre Funktion bereits durch andere Organisationen wahrgenommen wird]
- 09.04.1910 Stellungnahme des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Abt. IV, Bd.3.4, Nr.36  
[Zum aktuellen Stand der Verhandlungen im Baugewerbe]
- 14.04.1910 Aufzeichnung des Regierungsrats im Großherzoglich Badischen Ministerium des Innern Eduard Föhlisch Abt. IV, Bd.3.4, Nr.37  
[Sondierung der Bereitschaft unter den Arbeitsmarktparteien im Baugewerbe zu einer Einigung vor Ausbruch eines Arbeitskampfes]
- 16.04.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.38  
[Aussperrung der Bauarbeiter]
- 17.04.1910 Petition des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe an die Ministerien und obersten Verwaltungsbehörden der Bundesstaaten Abt. IV, Bd.3.4, Nr.39  
[Rechtfertigung der von Arbeitgeberseite verfügten Aussperrungen im Baugewerbe]

- 20.04.1910 Bericht des Polizeipräsidenten in Frankfurt/Main an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden Abt. IV, Bd.3.4, Nr.40  
[Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen den Tarifparteien im Baugewerbe]
- 30.04.1910 Bestimmungen für Entschädigungen bei Arbeitseinstellungen in der Metallindustrie Abt. IV, Bd.3.4, Nr.41  
[Entschädigung von Arbeitgebern bei Streiks und Aussperrungen]
- [vor 12.]05.1910 Stellungnahme des Direktors der Siemens & Halske AG Emil Arnold Budde zum Gesetzentwurf über Arbeitskammern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.42  
[Ablehnung des Gesetzentwurfes]
- 17.05.1910 Bericht des Polizeipräsidenten von Hannover an den dortigen Regierungspräsidenten Abt. IV, Bd.3.4, Nr.43  
[Boycott der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die Bäckerinnungen in Hannover und Linden]
- 20.05.1910 Korrespondenz für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik. Land als Armenunterstützung Abt. IV, Bd.3.4, Nr.44  
[Bereitstellung landwirtschaftlicher Nutzfläche für mittellose Arme]
- 21.05.1910 Bericht des sächsischen Gesandten zum Bundesrat Ernst Freiherrn von Salza und Lichtenau an den sächsischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Christoph Grafen Vitzthum von Eckstädt Abt. IV, Bd.3.4, Nr.45  
[Das Reichsamt des Innern und der Tarifstreit im Baugewerbe]
- 25.05.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Hannover an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.46  
[Boycott der sozialdemokratischen Gewerkschaften gegen die Bäckerinnungen in Hannover und Linden]
- 29.05.1910 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den sächsischen Minister des Innern und sächsischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Christoph Grafen Vitzthum von Eckstädt Abt. IV, Bd.3.4, Nr.47  
[Vermittlungsbemühungen in der Auseinandersetzung um einen neuen Tarifvertrag für das Baugewerbe]
- 02.06.1910 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.48  
[Vorschläge zur Einigung im Tarifkonflikt des Baugewerbes]
- 11.06.1910 Vortrag des Oberbürgermeisters von Köln Max Wallraf vor dem Rheinischen Städtetag zu Bonn mit anschließender Diskussion Abt. IV, Bd.3.4, Nr.49  
[Kommunale Initiativen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit]
- 15.06.1910 Protokoll der 8. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten des Siemens-Konzerns Abt. IV, Bd.3.4, Nr.50  
[Änderung der Urlaubsregelung für Arbeiter des Konzerns; Sicherstellung der betriebsärztlichen Versorgung]
- 29.06.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Oppeln Friedrich von Schwerin an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.51  
[Streik in oberschlesischen Zinkhütten]
- 30.06.1910 Schreiben des badischen Ministers des Großherzoglichen Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten Adolf Freiherrn Marschall von Bieberstein an das Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.52  
[Mißstände im Arbeitsnachweiswesen; Funktionsweise des Arbeitsnachweises für Mannheim und Ludwigshafen]
- 05.07.1910 Votum des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow zum Vorentwurf eines neuen Strafgesetzbuchs Abt. IV, Bd.3.4, Nr.53  
[Ablehnung einer Sonderregelung gegen die Aufstellung von Streikposten; Ausdehnung der Strafbewehrung auf Tätigkeiten in Bergwerken zum Schutz von Menschenleben befürwortet]
- 06.07.1910 Eingabe der Handelskammer Wiesbaden an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Abt. IV, Bd.3.4, Nr.54  
[Eingliederung der Hotelbetriebe in die Unfallversicherung]
- [vor 07.]07.1910 Flugblatt der Sozialdemokratischen Partei zur Reform der Arbeiterversicherung Abt. IV, Bd.3.4, Nr.55  
[Kritik an der Sozialversicherung in ihrer derzeitigen Ausformung; Widerspruch gegen eine befürwortete Veränderung der Sozialversicherung]

- 08.07.1910 Runderlaß des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an die Regierungspräsidenten in Preußen Abt. IV, Bd.3.4, Nr.56  
[Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte]
- 16.07.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.57  
[Einrichtung eines Arbeitsnachweises durch den Arbeitgeberverein Lüdenscheid]
- 19.07.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.58  
[Arbeitskampf in der Metallindustrie der Kreise Hagen und Schwelm]
- 19.07.1910 Votum des preußischen Justizministers Maximilian Beseler für den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.59  
[Boykottmaßnahmen verstoßen nicht unbedingt gegen die guten Sitten und verpflichten nicht zum Schadenersatz; Einflußnahme auf Richter vermeiden]
- 27.07.1910 Reichsarbeitsblatt Nr. 7. Die Aussperrung im deutschen Baugewerbe im Jahre 1910 Abt. IV, Bd.3.4, Nr.60  
[Entwurf des neuen Tarifvertrages im Baugewerbe]
- 27.07.1910 Erlaß des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Verband deutscher Arbeitsnachweise, Berlin Abt. IV, Bd.3.4, Nr.61  
[Zur Auslegung des Begriffs „öffentlicher Arbeitsnachweis“]
- 06.08.1910 Bericht des preußischen Gesandten in Hamburg Götzen an den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Theobald von Bethmann Hollweg Abt. IV, Bd.3.4, Nr.62  
[Hohe Beteiligung der Arbeiterschaft am Streik auf den Seeschiffswerften in Hamburg]
- 10.08.1910 Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an die Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister der Stadtkreise im Regierungsbezirk Abt. IV, Bd.3.4, Nr.63  
[Modalitäten und Form einer kommunalen Arbeitslosenversicherung]
- 13.08.1910 Gesetzentwurf des Reichsamts des Innern zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe Abt. IV, Bd.3.4, Nr.64  
[Arbeitsschutz für Angestellte im Handelsgewerbe]
- 22.08.1910 Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Hannover Richard Adam von Wentzel an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.65  
[Streik und Aussperrung der Werftarbeiter auf der Bremer „Vulkanwerft“]
- 23.08.1910 Rundschreiben des Verbandes Berliner Metallindustrieller an seine Mitglieder Abt. IV, Bd.3.4, Nr.66  
[Keine Einstellung streikender Arbeiter]
- 29.08.1910 Bericht der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften über den Verlauf des Streiks in der Werftindustrie Abt. IV, Bd.3.4, Nr.67  
[Unvereinbarkeit der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerforderungen; Eskalation des Streiks]
- 02.09.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Stade Kurd Grafen von Berg-Schönfeld an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.68  
[Anlässe und Ausdehnung des Werftarbeiterstreiks im Regierungsbezirk Stade]
- 05.09.1910 Bericht des Leiters der Armenverwaltung der Stadt Krefeld Fritz de Greiff an den Oberbürgermeister Adalbert Oehler Abt. IV, Bd.3.4, Nr.69  
[Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte]
- 05.09.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Schleswig Hans Ukert an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.70  
[Die sozialdemokratischen Gewerkschaften lehnen eine Teilnahme anderer Arbeitnehmerorganisationen an Schlichtungsverhandlungen ab]
- 06.09.1910 Bericht der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften über den Verlauf des Streiks in der Werftindustrie Abt. IV, Bd.3.4, Nr.71  
[Die Arbeitgeberseite fordert die Beteiligung aller Arbeitnehmerorganisationen an Schlichtungsverhandlungen]

- 07.09.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Schleswig Hans Ukert an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.72  
[Schätzung der durch den Werftarbeiterstreik eingetretenen Schäden]
- 10.09.1910 Schreiben des Vorsitzenden des Deutschen Metallarbeiterverbandes Alexander Schlicke an den Vorstand der Gruppe Deutscher Seeschiffswerften Hermann Blohm Abt. IV, Bd.3.4, Nr.73  
[Meinungsverschiedenheiten über die Auswahl der Teilnehmer an eventuellen Schlichtungsverhandlungen]
- 15.09.1910 Votum des sächsischen Ministeriums des Innern für das sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abt. IV, Bd.3.4, Nr.74  
[Maßnahmen zum Arbeiterschutz in Metallschleifereien]
- 15.09.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Stade Kurd Grafen von Berg-Schönfeld an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.75  
[Wirtschaftliche Folgen des Arbeitskampfes]
- 15.09.1910 Bericht des Landrats in Blumenthal Ernst Hugo Berthold an den Regierungspräsidenten in Stade Kurd Grafen von Berg-Schönfeld Abt. IV, Bd.3.4, Nr.76  
[Gesamtaussperrung in der deutschen Metallindustrie möglich?]
- 16.09.1910 Bericht des Vorsitzenden des Kreis Ausschusses des Kreises Preußisch Holland an den Regierungsrat im Reichsamt des Innern Max Paehler Abt. IV, Bd.3.4, Nr.77  
[Krankenversicherung der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter]
- 17.09.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Stettin Heinrich Guenther an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.78  
[Aussperrung und wirtschaftliche Folgen des Arbeitskampfes]
- 20.09.1910 Bericht des Verbandes zur Förderung des Arbeitsnachweises im Regierungsbezirk Düsseldorf Abt. IV, Bd.3.4, Nr.79  
[Diskussion von Leitsätzen für eine einheitliche Regelung der Lehrstellenvermittlung im Regierungsbezirk]
- 26.09.1910 Bericht des Oberbürgermeisters von Krefeld Adalbert Oehler an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.3.4, Nr.80  
[Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte]
- 26.09.1910 Protokoll der 45. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Werk am Askaniischen Platz in Berlin Abt. IV, Bd.3.4, Nr.81  
[Vorbereitende Maßnahmen zur Aussperrung von Arbeitern; Geldprämien für Verbesserungsvorschläge; Lohnerhöhung; Gewährung von Urlaub]
- 05.10.1910 Eingabe des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse zur Arbeitslosenversicherung Abt. IV, Bd.3.4, Nr.82  
[Keine finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber an der Arbeitslosenversicherung]
- 05.10.1910 Protokoll der 46. Sitzung des Betriebsausschusses des Siemens-Konzerns im Charlottenburger Werk Abt. IV, Bd.3.4, Nr.83  
[Vorbereitende Maßnahmen der Werksleitung zur Aussperrung der Arbeiter als Gegenmittel zum Streik der Arbeiter in den Seeschiffswerften; Kongreß der Werkvereine in Magdeburg]
- 06.10.1910 Petition des Zentralverbandes deutscher Bäcker-Innungen „Germania“ an den Bundesrat Abt. IV, Bd.3.4, Nr.84  
[Arbeitszeit für Verkaufsstellen im Bäckergewerbe]
- 08.10.1910 Bericht des Polizeipräsidenten in Kiel Heinrich von Schroeter an den Regierungspräsidenten in Schleswig Hans Ukert Abt. IV, Bd.3.4, Nr.85  
[Einigung im Werftarbeiterstreik fraglich]
- 14.10.1910 Schreiben des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller zu Düsseldorf Abt. IV, Bd.3.4, Nr.86  
[Konzeption einer Arbeitslosenversicherung]

- 14.10.1910 Niederschrift über die Verhandlungsergebnisse zur Beendigung des Streiks in der Werft-  
industrie Abt. IV, Bd.3.4, Nr.87  
[Einigung über die neuen Arbeitsbedingungen auf den Seeschiffswerften in Hamburg]
- 15.10.1910 Vorlage des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an das preußische  
Staatsministerium Abt. IV, Bd.3.4, Nr.88  
[Gesetz zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 16.10.1910 Bericht des Landrats in Blumenthal Ernst Hugo Berthold an den Regierungspräsidenten in  
Stade Kurd Grafen von Berg-Schönfeld Abt. IV, Bd.3.4, Nr.89  
[Kritik an der Streiktaktik des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller und an seiner Preisgabe der  
„gelben“ Arbeitnehmerorganisationen]
- 26.10.1910 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnshagen Alfred von Bake an den preußischen Minister  
des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.3.4, Nr.90  
[Entwicklung der Arbeiterbewegung im Regierungsbezirk]
- 29.10.1910 Votum des sächsischen Kriegsministeriums für das sächsische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.91  
[Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen in Staatsbetrieben]
- 01.11.1910 Eingabe des Nationalen Arbeiterunterstützungsvereins für Werdau und Umgegend an die  
Ortsgruppe Werdau des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen Textilindustrie Abt. IV, Bd.3.4, Nr.92  
[Lohnerhöhung in der Textilindustrie]
- 11.11.1910 Votum des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow für das preußi-  
sche Staatsministerium Abt. IV, Bd.3.4, Nr.93  
[Gesetzentwurf zur Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 12.11.1910 Petition des Arbeitgeberverbandes für Pforzheim und Umgebung an das Großherzoglich  
Badische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.94  
[Ausbruch eines Arbeitskampfes in der Pforzheimer Bijouteriewarenindustrie]
- 15.11.1910 Bekanntmachung der Ortsgruppe Werdau des Verbandes von Arbeitgebern der sächsischen  
Textilindustrie Abt. IV, Bd.3.4, Nr.95  
[Zögerliche Reaktion der Arbeitgeberseite auf die Lohnforderungen der Arbeitnehmer]
- 15.11.1910 Bericht des Großherzoglich Badischen Fabrikinspektors Karl Bittmann an das Großherzoglich  
Badische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.96  
[Arbeitsmarktparteien im Pforzheimer Streik; keine Störung der öffentlichen Ordnung; Kritik am Verhal-  
ten der Polizeibeamten]
- 16.11.1910 Petition des Vereins der deutschen Zuckerindustrie an den Reichskanzler Theobald von Beth-  
mann Hollweg Abt. IV, Bd.3.4, Nr.97  
[Ablehnung des Gesetzentwurfs über Arbeitskammern]
- 18.11.1910 Privatdienstschreiben des Oberbürgermeisters von Pforzheim Ferdinand Habermehl an den  
Ministerialdirektor im Großherzoglich Badischen Ministerium des Innern Karl Glockner Abt. IV, Bd.3.4, Nr.98  
[Anregung einer Verhandlungslösung für den Arbeitskampf]
- 21.11.1910 Bericht des Großherzoglich Badischen Bezirksamts Pforzheim an das Großherzoglich Badi-  
sche Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.99  
[Streikverlauf und öffentliche Sicherheit]
- 26.11.1910 Votum des sächsischen Finanzministeriums für das sächsische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.100  
[Wahlrecht zu den Arbeiterausschüssen in Staatsbetrieben]
- 01.12.1910 Bericht der Armenverwaltung in Duisburg an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.3.4, Nr.101  
Francis Kruse  
[Landvergabe an Empfänger von Armenunterstützung]
- 01.12.1910 Referat des Regierungsrats bei der Bezirksregierung Düsseldorf Jaffé vor Vertretern der  
Kommunalbehörden im Regierungsbezirk Abt. IV, Bd.3.4, Nr.102  
[Grundsatzreferat zum Stand der Arbeitslosenversicherung in Deutschland und Europa; Schwerpunkt:  
Regierungsbezirk Düsseldorf]



- 05.12.1910 Petition des Bergischen Fabrikantenvereins in Remscheid an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.3.4, Nr.103  
[Maßnahmen gegen die Belästigung Arbeitswilliger durch Streikposten]
- 08.12.1910 Aufruf des Großherzoglichen Badischen Ministeriums des Innern an die Streikparteien im Arbeitskampf in der Pforzheimer Edelmetallindustrie Abt. IV, Bd.3.4, Nr.104  
[Verhandlungsangebot zur Beilegung des Arbeitskampfes]
- 15.12.1910 Aufzeichnung des Ministerialdirektors im Großherzoglich Badischen Ministerium des Innern Karl Glockner Abt. IV, Bd.3.4, Nr.105  
[Gesichtspunkte für eine Aussprache zwischen Vertretern der Arbeitskämpfparteien im Streik in der Pforzheimer Edelmetallindustrie]
- 18.12.1910 Schreiben des Bezirksleiters des Deutschen Metallarbeiterverbandes Karl Vorhölzer an das Großherzoglich Badische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.106  
[Zustimmung zum Verhandlungsvorschlag des Ministeriums des Innern]
- 19.12.1910 Schreiben des Mitglieds des Direktoriums der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Offenbacher an den Generaldirektor der Maschinenbauanstalt Humboldt Richard Zörner Abt. IV, Bd.3.4, Nr.107  
[Urteil des Reichsgerichts zu Tarifverträgen]
- 24.12.1910 Bericht des Großherzoglich Badischen Bezirksamts Pforzheim an das Großherzoglich Badische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.3.4, Nr.108  
[Ergebnislose Beendigung des Arbeitskampfes in Pforzheim]
- 29.12.1910 Votum des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück für das preußische Staatsministerium Abt. IV, Bd.3.4, Nr.109  
[Überarbeitete Fassung des Gesetzentwurfs zur Regelung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]

## 1911

- 01.01.1911 Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 1. Verbandsmitteilungen: Deutsche Streikentschädigungsgesellschaft Abt. IV, Bd.4.1, Nr.1  
[Aufgabe und Leistungen der Deutschen Streikentschädigungsgesellschaft]
- 07.01.1911 Solidarität Nr. 1. Arbeitslosenversicherung nach Genter System in Schöneberg Abt. IV, Bd.4.1, Nr.2  
[Erste kommunale Arbeitslosenversicherung in Groß-Berlin und Preußen]
- 09.01.1911 Eingabe des Zentralverbandes Deutscher Industrieller an den Präsidenten des Kgl. Staatsministeriums in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.1, Nr.3  
[Grundsätzliche Bedenken gegen die Beschlüsse der Reichstagskommission zur Reichsversicherungsordnung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie]
- 10.01.1911 Eingabe des Verbandes der deutschen Versicherungsbeamten an die Kommission zur Vorbereitung der Reichsversicherungsordnung Abt. IV, Bd.4.1, Nr.4  
[Forderung nach dem Fortbestehen der kaufmännischen Ersatzkassen]
- 12.01.1911 Bericht des Oberbergamts Dortmund an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Abt. IV, Bd.4.1, Nr.5  
[Sicherheitsmänner als Agitationshelfer des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes]
- 12.01.1911 Resolution des deutschen Heimarbeitertags zum Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes Abt. IV, Bd.4.1, Nr.6  
[Forderungen zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter, u. a. durch Zwang zum Abschluß rechtsverbindlicher Tarife]
- 15.01.1911 Deutsche Buchdrucker-Zeitung Nr. 3. Tarifverträge und Organisationszwang Abt. IV, Bd.4.1, Nr.7  
[Resolution des Landesverbands Evangelischer Arbeitervereine Sachsens gegen sozialdemokratischen Organisationszwang]
- 16.01.1911 Bericht des württembergischen Innenministers an das Kgl. Staatsministerium betr. Hausarbeitsgesetz Abt. IV, Bd.4.1, Nr.8  
[Württemberg für Lohnämter und Rechtsverbindlichkeit der Lohnsätze]

- 18.01.1911 Der Gewerkverein Nr. 5. Die Belastung der deutschen Industrie durch die Arbeiterversicherung (Dr Ernst Cahn) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.9  
[Berechnung der Belastung der Industrie durch die einzelnen Zweige der Arbeiterversicherung im Verhältnis zu den Lohnkosten; sozialpolitische Belastung macht nur einen Bruchteil der durch Lohnerhöhung u. a. gestiegenen Gesamtbelastung aus]
- 20.01.1911 Runderlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe an die Oberbergämter Abt. IV, Bd.4.1, Nr.10  
[Keine Zusicherung von Pensionen bei der Neueinstellung von vertragsmäßig angestellten Beamten]
- 21.01.1911 Der Gewerkverein Nr. 6. Die Belastung der deutschen Industrie durch die Arbeiterversicherung (Schluß) (Dr. Ernst Cahn) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.11  
[Keine entscheidende Erschwerung des deutschen Exports durch die Lasten der Arbeiterversicherung, da die Gewinnchancen nur minimal verringert wurden; ein Ausbau der Sozialversicherung und damit eine höhere sozialpolitische Belastung kann von der Industrie leicht getragen werden]
- 21.01.1911 Der Gewerkverein Nr. 6. Die Privatbeamtenversicherung Abt. IV, Bd.4.1, Nr.12  
[Völlige Unzulänglichkeit des Regierungsentwurfs einer Angestelltenversicherung]
- 22.01.1911 Der Technische Grubenbeamte Nr. 2. Die Zukunft des Angestelltenrechts Abt. IV, Bd.4.1, Nr.13  
[Enttäuschte Erwartungen der Angestellten an den Reichstag des „Bülow-Blocks“ auf dem Gebiet des Zivil- und Prozeßrechts]
- 23.01.1911 Eingabe des Arbeitgeberverbandes für das Damenschneidergewerbe Deutschlands an den Reichstag Abt. IV, Bd.4.1, Nr.14  
[Antrag auf Errichtung von Lohnämtern in der Heimindustrie]
- 24.01.1911 Erklärung des Zentralausschusses der Prinzipalverbände in Sachen der Pensionsversicherung der Privatangestellten Abt. IV, Bd.4.1, Nr.15  
[Ablehnung einer Sonderversicherung für Privatangestellte und stattdessen Forderung nach maßvollem Ausbau der Invalidenversicherung]
- 26.01.1911 Die Hilfe Nr. 4. Submissionswesen und Sozialpolitik (Emil Heinrich Meyer) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.16  
[Das Submissionswesen als wirksames sozialpolitisches Instrument der Gemeinden]
- 27.01.1911 Protokoll der Arbeiterausschußsitzung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Nürnberg Abt. IV, Bd.4.1, Nr.17  
[Allgemeine Betriebsverhältnisse]
- 28.01.1911 Schreiben des Zentralverbandes Deutscher Industrieller an die Firma Felten & Guillaume Abt. IV, Bd.4.1, Nr.18  
[Ergebnisse einer Erhebung unter den Mitgliedern betreffend die Gewährung von bezahltem Urlaub an Arbeiter; Arbeiterurlaub als wirksame sozialpolitische Maßnahme für die Interessen des Unternehmens]
- 30.01.1911 Bericht des Landrats in Dinslaken an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.4.1, Nr.19  
[Vorbereitungen für den Fall von Arbeiterunruhen; Einsatz von Zechenwehren]
- 01.02.1911 Gründungsbericht der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime Abt. IV, Bd.4.1, Nr.20  
[Anliegen und Vorgehensweise der Gesellschaft]
- 04.02.1911 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 5. Fortbildungsschulwesen und Industrie Abt. IV, Bd.4.1, Nr.21  
[Erhebliche Belastung der Industrie durch die Erweiterung der Fortbildungsschulpflicht nach dem preußischen Gesetzentwurf]
- 04.02.1911 Schreiben des Vorsitzenden der mitteldeutschen Gruppe im Verein deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Generalsekretär des Hauptvereins Abt. IV, Bd.4.1, Nr.22  
[Unterschiedliche Haltung der Arbeitgeber gegenüber dem Gesetzentwurf zur Angestelltenversicherung]
- 04.02.1911 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 5. Zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte I Abt. IV, Bd.4.1, Nr.23  
[Grundlegende Kritik des Gesetzentwurfs, insbesondere bezüglich des Mißverhältnisses zwischen Beiträgen und Leistungen]
- 06.02.1911 Eingabe des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände an den Staatssekretär des Reichsjustizamtes Abt. IV, Bd.4.1, Nr.24  
[Auswüchse aus dem Koalitionsrecht und die Notwendigkeit ihrer Beseitigung durch neue gesetzliche Regelungen im Straf- und Strafprozeßrecht]

- 11.02.1911 Buchbinderzeitung Nr. 7. Arbeitslosenunterstützung und Arbeitsnachweis für Berlin Abt. IV, Bd.4.1, Nr.25  
[Verhandlung des Berliner Stadtverordneten-Kollegiums über die Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung]
- 11.02.1911 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 6. Zum Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte. II (Schluß) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.26  
[Kritik der Organisation und Verwaltung der Angestelltenversicherung, insbesondere im Hinblick auf das Fehlen jeglicher Selbstverwaltung; Zurückweisung einer „Standesversicherung“ der Angestellten und Forderung nach Ausbau der allgemeinen Invalidenversicherung]
- 18.02.1911 Berliner Tageblatt und Handelszeitung Morgenausgabe Nr. 90. Der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes (Lujo Brentano) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.27  
[Unzulänglichkeit des Regierungsentwurfs eines Hausarbeitsgesetzes vor allem wegen ungelöster Lohnfrage]
- 25.02.1911 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 8. Die öffentlichen Lasten der Industrie (Dr. J.) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.28  
[Drohende sozialpolitische Überlastung der deutschen Industrie; Zurückweisung der Thesen Herkners und Ballods, daß England höhere sozialpolitische Lasten zu tragen habe]
- 25.02.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 9. Die neuen Sätze unserer Stellenlosenunterstützungskasse (Bauingenieur Gornik) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.29  
[Vergleich der Beiträge und Leistungen der Arbeitslosen-Unterstützungskassen der verschiedenen Angestelltenverbände]
- 27.02.1911 Schreiben der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG an den Zentralverband Deutscher Industrieller Abt. IV, Bd.4.1, Nr.30  
[Bedenken wegen möglicher Auswirkungen des geplanten Versicherungsgesetzes für Angestellte auf die bestehenden Betriebspensionskassen insbesondere hinsichtlich einer Herabsetzung des pensionsfähigen Alters]
- 01.03.1911 Der Arbeitgeber Nr. 5. Der Kampf des Arbeitgeberverbandes Eilenburg gegen die Tyrannei der sozialdemokratischen Gewerkschaften Abt. IV, Bd.4.1, Nr.31  
[Organisationszwang und Boykott durch die freien Gewerkschaften; Aussperrung durch die Arbeitgeber]
- 01.03.1911 Der Gewerkverein Nr. 17. Die Reform des Arbeitsrechts Abt. IV, Bd.4.1, Nr.32  
[Leitsätze zur Gestaltung eines gleichberechtigten Arbeitsverhältnisses]
- 02.03.1911 Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt Nr. 22. Der Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte (Dr. A. Günther) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.33  
[Stellungnahme zu vier Argumenten gegen eine Angestelltenversicherung]
- 07.03.1911 Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindrucker und verwandte Gewerbe Nr. 19. Die Forderungen der Berliner Gehilfen für Tariffreivision Abt. IV, Bd.4.1, Nr.34  
[Kritik der Arbeitgeber an den Forderungen der Berliner Gehilfen zur Tariffreivision]
- 08.03.1911 Der Technische Grubenbeamte Nr. 5. Beiträge und Leistungen der Pensionskasse des Allgemeinen Knappschaftsvereins im Vergleich zu denjenigen der Privatbeamtenversicherungsvorlage Abt. IV, Bd.4.1, Nr.35  
[Pensionskasse des Allgemeinen Knappschaftsvereins erweist sich als leistungsfähiger und sozialer als diejenige des Gesetzentwurfs einer Angestelltenversicherung]
- 13.03.1911 Der Bergknappe Nr. 10. Tarifliche Arbeitsmonopole Abt. IV, Bd.4.1, Nr.36  
[Feststellung von sozialdemokratischen Arbeitsmonopolen in verschiedenen Gewerbezweigen]
- 19.03.1911 Erlaß des preußischen Ministers des Innern an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Abt. IV, Bd.4.1, Nr.37  
[Bedingungen für die Ausrüstung von Zechenwehren mit Handfeuerwaffen]
- 25.03.1911 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 12. Die wirtschaftliche Bedeutung einer umfassenden Arbeitslosenversicherung (Wilhelm Düwell) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.38  
[Einsparen von Ressourcen der Volkswirtschaft als Argument für die Einführung einer Arbeitslosenversicherung]
- 01.04.1911 Der Arbeitgeber Nr. 7. Eine wichtige Entscheidung des Reichsgerichts Abt. IV, Bd.4.1, Nr.39  
[Gerichtliche Feststellung der Parteifähigkeit und Verklagbarkeit der Tarifgemeinschaften]

- 04.04.1911 Erklärung des Deutschen Handelstags zur Versicherung der Privatangestellten und zur Sozialpolitik im allgemeinen  
[Ablehnung einer Sonderversicherung für Privatangestellte und stattdessen Forderung nach Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.40
- 08.04.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 15. Ausnahmebestimmungen für die Werkspensionskassen? (Dr. Günther) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.41
- 10.04.1911 Resolution der Vereinigung von Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriebezirks  
[Kritik an der Einbeziehung von Angestellten mit über 3000 Mark Jahresgehalt im Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte und Empfehlung des Ausbaus der bestehenden Invalidenversicherung] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.42
- 10.04.1911 Anlage zum Protokoll der 10. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten der Siemens AG  
[Vor- und Nachteile von Tarifverträgen] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.43
- 13.04.1911 Aufruf der Deutschen Gesellschaft für Kaufmanns-Erholungsheime  
[Aufforderung an Kaufleute und Industrielle, der Gesellschaft beizutreten] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.44
- 14.04.1911 Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf an den Oberbürgermeister in Duisburg  
[Verwendung und Ausrüstung von Zechenwehren] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.45
- 15.04.1911 Schreiben des Ausschusses vereinigter Betriebspensionskassen an die Pensions-, Witwen- und Waisenkassen für die Beamten der Firma Fried. Krupp  
[Anerkennung der Betriebspensionskassen als gleichwertige Ersatzinstitute ist im Versicherungsgesetzesentwurf für Angestellte nicht gewährleistet] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.46
- 15.04.1911 Der Arbeitgeber Nr. 8. Die staatliche Unterstützung der öffentlichen Arbeitsnachweise  
[Sozialpolitische Vorteile der Arbeitnehmer und der Gewerkschaften durch die staatliche Unterstützung der öffentlichen Arbeitsnachweise] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.47
- 16.04.1911 Deutsche Arbeitgeberzeitung Nr. 16. Zur Politik der Tarifverträge  
[Umbesetzung im Vorstand des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände ändert nichts an ablehnender Haltung gegenüber Tarifverträgen in der Industrie] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.48
- 22.04.1911 Hansa-Bund Nr. 16. Arbeitgeber, Angestellte und Privatbeamtenversicherung  
[Nutzen einer Pensionsversicherung der Privatangestellten für Arbeitnehmer und Arbeitgeber] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.49
- 22.04.1911 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 16. Zur Reichsversicherungsordnung (nach den Kommissionsbeschlüssen) I  
[Verschlechterung des Regierungsentwurfs zur Krankenversicherung durch die Reichstagskommission] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.50
- 00.05.1911 Rundschreiben der Gesellschaft des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen an die Mitglieder des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller  
[Beiträge und Leistungen der Gesellschaft] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.57
- 01.05.1911 Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 9. Zur zweiten Lesung der Reichsversicherungsordnung  
[Zurückweisung der grundlegenden Kritik der Sozialdemokratie an der Reichsversicherungsordnung] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.51
- 03.05.1911 Bekanntmachung der Firma Siemens-Schuckert-Werke in Berlin-Charlottenburg an sämtliche Meister  
[Eintragung der Urlaubszeit auf Listen und Festlegung der urlaubsberechtigten Arbeiter] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.52
- 13.05.1911 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 19. Terrorismusgeschrei  
[Vorwurf an die christlichen Gewerkschaften, durch ihr Zusammenwirken mit den „Scharfmachern“ und durch ihr „verlogenes Terrorismusgeschrei“ die freien Gewerkschaften schädigen zu wollen] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.53
- 15.05.1911 Der Arbeitgeber Nr. 10. Ein Reichseinigungsamt? (Dr. Tänzle)  
[Ablehnung eines von Berlepsch vorgeschlagenen Reichs-Einigungsamtes] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.54
- 27.05.1911 Rundschreiben der Firma Robert Bosch an die Abteilungsvorstände  
[Verfügung allgemeiner Werksferien] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.55

- 27.05.1911 Buchbinder-Zeitung Nr. 22. Die Gesetzgebung gegen Konsumgenossenschaften (Ablehnung der Konsumvereins-Umsatzsteuer als eines ungerechten Ausnahmegesetzes) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.56
- 03.06.1911 Der Gewerkverein Nr. 11. Der Kampf um die Reichsversicherungsordnung (Forderung nach gründlicher Revision der Reichsversicherungsordnung) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.58
- (vor)  
11.06.1911 Drucksachen des Zweiten Deutschen Wohnungskongresses . Der Zweite Deutsche Wohnungskongreß (Vorankündigung und Themen des Zweiten Deutschen Wohnungskongresses) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.59
- 11.06.1911 Eröffnungsansprache des Grafen von Posadowsky-Wehner auf dem Zweiten Deutschen Wohnungskongreß in Leipzig (Ursachen der Wohnungsnot liegen in der durch starke Bevölkerungszunahme bedingten Urbanisierung; Lösung des Problems nur durch Wohnungsgesetzgebung möglich) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.60
- 11.06.1911 Nationalliberale Blätter Nr. 24. Zur Pensionsversicherung der Privatbeamten (Dr. Gustav Stresemann) (Begründung der kurzen Beratungsdauer des Gesetzentwurfes) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.61
- 15.06.1911 Sozialistische Monatshefte Nr. 12 Arbeitsnachweis und Arbeitslosenversicherung (Hugo Petzsch) (Beste Lösung der Versorgung der Arbeiterschaft durch paritätische Arbeitsnachweise und gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.62
- 15.06.1911 Sozialistische Monatshefte Nr. 12. Strafrecht gegen Koalitionsrecht (Wolfgang Heine) (Gefährdung des Koalitionsrechts der Arbeiterschaft durch die Rechtsprechung und die Neuregelung des Strafrechts) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.63
- 15.06.1911 Sozialistische Monatshefte Nr. 12. Die Aussperrung als gewerbliches Kampfmittel (Rudolf Wissel) (Erörterung der rechtlichen Zulässigkeit von Einzel- und Massenaussperrung) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.64
- 16.06.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 12. Das Reichsmarineamt als Arbeitgeber (Das Reichsmarineamt stellt die Techniker vor die Wahl zwischen Kündigung oder Umwandlung ihres Arbeitsvertrages in einen Privatdienstvertrag) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.65
- 16.06.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 12. Die Reichsversicherungsordnung im Reichstage (Fortsetzung) (Verwaltung der Krankenkassen und Frage der Ersatzkassen) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.66
- 16.06.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 12. Reichseinigungsamt (W. Vollbrecht) (Besprechung des Berlepschen Vortrags zum Reichseinigungsamt und dessen Kritik durch die Arbeitgeber) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.67
- 17.06.1911 Der Gewerkverein Nr. 48. XI. Generalversammlung des Gewerkvereins der Deutschen Fabrikund Handarbeiter (Schluß) (Neue Bestimmungen und Sätze für Arbeitslosen-, Streik- und Maßregelungsunterstützung des Gewerkvereins) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.68
- 17.06.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 25. Die Fortzahlung des Gehaltes bei militärischen Übungen (Industrie erschwert ihren Angestellten die Erfüllung ihrer staatsbürgerlichen militärischen Pflichten durch Maßnahmen wie Lohnentzug bis hin zu Entlassung; Erlaß des Kriegsministers betr. einer Abstellung dieses Mißstandes) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.69
- 17.06.1911 Hansa-Bund Nr. 24. Der Verlauf des Hansatages (Eröffnungsansprache des Präsidenten des Hansa-Bunds, Prof. Dr. Riesser; scharfe Frontstellung gegen die „Über-Agrarier“) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.70
- 17.06.1911 Resolution des Verbandes Deutscher Privateisenbahn-Beamten (Die Einführung einer Sonderkasse als geeignete Grundlage zur Durchführung der Angestelltenversicherung) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.71
- 22.06.1911 Der Technische Grubenbeamte Nr. 12. Fortbildungsschulen (Forderung nach Ausbau des Fortbildungsschulwesens unter Einbeziehung der Bergarbeiter) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.72
- 22.06.1911 Mitteilung der Bergwerksgesellschaft Hibernia (Herne) an Direktor Meyer (Strafandrohung bei Teilnahme an der 1. Mai-Feier) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.73

- 23.06.1911 Mitteilung der Bergwerksgesellschaft Hibernia (Herne) an den Vorstand Abt. IV, Bd.4.1, Nr.74  
[Strafabzug bei der Löhnung wegen Teilnahme an der 1. Mai-Feier]
- 23.06.1911 Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindrucker und verwandte Gewerbe Nr. 50. Der Abt. IV, Bd.4.1, Nr.75  
Konflikt im Berliner Zeitungsgewerbe  
[Ursachen, Verlauf und Ergebnisse des Streiks der Maschinenmeister und Hilfsarbeiter in den Firmen Scherl GmbH, Mosse und Ullstein & Co.; scharfe Kritik des Tarifbruchs]
- 24.06.1911 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 25. Rundschau, Landrat a.D. Roetger tritt aus dem Präsidium Abt. IV, Bd.4.1, Nr.76  
des Hansa-Bundes aus  
[Rechtfertigung von Roetgers Ausscheiden aus dem Präsidium des Hansa-Bundes und seines Austritts aus dem Hansa-Bund]
- 26.06.-01.07.1911 Protokoll der Verhandlungen des 8. Kongresses der Freien Gewerkschaften Deutschlands in Abt. IV, Bd.4.1, Nr.77  
Dresden. Die Errichtung einer gewerkschaftlich-genossenschaftlichen Unterstützungskasse (G. Bauer)  
[Beschuß zur Gründung einer Unterstützungskasse]
- 27.06.1911 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 71. Der Leipziger Ärzte- Abt. IV, Bd.4.1, Nr.78  
verband  
[Jahresversammlung des Verbandes in Stuttgart]
- 01.07.1911 Solidarität Nr. 26. Zum Berliner Zeitungskonflikt Abt. IV, Bd.4.1, Nr.79  
[Auseinandersetzung des Hauptvorstandes des Deutschen Buchdruckervereins mit der Berliner Ortsverwaltung über den Tarifbruch in drei Berliner Druckereien]
- 01.07.1911 Resolution des 8. Kongresses der Freien Gewerkschaften vom Juni 1911 betr. Koalitionsrecht Abt. IV, Bd.4.1, Nr.80  
und Novellierung des Strafgesetzbuches  
[Einengung der Koalitionsfreiheit]
- 01.07.1911 Württembergische Industrie Nr. 7. Mitteilungen des Verbandes. Ist Rötger Industrieller? Abt. IV, Bd.4.1, Nr.81  
[Geheimrat Riesser ist im Gegensatz zu Gutsbesitzer Rötger ein Mann der Industrie, des Handels und Gewerbes]
- 01.07.1911 Württembergische Industrie Nr. 7. Mitteilungen des Verbandes. Immer dieselben Abt. IV, Bd.4.1, Nr.82  
[Austritt Rötgers aus dem Hansabund ist erfreulich, da dieser nur die Sonderinteressen der rheinland-westfälischen Schwerindustrie und der Agrarier vertritt]
- 01.07.1911 Württembergische Industrie Nr. 7 Mitteilungen des Verbandes. Rötgers Austritt aus dem Abt. IV, Bd.4.1, Nr.83  
Hansa-Bund  
[Sympathiekundgebungen des Verbandes Württembergischer Industrieller und des Bundes der Industriellen an den Hansabund anlässlich dessen Auseinandersetzung mit dem Zentralverband Deutscher Industrieller]
- 01.07.1911 Rundschreiben des Verbands Berliner Metall-Industrieller an die Verbandsmitglieder Abt. IV, Bd.4.1, Nr.84  
[Bestimmungen betreffend das Inserieren nach Arbeitern]
- 06.07.1911 Rundschreiben des Verbands Berliner Metall-Industrieller an die Verbandsmitglieder Abt. IV, Bd.4.1, Nr.85  
[Aufforderung zur Nichtweitergabe von Informationen an den öffentlichen Arbeitsnachweis der Provinz Brandenburg]
- 07.07.1911 Der Typograph Nr. 27. Die neue Reichsversicherungsordnung. Die Hinterbliebenenversicherung Abt. IV, Bd.4.1, Nr.86  
[Die Konditionen der neuen Hinterbliebenenversicherung innerhalb der Invalidenversicherung]
- 08.07.1911 Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 76. Rundschau: Die Abt. IV, Bd.4.1, Nr.87  
gewerkschaftliche Volksversicherung  
[Ablehnende Reaktion der Rechtspresse auf die Ankündigung einer gewerkschaftlichen Volksversicherung]
- 08.07.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 28. Die Gelben Abt. IV, Bd.4.1, Nr.88  
[Verurteilung der Werkvereinsbewegung; Notwendigkeit von Berufsorganisationen, die ihre Interessen gegenüber den Unternehmern gleichberechtigt vertreten wollen und streikbereit sind]
- 08.07.1911 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 27. Rundschau. Das Ausscheiden der Industrie aus dem Hansabund: die Niederrheinisch-Westfälische Gruppe; die Saarindustrie; die Industriellen in Altona; die Konferenz der Geschäftsführer der dem Zentralverband Deutscher Industrieller angeschlossenen korporativen Mitglieder Abt. IV, Bd.4.1, Nr.89  
[Linksschwenk des Hansabundes zwingt die Industrie zum Austritt]

- 10.07.1911 Die Betriebskrankenkasse Nr. 13. Ärztetag Abt. IV, Bd.4.1, Nr.90  
[Entschließung der Ärzteverbände auf dem Ärztetag vom 22.-24. Juni 1911 in Stuttgart]
- 11.07.1911 Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindrucker und verwandte Gewerbe Nr. 55. Die Stellungnahme des Verbandes der Deutschen Buchdrucker zum Berliner Zeitungsstreik Abt. IV, Bd.4.1, Nr.91  
[Gauvorsteherkonferenz des Deutschen Buchdruckerverbandes stellt sich in ihrer Resolution eindeutig hinter den Hauptvorstand und verurteilt den Berliner Tarifbruch aufs schärfste]
- 11.07.1911 Protokoll der Stuttgarter Besprechung von badischen, bayerischen und württembergischen Ministern Abt. IV, Bd.4.1, Nr.92  
[Stellung gegenüber dem Süddeutschen Eisenbahner-Verband. Agitation des Verbands, Erörterung über gemeinsames Vorgehen]
- 13.07.1911 Schreiben N. Eichs (Mannesmann) an M. Steinthal (Deutsche Bank) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.93  
[Mitteilung über den Austritt aus dem CDI und der Beibehaltung der Mitgliedschaft im Hansabund]
- 18.07.1911 Korrespondenz für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 80. An die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker. Der Vorstandsvorsitz: Döblin, Großmann, Eifler, Glaser, Beuermann, Düjon, Hoyer, Wenzel, Wonitzki Abt. IV, Bd.4.1, Nr.94  
[Aufruf zur Einigkeit im Verband]
- 27.07.1911 Sozialistische Monatshefte Nr. 15. Die kommunale Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenunterstützung in Deutschland (Gustav Krüger) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.95  
[Beispiele kommunaler Arbeitslosenversicherungs- und Arbeitslosenunterstützungseinrichtungen]
- 28.07.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 15. Standesbewegung: Die Dienstverträge der Berliner Eisenkonstruktoren Abt. IV, Bd.4.1, Nr.96  
[Warnung vor Abschluß eines Arbeitsvertrages, der eine Verschlechterung des bisherigen Anstellungsverhältnisses bedeutete]
- 28.07.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 15. Die Schutztruppe des Unternehmertums Abt. IV, Bd.4.1, Nr.97  
[Politik des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes dient den Interessen des Unternehmertums]
- 30.07.1911 Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 31. Organisationsfragen Abt. IV, Bd.4.1, Nr.98  
[Forderung nach einer reichseinheitlichen Arbeitgeberorganisation und Ausbau der Kampfmittel gegen die Gewerkschaften]
- 01.08.1911 Schreiben der Firma Zimmermann & Schmitz an den Verband der Arbeitgeber im bergischen Industriebezirk, Elberfeld Abt. IV, Bd.4.1, Nr.99  
[Schutz der Arbeitswilligen vor den Streikposten ist ungenügend]
- 06.08.1911 Deutsche Buchdrucker-Zeitung Nr. 32. Organisierter Terrorismus Abt. IV, Bd.4.1, Nr.100  
[Sozialdemokratie zwingt kleine Geschäftsleute in ihre Organisationen]
- 07.08.1911 Aus dem Urteil des kgl. Oberlandesgerichts in Hamm, III. Zivilsenat i.S. Piekers u. Genossen gegen den Zechenverband in Essen (Ruhr) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.101  
[Schwarze Listen. Zulässigkeit von Boykott und Aussperrung]
- 07.08.1911 Schreiben der Firma Zimmermann & Schmitz an das Oberbürgermeisteramt Barmen Abt. IV, Bd.4.1, Nr.102  
[Forderung nach stärkerem Polizeischutz wegen Ausschreitungen gegen Arbeitswillige]
- 08.08.1911 Schreiben der Firma Zimmermann & Schmitz an den Arbeitgeberverband im bergischen Industriebezirk, Elberfeld Abt. IV, Bd.4.1, Nr.103  
[Forderung nach gesetzlichem Verbot des Streikpostenstehens wegen wiederholter Ausschreitungen gegen Arbeitswillige]
- 11.08.1911 Schreiben der Firma Zimmermann & Schmitz an den Arbeitgeberverband im bergischen Industriebezirk, Elberfeld Abt. IV, Bd.4.1, Nr.104  
[Ausschreitungen gegen Arbeitswillige]
- 11.08.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 16. Das Reichsmarineamt weicht zurück! (Heinrich Gramm) Abt. IV, Bd.4.1, Nr.105  
[Reichsmarineamt lenkt im Arbeitskampf mit den Hilfstechnikern ein und kündigt neuen Dienstvertrag an; Kritik am Nachgeben des Deutschen Techniker Verbandes]

- 12.08.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 33. Zum Konflikt mit dem Reichsmarineamt [Deutscher Techniker-Verband rechtfertigt sein Einlenken im Arbeitskampf] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.106
- 13.08.1911 Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 33. Eine neue Reform der Reichsversicherungsordnung [Kritik an vermeintlichen weiteren Versicherungsreformplänen des Reichsamts des Innern] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.107
- 18.08.1911 Typograph Nr. 33. Beilage. Was bringt uns die Reichsversicherungsordnung? [Würdigung der Verbesserungen in der Arbeiterversicherung] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.108
- 18.08.1911 Rundschreiben Nr. 9 des Zentralverbandes Deutscher Industrieller an die Mitglieder [Zurückweisung der Vorwürfe des Hansabundes; Zusammenarbeit mit dem Hansabund scheiterte an der Verschleppungstaktik des Hansabunds] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.109
- 19.08.1911 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 33. Die Kölner Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit [Das Funktionieren der Kölner Arbeitslosenversicherung] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.110
- 25.08.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 17. Kämpfende Kollegen (Hermann Ludemann) [Überblick über die Arbeitskämpfe des Bundes der technisch-industriellen Beamten] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.111
- 25.08.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 17. Maschinenfabrik Horst, Berlin [Verlängerung eines Boykotts der Angestellten] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.112
- 25.08.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 17. Der Konflikt in den Marinebetrieben [Reichsmarineamt führt durch Neueinstellung von Hilfst Technikern nach altem Dienstvertrag und Ausbildung von Hilfst Techniker den Arbeitskampf fort] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.113
- 27.08.1911 Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 35. Kathedersozialismus und die Gewerkschaften [Irrlehren des Kathedersozialismus in Bezug auf den Wert und die Funktion der Gewerkschaften] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.114
- 29.08.1911 Rundschreiben des Verbandes Berliner Metall-Industrieller an die Verbandsmitglieder [Verhängung einer Sperre über diejenigen Techniker, die zum 1. Oktober ihre Kündigung eingereicht haben] Abt. IV, Bd.4.1, Nr.115
- 02.09.1911 Schreiben des Generalsekretärs des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen und der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, Wilhelm Beumer, an die Mitglieder beider Vereine. [Beurteilung des Satzungsentwurfs für Betriebspensionskassen] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.116
- 05.09.1911 Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an die Verbandsmitglieder [Mitteilung über die Kündigung von 200 Angestellten und über die Sperre der Berliner Eisenkonstruktionsfirmen durch den Bund der technisch-industriellen Beamten] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.117
- 06.09.1911 Deutsche Industrie Nr. 17. Zur Frage der Lohnämter [Ablehnung von Lohnämtern der Heimindustrie wegen grundsätzlicher Bedenken] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.118
- 12.09.1911 Rede des Oberbürgermeisters von Frankfurt/Main Franz Adickes auf dem Deutschen Städtetag [Forderung nach einer beruflich gegliederten Arbeitslosenversicherung mit Versicherungszwang durch Reichsgesetz] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.119
- 18.09.1911 Aufruf des Ausschusses des Deutschen Arbeiterkongresses. Christlich-nationale Arbeiterbewegung und politische Massenstreiks [Protest gegen die Drohung der Sozialdemokratie, im Kriegsfall zu einem politischen Generalstreik aufzurufen] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.120
- 18.09.1911 Rundschreiben des Verbandes Berliner Metallindustrieller an die Verbandsmitglieder [Aufforderung zur Sperre] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.121
- 22.09.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 19. [Alfred Flügger:] Die Kampfesart der Berliner Unternehmer [Unzureichendes Eingehen der Arbeitgeber in der Berliner Metallindustrie auf die Forderungen der Techniker; gemeinsame Arbeitsniederlegung am 1. Oktober unvermeidlich] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.122



- 22.09.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 19. Standesarbeit: Der Konflikt in den Berliner Eisen-  
bauanstalten Abt. IV, Bd.4.2, Nr.123  
[Boycott der mit Aushilfsarbeiten beauftragten Ingenieurbüros]
- 22.09.1911 Der Typograph Nr. 38. Unser Minimum Abt. IV, Bd.4.2, Nr.124  
[Zur Taktik des Gutenbergbundes bei den bevorstehenden Tarifverhandlungen]
- 23.09.1911 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister  
des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.2, Nr.125  
[Allgemeine Lage der Arbeiterbewegung aller Richtungen, Konsumvereine, Gewerbegerichtswahlen,  
Streiks und Aussperrungen]
- 24.09.1911 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 39. Sozialpolitische Resignation Abt. IV, Bd.4.2, Nr.126  
[Forderung nach einem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung wegen der Schärfe des internationa-  
len Wettbewerbs]
- 25.09.1911 Eingabe des Vorstandes des Deutschen Städtetags an den Bundesrat Abt. IV, Bd.4.2, Nr.127  
[Anregung einer Gesetzesinitiative des Bundesrates zu einer Zwangsversicherung gegen die winterliche  
Arbeitslosigkeit]
- 30.09.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 40. Die Arbeitslosenversicherung Abt. IV, Bd.4.2, Nr.128  
[Forderung nach öffentlicher Unterstützung der Gewerkschaften als Träger der Arbeitslosenversicherung]
- 30.09.1911 Flugblatt des Aktionskomitees der Techniker in den Berliner Eisenkonstruktionsbüros Abt. IV, Bd.4.2, Nr.129  
[Verhaltensmaßregeln für die Mitglieder während der Ausstandsbewegung, die am 1. Oktober beginnen soll]
- 03.10.1911 Rundschreiben des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dort-  
mund an die Vereinszechen Abt. IV, Bd.4.2, Nr.130  
[Vor- und Nachteile einer privaten Pensionsversicherung für Angestellte gegenüber der staatlichen Versi-  
cherung]
- 06.10.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 20. Der 1. Oktober 1911 Abt. IV, Bd.4.2, Nr.131  
[Aufruf zur Solidarität mit den streikenden Technikern in Berlin]
- 08.10.1911 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 41. Die Arbeitskammervorlage Abt. IV, Bd.4.2, Nr.132  
[Genugtuung über das Scheitern der Vorlage wegen Differenzen zwischen Regierung und Reichstag]
- 10.10.1911 Rundschreiben des Verbandes der Berliner Eisenkonstruktionsfirmen an die Verbandsmitglieder Abt. IV, Bd.4.2, Nr.133  
[Bericht über die Ausstandsbewegung der Techniker in Berlin; über die Techniker, die gekündigt haben,  
soll eine Sperre verhängt werden]
- 10.10.1911 Eingabe des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands an  
den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Abt. IV, Bd.4.2, Nr.134  
[Zusammenfassung der grundsätzlichen Bedenken gegen den Versicherungsgesetzentwurf für Privatange-  
stellte und Forderung nach maßvollen Ausbau der bestehenden Invalidenversicherung]
- 13.10.1911 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Abt. IV, Bd.4.2, Nr.135  
Rieppel, Nürnberg, an das Werk Augsburg  
[Anwendung der Konkurrenzklausele und Vertragsformular]
- 14.10.1911 Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindrucker und verwandte Gewerbe Nr. 82. Die Abt. IV, Bd.4.2, Nr.136  
Verhandlungen des Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker und ihre Ergebnisse  
[Zusammenfassende Darstellung des Beschlußprotokolls über die Sitzungen des Tarifausschusses der  
Deutschen Buchdrucker]
- 15.10.1911 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 42. Ein neuer Gegner Abt. IV, Bd.4.2, Nr.137  
[Kritik am Eintreten des Vereins für Handlungskommis von 1858 für das Streikrecht]
- 21.10.1911 Schreiben der Firma Zimmermann & Schmitz an den Verband der Arbeitgeber im bergischen Abt. IV, Bd.4.2, Nr.138  
Industriebezirk Elberfeld  
[Tätigkeit von Streikposten; Forderung nach gesetzlichem Verbot des Streikpostenstehens]
- 21.10.1911 Rundschreiben des Arbeitgeberverbandes für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Abt. IV, Bd.4.2, Nr.139  
Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an die Verbandsmitglieder  
[Verhängung einer Beschäftigungssperre über die ausständigen Berliner Techniker]

- 21.10.1911 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 121. Zur Situation! Abt. IV, Bd.4.2, Nr.140  
[Aufnahme des neuen Buchdrucktarifs in verschiedenen Städten]
- 24.10.1911 Schreiben des Inhabers der gleichnamigen Maschinenbaufabrik Ernst von Borsig an den Abt. IV, Bd.4.2, Nr.141  
Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel  
[Der Arbeitskampf der Techniker in Berlin; Anregung zum gemeinsamen Vorgehen der Arbeitgeber]
- 24.10.1911 Niederschrift über die Vorstandskonferenz der Gutehoffnungshütte, Actienverein für Bergbau Abt. IV, Bd.4.2, Nr.142  
und Hüttenbetrieb, Sterkrade  
[Mitgliedschaft im Bund der technisch-industriellen Beamten und im Deutschen Technikerverband begründeten Kündigung und Nichteinstellung von Angestellten]
- 27.10.1911 Schreiben der Gutehoffnungshütte Actienverein an die Nordwestliche Gruppe des Vereins Abt. IV, Bd.4.2, Nr.143  
deutscher Eisen- und Stahlindustrieller  
[Aussperrung von sechs Technikern]
- 29.10.1911 Deutsche Buchdrucker-Zeitung Nr. 44. Unsere Bilanz Abt. IV, Bd.4.2, Nr.144  
[Ablehnende kritische Stellungnahme der Arbeitgeber zum neuen Tarif im Buchdruckgewerbe]
- 30.10.1911 Votum des Kgl. Württembergischen Ministeriums des Innern für das Kgl. Staatsministerium Abt. IV, Bd.4.2, Nr.145  
[Verlängerung der Ausnahmebestimmungen für die Beschäftigung von Arbeiterinnen auf Steinkohlebergwerken, Zink- und Bleierzbergwerken und auf Kokereien im Regierungsbezirk Oppeln]
- 31.10.1911 Niederschrift über eine Ausschußsitzung des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller Abt. IV, Bd.4.2, Nr.146  
am 30. Oktober 1911  
[Unterstützung der bestreikten Berliner Firmen nur unter der Bedingung, daß auch weiterhin keine Verhandlungen mit dem Bund technisch-industrieller Beamten stattfinden]
- 04.11.1911 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 44. Rundschau: Der Technikerstreik Abt. IV, Bd.4.2, Nr.147  
[Rekrutierung des Bundes der technisch-industriellen Beamten; Forderung nach Nichtwiedereinstellung der streikenden Techniker]
- 04.11.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 45. Ein neuer Streich gegen das Koalitionsrecht Abt. IV, Bd.4.2, Nr.148  
[Der Austritt der Techniker der Gutehoffnungshütte aus den Angestelltenverbänden ist die Folge einer Erpressung durch die Werksleitung]
- 04.11.1911 Rundschreiben des Ministerialdirektors im Reichsamt des Innern Theodor Lewald an leitende Abt. IV, Bd.4.2, Nr.149  
Ministerialbeamte  
[Koalitionsrecht der Arbeiter in Staatsbetrieben]
- 04.11.1911 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 44. Zum Abt. IV, Bd.4.2, Nr.150  
Mißbrauch des Reichsvereinsgesetzes  
[Reichstagsinterpellation der sozialdemokratischen Fraktion gegen Willkürmaßnahmen der Polizei bei der Auslegung des Reichsvereinsgesetzes gegen freie Gewerkschaften]
- 06.11.1911 Schreiben des Ingenieurs Fritz Meyer an den Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg- Abt. IV, Bd.4.2, Nr.151  
Nürnberg AG Anton von Rieppel  
[Der Bund der technisch-industriellen Beamten und der Deutsche Technikerverband fordern den Boykott der Gutehoffnungshütte durch die Stadt Köln]
- 06.11.1911 Bericht über die Versammlung der Krankenkassenmitglieder der Gutehoffnungshütte Actien- Abt. IV, Bd.4.2, Nr.152  
verein Sterkrade  
[Die Versammlung erklärt sich mit der Erhöhung der Krankenkassenbeiträge einverstanden]
- 06.11.1911 Deutsche Industrie Nr. 21. Zum Hausarbeitsgesetz Abt. IV, Bd.4.2, Nr.153  
[Ablehnung von Fachausschüssen]
- 06.11.1911 Schreiben des Abteilungschefs im Reichsmarineamt, Wirklichen Geheimen Admiralitätsrats Abt. IV, Bd.4.2, Nr.154  
Harms, an den Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Theodor Lewald  
[Koalitionsrecht der Arbeiter in Betrieben der Reichsmarineverwaltung]
- 06.11.1911 Schreiben des Geheimen Oberbergrats Max Reuss in der Abteilung für das Berg-, Hütten- und Abt. IV, Bd.4.2, Nr.155  
Salinenwesen im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe an den Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Theodor Lewald  
[Koalitionsrecht der Arbeiter in Betrieben der preußischen Bergverwaltung]

- 06.11.1911 Schreiben des Major Schultz im Allgemeinen Kriegsdepartement des Preußischen Kriegsministeriums an den Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern Theodor Lewald [Koalitionsrecht der Arbeiter in Betrieben der preußischen Militärverwaltung] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.156
- 07.11.1911 Gesprächsnotiz des Regierungsrates im Reichsamt des Innern Max Paehler [Koalitionsrecht der Arbeiter in Staatsbetrieben] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.157
- 09.11.1911 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 129. An die organisierte Arbeiterschaft Deutschlands! [Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur finanziellen Unterstützung der ausgesperrten Tabakarbeiter] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.158
- 11.11.1911 Schreiben der Gutehoffnungshütte Actienverein an den Oberbürgermeister von Köln Max Wallraf [Begründung für das Vorgehen gegen die im Bund der technisch-industriellen Beamten und im Deutschen Technikerverband organisierten Angestellten; Kampf gegen die Sozialdemokratie und Verteidigung des Koalitionsrechts der Angestellten] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.159
- 11.11.1911 Protokoll der 46. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemens-Werke [Beschlüsse und Mitteilungen zur betrieblichen Sozialpolitik] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.160
- 16.11.1911 Weisung des Präsidenten des Kgl. Württembergischen Staatsministeriums Karl von Weizsäcker an das Kgl. Ministerium des Innern [Stellungnahme des Kgl. Staatsministeriums zur Eingabe des Deutschen Städtetags] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.161
- 16.11.1911 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 132. Mehr Idealismus! [Aufruf an die Maschinensetzer zur Solidarität mit den Handsetzern] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.162
- 17.11.1911 Der Typograph Nr. 46. Buchdruckertarifgemeinschaft und öffentliches Interesse [Kampfansage der christlichen Gewerkschaften gegen die Monopolstellung des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes in den Tarifinstitutionen] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.163
- 17.11.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 26. Zur Entwicklung der Privatangestelltenbewegung (Dr. Heinz Potthoff) [Rechtfertigung der gewerkschaftlichen Richtung in der Angestelltenbewegung] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.164
- 25.11.1911 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 47. Sozillast der Unternehmer und Preisbildung (Herbert Heitz) [Der internationale Markt verbietet eine Abwälzung der hohen sozialpolitischen Lasten der deutschen Arbeitgeber über die Preise] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.165
- 25.11.1911 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 47. Die Kämpfe der Technikerorganisationen [Unterstützung der streikenden Techniker] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.166
- 27.11.1911 Protokoll der 47. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemens-Werke [Aussperrung der Arbeiter in der Berliner Metallindustrie] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.167
- 28.11.1911 Bekanntmachung des Betriebsausschusses der Siemens & Halske AG und der Siemens-Schuckert-Werke [Veränderte Vorgaben für den Jahresurlaub für Arbeiter] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.168
- 01.12.1911 Niederschrift des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer, über eine Kommissionssitzung des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller vom 30. November 1911 [Auseinandersetzung um die Frage der Behandlung der Werkvereine bei Aussperrungen] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.169
- 02.12.1911 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 48. Das neue Hausarbeitsgesetz im Reichstage [Unzulänglichkeit des neuen Gesetzentwurfes für die Hausarbeit aufgrund ungelöster Lohnfrage] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.170
- 04.12.1911 Eingabe von Technikerverbänden in der Stadt Köln an das Stadtverordnetenkollegium [Aufforderung, Aufträge zum Bau der neuen Rheinbrücke nur an Firmen zu vergeben, die das Koalitionsrecht beachten; deshalb Nichtberücksichtigung der Gutehoffnungshütte] Abt. IV, Bd.4.2, Nr.171

- 08.12.1911 Aufruf der Mitglieder der freien Gewerkschaften an die Arbeiter der Siemens-Werke Abt. IV, Bd.4.2, Nr.172  
[Aufforderung zur Abgabe von ungültigen Stimmzetteln bei der Wahl der Konsumdelegierten wegen der Aussperrung der von den freien Gewerkschaften aufgestellten Kandidaten]
- 11.12.1911 Votum des württembergischen Ministers des Innern Johann von Pischek für das Königliche Staatsministerium in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.2, Nr.173  
[Abänderungen des Regierungsentwurfs durch den Reichstag]
- 11.12.1911 Votum des württembergischen Ministers des Innern Johann von Pischek für das Königliche Staatsministerium in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.2, Nr.174  
[Dem Ausbau der Invalidenversicherung hätte der Vorzug vor einem Sondergesetz für Angestellte gegeben werden müssen]
- 13.12.1911 Erlaß des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg an die Staatssekretäre des Reichsjustizamts Hermann Lisso und des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.2, Nr.175  
[Forderung nach einem wirksameren Arbeitwilligenschutz]
- 13.12.1911 Schreiben der Firma Bleichert & Co. an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller Abt. IV, Bd.4.2, Nr.176  
[Anfrage wegen der Entschädigung für die von Angestellten geleisteten Überstunden]
- 14.12.1911 Schreiben der Direktion der Siemens-Schuckert-Werke an den Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.2, Nr.177  
[Zahlung einer zeitlich befristeten Teuerungszulage für eine bestimmte Angestelltenkategorie durch die Firma Siemens]
- 14.12.1911 Schreiben des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller an den Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.2, Nr.178  
[Behandlung der Frage nach der Überstundenentschädigung für Angestellte]
- 14.12.1911 Denkschrift des Reichsamts des Innern über die im Jahre 1911 aufgetretenen Konflikte mit organisierten Technikern und über die vorhandenen Organisationen der Angestellten und der Techniker Abt. IV, Bd.4.2, Nr.179  
[Darstellung der Ursachen und Verläufe verschiedener Angestelltenbewegungen im Jahre 1911 und statistische Übersicht zu den Angestelltenverbänden]
- 15.12.1911 Schreiben des Vorstandsvorsitzenden des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller Anton von Rieppel an den Syndikus des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Karl Grabenstedt Abt. IV, Bd.4.2, Nr.180  
[Beantwortung einer Anfrage wegen Überstundenentschädigung für Angestellte]
- 15.12.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 30. M[ax] Granzin: Das Versicherungsgesetz für Angestellte Abt. IV, Bd.4.2, Nr.181  
[Ablehnende Stellungnahme zu dem von dem Reichstag angenommenen Versicherungsgesetz für Angestellte]
- 15.12.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 30. Der Ausstand der Berliner Eisenkonstruktoren abgebrochen! Abt. IV, Bd.4.2, Nr.182  
[Rechtfertigung der Beendigung des Ausstandes; Ursache der Niederlage liegt vor allem im geringen Organisationsgrad der Techniker]
- 15.12.1911 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 30. Standesbewegung: Der Verband Deutscher Diplom-Ingenieure und der Berliner Ausstand Abt. IV, Bd.4.2, Nr.183  
[Vorwurf des Verrats von Angestellteninteressen]
- 16.12.1911 Schreiben der Gutehoffnungshütte an das Kölner Stadtverordnetenkollegium Abt. IV, Bd.4.2, Nr.184  
[Begründung für das Vorgehen der Gutehoffnungshütte gegen die organisierten Angestellten]
- 16.12.1911 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 51. Der Streik der Berliner Eisenkonstruktoren Abt. IV, Bd.4.2, Nr.185  
[Rechtfertigung des Streikabbruchs; Aufrechterhaltung der Sperre für Auswärtige]
- 17.12.1911 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Heinrich von Buz an Direktor Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.2, Nr.186  
[Gehaltserhöhung anstelle von Teuerungszulagen]
- 21.12.1911 Aufzeichnung Emil Guggenheimers über eine Besprechung mit Ernst von Borsig und Karl Dihlmann Abt. IV, Bd.4.2, Nr.187  
[Behandlung der Werkvereine bei Aussperrungen]

- 22.12.1911 Reisebericht Emil Guggenheimers über eine Besprechung mit Walter Rathenau, Jordan und Lasche Abt. IV, Bd.4.2, Nr.188  
[Ablehnende und zwiespältige Haltung Rathenaus gegenüber der Werkvereinsbewegung]
- 22.12.1911 Der Technische Grubenbeamte Nr. 24. Unternehmerterrorismus – Schwarze Listen Abt. IV, Bd.4.2, Nr.189  
[Kündigung und Arbeitsverbot wegen Verbandszugehörigkeit der Techniker durch die Gutehoffnungshütte]
- 23.12.1911 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 26. Eine Audienz beim Eisenbahnminister Abt. IV, Bd.4.2, Nr.190  
[Zusage von Lohnaufbesserung für die unteren Lohngruppen]
- 29.12.1911 Protokoll der 48. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemens-Werke Abt. IV, Bd.4.2, Nr.191  
[Schlüsse aus der Aussperrung der Arbeiter in der Berliner Metallindustrie]
- 31.12.1911 Eingabe des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.2, Nr.192  
[Ablehnung der sozialdemokratischen „Volksfürsorge“ und der privaten Volksversicherung; staatliche Förderung der öffentlich-rechtlichen Lebensversicherungsanstalten erforderlich]
- [Ende] 1911 Statistik der Angestelltenorganisationen nach den Mitteilungen des Kaiserlichen Statistischen Amts Abt. IV, Bd.4.2, Nr.193  
[Bezeichnung der Angestelltenverbände und ihr Mitgliederstand 1911]

## 1912

- 00.00.1912 Stellungnahme des Verbandes Ostdeutscher Industrieller zur beruflichen Weiterbildung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.194  
[Bedenken gegen den preußischen Gesetzentwurf über die Einrichtung und den Besuch von Fortbildungsschulen]
- 00.00.1912 Jahrbuch des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Vom Streikpostenstehen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.195  
[Unterschiedliche Gerichtsurteile zur Gültigkeit eines allgemeinen Streikpostenverbots durch die Straßenpolizeiordnung]
- 00.00.1912 Bericht der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands Abt. IV, Bd.4.3, Nr.196  
[Revidierte Bestimmungen der Kölner Arbeitslosenversicherung]
- 00.00.1912 Stellungnahme der Berliner Gewerkschafts-Kommission und des Arbeiter-Sekretariats Berlin zur kommunalen Arbeitslosenversicherung der Stadt Schöneberg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.197  
[Die kommunale Arbeitslosenversicherung ist nachahmenswert]
- 00.00.1912 Laboratoriumsordnung der Firma Henkel & Co. Abt. IV, Bd.4.3, Nr.536  
[Arbeitszeit, Hygiene, Benutzung von firmeneigenen Geräten und Einrichtungen]
- 00.01.1912 Flugblatt des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Gelbe Zwietracht und Heuchelei Abt. IV, Bd.4.3, Nr.209  
[Scharfe Kritik am Unterstützungsverein der Siemenswerke]
- 00.01.1912 Flugblatt des Unterstützungsvereins der Siemenswerke. Rote Lügen und Verdrehungen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.210  
[Zurückweisung der Vorwürfe des Deutschen Metallarbeiterverbandes]
- 06.01.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 2. [Heinz Potthoff.] Die soziale Bedeutung des Versicherungsgesetzes für Angestellte Abt. IV, Bd.4.3, Nr.198  
[Das Versicherungsgesetz für Angestellte als erster wichtiger Schritt auf dem Wege zu einer allgemeinen Arbeitnehmerpolitik; Zusammenhang zwischen Sozialpolitik und Reichsverfassung]
- [vor 10.]12. 1912 Aufzeichnung der II. Abteilung des Reichsamts des Innern für den Staatssekretär Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.537  
[Rechtsquellen des geltenden Koalitionsrechts und die Rechtspraxis]
- 10.01.1912 Schreiben des Reichsamts des Innern an das Kgl. Württembergische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Abt. IV, Bd.4.3, Nr.199  
[Ausdehnung der allgemeinen Nachuntersuchung auf über 60jährige Kranken- und Invalidenempfänger]

- 10.01.1912 Schreiben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller an den Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.3, Nr.200  
[Überstunden-Lohnzuschlag für die technischen Beamten der Berliner Eisenkonstruktionsfirmen]
- 13.01.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 2. Die besonderen Obliegenheiten der Arbeitgeber aus dem Angestelltenversicherungsgesetz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.201  
[Wichtige Bestimmungen über Leistungen, Rechte und Pflichten der Arbeitgeber in der Angestelltenversicherung]
- 14.01.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 2. Juristische Umschau: Arbeiterpensionskassen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.202  
[Reichsgerichtsentscheid über die privatrechtliche Zulässigkeit des Verfalls von Versicherungsansprüchen und einbezahlter Beiträge bei Betriebspensionskassen im Falle des Ausscheidens aus der Firma]
- 15.01.1912 Der Arbeitgeber Nr. 2. Die Praxis der Sondergerichte Abt. IV, Bd.4.3, Nr.203  
[Die Tendenz der Gewerbegerichte zum Vergleich]
- 15.01.1912 Der Arbeitgeber Nr. 2. Umschau: Arbeiterbewegung. Die preußische Staats-Eisenbahnverwaltung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.204  
[Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Transportarbeiterverband als Grund für Entlassung beziehungsweise Nichteinstellung von Eisenbahnarbeitern]
- 15.01.1912 Der Arbeitgeber Nr. 2. Gewerkschaftler untereinander Abt. IV, Bd.4.3, Nr.205  
[Verurteilung des Kampfes der freien Gewerkschaften gegen die anderen Gewerkschaftsrichtungen und Kritik an der widerspruchsvollen Haltung der Christlichen zu den Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften]
- 19.01.1912 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 3. Der Konflikt in den Marinebetrieben erledigt Abt. IV, Bd.4.3, Nr.206  
[Kritik des Entwurfs eines Privatdienstvertrages für die technischen Hilfsbeamten der Kaiserlichen Marine]
- 19.01.1912 Aufzeichnung des Direktors der sozialpolitischen Abteilung des Reichsamts des Innern Franz Caspar Abt. IV, Bd.4.3, Nr.207  
[Zur Frage des Koalitionsrechts und seiner etwaigen Abänderung]
- 22.01.1912 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 2. Aus unseren Verbänden: Die Tabakarbeiter-Aussperrung in Westfalen und Norddeutschland Abt. IV, Bd.4.3, Nr.208  
[Beilegung des Arbeitskampfes in der Tabakindustrie mit Teilerfolg der Arbeiterschaft]
- 24.01.1912 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel an das Werk Augsburg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.211  
[Verschärfung der Konkurrenzklausel]
- 25.01.1912 Eingabe des Syndikus des Deutschen Werkmeister-Verbandes B. Werner an das Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.212  
[Auskunft über die parteipolitische Richtung beziehungsweise nationale Gesinnung der Angestelltenverbände]
- 27.01.1912 Schreiben des Inhabers einer Drahtwarenfabrik in Münster Rammelkamp an die Handelskammer zu Münster Abt. IV, Bd.4.3, Nr.213  
[Einspruch gegen die sofortige Überführung eines jugendlichen Arbeiters in die Fürsorgeanstalt ohne vorherige Anhörung des Arbeitgebers]
- 28.01.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 4. Der Marinetechnikerkonflikt zu unseren Gunsten beendet! Abt. IV, Bd.4.3, Nr.214  
[Der Deutsche Technikerverband deutet das Nachgeben des Reichsmarineamts in Sachen Dienstvertrag für Techniker als seinen Erfolg]
- 30.01.1912 Eingabe des Syndikus des Deutschen Werkmeisterverbandes B. Werner an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.3, Nr.215  
[Gründe für das Abschnwenken der technischen Angestellten zur Sozialdemokratie]
- 02.02.1912 Protokoll der kommissarischen Beratungen auf Ministerialebene über die Reform des Strafrechts Abt. IV, Bd.4.3, Nr.216  
[Diskussion über die Aufnahme von Strafvorschriften zum Schutze des gewerblichen Arbeitsverhältnisses und gegen Boykott in ein revidiertes Strafgesetzbuch]
- 03.02.1912 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 14. Widerstand der Maschinensetzer bei Einführung des neuen Tarifs Abt. IV, Bd.4.3, Nr.217  
[Zurückweisung des Vorwurfs eines Tarifboykotts]

- 06.02.1912 Eingabe der Bergarbeiterorganisationen an die Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.218  
[Forderung einer Lohnerhöhung als Ausgleich für die Verteuerung der Lebenshaltung und einer Anhebung der niedrigen Lohnklassen]
- 07.02.1912 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Syndikus Abt. IV, Bd.4.3, Nr.219  
des Deutschen Werkmeister-Verbandes B. Werner  
[Einladung zu einem Gespräch über die Probleme in der Angestelltenbewegung]
- 08.02.1912 Protokoll der Sitzung der nationalliberalen Fraktion des Reichstages Abt. IV, Bd.4.3, Nr.220  
[Sozialpolitische Aspekte der Fraktionstätigkeit]
- 08.02.1912 Der Technische Gruben-Beamte Nr. 3. Bergetat und Prämien Abt. IV, Bd.4.3, Nr.221  
[Kein Prämiensystem für Beamte im staatlichen Bergbau]
- 08.02.1912 Soziale Praxis und Archiv für Volkswohlfahrt Nr. 10. Eine freiwillige Erhöhung der Berg- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.222  
arbeiterlöhne  
[Kollektive Regelung der Lohnfrage soll einen offenen Lohnkampf im Ruhrgebiet verhindern]
- 09.02.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister Abt. IV, Bd.4.3, Nr.223  
des Innern Johann von Dallwitz  
[Bericht über die Konferenz der vier Bergarbeiterorganisationen vom 5. Februar; Rücktritt des christlichen Bergarbeiterverbandes von gemeinsamem Vorgehen]
- 13.02.1912 Schreiben des Zechenverbandes Glückauf! an den Verband der Bergarbeiter Deutschlands Abt. IV, Bd.4.3, Nr.224  
[Keine Zuständigkeit für Lohnfragen]
- 14.02.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den preußischen Minister Abt. IV, Bd.4.3, Nr.225  
des Innern Johann von Dallwitz  
[Bericht über die Haltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter]
- 15.02.1912 Der Arbeitgeber Nr. 4. Behörden und Tarifverträge Abt. IV, Bd.4.3, Nr.226  
[Die Vergabe öffentlicher Arbeiten an tariffreie Firmen bedeutet einen ungesetzlichen Eingriff in die Freiheit des Arbeitsvertrags]
- 17.02.1912 Aufruf des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands. Kameraden des Ruhrge- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.227  
biets!  
[Aufforderung die Ruhe zu bewahren]
- 19.02.1912 Eingabe des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, der Polnischen Berufsvereinigung und Abt. IV, Bd.4.3, Nr.228  
des Gewerkvereins Deutscher Bergarbeiter an die Zechendirektionen  
[Die Forderungen des Dreibundes und deren Begründung]
- 19.02.1912 Schreiben des Vorsitzenden des Zechenverbandes Carl Funke an den Regierungspräsidenten Abt. IV, Bd.4.3, Nr.229  
in Düsseldorf Francis Kruse  
[Stellungnahme zu einem Artikel des Vorsitzenden des Steigerverbandes über die Bergarbeiterbewegung]
- 22.02.1912 Bekanntmachung des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker Abt. IV, Bd.4.3, Nr.230  
[Mangelhafte Wirksamkeit der Arbeitsnachweise im Buchdruckgewerbe]
- 23.02.1912 Petition des Bundes der technisch-industriellen Beamten an alle Fraktionen des Deutschen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.231  
Reichstags  
[Sicherung der Koalitionsfreiheit für Angestellte]
- 24.02.1912 Der Gewerkverein Nr. 16. Heimarbeiterlöhne und Blumentage Abt. IV, Bd.4.3, Nr.232  
[Ungenügende Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Heimarbeiter]
- 24.02.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den preußischen Minister Abt. IV, Bd.4.3, Nr.233  
des Innern Johann von Dallwitz  
[Begleitbericht zu einem Schreiben des Geheimen Kommerzienrats Funke über die Bergarbeiterbewegung]
- 24.02.1912 Der Bergknappe Nr. 8. Des Dreibundes Lohneingabe und ihr Erfolg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.234  
[Rechtfertigung für die ablehnende Haltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter; völliger Mißerfolg der Eingabe]

- 25.02.1912 Randnotiz zu der Eingabe der drei Bergarbeiterorganisationen an die Zechendirektionen [Stellungnahme zu den Forderungen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.235
- 25.02.1912 Schreiben des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg an den Kgl. Sächsischen Staatsminister des Innern und der auswärtigen Angelegenheiten Christoph Grafen Vitzthum von Eckstädt [Generelles Verbot von Maiumzügen gesetzlich unzulässig; im Einzelfall Verbot wegen Gefährdung der öffentlichen Sicherheit möglich] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.236
- 25.02.1912 Schreiben des Detektivbüros Taube an die Zeche „Shamrock“ [Angebot, im Falle eines Streiks Arbeiter zu beschaffen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.237
- 26.02.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz [Bericht über Versammlungen der organisierten Bergleute und Annahme einer Resolution, die Streikwillen zum Ausdruck bringt] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.238
- 27.02.1912 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse [Keine Streikstimmung unter den Bergarbeitern] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.239
- 27.02.1912 Protokoll der Arbeiterausschußsitzung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Nürnberg [Allgemeine Betriebsverhältnisse] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.240
- 28.02.1912 Schreiben der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft an die Direktion in Bochum [Stellungnahme zu den Forderungen der Bergleute] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.241
- 28.02.1912 Rundschreiben des Geschäftsführers der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Fritz Tänzler an die Verbandsmitglieder [Rückblick auf den Technikerstreik in Berlin; für die Zukunft sollte ein gemeinsames Vorgehen gegen die auf gewerkschaftlicher Grundlage aufgebauten Angestelltenorganisationen festgelegt werden] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.242
- 29.02.1912 Sozialistische Monatshefte Nr. 4. Ist Sabotage ein gewerkschaftliches Kampfmittel? [Gewerkschaften lehnen im Gegensatz zu der Arbeitgeberseite „niedrige und verwerfliche Kampfmittel“ wie die Sabotage entschieden ab] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.243
- 01.03.1912 Urteil des Oberlandesgerichts zu Dresden über „Schwarze Listen“ [Aussperrung und Eintragung in Schwarze Listen sind unter besonderen Bedingungen rechtlich zulässig] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.244
- 01.03.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern [Reaktionen auf den Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.245
- 05.03.1912 Schreiben des Vorstandes der Versicherungsanstalt Württemberg an das Landesversicherungsamt [Ausdehnung der allgemeinen Nachuntersuchung auf über 60jährige Kranken- und Invalidenrentenempfänger] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.246
- 05.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz [Anarchosozialisten lösen Streiks auf zwei Zechen im Dortmunder Revier aus] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.247
- 06.03.1912 Die Bayrische Industrie Nr. 10. Das „ewige Problem der Arbeitswilligen“ [Fall „Brentano“. Scharfe Kritik an Brentanos Anschauungen über Koalitionsrecht und Arbeitswilligenschutz] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.248
- 06.03.1912 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse [Bitte des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter um Schutz der Arbeitswilligen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.249
- 06.03.1912 Niederschrift über die außerordentliche Arbeiterausschußsitzung der Schachtanlage „Bergmannsglück“ in Gelsenkirchen-Buer [Stellungnahme der Werkleitung zu den Forderungen des Dreibundes] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.250



- 06.03.1912 Bericht des Polizeiassessors Hansch in Essen über die außerordentliche Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.251  
[Streik als Kampfmittel der sozialistischen Gewerkschaften gegen den christlichen Gewerkverein; Forderung nach ausreichendem Schutz der Arbeitswilligen, notfalls durch Militär]
- [nach 06.]03.1912 Resolution der außerordentlichen Generalversammlung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Abt. IV, Bd.4.3, Nr.252  
[Aufforderung an alle Mitglieder, sich nicht an einem Streik zu beteiligen]
- 07.03.1912 Schreiben des Syndikus der Handelskammer Münster Wurst an den Inhaber einer Drahtwarenfabrik in Münster Rammelkamp Abt. IV, Bd.4.3, Nr.253  
[Ablehnender Bescheid wegen der Anhörung von Arbeitgebern im Fall der Überführung jugendlicher Arbeiter in eine Fürsorgeanstalt]
- 07.03.1912 Schreiben des Vorsitzenden des Zechenverbandes Carl Funke an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.254  
[Stellungnahme zu den Forderungen der Gewerkschaftsverbände]
- 07.03.1912 Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den Oberbürgermeister von Duisburg Karl Lehr Abt. IV, Bd.4.3, Nr.255  
[Aufforderung zu ausreichendem Schutz der Arbeitswilligen]
- 07.03.1912 Telegramm des Polizeipräsidenten in Bochum Karl Gerstein und des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Karl Prinz zu Ratibor und Corvey an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.256  
[Sofortige Heranziehung von polizeilichen Hilfskräften und Reserven kann Streikausbruch eventuell verhindern]
- 07.03.1912 Flugblatt des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter. Denkende Bergarbeiter Abt. IV, Bd.4.3, Nr.257  
[Keine Beteiligung der Mitglieder des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter am Streik]
- 08.03.1912 Telegramm des Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Karl Prinz zu Ratibor und Corvey an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.258  
[Schutz der Arbeitswilligen soll die bevorstehende Streikbewegung begrenzen]
- 08.03.1912 Schreiben des Bürgermeisters von Hamborn Friedrich Schrecker an den Beigeordneten Otto Maiweg in Duisburg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.259  
[Bitte um Überstellung von Polizeibeamten im Notfall]
- 08.03.1912 Bericht des Direktors der Berginspektion 2 in Gladbeck Bergrat von Meer an die Kgl. Bergdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.260  
[Arbeiterausschußsitzungen auf den Zechen „Möller“ und „Rheinbaben“; Ausschußmitglieder suchen Streik zu verhindern]
- 08.03.1912 Schreiben der Direktion der Gewerkschaft „Graf Schwerin“ an den Vorsitzenden des Zechenverbandes Carl Funke Abt. IV, Bd.4.3, Nr.261  
[Besprechung mit dem Arbeiterausschuß; ausreichender Schutz der Arbeitswilligen nur durch Kavallerieeinheiten gewährleistet]
- 09.03.1912 Der Gewerkverein Nr. 20. [Paul Krüger:] Ein Riesenkampf im Schneidergewerbe Abt. IV, Bd.4.3, Nr.262  
[Bericht über die Situation im Schneidergewerbe]
- 09.03.1912 Protokoll über eine Besprechung mit dem Arbeiterausschuß von Schacht 2/5 der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.263  
[Zufriedenheit über die Lohnverhältnisse auch bei freien Gewerkschaftlern; einem Streikaufruf müsse aus Gründen der Organisationsdisziplin dennoch gefolgt werden]
- 09.03.1912 Protokoll einer Vorstandssitzung der Gutehoffnungshütte in Oberhausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.264  
[Die Zechenwehren sollen keine Schußwaffen einsetzen]
- 10.03.1912 Bericht des Präsidenten der Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen Oberbergrat Raiffeisen an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.265  
[Falsche Behauptungen des „Vorwärts“]

- 10.03.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung (Zweites Beiblatt) Nr. 10. Aus der Arbeiterbewegung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.266 (Stand vom 7. März). Die Lohnbewegung im deutschen Bergbau [Uneinigkeit unter den Gewerkschaften]
- 11.03.1912 Bericht des Präsidenten der Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen Oberbergrat Raiffeisen an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.267 [Anzahl der ausständigen Bergarbeiter; Arbeitswilligenschutz unzureichend]
- 11.03.1912 Telegramm des Landrats in Recklinghausen Grafen Felix von Merveldt an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.268 [Verstärkung der Polizeikräfte zum Schutz der Arbeitswilligen]
- 11.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.269 [Maßnahmen zum Schutz der Arbeitswilligen im Ruhrgebiet]
- 11.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnsberg Alfred von Bake an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.270 [Beginn des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet]
- 11.03.1912 Anschlag des Regierungspräsidenten in Arnsberg Alfred von Bake. Mahnung an die Bevölkerung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.271 [Sicherung der verfassungsmäßigen Rechte bei Arbeitskämpfen]
- 11.03.1912 Die Post Nr. 119. Der Ausstand im Ruhrkohlengebiet Abt. IV, Bd.4.3, Nr.272 [Verurteilung des Streiks]
- 11.03.1912 Hamburger Nachrichten Nr. 119 Abt. IV, Bd.4.3, Nr.273 [Verurteilung des Streiks und Forderung von Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie]
- 12.03.1912 Telegramm des Vorsitzenden des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Hermann Vogel-sang an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.3, Nr.274 [Bitte um Schutz durch Militär]
- 12.03.1912 Bericht der Kgl. Berginspektion in Gladbeck-Zweckel an die Bergwerksdirektion in Reck-linghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.275 [Arbeitswilligenschutz ist ausreichend]
- 12.03.1912 Bericht des Oberbürgermeisters von Duisburg Karl Lehr an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.276 [Keine Störung der öffentlichen Ordnung]
- 12.03.1912 Schreiben der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ an den Vorsitzenden des Grubenvorstandes August Thyssen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.277 [Unzureichender Schutz der Arbeitswilligen; Streik hat politischen Charakter]
- 12.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.278 [Zunahme der Anzahl der streikenden Bergarbeiter]
- 12.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnsberg Alfred von Bake an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.279 [Entwicklung der Streikbewegung]
- 12.03.1912 Hamburger Nachrichten Nr. 121. Schwere Ausschreitungen im Streikrevier Abt. IV, Bd.4.3, Nr.280 [Forderung nach Verhängung des Belagerungszustandes]
- 12.03.1912 Neue Preußische Zeitung Nr. 121. Der Umfang des Bergarbeiterstreiks Abt. IV, Bd.4.3, Nr.281 [Beteiligung vieler nicht- oder christlich organisierter Bergarbeiter am Streik; Verleumdungen des Dreibunds gegen Zechenverband und Gewerkverein christlicher Bergarbeiter]
- 12.03.1912 Essener Volkszeitung Nr. 59. Schutz der Arbeitswilligen, Schutz vor dem Terrorismus der Sozialdemokratie! Abt. IV, Bd.4.3, Nr.282 [Forderung nach Arbeitswilligenschutz, nötigenfalls durch das Militär]
- 12.03.1912 Immediatschreiben Gustav Krupp von Bohlen und Halbachs an Kaiser Wilhelm II. Abt. IV, Bd.4.3, Nr.283 [Denkschrift zum Arbeitswilligenschutz]

- 12.03.1912 Schreiben des Zentral-Arbeitsnachweis-Büros für ganz Deutschland Stanislawa Lukaszewicz in Posen an die Zeche „Hibernia“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.284  
[Angebot zur Beschaffung und Beschäftigung von ausländischen Arbeitern während eines Streiks]
- 13.03.1912 Die Bayerische Industrie Nr. 11. Das „ewige Problem der Arbeitswilligen“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.285  
[„Fall Brentano“. Verbindung zur sozialdemokratischen „Münchener Post“ unterstellt]
- 13.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.286  
[Eingreifen der Polizei zum Schutz der Arbeitswilligen; blutige Zusammenstöße in Hamborn und Herne; Tod eines Siebzehnjährigen]
- 13.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.287  
[Steigende Zahl streikender Bergarbeiter; Tod eines Siebzehnjährigen]
- 13.03.1912 Bericht des Oberbürgermeisters von Hamborn Friedrich Schrecker an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.288  
[Schwere Ausschreitungen von Streikenden gegen Arbeitswillige und Polizei in Hamborn]
- 13.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnsberg Alfred von Bake an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow sowie an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Karl Prinzen zu Ratibor und Corvey Abt. IV, Bd.4.3, Nr.289  
[Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden; militärische Hilfe dringend notwendig]
- 13.03.1912 Bericht des Berginspektors Neidhart von der Kgl. Berginspektion 3 in Buer an die Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.290  
[Zunahme der Belästigungen von Arbeitswilligen; unzureichender Schutz]
- 13.03.1912 Bericht des Generaldirektors Insten von der Bergwerks-Gesellschaft „Dahlbusch“ an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.291  
[Beschwerde über mangelnden Schutz der Arbeitswilligen; tätliche Ausschreitungen gegen Arbeitswillige]
- 13.03.1912 Protokoll der Arbeiterausschußsitzung des Steinkohlen-Bergwerks „Neumühl“. Abt. IV, Bd.4.3, Nr.292  
[Stellungnahme der Zechenverwaltung zu den Forderungen des Dreibundes und anschließende Aussprache mit den Arbeitervertretern]
- 13.03.1912 Der Gewerkverein Nr. 21. Der Kampf im Ruhrgebiet Abt. IV, Bd.4.3, Nr.293  
[Begründung des Streikbeschlusses; Kritik an der parteiischen Haltung der Regierung und an der Nichtteilnahme des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter; Aufruf zu finanzieller Unterstützung]
- 13.03.1912 Essener Volkszeitung Nr. 60. Plumper Schwindel Abt. IV, Bd.4.3, Nr.294  
[Rechtfertigung des Einsatzes von Militär zum wirksamen Schutz der Arbeitswilligen]
- 13.03.1912 Deutsche Tageszeitung Nr. 133 Abt. IV, Bd.4.3, Nr.295  
[Forderung nach Unterstützung der Schutzmannschaften durch Militär]
- 14.03.1912 Schreiben der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft an den Regierungspräsidenten in Arnsberg Alfred von Bake Abt. IV, Bd.4.3, Nr.296  
[Beschwerde über mangelnden Schutz der Arbeitswilligen und Forderung nach militärischer Hilfe]
- 14.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.297  
[Höhepunkt der Streikbewegung überschritten; Unruhen machen Zuziehung des Militärs notwendig]
- 14.03.1912 Immediattelegramm des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.298  
[Polizeikräfte gewähren keinen ausreichenden Schutz der Arbeitswilligen; Einsatz von Militär notwendig]
- 14.03.1912 Immediattelegramm des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.299  
[Stationierung von Truppen im Ruhrgebiet zum Schutz der Arbeitswilligen]
- 14.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Münster Jadislaus von Jarotzky an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.300  
[Ausschreitungen der Streikenden; Notwendigkeit militärischer Hilfe; Dislokation der Truppen]

- 14.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.301  
[Einsatzorte des Militärs; Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden]
- 14.03.1912 Düsseldorf General-Anzeiger Nr. 73. Der Bergarbeiterstreik in Deutschland Abt. IV, Bd.4.3, Nr.302  
[Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden in Bochum und Herne]
- 15.03.1912 Rundschreiben des Zechenverbandes an die Verbandszechen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.303  
[Kündigung streikender Bergarbeiter; Einbehaltung des Lohnes für sechs Schichten]
- 15.03.1912 Bericht des Direktors der Kgl. Berginspektion 5 in Zweckel Hans Mentzel an die Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.304  
[Förderungsquoten der Zechen „Zweckel“ und „Scholven“; Eintreffen des Militärs zum Schutz der Arbeitswilligen]
- 15.03.1912 Der Arbeitgeber. Sondernummer. [Fritz Tänzler:] Der Ausstand im Ruhrrevier Abt. IV, Bd.4.3, Nr.305  
[Arbeitswilligenschutz völlig unzureichend]
- 15.03.1912 Schreiben der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ an den Bergwerksdirektor Hermann Berkemeyer in Herne Abt. IV, Bd.4.3, Nr.306  
[Mitteilungen der Arbeitgeber über Belästigung von Arbeitswilligen wurden von den Polizeibehörden nicht bestätigt. Presse beschränkt sich auf amtlich beglaubigte Berichte]
- 15.03.1912 Schreiben des Landrats in Hörde Alfred Luckhaus an die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft Abt. IV, Bd.4.3, Nr.307  
[Arbeitswilligenschutz ausreichend gewährleistet; Einsatz von Militär unnötig]
- 15.03.1912 Mitteilung des Direktors der Zeche „Hibernia“ Richard Selbach an den Vorstand der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.308  
[Nächtlicher Polizeischutz in Arbeiterkolonie erforderlich]
- 15.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.309  
[Weiterer Rückgang der Anzahl der ausständigen Bergarbeiter]
- 15.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.310  
[Zum Teil schwere Zusammenstöße zwischen Polizei und Streikenden]
- 15.03.1912 Die Post Nr. 127 Abt. IV, Bd.4.3, Nr.311  
[Forderung nach umfassendem Arbeitswilligenschutz, nötigenfalls durch Verhängung des Belagerungszustands]
- 15.03.1912 Itzehoer Nachrichten Nr. 68. Die „dummen Deutschen“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.312  
[Streikende Ruhrbergleute; internationale Solidarität]
- 16.03.1912 Schreiben der Vorstandsmitglieder der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft an den Landrat in Hörde Alfred Luckhaus Abt. IV, Bd.4.3, Nr.313  
[Arbeitswilligenschutz nicht ausreichend]
- 16.03.1912 Rundschreiben des Vorsitzenden des Zechenverbandes Paul Randebrock an die Verbandszechen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.314  
[Maßregelungen bei Wiedereinstellung streikender Bergarbeiter]
- 16.03.1912 Bericht der Kgl. Berginspektion in Buer an die Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.315  
[Kohlenförderung durch Zechenbeamte aufrechterhalten; Militärpräsenz beruhigt die Lage]
- 16.03.1912 Rundschreiben des Vorsitzenden des Zechenverbandes Paul Randebrock an die Verbandszechen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.316  
[Wiederzulassung der Streikenden zur Arbeit; Ausstellung von Arbeits-Erlaubniskarten durch den Verband der Bergarbeiter Deutschlands]
- 16.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.317  
[Macht der Streikbewegung im Ruhrgebiet gebrochen; Übergreifen der Streikbewegung auf andere Gebiete befürchtet]

- 16.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Münster Jadislaus von Jarotzky an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.318  
[Höhepunkt des Ausstandes überschritten; militärische Präsenz beruhigt die Lage; nur noch einzelne schwere Ausschreitungen]
- 16.03.1912 Bericht des Oberbürgermeisters von Dortmund Ernst Eichhoff an den Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake Abt. IV, Bd.4.3, Nr.319  
[Militär erscheint nicht notwendig]
- 16.03.1912 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.320  
[Polizei gewährleistet Schutz der Arbeitswilligen; Militär nicht erforderlich]
- 16.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow sowie an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Karl Prinzen zu Ratibor und Corvey Abt. IV, Bd.4.3, Nr.321  
[Lage im Streikgebiet; Auflösung einer Bergarbeiterversammlung durch Militär]
- 16.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.322  
[Schwere Ausschreitungen Streikender im Ruhrrevier; zwei Todesfälle im Kreis Gelsenkirchen]
- 16.03.1912 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 16. Der Kampf hat begonnen! Ruhe im Revier! Abt. IV, Bd.4.3, Nr.323  
[Streikbeschluß der Vertrauensmänner-Konferenz in Herne; Verurteilung der Haltung des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter; Aufforderung zur Disziplin]
- 16.03.1912 Der Bergknappe Nr. 11. Bergarbeiterbewegung im Ruhrgebiet Abt. IV, Bd.4.3, Nr.324  
[Der Streik hat ausschließlich politische Gründe]
- 16.03.1912 Der Gewerkverein Nr. 22. Der Streik im Ruhrrevier Abt. IV, Bd.4.3, Nr.325  
[Zunahme der Ausständigen; Erbitterung über den Christlichen Gewerkverein, Hoffnung auf Ausweitung des Streiks; Bitte um Spenden]
- 17.03.1912 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.326  
[Zechen benutzen ungeprüfte Beschwerden über Mißhandlungen Arbeitswilliger, um militärische Hilfe zu erzwingen; Polizei und Gendarmerie gewährleisten den Schutz der Arbeitswilligen]
- 18.03.1912 Bericht des Berginspektors Neidhart von der Kgl. Berginspektion 3 in Buer an die Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.327  
[Abflauen der Streikbewegung]
- 18.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.328  
[Nachlassende Streikbewegung; Wiedereinstellung Streikender]
- 18.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr. 329  
[Anzahl der ausständigen Bergarbeiter weiter gesunken]
- 19.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.330  
[Weiterer Rückgang der Anzahl streikender Bergarbeiter]
- 19.03.1912 Bericht des Landrats in Essen Hans von Eynern an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.331  
[Geringe Streikbeteiligung im Landkreis Essen; starkes Abflauen der Streikbewegung]
- 19.03.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz und für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow sowie an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen Karl Prinzen zu Ratibor und Corvey Abt. IV, Bd.4.3, Nr.332  
[Lage im Streikgebiet]
- 19.03.1912 Bericht des Landrats in Moers Paul von Laer an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.333  
[Angriffe Streikender auf Arbeitswillige; Ende des Streiks in Sicht]

- 19.03.1912    Immediattelegramm des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König  
[Revierkonferenz in Bochum beschließt den Abbruch des Streiks]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.334
- 20.03.1912    Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse  
[Lage im Streikgebiet beruhigt; Abbruch des Streiks]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.335
- 20.03.1912    Bericht des Landrats in Dinslaken Robert Emil von Wülfig an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse  
[Ruhiger Streikverlauf; Aufbauschung harmloser Vorkommnisse durch Gewerkverein christlicher Bergarbeiter; Gutehoffnungshütte und Arbeitswillige]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.336
- 20.03.1912    Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz  
[Lage im Streikgebiet]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.337
- 20.03.1912    Bericht des Direktors der Kgl. Berginspektion 5 in Zweckel Hans Mentzel an die Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen  
[Normalisierung der Lage]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.338
- 20.03.1912    Hamburger Nachrichten Nr. 135. Das Fiasko des Streiks  
[Anerkennung für das Verhalten des christlichen Gewerkvereins und das Vorgehen der Regierung während des Streiks]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.339
- 20.03.1912    Düsseldorfer Zeitung. Das Ende des Streiks im Ruhrrevier  
[Kritik an der Resolution der Bergarbeiterverbände zum Abbruch des Streiks]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.340
- 20.03.1912    Vossische Zeitung Nr. 146. Nach neuntägiger Dauer  
[Aufgabe der Streiks ist zu begrüßen; versprochene Lohnerhöhungen müssen jetzt gewährt werden]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.341
- 21.03.1912    Die Hilfe Nr. 12. [Friedrich Naumann:] Reichseinigungsamt?  
[Streiks; Organisationskämpfe; Reichseinigungsamt]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.342
- 22.03.1912    Schreiben des Oberbürgermeisters von Recklinghausen Peter Heuser an die Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ in Herne  
[Geldzuwendung der Zechenverwaltung an eingesetzte Polizeibeamte und Gendarmen nur bei Verteilung durch den Oberbürgermeister]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.343
- 22.03.1912    Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz  
[Ende des Ruhrstreiks; Abrücken des Militärs]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.344
- 23.03.1912    Bericht des Oberbürgermeisters von Hamborn Friedrich Schrecker an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse  
[Maßregelung von Rädelführern]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.345
- 23.03.1912    Der Gewerkverein Nr. 24. Der Streik der Ruhrbergleute abgebrochen!  
[Schuldzuweisung an den Gewerkverein christlicher Bergarbeiter; Streik zeigt Unorganisierten Nutzen der Organisationszugehörigkeit; Spendenaufruf]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.346
- 23.03.1912    Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 12. Das Ende des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier  
[„Unterdrückungsmaßnahmen der Regierung“; Schuldzuweisung an die „christlichen Streikbruchführer“; Resolution zum Streikabbruch]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.347
- 23.03.1912    Der Bergknappe Nr. 12. Sind die arbeitenden Gewerkvereinsmitglieder Streikbrecher?  
[Für Mitglieder des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter fehlen alle Voraussetzungen für einen Streik]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.348
- 23.03.1912    Bergarbeiter-Zeitung Nr. 12. Verbrecherische Hetze gegen die kämpfenden Bergleute!  
[Ursache des verlorenen Streiks ist das Verhalten der christlichen Gewerkschaftsführer]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.349
- 23.03.1912    Der Bergknappe Nr. 12. Der Streik im Ruhrgebiet  
[Verlauf des zu Ende gehenden verlorenen Streiks aus der Sicht des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter]    Abt. IV, Bd.4.3, Nr.350

- 24.03.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 12, II. Beiblatt. Die Lohnbewegung im Schneider-  
gewerbe Abt. IV, Bd.4.3, Nr.351  
[Verhängung der Generalaussperrung]
- 25.03.1912 Bericht des Oberbürgermeisters von Hamborn Friedrich Schrecker an den Regierungspräsi-  
denten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.3, Nr.352  
[Maßnahmen für künftige Streikfälle aufgrund der anlässlich des Bergarbeiterstreiks gemachten Erfah-  
rungen]
- 26.03.1912 Protokoll der Konferenz der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Abt. IV, Bd.4.3, Nr.353  
[Vorschläge zur Bekämpfung der Angestelltengewerkschaften]
- 27.03.1912 Bericht des Oberbürgermeisters von Duisburg Karl Lehr an den Regierungspräsidenten in Abt. IV, Bd.4.3, Nr.354  
Düsseldorf Francis Kruse  
[Nach Streikabbruch herrscht gedrückte Stimmung unter den am Streik beteiligten Bergarbeitern; zahl-  
reiche Unorganisierte schließen sich dem Gewerkverein christlicher Bergarbeiter an]
- 28.03.1912 Bericht des Oberbürgermeisters von Hamborn Friedrich Schrecker an den Regierungspräsi- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.355  
denten in Düsseldorf Francis Kruse  
[Tumulte während des Streiks in Hamborn hauptsächlich von preußischen Staatsbürgern polnischer  
Nationalität verursacht]
- 28.03.1912 Immediatbericht des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den König Abt. IV, Bd.4.3, Nr.356  
[Rückführung der auswärtigen Polizeikräfte und des Militärs aus dem Streikgebiet]
- 30.03.1912 Bergarbeiter-Zeitung Nr. 13. Unser wird der Sieg doch sein, trotz alledem! Abt. IV, Bd.4.3, Nr.357  
[Günstigere Ausgangslage für einen Streik als 1905; verantwortlich für die Niederlage ist der Gewerkver-  
ein christlicher Bergarbeiter]
- 01.04.1912 Der Arbeitgeber Nr. 7. [Fritz Tänzler:] Die Lehren des Bergarbeiterstreiks Abt. IV, Bd.4.3, Nr.358  
[Ursachen des Streikzusammenbruchs; Würdigung der Regierungsmaßnahmen; Forderung nach gesetzli-  
chem Verbot des Streikpostenstehens]
- 02.04.1912 Erklärung des Arbeitgebervertreters in der Tarifkommission für das Buchdruckgewerbe Georg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.359  
Büxenstein  
[Reichsamt des Innern und Tarifverträge]
- 03.04.1912 Protokoll des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer Abt. IV, Bd.4.3, Nr.360  
über eine Sitzung der süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller  
[Verhalten bei Forderung nach Arbeitszeitverkürzung]
- 03.04.1912 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regie- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.361  
rungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse  
[Erfahrungen aus Anlaß der Ruhrstreiks; Militäreinsatz zu keiner Zeit notwendig]
- 04.04.1912 Schreiben des Regierungspräsidenten in Münster Jadislaus von Jarotzky an den Regierungs- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.362  
präsidenten in Düsseldorf Francis Kruse  
[Bedenken gegen Geldzuwendungen der Zechenverwaltungen an die während des Streiks eingesetzten  
Polizeibeamten und Gendarmen]
- 06.04.1912 Rundschreiben des Geschäftsführers des Vereins für bergbauliche Interessen im Oberberg- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.363  
amtsbezirk Dortmund Hans von Loewenstein zu Loewenstein an die Vereinszechen  
[Gesetzliche Regelung für die Aufnahme am Streik beteiligter Arbeiter in die Wählerliste für die Sicher-  
heitsmännerwahl]
- 07.04.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 14. Das neue Hausarbeitsgesetz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.364  
[Ablehnung des Hausarbeitsgesetzes wegen zu weitgehender Arbeiterschutzbestimmungen]
- 09.04.1912 Schreiben des Geschäftsführers des Zechenverbandes Hans von Loewenstein zu Loewenstein Abt. IV, Bd.4.3, Nr.365  
an die Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft  
[Die Bedeutung des Militärs für die Abnahme der Streikbewegung]
- 13.04.1912 Notiz der Zeche „Shamrock“ für den Vorstand der Bergwerksgesellschaft „Hibernia“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.366  
[Militär gewährleistete den Schutz der Arbeitswilligen]

- 15.04.1912 Schreiben der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-Aktiengesellschaft an den Geschäftsführer des Zechenverbandes Hans von Loewenstein zu Loewenstein [Eintreffen des Militärs beruhigt Streikbewegung] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.367
- 15.04.1912 Bericht des Oberbürgermeisters von Mülheim an der Ruhr Paul Lembke an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse [Erfahrungen aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.368
- 15.04.1912 Der Arbeitgeber Nr. 8. [Otto Ballerstedt:] Kathedersozialismus und Wirklichkeit [Die Lehren der Kathedersozialisten sind weltfremd und aufhetzend] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.369
- 18.04.1912 Bericht des Landrats in Dinslaken Robert Emil von Wülfig an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse [Erfahrungen aus dem Bergarbeiterstreik] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.370
- 18.04.1912 Schreiben des Polizeipräsidenten von Gelsenkirchen Alfred zur Nieden an den Vorsitzenden des Zechenverbandes Paul Randebrock [Finanzielle Sonderleistungen an während des Streiks eingesetzte Polizeibeamte und Gendarmen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.371
- 19.04.1912 Der Typograph Nr. 16. Die Entwicklung der Tarifverträge [Verbindung zwischen freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie behindert die Ausbreitung des Tarifwesens] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.372
- 23.04.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz [Geldzuwendungen der Zechenverwaltungen an während des Streiks eingesetzte Polizeibeamte und Gendarmen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.373
- 27.04.1912 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 48. Ablehnung eines Gewerkschaftssekretärs durch ein Gewerbegericht [Gewerkschaftssekretär als Rechtsvertreter des Klägers wegen Geschäftsmäßigkeit der Vertretung nicht zugelassen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.374
- 29.04.1912 Schreiben des Reichsamts des Innern an das Kgl. Württembergische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten [Ausdehnung allgemeiner Nachuntersuchungen auf über 60jährige Kranken- und Invalidenrentenempfänger] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.375
- 30.04.1912 Norddeutsche Allgemeine Zeitung Nr. 100 (Parlamentsbeilage). Die Versicherungskasse gegen Arbeitslosigkeit in Cöln [Die Struktur und das Vorgehen der Kölner Versicherungskasse 1910/11] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.376
- 01.05.1912 Urlaubs-Ordnung der Firma Robert Bosch, Werk Stuttgart [Bestimmungen über den Erholungsurlaub der Angestellten] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.377
- 07.05.1912 Protokoll des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer über eine Sitzung des Vorstands der Süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller [Drohende Aussperrung von 60 % der Belegschaft ab 1. Juni, wenn bis dahin die Arbeitskämpfe in der Süddeutschen Gruppe nicht beigelegt sind] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.378
- 09.05.1912 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an das Reichsversicherungsamts [Einfluß der Arbeiterversicherung auf die Arbeitslosigkeit] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.379
- 10.05.1912 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse [Wiedereinstellung von Bergarbeitern nach Beendigung des Streiks] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.380
- 10.05.1912 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an die Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse und Arnberg Alfred von Bake [Geldzuwendungen von den Zechenverwaltungen an während des Streiks eingesetzte Polizeibeamte und Gendarmen sind grundsätzlich abzulehnen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.381



- 14.05.1912 Bericht der 10. Gendarmeriebrigade in Hannover an den Landrat in Hannover Grafen Clemens von Wedel-Gödens Abt. IV, Bd.4.3, Nr.382  
[Erfahrungen aus dem Bergarbeiterstreik; getrennter Einsatz von Gendarmen, Schutzleuten und Polizei sinnvoll; Beförderung mit der Eisenbahn unzureichend]
- 15.05.1912 Der Arbeitgeber Nr. 10. Die Volksversicherung der sozialdemokratischen Gewerkschaften Abt. IV, Bd.4.3, Nr.383  
[Die Volksversicherung der freien Gewerkschaften als politisches Kampfinstrument der Sozialdemokratie]
- 15.05.1912 Mitteilung des Syndikus des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller Franz Xaver Zahnbrecher an die Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.384  
[Behandlung der Werkvereine bei Aussperrungen]
- 18.05.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 21. Wehrfähigkeit und Konflikt in Marinebetrieben Abt. IV, Bd.4.3, Nr.385  
[Konflikt der Marinetechniker mit dem Reichsmarineamt 1911]
- 20.05.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Münster Jadislaus von Jarotzky an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.386  
[Erfahrungen aus dem Bergarbeiterstreik; Einsatz des Militärs notwendig]
- 21.05.1912 Der Arbeitgeber im Druckgewerbe Nr. 11. Tarifvertrag und Klassenkampf Abt. IV, Bd.4.3, Nr.387  
[Tarifverträge als Mittel der freien Gewerkschaften zum Klassenkampf]
- 27.05.1912 Resolution des ersten Kongresses katholischer Arbeitervereine Abt. IV, Bd.4.3, Nr.388  
[Forderungen der katholischen Arbeitervereine]
- 30.05.1912 Protokoll des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer über eine Sitzung des Vorstands der Süddeutschen Gruppe des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Abt. IV, Bd.4.3, Nr.389  
[Aufhebung des Aussperrungsbeschlusses gegen den Willen der württembergischen Verbandsmitglieder; Beilegung des Arbeitskampfes durch die Vermittlung der Arbeiterausschüsse in der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg und den Siemens-Schuckert-Werken; Beschluß, Kündigungsfristen generell aufzuheben]
- 31.05.1912 Der Typograph Nr. 22. Die vom sozialdemokratischen Verbände beherrschte Tarifgemeinschaft Abt. IV, Bd.4.3, Nr.390  
[Ausschluß des Gutenberg-Bundes von den tariflichen Institutionen]
- 00.05.1912 Denkschrift des Hansa-Bundes betr. den „Schutz des Rechts auf Berufsausübung gegen unerlaubten Zwang“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.391  
[Ablehnung von Sondergesetzen gegen das Streikpostenstehen]
- 01.06.1912 Niederschrift der Besprechung über die beim letzten Bergarbeiterstreik gemachten Erfahrungen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.392  
[Arbeitswilligenschutz, Heranziehung auswärtiger Sicherheitsmannschaften, Heranziehung von Militär, Ausrüstung und Bewaffnung der Sicherheitsmannschaften, Stellung von Militärpferden, Zechenwehren, Waffenbesitz von Arbeitern, Organisation der Polizeiverwaltung im Ruhrrevier]
- 04.06.1912 Schreiben des Generaldirektors der Mannesmann Röhrenwerke Nikolaus Eich an das Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank Max Steinthal Abt. IV, Bd.4.3, Nr.393  
[Gründung einer Betriebsunterstützungskasse der Mannesmann-Röhren-Werke nach dem Vorbild der Baare-Gedächtnisstiftung des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation]
- 04.06.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.394  
[Telegramme des Papstes an die Arbeitervereinskongresse in Berlin und Frankfurt a.M. zur Klärung des Gewerkschaftsstreits]
- 07.06.1912 Schreiben des Direktors der Zentralstelle des Volksvereins für das katholische Deutschland Heinrich Brauns an den bayerischen Ministerpräsidenten Georg Freiherrn von Hertling Abt. IV, Bd.4.3, Nr.395  
[Mitteilung eines Schreibens an den Erzbischof von Köln betreffend die Vermittlung im Gewerkschaftsstreit an der Kurie]
- 07.06.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.396  
[Stellungnahme des Kardinalstaatssekretärs zu Interpretationen päpstlicher Äußerungen auf dem Berliner Arbeitervereinskongreß]

- 08.06.1912 Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an die Königliche Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.397  
[Anrechnung der bei der Knappschaftskasse erworbenen Ansprüche auf die Staatspension bei Beamten]
- 09.06.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 23. Individualismus und Staatssozialismus Abt. IV, Bd.4.3, Nr.398  
[Diskussion der Theorien von Adolf Wagner und Leopold von Wiese]
- 11.06.1912 Erlaß des Kgl. bayerischen Ministerpräsidenten Georg Freiherrn von Hertling an den Kgl. bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhl Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn Abt. IV, Bd.4.3, Nr.399  
[Note an den Kardinalstaatssekretär; konfessionell gemischte christliche Gewerkschaften in Deutschland erforderlich]
- 13.06.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.400  
[Privataudienz des Gesandten beim Papst zum Gewerkschaftsstreit]
- 14.06.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Heiligen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.401  
[Gespräch des bayerischen Gesandten mit dem Kardinalstaatssekretär über den Gewerkschaftsstreit]
- 14.06.1912 Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker, Steindruckere und verwandte Gewerbe Nr. 48. Bericht über die Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins am 2. und 3. Juni im Konzerthaus in Breslau Abt. IV, Bd.4.3, Nr.402  
[Ausbreitung der Tarifgemeinschaft, Anträge zur Tarifkommission und Beschlüsse des Tarifausschusses]
- 15.06.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 24. Die Wohnungsverhältnisse der Bergarbeiter im Ruhrbergbau Abt. IV, Bd.4.3, Nr.403  
[Werkswohnungsbau und seine Verbreitung in den einzelnen Bergrevieren des Ruhrgebiets]
- 22.06.1912 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel an die Direktion des Werkes Augsburg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.404  
[Empfehlung an die Augsburger Mitglieiderfirmen des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller zur Verkürzung der Arbeitszeit auf 56 Stunden]
- 22.06.1912 Niederschrift über eine Besprechung mit Vertretern des „Sozialen Ausschusses“ im Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.405  
[Gesetzgeberische Maßnahmen zum Technikerrecht]
- 22.06.1912 Gesprächsnotiz des Direktors des Werkes Augsburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer über ein Telefonat mit dem Generaldirektor Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.3, Nr.406  
[Kritik Guggenheimers an beabsichtigter Schließung der Arbeitsnachweise]
- [vor 24.]06.1912 Resolution des Deutschen Holzarbeiterverbandes Abt. IV, Bd.4.3, Nr.407  
[Forderung nach obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweisen]
- 24.06.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Merseburg Wolf Heinrich von Gersdorff an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.408  
[Beginn der Aussperrung in der Halleschen Metallindustrie]
- 26.06.1912 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG in Nürnberg Anton von Rieppel an die Direktion des Werkes Gustavsburg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.409  
[Arbeitszeitverkürzung in Werk Gustavsburg auf 57 Stunden; Mitteilung an den Arbeiterausschuß des Werkes Nürnberg wegen Arbeitszeitverkürzung auf 56 Stunden]
- 27.06.1912 Schreiben des Syndikus des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller Alfred Kuhlo an den Vorstandsvorsitzenden des Verbandes Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.3, Nr.410  
[Prozeß Brentano-Kuhlo]
- 29.06.1912 Protokoll der Präsidiumssitzung des Reichsversicherungsamts Abt. IV, Bd.4.3, Nr.411  
[Vorbesprechung und Festlegung der Thesen für die „Internationale Soziale Woche“ in Zürich]
- 01.07.1912 Der Arbeitgeber Nr. 13. Rückwirkung der Verhältnisse der städtischen Arbeiter auf diejenigen der Industriearbeiter Abt. IV, Bd.4.3, Nr.412  
[Städtische Arbeiter sollten gegenüber den beim Staat und in der Privatindustrie beschäftigten Arbeitern sozialpolitisch nicht besser gestellt sein]

- 01.07.1912 Der Arbeitgeber Nr. 13. Technik und Arbeitsvertrag Abt. IV, Bd.4.3, Nr.413  
[Gewerkschaften nutzen Tarifverträge zur Verhinderung des technischen Fortschritts]
- 04.07.1912 Sozialistische Monatshefte Nr. 13. Über Auslese und Anpassung der großindustriellen Arbeiterschaft Abt. IV, Bd.4.3, Nr.414  
[Stellungnahme zu den Untersuchungen des Vereins für Sozialpolitik]
- 06.07.1912 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den Regierungspräsidenten in Münster Jadislaus von Jarotzky Abt. IV, Bd.4.3, Nr.415  
[Geldzuwendungen an Polizeibeamte und Gendarmen werden abgelehnt; nicht zweckgebundene Geldbeträge an die Behörden sind möglich]
- 06.07.1912 Gesprächsnotiz des Sekretärs des Direktoriums der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Gendner über ein Telefonat mit dem Generaldirektor des Unternehmens Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.3, Nr.416  
[Benutzung des städtischen Arbeitsnachweises trotz Verbot durch den Verband]
- 06.07.1912 Schreiben des Direktors des Werks Augsburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Heinrich Ritter von Buz an den Generaldirektor des Unternehmens Anton von Rieppel Abt. IV, Bd.4.3, Nr.417  
[Scharfe Kritik von Buz an der Schließung der Arbeitsnachweise und dem Verbot der Neueinstellung von Arbeitern]
- 08.07.1912 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Anton von Rieppel an den Direktor des Werkes Augsburg Heinrich Ritter von Buz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.418  
[Zurückweisung der Kritik von Buz an Schließung der Arbeitsnachweise und am Verband]
- 08.07.1912 Gesprächsnotiz des Mitarbeiters der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Heller über ein Telefonat mit dem Direktor des Werkes Nürnberg Lippart Abt. IV, Bd.4.3, Nr.419  
[Einstellung von Arbeitern trotz Verbots durch den Verband]
- 08.07.1912 Gesprächsnotiz des Mitarbeiters der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Heller über einen telefonischen Anruf des Mitarbeiters des Arbeitsnachweises Augsburg Brunnhuber Abt. IV, Bd.4.3, Nr.420  
[Beschwerde einer Verbandsfirma betreffend Verstoß der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Werk Augsburg, gegen Verbot der Arbeitereinstellung]
- 08.07.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.421  
[Erwartungen des Papstes an die Bischofskonferenz in Fulda]
- 08.07.1912 Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 14. Nachklänge zum Gewerkschaftsstreit Abt. IV, Bd.4.3, Nr.422  
[Das Selbstverständnis der christlichen Gewerkschaften]
- 12.07.1912 Bericht der Bauabteilung der Felten & Guillaume Carlswerk AG Mülheim am Rhein über die Arbeiterhäuser Abt. IV, Bd.4.3, Nr.423  
[Starke Nachfrage nach Werkwohnungen, Vergabekriterien]
- 13.07.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 28. Die angebliche sozialpolitische Mehrbelastung der englischen Arbeitgeber und die Wahrheit. (Ein Irreführungsversuch des „Vorwärts“) Abt. IV, Bd.4.3, Nr.424  
[Die deutschen Arbeitgeber sind um ein Vielfaches höher belastet als die englischen Unternehmer]
- 13.07.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.425  
[Übergabe der Note der bayerischen Regierung an den Kardinalstaatssekretär; die Lösung des Gewerkschaftsstreits soll prinzipiell den deutschen Bischöfen überlassen werden]
- 15.07.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Merseburg Wolf Heinrich von Gersdorff an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.426  
[Verlauf und Beendigung der Aussperrung in der Halleschen Metallindustrie; mangelnde Solidarität bei den Arbeitgebern]
- 15.07.1912 Bericht des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.427  
[Empfehlung an den Reichskanzler, einen Vertreter zum VIII. christlichen Gewerkschaftskongreß zu entsenden]

- 17.07.1912 Aktenvermerk des Kgl. bayerischen Staatsministers des Kgl. Hauses und des Äußern Georg Freiherrn von Hertling Abt. IV, Bd.4.3, Nr.428  
[Dementi des bayerischen Ministerpräsidenten, in seiner Note an den Kardinalstaatssekretär die Möglichkeit der Konversion protestantischer Arbeiter in christlichen Gewerkschaften angedeutet zu haben]
- 19.07.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.429  
[Der Heilige Stuhl ist hinsichtlich der Lösung des Gewerkschaftsstreits zuversichtlich]
- 19.07.1912 Schreiben des Direktors der Abteilung für Invalidenversicherung im Reichsversicherungsamt Richard Sarrazin an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.3, Nr.430  
[Einfluß der Arbeiterversicherung auf die Arbeitslosigkeit]
- 20.07.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 29. [O. Graf, Cannstatt:] Vertrauliche Auskunft Abt. IV, Bd.4.3, Nr.431  
[Forderung nach gesetzlichem Verbot von „geheimen Urteilen“ über Arbeitnehmer]
- 22.07.1912 Eingabe des Ortsverbandes der Arbeitgeber für das Baugewerbe Dortmund an den Magistrat der Stadt Dortmund Abt. IV, Bd.4.3, Nr.432  
[Wiedereröffnung des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber]
- [vor 26.]07.1912 Entwurf eines Vortrags des Reichsversicherungsamts, gehalten vor den Mitgliedern eines englischen Ärztekongresses Abt. IV, Bd.4.3, Nr.433  
[Die Stellung der Ärzte innerhalb der Arbeiterversicherung]
- 30.07.1912 Protokoll des Direktors im Werk Augsburg der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer über eine Kommissionssitzung mit Teilnahme des Verbandes Bayerischer Metallindustrieller Abt. IV, Bd.4.3, Nr.434  
[Lohn- und Arbeitszeitverhandlungen in der Metallindustrie]
- 31.07.1912 Eingabe von Arbeiterverbänden an den Verband Bayerischer Metallindustrieller, Ortsgruppe Augsburg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.435  
[Vorschläge zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Metallindustrie Augsburg]
- 00.08.1912 Entwurf eines Tarifvertrages zwischen dem Magistrat der Stadt Berlin und der Berliner Ortsverwaltung des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter Abt. IV, Bd.4.3, Nr.446  
[Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Arbeiter, Handwerker und Unterangestellten in den Gemeindebetrieben der Stadt Berlin]
- 04.08.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 31. Schattenseiten unserer Arbeiterversicherung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.436  
[Erhöhter Krankenstand und vorschnelle Inanspruchnahme von Renten als Nebenwirkungen der Versicherungsbranche]
- 05.08.1912 Schreiben des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg an den Vorsitzenden des Aufsichtsrates der Krupp AG Gustav Krupp von Bohlen und Halbach Abt. IV, Bd.4.3, Nr.437  
[Überlegungen zur Durchführbarkeit eines Arbeitswilligenschutzgesetzes]
- 06.08.1912 Angaben der Direktion der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG über Löhne und Urteilsregelungen im Werk Augsburg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.438  
[Stellungnahme zu Forderungen der Arbeiterorganisationen an den Verband Deutscher Metallindustrieller]
- 07.08.1912 Aufzeichnung einer Besprechung des Vereins deutscher Maschinenbau-Anstalten in Köln Abt. IV, Bd.4.3, Nr.439  
[Erörterung des Vorgehens der Vertreter der Industrie in Fragen der Sozialpolitik auf dem Deutschen Juristentag]
- 14.08.1912 Bericht der Kgl. Berginspektion in Gladbeck-Zweckel an die Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.440  
[Anrechnung der bei der Knappschaftskasse erworbenen Pensionsansprüche auf die Staatspension bei Beamten]
- 15.08.1912 Der Arbeitgeber Nr. 16. Die Arbeitsverhältnisse in der Grobeisenindustrie Abt. IV, Bd.4.3, Nr.441  
[Stellungnahme zu den im Reichstag und von den Gewerkschaften geführten Auseinandersetzungen um die Arbeitsbedingungen in der Großindustrie]

- 17.08.1912 Schreiben der Direktion der Felten & Guillaume Carlswerk AG an Generaldirektor Abt. IV, Bd.4.3, Nr.442  
Dr. Feodor Gnauth  
[Resolution der Arbeitgeberverbände auf Forderungen der Arbeiterorganisationen bezüglich Arbeitszeit und Lohnerhöhung]
- 21.08.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister Abt. IV, Bd.4.3, Nr.443  
für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow  
[Angriffe der Arbeiterorganisationen gegen den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber in der Metallindustrie der Kreise Hagen und Schwelm]
- 28.08.1912 Die Bayerische Industrie Nr. 35. Die Schadensersatzpflicht der Gewerkschaften aus Tarif- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.444  
verträgen  
[Erfolgreiche Klage des Hamburger Arbeitgeberverbandes der Holzindustrie gegen die dortige Zahlstelle des deutschen Holzarbeiterverbandes]
- 30.08.1912 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 35. Der preußische Eisenbahnminister gegen das Abt. IV, Bd.4.3, Nr.445  
Koalitionsrecht  
[Einspruch des Bundes der technisch-industriellen Beamten gegen die Kündigung eines seiner Mitglieder]
- 01.09.1912 Der Arbeitgeber Nr. 17. Vom gewerkschaftlichen Kampf der Ärzte Abt. IV, Bd.4.3, Nr.447  
[Schaffung eines Beschäftigungsmonopols durch den Leipziger Verband der Ärzte Deutschlands zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen Interessen entspricht der Taktik der freien Gewerkschaften]
- 4.-6.09.1912 Rede des Syndikus für volkswirtschaftliche Fragen bei der Firma Siemens & Halske Richard Abt. IV, Bd.4.3, Nr.448  
Fellinger auf dem 31. Deutschen Juristentag in Wien  
[Prinzipielle Befürwortung einer Vereinheitlichung des Angestelltenrechts; Forderungen bei einer Erweiterung der Sondergerichtbarkeit]
- 4.-6.09.1912 Rede des Geschäftsführers des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Ferdinand Schweig- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.449  
hoffer auf dem 31. Deutschen Juristentag in Wien  
[Grundsätzliche Bedenken gegenüber einer Vereinheitlichung des Angestelltenrechts]
- 11.09.1912 Eingabe des Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Augsburgs an die Orts- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.450  
gruppe Augsburg des Verbandes Bayrischer Metallindustrieller, Ortsgruppe Augsburg  
[Resolution des Gewerkvereins vom 9. September 1912 zur Aufnahme von Lohnverhandlungen]
- 12.09.1912 Schreiben des Vorsitzenden des Verbandes Bayrischer Metallindustrieller, Ortsgruppe Nürnberg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.451  
Dr. Franz Xaver Zahnbrecher, an den Vorsitzenden der Ortsgruppe Augsburg Heinrich von Buz  
[Notwendigkeit der Beantwortung einer Eingabe der Arbeiterorganisationen]
- 12.09.1912 Antwortschreiben der Ortsgruppe Augsburg des Verbandes Bayrischer Metallindustrieller auf Abt. IV, Bd.4.3, Nr.452  
die Eingabe der Gewerkvereins der Maschinenbau- und Metallarbeiter Augsburgs  
[Ablehnung von Verhandlungen]
- 12.09.1912 Schreiben des Geschäftsführers des Deutschen Industrieschutzverbandes Kurt Grützner an die Abt. IV, Bd.4.3, Nr.453  
Handelskammer zu Elberfeld  
[Bitte an die Handelskammer, Informationen über den Deutschen Industrieschutzverband an die industriellen Firmen des Bezirkes weiterzuleiten]
- 12.09.1912 Schreiben des Geschäftsführers des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Ferdinand Abt. IV, Bd.4.3, Nr.454  
Schweighoffer an das Vorstandsmitglied der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer  
[Stellungnahme der Industrie zum Angestelltenrecht auf dem Deutschen Juristentag]
- 14.09.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 37. Der Wiener Juristentag und die Industrie Abt. IV, Bd.4.3, Nr.455  
[Gefährdung des industriellen Unternehmertums durch Vertreter des radikalen „bürgerlichen Sozialismus“]
- 19.09.1912 Denkschrift des Reichsamts des Innern über strafrechtliche Folgen des Bergarbeiterstreiks im Abt. IV, Bd.4.3, Nr.456  
Ruhrrevier 1912 – Ergebnisse der Aktendurchsicht  
[Analyse der nach dem Bergarbeiterstreik verhängten Strafurteile]
- 19.09.1912 Schreiben des Syndikus für volkswirtschaftliche Fragen bei der Firma Siemens & Halske Abt. IV, Bd.4.3, Nr.457  
Richard Fellinger an den Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Ferdinand Schweighoffer  
[Beschwerde Fellingingers über die entstellte Wiedergabe seiner Ausführungen auf dem Wiener Juristentag in der „Deutschen Industrie-Zeitung“]

- 20.09.1912 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 38. Feinde des Fortschritts Abt. IV, Bd.4.3, Nr.458  
[Der „zersetzende Arbeit“ des Hauptausschusses wird die Hauptschuld am Zustandekommen einer „teuren und unsozialen“ Sonderkasse für Angestellte gegeben]
- 21.09.1912 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 38. Die Volksfürsorge und die Arbeiter Abt. IV, Bd.4.3, Nr.459  
[Aufforderung an die Arbeiter, erworbene Rechte an die privaten Volksversicherungen nicht verfallen zu lassen und neue Versicherungen nur bei der Volksfürsorge abzuschließen]
- 21.09.1912 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 38. Die Arbeitslosigkeit und ihre Bekämpfung durch die Gewerkschaften Abt. IV, Bd.4.3, Nr.460  
[Die gewerkschaftliche Arbeitslosenversicherung als Vorstufe einer staatlichen Arbeitslosenversicherung]
- 21.09.1912 Gesprächsnotiz über ein Telefonat zwischen dem Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Carl Buz und einem Prokuristen der Firma Abt. IV, Bd.4.3, Nr.461  
[Empfehlung eines ausführlichen Antwortschreibens auf die Eingabe des Gewerkvereins]
- 23.09.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Magdeburg Wischkau von Miesitschek an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.3, Nr.462  
[Tod eines Streikenden durch Schuß eines Arbeitswilligen während eines Ausstandes]
- 23.09.1912 Schreiben des Geschäftsführers des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Ferdinand Schweighoffer an den Syndikus für volkswirtschaftliche Fragen bei der Firma Siemens & Halske Richard Fellingner Abt. IV, Bd.4.3, Nr.463  
[Die Vorwürfe Fellingners wegen entstellter Wiedergabe seiner Ausführungen auf dem Wiener Juristentag in der „Deutschen Industrie-Zeitung“ werden zurückgewiesen]
- 24.09.1912 Schreiben des Vorstandsmitglieds der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer an den Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Ferdinand Schweighoffer Abt. IV, Bd.4.3, Nr.464  
[Parteinahme Guggenheimers für Schweighoffer im Konflikt Schweighoffer-Fellinger]
- 24.09.1912 Gesprächsnotiz über ein Telefonat zwischen dem Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Carl Buz und einem Prokuristen der Firma Abt. IV, Bd.4.3, Nr.465  
[Ablehnung einer weiteren Beschäftigung mit der Eingabe des Gewerkvereins]
- 24.09.1912 Bericht des Syndikus der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Fritz Tänzler an die Mitglieder des Vorstandes Abt. IV, Bd.4.3, Nr.466  
[Stellung der Arbeitgeberverbände zu den Angestelltengewerkschaften; Abwehrmittel gegen Angestelltenstreiks]
- 26.09.1912 Schreiben des Syndikus der Handelskammer Münster Wurst an die kaufmännischen und Detaillisten-Vereine des Bezirks Abt. IV, Bd.4.3, Nr.467  
[Empfehlung zu den bevorstehenden Vertrauensmännerwahlen]
- 28.09.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 39. Auf zu den Wahlen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.468  
[Rechtfertigung des Deutschen Technikerverbandes für das Zusammengehen mit dem Hauptausschuß bei den Vertrauensmännerwahlen zu den Selbstverwaltungskörpern der Angestelltenversicherung]
- 28.09.1912 Rundschreiben des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände an die Handelskammern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.469  
[Warnung vor der Tätigkeit des Deutschen Industrieschutzverbandes]
- 28.09.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.470  
[Aufhebung der Sperre über den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber in der Metallindustrie der Kreise Hagen und Schwelm]
- 03.10.1912 Protokoll des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer über eine Sitzung mit Vertretern verschiedener Maschinenfabriken Abt. IV, Bd.4.3, Nr.471  
[Verhalten der Firmen gegenüber Mitgliedern des Bundes der technisch-industriellen Beamten]
- 03.10.1912 Bericht des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer über eine Unterredung mit dem Vorsitzenden des Zentralverbandes deutscher Industrieller Max Rötger Abt. IV, Bd.4.3, Nr.472  
[Unterstützung der Werkvereinsbewegung]

- 04.10.1912 Der Typograph Nr. 40. Unterstützungseinrichtungen im Gutenberg-Bund Abt. IV, Bd.4.3, Nr.473  
[Beiträge, Leistungen und besondere Vergütungen der Unterstützungseinrichtungen der christlichen Buchdruckergewerkschaft]
- 05.10.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.3, Nr.474  
[Rivalität zwischen dem Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe in Dortmund und den entsprechenden Arbeitsnachweisen der Arbeitnehmerorganisationen]
- 05.10.1912 Rundschreiben des Vereins der Metallindustriellen der Provinz Hannover und angrenzenden Gebiete an die Vereinsmitglieder Abt. IV, Bd.4.3, Nr.475  
[Einleitung von Maßnahmen zur Bekämpfung der im Bund der technisch-industriellen Beamten organisierten Angestellten]
- 10.10.1912 Schreiben des Geschäftsführers des Zentralverbandes deutscher Industrieller Ferdinand Schweighoffer an den Direktor bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer Abt. IV, Bd.4.3, Nr.476  
[Kritik an der Rede Dr. Richard Fellingens, des Syndikus für volkswirtschaftliche Fragen bei Siemens und Halske, auf dem Deutschen Juristentag]
- 11.10.1912 Schreiben des Syndikus des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Karl Grabenstedt an den Direktor bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer Abt. IV, Bd.4.3, Nr.477  
[Ablehnung der Unterstützung der Werkvereinsbewegung insgesamt]
- 12.10.1912 Bericht des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg Abt. IV, Bd.4.3, Nr.478  
[Einschätzung der wirtschaftsfriedlichen „gelben“ Arbeiterbewegung]
- 14.10.1912 Schreiben des Generaldirektors der Felten & Guillaume Carlswerk AG Feodor Gnauth an den Aufsichtsrat der Firma Felten & Guillaume Abt. IV, Bd.4.3, Nr.479  
[Stellungnahme der Arbeitgeber der Metallindustrie im Köln-Mülheimer Bezirk zu Forderungen der Arbeiterorganisationen nach verbesserten Arbeitsbedingungen]
- 14.10.1912 Schreiben des Aufsichtsratsmitglieds der Felten & Guillaume Carlswerk AG Heinrich Lueg an den Aufsichtsratsvorsitzenden Theodor v. Guillaume Abt. IV, Bd.4.3, Nr.480  
[Einheitliche Haltung der Arbeitgeber in der Frage der Arbeitszeitverkürzung]
- 15.10.1912 Der Arbeitgeber Nr. 20. Probleme der Gewerkschaftsentwicklung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.481  
[Die Rolle der christlichen Gewerkschaften innerhalb der christlichen Gewerkschaftsbewegung]
- 19.10.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 42. Offener Brief an die Mitglieder des Bundes der technisch-industriellen Beamten Abt. IV, Bd.4.3, Nr.482  
[Auseinandersetzungen innerhalb der Technikerbewegung]
- 22.10.1912 Rundschreiben Lujo Brentanos an die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik Abt. IV, Bd.4.3, Nr.483  
[Distanz zum Verein für Sozialpolitik wegen seiner Haltung gegenüber der Sozialdemokratie]
- 22.10.1912 Schreiben des Direktors bei der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG Emil Guggenheimer an den Syndikus des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller Karl Grabenstedt Abt. IV, Bd.4.3, Nr.484  
[Kritik an der Einstellung des Gesamtverbandes gegenüber der Werkvereinsbewegung]
- 24.10.1912 Protokoll der Sitzung des erweiterten Kartellausschusses des Vereins Deutscher Arbeitgeberverbände und der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände Abt. IV, Bd.4.3, Nr.485  
[Erörterung über ein Zusammengehen der Verbände]
- 25.10.1912 Schreiben des Frankfurter Journalisten Dr. Drill an Lujo Brentano Abt. IV, Bd.4.3, Nr.486  
[Haltung des Vereins für Sozialpolitik gegenüber der Sozialpolitik]
- 25.10.1912 Schreiben Max Webers an Lujo Brentano Abt. IV, Bd.4.3, Nr.487  
[Bruch zwischen Brentano und Weber]
- 26.10.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 43. Das Versicherungsgesetz für Angestellte Abt. IV, Bd.4.3, Nr.488  
[Schwachpunkte des Versicherungsgesetzes für Angestellte]

- 26.10.1912 Solidarität Nr. 43. Einführung einer Arbeitslosenunterstützung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.489  
[Bestimmungen und Leistungen der Erwerbslosenunterstützung im Deutschen Bauarbeiterverband]
- 27.10.1912 Rundschreiben Lujo Brentanos an die Mitglieder des Vereins für Sozialpolitik Abt. IV, Bd.4.3, Nr.490  
[Bestätigung der Distanz zum Verein für Sozialpolitik wegen unterschiedlicher Auffassungen zur Beteiligung der Sozialdemokratie]
- 31.10.1912 Schreiben des Geschäftsführers des Deutschen Industrieschutzverbandes Kurt Grützner an die Abt. IV, Bd.4.3, Nr.491  
Handelskammer in Elberfeld  
[Differenzen zwischen den Arbeitgeberorganisationen]
- 01.11.1912 Der Arbeitgeber Nr. 21. Die sozialdemokratische „Volksfürsorge“ Abt. IV, Bd.4.3, Nr.492  
[Überblick über die bestehenden Einrichtungen der Volksversicherung; Bedenken gegenüber der parteipolitischen Bindung der „Volksfürsorge“ und Diskussion möglicher Gegenmodelle]
- 01.11.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Abt. IV, Bd.4.3, Nr.493  
Groenesteyn an das bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern  
[Enzyklika ‘Singulari quadam’ zur Haltung der katholischen Kirche gegenüber den christlichen Gewerkschaften]
- 01.11.1912 Schreiben Max Webers an Lujo Brentano Abt. IV, Bd.4.3, Nr.494  
[Fortgang der Kontroverse zwischen Weber und Brentano]
- 01.11.1912 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 44. Eine Aussprache mit dem D[eutschen] T[ech- Abt. IV, Bd.4.3, Nr.495  
niker]v[erband]  
[Gegensätze innerhalb der Technikerbewegung]
- 01.11.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister Abt. IV, Bd.4.3, Nr.496  
des Innern Johann von Dallwitz  
[Sozialdemokratische Bewegung, Gewerkschaftsbewegungen, Gewerbegerichts- und Sicherheitsmännerwahlen, Streiks und Aussperrungen]
- 02.11.1912 Der Gewerkverein Nr. 88. Der Kampf um die Sonntagsruhe Abt. IV, Bd.4.3, Nr.497  
[Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 05.11.1912 Erlaß des sächsischen Ministeriums des Innern an die Handelskammer in Plauen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.498  
[Schutz der Arbeitswilligen]
- 09.11.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 45. Krupp’sche Lebensversicherung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.499  
[Die Anerkennung der Krupp’schen Pensionskasse als Lebensversicherungsunternehmen als Schritt zur Aushöhlung des Angestelltenversicherungsgesetzes]
- 12.11.1912 Petition des Tarifamtes der deutschen Buchdrucker an den Reichskanzler Abt. IV, Bd.4.3, Nr.500  
[Auseinandersetzungen zwischen dem Tarifamt der deutschen Buchdrucker und dem Arbeitgeberverband für das Buchdruckergewerbe]
- 15.11.1912 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 46. Das Koalitionsrecht der Eisenbahntechniker Abt. IV, Bd.4.3, Nr.501  
[Einräumung des Koalitionsrechts der auf Privatdienstvertrag angestellten Eisenbahntechniker]
- [vor 16.]11.1912 Schreiben des Zentralausschusses zur Förderung der Volksversicherung an den Vorsitzenden Abt. IV, Bd.4.3, Nr.502  
des Direktoriums der Friedrich Krupp AG Alfred Hugenberg  
[Gründung einer nationalen Volksversicherung als Gegengewicht zur sozialdemokratischen „Volksfürsorge“]
- 16.11.1912 Schreiben des Vorsitzenden des Direktoriums der Friedrich Krupp AG Alfred Hugenberg an Abt. IV, Bd.4.3, Nr.503  
den Vorsitzenden des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland  
Wolfgang Kapp  
[Nichtbeteiligung an der Gründung einer nationalen Volksversicherung]
- 16.11.1912 Schreiben des Aufsichtsratsmitglieds der Deutschen Bank Max Steinthal an den Generaldirektor Abt. IV, Bd.4.3, Nr.504  
der Mannesmann-Röhren-Werke Nikolaus Eich  
[Anregung zur Rationalisierung nach amerikanischem Vorbild]
- 16.11.1912 Rundschreiben des Bundes der Industriellen an seine Mitglieder Abt. IV, Bd.4.3, Nr.505  
[Forderungen zur Verbesserung des Arbeitswilligenschutzes]



- 16.11.1912 Der Gewerkverein Nr. 92. Die päpstliche Enzyklika und die christlichen Gewerkschaften Abt. IV, Bd.4.3, Nr.506  
[Kritik an der Haltung der katholischen Kirche gegenüber den nichtkonfessionellen Christlichen Gewerkschaften]
- 16.11.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 46. Die Gewerkschaftsenzyklika des Papstes und die deutsche Industrie Abt. IV, Bd.4.3, Nr.507  
[Kritik an der Einflußnahme der katholischen Kirche auf die christlichen Gewerkschaften und das gewerbliche Leben]
- 19.11.1912 Schreiben des Generaldirektors der Mannesmann-Röhren-Werke Nikolaus Eich an das Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank Max Steinthal Abt. IV, Bd.4.3, Nr.508  
[Reaktion auf die Rationalisierungsvorschläge Steinthals]
- 19.11.1912 Der Arbeitgeber im Druckgewerbe Nr. 24. Der Tarifvertrag in Theorie und Praxis Abt. IV, Bd.4.3, Nr.509  
[Negative Auswirkungen von Tarifverträgen]
- 19.11.1912 Erlaß des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Paul Kaufmann Abt. IV, Bd.4.3, Nr.510  
[Versicherungsfreiheit für bestimmte Kategorien von Beamten und Hilfsarbeitern]
- [vor 22.]11.1912 Eingabe des Deutschen Steigerverbandes an das Preußische Haus der Abgeordneten Abt. IV, Bd.4.3, Nr.511  
[Das ungünstige Dienstverhältnis der Steiger als Ursache für Unglücksfälle]
- 22.11.1912 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 47. Erziehung zur Lüge Abt. IV, Bd.4.3, Nr.512  
[Kampf um die Koalitionsfreiheit der technischen Angestellten]
- 23.11.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 47. Die soziale Gefahr der sozialen Gesetzgebung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.513  
[Positive Besprechung von Ludwig Bernhards Schrift: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“]
- [vor 26.]11.1912 Petition des II. Sächsischen nationalen Arbeiter- und Gehilfentages an den Reichstag Abt. IV, Bd.4.3, Nr.514  
[Mißbrauch der Tarifverträge, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, Arbeitsbedingungen im Hotel- und Gaststättengewerbe]
- 27.11.1912 Preußische Jahrbücher Bd.150. Der Deutsche Juristentag und das Privatangestelltenrecht Abt. IV, Bd.4.3, Nr.515  
[Haltung des Deutschen Juristentages zur Vereinheitlichung des Angestelltenrechts]
- 27.11.1912 Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an die Kgl. Bergwerksdirektion in Recklinghausen Abt. IV, Bd.4.3, Nr.516  
[Anrechnung der Versicherungsansprüche von Beamten bei Statuswechsel]
- 29.11.1912 Bericht des Kgl. bayerischen Gesandten beim Päpstlichen Stuhle Otto Freiherrn von Ritter zu Groenesteyn an das Kgl. bayerische Staatsministerium des Kgl. Hauses und des Äußern Abt. IV, Bd.4.3, Nr.517  
[Reaktion des Vatikans auf die fortdauernde Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsfrage unter den deutschen Katholiken]
- 30.11.1912 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 48. Wege und Ziele einer nationalen Volksversicherung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.518  
[Anforderungen an eine nationale Volksversicherung als Pendant zur sozialdemokratischen „Volksfürsorge“]
- 30.11.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 48. Die Urlaubsverhältnisse der Privatangestellten und insbesondere der Techniker Abt. IV, Bd.4.3, Nr.519  
[Notwendigkeit des Erholungsurlaubs für Angestellte; Überblick über bestehende Urlaubsregelungen]
- 01.12.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 48. Ein neuer Vorschlag zur Arbeitslosenfürsorge Abt. IV, Bd.4.3, Nr.520  
[Forderung nach Weiterentwicklung des Genter Systems]
- 01.12.1912 Arbeitsordnung für die Firma Robert Bosch, Werk Feuerbach, Abteilung in Wirksamkeit vom 15. Dezember 1912 Abt. IV, Bd.4.3, Nr.521  
[Bestimmungen über Arbeitszeit und Löhne]
- 01.12.1912 Der Arbeitgeber Nr. 23. Die Stellung der christlichen Gewerkschaften zur nationalen Arbeiterbewegung Abt. IV, Bd.4.3, Nr.522  
[Kritik an der Haltung der christlichen Gewerkschaften gegenüber Werkvereinen und freien Gewerkschaften]

- 04.12.1912 Note des Unterstaatssekretärs im preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Arthur Zimmermann an den sächsischen Gesandten Ernst Freiherrn von Salza und Lichtenau [Koalitionsrecht der Arbeiter in Militärwerkstätten] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.523
- 07.12.1912 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 49. Die Urlaubsverhältnisse der Privatangestellten und insbesondere der Techniker [Übersicht über bestehende Urlaubsregelungen und Forderung nach gesetzlicher Festlegung des Urlaubs] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.524
- 07.12.1912 Vorlage des Direktors der II. Abteilung im Reichsamt des Innern Franz Caspar für den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz [Einschränkung des Koalitionsrechts für Arbeitnehmer] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.525
- [vor 08.]12.1912 Eingabe des Deutschen Steigerverbandes an das Preußische Haus der Abgeordneten [Ablauf und vermutete Gründe der Bergwerksunglücke im Ruhrrevier] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.526
- 08.12.1912 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 49. Die neuere Entwicklung der Arbeitgebernachweise [Entstehung und Tätigkeit von Arbeitsnachweisen der Arbeitgeber seit 1908] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.527
- [vor 09.]12.1912 Bekanntmachung der Volksversicherungskommission der privaten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften [Beschluß zur Gründung einer gemeinnützigen „Deutschen Volksversicherung, AG“] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.528
- 10.12.1912 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 143. Eine Beleuchtung der Rentenlüge [Stellungnahme zur Frage des Mißbrauchs von Einrichtungen der gesetzlichen Arbeiterversicherung durch die Versicherten] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.529
- 14.12.1912 Ziele und Wünsche der bayerischen Industrie [Auseinandersetzung mit Kathedersozialisten, Gewerkschaften und Sozialdemokratie; Fehlentwicklungen und Grenzen der staatlichen Sozialpolitik; Notwendigkeit unternehmerischer Interessenvertretung] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.530
- 14.12.1912 Aufruf des Deutschen Technikerverbandes an seine Mitglieder [Rivalitäten zwischen den Technikerorganisationen] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.531
- 17.12.1912 Rundschreiben der Volksversicherungskommission der privaten deutschen Lebensversicherungsgesellschaften an die Regierungen der deutschen Bundesstaaten [Der Beitrag der privaten Lebensversicherungsgesellschaften zum Projekt einer nationalen Volksversicherung] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.532
- 20.12.1912 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 51/52. Das Koalitionsrecht der öffentlichen Arbeitnehmer [Verteidigung des Koalitionsrechts als existenzielle Notwendigkeit für die Angestellten im öffentlichen Dienst] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.533
- 23.12.1912 Rundschreiben des Generalsekretärs des Deutschen Handelstages Heinrich Soetbeer an die Verbandsmitglieder [Stellungnahme der Handelskammern zu ihrer Beteiligung an den Beiträgen für die Angestelltenversicherung der Kammerangestellten] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.534
- 27.12.1912 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow [Gegensätze zwischen konfessionellen Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften einerseits und Werkvereinen andererseits; Ablehnung einer gemeinsamen Huldigung beim bevorstehenden Kaiserbesuch in Geldern] Abt. IV, Bd.4.3, Nr.535

## 1913

- 00.00.1913 Bericht der Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands für das Jahr 1912 [Übersicht über die Mitgliederzahlen aus den Verbänden und über die ausbezahlten Zuschüsse] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.538
- 00.00.1913 Korrespondenz für Fabrikwohlfahrtspflege [Rechtsformen und Besteuerung der Einrichtungen für betriebliche Sozialpolitik] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.763
- 05.01.1913 Petition des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes an den Reichstag [Forderung nach Aufhebung der Konkurrenzklause] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.539

- 07.01.1913 Schreiben der Firma Siemens & Halske AG und der Siemens-Schuckert-Werke an den Geschäftsführer der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH, Hermann Röchling  
[Bemühungen um eine Beilegung des offenen Streits zwischen der westdeutschen und der Berliner Werkvereinsrichtung; Anregung zu Verhandlungen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.540
- 10.01.1913 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 2. Die Zurücksetzung der Techniker  
[Forderung eines einheitlichen und sozialen Angestelltenrechts] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.541
- [vor 15.]01.1913 Aufzeichnung der II. Abteilung des Reichsamts des Innern für den Staatssekretär Klemens Delbrück  
[Urteile ordentlicher Gerichte in Strafverfahren aus Anlaß des Bergarbeiterstreiks im Ruhrgebiet vom März 1912] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.542
- 14.01.1913 Rundschreiben des Direktoriums des Zentralverbandes Deutscher Industrieller an die Ausschußmitglieder  
[Ablehnung der Ergebnisse der Reichstagsberatungen über die künftigen Regelungen der Konkurrenzklausel] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.543
- 16.01.1913 Aufzeichnung über eine Besprechung zwischen Vertretern des Reichsamts des Innern, des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe und des preußischen Ministeriums des Innern  
[Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.544
- 19.01.1913 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 3. Zur Frage der Arbeitsverträge in Gemeinde- und Staatsbetrieben  
[Gemeindevverwaltungen und Staatsregierungen empfehlen im Rahmen des Submissionswesens den Privatbetrieben den Abschluß von Tarifverträgen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.545
- 21.01.1913 Eingabe des Vorsitzenden des Verbands öffentlicher Lebensversicherungen in Deutschland Wolfgang Kapp an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück  
[Öffentliche und private Lebensversicherungen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.546
- 23.01.1913 Schreiben des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer an den Geschäftsführer des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Ferdinand Schweighoffer  
[Konkurrenzklausel für Angestellte] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.547
- 24.01.1913 Bericht über die Sitzung der Kommission des Deutschen Handelstages betr. Sozialpolitik an die Mitglieder  
[Differenzierte Diskussion über den Schutz der Arbeitswilligen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.548
- 24.01.1913 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 4. [Dr. Steinitzer:] Der Zusammenschluß in der Handlungsgehilfenbewegung  
[Die Soziale Arbeitsgemeinschaft verändert die politische Orientierung der Verbände] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.549
- 25.01.1913 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 4. [Rudolf Wissell:] Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik  
[Kritik am 1. Teil des Buches von Ludwig Bernhard „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.550
- 25.01.1913 Schreiben des Generaldirektors der Gasmotorenfabrik Deutz Oscar Rhazen an den Zentralverband Deutscher Industrieller  
[Beurteilung des Konkurrenzklauselgesetzentwurfs und Vorschläge zum taktischen Vorgehen des Zentralverbandes] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.551
- 28.01.1913 Schreiben des Generaldirektors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Nürnberg, Anton von Rieppel an den Zentralverband Deutscher Industrieller  
[Begrenzte Anwendung der Konkurrenzklausel in bestimmten Unternehmensbereichen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.552
- 30.01.1913 Eingabe des Bundes der technisch-industriellen Beamten an den Reichstag  
[Forderung nach Aufhebung der Konkurrenzklausel] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.553
- 01.02.1913 Schreiben des Inhabers der Firma Robert Bosch, elektrotechnische Fabrik in Stuttgart, an die Bezirksverwaltung Stuttgart des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes  
[Vorschlag Boschs für neue Bestimmungen über Akkordarbeit, Entlassung und Arbeiterausschuß] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.554

- 01.02.1913 Schreiben des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an den Inhaber der Firma Robert Bosch, elektrotechnische Fabrik in Stuttgart, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.555  
[Vorschläge des Metallarbeiter-Verbandes zu den neuen Bestimmungen über Akkordarbeit, Entlassungen und Arbeiterausschuß]
- 01.02.1913 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 5. [Rudolf Wissell:] Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.556  
[Kritik des 2. Teils der Schrift „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ von Ludwig Bernhard]
- 01.02.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 5. Ein Wohnungsgesetzentwurf, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.557  
[Erläuterung des Entwurfs eines preußischen Wohnungsgesetzes]
- 01.02.1913 Resolution des Ausschusses des Zentralverbandes Deutscher Industrieller, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.558  
[Forderung nach einem Sondergesetz gegen das Streikpostenstehen]
- 02.02.1913 Bericht des Magistrats der Stadt Schöneberg an den Regierungspräsidenten in Potsdam, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.559  
[Kosten der Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System]
- 03.02.1913 Schreiben des Syndikus der Handelskammer Duisburg Schroeter an den Generaldirektor der Gutehoffnungshütte AG Oberhausen Paul Reusch, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.560  
[Verhandlungen auf der Vollversammlung des Deutschen Handelstages über den Schutz der Arbeitswilligen]
- 04.02.1913 Schreiben des Inhabers der Firma Robert Bosch, elektrotechnische Fabrik in Stuttgart, an die Bezirksverwaltung Stuttgart des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.561  
[Die zwischen der Firma Bosch und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband vereinbarten neuen Bestimmungen über Akkordarbeit, Entlassungen und Arbeiterausschuß]
- 04.02.1913 Urteil des Strafsenats des Obersten Bayerischen Landesgerichts, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.562  
[Freispruch und Verurteilung von Arbeitern wegen eines Vergehens nach den §§ 152, 153 der Reichsgewerbeordnung]
- 05.02.1913 Schreiben des Geschäftsführers der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH Hermann Röchling an die Direktion der Firma Siemens & Halske AG, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.563  
[Keine Bevormundung des Werkvereins der Firma Röchling; Annahme des Verhandlungsangebots zur Beilegung von Meinungsverschiedenheiten]
- 05.02.1913 Schreiben des Geschäftsführers der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH Hermann Röchling an den Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.564  
[Werkvereine sollten betriebliche Interessen mit Fragen der allgemeinen Sozialpolitik verbinden]
- 05.02.1913 Schreiben des Geschäftsführers der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH Hermann Röchling an den Direktor der Firma Siemens & Halske AG, Abteilung Wernerwerk, Raps, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.565  
[Zusammensetzung des Gesprächskreises der Firmen Röchling und Siemens zur Beilegung der Streitigkeiten innerhalb der Werkvereinsbewegung]
- 05.02.1913 Schreiben des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller an den Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.566  
[Vorschlag der Verbandsführung für eine einmalige finanzielle Unterstützung der Werkvereinsbewegung]
- 07.02.1913 Schreiben des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer an den Geschäftsführer der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerk GmbH Hermann Röchling, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.567  
[Zustimmung zu Röchlings Ansicht über die Tätigkeit der Werkvereine; Kritik am Streit innerhalb der Werkvereinsbewegung]
- 08.02.1913 Schreiben des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer an den Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.568  
[Finanzielle Förderung der Werkvereinsbewegung]
- 13.02.1913 Beschlußantrag der 17. Hauptversammlung des Verbandes Deutscher Tonindustrieller e. V., Abt. IV, Bd.4.4, Nr.569  
[Ablehnung jeder gesetzlichen Beschränkung der Arbeitszeit in der Ziegelindustrie]
- 15.02.1913 Hansabund Nr. 7. Konzessionsfrage und Sozialpolitik, Abt. IV, Bd.4.4, Nr.570  
[Zustimmung zur Kritik am staatlichen Konzessionswesen in der Schrift: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“ von Ludwig Bernhard]

- 15.02.1913 Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe Abt. IV, Bd.4.4, Nr.571  
[Vorschläge des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zu einem neuen Reichstarifvertrag]
- 15.02.1913 Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe Abt. IV, Bd.4.4, Nr.572  
[Neuer Reichstarifvertrag; Vorschläge der Arbeitnehmerverbände]
- 15.02.1913 Bericht des Oberpräsidenten Eduard Wilhelm von Hegel in Magdeburg an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.4, Nr.573  
[Schutz der Arbeitswilligen während einer Arbeitseinstellung in der Binnenschifffahrt]
- 19.02.1913 Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den Oberpräsidenten Eduard Wilhelm von Hegel (Elbstrombauverwaltung) in Magdeburg, die Regierungspräsidenten Bernhard Schnackenburg in Schleswig, Adolf Heinrichs in Lüneburg, Hans Grashoff in Stade, Rudolf von der Schulenburg in Potsdam (Verwaltung der Märkischen Wasserstraßen), Kurt von Schmeling in Stettin und den Polizeipräsidenten Traugott von Jagow in Berlin Abt. IV, Bd.4.4, Nr.574  
[Schutz der Arbeitswilligen, aber kein Beschäftigungsverbot für Streikende während einer Arbeitseinstellung in der Binnenschifffahrt]
- 20.02.1913 Bericht der Kgl. Bergwerksdirektion in Saarbrücken an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.4, Nr.575  
[Kein Förderung der Werkvereine auf den staatlichen Gruben im Saarrevier]
- 22.02.1913 Schreiben des Geschäftsführers der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH Hermann Röchling an den Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer Abt. IV, Bd.4.4, Nr.576  
[Verhandlung mit Vertretern der Firmen Siemens und Krupp zur Beilegung der Streitigkeiten innerhalb der Werkvereinsbewegung]
- 26.02.1913 Eingabe des Vorsitzenden der Volksversicherungskommission der privaten Deutschen Lebensversicherungsgesellschaften Carl Ritter von Rasp an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.577  
[Zurückweisung der Vorwürfe des Vorsitzenden des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten in Deutschland]
- 07.03.1913 Der Werkverein, Essen, Nr. 10. Die Zuträgereien nach den Christlichen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.578  
[Kritik des Krupp'schen Werkvereins an den christlichen Gewerkschaften wegen Zusammenarbeit mit der Essener Polizeibehörde]
- 10.03.1913 Schreiben des Werks Gustavsburg an die Generaldirektion der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Nürnberg Abt. IV, Bd.4.4, Nr.579  
[Lohnforderungen des Metallarbeiter-Verbandes]
- 11.03.1913 Schreiben der Generaldirektion der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Nürnberg, an ihr Werk Gustavsburg Abt. IV, Bd.4.4, Nr.580  
[Lohnforderungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes]
- 12.03.1913 Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe Abt. IV, Bd.4.4, Nr.581  
[Vorschläge der Unparteiischen im Zentralschiedsgericht für das Baugewerbe für einen neuen Reichstarifvertrag]
- 12.03.1913 Tarifverhandlungen im deutschen Baugewerbe Abt. IV, Bd.4.4, Nr.582  
[Erklärung der Unparteiischen zu ihren Vorschlägen für einen neuen Reichstarifvertrag]
- 12.03.1913 Vorwärts Nr. 60. Spitzelwirtschaft in Essen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.583  
[Die Essener Polizeibehörde fördert den Krupp'schen Werkverein]
- 12.03.1913 Eingabe der Handelskammer Zittau an das Königlich sächsische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.4.4, Nr.584  
[Schutz der Arbeitswilligen]
- 14.03.1913 Der Typograph Nr. 11. Offene Anfrage an das Tarifamt der Deutschen Buchdrucker Abt. IV, Bd.4.4, Nr.585  
[Manipulation des Tarifvertrags durch den sozialdemokratischen Buchdrucker-Verband]

- 15.03.1913 Der Arbeitgeber Nr. 6. Der Zusammenbruch des konstitutionellen Fabriksystems Abt. IV, Bd.4.4, Nr.586  
[Prinzipielle Absage an das konstitutionelle Fabrikssystem, da es die für ein Unternehmen notwendige hierarchische Ordnung aufhebt]
- 15.03.1913 Schreiben des Gesamtverbands Deutscher Metallindustrieller an den Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer Abt. IV, Bd.4.4, Nr.587  
[Guggenheimers Kritik an der negativen Einstellung vieler Arbeitgeber gegenüber der Werksvereinsbewegung zurückgewiesen]
- 28.03.1913 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 13. Reichsmarineamt und Angestelltenausschuß Abt. IV, Bd.4.4, Nr.588  
[Kritik an der Interessenvertretung durch die „Bestimmungen für die Vertrauensmänner“]
- 29.03.1913 Votum des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an sämtliche Staatsminister und den Staatssekretär des Reichspostamtes Reinhold Kraetke Abt. IV, Bd.4.4, Nr.589  
[Einschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter und Angestellten in Staatsbetrieben]
- 00.04.1913 Satzung für den Arbeiterausschuß der Firma Robert Bosch, elektrotechnische Fabrik in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.606  
[Wahlen, Vorgehensweise und Tätigkeitsfeld des Arbeiterausschusses]
- 01.04.1913 Schreiben des Gesamtverbandes der Evangelischen Arbeitervereine Deutschlands an die Handelskammer Duisburg Abt. IV, Bd.4.4, Nr.590  
[Bitte um Unterstützung der Forderung nach einem bezahlten Urlaubs für Arbeiter]
- 03.04.1913 Denkschrift und Begleitschreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Staatssekretär des Reichsjustizamts Hermann Lisco und an die preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz, für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow, für Justiz Maximilian von Beseler und der öffentlichen Arbeiten Paul von Breitenbach Abt. IV, Bd.4.4, Nr.591  
[Rechtliche Basis für polizeiliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeitswilligen]
- 04.04.1913 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.4, Nr.592  
[Streik der Färbearbeiter und Aussperrung der Weber in der Krefelder Textilindustrie]
- 04.04.1913 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 14. Ein fortschrittlicher Tarifvertrag in einem Staatsbetriebe Abt. IV, Bd.4.4, Nr.593  
[Die Königliche Porzellanmanufaktur Nymphenburg als Vorbild für die Sozialpolitik in Staatsbetrieben]
- 08.04.1913 Bericht der Deutschen Arbeiterzentrale an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.594  
[Legitimierung ausländischer Arbeiter]
- 08.04.1913 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.4, Nr.595  
[Zusammenarbeit der Polizeibehörde mit dem Krupp'schen Werkverein; Überwachung der freien Gewerkschaften]
- 11.04.1913 Eingabe des Verbandes der rheinischen Färbereien an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.4, Nr.596  
[Ausnahmegenehmigung für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Krefelder Textilindustrie]
- 15.04.1913 Der Arbeitgeber Nr. 8. Verbürgen Tarifverträge den wirtschaftlichen Frieden? Abt. IV, Bd.4.4, Nr.597  
[Tarifverträge als Quelle immer neuer Forderungen der Arbeitnehmer; das Beispiel Krefeld]
- 15.04.1913 Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim Abt. IV, Bd.4.4, Nr.598  
[Kritik am Verhalten des Polizeikommissars Leschnik]
- 19.04.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 16. Ein „moderner“ Dienstvertrag Abt. IV, Bd.4.4, Nr.599  
[Anwendung der Konkurrenzklausele]
- 19.04.1913 Bericht des Oberbürgermeisters in Krefeld Johannes Johansen an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.4, Nr.600  
[Ausnahmegenehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitern in der Krefelder Textilindustrie]

- 21.04.1913 Bericht des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.601  
[Ausnahmegenehmigung zur Beschäftigung von ausländischen Arbeitern in der Krefelder Textilindustrie]
- 21.04.1913 Rundschreiben der Hauptstelle Deutscher Arbeitgeberverbände i. Liqu. an die Vorstandsmitglieder der früheren Hauptstelle Abt. IV, Bd.4.4, Nr.602  
[Finanzielle Unterstützung für die im Arbeitskampf stehenden Arbeitgeber der rheinischen Seidenindustrie]
- 23.04.1913 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König von Preußen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.603  
[Arbeitskampf im oberschlesischen Steinkohlenbergbau; vermutete Ursachen]
- 23.04.1913 Der Gewerkverein Nr. 34. Die konstitutionelle Fabrik und ihre Gegner Abt. IV, Bd.4.4, Nr.604  
[Konstitutionelles Fabrikssystem ist nur möglich gegen den sozialdemokratischen Organisationszwang]
- 28.04.1913 Erlaß des preußischen Ministers des Innern Johann von Dallwitz an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.4, Nr.605  
[Ausnahmegenehmigung zur Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Krefelder Textilindustrie]
- [vor 18.]05.1913 Die Verhandlungen des 18. Ordentlichen Verbandstages der Deutschen Gewerkvereine Abt. IV, Bd.4.4, Nr.607  
[Schädlichkeit der Maifeiern für die Arbeiterschaft]
- 01.05.1913 Der Arbeitgeber Nr. 9. Streik in der Krefelder Seidenindustrie Abt. IV, Bd.4.4, Nr.608  
[Schutz der Krefelder Arbeitswilligen und Ausschreitungen der Streikenden]
- 01.05.1913 Der Arbeitgeber Nr. 9. Der Streik der Bergarbeiter in Oberschlesien Abt. IV, Bd.4.4, Nr.609  
[Streik aufgrund der günstigen Arbeitsverhältnisse ohne Berechtigung]
- 03.05.1913 Rundschreiben des Reichsversicherungsamtes – Abteilung für Unfallversicherung – einschließlich Anlagen an die Vorstände der Berufsgenossenschaften Abt. IV, Bd.4.4, Nr.610  
[Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten, Sammlung vorliegender Erfahrungen]
- 03.05.1913 Der Bergknappe Nr. 18. Zum Streik in Oberschlesien Abt. IV, Bd.4.4, Nr.611  
[Der Streikverlauf läßt die der Bergarbeiter auf Erfolg hoffen]
- 06.05.1913 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den König von Preußen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.612  
[Verlauf des Streiks in Oberschlesien; Ursache des Streiks liegt im Machtstreben der national-polnischen Partei; Vermittlung durch staatliche Stellen abgelehnt]
- 06.05.1913 Notiz des preußischen Oberregierungsrates Wilhelm Neumann im preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.4, Nr.613  
[Keine Ausnahmegenehmigung für die Beschäftigung ausländischer Arbeiter in der Krefelder Textilindustrie]
- 06.05.1913 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Beilage zu Nr. 51. Unternehmerbelastung durch die Arbeiterversicherung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.614  
[Arbeiterversicherung als Impuls für den wirtschaftlichen Aufschwung der deutschen Industrie]
- 07.05.1913 Der Gewerkverein Nr. 37. Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien Abt. IV, Bd.4.4, Nr.615  
[Entstehung und Verlauf des Streiks]
- 09.05.1913 Beschluß der Delegiertenkonferenz der Polnischen Berufsvereinigung der Bergarbeiter in Kattowitz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.616  
[Abbruch des Bergarbeiterstreiks in Oberschlesien]
- 10.05.1913 Bericht des Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim an den Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse Abt. IV, Bd.4.4, Nr.617  
[Polizei und Presse]
- 15.05.1913 Der Arbeitgeber Nr. 10. Der Streik der Bergarbeiter in Oberschlesien Abt. IV, Bd.4.4, Nr.618  
[Streik aus politischen Motiven]
- 16.05.1913 Resolution der organisierten Arbeiterschaft der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.619  
[Verhandlungen über Arbeitsbedingungen zwischen Arbeiterausschuß und Betriebsleitung]

- 17.05.1913 Der Bergknappe Nr. 20. Zum Streik in Oberschlesien Abt. IV, Bd.4.4, Nr.620  
[Auswirkungen des Streiks auf das Wirtschaftsleben; kein politischer Streik der Polnischen Berufsvereini-  
gung; Abwanderung vieler Bergarbeiter]
- 17.05.1913 Immediatbericht des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den Abt. IV, Bd.4.4, Nr.621  
König von Preußen  
[Ende des Streiks der Bergarbeiter in Oberschlesien; Niederlage der Polnischen Berufsvereinigung und  
der polnischen nationalistischen Bewegung]
- 21.05.1913 Schreiben des Inhabers der Firma Robert Bosch, elektrotechnische Fabrik in Stuttgart, an die Abt. IV, Bd.4.4, Nr.622  
Bezirksverwaltung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes  
[Stellungnahme zu den Forderungen des Verbandes; keine weiteren Verhandlungen über Arbeitsbedin-  
gungen]
- 21.05.1913 Aufzeichnung des vortragenden Rats im Reichsamt des Innern, Geheimen Regierungsrats Abt. IV, Bd.4.4, Nr.623  
Hugo Siefert  
[Verhandlungen der Verbandstagung des Deutschen Verbandes Kaufmännischer Vereine]
- 23.05.1913 Petition des Verbandes Deutscher Arbeitsnachweise an das Reichsamt des Innern Abt. IV, Bd.4.4, Nr.624  
[Antrag auf Erhöhung der Reichsbeihilfe zur Verbandsarbeit]
- 24.05.1913 Der Bergknappe Nr. 21. Ein Nachwort zum Streik in Oberschlesien Abt. IV, Bd.4.4, Nr.625  
[Die Niederlage der streikenden Bergarbeiter und ihre Folgen]
- 26.05.1913 Arbeitsordnung der Firma Robert Bosch, elektrotechnische Fabrik in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.626  
[Bestimmungen über Arbeitszeit, Löhnung, Kündigungsfrist]
- 26.05.1913 Bericht der Berufsgenossenschaft der Feinmechanik und Elektrotechnik, Sektion IX, über die Abt. IV, Bd.4.4, Nr.627  
Jahre 1910, 1911 und 1912  
[Vergleich der Löhne und Unfallschädigungen zwischen der Firma Bosch und den Unternehmen der  
gesamten Sektion]
- 27.05.1913 Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Abt. IV, Bd.4.4, Nr.628  
[Unterstützung der bestreikten Arbeitgeber in Krefeld unter der Bedingung, daß sie keinen Tarifvertrag  
mehr abschließen]
- 27.05.1913 Jahresbericht des Polizeiamts in Chemnitz an das sächsische Ministerium des Innern für das Abt. IV, Bd.4.4, Nr.629  
Jahr 1912  
[Politische und gewerkschaftliche Tätigkeiten während des Jahres 1912]
- 27.05.1913 Protokoll der Sitzung des Vorstandes der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Abt. IV, Bd.4.4, Nr.630  
[Erörterung über den Zusammenschluß der verbandseigenen Streikversicherungen]
- 27.05.1913 Tarifvertragsverhandlungen für das deutsche Baugewerbe Abt. IV, Bd.4.4, Nr.631  
[Wortlaut des Reichstarifvertrags für das Baugewerbe]
- 28.05.1913 Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Abt. IV, Bd.4.4, Nr.632  
[Stellungnahme zu Überstundenwesen und Gesundheitsgefährdung in der Großeisenindustrie]
- 30.05.1913 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 22. [Otto Schweitzer:] Ziele und Wege des Bundes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.633  
[Das Programm des Bundes der technisch-industriellen Beamten]
- 02.06.1913 Gutachten von F. Schmigalla über die Pensionskassen der Siemens & Halske AG und der Abt. IV, Bd.4.4, Nr.634  
Siemens-Schuckert-Werke  
[Versicherungsmathematische Berechnungen ergeben einen hohen Fehlbetrag als Folge hoher Fluk-  
tuation; drastische Erhöhung der Beiträge empfohlen]
- 02.06.1913 Mitteilungen der Betriebsleitung der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.635  
[Betriebsstillegung als Folge des Arbeitskampfes]
- 03.06.1913 Presseerklärung des Inhabers der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart, Robert Abt. IV, Bd.4.4, Nr.636  
Bosch  
[Gründe und Anlässe der Betriebsschließung]



- 05.06.1913 Protokoll der 12. Sitzung der Kommission für soziale Angelegenheiten der Siemens Werke Abt. IV, Bd.4.4, Nr.637  
[Versicherungsmathematische Berechnungen auf die Finanzlage einer Betriebspensionskasse nicht anwendbar]
- 06.06.1913 Bericht des Präsidenten des Reichsversicherungsamtes Paul Kaufmann an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.638  
[Verhandlungen des Reichsversicherungsamtes über Berufskrankheiten]
- 07.06.1913 Der Gewerkverein Nr. 46. [Ludwig Heyde:] Grundsätzliches zur Errichtung eines Reichseinigungsamtes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.639  
[Gegner und Befürworter eines Reichseinigungsamts]
- 07.06.1913 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 23. Arbeitsniederlegung bei der Firma Robert Bosch Abt. IV, Bd.4.4, Nr.640  
[Gründe für den bei der elektrotechnischen Fabrik von Robert Bosch in Stuttgart ausgebrochenen Arbeitskampf]
- 09.06.1913 Presseerklärung eines Arbeiters der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.641  
[Arbeitsbedingungen, Vertrauensleutesystem des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes]
- 16.06.1913 Eingabe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.642  
[Keine weiteren Bestimmungen über Frauen- und Jugendarbeitsschutz auf der bevorstehenden internationalen Arbeiterschutzkonferenz in Bern]
- 17.06.1913 Bekanntmachung des Inhabers der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.643  
[Unterstützung der nicht gewerkschaftlich organisierten ausgesperrten Arbeiter angeboten]
- 20.06.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 26. Städtische Arbeitslosenversicherung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.644  
[Einführung einer Arbeitslosenversicherung in Offenbach a. M. nach dem Genter System]
- 21.06.1913 Entschließung der 11. Ordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.645  
[Forderungen an Verwaltungsbehörden, Gesetzgeber, Gewerbeinspektion und Berufsgenossenschaften zum Hüttenarbeiterschutz]
- 24.06.1913 Aufzeichnung des Vortragenden Rats im Reichsamt des Innern Geheimen Regierungsrats Hugo Siefert Abt. IV, Bd.4.4, Nr.646  
[Verhandlungen des 13. Deutschen Handlungsgehilfentages]
- 25.06.1913 Der Gewerkverein Nr. 51. Die Rückwirkung der Heeresverstärkung auf die soziale Lage der Arbeiter Abt. IV, Bd.4.4, Nr.647  
[Erhöhung der finanziellen Belastung der Industrie; Arbeitslosigkeit, Teuerung und verstärkte Ausländer- und Frauenbeschäftigung]
- 26.06.1913 Bericht des Verbandes der Deutschen Berufsgenossenschaften an das Reichsversicherungsamt Abt. IV, Bd.4.4, Nr.648  
[Einwände gegen eine Ausdehnung der Unfallversicherung auf Berufskrankheiten]
- 27.06.1913 Vereinsstatut des Pommerschen Bauherren-Verbandes e. V. Abt. IV, Bd.4.4, Nr.649  
[Vergabe von Bauaufträgen nur nach politischer Orientierung der Bauunternehmer]
- 28.06.1913 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 26. Vorschläge zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auf den Seeschiffswerften Abt. IV, Bd.4.4, Nr.650  
[Verkürzung der Arbeitszeit, Lohnerhöhung, bezahlter Urlaub und Neuregelung der Akkordarbeit]
- [vor 05.]07.1913 Erlaß des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an die Zentralverbände der deutschen Krankenkassen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.651  
[Handlungsfähigkeit der Krankenkassen bei drohendem vertragslosen Zustand mit Ärzten]
- 01.07.1913 Der Arbeitgeber Nr. 13. Das Ende des Krefelder Streiks Abt. IV, Bd.4.4, Nr.652  
[Ursachen der langen Streikdauer]
- 02.07.1913 Der Gewerkverein Nr. 53. Ein Rückblick auf den Färberstreik in Krefeld Abt. IV, Bd.4.4, Nr.653  
[Streikverlauf; Kritik am frühzeitigen Einlenken des christlichen Textilarbeiterverbandes]

- 04.07.1913 Bericht des Polizeipräsidenten Karl Gerstein in Bochum an den Regierungspräsidenten Alfred von Bake in Arnsberg Abt. IV, Bd.4.4, Nr.654  
[Konkurrenz zwischen evangelischen Arbeitervereinen und gelben Werkvereinen]
- 12.07.1913 Schreiben des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer an den Verlagsdirektor Wilhelm Tafel, Nürnberg Abt. IV, Bd.4.4, Nr.655  
[Strenge Überwachung der Verwendung des industriellen Wahlfonds zur Unterstützung von politischen Kandidaturen; keine Erneuerung des Wahlfonds]
- 14.07.1913 Schreiben des Verlagsdirektors Wilhelm Tafel, Nürnberg, an den Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer Abt. IV, Bd.4.4, Nr.656  
[Trotz geringer Garantien für die politisch nützliche Verwendung ist der industrielle Wahlfonds die einzige Möglichkeit der Kandidatenbeeinflussung]
- 14.07.1913 Aufruf des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.657  
[Streik und Sperre werden bei Bosch, Stuttgart, weiter aufrechterhalten]
- 15.07.1913 Rundschreiben der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch in Stuttgart an ihre ausgesperrten Arbeiter Abt. IV, Bd.4.4, Nr.658  
[Aufforderung zum Wiedereintritt in die Firma und Zusicherung finanzieller Unterstützung für die Zeit der Aussperrung]
- 15.07.1913 Bekanntmachung der Firma Robert Bosch Abt. IV, Bd.4.4, Nr.659  
[Kritik am Vorgehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes]
- 16.07.1913 Presseerklärung des Inhabers der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.660  
[Ausbruch des Arbeitskampfes; Ablehnung des Metallarbeiter-Verbandes als Vertreter der Arbeiterschaft]
- 16.07.1913 Aufruf des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an die Arbeiterschaft von Stuttgart und Umgebung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.661  
[Keine Verhandlungen zwischen dem Metallarbeiter-Verband und der Firma Bosch]
- 16.07.1913 Deutsches Volksblatt Nr. 162. Die rote Fuchtel Abt. IV, Bd.4.4, Nr.662  
[Der Deutsche Metallarbeiter-Verband zwingt den Arbeitern seinen Willen auf]
- 17.07.1913 Rundschreiben des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an die Vereinsgruppen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.663  
[Durchführung des Nachtarbeitsverbots für Frauen in anderen Staaten]
- 19.07.1913 Presseerklärung des Inhabers der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.664  
[Beitritt zum Verband Württembergischer Metallindustrieller]
- 19/20.07.1913 Entschließungen des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig Abt. IV, Bd.4.4, Nr.665  
[Gewinnbeteiligung als Mittel der Sozialreform im Handelsgewerbe]
- 20.07.1913 Aufruf des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes an die Einwohnerschaft von Groß-Stuttgart, Eßlingen und Umgebung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.666  
[Ursachen und Verlauf des Streiks]
- 21.07.1913 Entschließung des 4. Verbandstag des Verbandes Deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig zur Wohnungsfrage Abt. IV, Bd.4.4, Nr.667  
[Der preußische Wohnungsgesetzentwurf als Grundlage für eine umfassende Wohnungsreform in Preußen]
- 22.07.1913 Niederschrift des Stuttgarter Notars Hermann Gänsle Abt. IV, Bd.4.4, Nr.668  
[Stichprobenzählung in 5 Abteilungen der Firma Robert Bosch bestätigt die Angaben der Firma über die Zahl der augenblicklich Beschäftigten]
- 23.07.1913 Bekanntmachung des Inhabers der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.669  
[Bildung eines Arbeiterausschusses als Vertretung der Arbeiterschaft]
- 23.07.1913 Bericht des Präsidenten des Direktoriums der Versicherungsanstalt für Angestellte Koch an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.670  
[Amtliche Einschätzung des Deutschen Technikerverbandes]

- 24.07.1913 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an das Großherzoglich Badische Ministerium des Großherzoglichen Hauses, der Justiz und des Äußeren Abt. IV, Bd.4.4, Nr.671  
[Tagesordnung der Internationalen Arbeiterschuttkonferenz in Bern]
- 25.07.1913 Protokoll über die Verhandlung zwischen dem Verband Württembergischer Metallindustrieller und dem Deutschen Metallarbeiter-Verband Abt. IV, Bd.4.4, Nr.672  
[Bedingungen für die Beilegung des Arbeitskampfes in der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart]
- 26.07.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 31. [Emil von den Boom:] Zur Würdigung der deutschen Sozialpolitik Abt. IV, Bd.4.4, Nr.673  
[Die Entgegnung von Franz Hitze auf Ludwig Bernhards Schrift: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“]
- 28.07.1913 Schreiben der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart, an den Leiter ihrer Niederlassung in New York Otto Heins Abt. IV, Bd.4.4, Nr.674  
[Niederlage des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes durch Aussperrung und Streik]
- 29.07.1913 Schwäbische Tagwacht Nr. 174. Rückblick auf den Kampf bei Bosch Abt. IV, Bd.4.4, Nr.675  
[Der Streik ist ein Erfolg für den Deutschen Metallarbeiter-Verband]
- 30.07.1913 Schreiben des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer an den Verlagsdirektor Wilhelm Tafel, Nürnberg Abt. IV, Bd.4.4, Nr.676  
[Geringer Wert des industriellen Wahlfonds]
- 01.08.1913 Schreiben des Verlagsdirektors Wilhelm Tafel, Nürnberg, an den Direktor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer Abt. IV, Bd.4.4, Nr.677  
[Verwendung des industriellen Wahlfonds]
- 02.08.1913 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 31. Rede des Geschäftsführers des Zentralverbandes Deutscher Industrieller Ferdinand Schweighoffer vor Kommunal- und Sozialbeamten Abt. IV, Bd.4.4, Nr.678  
[Warnung vor überzogenen sozialpolitischen Forderungen]
- 04.-08.08.1913 Verhandlungen des 16. Verbandstages des Deutschen Tabakarbeiterverbandes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.679  
[Bestimmungen zur Arbeitslosenunterstützung durch den Verband]
- 05.08.1913 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Beilage zu Nr. 89. Die Arbeitslosenunterstützung in Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.680  
[Die kommunale Arbeitslosenunterstützung im ersten Dreivierteljahr ihres Bestehens]
- 05.08.1913 Schreiben des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer an Verlagsdirektor Wilhelm Tafel, Nürnberg Abt. IV, Bd.4.4, Nr.681  
[Verwendung des industriellen Wahlfonds]
- 08.08.1913 Protokoll der 2. Sitzung der außerordentlichen Generalversammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.682  
[Unterschiedliche Positionen zum Werftarbeiterstreik: Nachträgliche Sanktionierung des wilden Streiks oder Abbruch des Arbeitskampfes; Organisationsdisziplin]
- 09.08.1913 Mitteilung der Zeche Alstaden an den Vorstand der Bergwerksgesellschaft Hibernia AG in Herne Abt. IV, Bd.4.4, Nr.683  
[Notwendigkeit des Werkwohnungsbaus]
- 15.08.1913 Eingabe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.684  
[Internationale Arbeiterschutzeinbarungen in Deutschland und im Ausland]
- 16.08.1913 Correspondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands Nr. 33. [Carl Legien:] Habt acht auf die Krankenkassenwahlen! Abt. IV, Bd.4.4, Nr.685  
[Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen]
- 18.08.1913 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 17. Gegner und Freunde der sozialen Gesetzgebung in Deutschlands II Abt. IV, Bd.4.4, Nr.686  
[Besprechung der Entgegnung von Franz Hitze auf Ludwig Bernhards Schrift: „Unerwünschte Folgen der deutschen Sozialpolitik“]

- 18.08.1913 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 17. Die Bewegung der Werftarbeiter  
[Verlauf des Werftarbeiterstreiks; Reaktionen der sozialdemokratischen Verbände] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.687
- 23.08.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 35. Die Unternehmer und das neue Patentgesetz  
[Stellungnahme gegen den neuen Patentgesetzentwurf] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.688
- 23.08.1913 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 34. Die Lohnklausel  
[Kollektive Lohnklauseln bei der Vergabe öffentlicher Arbeiten als wichtige Vorstufe zum Tarifvertrag] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.689
- 23.08.1913 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 34. Zur Lohnbewegung der Arbeiter auf den Schiffswerften: Die Wiederaufnahme der Arbeit  
[Hohe Verbandsdisziplin der Werftarbeiter; schleppende Wiedereinstellung der Arbeiter] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.690
- 25.08.1913 Bericht des Vorstandes der Knappschafts-Berufsgenossenschaft an das Reichsversicherungsamt  
[Geringe Verbreitung von Berufskrankheiten im Bergbau] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.691
- 27.08.1913 Schreiben des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer an die Generaldirektion der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Nürnberg  
[Wahlfonds der Industrie zur Einflußnahme auf politische Wahlen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.692
- 30.08.1913 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 35. Das Fiasko der Gewerkschaftsleitungen  
[Konflikt zwischen Basis und Führung des Deutschen Metallarbeiter-Verbands im Werftarbeiterstreik; freie Gewerkschaften als Verhandlungs- und Vertragspartner unannehmbar] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.693
- 30.08.1913 Schreiben des sächsischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an das Reichsamt des Innern  
[Arbeitsschutz für Jugendliche auf der Arbeiterschutzkonferenz] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.694
- 01.09.1913 Der Arbeitgeber Nr. 17. Streikversicherung  
[Streikversicherungen in Verbindung mit der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.695
- 02.09.1913 Schreiben des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück  
[Ablehnung interessengebundener Forderungen nach Aufbau einer Zentrale zur Anwerbung ausländischer Bergarbeiter] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.696
- 04.09.1913 Schreiben des Syndikus der Handelskammer Saarbrücken W. Schlenker an den Syndikus des Verbands Sächsischer Industrieller Gustav Stresemann  
[Einflußnahme auf die Politik des Zentralverbands Deutscher Industrieller] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.697
- 06.09.1913 Schreiben des Syndikus des Verbands Sächsischer Industrieller Gustav Stresemann an den Vorsitzenden des Arbeitgeberverbands der sächsischen Textilindustrie Hermann Vogel  
[Kein Bündnis des Zentralverbands Deutscher Industrieller mit dem Bund der Landwirte] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.698
- 09.09.1913 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer. Industrielle gegen die Einstellung von Offizieren im Kaufmannsstande  
[Kein verabschiedeten Offiziere als kaufmännische Angestellte] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.699
- 11.09.1913 Vortrag des Syndikus des Verbands Sächsischer Industrieller Dr. Gustav Stresemann auf der Hauptversammlung des Bundes der Industriellen  
[Erörterung der staatlichen Sozialpolitik und der sozialpolitischen Aufgaben] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.700
- 11.09.1913 Sozialistische Monatshefte Nr. 18–20. [Paul Hug:] Soll der Massenstreik ein Jena finden?  
[Kein politischer Generalstreik wegen seiner völligen Aussichtslosigkeit] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.701
- 11.09.1913 Sozialistische Monatshefte Nr. 18–20. [Friedrich Kleeis:] Neue Aufgaben und Organisationsformen der Gewerkschaftsbewegung  
[Errichtung von Bezirkskartellen der freien Gewerkschaften auf der Ebene der Obergewerkschaften] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.702
- 12.09.1913 Protokoll der Arbeiterausschußsitzung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Nürnberg  
[Arbeiterausschußwahl, Arbeiterurlaub, allgemeine Betriebsverhältnisse] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.703

- 20.09.1913 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 38. Die Leipziger Tagungen. Gemeinsame Tagung des Zentralverbands Deutscher Industrieller und des Zentralverbands der Industriellen Österreichs [Volkswirtschaftliche Risiken einer überzogenen staatlichen Sozialpolitik] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.704
- 24.09.1913 Beschlußantrag für die Ausschußsitzung des Allgemeinen Versicherungs-Schutzverbands Köln [Stellungnahme zu einer staatlichen Arbeitslosenversicherung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.705
- 25.09.1913 Beschlüsse der II. Internationalen Arbeiterschuttkonferenz in Bern [Grundzüge des internationalen Übereinkommens über die Nacharbeit jugendlicher Industriearbeiter beiderlei Geschlechts] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.706
- 01.10.1913 Sitzungsprotokoll der Vorstandssitzung der Firma Felten und Guillaume Carlswerk AG, Mülheim am Rhein [Neuregelung der Arbeitszeit in den Fabriken] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.707
- 01.10.1913 Der Gewerkverein Nr. 79. Internationale Arbeiterschuttkonferenz in Bern [Die Beschlüsse der Schlußakte der Konferenz sind in Deutschland bereits Gesetz] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.708
- 07.10.1913 Bericht des Königlich Sächsischen Gesandten in Berlin Ernst Freiherrn von Salza und Lichtenau an das Königlich Sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten [Wirkungen des geltenden Koalitionsrechts] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.709
- 08.10.1913 Protokoll der 49. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemenswerke [Würdigung des Werkvereins und Maßnahmen zu seiner weiteren Förderung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.710
- 08.10.1913 Schreiben des Fraktionsvorsitzenden der Nationalliberalen Partei im Reichstag Ernst Bassermann an den Staatssekretär des Reichsamt der Innern Klemens Delbrück [Statt Einzelmaßnahmen gegen Auseinandersetzungen bei Arbeitskämpfen die Rechtsstellung von Berufsvereinen gesetzlich festlegen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.711
- 11.10.1913 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Nr. 118. Ungültigkeit polizeilicher Streikpostenverbote [Urteil des preußischen Kammergerichts zur Ungültigkeit eines allgemeinen Streikpostenverbots] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.712
- 12.10.1913 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamt des Innern Klemens Delbrück an den Fraktionsvorsitzenden der Nationalliberalen Partei im Reichstag Ernst Bassermann [Grundsätzliche Übereinstimmung im Bestreben nach verbessertem Schutz der Arbeitswilligen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.713
- 16.10.1913 Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung Nr. 486. Internationaler Arbeiterschutz [Vergleich der bestehenden Sozialversicherungen in einzelnen europäischen Staaten] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.714
- 18.10.1913 Arbeitsordnung für die elektrotechnische Fabrik Robert Bosch, Stuttgart [Regelung des Arbeitsverhältnisses, der Arbeitszeit und der Betriebsdisziplin] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.715
- 22.10.1913 Note des Königlich Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten an den Königlich Sächsischen Gesandten in Berlin Ernst Freiherr von Salza und Lichtenau [Verleihung der Rechtsfähigkeit an Vereine durch die preußische Staatsregierung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.716
- 24.10.1913 Bericht der Handelskammer Münster an den Regierungspräsidenten in Münster Jadislaus von Jarotzky [Stand der Arbeitslosigkeit im Kammerbezirk] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.717
- 25.10.1913 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Beilage zu Nr. 124. Städtische Arbeitslosenversicherung [Einführung der Arbeitslosenversicherung in Ludwigshafen und Leipzig; Staatszuschüsse an die kommunalen Arbeitslosenversicherungen in Bayern] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.718
- 25.10.1913 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 43. Zur Arbeitslosenfürsorge [Organisation und Wirkungsweise der Arbeitslosenunterstützung in Deutschland] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.719
- 25.10.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 44. [J. Reif.] Die soziale Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände [Zusammenschluß von Angestelltenverbänden mit sozialpolitischen Zielen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.720

- 28.10.1913 Bericht des Polizeipräsidenten von Berlin Traugott von Jagow an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.721  
[Austritt der Berliner Werkvereine aus dem Bund Deutscher Werkvereine]
- 01.11.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 45. [Dr. Heinz Potthoff:] Zwei Grundirrtümer in der Konkurrenzklausefrage Abt. IV, Bd.4.4, Nr.722  
[Keine Einengung des Geltungsbereiches auf kaufmännische Angestellte; Auswanderung der Techniker als Folge der Konkurrenzklause]
- 04.11.1913 Bericht der Handelskammer zu Elberfeld an den Oberbürgermeister Abt. IV, Bd.4.4, Nr.723  
[Ablehnende Haltung der Handelskammer zur Einführung einer kommunalen Arbeitslosenversicherung]
- 04.11.1913 Bericht des Präsidenten des Kaiserlichen Statistischen Amtes an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.724  
[Verbesserte Organisation der Arbeitsnachweisstatistik]
- 04.11.1913 Bericht der Kreishauptmannschaft Chemnitz an das Königlich Sächsische Ministerium des Innern Abt. IV, Bd.4.4, Nr.725  
[Auswirkungen des Koalitionsrechts]
- 05.11.1913 Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Abt. IV, Bd.4.4, Nr.726  
[Keine Unterstützung des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten]
- 07.11.1913 Bericht der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände über die Arbeitsnachweis Konferenz in Hannover Abt. IV, Bd.4.4, Nr.727  
[Ablehnung einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung]
- 08.11.1913 Eingabe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück Abt. IV, Bd.4.4, Nr.728  
[Neuregelung der Sonntagsarbeit und der Beseitigung der 24stündigen Wechselschicht in Eisenhüttenwerken]
- 08.11.1913 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Beilage zu Nr. 130. Terrorismus der Ärzte Abt. IV, Bd.4.4, Nr.729  
[Der Leipziger Verband gegen nichtorganisierte Ärzte]
- 11.11.1913 Bericht der Oberpräsidenten der Provinz Sachsen Eduard von Hegel an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.4, Nr.730  
[Spaltung der Werkvereinsbewegung ohne allzu große Bedeutung]
- 12.11.1913 Runderlaß des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Georg Freiherr von Rheinbaben an die Regierungspräsidenten der Provinz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.731  
[Empfehlung des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten]
- 12.11.1913 Der Gewerkverein Nr. 91. [Ludwig Heyde:] Arbeiter und Hansa-Bund Abt. IV, Bd.4.4, Nr.732  
[Stellung des Hansa-Bundes zur Sozialpolitik]
- 20.11.1913 Eingabe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow Abt. IV, Bd.4.4, Nr.733  
[Beibehaltung der Nacharbeit Jugendlicher in Walz- und Hammerwerken]
- 20.11.1913 Bericht des Regierungspräsidenten von Arnberg Alfred von Bake an den preußischen Minister des Innern Johann von Dallwitz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.734  
[Allgemeine Lage, März- und Maifeier, Konsumvereine, Volksfürsorge, Gewerbegerichtswahlen, Sicherheitsmännerwahlen, Streiks und Aussperrungen]
- 25.11.1913 Aufzeichnung des Königlich Sächsischen Ministers der auswärtigen Angelegenheiten Christof Grafen Vitzthum von Eckstädt Abt. IV, Bd.4.4, Nr.735  
[Gespräch mit dem Reichskanzler über eine Arbeitslosenversicherung und über den Schutz der Arbeitswilligen]
- 27.11.1913 Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer Beilage zu Nr. 137. Städtetag und Arbeitslosenversicherung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.736  
[Antrag auf gesetzliche Regelung der Arbeitslosenversicherung durch das Reich]

- 28.11.1913 Runderlaß des Regierungspräsidenten Francis Kruse in Düsseldorf an die Landräte und Oberbürgermeister sowie an den Polizeipräsidenten in Essen Robert von Bemberg-Flamersheim [Unterstützung des Verbands öffentlicher Lebensversicherungsanstalten] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.737
- 29.11.1913 Metallarbeiter-Zeitung Nr. 48. Uneinigkeit bei den Gegnern der Volksfürsorge [Stellungnahmen zum Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen der öffentlich-rechtlichen und der privaten Volksversicherung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.738
- 29.11.1913 Deutsche Techniker-Zeitung. Der Kampf ums Koalitionsrecht [Koalitionsrecht der Bankangestellten] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.739
- 01.12.1913 Der Arbeitgeber Nr. 23. [Dr. Herzog, München:] Die Vergleichspraxis der Gewerbegerichte [Vergleichssucht und Urteilsscheu bei klarer Rechtslage zugunsten der Arbeitgeber gefährden die Rechtssicherheit] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.740
- 03.12.1913 Erlaß des Königlich Sächsischen Ministeriums der auswärtigen Angelegenheiten an den Königlich Sächsischen Gesandten in Berlin Ernst Freiherrn von Salza und Lichtenau [Interpellationen in der II. Kammer des sächsischen Landtags zum Koalitionsrecht] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.741
- 03.12.1913 Ansprache Arthur Graf von Posadowsky-Wehners auf dem Dritten Deutschen Arbeiterkongreß in Berlin [Gesamtstaatliche Wirkungen der deutschen Sozialpolitik] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.742
- 04.12.1913 Pressemitteilung der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände [Ablehnung einer öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.743
- 04.12.1913 Bericht des Oberpräsidenten der Rheinprovinz Georg Freiherr von Rheinbaben an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow [Bericht über die Spaltung der Werkvereinsbewegung; späterer Wiedereintritt der ausgetretenen Berliner Werkvereine erwünscht] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.744
- 05.12.1913 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 49. Sechste Hauptversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform [Erörterung von Problemen des Arbeitsrechts: Tarifvertrag, Reichseinigungsamt, einheitliches Angestelltenrecht, Arbeitswilligenschutz] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.745
- 07.12.1913 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 49. Christlich nationale Angestellte und Arbeiter [Ablehnende Haltung zum Dritten Deutschen Arbeiterkongreß] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.746
- 08.12.1913 Beschlüsse des Dritten Deutschen Arbeiterkongresses zur Arbeitslosenfürsorge [Forderung nach öffentlichen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.747
- 08.12.1913 Note des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Königlich Sächsischen Gesandten in Berlin Ernst Freiherrn von Salza und Lichtenau [Keine Änderung in der Haltung der Reichsleitung zur Bewertung des Streikpostenstehens] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.748
- 13.12.1913 Aufruf deutscher Krankenkassenverbände: Arbeiter und Versicherte, schützt eure Krankenkassen [Auswirkungen des Generalstreiks des Leipziger Ärzteverbands für die Krankenkassen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.749
- 13.12.1913 [Dr. Alfred Kuhlo:] Die bayrische Industrie in Kampf und Arbeit [Allgemeine Kritik an der Sozialpolitik und Forderung nach einer energischen Industriepolitik] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.750
- 15.12.1913 Der Arbeitgeber Nr. 24. Gründung der Zentrale für Streikversicherung [Neues Instrument der Arbeitgeberverbände bei Arbeitskämpfen?] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.751
- 18.12.1913 Eingabe sämtlicher medizinischer Fakultäten im deutschen Reich an den Reichskanzler Theobald von Bethmann Hollweg [Vermittlung im Streit zwischen Ärzten und Krankenkassen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.752
- 18.12.1913 Aufzeichnung über ein Gespräch des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern mit preußischen Ministern und Vertretern der medizinischen Fakultäten der deutschen Universitäten [Verhandlungen über die Beilegung der Streits zwischen Ärzten und Krankenkassen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.753

- 18.12.1913 Mitteilung an die Presse über ein Gespräch des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück mit Vertretern der Regierung und Vertretern der medizinischen Fakultäten an den deutschen Universitäten Abt. IV, Bd.4.4, Nr.754  
[Verhandlungen über die Beilegung des Streits zwischen Ärzten und Krankenkassen]
- 20.12.1913 Deutsche Industrie-Zeitung Nr. 51. Die Betriebskrankenkassen zum Streit mit den Ärzten Abt. IV, Bd.4.4, Nr.755  
[Betriebskrankenkassen zur Auseinandersetzung mit den Ärzten bereit]
- 20.12.1913 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 52. Eine entscheidende Sitzung der Konkurrenzklau- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.756  
kommission  
[Zur parlamentarischen Behandlung des Gesetzentwurfs über die Konkurrenzklau- sel]
- 22.12.1913 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 26. Nach dem Berliner Arbeiterkongreß Abt. IV, Bd.4.4, Nr.757  
[Abschluß des Deutschen christlich-nationalen Arbeiterkongresses: Bedeutung der Sozialpolitik und der christlichen Gewerkschaften]
- 23.12.1913 Abkommen zwischen den Organisationen der Ärzte und der Krankenkassen und eine Erklä- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.758  
rung der Beteiligten zu Protokoll  
[Das Berliner Abkommen als vorläufig vermittelnde Regelung zwischen Kassenarztssystem und freier Arztwahl durch die Kassenmitglieder]
- 27.12.1913 Schreiben des Reichsamts des Innern an das Großherzoglich Badische Ministerium des Groß- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.759  
herzoglichen Hauses, der Justiz und des Äußeren  
[Internationales Übereinkommen von Bern im Vergleich zur Rechtslage nach der Reichsgewerbeordnung]
- 29.12.1913 Petition der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den Staatssekretär des Reichs- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.760  
amts des Innern Klemens Delbrück und an den Bundesrat  
[Widerspruch zur Petition des Deutschen Textilarbeiterverbands bezüglich eines gesetzlich freien Sams- tagnachmittags]
- 29.12.1913 Erlaß des preußischen Ministers für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow an die Oberversi- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.761  
cherungsämter im Königreich Preußen  
[Ärztliche Versorgung von Kassenpatienten; die Umsetzung des Berliner Abkommens]
- 30.12.1913 Schreiben des königlich württembergischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten Karl Abt. IV, Bd.4.4, Nr.762  
Freiherr von Weizsäcker an das Reichsamt des Innern  
[Widerspruch zwischen dem Berliner Abkommen und den Verträgen zwischen Ärzten und Krankenkassen im Württemberg]

## 1914

- 00.00.1914 Bericht der Ortsverwaltung Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands Abt. IV, Bd.4.4, Nr.764  
für das Jahr 1913  
[Erfahrungen nach zwei Jahren Arbeitslosenversicherungskasse in Köln]
- 00.00.1914 Jahrbuch des Fabrik-Verbandes für 1913. Die Unterstützungsleistungen des Verbandes der Abt. IV, Bd.4.4, Nr.765  
Fabrikarbeiter Deutschlands für das Jahr 1913  
[Entwicklung der Leistungsarten]
- 00.00.1914 Jahrbuch der christlichen Gewerkschaften für 1913. Die Gelben Abt. IV, Bd.4.4, Nr.766  
[Ablehnung der gelben Arbeiterbewegung und Aufruf zu ihrer Bekämpfung]
- 00.00.1914 Büro-Ordnung der Firma Henkel & Co. Abt. IV, Bd.4.4, Nr.847  
[Arbeitsbedingungen für Angestellte]
- 02.01.1914 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an sämtliche Abt. IV, Bd.4.4, Nr.767  
Bundesregierungen im Deutschen Reich und an den Statthalter von Elsaß-Lothringen  
[Durchführung des Berliner Abkommens]
- 03.01.1914 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 1. [Heinz Potthoff:] Die Belastung durch soziale Versicherung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.768  
[Würdigung der staatlichen Sozialversicherung und deren Vorteile für die Industrie]
- 03.01.1914 Petition des Hansa-Bundes für Gewerbe, Handel und Industrie an den Reichskanzler Theobald Abt. IV, Bd.4.4, Nr.769  
von Bethmann Hollweg  
[Klare Rechtspositionen verhindern Ausschreitungen bei Arbeitskämpfen]



- 06.01.1914 Schreiben des Nationalökonom Prof. Dr. Richard Ehrenberg, Rostock, an den Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Nürnberg, Anton von Rieppel [Vorschlag für eine branchenübergreifende Kommission der Arbeitgeber zum Studium der Tarifverträge im Baugewerbe] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.770
- 07.01.1914 Referentenentwurf des Reichsamts des Innern zum Koalitionsrecht [Begriffsklärungen als Diskussionsgrundlage für eine mögliche Neuordnung des Koalitionsrechts] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.771
- 10.01.1914 Resolution des Ortskartells der christlichen Gewerkschaften Stuttgarts [Forderung nach staatlicher Förderung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.772
- 13.01.1914 Bericht des Regierungspräsidenten in Arnberg Alfred von Bake an den Minister für Handel und Gewerbe Reinhold Sydow [Agitation der Werkvereine im Verlauf des Jahres 1913] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.773
- 14.01.1914 Protokoll der Arbeiterausschußsitzung der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Nürnberg [Kurzarbeit, Entlassungen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.774
- 14.01.1914 Protokoll der Sitzung des Hauptvorstandes des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller [Abänderung der Bundesratsverordnung für die Großeisenindustrie vom 19. Dezember 1908, insbesondere die Beseitigung der 24stündigen Wechselschicht] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.775
- 15.01.1914 Gutachten von Ernst Francke für das Reichsamt des Innern [Beitrag zur geplanten Denkschrift des Reichsamts des Innern über die Wirkung der staatlichen Sozialpolitik auf die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Deutschen Reichs] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.776
- 19.01.1914 Petition des Deutschen Handwerks- und Gewerbetags an den preußischen Minister für Handel und Gewerbe Reinhold von Sydow [Aufnahme einer Streikklausel in alle Verdingungsverträge der dem preußischen Handelsminister unterstellten Behörden] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.777
- 20.01.1914 Deutsche Industrie Nr. 2. [Gustav Stresemann:] Soziale Kämpfe und Gesetzgebung [Koalitionsrecht und Arbeitswilligenschutz] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.778
- 20.01.1914 Deutsche Industrie Nr. 2. Zum Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe [Der Bund der Industriellen fordert eine Regelung der sonntäglichen Arbeitszeit in Kontoren] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.779
- 21.01.1914 Rundschreiben des Deutschen Industrieschutzverbandes an die deutschen Arbeitgeberverbände [Eigene Einschätzung des Deutschen Industrieschutzverbandes gegenüber der Zentrale der Deutschen Arbeitgeberverbände für Streikversicherung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.780
- 23.01.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 4. [Friedrich Schwedt:] Der Angestelltenausschuß der Kaiserlichen Werft in Wilhelmshaven [Kritik an der Interessenvertretung durch den Angestelltenausschuß] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.781
- 23.01.1914 Aufzeichnung der II. Abteilung im Reichsamt des Innern [Schadenersatzansprüche aus Tarifverträgen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.782
- 24.01.1914 Der Gewerkverein Nr. 7. Petition betreffend die Errichtung von Arbeitskammern [Erneute Bemühungen um ein Arbeitskammergesetz] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.783
- 30.01.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 5. [Otto Schweitzer:] Abschluß der sozialpolitischen Gesetzgebung? [Kommentar zum Konzept der Reichsleitung für eine künftige sozialpolitische Gesetzgebung; Forderung nach Fortführung der Sozialreform] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.784
- 30.01.1914 Eingabe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller an den Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück [Vorschläge zur Abänderung der Bundesratsverordnung für die Großeisenindustrie vom 19. Dezember 1908] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.785

- 30.01.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 5. Die städtische Arbeitslosenversicherung in Frankfurt a. M. Abt. IV, Bd.4.4, Nr.786  
[Kommunale Arbeitslosenversicherungen in Frankfurt a. M. und in Heidelberg]
- 30.01.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 5. Die Industriellen gegen das Patentgesetz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.787  
[Resolutionen von Unternehmensverbänden zum Patentgesetzentwurf]
- 30.01.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 5. Zweierlei Maß Abt. IV, Bd.4.4, Nr.788  
[Lehren aus dem Vergleich zwischen dem Ärztestreit und dem Streik der Berliner Eisenkonstruktoren von 1911]
- 31.01.1914 Schreiben der Firma Robert Bosch, elektrotechnische Fabrik in Stuttgart, an ihre leitenden Abt. IV, Bd.4.4, Nr.789  
Angestellten  
[Neue Regelung der Kranken- und Invalidenversicherung der Angestellten]
- [vor 02.]02.1914 Erlaß des Regierungspräsidenten in Düsseldorf Francis Kruse an ein Unternehmen der eisen- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.790  
schaffenden Industrie  
[Arbeitszeitregelung, gekürzte Mittags- und Mitternachtspausen]
- 04.02.1914 Der Gewerksverein Nr. 10. Stillstand in der Sozialpolitik? Abt. IV, Bd.4.4, Nr.791  
[Sozialpolitisch notwendige Maßnahmen; Forderung nach Ausbau der Sozialreform]
- 06.02.1914 Petition der Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände an den Reichstag Abt. IV, Bd.4.4, Nr.792  
[Gesetzliche Festlegung des freien Sonnabend Nachmittags]
- 07.02.1914 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 6. Die Arbeitslosenunterstützung der Stadt München Abt. IV, Bd.4.4, Nr.793  
[Organisation und Leistung der kommunalen Arbeitslosenunterstützung in München]
- 27.02.1914 Erlaß der preußischen Minister der öffentlichen Arbeiten Paul von Breitenbach und für Handel Abt. IV, Bd.4.4, Nr.794  
und Gewerbe Reinhold Sydow an den Deutschen Handwerks- und Gewerbetag  
[Ablehnung von Streikklauseln]
- 07.03.1914 Vertrag zwischen dem Königlich preußischen Bergfiskus – Berginspektion Buer – und dem Abt. IV, Bd.4.4, Nr.795  
praktischen Arzt Dr. Bierbaum in Recklinghausen  
[Freie ärztliche Behandlung der Angehörigen von Beamten und Arbeiter im Dienstbereich der Berginspektion]
- 11.03.1914 Die Bayrische Industrie Nr. 10. Die Reichstagschablone für die Sonntagsruhe im Handel Abt. IV, Bd.4.4, Nr.796  
[Wirtschaftliche Gefährdung des Handels durch gesetzliches Verbot der Sonntagsarbeit]
- 12.03.1914 Berliner Tageblatt Nr. 129. [Henry Schaper:] Wohnungsfürsorge für Privatangestellte mit Abt. IV, Bd.4.4, Nr.797  
Hilfe der Reichsversicherungsanstalt  
[Vorschläge zur Wohnungsfürsorge für Angestellte in der Privatwirtschaft]
- 15.03.1914 Der Arbeitgeber Nr. 6. Arbeitslosigkeit und Arbeitsscheu Abt. IV, Bd.4.4, Nr.798  
[Keine Unterscheidung zwischen Arbeitslosen und Arbeitsscheuen möglich]
- 16.03.1914 Petition der Handelskammer Münster zum Gesetzentwurf über die Sonntagsruhe im Handels- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.799  
gewerbe  
[Widerspruch gegen die Einführung völliger Sonntagsruhe im Handelsgewerbe in Gemeinden von über 75 000 Einwohnern]
- 17.03.1914 Petition des Ausschusses des Deutschen Handelstages an den Reichstag Abt. IV, Bd.4.4, Nr.800  
[Sonntagsruhe im Handelsgewerbe]
- 23.03.1914 Diskussionsbeiträge des Direktors der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Werk Augsburg, Emil Guggenheimer vor dem Ausschuß für Angestelltenrecht des Zentralverbandes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.801  
Deutscher Industrieller  
[Vereinheitlichung des Angestelltenrechts abgelehnt]
- 27.03.1914 Rede des Staatsrats Heinrich von Mosthaf in der 33. Sitzung der Ersten Kammer des württembergischen Landtags Abt. IV, Bd.4.4, Nr.802  
[Stellungnahme zu Modellen zur Sicherung gegen die Folgen von Arbeitslosigkeit]

- 05.04.1914 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 14. Soziale Praxis Abt. IV, Bd.4.4, Nr.803  
[Kritik an den Publikationen der Gesellschaft für Soziale Reform und Forderung nach einer Ruhepause in der sozialpolitischen Gesetzgebung]
- 09.04.1914 Note des sächsischen Ministeriums des Innern an das sächsische Ministerium der auswärtigen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.804  
Angelegenheiten  
[Organisation und Finanzierung der Arbeitsnachweise in Sachsen]
- 15.04.1914 Der Arbeitgeber Nr. 8. Keine kommunale Arbeitslosenunterstützung in Elberfeld Abt. IV, Bd.4.4, Nr.805  
[Keine kommunale Arbeitslosenunterstützung in Elberfeld]
- 17.04.1914 Entschließung des 25. Evangelisch-Sozialen Kongresses zur Sonntagsruhe Abt. IV, Bd.4.4, Nr.806  
[Anlehnung an die Entschließung der Gesellschaft für Soziale Reform zur Sonntagsruhe]
- 20.04.1914 Deutsche Industrie Nr. 8. Der Gesetzentwurf über die Konkurrenzklausel Abt. IV, Bd.4.4, Nr.807  
[Forderung an die Reichsleitung, den Gesetzentwurf zurückzuziehen]
- 24.04.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 17. [Otto Schweitzer:] Vor der Entschließung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.808  
[Regierungsentwurf eines Gesetzes über Konkurrenzklauseln als unzulänglich verworfen; Aufhebung aller Konkurrenzklauseln gefordert]
- [vor 30.]04.1914 Arbeitsrecht Nr. 2. [Heinz Potthoff:] Der Begriff der Angestellten Abt. IV, Bd.4.4, Nr.809  
[Gegenüberstellung mehrerer Definitionen des Begriffs Privatbeamter]
- 01.05.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 18. Der Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht Abt. IV, Bd.4.4, Nr.810  
[Leitsätze und Entschließung zum Thema des Kongresses]
- 01.05.1914 Urlaubsordnung der elektrotechnischen Fabrik Robert Bosch, Stuttgart Abt. IV, Bd.4.4, Nr.811  
[Bestimmungen über den Erholungsurlaub für Angestellte]
- 04.05.1914 Schreiben des Staatssekretärs des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an den Verein Abt. IV, Bd.4.4, Nr.812  
deutscher Eisen- und Stahlindustrieller  
[Zustimmung zur Einsetzung einer Sachverständigenkommission zur Arbeitszeitregelung im Schichtbetrieb]
- 04.05.1914 Bekanntmachung betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie Abt. IV, Bd.4.4, Nr.813  
[Synopsis der Verordnungen für den Betrieb in der Großeisenindustrie vom 19. Dezember 1908 und vom 4. Mai 1914]
- 06.05.1914 Die Bayrische Industrie Nr. 18. Die Arbeitslosenversicherung in der Reichsratskammer Abt. IV, Bd.4.4, Nr.814  
[Ablehnung einer Arbeitslosenversicherung in Bayern]
- 15.05.1914 Der Arbeitgeber Nr. 10. [Fritz Tänzler:] Der „Stillstand“ in der Sozialpolitik Abt. IV, Bd.4.4, Nr.815  
[Scharfe Kritik an der Gesellschaft für Soziale Reform; Forderung nach einem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung]
- 16.05.1914 Der Gewerkverein Nr. 39. Fortführung der Sozialreform Abt. IV, Bd.4.4, Nr.816  
[Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform; Forderung nach Fortführung der Sozialreform]
- 16.05.1914 Gutachten der Handelskammer Barmen für den Oberbürgermeister der Stadt Abt. IV, Bd.4.4, Nr.817  
[Ablehnung eines kommunalen Arbeitslosenversicherungssystems]
- 17.05.1914 Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung Nr. 20. Zur Frage der Volksversicherung Abt. IV, Bd.4.4, Nr.818  
[Werkvereinsbewegung befürwortet Unterstützung der öffentlich-rechtlichen Volksversicherung]
- 20.05.1914 Bericht des Polizeipräsidenten in Bochum Karl Gerstein an den Regierungspräsidenten in Abt. IV, Bd.4.4, Nr.819  
Arnsberg Alfred von Bake  
[Bericht über die rheinisch-westfälische Werkvereinstagung; keine Einigung in der Werkvereinsbewegung]
- 21.05.1914 Bericht des Regierungspräsidenten in Stettin Kurt von Schmeling an den preußischen Minister Abt. IV, Bd.4.4, Nr.820  
des Innern Friedrich Wilhelm von Loebell  
[Rechtfertigung für das Vorgehen der Stadtverwaltung in Treptow a. R. gegen sozialdemokratisch organisierte Bauarbeiter]

- 22.05.1914 Rundschreiben des Geschäftsführers Ernst Hoff des Arbeitgeberverbands für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller [Errichtung eines obligatorischen Arbeitsnachweises durch die Arbeitgeber] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.821
- 25.05.1914 Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften Deutschlands Nr. 11. Für Fortführung der Sozialpolitik! [Der Deutsche christlich-nationale Arbeiterkongreß und die Generalversammlung der Gesellschaft für Soziale Reform fordern die Fortführung der Sozialreform] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.822
- 27.05.1914 Bericht des stellvertretenden Kgl. Württembergischen Bevollmächtigten zum Bundesrat Ludwig von Köhler an das Kgl. Staatsministerium in Stuttgart [Arbeiterschutzbestimmungen für in Werkstätten mit Motorenbetrieb] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.823
- 27.05.1914 Schreiben des Reichsamts des Innern an Legationssekretär von Biel in der Reichskanzlei [Vorbereitung einer amtlichen Denkschrift zum Koalitionswesen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.824
- 28.05.1914 Bericht des Oberpräsidenten der Provinz Pommern Wilhelm von Waldow an den preußischen Minister des Innern Friedrich Wilhelm von Loebell [Die Stadtverwaltung in Treptow an der Rega gegen sozialdemokratisch organisierte Bauarbeiter] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.825
- 30.05.1914 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 22. Die Gelben [Ablehnung der Werkvereinsbewegung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.826
- 06.06.1914 Bericht des Württembergischen Innenministers Karl von Fleischhauer an das Königlich Württembergische Staatsministerium in Stuttgart [Der Personenkreis der Fachausschüsse für Hausarbeit] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.827
- 08.06.1914 Rundschreiben des Arbeitgeberverbands für den Bezirk der Nordwestlichen Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller [Rundfrage zur Errichtung einer Arbeitsvermittlung der Arbeitgeber] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.828
- 10.06.1914 Verordnung des Königlich Sächsischen Ministeriums des Innern zum Verhalten der Polizeibehörden bei gewerblichen Streitigkeiten [Polizeiliche Maßnahmen bei Ausschreitungen im Verlauf von Arbeitskämpfen] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.829
- 11.06.1914 Bericht des stellvertretenden württembergischen Gesandten zum Bundesrat Ludwig von Köhler an das Königlich Württembergische Staatsministerium [Der Personenkreis der Fachausschüsse für Hausarbeit] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.830
- 12.06.1914 Protokoll der 50. Sitzung des Betriebsausschusses der Siemens-Werke [Betriebliche Sozialpolitik: Arbeitszeitregelung, Arbeiterinnenlöhne, Wahlordnungen, Werkverein] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.831
- 13.06.1914 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 24. [Dr Clemens Heiß:] Die sozialpolitische Müdigkeit in Deutschland [Kritik an der bisherigen sozialen Gesetzgebung und an deren propagiertem Abschluß; technische Ange stellte von staatlicher Sozialpolitik kaum erreicht] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.832
- 13.06.1914 Der Bergknappe Nr. 24. Vom Werkswohnungswesen [Nachteile für die Arbeiter aus der Koppelung von Miet- und Arbeitsvertrag] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.833
- 15.06.1914 [Richard Freund:] Der Verband Deutscher Arbeitsnachweise zur Organisation öffentlicher Arbeitsnachweise [Strukturen eines einheitlichen deutschen Arbeitsnachweiswesens nach einer gesetzlichen Regelung] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.834
- 18.06.1914 Note des Staatssekretär des Reichsamts des Innern Klemens Delbrück an das Königlich sächsische Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten [Fortsetzung der Beratung des Gesetzentwurfs zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe ungewiß] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.835
- 20.06.1914 Bericht des stellvertretenden württembergischen Gesandten zum Bundesrat Ludwig von Köhler an das Königlich Württembergische Staatsministerium [Der Personenkreis der Fachausschüsse für Hausarbeit] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.836
- 25.06.1914 Schreiben des Vereins für Handlungs-Commis von 1858 an die Handelskammer Münster [Erholungsurlaub für Angestellte] Abt. IV, Bd.4.4, Nr.837

- 27.06.1914 Resolution des 9. Kongresses der Freien Gewerkschaften Deutschlands Abt. IV, Bd.4.4, Nr.838  
[Forderung nach einer öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenversicherung in Deutschland]
- 27.06.1914 Resolution des 9. Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands Abt. IV, Bd.4.4, Nr.839  
[Korrektur des unzureichenden Heimarbeiterschutzes]
- 27.06.1914 Rundschreiben des Verbands Berliner Metallindustrieller an die Verbandsmitglieder Abt. IV, Bd.4.4, Nr.840  
[Ablehnung kommunaler Arbeitsvermittlung]
- 29.06.1914 Rundschreiben des Geschäftsführers des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller Jakob Abt. IV, Bd.4.4, Nr.841  
Wilhelm Reichert an die regionalen Gruppen  
[Anträge für Weiterbeschäftigung der Jugendlichen zur Nachtzeit in Walz- und Hammerwerken]
- 03.07.1914 Deutsche Industriebeamten-Zeitung Nr. 27. [Dr. M. Landsberger-Charlottenberg:] Zehn Jahre Abt. IV, Bd.4.4, Nr.842  
Kaufmannsgericht  
[Einrichtung und Rechtsprechung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, Forderung nach deren Ausbau zu allgemeinen Angestellten- oder Arbeitsgerichten]
- 04.07.1914 Deutsche Techniker-Zeitung Nr. 27. Zur Reform des Erfinderschutzes Abt. IV, Bd.4.4, Nr.843  
[Der neue Patentgesetzentwurf als gute Grundlage für den endgültigen Entwurf]
- 10.07.1914 Rundschreiben der Handelskammer Frankfurt a. M. an die Arbeitgeber Abt. IV, Bd.4.4, Nr.844  
[Erholungsurlaub für Angestellte]
- 15.07.1914 Die chemische Industrie Nr. 14 (Beilage). Bericht über die Tätigkeit der technischen Auf- Abt. IV, Bd.4.4, Nr.845  
sichtsbeamten der Berufsgenossenschaften der chemischen Industrie im Jahre 1913  
[Nichtbeachtung der Unfallverhütungsvorschrift die häufigste Ursache von Betriebsunfällen]
- 22.07.1914 Der Gewerkverein Nr. 58. Die Aussperrung in der Niederlausitz Abt. IV, Bd.4.4, Nr.846  
[Forderung nach Errichtung eines Reichseinigungsamtes]
- 11.08.1914 Votum des sächsischen Ministeriums des Innern an das sächsische Ministerium der auswärtigen Abt. IV, Bd.4.4, Nr.848  
Angelegenheiten  
[Einwände gegen den Entwurf eines Meldebogens für öffentliche Arbeitsnachweise durch das Reichsamt des Innern]